

HEYNE
BUCHER

Joe Heydecker / Johannes Leeb

BILANZ DER TAUSEND JAHRE

Die Geschichte des III. Reiches
im Spiegel des
Nürnberger Prozesses



Vorwort von Prof. Dr.
EUGEN KOGON

**Wer sich über die Geschichte
des III. Reiches informieren will, braucht
dieses Buch! Nirgendwo anders
wird er die Fülle des Materials in so
spannender und gleichzeitig
historisch getreuer Darstellung
verarbeitet finden.**

Vor 30 Jahren begann in Nürnberg der Prozeß des Jahrhunderts: die Sieger des II. Weltkriegs saßen über die Besiegten zu Gericht. Aber in Nürnberg wurden nicht nur die Hauptkriegsverbrecher Göring, Ribbentrop, Keitel und Heß verurteilt, sondern auch 12 Jahre Willkürherrschaft des III. Reiches.

Die dramatischen Verhandlungstage geben eine nüchterne und zugleich erregende Bilanz dessen, was unter dem Hakenkreuz im Namen des deutschen Volkes geschehen konnte. In unendlicher Kleinarbeit haben die Verfasser Berge von Prozeßprotokollen und Dokumenten gesichtet,

bisher unveröffentlichte Tonbänder und Vernehmungen aufgetrieben und mit Angeklagten, Zeugen und Anklägern gesprochen. Alle geschilderten Tatbestände sind historisch belegt, alle zitierten Worte tatsächlich gesprochen worden. Nichts blieb der Phantasie überlassen. Vielleicht liest sich gerade deshalb diese „Bilanz der tausend Jahre“ so spannend wie ein Kriminalroman.



DM 8.80

EIN HEYNE-BUCH

HEYNE-BUCH Nr. 7012
im Wilhelm Heyne Verlag, München

Bildnachweis:

Süddeutscher Verlag, Bilderdienst (25)
Zeitgeschichtliches Bildarchiv Heinrich Hoffmann (8)
Keystone Pressedienst GmbH. (6)
Keystone Pressedienst (2)
Ullstein Bilderdienst (2)
Deutsche Presse-Agentur GmbH (3)
The Associated Press GmbH (2)
Copyright © 1975 by Wilhelm Heyne Verlag, München
Umschlaggestaltung: Atelier Heinrichs, München
Printed in Germany 1975
Gesamtherstellung: Presse-Druck Augsburg

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

ISBN 3-455-00577-5

VORWORTE zur Taschenbuchausgabe

Dieses Buch erfüllt eine doppelte Aufgabe.

Es unterrichtet zum einen, über den folgenschwersten Abschnitt der neueren deutschen Geschichte, den Nationalsozialismus. Das geschieht auf eine einzigartige Weise: im Berichtrahmen des Prozesses, der die zwölf Jahre «Drittes Reich» gerichtlich abschloss. Was sonst Jahrzehnte, zuweilen erst Jahrhunderte nachher die Geschichtswissenschaft zu leisten hat, ist hier in gewaltiger Szene mit einem ungeheuren Apparat als selbst politischer Akt von weltgeschichtlicher Tragweite sofort erfolgt: Dokumentation der Taten und Beurteilung der Akteure. Eine Million Personen haben die Alliierten Mächte, die Hitler und seine Organisationen in einer Gewaltauseinandersetzung ohnegleichen besiegten, aufgrund der Fahndungslisten, die für die Stunde der Kapitulation zusammengestellt waren, gesucht, einundzwanzig von ihnen sassen schliesslich als die Hauptbeschuldigten, nachdem einige sich dem Prozess durch Selbsthinrichtung hatten entziehen können oder sonstwie nicht mehr zur Verfügung standen, vor den internationalen Richtern.

Man erfährt im ausführlichen und doch zusammengefassten Bericht vom Wesentlichen das Wesentlichste: die Vorgeschichte, die fürchterlichen Abläufe, das Ende. Ich kenne kein Werk, das den jüngeren Deutschen, die lediglich durch den Zusammenhang der nationalen Geschichte beteiligt sind, es aber nicht unmittelbar sein konnten, weder als Opfer noch als Täter, kein Werk, das geeignet wäre, jenes Stück unserer Zeitgeschichte, die nun dreissig Jahre hinter uns liegt und doch natürlich noch weiterwirkt, lebendiger und eindringlicher zugleich zur Kenntnis und zu Bewusstsein zu bringen. Die Distanz, die die Jüngeren zum Geschehen von damals haben, erlaubt es ihnen, seine Abenteuerlichkeit und in vielem Absonderlichkeit als das politische und moralische Lehrstück aufzunehmen, zu dem es jetzt ja geworden ist. An ihm sieht man, was sonst unglaublich erscheinen müsste: wohin wir geraten können, wenn wir auf die Anfänge nicht achten.

Eine doppelte Aufgabe, sage ich. Die zweite, die das Buch erfüllt, ist der Beitrag, den es zu der Erkenntnis leistet, dass der Nürnberger Prozess, obschon von den siegreichen Kriegsgegnern des Nationalsozialismus geführt, ein wichtiger Schritt auf dem welthistorischen Weg zur Bändigung der Gewalt durch das Recht war. Wie im Lauf der Jahrhunderte innerstaatlich, so muss schliesslich international

Recht werden, dass die Androhung und Anwendung von Willkürge-
walt in der Regelung der menschlichen Beziehungen als kriminell
gilt und gesetzlich geahndet werden kann. Die Basis der Legitima-
tion aller Politik ist die Förderung der Menschlichkeit, die Sicherung
ihrer Bedingungen.

Eugen Kogon

Der historisch gewordene Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg hatte zunächst den Zweck, die Hauptschuldigen einer gerechten Bestrafung zuzuführen. Aber der Sinn und die Ausstrahlungen des Prozesses und der darauffolgenden zwölf Nachfolgeprozesse waren viel weitgehender. Das düstere Panorama des Dritten Reiches wurde durch tausende amtliche deutsche Dokumente enthüllt: Die Befehle zum Überfall auf fremde Nationen, zur Ermordung Kriegsgefangener, abgesprungener Flieger, Juden, katholischen Priestern, slawischen «Untermenschen», nutzloser Esser, Minderrassigen und der wirklichen und angeblichen Gegner des NS-Regimes konnten Deutschland und der Welt präsentiert werden. Das vorliegende Werk gibt dafür zahlreiche Beispiele. Mit diesen Befehlen und Anordnungen, teilweise auch ihren eigenen Tagebüchern – wie z.B. das des Polengouverneurs Hans Frank – hatten sich die Angeklagten ihre eigene Anklage geschrieben. Die Durchführung des Prozesses zeigte gleichzeitig der Weltöffentlichkeit, wer ausser Hitler, Goebbels, Himmler und anderen, die bei Eintritt der Katastrophe Selbstmord begingen, die Hauptschuldigen waren. 199 Angeklagte, von denen 38 in Nürnberg freigesprochen worden waren, hatten in dreizehn Prozessen die Anklagebank gedrückt, – der beste Beweis dafür, dass die Alliierten in Nürnberg nicht von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes ausgingen. Durch die Bestrafung dieser Angeklagten wurde gleichzeitig den neuen deutschen Parteiführern und Politikern der Rücken von Elementen freigemacht, die sich trotz verbrecherischer Betätigung während des Naziregimes wieder in das politische Leben hineinzuschleichen versucht hatten.

Über diese Erkenntnisse hinaus ist «Nürnberg» aber auch zu einem Meilenstein auf dem dornigen Wege des Völkerrechts und ein Menetekel für Staatsmänner und Politiker der ganzen Welt geworden. Die Konventionen über die Menschenrechte sowie gegen den Völkermord sind ein beredtes Beispiel für die Ausstrahlungen von Nürnberg, das zu einem völkerrechtlichen Begriff wurde. Worte, wie Aggressoren, Angriffskriege, Völkermord (Genocidium) – auch im deutschen Strafrecht neu aufgenommen –, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Menschenwürde, «Euthanasie», d.h. Vernichtung nutzloser Esser, Endlösung der Judenfrage, Liquidierung von Minderheiten, gehören heute zum allgemeinen politischen und juristischen Sprachschatz. Seit dem Nürnberger Hauptkriegsverbre-

cherprozess will niemand mehr ein Aggressor sein, über dem das Damoklesschwert einer Hinrichtung schwebt.

Das vorliegende Werk, sachlich und objektiv geschrieben, ist gerade im Hinblick auf die heutige Bedeutung des Hauptkriegsverbrecherprozesses für Politik und Völkerrecht wichtig und lehrreich, besonders auch für die Generation, die das «3. Reich» und die Zeit der Nürnberger Prozesse nicht selbst erlebt hat. Sie kann sich nachträglich- und das ist wichtig – durch die Neuauflage der Schilderung der beiden Verfasser ein Bild der damaligen Vorgänge machen.

Die Nürnberger Prinzipien sollten, wie das der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson und sein Nachfolger General Telford Taylor im Gerichtssaal hervorgehoben haben, für alle Kriegsverbrecher gelten, nicht etwa nur für Deutschland. Gewiss sind seit dem Ende der Nürnberger Prozesse andere Kriegsverbrechen begangen worden; wenn auch niemals in solchem Umfange und so geplant und dokumentiert wie die des Dritten Reiches. So tritt die Frage auf, ob das Völkerstrafrecht einen wirklichen Wert hat, – ebenso wie das gewöhnliche Strafrecht, das auch nur eine beschränkte Zahl von Verbrechern fassen kann. In Nürnberg hat General Taylor (im Fall 6) dazu Folgendes ausgeführt:

«So traurig und entmutigend die heutigen Zustände auch sein mögen, so beweisen sie doch nicht die Schwäche des Rechts, sondern die Mängel seiner Durchführung. Das ist nichts Neues in der Rechtsgeschichte. Der Landfriede war niemals leicht herzustellen. Durch Jahrhunderte hindurch haben die Raubritter in ihren Schlössern den reisenden Kaufleuten aufgelauert, um sie zu berauben und zu ermorden, spielten mit dem Leben und dem Glück ihrer Sklaven auf dem Schloss und starben ungestraft in ihren Betten. Trotz der Ruhelosigkeit unserer Zeit lässt sich jedoch keine Stimme hören, die Angriffshandlungen in Schutz nimmt und erklärt, dass sie keine Verbrechen seien. Es besteht kein ernsthafter Zweifel mehr über die Existenz eines Rechts, das den kriegesischen Angriff verdammt, ebensowenig wie zu Bractons Zeiten ein Zweifel über das Bestehen von Rechtssätzen gegen Mord und Raub bestand. Die Richter zu Bractons Zeiten haben oft mitansehen müssen, dass des Königs Friede nicht beachtet wurde, aber wir können dafür dankbar sein, dass sie niemals verzweifelten und das Recht verwarfen, das den Menschen Hoffnung auf Friede und Sicherheit in der Zukunft gab.»

Dieses vorliegende lehrreiche Buch über den weltgeschichtlichen Nürnberger Prozess sollte in weiter Verbreitung dazu beitragen, dass

die Idee der internationalen Strafverfolgung durch die Schaffung eines Internationalen Straftribunals und einer internationalen Polizeiexekutive gefördert wird.

Dr. Robert M. W. Kempner
fr. Mitglied des Anklagestabes des
US-Chefanklägers Robert H. Jackson
und Hauptankläger im Wilhelmstrassen-Prozess.

VORWORT DER HERAUSGEBER

«Wir möchten klarstellen, dass wir nicht beabsichtigen, das deutsche Volk zu beschuldigen. Wenn die breite Masse des deutschen Volkes das nationalsozialistische Parteiprogramm willig angenommen hätte, wäre die SA nicht nötig gewesen, und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht.»

Diese Worte sprach der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson bei der Eröffnung des Prozesses vor dem Internationalen Militär-Tribunal in Nürnberg 1945.

Die Verfasser folgen ihm in diesem Punkt.

Das vorliegende Buch ist ein Versuch, das Material des Nürnberger Prozesses im Querschnitt und in verständlicher Form einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Allein das wörtliche Protokoll des Gerichtsverfahrens umfasst zweiundvierzig Bände; dazu kommen Zehntausende von Manuskript- und Druckseiten weiterer Berichte, die während der Verhandlung noch nicht geschrieben oder noch nicht greifbar waren, die aber heute berücksichtigt werden mussten, wenn eine objektive Darstellung der Vorgänge entworfen werden sollte. Schliesslich waren die Verfasser bemüht, auch die damalige Zeit und die allgemeinen Zusammenhänge dem Leser lebendig zu machen – besonders für die jüngere Generation, die keine eigene Kenntnis mehr damit verbindet – sowie die Vorgeschichte des Prozesses aufzurollen, die bisher in Deutschland so gut wie unbekannt geblieben ist.

Die Verfasser glauben, mit dem vorliegenden Werk eine beträchtliche Lücke zu schliessen, da hier der Versuch unternommen wird, das Prozessgeschehen selbst an Hand der Dokumente, Zeugenaussagen, Protokolle und der geschichtlichen Chronologie in seiner ganzen Vielschichtigkeit darzubieten. Dass dies bisher von anderer Seite nicht geschehen ist, mag tieferliegende Gründe haben: Der Nürnberger Prozess dräut im Bewusstsein oder Unterbewusstsein des deutschen Volkes vielfach noch als eine unklare, nebelhafte, auf jeden Fall aber unbehagliche Vorstellung. Statt klärend zu wirken, ist er zusammen mit der unliebsamen Vergangenheit verdrängt worden. Dazu haben die äusseren Umstände gewiss viel beigetragen: Zur Zeit des Prozesses bestand in Deutschland eine erhebliche Papierknappheit; die Zeitungen konnten gewöhnlich nur zweimal in der Woche erscheinen und hatten meistens nur einen Umfang von vier Seiten. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Geschehen in Nürnberg war daher auf knappsten Raum beschränkt und schon deshalb höchst trocken und unvollständig. Überdies litt die damalige

Berichterstattung unter dem Druck allgemeiner Ressentiments und unter einer gewissen Rücksichtnahme der nominell freien Lizenzpresse auf den herrschenden Standpunkt der Militärregierungen. Spätere Veröffentlichungen sind in das gegenteilige Extrem verfallen, nämlich in mehr oder weniger bedenkenlose Versuche, die Angeklagten reinzuwaschen, das Verfahren generell zu diskreditieren und das tatsächliche Beweismaterial beiseite zu schieben. Die umfangreiche Memoirenliteratur der neueren Zeit neigt oft aus verständlichen Gründen zu dem gleichen Fehler. Mit so vielen Vorbelastungen versehen, musste der ganze Komplex schliesslich in der Versenkung verschwinden.

Die Verfasser haben bei diesem Bericht nichts der Phantasie oder ihrer Vermutung überlassen, sie haben sich streng von allen romanhaften Ausschmückungen und Zutaten ferngehalten. So ist alles in dieser Darstellung historisch belegt, selbst jede äusserliche Regung der vorkommenden Personen von Augenzeugen überliefert, jeder Umstand nachprüfbar, jedes zitierte Wort tatsächlich gesagt worden. Um diese Genauigkeit und dokumentarische Treue zu erzielen, haben die Verfasser neben dem Studium des Prozessmaterials und der einschlägigen Literatur zahlreiche Reisen im In- und Ausland zu den weit verstreuten Quellen und Archiven unternommen, sie haben Prozessteilnehmer aufgesucht – Anwälte, Zeugen, Gerichts- und Gefängnispersonal –, um Einzelheiten zu erforschen, sie haben alte Tonbänder mit den Stimmen aus der Gerichtsverhandlung aufgetrieben und bisher unveröffentlichte Vernehmungsakten für ihre Arbeit erschlossen. Ausserdem konnte einer von ihnen, Heydecker, seine persönlichen Erfahrungen und Milieukenntnisse mitverwerten, da er während der ganzen zehn Monate des Prozesses als Zeitungs- und Rundfunkreporter im Gerichtssaal anwesend war. Für die Taschenbuchausgabe ist der Bericht noch einmal sorgfältig überarbeitet und aktualisiert worden, neueste Erkenntnisse (Reichstagsbrand) wurden berücksichtigt. So sind die Verfasser überzeugt, dass sie alles getan haben, was einer leidenschaftslosen Zusammenstellung nackter Tatsachen dienlich war: soll doch zu dem Urteil des Gerichts am Ende das unbefangene Urteil des Lesers treten können.

Der Prozess vor dem Internationalen Militär-Tribunal von Nürnberg gehört heute der Geschichte an. Trotzdem wirkt er in Gegenwart und Zukunft fort. Im März 1975 fand in Washington eine Konferenz namhafter Wissenschaftler über die historischen und politischen Folgen der Nürnberger Prozesse statt. Welche Ideen jedenfalls 1945 damit verbunden waren, lässt sich aus eigenen Worten aus der eingangs schon erwähnten Eröffnungsrede Jacksons ersehen:

«Die moderne Zivilisation gibt der Menschheit unbegrenzte Waffen der Zerstörung in die Hand . . . Jede Zuflucht zu einem Krieg, zu

jeder Art von Krieg, ist eine Zuflucht zu Mitteln, die ihrem Wesen nach verbrecherisch sind. Der Krieg ist unvermeidlich eine Kette von Tötung, Überfall, Freiheitsberaubung und Zerstörung von Eigentum . . . Die Vernunft der Menschheit verlangt, dass das Gesetz sich nicht genug sein lässt, geringfügige Verbrechen zu bestrafen, die sich kleine Leute zuschulden kommen lassen. Das Gesetz muss auch die Männer erreichen, die eine grosse Macht an sich reissen und sich ihrer mit Vorsatz und in gemeinsamem Ratschlag bedienen, um ein Unheil hervorzurufen, das kein Heim in der Welt unberührt lässt. . . Der letzte Schritt, periodisch wiederkehrende Kriege zu verhüten, die bei internationaler Gesetzlosigkeit unvermeidlich sind, ist, die Staatsmänner vor dem Gesetz verantwortlich zu machen.»

Und mit erhobener Stimme: «Lassen Sie es mich deutlich aussprechen: Dieses Gesetz wird hier zwar zunächst auf deutsche Angreifer angewandt, es schliesst aber ein und muss, wenn es von Nutzen sein soll, den Angriff jeder anderen Nation verdammen, nicht ausgenommen die, die jetzt hier zu Gericht sitzen.»

Dass sich diese Hoffnungen nicht erfüllt haben, wie so vieles, was damals bei der Gründung der Vereinten Nationen oder den Plänen für eine Weltregierung Pate stand, ist dem völkerrechtlichen Versuch des Nürnberger Prozesses seither oft zum Vorwurf gemacht worden – ganz gegen alle Logik und auch zu Unrecht, wie die Verfasser trotz Korea, Indochina, Suez, Ungarn, Prag und Vietnam meinen. Nürnberg kann aus der Geschichte des Rechts und aus der Geschichte der Welt nicht mehr gestrichen werden. Solange sich die Völker bemühen, ihre Beziehungen auf Recht und Gesetz zu gründen und der Selbstvernichtung Herr zu werden, wird der Prozess über alle Rückfälle und Tagesereignisse hinweg seine Wirkungen haben.

Der deutsche Völkerrechtler Professor Dr. Hermann Jahrreiss sagte in seinem grundsätzlichen Plädoyer vor dem Internationalen Militär-Tribunal: «Die Vorschriften des Status (dieses Gerichtshofes) nehmen das Recht eines Weltstaates vorweg. Sie sind revolutionär. Vielleicht gehört ihnen im Hoffen und Sehnen der Völker die Zukunft.»

Lassen wir es dabei bewenden. Denn auch für jene, deren Gedanken sich nicht in eine ferne, ungewisse Zeit richten mögen, die sich fragen, weshalb die düsteren Geister der Vergangenheit hier erneut auferstehen sollen, ist von Jackson ein Wort für die Gegenwart, für unsere Generation, für ein zwölf Jahre lang gepeinigtes, mit Schande beladenes, in Verruf gebrachtes, ausgeblutetes und zuletzt zerstörtes Deutschland gesprochen worden:

«Wahrlich, die Deutschen – nicht weniger als die Welt draussen – haben mit den Angeklagten eine Rechnung zu begleichen.»

München, im Sommer 1975

Joe J. Heydecker und Johannes Leeb

DIE GROSSE JAGD

! DARF ADOLF HITLER ERSCHOSSEN WERDEN?

«Hätte ein britischer Soldat, der Hitler antrifft, die Pflicht, ihn zu erschliessen oder ihn lebend zu fangen?» Diese Frage wird am 28. März 1945 im britischen Unterhaus von dem Labour-Abgeordneten Ivor Thomas aus Keighley gestellt.

Wenige Minuten vorher hat der damalige Aussenminister Anthony Eden bekanntgegeben, dass Adolf Hitler von den Alliierten als Hauptkriegsverbrecher betrachtet wird. Er steht an der Spitze einer Liste, die von der Londoner *Kommission für Kriegsverbrechen* zusammengestellt worden ist.

«Ich bin absolut geneigt», beantwortet Eden die Anfrage, «diese Entscheidung völlig dem betreffenden britischen Soldaten zu überlassen.» Gelächter und Beifall.

Im britischen Unterhaus, in England und auf der ganzen Welt weiss man, dass Deutschlands letzte Stunde geschlagen hat. Der Vormarsch amerikanischer, britischer und sowjetischer Truppen ist nicht mehr aufzuhalten. Mit ihnen rücken die Spezialisten der Intelligenz-Abteilungen ein, deren Aufgabe es ist, nach den *Big Nazis* zu suchen und sie dingfest zu machen.

Eine Million Deutsche hat die *Kommission für Kriegsverbrechen* auf ihre Suchliste gesetzt. Jeder Ruinenkeller, jeder Bauernhof, jedes Gefangenenlager, jeder Flüchtlingszug auf den Landstrassen soll durchgekämmt werden.

«Die grösste Menschenjagd der Geschichte ist im Gange von Norwegen bis zu den Bayerischen Alpen», verkündet Eden im Unterhaus.

Er weiss, was er sagt.

Noch niemals sind eine Million Menschen gleichzeitig gesucht und gejagt worden. Trotzdem werden die Männer, die später auf der Anklagebank von Nürnberg sitzen sollen, vorläufig nicht gefunden. Im Chaos des deutschen Zusammenbruchs können sich auch die Kriminalisten in den Stäben General Eisenhowers und Feldmarschall Montgomerys kein klares Bild machen. Niemand weiss im Augenblick, was aus Hitler, Goebbels, Ribbentrop, Bormann oder Göring geworden ist.

Wilhelm Frick, der einstige Reichsinnenminister, ist in der Nähe von München von Offizieren der amerikanischen 7. Armee «aufgepickt» worden, wie es in der ersten Meldung darüber heisst. Von den anderen Gesuchten fehlt jede Spur.

Wie ist die Lage in Berlin?

Um elf Uhr vormittags, am 21. April 1945, fröstelt die Stadt unter einer eisgrauen Wolkendecke aus Trümmerstaub, Qualm und klebrigem Nebel. In den Strassen irren verzweifelte Menschen umher, zehntausend, hunderttausend Flüchtlinge. Der blutige Besen der heranrückenden Russen schiebt sie nach Westen.

Hitlerjungen, Frauen und alte Männer bauen Strassensperren. Drohender Donner kündigt die Front an. Rauch steigt aus den Resten niedergewalzter Stadtteile. Der schwelende, beissende Geruch des Untergangs hängt über Berlin.

Durch die Ritzen der vernagelten Fenster zieht ein kühler Aprilwind in den privaten Filmsalon des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda in der Hermann-Göring-Strasse. Durch die Erschütterungen naher Einschläge ist da und dort der Verputz von Decke und Wänden gebröckelt. Die kostbaren Sessel machen einen verstaubten, zerschlissenen Eindruck.

Im Zwielflicht des trostlosen Raumes haben sich gut zwei Dutzend Männer versammelt. Fünf Kerzenstümpfe werfen einen flackernden Schein auf die ernsten, eingefallenen Gesichter der Anwesenden; es gibt hier keinen elektrischen Strom mehr.

Das ist die äussere Kulisse der letzten Konferenz, die Dr. Josef Goebbels mit seinen Mitarbeitern abhält. Jede Einzelheit, jedes Wort, das hier gesprochen wurde, ist uns von einem Augenzeugen überliefert worden – von dem späteren Nürnberger Angeklagten Hans Fritzsche.

Der Minister trägt einen peinlich korrekten dunklen Anzug, der blütenweisse Kragen schimmert im Dämmerlicht, und der Rundfunkkommentator Fritzsche empfindet dies als schreienden Kontrast zu dem trübseligen Salon und den grausamen Verwüstungen in der ganzen Stadt.

Dr. Goebbels lässt sich in einem Sessel nieder und beginnt zu sprechen. Er hat lässig die Beine übereinandergeschlagen.

Was er sagt, ist weit davon entfernt, Gegenstand einer Mitarbeiterbesprechung zu sein. Er redet eigentlich zu einem anderen Publikum. Er spricht ein Verdammungsurteil über das ganze deutsche Volk, spricht von Verrat, Reaktion, Feigheit.

«Das deutsche Volk hat versagt», bricht es aus Goebbels hervor. «Im Osten läuft es davon, im Westen hindert es die Soldaten am Kampf und empfängt den Feind mit weissen Fahnen.»

Seine Stimme gellt, als spräche er im Sportpalast:

«Was fange ich mit einem Volk an, dessen Männer nicht einmal mehr kämpfen, wenn ihre Frauen vergewaltigt werden?»

Dann wird er wieder kühl. Ein ironisches Zucken spielt um seine Mundwinkel.

«Nun», sagt er leise, «das deutsche Volk hat sich dieses Schicksal ja selbst gewählt. Denken Sie an die Volksabstimmung vom November 1933 über Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund. Damals hat sich das deutsche Volk in freier Wahl gegen eine Politik der Unterwerfung und für eine solche des kühnen Wagnisses entschieden.»

Mit einer leichten Handbewegung setzt er hinzu:

«Dieses Wagnis ist nun eben missglückt.»

Ein, zwei Mitarbeiter springen auf, wollen Goebbels ins Wort fallen. Der Minister übergeht sie mit einem eisigen Blick. Ohne auf ihre Demonstration zu achten, fährt er in seiner Rede fort:

«Ja, das mag für manche Leute eine Überraschung sein, auch für meine Mitarbeiter. Aber ich habe ja niemanden gezwungen, mein Mitarbeiter zu sein, so wie wir auch das deutsche Volk nicht gezwungen haben. Es hat uns ja selbst beauftragt. Warum haben Sie mit mir gearbeitet? Jetzt wird Ihnen das Hälschen durchgeschnitten.»

Goebbels erhebt sich. Er lächelt unmerklich über die Röte oder Blässe, die seine letzten, zynischen Worte in die Gesichter der Anwesenden getrieben haben. Er hinkt zu der hohen, rotgoldenen Flügeltür des Filmsalons, dreht sich noch einmal um und sagt pathetisch:

«Aber wenn wir abtreten, dann soll der Erdkreis erzittern!»

Vorläufig erzittert nur die Tür, die er hinter sich zuwirft. Die Versammelten sind aufgestanden. Niemand sagt etwas. Alle sehen sich betreten an. Allen ist klar, dass das Ende gekommen ist. Sie schlagen ihre Kragen hoch und eilen auf die Strasse.

Die russische Artillerie belegt das Regierungsviertel mit schweren Brocken. Fritzsche springt geduckt an den Ruinenwänden entlang, arbeitet sich durch Trümmer und Seitenstrassen vorwärts. Er ist jetzt wie aus einem Traum erwacht. Er hastet durch Berlin, sucht nach irgendwelchen Menschen, die ihm genauen Aufschluss über die Lage geben könnten, kehrt schliesslich ratlos zur Villa von Dr. Goebbels zurück.

Hier findet er nur noch fluchende SS-Leute, ein paar verstörte Sekretärinnen, leere Zimmer, durchwühlte Schreibtische und Schränke, zurückgelassene Koffer. Der Leiter des Ministeramtes,

Curt Hamel, steht verloren in Hut und Mantel herum. Als er Fritzsche sieht, sagt er tonlos:

«Goebbels ist in den Führerbunker gefahren. ‚Es ist aus«, waren seine letzten Worte. Die Russen stehen am Alexanderplatz. Ich versuche jetzt, nach Hamburg durchzukommen. Wollen Sie mit? Ich habe einen Platz im Wagen frei.»

Fritzsche lehnt ab. Er will in Berlin bleiben. Er eilt ins Propagandaministerium und löst die Rundfunkabteilung auf, entlässt seine Mitarbeiter. Dann holt er seinen BMW aus der Garage und fährt zum Alexanderplatz, um nachzusehen, ob die Russen wirklich schon dort sind. Artilleriefeuer und ein Panzergefecht zwischen Danziger Strasse und Ringbahn veranlassen ihn zur Umkehr. Im Rundfunkhaus erfährt er, dass die Verteidigung Berlins fortgesetzt werden soll.

Ein paar Tage noch hält sich der Kern der Stadt. Dann hört Fritzsche, das Ohr an einen verglimmenden Batterieempfänger gepresst, über den Sender Hamburg die Nachricht von Hitlers Tod. Mit Staatssekretär Werner Naumann vom Propagandaministerium rennt er hinüber zur Reichskanzlei. Er hat einen ganz festen Plan. Berlin muss sofort kapitulieren. Aber er hütet sich vorerst noch, diesen Gedanken Martin Bormann zu unterbreiten. Fritzsche will von Bormann nur erreichen, dass sinnlose Aktionen unterbleiben. Er spielt mit seinem Kopf, aber es gelingt ihm, Hitlers mächtigsten Gefolgsmann umzustimmen.

Im Garten vor dem Führerbunker, zwischen rauchgeschwärzten Mauern, zwischen Benzinfässern und verbrennenden Geheimakten-oder was ist es sonst? – ruft Bormann einige SS-Leute zusammen und befiehlt ihnen in Fritzsches Anwesenheit:

«Der Werwolf ist aufgelöst. Sämtliche Werwolfaktionen sind einzustellen, ebenso die Vollstreckung von Todesurteilen.»

Fritzsche stolpert ins Propagandaministerium zurück. Um einundzwanzig Uhr wollen alle, die noch im Bunker der Reichskanzlei sitzen, einen Ausbruchversuch machen. Danach wird Fritzsche als Ministerialdirektor der letzte hohe Regierungsbeamte sein, der in der Hauptstadt des Deutschen Reiches zurückbleibt. In dieser Eigenschaft will er Marschall Georgi Schukow die Kapitulation Berlins anbieten.

Er verständigt einige Lazarette von seinem Entschluss, einige Befehlsbunker' und Wehrmachtseinheiten. Dann schreibt er dem Sowjetmarschall einen Brief. Der Dolmetscher Junius vom Deutschen Nachrichten-Büro übersetzt das Schreiben ins Russische.

Da wird die Tür aufgerissen.

General Wilhelm Burgdorf, Hitlers letzter Adjutant, stürzt mit flackernden Augen in das Kellergelass.

«Sie wollen kapitulieren?» herrscht er Fritzsche an.

«Ja», antwortet der Ministerialdirektor trocken.

«Dann muss ich Sie niederschliessen!» schreit Burgdorf. «Der Führer hat in seinem Testament jede Kapitulation verboten. Es muss bis zum letzten Mann gekämpft werden!»

«Auch bis zur letzten Frau?» fragt Fritzsche.

Der General zieht seine Pistole. Doch Fritzsche und ein Rundfunktechniker sind schneller. Sie stürzen sich auf Burgdorf. Der Schuss kracht, sirrt als Querschläger von der Decke zurück. Mit vereinten Kräften bugsieren sie den Adjutanten zur Tür hinaus.

Burgdorf versucht noch, zur Reichskanzlei zurückzukehren. Auf dem Weg dorthin richtet er jedoch die Waffe gegen sich selbst und setzt seinem Leben ein Ende.

Fritzsches Brief gelangt tatsächlich durch die Kampflinie auf die russische Seite. Im Morgengrauen des 2. Mai erscheinen die Parlamentäre im Propagandaministerium: ein sowjetischer Oberstleutnant, mehrere andere russische Offiziere und ein deutscher Oberst als Lotse. Marschall Schukow lässt Fritzsche auffordern, zu ihm zu kommen.

Schweigend marschiert die Gruppe durch ein Berlin, das keine Ähnlichkeit mehr hat mit der einstigen Hauptstadt. Pferdekadaver, Ruinen, ausgebrannte Fahrzeuge, gefallene Soldaten, herabhängende Drähte, tote Hitlerjungen, weggeworfene Panzerfäuste, zeretzter Hausrat, stinkende Kellerlöcher säumen den Weg der Unterhändler. Am Anhalter Bahnhof überschreiten sie die Frontlinie. Ein russischer Jeep wartet.

Wie sieht es auf der anderen Seite aus, dort, wo die Rote Armee schon eingezogen ist?

«In zwei Weltkriegen habe ich viele Bilder des Kampfes gesehen», sagt Fritzsche selber darüber. «Keines ist auch nur in irgendeiner Beziehung dem Bilde vergleichbar, das sich mir auf dem kurzen Weg vom Wilhelmplatz bis Tempelhof bot, der mehrere Stunden in Anspruch nahm. Welche Szenen sich bei der Übergabe einzelner Bunker und Häuser abspielten, das vermag ich nicht zu sagen. Ich bin auch nicht in der Lage, die Tragödie einiger Frauen zu schildern, die sich mit ihren Kindern durch einen Sprung aus dem Fenster vor dem Zugriff der Hände hinter ihnen retteten. Aus Trümmern und Bränden, aus Reihen von Leichen und in Gesichtern einzelner Toter sah ich, was sich abgespielt hatte. Übermächtig wurde in mir der Wunsch, eine der vielen noch einschlagenden Granaten möge mich von diesem qualvollen Anblick befreien.»

Gegenüber dem Eingang zum Flughafen Tempelhof wird Fritzsche in eine Villa geführt, in der ein sowjetischer Stab untergebracht ist. Dort erfährt der Ministerialdirektor, dass sich inzwischen auch einer der letzten Kampfkommandanten Berlins, General Helmut

Weidling, hier eingebunden hat, um die Stadt zur Kapitulation aufzufordern:

«Am 30. April 1945 hat der Führer uns, die wir ihm die Treue geschworen hatten, im Stich gelassen. Auf Befehl des Führers glaubt ihr noch immer, um Berlin kämpfen zu müssen, obwohl der Mangel an schweren Waffen, an Munition und die Gesamtlage den Kampf als sinnlos erscheinen lassen. Jede Stunde, die ihr weiterkämpft, verlängert entsetzlich die Leiden der Zivilbevölkerung und unserer Verwundeten. Im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Sowjettruppen fordere ich euch daher auf, sofort den Kampf einzustellen.»

Fritzsches selbstgewählte Mission ist mit diesem Schritt Weidlings erledigt. Die Russen wollen jetzt auch ganz andere Dinge von ihm. Am 4. Mai machen sie eine Autofahrt mit ihm. Ziel ist eine kleine Siedlung zwischen Berlin und Bernau. Fritzsche wird die Stufen zu einem modrigen, feuchten Keller hinuntergeführt. Die begleitenden Offiziere bringen ihn in einen der trüb beleuchteten Räume. Hier bietet sich ein grausiges Bild. Auf dem Fussboden liegt eine fast nackte Leiche. Der Schädel ist stark verkohlt, doch der Körper ist gut erhalten. Von der Kleidung ist nur noch ein brauner Uniformkragen am Hals und ein Revers mit einem Goldenen Parteiabzeichen vorhanden.

Neben dem Toten liegen die Leichen von fünf Kindern. Alle sind mit Nachthemden bekleidet und sehen aus, als ob sie friedlich schliefen.

Hans Fritzsche weiss und erkennt, wer hier vor ihm liegt: Dr. Josef Goebbels und seine Kinder. Er ist so verstört von dem Anblick, so verbittert über den billigen Ausweg seines Chefs, dass er in der Verwirrung gar nicht den siebten Leichnam bemerkt, eine Frau – wahrscheinlich Magda Goebbels.

Die Sowjets sind mit der Identifizierung zufrieden. Fritzsche wird wieder ins Freie gebracht – aber nicht in die Freiheit. In einem Keller in Friedrichshagen bleibt er zusammen mit anderen Deutschen gefangen. Es ist ein merkwürdiger Schwebezustand, der erst Tage später in eine juristische Form gebracht wird: Ein sowjetischer Unteroffizier sucht Fritzsche auf, zieht einen verknitterten Zettel aus der Tasche und liest davon mühsam drei deutsche Wörter ab:

«Sie sind verhaftet.»

Es wird lange dauern, bis Fritzsche die Freiheit wiederfindet. Sein Weg führt nach Moskau in das Lubjanka-Gefängnis und dann weiter auf die Anklagebank von Nürnberg.

Die grosse Menschenjagd läuft auf vollen Touren. In den Bayerischen Alpen ist sie besonders intensiv. Auf den Landkarten der alliierten Suchgruppen zeichnen sich zwei Hauptgebiete ab: im Norden der Raum zwischen Hamburg und Flensburg, im Süden die Gegend von München bis Berchtesgaden. Aus dem untergehenden Berlin hat ein Teil der führenden Leute versucht, sich zu Grossadmiral Dönitz durchzuschlagen: Himmler, Ribbentrop, Rosenberg und Bormann scheinen zu dieser Gruppe zu gehören. Die anderen werden in Bayern vermutet.

Bei der 36. Division der amerikanischen 7. Armee ist es trotz dieser Erkenntnis eine Überraschung, dass sich bei einem vorgeschobenen Posten am Morgen des 9. Mai ein deutscher Oberst meldet. Man weiss zwar, dass es hier in den Alpen noch von deutschen Truppen wimmelt, die auf eigene Faust operieren wollen, bis sie die Aussichtslosigkeit ihrer Lage einsehen und sich ergeben. In diesem Fall liegen die Dinge aber anders.

Der deutsche Oberst nennt seinen Namen: Bernd von Brauchitsch. Dann fügt er hinzu: «Ich komme als Unterhändler im Auftrage des Reichsmarschalls Hermann Göring.»

Die amerikanischen Posten werden nach dieser Erklärung sofort eifrig. Es ist ihnen klar, dass ihrer Division nun der Ruhm Vorbehalten sein soll, einen der grössten Fische zu fangen. Oberst von Brauchitsch wird in einen Jeep gepackt und zum Divisionsstab gebracht.

Dort hat ein Telefongespräch schon die Ankunft des deutschen Parlamentärs gemeldet. Es gibt kein Warten, keine Verzögerung. Der Divisionskommandeur, Generalmajor John E. Dahlquist, und dessen Vertreter, Brigadegeneral Robert J. Stack, stehen augenblicklich zur Verfügung.

Bernd von Brauchitsch erklärt den amerikanischen Generalen, dass er von Hermann Göring beauftragt ist, dessen Übergabe anzubieten. Der Reichsmarschall, so sagt der Oberst, befindet sich in der Nähe von Radstadt bei Zell am See.

Tatsächlich sitzt Göring dort in einer gewissen Klemme. Über seinem Haupt schwebt das Verdammungsurteil Hitlers, und es ist fraglich, ob sich trotz des allgemeinen Zusammenbruchs nicht doch noch ein paar fanatische SS-Männer finden werden, die den Erschießungsbefehl vollstrecken.

«Mein Führer», hatte Göring vor wenigen Tagen in die belagerte Reichskanzlei gefunkt, «sind Sie einverstanden, dass ich nach Ihrem Entschluss, in der Festung Berlin auszuharren, auf Grund des Gesetzes vom 29. Juni 1941 nunmehr die Gesamtführung des Reiches mit

allen Vollmachten nach innen und aussen übernehme? Wenn ich bis 22 Uhr keine Antwort erhalte, nehme ich an, dass Sie Ihrer Handlungsfreiheit beraubt sind, und werde die Bedingungen des Gesetzes als gegeben betrachten.»

Die Antwort traf vor 22 Uhr ein, allerdings bei einem anderen Empfänger. Sie lautete:

«Göring ist aus allen Ämtern einschliesslich der Nachfolge Hitlers entlassen und sofort wegen Hochverrats zu verhaften.» Ferner wurde befohlen, den «Verräter des 23. April 1945 beim Ableben des Führers zu liquidieren».

Später erklärte der letzte Generalstabschef der Luftwaffe, General Karl Koller: «Die SS hat sich aber offenbar gescheut, Gewalt gegen den Reichsmarschall anzuwenden.»

«Ich wurde in ein Zimmer gebracht, in dem ein Offizier war», sagte Göring bei einer Vernehmung in Nürnberg. «Vor der Tür stand eine SS-Wache. Dann nahm man mich mit meiner Familie am 4. oder 5. Mai nach dem Luftangriff auf Berchtesgaden mit nach Österreich. Fliegertruppen marschierten durch die Stadt – sie hiess Mauterdorf – und befreiten mich von der SS.»

General Koller, unter dessen Obhut Göring dann stand, kannte Hitlers Erschiessungsbefehl.

«Ich bin aber gegen einen Mord gewesen», sagte er dem Nürnberger Verteidiger Werner Bross, «wie ich immer gegen die Ermordung politischer Gegner eingestellt gewesen bin. Es ist dann auch nicht zu einer Ausführung dieses Befehls gekommen.»

Der deutsche Luftwaffenfeldwebel Anton Kohnle, der vor dem Mauterdorfer Jagdschloss Wache stand, wo Göring mit Frau, Tochter, Kammerdiener, Zofe und Leibkoch festsass, bekam den Reichsmarschall bald zu sehen. Er berichtet:

«Ich machte ihm Meldung, worauf er erstaunt stehenblieb und mich musterte. Er fragte mich, woher ich komme, und erzählte mir dann ganz undienstlich, dass alles anders gekommen wäre, wenn man auf ihn gehört hätte. Er gab mir zu verstehen, dass Hitler an Grössenwahn gelitten habe. Nun aber, mit dem Ende des Krieges, wolle er, der Reichsmarschall, selber die Regierung Deutschlands übernehmen.»

Kohnle fährt fort: «Als sich Göring nach dieser Unterhaltung etwa zwanzig Schritt von mir entfernt hatte, stürzte er plötzlich zu Boden. Es bedurfte grosser Mühe, diesen Koloss wieder auf die Beine zu stellen. Göring war morphiumpüchtig, und ich nehme an, dass sein Unwohlsein darauf zurückzuführen war, dass ihm die SS dieses Gift während seiner Gefangenschaft vorenthalten hatte.»

So also stellt sich die Verhaftung und Befreiung Görings in den nüchternen Worten der Beteiligten dar. Immerhin kann der Reichs-

marschall zum damaligen Zeitpunkt nicht wissen, wie sich die Dinge weiterentwickeln werden. Kann die SS nicht doch noch zurückschlagen und ihn erneut festnehmen? Unter diesen Umständen ist es wirklich besser, sich in den Schutz der Alliierten zu begeben.

Jetzt ist es soweit!

Brigadegeneral Stack fährt persönlich zu dem Treffpunkt, den Oberst von Brauchitsch bezeichnet hat. An der Biegung einer schmalen Landstrasse begegnen sich der Jeep des Amerikaners und der kugelsichere Mercedes Görings.

Die Wagen halten in gemessener Entfernung voneinander. Der General springt auf die Strasse, Göring klettert etwas mühsamer aus seinem Fahrzeug.

Dann hebt er den Marschallstab zur Andeutung eines Grusses und geht dem Amerikaner entgegen. Brigadegeneral Stack legt die Hand an die Mütze und macht ebenfalls einige Schritte. Alles ist überaus korrekt.

In der Mitte des Weges treffen die beiden Männer zusammen, stellen sich förmlich vor und geben sich die Hand.

Brigadegeneral Stack wird dieses Händedrucks allerdings nicht froh werden. Die Nachricht darüber löst nämlich überall einen Entrüstungssturm aus.

«Händeschütteln mit Kriegsverbrechern!»

«Shakehands mit Mördern!»

In den Vereinigten Staaten und besonders in Grossbritannien steigen die Zeitungen ganz gross in diese Sache ein. Der Lärm wird so laut, dass sich General Eisenhower veranlasst sieht, offiziell seine Missbilligung auszudrücken. Auch die britische Regierung lässt ihren Standpunkt öffentlich erklären, und zwar durch den Wiederaufbauminister Lord Woolton, der im Oberhaus feststellt:

«Der Krieg ist kein Spiel, das mit Händeschütteln endet.»

Brigadegeneral Stack weiss freilich nicht, wie sauer ihm das Leben mit dieser Sache noch gemacht werden wird. Vorläufig glaubt er nur, der Form genügt zu haben. Göring wird zum Divisionsstab gebracht, wo sich Generalmajor Dahlquist selbst des prominenten Gefangenen annimmt. Das Hauptquartier der 7. Armee ist verständigt, und der dortige Abwehr-Chef, Brigadegeneral William W. Quinn, hat versprochen, gleich zur Division zu kommen und den kostbaren Vogel persönlich zu übernehmen.

Inzwischen hat der Kommandeur der 36. Division Zeit, ein wenig mit Göring zu plaudern. John E. Dahlquist ist ein alter Soldat, kampferprobt, offen und politisch völlig arglos. Dennoch überrascht ihn, was er von Göring schon in den ersten Minuten ihres Gesprächs zu hören bekommt.

«Hitler war engstirnig», sagt der Reichsmarschall, «Rudolf Hess

exzentrisch und Ribbentrop ein Schurke. Warum war Ribbentrop Aussenminister? Mir ist einmal eine Bemerkung Churchills hinterbracht worden, die ungefähr lautete: «Warum schickt man mir immer diesen Ribbentrop und nicht einen patenten Jungen wie Göring?» Nun bin ich also hier. Wann bringen Sie mich ins Hauptquartier von Eisenhower?»

Dahlquist erfährt, dass Göring wirklich glaubt, als Vertreter Deutschlands mit den Alliierten verhandeln zu können. Wie abwegig dieser Gedanke ist, kommt dem Gefangenen gar nicht in den Sinn. Ist sich dieser einst mächtigste Mann nach Hitler nicht klar über die wirkliche Situation?

In langen Ausführungen spricht er über seine gewaltige Luftwaffe und ahnt nicht, dass zur gleichen Stunde sein Amtsnachfolger, Generalfeldmarschall Robert Ritter von Greim, in Kitzbühel gefangen genommen wird und sich mit den klassischen Worten zu erkennen gibt:

«Ich bin der Chef der deutschen Luftwaffe – aber ich habe keine Luftwaffe.»

«Wann werde ich von Eisenhower empfangen?» fragt Göring noch einmal.

«Wir werden sehen», weicht Dahlquist aus.

Nach diesem Gespräch wendet sich Göring einer Platte mit Huhn, Kartoffelpüree und Bohnen zu, die hereingebracht worden ist. Mit einem Appetit, der Generalmajor Dahlquist in Erstaunen setzt, verzehrt der Reichsmarschall die Portion, lässt sich eine Schüssel Fruchtsalat als Nachtisch munden und lobt den amerikanischen Kaffee.

«Es handelte sich um eine Mahlzeit, wie sie an diesem Tag alle amerikanischen Soldaten erhalten haben», wird später aus Eisenhowers Hauptquartier amtlich bekanntgegeben, weil auch die Zusammenstellung des Menüs in der Welt Ärgernis erregte.

Der Abwehr-Offizier der 7. Armee, Brigadegeneral Quinn, veranlasst nach seinem Eintreffen, dass Göring in einem Privathaus bei Kitzbühel untergebracht wird. Sieben Soldaten aus Texas, alte Haudegen von Salerno und Monte Cassino, führen den Reichsmarschall zu seinem neuen Quartier. Auf dem Weg wendet sich Göring lächelnd an seine Bewachung:

«Passt nur gut auf mich auf!»

Er hat es englisch gesagt, aber diese Männer der Kampfgruppe verstehen keinen Spass.

«Was sie ihm antworteten, kann nicht überliefert werden», gesteht ein amerikanischer Reporter, der die Gruppe begleitete. Natürlich sind die Reporter zur Stelle. Die Nachricht von Görings Gefangennahme hat die Kriegskorrespondenten in weitem Umkreis

alarmiert. Nun beeilen sie sich, denn der pressefreundliche Quinn hat ihnen ein Interview mit dem Reichsmarschall versprochen.

Hermann Göring besichtigt inzwischen zufrieden die Räume, die man ihm zur Verfügung gestellt hat. Seine Familie ist ebenfalls eingetroffen. Auch das auf siebzehn Lastwagen verstaute Gepäck wird gebracht. Es ist beinahe wie im Hotel. Der Reichsmarschall nimmt ein ausgedehntes Bad und bekleidet sich anschliessend in langwieriger Prozedur mit seiner hellgrauen Lieblingsuniform, deren schwere Goldbesätze es ihm besonders angetan haben.

Wie sehr unterscheidet sich dies alles von den Lagern, in denen zur gleichen Stunde Zehntausende und Hunderttausende deutscher Soldaten zusammengepfercht werden, in Regen und Schlamm, ohne Verpflegung, ohne Trinkwasser, ohne sanitäre Anlagen.

Göring wird kaum an dieses Elend denken. Frisch rasiert, gut ge-launt, mit beinahe federnden Schritten tritt er vor das Haus in die freundliche Nachmittags-sonne und winkt lässig den zwei Dutzend Reportern zu.

Die Korrespondenten haben einen Halbkreis gebildet. Ein kleiner, runder Tisch und ein geblümter Ohrensessel stehen an der Hauswand. Hier soll der prominente Gefangene Platz nehmen. Ein Mikrofon wird aufgestellt. Die Verschlüsse der Fotoapparate klicken.

«Hello, Marschall, bitte lächeln!»

«Hierher, den Kopf hierher drehen!»

«Danke!»

«Noch ein Bild mit Mütze!»

Göring setzt seine Mütze mit dem goldschweren Schild auf. Er ist ungeduldig.

«Bitte, beeilen Sie sich», sagt er zu den Fotografen, «ich habe nämlich Hunger.»

Dann prasseln die Fragen los. Zuerst sind es die üblichen: Wo ist Hitler? Glauben Sie, dass er tot ist? Warum wurde keine Landung in England versucht? Wie stark war die Luftwaffe zu Beginn des Krieges?

«Ich glaube, dass sie die stärkste Luftwaffe der Welt war», antwortet Göring stolz.

«Wieviel Flugzeuge hatte sie ungefähr?» will der Reporter genauer wissen.

«Das ist sechs Jahre her», sagt Göring, «und ich bin auf diese Frage nicht vorbereitet. Ich könnte Ihnen jetzt nicht sagen, wieviel Flugzeuge wir damals hatten.»

«Haben Sie die Bombardierung von Coventry befohlen?»

«Ja. Coventry war ein Industriezentrum, und mir lagen Berichte vor, dass sich dort auch grosse Flugzeugfabriken befanden.»

«Und Canterbury?»

«Die Bombardierung von Canterbury war von höherer Stelle befohlen als Vergeltung für den Angriff auf eine deutsche Universitätsstadt.»

«Welche deutsche Universitätsstadt war das?»

«Ich kann mich nicht erinnern.»

«Wann dachten Sie das erstmal, dass der Krieg verloren sei?»

«Sehr bald nach der Invasion und dem Durchbruch der Russen im Osten.»

«Was hat am meisten zu diesem Ende beigetragen?»

«Die ununterbrochenen Luftangriffe.»

«Ist Hitler über die Aussichtslosigkeit des Krieges informiert worden?»

«Ja. Verschiedene Militärs haben ihm auseinandergesetzt, dass der Krieg verloren sein könnte. Hitler hat darauf sehr negativ reagiert, und später waren Gespräche über dieses Thema verboten.»

«Wer hat sie verboten?»

«Hitler selbst. Er weigerte sich, den Gesichtspunkt eines verlorenen Krieges überhaupt zu berücksichtigen.»

«Wann wurde das verboten?»

«Als die Leute zuerst davon zu sprechen anfangen, etwa Mitte 1944.»

«Glauben Sie, dass Hitler Admiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt hat?»

«Nein! Das Telegramm an Dönitz trägt die Unterschrift von Bormann.»

«Weshalb hatte eine farblose Persönlichkeit wie Bormann so großen Einfluss auf Hitler?»

«Bormann steckte Tag und Nacht mit Hitler zusammen und brachte ihn allmählich so sehr unter seinen Willen, dass er sein ganzes Leben beherrschte.»

«Wer hat den Angriff gegen Russland befohlen?»

«Hitler selbst.»

«Wer war für die Konzentrationslager verantwortlich?»

«Hitler persönlich. Alle Leute, die etwas mit diesen Lagern zu tun hatten, unterstanden Hitler direkt. Die Staatsorgane hatten nichts damit zu tun.»

«Welche Zukunft erwarten Sie für Deutschland?»

«Wenn keine Lebensmöglichkeit für das deutsche Volk gefunden wird, sehe ich eine schwarze Zukunft für Deutschland und die ganze Welt voraus. Alle Menschen wollen Frieden, aber es ist schwer zu sehen, was noch geschehen wird.»

«Hat der Reichsmarschall noch irgendetwas, was er jetzt von seiner Brust wälzen möchte?»

«Ich möchte Verständnis dafür wecken, dass dem deutschen Volk geholfen werden sollte, und ich bin diesem Volk sehr dankbar, dass es bei den Waffen geblieben ist, auch wenn es schon wusste, dass alles aussichtslos geworden war.»

Die Korrespondenten eilen davon. Sie wollen das Interview möglichst schnell ihren Blättern kabeln. Aber sie haben Pech. Der Zensor im alliierten Hauptquartier lässt die Telegramme auf Befehl General Eisenhowers nicht durch. Und dabei bleibt es. Erst neun Jahre später, im Mai 1954, gibt Brigadegeneral Quinn ein geheimgehaltenes Stenogramm dieser Pressekonferenz einem amerikanischen Nachrichtenmagazin zur Veröffentlichung.

Eine Frage allerdings, die noch vor der Pressekonferenz an Göring gerichtet wurde, schlüpfte knapp vor dem Verbot am Zensor vorbei in die amerikanische Presse:

«Wissen Sie, dass Sie auf der Liste der Kriegsverbrecher stehen?»

«Nein», antwortet Göring. «Das überrascht mich sehr, denn ich wüsste nicht, warum.»

Die Nacht bricht herein. Der Reichsmarschall begibt sich zur Ruhe. Es ist das letztmal, dass er in einem weichen, gutgefederten Bett schläft. Vor der Tür seines Zimmers hält Leutnant Jerome Shapiro aus New York Wache.

4 GROSSADMIRAL KARL DÖNITZ ÜBERNIMMT DIE REGIERUNG

Um 22 Uhr 30 des 1. Mai 1945 überrascht der Reichssender Hamburg Deutschland und die Welt mit folgender Mitteilung:

«Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, dass unser Führer Adolf Hitler heute Nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist. Am 30. April hat der Führer den Grossadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt.»

Mit dieser Meldung, die Hitlers Selbstmord noch als Heldentod zu tarnen sucht, endet die nationalsozialistische Tragödie des deutschen Volkes. Zur gleichen Zeit beginnt ein neues Stück vor den alten, zerfetzten Kulissen: das kurzfristige Regierungsspiel des «Reichspräsidenten» Karl Dönitz.

Die Tragödie verwandelt sich in eine Tragikomödie.

Vier Männer, die später auf der Anklagebank von Nürnberg sitzen werden, sind an diesem operettenhaften Schlussakt des Grossdeutschen Reiches beteiligt: der Oberbefehlshaber der Deutschen Kriegsmarine, Grossadmiral Dönitz, ferner der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Chef des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Alfred Jodl, und der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Albert Speer.

In Deutschland herrscht in jenen Tagen das Chaos. Amerikanische, britische, französische und sowjetische Truppen besetzen die letzten Reste des Reichsgebiets. Millionen Deutsche sind auf der Flucht vor der Roten Armee. Auf den Landstrassen wälzen sich endlose Ströme entwurzelter Menschen. In den Städten haben Bombenteppiche das Leben erstickt. Aufgelöste Wehrmachtshaufen fluten ziellos nach Westen. Fanatische Exekutionskommandos hängen Deserteure an Alleebäume. Brücken werden in die Luft gesprengt.

Doch in Flensburg wird regiert.

Hier gibt es keine Ruinen, hier herrscht keine Weltuntergangsstimmung. Hier herrscht Ordnung. Im Abglanz grosser Zeiten marschieren das Wachbataillon Dönitz vor einem unscheinbaren Backsteingebäude auf, das äusserlich an ein kleinstädtisches Schulhaus erinnert. Es beherbergt jetzt die deutsche Reichsregierung und das Oberkommando der Wehrmacht. Es ist der Sitz des letzten deutschen Staatsoberhauptes.

Wie ist es zu dieser merkwürdigen Episode der deutschen Geschichte gekommen? Die Geschehnisse sind rasch berichtet:

Am 16. April 1945 ist Dönitz in Berlin. Am Morgen dieses Tages wird die Reichshauptstadt von einem gewaltigen Donnerschlag erschreckt. Auf die Sekunde genau haben bei Küstrin und Frankfurt an der Oder sämtliche russischen Batterien gleichzeitig das Feuer eröffnet: auf jeden Kilometer der ganzen Frontlänge kommen über sechshundert Geschütze. Das Aufbrüllen der lange erwarteten Offensive kündigt Berlin das nahe Ende an.

Im Führerbunker der Reichskanzlei raschelt Hitlers zitternde Hand ruhelos auf der Lagekarte hin und her. Er sucht nach Auswegen, operiert mit Armeen, die nur noch in seiner Phantasie existieren. Walter Lüdde-Neurath, der Adjutant des Grossadmirals Dönitz, kann Hitler in diesen gespenstischen Stunden beobachten und berichtet darüber:

«Körperlich macht er den Eindruck eines geschlagenen und gebrochenen Mannes: aufgeschwemmt, gebeugt, kraftlos und nervös.»

Die Lage ist aussichtslos. Eisenhower hat das Ruhrgebiet eingekesselt und zerschmettert die Divisionen der Heeresgruppe B, 325'000 Mann gehen hier in die Gefangenschaft. Amerikanische Panzerspitzen stehen vor Magdeburg, Nürnberg und Stuttgart. Britische Truppen stürmen gegen Bremen und Lauenburg vor. Die Zange der Roten Armee greift nach Berlin.

Drei Tage lang zerpflegt die russische Feuerwalze jeden Meter Boden, auf dem sich noch deutscher Widerstand regt. Drei Tage lang halten Flak, Infanterie, Volkssturm, Schreibstubenkräfte, Marine-

truppen und Polizisten dem Druck stand. Drei Tage lang – drei lange Tage.

Hitler glaubt schon wieder an Sieg. Mit verächtlichem Unterton in der Stimme gibt er seiner Meinung Ausdruck:

«Der Russe ist am Ende seiner Kraft. Er kämpft nur noch mit Beutesoldaten, befreiten Kriegsgefangenen und rekrutierten Bewohnern der eroberten Gebiete, lauter zusammengelesenem Pack. Der letzte Ansturm Asiens wird zerbrechen, wie am Ende auch der Einbruch unserer Gegner im Westen trotz allem scheitern wird . . .»

Keitel greift den optimistischen Ton Hitlers auf und verkündet zuversichtlich:

«Meine Herren, es ist ein alter militärischer Erfahrungsgrundsatz, dass sich ein Angriff festfährt, wenn er nicht bis zum dritten Tag den erfolgreichen Durchbruch erzwungen hat.»

«Mir scheint das nicht so», murmelt Dönitz und gibt seinem Adjutanten Lüdde-Neurath den Befehl, innerhalb der nächsten sechzig Minuten das Oberkommando der Kriegsmarine aus der Gefahrenzone zu nehmen und an einen anderen Ort zu verlegen.

Tatsächlich hält sich die Rote Armee nicht an Hitlers Prophezeiungen und Keitels Erfahrungsgrundsätze. Sie erzwingt den Durchbruch am vierten Tag. Die letzte deutsche Front hört zu bestehen auf.

Dönitz hat richtig gehandelt. Für den Fall, dass die russischen und amerikanischen Stoskeile Deutschland in zwei Teile spalten sollten, ist Dönitz von Hitler mit der Verteidigung des Nordraumes beauftragt worden. Nun rollt die kleine Autokolonne des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine aus Berlin hinaus, durch die Nacht, voran die fünf Tonnen schwere, attentatsichere Panzerlimousine des Grossadmirals. Über den Himmel huschen die bleichen Finger von Scheinwerfern. Am Horizont wetterleuchtet die Front mit einem unaufhörlichen Geprassel grollender Abschüsse und Einschläge.

In der Dahlemer Dienstwohnung von Dönitz, in den Gängen des zivilen Luftschutzkellers, zwischen abgestelltem Hausrat, verängstigten Frauen aus den Nachbarhäusern und schreienden Kindern wird die letzte provisorische Befehlsstelle der Obersten Seekriegsleitung eingerichtet.

Dann ist auch dieser Ort nicht mehr sicher. Dönitz verlegt das Oberkommando der Kriegsmarine nach Plön. Zwei Tage später flüchtet auch das OKW aus dem Berliner Raum nach Norden. Keitel und Jodl treffen mit einem Schwarm von Adjutanten, Offizieren, Reichsministern und Staatssekretären in Rheinsberg ein, setzen sich dann weiter nach Flensburg ab. Schleswig-Holstein wird damit zum Schauplatz des letzten Aktes.

Am 30. April 1945, um 18 Uhr 35, empfängt Dönitz in Plön einen überraschenden Funkspruch aus der Berliner Reichskanzlei:

«An Stelle des bisherigen Reichsmarschalls Göring setzte der Führer Sie, Herr Grossadmiral, als seinen Nachfolger ein. Schriftliche Vollmacht unterwegs. Ab sofort sollen Sie sämtliche Massnahmen verfügen, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben.»

Gezeichnet ist dieser Funkspruch mit dem Namen Bormann.

Am nächsten Nachmittag, um 15 Uhr 18, kommt eine weitere Funknachricht in Plön an:

«FRRGrossadmiral Dönitz. Chefsache! Nur durch Offizier! Führer gestern 15.30 verschieden. Testamentvom 29.4. überträgt Ihnen das Amt des Reichspräsidenten, Reichsminister Goebbels das Amt des Reichskanzlers, Reichsleiter Bormann das Amt des Parteiministers, Reichsminister Seyss-Inquart das Amt des Reichsaussenministers. Reichsleiter Bormann versucht, noch heute zu Ihnen zu kommen, um Sie über die Lage aufzuklären. Form und Zeitpunkt der Bekanntgabe an Truppe und Öffentlichkeit bleibt Ihnen überlassen.»

Unterschriften: Goebbels, Bormann.

Dönitz, der neue, durch Funkspruch ernannte Reichspräsident, macht sich über seine Situation keine Illusionen. Er lässt über Empfang und Wortlaut der Funksprüche ein kriegsgerichtliches Protokoll aufnehmen. Dann befiehlt er, Bormann und Goebbels zu verhaften, sobald sie in seinem Hauptquartier auftauchen sollten. Er kann jetzt keine Parteifunktionäre mehr gebrauchen. Er muss Frieden machen, und er weiss, dass die Alliierten mit keiner Regierung verhandeln werden, in der prominente Nationalsozialisten sitzen.

Der «Löwe», wie Dönitz als einstiger Befehlshaber der U-Boot-Waffe in der ganzen Kriegsmarine genannt wird, versteht es, seine neue Position augenblicklich zu festigen.

Zivile und militärische Stellen erkennen ihn als Staatsoberhaupt an. Das Oberkommando der Wehrmacht und sogar Heinrich Himmler und die SS beugen sich unter den Befehl des «Funkpräsidenten». Die Mitglieder der alten Reichsregierung, soweit sie in Schleswig-Holstein sind, treten zurück, um Dönitz freie Hand zu geben – unter ihnen der Parteiphilosoph und «Reichsminister für die besetzten Ostgebiete», Alfred Rosenberg, sowie Reichsaussenminister Joachim von Ribbentrop.

Dönitz bildet ein neues Kabinett. Es soll so unpolitisch wie möglich sein und wird vorsichtig als «Geschäftsführende Reichsregierung» bezeichnet. Den wichtigsten Posten in diesem Gremium nimmt der ehemalige Reichsfinanzminister ein, Lutz Graf Schwerin von Krosigk. Er wird «mit der Gesamtleitung beauftragt» und ist damit eine Art Reichskanzler, dem gleichzeitig die Finanzen und die

Geschäfte des Aussenministers anvertraut sind. Albert Speer, später einer der Nürnberger Angeklagten, wird mit dem Ressort des Reichswirtschafts- und Produktionsministers bedacht. Diese und alle anderen Posten in der neuen Reichsregierung existieren freilich nur auf dem Papier. Die Schattenministerien des Präsidenten Dönitz haben keinerlei praktische Bedeutung. Auf dem engen Raum, der noch nicht von alliierten Truppen besetzt ist, in der winzigen Enklave am Rande des deutschen Untergangs, erinnern die grossartigen Dienstbezeichnungen der frisch besetzten Ämter an ein fatales Possenspiel: Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Reichsverkehrsminister, Reichspostminister, Reichskultusminister, Reichsarbeits- und Sozialminister . . .

Karl Dönitz steht vor schweren Entscheidungen.

In seinen Händen befindet sich damals die Fotokopie einer Landkarte. Sie stammt aus dem britischen Geheimbefehl *Eclipse*, der von der deutschen Abwehr eingesehen wurde, und zeigt eine genaue Eintragung der Demarkationslinie zwischen Ost und West, wie sie von Roosevelt, Churchill und Stalin in der Konferenz von Jalta vereinbart wurde. Sie ist das Grundscheema für die spätere Zoneneinteilung Deutschlands.

Das Geheimdokument *Eclipse* gibt Dönitz und dem Oberkommando der Wehrmacht Auskunft darüber, welche Gebiete endgültig von sowjetischen und welche von amerikanischen, britischen und sowjetischen Truppen besetzt werden. Mit diesem Wissen sollen nun die Kapitulationsmanöver geführt werden.

Bei den internen Besprechungen, die im neuen Hauptquartier von Staats- und Wehrmachtführung in Flensburg abgehalten werden, treten einige Tatsachen klar hervor:

1. Im Westen begrüsst die Bevölkerung die anglo-amerikanischen Truppen als Befreier aus der Not des Krieges und der Bombennächte.
2. Im Osten dagegen flieht die Bevölkerung aus Furcht vor den Russen. Auch die dort stehenden Wehrmachtteile wollen nicht in die Hände der Sowjets fallen.
3. Die deutschen Truppen im Westen werden einem von oben gegebenen Kapitulationsbefehl Folge leisten. Die Truppen im Osten aber werden diesem Befehl nicht gehorchen und versuchen, sich kämpfend auf die westliche Seite der rettenden Demarkationslinie zurückzuziehen.
4. Die Bevölkerung im Westen wird die Kapitulation billigen. Die Bevölkerung im Osten wird sie jedoch als Verrat betrachten, als Preisgabe der Millionen Menschen, die sich noch auf der Flucht befinden.

5.

Der Kurs der Regierung Dönitz scheint damit festzustehen. Es soll versucht werden, im Osten weiterzukämpfen, um den Rückzug

möglichst vieler Menschen und Truppen hinter die *Eclipse-Linie* zu decken und sie den Sowjets zu entziehen. Zugleich sind im Westen Kapitulationsverhandlungen zu führen, damit an dieser Front weitere Opfer so schnell wie möglich vermieden werden. Man glaubt in Flensburg, General Eisenhower für diese Lösung gewinnen zu können, obwohl bekannt ist, dass die Alliierten nur eine gleichzeitige Kapitulation aller deutschen Truppen an allen Fronten annehmen wollen.

So entscheidet sich Dönitz nach seinen eigenen Worten «gegen den asiatischen Osten» und «für den christlichen Westen».

Die Ereignisse überstürzen sich.

Am Nachmittag des 2. Mai 1945 telefoniert Korvettenkapitän Lüdde-Neurath, der Adjutant des Grossadmirals, von Flensburg aus zufällig mit einer Firma in Lübeck. Sein Gesprächspartner dort fordert ihn auf, lauter zu sprechen.

«Ich kann überhaupt nichts verstehen», brüllt er, «es ist hier ein solcher Lärm auf der Strasse, da fährt nämlich ein Panzer nach dem anderen vorbei . . .»

«Was für Panzer?» fragt Lüdde-Neurath zurück.

«Lauter englische – wollen Sie mal hören?»

Und dann hält der Mann in Lübeck den Telefonhörer zum offenen Fenster hinaus. Auf diese Weise erfährt die oberste deutsche Wehrmachtführung vom Durchbruch der Briten.

5 BEDINGUNGSLOSE KAPITULATION

Es ist Zeit, mit der Kapitulation Ernst zu machen. Dönitz entsendet Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg, General Eberhard Kinzel, Konteradmiral Gerhard Wagner und drei weitere Offiziere ins Hauptquartier Feldmarschalls Montgomery bei Lüneburg.

Montgomery nimmt das Kapitulationsangebot fast wortlos entgegen. Das Abkommen, das von Friedeburg wenig später unterzeichnet, lässt ab 5. Mai, 8.00 Uhr, die Waffen im gesamten Nordraum schweigen.

Friedeburg fliegt weiter nach Frankreich und nimmt in Reims Verhandlungen mit dem Stab Eisenhowers auf. Bald darauf trifft auch Generaloberst Jodl dort ein.

Ein kleines Mädchen, das noch am späten Abend durch die dunklen Strassen von Reims läuft, sieht zufällig die Ankunft Jodls und seiner Begleiter am Gebäude der Gewerbeschule, wo sich das Alliierte Hauptquartier befindet.

Schreiend läuft das Kind davon: «*Les Allemands! Les Allemands!*
- Die Deutschen sind da! Die Deutschen sind da!»

Die Nachricht verbreitet sich blitzschnell – viel schneller als die of-

fiziellen Verlautbarungen. Die Deutschen sind da – doch diesmal können sie nur da sein, um ihre Niederlage und den Frieden in Europa zu unterschreiben.

Aus dem Mund eines Kindes erfährt die Welt zuerst, dass sechs Jahre Not, Verwüstungen und Tod zu Ende sind . . .

Zur gleichen Stunde verhandelt Jodl mit Eisenhowers Stabschef Bedell Smith um die Frage der Ost-Kapitulation.

«Uns war es klar», schreibt Eisenhower in seinen Erinnerungen, «dass die Deutschen Zeit gewinnen wollten, um möglichst viele Soldaten, die noch im Felde standen, hinter unsere Linien bringen zu können. Ich trug General Smith auf, er solle Jodl sagen, ich würde den Durchgang weiterer deutscher Flüchtlinge unter Gewaltanwendung verhindern, wenn sie nicht augenblicklich mit ihrer Vorspiegelungs- und Verzögerungstaktik aufhörten. Ich hatte es satt, mich dauernd hinhalten zu lassen.»

Jodl sendet an Dönitz folgenden Funkspruch:

«General Eisenhower besteht darauf, dass wir heute noch unterschreiben. Andernfalls werden die alliierten Fronten auch gegenüber denjenigen Personen geschlossen werden, die sich einzeln zu ergeben versuchen, und alle Verhandlungen werden abgebrochen. Ich sehe keinen anderen Ausweg als Chaos oder Unterzeichnung.» In einem kahlen Schulzimmer von Reims wird die bedingungslose Kapitulation am 7. Mai 1945 nachts unterzeichnet. Der amerikanische Kriegskorrespondent Drew Middleton ist einer der wenigen, die dem historischen Augenblick beiwohnen dürfen. Er berichtet:

«In dem Zimmer steht ein langer Holztisch ohne Decke. An jedem Platz liegt ein gespitzter Stift neben einem Aschenbecher, obwohl niemand raucht. Anwesend sind Generalleutnant Walter Bedell Smith für General Eisenhower, Generalmajor François Sevez für General Alphonse-Pierre Juin, und Generalmajor Iwan Susloparow für das Sowjetkommando.

Jodl trägt das Ritterkreuz. Sein Gesicht ist ausdruckslos und arrogant, seine Augen wirken gläsern. Vor der Unterzeichnung stellt er sich in straffe Haltung und sagt auf deutsch:

„Ich möchte einige Worte sagen, Herr General! Mit dieser Unterschrift sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb in die Hände der Sieger gegeben. In dieser Stunde kann ich nur die Hoffnung ausdrücken, dass der Sieger sie grosszügig behandeln wird.»

General Smith sieht ihn mit müdem Gesicht an. Er gibt keine Antwort. Dann folgt die Unterzeichnung. Es ist 2 Uhr 41 Minuten.»

Anschliessend wird Jodl in Eisenhowers Dienstzimmer geführt. Der amerikanische Oberbefehlshaber fragt ihn durch einen Dolmetscher: «Sind Ihnen alle Punkte des Dokuments klar?»

«Ja», antwortet Jodl.

«Sie werden dienstlich und persönlich zur Verantwortung gezogen», sagt Eisenhower, «wenn gegen die Punkte dieser Kapitulationsurkunde verstossen werden sollte, auch gegen die, welche sich auf die offizielle Übergabe an Russland beziehen. Das ist alles.»

Jodl salutiert, macht eine Kehrtwendung und geht.

Der Krieg ist aus.

Was einen Tag später im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst folgt, ist eigentlich nur noch eine Bekräftigung. Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel ist von Flensburg nach Berlin geflogen, um dort das zweite Kapitulationsdokument zu unterschreiben. In seiner Begleitung sind Generaloberst Paul Stumpff für die Luftwaffe und Generaladmiral von Friedeburg für die Kriegsmarine.

Zehn Minuten nach Mitternacht, am 9. Mai 1945, werden die Deutschen in das Verhandlungszimmer geführt.

An einem breiten Tisch sitzen Marschall Schukow und der sowjetische Aussenminister Andrej Wyschinski; daneben der britische Luftmarschall Sir Arthur Tedder, General Carl Spaatz als Vertreter Eisenhowers, und der französische General Jean de Lattre de Tassigny.

Für die deutschen Teilnehmer ist ein separater Tisch am Eingang des Raumes bereitgestellt.

«Keitel kommt stolz und selbstbewusst herein», schreibt der amerikanische Kriegskorrespondent Joseph W. Grigg. «Er trägt die Uniform eines Feldmarschalls und bewahrt bis zum Ende seine preussische Arroganz. Er schmettert seinen Marschallstab auf den Tisch, nimmt Platz und schaut unbeteiligt geradeaus, während die anwesenden Fotografen ihre Arbeit verrichten. Ein- oder zweimal fingert er an seinem Kragen herum und befeuchtet sich nervös die Lippen.»

Luftmarschall Tedder erhebt sich und richtet das Wort an Keitel:

«Ich frage Sie: Haben Sie dieses Dokument der bedingungslosen Kapitulation gelesen und sind Sie bereit, es zu unterschreiben?» Keitel hört sich die Übersetzung an, nimmt die Kapitulationsurkunde vom Tisch auf und antwortet:

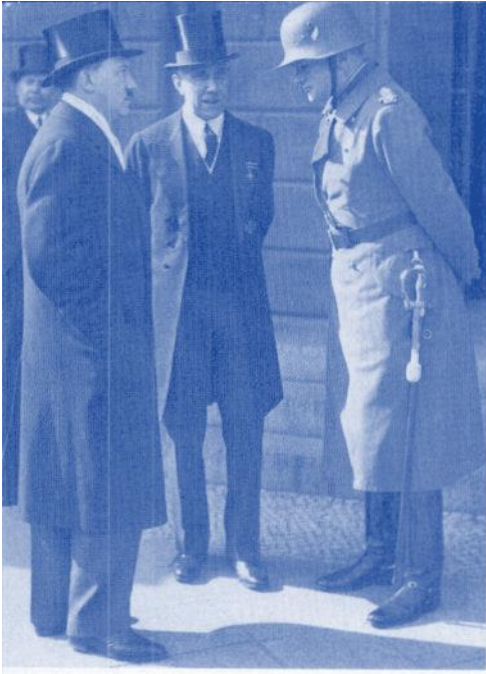
«Ja, ich bin bereit.»

Marschall Schukow lässt Keitel nun auffordern, an den grossen Tisch zu kommen und die Unterschrift vorzunehmen. Grigg schildert die Szene:

«Keitel nimmt umständlich seine Mütze, seinen Marschallstab, seine Handschuhe, setzt langsam und vorsichtig sein Monokel ins linke Auge, geht zu dem Tisch, setzt sich und schreibt mit langwierigen, kitzelnden Bewegungen den Namen Keitel.» Dann unterschreiben die anderen. Inzwischen versucht Keitel noch einmal, Zeit für die zurückströmenden Flüchtlinge zu gewinnen. Er winkt den



Berlin am 30. Januar 1933: Fackelzug der SA durchs Brandenburger Tor.



*Hitler, sein Vizekanzler Franz von Papen und Kriegsminister Werner von Blomberg kurz nach der Macht-
ergreifung.*



*Der Tag von Potsdam
1933: Reichspräsident
Paul von Hindenburg
verliest seine Rede.*

russischen Dolmetscher zu sich und erklärt ihm, dass wegen der schlechten Nachrichtenverbindungen der Befehl zur Feuereinstellung mindestens vierundzwanzig Stunden braucht, bevor er in den Händen der Fronttruppen ist.

Der Dolmetscher weiss nicht, was er tun soll. Er wendet sich ratlos an einen Offizier aus dem Stab Schukows und flüstert ihm Keitels Worte zu.

Eine Antwort erfolgt nicht. Schukow steht vielmehr unwillig von seinem Platz auf und sagt kühl: «Ich ersuche nun die deutsche Delegation, den Raum zu verlassen.»

Die Herren erheben sich. Keitel klappt den Aktendeckel mit der schicksalsschweren Urkunde zu, klemmt ihn unter den Arm, deutet mit leisem Hackenschlag einen Gruss an und geht zur Tür hinaus. Ein paar Tage später, am 13. Mai, wird er in Flensburg verhaftet.

6 DAS ENDE DER HERRLICHKEIT – MIT DÖNITZ GEHEN IN DIE GEFANGENSCHAFT: OKW-CHEF WILHELM KEITEL, DER CHEF DES WEHRMACHTFÜHRUNGSSTABES ALFRED JODL UND DER REICHSMINISTER FÜR BEWAFFNUNG UND MUNITION, ALBERT SPEER

In Flensburg sitzt noch immer die Regierung Dönitz. Trotz der bedingungslosen Kapitulation darf sie weiter amtieren. Eine alliierte Kontrollkommission erscheint, um beim Oberkommando der Wehrmacht alle Kapitulationsmassnahmen zu überwachen. Im Übrigen bleibt der Raum Flensburg unangetastet. Die kleine Enklave ist damit der einzige Flecken Erde, wo auch nach der Kapitulation noch deutsche Soldaten und Offiziere in voller Uniform und bewaffnet einem betriebssamen Dienst nachgehen.

Doch nicht mehr lange.

Die Verhaftung Keitels zeigt Dönitz, dass das Ende der Flensburger Regierung nur noch eine Frage von Tagen sein kann. Er löst den Werwolf auf und schliesslich auch die NSDAP, um seinen guten Willen zu demonstrieren – doch das sind Massnahmen, die durch die Zeit schon überholt sind.

Weshalb wurde Keitel verhaftet? Generalmajor Lowell W. Rooks, der amerikanische Leiter der Alliierten Kontrollkommission beim OKW, gab keine Begründung an. Er führte nur einen Befehl aus. Keitel selbst wusste es besser. Wie Lüdde-Neurath berichtet, nannte der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht selbst die Gründe, als er sich bei Dönitz abmeldete. Danach stand seine Verhaftung wahrscheinlich «im Zusammenhang mit der im April 1944 befohlenen Erschiessung von fünfzig britischen Fliegeroffizieren». Im Nürnberger Prozess wird diese Untat noch eine Rolle spielen.

Dönitz ernennt an Stelle von Keitel Generaloberst Alfred Jodl zum Chef des OKW. Es ist seine letzte Amtshandlung.

Am 17. Mai treffen auch sowjetische Delegierte bei der Alliierten Kontrollkommission in Flensburg ein. Bald dararauf wird die «Reichsregierung» aufgefordert, sich am 23. Mai, vormittags 9.45 Uhr, an Bord des abgestellten deutschen Passagierdampfers *Patria* einzufinden.

«Koffer packen», sagt Dönitz nur, als ihm dieser Befehl überbracht wird. Er weiss, dass nun das Ende kommt.

In der Schiffsbar der *Patria* geht zur festgesetzten Stunde der letzte Akt des Grossdeutschen Reiches über die Bühne. Der amerikanische Kontrollchef Rooks, der britische Brigadier Foord, der sowjetische Generalmajor Truskow und der New Yorker Dolmetscher Herbert Cohn sitzen feierlich am Tisch.

«Es ist ziemlich klar, was sie vorhaben», flüstert Dönitz Jodl zu. Die Herren nehmen Platz.

«Gentlemen», sagt Lowell Rooks steif, «ich habe Anweisung von General Eisenhower erhalten, Sie heute Morgen zu mir zu rufen, um Ihnen mitzuteilen, dass die Geschäftsführende Deutsche Reichsregierung und das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht mit seinen verschiedenen Angehörigen als Kriegsgefangene festgenommen werden sollen. Hierdurch wird die Geschäftsführende Deutsche Reichsregierung aufgelöst. Diese Massnahme geht nun vor sich. Jeder von Ihnen hat sich von diesem Augenblick an als Kriegsgefangener zu betrachten. Wenn Sie diesen Raum verlassen, wird sich Ihnen ein alliierter Offizier anschliessen und Sie zu Ihren Quartieren begleiten, wo Sie packen, eine Mahlzeit einnehmen und Ihre Angelegenheiten regeln werden.»

«Während dieser Zeremonie», schreibt der anwesende Kriegskorrespondent Drew Middleton, «sitzt Jodl kerzengerade auf seinem Stuhl, aber seine Nase wird rot und sein Gesicht bedeckt sich mit rötlichen Flecken. Er reibt unaufhörlich seine Hände und knackt mit den Fingern.»

«Haben Sie noch etwas zu sagen?» fragt Rooks.

«Jedes Wort wäre überflüssig», entgegnet Dönitz. Er macht einen geschlagenen Eindruck, wie Middleton bemerkt, bemüht sich aber um Haltung.

«Haben Sie etwas zu sagen?» wendet sich Rooks an Jodl.

«Jedes Wort ist überflüssig», wiederholt der Angesprochene schnarrend. Sein Atem geht schnell und hörbar.

Generaladmiral von Friedeburg sitzt apathisch auf seinem Stuhl und sagt kein Wort. Es ist die vierte Kapitulation innerhalb von drei Wochen, der er beiwohnt.

«Wollen Sie mir bitte Ihre Papiere aushändigen», sagt Rooks. Jodl

greift in die Tasche und wirft wütend seine persönlichen Dokumente auf den Tisch.

«Well, Gentlemen», sagt Rooks und steht auf, «dann sage ich Ihnen nun goodbye.»

Jodl sieht mechanisch auf die Uhr. Es ist genau zehn.

In Flensburg-Mürwik, dem Sitz der Reichsregierung und des OKW, ist indessen der Teufel los. Panzer rasseln, schwerbewaffnete Infanterie und britische Militärpolizei dringen in die bisher unberührte Enklave ein.

Brigadier Jack Churcher von der 159. Brigade, britischer Stadtkommandant von Flensburg, schreit mit angelaufenem Kopf auf der Strasse herum:

«Wir suchen die Kerle mit den roten Streifen an der Hose!»

Truppen der 11. englischen Panzerdivision rücken mit gefällttem Bajonett zwischen den Häusern vor. Sie dürfen noch einmal Krieg spielen. Es gilt, die verdammte deutsche Regierung und das verhasste Oberkommando gefangenzunehmen.

Für die Deutschen kommt der Einfall völlig überraschend. Die Kabinettsmitglieder, die nicht auf der *Patria* waren, halten gerade eine Konferenz ab. Der geschäftsführende Kanzler, Graf Schwerin von Krosigk, spricht über die Lage, ohne eine Ahnung von der wirklichen Lage zu haben.

Die Aufklärung erfolgt allerdings blitzschnell.

Die Tür wird aufgerissen. Britische Soldaten mit Handgranaten und schussbereiten Maschinenpistolen stürzen in das Sitzungszimmer. «Hände hoch!»

Die Mitglieder der Reichsregierung springen von ihren Stühlen auf. Niemand weiss, was geschehen ist. Da erfolgt schon der zweite Befehl:

«Hosen runter!»

Die Tommies meinen es ernst. Sie verschaffen dem Befehl Nachdruck. Die Deutschen werden entwaffnet, und dann beginnt die groteske Szene: die entblösste Reichsregierung wird nach Giftampullen untersucht.

«Nichts blieb undurchforscht», drückt sich Lüdde-Neurath in vornehmer Zurückhaltung aus.

Männer in Unterhosen und Pyjamas werden auf die Strasse getrieben. Sekretärinnen stehen mit erhobenen Händen vor den Mündungen britischer Maschinenpistolen. Soldaten durchforschen Wäscheschubladen, Koffer, Handtaschen, Schränke, kehren Matratzen um, leeren Aktenmappen aus, tasten Körper nach versteckten Waffen ab, treiben Säumige mit Pistolenschüssen an.

Das ist das Ende der letzten deutschen Reichsregierung.

Eine Kompanie der britischen 159. Brigade von der 11. Division

der 1. Armee rast mit schnellen Panzerfahrzeugen in das nahegelegene Glücksburg. Dort hat der Wirtschafts- und Produktionsminister des Kabinetts Dönitz, Albert Speer, seine Amtsräume. Auch er steht auf der Liste der Kriegsverbrecher.

Speer ist ein nüchterner Kopf. Vielleicht ist er in diesen Tagen der einzige, der die Lage kühl und richtig beurteilt. Als das Verhaftungskommando erscheint, gibt er sich ruhig gefangen und bringt es dabei sogar noch zu einem müden Lächeln.

«Ja», sagt er zu dem britischen Offizier, «nun ist also das Ende da. Es ist gut so. Es war sowieso alles nur noch eine Art Oper.»

«Eine komische Oper?» fragt der Engländer. Er hat Sinn für hintergründige Gespräche.

Speer nickt resigniert.

Zur gleichen Stunde geht der kriegsgefangene Reichspräsident Karl Dönitz noch ein paar Schritte vor seiner Dienstwohnung in Flensburg-Mürwik auf und ab. Er hat seine Koffer gepackt und wartet auf den Abtransport ins Lager.

An seiner Seite ist Generaladmiral von Friedeburg. Beide Männer haben die Hände auf den Rücken gelegt und gehen schweigend auf dem kleinen Gartenweg hin und her. Dann erscheinen die Autos. Die Gefangenen werden abgeholt und sollen mit ihrem Gepäck zum Flensburger Polizeipräsidium gebracht werden. Dort wird der Transport zusammengestellt.

Bevor Friedeburg mit den Koffern seine Diensträume verlässt, fragt er seine englischen Bewacher, ob er rasch noch den Waschraum aufsuchen darf. Es wird ihm gestattet.

Hans-Georg von Friedeburg verschwindet hinter der Tür und schliesst ab. Draussen warten die Tommies und rauchen schnell noch eine Zigarette.

Minuten vergehen. In dem kleinen Raum rührt sich nichts. Die Soldaten werden unruhig. Sie klopfen. Keine Antwort. Sie schlagen mit den Fäusten gegen die Tür. Stille.

Ein stämmiger Korporal versetzt der Türfüllung einen Tritt. Holz splittert. Gleich darauf stehen die Engländer in dem schmalen Kabinett. Hier liegt der letzte Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine auf dem Rücken. Sein Körper zittert unter der Einwirkung des Zyankalis, seine Augen sind weit aufgerissen, aber er ist nicht mehr bei Bewusstsein.

Die Soldaten heben den Sterbenden vom Boden auf, tragen ihn ins nächste Zimmer, legen ihn auf das Bett. Einer von ihnen läuft davon und brüllt immerzu nach einem Arzt-als ob es gegen die Todesampullen aus dem einstigen Reichssicherheitshauptamt ein Mittel gäbe! Generaladmiral von Friedeburg ist tot, noch ehe der Hilferuf verhallt.

Dönitz, Jodl und Speer warten indessen im Hof des Polizeipräsidiums auf ihren Abtransport. Ein englisches Maschinengewehr ist drohend auf sie gerichtet. Eine Handvoll uniformierter Kriegskorrespondenten hat sich eingefunden. Sie versuchen, ein Interview zustande zu bringen, aber es gelingt ihnen nicht. Jodl antwortet auf die erste Frage, die an ihn gerichtet wird, abweisend und eisig:

«Ich bin Kriegsgefangener und muss nur meinen Namen und meinen Rang sagen – sonst nichts.»

Der Reporter grinst: «Gut, dann sagen Sie das!»

Jodl, wie aus der Pistole geschossen: «Generaloberst Jodl, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.»

Dann kommen die Militärlastwagen und bringen die Gefangenen unter Panzerschutz zum Flugplatz. Für Jodl, Dönitz und Speer beginnt damit der Weg, der sie schliesslich auf die Anklagebank von Nürnberg und von dort zum Galgen oder ins Spandauer Gefängnis führt.

Mit dem Ende der letzten deutschen Befehls- und Regierungsstellen liegt das Schicksal Deutschlands nun allein in den Händen der Alliierten.

«Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bevor die siebzig Millionen Menschen im eroberten Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden, oder versuchen können, sich selbst zu regieren», schreibt die amerikanische Soldatenzeitung *Stars and Stripes* in jenen Tagen über die Pläne der Militärregierung.

7 VIZEKANZLER FRANZ VON PAPEN FÜHLT SICH ZU ALT – GENERALGOUVERNEUR HANS FRANK WILL SELBSTMORD BEGEHEN

Immer noch ist «die grösste Menschenjagd der Geschichte» im Gang. Die Zahl der gesuchten Deutschen – ursprünglich eine Million – ist von der Kriegsverbrecherkommission der Vereinten Nationen auf annähernd sechs Millionen erhöht worden.

Wo ist Heinrich Himmler? Wo sind Ribbentrop, Rosenberg, Ley, Bormann, Frank, Streicher?

Sie sind untergetaucht, vom Erdboden verschwunden, vom Chaos der Flüchtlingsströme und Bombentrümmer verschluckt. Ihre Bilder und Steckbriefe hängen in jeder Kaserne, aber ihre Spuren bleiben unauffindbar. Amerikanische und britische Dienststellen wissen, dass Radio Moskau fast jeden Tag die Langsamkeit der westlichen Fahndungsaktion kritisiert. Die Erfolglosigkeit der Suche droht ein politischer Skandal zu werden.

Moskau verlangt schliesslich offiziell, dass die Jagd nach den noch vermissten Nazigrössen verstärkt wird.

Doch zaubern können auch die Kriminalisten Eisenhowers und Montgomerys nicht. Sie sind froh um jeden bekannten Namen. Eine ganze Menge haben sie ja schon. Viele von ihnen werden später in Nürnberg sitzen.

Da ist zum Beispiel Franz von Papen, für den sich überall die Bezeichnung «Steigbügelhalter Hitlers» eingebürgert hat. Der ehemalige Reichskanzler, Vizekanzler und der deutsche Botschafter in Wien und Ankara wird in Westfalen verhaftet.

Die Episode ereignet sich in den stürmischen Tagen, in denen die amerikanische 9. Armee ins Ruhrgebiet vorstösst. Franz von Papen und seine Familie, bis zuletzt unter Gestapoaufsicht, weil Hitler dem alten Herrenklub-Diplomaten misstraute, sind in den Tagen des Zusammenbruchs der westlichen Fronten zu Baron Max von Stockhausen geflüchtet, dem Schwiegersohn Papens.

In einer abgelegenen Waldhütte halten die Männer mit Schrotflinten Wache, darunter auch Papens Sohn, Friedrich Franz von Papen. Die Gegend wimmelt von desertierten Soldaten und befreiten Fremdarbeitern. Die Frauen und Kinder in dem Blockhaus sollen geschützt werden. Bis zur Ankunft der Amerikaner kann ohnehin nur noch kurze Zeit vergehen.

Franz von Papen ist sicher, dass dieser Augenblick für ihn die Stunde der Befreiung sein wird.

Aber es kommt anders. Soldaten der 9. Armee entdecken nach der Besetzung des Ortes Stockhausen auch die einsame Jagdhütte. Ein Feldwebel betritt das Haus mit vorgehaltener Pistole. Die Männer werden zu Gefangenen erklärt.

«Und wer sind Sie?» fragt der Amerikaner den älteren Herrn, der in einer Ecke der Stube auf einer Holzbank sitzt.

«Franz von Papen», antwortet der und langt nach seinen Ausweis-papieren.

«Sie sind auch gefangen», sagt der Feldwebel kurz.

«Aber ich bekleide keinen militärischen Posten und bin schon über fünfundsechzig Jahre alt. . .»

«Macht nichts», entscheidet der Mann mit der Pistole. «Sie sind verhaftet.»

Papen fügt sich in sein Schicksal. Er bittet den Soldaten, Platz zu nehmen und erhält die Erlaubnis, noch einen Teller Suppe zu essen und seine Habseligkeiten in einen Rucksack zu packen. Dann wird der einstige Reichskanzler zusammen mit den anderen Gefangenen in einen Jeep gesteckt und zum Divisionsstab nach Rütten gebracht.

Die Offiziere dort behandeln ihn mit ausgesuchter Höflichkeit, machen ihm aber keine Hoffnungen. Ausserdem muss geklärt werden, ob sein Name auf den alliierten Fahndungslisten steht. Im Hauptquartier Eisenhowers will man den wichtigen Gefangenen

ebenfalls sehen. Das alles dauert seine Zeit. Papen bleibt in Haft – und er wird es bleiben bis lange nach dem Prozess von Nürnberg.

Auch die amerikanische 7. Armee kann einen Erfolg in das oberste Hauptquartier melden. Am 6. Mai 1945 setzt ihre 36. Infanteriedivision in Berchtesgaden über zweitausend Gefangene fest, eine graue, unterschiedslose Masse. Die Männer werden durchsucht, registriert, in ein Barackenlager eingewiesen. Es ist Routinesache.

In der gleichen Nacht schrillt das Telefon bei Captain Philip Broadhead, dem Chef der Berchtesgadener Militärregierung. Der wachhabende Offizier des Gefangenenlagers ist am Ende der Leitung.

«Einer von diesen Burschen wollte Selbstmord begehen», meldet der Leutnant.

«Na und?» fragt Captain Broadhead mürrisch. Er liebt es nicht, wegen Kleinigkeiten geweckt zu werden.

«Scheint ein dickes Tier zu sein», meint der Lageroffizier unbeeindruckt. «Schlechtes Gewissen und so.»

«Wie heisst er?»

«Moment mal. Ja, Frank, Hans Frank.»

Broadhead springt aus dem Bett. Ein paar Minuten später steht er in dem provisorischen Sanitätsraum des Lagers neben dem bewusstlosen Generalgouverneur von Polen.

Franks linker Arm ist bis zu den Fingerspitzen bandagiert. Sein rundliches Gesicht ist kreideweiss und tief eingefallen. Der Atem geht ruhig und kaum hörbar.

«Rasierklinge, Captain», sagt der Arzt sachlich. «Aber wir werden ihn durchkriegen.»

Ja, sie kriegen ihn durch. Franks linke Hand bleibt gelähmt, sein Arm fast bewegungsunfähig. Er hat sich beim Öffnen der Pulsadern auch die Sehnen verletzt.

Die Nachricht von Franks Identifizierung wirkt auf der ganzen Welt sensationell. Mit dem Namen des Mannes, unter dessen Herrschaft im einstigen Generalgouvernement die furchtbarsten Verbrechen begangen wurden, verbinden sich Schrecken, Gewalt und systematischer Massenmord: «Der Henker von Polen», der «Juden-schlächter von Krakau». Und doch wird Frank in Nürnberg einer der wenigen sein, die ihre Schuld auf sich nehmen und sie nicht auf Über- oder Untergeordnete abzuschieben versuchen.

Frank zeigt den Amerikanern freiwillig, wo er die aus Polen mitgenommenen Kunstgegenstände untergestellt hat. Sie haben nach ersten Schätzungen der Experten einen Wert «von einigen Millionen Dollar». Frank übergibt den Amerikanern aus eigenen Stücken sein Tagebuch. Es umfasst achtunddreissig Bände und stellt die ungeheuerlichste Anklage dar, die jemals ein Mensch gegen sich selbst ver-

fasst hat. Erschüttert lesen die sprachkundigen Bearbeiter darin Sätze wie diese:

«Wenn ich zum Führer gekommen wäre und ihm gesagt hätte: Mein Führer, ich melde, dass ich wieder 150'000 Polen vernichtet habe, dann hätte er gesagt: ‚Schön, wenn es notwendig war.‘»

«Wenn wir den Krieg gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und den Ukrainern und dem, was sich herumtreibt, Hackfleisch gemacht werden.»

Oder: «Hier haben wir mit dreieinhalb Millionen Juden begonnen, die anderen sind – sagen wir einmal – ausgewandert.» Und: «Wir wollen uns daran erinnern, dass wir alle miteinander in der Kriegsverbrecherliste des Herrn Roosevelt figurieren. Ich habe die Ehre, Nummer eins zu sein . . .»

Es ist klar: Frank wusste Bescheid. Er wusste, weshalb er sich in der Nacht nach seiner Gefangennahme die Pulsadern öffnete. Nun aber wird er wieder gesundgepflegt – für Nürnberg.

8 IN ALLIIERTER HAND: REICHSBANKPRÄSIDENT HJALMAR SCHACHT, REICHSPROTEKTOR CONSTANTIN VON NEURATH, REICHSWIRTSCHAFTSMINISTER WALTHER FUNK, REICHSSICHERHEITSHAUPTAMTSLEITER ERNST KALTENBRUNNER, REICHSKOMMISSAR ARTHUR SEYSS-INQUART, RÜSTUNGSINDUSTRIELLER GUSTAV KRUPP VON BOHLEN UND HALBACH, ARBEITSDIKTATOR FRITZ SAUCKEL

Viel freundlicher geht die Gefangennahme eines anderen Nürnberger Angeklagten vonstatten. Sie sieht nämlich zunächst wie eine Befreiung aus: Hjalmar Schacht, der ehemalige Präsident der Deutschen Reichsbank, ist zum Zeitpunkt seiner Ergreifung durch amerikanische Truppen ein Häftling Hitlers.

Er hat einen langen Weg durch Gefängnisse und Konzentrationslager hinter sich. 1944 war er im Zusammenhang mit dem 20. Juli von der Gestapo verhaftet worden. Ravensbrück, Moabit und zuletzt das Vernichtungslager Flossenbürg sind seine Stationen.

«Aus diesem Lager kommt keiner lebend wieder heraus», flüstert Schacht seinen Mitgefangenen zu, als sie hier ankommen. Im Lagerhof ist durch die offene Tür eines Schuppens das Gerüst des Galgens zu sehen. Jede Nacht hört Schacht Schreie und Schüsse, die ihm die Vorgänge klarmachen. An manchem Morgen kann er bei seinem Sträflingsspaziergang bis zu dreissig Tote zählen, die auf Bahren von der Hinrichtungsstätte fortgetragen werden.

Viel später erst erfährt Schacht, dass der Kommandant von Flossenbürg ausdrücklichen Befehl hatte, ihn zu erschiessen, sobald sich die Alliierten dem Lager nähern sollten. Doch dazu kommt es nicht. Angesichts der bevorstehenden Niederlage versucht die SS plötz-

lich, Milde walten zu lassen, um sich dadurch vielleicht selber zu retten.

So wird Schacht zusammen mit anderen Häftlingen beim Näherücken der Amerikaner zunächst nach Dachau und dann weiter nach Österreich gebracht. Bei einem Aufenthalt des Transportes am Prager Wildsee befreit ihn die 9. Armee, und mit ihm eine Reihe anderer Internierter und «Edelgefangener» Hitlers: den französischen Sozialistenführer Léon Blum; den letzten österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg; Pastor Martin Niemöller; den Ruhrindustriellen Fritz Thyssen; den gestürzten ungarischen Reichsverweser Nikolaus von Horthy; Molotows Neffen Alexej Kokosin; die Generale Franz Halder und Alexander von Falkenhause; die Prinzen Philipp von Hessen und Friedrich-Leopold von Preussen; den 62. Vetter des britischen Premiers, Captain Peter Churchill; die Franzosen Edouard Daladier, Paul Reynaud, Maurice Gamelin und viele mehr.

«Warum sind Sie von Hitler gefangengesetzt worden?» wird Schacht von den Amerikanern gefragt.

«Keine Ahnung», gibt der Bankier zur Antwort.

Er hat auch keine Ahnung, warum er nun nicht auf freien Fuss gesetzt wird, sondern weiter in Haft bleibt. Man behandelt ihn gut; er bekommt ausgezeichnetes Essen, darf sogar unbeaufsichtigt am Prager Wildsee spazierengehen. Doch dann wird er wieder einmal verladen und über verschiedene Etappen nach Anacapri und schliesslich in das überfüllte Kriegsgefangenenlager Aversa bei Neapel gebracht.

Hjalmar Schacht, das Finanzgenie mit dem grossväterlichen Stehkragen, hat wieder einmal nur das Lager gewechselt. Am Ende seines Weges steht vorläufig das Nürnberger Gefängnis.

In Deutschland zieht indessen die Verhaftungswelle immer weitere Tausende in ihren Sog. Kaum vergeht ein Tag, an dem nicht auch ein späterer Nürnberger dabei mit ins Netz gerät. Am 6. Mai verhaften die Franzosen in ihrem Besatzungsgebiet den einstigen Reichsprotector von Böhmen und Mähren, Constantin von Neurath. Am 11. Mai wird in Berlin Schachts Nachfolger, Reichswirtschaftsminister Walther Funk, festgenommen. Am 15. Mai greifen amerikanische Truppen in Österreich Ernst Kaltenbrunner auf, den Leiter des gefürchteten Reichssicherheitshauptamtes. Sein Chef hingegen, SS-Führer Heinrich Himmler, bleibt trotz fieberhafter Suche weiterhin verschwunden.

Dafür greift die kanadische Armee ein deutsches Schnellboot auf. An Bord befindet sich Arthur Seyss-Inquart, zu diesem Zeitpunkt noch «Reichskommissar für die besetzten Niederlande».

«Das Trojanische Pferd der Nazis verhaftet!» schreibt eine grosse

amerikanische Zeitung wenige Tage später über diesen Fang der Kanadier. Umständlich erinnert das Blatt seine Leser daran, dass Seyss-Inquart es war, der 1938 wesentlich zum Einmarsch Hitlers in Österreich bei trug.

Das Schnellboot des Reichskommissars befand sich nicht auf der Flucht. Am 3. Mai hatte der amtierende deutsche Regierungschef, Karl Dönitz, die zivilen und militärischen Befehlshaber aller noch besetzten Gebiete nach Flensburg gebeten, und zwar aus Böhmen, Holland, Dänemark und Norwegen. Zweck der Besprechung war es, auch in diesen letzten Ländern eine rasche Kapitulation und unblutige Übergabe herbeizuführen.

Stürmisches Wetter hält Seyss-Inquart länger als erwartet in Flensburg zurück. Am 7. Mai endlich will er in die Niederlande zurückkehren. Der Seeweg ist die einzige noch offene Verbindung dorthin. Unterwegs packen die Kanadier zu.

Seyss-Inquart gelangt tatsächlich nach Holland – nun aber als Gefangener. In der Nähe von Schloss Twickel bei Henglo, wo er einst als Reichskommissar residierte, wird ihm eine neue Unterkunft eingerichtet. Sie besteht aus einem britischen Gefängniszelt, aufgebaut auf einem verlassenen Fussballplatz zwischen spiegelnden Regenpfützen.

Weiter gehen die Verhaftungen. Die Engländer stellen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, den Chef des grössten deutschen Rüstungskonzerns, unter Hausarrest. Der altersschwache Industrielle muss sein feudales Wohnpalais verlassen und mit dem Gärtnerhaus des herrschaftlichen Besitzes vorliebnehmen. Hier wird bald darauf die Entscheidung fallen, ob es ihm sein Gesundheitszustand erlaubt, in Nürnberg zu erscheinen.

Die Verhaftung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, geht im Nachrichtentrubel jener Tage fast unter.

9 ARBEITSFRONTFÜHRER ROBERT LEY WILL DISTELMEYER HEISSEN -
PARTEI-PHILOSOPH ALFRED ROSENBERG LIEGT IM KRANKENHAUS - EIN
HARMLOSER KÜNSTLER: FRANKENFÜHRER JULIUS STREICHER

Eine andere Sensation steht dafür auf den ersten Seiten der ausländischen Blätter:

Dr. Robert Ley verhaftet!

«Die Ergreifung Leys ist wichtiger als die Gefangennahme Görings», schreibt die *New York Times* dazu, «denn Ley ist der Mann, der hinter dem Werwolf steckt.»

Der Werwolf, die totgeborene deutsche Partisanenbewegung, wird noch immer überschätzt. Auch die Bedeutung Leys. Der Führer

der Deutschen Arbeitsfront war schon lange nicht mehr so einflussreich, wie man im Ausland noch glaubte. Ley war dem Trunk ergeben und liebte auf eine spiessbürgerliche Art den Luxus, was sich darin ausdrückte, dass er sich in seine Villa ein schwarz gekacheltes Bad mit goldenen Hähnen einbauen liess. Als sein Gehirn nach seinem Tode untersucht wurde, fanden die Mediziner Anzeichen für eine schwere geistige Erkrankung.

Ley's Reden waren primitiv, verworren und häufig mit schwerer, lallender Zunge gesprochen. Vom Alkohol umnebelt, rief er einmal bei einer Massenkundgebung:

«Mein Führer, ich melde Ihnen: Der Mai ist gekommen!»

Im Zusammenbruch der nationalsozialistischen Träume versucht Dr. Robert Ley, sich in den Bayrischen Alpen zu verstecken. Südlich von Berchtesgaden wählt er eine Almhütte als geheimen Unterschlupf. Doch die Amerikaner erhalten aus der Bevölkerung einen Fingerzeig.

Soldaten der amerikanischen 101. Luftlandedivision machen sich am 16. Mai auf den Weg. Mit entscherten Maschinenpistolen dringen sie in die Berghütte ein.

Im Halbdunkel des Raumes kauert ein Mann auf dem Rand des Holzbettes. Er starrt den Eintretenden mit fiebernden Augen und herabhängendem Unterkiefer entgegen. Sein Gesicht ist von einem vier Tage alten Stoppelbart umrahmt. Sein Körper wird von nervösem Zittern geschüttelt.

«*Are you Doctor Ley?*»

Ley steht auf und schüttelt heftig den Kopf.

«S-Sie v-verwechseln mich», stösst er hervor. «Ich h-heisse Dr. Ernst D-Distelmeyer.»

«O. K.», nickt der Amerikaner. «Kommen Sie mit.»

Der Arbeitsfrontführer leistet keinen Widerstand. Er trägt einen blauen Pyjama, wirft sich einen grauen Lodenumhang über, zieht braune Schuhe mit dicken Sohlen an und setzt sich einen grünen Tirolerhut auf. In diesem Aufzug wird er kurz darauf beim Divisionsstab in Berchtesgaden eingeliefert.

Dort untersucht man ihn zunächst gründlich nach Giftampullen und Rasierklingen. Dann beginnt das Verhör.

«Sie sind nicht Dr. Ley?»

«N-Nein. Hier sind meine P-Papiere.»

Sie lauten auf den Namen Dr. Ernst Distelmeyer. Der Vernehmungsoffizier legt ihm einige Fotos von Dr. Ley vor.

«D-Das bin ich nicht», beharrt Ley.

«Ich will Ihnen etwas sagen», dringt der Amerikaner in akzentfreiem Deutsch in ihn, «und das wird Sie in Erstaunen setzen. Ich gehöre dem Geheimdienst an, und meine Aufgabe in den letzten

dreizehn Jahren bestand ausschliesslich darin, Dr. Robert Ley zu beobachten. Ich kenne Sie ganz genau.»

Ley wird noch einen Grad bleicher. Dann flüstert er:

«Sie irren sich.»

«Na schön», sagt der Offizier. Er gibt einem Soldaten ein Zeichen. Der geht hinaus, kehrt gleich darauf wieder und bringt einen alten Mann mit ins Zimmer.

Es ist der achtzigjährige Franz Xaver Schwarz, gestern noch mächtiger Reichsschatzmeister der NSDAP, jetzt von den Amerikanern interniert (er stirbt 1947 im Lager Regensburg).

Schwarz weiss nicht, weshalb er in dieses Zimmer geführt wird. Er lässt unbedacht seiner Verblüffung freien Lauf, als er den Gefangenen sitzen sieht.

«Ja, Herr Dr. Ley!» ruft er teilnehmend. «Was machen Sie denn hier?»

Dann wird er sich seines Fehlers bewusst, schaut hilflos von Ley zu dem Amerikaner. Der Offizier lächelt.

«Nun», wendet er sich an Ley, «heissen Sie noch immer Distelmeyer?»

Der Arbeitsfrontführer gibt keine Antwort. Sein Kopf ist auf die Brust herabgesunken.

Der amerikanische Soldat führt auf ein Zeichen seines Vorgesetzten einen zweiten Zeugen herein. Es ist Franz Schwarz, der Sohn des Reichsschatzmeisters.

«Kennen Sie diesen Mann?» wird er gefragt.

«Das ist Dr. Robert Ley», sagt Schwarz junior ohne Umschweife. Er hat die Situation beim Eintreten mit einem Blick überschaut und weiss, dass es zwecklos wäre, hier mit Leugnen noch etwas retten zu wollen.

«Was sagen Sie jetzt?» fragt der Amerikaner ruhig.

«S-Sie haben gewonnen», antwortet Ley. Er hebt den Kopf nicht mehr von der Brust. In dieser Haltung tritt er zu dem Jeep hinaus. Leutnant Walter Rice bringt den Gefangenen in das Gefängnis von Salzburg.

«Wir Nationalsozialisten werden weitermachen», sagt Ley dort bei seiner ersten Vernehmung. Er hat den Schock der Verhaftung überwunden und kehrt nun den treuen Gefolgsmann Hitlers heraus. Er will wenigstens das Gesicht wahren.

«Mein Schicksal spielt dabei keine Rolle», fährt er fort. Er stottert nicht, weil alle Erregung von ihm abgefallen ist. «Das Leben bedeutet mir nichts mehr. Sie können mich wegbringen und auf der Stelle erschliessen – es macht mir nichts aus.»

Ley's Verhaftung wird von einer neuen Meldung verdrängt. Sie kommt aus dem Hauptquartier der britischen 2. Armee im deutschen

Nordraum. Dort ist noch immer eine intensive und pausenlose Suche nach SS-Führer Heinrich Himmler im Gang. Statt seiner stöbern die Fahnder dabei eine andere Parteigrösse auf, den nationalsozialistischen Weltanschauungstheoretiker und einstigen Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg.

Rosenberg, Verfasser der Parteibibel *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, hat sich zuletzt bei Dönitz in Flensburg aufgehalten. Wahrscheinlich hatte er gehofft, hier eine neue Verwendung zu finden und als Mitglied einer nicht nationalsozialistischen deutschen Regierung einen gewissen Schutz bei den Alliierten zu geniessen.

Dönitz aber hatte auf seine Mitarbeit verzichtet und ihm nahegelegt, sich freiwillig den Engländern zu stellen. Rosenberg befolgte diesen Rat nicht – oder er konnte ihn nicht befolgen. Eine Knöchelverstauchung, die er sich am Tag nach seiner Besprechung mit dem Regierungschef in betrunkenem Zustand zuzog, behinderte seine Fortbewegung. So begab er sich in die Marinekriegsschule Flensburg-Mürwik, die zu dieser Zeit als Lazarett diente.

Am 19. Mai umstellen Panzer und Infanteristen das Gebäude. Die Briten haben Befehl, das Lazarett nach Heinrich Himmler zu durchsuchen. Sie finden den SS-Führer nicht, aber es ist doch ein Trost für sie, wenigstens Rosenberg zu entdecken und abführen zu können. Im November wird der Parteiphilosoph zusammen mit den anderen auf der Nürnberger Anklagebank sitzen: nicht wegen der Weltanschauung, die er verbreitete, sondern wegen seiner Amtsführung als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete.

Nach dem Intermezzo in Flensburg wird wieder Südbayern zum Schauplatz der grossen Menschenjagd.

Am 23. Mai 1945 rollt ein Jeep mit vier Amerikanern in Richtung Berchtesgaden. Sie gehören der 101. Luftlandedivision an. Major Henry Blitt hockt auf dem Rücksitz des Fahrzeugs, schaut nachdenklich auf die herrliche Berglandschaft und denkt vielleicht, wie schön es wäre, hier nicht als Soldat herumzufahren, sondern einmal Urlaub von New York zu nehmen, irgendwann im Frieden dieses einzigartige Fleckchen Erde aufzusuchen ...

Die Gebirgsbewohner in ihren heimischen Trachten sehen male- risch und friedlich aus. Schade, dass es lauter Nazis sind, mag Blitt denken. Da zum Beispiel, der Alte auf der Terrasse des Bauernhauses, an dem der Jeep gerade vorbeifährt. Dieser Mann sitzt in der Sonne, sein Gesicht ist von einem weissen Bart umrahmt. Neben ihm steht eine Staffelei. Kuhglocken läuten auf der nahen Weide.

Plötzlich fühlt Major Blitt das unwiderstehliche Verlangen, hier ein Glas Milch zu trinken – echte, kuhwarme Landmilch, nicht das sterile, pasteurisierte Produkt aus den New Yorker Pappbeuteln.

Blitt lässt anhalten. Die Amerikaner gehen in das Bauernhaus. Der

Major bekommt seine Milch. Er spricht jiddisch, denn das ist seine Muttersprache, aber er kommt damit in Deutschland sehr gut zurecht. So beginnt er ein Gespräch mit dem bärtigen Alten.

«Wie geht's, Papa?»

«Gut, gut», antwortet der.

«Seid Ihr hier der Bauer?»

«Nein», sagt der Bärtige, «ich wohne nur hier. Ich bin Künstler, verstehen Sie, Maler . . .»

«Was halten Sie von den Nazis?» fragt Blitt lachend.

Der Alte winkt ab:

«Davon verstehe ich nichts. Ich bin Künstler und habe mich nie um Politik gekümmert.»

«Sie sehen aber aus wie Julius Streicher», amüsiert sich Blitt. Irgendetwas an diesem Maler hat ihn wirklich an den Steckbrief von Streicher erinnert. Jetzt macht er Spass damit.

Doch der Alte reißt auf einmal die Augen auf, sein Gesicht sieht erstaunt und erschrocken aus. Dann fragt er tonlos:

«Woher kennen Sie mich?»

Alles ist reiner Zufall.

Streicher hat den Scherz des Majors ernst genommen und sieht sich entlarvt.

Henry Blitt begreift sofort.

«Ahaaa!» macht er gedehnt.

«Ich heiße Sailer», wirft Streicher rasch hin. Er glaubt, seinen Fehler noch korrigieren zu können. Doch dazu ist es zu spät. Major Blitt gibt seinen Begleitern schon die nötigen Befehle.

«Sie sind verhaftet», sagt er zu Streicher.

Der Frankenführer zieht ein mürrisches Gesicht. Von seiner harmlosen Malerpose ist auf einmal nichts mehr übrig. Er sieht plötzlich viel älter aus als 59. Sein struppiger Bart und sein ungekämmtes Haar, das kragenlose, blaugestreifte Hemd und die zerknitterte Hose lassen ihn ungepflegt erscheinen.

«Ich möchte mir nur noch andere Schuhe anziehen», sagt er zu Blitt. In seinen unruhigen Augen glänzt Hass.

«Bitte», sagt der Major.

Streicher setzt sich in einen Lehnstuhl der Bauernstube. Eine junge, attraktiv aussehende Frau in knappem Dirndlkleid kniet vor ihm nieder, zieht ihm die Schuhe aus, zieht ihm andere an, knüpft sorgfältig die Schleifen. Sie hat alles mit angehört, spricht aber kein Wort.

Als die Amerikaner Streicher abtransportieren, bleibt die Frau zurück. Niemand weiss, wer sie gewesen ist.

Captain Hugh Robertson und der Soldat Howard Huntley nehmen Streicher in die Mitte. Major Blitt schwingt sich neben den Fah-

rer des Jeeps. Dann geht es von dem Bauernhof in der Nähe von Waldring nach Berchtesgaden.

Ein amerikanischer Korrespondent beobachtete Streichers Ankunft beim Divisionsstab.

«Julius Streicher», schreibt er an seine Zeitung, «der Frankenführer und Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes *Der Stürmer*, war der grösste Judenhasser der Geschichte. Jetzt wurde er von einem Juden entdeckt und gefangengenommen.»

Die Londoner Kommission für Kriegsverbrechen kann nun eine Zwischenbilanz der Grossfahndung veröffentlichen. Sie besagt, dass die meisten Naziführer dingfest gemacht worden sind. Nur zwei fehlen noch – und gerade sie sind nach Ansicht der Alliierten die wichtigsten: der ehemalige Reichsaussenminister Joachim von Ribbentrop und SS-Führer Heinrich Himmler. Noch einmal wird ganz Deutschland durch das Sieb der Geheimpolizei geschüttet werden.

IO DAS ENDE DES REICHSFÜHRERS-SS HEINRICH HIMMLER

In der zweiten Februarhälfte 1945 reist ein schwedischer Beauftragter des Roten Kreuzes in einem weiss gestrichenen und für Flugzeuge deutlich gekennzeichneten Wagen durch das zertrümmerte Deutschland. Es ist Graf Folke Bernadotte, derselbe, der drei Jahre später als Schlichtungskommissar der Vereinten Nationen in Jerusalem ermordet wird.

Er sucht eine Zusammenkunft mit Heinrich Himmler, dem gefürchteten Chef der gefürchteten SS, dem Gehirn der unheimlichen Geheimen Staatspolizei, dem Beherrscher der Vernichtungslager, Gaskammern und Todesmühlen. Er will ihn, den Befehlshaber der deutschen Polizei und des Heimatheeres, überreden, dänische und norwegische Häftlinge aus den Konzentrationslagern freizulassen, damit sie vom Roten Kreuz nach Schweden gebracht werden können.

In Hohenlychen bei Berlin trifft der Graf am 19. Februar in einem Lazarett mit Himmler zusammen. Der Reichsführer SS hat sich dorthin zurückgezogen, weil ihm seine vielseitigen Aufgaben und der nahe Zusammenbruch über den Kopf gewachsen sind. Er spielt krank und überlässt es anderen, sich um die verfahrenen Karren zu kümmern.

Die Begegnung findet im Zimmer des berüchtigten Chefarztes Karl Gebhardt statt.

«Als Himmler plötzlich vor mir stand», gesteht Folke Bernadotte in seinen Erinnerungen, «mit der horngefassten Brille, in der grünen Uniform der Waffen-SS, ohne irgendwelche Dekoration, wirkte er zunächst wie irgendein unbedeutender Beamter. Wäre ich ihm auf

der Strasse begegnet, so hätte ich ihn nicht beachtet. Er hatte kleine, feine, gefühlvolle Hände, und ich bemerkte, wie gut sie manikürt waren. Ich fand an ihm wahrhaftig nichts Diabolisches, und auch von der kalten Härte seines Blickes bemerkte ich nichts.»

Das also war der Mann, vor dem ganz Europa jahrelang zitterte, der Mann, dessen Wink genügte, um Hunderttausende von Menschenleben auszulöschen, Millionen auszurotten.

Ein Mann voll engstirniger Schwärmerei, Unentschlossenheit und sadistischer Herrschsucht. Ein Mann aus gutbürgerlichem Hause – sein Vater war Lehrer des Prinzen Heinrich von Bayern gewesen, und einer Patenschaft des Königssohnes verdankt der SS-Führer auch seinen Vornamen.

Kaum lässt sich eine zwiespältigere Natur denken: Himmler hatte sich einst rühmlos als Geflügelzüchter und Verkäufer einer Düngemittelfabrik in Schleissheim versucht, schwärmte für den mongolischen Tyrannen Dschingis Khan, marschierte in den Freikorps der zwanziger Jahre, war Sekretär des Rebellen Gregor Strasser, förderte als mächtigster Mann neben Hitler den Anbau von Heilkräutern und liess die furchtbarsten Experimente an lebenden Menschen vornehmen. Ein Mann, dessen einziges Ziel schliesslich darin bestand, alle Macht allmählich in seinen Händen zu vereinigen, unumschränkt befehlen zu können und die Nachfolge Hitlers anzutreten.

Wie wird er auf die humanitäre Mission Bernadottes reagieren? Himmler lehnt das Ansinnen, skandinavische KZ-Häftlinge nach Schweden bringen zu lassen, vorerst ab:

«Wenn ich auf Ihren Vorschlag einginge», sagte er, «würden die schwedischen Zeitungen in fetten Schlagzeilen verkünden, der Kriegsverbrecher Himmler suche sich in allerletzter Minute noch loszukaufen und vor der Welt reinzuwaschen, weil er sich vor den Folgen seiner Taten fürchte.»

Er schätzt die Lage und seine eigene Situation also durchaus richtig ein.

Was geht in Himmler in jenen Tagen vor? Mit der Polizei, der SS, der Gestapo und dem Ersatzheer hält er die wichtigsten Machtinstrumente in seinen Händen. Er könnte damit, ohne sonderlichen Widerstand fürchten zu müssen, einen Staatsstreich unternehmen. Man weiss heute, dass er häufig mit diesem Gedanken spielte. Er zögerte aber und ist unentschlossen wie immer in seinem Leben. Er möchte Hitler die Treue halten und zugleich seinen Kopf aus der Schlinge ziehen.

«Ich bin bereit, für das deutsche Volk alles zu tun», sagt er Anfang April in einer zweiten Unterredung zu Graf Bernadotte, «aber ich muss den Kampf fortsetzen. Ich habe dem Führer Treue geschworen, und durch diesen Eid bin ich gebunden.»

«Sehen Sie denn nicht ein, dass Deutschland den Krieg tatsächlich verloren hat?» fragt der Schwede offen. «Ein Mann, der sich in Ihrer Lage und Ihrer Stellung befindet, darf seinem Vorgesetzten nicht einfach blindlings gehorchen. Er muss den Mut haben, Massregeln zu ergreifen, die seinem Volk zum Nutzen gereichen.»

Himmler wird ans Telefon gerufen und bricht die Unterhaltung ab. Durch einen Vertrauensmann, den SS-Gruppenführer Walter Schellenberg, lässt er Bernadotte aber einen anderen Vorschlag machen: der Graf soll sich zu Eisenhower begeben und die Kapitulation der deutschen Westfront anbieten.

Folke Bernadotte ist verblüfft. Dann stellt er Bedingungen. Zwei davon sind sensationell:

1. Himmler muss zuvor öffentlich verkünden, dass er die Nachfolge Hitlers angetreten habe, weil dieser etwa krankheitshalber an der Ausübung seiner Funktionen verhindert sei.

2. Himmler muss die NSDAP auflösen und alle Parteibeamten sofort absetzen.

Das müssen für Himmler unannehmbare Punkte sein. Zur grenzenlosen Überraschung Bernadottes geht der SS-Führer aber darauf ein. Der Schwede ahnt nicht, was sich inzwischen hinter den Kulissen ereignet hat.

Himmler weiss, dass der Krieg verloren ist. Er weiss es schon seit 1943. Damals bereits hatte er heimlich versucht, über den deutschen Industriellen Arnold Rechberg mit den Westmächten Verbindung aufzunehmen und die Möglichkeit eines Separatfriedens zu diskutieren. Bormann und Ribbentrop hatten die Aktion jedoch vereitelt.

Jetzt, kurz vor Torschluss, ist Himmler fast bereit, alles zu tun, was seinen Kopf retten könnte. Während er noch immer Durchhaltebefehle erteilt und Tausende von zurückweichenden Soldaten aufhängen lässt, treibt er auf der anderen Seite ein verzweifertes Spiel:

Er führt durch einen Mittelsmann erneut Verhandlungen mit Arnold Rechberg, der seinerseits im Westen Friedensfühler ausstrecken soll.

Er – der grösste Judenvernichter der Geschichte – korrespondiert heimlich mit Dr. Hillel Storch, dem Stockholmer Vertreter des jüdischen Weltkongresses.

Er lässt den jüdischen Unterhändler Dr. Norbert Masur unter persönlichem Ehrenschatz aus Schweden nach Berlin fliegen, um mit ihm über die Freilassung jüdischer KZ-Häftlinge zu sprechen.

Er verhandelt mit dem ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Jean-Marie Musy über den Abtransport von Juden aus dem Vernichtungslager Belsen ins neutrale Ausland.

Er versucht, über den schwedischen Bankier Jacob Wallenberg mit

den Westmächten in Föhlung zu kommen und Friedensgespräche aufzunehmen.» .

Er ist jetzt auch bemüht, Graf Folke Bernadotte in dieses Spiel einzubeziehen, und sagt ihm deshalb schliesslich die gewünschte Freilassung der skandinavischen Häftlinge zu.

Himmler ist angesichts der sicheren deutschen Niederlage von einer fixen Idee besessen: Nachdem er zuvor Millionen Menschen hatte ausrotten lassen, glaubt er nun, die Rolle des grossen Beschützers und eines Friedensengels spielen zu können. Er ist überzeugt, damit im Ausland anerkannt zu werden. Er will nicht einsehen, dass er für immer ein Ungeheuer und Massenmörder bleiben wird.

Bei alledem hat er auch noch Angst vor Hitler. Er hat Angst, sein Führer könnte das Doppelspiel erfahren und in letzter Sekunde zuschlagen. Deshalb plant er zusammen mit Schellenberg einen Umsturz in Deutschland.

Himmler will Hitlers schlechten Gesundheitszustand zum Angelpunkt machen. In Gesprächen mit Schellenberg weist er auf die zunehmend gebeugte Haltung des Führers hin, auf dessen schlaffes Aussehen und Händezittern. Professor Max de Crinis, der Chef der Psychiatrischen Abteilung der Berliner Charité, wird ins Vertrauen gezogen, ebenso Reichsgesundheitsführer Dr. Leonardo Conti. Die Ärzte äussern ihre Vermutung, dass Hitler die Parkinsonsche Krankheit hat – ein Leiden, das sich durch Maskenstarre des Gesichts und Lähmungserscheinungen der Gliedmassen äussert.

Himmler bittet Schellenberg, ihn auf einem Waldspaziergang zu begleiten. Vor allen Lauschern sicher, lenkt er nun das Gespräch direkt auf den Kern seiner Gedanken:

«Ich glaube nicht, dass wir mit dem Führer noch länger zusammenarbeiten können. Er ist seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen. Meinen Sie, dass de Crinis recht hat?»

«Ja», gibt Schellenberg zur Antwort.

«Wie soll ich mich aber verhalten?» fragt Himmler schwankend.

«Ich kann den Führer doch nicht einfach ermorden oder vergiften oder in der Reichskanzlei verhaften lassen . . .»

«Es gibt nur eine Möglichkeit», rät Schellenberg. «Sie müssen zu Hitler gehen, ihn über alles aufklären und ihn dann zur Abdankung zwingen.»

«Das ist ausgeschlossen», sagt Himmler erschrocken. «Der Führer würde einen Tobsuchtsanfall bekommen und mich auf der Stelle erschossen lassen.»

«Dagegen braucht man nur geeignete Massnahmen zu treffen», bemerkt Schellenberg ruhig. «Sie verfügen doch über eine hinreichende Zahl von höheren SS-Führern, die imstande wären, eine

derartige Verhaftung vorzunehmen. Und wenn eben nichts anderes hilft, müssen die Ärzte eingreifen.»

Doch Himmler kann sich auch jetzt wieder zu keinem Entschluss durchringen. Während des eineinhalbstündigen Waldspaziergangs überlegt er noch, was er alles tun will, sobald er Hitlers Nachfolge angetreten hat.

«Dann wird sofort die NSDAP aufgelöst», erklärt er seinem Begleiter. «Es muss eine neue Partei gegründet werden. Welchen Namen würden Sie dafür nehmen, Schellenberg?»

«Partei der Nationalen Sammlung», schlägt Himmlers Vertrauter vor.

Aber es kommt nicht zu diesem Putsch. Die Ereignisse an den Fronten geben keine Atempause mehr. Die Rote Armee rückt vor die Tore der Reichshauptstadt. Himmler hat Angst.

«Schellenberg», sagt er bei einem anderen Gespräch, «mir graut vor allem, was jetzt kommen wird . . .»

In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1945 trifft der Reichsführer SS in Hohenlychen erneut mit Graf Folke Bernadotte zusammen. Himmler sieht bleich und gehetzt aus.

«Er machte den Eindruck, als könnte er nicht mehr ruhig an einem Ort bleiben», berichtet der Schwede. «Unstet lief er umher, bemüht, seiner Rastlosigkeit Herr zu werden.»

Während des Gesprächs klopft sich Himmler dauernd mit den Fingernägeln an die Schneidezähne. Er kann seine Nervosität kaum noch unterdrücken.

«Die militärische Lage ist ernst, sehr ernst», wiederholt er immer wieder. Er drängt Graf Bernadotte, Eisenhower endlich das Kapitulationsangebot im Westen zu überbringen, eine Aussprache zwischen ihm, Himmler, und dem amerikanischen Oberbefehlshaber zu vermitteln.

«Ich bezweifle sehr, ob die Alliierten eine Kapitulation nur an der Westfront annehmen werden», sagt Bernadotte nachher zu Schellenberg. «Selbst wenn dies der Fall sein sollte, würde es eine persönliche Begegnung zwischen Himmler und Eisenhower nicht erforderlich machen. Es ist ausgeschlossen, dass Himmler im künftigen Deutschland irgendeine Rolle spielen könnte.»

Wieder bleibt alles offen.

Drei Tage später treffen Bernadotte und Himmler abermals zusammen – zum letztenmal. Die Begegnung findet im Gebäude des schwedischen Konsulats in Lübeck statt. Es ist die Nacht zum 24. April 1945.

«Diese Nacht mit ihrer unheimlichen Untergangsstimmung werde ich zeitlebens nicht vergessen», berichtet der Graf.

Fliegeralarm zwingt die Männer, den Luftschutzkeller aufzusu-

chen. Schweden und deutsche Hausbewohner hocken dort auf den Bänken. Niemand erkennt Himmler.

Um ein Uhr nachts ist Entwarnung. In einem Zimmer des Konsulats kann endlich die Aussprache stattfinden. Ein paar Kerzen beleuchten die Szene, denn das elektrische Licht funktioniert nicht mehr.

«Hitler ist wahrscheinlich schon tot», beginnt Himmler. «Wenn es noch nicht so weit ist, wird er sicher im Lauf der nächsten Tage sterben. Bisher hat mich mein Treueid gebunden, aber nun ist die Lage anders. Ich gebe zu, dass Deutschland besiegt ist. Und was kommt jetzt?»

Himmler ist überzeugt, von Hitler zum Nachfolger ernannt worden zu sein. So lauten auch seine Erklärungen:

«In der Lage, die nun entstanden ist, habe ich freie Hand. Ich bin bereit, an der Westfront zu kapitulieren, damit die Truppen der Westmächte so schnell wie möglich nach Osten vorrücken können. Dagegen bin ich nicht bereit, an der Ostfront zu kapitulieren.» Noch einmal bittet er Graf Bernadotte, ihm ein Gespräch mit Eisenhower zu vermitteln. Mit Walter Schellenberg hat er sogar schon besprochen, wie er sich wohl bei einer Begegnung mit dem amerikanischen Oberbefehlshaber verhalten sollte.

«Soll ich mich nur verbeugen oder ihm die Hand reichen?»

In seinem nächtlichen Gespräch mit Folke Bernadotte phantasiert Himmler:

«Ich würde Eisenhower Folgendes sagen: ‚Ich erkläre, dass die Westmächte die deutsche Wehrmacht besiegt haben. Ich bin bereit, an der Westfront bedingungslos zu kapitulierenens‘»

«Und was werden Sie tun, wenn Ihr Angebot zurückgewiesen werden sollte?»

«In diesem Fall übernehme ich das Kommando eines Bataillons an der Ostfront und falle im Kampf.»

«Es ist allgemein bekannt», schreibt Folke Bernadotte dazu, «dass er diese Absicht nicht verwirklicht hat.»

Der Vizepräsident des Schwedischen Roten Kreuzes erklärt sich schliesslich bereit, Himmlers Kapitulationsangebot an das Aussenministerium in Stockholm weiterzuleiten. Falls seine Regierung geneigt sei, sich einzuschalten, sollten die Alliierten von dort aus unterrichtet werden.

«Das war der bitterste Tag in meinem Leben», sagt Himmler, als sie um halb drei Uhr morgens das Konsulat verlassen und ins Freie treten. Die Nacht ist sternklar.

Himmler setzt sich selbst ans Steuer seines gepanzerten Wagens.

«Ich fahre jetzt an die Ostfront», bemerkt er beim Abschied zu

Folke Bernadotte. Mit einem schmalen Lächeln fügt er hinzu: «Es ist ja nicht sehr weit.»

Dann heult der Motor auf, und gleich darauf gibt es einen dumpfen Krach: Himmler ist in den Stacheldrahtzaun gefahren, der das Konsulatsgebäude umgibt. Mühsam ziehen SS-Männer das Auto wieder heraus.

«Die Art und Weise, wie Himmler gestartet war», philosophiert Bernadotte in seinen Memoiren, «hatte etwas Symbolisches.» Präsident Harry S. Truman antwortet selbst auf Himmlers Vorschläge. Er lehnt die Teilkapitulation ab und schliesst sein Telegramm mit den Worten:

«Wo auch immer der Widerstand fort dauert, werden die Angriffe der Alliierten so lange rücksichtslos fortgesetzt, bis ein vollständiger Sieg errungen ist.»

Himmlers letzte Hoffnungen sind zerstört.

Er gibt sich zum Sitz des OKW, das sich zu diesem Zeitpunkt noch in Plön befindet. Hinter ihm her blitzt der Bannstrahl Hitlers:

«Ich stosse vor meinem Tode den früheren Reichsführer SS und Reichsminister des Innern, Heinrich Himmler, aus der Partei sowie aus allen Staatsämtern aus. Göring und Himmler haben durch geheime Verhandlungen mit dem Feinde sowie durch den Versuch, die Macht im Staate an sich zu reissen . . . unabsehbaren Schaden . . . Treulosigkeit.. .»

Himmler erfährt allerdings nichts von seiner Verstossung. Er weiss nicht, dass Hitler durch ausländische Nachrichtensendungen über die Verhandlungen mit Folke Bernadotte unterrichtet wurde. Er ist nach wie vor felsenfest davon überzeugt, Nachfolger des Führers zu sein.

Diese Illusion wird ihm nun Dönitz nehmen.

Der Grossadmiral hat Himmler zu einer vertraulichen Unterredung gebeten. Vor der Ankunft des SS-Führers trifft Dönitz besondere Massnahmen. Er fürchtet mit Recht die Macht, die Himmler noch immer verkörpert.

Ein verstärktes Kommando zuverlässiger U-Boot-Männer marschiert auf. Schwerebewaffnete Wachposten werden im Haus und im Garten hinter den Büschen versteckt. Es ist wenige Minuten nach Mitternacht am 1. Mai 1945.

Die Zusammenkunft zwischen Dönitz und Himmler findet unter vier Augen statt. Ihr Verlauf ist jedoch durch einen Bericht überliefert, den der Grossadmiral später selbst diktierte.

Unter Papieren versteckt hält Dönitz einen entscherten Browning auf seinem Schreibtisch bereit. Er ist auf alles gefasst, als er Himmler den Funkspruch zu lesen gibt, mit dem Hitler den Grossadmiral zum Nachfolger und Reichspräsidenten ernannte.

Himmler überfliegt die Zeilen und wird blass.

Er überlegt einige Sekunden lang. Dann steht er auf und beglückwünscht Dönitz. Es ist ein dramatischer Augenblick.

«Lassen Sie mich dann der zweite Mann im Staate sein», bittet er nach einer Pause mit belegter Stimme.

Dönitz lehnt ab. Er erklärt Himmler, dass er in der neuen Regierung keine politisch belasteten Persönlichkeiten gebrauchen kann. Himmler sieht die Sache anders.

«Himmler erwies sich als reiner Phantast und Utopist», berichtet Walter Lüdde-Neurath. «Er betrachtete sich selbst als den geeigneten Gesprächspartner und Unterhändler für die Verhandlungen mit Eisenhower und Montgomery. Diese warteten gewissermassen nur darauf, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Als ‚Ordnungsfaktor im mitteleuropäischen Raum‘ sei er mit seiner SS unentbehrlich. Die Zuspitzung der Gegensätze Ost – West würde so rasch erfolgen, dass er und die SS in drei Monaten das Zünglein an der Waage bildeten.»

Am Ende aber muss Himmler einsehen, dass sein Spiel verloren ist. Dönitz schreibt:

«Er schied dann zwischen zwei und drei Uhr morgens mit dem Bewusstsein, dass er von mir in keiner führenden Stellung verwendet werden würde.»

Eine Woche lang bleibt Himmler noch mit der Geschäftsführenden Reichsregierung in Verbindung. Dann, am 6. Mai von Dönitz offiziell aus allen Ämtern entlassen, verabschiedet er sich für immer. Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Aussenminister im Flensburger Kabinett, redet dem gestürzten SS-Führer bei dieser Gelegenheit ins Gewissen:

«Es kann der Tag kommen», sagt er, «an dem sich die Führer des Dritten Reiches vor ihre Untergebenen stellen müssen, um die Verantwortung selbst zu tragen . . .»

Himmler entgegnet ihm nur, dass er jetzt untertauchen will:

«Ich fühle mich gegen Entdeckung absolut sicher. Ich werde die Entwicklung im Verborgenen abwarten – und diese Entwicklung wird schnell für mich arbeiten.»

«Das darf nicht geschehen», beschwört ihn Schwerin, «dass der ehemalige Reichsführer-SS mit falschem Namen und falschem Bart aufgegriffen wird! Es gibt für Sie keinen anderen Weg, als zu Montgomery zu fahren und zu sagen: ‚Hier bin ich.‘ Dann müssen Sie die Verantwortung für Ihre Männer übernehmen.»

Himmler murmelt etwas und lässt den Aussenminister stehen.

«Später hat Dönitz es bereut, dass er Himmler gehen liess», gesteht Lüdde-Neurath. «Unter dem Eindruck des Nürnberger Prozesses hat er geäussert, dass er Himmler bei seiner Verabschiedung hätte verhaften lassen, wenn er bereits von den Massnahmen der Menschen-

vernichtung und den Zuständen in den Konzentrationslagern gewusst hätte.»

Zu spät! Himmler wird nicht auf der Anklagebank von Nürnberg erscheinen. Er findet nicht den Mut, die Verantwortung für seine Taten und Befehle zu tragen.

Wo hielt er sich auf, nachdem er sich von Dönitz und Schwerin von Krosigk verabschiedet hatte?

Wahrscheinlich verbarg er sich zunächst noch in Flensburg zusammen mit seinen beiden Adjutanten Werner Grothmann und Heinz Macher. Als Unterschlupf soll ihnen die Wohnung einer Geliebten Himmlers gedient haben. SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf will den einstigen Reichsführer noch am 21. Mai in Flensburg gesehen haben.

Den Geheimdiensten der Alliierten fällt jedenfalls sofort auf, dass der Name Himmler plötzlich aus den Nachrichten des Senders Flensburg verschwunden ist.

Die besten Kriminalisten der Alliierten und mehr als hunderttausend Soldaten haben Alarmbereitschaft. Es gilt als sicher, dass der Massenmörder versuchen wird, unerkannt durch die Besetzungslinien nach Westen zu entkommen. Das Fangnetz zieht sich rund um den Flensburger Puppenstaat, und Himmler geht prompt in die Maschen.

Er hat sich seinen Schnurrbart wegrasiert und über sein linkes Auge eine schwarze Klappe gestülpt. In der Tasche trägt er einen Ausweis der Geheimen Feldpolizei auf den Namen Heinrich Hitzinger.

Himmler ist naiv genug, diesen billigen Mummenschanz als ausreichende Verkleidung anzusehen. Der einstige Chef der deutschen Polizei benimmt sich wie ein Schüler, der zu viele schlechte Kriminalromane gelesen hat. Überdies scheint er nicht zu wissen, dass die Geheime Feldpolizei von den Alliierten zu jenen Organisationen gerechnet wird, deren Mitglieder automatisch unter Arrest fallen.

Mit seinen beiden Adjutanten, die wie er ein Gemisch aus Uniformstücken und Zivilkleidung tragen, kommt Himmler am 21. Mai an dem britischen Kontrollpunkt Meinstedt in der Nähe von Bremerförde an.

Tausende von Menschen drängen sich hier zusammen. Flüchtlinge, Verwundete, entlassene Soldaten, befreite Kriegsgefangene und Fremdarbeiter. Jeder, der die Brücke über die Oste überqueren will, muss an dieser Sperre vorbei.

Himmler und seine Begleiter schieben sich in der Schlange der Wartenden vorwärts. Als sie an der Reihe sind, zeigt der ehemalige Reichsführer seinen Ausweis vor.

Der Tommy nimmt das Soldbuch erstaunt in die Hand, wirft einen

Blick hinein, schaut den Mann mit der Augenklappe misstrauisch an und befiehlt ihm dann, neben der Schranke zu warten.

«Himmler hat den Fehler gemacht», gibt das Hauptquartier der britischen 2. Armee später bekannt, «seine Papiere vorzuzeigen – die meisten Menschen, die an dem Kontrollpunkt durchkamen, hatten nämlich keine. Wäre er mit Sack und Pack gekommen, ohne Papiere, und hätte gesagt, er wolle nach Hause, so hätte er zweifellos ungehindert passieren können. Das Polizeidenken Himmlers, dass ein Mensch nur mit Papieren unverdächtig ist, machte ihn verdächtig.»

Noch weiss jedoch niemand, dass der Verdächtige Himmler ist. Zunächst ist er nur ein Mann, der einen zu guten neuen Ausweis besitzt, der Geheimen Feldpolizei angehörte und Heinrich Hitzinger heisst.

Himmler bleibt in Gewahrsam. Er wird in rascher Folge durch zwei Lager geschleust, nämlich Bremervörde und Zeelos. Im dritten, Westertimke, kommt er vorläufig in Einzelhaft.

Inzwischen haben sich schon die Abwehroffiziere der 2. Armee mit dem Fall Hitzinger befasst. Es fällt ihnen nicht schwer, zutreffende Schlüsse zu ziehen. Am Vormittag des 22. Mai gilt es im Stabsquartier in Lüneburg bereits als ziemlich sicher, dass dieser Mann Heinrich Himmler sein muss. Gegen neun Uhr abends machen sich drei höhere Offiziere auf den Weg nach Westertimke, um den Gefangenen persönlich in Augenschein zu nehmen. Aber bevor sie noch ankommen, gibt sich Himmler selbst zu erkennen. Niemand kann sich erklären, was ihn zu diesem Schritt bewegt.

Er bittet um ein Gespräch mit dem Lagerkommandanten, Captain Tom Sylvester. Der britische Hauptmann ist einverstanden und lässt den Gefangenen zu sich ins Zimmer führen. Die Wachen schickt er wieder hinaus.

«Nun?» fragt er.

Der Gefangene nimmt seine schwarze Augenklappe ab und setzt sich leine Brille auf.

«Ich bin Heinrich Himmler», sagt er.

«In der Tat», schluckt Hauptmann Sylvester. Vielleicht läuft es ihm in diesem Augenblick kalt über den Rücken.

«Ich möchte Feldmarschall Montgomery sprechen», verlangt Himmler. Er glaubt immer noch, verhandeln zu können.

«Ich werde die Armee verständigen», entgegnet der Captain. Dann lässt er Himmler ohne ein weiteres Wort abführen und unter besonders strenger Bewachung halten.

Kurze Zeit später treffen die Offiziere aus dem Hauptquartier ein. Sie übernehmen den Gefangenen und bringen ihn nach Lüneburg. Dort muss Himmler in den frühen Morgenstunden des 23. Mai endlich erkennen, dass es für ihn keine Chancen mehr gibt. Die Briten

denken gar nicht daran, mit ihm zu diskutieren, zu verhandeln oder ihn gar zu schonen.

Im Informationszentrum in der Uelzener Strasse, in einem für Militärzwecke geräumten Wohnhaus, muss sich Heinrich Himmler nackt ausziehen. Seine Kleidung und sein Körper werden von einem Arzt der Armee, Captain Wells, nach Gift und anderen Selbstmordwerkzeugen untersucht.

In der Tasche von Himmlers Jacke wird dabei eine Zyankali-Phiole gefunden. Sie ist zwölf Millimeter lang und nicht ganz so dick wie eine Zigarette.

Dann muss der Gefangene eine alte englische Uniform anziehen und wird in eine leere Kammer gesperrt.

Am Abend trifft Oberst N. L. Murphy von der Nachrichtenabteilung Montgomerys im Informationszentrum ein. Er hat den Befehl, alle für Himmler getroffenen Massnahmen zu überprüfen und den einstigen Reichsführer einer ersten Vernehmung zu unterziehen.

Murphy lässt sich von den Offizieren Bericht erstatten.

«Wurde Gift gefunden?» will er vor allem wissen.

«Ja, eine Ampulle in seiner Tasche», erklärt der Arzt. «Sie ist sichergestellt. Selbstmord kann er nicht begehen.»

«Ist auch seine Mundhöhle untersucht worden?» fragt Murphy unbeeindruckt weiter.

Dr. Wells verneint.

«Dann holen Sie das bitte sofort nach», ordnet der Oberst an. «Es ist denkbar, dass die Kapsel in seiner Tasche nur dazu da war, die Aufmerksamkeit abzulenken.»

Himmler wird aus seinem Gewahrsam geholt. Der Militärarzt fordert ihn auf, den Mund zu öffnen.

Die Augen des SS-Führers ziehen sich zu schmalen Schlitzeln zusammen. Sein Kiefer macht eine mahlende Bewegung. Zwischen seinen Zähnen knirscht etwas.

Dann stürzt er wie vom Blitz getroffen zu Boden.

Captain Wells wirft sich neben ihm auf die Knie und versucht, dem Sterbenden den Rest der Ampulle aus dem Mund zu reißen. Befehle gellen.

Sekunden später wird dem bewusstlosen, zuckenden Himmler ein Brechmittel eingegeben. Ein Schlauch wird in seinen Magen gesenkt, der Inhalt herausgeholt. Aber alles ist vergeblich.

Zwölf Minuten dauert der Kampf. Um 23 Uhr 04 gibt Dr. Wells seine Bemühungen auf.

Heinrich Himmler ist tot.

Während des ganzen nächsten Tages bleibt er an der Stelle des Zimmers liegen, an der er starb. Einige hundert britische Soldaten, ein Dutzend Kriegskorrespondenten und Fotografen sehen ihn hier.

Sie ziehen schweigend an dem Leichnam vorbei, starren in das Gesicht des Schrecklichen, gehen wieder hinaus und schöpfen tief Luft.

Doch was soll nun mit dem toten Himmler geschehen? Im Hauptquartier Montgomerys wird ernsthaft erwogen, ihm ein militärisches Begräbnis in Anwesenheit hoher deutscher Offiziere zu bereiten. In einer anderen Abteilung beraten Militärgeistliche, ob dieses Begräbnis christlichen Charakter haben sollte.

Wahrscheinlich fällt Montgomery selbst die Entscheidung: Heinrich Himmler wird ohne jedes militärische oder kirchliche Zeremoniell an einem geheimgehaltenen Ort begraben. Niemals soll seine letzte Ruhestätte zu einem nationalen Wallfahrtsort der Deutschen werden können.

Ein Stabsoffizier telefoniert inzwischen mit einer britischen Dienststelle in Bergen-Belsen. Er hat sich etwas Besonderes einfallen lassen und möchte für Himmler unbedingt eine jener Holzkisten bekommen, in denen einst die Gebeine von KZ-Häftlingen gesammelt und verscharrt wurden. Er hat mit seinen Bemühungen keinen Erfolg.

So wird Himmler am Morgen des 26. Mai auf einem britischen Eintonner-Lastwagen mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Zwei Feldwebel packten den Toten am Kopf und an den Füßen und warfen ihn mit Schwung auf die Ladefläche.

Ein hoher Abwehroffizier hat den geheimen Begräbnisplatz irgendwo in einem Wald in der Nähe von Lüneburg bestimmt. Ein Major und drei Feldwebel fahren mit hinaus. Fünf Menschen sind damit die einzigen, die den Ort kennen.

Die Erde wird sorgfältig abgehoben. Die drei Feldwebel stechen mit Spaten eine Grube aus. Himmlers Leiche wird hineingelegt, so wie sie seit dem 23. Mai noch immer ist: bekleidet mit einer britischen Armeehose, einem offenen Militärhemd und grauen deutschen Wehrmachtsocken.

Noch einmal schauen die Männer in das Grab. Einer der Feldwebel spürt das Verlangen, ein paar Worte zu sprechen. Er wirft die erste Schaufel Erde in die Grube und sagt:

«Lasset den Wurm zu den Würmern gehen!»

Das ist alles. Stumm bringen die Soldaten ihr Werk zu Ende. Die Grasnarbe wird wieder aufgelegt, kein Schnitt, kein Hügel verrät die Stelle. Die Spuren des Mannes, dessen Platz in Nürnberg leer blieb, der mehr als alle anderen Angeklagten hätte aussagen können, sind ausgelöscht. Er hat sich der Verantwortung entzogen.

Nur einmal noch gibt es einen Nachhall: Unter einer Scheune bei Berchtesgaden finden die Amerikaner den vergrabenen Privatschatz Himmlers. Er hat einen Wert von rund einer Million Dollar und be-

stand aus einem seltsamen Währungsgemisch. Captain Harry Anderson von der Militärregierung zählt folgende Summen: 132 kanadische Dollar, 25'935 englische Pfund, acht Millionen französische Francs, drei Millionen algerische und marokkanische Francs, eine Million Reichsmark, eine Million ägyptische Pfund, zwei ganze argentinische Pesos, einen halben japanischen Yen und 7'500 palästinensische Pfund!

II IM BETT VERHAFTET: REICHAUSSENMINISTER JOACHIM VON RIBBENTROP - REICHSJUGENDFÜHRER BALDUR VON SCHIRACH STELLT SICH SELBST - AUF EINER MOSKWA-INSEL WARTET GROSSADMIRAL ERICH RAEDER

Fast alle namhaften Grössen des Dritten Reiches sind verhaftet oder tot. Es gibt nur wenige Rätsel für die alliierten Fahndungsabteilungen. Eines der wichtigsten: Wo ist Ribbentrop? Joachim von Ribbentrop hält sich zuletzt im Nordraum auf, wo Grossadmiral Dönitz gerade im Begriff ist, eine unpolitische Regierung zu bilden. Dabei sucht der neue Reichspräsident händeringend nach einem unbelasteten Mann, dem er das Amt des Aussenministers anvertrauen könnte. Es soll jemand sein, den die Alliierten nicht von vornherein als Verhandlungspartner ablehnen würden.

Wie naiv Ribbentrop bis zuletzt war, schildert der ehemalige Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk genau dreissig Jahre danach, im Frühjahr 1975, einem der Verfasser dieses Buches, Leeb. In seinem Essener Haus erzählt der Graf, 1949 im «Wilhelmstrassen-Prozess» zu 10 Jahren Haft verurteilt und zwei Jahre später begnadigt:

«Dönitz liess mir durch Speer ausrichten, dass er mich als Aussenminister in seinem Kabinett haben möchte. Ich hatte Bedenken dagegen und schlug Herrn von Neurath vor. Da ich nicht wusste, wo dieser sich aufhielt, empfahl ich, Ribbentrop anzurufen und ihn nach der Adresse zu fragen. Das tat denn auch ein Adjutant. Ribbentrop meinte, dieses sei eine Angelegenheit des Auswärtigen Amtes und das sei nicht dem Grossadmiral unterstellt. Er liess sich mit Dönitz verbinden und wollte von ihm wissen, warum Dönitz die Adresse von Neuraths haben wolle. ‚Um ganz offen zu sein, Herr von Ribbentrop‘, sagte Dönitz, ‚Sie wollte ich in meinem Kabinett nicht mehr haben, sondern den Graf Schwerin von Krosigk, doch der hat Herrn von Neurath vorgeschlagen.‘ Um nicht noch lange mit Ribbentrop palavern zu müssen, machte Dönitz ihm noch den Vorschlag, er solle ihn in einer halben Stunde anrufen, falls er einen besseren Kandidaten wüsste. Tatsächlich meldete sich Ribbentrop nach einer halben Stunde: ‚Herr Grossadmiral, ich habe mir das eingehend

hin und her überlegt und muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass ich Ihnen als Kandidaten nur mich selbst vorschlagen kann!' Daraufhin segnete das Telefon des Grossadmirals das Zeitliche.»

Graf Schwerin von Krosigk liess sich dann doch noch umstimmen und wurde – für 23 Tage – der letzte Aussenminister des Dritten Reiches.

Doch zurück zu seinem Vorgänger. Ribbentrop verschwindet von der Bildfläche. Er schlägt sich nach Hamburg durch, mietet sich im fünften Stock eines unscheinbaren Hauses ein Zimmer und beginnt unter den Augen der britischen Militärregierung das Leben eines harmlosen Privatmannes.

Während einige Dutzend Detektive und Abwehroffiziere nach ihm suchen, während sein Steckbrief mit Bild in allen Kasernen und Fahndungsbüros hängt, geht Ribbentrop in einem eleganten Zweireiher, mit schwarzem Diplomatenhut und einer sehr dunklen Sonnenbrille in Hamburg spazieren. Er versucht, alte Beziehungen aus seiner glanzlosen Zeit als Sektvertreter neu anzuknüpfen, um in irgendeiner Firma noch besser untertauchen zu können.

Immer wieder führt ihn sein Weg in das Geschäft eines vergessenen Geschäftsfreundes von damals. Hier pflegt der Mann mit der dunklen Sonnenbrille, der sich jetzt Reiser nennt, geheimnisvolle Verhandlungen.

«Ich habe einen testamentarischen Auftrag des Führers», flüstert er dem Geschäftsinhaber zu. Er schaut dabei ängstlich über seine Schulter, ob auch niemand im Laden ist, der zuhören könnte. «Sie müssen mich verbergen, bis die Zeit reif dafür ist – es geht um die Zukunft Deutschlands . . .»

Der Hamburger Weinhändler zögert. Sein Sohn dagegen zögert nicht: er geht zur Polizei.

Alliierte Kriminalbeamte nehmen sofort die Spur des mysteriösen Fremden auf.

Am nächsten Morgen, dem 14. Juni 1945, kommt es zur letzten dramatischen Szene der grossen Menschenjagd. Drei Briten und ein belgischer Soldat poltern über die Treppe des Mietshauses zu der Wohnung im fünften Stock hinauf.

Sie klopfen an die Tür. Sie trommeln mit den Fäusten dagegen, als sich nichts rührt. Dann krachen ihre Stiefelabsätze gegen das Holz. Plötzlich pfeift Oberfeldwebel R. C. Holloway überrascht durch die Zähne.

Die Tür hat sich ein wenig geöffnet. Hinter dem Spalt sehen die Männer eine brünette junge Frau. Das knappe Négligé verhüllt kaum ihre attraktive Figur. Die aufgelösten Haare hängen in ihr eingekremtes, glänzendes Gesicht. Sie hat die Augen und die rot verwischten Lippen weit aufgerissen.

Mit einem unterdrückten Schrei wirft sie sich einen Morgenmantel über.

«Haussuchung», sagt Leutnant J. B. Adams. Die Soldaten stossen die Tür auf und drängen die Frau beiseite. Sie durchsuchen jeden Raum. Im vierten Zimmer findet der belgische Soldat ein zerwühltes Bett. Er zieht die Decke ein wenig zur Seite.

«Hallo, da ist ja ein Mann drin!» ruft er überrascht.

Der Mann in diesem Bett schläft wie ein Stein. Er hat das Poltern an der Wohnungstür nicht gehört. Auch die Schritte und Stimmen der Soldaten haben ihn nicht zu wecken vermocht. Oder wollte er das alles nicht hören?

«He, aufstehen!»

Leutnant Adams ist auf den Ruf des Belgiers hereingekommen und rüttelt den Schlafenden an der Schulter.

Er muss lange rütteln. Dann kommt Leben in den Mann. Er dreht sich langsam um, verzieht schlaftrunken das Gesicht, blinzelt mühsam ins Tageslicht, starrt dann die fremden Soldaten an seinem Bett ungläubig an.

«Was ist los? Was ist los?» fragt er mit belegter Stimme.

«Stehen Sie auf», sagt Adams, «und ziehen Sie sich an – aber schnell!»

Joachim von Ribbentrop, gestern noch Aussenminister des Grossdeutschen Reiches, schlägt die Daunendecke zurück. Ohne ein Wort zu sagen, kriecht er aus dem Bett. Seine nackten Füsse schlüpfen in die Pantoffeln. Er trägt einen weiss und rosa gestreiften Pyjama. Sein Gesicht ist von einem kräftigen, grau und schwarz gesprenkelten Bartschatten bedeckt.

«Wie heissen Sie?» fragt der Leutnant.

«Sie wissen ganz genau, wer ich bin», gibt Ribbentrop mit bösem Lächeln zur Antwort. Er macht eine steife Verbeugung und sagt ironisch: «Ich gratuliere Ihnen.»

«Gut, Herr von Ribbentrop», knirscht Leutnant Adams gedehnt, «ziehen Sie sich an. Sie sind verhaftet.»

«Ich möchte mich zuerst rasieren.»

«Das hat später noch Zeit. Sie müssen jetzt mitkommen.»

Ribbentrop kleidet sich an, kämmt vor dem Spiegel sorgfältig sein Haar und wirft dann seine Sachen in einen Wehrmacht-Wäschebeutel.

«Bitte», sagt er endlich.

Offenbar glaubt er, sich auch jetzt noch auf diplomatischem Parkett zu bewegen. Nichts in seinem Wesen hat sich geändert seit damals, als er bei seiner Antrittsaudienz als deutscher Botschafter in London König Georg VI. mit erhobenem Arm, Hackenschlag und blechernem «Heil Hitler!» grüsste.

Im Hauptquartier der Briten wird Joachim von Ribbentrop am ganzen Körper gründlich durchsucht. Das gehört zu den Massnahmen, die sich die Alliierten angewöhnt haben, seit ihnen einige Prominente mit Hilfe dieser teuflischen deutschen Giftkapseln durch die Finger gegangen sind. Tatsächlich wird eine Zyankali-Ampulle ans Licht gefördert, die der Gefangene an einem verschwiegenen Ort bei sich getragen hatte.

Im Wäschebeutel Ribbentrops entdecken die Briten, sauber gebündelt, «einige hunderttausend Reichsmark», wie später offiziell bekanntgegeben wird. Wie lange dachte er sich mit dieser hübschen Summe verborgen halten zu können?

«Ich wollte mich versteckt halten», gesteht Ribbentrop bei seiner ersten Vernehmung, «bis sich die öffentliche Meinung wieder beruhigt hat.»

«Meinen Sie die öffentliche Meinung in Deutschland?»

«Ja, auch. Vor allem aber die Weltmeinung. Ich weiss, dass wir alle auf der Kriegsverbrecherliste stehen, und ich kann mir denken, dass es bei der gegenwärtigen Stimmung nur ein Urteil geben wird – ein Todesurteil.»

«Sie wollten abwarten, bis alles vorbei ist?»

«Ja.»

«Und dann wieder auftauchen?»

«Ja.»

Die verworrenen Vorstellungen Ribbentrops werden durch einen weiteren Beweis bestätigt. In seiner Rocktasche findet man drei Briefe: einen an Feldmarschall Montgomery, einen an Aussenminister Eden und einen an . . . der Offizier stutzt. . . das ist doch nicht möglich . . .

Aber es gibt keinen Zweifel: Der dritte Brief ist adressiert an «Vincent» Churchill. Nichts gibt einen tieferen Einblick in den Dilettantismus des Reichsaussenministers als diese Kleinigkeit. Vincent statt Winston- und dieser Mann hielt die Aussenpolitik eines Volkes in seinen Händen!

Ribbentrops Schwester, Frau Ingeborg Jenke, zur Sicherheit von den Briten geholt, nimmt eine einwandfreie Identifizierung des Gefangenen vor.

Dann wird der Mann, den die Welt als den bösen Geist neben Hitler kennengelernt hat, nach Lüneburg gebracht und von dort aus weiter in ein Internierungslager «irgendwo in Europa». Bei seinem Abtransport trägt er noch immer seinen eleganten grauen Zweireiher und einen schwarzen Homburg . . .

Bis auf zwei Nachzügler befinden sich nun alle, die bald auf der Nürnberger Anklagebank sitzen werden, in alliierter Gefangenschaft.

Der erste Nachzügler ist Baldur von Schirach, einst Reichsjugendführer, zuletzt Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar von Wien.

Als die Russen in die österreichische Hauptstadt einrücken, fährt Schirach mit frisch gewachsenem Schnurrbart nach Schwaz in Tirol. In einem Bauernhaus mietet er sich unter dem Namen Richard Falk ein. Er kann sich ziemlich sicher fühlen, denn die Amerikaner glauben irrtümlich, er sei tot. Eine Meldung aus den letzten Tagen des Zusammenbruchs sagt nämlich, die Wiener hätten ihren Reichsverteidigungskommissar an der Floridsdorfer Donaubrücke aufgehängt.

So kann Schirach unerkant sogar bei einer amerikanischen Dienststelle als Dolmetscher arbeiten. In seiner freien Zeit betätigt er sich als Schriftsteller und tippt eifrig an einem Manuskript, auf dessen erster Seite der Titel eines Kriminalromans steht: *Das Geheimnis der Myrna Loy*. Dahinter verbirgt sich allerdings die Geschichte der letzten Tage Wiens.

Die Bauersleute schöpfen keinen Verdacht.

Um so mehr wundert sich die Militärregierung in Schwaz, als sie am 5. Juni 1945 plötzlich einen eigenhändigen Brief des angeblich Toten erhält:

«Aus eigenem Entschluss begeben mich in amerikanische Gefangenschaft, um damit die Möglichkeit zu haben, mich vor einem internationalen Gericht zu verantworten. Baldur von Schirach.»

«Aber Schirach ist doch tot!» ruft der Ortskommandant.

Dannschickter einen Jeep los. Auf halbem Wege kommt Schirach den Soldaten schon entgegen. Er hat sich den Schnurrbart wieder abgenommen und gibt sich sofort gefangen.

Weshalb meldete er sich freiwillig?

Henriette von Schirach, Baldurs damalige Frau, ist der Geschichte nachgegangen und fand einen Zeugen, der ihr Folgendes berichtete:

«Am 5. Juni 1945 kam eine Drahtfunkmeldung: Alle HJ-Führer werden verhaftet, die ganze Hitlerjugend soll angeklagt werden, auch die Sechzehnjährigen werden gesucht. Nun wollte er einfach nicht mehr Richard Falk sein und bequem versteckt leben, nun war er plötzlich wieder der Reichsjugendführer, der sich vor die Jugend stellen wollte.»

«Aber er hatte doch nichts mehr mit der Jugend zu tun», wendete Frau von Schirach ein, «Axmann war doch sein Nachfolger als Reichsjugendführer . . .»

«Wir dachten doch alle, dass Axmann tot sei», erklärte ihr der Gewährsmann, «und da fühlte er sich eben verantwortlich. Er wollte die vielen HJ-Führer, die man nun anklagte, nicht im Stich lassen,

er wollte sagen: ‚Ich trug die Verantwortung, gebt mir die Schuld.‘ Er hat immer geglaubt, dass er etwas retten könnte.»

«Warum bist du nicht geflohen?» fragt Frau von Schirach, als sie ihren Mann bald nach seiner Verhaftung im Gefangenenlager Rum sehen darf. «Du hättest nach Spanien fliehen können. Du warst totgemeldet. Du hättest verschwinden können.»

«Du weisst doch, dass ich so etwas nicht tue», antwortet von Schirach. «Ich habe mir alles sehr reiflich überlegt. Ich hatte ja Zeit, niemand suchte mich. Aber ich will aussagen, ich will vor ein Gericht gestellt werden und die Schuld auf mich nehmen. Durch mich hat die Jugend an Hitler geglaubt, ich habe sie im Glauben an ihn erzogen, nun muss ich sie davon frei machen. Wenn ich Gelegenheit habe, dies vor einem internationalen Gericht zu sagen, lasse ich mich hängen!»

«Hängen?» fragt seine Frau entsetzt.

Baldur von Schirach gibt sich keinen Illusionen hin.

«Sie werden uns alle hängen . . .», sagt er zu seiner Frau. Denkt er dabei an jene Dinge, die er in seinem rührseligen Gespräch nicht erwähnt, die aber in Nürnberg unerbittlich von der Anklage ans Licht gebracht werden?

Der Vorhang der Menschenjagd schliesst sich am 23. Juni 1945 mit der Verhaftung des letzten Nachzüglers. In Berlin-Babelsberg erscheinen sechs sowjetische Offiziere unter der Führung von Oberst Pimenow in der Wohnung des einstigen Grossadmirals Erich Raeder. Der frühere Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine, 1943 von Hitler in die Wüste geschickt und von Karl Dönitz abgelöst, lebt offiziell angemeldet und bisher unbehelligt im russischen Sektor.

Nun interessiert man sich plötzlich für ihn.

Zusammen mit seiner Frau Erika wird Raeder ins Lichtenberger Gefängnis gesperrt. Vierzehn Tage später fliegen die Russen das Ehepaar nach Moskau. In der Nähe der Hauptstadt, auf einer etwa zwanzig Kilometer ausserhalb gelegenen Moskwa-Insel, müssen sie nun in einem Blockhaus das Leben von Internierten führen.

Den Sinn dieser Massnahmen erfährt Raeder erst, als man ihn Anfang Oktober 1945 nach Nürnberg bringt.

12 GEHEIMNIS UND SENSATION: RUDOLF HESS, STELLVERTRETER DES FÜHRERS, FLIEGT NACH SCHOTTLAND

In der ersten Reihe der Nürnberger Anklagebank wird 1945 ein Mann sitzen, der während des ganzen Prozesses dem Internationalen Tribunal ständig neue Rätsel aufgibt: Rudolf Hess.

Das äusserliche Bild, das er vor Gericht geboten hat, zwingt zu der Frage, ob dieser Angeklagte überhaupt verhandlungsfähig gewesen

ist oder ob er nicht vielmehr in eine Heil- und Pflegeanstalt gehört hätte.

Hess selbst hat behauptet, sein Gedächtnis verloren zu haben und sich an nichts erinnern zu können.

Er hat aber auch behauptet, diesen Gedächtnisschwund nur vorgetäuscht zu haben.

Der amerikanische Gefängnispsychiater Douglas M. Kelley hat sich viele Monate lang mit Rudolf Hess befasst und zahllose Abende in dessen Zelle zugebracht. Das Hauptergebnis seiner Beobachtungen lässt sich in folgenden Worten zusammenfassen: Hess war während der ganzen nationalsozialistischen Zeit immer nur «Zweiter», immer nur «Stellvertreter». Diese Tatsache muss seinen Ehrgeiz verletzt haben, und da es keinerlei Aussicht für ihn gab, über den Rang der zweiten Rolle hinauszukommen, flüchtete er in das sensationelle Unternehmen seines Englandfluges: Als Friedensstifter zwischen den kriegführenden Mächten wäre Hess plötzlich auf der ganzen Welt «Nummer Eins» gewesen.

Kelley meint, dass Hess durch seine amtliche Zweitrangigkeit schon bald einen «Verdrängungskomplex» entwickelte, der sich in allen möglichen körperlichen Beschwerden äusserte. Tatsächlich hat er jahrelang immer neue Ärzte aufgesucht, immer neue Heilmittel und Kuren ausprobiert, aber jeden Versuch rasch wieder aufgegeben, wenn sich nicht innerhalb von ein oder zwei Wochen wunderartige Erfolge einstellten.

Am Ende war sein Vertrauen zur Schulmedizin dahin. Die nächste Station: Naturheilkundige, Penderler, Quacksalber, Scharlatane, Astrologen. Die Magenschmerzen, über die Hess am häufigsten klagte, verschwanden nicht.

Nach allem, was Kelley herausfinden konnte, ist es mit Hess seit 1938 steil bergab gegangen, sein Körpergewicht nahm ab, seine Spannkraft liess nach. Zeugen sagen aus, dass er stundenlang an seinem Schreibtisch sitzen konnte und dabei untätig ins Leere starrte.

Der Gerichtspsychiater glaubt, die tiefere Ursache dafür zu wissen: Hess muss um diese Zeit erkannt haben, dass Hitler, zu dem er wie zu einem vergötterten Vater aufblickte, in Wirklichkeit gar nicht verehrungswürdig war.

Hess befindet sich wohl wirklich in einer Krise, aber der Ausweg, den er am Ende einschlägt, ist ebenso absonderlich wie seine ganze Gemüts- und Geistesverfassung um diese Zeit. In einem Gespräch mit Kelley hat er zugegeben, dass ihm im Jahre 1940 ein Astrologe prophezeite, er sei dazu ausersehen, der Welt den Frieden zu bringen.

Hess beschliesst, auf eigene Faust nach England zu fliegen und dort

Friedensverhandlungen zu führen. Er betreibt die Vorbereitungen in aller Heimlichkeit. Selbstverständlich darf Hitler nichts davon erfahren. In der Erklärung von Hess' Sekretärin Hildegard Fath heisst es:

«Vom Sommer 1940 an musste ich im Auftrage von Hess geheime Wettermeldungen über die Wetterlage über der britischen Insel und über der Nordsee einholen und an Hess weiterleiten. Die Meldungen bekam ich von einem Hauptmann Busch. Teilweise bekam ich auch Meldungen von Fräulein Sperr, der Sekretärin von Hess bei dessen Verbindungsstab in Berlin.»

Mehrmals unternimmt Hess heimliche Versuchsflüge. Der deutsche Flugzeugkonstrukteur Willy Messerschmitt hat im Jahre 1947 von der Presse eine Erklärung über die Ereignisse abgegeben.

«Messerschmitt berichtete», heisst es in dem Interview, «Hess habe ihm im Spätherbst 1940 in Augsburg den Wunsch vorgetragen, neue Jagdflugzeuge zu erproben. Er habe sich zuerst geweigert. Als Hess aber auf seinem Wunsch bestand und erklärte, dass seine Stellung ihm dazu das Recht gäbe, habe er schliesslich dem Stellvertreter des Führers» die Genehmigung erteilt, Me-110-Maschinen zur Erprobung zu fliegen.

Hess, den Messerschmitt als ausgezeichneten Piloten bezeichnete, habe etwa zwanzig Flüge vom Augsburger Flugplatz aus unternommen. Nach jedem Flug habe er Messerschmitt und seinen Ingenieuren Fehler, die er an den Maschinen entdeckt haben wollte, in der Hoffnung vorgehalten, dass dies die Ingenieure dazu bringen werde, ein für den heimlich geplanten Flug nach den britischen Inseln geeignetes Flugzeug zu schaffen.»

Wörtlich fährt Messerschmitt fort:

«Nach einem Flug sagte Hess einmal zu mir: ‚Dieser Jäger ist ausgezeichnet, aber nur für kurze Flüge geeignet. Ich will wetten, dass er seine ganze Wendigkeit verlieren wird, wenn Sie zusätzliche Brennstofftanks in die Flügel einbauen.‘

Kurz darauf wandte Hess die gleiche Taktik hinsichtlich einer Bordfunkausrüstung in grosser Reichweite an.

Weiter heisst es in dem Interview:

«Messerschmitt liess, nur um ihm zu zeigen, dass der zusätzliche Einbau des schweren Empfängers und Senders das Flugzeug in seinen Flugeigenschaften nicht beeinträchtigte, diese Arbeiten vornehmen. Unter dem Vorwand des wissenschaftlichen Interesses brachte Hess den Konstrukteur ganz allmählich dazu, eine Maschine zu bauen, die für seinen geplanten Flug ideal war.»

Endlich, am 10. Mai 1941, startet Hess von Augsburg aus mit der vorbereiteten Maschine, um nicht mehr zurückzukehren. Zuvor hat

er sich von einer Münchner Astrologin versichern lassen, dass der Tag günstig gewählt ist.

Abends, um 22 Uhr 08, wird an der Küste von Northumberland von britischen Beobachtern ein feindliches Flugzeug gesichtet, wie es in dieser fernen, unwirtlichen Gegend noch niemals gesehen worden ist.

Die Meldung stösst bei den höheren Befehlsstellen auf Unglauben: Eine deutsche Me 110 an der Küste von Northumberland – das ist unmöglich, weil diese Maschinen gar nicht genug Treibstoff mitführen können, um wieder zurückzufliegen.

Die Beobachtung wird fortgesetzt, eine Jagdstaffel trifft Vorbereitungen zur Verfolgung des mysteriösen Flugzeugs.

Um 23 Uhr 07 kommt die Meldung, dass die Maschine in der Nähe von Eaglesham in Schottland abgestürzt und in Flammen aufgegangen ist. Der Pilot ist mit dem Fallschirm abgesprungen, auf einem freien Feld gelandet und von Angehörigen der Home Guard festgenommen worden . . .

Der Landwirt David MacLean ist der erste, der mit Rudolf Hess auf britischem Boden in Berührung kommt. Er hört die Maschine mehrmals über seinem Haus kreisen, vernimmt dann einen dumpfen Knall und läuft hinaus, um nachzusehen.

Am dunklen Himmel sieht er den Pilz eines Fallschirms hängen. Es sind nur wenige Schritte bis zu dem Feld, auf dem Hess niedergeht. Der fremde Fallschirmspringer stürzt zu Boden, MacLean hilft ihm beim Aufstehen. Hess hat sich einen Knöchel verletzt, kann aber noch laufen.

«Ich suche das Haus des Duke of Hamilton», sagt er in bestem Englisch zu dem Bauern. «Ich habe eine wichtige Nachricht für die Royal Air Force. Ich bin allein und unbewaffnet.»

MacLean führt den unerwarteten Besuch in das Haus, wo ihm eine Tasse Tee angeboten wird.

«Nein, danke», lehnt Hess ab, «ich trinke so spät keinen Tee.» Sein Name, so sagt er, ist Alfred Horn.

Während er auf einem Stuhl sitzt und seinen Knöchel massiert, nähert sich dem Farmhaus ein klappriges Automobil. Es gehört Robert Williamson, einem Hilfspolizisten, der von Eaglesham aus den Absturz der Maschine beobachtet hat. Im gleichen Wagen sitzt ein Mann namens Clark, ein Nachbar Williamsons.

Clark gehört der Home Guard an.

Beide Männer betreten wenige Minuten später das Bauernhaus von MacLean. Williamson trägt einen flachen Stahlhelm mit der Aufschrift *Police*, Clark ist mit einer altertümlichen Pistole aus dem Ersten Weltkrieg bewaffnet.

So treten sie Hess gegenüber und nehmen ihn fest.

«Wir hatten keine Ahnung, wer er war», erinnert sich Williamson, «aber er sah irgendwie wichtig aus.»

Im Auto wird Hess nach Busby gefahren. Von dort müssen sie zu Fuss zu einer abseits gelegenen Kaserne, in der die Home Guard untergebracht ist. Williamson geht voraus, Hess humpelt in der Mitte, und Clark bildet die Nachhut.

«Am meisten Angst hatte ich vor Clarks Revolver», erzählt Williamson heute noch, «und ich glaube, unserem Gefangenen ging es ebenso.»

Die Home Guard wird von dem Ereignis im Schlaf überrascht. Die Männer kommen in Nachthemden, Unterhosen, Pantoffeln oder barfuss heraus, nachdem Williamson Alarm geschlagen hat.

«Ziemlich unmilitärisch», murmelt Clark, wie Williamson später einem Reporter berichtet.

Immerhin, Hess wird hereingeführt und soll in den Wachraum gesperrt werden, bis weitere Befehle kommen.

«Ich bin deutscher Offizier!» protestierte er.

Clark wedelt mit seiner Pistole.

«Sie haben hineinzugehen!» sagt er nur.

Hess gehorcht. In diesem Augenblick beginnt seine Gefangenschaft.

Die Gefangennahme des deutschen Hauptmanns Horn wird weitergemeldet. Ebenso die Erklärung des Gefangenen, er sei «in besonderer Mission» nach England gekommen und wünsche den Duke of Hamilton zu sprechen.

Tatsächlich wird dieser Bitte entsprochen, und am nächsten Morgen erscheint der Herzog von Hamilton, um herauszufinden, was es mit diesem seltsamen Alfred Horn auf sich hat.

«Am Sonntag, dem n. Mai, kam ich mit einem Vernehmungsoffizier in der Maryhill-Kaserne an», heisst es in des Herzogs amtlichem Bericht, «wo wir zunächst die persönlichen Habseligkeiten des Gefangenen untersuchten. Dazu gehörten eine Leica-Kamera, Fotografien von ihm und einem kleinen Jungen, einige Arzneimittel, Visitenkarten von Dr. Karl Haushofer und dessen Sohn, Dr. Albrecht Haushofer.

Ich betrat den Raum des Gefangenen in Begleitung des Vernehmungsoffiziers und des Offiziers vom Dienst. Der Gefangene bat sofort, mit mir allein sprechen zu dürfen. Ich bat deshalb die anderen Offiziere, sich zurückzuziehen.

Der Deutsche begann damit, dass er mich während der Olympischen Spiele 1936 in Berlin kennengelernt habe und dass ich damals in seinem Hause einmal gespeist hätte.

«Ich weiss nicht, ob Sie sich an mich erinnerns sagte er, «aber ich bin Rudolf Hess.»

Er sagte weiter, er sei in einer Mission der Menschlichkeit gekommen: der Führer wünsche nicht, England zu zerstören, und wolle den Kampf beenden. Sein Freund Albrecht Haushofer habe ihm gesagt, ich sei ein Engländer, der seinen Standpunkt verstehen werde. Weiter sagte er, er habe schon dreimal versucht, nach England zu fliegen, das erstmal im vergangenen Dezember, er sei aber jedesmal wegen schlechten Wetters wieder umgekehrt.

Der Führer, sagte Hess weiter, sei überzeugt, dass Deutschland den Krieg gewinnen werde, möglicherweise bald, sicherlich aber in ein, zwei oder drei Jahren. Er selbst, Hess, wolle das unnötige Gemetzel beenden.»

Wie das gemacht werden könnte, weiss Hess allerdings selber nicht genau. Er schlägt dem Herzog vor, Mitglieder seiner politischen Partei zusammenzubringen, um Friedensvorschläge auszuarbeiten. Als Hitlers Friedensbedingung teilt er dem Duke of Hamilton mit, dass England seine traditionelle Politik ändern müsste.

Es ist klar, dass dieses Gespräch fruchtlos verläuft. . .

Am Abend des n. Mai befindet sich Winston Churchill in Ditchley, um sich bei Freunden zu erholen. Man sieht sich im Heimkino einen Film an.

«Der lustige Streifen rollte ab», berichtet Churchill in seinen Erinnerungen, «und ich genoss die Ablenkung. Da benachrichtigte mich ein Sekretär, man wünsche mich im Auftrag des Herzogs von Hamilton zu sprechen.

Der Herzog – einer meiner persönlichen Freunde – hatte ein Jagdfliegerkommando in Ostschottland inne; ich konnte mir aber keine Angelegenheit denken, deren Besprechung nicht bis zum Morgen hätte warten können.

Der Anrufer bestand jedoch darauf, mich zu sprechen; es handle sich um eine dringende Sache, mit der sich die Regierung befassen müsse.»

So erfährt Churchill die erstaunliche Nachricht.

«Ganz ähnlich hätte es auf mich gewirkt», sagte der Premier, «wenn mein vertrauter Kollege, unser Aussenminister Eden, aus einer gestohlenen Spitfire mit dem Fallschirm in der Umgebung Berchtesgadens abgesprungen wäre.»

Doch was soll nun geschehen?

Churchill selbst gibt die nötigen Anweisungen. Sie haben folgenden Wortlaut:

«1. Es dürfte angezeigt sein, Herrn Hess nicht dem Innenministerium, sondern dem Kriegsministerium als Kriegsgefangenen zu übergeben, doch ohne ausser Acht zu lassen, dass man wegen politischer Verbrechen Anklage gegen ihn erheben könnte. Dieser Mann ist grundsätzlich ein Kriegsverbrecher wie andere Naziführer auch;

er und seine Mitverschworenen mögen sehr wohl nach Kriegsende in Acht und Bann erklärt werden. Für diesen Fall kann er tätige Reue zu seinen Gunsten buchen.

2. Mittlerweile ist er in einem günstig gelegenen Haus unweit von London strikt zu isolieren; ferner ist jeder Versuch zu machen, seine Mentalität zu ergründen und ihn zum Sprechen zu bringen.

3. Für seine Gesundheit und Bequemlichkeit ist zu sorgen; ausreichende Ernährung, Bücher, Schreibmaterial und Erholung sind vorzusehen. Kontakte mit der Aussenwelt und Besucher, soweit nicht vom Foreign Office zugelassen, sind zu vermeiden. Eine Sonderaufsicht ist zu bestellen. Zeitungen und Radio sind nicht zugelassen. Man sollte ihn aber mit der gleichen Achtung wie einen in Kriegsgefangenschaft geratenen Heerführer behandeln.»

Nachdem diese Anordnungen Churchills ergangen sind, wird Hess zunächst einmal in den Tower von London gebracht, die berühmte Festung, bis eine freundlichere Unterkunft in einem Landhaus gefunden worden ist.

Das alles muss auf Hess niederschmetternd wirken. Statt als Friedensbringer empfangen zu werden, wird er von den Briten wie ein Kriegsgefangener behandelt. Statt Verwirklichung seiner phantastischen Träume nüchterne Wirklichkeit. . .

Konnte ein Mann wie Rudolf Hess, der «Stellvertreter des Führers», bei klarem Verstand nach Grossbritannien geflogen sein? War er so wenig mit der wirklichen politischen Lage vertraut? Den Briten jedenfalls liegt es nahe, zunächst einmal die Ärzte sprechen zu lassen.

Als wissenschaftliche Autorität gibt wenige Tage nach der Landung J. R. Rees einen medizinischen Bericht an Churchill:

«Hess gab an, dass er letzten Herbst von den schweren Luftangriffen auf London entsetzt gewesen sei, und der Gedanke an die toten Mütter und kleinen Kinder sei ihm fürchterlich erschienen. Diese Empfindung habe sich verstärkt, wenn er seine Frau und seinen eigenen Sohn angesehen habe, und das habe ihn auf den Einfall gebracht, nach Grossbritannien zu fliegen, um mit der starken Antikriegspartei, an deren Existenz er glaubte, einen Frieden zu vereinbaren.

Da er bereits derartige Gedanken hegte, beeindruckte es ihn, als sein väterlicher Freund und Lehrer, der Geopolitiker Karl Haushofer, ähnliche Gedankengänge entwickelte und den Herzog von Hamilton als einen Mann mit gesundem Menschenverstand bezeichnete, den dieses sinnlose Gemetzel entsetzen müsse. Auch habe Haushofer im Traum Hess dreimal am Steuer eines Flugzeugs mit unbekanntem Ziel gesehen.

Diese Bemerkungen, die von einem solchen Manne kamen, er-

weckten in Hess das Gefühl der Berufung, als Friedensgesandter in unser Land zu fliegen und zum Herzog von Hamilton vorzudringen, der ihn zu König Georg bringen würde. Dadurch könnte die derzeitige britische Regierung gestürzt und an deren Stelle eine Friedenspartei eingesetzt werden.

Er bestand darauf, dass er mit dieser ‚Clique‘ – der bestehenden Regierung – nichts zu tun haben wolle, denn diese werde alles tun, um seine Absichten zu vereiteln. Er hatte aber keine klare Vorstellung, welche unserer Staatsmänner sie ersetzen sollten, und auch über die Namen und Bedeutung unserer Politiker schien er sehr ungenügend unterrichtet.»

Die britische Presse stürzt sich auf die Sensation. Der Rundfunk verbreitet die Meldung – und damit lässt sich das Geheimnis auch in Deutschland nicht mehr länger wahren. Das Propagandaministerium des Dr. Goebbels sieht sich gezwungen, das deutsche Volk davon zu unterrichten, dass der Stellvertreter des Führers mitten im Krieg ins feindliche Ausland verschwunden ist!

Dr. Henry Picker, einer von Hitlers Stenografen, hat in seinen Aufzeichnungen festgehalten, wie die Nachricht im engsten Kreis wirkte:

«Hitler erfuhr vom Fluge seines Stellvertreters Hess nach Schottland, als er mit Göring und Ribbentrop am Kamin plauderte und von Lorenz für eine wichtige Meldung herausgebeten wurde. Er diktierte die erste Verlautbarung Lorenz sofort ins Stenogramm und verfasste – nachdem er um Mitternacht von der ersten englischen Meldung unterrichtet worden war – nach Rücksprache mit Göring, Bormann und Ribbentrop die ausführliche Montagsmeldung, die den Flug mit einem langwierigen Leiden erklärte, das sich offenbar auf Hess'Geist geschlagen habe.»

So gibt das amtliche Deutsche Nachrichtenbüro eine Meldung heraus, die von allen deutschen Zeitungen kommentarlos abgedruckt wird:

«Parteiämtlich wird mitgeteilt: Parteigenosse Hess, dem es auf Grund einer seit Jahren fortschreitenden Krankheit vom Führer strengstens verboten war, sich noch weiter fliegerisch zu betätigen, hat es entgegen dem vorliegenden Befehl vermocht, sich wieder in den Besitz eines Flugzeuges zu bringen.

Am Samstag, dem 10. Mai, gegen 18 Uhr startete Parteigenosse Hess in Augsburg wieder zu einem Flug, von dem er bis zum heutigen Tage nicht zurückgekehrt ist. Ein zurückgelassener Brief zeigte in seiner Verworrenheit leider die Spuren einer geistigen Zerrüttung, die befürchten lässt, dass Parteigenosse Hess das Opfer von Wahnvorstellungen wurde.

Der Führer hat sofort angeordnet, dass die Adjutanten des Partei-

genossen Hess, die von diesen Flügen allein Kenntnis hatten und dies entgegen dem ihnen bekannten Verbot des Führers nicht verhindern, beziehungsweise sofort meldeten, verhaftet wurden. Unter diesen Umständen muss also leider die nationalsozialistische Bewegung damit rechnen, dass Parteigenosse Hess auf seinem Flug irgendwo abgestürzt beziehungsweise verunglückt ist.»

Mehr weiss die nationalsozialistische Parteikorrespondenz, die am 13. Mai in den deutschen Zeitungen bekanntgibt:

«Soweit die bisher vorgenommene Durchsicht der von Rudolf Hess zurückgelassenen Papiere ergibt, scheint Hess in dem Wahn gelebt zu haben, durch einen persönlichen Schritt bei ihm von früher her bekannten Engländer^ doch noch eine Verständigung zwischen Deutschland und England herbeiführen zu können.

Tatsächlich ist er auch, wie unterdessen durch eine Mitteilung aus London bestätigt wurde, in Schottland in der Nähe des Ortes, den er aufsuchen wollte, vom Flugzeug abgesprungen und wurde dort anscheinend verletzt aufgefunden.

Rudolf Hess, der seit Jahren, wie in der Partei bekannt war, körperlich schwer litt, nahm in letzter Zeit steigend seine Zuflucht zu den verschiedensten Hilfen, Magnetisuren, Astrologen und so weiter. Inwieweit auch diese Personen eine Schuld trifft in der Herbeiführung einer geistigen Verwirrung, die ihn zu diesem Schritt veranlasste, wird ebenfalls zu klären versucht.

Es wäre auch denkbar, dass Hess von englischer Seite bewusst in eine Falle gelockt wurde.

Die ganze Art seines Vorgehens bestätigt jedenfalls die schon in der ersten Mitteilung gegebene Tatsache, dass er unter Wahnvorstellungen gelitten habe. Er kannte die zahlreichen, aus ehrlichem Herzen kommenden Friedensvorschläge des Führers besser als irgendein anderer. Anscheinend lebte er sich nun in die Vorstellung hinein, durch ein persönliches Opfer einer Weiterentwicklung vorbeugen zu können, die in seinen Augen nur mit der vollkommenen Vernichtung des britischen Imperiums enden würde. Hess, dessen Aufgabenbereich, wie bekannt, ausschliesslich in der Partei lag, hat daher auch, soweit es aus seinen Aufzeichnungen hervorgeht, irgendeine klare Vorstellung über die Durchführung oder gar über die Folgen seines Schrittes nicht gehabt.»

Willy Messerschmitt hat in seinem schon erwähnten Interview geschildert, wie Hermann Göring auf das Verschwinden von Rudolf Hess reagierte:

«Die ersten Nachrichten», erklärte der Flugzeugkonstrukteur, «seien ihm um acht Uhr am gleichen Abend, als er sich in einer Gastwirtschaft in Innsbruck aufgehalten habe, zu Ohren gekommen. Zwei Stunden später habe Göring ihn angerufen und ihm aufgeregt

befohlen, zu einer Besprechung nach München zu kommen. Am nächsten Morgen habe er Göring in dessen Sonderzug im Münchener Hauptbahnhof aufgesucht.»

Dann erzählte Messerschmitt wörtlich:

«Göring zeigte mit seinem Marschallstab auf meinen Bauch und brüllte:

„Also, wenn es nach Ihnen ginge, kann offenbar jeder mit einer Messerschmitt losfliegen!“

Ich fragte ihn, was er meine, worauf Göring antwortete:

„Sie kennen diesen Burschen Hess sehr gut!“

Ich erwiderte: «Aber Hess ist doch nicht irgendein x-beliebiger!»

Göring, der sich langsam beruhigte, meinte: «Sie hätten Nachforschungen anstellen sollen, ehe Sie einem solchen Mann eine Maschine zur Verfügung stellten.»

Ich antwortete: «Wenn Sie in mein Werk kommen und eine Maschine verlangen, soll ich dann erst den Führer um Erlaubnis fragen, ob ich sie Ihnen geben darf?»

Das machte Göring wieder wütend, und er entgegnete scharf:

«Das ist schliesslich ein Unterschied, ich bin Luftfahrtminister! Ich entgegnete: «Und Hess ist der Stellvertreter des Führers.» Göring antwortete: «Aber Sie sollten bemerkt haben, Messerschmitt, dass dieser Mann verrückt war.»

«Wie soll ich schliesslich annehmen», konnte ich nur trocken erwidern, «dass ein Wahnsinniger eine so hohe Stellung im Dritten Reich bekleiden kann? Sie hätten ihn halt zum Rücktritt bewegen sollen, Herr Reichsmarschall!»

Göring lachte laut: «Sie sind unverbesserlich, Messerschmitt. Fahren Sie zurück und bauen Sie Ihre Flugzeuge weiter!«

Messerschmitt bleibt unbehelligt, aber die Adjutanten von Rudolf Hess werden in Konzentrationslager gebracht. Briefe, die Hess aus Grossbritannien mit der Kriegsgefangenenpost schreibt, unterliegen selbstverständlich der Zensur.

«Hitler sei heute noch verärgert», notiert Stenograf Picker ein Jahr später, «dass man ihm über die von Hess vor seinem Englandflug unternommenen Versuchsflüge nichts berichtet habe. Hess' Rückkehr nach Deutschland hält Hitler für ausgeschlossen, da es nur die Alternative «Irrenhaus oder Erschiessung» für ihn gäbe. Hess müsse sich schon eine neue Existenz im Ausland aufbauen.»

Der Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, schreibt in einem nach dem Krieg aufgefundenen Brief an SS-Führer Heinrich Himmler:

«Gerade in den ersten Aussagen der Adjutanten Pintsch und Leitgen und des Generals Haushofer und in einem der ersten Briefe von Frau Hess selbst wurde als mögliche Erklärung des Fluges angege-

ben, R. H. habe sich auszeichnen wollen, weil er unter Minderwertigkeitsgefühlen gelitten habe.»

Das trifft genau die Auffassung des amerikanischen Gefängnispsychiaters Kelley.

Bormann verbreitet sich in seinem Brief dann ausführlich über das Eheleben von Rudolf Hess, wobei er dessen Frau nicht schont, und fährt fort:

«Nach Auffassung des Führers sind dies tatsächlich die wirklichen Gründe. Wie erst jetzt bekannt wurde, liess sich R. H. seit Jahren immer wieder wegen Impotenz behandeln, auch während der Zeit, in welcher der *Buz* genannte Sohn gezeugt wurde. Vor sich selbst, vor seiner Frau und vor der Partei und dem Volke glaubte R. H., durch dieses Unternehmen seine Männlichkeit unter Beweis stellen zu können.»

An einer anderen Stelle heisst es in Bormanns Brief:

«Wie sich aus den Akten ergibt, hat R. H. selbst die Erfolgsaussichten seiner Gespräche zu hundert Prozent bejaht, als ihm der sogenannte Wahrtraum durch General Haushofer erzählt wurde und nachdem Schulte-Strathaus und Nagengast ihm in Horoskopen Glück und Erfolg prophezeit hatten. Hess glaubte an derlei Dinge, und nachdem ihm von drei Seiten der Erfolg prophezeit worden war, glaubte er besonders fest daran.»

Der Münchener Arzt Dr. Ludwig Schmitt, der Rudolf Hess von 1936 bis 1939 wegen verschiedener Beschwerden behandelte, erklärte nach Kriegsende einem Reporter der *New York Times*:

«Hess hatte eine Tendenz zur Schizophrenie und war leicht psychopathisch.»

Nach dem Misserfolg seines Englandfluges müssen sich diese Tendenzen verstärkt haben. Wenn Hess vier Jahre später auf der Anklagebank von Nürnberg sitzen wird, werden sich die Ärzte erneut mit ihm zu befassen haben.

DER WEG NACH NÜRNBERG

I IRGENDWO IN EUROPA – FRAGEN, FRAGEN, FRAGEN

Irgendwo in Europa – so lautet die geheimnisvolle Bezeichnung, wenn die Alliierten einen bestimmten Schauplatz nicht bekanntgeben wollen.

Irgendwo in Europa: das ist in unserem Falle Bad Mondorf in Luxemburg.

Bad Mondorf ist die letzte Etappe, bevor die Gefangenen nach Nürnberg auf die Anklagebank gebracht werden. In Bad Mondorf beginnt die Voruntersuchung mit ihren zahlreichen Vernehmungen. In Bad Mondorf verrinnt die Zeit mit endlosem Warten.

Sie wohnen im hübschen Grand-Hotel – aber nur der Name des Hauses erinnert noch an einstigen Komfort und Luxus. Der deutsche Gefängnisarzt Dr. Ludwig Pflücker – selbst Gefangener im Lager Mondorf – hat in seinen Erinnerungen geschrieben:

«Die Lage der Internierten in Mondorf war gut. Die Unterbringung, meist zu zweit in den schönen Hotelzimmern mit dem Blick ins Grüne, war nicht schlecht. Für den Aufenthalt im Freien stand der Hotelgarten zur Verfügung, und bei dem meist schönen Wetter bildeten sich Gruppen von Spaziergängern, während sich andere auf Liegestühlen und Gartenstühlen unterhielten oder ihr Ruhestündchen hielten. Der Aufenthalt in diesem Hotel mit seinem Garten und dem anschliessenden Park mit hohen alten Bäumen war ein Idyll.»

Und weiter: «Die Verpflegung wurde aus amerikanischen Beständen in der gut eingerichteten Hotelküche durch deutsche Kriegsgefangene zubereitet und in einem kleinen Saal durch Kellner serviert. Als Verpflegung wurde morgens eine süsse Suppe, oft auch Weissbrot und Kaffee oder Tee, mittags eine Suppe, Gemüse und Fleisch, oft eine Süssspeise oder Kompott und abends ebenfalls ein warmes Gericht oder Brei gereicht. Die Speisen waren gut zubereitet, reichlich, und auch für Abwechslung war gesorgt. Unser tüchtiger Koch Jakesch, ein Wiener, verstand sich besonders auf Mehlspeisen, unter denen Scheiterhaufen und Nudelauflauf sehr beliebt waren.»

Kommandant des Lagers ist der amerikanische Oberst Burton C. Andrus, dem später auch das Sicherheitswesen im Nürnberger Justizpalast unterstehen wird.

Oberst Andrus ist kein Freund der Gefangenen. Kein Wunder, dass sich daraus ein Kleinkrieg entwickelt, den die Häftlinge mit Aufsässigkeit führen, Andrus mit allen möglichen Schikanen. Kein Wunder auch, dass der Oberst in allen ihren Schilderungen schlecht abschneidet.

Göring macht sich über den grün gelackten, stets auf Hochglanz polierten Helm des Kommandanten lustig und nennt ihn nur den «Feuerwehrhauptmann».

«Er hatte ausdruckslose, aber unfreundliche Augen», sagt Papen über ihn.

Als «überaus unangenehmen, subaltern-ängstlichen Mann» bezeichnet ihn Hjalmar Schacht.

Dr. Pflücker schreibt: «Andrus war ein aktiver Offizier der Kavallerie. Er nahm sein Amt äusserst genau und wurde dadurch für die Internierten zu einer grossen Plage. Ich muss aber um der Wahrheit willen feststellen, dass er sich auch ehrlich um die Versorgung der Internierten bemühte. Man muss bedenken, dass der Kommandant für die Sicherheit der Internierten in jeder Weise zu sorgen hatte. Dass diese Sicherheit nur um den Preis grosser Härten durchzuführen war, ist selbstverständlich. Um Selbstmorde zu verhüten, waren die Glasfenster entfernt und durch Drahtglas sowie feste Eisengitter ersetzt, an die man sich aber schnell gewöhnte, da das Grün des Parks allem die harte Note nahm. Übergriffe der Wachmannschaften sind nie vorgekommen.»

«Zur Vernehmung!»

Diese Aufforderung ist die einzige Abwechslung im grauen Tageslauf.

Die Verhöre dauern meist stundenlang. Die Vernehmungsoffiziere kommen immer wieder auf die gleichen Dinge zurück, springen dazwischen von einem Thema zum anderen, streuen harmlose Tarnfragen ein und suchen nach Widersprüchen.

Es gehören eiserne Nerven dazu.

Stets ist ein Stenograf dabei, der jedes Wort festhält. Und nur wenn man einem dieser Protokolle einmal über mehrere Seiten folgt, kann man sich in die aufreibende Atmosphäre versetzen, in der sich die Voruntersuchung für den Nürnberger Prozess abspielte.

Werner Bross, der zeitweilige Assistent von Görings Verteidiger Stahmer, hat Bruchstücke zweier solcher Vernehmungsniederschriften aus dem Juni 1945 – fünf Monate vor Prozessbeginn – der Nachwelt überliefert. Die Originale umfassen 555 Fragen des amerikanischen Beamten und ebensoviele Antworten Hermann Görings. Ein Teil der Protokolle soll hier wiedergegeben werden. Sie sagen in ihrer nackten Sprache mehr als jede Schilderung.

Frage: «Was ist Ihr voller Name?»

Antwort: «Hermann Wilhelm Göring.»

«Was war Ihre Tätigkeit?»

«Offizier und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Luftfahrtminister, Ministerpräsident von Preussen, Präsident des Reichstags, Forstminister, Rang eines Reichsmarschalls.»

«Anscheinend waren Sie einer der erfolgreichsten Nazis, weil es Ihnen gelang, zu den Überlebenden zu zählen?»

«Ich weiss nicht, wie Sie die Sache ansehen – aber es sind noch eine ganze Anzahl Nazis übrig.»

«Sie sind der letzte grosse Nazi. Wie haben Sie es fertiggebracht, leben zu bleiben? Warum sind Sie nicht gestorben?»

«Es war ein Zufall. Ich wurde gefangengenommen und sollte erschossen werden. Durch einen Zufall wurde ich es nicht.»

«Was halten Sie von Schacht?»

«Er spricht nur von sich selbst.»

«Finden Sie nicht, dass Sie selbst immer nur von sich selbst reden? Können Sie uns sonst noch etwas über Schacht sagen?»

«Er war ein kluger Mann. Schon ehe die Partei zur Macht kam, hat er für sie gearbeitet.»

«Er muss klüger gewesen sein als Sie, denn er trat vor dem Krieg aus der Partei aus.»

«Manche Leute haben keinen Charakter.»

«Können wir Schacht vertrauen?»

«Das überlasse ich Ihnen.»

«Ist er ein Mann ohne Charakter?»

«Das will ich nicht direkt sagen, aber es ist bekannt, dass Schacht öfter seine Ansichten wechselte.»

«Sind Sie ein Mann mit Grundsätzen?»

«Ich habe immer zu meiner Überzeugung gestanden.»

«Was sind Ihre Hauptüberzeugungen?»

«Für mein Land zu arbeiten. Ich will auch Schacht nicht verurteilen, ich wurde nur um meine persönliche Ansicht gefragt.»

«Wurde 1938 ein Dekret von Ihnen unterzeichnet, das den Juden eine Busse von einer Milliarde Reichsmark auferlegte?»

«Das war von Hitler befohlen.»

«Schämen Sie sich deswegen?»

«Ich finde nicht, dass das Gesetz richtig war.»

«Dann schämen Sie sich also, dass Sie dieses Dokument unterzeichneten? Oder schämt sich ein deutscher Feldmarschall niemals?»

«Nach der Genfer Konvention brauche ich diese Frage nicht zu beantworten.»

«Sie sind nicht mehr Kriegsgefangener. Der Krieg mit Deutschland ist beendet. Deutschland hat sich bedingungslos den Vereinten Nationen ergeben. Wollen Sie die Frage beantworten?»

«Ich bedaure es. Sie müssen an die Zeit denken.»

«Wer hatte die Verwahrung Ihres Scheckbuches?»

«Meine Sekretärin und ich.»

«Wer übernahm die Kosten für Karin hall?»

«Luftfahrtministerium und Staatsministerium.»

«Wie wurden die Mittel für den Ankauf eines Bildes überwiesen?»

«Immer bar bezahlt.»

«Woher bekamen Sie das Bargeld?»

«Ich war der zweite Mann, hatte immer reichlich Geld. Ich selbst bestätigte die Order.»

«Bekamen Sie all Ihre ausländische Währung auf diese Art?»

«Ja. Ich war die letzte Instanz.»

«Gab es ein geregelttes Verfahren, und wurden Aufzeichnungen geführt?»

«Es war nur eine Frage, Erlaubnis zu bekommen – und in meinem Falle war das ausser Frage.»

«Könnten Sie sich einen armen Mann nennen?»

«Ich weiss nicht, was übrig ist. Ich habe keine Kontrolle über irgendetwas.»

«Sie haben nichts in einer Höhle versteckt?»

«Nein, nichts.»

«Führten Sie je ein Tagebuch?»

«Ich führte ein Tagebuch in Absätzen. Der Adjutant führte eins in den letzten Jahren. Sie verbrannten in Karinhall, wo all diese Dinge waren. Meine Leute oder die Russen haben es getan, denn ich hatte den Befehl gegeben, dass alles verbrannt werden müsse. Die Russen kamen zwischen Berlin und Karinhall. Wir mussten eiligst fliehen. Da ist auch eine Menge Zeug vergraben.»

«Sagen Sie uns, wo es ist, und wir werden es holen.»

«Mir wurde gesagt, wo es vergraben wurde, aber es ist schwer, es zu holen. Auch werden die Russen Sie nicht dort graben lassen. Es ist fast unmöglich von hier aus zu beschreiben, weil die Gegenstände zu weit ausgebreitet wurden, und eine Karte wäre hier sehr schwer zu zeichnen.»

«Existiert ein Lageplan?»

«Nein.»

«Wer ausser Ihnen weiss, wo die Sachen vergraben sind?»

«Die Soldaten, die bei mir waren und es nach meinen Befehlen ausführten. Ich weiss nicht, was aus den Soldaten geworden ist. Ich glaube, dass es unmöglich wäre, selbst wenn wir einen Soldaten hätten, denn die Russen würden uns nie etwas ausgraben lassen, ohne es zu nehmen. Ich hoffe, dass wir vielleicht später die Sachen holen können.»

«Haben Sie im April 1945 Geld abgehoben, um es an eine andere Bank zu schicken?»

«Ich gab den Befehl, eine halbe Million an eine süddeutsche Bank zu schicken. Wenn es geschehen wäre, hätte ich Nachricht bekommen, aber ich habe nichts darüber gehört.»

«Haben Sie ein Testament gemacht?»

«Ich tue es jetzt, aber es ist nicht nötig, da nach dem Gesetz alles an mein Kind fällt.»

«Hinterlassen Sie Ihrer Sekretärin etwas?»

«Die Liste ist angefertigt, und meine Frau soll alles übernehmen.»

«Wo ist die Liste?»

«Sie wurde mit der Bibliothek verpackt. Es war auf dem Zug. Ich hatte zwei Züge, in dem einen war mein Hauptquartier. Ein Zug stand geschützt in einem Tunnel an der Seite der Bahn. Als es losging, verschwanden die Wachen, und eine Menge Dinge wurde gestohlen. Schmuckkassetten waren geöffnet und die Steine herausgenommen, aber die Fassungen lagen zerstreut umher.»

«Haben Sie den Zug untersucht?»

«Ein amerikanischer Offizier erzählte es mir.»

«Wie hoch ist Ihr jährliches Einkommen?»

«20'000 Reichsmark monatlich als Reichsmarschall, 3'600 Mark monatlich als Befehlshaber der Luftwaffe. Steuern abgezogen. 1'600 Mark als Präsident des Reichstags. Dann hatte ich meine schriftstellerische Tätigkeit – für alle Bücher war ein Gewinn von fast einer Million Mark.»

«Kostete das Leben nicht mehr als das?»

«Eine Anzahl meiner Ausgaben wurde anderweitig bezahlt. Berlin und Karinhall wurden vom Staat erhalten.»

«Gaben Sie nicht eine grosse Summe aus für Bilder – mehr als Sie verdienen?»

«Ich hatte Gelder . . .»

«Haben Sie Brüder oder Schwestern?»

«Ja. Einen Halbbruder in Wiesbaden, der vierundsiebzig Jahre alt ist; Name: Major Wilhelm Göring. Professor Dr. Heinrich Göring, Augenarzt in Wiesbaden. Brüder und Schwestern, die lange verstorben sind. Ältester Bruder Karl starb im letzten Krieg. Schwester Olga und Paula – weiss nicht, wo sie sind – vielleicht bei den Russen. Albert – er ist in einem Lager, aber er war nie Parteimitglied.»

«Niemand wird Ihren Verwandten etwas tun, so arbeiten wir nicht.»

«Die Amerikaner werden ihnen nichts tun, aber die Russen.»

«Wie lange, glauben Sie, würden Sie leben, wenn Sie den Russen ausgeliefert würden?»

«Nicht sehr lange.»

Das soll genügen. Für die Gefangenen in Bad Mondorf genügt es nicht. Die Untersuchungskommissionen der Alliierten lassen sich Zeit. Jeden Tag stellen sie neue Fragen, und jedesmal kommen sie auch wieder auf die alten zurück. Manchmal sagt einer der Vernommenen wütend:

«Das habe ich Ihnen schon zehnmal gesagt!»

Aber das lässt die Offiziere kalt. Sie fragen weiter. Wochenlang, monatelang.

Die Akten stapeln sich. Zu den Vernehmungsprotokollen kommen viele hundert Tonnen amtlicher Schriftstücke, die von besonderen Fahndungsabteilungen überall in Deutschland gefunden werden. Die Aktenjäger der Alliierten fördern aus Bergwerken, Panzerschränken, Ausweichlagern und ganz gewöhnlichen Registraturen und Archiven Lastwagenkolonnen voll sauber geschriebenen und geordneten Dokumentenmaterials ans Tageslicht.

Geheim!

Geheime Kommandosache!

Nur durch Offizier!

Geheime Reichssache!

Diese Papiere bilden den Rohstoff für die Anklageschrift und die Beweisführung in Nürnberg. Der Dokumentenberg ist so gewaltig, dass später der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson vor dem Tribunal ausrufen kann:

«Die Anklageschrift enthält nicht einen Punkt, der nicht durch Bücher und Aufzeichnungen belegt werden kann. Die Deutschen waren von jeher peinlich genau in ihren Aufzeichnungen, und die Angeklagten teilten durchaus die teutonische Leidenschaft für Gründlichkeit, Dinge zu Papier zu bringen.»

Vorläufig aber ist Jackson noch nicht Ankläger. Vorläufig gibt es noch keinen Gerichtshof, und die Alliierten streiten darüber, was mit den Gefangenen geschehen soll.

» BIS IN DIE ENTFERNTESTEN SCHLUPFWINKEL DER ERDE ...

In Deutschland erfährt niemand etwas von dem Streit, der Moskau, London und Washington gleichermaßen beschäftigt. Die Meinungsverschiedenheiten sind so tiefgreifend, dass sich am Ende auch Amerikaner, Engländer und Franzosen in den Haaren liegen. Fast alle Beteiligten wollen einen grossen internationalen Prozess vermeiden. Die Vereinigten Staaten bilden die einzige Ausnahme. In London, Paris und Moskau dagegen ist niemandem recht wohl bei dem Gedanken, deutsche Politiker, Militärs und Wirtschaftsleute anzuklagen und ihnen das Recht freier Verteidigung vor einem Gericht einzuräumen.

Hier sind die Stationen, auf denen sich der Prozess fast gegen den Willen seiner Urheber entwickelte:

1. In der zweiten Hälfte des Jahres 1940, bald nach dem Ende des deutschen Westfeldzuges, schliessen sich die Exilregierungen von Polen, Frankreich und der Tschechoslowakei mit Grossbritannien zu



Hitler begrüsst sein erstes Kabinett nach der Machtergreifung: (von links) Wilhelm Frick (Innenminister), Franz Seldte (Arbeit), Eltz von Rübenach (Verkehr), Walter Darré (Landwirtschaft), Josef Goebbels (Propaganda), Dr. Otto Meissner (Leiter des Büros des Reichspräsidenten), Werner von Blomberg (Reichskriegsminister), Kurt Schmitt (der spätere Wirtschaftsminister), Johann Lutz Graf Schwerin von Krosigk (Finanzen) und Konstantin Freiherr von Neurath (Aussen).



Der Anfang der ‚Endlösung‘. Juden müssen den Davidstern tragen.



Synagogen werden in der ›Kristallnacht‹ des 9. November 1933 angezündet.

einem gemeinsamen «Protest gegen die Nazi-Verbrechen in Polen und in der Tschechoslowakei» zusammen.

2. Im Oktober 1941 verdammt Franklin D. Roosevelt in einer Erklärung «die Hinrichtung ganzer Reihen unschuldiger Geiseln» in den von Hitler besetzten Gebieten. Winston Churchill schliesst sich diesem Schritt des amerikanischen Präsidenten an.

3. Im November 1941 und am 6. Januar 1942 überreicht der sowjetische Aussenkommissar Wjatscheslaw M. Molotow den verbündeten Westmächten Noten, in denen zum erstenmal von «systematischen und bewussten verbrecherischen Verletzungen des Völkerrechts durch Brutalitäten und Gewalttaten gegen russische Kriegsgefangene, durch Plünderungen und Zerstörungen sowie durch Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung» die Rede ist.

4. Am 13. Januar 1941 tritt im Londoner St.-James-Palast die III. Interalliierte Konferenz zusammen, der Belgien, Frankreich, Griechenland, Holland, Jugoslawien, Luxemburg, Norwegen, Polen und die Tschechoslowakei angehören. Sie fällt eine weittragende Entscheidung. Unter Berufung auf die Haager Konvention, die «den Kriegführenden in den besetzten Ländern Gewaltakte gegen Zivilisten, die Verächtlichmachung der bestehenden Landesgesetze und den Umsturz der nationalen Einrichtungen» verbietet, verkünden die neun Regierungen: «Zu den Hauptkriegszielen der Alliierten gehört die Bestrafung der für diese Verbrechen Verantwortlichen, gleichgültig, ob die Betreffenden diese Taten anordneten, sie selbst begingen oder irgendwie daran teilnahmen. Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, a) dass die Schuldigen und Verantwortlichen, welcher Nationalität sie auch immer sein mögen, ausfindig gemacht, der Rechtsprechung ausgehändigt und abgeurteilt werden; b) dass die verkündeten Urteile vollstreckt werden.»

5. Am 7. Oktober 1942 wird in London unter Beteiligung von sieben Nationen die *Interalliierte Kommission für Kriegsverbrechen* gegründet, die sich die Aufgabe stellt, Beweise und Zeugenaussagen zu sammeln und Listen von Kriegsverbrechern der Achsenmächte anzulegen. Die Kommission nimmt später den Namen *United Nations War Crimes Commission (UNWCC)* an. Roosevelt und Lordkanzler Simon hatten am 7. Oktober 1942 die Bereitschaft ihrer Regierungen bekanntgegeben, in dieser Kommission mitzuwirken. Folgende Nationen treten ihr bei: Australien, Belgien, China, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Holland, Indien, Jugoslawien, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Norwegen, Polen, die Südafrikanische Union, die Tschechoslowakei und die Vereinigten Staaten. Die Bestrafung der Kriegsverbrecher wird von den Alliierten mehrfach im Rundfunk angedroht. Die erste dieser Ankündigungen vom 18. Dezember 1942 betrifft «die von den Hitlerbehörden

zur Zeit durchgeführte Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas»; die zweite vom 5. Januar 1943 «Akte der Enteignung in den Gebieten unter feindlicher Besetzung oder Herrschaft».

6. Die Akten, die sich bald bei der Kommission stapeln, geben ein erschreckendes Bild über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Osteuropas. Unter dem Druck dieses Materials entschliessen sich die Alliierten zu einer letzten gemeinsamen Verlautbarung, in der es heisst: «Die Judenausrottungen werden gesühnt werden.»

Das waren die ersten Schritte.

In Deutschland erfährt niemand etwas von diesen Dingen – mit Ausnahme jenes kleinen Kreises um Hitler und Goebbels, dem Auslandsnachrichten zugänglich sind. Dort wird das Geheimnis streng gehütet. Das Volk darf nichts von der Schuld wissen, die von der Führung auf seine Schultern geladen wird. Das Volk arbeitet und kämpft – gutgläubig und ahnungslos, bis sich die Verantwortlichen aus dem Staube machen.

Auf dem Abhören ausländischer Sender stand damals in Deutschland Todesstrafe. Die Führung wusste warum. Niemand soll hören, dass sich das Gericht bereits konstituiert:

«Mögen sich jene, deren Hände bisher noch nicht mit dem Blut Unschuldiger befleckt sind, davor hüten, sich den Reihen der Schuldigen anzuschliessen, denn die drei alliierten Mächte werden sie mit aller Gewissheit bis in die entferntesten Schluflwinkel der Erde verfolgen und ihren Anklägern ausliefern, damit die Gerechtigkeit ihren Lauf nehme.»

So steht es in der entscheidenden Moskauer Erklärung vom 1. November 1943, redigiert von dem amerikanischen Unterstaatssekretär Cordell Hull, dem britischen Aussenminister Anthony Eden und Sowjetminister Molotow. Die offiziellen Unterschriften auf dem Dokument lauten dagegen einfach: Roosevelt, Churchill, Stalin*.

Die wichtigsten beiden Punkte der Moskauer Erklärung besagen:

1. Kriegsverbrecher, die ihre Taten an einem bestimmten Ort verübt haben, werden an das betreffende Land ausgeliefert und nach den dort geltenden Gesetzen abgeurteilt.

2. Kriegsverbrecher, deren Taten geographisch nicht lokalisiert werden können, weil sie mehrere Länder betreffen, werden nach einem gemeinsamen Beschluss der Alliierten bestraft.

Diese zweite Bestimmung ist der Grund für den Streit, der sofort nach Kriegsende unter den Siegermächten ausbricht: Wie soll der «gemeinsame Beschluss» aussehen?

* Der volle Wortlaut ist im dokumentarischen Anhang dieses Buches wiedergegeben.

3 JOSEF STALINS TRINKSPRUCH - WINSTON CHURCHILL ERHEBT EINSPRUCH

«Gemeinsamer Beschluss über die Bestrafung» bedeutet nicht, dass ein Prozess gemacht werden muss.

Wie sich Stalin die Bestrafung vorstellt, ist den Westmächten seit der Konferenz von Teheran bekannt.

Diese Konferenz findet Ende November 1943 statt. Es ist das erstmal, dass Roosevelt, Churchill und Stalin zusammen an einem Tisch sitzen. In Europa sind die Würfel gefallen: das Ende der 6. Armee in Stalingrad hat dem Krieg eine neue Wendung gegeben. Die Niederlage Deutschlands zeichnet sich am blutigen Horizont der Geschichte ab.

Elliott Roosevelt, ein Sohn des amerikanischen Präsidenten, hat seinen Vater nach Teheran begleitet und dort an allen wichtigen Veranstaltungen der Grossen Drei teilgenommen. Ihm ist eine genaue Schilderung der Ereignisse zu verdanken.

Die Gegensätze brechen bei einem gemeinsamen Abendessen auf. Stalin ist Gastgeber. Zu den Speisen werden Weisswein, russischer Champagner und Wodka aufgetragen. Für Churchill wird eine Ausnahme gemacht: er bekommt auf eigenen Wunsch nur Brandy vorgesetzt.

Was ein russisches Gastmahl ist, hat Elliott Roosevelt eindringlich geschildert: Jeder Satz der Unterhaltung wird in die Form eines Trinkspruchs gekleidet.

«Ich möchte einen Toast auf das prächtige Wetter ausbringen, dessen wir uns erfreuen!»

Alle erheben sich von ihren Plätzen und nehmen einen Schluck aus den Gläsern.

«Ich möchte einen Toast ausbringen auf die künftigen Lieferungen von Kriegsmaterial!»

Alle stehen auf und trinken sich zu.

Stundenlang.

Gegen Ende der Mahlzeit erhebt sich Stalin. Auch er hat schon einige Dutzend Trinksprüche gesagt. Doch nun bringt er eine ganz neue Note in die feuchte Plauderei.

«Ich trinke», sagt er dunkel, «auf die möglichst rasche Justiz für alle deutschen Kriegsverbrecher. Ich trinke auf die Justiz einer Erschiesungsabteilung!»

Im Speisesaal tritt beklommenes Schweigen ein.

Stalin fährt unbeirrt fort:

«Ich trinke auf unsere Entschlossenheit, sie sofort nach der Gefangennahme zu erledigen, und zwar alle, und es müssen ihrer mindestens fünfzigtausend sein.»

Alle Anwesenden sind erstarrt.

Ein polterndes Geräusch fällt in die Stille.

Churchill ist blitzschnell von seinem Stuhl aufgesprungen – «blitzschnell», sagt Elliott Roosevelt ausdrücklich –, und das will für den behäbigen Briten viel heissen.

«Ein solches Vorgehen», ruft der Premier mit rotem Kopf und brandyschwerer Zunge, «steht in schroffem Gegensatz zu der britischen Auffassung vom Recht!»

Noch nie ist Churchill in solcher Erregung gesehen worden. Er achtet nicht darauf, dass sein Ausbruch wie ein Gewitter über die Tafelrunde dahinfährt.

«Das britische Volk», spricht er grollend weiter, «wird nie und nimmer einen solchen Massenmord billigen.»

«Ich beobachtete Stalin», schreibt Elliott Roosevelt. «Er schien sich köstlich zu amüsieren, wenn auch sein Gesicht ernst blieb. Er zwinkerte jedoch verdächtig mit den Augen, als er die Herausforderung des Premierministers annahm und dessen Argumente in verbindlichem Ton zerpfückte, anscheinend ohne die schlechte Laune Churchills zu gewahren.»

«Stalin meinte», berichtet Churchill selbst in seinen Memoiren, «der deutsche Generalstab müsse liquidiert werden. Die ganze Schlagkraft der mächtigen Armeen Hitlers hänge von etlichen fünfzigtausend Offizieren und Sachverständigen ab. Wenn man sie bei Kriegsende festnehme und erschiesse, sei Deutschlands militärische Kraft für immer gebrochen.»

«Das britische Parlament und die britische Öffentlichkeit», entgegnet Churchill dem Diktator, «werden Massenexekutionen niemals gutheissen. Selbst wenn sie es unter dem Einfluss der Kriegsleidenschaft zuliessen, dass damit begonnen würde, würden sie sich nach der ersten Schlächtereier mit grösster Heftigkeit gegen die dafür Verantwortlichen wenden. Die Sowjets dürfen sich in diesem Punkt keiner Täuschung hingeben.»

«Fünfzigtausend müssen erschossen werden!» beharrt Stalin und erhebt abermals sein Glas.

«Ich benütze die Gelegenheit», sagt Churchill eisig, «um zu erklären, dass nach meiner Auffassung niemand, ob Nazi oder nicht, in einem summarischen Verfahren von einer Erschiessungsabteilung erledigt werden soll, also ohne ein gesetzliches Verfahren und ohne Berücksichtigung der vorliegenden Tatsachen und Beweise.»

Mit bebender Stimme setzt er hinzu: «Lieber lasse ich mich hier an Ort und Stelle in den Garten hinausführen und erschiessen, als meine und meines Volkes Ehre durch eine solche Niedertracht zu beschmutzen.»

Franklin Delano Roosevelt, der dritte in dieser Konferenz der Gros-

sen Drei, verfolgt die Auseinandersetzung mit gespannter Miene. Als sich Stalin an ihn wendet, um seine Meinung zu hören, gibt er scherzhaft zur Antwort:

«Es ist klar, dass ein Kompromiss zwischen Ihrer Auffassung, Herr Stalin, und derjenigen des Premierministers gefunden werden muss. Wir könnten vielleicht sagen, dass wir uns nicht auf fünfzigtausend, sondern auf eine kleinere Zahl, sagen wir rund 49'500, von Kriegsverbrechern einigen, die summarisch hingerichtet werden sollen.»

Die Amerikaner und Russen lachen. Die Briten halten sich zurück, um bei ihrem Chef nicht unangenehm aufzufallen. Aussenminister Eden macht Churchill mit der Hand ein beschwichtigendes Zeichen, um ihm zu bedeuten, dass es sich um einen Scherz gehandelt habe.

Aber der Premierminister kann sich nicht mehr beruhigen. Er verlässt die Tafel und begibt sich allein in ein nur wenig beleuchtetes Nebenzimmer. Dort schaut er mit trotzig gesenktem Kopf zum Fenster in den dunklen Garten hinaus.

«Ich befand mich noch keine Minute dort», berichtet er in seinen Memoiren, «als mir jemand von hinten die Hände auf die Schultern legte. Es war Stalin, und neben ihm stand Molotow. Beide lachten herzlich und erklärten eifrig, sie hätten nur gescherzt.»

War es wirklich nur ein Scherz? Churchill fährt fort:

«Obwohl ich weder damals völlig überzeugt war noch es heute bin, dass keine ernsthafte Absicht dahintersteckte, ging ich ins andere Zimmer zurück.»

Die Fronten sind nun jedenfalls klar. Seit dem verhängnisvollen Trinkspruch von Teheran gibt es zwei Auffassungen: die Kriegsverbrecher einfach zu erschiessen oder sie vor ein Gericht zu stellen. Wie wird der «gemeinsame Beschluss» der verbündeten Ost-West-Mächte unter diesen Umständen ausfallen?

Die Alliierten wissen, dass hier ein übles Kuckucksei in ihrem Nest liegt. Noch einmal, über ein Jahr nach Teheran, wird das heikle Thema zwischen Churchill und Stalin aufgerollt. Schauplatz ist diesmal die Krim, die Konferenz von Jalta. Am sechsten Tag der Zusammenkunft, am 9. Februar 1945, steht der dunkle Punkt auf der Tagesordnung. Er lautet: *Bestrafung der Kriegsverbrecher*.

Churchill erinnert zunächst an die Moskauer Erklärung und den «gemeinsamen Beschluss», der noch gefasst werden soll.

Es ist ein unangenehmes Thema.

Stalins Miene verdüstert sich. Aber Churchill lächelt ihm über den Tisch verbindlich zu und lässt ihm durch den Übersetzer sagen: «Dieses Ei habe ich persönlich gelegt.»

Stalin bläst den Rauch seiner Zigarette durch die Nase und zwingt sich zu einem höflichen Gesicht.

«Sie müssen wissen», erläutert Churchill, «dass ich selber den Ent-

wurf für diese Bestimmung unserer Moskauer Erklärung ausgearbeitet habe.»

Dann macht der britische Premierminister eine erstaunliche Konzession an die Gedankengänge Stalins. Wohl in Erinnerung an Teheran erwähnt er nebenbei:

«Ich war ursprünglich einmal dafür, eine Liste von Hauptkriegsverbrechern aufzustellen, die namhaft gemachten Leute nach ihrer Ergreifung zu identifizieren und sie dann einfach erschiessen zu lassen.»

Stalin zieht die buschigen Brauen hoch. Aber noch ehe er etwas bemerken kann, fährt Churchill fort: «Ich bin jedoch inzwischen, wie Sie wissen, der Meinung, dass man einen Prozess machen sollte.»

Einen Prozess! Das ist es, was noch unausgebrütet in Churchills Kuckucksei schlummert, in jenem «gemeinsamen Beschluss», über den sich die Alliierten nicht einigen können.

Die zusammengekniffenen Augen Stalins lassen nichts von seinen Gedanken erraten. Er weiss sicher, dass hier über Theorien gesprochen wird, während er selbst in den zurückeroberten Gebieten längst mit der Praxis begonnen hat: Schon am 15. Dezember 1943 fand in Charkow der erste «Kriegsverbrecherprozess» gegen drei deutsche Offiziere statt. Man stellte die Angeklagten nach einem Schauverhör an die Wand.

Wozu ein langer Prozess?

Könnten in einem Gerichtsverfahren unter den Augen der Weltöffentlichkeit nicht auch Dinge ans Licht kommen, die für die Ankläger unangenehm wären?

Und wer soll angeklagt werden? Verbrecher im landläufigen Sinn, also Mörder etwa, echte Kriminelle – oder auch eine neue Kategorie, wie zum Beispiel Finanzleute, militärische Befehlshaber, Industrielle, Regierungsbeamte?

Was will man ihnen zur Last legen? Die Amerikaner denken an die völkerrechtlich neuartigen Tatbestände einer «Verschwörung» und eines «Angriffskrieges».

Aber alles ist noch ungeklärt.

Josef Stalin wendet sich mit diplomatischem Lächeln an Churchill. Durch den Übersetzer lässt er ihn fragen:

«Sie denken auch an Rudolf Hess, der sich in Ihren Händen befindet – was macht er?»

«Herr Hess wird in Grossbritannien als gewöhnlicher Kriegsgefangener behandelt», weicht der Premier aus.

«Ja, ja», sagt Stalin scheinbar zerstreut. «Ich würde nun jedoch vorschlagen, das Thema unseren Aussenministern für deren spätere Beratungen zu überlassen. Wenn wir uns jetzt der alliierten Offensive im Westen zuwenden wollen . . .»

Ein paar Aktendeckel werden zugeklappt, andere Aktendeckel an ihre Stelle geschoben. ...

Die Angelegenheit ist abserviert.

Sie soll den Alliierten trotzdem noch viel Kopfzerbrechen bereiten. Ein paar Wochen später nämlich werden die Rollen vertauscht. Churchills Prozess-Idee wird unpopulär.

4 NAPOLEON UND ROBERT H. JACKSON

In Grossbritannien und in Frankreich wächst das Unbehagen. Was soll in diesem Prozess alles zur Sprache kommen? Da ist zum Beispiel die Tatsache, dass das Ausland jahrelang die Hitler-Regierung anerkannt und mit ihr in offiziellen Beziehungen gestanden hat – und nun soll man sich plötzlich von einem Gericht bescheinigen lassen, dass man mit einer ausgesprochenen Verbrecherbande paktierte?

Das Foreign Office in London sträubt sich als erstes gegen einen Prozess. Die Franzosen lassen wissen, dass sie gar kein Interesse an einem Verfahren haben. Die Sowjets halten nach wie vor an ihrem Erschiessungsplan fest.

Im Amt Anthony Edens taucht als Ausweg aus der internationalen Klemme plötzliche eine glänzende Idee auf: der «Napoleon-Plan».

Er besagt: Die Hauptkriegsverbrecher sollen nicht erschossen werden, sie sollen auch nicht vor ein Gericht kommen, sondern – wie einst Kaiser Napoleon – durch einen politischen Verwaltungsakt auf eine Insel verbannt werden!

Der Napoleon-Plan geistert wochenlang durch die Regierungskanzleien von London und Paris. Er wird eifrig diskutiert und als sehr brauchbar angesehen. Da schaltet sich Washington ein. Es gibt seinen Verbündeten zu verstehen, dass man in Amerika an einem Gerichtsverfahren festhält: «Wir wollen einen Prozess!»

«Wir wollen keinen Prozess!» sträuben sich England und Frankreich. Zu diesem misstönenden Konzert steuert auch Stalin einen Paukenschlag bei. Am 19. Mai 1945 lässt er den Westmächten durch den Kommentator Jermaschew von Radio Moskau zurufen:

«Man soll sie endlich an die Wand stellen und erschiessen!»

Es scheint keine Lösung zu geben. Bis ein Mann die verworrenen Fäden in seine geschickten Hände nimmt, lächelnd, geduldig und energisch. Er kommt mit einem Sonderauftrag Präsident Trumans nach Europa, reist kreuz und quer durch das zerbombte, hungernde Deutschland, hält geheimnisvolle Besprechungen in London und Paris ab – und ist schnell die stärkste Figur im nun anhebenden Spiel.

Sein Name wird bald weltbekannt: Robert Houghwout Jackson,

Richter am Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten, morgen Hauptankläger in Nürnberg.

Wie wird er den Wirrwarr lösen?

In Washington prüft Richter Samuel Rosenman im Auftrag des Weissen Hauses die juristischen Voraussetzungen für einen Prozess. Ihm zur Seite stehen Staatssekretär Henry S. Stimson, Armee-Generalanwalt Murray Bernays, Justizminister Francis Biddle und dessen Assistent Herbert Wechsler.

Ein Punkt bedrückt alle: Welchen Eindruck wird es hervorrufen, wenn Sieger über Besiegte zu Gericht sitzen? Man denkt an zwei Auswege:

1. Das Gericht aus Angehörigen neutraler Länder zusammensetzen. Telford Taylor, einer der späteren amerikanischen Ankläger in Nürnberg, sagt dazu: «Diese Vorschläge wurden jedoch allgemein, und zwar mit Recht, als unrealistisch fallengelassen, wenn auch nur aus dem Grunde, weil die Zahl der wirklich neutralen Länder so gering war, dass diese Lösung sich als völlig undurchführbar erwiesen hätte.»¹

2. Die Aburteilung der Kriegsverbrecher einem deutschen Gerichtshof zu überlassen. Hier erinnert man sich aber an den misslungenen Versuch, der nach dem Ersten Weltkrieg vor dem Reichsgericht in Leipzig gemacht wurde.

Zu beiden Punkten hat Jackson in Nürnberg erklärt:

«Leider bedingt die Art der hier verhandelten Verbrechen, dass in Anklage und Urteil siegreiche Nationen über geschlagene Feinde zu Gericht sitzen. Die von diesen Männern verübten Angriffe, die die ganze Welt umfassten, haben nur wenige wirklich Neutrale hinterlassen. Entweder müssen also die Sieger die Geschlagenen richten, oder sie müssen es den Besiegten überlassen, selbst Recht zu sprechen. Nach dem Ersten Weltkrieg haben wir erlebt, wie müssig das letztere Verfahren ist.»

Damals hatten die Siegermächte im Versailler Vertrag «die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher» verlangt, damit sie im Ausland vor internationale Militärgerichte gestellt werden könnten. Die Liste umfasste viele tausend Namen, an ihrer Spitze Kaiser Wilhelm II. Unter dem Buchstaben G – wenn man dies als eine Ironie der Geschichte vermerken will – befand sich auch der Name des Kriegsfliegers Hermann Göring.

Holland verweigerte 1920 die Auslieferung des Kaisers. Die deutsche Regierung erklärte, sie würde gestürzt und eine Revolution heraufbeschworen, falls sie ernstlich alle genannten Personen verhaften wollte. Als Ausweg wurde vorgeschlagen, einige von den Alliierten ausgewählte Fälle vor das Reichsgericht zu bringen. Tatsächlich wurden in Leipzig vom Mai bis zum Juli 1921 zwölf Kriegs-

verbrecherprozesse geführt. Unter allgemeiner Empörung im Ausland kam es in sechs Fällen zu Freisprüchen, in den anderen wurden geringe Freiheitsstrafen verhängt.

Dann verlief die Sache im Sand.

Im Jahre 1945 denken die Alliierten nicht daran, es auf die Wiederholung eines solchen Verfahrens ankommen zu lassen.

Während der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen in San Franzisko unterbreiten die USA ihren Verbündeten zum erstenmal einen genauen Entwurf darüber, wie sie sich einen internationalen Prozess denken.

Robert H. Jackson bringt zwei Monate später das Kunststück fertig, Vertreter Amerikas, Grossbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion an einem Tisch zu versammeln: Am 26. Juni 1945 setzten sich Delegierte der vier Siegermächte in London zusammen, um endlich einen gemeinsamen Beschluss zu fassen. Es sind:

Für die Vereinigten Staaten: Obergericht Robert H. Jackson, Beauftragter Präsident Trumans, und zehn Assistenten.

Für Grossbritannien: Generalstaatsanwalt Sir David Maxwell Fyfe, Lordkanzler Jowitt und elf Assistenten.

Für Frankreich: Appellationsgerichtsrat Robert Falco, der Völkerrechtler Professor André Gros und zwei Assistenten.

Für die Sowjetunion: General Iola T. Nikitschenko, Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes in Moskau, und zwei Assistenten.

Die Verhandlungen finden hinter streng verschlossenen Türen statt. Ein Teil der Besprechungen wird von Jacksons Sekretärin mitstenografiert, der andere spielt sich ohne schriftliche Aufzeichnungen in der Form zwangloser Unterhaltungen ab.

Die Meinungen gehen so stark auseinander, prallen so hart zusammen, dass es manchmal aussieht, als würde die Konferenz ergebnislos scheitern. Telford Taylor gesteht, dass die Verhandlungen «durch ernste Meinungsverschiedenheiten in die Länge gezogen» wurden. Auch die Konferenz der Grossen Drei in Potsdam, die nochmals auf eine rasche Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher dringt, kann daran nichts ändern.

Erst vier Jahre später hat Jackson das geheime Stenogramm der vorbereitenden Londoner Sitzungen veröffentlicht. Es zeigt die «ernsten Meinungsverschiedenheiten», von denen damals niemand etwas erfuhr:

1. Wie soll sich das Gericht verhalten, wenn die deutsche Verteidigung vorbringt, dass auch andere Länder Angriffskriege geführt und Kriegsverbrechen begangen haben?
2. Wie können Männer, die keine kriminellen Straftaten begangen haben, dennoch angeklagt und verurteilt werden?

3. Könnten die Politiker der Länder, die nun zu Gericht sitzen sollen, nicht in irgendeiner Zukunft selbst einmal nach dem gleichen Recht zur Verantwortung gezogen werden?

4. Wie steht es mit den Luftangriffen auf Wohnviertel und die wehrlose Zivilbevölkerung?

Jackson versteht es, die Wogen zu glätten. Er versteht es vor allem, die Befürchtungen seiner Verhandlungspartner aus dem Weg zu räumen.

London wimmelt von Emigranten aus Estland, Lettland, Litauen, Polen. Aus diesen Kreisen hauptsächlich werden Stimmen laut, die der Sowjetunion das Richteramt absprechen: Sind die Sowjets 1939 nicht zusammen mit Hitler in Polen einmarschiert, haben sie nicht selbst Angriffskriege gegen Finnland und ihre baltischen Nachbarländer geführt, haben sie nicht ebenfalls Kriegsverbrechen begangen?

An diese Fragen rührt der britische Delegierte Sir David Maxwell Fyfe:

«Wir besitzen Informationen», sagt er in London, «dass die Deutschen die Besetzung Norwegens als einen Selbstverteidigungsakt hinstellen wollen. Ich glaube, dass wir dann sehr erhebliche Schwierigkeiten bekommen. Das ist ein Punkt, über den ich sehr beunruhigt bin.»

Hier schaltet sich General Nikitschenko in das Gespräch ein. Auch ihm brennt dieses Problem auf den Nägeln:

«Würde diese Frage überhaupt vor das Tribunal kommen? Wenn die Deutschen Norwegen angegriffen haben, muss das Tribunal dieses als gegeben hinnehmen.»

Sir David: «Ich glaube nicht, dass die Verteidigung dies ohne weiteres hinnehmen wird. Wenn Ribbentrop angeklagt wird, eine Angriffspolitik gegen andere Nationen getrieben zu haben – darunter wahrscheinlich Norwegen –, dann wird es sehr schwierig werden, wenn er behauptet, es sei keine Angriffspolitik gewesen. Kann man diese Dinge nicht von einem Tribunal fernhalten?»

Nikitschenko: «Natürlich kann eine solche Frage auftauchen. Es mag noch andere Geschehnisse in diesem Krieg gegeben haben, die in Selbstverteidigung vorgenommen worden sind.»

Man einigt sich. Vor dem Gericht sollen nur Taten zur Sprache kommen, die von den Angeklagten begangen wurden. In dem später beschlossenen Statut wird dem Tribunal vorgeschrieben, sich nicht mit anderen Fällen zu befassen.

«Gottlob», erklärt Jackson in seinen Erinnerungen an die Londoner Konferenz, «haben die Gespräche zwischen Hitler und seinem Generalstab keinen Zweifel an dem Angriffscharakter seiner Pläne aufkommen lassen, so dass sich das Fehlen einer genauen Begriffs-

bestimmung in Nürnberg nicht allzu störend bemerkbar machen konnte.»

Die Delegierten am Londoner Verhandlungstisch müssen tief in die juristischen Probleme ihres Vorhabens einsteigen. Wie zum Beispiel wird man die völkerrechtlichen Schwierigkeiten überwinden können? Sir David spricht es ganz klar aus:

«Was wir bei diesem Verfahren abschaffen wollen, ist die Diskussion darüber, ob die Handlungen Verletzungen des Völkerrechts sind oder nicht. Wir erklären einfach, was das Völkerrecht ist, so dass es keine Diskussion geben wird, ob es Völkerrecht ist oder nicht.»

Man einigt sich. Vor dem Gericht sollen nur solche Völkerrechtsverletzungen zur Sprache kommen, die im Statut des Tribunals ausdrücklich gekennzeichnet sind.

Wie aber kann man die Angeklagten persönlich für alle diese Dinge zur Verantwortung ziehen? Sir David wendet sich an den französischen Völkerrechtler:

«Meinen Sie nicht, dass die Leute, die tatsächlich persönlich für den Beginn eines Krieges verantwortlich sind, ein Verbrechen begangen haben?»

Professor Gros: «Wir denken, dass es moralisch und politisch wünschenswert wäre, aber dass es nicht Völkerrecht ist.»

Jackson: «Dies scheint mir das Gericht in eine Lage zu bringen, in der es völlig zu Recht sagen könnte, dass keine persönliche Verantwortung entstand. Ich gebe zu, dass zu unserer Unterstützung das Völkerrecht unbestimmt und schwach ist. Wir müssen einfach erklären, dass sie persönlich verantwortlich sind.»

Und wie können Angeklagte zur Rechenschaft gezogen werden, wie etwa Hjalmar Schacht, die in keinerlei Zusammenhang mit Völkerrechtsbrüchen oder kriminellen Verbrechen stehen? Hier wird von Jackson der amerikanische Rechtsbegriff der Verschwörung zur Hilfe genommen:

«Die Schwierigkeit besteht darin», sagt er, «dass Schacht entweder ein grosser Kriegsverbrecher ist oder nichts. Nichts ausser dem Menschenverstand oder unsere Verschwörungstheorie wird diesen Typ von Verbrechern erreichen.»

Man einigt sich. Dem Gericht wird im Statut vorgeschrieben, die persönliche Verantwortung gelten zu lassen. Die Anklageschrift wird als ersten Punkt die These einer Verschwörung aufstellen. Immerhin ist es General Nikitschenko unbehaglich zumute. Was soll sich daraus später einmal entwickeln?

«Nach meiner Meinung», stellt er deshalb ausdrücklich fest, «sollten wir uns darauf beschränken, die Grundlagen für einen Prozess gegen solche Verbrecher zu schaffen, die internationale Verbrechen

schon begangen haben – und nicht für irgendwelche Verbrechen, die sie in der Zukunft begehen werden . . .»

Er sträubt sich dagegen, dass überhaupt näher festgelegt wird, was ein Verbrechen ist.

In diesem Punkt aber bleibt Jackson unnachgiebig. Er ist bereit, die ganze Konferenz platzen zu lassen, falls die Russen auf ihrer Haltung beharren sollten.

«Verbrechen sind Verbrechen, ganz gleich, wer sie begangen hat», sagt er.

Man einigt sich. Man einigt sich über diese kritischen Punkte ebenso wie über alle nebensächlichen. Bis zuletzt zum Beispiel wird darüber diskutiert, wo das Gericht zusammentreten soll. Die Sowjets schlagen London oder Berlin vor. Die Briten möchten den Prozess in München abhalten. Schliesslich fliegt Jackson nach Frankfurt zu General Lucius D. Clay, dem stellvertretenden Militärgouverneur der amerikanischen Zone. Er will ihn nach einem geeigneten Ort mit geeigneten Räumlichkeiten fragen.

Am Samstag, dem 7. Juli 1945, trifft er in Frankfurt ein. Clay schlägt Nürnberg und den fast unversehrten Justizpalast vor.

Damit wird zum erstenmal die Stadt genannt, deren Name dann für immer mit dem grossen Prozess verknüpft bleibt. Nürnberg, die Stadt der Reichsparteitage, die Stätte der grössten Triumphe Hitlers und seiner Gefolgsleute. Nürnberg, die Stadt des Gerichts! Jackson fliegt nach London zurück. Nach langem Zögern erklären sich auch die Sowjets mit Nürnberg einverstanden – unter der Bedingung, dass der ständige Sitz des Gerichts Berlin ist und nur der erste Prozess in Nürnberg stattfinden soll. Man rechnet nämlich zu diesem Zeitpunkt noch mit mehreren internationalen Gerichtsverfahren.

Die Sowjets denken sogar an etwa 200'000 Prozesse. Jackson hat alle Mühe, sie von dieser gigantischen Idee abzubringen. Er schlägt als Ausweg vor, verschiedene Personengruppen gemeinsam anzuklagen, wie etwa SA und SS, um sich Verfahren gegen alle einzelnen Mitglieder zu ersparen.

Man einigt sich.

Ein Punkt allerdings wird überhaupt nicht in die offiziellen Verhandlungen aufgenommen: die Luftangriffe. Alle Beteiligten scheuen davor zurück, dieses heisse Eisen anzufassen.

Schon nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Alliierten geplant, deutsche Flieger vor internationale Gerichte zu stellen. Die Briten vor allem dachten noch an die Zeppeline, die über London erschienen waren und Bomben abgeworfen hatten.

Man liess 1918 diesen Gedanken rasch wieder fallen, und auch das Stenogramm der Londoner Verhandlungen von 1945 berichtet nichts über die Frage der Luftangriffe. Aber Jackson hat viele Jahre

später verraten, dass dieses Problem trotzdem besprochen wurde: Die Delegierten einigten sich stillschweigend, die heikle Angelegenheit zu übergehen, weil es schwierig gewesen wäre, zwischen wahllosen Bombardierungen und militärischen Notwendigkeiten zu unterscheiden.

«Dieses Thema», gesteht Jackson, «wäre einer Aufforderung zur Erhebung von Gegenbeschuldigungen gleichgekommen, die in dem Prozess nicht nützlich gewesen wären.»

Man einigt sich. Am 8. August 1945 unterschreiben die vier Mächte in London das Abkommen über das Internationale Militär-Tribunal und das Statut des Gerichts. Es regelt Rechte und Pflichten aller Beteiligten, ordnet das Verfahren und stellt die Tatbestände und Grundsätze fest, an die sich die Richter zu halten haben.

Damit steht auch der Gang des Prozesses selbst fest, denn Artikel 24 des Status bestimmt:

«Die Verhandlung soll folgenden Verlauf nehmen:

a Die Anklage wird vorgelesen.

b Der Gerichtshof fragt jeden Angeklagten, ob er sich schuldig bekennt oder nicht.

c Die Anklagebehörde gibt eine einleitende Erklärung ab.

d Der Gerichtshof fragt die Anklagebehörde und die Verteidigung, ob und welche Beweismittel sie dem Gericht anzubieten wünschen, und entscheidet über die Zulässigkeit jedes Beweismittels.

e Die Zeugen der Anklagebehörde werden vernommen. Nach ihnen die der Verteidigung. Danach wird der vom Gericht als zulässig erachtete Gegenbeweis seitens der Anklagebehörde oder Verteidigung erhoben.

f Der Gerichtshof kann jederzeit Fragen an Zeugen oder Angeklagte richten.

g Anklagebehörde und Verteidiger sollen jeden Zeugen und Angeklagten, der Zeugnis ablegt, verhören und sind befugt, sie im Kreuzverhör zu vernehmen.

h Sodann hat die Verteidigung das Wort.

i Nach ihr erhält die Anklagebehörde das Wort.

j Der Angeklagte hat das letzte Wort.

k Der Gerichtshof verkündet Urteil und Strafe.»

Während die Londoner Konferenz tagt und beschliesst, leben die späteren Angeklagten noch ahnungslos als Internierte in Bad Mondorf. Während die Mitglieder des Tribunals am 18. Oktober 1945 in Berlin zu ihrer Gründungsversammlung zusammentreten – übrigens im Saal des ehemaligen Volksgerichtshofes, wo Freisler einst die Männer des 20. Juli zum Tode verurteilte –, haben die Gefangenen Gelegenheit, die ihnen am gleichen Tag übergebene Anklageschrift zu studieren.

Sie umfasst 25'000 Wörter und ist in vier Hauptpunkte gegliedert:

1. Verschwörung. Die Angeklagten haben einen gemeinsamen Plan zur Eroberung unumschränkter Macht verfolgt und waren einig im Begehen aller weiteren Verbrechen.

2. Verbrechen gegen den Frieden. Die Angeklagten haben in 64 Fällen 36 internationale Verträge gebrochen, Angriffskriege begonnen und einen Weltkrieg entfesselt.

3. Kriegsverbrechen. Die Angeklagten haben ein ungeheures Blutbad angerichtet, Massenmord, Folterungen, Sklavenarbeit und wirtschaftliche Ausplünderung befohlen oder geduldet.

4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Angeklagten verfolgten politische Gegner, rassische und religiöse Minderheiten und machten sich der Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen schuldig.

Die Seiten dieses erschütternden Dokuments sind angefüllt mit so ungläublichen, so entsetzlichen Einzelheiten, dass sie jede krankhafte Phantasie in den Schatten stellen*.

5 IN DEN ZELLEN VON NÜRNBERG

Wie nehmen die Gefangenen das furchtbare Dokument auf? Sie sind am 12. August in zwei Flugzeugen von Mondorf nach Nürnberg gebracht worden; hier haben sie jetzt Gelegenheit, in freier Wahl ihre Verteidiger zu bestimmen, aber die erdrückende Last der Anschuldigungen können ihnen die Anwälte nicht von der Seele nehmen. Sie müssen selber damit fertig werden.

Der amerikanische Gerichtspsychologe Gustave M. Gilbert hat die Angeklagten in ihren Zellen beobachtet, mit ihnen gesprochen und ein genaues Tagebuch darüber geführt.

Gilbert ist ein Mann, der sehr gut Deutsch spricht. Seine erste Handlung ist es, sie einem Intelligenz-Test zu unterziehen. Er legt ihnen Fragen vor, prüft ihr Erinnerungsvermögen, lässt sie verschiedene Aufgaben lösen, gibt ihnen psychologische Spiele in die Hand und lässt sie den Inhalt symbolischer Darstellungen deuten. Aus den Ergebnissen wird der sogenannte Intelligenz-Quotient errechnet. Er liegt beim Durchschnittsmenschen zwischen 90 und 110 IQ.

Bei den Nürnberger Angeklagten stehen nach Gilberts Ermittlungen an der Spitze: Schacht mit 143, Seyss-Inquart mit 141 und Göring mit 138 IQ. Am Ende der Liste erscheinen Sauckel mit 118, Kaltenbrunner mit 113 und Streicher mit 106 IQ.

Diese Zahlen, so bemerkt Gilbert, stellen aber keine moralischen und charakterlichen Werte dar: auch Kriminelle können mit ihrem Intelligenz-Quotienten erheblich über dem Durchschnitt liegen.

* Eine Zusammenfassung findet sich im dokumentarischen Anhang dieses Buches.

Gilbert macht noch einen weiteren Versuch. Er bittet die Gefangenen, ihre Stellungnahme zu der Anklageschrift mit ein paar Worten an den Rand des Dokuments zu schreiben. Diese Bemerkungen spiegeln nach Ansicht des Psychologen die Charaktere am deutlichsten wider.

Die drei Angeklagten, die später freigesprochen werden, zeigen in ihren Notizen ganz verschiedene Einstellungen.

Hans Fritzsche schreibt an den Rand der Anklageschrift: «Es ist die schrecklichste Anklage aller Zeiten. Nur eines ist noch schrecklicher: die Anklage, die das deutsche Volk gegen den Missbrauch seines Idealismus erheben wird.»

Franz von Papen: «Die Anklage hat mich entsetzt, und zwar wegen 1. der Unverantwortlichkeit, mit der Deutschland in diesen Krieg und die weltweite Katastrophe geworfen wurde, 2. der Anhäufung von Verbrechen, die einige Angehörige meines Volkes begangen haben. Das letztere ist psychologisch unerklärlich. Ich glaube, dass Heidentum und die Jahre der totalitären Herrschaft die Hauptschuld tragen. Durch beides wurde Hitler im Laufe der Jahre ein pathologischer Lügner.»

Hjalmar Schacht: «Ich verstehe überhaupt nicht, warum ich angeklagt bin.»

Was schreiben Frank und Kaltenbrunner, die nach der Anklageschrift am meisten mit den dort aufgezählten Greueln verbunden waren?

Frank: «Ich erwarte den Prozess als ein gottgewolltes Weltgericht, das berufen ist, die furchtbare Zeit der Leiden unter Adolf Hitler zu prüfen und zum Abschluss zu bringen.»

Kaltenbrunner: «Ich fühle mich nicht schuldig an irgendwelchen Kriegsverbrechen, ich habe nur meine Pflicht als Sicherheitsorgan getan und weigere mich, als Ersatz für Himmler zu dienen.»

Was schreiben Militärs wie Dönitz und Keitel?

Dönitz: «Keiner dieser Anklagepunkte betrifft mich letzten Endes. Typischer amerikanischer Humor.»

Keitel: «Für einen Soldaten sind Befehle Befehle.»

Was schreiben Ribbentrop, Speer und Hess?

Ribbentrop: «Die Anklage richtet sich gegen die verkehrten Leute.»

Speer: «Der Prozess ist notwendig. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung für so schreckliche Verbrechen – auch unter einem autoritären System.»

Hess: «Ich kann mich nicht erinnern.»

Göring lässt einen Geistesblitz los: «Der Sieger wird immer der Richter und der Besiegte stets der Angeklagte sein!»

Seine Hand zittert, während er schreibt. Er kann sich kaum kon-

zentrieren und muss selbst bei einem so einfachen Satz ein Wort durchstreichen, weil er sich verschreibt.

Göring ist in einer denkbar schlechten Verfassung. Er ist abgemagert, hat eine fieberhafte Bronchitis, leidet an Herzbeschwerden – und an den Folgen einer Entziehungskur.

«Als Göring zu uns nach Mondorf kam», erzählt Oberst Andrus dem Psychologen Gilbert, «war er ein einfältig lächelnder Sabberer mit zwei Koffern voll Betäubungsmitteln. Ich dachte, er sei ein Arzneimittelvertreter. Aber wir haben ihn von den Drogen weggebracht und erst einmal einen Menschen aus ihm gemacht.»

Das bestätigt auch der deutsche Gefängnisarzt Dr. Ludwig Pflücker, dem Göring übrigens sehr zugetan war:

«Es stellte sich heraus, dass Göring jeden Abend eine Dosis Paracodin bekam, das er in reichlicher Menge mitgebracht hatte. Ich musste mich nun mit Göring eingehend über dieses Problem auseinandersetzen, liess mir seine Krankengeschichte über dieses Leiden erzählen und konnte dabei feststellen, dass Göring zweimal Entziehungskuren mitgemacht hatte, diese aber jedesmal angeblich aus dienstlichen Gründen abbrach.

Es war mir klar, dass ein Mensch mit dieser Machtbefugnis des Reichsmarschalls nie die Autorität des Arztes anerkannt und sich ihr gefügt hatte, wenn die Entziehungskuren in das kritische Stadium eingetreten waren und die unangenehmen Folgen der Kur sich zeigten. Er hatte sich diesen Unannehmlichkeiten durch den Abbruch der Kur entzogen.»

Resigniert fährt Dr. Pflücker fort: «Es war für mich eine bittere Erkenntnis, dass der zweite Mann im Staate ein Morphinist war. Nun erklärte sich so vieles, namentlich seine stets falschen Voraussagen über die Abwehr der feindlichen Fliegerangriffe. Als Morphinist sah Göring alles im rosigen Lichte, verschloss er sich gegen die unangenehme Wirklichkeit.»

Nun, im Gefängnis «machen sie erst einmal einen Menschen aus ihm», wie Andrus sagte. In rascher Folge werden die täglichen Zuteilungen an Betäubungsmitteln herabgesetzt. Wenn Göring klagt, packt ihn Dr. Pflücker bei seiner Eitelkeit:

«Eine so starke Natur wie Ihre erträgt das viel besser als eine schwächliche!»

Göring hält durch, die Entziehungskur hat Erfolg. Seine von den Drogen hervorgerufene Erschlaffung verschwindet, sein Wille und seine Gedanken können sich wieder konzentrieren, seine Energie kehrt zurück. Der Göring, der schliesslich im Gerichtssaal erscheint, ist vom Betäubungsrusch befreit und bei klarem Verstand.

Es gibt nur einen, der unter der Wucht der Anklageschrift zusammenbricht: Dr. Robert Ley.

Ley, einst mächtiger Führer der Deutschen Arbeitsfront und als Antisemit höchstens noch von Streicher übertroffen, entwickelt in der Haft unglaubliche Pläne. Er arbeitet eine phantastisch anmutende Denkschrift für die Amerikaner aus. Darin heisst es:

1. Deutschland muss ein Teil der Vereinigten Staaten werden;
2. Amerika soll bei sich einen vom Antisemitismus gereinigten Nationalsozialismus als Regierungsform einführen und damit seine Führerrolle in der Welt sichern;
3. Dr. Robert Ley soll mit der Durchführung dieses Planes beauftragt werden und einen Stab von Mitarbeitern bekommen, mit denen er die Aktion vom Nürnberger Gefängnis aus leiten würde.

Als ihm klar wird, dass man seine Ausführungen nur mitleidig belächelt, schreibt er einen Brief an Henry Ford. Er beruft sich auf seine Erfahrungen beim Aufbau des Volkswagenwerkes und bewirbt sich bei dem amerikanischen Automobilkönig um eine Anstellung, «sobald der Prozess vorüber ist».

Erst die Anklageschrift reisst ihn aus seinen Wahnvorstellungen. Er kann es nicht fassen, dass man ihn mitverantwortlich macht für die Verschleppung von Millionen ausländischer Zwangsarbeiter nach Deutschland und für ihre unmenschliche Behandlung.

Ley verliert die Nerven.

Den ganzen Tag geht er ruhelos in seiner Zelle auf und ab. Er trägt Filzpantoffeln und eine amerikanische Armeeblyse. Als ihn Gilbert besucht, haben Leys Augen einen irren Ausdruck. Die seelische Belastung lässt auch seinen Sprachfehler wieder zum Vorschein kommen.

«W-Wie soll ich mich gegen diese V-Verbrechen verteidigen, von denen ich nichts g-gewusst habe?» fragt er den Psychologen hilflos. «Wenn es nötig ist, dass n-noch mehr Opfer gebracht werden – alles schön und gut. . .»

Er lehnt sich an die Zellenwand, breitet mit aufgerissenen Augen seine Arme aus wie ein Gekreuzigter.

«Stellt uns an die Wand und erschießt uns!» stöhnt er heiser hervor. «Alles sch-schön und gut – Sie sind die Sieger! Aber warum soll ich vor ein Gericht g-gebracht werden wie ein K . . . , K . . . , wie ein K .., K ...»

Er kann das Wort einfach nicht herausbringen.

«Wie ein Krimineller?» hilft ihm Gilbert.

«Ja, ja, wie ein Kri. . . , Kri . . . , ich kann es nicht sagen.»

Sein Atem keucht. Er geht wieder in der Zelle auf und ab, mit schnellen Schritten. Er murmelt unverständliche Sätze vor sich hin, bewegt die Arme mit dramatischen Gesten.

Gilbert zieht sich zurück. Er ahnt nicht, dass Ley noch in der gleichen Nacht den Schlussstrich unter Schuld und Tragödie seines Lebens ziehen wird.

Es ist der Abend des 25. Oktober 1945.

Der amerikanische Posten, der gelegentlich durch das viereckige Guckloch in Leys Zelle späht, schüttelt den Kopf über den rastlosen, verstörten Gefangenen.

«Warum schlafen Sie nicht?» fragt er ihn.

Ley kommt dicht an die Luke heran, starrt dem Posten ins Gesicht. Aus seinen weit aufgerissenen Augen laufen hemmungslos Tränen über seine eingefallenen Wangen.

«Schlafen, sch-schlafen?» stammelt er. «Sie lassen mich nicht schlafen . . . Millionen Fremdarbeiter . . . mein Gott . . . Millionen Juden . . . millions of jews ... all killed . . . alle umgebracht. . . murdered, all murdered . . . alle ermordet . . . wie soll ich schlafen . . . schlafen . . .»

Der Posten geht weiter seine Runde.

Als er das nächste Mal in Leys Zelle schaut, bemerkt er, dass sich der Gefangene in die Ecke mit dem Wasserklosett zurückgezogen hat. Nur seine Beine sind zu sehen. Für die Wachmannschaften ist das ein gewohnter Anblick.

Bei der übernächsten Kontrolle verharrt Ley noch immer in der Ecke. Der Posten schaut auf die Uhr. Es ist 20 Uhr 10 Minuten. Die Sache kommt ihm verdächtig vor.

«Hey, Doctor Ley!!» ruft er durch das Guckloch.

Keine Antwort.

Der Posten verständigt den Unteroffizier der Wache. Der kommt mit zwei Soldaten.

Die Zellentür wird geöffnet, die vier Amerikaner betreten den schmalen Raum.

In der Ecke bietet sich ihnen ein kläglicher Anblick. Ley hängt zusammengesunken über den Sitz der Toilette herunter, sein Gesicht ist bläulich-rot. Aus dem Reißverschluss seiner Armeejacke hat er sich eine Schlinge geknüpft und sie am Spülhebel des Wasserrohrs befestigt. Zusammengedrehte Streifen einer Decke bilden den Strick, der um seinen Hals gelegt ist.

Die Soldaten schneiden den Erhängten ab und legen ihn auf die Pritsche. Die Ärzte werden alarmiert.

Leys Mund ist vollgestopft mit Fetzen seiner Unterhose. Er hat sich selber geknebelt, damit die Posten nicht durch sein letztes Röcheln vorzeitig auf den Selbstmord aufmerksam werden können.

Auch Nase und Ohren hat er sich mit Stoffknäueln verschlossen.

Wenige Minuten nach Entdeckung der Tat kommt der deutsche Gefängnisarzt Dr. Ludwig Pflücker in die Zelle, gleich darauf auch der Zahnarzt Dr. Heinz Hoch.

Pflücker bemerkt, dass Leys Körper noch warm ist. Er gibt dem Selbstmörder zwei Spritzen, und zwar einen Kubikzentimeter Cardiazol und einen Kubikzentimeter Lobulin. Dann beginnt er zusammen mit Dr. Hoch Wiederbelebungsübungen.

Vergeblich.

Oberst René Juhli, der amerikanische Gefängnisarzt, kann nach seinem Eintreffen nur noch Leys Tod feststellen. Trotzdem ordnet er die Überführung des leblosen Körpers in ein Nürnberger Hospital an. Dort wird der Befund allerdings nur noch endgültig bestätigt.

Leys Selbstmord wird auf Befehl des Sicherheitsoffiziers Andrus zunächst streng geheimgehalten. Er befürchtet, dass die Tat auf die anderen Gefangenen ansteckend wirken könnte. Sie erfahren es aber doch – und werden nicht zur Nachahmung verleitet.

«Gott sei Dank», stellt Göring unbeeindruckt fest, als ihn die Nachricht erreicht, «der hätte uns nur blamiert.»

Zu dem Gerichtspsychologen Gilbert sagt er: «Ganz gut, dass er tot ist. Ich hatte sowieso meine Befürchtungen, wie er sich vor Gericht benehmen würde. Er war immer so konfus und zerstreut und hat immer so phantastische und bombastische Reden gehalten. Ich glaube, er hätte vor Gericht ein ordentliches Theater gemacht. Na, ich bin nicht weiter überrascht; normalerweise hätte er sich eben zu Tode gesoffen.»

Auch die anderen Angeklagten in Nürnberg nehmen von Leys Selbstmord mit Erleichterung Kenntnis – mit Ausnahme von Julius Streicher, dem einzigen Freund, den der Arbeitsfrontführer unter den Gefangenen hatte.

Leys Platz auf der Anklagebank bleibt leer.

Robert Jackson, der Hauptankläger, widmet dieser Tatsache nur zwei Sätze in seiner Eröffnungsrede vor dem Gericht:

«Robert Ley, der Feldmarschall in der Schlacht gegen die Arbeiterschaft, hat unsere Anklage mit Selbstmord beantwortet. Anscheinend wusste er keine bessere Antwort.»

Damit ist der Fall erledigt.

Leys Platz auf der Anklagebank ist allerdings nicht der einzige, der leer bleibt. Zwei weitere Männer bleiben dem Gericht fern: Gustav Krupp von Bohlen und Halbach und der geheimnisvolle Martin Bormann.

Mit Krupp will die Anklagebehörde symbolisch die deutsche

Rüstungsindustrie erfassen. Die Anklageschrift wirft dem Industriel-
len vor:

«. . . dass er die Machtergreifung der Nazi-Verschwörer förderte und ihre Kontrolle über Deutschland stärkte und festigte; er förderte die Vorbereitung für den Krieg. Er nahm teil an den militärischen und wirtschaftlichen Plänen und Vorbereitungen der Nazi-Verschwörer für Angriffskriege; er genehmigte und leitete Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität, besonders Ausbeutung und Missbrauch von Menschen für Arbeit in der Führung von Angriffskriegen, und nahm an diesen Verbrechen teil.»

Krupp erhält die Anklageschrift ans Krankenbett auf Schloss Blühnbach bei Werfen in Österreich zugestellt. Er ist nicht in der Lage, die Vorgänge zu begreifen. Die amtlichen Protokolle zeigen den Sachverhalt.

Eine Untersuchung durch den Arzt Walter Pick vom amerikanischen 232. Infanterieregiment ergibt: «Der Genannte leidet an fortschreitender Arterienverkalkung. Zurzeit ist er bettlägerig, muss genährt und von den Krankenschwestern betreut werden. Er ist sich seines Zustandes oder seiner Lage nicht bewusst und ist unfähig, irgendeine Unterhaltung zu führen oder ihr zu folgen.»

Krupps Hausarzt, Dr. Otto Gerke, gibt ein Attest ab: «Der Kranke ist jetzt vollkommen apathisch und teilnahmslos. Es besteht motorische Aphasie; er kann weder gehen noch stehen. Es besteht eine vollkommene Hilflosigkeit, selbst bei einfachsten Handlungen. Herr von Bohlen ist in keiner Weise mehr zurechnungs- und vernehmungsfähig.»

Der Chirurg Paul F. Chesnut von der amerikanischen 42. Artilleriedivision muss diese Angaben bestätigen: «Der Patient ist ein ausgemergelter männlicher Weisser, 76 Jahre alt, der unfähig ist, zu sprechen oder bei seiner Untersuchung behilflich zu sein, und der nicht zu erkennen scheint, was um ihn vorgeht. Es ist anzunehmen, dass Überführung oder irgendetwas, was ihn in Erregung bringen würde, sein Leben gefährdet.»

Krupps Rechtsvertreter, der Anwalt Theodor Klefisch, wendet sich mit einer Eingabe an den Gerichtshof: «Der Angeklagte ist infolgedessen über die Existenz einer Anklage nicht orientiert. Selbstverständlich ist er deshalb auch nicht fähig, sich mit seinem Verteidiger wegen seiner Verteidigung irgendwie in Verbindung zu setzen.»

Klefisch stellt den Antrag, das Verfahren gegen Krupp auszusetzen. Aber Jackson widerspricht diesem Antrag mit aller Heftigkeit:

«Der Kruppsche Einfluss», schreibt er unter anderem in seiner Erwiderung an das Gericht, «bestärkte in weitem Masse den Naziplan, einen Angriffskrieg in Europa zu entfachen. Er selbst hielt wie-

derholt öffentliche Reden, in denen er Hitlers Angriffsprogramm billigte und dazu anreizte. Die Krupps gehörten zu den hartnäckigsten und einflussreichsten Kräften, die den Krieg herbeigeführt haben.»

Dann führt Jackson Zahlen an:

«Weiterhin erzielten die Krupp-Gesellschaften durch die Zerstörung des Weltfriedens und durch die Unterstützung des Nazi-Programms grosse Gewinne. Vor der Bedrohung des Friedens durch die Nazis arbeiteten die Krupp-Werke mit erheblichen Verlusten. Mit der Wiederaufrüstung durch die Nazis stiegen aber die Netto-Gewinne nach Abzug der Steuern, Geschenke und Reserven ständig und betrogen:

im Jahr 1935 . . . RM 57'216'392,

im Jahr 1938 . . . RM 97'071'632,

im Jahr 1941 . . . RM 111'555'216.

Der Buchwert des Krupp-Konzerns stieg vom 1. Oktober 1933 von 75'962'000 Mark auf 237'316'093 Mark am 1. Oktober 1943.»

Zuletzt wendet sich Jackson ausdrücklich gegen den Antrag von Theodor Klefisch:

«Sollte der Gerichtshof diesem Antrag entsprechen, würde das praktisch bedeuten, dass jedes Verfahren gegen Krupp von Bohlen für alle Zeiten unmöglich wäre . . .»

Die britische Anklagevertretung schliesst sich Jacksons Ausführungen sinngemäss an. Die Sowjets enthalten sich einer Äusserung. Nur der französische Ankläger, Charles Dubost, vertritt eine andere Meinung:

«Das Verfahren gegen Krupp senior ist unseres Erachtens unter den obwaltenden Umständen unmöglich; es kann nicht stattfinden gegen einen alten, sterbenden Mann, der die Anklagebank nicht betreten kann.»

Trotz dieser Haltung der Franzosen machen die Amerikaner und Briten noch einen letzten Versuch. Eine internationale Ärztekommision wird beauftragt, Krupp zu untersuchen und ein endgültiges Urteil abzugeben. Dem Gremium gehören an:

Brigadier R. E. Tunbridge, beratender Arzt der britischen Rheinarmee, Gerichtssachverständiger René Piedelièvre, Professor an der Pariser Medizinischen Fakultät, Chefinternist Nikolas Kurschakow, Professor am Medizinischen Institut von Moskau, Professor Eugen Sepp, Neurologe und Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften in Moskau, Professor Eugen Krasnuschkin, Psychiater am Medizinischen Institut von Moskau, und Bertram Schaffner, Neuropsychiater des Sanitätskorps der Vereinigten Staaten.

Der Untersuchungsbericht dieses Kollegiums enthüllt eine ge-

spenstische Begebenheit im Schatten des Nürnberger Prozesses. Der nüchterne Wortlaut über den Besuch der Kapazitäten am Krankenbett des Kanonenkönigs übertrifft jede andere Schilderung.

«Am Morgen des 6. November 1945 untersuchten wir, die Unterzeichneten, den Patienten, der uns von den verantwortlichen Militärbehörden als Gustav Krupp von Bohlen bezeichnet wurde, und zwar in Anwesenheit seiner Frau und seiner Krankenschwester. Der Patient lag mit einem maskenhaften Gesicht und in unveränderter Rückenlage im Bett, mit leichtem Zittern des Kiefers und der Hände. Seine Haut war trocken, die Innenfläche der Hände war pigmentiert. Die Arterien an den Schläfen traten hervor und waren gewunden. Das Körpergewebe zeigte erheblichen Verfall. Die Beine waren teilweise gebeugt, ebenso die Ellenbogen, die fest gegen den Körper gepresst waren. Es bestand allgemeine Muskelsteifheit.

Als die Ärzte das Zimmer betraten, richtete der Patient seinen Blick auf sie, beantwortete ihre Begrüßung mit «Guten Tag' und gab die Hand, als sie die ihren ihm entgegenstreckten. Er gab die Hand in normaler Weise, jedoch konnte er weder seinen Griff lösen noch die Hand zurückziehen und fuhr fort, des Doktors Hand zu drücken. Auf die Frage, wie er sich fühle, antwortete er: ‚Gut', aber auf alle weiteren Fragen antwortete er überhaupt nicht. Er verharrte in seinem Schweigen und zeigte weder eine Reaktion noch Verständnis bei weiteren Fragen und einfachen Aufforderungen, wie zum Beispiel «Öffnen Sie den Mund', «Strecken Sie die Zunge heraus'. Nur schmerzhafte und unangenehme Reizmittel riefen eine Reaktion hervor, und dann war es nur ein Gesichtsausdruck der Unzufriedenheit, bisweilen begleitet von einem missbilligenden Gurren.

Der geistige Verfall des Patienten macht ihn unfähig, seine Umgebung zu erfassen und normal darauf zu reagieren. Von Mitte 1944 an war der Patient zunehmend auf seine Frau angewiesen; sie allein schien seine Sprache und seine Bedürfnisse in vollem Umfang zu verstehen.

Am 4. Dezember war er auf dem Weg zum Krankenhaus im Fond des Wagens eingeschlafen. Der Chauffeur musste einem anderen Fahrzeug plötzlich ausweichen und die Bremse benutzen.

Herr Krupp von Bohlen wurde nach vorn geschleudert und schlug dabei mit der Stirn und dem Nasenrücken gegen die Metallstange hinter dem Vordersitz. Seit dem Unfall hat sich das Allgemeinbefinden des Patienten schnell verschlechtert. Seine Angestellten hatten zunehmende Schwierigkeiten, ihn zu verstehen. Anfänglich war er mit Hilfe von zwei Personen in der Lage, ein paar Schritte zu gehen; bis vor zwei Monaten konnte er für kurze Zeit auf einem Stuhl sitzen. Hierfür benötigte er jedoch die Hilfe zweier Diener. Seit jener Zeit hat er nur gelegentlich einzelne einfache und in keinem vernünfti-

gen Zusammenhang stehende Worte herausgebracht, ausser gelegentlichen Ausrufen in der Aufregung wie zum Beispiel ‚Ach Gott! und ‚Donnerwetter‘.»

Zusammenfassend sagen die Spezialisten:

«Es ist unsere ungeteilte, wohlerwogene ärztliche Meinung, dass es dem Patienten Gustav Krupp von Bohlen auf Grund seines geistigen Zustands unmöglich ist, einer Gerichtsverhandlung zu folgen. Der körperliche Zustand des Patienten ist so, dass er nicht ohne Lebensgefährdung transportiert werden kann.»

Trotz dieses schwerwiegenden Gutachtens gibt die Anklagebehörde nicht nach. Vielleicht wäre es möglich, gegen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach in Abwesenheit zu verhandeln? Und, falls auch das nicht durchgehen sollte: Könnte man nicht den Sohn des Industriellen, Alfred Krupp, an dessen Stelle auf die Anklagebank setzen?

Diese Anträge werden tatsächlich gestellt. Doch nun zeigt sich zum erstenmal, dass das Gericht gewillt ist, einen wirklich unabhängigen Weg zu gehen. In einer Vorverhandlung am 14. November holen sich die Anklagevertreter eine peinliche Abfuhr.

«Glauben Sie», fragt Lordrichter Lawrence den amerikanischen Hauptankläger Jackson, «dass es dem Interesse der Gerechtigkeit dient, einen Mann zu verurteilen, der wegen Krankheit nicht in der Lage ist, seine Verteidigung ordnungsgemäss durchzuführen?»

Das sind harte Worte. Jackson muss verneinen.

Lawrence, kühl: «Ich danke Ihnen.»

Dann wendet er sich an den britischen Ankläger Sir Hartley Shawcross: «Stimmen Sie mit mir überein, dass nach dem Landesrecht Grossbritanniens – ebenso wie nach dem Recht der Vereinigten Staaten – ein Mann im geistigen und körperlichen Zustand Gustav Krupps für verhandlungsunfähig erklärt werden würde?»

SirHartley, in die Enge getrieben: «Jawohl, Herr Vorsitzender.»

Lawrence: «Schlagen Sie nun vor, dass unter den obwaltenden Umständen in Gustav Krupps Abwesenheit gegen ihn vorgegangen werden soll, angesichts der uns vorliegenden ärztlichen Gutachten?»

Sir Hartley: «Ich stimme der Ansicht zu, dass er nach englischem Landesrecht nicht verhandlungsfähig wäre.»

Lawrence: «Und jenes Recht dient den Interessen der Gerechtigkeit?»

SirHartley: «Das kann ich nicht leugnen, Herr Vorsitzender.» Der Lordrichter wendet sich wortlos ab. Jackson und Shawcross haben eine moralische Niederlage erlitten.

Charles Dubost, der französische Ankläger, hat die undankbare Aufgabe, nun im Namen seiner Kollegen die andere Möglichkeit

dem Gericht vorzutragen: den Sohn des verhandlungsfähigen Krupp an dessen Stelle zu setzen.

Hier aber fährt der französische Richter Donnedieu de Vabres auf und stellt seinem Landsmann die ungnädige Frage:

«Glauben Sie tatsächlich, dass Sie den Gerichtshof auffordern können, einen Namen in der Anklageschrift durch einen anderen zu ersetzen?»

Dubost gibt eine verlegene Antwort.

«Danke!» sagt Lordrichter Lawrence unwillig.

Der Fall Krupp ist erledigt, das Verfahren gegen ihn wird ausgesetzt – und die Anklagebehörde weiss seit diesem Tag, dass das Gericht tatsächlich ein Gericht ist.

Krupps Platz auf der Anklagebank bleibt leer.

Leer bleibt auch der Platz des Angeklagten Martin Bormann. Gegen ihn wird in Abwesenheit verhandelt, denn in seinem Fall ist das Gericht der Meinung, dass er sich freiwillig stellen könnte, falls er am Leben ist.

Bormann, Hitlers Privatsekretär, bleibt jedoch verschwunden, seit die letzten Überlebenden aus dem Bunker der belagerten Berliner Reichskanzlei auszubrechen versuchten. Sein Schicksal hat immer wieder die Geheimdienste der Alliierten und die Phantasie der Öffentlichkeit beschäftigt.

Was ist aus dem Mann geworden, der in den letzten Jahren des Dritten Reiches unzweifelhaft den stärksten Einfluss auf Hitler hatte, der schliesslich alle anderen Leute in Hitlers engster Umgebung austach und am Ende seine Macht so sehr festigte, dass es schwer wurde, Massnahmen und Befehle als Willensäusserungen Hitlers oder Bormanns zu unterscheiden?

Hitlers Flugkapitän, Generalmajor Hans Baur, sagte 1955 nach seiner Heimkehr aus sowjetischer Gefangenschaft:

«Hitlers letzter Auftrag an mich war, den damaligen Reichsleiter Martin Bormann mit einer in Zechlin stationierten und startklaren Condor in Sicherheit zu bringen. Bei dem Versuch, die sowjetischen Linien an der Berliner Stadtgrenze zu durchbrechen, ist Bormann gefallen.»

Der Spanier Juan Pinar, der als Angehöriger der Blauen Division ebenfalls 1955 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückkehrte, will Anfang Mai 1945 die Leiche Bormanns in Berlin aus einem Panzer gezogen haben. Bormann ist nach Pinars Ansicht von einem Volltreffer getötet worden.

Der ehemalige Reichsjugendführer Arthur Axmann, der 1949 zu 3 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde und heute als Industriekaufmann in Berlin und auf Teneriffa lebt, schilderte ebenfalls Bormanns Tod:

«Aus allen Häusern und Ruinen schossen sowjetische Soldaten auf die sich bei der Panzersperre der Weidendammer Brücke stauenden Menschenmassen, die auszubrechen versuchten. Im Gedränge bemerkte ich nur für einen Augenblick Martin Bormann in feldgrauer Uniform. Unter starkem Feuer näherten sich plötzlich deutsche Sturmgeschütze und ein Tigerpanzer dieser Stelle. Während die verzweifelten Menschen – Soldaten, Frauen und Kinder – sogleich hinter dem Panzer Schutz suchten, explodierte der Tiger. Ich erwachte unter schwer verwundeten Personen und zahlreichen Toten und sprang sofort in einen Bombentrichter, in dem völlig unversehrt auch Martin Bormann hockte.»

Axmann versuchte dann, zusammen mit seinem Adjutanten nach Alt-Moabit weiterzukommen, während Bormann mit Hitlers letztem Leibarzt, Dr. Ludwig Stumpfegger, die entgegengesetzte Richtung zum Stettiner Bahnhof einschlug. Axmann berichtet weiter: «Da uns sowjetische Panzer entgegenkamen, musste ich mit meinem Adjutanten umkehren. Als wir auf dem Rückweg über die Invalidenbrücke kamen, sahen wir Bormann und Dr. Stumpfegger mit ausgestreckten Armen und Beinen auf dem Rücken liegend auf dem Bürgersteig. Wir erkannten sie sofort. Es war bei den beiden kein Atemzug mehr zu verspüren. Nichts regte sich an ihnen. Ihre Augen waren geschlossen.»

Als Kronzeuge für Bormanns Tod gilt Hitlers persönlicher Fahrer Erich Kempka, der heute in Stuttgart lebt. Er wird am 3. Juli 1946 von BormannsVerteidiger, Dr. Friedrich Bergold, im Nürnberger Prozess in den Zeugenstand gerufen und vernommen.

Kempkas Aussage unter Eid über die Vorgänge zwischen zwei und drei Uhr nachts weicht in einem wesentlichen Punkt von Axmanns Schilderung ab: Er weiss nichts davon, dass Bormann nach der Explosion lebend in einem Bombentrichter hockte:

«Ich habe den Reichsleiter, den damaligen Reichsleiter Martin Bormann, in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 am Bahnhof Friedrichstrasse, Weidendammer Brücke, gesehen», sagt Kempka. «Er fragte, wie die Lage sei, ob man dort am Bahnhof Friedrichstrasse durchkommen könne. Ich sagte ihm, dass es nur auf einen Versuch ankäme. Es kamen dann auch einige Panzer und einige PSW (Panzerschützenwagen). An diesen wurden dann kleine Trauben gebildet, an den Panzern. Die Panzer schoben sich dann bis in die Panzersperre durch, nachdem der Spitzenpanzer, wo der Martin Bormann ungefähr Mitte des Panzers ging, auf der linken Seite plötzlich einen Treffer bekam, ich nehme an mit einer Panzerfaust aus einem Fenster heraus, und dieser Panzer in die Luft flog. Gerade an der Seite, wo der Martin Bormann ging, stieg plötzlich eine Stichflamme heraus, und ich sah noch . . .»

«Wie weit waren Sie von dem Panzer entfernt, als er explodierte?» fragt der amerikanische Richter Francis Biddle.

«Ich schätze, drei bis vier Meter.»

«Und wie weit war Bormann von dem Panzer entfernt?»

«Ich nehme an, dass er sich mit der Hand daran festgehalten hatte», antwortet Kempka. Er fährt fort: «Der Panzer flog auseinander, gerade dort, wo Martin . . Reichsleiter Bormann ging. Ich selber wurde von der Explosion und durch das Entgegenfliegen einer Person, die vor mir ging – ich nehme an, dass es der damalige Stabschef Dr. Stumpfegger war –, wurde ich auf die Seite geschleudert und wurde besinnungslos. Als ich wieder zu mir kam, konnte ich auch nichts sehen, ich war von der Stichflamme geblendet. Ich kroch dann wieder zurück bis zur Panzersperre und habe seitdem von Martin Bormann nichts mehr gesehen.»

Dr. Bergold: «Zeuge! Haben Sie Martin Bormann bei dieser Gelegenheit in der sich entwickelnden Stichflamme zusammenbrechen sehen?»

Kempka: «Jawohl. Ich sah noch eine Bewegung, die eine Art Zusammenbrechen, man kann auch sagen ein Wegfliegen, war.»

Dr. Bergold: «War diese Explosion so stark, dass nach Ihrer Beobachtung Martin Bormann dabei ums Leben gekommen sein müsste?»

Kempka: «Jawohl.»

Damit ist Kempkas Vernehmung beendet. Nichts hat in den fünfziger und sechziger Jahren die Phantasie der Öffentlichkeit so beschäftigt wie das ungeklärte Schicksal Martin Bormanns. Immer wieder tauchten Gerüchte aus, wonach der zweitmächtigste Mann des Dritten Reiches in Ägypten, der Sowjetunion oder Südamerika gesichtet worden war. Immer wieder setzten die grossen deutschen Illustrierten bis in die letzte Zeit ihre Reporter auf die Spur Bormanns an, der sogar in einem italienischen Kloster Unterschlupf gefunden haben sollte. Doch «Hitlers Schatten» blieb verschwunden.

Am 26. Oktober 1954 wurde Bormanns Name unter der Nummer 29223 in das Buch für Todeserklärungen beim Standesamt West-Berlin eingetragen. Am 8. Dezember 1972 entdeckte man bei Bauarbeiten in der Nähe des Lehrter Bahnhofs in West-Berlin Skelettreste, darunter zwei Schädel. Ein Schädel wurde aufgrund der Zahnbefunde einwandfrei identifiziert: er gehört zu den Überresten Martin Bormanns, der bei der Flucht aus der Reichskanzlei tatsächlich umgekommen war.

Im Jahre 1945 sind die Dinge allerdings noch nicht so eindeutig geklärt. Noch während der Londoner Konferenz zur Vorbereitung des Nürnberger Prozesses sagt Jackson am Verhandlungstisch:

«Es fehlt uns nur noch Bormann, aber wir hörten, dass ihn die Russen haben.»

General Nikitschenko antwortet: «Wir haben ihn leider im Augenblick noch nicht.»

Der Gerichtshof sieht sich deshalb veranlasst, Martin Bormann in öffentlichen Bekanntmachungen aufzufordern, sich zu melden. Vier Wochen lang wird der Aufruf über alle Rundfunksender in den vier Besatzungszonen Deutschlands verlesen. 200'000 Plakate mit Bormanns Namen werden angeschlagen, alle Zeitungen veröffentlichen den Aufruf mehrmals, in der britischen Zone allein wird die Bekanntmachung in fast fünf Millionen Exemplaren verbreitet.

Es ist vergebliche Mühe.

Bormann meldet sich nicht. Sein Platz auf der Nürnberger Anklagebank bleibt leer.

MACHT UND WAHN

I DER PROZESS BEGINNT

Am 20. November 1945 gleicht der Justizpalast von Nürnberg einem Bienenstock. Die Preshtribüne fasst 250 Journalisten, die aus der ganzen Welt gekommen sind, um der Eröffnungssitzung beizuwohnen und ihren Lesern einen Eindruck von dem historischen Ereignis zu kabeln. Aber nur fünf deutsche Pressevertreter sind zugelassen.

Vor dem Saal werden nochmals die Ausweise kontrolliert. Kriegskorrespondenten in amerikanischen, britischen und französischen Uniformen drängen über die Holzstufen zum Eingang. Journalistinnen aller Nationalitäten, debattierende Gruppen, Inder, Russen, Australier, ein Neger, Schweizer, Brasilianer. Dazwischen bekannte Gesichter: John Dos Passos, Erika Mann, Erich Kästner.

Der Gerichtssaal ist erfüllt vom Summen der Klimaanlage und dem Gemurmel vieler hundert Stimmen. Neonröhren verbreiten ein kühles Licht, aber Anklagebank und Richtertisch sind für die Fotografen und Wochenschauleute zusätzlich von zweiundzwanzig besonders hellen Scheinwerfern angestrahlt.

Die Angeklagten sitzen in zwei Reihen auf langen Holzbänken, sprechen lebhaft miteinander oder mit ihren Anwälten, deren Tische vor der Anklagebank aufgebaut sind.

Ihnen gegenüber, auf der anderen Seite des Saales, ist der erhöhte, langgestreckte Richtertisch, dahinter die Fenster, zwischen denen die Flaggen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion hängen. Vor der Richterbank, aber zu ebener Erde, sitzen die Stenografen für alle vier Verhandlungssprachen. Die Deutschen und die Russen benutzen noch Bleistifte, die Protokollführer für Englisch und Französisch haben kleine, lautlose Stenografiermaschinen vor sich stehen.

Rechts von den Angeklagten ist die leicht ansteigende Presse- und Zuschauertribüne aufgebaut, zu deren FüÙe die Anklagebehörde ihren Platz hat. Davor erhebt sich, etwas in den Saal hineinragend, ein Tisch mit Stehpult, an das Ankläger und Verteidiger treten, wenn sie das Wort ergreifen.

Links von den Angeklagten sitzen hinter Glaswänden die Dolmetscher für vier Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch. Jedes Wort wird sofort in alle drei anderen Sprachen übersetzt. Jeder Platz im Saal ist mit einem Kopfhörer und einer Wählscheibe ausgestattet, auf der man die gewünschte Sprache einstellen kann.

Gleich neben den Kabinen der Dolmetscher, etwa in der Mitte der

Stirnwand, befindet sich der etwas erhöhte Zeugenstand mit einer Sitzgelegenheit.

Zeugenstand, Vortragspult und Richtertisch sind mit bunten Glühlampen versehen, einer gelben und einer roten. Den Schalter können die Dolmetscher bedienen. Geben sie gelbes Licht, bedeutet das: «Bitte langsamer sprechen!» Bei rotem Licht ist das ganze Übersetzungssystem unterbrochen.

Alles an diesem Verfahren von Nürnberg sprengt die üblichen Vorstellungen. Es wird 218 volle Verhandlungstage in Anspruch nehmen und damit nur von dem grössten Prozess der Weltgeschichte übertroffen, dem Parallelverfahren von Tokio, das 417 Verhandlungstage dauerte.

Das Sitzungsprotokoll von Nürnberg wird am Ende 4'000'000 Wörter umfassen und 16'000 Seiten füllen. Die Anklage legt 2'630 Beweisdokumente vor, die Verteidigung 2'700. Das Gericht nimmt die Aussagen von 240 Zeugen entgegen und sichtet 300'000 eidesstattliche Erklärungen. Den Angeklagten stehen 27 Hauptverteidiger, 54 Assistenten und 67 Sekretärinnen zur Verfügung. Die Vervielfältigung aller Schriftstücke in den vier Verhandlungssprachen verschlingt 5'000'000 Blatt Papier mit einem Gewicht von mehr als zwanzig Tonnen. Im Fotolabor des Gerichts werden 780'000 Kopien auf 13'000 Rollen Fotopapier hergestellt. 27'000 Meter Tonband und 7'000 Schallplatten halten jedes Wort der Verhandlung zum Vergleich mit den Stenogrammen fest. 550 Büros, Sekretariate und Abteilungen verschreiben 22'000 Bleistifte. Die im Justizpalast mit ständigen Korrespondenten vertretenen Nachrichtenagenturen jagen fast 14'000'000 Wörter über ihre Fernschreiber in alle Erdteile.

«*Attention! The Court!*»

Das ist der Ruf des Gerichtsmarschalls, des amerikanischen Obersten Charles W. Mays.

«Achtung, das Gericht!» dringt die Stimme des deutschen Dolmetschers aus dem Kopfhörer.

Alle Anwesenden erheben sich.

Es ist zehn Uhr und drei Minuten, zwanzigster November eintausendneunhundertfünfundvierzig.

Im Gänsemarsch kommen die vier Richter und ihre vier Stellvertreter aus einer Tür an der Stirnwand des Saales. Sechs tragen schwarze Talare, die zwei Russen am Ende der Reihe sind in Uniform.

Nach einer leichten Verbeugung gegen Zuschauertribüne und Anklagevertretung nehmen die Mitglieder des Gerichts ihre Plätze ein. Der Prozess beginnt. . .

Von den Angeklagten aus gesehen sitzen von links nach rechts auf der Richterbank:

Die Sowjets: Zuerst stellvertretender Richter Oberstleutnant Alexander F. Wolchkow, ein volllippiger jüngerer Mann mit gewelltem Haar; rechts neben ihm Generalmajor Iola T. Nikitschenko mit schmalen Mund und randloser Brille, Richter.

Die Briten: Stellvertretender Richter Sir Norman Birkett, dessen strähnige Haare die Neigung haben, ihm immer wieder in die Stirn zu fallen; rechts neben ihm der Vorsitzende des Gerichtshofes, Lordrichter Sir Geoffrey Lawrence. Er ist die zentrale Figur des Tribunals: kahlköpfig, mit einer stets auf die Nase gerutschten Brille, einem vollen, oft bärbeissig wirkenden Gesicht, über das immer wieder das Lächeln seines trockenen Humors huscht. Sir Geoffrey hält die Zügel des Verfahrens straff in der Hand; seine Entscheidungen verraten, dass er ein Mann mit Herz und Lebensweisheit ist.

Die Amerikaner: Zuerst Richter Francis A. Biddle, ein glatt und gepflegt wirkender Herr mit dunklem Clark-Gable-Schnurrbart; rechts neben ihm stellvertretender Richter John J. Parker, grauhaarig, mit onkelhaftem Doppelkinn und randloser Brille.

Die Franzosen: Voran der fast schon greise Richter Henri Donnedieu de Vabres, mit schütterem Haar, dunkler Hornbrille und mächtigem Seehundschnurrbart; rechts neben ihm, am äussersten Ende der Richterbank, stellvertretender Richter Robert Falco, das schwarze Haar streng gescheitelt, einen vollen Schnurrbart über den fast immer lächelnden Lippen.

Göring hatte sich schon lange vor Beginn des Prozesses ausgemalt, wie er in der historischen Stunde dem Gericht gegenüber treten würde. Dr. Pflücker, dem er sich anvertraute, hat darüber berichtet:

«Eines Abends entwickelte er uns in unserem Arzttraum nach einer Wärmebehandlung, wie er sich seine Rolle denke. Er geriet ordentlich in Ekstase, als er schilderte, wie bei seinem Eintreten die Scheinwerfer aufflammten und wie er dem Feinde seine Anklagen entgegenschleudern wolle.»

Wie anders sieht dagegen die Wirklichkeit aus!

Der ganze erste Tag des Prozesses vergeht mit der Verlesung der umfangreichen Anklageschrift, die den Einundzwanzig schon bekannt ist. Göring sitzt still in der Ecke seiner Bank, hat sich mit den Armen breit auf die Brüstung gelehnt und stützt sein Kinn in beide Hände. Nichts von der grossartigen Pose, die er sich vorgenommen hatte, ist zu bemerken.

Die anderen Angeklagten sind ebenfalls ruhig und versuchen erst einmal, sich mit ihrer neuen Lage vertraut zu machen. Frick und Fritzsche lesen aufmerksam den deutschen Text der Anklageschrift mit. Papen und einige andere haben die Kopfhörer aufgesetzt, drehen auch manchmal neugierig an der Wählscheibe, um die Übersetzungen in den verschiedenen Sprachen auszuprobieren.

Keitel sitzt kerzengerade auf der Bank, hat die Arme verschränkt und zeigt ein undurchdringliches Gesicht.

Hess kümmert sich überhaupt nicht um die Vorgänge. Vor Beginn der Verhandlung sagt er zu Göring:

«Sie werden sehen, diese Geistererscheinung wird verschwinden, und Sie werden binnen eines Monats der Führer von Deutschland sein!»

Dann wendet er sich einem Buch zu, das er aus der Gefängnisbibliothek mitgebracht hat, und liest, ohne der Verhandlung irgendwelche Aufmerksamkeit zu widmen. Das Buch heisst *Der Loisl*. An einer offenbar heiteren Stelle der Lektüre bricht Hess in lautes Lachen aus. Bald darauf bekommt er Magenkrämpfe und darf mit Erlaubnis des Gerichts aus dem Saal in seine Zelle zurückgebracht werden.

Hess ist der zweite Angeklagte, der damit am ersten Tag fehlt: Ernst Kaltenbrunner ist überhaupt nicht erschienen, weil er mit einer Gehirnblutung im Gefängnis bleiben musste.

Am Nachmittag gibt es den dritten Ausfall: Joachim von Ribbentrop wird während der Verlesung von Grausamkeiten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit plötzlich bleich und erleidet eine leichte Ohnmacht.

Die übrigen Angeklagten benützen den Tag dazu, mehr oder weniger offen die überfüllte Pressetribüne zu mustern und sich ein Bild von den Richtern zu machen, die am Ende das Urteil über sie fällen sollen.

Am zweiten Tag des Prozesses werden die Einundzwanzig aufgefordert, einzeln an ein Mikrofon zu treten und zu erklären, ob sie sich nach Anhören der Anklageschrift schuldig oder nicht schuldig bekennen. Es ist eine Formsache.

Fast alle gebrauchen die offizielle Formel: «Nicht schuldig.»

Die übrigen weichen davon ab und gebrauchen andere Wendungen.

Schacht sagt mit Nachdruck: «Ich bin in keiner Weise schuldig.»

Sauckel: «Ich bekenne mich im Sinne der Anklage, vor Gott und der Welt und vor allem vor meinem Volke, nicht schuldig.»

Jodl: «Nicht schuldig. Was ich getan habe und auch tun musste, kann ich reinen Gewissens vor Gott, vor der Geschichte und meinem Volke verantworten.»

Papen: «Keinesfalls schuldig.»

Fritzsche: «Dieser Anklage gegenüber nicht schuldig.»

Hess: «Nein.»

Vorsitzender: «Dies wird als ‚Nicht schuldig‘ protokolliert.»

Gelächter auf der Pressegalerie.

Vorsitzender: «Wer die Gerichtsverhandlung stört, hat den Saal zu verlassen.»

Göring: «Bevor ich die Frage des Hohen Gerichtshofes beantworte, ob ich mich schuldig oder nicht schuldig bekenne . . .»

Göring glaubt, dass nun seine grosse Stunde gekommen sei. Aber der Vorsitzende unterbricht ihn. Jetzt kommt es nur auf eine vorläufige Erklärung zur Schuldfrage an.

Göring: «Ich bekenne mich im Sinne der Anklage nicht schuldig.» Zu ausführlichen Reden hat Göring später im Zeugenstand noch genügend Zeit. Neun Tage lang wird ihm die Gelegenheit gegeben, fast ununterbrochen zu sprechen. Stellvertretend für alle anderen Angeklagten übernimmt er es, den gemeinsamen politischen Hintergrund, die allgemeinen geschichtlichen Ereignisse zu schildern: wie er sie sieht, wie er sie gesehen haben möchte, die Anfänge Hitlers und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, den Münchener Putsch, die «Kampfzeit» bis zur Machtergreifung.

Auch die Anklagevertreter legen dem Gericht die Vorgeschichte der deutschen Tragödie dar. Ruhig und sachlich murmeln die Stimmen der Dolmetscher aus den Kopfhörern: fern und kühl klingen die Anfänge der dämonischen Lawine, bis ihr Donner im schicksalhaften Januar des Jahres 1933 für alle Welt laut vernehmlich wird.

2 HITLER AN DER MACHT

Hitler Reichskanzler!

Die Zeitungen schreien es in dicken Schlagzeilen hinaus. Eine Weltsensation!

Um ii Uhr 15, am 30. Januar 1933, leistet Hitler in die Hand des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg den feierlichen Eid auf die Weimarer Verfassung, leisten ihn auch die neuen Mitglieder des Kabinetts.

Hat das 86jährige Staatsoberhaupt in dieser Stunde geahnt, was nun kommen würde?

Ein wässriger Glanz schimmert in den Augen des schwergeprüften Hindenburg, als die Vereidigung beendet ist. Mit seiner tiefen Stimme sagt er bewegt zu den neuen Männern:

«Und nun, meine Herren, mit Gott vorwärts!»

Das Tausendjährige Reich hat begonnen.

Aber Hitlers Macht ist noch nicht gefestigt. Noch gibt es Parteien in Deutschland, noch gibt es einen Reichstag mit gewählten Abgeordneten und gesetzgeberischen Vollmachten. Und in diesem Reichstag haben Hitler und seine Partei keine Mehrheit – im Gegenteil: bei den Novemberwahlen von 1932 hat die NSDAP zwei Millionen Stimmen verloren, die Zahl ihrer Abgeordneten ist von 230 auf 196 gesunken.

Goebbels schreibt verzweifelt in sein Tagebuch:

«Wir müssen an die Macht kommen, sonst siegen wir uns in den Wahlen tot!»

Am 5. März 1933 sollen neue Reichstagswahlen in Deutschland stattfinden.

Wird Reichskanzler Hitler bei diesen Wahlen eine Mehrheit bekommen – oder wird er am Volkswillen scheitern? Wird er dann so rasch wieder abtreten müssen wie seine schnell verbrauchten Vorgänger Brüning, Papen und Schleicher?

Alles wird von diesen Wahlen abhängen.

Eine Woche vor dem entscheidenden Wahltag, am 27. Februar 1933, speist Reichspräsident von Hindenburg als Ehrengast im Klub des Vizekanzlers Franz von Papen zu Abend. Die Klubräume liegen in einem Haus an der Ecke Vossstrasse.

Plötzlich bemerken die Gäste, dass draussen ein rötlicher Schein über den Dächern Berlins aufsteigt.

Hindenburg erhebt sich schwer von seinem Sessel und tritt ans Fenster.

Sein Blick fällt auf die Kuppel des Reichstagsgebäudes.

Flammen schlagen heraus.

Der Reichstag brennt!

Durch die nächtlichen Strassen gellt das Klingeln rasender Feuerwehren.

Hindenburg spricht kein Wort. Er starrt hinaus. Er fühlt vielleicht, dass etwas Entscheidendes geschehen ist. Eine Brandfackel ist entzündet, aber der alte Mann versteht die flammenden Zeichen dieser Zeit nicht mehr . . .

Merkwürdige Dinge geschehen in dieser Nacht.

Obwohl die Wahlen vor der Tür stehen und die Funktionäre aller Parteien durch Deutschland reisen, um pausenlos in Versammlungen zu sprechen, sind die drei wichtigsten Männer der NSDAP ausge-rechnet und zufällig am 27. Februar in Berlin: Hitler, Göring und Goebbels.

Wenige Minuten nach dem Feualarm treffen Hitler und Göring auf einem Balkon im brennenden Reichstag zusammen. Auch der Chef der Gestapo, Rudolf Diels, hat sich hier eingefunden.

Göring geht auf Diels zu und ruft dramatisch: «Das ist der Beginn des kommunistischen Aufstandes!»

Dann fängt Hitler zu toben an. Diels erinnert sich, dass «sein Gesicht flammend rot war vor Erregung und von der Hitze. Als ob er bersten wollte, schrie er in so unbeherrschter Weise», wie Diels ihn noch nie erlebt hatte:

«Es gibt jetzt kein Erbarmen! Wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht! Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen,

wo er angetroffen wird. Auch für Sozialdemokraten gibt es jetzt keine Schonung mehr!»

Merkwürdige Dinge geschehen in dieser Nacht.

Weiss man denn schon so genau, wer das Feuer im Reichstag gelegt hat? In Nürnberg versucht zwölf Jahre später der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson die Hintergründe aufzudecken. Er wendet sich an Göring, der im Zeugenstand sitzt.

Jackson: «Nach dem Brand fand eine grosse Säuberungsaktion statt, nicht wahr, bei der viele verhaftet wurden?»

Göring: «Die Verhaftungen, die Sie auf den Reichstagsbrand zurückführen, sind die Verhaftungen der kommunistischen Funktionäre. Diese wären völlig unabhängig von diesem Brande ebenfalls verhaftet worden. Der Brand hat ihre Verhaftung nur beschleunigt.»

Jackson: «Mit anderen Worten, Sie hatten Listen der Kommunisten schon fix und fertig, als das Feuer im Reichstag ausbrach, und zwar von Personen, die verhaftet werden sollten. Stimmt das?»

Göring: «Wir hatten die Listen vorher bereits zum grossen Teil festgelegt. Es war völlig unabhängig vom Brand im Deutschen Reichstag.»

Jackson: «Diese Verhaftungen wurden unmittelbar nach dem Reichstagsbrand durchgeführt?»

Göring: «Im Gegensatz zu meiner Ansicht, es noch wenige Tage hinauszuschieben, wünschte der Führer in der Nacht, dass nun die Verhaftungen sofort und augenblicklich erfolgen sollten.»

Vorbereitete Verhaftungslisten . . .

Merkwürdige Dinge geschehen in dieser Nacht.

Um 21 Uhr ist der erste Polizeiwagen beim brennenden Reichstag eingetroffen. Polizeileutnant Emil Lateit, einige weitere Polizeibeamte und der Hausinspektor Scranowitz dringen in das Gebäude ein. In einem der düsteren Wandelgänge, wo brennende Sofas und Ledersessel einen flackernden Schein verbreiten, wankt den Männern plötzlich eine gespenstische Erscheinung entgegen: ein jüngerer Mann mit schweissglänzendem, entblösstem Oberkörper, wirren Haaren und verstörten Augen. Er rennt zwischen den züngelnden Möbeln herum, ein irres, seliges Lachen auf dem Gesicht.

Scranowitz tritt auf den Fremden zu und erklärt ihn für verhaftet. Polizeileutnant Lateit greift in die Hosentasche des Mannes und findet dort ein Taschenmesser und einen ausländischen Reisepass. Dann wird der Verhaftete von den Beamten zum Ausgang geführt und landet wenige Minuten später auf dem Polizeirevier, wo ihn Kriminalkommissar Walter Zirpins einer ersten Vernehmung unterzieht. Es stellt sich heraus, dass es sich um einen Herumtreiber handelt, den holländischen Staatsangehörigen Marinus van der Lubbe.

«Er war ein ganz intelligenter Bursche», berichtet Zirpins nach

1945. Er sprach auch gut Deutsch. Als wir einen holländischen Dolmetscher haben wollten, war er beleidigt und sagte: ‚Ich kann genauso gut Deutsch wie Sieh Zigaretten und Alkohol lehnte er ab, Bonbons und Orangen ass er massenhaft. Hin und wieder verlangte er Kaffee.›

Dann fährt Zirpins fort: «Er hat fliessend erzählt und liess keinen Satz des Vernehmungsprotokolls durchgehen, den er nicht selbst formuliert hatte. Als das Protokoll nach drei Stunden beendet war, etwa fünfzig bis sechzig Seiten mit je sieben Durchschlägen, unterzeichnete van der Lubbe jede einzelne Seite.»

Alle acht Exemplare dieses inhaltsschweren Dokuments sind aber auf mysteriöse Weise verschwunden und nie wieder zum Vorschein gekommen.

Merkwürdige Dinge geschehen in dieser Nacht.

Branddirektor Ludwig Wissell hat die Feuerwehrmänner des Löschzuges Nr. 6 vernommen und darüber ein Protokoll angefertigt. Löschzug 6 war der erste am Brandort.

In diesem amtlichen Schriftstück heisst es:

«Um für die nachstossenden Löschtrupps Licht zu schaffen, suchte einer der Feuerwehrmänner nach der Möglichkeit, elektrisches Licht einzuschalten. Er begab sich zu einem Abstellraum. Von diesem Abstellraum führte eine Treppe nach unten. Als der Feuerwehrmann die letzten Stufen dieser Treppe, mit den Händen an den Wänden tastend, hinunterging, stiess er mit der linken Hand an einen kleinen Treppenlichtschalter, den er betätigte. Er sah nun in der Richtung der Treppe einen Windfang, von dem einige Scheiben in Grösse von etwa 40 mal 50 Zentimeter zerschlagen waren. Aus diesen Öffnungen starrten dem Feuerwehrmann mehrere Pistolenläufe entgegen, die von Personen gehalten wurden, die in nagelneuen Polizeiformen steckten und den Feuerwehrmann aufforderten, sofort zurückzugehen, da sie sonst von der Schusswaffe Gebrauch machen würden. Der Feuerwehrmann trat den Rückzug an und teilte den Sachverhalt sofort seinem Zugführer mit.»

Berlins Oberbranddirektor Walter Gempff wird durch die einlaufende Meldung misstrauisch. An der Brandstätte selbst kommt er zu der Überzeugung, dass das Feuer in diesem Umfang unmöglich von einem einzelnen Mann angelegt worden sein könne (erst neuere Untersuchungen haben erwiesen, dass dies doch möglich war). Ausserdem bringt Gempff in Erfahrung: Reichstagspräsident Hermann Göring hat angeordnet, das Reichstagsgebäude ausgerechnet in dieser Nacht ohne die übliche Bewachung zu lassen. Alle Beamten mussten um 20 Uhr das Haus verlassen haben. Niemand mehr durfte sich nach dieser Zeit darin aufhalten.

Direktor Gempff gibt seine Wahrnehmungen pflichtgemäss in

einer Lagebesprechung mit der Brandleitung bekannt. Er äussert bei dieser Gelegenheit auch, dass die Feuerbekämpfung durch einen Befehl Görings behindert wurde, nicht sofort höchste Alarmstufe zu geben.

Kurz darauf wird Gempp aus seinem Amt entfernt. Im Zuge der neuen Zeit, die soeben angebrochen ist, wird ihm «Duldung marxistischer und kommunistischer Wühlarbeit und Zurücksetzung national eingestellter Feuerwehrmänner» vorgeworfen. Gempp nimmt ein tragisches Ende, von dem noch gesprochen werden soll.

Martin H. Sommerfeldt, Görings Pressereferent im Preussischen Innenministerium, erhält von seinem Chef an der Brandstätte den Befehl, sofort einen offiziellen Bericht für die Zeitungen zu verfassen. Sommerfeldt schreibt eine Meldung von etwa zwanzig Zeilen, in der er nur ganz sachlich die Tatsache des Brandes, die Löscharbeiten der Feuerwehr und die ersten polizeilichen Untersuchungen erwähnt. Diese Meldung gibt er Göring kurz darauf im Ministerium zu lesen.

«Das ist Mist!» schreit ihn Göring an. «Das ist ein Polizeibericht, aber kein politisches Kommuniqué!»

Göring liest in der Meldung Sommerfeldts, dass man das Gewicht des Brandstiftungsmaterials auf einen Zentner schätze.

«Das ist Quatsch!» braust der Reichstagspräsident erneut auf. «Ein Zentner Brandmaterial? Zehn, hundert Zentner!»

Er nimmt einen Rotstift und malt eine dicke Hundert auf das Blatt Papier. Dann lässt er seine Sekretärin kommen und diktiert ihr in einem Zuge selber einen Bericht. Göring zieht dabei alle Register:

«Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland. Hiernach sollen Regierungsgebäude, Schlösser, Museen und lebenswichtige Betriebe in Brand gesteckt werden. Reichsminister Göring ist dieser ungeheuren Gefahr mit den schärfsten Massnahmen entgegengetreten. Die gesamte Schutzpolizei und Kriminalpolizei in Preussen ist sofort auf höchste Alarmstufe gesetzt worden. Die Hilfspolizei ist einberufen.»

Göring rast in seinem Diktat weiter: «Die kommunistischen Zeitungen, Flugblätter und Plakate sind auf vier Wochen für ganz Preussen verboten. Auf vierzehn Tage verboten sind sämtliche Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate der Sozialdemokratischen Partei.. ..»

Acht Tage vor den entscheidenden Reichstagswahlen werden alle Propagandamöglichkeiten der wichtigsten Gegner Hitlers ausgeschaltet.

Göring schreibt sein grosses G unter den selbstverfassten Bericht und schickt Sommerfeldt in die Kochstrasse, wo schon die Pressevertreter des In- und Auslands auf neue Nachrichten über den Brand

warten. Sommerfeldt zeigt dem Journalisten das Kommuniké – aber die Zeitungleute finden den Inhalt gar nicht aufregend. Das alles haben sie schon vor zwei Stunden an ihre Blätter gekabelt oder telefoniert.

«Ja, von wem haben Sie denn alles schon erfahren, meine Herren?» fragt Görings Pressereferent verblüfft.

«Von Herrn Berndt», wird ihm geantwortet. Von Alfred Ingmar Berndt – dem Beauftragten des Dr. Goebbels!

In der Geheimen Staatspolizei von Berlin sitzt zu diesem Zeitpunkt ein Beamter namens Hans Bernd Gisevius, der bis zu seinem Tode 1974 von der Mittäterschaft der Nazis am Reichstagsbrand überzeugt war. In seinem Erinnerungsbuch «Bis zum bitteren Ende» schreibt Gisevius:

«Das für uns Sensationellste war, dass nicht Göring, sondern Goebbels der eigentliche Brandstifter war. Goebbels hatte den ersten Gedanken gehabt. Goebbels hatte klar erkannt, was in diesem Zusammenhang die Mundtotmachung der Linkspresse bedeutete. Goebbels hatte hierüber eingehend mit Göring verhandelt. Goebbels hatte dabei geheimnisvoll angedeutet, der Führer sehe ein, es müsse irgendetwas Durchschlagendes geschehen, vielleicht ein Attentatsversuch, vielleicht ein Brand, doch Hitler wünschte überrascht zu werden.»

Merkwürdige Dinge geschehen in dieser Nacht – aber es sind alles höchst zweckmässige Dinge.

Reichspräsident von Hindenburg wird wenige Stunden nach dem Feueralarm der Bolschewistenschreck vorgesetzt. Man redet dem greisen Staatsoberhaupt ein, der Reichstagsbrand sei das Signal zum kommunistischen Bürgerkrieg.

Hindenburg will sein Volk vor solchem Blutvergiessen bewahren. Er fällt auf die Täuschung herein und unterschreibt eine Notverordnung, mit der entscheidende Artikel der Verfassung ausser Kraft gesetzt werden: die Freiheit der Person, die freie Meinungsäusserung, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, das Postgeheimnis, der Schutz gegen Haussuchung und Verhaftung ohne richterlichen Befehl.

Der Reichspräsident unterschreibt das Todesurteil der deutschen Demokratie, er öffnet Hitlers Willkür die Tore.

Mit diesem Stück Papier, das die schweren Schriftzüge Hindenburgs trägt, läuft noch in der Nacht des Reichstagsbrandes die erste braune Terrorwelle durch Deutschland. Tausende werden verhaftet. Die Listen sind ja schon längst vorbereitet...

Die Gefängnisse füllen sich. Die ersten Konzentrationslager entstehen. Hitlerfeindliche Zeitungen werden verboten, gegnerische Versammlungen aufgelöst, die Führer der Opposition festgenom-

men. Unter diesem Vorzeichen geht das deutsche Volk am 5. März 1933 an die Wahlurnen. Hitler hat alle Wahlgegner praktisch ausgeschaltet, mit dem Reichstagsbrand ist der Öffentlichkeit Furcht vor der roten Revolution eingejagt worden – gibt es noch eine andere Möglichkeit, als die rettende NSDAP zu wählen?

Aber das deutsche Volk lässt sich trotz Wahlterror und Bürgerkriegs-Bluff nicht überrumpeln: die NSDAP bekommt nur 44 Prozent der Stimmen.

Das ist eine Niederlage für Reichskanzler Hitler. Er muss zu einem neuen Schlag ausholen, um endlich in den Besitz unumschränkter Regierungsgewalt zu kommen.

Am 24. März 1933 tritt der neugewählte Reichstag zusammen. In dieser Sitzung will Hitler ein Gesetz durchbringen, das ihn ermächtigen soll, in Zukunft vollständig ohne parlamentarische Kontrolle und ohne Rücksicht auf die Verfassung zu regieren.

Er weiss, dass die legale Mehrheit des Reichstags diesem Gesetz niemals zustimmen wird. Wieder muss deshalb der Terror helfen: Hitler lässt einen Teil der gegnerischen Abgeordneten einfach verhaften und schüchtert den Rest mit dieser Massnahme ein. Seine Handhabe dafür ist die in der Brandnacht von Hindenburg unterschriebene Notverordnung . . .

Im Nürnberger Prozess berichtet der amerikanische Ankläger Frank B. Wallis:

«Am 14. März 1933 erklärte der Angeklagte Frick (damals schon Reichsinnenminister): ‚Wenn der Reichstag Zusammentritt, werden die Kommunisten durch dringende Arbeiten verhindert sein, an der Sitzung teilzunehmen. In Konzentrationslagern werden wir sie wieder zu fruchtbarer Arbeit erziehen. Untermenschen, die sich nicht mehr erziehen lassen, werden wir auf die Dauer unschädlich zu machen wissen. ‘«

Dann fährt Wallis fort: «Während dieser Periode wurden grosse Teile der Kommunisten und eine kleinere Anzahl von sozialdemokratischen Parlamentsmitgliedern in Schutzhaft genommen. Am 24. März 1933 waren von den regulären 647 Abgeordneten des Reichstags nur 535 anwesend. Die Abwesenheit einiger blieb unentschuldigt. Sie befanden sich in Konzentrationslagern. Infolge der Wucht des Nazi-Drucks und Terrors nahm der Reichstag wirklich das Ermächtigungsgesetz an. Das Abstimmungsergebnis lautete: 441 Ja-Stimmen. Dieser Vorgang kennzeichnet die Ergreifung der politischen Kontrolle durch die Verschwörer.»

So sah Hitlers Machtergreifung wirklich aus!

Eine teuflische Kette, an deren Anfang der Reichstagsbrand steht. Der Reichstagsbrand ist die Fackel, mit der Hitler die Welt in Flammen setzen kann.

Mit dem Ermächtigungsgesetz ist er unumschränkter Diktator. Weimar ist tot, die Demokratie erwürgt.

Aber das Feuer im Reichstag schwelt weiter. In den ersten Monaten des Jahres 1933 muss sich die Hitler-Regierung noch einen Anschein von Rechtsstaatlichkeit geben, denn das Ausland verfolgt die neuen Vorgänge mit besonderer Aufmerksamkeit.

Wieder geschehen merkwürdige Dinge.

Vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig beginnt am 21. September 1933 der Reichstagsbrandprozess.

Den Richtern in ihren scharlachroten Roben sitzen fünf Angeklagte gegenüber: Marinus van der Lubbe; der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion, Ernst Torgler; und die Bulgaren Georgi Dimitroff, Wassil Taneff und Blagoi Popoff.

Torgler und die drei Bulgaren werden freigesprochen. Obwohl Görings Polizei alles versucht hat, diese vier Kommunisten als Mittäter Lübkes hinzustellen, ist ihnen nichts nachzuweisen, und das Gericht ist in jenen Tagen noch Manns genug, ein entsprechendes Urteil zu fällen.

Van der Lubbe wird zum Tode verurteilt.

Van der Lubbe bietet ein erschreckendes Bild. Der gleiche junge Mann, der nach seiner Ergreifung einem dreistündigen Polizeiverhör standhielt, das Protokoll selber diktierte und mehrere hundert Seiten der Vernehmungsniederschriften unterschrieb – dieser gleiche Mann ist jetzt ein Wrack.

Während der ganzen dreimonatigen Verhandlungsdauer sitzt er völlig teilnahmslos und zusammengekrümmt auf der Anklagebank und spricht ausser einem gelegentlichen «Ja» oder «Nein» kein Wort.

Charles Reber, ein international bekannter Giftspezialist, schreibt zu diesem bedauernswerten Fall:

«Verabreicht man einem geistig und körperlich gesunden Menschen täglich eine Dosis von einem viertel bis zu einem halben Milligramm Scopolamin, so wird dieser Mensch in einen Zustand von vollkommener Teilnahmslosigkeit und Vertiertheit verfallen. Sein Hirn ist wie gelähmt, und er befindet sich in einem steten Dämmerzustand. Sein Rücken krümmt sich immer mehr und mehr, er lacht albern ohne Anlass.»

Genau dieses Bild bietet van der Lubbe.

Lubbe ist der einzige, der wirklich im brennenden Reichstag gefunden wurde. Zweimal im Verlauf des Prozesses hebt van der Lubbe den Kopf von den Knien und lallt:

«Die anderen ...»

Dann sinkt er jedesmal in sein stumpfes Schweigen zurück. Der gebrochene Mann kann nichts mehr aussagen. Er ist im Prozess ein lebender Toter, der sein Geheimnis mit aufs Schafott nehmen wird.

Dafür redet ein anderer.

Sehr zum Unwillen des Vorsitzenden, des betagten Senatspräsidenten Wilhelm Büniger, entwickelt sich der Angeklagte Dimitroff selber zu einem Ankläger, der die Zeugen in die Zange nimmt, gewichtige Zeugen, wie zum Beispiel Dr. Josef Goebbels und Hermann Göring.

Dimitroff ist die Selbstsicherheit in Person. Seine Fragen sind wie Jiu-Jitsu-Griffe, denen Goebbels und Göring nicht gewachsen sind.

«Ich habe den Eindruck», sagt Goebbels als Zeuge verwirrt, «dass Dimitroff vor diesem Gericht für den Kommunismus Propaganda machen will!»

Dimitroff: «Haben die Nationalsozialisten sich verteidigt?»

Goebbels, aufgebracht: «Selbstverständlich haben wir uns verteidigt!»

Dimitroff, ruhig: «Glauben Sie jetzt, dass auch wir Kommunisten das Recht haben, uns zu verteidigen?»

Viel dramatischer wird sein Zusammenstoß mit dem Zeugen Göring. Der Reichspräsident und preussische Ministerpräsident hat sich für diesen Tag eigens eine neue Uniform schneidern lassen. Nun steht er breitbeinig in braunen Schaftstiefeln vor dem Gericht. Er redet, dass ihm der Schweiß von der Stirn perlt, seine Stimme überschlägt sich, mit einem Taschentuch wischt er sich immer wieder das Gesicht ab.

Göring versucht, die offizielle Lesart von der bolschewistischen Brandstiftung aufrechtzuerhalten und wettet gegen die verbrecherische Weltanschauung des Kommunismus.

Dimitroff: «Ist dem Herrn Ministerpräsidenten bekannt, dass diese verbrecherische Weltanschauung den sechsten Teil der Erde regiert, nämlich die Sowjetunion?»

Göring, wütend: «Ich will Ihnen sagen, was dem deutschen Volk bekannt ist. Bekannt ist dem deutschen Volke, dass Sie sich hier unverschämt benehmen, dass Sie hierhergelaufen sind, um den Reichstag anzustecken. Sie sind in meinen Augen ein Gauner, der direkt an den Galgen gehört!»

Vorsitzender: «Dimitroff, ich habe Ihnen bereits gesagt, dass Sie hier keine kommunistische Propaganda zu treiben haben. Sie dürfen sich dann nicht wundern, wenn der Zeuge derartig aufbraust. Ich untersage Ihnen diese Propaganda auf das Strengste. Sie haben rein sachliche Fragen zu stellen.»

Dimitroff: «Ich bin sehr zufrieden mit der Antwort des Herrn Ministerpräsidenten.»

Vorsitzender: «Ob Sie zufrieden sind, ist mir gleichgültig. Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort!»

Dimitroff: «Ich habe noch eine sachliche Frage zu stellen.»

Vorsitzender: «Ich entziehe Ihnen das Wort!»

Dimitroff: «Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?»

Göring: «Was fällt Ihnen ein, Sie Gauner, Sie Strolch!»

Vorsitzender: «Hinaus mit Ihnen!»

Göring: «Hinaus, Sie Strolch! Hinaus!»

Dimitroff: «Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?»

Die Wachtmeister packen den Angeklagten und zerren ihn aus dem Gerichtssaal. Auf dem Weg zur Tür schreit Dimitroff immer wieder in den allgemeinen Tumult:

«Sie haben wohl Angst, Herr Ministerpräsident? Sie haben wohl Angst? Haben Sie Angst, Herr Ministerpräsident. . .?»

Bemerkenswert ist, dass drei Gerichtssachverständige – Feuerspezialisten, Wärmetechniker und Chemiker – im Reichstagsbrandprozess übereinstimmend feststellen, van der Lubbe könne das umfangreiche Feuer in der kurzen Zeit unmöglich allein gelegt haben. Nach heutigen Untersuchungen hält man es für möglich, dass die Gutachter die Zeitspanne zu kurz ansetzten und die Kaminwirkung des Plenarsaales unterschätzten. Immerhin:

Van der Lubbe benützte einige Kohlenanzünder der Marke *Fleissige Hausfrau*, mit denen er in dem riesigen Reichstagsgebäude höchstens einige lokale Feuerchen entfachen konnte. Die Löschmannschaften aber fanden ausgedehnte Flächenbrände im grossen Plenarsaal, in den Hallen und Gängen vor.

Der Gerichtschemiker Dr. Schatz erklärt, dass ein flüssiges Selbstentzündungsmittel verwendet worden sein muss.

In diesem Augenblick geschieht etwas Unheimliches. Der apathische van der Lubbe hebt den Kopf. Ein Augenzeuge aus dem Gerichtssaal berichtet:

«Van der Lubbe wurde von einem lautlosen Lachen geschüttelt. Sein ganzer Körper war ein einziges zuckendes Gelächter.»

Was war das Geheimnis dieses Mannes?

Im Nürnberger Prozess wird diese Frage zwölf Jahre später noch einmal aufgerollt. Wieder ist Göring Zeuge. Der amerikanische Ankläger Jackson nimmt ihn ins Kreuzverhör. Doch wie anders sieht die Szene diesmal aus!

Jackson: «Wer war Karl Ernst?»

Göring: «Ernst war der SA-Führer von Berlin.»

Jackson: «Und wer war Helldorf?»

Göring: «Graf Helldorf war der spätere SA-Führer von Berlin.»

Jackson: «Und Heines?»

Göring: «Heines war der SA-Führer von Schlesien zu diesem Zeitpunkt.»

Jackson: «Es ist Ihnen wohl bekannt, dass Ernst eine Erklärung abgegeben hat, derzufolge diese drei den Reichstag angesteckt und Sie und Goebbels den Plan dazu entworfen und das aus Petroleum und Phosphor bestehende Brandmaterial geliefert hätten, das Sie in einem unterirdischen Gang bereitstellen liessen, der von Ihrem Hause zum Reichstagsgebäude führte. Sie wussten von dieser Erklärung?»

Göring: «Eine Erklärung des SA-Führers Ernst kenne ich nicht.»

Jackson: Aber es gab einen solchen Gang von dem Reichstagsgebäude zu ihrem Haus?»

Göring: «Auf der einen Seite der Strasse steht das Reichstagsgebäude, gegenüber das Palais des Reichstagspräsidenten. Zwischen beiden ist ein Gang, auf dem die Kokswagen für die Zentralheizungen fahren.»

Jackson: «Sie wurden ganz allgemein beschuldigt, das Reichstagsgebäude in Brand gesteckt zu haben. Wussten Sie das?»

Göring: «Das konnte mich weiter nicht berühren, weil es nicht den Tatsachen entsprach. Es hatte keinen Zweck und Sinn für mich, den Reichstag anzustecken. Ich bedauerte an sich von der künstlerischen Seite durchaus nicht, dass das Plenum verbrannt ist; ich hoffte, ein besseres aufzubauen. Ich bedauerte aber ausserordentlich, dass ich gezwungen war, einen neuen Reichstags Sitzungssaal zu suchen und meine Kroll-Oper dafür herzugeben. Die Oper erschien mir erheblich wichtiger als der Reichstag.»

Jackson: «Haben Sie sich jemals damit gebrüstet, wenn auch nur aus Witz, den Reichstag angezündet zu haben?»

Göring: «Nein. Ich habe einen Witz gebraucht, wenn Sie den meinen, dass ich sagte, ich träte demnächst in Konkurrenz mit dem Kaiser Nero. Es wird voraussichtlich sehr bald heissen, ich habe mit einer roten Toga, mit einer Leier in der Hand gegenübergestanden und zu dem Reichstagsbrand aufgespielt.»

Gelächter im Gerichtssaal.

Göring: «Das war der Witz. Tatsächlich aber wäre ich beinahe durch den Reichstagsbrand umgekommen, für das deutsche Volk sehr unangenehm, für seine Gegner sehr angenehm.»

Jackson: «Sie haben also nie erklärt, den Reichstag angesteckt zu haben?»

Göring: «Nein. Ich weiss, dass Herr Rauschnig in seinem Buch sagt, ich hätte mit ihm darüber gesprochen.»

Hermann Rauschnig war Senatspräsident von Danzig und hat in der Emigration seine *Gespräche mit Hitler veröffentlicht*. Die Stellen des Buches, die Göring meint, lauten:

«Kurz nach dem Reichstagsbrand wünschte Hitler von mir über die Lage in Danzig Bericht zu haben. Ehe wir in der Reichskanzlei

vorgelassen wurden, hatten wir Gelegenheit, in der Wandelhalle vor den damaligen Amtsräumen Hitlers einige antichambrierende Nazigrößen zu sprechen. Göring, Himmler, Frick, einige Gauleiter aus dem Westen unterhielten sich. Göring erzählte Details des Reichstagsbrandes. In der Partei wurde damals das Geheimnis des Brandes noch streng gehütet. Erst aus dem Gespräch erfuhr ich, dass der Reichstag ausschliesslich von der nationalsozialistischen Führung angezündet worden war.

Göring schilderte, wie ‚seine Jungens‘ durch einen unterirdischen Gang aus dem Präsidentenpalais in den Reichstag gelangten, wie sie wenige Minuten Zeit gehabt und fast entdeckt worden wären. Er bedauerte, dass nicht ‚die ganze Bude‘ niedergebrannt sei. In der Eile hätten sie keine «ganze Arbeit» leisten können.

Göring, der das grosse Wort führte, schloss den Bericht mit dem wahrhaft bedeutungsvollen Wort: ‚Ich habe kein Gewissen! Mein Gewissen heisst Adolf Hitler.‘»

Was aber sagt Göring im Nürnberger Zeugenstand?

Göring: «Herrn Rauschning habe ich in meinem Leben nur zweimal ganz flüchtig gesehen. Wenn ich schon den Reichstag angezündet hätte, so würde ich das voraussichtlich nur im allerengsten Vertrautenkreis, wenn überhaupt, bekanntgegeben haben. Einem Mann, den ich überhaupt nicht kenne und von dem ich heute nicht sagen kann, wie er überhaupt ausgesehen hat, würde ich mich niemals gegenüber geussert haben. Eine absolute Fälschung.»

Jackson: «Können Sie sich an ein Mittagessen an Hitlers Geburtstag 1942 im Offizierskasino im Führerhauptquartier in Ostpreussen erinnern?»

Göring: '«Nein.»

Jackson: «Sie können sich dessen nicht mehr erinnern? Ich werde Ihnen eine Aussage von General Franz Halder vorlegen lassen, die vielleicht Ihr Gedächtnis auffrischen wird. Ich lese es vor: «Anlässlich eines gemeinsamen Mittagmahls am Geburtstag des Führers 1942 kam in der Umgebung des Führers das Gespräch auf das Reichstagsgebäude und seinen künstlerischen Wert. Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: «Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich; ich habe ihn ja angezündet!» Dabei schlug er sich mit der flachen Hand auf die Schenkel.»«

Halder ergänzt später: «Ich sass in der nächsten Nähe Hitlers, auf dessen rechter Seite Göring sass. Jedes Wort war klar und deutlich zu verstehen. Auch die Wirkung des Göringschen Wortes bewies die Bedeutung seiner Erklärung. Völlige Stille verbreitete sich über die Tafelrunde. Hitler war sichtlich von dieser Äusserung sehr unangenehm berührt. Erst nach Minuten kam die Unterhaltung der Tischgesellschaft wieder zögernd in Gang.»

Göring: «Diese Unterhaltung hat nicht stattgefunden, und ich bitte, mir Herrn Halder gegenüberzustellen. Eine derartige Äusserung ist ein absoluter Unsinn. Wie Herr Halder dazu kommt, weiss ich nicht. Nur sein schwaches Gedächtnis, das er auch militärisch hatte, kann da anscheinend der Grund sein.»

Jackson ist entwaffnet.

Er dringt nicht weiter in Göring.

«Warum hat Jackson aufgegeben?» wurde der amerikanische Ankläger Robert Kempner, der heute als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main tätig ist, von den Verfassern gefragt. «Wir hatten so viele Morde und sonstige Verbrechen», antwortete Kempner und zuckte die Schultern, «dass wir auf diese lausige Brandstiftung nicht angewiesen waren.» So spielte der Reichstagsbrand bei der Urteilsfindung in Nürnberg keine Rolle. Wohl aber in der Voruntersuchung. Das war bei der Umstrittenheit des Themas bis in unsere Zeit sicher die taktisch beste Lösung.

Kempner hat Göring in der Voruntersuchung viele Fragen über den Brand vorgelegt. Einige Stellen dieses Protokolls sind auch im Prozess verlesen worden.

Kempner: Wie konnten Sie Ihrem Pressevertreter eine Stunde nach dem Beginn des Reichstagsbrandes ohne Untersuchung mitteilen, dass die Kommunisten es getan hätten?»

Göring: «Hat der Pressevertreter gesagt, dass ich dies getan habe?»

Kempner: «Ja, er sagte, Sie hätten es gesagt.»

Göring: «Es ist möglich; als ich zum Reichstag kam, waren der Führer und seine Herren dort. Ich war nicht ganz sicher damals, aber er war der Meinung, dass die Kommunisten das Feuer gelegt hatten.»

Kempner: «Wenn man jetzt zurückblickt, ohne die Aufregung von damals, war es nicht verfrüht, ohne jede Untersuchung zu sagen, dass die Kommunisten das Feuer gelegt haben?»

Göring: «Ja, das ist möglich, aber der Führer wollte es so. Wenn ich überhaupt etwas für möglich halte . . .»

Kempner: «Sie begannen einen Satz . . . sagen Sie doch, was Sie für eine Idee haben.»

Göring: «Wenn überhaupt etwas in dieser Angelegenheit getan oder beabsichtigt wurde, dann kann ich nur glauben, dass es von einer anderen Seite kam.»

Kempner: «Was denken Sie in dieser Beziehung zum Beispiel über Polizeipräsident Ernst [den SA-Führer von Berlin]? Lassen Sie uns offen über Ernst reden.»

Göring: «Ja, an diesen Mann dachte ich, wenn überhaupt eine andere Hand im Spiel war. Was Ernst betrifft, glaube ich, dass alles möglich ist.»

Kempner: «Wer waren die Leute, die an so etwas interessiert waren? Ich frage Sie als Politiker.»

Göring: «Ich möchte wirklich wissen, welches Interesse Ernst gehabt haben könnte. Angenommen, dass er sich sagte: «Zünden wir den Reichstag an und behaupten, es waren die Kommunisten.» Dann kann ich nur glauben, dass die SA glaubte, eine grössere Rolle in der Regierung spielen zu können.»

Diese Erklärung passt genau zu der Aussage, die ein anderer Zeuge im Nürnberger Prozess macht: der ehemalige Gestapobeamte Hans Bernd Gisevius.

Am 25. April 1946 sagte Gisevius in Nürnberg unter Eid:

«Goebbels sprach mit dem Führer der Berliner SA-Brigade, Karl Ernst, und regte auch im Einzelnen an, wie die Brandstiftung vorgenommen werden könnte. Man wählte eine gewisse Tinktur, die jeder Feuerwerker kennt. Man verspritzt sie, und sie entzündet sich nach einer gewissen Zeit.

Um in den Reichstag hineinzugelangen, benötigte man den Gang, der von dem Reichstagspräsidentenpalais in den Reichstag führte. Es wurde eine Kolonne von zehn zuverlässigen SA-Leuten bereitgestellt, und nunmehr wurde Göring über alle Einzelheiten des Planes ins Bild gesetzt. Es wurde von Göring erwartet – und er sicherte dies zu-, die Polizei im ersten Stock zu instruieren, dass sie auf die falsche Spur gelenkt wurde. Man wollte von Anfang an dieses Verbrechen den Kommunisten in die Schuhe schieben.»

Jackson: «Was ist aus den zehn SA-Leuten geworden, die den Reichstag in Brand gesteckt haben?»

Gisevius: «Soweit wir sie uns vorgemerkt hatten, ist keiner mehr am Leben. Die meisten wurden am 30. Juni unter dem Vorwand des Röhm-Putsches ermordet. Nur einer, ein gewisser Heini Gewehr, wurde in die Polizei als Polizeioffizier übernommen. Wir haben auch seine Spur verfolgt. Er ist im Kriege an der Ostfront gefallen.»

Alle Mitwisser und alle, die unvorsichtigerweise den Spuren des Brandes nachgegangen sind, haben ihr Leben verloren.

Oberbranddirektor Gemppe wird bald nach seiner Entlassung aus dem Amt erdrosselt. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Ernst Oberfohren, aus dessen Feder ein Bericht über den wahren Hergang der Brandstiftung stammen soll, wird an seinem Schreibtisch erschossen aufgefunden.

Der Hellseher Erik Hanussen, der schon zwei Tage vor dem Brand in einer Sitzung verkündete, er sehe «ein grosses Haus in Flammen», wird kurze Zeit später im Grünwald umgebracht. Hanussens vermutlicher Zuträger, Ingenieur Georg Bell, der seine Informationen aus engsten nationalsozialistischen Kreisen bezog, zieht es vor, nach

Österreich zu fliehen. Zuvor übergibt er in München dem Redakteur Fritz Michael Gerlich geheime Nazi-Papiere.

Wegen einer drohenden Haussuchung müssen diese Papiere schleunigst verschwinden: der letzte, der sie gesehen hat, ist der einstuige württembergische Staatspräsident Eugen Anton Bolz. An den Inhalt kann sich Gerlichs Sekretärin Breit noch genau erinnern. Die Schriftstücke enthielten angeblich: Angaben über den Reichstagsbrand; einen Vertrag zwischen der NSDAP und dem britischen Öl-Milliardär Deterding über eine geheime Finanzierung der SA gegen eine Bevorzugung von Deterdings deutschen Ölinteressen nach der Machtübernahme; eine Liste von Zeugen dafür, dass Hitler seine Nichte Geli Raubal ermordet habe; Pläne zur Verächtlichmachung der Kirche; Pläne des Stabschefs Röhm zur Beseitigung Hitlers nach der Machtübernahme.

Die Männer, die Einblick in diese gefährlichen Dokumente nehmen, müssen sterben: der nach Österreich geflohene Bell wird dort von dem SA-Standartenführer Uhl aufgestöbert und mit sechs Pistolenschüssen niedergestreckt. Uhl selbst wird am 30. Juni 1934 in Ingolstadt ermordet. Am gleichen Tag wird auch Gerlich umgebracht. Staatspräsident Bolz wird noch kurz vor Kriegsende im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli hingerichtet. Ein anderer Mitwisser, Paul Waschinsky, der angeblich van der Lubbe in die Brandstiftung hineingezogen hat, wird ebenfalls 1934 beseitigt. Hauptmann Röhrbein, der in einem Gefängnis behauptet, als SA-Mann zu den Brandstiftern gehört zu haben, wird erschossen. SA-Führer Ernst, der den Trupp durch den unterirdischen Gang geführt haben soll, begeht die Dummheit, SA-Obergruppenführer Edmund Heines, einen Brief zu schreiben, der mit den Worten beginnt: «Ich gebe hiermit eine Darstellung des Reichstagsbrandes, an dem ich beteiligt war.» Ernst wird ermordet.

Noch einen Spiessgesellen gibt es: den Zuchthäusler und SA-Mann Rall. Er ist einfältig genug, bei einem Amtsgericht seine Mitäterschaft zu Protokoll zu geben. Das Protokoll soll zum Reichsgericht nach Leipzig geschickt werden, wird aber von der Gestapo abgefangen. Die Gestapo hat ihre Informationen von dem Protokollführer des Amtsgerichts, dem SA-Mann Reineking, erhalten.

Rall wird beseitigt. Ein Mordkommando schleppt ihn in einem Auto nachts auf ein freies Feld in der Nähe Berlins. Dort würgt man ihn, bis er leblos liegenbleibt. Die Mörder, zu denen auch Reineking gehört, schaufeln ein Grab. Aber als sie Rall hineinwerfen wollen, ist der Tote verschwunden. Er ist wieder erwacht und läuft nur mit einem Hemd bekleidet, über den nächtlichen Acker. Er wird eingeholt, noch einmal gewürgt und dann verscharrt. Reineking selbst wird Ende 1934 im Konzentrationslager Dachau ermordet.

Das ist die blutige Spur des Reichstagsbrandes im Dunkel jener Jahre.

In Nürnberg aber wird Göring noch einmal in Unruhe versetzt. Plötzlich ist einer der Toten wiederauferstanden . . .

Der Zeuge Gisevius hat sich nämlich geirrt: Einer der Brandstifter, jener SA-Mann Heini Gewehr, der an der Ostfront gefallen sein soll, wird von Görings Verteidigern ausfindig gemacht. Er lebt!

Er hat den Krieg überstanden. Er befindet sich in amerikanischer Gefangenschaft im Lager Hammelburg bei Bad Kissingen. Eine Sensation steht bevor: Denn wenn Göring wirklich nichts mit dem Feuer zu tun hat, dann müsste Gewehr nun aussagen: Alles ist reine Phantasie. Ich weiss nichts von einem Brandstiftertrupp, ich habe ihm jedenfalls nicht angehört.

Rechtsanwalt Werner Bross, ein Assistent von Görings Verteidiger Dr. Otto Stahmer, bringt die freudige Nachricht dem Angeklagten ins Gefängnis. Doch nun geschieht wieder etwas Merkwürdiges. Bross schreibt in seinen Erinnerungen:

«Göring aber, weit entfernt, erfreut zu sein, wurde sehr unsicher . . .»

«Diese Angelegenheit muss äusserst vorsichtig behandelt werden», sagt der einstige Reichstagspräsident in der Nürnberger Besucherkabine. Er hat auch eine Begründung zur Hand: «Mit solchen Zeugen muss man sehr aufpassen! Selbst wenn die SA wirklich den Reichstag angezündet hätte, so ist damit ja noch nicht gesagt, dass ich davon wusste. Wer garantiert, dass nicht dieser Zeuge mit einer Aussage, die mich belastet, seine Freiheit erkaufen will?»

Die geheimnisvollste Nacht der deutschen Geschichte blieb somit im Nürnberger Prozess im Zwielflicht. Viele haben seither versucht, dieses Zwielflicht aufzuhellen und Legende und Wirklichkeit zu trennen. Manche haben damit nur neue Legenden geschaffen. Immerhin neigen viele Historiker heute, nachdem neue Tatsachen und Indizien ans Licht kamen (insbesondere durch Fritz Tobias), zu der Auffassung, dass van der Lubbe ein Einzeltäter war.

«Aus diesem Resultat», so schreibt der Historiker Dr. Hans Mommsen 1964 in seiner Untersuchung *Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen*, «kann nur eine böswillige Fehlinterpretation eine Bestätigung der These herauslesen, es sei ja alles nicht so schlimm gewesen. Es handelt sich hier nur um eine Tatsachenfrage. Freilich liesse sich daran die Bemerkung knüpfen, ob nicht gerade in der Tatsache, dass den Nationalsozialisten die Brandstiftung zuge-
traut wurde, ein erhebliches Stück historischer Wirklichkeit und historischer Wahrheit steckt».

Wie immer die Ursache des Reichstagsbrandes auch heute gesehen werden mag: Die Wirkung der Brandnacht und ihre enormen

politischen Möglichkeiten hatten die Nationalsozialisten jedenfalls sofort erkannt und sich mit infernalischer Perfektion zu Nutze gemacht . . .

3 DIE BLUTIGE SAAT

«Nachdem sie die vollständige politische Kontrolle erlangt haben», sagt der amerikanische Ankläger Frank B. Wallis, «haben die Nazi-Verschwörer sich nun darangemacht, ihre Macht zu festigen. Der erste Schritt bei der Festigung der Macht war die rücksichtslose Verfolgung der politischen Gegner mittels Konzentrationslager oder Mord. Konzentrationslager erschienen zuerst im Jahre 1933 und fanden Anwendung als Mittel zur Kaltstellung politischer Gegner, man nahm sie in sogenannte ‚Schutzhaft‘. Dieses System der Konzentrationslager wuchs und verbreitete sich über Deutschland . . .» Die entscheidenden Monate des Jahres 1933 sind voll von Unruhe. Was auf offener Strasse geschieht und was dort vorgeht, wohin kein gewöhnlicher Deutscher blicken darf, wird von den neuen Männern als «Umbruch», als «Gleichschaltung» bezeichnet.

Die nationalsozialistische Revolution marschiert.

Konsul Raymond H. Geist, erster amerikanischer Botschaftssekretär, hat diese Tage in Berlin miterlebt. Seine Eindrücke übergibt er dem Nürnberger Gericht als eidesstattliche Erklärung. Ankläger Wallis liest Stellen daraus vor:

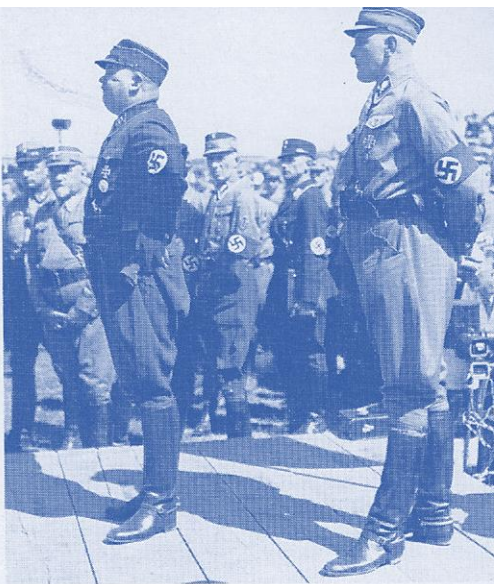
«Sofort im Jahre 1933 wurden Konzentrationslager eingerichtet und der Gestapo unterstellt. Die erste Welle der Terrorakte begann im März 1933, begleitet von ungewöhnlichen Gewalttätigkeiten des Pöbels. Nachdem die Nationalsozialistische Partei im März 1933 die Wahlen gewonnen hatte, brachen sich am Morgen des 6. März die zurückgedämmten Leidenschaften Bahn, in Gestalt von Angriffen in grossem Massstabe gegen die Kommunisten, ebenfalls gegen die Juden und andere Leute. Horden von SA-Leuten trieben sich in den Strassen herum, schlugen, raubten und töteten sogar Menschen. Für Deutsche, die in Schutzhaft durch die Gestapo genommen waren, hatte man besondere Verfahren der Brutalität und des Schreckens. Die Opfer zählten nach Hunderttausenden in Deutschland.»

Nun, das ist die Aussage eines amerikanischen Zeugen, und sie ist im Jahre 1945 entstanden. Kann sie objektiv sein?

Hören wir, was Göring selbst dazu im Zeugenstand unter Eid erklärt, als ihn sein Verteidiger, Dr. Otto Stahmer, über diese Dinge befragt.

Göring: «Selbstverständlich sind im Anfang Übergriffe vorgekommen, selbstverständlich wurden da und dort auch Unschuldige betroffen, selbstverständlich wurde auch da und dort geschlagen,

Ernst Röhm, Stabschef der SA, mit dem Gruppenführer von Schlesien, Heines, beim Appell in Berlin-Tempelhof 1934.



Baldur von Schirach als Reichsjugendführer 1938 im Kreise seiner Hitlerjugend.





Reichstagsbrandprozess 1933: Der Holländer Marinus van der Lubbe wird vom Reichsgericht schuldig gesprochen und hingerichtet.

Alfred Rosenberg spricht auf einer Tagung der NS-Kulturgemeinde in Berlin über Weltanschauung und Kunst'.



und es sind Roheitsakte verübt worden, aber gemessen an der Grösse der Vorgänge ist doch diese deutsche Freiheitsrevolution die unblutigste und disziplinierteste aller bisherigen Revolutionen der Geschichte gewesen.»

Dr. Stahmer: «Haben Sie die Behandlung der Häftlinge überwacht?»

Göring: «Ich habe selbstverständlich Anweisung gegeben, dass solche Dinge zu unterbleiben haben. Dass sie vorkamen und überall in grösserem und kleinerem Ausmass vorkamen, habe ich eben gesagt.»

Dr. Stahmer: «Sind Sie bei Missständen, die Ihnen bekannt wurden, eingeschritten?»

Göring: «Ich habe mich um die Konzentrationslager persönlich bis zum Frühjahr 1934 gekümmert. Ich möchte den Fall Thälmann kurz streifen, weil er der markanteste war, denn Thälmann war ja der Führer der Kommunistischen Partei. Ich kann heute nicht sagen, wer mir eine Andeutung machte, dass Thälmann geschlagen worden sei. Ich habe ihn unvermittelt zu mir kommen lassen, direkt zu mir ins Zimmer, und habe ihn ganz genau ausgefragt. Er sagte mir, dass er besonders im Anfang der Vernehmungen geschlagen worden sei. Ich habe daraufhin Thälmann gesagt:

«Lieber Thälmann, wenn ihr zur Macht gekommen wäret, wäre ich voraussichtlich nicht geschlagen worden, aber ihr hättet mir sofort den Kopf abgeschlagen!» Das bestätigte er mir auch.

Ich habe ihm darauf gesagt, er möchte in Zukunft mir, wenn irgend etwas nicht nur an ihm, sondern auch an anderen in dieser Richtung geschehen würde, ganz frei Mitteilung machen. Ich könnte nicht immer dabeistehen, aber es sei nicht mein Wille, dass irgendwelche Roheitsakte an ihnen verübt werden sollten.»

Während Göring diese Geschichte erzählt, denkt er nicht an eine Rede, die er selbst am 3. März 1933 in aller Öffentlichkeit gehalten hat. Der britische Ankläger Harcourt Barrington bringt sie aber später zum Vorschein und liest vor:

«Volksgenossen! Meine Massnahmen werden nicht angekränkt sein durch irgendwelche juristische Bedenken. Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts!»

Auch der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson hat Göring über die ersten Konzentrationslager ins Kreuzverhör genommen.

Jackson: «Sowie Sie zur Macht kamen, hielten Sie es für notwendig, zur Aufnahme unverbesserlicher Gegner Konzentrationslager zu errichten?»

Göring: «Die Idee der Konzentrationslager ist nicht so entstan-

den, dass man sagte: Hier sind eine Reihe von Oppositionsmännern oder Persönlichkeiten, die in Schutzhaft genommen werden sollten, sondern sie entstanden durch den schlagartigen Einsatz gegen die Funktionäre der Kommunistischen Partei, die ja gleich zu Tausenden und aber Tausenden anfielen und die in Schutzhaft genommen wurden und nicht in die Gefängnisse kamen. Es wurde notwendig, dafür ein Lager zu errichten, ein oder zwei oder drei.»

Jackson: «Die Konzentrationslager gehörten zu den Einrichtungen, die Sie für notwendig hielten, sobald Sie zur Macht kamen, nicht wahr?»

Göring: «Das ist richtig. Ich spreche jetzt vom Anfang; später hat sich da vieles geändert. Später, als zum Teil auch Leute aus unpolitischen Gründen verhaftet wurden, haben einmal, ich erinnere mich daran noch, ich, als preussischer Ministerpräsident, und der Reichsminister . . .»

Jackson, ungeduldig: «Lassen wir das. Ich habe Sie das nicht gefragt. Wenn Sie nur Antwort auf meine Fragen geben, werden wir Zeit sparen. Sie haben alle gerichtlichen Überprüfungen verboten und hielten es für notwendig, diese gerichtlichen Überprüfungen auszuschalten, wenn Personen in sogenannte ‚Schutzhaft‘ genommen wurden?»

Göring: «Ich bitte, dass ich zur Beantwortung des eben Gehörten eine Ausführung . . .»

Jackson: «Das ist Sache Ihres Verteidigers. Nun, was die Konzentrationslager und die Schutzhaft betrifft. . .»

Hier schaltet sich der Vorsitzende, Lordrichter Lawrence, ein: «Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass dem Zeugen gestattet werden soll, alle Erklärungen abzugeben, die er zur Beantwortung dieser Frage für notwendig hält.»

Jackson, grimmig: «Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass Sie jetzt Ihre Erklärung hierzu geben können, und wird Ihre Antworten entgegennehmen.»

Göring, lächelnd: «Ich wollte nur ausführen, dass eine Verfügung erlassen worden war, dass Männern, die in das Konzentrationslager eingeliefert wurden, nach vierundzwanzig Stunden der Grund ihrer Einlieferung bekanntgegeben werden sollte und dass sie das Recht auf einen Anwalt hatten.»

Wie stimmt das mit Görings Feststellung zusammen: «Meine Massnahmen werden nicht angekränkt sein durch irgendwelche juristische Bedenken?» Waren die Konzentrationslager im Anfang wirklich eine verhältnismässig harmlose Einrichtung?

Ein Mann, der es genau wissen muss, ist der ehemalige Gestapo-Chef Rudolf Diels. Seine Aussagen haben auch in Nürnberg eine Rolle gespielt.

Es geht dabei nur um das Jahr 1933.

«Für die Entstehung der Konzentrationslager gibt es keinen Befehl und keine Weisung; sie wurden nicht gegründet, sie waren eines Tages da», sagt Diels. «Die SA-Führer errichteten ‚ihre‘ Lager, weil sie der Polizei ihre Gefangenen nicht anvertrauen wollten oder weil die Gefängnisse überfüllt waren. Im ganzen Lande wurde geprügelt.»

Überall richten SA-Gruppen auf eigene Faust versteckte Prügelstätten ein, sogenannte «Bunker», in denen die braunen Revolutionäre ihr Mütchen an wehrlosen Gegnern kühlen. Die Nachrichten dringen rasch über die deutschen Grenzen und entsetzen die Welt. Irgendetwas muss geschehen, um den schlechten Eindruck wieder zu verwischen. Hitler legt noch Wert auf die Meinung des Auslands. Aus den «wilden» Lagern und Kellern muss ein geordnetes System gemacht werden. Aber die SA denkt gar nicht daran, sich plötzlich bremsen zu lassen. Es kommt zu einer Machtprobe.

Gestapo-Chef Diels hört von einer Prügelstätte im vierten Stock der Gauleitung Berlin in der Hedemannstrasse: «Hier hatten sich Misshandelte ihren Plagegeistern durch einen todbringenden Sprung auf die Strasse entzogen. Davon berichtete ein Bewohner eines Nachbarhauses.»

«Ein tapferer Offizier des Kommandos Wecke», sagt der Gestapo-Chef weiter, «war bereit, mir bei der Schliessung der Marterstätte zu helfen. Eine mit Handgranaten bewaffnete Polizeimannschaft umstellte die Umgebung des Hauses. Da ging auch die SA in Stellung. Sie baute Maschinengewehre im Eingang des Hauses und in den Fenstern auf.»

Diels ruft den SA-Männern zu, dass Göring die Räumung befohlen habe.

«Ich erntete gellendes Lachen, als ich auf die mit Handgranaten ausgerüsteten Beamten wies. Aber das Hin und Her endete schliesslich mit der Auslieferung der Gefangenen.

Ich konnte nun mit den Polizeimannschaften die Marterhöhle betreten. Dort waren die Fussböden einiger leerer Zimmer, in denen sich die Folterknechte betätigten, mit einer Strohschütte bedeckt worden. Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in enge Schränke gesperrt worden, um ihnen ‚Geständnisse‘ zu erpressen. Die ‚Vernehmungen‘ hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen. Eingeschlagene Zähne und gebrochene Knochen legten von den Torturen Zeugnis ab.

Als wir eintraten, lagen diese lebenden Skelette reihenweise mit eiternden Wunden auf dem faulenden Stroh. Es gab keinen, dessen

Körper nicht vom Kopf bis zu den Füßen die blauen, gelben und grünen Male der unmenschlichen Prügel an sich trug. Bei vielen waren die Augen zugeschwollen, und unter den Nasenlöchern klebten Krusten geronnenen Blutes. Jeder Einzelne musste auf die bereitgestellten Einsatzwagen getragen werden; sie waren des Gehens nicht mehr fähig. Im Polizeigefängnis des «Alex» ordnete ich eine ärztliche Untersuchung an. Die Lektüre des amtsärztlichen Berichts konnte dem stärksten Manne Übelkeit verursachen.»

Diels berichtet über zahlreiche derartige SA-Höhlen, die erst nach und nach mit Gewalt aufgelöst werden konnten. Schwieriger wird es, die «wilden» Konzentrationslager unter staatliche Aufsicht zu zwingen. Auch hier stehen sich oft SA oder sogar SS und Politiker mit der Waffe gegenüber.

Eines dieser Lager befindet sich bei Papenburg. Diels erklärt:

«In Papenburg hatte mir der Bürgermeister auch von den Ausschreitungen der SS gegenüber der Bevölkerung berichtet. Danach zogen die SS-Männer marodierend durch diese Gegend wie die Schweden im Dreissigjährigen Krieg. Sie «beschlagnahmen», nahmen Verhaftungen von Personen vor, die ihnen missliebig waren, und liessen sich in Prügeleien ein.»

Diels will das Lager übernehmen:

«Görings Vertreter, Staatssekretär Grauert, bewilligte fünfzig, mit Karabinern ausgerüstete Berliner Polizeibeamte. Einem Parlamentär wurde eröffnet, die Polizei werde mit Maschinengewehren empfangen werden, wenn sie sich dem Lager nähern sollte.»

Grauert setzt zwei Hundertschaften der Osnabrücker Schutzpolizei gegen das Lager in Marsch. Schussbereit stehen nun Polizei und SS gegeneinander.

Diels eilt zu Hitler. Die Situation ist ihm unheimlich. Er fragt zur Sicherheit, «ob die Polizei nunmehr mit Waffengewalt gegen die SS vorgehen könne».

Hitler befiehlt, Artillerie der Reichswehr heranzuziehen und das ganze Lager «erbarmungslos zusammenzuschossen».

Unter dieser Drohung kapituliert die SS. Aber schon erreichen Diels neue Alarmnachrichten; diesmal aus dem Lager Kemna bei Wuppertal.

«Die SA hatte dort gefangene Kommunisten auf besonders «originelle» Weise gepeinigt», berichtet der Gestapo-Chef. «Man hatte sie Heringslauge zu trinken gezwungen, um sie dann in den heissen Sommertagen vergeblich nach einem Schluck Wasser lechzen zu lassen. Einer meiner Kommissare berichtete, dass sich dort die SA auch den «Scherz» geleistet habe, die Gefangenen auf Bäume klettern zu lassen; sie mussten in den Gipfeln stundenlang aushalten und in bestimmten Abständen «Kuckuck» rufen.»

Der Kemna-Prozess, der 1947 stattfand, hat bestätigt: Die Häftlinge wurden in Gruppen zu fünfundzwanzig in Bunker gesperrt, in denen nur fünf Platz hatten. Nachts wurden sie einzeln herausgeholt und «verhört» – mit anderen Worten: bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen. Ihre Schreie übertönte man mit dem Abspielen des Deutschlandliedes. Für die Misshandlungen hatten die SA-Männer eine Bank gebaut, auf die sich die Häftlinge legen mussten. Ein Folterknecht nahm den Kopf des Opfers zwischen die Beine, ein zweiter hielt die Füße, und dann wurde losgedroschen. Anderen wurden brennende Zigarren in den Mund gedrückt, die sie aufessen mussten.

Das war 1933. Was später erst geschehen soll, zeichnet sich schon furchtbar am Horizont ab . . .

Immerhin werden die «wilden» Lager allmählich aufgelöst oder unter Staatskontrolle genommen. Göring erreicht, dass hier Ordnung geschaffen wird.

Aus Gründen der Menschlichkeit? Im Nürnberger Zeugenstand sagt er zum Beispiel über eines dieser Lager bei Breslau:

«Jedenfalls war es ein von mir nicht erlaubtes Lager. Ich habe es sofort geschlossen und aufgelöst.»

Es war also nur eine Frage der inneren Machtpolitik, der Erlaubnis, und keine Rührung der Humanität! Selbst ein Entlastungszeuge Görings, der ehemalige Staatssekretär Paul Körner, muss das im Kreuzverhör gegenüber Jackson zugeben:

Jackson: «Was war an diesen Konzentrationslagern nicht in Ordnung, dass sie geschlossen werden mussten?»

Körner: «Diese wilden Lager waren ohne Genehmigung des damaligen preussischen Ministerpräsidenten ins Leben gerufen worden, und er hat sie auch deswegen unverzüglich verboten.»

Jackson: «War das der einzige Grund, dass sie ohne seine Genehmigung errichtet worden waren?»

Körner: «Ich glaube, ja.»

Jackson: «Göring hat keine Konzentrationslager geduldet, die nicht unter seiner Kontrolle standen, stimmt das?»

Körner: «Jawohl.»

Aus den «wilden» Lagern werden «genehmigte» Lager. Das ist der einzige Unterschied. An den Zuständen ändert sich nichts. Häftlinge werden «auf der Flucht erschossen», wie die amtliche Bemäntelung nun heisst, andere begehen Selbstmord – aber Deutschland ist ein Land des Schweigens geworden.

In den Städten lodern die Scheiterhaufen: Bücherverbrennung. Tausende von Werken, die mitgeholfen hatten, Deutschlands wissenschaftlichen und literarischen Rang in der Welt zu erhöhen, werden ein Opfer der Flammen.

Was ist über Nacht aus dem Deutschland der Dichter und Denker,

der Erfinder und Komponisten, der berühmten Forscher, Mediziner und Techniker, der soliden Handwerker, gewissenhaften Beamten und tüchtigen Arbeiter geworden? Goebbels diktiert, was in den Zeitungen stehen darf. Alles andere wird höchstens noch in kleinstem Kreis geflüstert; die meisten erfahren überhaupt nichts von den Geschehnissen.

Doch im Ausland darf die Presse noch schreiben. Und die Nachrichten, die sie aus Deutschland erhält, lösen einen papierenen Entzündungssturm aus. Jenseits der deutschen Grenzpfähle kann man schon 1933 in jeder Zeitung lesen, was Gestapo-Chef Diels erst sieben Jahre später so drastisch beschrieben hat: Tausende werden gefangengehalten, geschunden, getötet.

Boycottiert dieses Deutschland!

Das ist der Ruf, der als natürliche Reaktion im Ausland laut wird. Kauft keine deutschen Waren mehr! Reist nicht nach Deutschland in Urlaub! Zwingt Deutschland durch den Boykott, den Verfolgungen und Schrecken ein Ende zu machen!

Hitler ist es in wenigen Monaten gelungen, das deutsche Ansehen in der Welt zum Sinken zu bringen, wie ein Thermometer, das plötzlich in eiskaltes Wasser getaucht wird. Aber Goebbels dreht den Spiess um: alles sei nur eine böswillige Erfindung des Auslands, eine üble «Greuelhetze» des «internationalen Weltjudentums»!

Am 1. April 1933 soll in ganz Deutschland ein Anti-Boycott stattfinden, eine «Vergeltung für die ausländischen Lügennachrichten». Prügelknabe: die Juden.

«Was können Sie dazu sagen, und welche Rolle spielten Sie dabei?» fragt Rechtsanwalt Dr. Hanns Marx seinen Mandanten, den Angeklagten Julius Streicher. Und Streicher, der sich die Judenverfolgung zur Lebensaufgabe gemacht hatte, erzählt im Zeugenstand eine naive Geschichte:

«Ich wurde einige Tage vor dem 1. April nach München in das Braune Haus befohlen. Adolf Hitler erklärte mir das, was ich schon wusste. In der Auslandspresse sei eine ungeheure Hetze gegen das neue Deutschland im Gang, und wir müssten jetzt dem Weltjudentum sagen: ‚Bis hierher und nicht weiter.‘ Er sagte, es solle am 1. April ein Anti-Boycott-Tag festgesetzt werden, und er wünschte, dass ich die Sache übernehme. Ich übernahm also die Leitung des Anti-Boycotts. Ich ordnete an, dass kein jüdisches Leben angegriffen werden dürfe, dass vor jedem jüdischen Geschäft ein Posten stehen müsse oder mehrere, die dafür verantwortlich sind, dass keine Sachbeschädigung geschehen könne. Fest steht, der Anti-Boycott-Tag ist bis auf Nebensächlichkeiten tadellos abgelaufen.»

Ja, alles ist tadellos abgelaufen: auf die Schaufenster der jüdischen Geschäfte werden Davidsterne gemalt, SA-Leute verwehren der

Kundschaft den Zutritt, Posten stehen vor der Praxis jüdischer Rechtsanwälte und Ärzte, überall kleben Plakate: «Kauft nicht bei Juden!» Den ganzen Tag rattern Lastwagen durch die Strassen, vollgepackt mit SA-Männern, die im Chor Streichers Parole brüllen: «Juda verrecke!»

Im Lärm des Anti-Boycott-Tages will Goebbels die Stimme der Wahrheit ersticken.

Zugleich läuft ganz offen die Verordnungs- und Gesetzgebungsmaschine an. Im Reichsgesetzblatt von 1933, das in Nürnberg vorgelegt wird, sind die Tatsachen eindeutig zu finden: Die Angeklagten Frick und von Neurath unterschreiben die Ausbürgerung eingewanderter Juden, Frick schliesst Juden von Ämtern und Staatsstellungen, aus Presse und Rundfunk aus, verbannt sie von den Universitäten, aus ärztlichen, juristischen und sogar aus landwirtschaftlichen Berufen.

Aussenpolitische Manöver lenken die Aufmerksamkeit der Welt von den inneren Vorgängen ab: Hitler verlässt die Abrüstungskonferenz und erklärt Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund. Er will die Arme frei haben. Er greift schon nach den nächsten Zielen: Wiederbewaffnung, Aufrüstung . . .

Aus den hunderttausend Mann der alten Reichswehr werden die Armeen der Wehrmacht. Aber in diesem Punkt hat Hitler zuvor noch ein Hindernis zu überwinden: Was soll nun mit der Millionenmasse seiner Revolutionsarmee geschehen, mit der SA? Für Hitler ist Röhm mit der SA unbequem geworden. Er kann keine andere Macht mehr neben sich dulden. Jeder Widerstand muss aus dem Weg geräumt werden.

«Bei der Niederwerfung des Widerstandes darf das Blutbad des 30. Juni 1934 nicht vergessen werden», heisst es in der Nürnberger Anklageschrift. «Es ist als Röhm-Putsch bekannt und enthüllt die Methoden, die Hitler und seine engsten Mitarbeiter, darunter der Angeklagte Göring, anzuwenden bereit waren, um jeden Widerstand niederzuschlagen und ihre Macht zu festigen. An jenem Tage wurde Röhm, Stabschef der SA seit 1931, auf Hitlers Befehl ermordet, die «alte Garde» der SA wurde ohne Gerichtsverfahren und ohne Warnung hingemetzelt. Bei dieser Gelegenheit wurde eine grosse Anzahl von Leuten umgebracht, die sich zu irgendeinem Zeitpunkt Hitler widersetzt hatten.»

Wieder ist es Hermann Göring, dem im Nürnberger Prozess Gelegenheit gegeben wird, ausführlich zu den blutigen und von vielen Geheimnissen umrankten Ereignissen des 30. Juni 1934 Stellung zu nehmen: er war schliesslich einer der Hauptbeteiligten. Hier ist seine offizielle Version:

«Die Hauptgegensätzlichkeit zwischen Röhm und uns bestand

darin: Röhm wollte einen stärkeren revolutionären Weg gehen. Nach der Machtübernahme wollte Röhm unter allen Umständen das Reichswehrministerium in die Hand bekommen. Das lehnte der Führer rundweg ab.

Einige Wochen vor dem Röhm-Putsch vertraute mir ein unterer SA-Führer an, dass er gehört habe, dass eine Aktion gegen den Führer und die zum Führer stehenden Männer der Bewegung geplant sei. Ich kannte Röhm gut. Ich liess ihn kommen. Ich hielt ihm offen die Dinge vor, die ich gehört hatte. Ich erinnerte ihn an die gemeinsame Kampfzeit und forderte ihn auf, dem Führer unbedingte Treue zu halten. Er versicherte mir, dass er selbstverständlich nicht daran dächte, irgendetwas gegen den Führer zu unternehmen.

Kurz darauf erhielt ich weitere Nachrichten, dass er mit jenen Kreisen enge Verbindung habe, die ebenfalls in scharfer Ablehnung uns gegenüberstanden. Es war einmal der Kreis um den früheren Reichskanzler Schleicher. Es war der Kreis um den aus der Partei ausgeschlossenen früheren Reichstagsabgeordneten und Organisationsleiter der Partei, Gregor Strasser. Ich fühlte mich verpflichtet, nun mit dem Führer darüber zu sprechen. Zu meinem Erstaunen erklärte mir der Führer, dass auch er bereits die Dinge wisse und sie als sehr bedrohlich ansehe. Er wollte aber die weitere Entwicklung abwarten und sorgfältig beobachten. Der nächste Akt ereignete sich ungefähr genauso, wie der Zeuge Körner das hier geschildert hat.»

Görings damaliger Privatsekretär Paul Körner hatte zwei Tage zuvor im Zeugenstand von Nürnberg Fragen des Verteidigers Dr. Otto Stahmer beantwortet:

Dr. Stahmer: «Was wissen Sie über die Vorgänge bezüglich der Röhm-Revolte?»

Körner: «Dass eine Röhm-Revolte geplant war, erfuhr ich, wie ich mich mit dem Reichsmarschall in Essen aufhielt, wo wir zur Hochzeit des Gauleiters Terboven anwesend waren. Während der Hochzeitsfeierlichkeiten kam Himmler und machte dem Führer einen Bericht. Später zog dann der Führer den Reichsmarschall ins Vertrauen.»

Dr. Stahmer: «Welche Anweisung erhielt Göring?»

Körner: «Der Führer wies Göring an, sich nach den Hochzeitsfeierlichkeiten unverzüglich nach Berlin zurückzugeben, da sich der Führer selbst nach Süddeutschland begab, um diesen Meldungen persönlich nachzugehen.»

Lassen wir nun Göring weitersprechen:

«Ich erhielt den Auftrag, in Norddeutschland sofort gegen die betreffenden Männer des Röhm-Kreises vorzugehen. Für einen Teil wurde bestimmt, dass er festgenommen werden sollte. Für den SA-Führer Ernst sowie für zwei, drei andere verfügte der Führer im Laufe des Tages die Exekution. Er selbst begab sich nach Bayern, wo die

letzte Tagung einer Reihe der Röhm-Führer stattfand, und verhaftete persönlich Röhm und dessen Leute in Wiessee. Zu diesem Zeitpunkt war tatsächlich schon die Sache bedrohlich, weil einige SA-Formationen unter Vorspiegelung falscher Parolen bewaffnet und aufgeboten waren. An einer einzigen Stelle kam es zu einem ganz kurzen Kampf, wo zwei SA-Führer erschossen wurden. Als das Hauptquartier des SA-Führers Ernst in Berlin ausgehoben wurde, fand man in den Kellern dieses Hauptquartiers mehr Maschinenpistolen, als die gesamte preussische Schutzpolizei besass.

Es bestand kein Befehl, die anderen zu verhaftenden Leute zu erschliessen. Es ist bei der Verhaftung des ehemaligen Reichskanzlers Schleicher dazu gekommen, dass sowohl er wie seine Frau getötet wurden. Eine darüber angestellte Untersuchung ergab, dass bei der Verhaftung Schleicher nach einer Pistole griff, um sich selbst vielleicht zu erschliessen. Darauf hoben die beiden Leute ihre Pistolen, und Frau von Schleicher warf sich dem einen an den Hals, um ihn zu fassen, und er behauptet, dass dabei seine Pistole losgegangen sei. Wir bedauerten diesen Vorfall ausserordentlich.

Im Laufe des Abends hörte ich, dass auch andere Leute erschossen worden seien. Auch solche, die mit diesem Röhm-Putsch überhaupt nichts zu tun hatten. Der Führer kam am selben Abend nach Berlin. Nachdem ich das gehört hatte, ging ich nächsten Mittag zum Führer und bat ihn, sofort einen Befehl zu erlassen, dass jede Exekution unter allen Umständen von ihm, dem Führer, verboten sei, obwohl noch zwei Leute, die sehr beteiligt waren und die der Führer für die Exekution bestimmt hatte, am Leben waren. Diese beiden blieben daraufhin auch am Leben.

Ich bat ihn, das zu tun, weil ich die Sorge hatte, dass die Sache ihm aus der Hand gleiten könnte, wie es schon zum Teil geschehen war. Ich stellte ihm vor, dass keinesfalls weiteres Blutvergiessen daraus werden sollte. Der Führer hat dann diese Anordnung in meiner Gegenwart getroffen. Die Aktion wurde dann im Reichstag bekanntgegeben und durch den Reichstag und den Reichspräsidenten als Staatsnotwehr oder Staatsnotstand gutgeheissen.»

Etwas später wird Göring von Jackson zu diesen Fragen ins Kreuzverhör genommen.

Jackson: «Was hat Röhm tatsächlich getan, dass er erschossen wurde?»

Göring: «Röhm hat einen Staatsstreich vorbereitet, bei dem auch der Führer getötet werden sollte; er wollte eine Revolution daran anschliessen, die sich vor allem gegen die Armee richtete.»

Jackson: «Und Sie hatten dafür Beweise?»

Göring: «Wir hatten dafür genügend Beweise.»

Jackson: «Aber es ist ihm nie Gelegenheit gegeben worden, sich

vor Gericht zu verteidigen, wie Sie dies hier tun können, nicht wahr?»

Göring: «Das ist richtig. Er wollte einen revolutionären Akt machen, und deshalb hat es der Führer für richtig gehalten, diese Sache sofort im Keime zu ersticken, und zwar nicht durch ein Gerichtsverfahren, sondern durch sofortiges Niederschlagen der Revolte.»

Jackson: «Wer hat Röhm tatsächlich erschossen? Wissen Sie das?»

Göring: «Ich weiss nicht, wer die Erschiessung durchführte.»

Jackson: «Unter denen, die erschossen wurden, befand sich auch Erich Klausner, der Chef des Katholischen Deutschlands?»

Göring: «Klausner befand sich ebenfalls unter den Erschossenen, und gerade der Fall Klausner gab mir jenen Grund, beim Führer ein sofortiges Abstoppen jeder weiteren Aktion herbeizurufen, da nach meiner Auffassung Klausner vollkommen zu Unrecht erschossen wurde.»

Jackson: «Als es dann soweit gekommen war, dass nur noch zwei von der Liste übrig waren, da griffen Sie ein und verlangten, dass damit aufgehört werde. Stimmt das?»

Göring: «Nein, so ist das nicht richtig. Als ich erkannte, dass eine Reihe von Leuten auch erschossen wurden, die mit dieser Sache nichts zu tun hatten, griff ich ein. Bei meinem Eingreifen waren noch zwei Persönlichkeiten übrig, deren Erschiessung der Führer an sich angeordnet hatte.»

Das ist Görings offizielle Darstellung, wie sie etwa auch im Jahre 1934 von Hitler bekanntgegeben wurde.

Ein Zeuge in Nürnberg hat dieses Märchen zerstört. Der Verteidiger des angeklagten einstigen Innenministers Wilhelm Frick, Dr. Otto Pannenbecker, vernimmt Hans Bernd Gisevius, der damals in der Polizeiabteilung des Innenministeriums sass. Was Gisevius unter Eid zu sagen hat, klingt ganz anders:

«Ich muss zunächst sagen, dass es niemals einen Röhm-Putsch gegeben hat. Am 30. Juni hat es nur einen Göring-Himmler-Putsch gegeben. Ich bin in der Lage, über dieses Kapitel einigermaßen Auskunft geben zu können, weil ich in der Polizeiabteilung diesen Fall bearbeitete und miterlebte. Die SA hat nicht geputscht, womit ich keineswegs ein Wort der Entschuldigung für die SA-Führer aussprechen will. Nur war die Lage so, dass sich schroff auf der einen Seite die SA mit Röhm an der Spitze, auf der anderen Seite Göring und Himmler gegenüberstanden. Es war dafür gesorgt, dass die SA ein paar Tage vor dem 30. Juni auf Urlaub geschickt wurde. Die SA-Führer wurden ausgerechnet zu diesem 30. Juni von Hitler zu einer Besprechung nach Wiessee eingeladen. An sich ist es nicht üblich, dass Putschisten, die marschieren wollen, im Schlafwagen zu einer

Sitzung fahren. Und sie wurden dann auch am Bahnhof überrascht und sofort zur Exekution gefahren.

Der sogenannte Münchner Putsch spielte sich so ab, dass die Münchner SA überhaupt nicht antrat und dass eine Autostunde von München die sogenannten Hochverräter Röhm und Heines schliefen, ohne überhaupt zu ahnen, dass nach Schilderungen von Hitler und Göring am Abend zuvor in München sich ein Putsch abgespielt haben sollte.

Der Putsch in Berlin konnte von mir sehr genau beobachtet werden. Er spielte sich absolut unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit und der SA ab. Einer der angeblichen Hauptputschisten, der Berliner SA-Gruppenführer Karl Ernst, war vier Tage vor dem 30. Juni sehr besorgt, es schwirrten in Berlin Gerüchte herum, die SA wolle putschen. Er bat um eine Unterredung bei dem Innenminister Frick, damit er diesem versichern könne, es sei kein Putsch geplant. Ich habe diese originelle Unterredung, wo ein SA-Führer dem Innenminister des Reiches versicherte, nicht putschen zu wollen, selber vermittelt.

Karl Ernst fuhr dann auf eine Erholungsreise nach Madeira. Er wurde am 30. Juni von dem (noch nicht ausgelaufenen) Ozeandampfer weg nach Berlin zur Exekution gebracht. Ich habe seine Ankunft auf dem Flughafen Tempelhof selber erlebt, was mir deshalb besonders interessant erschien, weil ich wenige Stunden zuvor, die amtliche Mitteilung seiner Hinrichtung in den Zeitungen gelesen hatte.

Das war also der sogenannte SA- und Röhm-Putsch. Ich war zugegen, wie der Angeklagte Göring die Presse am 30. Juni über diesen Vorfall unterrichtete. Bei dieser Gelegenheit fiel das böse Wort, er habe seit Tagen auf ein mit Hitler verabredetes Stichwort gewartet. Er habe dann zugeschlagen, natürlich blitzschnell, aber er habe auch seinen Auftrag erweitert. Diese Auftragserweiterung kostete einer grossen Zahl unschuldiger Menschen das Leben. Ich erinnere nur noch an die Generale von Schleicher, der sofort mit seiner Frau ermordet wurde, von Bredow, den Ministerialdirektor Klausner und viele andere.»

Die Hintergründe des sogenannten Röhm-Putsches sind nicht nur durch die Aussage des Zeugen Gisevius aufgehellert worden. Geschichtsforschung und verschiedene Prozesse vor deutschen Gerichten haben nach 1945 das wahre Bild deutlich gemacht: Hitler, Göring und Himmler entledigten sich am 30. Juni 1934 unter dem Vorwand eines angeblichen SA-Aufstandes aller Gegner in den eigenen Reihen. Die alte Garde, die zwölf Jahre lang für Hitler marschiert war und ihren Lohn forderte, wurde einfach erschossen. Alte, unbequeme Mitwisser – wie Schleicher, der mit dem Reichstags-

brand in Verbindung stehende Ernst und seine noch lebenden Genossen – wurden für immer zum Schweigen gebracht.

Warum hat Hitler gerade den 30. Juni zum Tag des blutigen Massakers gewählt? Hindenburg ist zu diesem Zeitpunkt ein todkranker Mann. Jeden Tag kann mit seinem Ableben gerechnet werden – und damit ist die Frage brennend aktuell, wer Nachfolger im Amt des Reichspräsidenten und Staatsoberhaupt werden soll.

Reichskanzler Hitler will selbst Staatsoberhaupt werden, denn allein mit diesem Amt bekommt er auch den Oberbefehl über die Reichswehr in seine Hände. Er muss handeln und alle Kräfte vernichten, solange Hindenburg noch am Leben ist. Röhm mit drei Millionen SA-Männern ist zweifellos das drohendste Hindernis für seine ehrgeizigen Pläne. Deshalb muss Röhm sterben.

Der Angeklagte Hans Frank, 1934 noch bayerischer Justizminister, hat in seiner Nürnberger Gefängniszelle aufgeschrieben, wie er den entscheidenden Schlag Hitlers in München miterlebte:

«Da ich festgestellt hatte, dass offenbar unser Justizgefängnis Stadelheim das grösste Sammelbecken der Verhafteten darstellte, fuhr ich persönlich hinaus. Es waren seit sechs Uhr morgens bis etwa zwei Uhr nachmittags fast zweihundert SA-Führer von der SS eingeliefert worden, die ‚auf Befehl des Führers‘ als «Staatsgefangene der Reichsregierung‘ in Zellen untergebracht worden waren. Schon aus den Namen sah ich, dass nahezu die gesamte SA-Hierarchie fast aus ganz Deutschland und alle Abteilungschefs der SA-Führung verhaftet in Stadelheim sassen.

Eine Stunde vor Mittag wurde Röhm selbst eingeliefert mit seinem ganzen Stab an besonders Vertrauten und Adjutanten. Auch diese sassen nun alle in Zellen. Ich ging durch die Korridore, hinter deren Zellentüren nun die Elite des Parteikämpfertums sass, und bedachte bei diesem Gang die so plötzliche Wendung des Menschenschicksals. Was war Röhm gestern noch für ein Name mit Macht, Kraft und Einfluss – und heute sass er völlig entmachtet hinter Schloss und Riegel!

Ich liess mir seine Zelle öffnen und trat ein. Er war sehr erfreut und sagte:

«Was soll das alles? Heute früh hat mich Adolf Hitler in Wiessee persönlich verhaftet. Er holte mich aus dem Bett. Was ist im Gang? Herr Dr. Frank, ich bin Soldat, immer nur Soldat gewesen. Der Führer ist in den Händen des Einflusses meiner Todfeinde. Passen Sie auf, er zerstört jetzt die ganze SA. Mir geht es nicht um mein Leben, aber bitte kümmern Sie sich um meine Angehörigen . . .’

Seine Augen schauten mich ernst und flehend besorgt an. Als ich mich von ihm trennte, war es ein Abschied fürs Leben. Die Zellentür schon in der Hand, sagte ich ihm Lebewohl. Röhm drückte mir

meine Hände und sagte: ‚Alle Revolutionen fressen ihre eigenen Kinder.‘ «

Röhm bekommt eine Pistole auf den Zellentisch, um sich zu erschiessen. Er weigert sich.

«Hitler soll mich selber erschiessen!» brüllt er.

Gegen Mittag knallt eine Salve auf dem Gefängnishof. Die Exekution der anderen SA-Führer hat begonnen.

Röhm hämmert gegen die Zellentür und verlangt Kaffee. Man bringt ihm einen Blechbecher. Er trinkt, wirft das Gefäss in die Ecke und schreit:

«Ich will anständigen Kaffee haben, nicht euren Scheiss Zucht-haus-Kaffee!»

Ein ehemaliger Angehöriger der bayerischen Landespolizei, Johann Mühlbauer, hat 1957 als Zeuge im Münchner Schwurgerichtsprozess gegen Sepp Dietrich und Michael Lippert ausgesagt, wie sich' der letzte Akt des Dramas vollzog:

Zwei SS-Männer gehen zu Röhms Zelle. Einer von ihnen stösst die Tür auf und ruft:

«Herr Stabschef, machen Sie sich fertig!»

Röhm steht mit entblösstem Oberkörper und geschlossenen Augen in der Mitte der Zelle.

Einer der beiden SS-Führer kommandiert: «Feuer!»

Beide schiessen fast gleichzeitig.

Röhm fällt steif nach hinten, sein massiger Körper liegt auf dem steinernen Zellenboden.

«Mein Führer, mein Führer!» lallt der Sterbende noch.

«Das hätten Sie sich früher überlegen sollen, jetzt ist es zu spät», sagt einer der beiden Mörder. Dann wendet er sich zu dem anderen: «Geben Sie ihm den Gnadenschuss.»

Der SS-Mann beugt sich zu Röhm hinunter, setzt ihm die Pistole auf die nackte Brust und drückt ab.

Röhm ist tot, und mit ihm die SA – sie wird nie wieder irgendeine Rolle spielen. Tot sind alle, die hinter die Kulissen geschaut haben, alle, die Hitler noch hätten in den Arm fallen können.

4 WIEN, 25. JULI 1934

«Wenn ich für jeden einzelnen deutschen Mörder verantwortlich wäre, der im Ausland sich betätigte, dann hätte ich viel zu tun gehabt . . .»

Der Mann, der diese Worte im Zeugenstand des Nürnberger Prozesses spricht, ist der angeklagte Aussenminister Hitlers, Constantin von Neurath.

Das Bekenntnis wirkt sensationell.

Hitler hat freie Bahn. Jetzt greift er über die Grenzen. Die Zwischenfälle häufen sich.

«Am Montag, dem 23. Juli 1934, wurde ein Schiff mit Explosionsmaterial am Bodensee von der schweizerischen Polizei beschlagnahmt. Es handelt sich um eine Sendung deutscher Bomben und Munition nach Österreich.»

Sidney S. Alderman von der amerikanischen Anklagebehörde verliest diese Sätze. Sie stammen aus dem Tagebuch des Botschafters der Vereinigten Staaten in Berlin, William E. Dodd.

«Das war meiner Ansicht nach ein böses Vorzeichen», heisst es in Dodds Notizen weiter. Tatsächlich tritt zwei Tage später ein Ereignis ein, das zum erstenmal seit Hitlers Machtergreifung die Welt vor seinen weiteren Plänen warnt: Die Mörder, von denen Neurath sprach, sind in Wien zum Staatsstreich geschritten. Unter ihren Schüssen verblutet der österreichische Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuss. Er stirbt langsam und qualvoll, während seine Mörder dabei sitzen, eine Zigarette rauchen und ihm ärztlichen und geistlichen Beistand verweigern.

Zur gleichen Stunde genießt Adolf Hitler in einer Loge des Bayreuther Festspielhauses Wagners *Rheingold*. Er kann allerdings nur mit einem Ohr zuhören, denn zum anderen beugen sich abwechselnd seine Adjutanten Julius Schaub und Wilhelm Brückner nieder und flüstern ihm die rasch einlaufenden Nachrichten aus Österreich zu.

Die letzten lauten, dass das Unternehmen der SS-Standarte 89 fehlgeschlagen ist und Mussolini in höchster Eile Truppen an den Brenner geworfen hat, um Österreich gegen Hitler beizustehen.

«Nach der Vorstellung war der Führer sehr aufgeregt», schreibt Friedelind Wagner, die in Bayreuth alles miterlebte. «Es war furchtbar anzusehen.»

Obwohl er nach dem Misslingen des Umsturzes eigentlich alle Hände voll zu tun hätte, eilt er ins Festspielhaus-Restaurant.

«Ich muss für eine Stunde hinüber», erklärt er seiner Umgebung, «und mich sehen lassen, sonst glauben die Leute, ich hätte etwas damit zu tun!»

«Auf Grund der Beweisaufnahme», plädiert der britische Hauptankläger Sir Hartley Shawcross elf Jahre später in Nürnberg, «kann wenig Zweifel daran bestehen, dass die Ermordung von Dollfuss in Berlin ausgeheckt und von Hitler etwa sechs Wochen vorher arrangiert worden war.»

Der Anschluss Österreichs – 1938 so glänzend gelungen – ist 1934 gescheitert. Gescheitert ist auch Hitlers erster Versuch, die Grenzen seiner Macht auszudehnen. Immerhin hat der Versuch die Metho-

den enthüllt, mit denen von nun an Aussenpolitik getrieben werden soll. Alles, was sich am 25. Juli 1934 in Österreich ereignete, hat sich in der einen oder anderen Form später immer wiederholt.

«Ich frage Sie», nimmt der amerikanische Ankläger Jackson Göring ins Kreuzverhör, «ob es nicht eine Tatsache ist, dass Hitler eine Gedenktafel in Wien zu Ehren der Männer, die Dollfuss ermordet hatten, anbringen liess und selbst hinging und einen Kranz auf ihren Gräbern niederlegte. Stimmt das? Können Sie mir das mit Ja oder Nein beantworten?»

Göring, ausweichend: «Nein, ich kann weder mit Ja noch mit Nein darauf antworten. Ich wollte sagen, diesen Vorgang habe ich hier erst gehört.»

«Die deutsche Regierung leugnete jede Verbindung mit dem Putsch und der Ermordung Dollfuss' ab», sagt Sidney S. Alderman in Nürnberg. «Wir wollen nun die Lage vier Jahre später betrachten, am 25. Juli 1938, nach dem Anschluss Österreichs. Zu dieser Zeit drückten die hohen deutschen Beamten nicht mehr ihr Bedauern über den Tod von Dr. Dollfuss aus. Nur zu bereitwillig enthüllten sie, was der Welt bereits bekannt war, nämlich, dass sie sich mit dem Mord an dem früheren Kanzler identifizierten.» Dann fährt Alderman fort:

«Die Gedenktafel selbst, Hoher Gerichtshof, ist heute zertrümmert, wie so viel hier in Nürnberg, aber wir fanden eine Fotografie in der Wiener Nationalbibliothek. Ich möchte diese Fotografie, die damals vier Jahre nach dem Putsch aufgenommen wurde, als Beweis vorlegen. Ein Blumenkranz umrahmt die Gedenktafel, und das Hakenkreuz, das Nazi-Symbol, ist deutlich sichtbar in dem Kranz zu sehen. Wie die Fotografie zeigt, ist auf der Platte zur Erinnerung an diese verruchte Tat zu lesen:

154 deutsche Männer der 89. SS-Standarte traten hier am 23. Juli 1934 für Deutschland an. 7 fanden den Tod durch Henkershand.

Ich muss gestehen, dass mich diese Tafel und die Fotografie selbst ausserordentlich interessieren. Die für diese Marmorplakette gewählten Worte – und wir können sicher sein, dass sie sorgfältig gewählt wurden – beweisen uns klar, dass die beteiligten Männer nicht unzufriedene österreichische Aufrührer waren, sondern Mitglieder einer militärähnlichen Gruppe, die hier für Deutschland antraten. Ein weiterer Beweis scheint kaum notwendig.»

Wie ist die Lage in Österreich 1934? An der Spitze der Regierung befindet sich ein Mann, dessen Ehrgeiz und Energie in keinem Verhältnis zu seiner Körpergrösse stehen: Dr. Engelbert Dollfuss ist klein von Statur und schon deshalb die Zielscheibe unzähliger Witze. Dollfuss sammelt diese Witze und amüsiert sich köstlich darüber. Er hat Format, er besitzt diplomatisches Geschick und wird trotzdem

nicht mit den Problemen seiner Zeit fertig. Er begeht politische Fehler.

Dollfuss ist christlichsozialer Diktator und geht bei seinem grossen Bruder in die Schule: bei Benito Mussolini. Er trifft sich mehrmals mit dem italienischen Regierungschef und holt sich Ratschläge. Mussolini ist damals noch kein Freund Hitlers. Im Gegenteil, er fürchtet, dass Hitlers Macht und Einfluss in ganz Europa zu gross werden könnten. Dollfuss gegenüber versichert er sogar, dass es sein Ziel ist, «die Donauvölker von der Herrschaft der germanischen Rasse zu befreien».

Er gibt seinem österreichischen Kollegen zahlreiche politische Tips, die erst viele Jahre später durch die Veröffentlichung des geheimen Briefwechsels zwischen den beiden Staatsmännern bekanntgeworden sind. Mussolini will ein faschistisches Österreich und fordert Dollfuss auf, einen radikalen Kampf gegen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zu führen.

Dollfuss, in der Gefahr, zwischen links und rechts zerrieben zu werden, folgt den Einflüsterungen aus Rom. Im Februar 1934 nimmt er eine sozialdemokratische Streikdrohung zum Anlass und lässt mit Kanonen in die Wiener Arbeiterviertel hineinschiessen. Er verbietet die SPÖ, er verbietet die NSDAP. Und er verfällt zwangsläufig dem Schicksal aller Diktatoren: er muss mit Gewalt regieren, er muss unterdrücken, zensieren, ausschalten, niederschlagen – und er muss Konzentrationslager errichten. «Anhaltelager», wie sie in Österreich heissen.

Auch Hitler ist jetzt in einer schwierigen Lage. Er will den Anschluss Österreichs, aber er will zugleich auch eine Zusammenarbeit mit Mussolini. Er versichert deshalb öffentlich, dass Österreichs Selbständigkeit unangetastet bleiben soll. Mit dieser Erklärung soll Mussolini beruhigt werden. Auf der anderen Seite glaubt er, dass die Ereignisse in Österreich von sich selbst oder mit einiger geheimer Nachhilfe auch ohne ein offizielles Eingreifen Deutschlands zu einem nationalsozialistischen Umsturz führen würden. Sein Beauftragter, der Landesleiter der österreichischen NSDAP, Theo Habicht, bekommt freie Hand für entsprechende Wühl- und Terrorarbeit.

Im Nürnberger Prozess ist es abermals Hermann Göring, der zu diesen Dingen am ausführlichsten Stellung nehmen kann. Im Zeugenstand sagt er:

«Es war selbstverständlich, dass der Augenblick geschaffen werden musste und die Voraussetzung, dass die Vereinigung der beiden Brudervölker rein deutschen Herkommens und Blutes stattfinden konnte. Die Versicherungen, die Hitler damals abgab bezüglich der Souveränität Österreichs, waren keine Täuschung, sondern ernst ge-

meint. Er sah wahrscheinlich zuerst keine Möglichkeit. Ich selbst war in dieser Richtung erheblich radikaler und bat ihn wiederholt, sich keinesfalls in der österreichischen Frage festzulegen. Er glaubte aber, eine weitgehende Rücksicht in Richtung Italien zunächst nehmen zu sollen.

Es war klar, dass, besonders nachdem die Nationalsozialistische Partei in Deutschland zur Macht kam, auch die Nationalsozialistische Partei in Österreich mehr und mehr zu wachsen begann. Daraus ergaben sich nun Spannungen, in erster Linie in Österreich selbst. Sie mussten sich ergeben, diese Spannungen. So entstand der gegenseitige politische Kampf. Dass wir mit unseren Sympathien auf Seiten der Nationalsozialisten standen, ist selbstverständlich, zumal die Partei in Österreich ausserordentlich schwer verfolgt wurde. Sie wurden auch zahlreich in Lager gesperrt, die genau dasselbe wie die Konzentrationslager waren.»

Der ehemalige amerikanische Generalkonsul in Berlin, George S. Messersmith, später Gesandter in Wien, hat dem Nürnberger Gericht eine lange eidesstattliche Erklärung abgegeben. Sie erhellt ebenfalls die Vorgänge:

«Gleich nachdem die Nazis ans Ruder kamen, wurde mir von hohen Regierungsbeamten Deutschlands gesagt, dass der Anschluss Österreichs eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit sei und dass dieser Anschluss durchgeführt würde, gleichgültig, welche Mittel dazu notwendig wären. Der einzige Zweifel, der je bestand, betraf das Wie und Wann. Während meines Aufenthalts in Österreich wurde mir von Kanzler Dollfuss, Präsident Miklas und anderen hohen Funktionären der österreichischen Regierung immer wieder mitgeteilt, dass die deutsche Regierung dauernd und unaufhörlich einen Druck auf die österreichische Regierung ausübe.»

Wie sieht dieser Druck aus? Gruppen der verbotenen NSDAP verüben Terrorakte. Wenn Gefahr besteht, flüchten sie über die deutsche Grenze. Messersmith erklärt dem Nürnberger Gericht: «Die Gewalttätigkeiten traten beinahe dauernd in Erscheinung. Die Bombenattentate waren in erster Linie gegen Eisenbahnen, Touristenzentren und die katholische Kirche gerichtet, welche in den Augen der Nazis eine der stärksten Organisationen war, die ihnen Widerstand entgegensetzte. Während dieser Periode wurde mir von hohen Nazi-Funktionären gelegentlich einer Besprechung mitgeteilt, dass diese Terrorwellen von ihnen angestiftet und geleitet seien. In diesen meinen Unterredungen mit den hohen Nazi-Beamten fand ich keine Verschleierung der Tatsache, dass sie für diese Tätigkeit in Österreich verantwortlich waren.

Ausser den Gewalttätigkeiten versuchten die Nazis durch Verwendung der *österreichischen Legion* einen Druck auf Österreich aus-

zuüben. Diese Organisation, eine militärische Streitmacht von mehreren tausend Mann, war nahe der österreichischen Grenze in Deutschland untergebracht, als eine dauernde und direkte Bedrohung Österreichs mittels Gewalttaten. Sie wurde ganz zweifellos von der Nazi-Regierung Deutschlands gebilligt, da sie anders hätte gar nicht bestehen können, und war von ihr bewaffnet worden. Sie war aus österreichischen Nazis zusammengesetzt, die aus Österreich geflohen waren.»

Am 25. Juli 1934 kommt es dann zu dem gewaltsamen Umsturzversuch, bei dem Bundeskanzler Dollfuss sein Leben verliert.

«Dr. Kurt Rieth, der deutsche Gesandte in Wien, war vollständig vertraut mit allem, was zu erwarten war, und auch mit allem, was geplant war», heisst es in der Erklärung von Messersmith. Schon vier Wochen vor dem Putsch, hat Propagandaminister Goebbels – und auch das ist von Messersmith für das Nürnberger Gericht beeidet worden – in Berlin zu dem italienischen Botschafter Cerutti gesagt, «dass binnen eines Monats eine Nazi-Regierung in Wien bestehen wird».

Der 25. Juli 1934 ist ein strahlender, wolkenloser Sommertag. In Wien ist alles ruhig, heiter, ahnungslos.

Auf der Wache des XVI. Polizeibezirks hält der Kommissär Johann Döbler einen Zettel in der Hand, auf dem die Worte stehen:

«89-V41 Uhr, Siebensterngasse No. 11 Bundesturnhalle.»

Das ist der Treffpunkt für die Putschisten. Döbler gilt bei den Verschwörern als einer der ihren. Er soll mitmachen.

Aber er macht nicht mit.

Sein Gewissen hält ihn im letzten Augenblick zurück. Er geht ans Telefon der Polizeiwache und ruft die Vaterländische Front an, die Partei der Dollfuss-Regierung.

«Ich habe eine dringende Sache», spricht er in den Apparat. «Ich kann meinen Namen nicht nennen, aber ich bin Polizeiinspektor. In einer Viertelstunde stehe ich vor dem Café Weghuber. Bitte schicken Sie mir jemanden.»

Der Sekretär der Vaterländischen Front schickt einen zuverlässigen Mann, Karl Mährer, zu dem angegebenen Treffpunkt. Mährer und Döbler gehen ins Kaffeehaus und bestellen sich einen Schwarzen. Der Polizeibeamte zeigt seine Papiere, lässt sich auch die Ausweise seines Gesprächspartners vorlegen. Dann erzählt er seine phantastische Geschichte:

«Heute nachmittag ist ein Mordversuch an Dollfuss geplant. Er muss um jeden Preis gewarnt werden. Man hat mich aufgefordert, an dem Komplott teilzunehmen . . .»

Mährer ist entsetzt. Ein Zufall will es, dass im selben Café an einem anderen Tisch ein guter Bekannter Mährers sitzt, der ehema-

lige Hauptmann Ernst Mayer. Mayer spielt eine wichtige Rolle im Heimatschutz und hat beste Beziehungen zur Regierung. Mährer bitte den Hauptmann an den Tisch, und Döbler muss noch einmal seine tolle Nachricht erzählen.

Wenige Minuten danach ruft Mayer den zweithöchsten Mann der Regierung an, den Generalstaatskommissär Major Emil Fey. Mayer macht ein paar dunkle Andeutungen und erklärt Fey schliesslich, am Telefon nicht mehr sagen zu können. Es wird ein neuer Treffpunkt ausgemacht.

Kostbare Viertelstunden verrinnen.

Döbler, Mährer und Mayer wandern in ein anderes Kaffeehaus, ins Café Central. Dort finden sie schon einen Abgesandten Feys vor, und Döbler muss seine Geschichte zum drittenmal zum Besten geben. Feys Vertrauensmann hört sich alles an, verabschiedet sich dann und erstattet wenig später seinem Vorgesetzten Bericht. Staatskommissär Fey nimmt die Geschichte zur Kenntnis, wundert sich aber keineswegs, denn er hat von anderer Seite auch schon etwas Ähnliches läuten gehört.

Immerhin hält er es nun für ratsam, den Bundeskanzler zu verständigen. Dr. Engelbert Dollfuss hält gerade eine Kabinettsitzung ab, die Regierung ist vollständig versammelt. Er steht kurz vor einer neuen Reise zu Mussolini – seine Frau ist mit den Kindern schon nach Riccione vorausgefahren –, und er möchte vorher noch alle Geschäfte in Wien erledigen.

Fey kommt leise durch das Sitzungszimmer, beugt sich zu Dollfuss herab und fragt ihn flüsternd, ob er ihn einen Augenblick privat sprechen könnte.

«Ist es denn so wichtig?» fragt der Kanzler, dem die Störung ungelogen kommt.

«Etwas sehr Wichtiges», tuschelt Fey.

Die beiden Männer ziehen sich in ein Vorzimmer zurück. Hier eröffnet Fey dem Bundeskanzler, was im Gange ist.

Später ist die Vermutung laut geworden, Fey habe absichtlich zu lange gezögert, den Regierungschef auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen, weil er mit ihm auf gespanntem Fuss stand. Es gibt jedoch keine Beweise für diese Theorie.

Tatsache bleibt, dass es zum Zeitpunkt der Unterredung schon zu spät ist. Dollfuss nimmt die ganze Geschichte zunächst nicht ernst. Seit Monaten wird unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Terrorakte und Bombenanschläge in Österreich von einem Staatsstreich gesprochen – aber immer hat es sich um Falschmeldungen gehandelt.

«So wird es auch diesmal sein», sagt Dollfuss.

«Nein, diesmal ist es ernst», beharrt Fey. Er muss lange auf den

Kanzler einreden, bis sich dieser bewegen lässt, etwas zu unternehmen. Dollfuss kehrt in die Kabinettsitzung zurück, klärt die Minister auf und bittet sie, sich in ihre Ämter zu begeben. Dort sollen sie weitere Anweisungen abwarten.

«Sollte alles ruhig bleiben», sagte er, immer noch zweifelnd, «setzen wir uns hier um fünf Uhr wieder zusammen.»

Die beiden Herren brechen auf. Im Bundeskanzleramt bleiben Dollfuss, Fey und der Sicherheitsdirektor, Staatssekretär Karl Karwinsky, zurück.

Damit ist unbeabsichtigt ein wichtiges Ziel im Putschplan der SS-Standarte 89 ausgeschaltet: die Verschwörer hatten nämlich die Absicht, die gesamte Regierung festzunehmen, und liessen ihre Aktion deshalb genau zum Zeitpunkt der Kabinettsitzung anrollen.

Auf der anderen Seite sind die Polizeimassnahmen, von Dollfuss und Fey endlich veranlasst, zögernd, verspätet und wirkungslos. In der Bundesturnhalle in der Siebensterngasse beobachtet der Kriminalkommissär Marek, wie Dutzende von Männern ihre Kleider ablegen und sich Uniformen des Deutschmeister-Regiments anziehen. Er sieht, wie Lastwagen vorfahren, wie Munitionskisten aufgeladen werden, wie die falschen Soldaten aufsteigen. Er telefoniert mit seiner Dienststelle. Man verspricht, noch ein paar Detektive in Bewegung zu setzen, aber nichts geschieht.

Inzwischen fahren die zwei Lastwagen mit den Putschisten schon in die Innenstadt zum Bundeskanzleramt. Ein weiterer Trupp ist unter Leitung des Rebellen Hans Domes auf dem Weg zur Ravag, der Radio-Verkehrs-AG; er soll das Rundfunkgebäude in Besitz nehmen. Eine dritte Abteilung rast unter Führung des SS-Verschwörers Max Grillmayer in einem Personenauto in Richtung Velden am Wörther See, um den dort in Urlaub weilenden Bundespräsidenten Miklas zu verhaften.

Die Hauptgruppe kommt unbehelligt am Ballhausplatz an. Vor dem Bundeskanzleramt stehen nur Ehrenwachen mit ungeladenen Gewehren. Bereitwillig wird den Lastwagen das schwere Einfahrtstor geöffnet. Die Deutschmeister-Uniformen des Mordkommandos lassen keinen Verdacht aufkommen. Man hält die Männer für reguläre Bundeswehrsoldaten, für eine Ablösung.

Es ist 12 Uhr 53 Minuten.

Im Hof springen die SS-Männer von den Wagen. Ein paar diensthabende Polizisten werden ohne Schwierigkeiten entwaffnet. Dann stürmen die Putschisten in das Gebäude. Sie haben genaue Pläne des komplizierten alten Metternichschen Palais bei sich und können rasch alle Schlüsselpositionen besetzen. Etwa 150 Kanzleibeamte, Wachmänner und Bürodienner werden ergriffen und im Hof zusam-

mengetrieben. Nach aussen wird der ganze Bau abgeriegelt und gesichert.

Die Kern truppe der Verschwörer, zusammen acht Mann, hastet unterdessen über Korridore und Treppen zu den Räumen, wo sie Dollfuss und die übrigen Regierungsmitglieder vermutet.

Der Lärm des Überfalls ist längst in den Säulensaal gedrungen, den historischen Kongressraum. Der Bundeskanzler weiss nun, dass die Lage bedrohlich ist, dass die Warnungen berechtigt waren. Sicherheitsdirektor Karwinsky nimmt Dollfuss am Arm und sagt aufgeregt:

«Kommen Sie mit mir in den dritten Stock, Herr Kanzler, dort sind Sie sicher!»

Bestürzt folgt Dollfuss diesem Rat. Aber nach ein paar Schritten kommt ihnen der Hausdiener Hedvicek entgegen, ein Mann, der dem Bundeskanzler treu ergeben ist.

«Nein, nein!» ruft Dollfuss entgegen. «Kommen Sie mit mir, ich bringe Sie durch eine Tapetentür hinüber ins Staatsarchiv, von dort kann man ohne Weiteres auf die Strasse!»

Dollfuss schwankt. Eine gespenstische Szene spielt sich ab. Karwinsky hält den Bundeskanzler noch immer am Ärmel, Hedvicek ergreift den anderen. Sekundenlang wird der Regierungschef von beiden hin und her gezerrt, während über eine eiserne Wendeltreppe schon die Stiefel der Mörder heraufstolpern.

Dollfuss entscheidet sich für den Fluchtweg Hedviceks. Atemlos eilen sie zu der angegebenen Tapetentür.

Verschlossen!

Verzweifelt kehren sie um.

In diesem Augenblick öffnet sich die gegenüberliegende Tür der Wendeltreppe.

Die Mörder sind da.

Der erste, Otto Planetta, tritt mit entschlossener Pistole auf Dollfuss zu.

Der Kanzler hebt die Hände, vielleicht, um seinen Kopf zu schützen, vielleicht, um dem Eindringling die Waffe aus der Hand zu schlagen.

Aus einem halben Meter Entfernung feuert Planetta.

Dollfuss wird in der Achselhöhle verwundet und taumelt.

Planetta schießt zum zweitenmal. Die Kugel trifft den Kanzler in den Hals. Er dreht sich auf der Ferse um und stürzt rückwärts zu Boden.

«Hilfe, Hilfe!» flüstert er.

«Steh auf!» herrscht ihn Planetta an.

«Ich kann nicht», murmelt Dollfuss. Dann verliert er das Bewusstsein.

Zwei Attentäter packen den Ohnmächtigen und legen ihn auf ein schmales Wandsofa, werfen einen Möbelschonbezug über ihn. So überlassen sie ihn zunächst seinem Schicksal.

Es ist genau 13 Uhr.

Zur gleichen Zeit ist der Trupp Domes beim Rundfunkgebäude angelangt. Die SS-Männer schlagen die Fensterscheiben im Erdgeschoss ein, knallen den Polizeiinspektor Flick über den Haufen und bahnen sich einen Weg in die Senderäume. Die Techniker müssen das Mittagskonzert unterbrechen, der Ansager wird mit vorgehaltener Pistole gezwungen, folgende Nachricht durchzugeben:

«Die Regierung Dollfuss ist zurückgetreten. Dr. Rintelen hat die Regierungsgeschäfte übernommen.»

Dr. Anton Rintelen, der «König der Steiermark», sitzt indessen im Hotel Imperial und wartet. Er soll nach Beendigung des Umsturzes die neue nationalsozialistische Regierung bilden. Er wartet vergeblich.

Die SS-Standarte 89 hat nämlich vergessen, dass viel wichtiger als das Rundfunkgebäude die Sendeanlage auf dem Bisamberg ist. Dort schalten die regierungsgetreuen Ingenieure einfach ab, nachdem sie die erste Durchsage gehört haben. Die geheimen SS- und SA-Einheiten in ganz Österreich bleiben damit ohne Weisungen, die ihnen verabredungsgemäss über den Rundfunk gegeben werden sollten. Sie wissen nicht, wo sie sich sammeln, wohin sie marschieren sollen.

Im Kriegsministerium haben sich inzwischen die Regierungsmitglieder, die Dollfuss vorzeitig aus der Kabinettsitzung fortgeschickt hatte, zu einer Beratung zusammengesetzt. Sie telefonieren mit Bundespräsident Miklas, der Unterrichtsminister Dr. Kurt Schuschnigg mit der provisorischen Leitung der Geschäfte beauftragt Schuschnigg erhält alle Vollmachten – er kann zuschlagen.

In einigen Orten Österreichs kommt es zu planlosen Schiesereien, die mit einem vollständigen Sieg der Regierungskräfte enden. Das Rundfunkgebäude selbst wird nach einem zweistündigen Feuergefecht erobert, ein SS-Mann namens Schredt findet dabei den Tod, die anderen werden gefangengenommen. Auch das Kommando Grillmayer, das den Bundespräsidenten auf seinem Sommersitz in Velden festnehmen soll, wird bei einer Kaffeepause im Hotel Stadt Triest in Klagenfurt verhaftet, noch ehe es ans Ziel gelangt ist.

Der Putsch ist zusammengebrochen.

Nur das Bundeskanzleramt ist noch in den Händen der Verschwörer. Regierungstreue Polizei- und Heeresseinheiten haben es umstellt, doch vermeiden sie jedes gewaltsame Vorgehen, um das Leben der dort gefangengehaltenen Regierungsmitglieder zu schonen.

Die Putschisten sind in einer hoffnungslosen Lage. Der Führer des Aufstandes, Gustav Wächter, und der «militärische Leiter» des Unternehmens, Fridolin Glass, sind nicht anwesend, weil sie sich merkwürdigerweise beim Beginn des Überfalls verspätet haben. Auch Dr. Rintelen, der die neue Regierung bilden soll, erscheint nicht. Er ist im Hotel Imperial von dem Redakteur Dr. Friedrich Funder verhaftet worden und schießt sich noch am selben Abend eine Kugel in den Kopf. Bis an sein Lebensende, 1946, bleibt er nach dem Selbstmordversuch gelähmt.

Das Mordkommando im Bundeskanzleramt hat nur noch eine Waffe: die Geiseln Dollfuss, Fey und Karwinsky.

Paul Hudl und Franz Holzweber, die Führer der Aufständischen, sind jedoch so kopflos, dass sie sich an ihren Gefangenen Major Fey wenden und ihm gestehen, dass sie nun nicht mehr wüssten, was sie machen sollen.

Feys Verhalten ist später von einem Offiziers-Ehrenrat gebilligt worden, weil er unter Bedrohung seines Lebens gehandelt habe. Aber im Augenblick ist seine Rolle nun doch zweideutig. Er telefoniert mit der provisorischen Regierung Schuschnigg und schickt auf Veranlassung der Rebellen aus dem belagerten Gebäude einen Zettel hinaus, auf dem zu lesen ist, dass Dollfuss alles unnötige Blutvergiessen vermieden wissen wolle, dass Dr. Rintelen Bundeskanzler sei und er selbst, Fey, die Exekutivgewalt übernommen habe.

Schuschnigg und seine Minister lehnen es ab, diese Erklärungen zur Kenntnis zu nehmen, weil sie offensichtlich unter Druck zustande gekommen sind. Sie beauftragen stattdessen den Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer, Verbindung mit den eingeschlossenen Rebellen aufzunehmen und ihnen ein Ultimatum zu stellen: Falls sie sich nicht freiwillig ergeben, werden die Regierungstruppen einen Sturmangriff unternehmen.

Dollfuss liegt noch immer auf dem schmalen Sofa. Einer der Putschisten sitzt als Bewachung am Schreibtisch des Kanzlers und raucht. Zwei Gefangene, der Polizeioberwachmann Johann Greifeneder und ein gewisser Jellinek, haben von den Verschwörern die Erlaubnis erhalten, sich um den Schwerverwundeten zu kümmern. Mit feuchten Tüchern bringen sie ihn ins Bewusstsein zurück.

«Wie geht es den Ministern?» lautet seine erste schwache Frage. Dann bittet er Greifeneder, ihm die Arme zu bewegen, da er sie selber nicht rühren kann. Er ist gelähmt, er fühlt sicher, wie ernst es um ihn steht. Er bittet um einen Arzt, um einen Priester. Die Rebellen lehnen schroff ab. Ein wenig Watte ist auf die Halswunde des Kanzlers gelegt worden, das ist alles. Er verblutet innerlich.

«Ich hab' so Durst», stöhnt Dollfuss.

Greifeneder legt ihm einen nassen Wattebausch auf die Lippen. Dann will Dollfuss den Rebellenführer sprechen.

Hudl wird geholt. Er beugt sich zu dem Kanzler herab.

«Herr Bundeskanzler», fragt er höflich, «Sie haben mich rufen lassen?»

Offenbar bedauert er für einen Augenblick den Verwundeten, denn er fügt rasch hinzu:

«Wenn Sie sich nicht gewehrt hätten, wären Sie wohlauf.»

«Ich war doch Soldat», flüstert Dollfuss.

Er will Schuschnigg sprechen, er fühlt sein Ende nahen. Aber Hudl unterbricht ihn jetzt kalt:

«Das interessiert uns nicht. Kommen wir zur Sache. Geben Sie den Auftrag, dass jede Aktion gegen das Bundeskanzleramt unterbleibt, bevor nicht Rintelen die Regierung übernommen hat.» Doch Dollfuss bleibt auch in seiner Sterbestunde fest. Er lehnt es ab, den Handlanger der Verschwörer zu machen.

«Einen Arzt», murmelt er.

«Es ist bereits um einen Arzt geschickt worden», lügt Hudl.

Dollfuss kann kaum noch sprechen. Mühsam bittet er um eine Unterredung mit Major Fey. Fey wird von den Verschwörern heringeholt. Er muss sein Ohr zum Mund des Kanzlers herabbeugen, um das Flüstern noch verstehen zu können.

«Grüssen Sie meine Frau», haucht Dollfuss. «Bitten Sie . . . Mussolini . . . er soll . . . für meine Kinder sorgen . . .»

Minuten vergehen.

Dann öffnet Dollfuss noch einmal die Augen. Er sieht die Verschwörer an seinem Lager stehen. Ein sanftes Lächeln tritt auf sein bleiches Gesicht.

«Kinder, ihr seid so lieb zu mir», sagt er deutlich vernehmbar. «Warum sind die anderen nicht auch so? Ich hab' ja nur den Frieden wollen . . . wir haben nie angegriffen . . . wir mussten uns immer wehren . . . Der Herrgott möge ihnen vergeben . . .»

Das sind seine letzten Worte.

Es ist 15 Uhr 45.

Am späten Nachmittag erscheint Minister Neustädter-Stürmer vor dem Bundeskanzleramt. Major Fey tritt mit zwei Verschwörern auf den Balkon hinaus. Der Minister auf der Strasse und der Major auf dem Balkon führen ein groteskes Gespräch.

Fey: «Wo ist Rintelen?»

Neustädter: «Wenn ihr das Amt nicht bis 17 Uhr 55 räumt, wird gestürmt!»

Fey: «Ich verbiete den Sturm!»

Neustädter: «Du hast nichts zu verbieten – du bist ein Gefangener!»

Inzwischen telefoniert im Inneren des Gebäudes Holzweber mit dem deutschen Gesandten Dr. Rieth.

«Oberrebellenfürer Friedrich», meldet er sich mit seinem Decknamen, «der Putsch ist misslungen!»

Der deutsche Gesandte eilt zum Ballhausplatz, um etwas für die SS-Leute zu tun. Dort sind die Verhandlungen zwischen Neustädter-Stürmer und den Aufständischen weitergegangen. Die Verschwörer haben gedroht, ihre Gefangenen zu töten. Sie sind aber bereit, sich zu ergeben, wenn ihnen freies Geleit an die deutsche Grenze versprochen wird. Der Minister entschliesst sich, dieses Versprechen abzugeben, um das Leben der Geiseln zu retten. Er gibt sein Ehrenwort als Soldat darauf.

Unterdessen ist auch der deutsche Gesandte auf dem Schauplatz erschienen.

«Tolle Sache, das», sagt er zur Begrüssung.

«Exzellenz», antwortet ihm ein Regierungsbeamter, «ich finde es äusserst merkwürdig, dass Sie für dieses furchtbare Ereignis keine anderen Worte finden. Die Blutschuld für das, was geschehen ist, liegt jenseits unserer Grenzen!»

Rieth wendet sich an Neustädter-Stürmer und bietet seine Vermittlung an. Doch auch hier erfährt er eine kühle Abfuhr:

«Was hier zu geschehen hat, ist unsere Sache», sagt der Minister. «Im Übrigen halte ich es nicht für empfehlenswert, dass Sie sich durch Verhandlungen mit Rebellen anpatzen.»

«Unter diesen Umständen habe ich hier nichts mehr zu suchen», schnarrt Rieth.

Um 19 Uhr 30 – zu einem Zeitpunkt, da Hitler in Bayreuth schon der Musik Wagners und den geflüsterten Nachrichten seiner Adjutanten lauscht – ergeben sich die Verschwörer. Regierungstreue Kräfte besetzen das Kanzleramt. Was dann geschieht, ist nur noch ein kurzes Nachspiel. Wenige Minuten nach der Übernahme des Gebäudes wird die Leiche des ermordeten Bundeskanzlers gefunden. Die Verschwörer werden daraufhin trotz des gegebenen Ehrenwortes nicht an die deutsche Grenze gebracht, sondern verhaftet.

«Ich habe ein Soldatenehrenwort gegeben», erklärt Neustädter-Stürmer in dem nachfolgenden Prozess als Zeuge. «Ein Soldatenehrenwort gibt man Soldaten. Ich überlasse es dem Gericht, zu beurteilen, ob sich Soldaten so benommen hätten, dass sie ärztliche Hilfe und geistlichen Beistand einem Todverwundeten verweigern.»

Planetta, der Kanzlermörder, gesteht selbst, dass er die tödlichen Schüsse abgegeben hat. Er und Holzweber werden zum Tode verurteilt, ebenso fünf andere Putschisten, während Hudl als hochdekorierter ehemaliger Oberleutnant mit lebenslanglichem Kerker – bis zum Anschluss 1938 – davonkommt.

Planetta geht mit dem Ausruf «Heil Hitler!» zum Galgen.

Aber sein Hitler hat schon eine eilige Kehrtwendung gemacht. Er stellt seine Werkzeuge als «unzufriedene Elemente» hin, leugnet jede Verbindung mit der Tat, heuchelt sogar Bedauern darüber. Reichswehr und SS halten in letzter Minute die *österreichische Legion* zurück, die sich bereits auf dem Marsch befand. Propagandaminister Goebbels lässt hastig alle lange vorher ausgegebenen Nachrichten über den erfolgreichen Umsturz wieder einsammeln. Der kompromittierte deutsche Gesandte wird aus Wien abberufen und durch Franz von Papen ersetzt.

Doch vier Jahre später findet in Wien ein Erinnerungsmarsch der überlebenden Putschisten statt, und Ehrentafeln werden enthüllt. Im Nürnberger Prozess kann der amerikanische Ankläger Sidney S. Alderman schliesslich sagen:

«Im Jahre 1938 erklärte sich Deutschland voll Stolz mit dem Mord identisch, beanspruchte das Verdienst davon und übernahm die Verantwortung dafür.»

5 HITLER ENTHÜLLT SEINE PLÄNE

Die Anklagevertreter im Nürnberger Prozess haben einen neuen Stapel Akten auf ihre Tische gelegt. Die Blätter enthüllen ein besonders dunkles Kapitel. Jetzt erst darf das deutsche Volk erfahren, wie es auch im Jahre 1934 beim Tode Hindenburgs hintergangen wurde.

Am 26. Juli 1934 verschlechtert sich der Gesundheitszustand des siebenundachtzigjährigen Reichspräsidenten schlagartig. Hans Heinrich Lammers, der Chef der Reichskanzlei, war an diesem Tag in Neudeck, um das greise Staatsoberhaupt über die Vorgänge in Österreich und die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuss zu unterrichten. Er hatte den Auftrag Hitlers, den alten Herrn zu beschwichtigen. Doch Hindenburg scheint durch alle Ausflüchte hindurch den wahren Kern der Dinge zu sehen. Knapp vier Wochen zuvor erst ist die Blutnacht der Röhme-Affäre über die deutsche Bühne gegangen. Der Biograph Walter Görnitz kann schreiben: «Hindenburg muss gewahr geworden sein, dass der Mord regierte.»

Das ist zuviel für den aufrechten Mann. Seit Lammers' Besuch muss er das Bett hüten. Die politischen Erschütterungen haben seinen Lebenswillen gebrochen. Vergeblich bemühen sich die Ärzte, an ihrer Spitze Professor Ferdinand Sauerbruch, eine Wendung zum Besseren herbeizuführen.

Hindenburgs Tage sind gezählt. Für Hitler ist damit die Zeit zum letzten Schlag reif geworden. Längst ist er entschlossen, auch das Amt des Staatsoberhauptes in seine Hand zu bringen, weil mit diesem der Oberbefehl über die Streitkräfte verbunden ist. Und er

braucht die Streitkräfte, er braucht diese Reichswehr und spätere Wehrmacht für die Pläne, die er bald in nackter Offenheit aussprechen wird. Während Hindenburg noch atmet und sich auf den Tod vorbereitet, am 1. August 1934, beschliesst Hitler zusammen mit seinem willenlosen Kabinett:

«Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über.»

Zur gleichen Stunde wird ausgemacht, die Reichswehr sofort auf das neue Staatsoberhaupt zu vereidigen.

Hitler hat es eilig wie ein Dieb. Hat er auch ein schlechtes Gewissen? Am Nachmittag, nachdem er durch diese Verfügungen bereits alle Macht an sich gerissen hat, bringt er es fertig, nach Neudeck zu fahren und dem sterbenden Hindenburg unter die Augen zu treten!

Die Weltgeschichte kennt nur wenige so tief beschämende Augenblicke.

Selbst das, was sich in den letzten Stunden des Feldmarschalls ereignete, ist von Hitler nachträglich verfälscht worden. Nach Hitlers Bericht, der von Franz von Papen später verbreitet wurde und wahrscheinlich im Laufe der Zeit legendäre Ausschmückungen erfahren hat, soll Hindenburg mit geschlossenen Lidern im Bett gelegen haben, als Hitler in das Zimmer geführt wurde. Der Sohn des Reichspräsidenten, Oskar von Hindenburg, erklärt dem Sterbenden:

«Vater, der Reichskanzler ist hier.»

Hindenburg reagiert nicht. Sein Sohn wiederholt die Anrede.

«Warum ist er nicht früher gekommen?» murmelt Hindenburg jetzt mit geschlossenen Augen.

«Der Reichskanzler konnte nicht eher kommen», erklärt Oskar von Hindenburg seinem Vater.

«Oh, ich verstehe», flüstert der Alte.

«Vater», beginnt Oskar wieder, «der Reichskanzler Hitler möchte gern eine oder zwei Sachen mit dir besprechen.»

Da endlich öffnet der sterbende Hindenburg noch einmal die Augen. Ein langer rätselhafter Blick ist auf Hitler gerichtet, aber kein Wort kommt über die Lippen des Greises. Dann schliesst er die Augen wieder – für immer.

Wenn diese Geschichte wahr wäre, könnte man in den stummen Blick Hindenburgs eine furchtbare Anklage hineingeheimnissen. Hitler, der selber gerne tiefgründige Blicke verteilte, meinte aber wohl, als er das Märchen erfand, man würde diesen Blick Hindenburgs als einen «letzten Auftrag» auslegen.

In Wahrheit ist alles wieder einmal ganz anders: Im Sterbezimmer Hindenburgs sind bei Hitlers Eintreten die Ärzte und die beiden

Töchter des Marschalls versammelt. Der Reichspräsident liegt schon in der Agonie und hat Hitler aller Wahrscheinlichkeit nach überhaupt nicht mehr erkannt. Seine letzten Worte, kaum noch verständlich, lauten:

«Mein Kaiser . . . mein deutsches Vaterland!»

Um neun Uhr, am 2. August 1934, stellen die Ärzte den Tod fest. Nun endlich kann Hitler allein regieren, und Franz von Papen gesteht in seinen Memoiren freimütig:

«Der Tod Hindenburgs räumte das letzte Hindernis zu Hitlers vollkommener Machtergreifung aus dem Wege.»

Alles ist ja schon vorbereitet:

«Am 4. April 1933 nahm das Reichskabinett eine Entschliessung zur Errichtung eines «Reichsverteidigungsrates» an», erklärt im Nürnberger Prozess der amerikanischen Anklagevertreter Thomas J. Dodd. «Die geheime Arbeitsweise dieses Rates bestand darin, für den Krieg zu mobilisieren. Anlässlich der zweiten Sitzung wies der Angeklagte Keitel, damals Oberst, als Vorsitzender auf die Dringlichkeit der Aufgabe hin, eine Kriegswirtschaft zu errichten, und verkündete, dass der Rat bereit sei, alle Hindernisse beseite zu stossen. Die einzigartige Zielsetzung, mit welcher die Nazi-Verschwörer die deutsche Wirtschaft für das Schmieden einer Kriegsmaschine ausstatteten, wird weiter noch durch den geheimen Bericht der am 7. Februar 1934 abgehaltenen sechsten Sitzung bewiesen. In dieser Sitzung wies Generalleutnant Beck darauf hin, dass «der tatsächliche Bereitschaftszustand der Zweck dieser Sitzung ist».

Es werden die Einzelheiten der Geldbeschaffung für einen künftigen Krieg erörtert. Es wurde darauf hingewiesen, dass die finanziellen Gesichtspunkte der Kriegswirtschaft durch das Reichsfinanzministerium und die Reichsbank unter dem Angeklagten Schacht geleitet werden sollten. Schacht wurde am 31. März 1935 geheim zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft benannt. Im Kriegsfall sollte er der deutsche Wirtschaftsdiktator werden. So wurde jeder Teil der deutschen Wirtschaft unter der Führung der Nazi-Verschwörer, besonders des Angeklagten Schacht, auf Krieg eingestellt.

In einer Studie über wirtschaftliche Mobilmachung für den Krieg – vom 30. September 1934 – wurde ausgeführt, dass bereits Schritte unternommen waren, um grosse Warenlager zu bilden, neue Möglichkeiten für die Herstellung von knappen Waren zu schaffen. Reserven von Betriebsstoff und Kohlenlager wurden gesammelt, die Produktion von synthetischem Öl wurde beschleunigt. Die Belieferung für Zivilbedarf war absichtlich so organisiert, dass die meisten Betriebsanlagen tatsächlich für die Wehrmacht arbeiteten.»

«Kanonen statt Butter», heisst die Losung, die Göring ausgegeben

hat. Das Heer der Arbeitslosen schrumpft zusammen, weil die mächtig anlaufende Rüstungsproduktion alle freien Kräfte aufsaugt. Strategisch geplante Autobahnen werden gebaut, das Volk wird mit *Kraft durch Freude* und tausend lärmenden Veranstaltungen von den wahren Vorgängen abgelenkt.

Generalmajor Georg Thomas, einst Chef des wehrwirtschaftlichen Stabes im Reichskriegsministerium, hält im Mai 1939 im Auswärtigen Amt in Berlin einen Vortrag, in welchem er in aller Offenheit die damalige Aufrüstung behandelt. Ankläger Dodd liest in Nürnberg eine bezeichnende Stelle aus diesen Ausführungen vor:

«Die Geschichte kennt nur wenige Fälle», sagte Thomas, «in denen ein Land in Friedenszeiten all seine wirtschaftlichen Kräfte bewusst und systematisch auf die Kriegserfordernisse abgestellt hat.» Zum weiteren Beweis bezieht sich Thomas J. Dodd auf das Tagebuch des amerikanischen Botschafters William E. Dodd: «Im September 1934 gab der Angeklagte Schacht dem amerikanischen Botschafter in Berlin gegenüber offen zu, dass die Hitler-Partei sich absolut auf Krieg festgelegt habe.»

In einem erbeuteten deutschen Dokument, einer Geheimen Reichssache, wird diese Zielsetzung erneut bestätigt. Anklagevertreter Dodd hat das Schriftstück vor sich liegen:

«In einer Sitzung, der Schacht und einige andere beiwohnten, gab der Angeklagte Göring bekannt, dass Hitler dem Reichskriegsminister Instruktionen dahingehend gegeben habe, dass ein Zusammenstoß mit den Russen unvermeidlich sei, und dass «alle Massnahmen so zu erfolgen haben, als ob wir im Stadium der unmittelbaren Kriegsgefahr stünden’. Ich beziehe mich insbesondere auf den dritten Absatz, wo mit Bezug auf die Kriegswirtschaft erklärt ist: «Ministerpräsident Generaloberst Göring betrachtet es als seine Aufgabe, in vier Jahren die ganze Wirtschaft kriegsbereit zu stellens»

Hitler hat kein Gewissen. In einem Gespräch, das im Nürnberger Gerichtssaal nach den Notizen von Hermann Rauschning verlesen wird, sagte er ganz unverblümt:

«Ich befreite die Menschen von dem schmutzigen, erniedrigenden, vergifteten Wahn – Gewissen und Moral genannt.»

Am 7. März 1936 erklärt Hitler im deutschen Reichstag – und der amerikanische Ankläger Sidney S. Alderman liest es in Nürnberg aus dem *Völkischen Beobachter* vor: «Wir haben keine Gebietsansprüche in Europa zu stellen. Wir wissen vor allem, dass Spannungen in Europa nicht durch den Krieg gelöst werden können.» Am Tag dieser Rede hat Hitler den *Fall Schulung* ausgelöst: die schlagartige Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes. Die junge deutsche Wehrmacht rückt in die durch internationale Verträge militärfrei gehaltenen Gebiete ein.

Wieder wird in Nürnberg aus dem *Völkischen Beobachter* verlesen, wie Hitler in seiner Reichstagsrede sein Vorgehen bemängelt: «Frankreich hat die ihm von Deutschland immer wieder gemachten freundschaftlichen Angebote und friedlichen Versicherungen unter Verletzung des Rheinpaktes mit einem ausschliesslich gegen Deutschland gerichteten militärischen Bündnis mit der Sowjetunion beantwortet. Deutschland sieht sich daher auch seinerseits nicht mehr als an diesen erloschenen Pakt gebunden an. Im Interesse des primitiven Rechtes eines Volkes auf Sicherung hat die Deutsche Reichsregierung mit dem heutigen Tage die volle und uneingeschränkte Souveränität des Reiches in der demilitarisierten Zone des Rheinlandes wiederhergestellt.»

Hitler ist es gelungen, mit dieser Begründung seinen Schritt vor dem deutschen Volk und zunächst auch vor der Welt als eine spontane Reaktion auf den Abschluss des französisch-sowjetischen Bündnisses hinzustellen. Erst in Nürnberg wird durch ein erbeutetes Schriftstück bewiesen – wieder eine Geheime Kommandosache –, dass der am 7. März 1936 erfolgte Einmarsch in die Rheinzone schon seit dem 2. Mai 1935 geplant war. In dem Dokument dieses Datums heisst es:

«Das Unternehmen muss nach Ausgabe des Stichwortes Schulung durchführen» schlagartig als Überfall zur Ausführung gelangen. Grösste Geheimhaltung der Vorbereitung ist erforderlich. Die Vorbereitung des Unternehmens ist ohne Rücksicht auf den zurzeit unzureichenden Stand unserer Rüstung zu betreiben.»

Ohnmächtig stellt der Genfer Völkerbund fest: «Die Deutsche Regierung hat einen Bruch des Artikels 43 des Versailler Vertrags begangen, indem sie am 7. März 1936 militärische Kräfte in die entmilitarisierte Zone eindringen und sich dort festsetzen liess. Zur selben Zeit, als Deutschland das Rheinland in Verletzung der Verträge von Versailles und Locarno besetzte, hat es abermals versucht, die Furcht anderer europäischer Mächte zu zerstreuen und sie in falsche Sicherheit zu wiegen durch die Ankündigung an die Welt: Wir haben keine territorialen Ansprüche in Europa zu stellen.»

Es ist oft gesagt worden, dass die Welt ihr schweres Schicksal der folgenden Jahre nicht hätte erdulden müssen, wenn Frankreich am 7. März 1936 dem ersten militärischen Schritt Hitlers energisch entgegengetreten wäre.

Am Abend nach der Behandlung des Rheinland-Coups im Nürnberger Gerichtssaal hat der Psychologe Gustave M. Gilbert ein längeres Gespräch mit Wilhelm Keitel in dessen Zelle.

«Hitler war sicher ein zerstörerischer Dämon», sagt Gilbert zu dem einstigen Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

«Ja», gibt Keitel zu, «und anfangs war er sogar vom Glück begün-

stigt. Es wäre viel besser gewesen, wenn ihm nicht alles gelungen wäre. Stellen Sie sich vor – wir machten die Wiederbesetzung des Rheinlandes mit drei Bataillonen – mit nur drei Bataillonen! Ich habe damals zu Blomberg gesagt:

„Wie können wir es mit drei Bataillonen machen? Nehmen Sie an, dass sich Frankreich wehrt . . .“

„Oh“, sagte Blomberg, „machen Sie sich keine Sorgen. Wir nehmen jetzt einmal die Chance wahr.“

«Ich vermute», sagte Gilbert, «dass damals ein einziges französisches Regiment in der Lage gewesen wäre, Ihre Truppen wieder hinauszuerwerfen.»

Keitel schnippt mit dem Mittelfinger, als wollte er eine lästige Fliege verjagen:

«So hätten sie uns hinauswerfen können – und ich wäre nicht einmal überrascht gewesen. Aber nachdem Hitler dann gesehen hat, wie leicht alles war ... so kam eins zum anderen.»

Generaloberst Alfred Jodl äussert sich in ähnlichem Sinne, als er von seinem Verteidiger, Professor Franz Exner, im Zeugenstand vernommen wird.

Prof. Exner: «Bestanden bei Ihnen und den Generalen militärische Bedenken gegen diese Besetzung?»

Jodl: «Ja, ich muss sagen, dass uns etwa so unheimlich zumute war wie einem Spieler, der sein ganzes Vermögen im Roulette auf Rot oder Schwarz setzt.»

Prof. Exner: «Wie stark waren unsere Truppen im Rheinland nach der Besetzung?»

Jodl: «Wir besetzten das Rheinland im Ganzen mit rund einer Division, wovon aber nur drei Bataillone in das westrheinische Gebiet vorgeschoben wurden, nämlich je ein Bataillon nach Aachen, nach Trier und nach Saarbrücken.»

Prof. Exner: «Sagen Sie, haben Sie etwas getan, um einen militärischen Konflikt wegen dieser Besetzung zu vermeiden?»

Jodl: «Es kamen damals sehr ernste Meldungen von unseren Militärattachés aus London und Paris, deren Eindruck ich mich auch nicht entziehen konnte. Ich kann nur sagen, in dieser Lage hätte uns allein die französische *Armée de couverture* hinweggeblasen.» Hinweggeblasen vom französischen Grenzschutz... Aber der Roulette-spieler in der Berliner Reichskanzlei hat auf die richtige Farbe gesetzt: Kein Schuss fällt, die Grande Armée der Franzosen schluckt den Vertragsbruch. Wieder hat Hitler freie Bahn.

Prof. Exner: «Glauben Sie, dass bei den massgeblichen Leuten damals Angriffsabsichten vorhanden waren?»

Jodl: «Es ist natürlich möglich, dass im Gehirn des Führers mit dieser Besetzung bereits der Gedanke vorhanden war, das sei eine Vor-

aussetzung, damit er später aktiv im Osten handeln könne. Das ist möglich, ich weiss es nicht, denn ich bin nicht im Gehirn des Führers gegessen.»

Doch bald gibt Hitler einem kleinen Kreis von Vertrauten Einblick in sein Gehirn. Einer davon ist der Reichsaussenminister Constantin von Neurath. Was Neurath dabei sehen darf, ist so unglaublich, dass sein Verteidiger in Nürnberg, Dr. Otto von Lüdinghausen, eine eidesstattliche Erklärung verlesen kann: «Als Herr von Neurath aus den Darlegungen Hitlers am 5. November 1937 zum erstenmal erkennen musste, dass dieser seine politischen Ziele durch Gewaltanwendung gegenüber den Nachbarstaaten erreichen wollte, erschütterte ihn dies seelisch so stark, dass er mehrere schwere Herzattacken erlitt.»

Was ist an jenem 5. November 1937 geschehen? Es ist ein denkwürdiges Datum. An diesem Tag, noch fast ein Jahr vor dem Anschluss Österreichs, fast zwei Jahre vor Kriegsbeginn, enthüllt Hitler die ganze Reichweite seiner Pläne.

Während das deutsche Volk und die Welt noch immer mit Friedensbeteuerungen beschwichtigt werden, findet in Berlin eine geheime Sitzung statt. Die Teilnehmer, die sich um Hitler versammeln, sind Reichskriegsminister Werner von Blomberg, Generaloberst Werner von Fritsch als Oberbefehlshaber des Heeres, Generaladmiral Erich Raeder als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaloberst Hermann Göring als Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Reichsaussenminister Constantin von Neurath und der persönliche Adjutant Hitlers, Oberst Friedrich Hossbach. Hossbach fertigt über den Inhalt dieser Sitzung ein Protokoll an. Es überdauert den Krieg, wird von den alliierten Truppen gefunden und liegt nun auf dem Tisch der Anklagevertretung in Nürnberg.

«Das Schriftstück», sagt der amerikanische Ankläger Alderman, «zerstört jeden nur möglichen Zweifel an den wohlüberlegten Plänen der Nazis bezüglich ihrer Verbrechen gegen den Frieden. Dieses Schriftstück ist von so ungeheurer Bedeutung, dass ich mich verpflichtet fühle, es in seinem vollen Wortlaut vorzulesen.»

Das Hossbach-Protokoll ist eines der sogenannten Schlüsseldokumente, eines der wichtigsten Beweisstücke im ganzen Nürnberger Prozess.

«Der Führer stellte einleitend fest, dass der Gegenstand der heutigen Besprechung von derartiger Bedeutung sei, dass dessen Erörterung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Regierungskabinetts gehörte, er – der Führer – sähe aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese in dem grossen Kreise des Reichskabinetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen. Seine nachfolgenden Ausführungen seien das Ergebnis eingehender

der Überlegungen und der Erfahrungen seiner viereinhalbjährigen Regierungszeit; er wolle den anwesenden Herren seine grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten unserer aussenpolitischen Lage auseinandersetzen, wobei er im Interesse einer auf weite Sicht eingestellten deutschen Politik seine Ausführungen als seine testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen bitte.»

Nach dieser Einleitung gibt Hitler seinen sechs Zuhörern eine weitschweifige Darstellung der Kräfteverhältnisse in Europa und in der Welt. Er entwirft ein Bild, wie er es sieht – und es ist ziemlich falsch und verwunderlich, wie wir heute wissen. Wichtig allein sind die Folgerungen, die Hitler aus seiner unzutreffenden Beurteilung der Lage zieht. Hossbach fährt in seinem Protokoll fort:

«Für Deutschland laute die Frage, wo grösster Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei. Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser kann niemals risikolos sein. Die Kämpfe Friedrichs des Grossen um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen, und die Schnelligkeit des preussischen Handelns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten. Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluss zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibe noch die Beantwortung der Fragen Wann und Wie. Hierbei seien drei Fälle zu entscheiden.

Fall 1: Zeitpunkt 1943-1945:

Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten. Im Verhältnis zu der bis dahin durchgeführten Aufrüstung der Umwelt nähmen wir an relativer Stärke ab. Wenn wir bis 1943/45 nicht handeln, könne infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungsfrage bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Zudem erwarte die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmassnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Wie die Lage in den Jahren 1943/45 tatsächlich sein würde, wisse heute niemand. Sicher sei nur, dass wir nicht länger warten können.

Auf der einen Seite die grosse Wehrmacht mit der Notwendigkeit der Sicherstellung ihrer Unterhaltung, das Älterwerden der Bewegung und ihrer Führer, auf der anderen Seite die Aussicht auf Senkung des Lebensstandards und auf Geburtenbeschränkung liessen keine andere Wahl, als zu handeln. Sollte der Führer noch am Leben sein, so sei es sein unabänderlicher Entschluss, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen. Die Notwendigkeit zum Handeln vor 1943/45 käme in Fall 2 und 3 in Betracht.

Fall 2:

Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise auswachsen sollten, dass durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen.

Fall 3:

Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, dass es gegen Deutschland nicht vorgehen kann.

Zur Verbesserung unserer militärpolitischen Lage müsse in jedem Falle einer kriegerischen Verwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten. Bei Annahme einer Entwicklung der Situation, die zu einem planmässigen Vorgehen unsererseits in den Jahren 1943/45 führe, sei das Verhalten Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Russlands voraussichtlich folgendermassen zu beurteilen:

An sich glaube der Führer, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechei bereits im Stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten, dass diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde. Die Schwierigkeiten des Britischen Empire und die Aussicht, in einen lange währenden europäischen Krieg verwickelt zu werden, seien bestimmend für eine Nichtbeteiligung Englands an einem Krieg gegen Deutschland. Die englische Haltung werde gewiss nicht ohne Einfluss auf die Frankreichs sein. Ein Vorgehen Frankreichs ohne die englische Unterstützung und in der Voraussicht, dass eine Offensive an unseren Westbefestigungen sich festlaufe, sei wenig wahrscheinlich. Naturgemäss sei eine Abriegelung im Westen in jedem Fall während der Durchführung unseres Angriffs gegen die Tschechei und Österreich notwendig.»

Die Stimme des amerikanischen Anklägers bleibt auch bei dieser Stelle des Dokumentes ruhig und unbewegt. Auf der Pressegalerie des Nürnberger Gerichtssaales beginnen die Korrespondenten aber, sich dick unterstrichene Notizen zu machen. Auch Göring auf der Anklagebank wird plötzlich unruhig. Er legt eine Hand an den Kopfhörer, um noch deutlicher verstehen zu können.

In diesem Augenblick nämlich ist die Legende vom jubelnden, spontanen Anschluss Österreichs zerstört worden. Ganz nackt hat Hitler es ausgesprochen, hat sein Adjutant Hossbach es niedergeschrieben: «Während der Durchführung unseres Angriffs gegen die Tschechei und Österreich . . .»

Auch was Hitler nun weiter sagte, enthüllt, dass es ihm keineswegs

darum ging, das Brudervolk an sein Herz zu drücken. Er verfolgt ganz andere Ziele:

«Hierbei sei zu berücksichtigen», gibt Hossbach Hitlers Worte wieder, «dass die Verteidigungsmassnahmen der Tschechei von Jahr zu Jahr an Stärke zunehmen und dass auch die Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee im Laufe der Jahre stattfände. Wenn auch die Besiedlung insbesondere der Tschechei keine dünne sei, so könne die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für fünf bis sechs Millionen Menschen bedeuten. Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militärpolitisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerden von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in die Höhe von etwa zwölf Divisionen.

Von der Seite Italiens seien gegen die Beseitigung der Tschechei keine Einwendungen zu erwarten, wie dagegen seine Haltung in der österreichischen Frage zu beantworten sei, entziehe sich der heutigen Beurteilung. Das Mass der Überraschung und der Schnelligkeit unseres Handelns sei für die Stellungnahme Polens entscheidend. Einem militärischen Eingreifen Russlands müsse durch die Schnelligkeit unserer Operationen begegnet werden; ob ein solches überhaupt in Betracht kommen werde, sei angesichts der Haltung Japans mehr als fraglich.

Trete der Fall 2 – Lahmlegung Frankreichs durch einen Bürgerkrieg – ein, so sei infolge Ausfalls des gefährlichsten Gegners die Lage jederzeit zum Schlag gegen die Tschechei auszunutzen.

In gewisser Nähe sehe der Führer den Fall 3 gerückt, der sich aus den derzeitigen Spannungen im Mittelmeer entwickeln könne und den er eintretendenfalls zu jedem Zeitpunkt, auch bereits im Jahre 1938, auszunutzen entschlossen sei. Nach den bisherigen Erfahrungen beim Verlauf der kriegerischen Ereignisse in Spanien sehe der Führer deren baldige Beendigung noch nicht bevorstehend.»

An dieser Stelle des Dokuments muss man sich daran erinnern, dass zurzeit jener Führerbesprechung in Spanien Bürgerkrieg herrscht: die faschistischen Truppen Francos – unterstützt von deutschen und italienischen Kampfverbänden – stehen den sozialistischen gegenüber. Trotzdem sagt Hitler nach den Notizen Hossbachs:

«Andererseits sei vom deutschen Standpunkt ein hundertprozentiger Sieg Francos auch nicht erwünscht; wir seien vielmehr an einer Fortdauer des Krieges und der Erhaltung von Spannungen im Mittelmeer interessiert. Da unser Interesse auf die Fortdauer des Krieges in Spanien gerichtet sei, müsse es Aufgabe unserer Politik in nächster Zeit sein, Italien den Rücken für weiteren Verbleib auf den Balearen zu stärken. Ein Festsetzen der Italiener auf den Balearen sei

aber weder für Frankreich noch für England tragbar und könne zu einem Krieg Frankreichs und Englands gegen Italien führen.

Wenn Deutschland diesen Krieg zur Erledigung der tschechischen und österreichischen Frage ausnutze, so sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass England – im Kriege mit Italien liegend – sich nicht zu einem Vorgehen gegen Deutschland entschliessen würde. Ohne die englische Unterstützung sei eine kriegerische Handlung Frankreichs gegen Deutschland nicht zu erwarten.»

Das ist der wesentliche Teil des Dokumentes. Es zeigt fünf Dinge mit aller Deutlichkeit:

1. Hitlers Aufrüstung war nicht, wie er immer wieder betonte, eine Frage von nationaler Würde und Gleichberechtigung, sondern die erste-Stufe seiner Angriffsabsichten.

2. Seit jener Besprechung vom 5. November 1937 wussten Wehrmachtführung und Auswärtiges Amt, wussten die Angeklagten Göring, Keitel, Raeder und von Neurath, dass Hitler den «unabänderlichen Entschluss» gefasst hatte, spätestens 1943/45 Gewalt anzuwenden und Krieg zu führen.

3. Hitler ist entschlossen, auch seine Gesinnungsfreunde Mussolini und Franco zu verkaufen. Es geht ihm nicht um seine Blutsverwandten, Österreicher und Sudetendeutsche, sondern um Rohstoffe und Menschenmaterial für neue Divisionen.

4. Alle Beteuerungen Hitlers gegenüber dem deutschen Volk und gegenüber der Welt sind bewusste Täuschung: «Wir haben keine territorialen Forderungen in Europa», «Wir wollen nur den Frieden», «Wir wissen, dass Spannungen in Europa nicht durch Krieg gelöst werden können.»

5. Hitler, der von seinem Propagandaminister Goebbels als «der grösste Feldherr aller Zeiten» gepriesen worden ist, hat die militärische Lage vollkommen falsch eingeschätzt. Mit den Vereinigten Staaten von Amerika hat er überhaupt nicht gerechnet.

«Nun, was wollte Hitler mit diesen Ausführungen bezwecken?» berichtet Göring im Nürnberger Zeugenstand. «Der Führer hat mich kurz vorher, weil ich früher da war, informiert, dass er diese Sitzung mache, um vor allen Dingen dem Generalobersten von Fritsch, wie er sich ausdrückte, Dampf zu machen, weil er mit der Aufrüstung des Heeres in keiner Weise zufrieden sei.»

Es ist bekannt, dass Hitler bei einer anderen Gelegenheit von seinen Generalen gesagt hat: «Die muss man ja in den Krieg prügeln!»

Alles geht ihm zu langsam. Während der Besprechung haben Blomberg, Fritsch und Neurath Einwendungen gegen Hitlers kriegerische Pläne gemacht – drei Monate später sind sie aus ihren Ämtern entfernt.

In Nürnberg ist Neurath von seinem Verteidiger Lüdinghausen über diese Vorgänge befragt worden.

Dr. Lüdinghausen: «Herr von Neurath, wann ist Ihnen bekanntgeworden, dass Hitlers aussenpolitische Pläne über die Erringung der deutschen Gleichberechtigung auf friedlichem Wege hinausgingen und die Führung von Kriegen, die Anwendung von Gewalt, in den Kreis ihrer Erwägungen zogen?»

Neurath: «Das war zum erstenmal der Fall anlässlich der hier erwähnten Ansprache Hitlers vom 5. November 1937. Diese Ansprache Hitlers hat mich aufs Äusserste erschüttert. Es war selbstverständlich, dass ich die Verantwortung für eine solche Politik nicht tragen konnte.»

Dr. Lüdinghausen: «Welche Konsequenzen zogen Sie nun aus dieser Erkenntnis?»

Neurath: «Etwa zwei Tage nach dieser Ansprache ging ich zum Generaloberst von Fritsch, der bei der Ansprache ja zugegen gewesen war, und zusammen mit ihm und dem Generalstabschef, General Beck, besprach ich, was wir etwa unternehmen könnten, um Hitler umzustimmen.

Leider konnte ich aber Hitler, der bald darauf nach dem Obersalzberg abreiste, erst am 14. oder 15. Januar sprechen. Hierbei versuchte ich ihm klarzumachen, dass seine Politik zum Weltkrieg führen müsse und dass ich das nicht mitmache. Viele seiner Pläne könne man auf friedlichem Wege, allerdings etwas langsamer, lösen. Er erklärte mir darauf, er habe keine Zeit mehr. Ich erinnerte ihn an seine Rede im Reichstag von 1933, in der er selbst jeden neuen Krieg als einen Wahnsinn bezeichnet habe, und so weiter. Als er trotzdem bei seiner Auffassung blieb, erklärte ich, dann müsse er sich einen anderen Aussenminister suchen, ich mache mich nicht zum Mitschuldigen einer solchen Politik. Hitler lehnte zunächst mein Abschiedsgesuch ab, ich blieb aber dabei, und am 4. Februar erteilte er mir den Abschied ohne weitere Kommentare.»

Neurath nimmt seinen Abschied, er wird entlassen, zur Tarnung aber gleich als Mitglied in den Geheimen Kabinettsrat aufgenommen. Auch hindert ihn sein Rücktritt nicht, später den Posten des Reichsprotektors für Böhmen und Mähren anzunehmen.

Ganz anders ergeht es Blomberg und Fritsch. Ihre Entfernung wird mit Mitteln vorgenommen, die aus einem schlechten Kriminalroman stammen könnten.

6 WER NICHT MITMACHT, MUSS VERSCHWINDEN

Im Zeugenstand von Nürnberg sitzt Hans Bernd Gisevius zur Entlastung von Hjalmar Schacht. Als ehemaliger Beamter im Innenministerium kennt er viele Geheimnisse, die hinter den Kulissen des Dritten Reiches dem deutschen Volk verborgen geblieben sind. Ein-tönig werden seine Worte von den Gerichtsdolmetschern übersetzt:

«Ich bitte, einen Augenblick mich unterbrechen und von einem Zwischenfall Mitteilung machen zu dürfen, der sich heute Morgen abgespielt hat. Ich befand mich im Anwaltszimmer im Gespräch mit dem Rechtsanwalt Dr. Dix [Schachts Verteidiger]. Herr Dix wurde unterbrochen von Herrn Rechtsanwalt Stahmer, dem Verteidiger des Angeklagten Göring. Ich hörte, was Herr Stahmer Herrn Dix sagte . . .»

An dieser Stelle springt der weisshaarige Dr. Otto Stahmer von seinem Platz auf und eilt ans Vortragspult. Erregt spricht er in das Mikrofon:

«Ich weiss nicht, ob es Gegenstand der Beweisaufnahme ist, hier ein Gespräch zu offenbaren, das ich im Anwaltszimmer mit Herrn Dr. Dix persönlich geführt habe . . .»

Gisevius: «Darf ich dazu etwas sagen?»

Vorsitzender: «Bitte sprechen Sie nicht.»

Jackson: «Über diesen Zwischenfall ist mir berichtet worden, und ich bin der Ansicht, dass es für den Gerichtshof wichtig ist, von den Drohungen zu erfahren, die gegen diesen Zeugen im Gerichtsgebäude erhoben wurden, während er auf seine Vernehmung wartete. Die Drohungen richteten sich nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen den Angeklagten Schacht.»

Dr. Stahmer: «Ich habe heute Morgen im Anwaltszimmer ein persönliches Gespräch mit Herrn Dr. Dix geführt, das den Fall Blomberg betrifft. Dieses Gespräch war nicht für den Zeugen bestimmt . . .»

Jackson: «Ich halte es für wichtig, dass der Gerichtshof davon erfährt. Ich glaube, es ist wichtig, dass das herauskommt. Die Gegenpartei hat sich hier viel Freiheit herausgenommen. Wenn ich recht verstanden habe, sind gegen den Zeugen Drohungen ausgesprochen worden.»

Dr. Rudolf Dix: «Die Frage bezieht sich auf ein Gespräch zwischen dem Zeugen und mir. Also, Herr Zeuge, was habe ich Ihnen gestern gesagt?»

Gisevius: «Sie haben mir zum Ausdruck gebracht, dass dieser unzulässige Druck von dem Angeklagten Göring ausging.»

Vorsitzender: «Herr Zeuge, wollen Sie noch etwas hinzufügen?»

Gisevius: «Ich weiss sehr genau, weswegen Göring nicht wünscht,

dass ich über diese Sache spreche, denn sie ist das schlimmste Stück, was sich Göring geleistet hat.»

Vorsitzender: «Dann wird der Gerichtshof die Aussage anhören, und zwar jede Aussage. Herr Justice Jackson! Der Gerichtshof hat mich gebeten, zu erklären, dass er erwartet, dass Sie alle Fragen, die Sie wegen der angeblichen Einschüchterung des Zeugen für notwendig halten, stellen werden, wenn Sie ihn ins Kreuzverhör nehmen.»

Jackson: «Ja, Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen.»

Vorsitzender: «Dr. Stahmer! Der Gerichtshof möchte zuerst hören, was Sie weiter über diese Angelegenheit zu sagen haben.»

Dr. Stahmer: «Herr Präsident! Göring hat mir gesagt: Ob der Zeuge Gisevius ihn belaste, interessiere ihn gar nicht, aber er möchte nicht, dass der kürzlich verstorbene Blomberg, dass dieser Vorgang, der die Ehe des Herrn Blomberg beträfe, hier vor aller Öffentlichkeit zur Sprache käme. Wenn das nicht verhindert werden könne, dann würde Göring auch seinerseits jede Rücksicht auf Schacht fallenlassen. Das ist das, was ich dann heute Morgen dem Rechtsanwalt Dr. Dix mitgeteilt habe.»

Dr. Dix: «Kollege Stahmer sagte mir Folgendes: «Hören Sie mal, der Göring steht auf dem Standpunkt, dass ihn der Gisevius so viel angreifen kann, wie er will; wenn er aber den toten Blomberg angreift, dann wird Göring auspacken, und zwar gegen Schacht, denn er weiss eine ganze Menge von Schacht, was Schacht unangenehm sein würde.' Das war das Gespräch. Ich habe gar keinen Zweifel gehabt, dass es der Zweck der Mitteilung des Herrn Stahmer an mich war, von dieser Mitteilung Gisevius Mitteilung zu machen, damit dieses von Göring gemeinte und in Aussicht gestellte Unheil eventuell vermieden würde, beziehungsweise dass eben der Zeuge Gisevius sich den Umfang seiner Aussage diesbezüglich überlegen solle.»

Gisevius: «Ich bitte um Entschuldigung, ich wollte nur bekanntgeben, dass ich mich den ganzen Umständen nach unter Druck gesetzt fühlte, so wie ich die Dinge erlebte, denn ich stand bei der Szene so nahe, dass ich hören musste, was Dr. Stahmer sagte. Göring hängt sich hier nur einen Mantel der Ritterlichkeit um, mit dem er angeblich einen Toten schützen will, in Wirklichkeit aber mich hindern wollte, zu einem wichtigen Punkt, nämlich der Fritsch-Krise, umfassende Aussagen zu machen.»

Dr. Dix: «Wir kommen jetzt zur sogenannten Fritsch-Krise, nach meiner Auffassung die entscheidende innenpolitische Vorstufe des Krieges. Schildern Sie bitte diese Krise.»

Gisevius: «Am 12. Januar 1938 wurde die deutsche Öffentlichkeit von der Meldung überrascht, dass der ehemalige Reichskriegsmini-

ster Werner von Blomberg geheiratet hätte. Nähere Einzelheiten über seine Frau wurden nicht gegeben. Nach einigen Tagen erschien als einziges Bild eine Abbildung des Marschalls mit seiner neuen Frau, ausgerechnet vor dem Affenzwinger des Leipziger Zoologischen Gartens. Es erhoben sich eine Anzahl Gerüchte in der Reichshauptstadt, die über das Vorleben der Marschallin böse Dinge zu berichten wussten. Nach einigen Tagen befand sich auf dem Schreibtisch des Berliner Polizeipräsidenten ein dickes Aktenbündel, aus dem Folgendes hervorging:

Die Frau des Marschalls von Blomberg war eine vorbestrafte Sittendirne, die allein in sieben Sittenakten grosser Städte registriert war. Sie befand sich im Berliner Steckbriefregister. Ich selbst habe die Fingerabdrücke und die Bilder gesehen, und endlich war sie wegen Verbreitung unsittlicher Bilder vom Berliner Gericht bestraft worden. Der Berliner Polizeipräsident war verpflichtet, diese Akte auf dem Dienstwege dem Chef der Polizei Himmler zu übergeben.»

Dr. Dix: «Wer war damals Polizeipräsident?»

Gisevius: «Polizeipräsident war Graf Helldorf. Graf Helldorf erkannte, dass die Weitergabe dieses Materials an den Reichsführer der SS die Wehrmacht in eine unmögliche Situation bringen würde. Dann würde Himmler das Material gehabt haben, das er zur moralischen Beendigung der Karriere Blombergs und zu einem Schlag gegen die Wehrmachtsführung benötigte.

Helldorf ging mit diesen Akten zu dem engsten Mitarbeiter des Marschalls Blomberg, dem damaligen Chef des Wehrmachtsamtes Keitel, der damals gerade in verwandtschaftliche Beziehungen, durch die Eheschliessung beider Kinder, zu dem Marschall Blomberg getreten war. Der damalige Generaloberst Keitel sah sich diese Akten genauestens an und stellte an den Polizeipräsidenten Helldorf das Ansinnen, den Skandal zu vertuschen und die Akten zu verschweigen.»

Dr. Dix: «Vielleicht sagen Sie dem Gericht, woher Sie das wissen?»

Gisevius: «Ich weiss dies durch den Grafen Helldorf, der mir den ganzen Ablauf der Dinge geschildert hat. Keitel schickte den Grafen Helldorf mit den Akten zu Göring. Helldorf unterbreitete dem Angeklagten Göring das Aktenstück. Göring behauptete, von dem Steckbriefregister und von der Vorstrafe der Frau von Blomberg nichts zu wissen. Dagegen gab er in diesem ersten Gespräch und dann in späteren Gesprächen zu, dass er Folgendes bereits gewusst habe:

Erstens, dass der Marschall Blomberg bereits vor Monaten Göring gefragt habe, ob es zulässig sei, dass er ein Verhältnis mit einer Dame aus niederer Herkunft habe. Nach einiger Zeit hatte Blomberg

Göring gefragt, ob er ihm behilflich sein wolle, eine Heiratserlaubnis zu erhalten für diese Dame, wie er sich ausdrückte, mit Vergangenhait. Nach einiger Zeit kam Blomberg wieder und erzählte Göring, leider habe diese Dame seines Herzens noch einen weiteren Liebhaber, und er müsse Göring bitten, ihm, Blomberg, behilflich zu sein, diesen Liebhaber beiseite zu schaffen. Göring schaffte darauf den Liebhaber beiseite, indem er ihm Devisen gab und ihn nach Südamerika verbannte. Trotzdem unterrichtete Göring über dieses Vorspiel Hitler nicht, er ging sogar mit Hitler zusammen als Trauzeuge zu der Eheschließung Marschall Blombergs.»

Vorsitzender: «Dr. Dix! Der Gerichtshof möchte gerne wissen, wieso Sie diese Angelegenheit, die so persönlich zu sein scheint, für erheblich halten?»

Dr. Dix: «Es ist notwendig, diese Krise in ihrer ganzen Schauerlichkeit darzustellen, um zu begreifen, welche revolutionäre Wirkung sie auf Schacht und seinen Kreis gegenüber dem Regime gehabt hat.»

Jackson: «Hoher Gerichtshof! Wenn jetzt über diese Dinge nicht ausgesagt wird, würde ich versuchen, sie im Kreuzverhör herauszubekommen, und zwar aus verschiedenen Gründen:

Erstens zeigen sie den Hintergrund zu den behandelten Ereignissen, zweitens hatten sie Einfluss auf die Verschwörung. Es gab verschiedene Männer in Deutschland, die von den Verschwörern beseitigt werden mussten. Einige konnten sie ohne Schwierigkeiten umbringen, wie zum Beispiel im Röhm-Putsch. Die Mittel, die sie gegen Fritsch und Blomberg anwandten, zeigen die Beseitigung der Männer, die allenfalls einem Angriffskrieg im Wege standen. Die Art und Weise, wie diese Männer angeschossen und aus dem Wege geräumt wurden, halten wir für einen wichtigen Teil der Verschwörung.»

Vorsitzender: «Herr Dr. Dix, der Gerichtshof ist angesichts dessen, was Sie und Herr Jackson gesagt haben, der Meinung, dass Sie mit Ihrem Verhör fortfahren sollen.»

Dr. Dix: «Also, Herr Dr. Gisevius!»

Gisevius: «Als Helldorf Göring die Akte übergeben hatte, sah Göring sich gezwungen, diese Akte Hitler zu geben. Hitler erlitt einen Nervenzusammenbruch und entschloss sich, den Marschall Blomberg sofort zu entlassen. Wie Hitler später den Generalen in öffentlicher Sitzung gesagt hat, war sein erster Gedanke, zum Nachfolger Blombergs den Generaloberst von Fritsch zu ernennen.

In dem Augenblick, als er diesen Entschluss aussprach, erinnerten ihn Göring und Himmler, dass dies nicht möglich sei, da Fritsch durch eine Akte aus dem Jahre 1935 aufs Schwerste kriminell belastet sei. Die Akte aus dem Jahre 1935, die nunmehr im Januar 1938 Hitler

vorgelegt wurde, bezog sich darauf, dass die Gestapo im Jahre 1934 auf den Gedanken gekommen war, neben anderen Staatsfeinden auch Homosexuelle als kriminelle Verbrecher zu verfolgen. Auf der Suche nach Material war die Gestapo in Zuchthäuser gegangen und hatte Häftlinge, die Homosexuelle erpresst hatten, um Material gebeten.

Dabei hatte ein Zuchthäusler eine fürchterliche Geschichte zu Protokoll gegeben, die nun wirklich so scheusslich ist, dass ich sie hier nicht wiedergeben werde. Es genügt, dass dieser Zuchthäusler meinte, der davon Betroffene sei ein gewisser Herr von Fritsch oder Frisch gewesen, des genauen Namens konnte sich der Zuchthäusler nicht entsinnen.

Die Gestapo übergab diese Akte im Jahre 1935 Hitler. Hitler war entrüstet über den Inhalt. Er sagte, wie er sich vor den Generalen ausgedrückt hat, er habe von einer solchen Schweinerei nichts wissen wollen. Hitler gab die Anordnung, diese Akte solle unverzüglich verbrannt werden. Jetzt, im Jahre 1938, erinnerten Göring und Himmler Hitler an diese Akte, und es war Heydrichs Geschick Vorbehalten, diese im Jahre 1935 angeblich verbrannte Akte nunmehr Hitler wieder vorzulegen.

Der Angeklagte Göring erbot sich, Hitler den Zuchthäusler aus dem Zuchthaus in die Reichskanzlei zu bringen. Göring bedrohte zuvor diesen Zuchthäusler in Karinhall mit dem Tode, wenn er nicht bei seiner Aussage bliebe.»

Dr. Dix: «Woher wissen Sie das?»

Gisevius: «Das ist im Reichskriegsgericht zur Sprache gekommen. Fritsch wurde in die Reichskanzlei bestellt und von Hitler auf die gegen ihn erhobene Beschuldigung aufmerksam gemacht. Fritsch, ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, verstand überhaupt nicht, was Hitler ihm vorwarf. Entrüstet stritt er ab, was er verbrochen haben sollte. Er gab Hitler in Gegenwart Görings sein Ehrenwort, dass alle Beschuldigungen falsch seien. Aber Hitler ging zur nächsten Tür, öffnete diese, und herein trat der Zuchthäusler, erhob den Arm, zeigte auf Fritsch und sagte: ‚Das ist er.‘

Fritsch war sprachlos. Er konnte einzig verlangen, dass eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde. Hitler verlangte seinen sofortigen Rücktritt und wollte unter der Bedingung, dass Fritsch schweigend ging, die Angelegenheit auf sich beruhen lassen. Fritsch wandte sich an den Chef des Generalstabs Beck. Beck intervenierte bei Hitler. Es entstand ein grosser Kampf darum, dass diese ungeheuerlichen Beschuldigungen gegen Fritsch gerichtlich untersucht werden müssten. Es gab dramatische Auseinandersetzungen in der Reichskanzlei. Am Ende kam der berühmte 4. Februar 1938, zu dem die Generale nach Berlin bestellt wurden, die bis zu diesem Tage völ-

lig ahnungslos waren, dass ihre beiden Vorgesetzten nicht mehr ihres Amtes walteten. Gleichzeitig überraschte Hitler die Generale mit der Mitteilung, dass sie einen neuen Oberbefehlshaber, den Generaloberst von Brauchitsch, bekommen hätten.

Es entspann sich nunmehr wiederum ein wochenlanger Kampf um die Zusammensetzung des Kriegsgerichts, das über die Rehabilitierung des Generaloberst von Fritsch zu entscheiden hatte. Dies war der Moment, vor einem höchsten deutschen Gericht beweisen zu können, mit welchen Mitteln die Gestapo sich ihrer politischen Gegner entledigte. Hier war die einzigartige Gelegenheit, unter Eid Zeugen darüber vernehmen zu können, wie diese ganze Intrige eingefädelt war.

Die Richter des Reichskriegsgerichts vernahmen nun die Gestapo-Zeugen. Sie untersuchten die Protokolle der Gestapo, sie machten Lokaltermine, und es dauerte nicht lange, bis sie genau erkundet hatten, dass es sich bei dieser ganzen Angelegenheit um einen Doppelgänger handelte, nicht um den Generaloberst von Fritsch, sondern um einen längst pensionierten Hauptmann a. D. von Frisch.

Bei dieser Untersuchung stellten die Richter ein Weiteres fest: Sie konnten den Nachweis erbringen, dass die Gestapo bereits am 15. Januar in der Wohnung des Doppelgängers Frisch gewesen war und seine Haushälterin befragt hatte.

Ich darf jetzt die beiden Daten gegenüberstellen: Am 15. Januar ist für die Gestapo erwiesen, dass Fritsch nicht der Schuldige war. Am 24. Januar bringt der Angeklagte Göring den Zuchthäusler und Belastungszeugen in die Reichskanzlei, um Fritsch seiner Schuld zu überführen.

Wir glaubten, dass wir hierbei einem intriganten Stück von geradezu unvorstellbaren Ausmassen gegenüberstanden. Hier konnten wir auf legalem Wege vorgehen, und so begannen wir unseren Kampf, den Generaloberst von Brauchitsch dazu zu bewegen, in dem Reichskriegsgericht die nötigen Beweisanträge zu stellen.»

Dr. Dix: «Was heisst hier ‚wir‘?»

Gisevius: «In diesem Moment fand sich eine Gruppe, von der ich Herrn Dr. Schacht hervorheben muss, der damals in höchstem Masse aktiv war, der damals zu Grossadmiral Raeder ging, zu Brauchitsch ging, zu Rundstedt ging, zu Gürtner ging, der damals überall versuchte zu sagen: Jetzt ist die grosse Krise da, jetzt müssen wir handeln, jetzt ist es die Aufgabe der Generale, uns von diesem Terrorregime zu befreien. Ich darf mich als Zeuge dafür anführen, dass auch Brauchitsch mir gegenüber die feierliche Zusicherung abgab, er würde jetzt diese Gelegenheit zum Kampf benutzen. Aber Brauchitsch stellte eine Vorbedingung. Er sagte: ‚Hitler ist ja noch ein po-

pulärer Mann, wir fürchten den Hitler-Mythos. Wir wollen dem deutschen Volke und der Welt den letzten Beweis liefern in Form der Sitzung des Reichskriegsgerichts und dessen Urteilspruch.'

Deswegen verschob Brauchitsch seine Handlung auf den Tag des Urteilspruchs des Reichskriegsgerichts. Das Reichskriegsgericht trat zusammen. Ich muss allerdings noch etwas hinzufügen. Hitler ernannte zum Vorsitzenden des Reichskriegsgerichts den Angeklagten Göring. Und nun trat das Reichskriegsgericht unter dem Vorsitz Görings zusammen. Es tagte einige Stunden und wurde dann unter dramatischen Umständen vertagt. Denn dies war der Tag, an dem die Entscheidung fiel, die deutschen Armeen nach Österreich einmarschieren zu lassen.

Es war schon damals kein Zweifel, weswegen der Vorsitzende dieses Kriegsgerichts ein so unerhörtes Interesse hatte, dass an diesem Tag noch die Truppen den Marschbefehl kriegten, der sie nicht in Frontstellung nach innen, sondern mit dem Ziel nach aussen marschieren liess.

Erst nach einer Woche konnte das Reichskriegsgericht wieder zusammentreten. Aber dann war Hitler der Triumphator. Die Generale hatten ihren ersten Blumenfeldzug hinter sich, der Jubel war gross und die Verwirrung bei den Generalen noch grösser. Und so ging dieses Kriegsgericht auseinander. Fritschs Unschuld wurde ausdrücklich festgestellt, aber Brauchitsch meinte, in dieser neuen psychologischen Situation, die durch den Anschluss Österreichs verursacht war, könne er es nicht mehr verantworten, zu einem Putsch zu schreiten.

Das ist in grossen Zügen die Geschichte, die praktisch das Kriegsministerium seiner führenden Männer beraubte, und von welchem Augenblick an wir nunmehr den Weg steil abwärts in den Radikalismus hineingehen.»

Die Fritsch-Krise, die beinahe zu einem Eingreifen der Generale geführt hätte – beinahe wäre dann alles Weitere nicht geschehen –, ist im Jubel des Anschlusses erstickt. Generaloberst Freiherr von Fritsch aber sucht im September 1939 vor Warschau den Tod.

7 DER ANSCHLUSS

Sonderfall Otto. Das ist der geheime Deckname für den Anschluss, für den Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich, der im März 1938 erfolgt.

Alles beginnt scheinbar harmlos.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg, dem jetzt eine tragische Rolle zufallen soll, schreibt in seinen Erinnerungen: «Anfangs 1938 sondierte Herr von Papen, ob und wie wir auf eine Einladung nach Berchtesgaden zu einer Besprechung mit

dem Führer reagierten. Ich erklärte meine grundsätzliche Bereitschaft. Herr von Papen fügte hinzu, „es bestehe Einvernehmen darüber, dass die Lage zwischen dem Reich und Österreich, wie immer die Besprechung im Einzelnen verlaufen werde, auf keinen Fall zu einer Erschwerung der Lage der österreichischen Regierung führen könne. Schlimmstenfalls hätte man keinen Fortschritt erzielt, und es bleibe alles beim alten.“»

Am 11. Februar 1938 besteigt Schuschnigg mit Aussenminister Guido Schmidt und seinem Adjutanten, Oberstleutnant Bartl, den Nachtschnellzug nach Salzburg, Richtung Berchtesgaden. Freundlich erwartet Papen am deutschen Schlagbaum die Gäste aus Wien, die in Salzburg aus dem Schlafwagen in Autos umgestiegen sind. Die deutschen Grenzbeamten grüssen mit erhobener Hand.

«Der Führer erwartet Sie und ist ausgezeichnete Stimmung», lächelt Papen. Dann fügt er wie nebenbei hinzu: «Sie haben wohl nichts dagegen, dass zufällig auch mehrere Generale am Berghof eingetroffen sind?»

Natürlich kann Schuschnigg als Gast kaum Einwendungen gegen diesen Zufall erheben, aber er ahnt in diesem Augenblick schon, dass der 12. Februar 1938 nicht ganz so harmlos verlaufen wird.

Hitler hat die Situation genau berechnet: die zufällig zum Besuch Schuschniggs auf den Berghof befohlenen Generale sind der soeben neuernannte Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, dann der General der Artillerie Walter von Reichenau, und General der Flieger Hugo Sperrle. Wie im Nürnberger Prozess bewiesen wird, hat ihre Anwesenheit keinen dienstlichen Zweck. Sie sind nur da, um Schuschnigg durch ihr offensichtliches Warten, durch ihr Herumstehen und Herumsitzen nervös zu machen und stillschweigend unter Druck zu setzen.

«Aus diplomatischen Gründen», sagt der amerikanische Ankläger Sidney S. Alderman, «täuschte von Papen, der in Berchtesgaden zugegen war, vor, dass kein Druck angewendet werde. Doch der angeklagte General Jodl, der die laufenden Ereignisse in seinem Notizbuch niederlegte, war viel aufrichtiger. Wir sind in der glücklichen Lage, das eigenhändig geschriebene Tagebuch General Jodls zu besitzen. Ich zitiere:

„Keitel mit General von Reichenau und Sperrle auf dem Obersalzburg. Schuschnigg mit G. Schmidt werden unter schwersten politischen und militärischen Druck gesetzt.“»

«Adolf Hitler kam uns mit seiner Begleitung, darunter die drei Generale, in Richtung der Aufgangsstufen entgegen», schreibt Schuschnigg in seinen Erinnerungen. «Er trug den braunen SA-Rock mit Hakenkreuzbinde und lange, schwarze Hosen. Die Begrüssung war freundlich, korrekt, und nach kurzer, formaler Vorstel-

lung der beiderseitigen Begleitung geleitete mich Hitler in seinen Arbeitsraum im ersten Stock des geräumigen Berghofs.»

«Der Führer ist ausgezeichnete Stimmung», hatte Papen versichert. Aber kaum haben sich die Türen des Arbeitszimmers geschlossen, muss der österreichische Regierungschef erkennen, dass der Diktator zum Generalangriff auf Österreich antritt. Tatsächlich will Hitler jetzt die österreichische Frage mit allen Mitteln lösen – «so oder so», wie er sich auszudrücken pflegt. Die militärischen Statisten Keitel, Reichenau und Sperrle sind nur Details. Hitler scheut auch vor den kleinlichsten Druckmitteln nicht zurück: er weiss, dass sein Gast Schuschnigg starker Raucher ist, aber er duldet nicht, dass in seiner Gegenwart geraucht wird.

Das sind nicht nur Gerüchte: Im Nürnberger Zeugenstand sitzt der ehemalige Gauleiter von Kärnten, Dr. Friedrich Rainer. Der amerikanische Ankläger Thomas J. Dodd nimmt ihn ins Kreuzverhör.

Dodd: «Können Sie sich noch an die Rede erinnern, die Sie am 11. März 1942 vor den Politischen Leitern, Ehrenzeichen- und Blutordensträgern des Gaues Kärnten in Klagenfurt gehalten haben?»

Rainer: «Ich habe eine solche Rede gehalten.»

Dodd: «Schön, dann wollen wir sie uns einmal ansehen. Haben Sie, als Sie die Rede hielten, die Wahrheit gesprochen?»

Rainer: «Ich glaube, damals die Wahrheit gesprochen zu haben.»

Dodd: «Wenn Sie mir jetzt folgen, werden wir die Stellen, auf die es ankommt, leicht finden:

„Papen war eingeschärft worden, diesen Besuch vertraulich vorzubereiten“

Das war die Berchtesgadener Konferenz. Haben Sie damals, 1942, die Wahrheit gesprochen? Und dann, ein paar Sätze weiter unten:

„Ich habe dann Parteigenossen Mühlmann, der sich als ausgezeichnete Verbindungsmann zu Stellen im Reich erwiesen hat, Instruktionen mitgegeben. Er ist mit dem gleichen Zug, in dem Schuschnigg fuhr, nach Salzburg gefahren. Während Schuschnigg in Salzburg sich abhängen liess, dort übernachtete und am nächsten Tage mit Auto nach Obersalzberg weiterfuhr, fuhr Mühlmann weiter und war in Berchtesgaden. Er ist dann vor Schuschnigg zum Führer und konnte ihm alles sagen.“

Schuschnigg ist in der Früh gekommen, dort empfangen worden und hat die grenzenlose Überraschung erlebt, dass der Führer die Verhandlungen sofort aufnahm. Der Führer führte die Verhandlungen nicht, wie Schuschnigg es sich dachte. Er ging auf das Ganze. Schuschnigg wurde damals fertiggemacht, dass man es sich gar nicht vorstellen konnte. Der Führer hat ihn angefasst, hat ihn befetzt, angeschrien. Schuschnigg war ein ganz starker Raucher. Man hatte

Verbindungen bis in das Schlafzimmer hinein, wir waren informiert über seinen Lebensstil, jetzt rauchte er fünfzig, jetzt sechzig Zigaretten. Nun darf er beim Führer nicht rauchen. Ribbentrop sagte mir, Schuschnigg hätte ihm schon leid getan. Er ist nur mehr stramm gestanden vor dem Führer, er legte die Hände an die Hosennaht und sagte nur mehr Jawohl. ‘

Was haben Sie dazu zu sagen? Alles das sagten Sie in Ihrer Rede. War es die Wahrheit, Herr Zeuge?»

Rainer: «Die Ereignisse, wie ich sie hier geschildert habe, stimmen im Grossen und Ganzen.»

Dodd: «Gut, dann fahren wir fort. Sie sagten ferner: «Bevor die Besprechung mit Schuschnigg startete, ist Schmidt zu Ribbentrop gegangen und sagte: Bitte, erlauben Sie doch, dass der Bundeskanzler eine einzige Zigarette raucht. . .’»

Rainer: «Die Darstellung hier stimmt mit meiner Erinnerung überein.»

Eine bessere Schilderung als die des Gauleiters Rainer, wie Hitler seinen Gast, den Regierungschef eines selbständigen Staates, behandelte, lässt sich wirklich kaum denken.

An dieser Stelle muss man sich daran erinnern, dass zum Zeitpunkt des Schuschnigg-Besuches zwischen Deutschland und Österreich eine Vereinbarung besteht, von Hitler am 11. Juli 1936 gegengezeichnet. Punkt x dieser Vereinbarung lautet: «Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich.»

Und die erwähnte Feststellung Hitlers vom 21. Mai 1935 lautete: «Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschliessen.»

Der zweite Punkt der von Hitler am 11. Juli 1936 unterschriebenen Vereinbarung sagt eindeutig: «Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem anderen Lande bestehende innenpolitische Gestaltung, einschliesslich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.»

Doch was bedeuten unterschriebene Abmachungen! Schuschnigg wird, wie Rainer sagte, fertiggemacht. Kurz nach der Besprechung mit Hitler schreibt Schuschnigg nieder, was wörtlich gesprochen worden ist. Dieses Gespräch, hier gekürzt wiedergegeben, enthüllt das Vorspiel des Anschlusses.

Schuschnigg: «Dieser wundervoll gelegene Raum ist wohl schon der Schauplatz mancher entscheidenden Besprechung gewesen, Herr Reichskanzler?»

Hitler: «Ja, hier reifen meine Gedanken. Aber wir sind ja nicht zusammengekommen, um von der schönen Aussicht und vom Wetter zu reden.»

Schuschnigg: «Ich möchte zunächst danken, Herr Reichskanzler, dass Sie mir die Gelegenheit zu dieser Aussprache gegeben haben. Ich versichere vor allem, dass es uns mit dem Abkommen vom Juli 1936 sehr ernst ist. Wir haben jedenfalls alles dazu getan, um zu beweisen, dass wir dem Sinn und Wortlaut des Abkommens gemäss eine deutsche Politik zu führen entschlossen sind.»

Hitler: «So, das nennen Sie eine deutsche Politik, Herr Schuschnigg? Ich kann Ihnen nur sagen, dass es so nicht weitergeht. Ich habe einen geschichtlichen Auftrag, und den werde ich erfüllen, weil mich die Vorsehung dazu bestimmt hat. Ich bin getragen von der Liebe meines Volkes. Ich kann mich jederzeit und überall frei und unbewacht unter meinem Volk bewegen.»

Schuschnigg: «Das glaube ich Ihnen ja gerne, Herr Reichskanzler.»

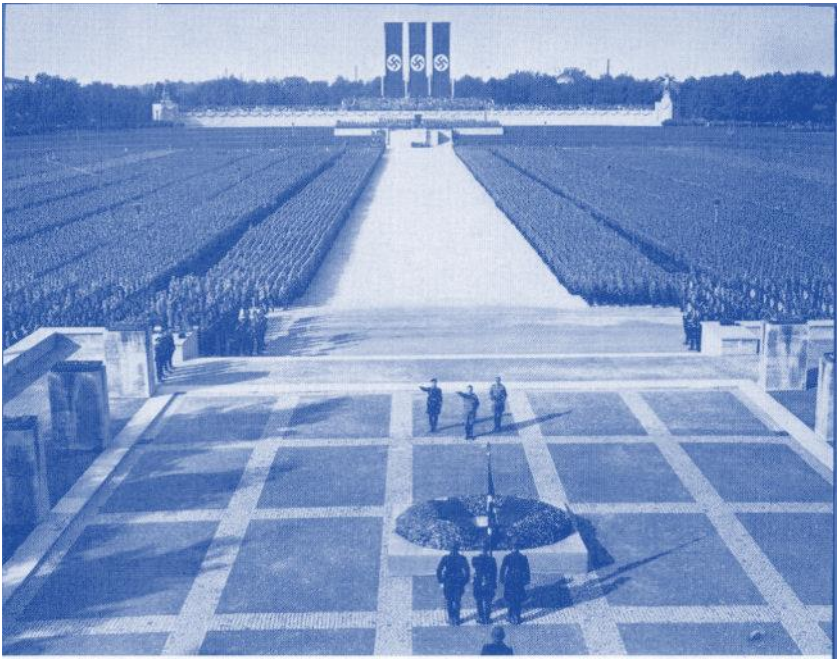
Hitler: «Ich könnte mit dem gleichen und noch mit viel mehr Recht mich als Österreicher bezeichnen, als Sie, Herr Schuschnigg! Versuchen Sie es doch einmal, und machen Sie eine freie Volksabstimmung in Österreich, in der Sie und ich gegeneinander kandidieren. Dann werden Sie sehen!»

Schuschnigg: «Ja, wenn das möglich wäre. Aber Sie wissen selbst, Herr Reichskanzler, dass es eben nicht möglich ist.»

Hitler: «Das sagen Sie, Herr Schuschnigg! Ich sage Ihnen, ich werde die ganze sogenannte österreichische Frage lösen, und zwar so oder so. Ich brauche nur einen Befehl zu geben, und über Nacht ist der ganze lächerliche Spuk an der Grenze zerstoßen. Sie werden doch nicht glauben, dass Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können? Wer weiss – vielleicht bin ich über Nacht auf einmal in Wien; wie der Frühlingssturm! Dann sollen Sie etwas erleben!»

Schuschnigg: «Herr Reichskanzler, ob wir es wollen oder nicht – das wird ein Blutvergiessen geben; wir sind nicht allein auf der Welt. Das bedeutet wahrscheinlich den Krieg.»

Hitler: «Das sagt sich sehr leicht, jetzt, wo wir beide in Klubsesseln sitzen. Alle Welt muss wissen, dass es für eine Grossmacht einfach unerträglich ist, wenn an ihren Grenzen jeder kleine Staat glaubt, sie provozieren zu können. Ich will Ihnen jetzt noch einmal, zum letztenmal, die Gelegenheit geben, Herr Schuschnigg. Entweder wir kommen zu einer Lösung, oder die Dinge sollen laufen. Wir werden dann ja sehen, wie das werden wird. Überlegen Sie es sich gut, Herr Schuschnigg – ich habe nur mehr Zeit bis heute nachmittag. Wenn ich Ihnen das sage, dann tun Sie gut daran, mich wörtlich zu nehmen. Ich bluffe nicht.»



Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg 1934.

Schutz vor dem mächtigen Nachbarn sucht im selben Jahr Österreich: In Rom unterzeichnen Mussolini (links), der österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (zweiter von rechts) und der ungarische Ministerpräsident Gömbös (ganz rechts) ein Drei-Mächte-Abkommen. (Wenige Wochen später wird Dollfuß von österreichischen SA-Leuten ermordet.)





Münchener Abkommen 1938: England und Frankreich schliessen mit Hitler und Mussolini einen Pakt auf Kosten der Tschechoslowakei. (Von links: Neville Chamberlain, Edouard Daladier, Hitler, Mussolini und sein Aussenminister Graf Ciano.)

Deutsch-sowjetischer Pakt 1939: Ribbentrop unterzeichnet in Moskau das Bündnis. Im Hintergrund Stalin und Aussenminister Molotow.



Schuschnigg: «Herr Reichskanzler, welches sind Ihre konkreten Wünsche?»

Hitler: «Darüber können wir uns am Nachmittag unterhalten.»

In der Mittagspause hat der österreichische Bundeskanzler Gelegenheit, sich mit seinem Aussenminister Schmidt zu besprechen. Dann werden beide in ein Nebenzimmer gebeten, wo Papen und Aussenminister Ribbentrop warten. Ribbentrop übergibt Schuschnigg einen maschinengeschriebenen Entwurf für ein neues Abkommen.

«Das ist das Äusserste, was Ihnen der Führer zubilligen will», sagt der Reichsaussenminister.

Das Papier enthält praktisch unannehmbare Bedingungen. Die österreichische Regierung soll sich verpflichten, dem Nationalsozialisten Arthur Seyss-Inquart das Sicherheitsministerium mit unbeschränkter Polizeigewalt zu übergeben; sie soll alle festgesetzten Nationalsozialisten, einschliesslich der Bombenattentäter und der Beteiligten am Dollfuss-Mord, freilassen; sie soll die österreichischen Nationalsozialisten in ihre eigene Partei, die Vaterländische Front, aufnehmen, und dergleichen mehr.

Schuschnigg erinnert sich: «Herr von Ribbentrop erörterte sorgfältig die einzelnen Punkte und wiederholte schliesslich, dass der Entwurf als Ganzes angenommen werden müsse. Wir betonten unsere Bestürzung. Dr. Schmidt erinnerte Herrn von Papen an das Übereinkommen vor Antritt der Reise. Herr von Papen erklärte, selbst völlig überrascht zu sein. Ich fragte, ob wir auf den guten Willen seitens Deutschlands rechnen könnten. Der Reichsaussenminister und Herr von Papen beruhigten mit bestimmtester Versicherung.»

Wenige Minuten später wird eine Probe dieses guten Willens gegeben. Hitler lässt den österreichischen Bundeskanzler erneut zu sich rufen. Die Unterredung nimmt ihren Fortgang.

Hitler: «Ich habe mich entschlossen, einen allerletzten Versuch zu machen, Herr Schuschnigg. Hier ist der Entwurf. Verhandelt wird nicht; ich ändere keinen Beistrich. Sie haben entweder zu unterschreiben, oder alles Weitere ist zwecklos. Ich werde dann im Laufe der Nacht meine Entschlüsse zu fassen haben.»

Schuschnigg: «Ich bin vom Inhalt informiert und kann bei der gegebenen Sachlage nichts anderes tun, als ihn zur Kenntnis zu nehmen. Ich bin auch bereit zur Unterschrift. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass nach unserer Verfassung das Staatsoberhaupt, also der Bundespräsident, die Mitglieder der Regierung ernennt. Auch die Amnestie ist ein Vorrecht des Bundespräsidenten. Meine Unterschrift besagt also nur, dass ich mich zur Antragstellung verpflichte. Daher kann ich auch für die Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen – drei Tage – keine Gewähr übernehmen.»

Hitler: «Das müssen Sie!»

Schuschnigg: «Das kann ich nicht.»

Hitler ist wütend. Er steht auf, geht mit grossen Schritten zur Tür und öffnet sie.

«Keitel!» brüllt er hinaus. Schuschnigg schickt er mit den Worten aus dem Zimmer: «Ich werde Sie dann rufen lassen.»

Schuschnigg geht hinaus. Keitel geht hinein.

Im Nürnberger Gefängnis hat Papen in einer Unterhaltung mit dem Gerichtspsychologen Gilbert die ganze Szene nachgespielt, und der Amerikaner schreibt in sein Tagebuch:

«Von Papen wiederholte, wie Hitler einen militärischen Druck auf den österreichischen Kanzler Schuschnigg ausübte. Hitler schrie: ‚Keitel!‘, so dass man es im ganzen Haus hören konnte. Keitel kam ausser Atem angelaufen, aber in Hitlers Zimmer wurde er nur gebeten, in einer Ecke Platz zu nehmen. Die ganze Sache diente nur dazu, Schuschnigg einzuschüchtern.»

Im Zeugenstand hat Wilhelm Keitel diese Minuten selber geschildert: «Es war die erste dienstliche Handlung, die ich miterlebt habe. Zunächst, da ich noch nie eine Konferenz oder eine politische Aktion oder etwas Derartiges miterlebt hatte, wusste ich überhaupt nicht, was ich sollte. Im Laufe des Tages wurde mir natürlich die Anwesenheit von drei Repräsentanten der Wehrmacht klar, die eine militärische Demonstration – so darf ich es ruhig nennen – darstellte.

Es ist mir in der Voruntersuchung die Frage gestellt worden, was es bedeutet hätte, dass am Nachmittag plötzlich durch das Haus der Ruf ergangen sei nach meinem Namen und ich zum Führer kommen sollte. Ich bin dann zu ihm ins Zimmer gegangen. Es klingt vielleicht komisch, wenn ich sage, als ich das Zimmer betrat, glaubte ich, er würde mir eine Anweisung geben. Er brauchte die Worte: «Bitte setzen Sie sich. Der Bundeskanzler will mit seinem Aussenminister Schmidt eine Konferenz abhalten, ich habe sonst gar nichts.»

Alles ist nur Bluff.

Aber die Wirkung auf Schuschnigg und seinen Aussenminister ist vernichtend. Im Nürnberger Zeugenstand ist Dr. Guido Schmidt von Ankläger Dodd zu diesem Punkt vernommen worden.

Dodd: «Sagte Ihnen Hitler, Sie hätten Zeit bis zum 15. Februar, seine Bedingungen anzunehmen?»

Dr. Schmidt: «Ja.»

Dodd: «Und er sagte Ihnen, dass, wenn Sie das nicht täten, er Gewalt anwenden würde?»

Dr. Schmidt: «Ja, es war ein Ultimatum, und Hitler hatte erklärt, er hatte die Absicht, schon im Februar nach Österreich einzumarschieren und habe sich noch zum letztenmal zu einem Versuch bereitgefunden.»

Dodd: «Und wie war es mit den Generälen? Sind diese während der Konferenz ein- und ausgegangen?»

Dr. Schmidt: «Es wurden mehrere Male die Generäle hineingerufen.»

Dodd: «Hatten Schuschnigg und Sie Angst? Dachten Sie einmal, dass Sie in Haft genommen werden sollten?»

Dr. Schmidt: «Dass wir eventuell nicht wegkommen, die Besorgnis hatten wir.»

Dodd: «Erinnern Sie sich noch daran, dass Schuschnigg Ihnen auf der Rückreise nach Wien sagte, er habe Angst gehabt, als Keitel hereinggerufen wurde, und geglaubt, er werde erschossen werden oder dass ihm sonst etwas Schreckliches zugefügt werden sollte?»

Dr. Schmidt: «Von Erschiessen war nie die Rede. Wir hatten, wie ich schon gesagt habe, nur Angst. Der Kanzler war auch der Meinung, dass wir eventuell, wenn die Verhandlungen nicht gutgehen, nicht mehr wegkommen.»

Während Schuschnigg und Guido Schmidt – Regierungschef und Aussenminister eines Landes! – Angst haben, von ihrem Gastgeber gefangengenommen zu werden, laufen noch weitere Täuschungsmanöver.

«Die Vorschläge dieser Täuschungsmanöver», sagt der amerikanische Ankläger Alderman in Nürnberg, «sind in einem erbeuteten deutschen Dokument dargelegt. Die Vorschläge sind von dem Angeklagten Keitel unterschrieben. Unter seiner Unterschrift ist eine Notiz, dass der Führer diese Vorschläge gebilligt hat. Ich zitiere:

,Falsche, aber glaubwürdige Nachrichten lancieren, die auf militärische Vorbereitungen gegen Österreich schliessen lassen, a) durch V-Männer in Österreich, b) durch unser Zollpersonal an der Grenze, c) durch Reiseagenten. Solche Nachrichten können sein: a) im Bereich des VII. Armeekorps soll Urlaubssperre verhängt sein, b) in München, Augsburg und Regensburg wird Eisenbahnleermaterial zusammengezogen, c) der Militärattaché in Wien, Generalleutnant Muff, ist zu Besprechungen nach Berlin berufen worden, d) die Grenzpolizeistellen an der österreichischen Grenze haben Verstärkungspersonal eingezogen, e) Zollbeamte berichten von bevorstehenden Übungen der Gebirgsbrigade in der Nähe von Freilassing, Reichenhall und Berchtesgaden.»

Das ganze Programm der Einschüchterung und der Gerüchte war wirksam. Das warf den Schatten der Ereignisse voraus, die mit dem tatsächlichen deutschen Einmarsch am 12. März 1938 ihren Höhepunkt erreichten.»

In diesem Hexenkessel von militärischen Drohungen, von Angst und Einschüchterung kapitulierte Schuschnigg. Eine halbe Stunde

nach dem dröhnenden Ruf «Keitel!» unterschreibt er das, was man die «bedingungslose Kapitulation Österreichs» nennen könnte.

Das alles ist durch vielfache Zeugenaussagen und Niederschriften belegt. Nur einer der Beteiligten, der damalige Reichsaussenminister Joachim von Ribbentrop, kann sich an nichts mehr erinnern, als ihn der britische Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe über diese Dinge befragt.

Sir David: «Erinnern Sie sich nicht, Herrn von Schuschnigg einen mit Schreibmaschine geschriebenen Entwurf gezeigt zu haben, der die Forderungen an Schuschnigg enthielt? Denken Sie nur erst nach.»

Ribbentrop: «Das ist durchaus möglich. Hitler hatte eine Niederschrift selbst diktiert. Die Einzelheiten weiss ich nicht mehr genau.»

Sir David: «Was stand in der Denkschrift?»

Ribbentrop: «Das weiss ich nicht.»

Sir David: «Wenn Sie jemandem ein Memorandum aushändigen, bei einer Gelegenheit, die Sie ihm gegenüber eine historische Zusammenkunft nannten, dann kann man doch annehmen, dass Sie in gewissen Umrissen angeben können, was dieses Memorandum enthielt?»

Ribbentrop: «Nein, es ist merkwürdig, dies zu sagen, aber im Einzelnen weiss ich das wirklich nicht.»

Sir David: «Und haben Sie Schuschnigg gesagt, dass Hitler Sie informiert habe, dass diese Forderungen, die Sie hier überreichen, die endgültigen Forderungen des Führers seien, und dass Hitler nicht bereit sei, sie zu diskutieren?»

Ribbentrop: «Da kann ich mich nicht so entsinnen.»

Sir David: «Aber Sie haben gehört, dass in der zweiten Besprechung mit Hitler dieser zu Schuschnigg sagte, dass er diesen Forderungen innerhalb von drei Tagen nachkommen müsste?»

Ribbentrop: «Nein, das höre ich heute zum ersten Male.»

Sir David: «Seien Sie etwas vorsichtig, bevor Sie sagen, dass Sie dies heute zum erstenmal hören, denn ich werde Ihnen gleich ein Dokument zeigen. Sind Sie sicher, dass Sie nicht gehört haben, dass Hitler Schuschnigg sagte, er müsse diesen Forderungen innerhalb von drei Tagen nachkommen, sonst würde Hitler in Österreich einmarschieren?»

Ribbentrop: «Das halte ich für ausgeschlossen.»

Sir David: «Wenn er das gesagt hätte, dann werden Sie doch zustimmen, dass das der schwerste militärische und politische Druck gewesen wäre?»

Ribbentrop: «Der damaligen Lage entsprechend wäre das selbstverständlich ein Druck gewesen.»

Sir David: «Wissen Sie nicht, dass von Schuschnigg sagte: „Ich bin

nur der Bundeskanzler, ich muss diese Dinge dem Präsidenten Miklas unterbreiten, und ich kann das Protokoll nur vorbehaltlich einer Rücksprache mit Präsident Miklas unterschreiben?«

Ribbentrop: «Nein, das weiss ich nicht mehr im Einzelnen.»

Sir David: «Erinnern Sie sich nicht daran, dass Hitler zur Tür gegangen ist und Keitel gerufen hat?»

Ribbentrop: «Nein, hier habe ich erst gehört, dass dies geschehen sein soll.»

Sir David: «Wissen Sie, dass von Schuschnigg das Dokument unterschrieb, weil sonst Deutschland in Österreich einmarschieren würde?»

Ribbentrop: «Nein, das wusste ich nicht.»

Sir David: «Ich glaube, es wäre angebracht, dem Zeugen das deutsche Dokumentenbuch vorzulegen. Wollen Sie sich bitte zuerst das Tagebuch des Angeklagten Jodl ansehen, und zwar die Eintragung vom 13. Februar: «Am Nachmittag ruft General Keitel Admiral Canaris und mich in sein Zimmer, um auf Befehl des Führers den militärischen Druck durch Vorspiegelung militärischer Massnahmen aufrechtzuerhalten.»

Schauen Sie sich die nächste Eintragung vom 14. Februar an: Canaris leitet die einzelnen Massnahmen ein. Die Wirkung ist rasch und kräftig. In Österreich entsteht der Eindruck ernster militärischer Vorbereitungen in Deutschlands

Wollen Sie dem Gerichtshof einreden, dass Sie nichts wussten, weder über diese militärischen Massnahmen noch über die Wirkung, die sie in Österreich auslösten?»

Ribbentrop: «Ich halte es durchaus für möglich, dass der Führer, um seinen Wünschen stärkeren Nachdruck zu verleihen . . .»

Sir David: «Aber Zeuge, einen Augenblick! Sicherlich haben Sie, der Aussenminister des Reiches, mit all den Mitteln, die einem Aussenminister zur Verfügung stehen, etwas über die Wirkung in Österreich gewusst, die Jodl als «rasch und kräftig» bezeichnete. Wollen Sie dem Gerichtshof unter Ihrem Eid sagen, dass Sie nichts über die Wirkung in Österreich gewusst haben?»

Ribbentrop: «Jawohl, ich wusste über diese Wirkung nichts.»

Sir David: «Ich verstehe. Sagen Sie mir, warum haben Sie und Ihre Freunde Schuschnigg sieben Jahre im Gefängnis gehalten?»

Ribbentrop: «Das weiss ich nicht. Aber, wenn Sie sagen, Gefängnis, so weiss ich nur aus eigener Erfahrung, dass der Führer verschiedentlich gesagt und betont hat, dass Schuschnigg besonders gut und anständig behandelt werden soll.»

Sir David: «Sie meinen Gefängnis. Ich will lieber Buchenwald und Dachau sagen. Er war in beiden. Glauben Sie, dass er sich dort sehr wohl gefühlt hat?»

Ribbentrop: «Dass Herr Schuschnigg in einem Konzentrationslager war, habe ich hier zum ersten Male gehört.»

Sir David: «Versuchen Sie mal zur Abwechslung, nur meine Frage zu beantworten: Warum haben Sie und Ihre Freunde Schuschnigg sieben Jahre hindurch im Gefängnis gehalten?»

Ribbentrop: «Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Ich kann nur eines sagen, was ich damals hörte, dass er nicht im Gefängnis war, sondern in einer Villa und allen Komfort hatte, den er haben konnte und der möglich war.»

Sir David: «Etwas hat er nicht gehabt, Herr Zeuge, nämlich die Möglichkeit über das, was sich in Berchtesgaden ereignete, von seiner Seite aus zu berichten. Das ist ganz klar nach allem, was Sie sagen, dass er allen Komfort hatte in Buchenwald und Dachau oder wo er war, aber er hatte keine Möglichkeit – Komfort oder kein Komfort –, der Welt mitzuteilen, wie diese Ereignisse sich von seiner Seite aus darstellten.»

Ribbentrop: «Das vermag ich nicht zu beurteilen.»

Sir David: «Ja, das ist Ihre Ansicht. Wir wollen zu einem anderen Thema übergehen . . .»

Was ist nach Berchtesgaden geschehen? Wie rollt die Geschichte ab, mit der Schuschniggs Leidensweg durch Gefängnisse und Konzentrationslager, mit der Österreichs Schicksalsweg in die erdrückenden Bruderarme Hitlers beginnt?

Niedergeschlagen kehren Schuschnigg und Schmidt vom Obersalzberg nach Wien zurück. Obwohl die Tragweite vorauszusehen ist, willigt der österreichische Bundespräsident, Wilhelm Miklas, schweren Herzens ein: Er beruft Seyss-Inquart zum Sicherheits- und Polizeimeister, er unterschreibt die Amnestie, mit der alle verhafteten Nationalsozialisten auf freien Fuss gesetzt werden.

Sofort beginnt es in Österreich wieder zu gären. Der neue österreichische Minister Seyss-Inquart reist zuerst einmal nach Deutschland und holt sich bei Hitler Instruktionen. Nach Wien zurückgekehrt, spricht er die ihm unterstellten Beamten in einem Runderlass mit «Deutsche Polizei in Österreich!» an.

Die innere Auflösung beginnt.

Schuschnigg macht einen letzten Versuch, die Lage zu retten. Er stützt sich auf das soeben in Berchtesgaden bekräftigte Abkommen, das ausdrücklich die Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs bestätigt und Deutschlands Verzicht auf jede innerpolitische Einmischung garantiert: so schreibt er für den 13. März eine allgemeine Volksabstimmung aus. Die Österreicher sollen nun selbst entscheiden.

Am 10. März wird der Termin im ganzen Lande verkündet. Die Parole lautet: «Für ein freies und deutsches, unabhängiges und so-

ziales, christliches und einiges Österreich – für Brot und Frieden im Lande.» Schuschnigg rechnet mit 70 bis 75 Prozent Ja-Stimmen.

Man mag darüber lächeln – in Berlin jedenfalls lächelt niemand. In Berlin fürchtet man, dass Schuschnigg recht haben könnte, und das wäre eine unerträgliche Abfuhr für Hitler, eine entscheidende internationale Niederlage des Nationalsozialismus. Die Abstimmung muss deshalb verhindert werden!

«Hitler soll empört und ausser Rand und Band sein, alles ist wütend», berichtet Seyss-Inquart dem Bundeskanzler. «Göring verlangt, dass die Volksbefragung innerhalb einer Stunde abgesetzt wird. Er erwartet in einer Stunde meinen telefonischen Bescheid. Wenn bis dahin keine Nachricht kommt, nimmt er an, dass ich am Telefonieren verhindert bin und wird sich danach richten . . .»

Schuschnigg eilt zu Bundespräsident Miklas. Gegen halb zwölf Uhr mittags – es ist der 11. März 1938 – kehrt er in seine Amtsräume zurück. Er bittet Seyss-Inquart und den nationalen Minister Edmund Glaise-Horstenau zu sich.

«Bitte teilen Sie Herrn Göring mit», sagt Schuschnigg zu den beiden Herren, «dass die Forderung im Hinblick auf die Lage angenommen ist.»

Die Volksabstimmung wird abgesagt. Die Minister begeben sich zum Telefon, rufen Berlin an. Dann kommen sie wieder in Schuschniggs Zimmer. Seyss-Inquart hält einen Zettel in der Hand, von dem er abliest, was ihm Göring soeben am Telefon befohlen hat:

«Die Lage ist nur zu retten, wenn der Bundeskanzler sofort zurücktritt und binnen zwei Stunden Dr. Seyss-Inquart zum Bundeskanzler ernannt ist. Bei fruchtlosem Fristablauf erfolgt der deutsche Einmarsch in Österreich.»

Tiefes Schweigen tritt ein.

Schuschnigg sucht erneut den Bundespräsidenten auf. Unterwegs bestürmen ihn Freunde und Ratgeber: «Appellieren Sie an die Massen, lassen Sie das Heer marschieren! Widerstand bis zum letzten! Rufen Sie die Welt um Hilfe, Paris, London! Die Mächte werden nicht zusehen können, dass nach der Methode des Strassenraubs jede Ordnung im Inneren Europas aufhört. Heute sind wir an der Reihe, wer morgen . . .?»

«Italien! Wenden wir uns an Mussolini!»

Noch 1934, als Dollfuss ermordet wurde, hatte Mussolini Truppen an die österreichische Grenze geworfen, um dem Land gegen Hitler beizustehen. Doch jetzt, 1938, kommt aus Rom nur die kühle Mitteilung: «Die italienische Regierung erklärt, wenn sie befragt wird, in der gegenwärtigen Lage keinen Rat erteilen zu können.»

So teilt Schuschnigg, wie Göring es will, dem Bundespräsidenten seinen Rücktritt mit, und er bleibt auch fest bei diesem Schritt, als

ihn Miklas nur ansieht und leise die Worte spricht: «Ich sehe also, dass man mich jetzt allein lässt . . .»

Das einzige, wozu sich Schuschnigg noch bereitfindet, ist, die Geschäfte als zurückgetretener Regierungschef weiterzuführen, bis ein neuer Bundeskanzler ernannt ist. Aber Miklas weigert sich, einen Nationalsozialisten zum Regierungschef zu machen; er weigert sich, einem Befehl Berlins zu gehorchen und Seyss-Inquart zu berufen. Allein stemmt er sich gegen das Schicksal.

Im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz räumt Schuschnigg seinen Schreibtisch auf. Ihm gegenüber hängt die Totenmaske des ermordeten Engelbert Dollfuß, gleichmütig blickt das majestätische Ölgemälde der Kaiserin Maria Theresia auf die Szene. Vor dem Gebäude wird Lärm hörbar, Gesang schallt herauf, das Ende ist in greifbare Nähe gerückt. . .

Im Nürnberger Prozess verliert mehr als sieben Jahre später der amerikanische Ankläger Sidney S. Alderman den amtlichen Bericht des Gauleiters Rainer:

«Daraufhin Losbrechen der Revolution, die im Allgemeinen binnen drei Stunden zur restlosen Besetzung von ganz Österreich und zur Übernahme aller Posten durch die Partei führte. Die Machtübernahme war ein Werk der Partei, gestützt auf die Einmarschdrohung des Führers und den legalen Stützpunkt Seyss-Inquart in der Regierung.»

Schuschnigg entschliesst sich, noch eine Rundfunkansprache zu halten. Es ist seine letzte Amtshandlung. Er schliesst mit den Worten: «Gott schütze Österreich!»

In Wien jubeln Zehntausende auf den Strassen. Die Polizisten haben Hakenkreuzbinden angelegt, werden von der rasenden Menge auf die Schultern gehoben und gefeiert. Unbekannte umarmen sich, aus dem Nichts wachsen Demonstrationzüge, in ahnungsloser Begeisterung wird immer wieder «Deutschland, Deutschland über alles» angestimmt. Ein junger Bursche erklimmt die Fassade des Bundeskanzleramtes und hisst auf dem Balkon eine Hakenkreuzfahne . .

Nur einen Felsen gibt es noch: Miklas. Der Bundespräsident weigert sich auch weiterhin, Seyss-Inquart zum Kanzler zu ernennen.

Während auf den Strassen gejubelt und marschiert, gesungen und getanzt wird, während in der Wiener Leopoldstadt, dem Judenviertel, Tausende weinen und Hunderte zur Flucht rüsten, während das andere Österreich mit beklommenen Herzen zu Hause an den Lautsprechern sitzt, während Schuschnigg interniert wird und seinen siebenjährigen Weg durch Gefängnisse und Konzentrationslager antritt, gehen zwischen Göring in Berlin und seinen Mittelsleuten in Wien aufgeregte Blitzgespräche hin und her. Es ist eine Sensation,

dass diese Telefongespräche 1945 im Wortlaut dem Nürnberger Gericht vorgelegt werden können – «dank der Tüchtigkeit des Angeklagten Göring und seiner Luftwaffenorganisation», wie sich Ankläger Alderman ausdrückt. Alle Gespräche wurden nämlich vom Abhördienst des Luftfahrtministeriums mitstenografiert. Die Protokolle füllen einen ganzen Akt mit der Aufschrift «Geheime Reichs-sache», und die Blätter enthüllen, was hinter den Kulissen des jubelnden Anschlusses gespielt wurde. Sie enthüllen, wie es um die «spontane Volkserhebung» in Österreich wirklich bestellt war, welchen Druck Hermann Göring ausübte, um die Regierung Schuschnigg zur Kapitulation zu zwingen.

Ankläger Alderman hat das Aktenbündel vor sich auf dem Vortragspult liegen: einen dicken Schnellhefter.

«Ich unterbreite diese Gruppe von Dokumenten im Originalband, wie sie im Luftfahrtministerium gefunden worden sind», sagt er und hebt den Schnellhefter ein wenig empor. «Dabei entsinne ich mich an Hiobs Jammerschrei: ‚Oh, dass mein Feind ein Buch schreiben möge!‘ Die meisten der Unterhaltungen, die in diesem Bande enthalten sind, wurden vom Angeklagten Göring geführt, obwohl auch eine interessante Unterhaltung von Hitler geführt worden ist.»

Um 17 Uhr des entscheidungsreichen Tages telefoniert Göring von Berlin aus mit dem österreichischen SS-Führer Odilo Globocnik in Wien und erhält von diesem im Übereifer die falsche Nachricht, Bundespräsident Miklas habe dem Verlangen Berlins entsprochen und Seyss-Inquart zum Bundeskanzler ernannt. Doch das ist ein Irrtum. Um 17 Uhr 20 erfährt Göring durch ein neues Blitzgespräch von Seyss-Inquart selbst die Wahrheit. Der Wortlaut, wie er dem Nürnberger Gericht unterbreitet wurde, sagt alles.

Göring: «Der Globocnik teilte in Ihrem Auftrag mit, dass Sie die Kanzlerschaft bekommen hätten.»

Seyss-Inquart: «Ich selbst? Wann hat er das gesagt?»

Göring: «Vor einer Stunde. Er sagte, Sie hätten die Kanzlerschaft.»

Seyss-Inquart: «Nein, das ist nicht so! Ich habe dem Bundespräsidenten den Vorschlag gemacht, mir die Kanzlerschaft zu geben. Das dauert bei ihm Allgemein drei bis vier Stunden! Was die Partei betrifft, so haben wir die Formationen SA und SS angewiesen, dass sie den Ordnungsdienst übernehmen.»

Göring: «Also, das geht so nicht! Das geht unter keinen Umständen! Die Sache ist jetzt im Rollen. Also bitte: es muss jetzt sofort dem Bundespräsidenten mitgeteilt werden, dass er *unverzüglich* Ihnen die Macht zu übergeben hat als Bundeskanzler, und dass er das Ministerium so anzunehmen hat, wie es gesagt worden war, also Sie Bundeskanzler und das Heer . . .»

Seyss-Inquart: «Herr Generalfeldmarschall, jetzt ist der Mühlmann [einer der Verbindungsleute] gerade gekommen, der war dort. Darf er Ihnen berichten?»

Göring: «Ja!»

Mühlmann: «Die Situation ist so, dass der Bundespräsident noch immer die Zustimmung hartnäckig verweigert und eine diplomatische Aktion, eine offizielle, seitens des Reiches fordert. Wir wollten - drei Nationalsozialisten - ihn jetzt persönlich sprechen, um ihm naheulegen, in dieser aussichtslosen Situation das einzig Mögliche zu tun, nämlich ja zu sagen. Er hat uns nicht einmal vorgelassen. Es sieht insofern also aus, als ob er keineswegs gewillt wäre, nachzugeben.»

Göring: «Geben Sie mir Seyss-Inquart!»

Seyss-Inquart: «Ich bin am Apparat.»

Göring: «Also bitte Folgendes: Sie möchten sich sofort mit dem Generalleutnant Muff [dem deutschen Militärattaché in Wien] zum Bundespräsidenten begeben und ihm sagen: wenn er nicht unverzüglich die Forderungen - Sie kennen sie - annimmt, dann erfolgt heute Nacht der Einmarsch der bereits an der Grenze aufmarschierten und anrollenden Truppen auf der ganzen Linie, und die Existenz Österreichs ist vorbei! Der Generalleutnant Muff möchte sich mit Ihnen hinbegeben und verlangen, sofort vorgelassen zu werden, und das ausrichten. Bitte geben Sie uns unverzüglich die Nachricht, auf welchem Standpunkt Miklas bleibt. Sagen Sie ihm, es gibt keinen Spass jetzt. Jetzt ist die Sache so, dass dann heute Nacht der Einmarsch an allen Stellen Österreichs beginnt. Der Einmarsch wird nur dann aufgehalten, wenn wir bis 19 Uhr 30 die Meldung haben, dass der Miklas die Kanzlerschaft Ihnen übertragen hat. Verfügen Sie sofortige Wiederherstellung der Partei mit allen ihren Organisationen und lassen Sie dann im ganzen Land jetzt die Nationalsozialisten losgehen. Sie dürfen überall jetzt auf die Strasse gehen. Also bis 19 Uhr 30 Meldung! Der Generalleutnant Muff soll mit hingehen. Ich werde Muff sofort dieselbe Weisung geben. Wenn der Miklas das nicht in vier Stunden kapiert, muss er es jetzt eben in vier Minuten kapieren!»

Seyss-Inquart: «Na, gut.»

Eine Stunde und acht Minuten später, um 18 Uhr 28, telefoniert Göring mit seinem nach Wien entsandten Vertrauensmann Wilhelm Keppler.

Keppler: «Ich habe mit Muff gesprochen. Muff ist jetzt oben gewesen beim Präsidenten; der hat wieder abgelehnt.»

Göring: «Wo ist der Muff jetzt?»

Keppler: «Der Muff ist wieder runtergekommen. Seine Aktion war erfolglos.»

Göring: «Ja, was sagt er denn?»

Kepler: «Er [der Bundespräsident] würde das nicht tun.»

Göring: «Dann soll ihn der Seyss-Inquart absetzen! Gehen Sie nochmal rauf und sagen Sie ihm ganz glatt, der Seyss-Inquart soll die nationalsozialistische Wache aufrufen, und die Truppen bekommen jetzt in fünf Minuten von mir den Befehl zum Einmarsch.»

Kepler holt Muff an den Apparat.

Muff: «Tatsache ist, dass der Versuch Schuschniggs, der Welt zu beweisen, dass die Nationalsozialisten keine Mehrheit haben, nur durch Waffendrohung des deutschen . . .»

Hier wird das Gespräch unterbrochen. Drei Minuten später ist die Verbindung wieder hergestellt.

Göring: «Ist dort Kepler?»

Veesenmeyer [ein Mittelsmann des Reichsaussenministeriums]: «Hier Veesenmeyer! Kepler ist gerade beim Bundeskanzler.»

Göring: «Beim Bundespräsidenten!»

Veesenmeyer: «Nein, beim Bundeskanzler! Die sind alle zusammen, Bundespräsident und Bundeskanzler.»

Göring: «Ich bleibe am Apparat. Veesenmeyer, es muss jetzt schnell gehen! Jetzt haben wir noch drei Minuten Zeit!»

Veesenmeyer: «Ich weiss, jawohl.»

Inzwischen kommt Kepler an den Apparat.

Kepler: «Also ich war nochmal oben beim Präsidenten; er hat alles abgelehnt.»

Göring: «Hat alles abgelehnt! Gut! Seyss soll sofort anrufen!»

Kepler: «Er kann gleich ans Telefon kommen.»

Seyss-Inquart: «Hier spricht Seyss-Inquart.»

Göring: «Ja, also, wie ist es?»

Seyss-Inquart: «Bitte, Herr Feldmarschall, ja?»

Göring: «Wie steht es?»

Seyss-Inquart: «Ja, der Herr Bundespräsident bleibt auf dem alten Standpunkt. Es ist noch keine Entscheidung.»

Göring: «Ja, glauben Sie denn, dass in den nächsten Minuten eine Entscheidung fallen kann?»

Seyss-Inquart: «Na, länger als fünf bis zehn Minuten kann das Gespräch nicht dauern. Ich nehme an, dass es fünf bis zehn Minuten noch dauern wird.»

Göring: «Passen Sie auf, dann will ich diese paar Minuten noch warten. Dann teilen Sie mir bitte mit Blitzgespräch unter Reichskanzlei alles mit, wie bisher. Aber es muss wirklich schnell gehen. Ich kann es kaum verantworten, darf eigentlich gar nicht! Wenn das nicht ist, müssen Sie eben die Gewalt übernehmen, nicht wahr?»

Seyss-Inquart: «Ja, wenn er droht?»

Göring: «Ja.»

Seyss-Inquart: «Ja, ja, dann werden wir schon antreten. Nicht?»

Göring: «Rufen Sie mich unter Blitzgespräch an!»

«Göring und Seyss-Inquart», sagt Ankläger Alderman im Nürnberger Gerichtssaal, «hatten sich, mit anderen Worten, auf den Plan geeinigt, wie Seyss-Inquart die Macht übernehmen sollte, falls Miklas hartnäckig blieb. Der Plan beinhaltete sowohl die Anwendung der nationalsozialistischen Kräfte in Österreich als auch der deutschen Truppen.»

Aufgeregt telefonierte Göring und Seyss-Inquart um 19 Uhr 57 wieder miteinander.

Seyss-Inquart: «Herr Dr. Schuschnigg wird im Radio die Mitteilung ergehen lassen, dass ein Ultimatum der Reichsregierung gestellt wurde.»

Göring: «Das habe ich gehört!»

Seyss-Inquart: «Die Regierung hat sich selbst ausser Amt gestellt. Der General Schilhavsky hat hier das Kommando über das Militär und wird das Militär zurückziehen. Die Herren stellen sich auf den Standpunkt, sie warten auf den Einmarsch.»

Göring: «Also sie haben Sie nicht betraut?»

Seyss-Inquart: «Nein!»

Göring: «Sondern Ihres Amtes enthoben?»

Seyss-Inquart: «Nein, es ist überhaupt niemand seines Amtes enthoben worden, sondern die Regierung selber hat sich sozusagen von den Geschäften zurückgezogen und lässt die Sache ablaufen.»

Göring: «Und Sie sind nicht berufen worden? Ihre Berufung ist abgelehnt?»

Seyss-Inquart: «Das ist nach wie vor abgelehnt. Man stellt sich vor, man lässt es darauf ankommen; auf den Einmarsch.»

Göring: «Also gut! Ich gebe den Befehl zum Einmarsch, und dann sehen Sie zu, dass Sie sich in den Besitz der Macht setzen. Machen Sie die führenden Leute auf Folgendes aufmerksam, was ich Ihnen jetzt sage: Jeder, der Widerstand leistet oder Widerstand organisiert, verfällt augenblicklich damit unseren Standgerichten. Den Standgerichten der einmarschierenden Truppen. Ist das klar?»

Seyss-Inquart: «Ja!»

Göring: «Einschliesslich führender Persönlichkeiten. Ganz gleichgültig!»

Seyss-Inquart: «Ja, die haben ja Befehl gegeben, keinen Widerstand zu leisten.»

Göring: «Ganz egal! Der Bundespräsident hat Sie nicht beauftragt, und das ist auch Widerstand!»

Seyss-Inquart: «Na ja.»

Göring: «Gut! Also Sie haben den offiziellen Auftrag!»

Seyss-Inquart: «Ja.»

Göring: «Also, alles Gute. Heil Hitler.»

In Wien selbst macht der zurückgetretene Bundeskanzler zu diesem Zeitpunkt noch einen kurzen Rundgang durch seine Amtsräume. Zu den Fenstern herein dringen Lärm und Gesang der Menge auf der Strasse. Schuschnigg schreibt in seinen Erinnerungen: «Ich gehe die paar Schritte durch den Säulensaal über den düsteren Vorraum ins Ministerzimmer. Dort, unter dem Bildnis Franz Josephs, steht eine Gruppe mir unbekannter Gestalten. Ein junger Mann im Reisedress geht auffallend knapp an mir vorbei, halb Student, halb Beamtenanwärter. Auffallend nichts als der typische nordische Haarschnitt: vorne knapp gescheitelt, oben, rund herum und rückwärts mit der Maschine kahl geglättet. Nun hatte ich begriffen: Einmarsch; zunächst noch nicht an den Grenzen, sondern am Ballhausplatz; zunächst nicht Wehrmacht – sondern Gestapo.»

Wieder telefoniert Göring, diesmal mit dem deutschen Militärattaché Generalleutnant Wolfgang Muff. Es ist 20 Uhr 26.

Göring: «Sagen Sie doch dem Seyss-Inquart Folgendes: Nach unserer Auffassung ist ja jetzt die Regierung zurückgetreten. Aber er selbst ist nicht zurückgetreten. Also er soll die Regierung weiterführen und amtieren und im Namen der Regierung jetzt die notwendigen Anordnungen treffen. Der Einmarsch erfolgt jetzt, und es wird bekanntgegeben, dass, wer Widerstand leistet, die Folgen zu tragen hat. Der Seyss soll versuchen, dass nicht alles drunter und drüber geht.»

Muff: «Das macht er, der Seyss, er hält schon eine Ansprache.»

Göring: «Und er soll aber jetzt die Regierung übernehmen. Er soll die Regierung übernehmen und jetzt die Sache rasch durchführen, und – am besten – der Miklas tritt zurück.»

Muff: «Ja, das tut er nicht! Es war sehr dramatisch. Ich habe etwa eine Viertelstunde mit ihm gesprochen. Er hat erklärt, dass er unter keinen Umständen der Gewalt weiche, und er ernenne keine neue Regierung.»

Göring: «So! Und er weicht nicht der Gewalt?»

Muff: «Er weicht nicht der Gewalt.»

Göring: «Na, was heisst das? Dann lässt er sich also ausheben?»

Muff: «Ja, er bleibt dort sitzen.»

Göring: «Na gut! Bei vierzehn Kindern muss man vielleicht sitzenbleiben. Also schön! Sagen Sie das Seyss. Seyss soll die Regierung übernehmen!»

«Soviel über das Gespräch», sagt in Nürnberg Ankläger Alderman. «Noch ein anderes historisches Ereignis wurde über das Telefon erörtert. Ich beziehe mich auf das berühmte Telegramm, welches Seyss-Inquart an die deutsche Regierung schickte, in dem er verlangte, dass die deutsche Regierung Truppen nach Österreich sende,

um ihn bei der Unterdrückung von Unordnung zu unterstützen. Ein Gespräch, das um 20 Uhr 48 an demselben Abend zwischen Göring und Keppler stattfand, wickelte sich folgendermassen ab.»

Keppler: «Ich möchte Ihnen kurz berichten: Also Bundespräsident Miklas hat sich geweigert, etwas zu machen. Die Regierung ist aber trotzdem ausser Funktion getreten. Ich habe mit Schuschnigg gesprochen, und er sagte mir, sie hätten ihre Funktionen niedergelegt. Seyss hat am Rundfunk gesprochen, dass er als Innenminister die Geschäfte weiterführe. Die alte Regierung hat Befehl gegeben, dass das Heer keinerlei Widerstand leistet. Also es darf nicht geschossen werden.»

Göring: «Na ja, das ist ja auch wurscht! Nun passen Sie auf: die Hauptsache ist, dass sich jetzt Seyss-Inquart der ganzen Regierung bemächtigt, Rundfunk und so weiter besetzt hält. Und passen Sie auf: Folgendes Telegramm soll der Seyss-Inquart hersenden. Schreiben Sie auf:

„Die provisorische österreichische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, Ruhe und Ordnung in Österreich wieder herzustellen, richtet an die deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen und ihr zu helfen, Blutvergiessen zu verhindern.

Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.»

Keppler: «Also es marschieren SA und SS durch die Strassen, es ist aber sehr ruhig.»

Göring: «Also passen Sie auf: die Grenzen muss er besetzen lassen, damit die da nicht mit dem Vermögen abschieben.»

Keppler: «Jawohl!»

Göring: «Er soll jetzt eine provisorische Regierung bilden. Es ist ganz egal, was der Bundespräsident sagt.»

Keppler: «Ja!»

Göring: «Also unsere Truppen überschreiten heute die Grenze.»

Keppler: «Ja.»

Göring: «Gut! Und das Telegramm möchte er möglichst bald schicken. Und sagen Sie ihm, wir bitten, er braucht das Telegramm ja gar nicht zu schicken; er braucht nur zu sagen: einverstanden! Rufen Sie mich zu diesem Zweck an, entweder beim Führer oder bei mir. Also macht's gut! Heil Hitler!»

«Natürlich», erklärt Ankläger Alderman, «das Telegramm brauchte gar nicht geschickt zu werden, denn Göring hat das Telegramm ja selber geschrieben, er hatte es ja schon. Die Sache war so dringend, dass Göring den genauen Text des Telegramms über das Telefon diktierte, und eine Stunde später, um 21 Uhr 54, in einer Unterhaltung zwischen Dr. Dietrich in Berlin und Keppler in Wien

wurde das Folgende gesagt . . .» Dietrich telefoniert, wie aus dem Originaltext hervorgeht, im Auftrag des General Karl Bodenschatz.

Dietrich: «Ich brauche dringend das Telegramm.»

Kepler: «Sagen Sie dem Generalfeldmarschall, dass Seyss-Inquart einverstanden wäre.»

Dietrich: «Das ist hervorragend. Ich danke Ihnen.»

Doch dieses um 21 Uhr 54 geführte Gespräch hat keine praktische Bedeutung mehr, denn tatsächlich hat Hitler schon eine Stunde früher, um 20 Uhr 45, den Befehl zum Einmarsch gegeben.

«Der Nachrichtenverkehr mit Österreich wurde jetzt unterbrochen», sagt Alderman, «aber die deutsche Militärmaschine war in Gang gesetzt worden. Um dies zu beweisen, unterbreitete ich das beschlagnahmte Dokument C-182. Es ist eine Weisung des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht vom n. März 1938, 20 Uhr 45. Diese Weisung, abgezeichnet von General Jodl und unterschrieben von Hitler, ordnet den Einmarsch nach Österreich an.»

In dieser Geheimen Kommandosache heisst es unter anderem:

«Zur Vermeidung weiteren Blutvergiessens in österreichischen Städten wird der Vormarsch der deutschen Wehrmacht nach Österreich am 12. März bei Tagesanbruch angetreten. Ich erwarte, dass die gesteckten Ziele unter Aufbietung aller Kräfte so rasch als möglich erreicht werden.»

Auch hier wird eine Täuschung angewendet, denn nirgends wird Blut vergossen, und Kepler hatte Göring am Telefon ausdrücklich gesagt: «Es ist sehr ruhig.»

«Es geht gegen Mitternacht», schreibt Schuschnigg in seinen Erinnerungen. «Von aussen kommt keinerlei Nachricht. Im Minister ratszimmer sind wir noch immer um den Bundespräsidenten versammelt. Nochmals werden alle zwingenden Gründe erörtert, die allem Anschein nach die Ernennung der Regierung Seyss-Inquart gebieten. Schliesslich gibt Miklas nach und unterfertigt die Liste . . .»

Das ist auch formell das Ende.

Im Nürnberger Prozess lässt Ankläger Alderman allerdings noch einen Blick hinter die Kulissen des Anschlusses fallen:

«In dem Augenblick», sagt er, «da Hitler und Göring sich in dieses militärische Unternehmen gestürzt hatten, standen sie vor einem grossen Fragezeichen: Italien. Italien hatte im Jahre 1934, anlässlich des Putsches am 25. Juli, Truppen an der italienischen Grenze zusammgezogen. Italien war der traditionelle politische Beschützer Österreichs. Hitler musste erleichtert aufatmen, als er um 22 Uhr 25 jener Nacht von Prinz Philipp von Hessen, seinem Botschafter in Rom, erfuhr, dass Mussolini die ganze Angelegenheit in sehr freundlicher Weise aufgenommen hatte. Die Situation kann richtig erfasst

werden, wenn man das Gespräch wieder liest. Die Aufzeichnung des Gesprächs zeigt die Aufregung, die sich Hitlers bemächtigte, als er am Telefon sprach.»

Philipp: «Ich komme soeben zurück aus dem Palazzo Venezia. Der Duce hat die ganze Sache sehr freundlich aufgenommen. Er lässt Sie herzlich grüssen.»

Hitler: «Dann sagen Sie Mussolini bitte, ich werde ihm das nie vergessen.»

Philipp: «Jawohl.»

Hitler: «Nie, nie, nie, es kann sein, was sein will. Ich bin jetzt noch bereit, mit ihm in eine ganz andere Abmachung zu gehen.»

Philipp: «Jawohl, das habe ich ihm auch gesagt.»

Hitler: «Wenn die österreichische Sache jetzt aus dem Weg geräumt ist, bin ich bereit, mit ihm durch dick und dünn zu gehen, das ist mir alles gleichgültig.»

Philipp: «Jawohl, mein Führer.»

Hitler: «Passen Sie mal auf – ich mache jetzt auch jedes Abkommen – ich fühle mich jetzt auch nicht mehr in der furchtbaren Lage, die wir doch eben militärisch hatten für den Fall, dass ich in den Konflikt gekommen wäre. Sie können ihm das nur mal sagen, ich lasse ihm wirklich herzlich danken, ich werde ihm das nie, nie vergessen. Ich werde ihm das nie vergessen.»

Philipp: «Jawohl, mein Führer.»

Hitler: «Ich werde ihm das nie vergessen, es kann sein, was sein will. Wenn er jemals in irgendeiner Not oder irgendeiner Gefahr sein sollte, dann kann er überzeugt sein, dass ich auf Biegen vor ihm stehe, da kann sein, was da will, wenn sich auch die Welt gegen ihn erheben würde.»

Philipp: «Jawohl, mein Führer.»

«(Qach dem Einmarsch», sagte Alderman, «als Hitler sich in Linz befand, drückte er wiederum Mussolini gegenüber seine Dankbarkeit in dem berühmten Telegramm aus, an welches sich die Welt wohl gut erinnert. Das Dokument lautet wie folgt: ‚Mussolini, ich werde Ihnen dieses nie vergessen!‘

Sodann musste etwas in London geschehen, um die Erregung zu beruhigen. Am Tage nach dem Einmarsch, am Sonntag, dem 13. März 1938, telefonierte der Angeklagte Göring, der in Berlin gelassen worden war, um die Regierungsgeschäfte zu führen, mit dem Angeklagten von Ribbentrop in London. Hitler befand sich in seinem Vaterlande Österreich. Ich finde dieses Gespräch sehr bezeichnend für die Art und Weise, in welcher diese Angeklagten handelten. Sie bedienten sich einer Art von internationaler Doppelzüngigkeit, um andere Völker zu beruhigen und irrezuführen.»

Das Gespräch zwischen Göring und Ribbentrop, wie es nun dem

Gericht unterbreitet wird, ist sehr lang. Die wichtigsten Stellen genügen aber vollkommen.

Göring: «Also, Sie wissen ja, dass der Führer mich mit der Führung der Regierungsgeschäfte beauftragt hat. Und deshalb wollte ich Sie orientieren. Es ist ein unbeschreiblicher Jubel in Österreich, das können Sie ja durchs Radio hören.»

Ribbentrop: «Ja, es ist phantastisch, was?»

Göring: «Ja, der letzte Einmarsch ins Rheinland verschwindet völlig dagegen, was an Jubel der Bevölkerung . . . Der Führer war unendlich erschüttert, als er mich gestern Abend sprach.

Nun wollte ich in der Hauptsache die politischen Sachen sagen: Also, die Erzählung da, wir hätten ein Ultimatum gestellt, das ist natürlich Quatsch. Dann müssen Sie ja bedenken, dass Schuschnigg mächtige Reden gehalten hat, die Vaterländische Front würde kämpfen bis zum letzten, das konnte man ja nicht wissen, dass die so kapitulieren, und infolgedessen hat der Seyss-Inquart – da war er bereits an der Regierung – uns gebeten, nunmehr unverzüglich einzumarschieren. So sind die tatsächlichen Verhältnisse. Interessant ist Folgendes: die völlige, geradezu uns selbst überraschende Anteilnahme am Nationalsozialismus. Es ist so, dass überhaupt ausser den Juden, die in Wien sitzen, und einem Teil dieser Rabenschwarzen, überhaupt keiner zu sehen ist, der gegen uns ist.»

Ribbentrop: «Eigentlich ist also ganz Österreich für uns.»

Göring: «Im Übrigen muss ich eins sagen, wissen Sie, wenn da – gestern hiess es mal: ja, ernsteste Dinge, Krieg und so weiter –, muss ich hell auflachen, denn wo wäre der gewissenlose Staatsmann, der Millionen Menschen wieder in den Tod schicken würde, lediglich, weil zwei deutsche Brudervölker wieder . . .»

Ribbentrop: «Ja, das ist absolut lächerlich, natürlich. Die Erkenntnis ist auch hier. Man weiss hier, glaube ich, ziemlich genau Bescheid.»

Göring: «Herr Ribbentrop, ich würde vor allem eines betonen: Welcher Staat in der ganzen Welt wird durch unsere Vereinigung geschädigt? Im Übrigen, das möchte ich auch noch betonen, war der tschechische Gesandte gestern bei mir und hat mir erklärt, die Gerüchte, sie hätten mobil gemacht, wären vollständig aus der Luft gegriffen, und sie würden sich mit meinem Wort, dass ich nicht das geringste gegen die Tschechei unternehme, begnügen.»

Ribbentrop: «Der hat das auch bei der Botschaft schon vorgestern sagen lassen. Der hat hier extra angerufen.»

Göring: «Wir bedrohen in keiner Weise die Tschechoslowakei, sondern die Tschechoslowakei hat im Gegenteil jetzt die Möglichkeit, mit uns zu einer freundschaftlichen und vernünftigen Regelung zu kommen. Alles unter der Voraussetzung, dass Frankreich ver-

nünftig bleibt und seinerseits nichts macht. Wenn natürlich Frankreich jetzt an der Grenze grosse Mobilmachungen durchführt, dann kann es ja heiter werden.»

Ribbentrop: «Ich glaube, dass man da jetzt durchaus vernünftig sein wird.»

Göring: «Passen Sie auf, nachdem jetzt das ganze Problem da unten gelöst ist und keine Gefahr mehr besteht – das war ja doch eigentlich der Krisenherd für eine wirkliche Gefahr. Die Leute sollten uns noch dankbar sein, dass wir diesen Krisenherd beseitigt haben.»

Ribbentrop: «Das habe ich ihnen auch gesagt. Ich habe auch Halifax [dem britischen Aussenminister] gesagt, dass man hier aufrichtig die Verständigung wolle, worauf er bemerkte, dass er nur etwas Sorge hätte um die Tschechoslowakei.»

Göring: «Nein, nein, das kommt gar nicht in Frage!»

Ribbentrop: «Ich habe ihm daraufhin gesagt, wir hätten keinerlei Interesse und nicht die Absicht, da irgendetwas zu machen.»

Göring: «Der Führer meinte, weil Sie nun gerade einmal drüben sind, ob Sie nicht die Leute grundsätzlich aufklären, wie tatsächlich die Dinge sind. Vor allen Dingen, dass das hier eine völlige Irreführung ist, wenn man annimmt, dass Deutschland ein Ultimatum gestellt hat. Ich wollte, dass Sie dem Chamberlain Folgendes sagen: Es ist nicht richtig, dass Deutschland irgendein Ultimatum gestellt hat. Das ist eine Lüge von Schuschnigg. Es ist ferner nicht richtig, dass dem Bundespräsidenten ein Ultimatum gestellt worden ist von uns, lediglich ist da, glaube ich, ein Militärattaché mitgegangen, gebeten von Seyss-Inquart wegen einer technischen Frage. Weiter möchte ich sagen, dass ausdrücklich Seyss-Inquart hier uns gebeten hat, mündlich und dann noch telegrafisch, Truppen zu schicken.»

Ribbentrop: «Sagen Sie, Herr Göring, wie ist das eigentlich mit Wien, ist da alles klar jetzt?»

Göring: «Ja: Gestern waren von mir Hunderte von Flugzeugen mit einigen Kompanien zur Sicherung des Flughafens gelandet, und die sind mit Jubel empfangen worden. Heute zieht die Spitze der 17. Division ein, zusammen mit den österreichischen Truppen. Weiter möchte ich feststellen, die österreichischen Truppen haben sich nicht etwa zurückgezogen, sondern haben sich überall mit den deutschen Truppen sofort verbrüderet.»

Ribbentrop: «Das war ja eigentlich zu erwarten.»

Göring: «Der Einmarsch erfolgte also auf diesen Wunsch. Die ganze Stadt rollt nunmehr ab, wie eine solche Sache abrollen muss, und erfolgt jetzt nur noch als ein Freudenmarsch, wenn Sie es so nennen wollen. An sich ist alles in wunderbarem Frieden. Zwei Völker liegen sich in den Armen und jubeln und geben ihrem Jubel und

ihrer Freude Ausdruck. Im Übrigen muss ich sagen, hat sich Mussolini fabelhaft benommen.»

Ribbentrop: «Ja, ja, habe schon gehört.»

Göring: «Fabelhaft.»

Ribbentrop: «Sehr gut!»

Göring: «Ich kann Ihnen sagen, ich bin so masslos glücklich.»

Ribbentrop: «Wissen Sie, dass wir hier in ganz kurzer Zeit – ich müsste mich kolossal täuschen –, wird man hier sagen, ja, Donnerwetter, eigentlich ist es dadurch gut, dass ein Problem endlich, und zwar auf so friedliche Weise – es ist ja doch einfach phantastisch, wie friedlich das Problem gelöst ist. Eins wollte ich noch sagen, ich habe hier allerdings auch gar keinen Zweifel an einer Sache gelassen, dass wenn, nicht wahr, irgendwie und eine, oder warten Sie mal, auf irgendeine Art der Drohung oder irgendwelchen Sachen, die hier in der Sache kommen wird, der Führer und die gesamte Nation hundertprozentig hinter der ganzen Sache steht.»

Göring: «Da will ich Ihnen mal Folgendes sagen: Gnade Gott, kann ich nur sagen, der Führer ist hier, wo es um seine Heimat geht, viel zu sehr mit dem Herzen beteiligt. Ich glaube, wenn der Mann in der österreichischen Frage irgendeine Drohung erhält, da gibt der Mann nie und nimmer nach.»

Ribbentrop: «Das ist ja klar.»

Göring: «Da ist kein Zweifel. Wer uns jetzt bedroht, stösst auf beide Völker, und mit einem fanatischen Widerstand.»

Ribbentrop: «Ich glaube, darüber ist man sich ja vollkommen klar.»

Göring: «Ja, wenn man das haben will, bitte schön. Lieber möchte ich, dass mein Volk ausgerottet wird, als dass es nachgibt.»

Ribbentrop: «Ich glaube, dass man darin vollkommen vernünftig ist und so weiter.»

Göring: «Das wäre ja wohl auch das Tollste vom Tollen. Dann wäre die Welt ein Narrenhaus geworden. Das ist ja lächerlich!»

«Um jedoch dieses Gespräch zu verstehen», erklärt Ankläger Alderman in Nürnberg, «müssen wir wieder versuchen, Zeit und Ort der tatsächlichen Szene, als Göring am Telefon sprach, zu rekonstruieren. Ich zitiere . . .»

Göring: «Das Wetter ist prachtvoll hier, blauer Himmel. Ich sitze hier in Decken gehüllt auf meinem Balkon an der frischen Luft und trinke meinen Kaffee. Nachher muss ich reinfahren, die Rede halten, und die Vögel zwitschern, und durch das Radio hört man ab und zu von drüben die Stimmung, die ungeheuer ist. Das heisst in Wien.»

Ribbentrop: «Das ist wunderbar.»

Göring: «Ich beneide nur alle die, die gestern dabeisein konnten.

Ich muss hier sitzen und die Schlüsselstellung halten. Haben Sie die Rede des Führers in Linz gehört?»

Ribbentrop: «Nein, leider nicht, die habe ich nicht gehört.»

Göring: «Das war für mich die interessanteste Rede, die ich jemals vom Führer gehört habe – sie war ganz kurz. Dieser Mann, der doch das Wort beherrscht, wie kein zweiter, konnte kaum reden.»

Ribbentrop: «War er sehr erschüttert, der Führer?»

Göring: «Ja, furchtbar. Ich glaube, dass der Mann schwere Tage durchmacht. Da sollen sich also Szenen abspielen . . . übrigens ist ja Ward Price [ein bekannter britischer Journalist] mit ihm dort . . .»

Ribbentrop: «Ja, ich habe den Artikel von Ward Price schon gelesen heute Morgen. Der Führer hat sich nach ihm umgedreht und hätte gefragt: Ist dies Druck? Können Sie dies als Druck und Gewalt bezeichnen, was Sie hier sehen?»

Göring: «Na, kommen Sie man.»

Ribbentrop: «Auf Wiedersehen und Heil Hitler!»

Göring: «Heil Hitler!»

Können Sie dies als Druck und Gewalt bezeichnen? hatte Hitler Ward Price gefragt. Doch was sind Worte! Gestern noch hat Göring den tschechoslowakischen Gesandten beruhigt, aber jetzt, bald nach dem jubelnden Anschluss Österreichs, kann man eine neue Platte hören. Sie ist von Dr. Goebbels aufgelegt worden und wird täglich im Rundfunk gespielt: Der Egerländer Marsch.

Morgen wird nach dieser Melodie abermals marschiert.

8 FRIEDE IN UNSERER ZEIT

Wieder kommt ein Kapitel zur Sprache, dessen wahre Zusammenhänge von Jubel, Geschrei, Gesang und schmetternder Marschmusik übertönt werden. Wieder wissen die Menschen nicht, dass ihre Leidenschaften künstlich aufgeputscht worden sind, dass ein leichtfertiges Spiel mit ihnen getrieben wird.

«Ich werde unter keinen Umständen gewillt sein», ruft Hitler am 12. September 1938 während des Parteitags in Nürnberg, «einer weiteren Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in der Tschechoslowakei in endloser Ruhe zuzusehen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos, noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen.»

Kurz nach dieser Rede kommt es im Sudetenland zu blutigen Unruhen. Wieder ist eine Krise entfacht, die unweigerlich einem gewaltsamen Höhepunkt zutreibt. Seit 1933 haben sich die Gegensätze zwischen den Volksgruppen in der Tschechoslowakei ständig verschärft; seit dem Anschluss Österreichs sind sie unerträglich gewor-

den. Sicher glauben die Sudetendeutschen, ihre eigenen berechtigten Ansprüche verfechten zu müssen. Sie ahnen nicht, dass sie nur Werkzeuge sind: Konrad Henlein, der Führer der SPD, der Sudetendeutschen Partei, ist nur Befehlsempfänger. Am 28. März 1938 bekommt Henlein in Berlin von Adolf Hitler selbst genaue Anweisungen. In dem Protokoll über die Besprechung heisst es unmissverständlich: «Die Tendenz der Anweisung, die der Führer Henlein gegeben hat, geht dahin, dass von Seiten der Sudetendeutschen Partei Forderungen gestellt werden sollen, die für die tschechische Regierung unannehmbar sind. Henlein hat dem Führer gegenüber seine Auffassung folgendermassen zusammengefasst: Wir müssen also immer so viel fordern, dass wir nicht zufriedengestellt werden können. Diese Auffassung bejahte der Führer.»

«Henlein übte seine Tätigkeit mit Hilfe von Ratschlägen und dem Beistand der Nazi-Führer aus», erklärt Ankläger Alderman zu diesem Punkt. «Oberstleutnant Köchling wurde Henlein als Ratgeber beigegeben, um ihn in der Arbeit mit dem Sudetendeutschen Freikorps zu unterstützen.»

Zum Beweis wird eine Aktennotiz des Adjutanten Hitlers, Rudolf Schmudt, verlesen: «Geheime Kommandosache. Gestern Abend hat die Besprechung Führer – Oberstleutnant Köchling stattgefunden. Dauer der Besprechung sieben Minuten. Oberstleutnant Köchling bleibt dem OKW unmittelbar unterstellt. Er wird Konrad Henlein zur Beratung zugeteilt. Er hat vom Führer weitgehende militärische Vollmachten bekommen. Das Sudetendeutsche Freikorps bleibt Konrad Henlein unterstellt. Zweck: Schutz der Sudetendeutschen und Aufrechterhaltung weiterer Unruhen und Zusammenstösse. Die Aufstellung des Freikorps erfolgt in Deutschland.»

Zweck: «Aufrechterhaltung weiterer Unruhen und Zusammenstösse.» Eine klarere Sprache ist kaum denkbar. Die Sudetendeutschen, die für natürliche Rechte zu kämpfen glauben, werden erbarungslos in blutige Abenteuer gehetzt. Was Hitler wirklich erreichen will, wozu ihm Unruhen und Zusammenstösse im Sudetenland als Vorwand dienen sollen, liegt noch in den geheimen Panzerschranken Berlins verschlossen.

Fall Grün. Das ist der Deckname für den eigentlichen Plan: die Zerstörung der Tschechoslowakei. Es geht Hitler dabei nicht um die Sudetendeutschen und ihre «Befreiung». Die Sudetendeutschen werden von Hitler in all den vielen hundert Akten, Dokumenten und Geheimbesprechungen nicht ein einziges Mal erwähnt. Es geht ihm lediglich darum, die Tschechoslowakei zu vernichten, um die strategischen Voraussetzungen für seine weiteren Kriegspläne zu schaffen.

Am 30. Mai 1938 unterschreibt Hitler ein Dokument mit der Bezeichnung *Studie Grün*. In diesem Geheimbefehl heisst es:

«Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen, ist Sache der politischen Führung. Dementsprechend sind die Vorbereitungen unverzüglich zu treffen. Als Voraussetzung für den beabsichtigten Überfall sind notwendig: a) ein geeigneter äusserer Anlass und damit b) eine genügende politische Rechtfertigung, c) ein für den Gegner unerwartetes Handeln, das ihn in einem möglichst geringen Bereitschaftsgrad trifft. Militärisch und politisch am günstigsten ist blitzschnelles Handeln auf Grund eines Zwischenfalls, durch den Deutschland in unerträglicher Weise provoziert wurde und der wenigstens zu einem Teil der Weltöffentlichkeit gegenüber die moralische Berechtigung zu militärischen Massnahmen gibt.»

Gezeichnet: Adolf Hitler.

Wie sich Hitler den erwähnten Zwischenfall vorstellt, setzt er Wilhelm Keitel auseinander. Die Zusammenkunft findet am 21. April 1938 statt und ist ebenfalls von Hitlers Adjutanten Schmudt aufgezeichnet worden.

«Ich will nun Stück 2 dieses Dokuments verlesen», sagt Ankläger Alderman in Nürnberg: «Grundlagen zur *Studie Grün*. Zusammenfassung der Besprechung Führer – General Keitel.

1. Strategischer Überfall aus heiterem Himmel ohne jeden Anlass oder Rechtfertigungsmöglichkeit wird abgelehnt, da Folge: feindliche Weltmeinung, die zu bedenklicher Lage führen kann. Solche Massnahme nur zur Beseitigung des letzten Gegners auf dem Festland berechtigt.

2. Handeln nach einer Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen, die sich allmählich zuspitzen und zum Kriege führen.

3. Blitzartiges Handeln auf Grund eines Zwischenfalles (z.B. Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluss an eine deutsch-feindliche Demonstration).

Militärische Folgerungen: Zu den politischen Möglichkeiten 2 und 3 sind die Vorbereitungen zu treffen. Fall 2 ist der unerwünschte, da *Grün* Sicherheitsmassnahmen getroffen haben wird.»

«Das Dokument als Ganzes zeigt», sagt Alderman, «dass die Verschwörer die Schaffung eines Zwischenfalls planten, um vor der Welt ihren Angriff auf die Tschechoslowakei zu rechtfertigen. Es wurde erwogen, den deutschen Gesandten in Prag zu ermorden, um den erforderlichen Zwischenfall vorzubereiten.»

«Die Bestimmung des Zeitpunktes dieses Zwischenfalls nach Tag und Stunde ist von grösster Bedeutung», steht in einer Vortragsnotiz

vom 26. August 1938, die mit der Unterschrift des Angeklagten Jodl versehen ist. In diesem Dokument heisst es über den Zwischenfall weiter: «Er muss in einer für den Kampf unserer überlegenen Luftwaffe günstigen Grosswetterlage liegen und der Stunde nach zweckmässig so gelegt werden, dass er am X-Tag mittags authentisch bei uns bekannt wird. Zweck dieser Ausführungen ist es, darauf hinzuweisen, wie stark die Wehrmacht an dem Zwischenfall interessiert ist und dass sie die Absichten des Führers rechtzeitig erfahren muss, sofern nicht ohnehin die Abwehrabteilung mit der Organisation des Zwischenfalls beauftragt wird.» Fieberhaft werden Vorbereitungen getroffen. Als Zeitpunkt für den Überfall hat Hitler den 1. Oktober 1938 festgesetzt. Alle Dienststellen sind eingespannt, vor allem Reichsbahn und Arbeitsdienst. Heer, Marine und Luftwaffe bekommen ausführliche Sonderanweisungen. Natürlich denkt Hitler auch an die Möglichkeit, dass England und Frankreich nicht tatenlos zusehen werden, wenn er über die Tschechoslowakei herfällt. Zur Absicherung im Westen wird deshalb der *Fall Rot* entwickelt.

«Schrecklich, dass das Schicksal von Millionen Menschen von einem halbverrückten Menschen abhängt», schreibt der britische Premierminister Sir Neville Chamberlain in sein Tagebuch.

Auf dem Reichsparteitag in Nürnberg sagt der französische Botschafter André François Poncet zu Hitler: «Der schönste Lorbeerzweig ist der, der gepflückt wird, ohne dass er einer Mutter Tränen kostete.»

Hitler gibt ihm keine Antwort.

Die von Berlin gelenkten Unruhen im Sudetenland dauern an, die natürliche Reaktion ist Gegendruck. Die Lage wird unhaltbar. Grossbritannien entschliesst sich, einen Vermittler zu entsenden, den ehrwürdigen Lord Runciman of Doxford.

Runciman reist durch das Sudetengebiet. Er ahnt vielleicht, dass von seinem Bericht Krieg und Frieden abhängen werden. Überall, wo er absteigt, hallen vor seinem Hotelfenster pausenlos die Sprechchöre mit dem von Goebbels ausgegebenen Singsang:

*Lieber Lord, mach uns frei
von der Tschechoslowakei!*

Niedergeschlagen berichtet Runciman seiner Regierung über «dieses verfluchte Land», wie er sich ausdrückt. Aber auch er sieht keine Möglichkeit einer Lösung.

Es ist klar, dass Hitler marschieren wird. Die Welt wird vom Fieber der Angst geschüttelt. Über Europa knistert die Kriegsfurcht. In Berlin, in Paris, in London, überall spüren es die Menschen auf der Strasse bis in die Haarwurzeln: Gleich wird das Pulverfass in die Luft fliegen . . .

Der französische Ministerpräsident Edouard Daladier hat die Lage in London sondiert. Aus seinem protokollierten Gespräch mit dem britischen Premierminister Chamberlain genügen einige Sätze, um die Hoffnungslosigkeit der Staatsmänner zu zeigen.

Daladier: «Ich glaube, dass der Friede Europas gerettet werden könnte, wenn Grossbritannien und Frankreich jetzt erklärten, dass sie die Zerstörung des tschechischen Staats nicht zulassen würden.»

Chamberlain: «Als ich Monsieur Daladier zuhörte, hatte ich ähnliche Empfindungen wie er. Mein Blut kocht, wenn ich sehe, wie Deutschland immer wieder davonkommt und seine Herrschaft über die freien Völker vergrössert. Aber solche sentimentalcn Erwägungen sind gefährlich, und ich muss mich daran erinnern, mit welchen Kräften wir spielen. Wir spielen nicht mit Geld, sondern mit Menschen. Ich kann mich nicht leichten Herzens in einen Konflikt einlassen, der solch furchtbare Auswirkungen für unzählige Familien, Frauen und Kinder nach sich ziehen würde. Wir müssen daher prüfen, ob wir stark genug sind, den Sieg zu erringen. Ich gestehe offen, dass ich nicht glaube, dass wir es sind . . .» Nach dem Reichsparteitag erwartet die Welt Hitlers Schlag. Da tut Chamberlain einen sensationellen Schritt. Er ist für einen britischen Regierungschef so ausserordentlich, dass er seinem Tagebuch anvertraut: «Ich habe nun an einen so ungewöhnlichen Ausweg gedacht, dass es Halifax den Atem verschlug. Aber Henderson [der britische Botschafter in Berlin] denkt, dieser Ausweg könnte in elfter Stunde den Frieden retten.»

Chamberlain erbiötet sich Hitler gegenüber, nach Deutschland zu kommen und mit ihm über die sudetendeutsche Frage zu verhandeln. Schon am nächsten Tag, dem 15. September 1938, ist Chamberlain in Berchtesgaden. Hitlér hat die Anregung sofort aufgenommen und dem britischen Premier mitgeteilt, dass er ganz zu seiner Verfügung stehe.

«Ich sah rasch», schreibt Chamberlain nach der Zusammenkunft, «dass die Situation sehr viel kritischer war, als ich angenommen hatte. Ich wusste, dass seine Truppen, Panzer und Kanonen bereit waren, sich auf sein Wort auf die Tschechen zu stürzen, und es war klar, dass rasche Entscheidungen getroffen werden mussten.» Chamberlain gewinnt zunächst Zeit. Er erklärt, sich noch einmal mit seinen Kabinettsmitgliedern beraten zu müssen, und Hitler sagt zu, bis dahin nichts zu unternehmen. Der Engländer fliegt nach London zurück. Drei Tage später, am 18. September 1938, schlagen Grossbritannien und Frankreich in einer gemeinsamen Botschaft dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Eduard Benesch vor, die Sudetengebiete an Deutschland abzutreten. Benesch sagt nein.

Paris und London setzen ihn unter Druck. Am 21. September 1938 bricht der Widerstand des Präsidenten zusammen. In einer Note an die Westmächte erklärt er: «Durch die Umstände gezwungen und auf äusserstes Drängen der französischen und englischen Regierung akzeptiert die Regierung der Tschechoslowakischen Republik mit Bitternis die französisch-englischen Vorschläge. Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik konstatiert mit Betrübniß, dass sie bei der Ausarbeitung dieser Vorschläge nicht einmal vorher befragt wurde.»

Der Friede scheint gerettet zu sein, wenn auch Chamberlain und Daladier ihr Gesicht verloren haben. Bei einer neuen Zusammenkunft in Bad Godesberg teilt Chamberlain Hitler mit, dass die Tschechoslowakei bereit sei, das Sudetenland an Deutschland abzutreten. Er erläutert die notwendigen Formalitäten, aber Hitler antwortet mit einem Keulenschlag:

«Es tut mir leid, Herr Chamberlain, dass ich auf diese Dinge jetzt nicht mehr eingehen kann.»

«Mit einem Ruck richtet sich Chamberlain in seinem Stuhl auf», erinnert sich Dolmetscher Paul Schmidt (gestorben am 21. April 1970 in München), der dem Gespräch beiwohnte. «Vor Ärger stieg ihm das Blut ins Gesicht.»

Hitler erklärt, dass auch die Ansprüche Polens und Ungarns an tschechoslowakisches Gebiet befriedigt werden müssten. Ausserdem ist er mit den anscheinend langwierigen Formalitäten der Gebietsabtretung nicht einverstanden:

«Die Besetzung der abzutretenden Sudetengebiete muss sofort erfolgen», sagt er.

Die Verhandlungen stocken. In den Hauptstädten Europas ist wieder Alarm. Aber noch einmal kommt das Gespräch in Gang. Hitler lässt Chamberlain ein Memorandum überreichen. Er verlangt darin die sofortige Zurückziehung der tschechoslowakischen Armee aus einem auf einer Landkarte genau bezeichneten Gebiet, «dessen Räumung am 26. September beginnt und das am 28. September an Deutschland übergeben wird».

Dolmetscher Schmidt übersetzt.

«Das ist ja ein Ultimatum!» ruft Chamberlain entsetzt.

«Ein Diktat!» fügt Botschafter Henderson hinzu.

«Mit grosser Enttäuschung und tiefem Bedauern muss ich feststellen, Herr Reichskanzler», sagt Chamberlain, «dass Sie mich in meinen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens auch nicht im geringsten unterstützt haben.»

«Aber», sagt Hitler verlegen, «es steht ja ‚Memorandum‘ darüber und nicht ‚Ultimatum‘ . . .»

In diesem Augenblick wird ihm von einem Adjutanten ein Zettel

hereingereicht. Hitler liest, gibt das Papier dem Dolmetscher und sagt: «Lesen Sie Herrn Chamberlain diese Meldung vor.»

Schmidt übersetzt: «Soeben hat Benesch über den Rundfunk die allgemeine Mobilmachung der tschechoslowakischen Wehrmacht verkündet.»

Atemlose Stille tritt ein.

Das ist der Krieg, denken alle.

Doch Hitler zeigt sich plötzlich versöhnlich. Es gelingt ihm, Chamberlain zu bewegen, das «Memorandum-Ultimatum» nach Prag weiterzuleiten. Er rechnet bestimmt damit, dass Benesch annehmen wird. Ein zermürbender Kampf um Tage und Stunden beginnt. Der britische Botschafter in Berlin, Nevile Henderson, sendet Oberst Mason Macfarlanes mit dem Schriftstück nach Prag.

Macfarlanes fährt mit einem Auto an die deutsch-tschechische Grenze, wo hastig ausgehobene Schützengräben, Stacheldrahtverhau und Maschinengewehrstellungen schon den drohenden Krieg ankündigen. Zu Fuss geht er während der Nacht zehn Kilometer über Wald- und Feldwege, «ständig in der Gefahr», wie Henderson schreibt, «als Freischärler entweder von den Deutschen oder den Tschechen erschossen zu werden».

Auf so abenteuerlichen Wegen gelangt Hitlers Schreiben schliesslich in die Hände der Prager Regierung. Benesch lehnt ab. Am selben Tag, dem 26. September 1938, hält Hitler seine berühmte Rede im Sportpalast, in der er die verhängnisvollen Sätze hinausschreit:

«Ich habe Herrn Chamberlain versichert, dass das deutsche Volk nichts anderes will als Frieden. Ich habe ihm weiter versichert und wiederhole es hier, dass es – wenn dieses Problem gelöst ist – für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt! Und ich habe ihm weiter versichert, dass ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert. Wir wollen gar keine Tschechen!»

Gegenüber Chamberlains Berater Sir Horace Wilson äussert er wenige Stunden später:

«Die tschechische Regierung hat jetzt nur noch zwei Möglichkeiten: Annahme oder Ablehnung des deutschen Vorschlages. Im letzteren Falle werde ich die Tschechoslowakei zerschlagen!»

«Unter diesen Umständen», entgegnet Wilson und richtet sich hoch auf, «habe ich mich eines Auftrages des britischen Premierministers zu entledigen. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, folgende Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen: Wenn Frankreich bei der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen aktiv in Feindseligkeiten gegen Deutschland verwickelt werden sollte, so würde sich das Vereinigte Königreich für verpflichtet halten, Frankreich zu unterstützen.»

Hitler braust wütend auf: «Wenn England und Frankreich loschlagen wollen, dann sollen sie es nur tun! Mir ist das vollständig gleichgültig. Ich bin auf alle Eventualitäten vorbereitet. Dann werden wir uns eben alle miteinander in der nächsten Woche im Krieg befinden!»

Das ist das Ende.

Frankreich ist entschlossen, für die Tschechoslowakei zu marschieren. Einen Tag vor Hitlers Sportpalastrede ist Daladier noch einmal mit Chamberlain zusammengetroffen. Wieder gibt es entscheidende Punkte aus ihrem Gespräch:

Daladier: «Ich bin der Meinung, dass eine Offensive zu Lande gegen Deutschland versucht werden sollte. Was den Luftkrieg angeht, so würde es möglich sein, gewisse wichtige deutsche militärische und Industriezentren anzugreifen.»

Chamberlain: «Was müssten wir tun, wenn wir uns einem deutschen Einfall in die Tschechoslowakei gegenübersehen, wie es in zwei bis drei Tagen der Fall sein kann? Ich wünsche sehr offen zu sprechen und zu sagen, dass die britische Regierung beunruhigende Berichte über den Zustand der französischen Luftwaffe erhalten hat. Was würde geschehen, wenn der Krieg erklärt wäre und ein Regen von Bomben auf Paris, auf die französischen Industriezentren, die militärischen Stützpunkte und Flugplätze niederginge? Kann Frankreich sich verteidigen, und wäre es in der Lage, wirklich darauf zu antworten?»

Daladier: «Bedeutet das nicht, dass wir nichts tun wollen?»

Bei stürmischem Wetter fliegt Daladier mit seinem Aussenminister Georges Bonnet nach Paris zurück. Auf dem Flugplatz drängen die Journalisten zu der Maschine. Bonnet schlägt den Mantelkragen hoch. Über seine blassen Lippen kommen nur ein paar Worte: «Der Krieg scheint unvermeidbar.»

In Paris werden Gasmasken an die Zivilbevölkerung ausgegeben. In Berlin heulen die Sirenen für Luftschutzübungen. In London sitzt Chamberlain die halbe Nacht wach. Er arbeitet an seiner Parlamentsrede. Die von Hitler geforderte Frist ist abgelaufen. Morgen wird der Einmarsch erfolgen. Mit schweren Schriftzügen schreibt Chamberlain die Stichworte seiner Rede nieder: Eintritt Grossbritanniens an der Seite Frankreichs in den Krieg...

Nur ein Hoffnungsfunke glimmt noch: Chamberlain hat an Mussolini die Bitte gerichtet, sich bei Hitler um einen Aufschub zu bemühen.

Während die Welt noch schläft, morgens um fünf Uhr, am 28. September 1938, wird der britische Botschafter in Rom aus dem Bett geholt. Er bekommt aus London die Anweisung, sofort zu Mussolini zu gehen und Chamberlains Vorschlag zu überbringen. Lord

Perth sucht unverzüglich Aussenminister Ciano auf. Um 11 Uhr setzt sich Mussolini selber ans Telefon und ruft Bernardo Attolico an, seinen Botschafter in Berlin.

Mussolini: «Hier ist der Duce, hörst du?»

Attolico: «Ja, ich höre.»

Mussolini: «Geh sofort zum deutschen Reichskanzler und sage ihm, die britische Regierung habe mir durch Lord Perth mitteilen lassen, dass sie meine Vermittlung in der sudetendeutschen Frage annehmen würde. Sage dem Führer, ich stünde hinter ihm: er möge beschliessen! Aber sage ihm, ich hielte die Annahme des Vermittlungsvorschlages für sehr günstig. Hörst du?»

Attolico: «Ja, ich höre!»

Mussolini: «Eile!»

Und Attolico eilt. Fünf Minuten später schrillt das Telefon im Auswärtigen Amt Ribbentrops. Attolico vergisst jede Würde eines Botschafters und sprudelt die Nachricht auf Englisch in den Apparat. Man muss sie im Original sehen, um die Aufregung zu begreifen, die an diesem Morgen herrschte:

«I have a personal message from il Duce. I must see the Führer at once, very urgent, quick, quick!» (Ich habe eine persönliche Botschaft vom Duce. Ich muss sofort den Führer sehen, sehr dringend, schnell, schnell!)

«Fahren Sie sofort in die Reichskanzlei», wird ihm geantwortet. «Stecken Sie eine grosse italienische Flagge an Ihren Wagen, damit Sie sofort eingelassen werden . . .» Es geht jetzt wirklich um Minuten. Hitler wird aus einer Besprechung herausgeholt. Wieder vergisst Attolico alle protokollarischen Vorschriften. Schon über den Korridor ruft er Hitler entgegen, was er auszurichten hat.

«Sagen Sie dem Duce», antwortet Hitler nach kurzem Überlegen, «dass ich seinen Vorschlag annehme.»

In London steht Chamberlain zu dieser Stunde schon vor dem Unterhaus und hat mit seiner schicksalsschweren Rede begonnen:

«Heute stehen wir vor einer Situation, die vor 1914 nicht ihresgleichen gehabt hat», sagt er mit bebender Stimme. Er ist entschlossen, jetzt der britischen Nation zu sagen, dass es Krieg geben wird. Da reicht ihm ein Parlamentssekretär einen Zettel.

Chamberlain wirft einen Blick darauf. Seine Züge erhellen sich. Er nimmt die vorbereiteten Notizen seiner bitteren Kriegsrede und zerreisst sie vor den Augen der Abgeordneten. Dann sagt er ruhig:

«Ich habe dem Haus noch etwas mitzuteilen. Herr Hitler lädt mich ein, ihn morgen in München zu sehen. Monsieur Daladier und Signor Mussolini sind gleichfalls eingeladen. Ich hoffe, das Haus wird mich beurlauben, damit ich gehen und sehen kann, was ich aus dieser letzten Anstrengung zu machen vermag . . .»

Augenzeugen dieser erschütternden Szene berichten; «Ein Sturm des Beifalls brach im Unterhaus aus. Nichts Ähnliches hat es gegeben seit dem Tage, da Sir Edward Grey am 4. August 1914 den Eintritt Englands in den Krieg verkündete.»

«Chamberlain flog nach München», sagt Ankläger Alderman im Nürnberger Gerichtssaal, «wo es zu einer Zusammenkunft zwischen Chamberlain, Mussolini, Daladier und Hitler im Braunen Haus kam. Sie dauerte bis 30. September 1938, einem Freitag, an dem der Münchener Pakt unterschrieben wurde. Es genügt, wenn ich hier nur sage, dass dieses Abkommen die Abtretung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei an Deutschland vorsah. Man verlangte von der Tschechoslowakei, sich zu fügen.»

Es ist eine schwarze Stunde Europas. Grossbritannien und Frankreich erkaufen den Frieden, indem sie die befreundete Tschechoslowakei opfern; allerdings können sie nicht ahnen, dass dieses Opfer vergeblich ist. Hitler denkt gar nicht daran, nun zufrieden zu sein und endlich Ruhe zu geben. Das Wort «München» wird im politischen Leben der Welt zum Begriff einer fluchwürdigen Begebenheit.

Im Nürnberger Gefängnis erzählt Hermann Göring dem Gerichtspsychologen Gustave M. Gilbert:

«Es war so einfach! Weder Chamberlain noch Daladier waren letzten Endes daran interessiert, auch nur ein bisschen für die Rettung der Tschechoslowakei zu riskieren. Das Schicksal der Tschechoslowakei wurde in drei Stunden besiegelt. Daladier fiel es überhaupt schwer, den Verhandlungen Aufmerksamkeit zu schenken. Er sass ungefähr so da . . .»

Göring streckt seine Beine aus, lässt sich auf seiner Pritsche zurückfallen und neigt seinen Kopf gelangweilt zur Seite.

«Alles, was er tat», schildert er Daladiers Verhalten weiter, «war, von Zeit zu Zeit seine Zustimmung zu murmeln. Nicht der leiseste Einwand gegen irgendetwas ...»

Göring schnippt mit den Fingern.

«Nicht einen Piep!» sagt er dazu. «Ich war belustigt, wie einfach das ganze Ding von Hitler gedreht werden konnte. Sie waren nicht einmal geneigt, der Form halber eine Rücksprache mit den Tschechen zu führen – nichts.»

Dann wiederholt Göring, was der französische Verbindungsmann zur tschechoslowakischen Regierung am Ende der Konferenz sagte: «Na gut, jetzt habe ich also das Urteil den Verurteilten zu überbringen.»

Die tschechoslowakische Delegation wartet indessen im Münchener Hotel Regina unter Gestapo-Bewachung auf das Ergebnis. Nachts um 1 Uhr 30 werden der Legationsrat im Aussenministerium, Hubert Masarik, und zwei andere Herren aus Prag ins Braune Haus

gebracht. Dort sind nur noch die Engländer und Franzosen anwesend.

«Die Atmosphäre war niederdrückend», schreibt Masarik. «Die Franzosen waren unverkennbar betreten. Chamberlain gähnte ununterbrochen und ohne jedes Anzeichen von Verlegenheit. Es wurde uns ziemlich brutal erklärt, dass gegen das Urteil keine Berufung eingelegt werden könne. Wir verabschiedeten uns und gingen.»

In Berlin empört sich der französische Botschafter André François-Poncet: «So behandeln wir die einzigen Verbündeten, die uns die Treue gehalten haben!» Und zu dem in Tränen schluchzenden tschechoslowakischen Gesandten Vojtech Mastny sagt er tröstend: «Alles geht vorüber; ein neuer geschichtlicher Augenblick beginnt, und der wird alles in Frage stellen.»

In Prag stellt der tschechoslowakische Außenminister fest: «Auf jeden Fall, wir sind nicht die letzten. Nach uns wird auch andere dasselbe Schicksal ereilen.»

Am 1. Oktober 1938, genau zu dem Zeitpunkt, den Hitler lange zuvor berechnet hat, marschiert die deutsche Wehrmacht in das Sudetenland ein. Benesch tritt zurück und geht nach Amerika. Über Europa breitet sich ein unbehaglicher, erstickender Frieden aus.

«Friede in unserer Zeit!» ruft Chamberlain in London auf dem Flugplatz den wartenden Journalisten entgegen. Er zieht den Münchener Vertrag aus der Tasche, hält das Papier in die Höhe, dass es im Wind flattert.

Friede in unserer Zeit: «Es ist nur der erste Schluck, der erste Vorgeschmack des bitteren Kelches, der uns Jahr für Jahr vorgesetzt werden wird», sagt der Abgeordnete Winston Churchill prophetisch im Unterhaus. Und der britische Botschafter in Berlin, Neville Henderson, schreibt an Außenminister Halifax: «Für mich persönlich ist diese ganze Angelegenheit unendlich widerwärtig und peinlich. Ich wünsche, mir den Geschmack aus dem Munde zu spülen, und werde mich aus der Tiefe meines Herzens freuen, wenn Sie mich an einen anderen Platz versetzen können. Ich möchte nie wieder mit den Deutschen arbeiten . . .»

Friede in unserer Zeit – am 21. Oktober, genau drei Wochen nach dem Einmarsch in das Sudetenland, unterschreiben Hitler und General Keitel eine Geheime Kommandosache, die in Nürnberg verlesen wird:

«Die künftigen Aufgaben der Wehrmacht und die sich daraus ergebenden Vorbereitungen für die Kriegsführung. Erledigung der Rest-Tschechei . . .» Genaue Anweisungen für Heer und Luftwaffe folgen. Ein weiteres Angriffsziel lautet: «Inbesitznahme des Memellandes». Hitler sucht kaum noch nach Vorwänden.

«Am Abend des 14. März 1939», fährt in Nürnberg Ankläger

Alderman fort, «trafen auf Vorschlag des deutschen Botschafters in Prag Herr Hacha, Präsident der Tschechoslowakischen Republik, und Herr Chvalkovsky, sein Aussenminister, in Berlin ein. Seit dem vorhergehenden Wochenende hatte die Nazipresse den Tschechen vorgeworfen, dass sie Gewalt gegen die Slowaken gebraucht hätten, gegen Angehörige der deutschen Minderheit und gegen Bürger des Deutschen Reiches. Es bestünde nunmehr die Notwendigkeit, so schnell wie möglich diesen Brandherd im Herzen Europas zu ersticken. Diese Friedensstifter!»

Bis 1 Uhr 15 nachts müssen Emil Hacha und Frantisek Chvalkovsky in Berlin warten, bis sie zu Hitler gebracht werden. Zur gleichen Stunde hat die Wehrmacht schon den Befehl zum Vormarsch auf Prag erhalten.

«So sind bei mir am Sonntag die Würfel gefallen», sagt Hitler unverbäumt zu dem tschechoslowakischen Staatsoberhaupt. «Morgen um 6 Uhr rückt von allen Seiten her die deutsche Wehrmacht in die Tschechei ein.»

«Hacha und Chvalkovsky», erinnert sich Dolmetscher Schmidt, der dabei war, «sassen wie versteinert in ihren Sesseln. Nur an ihren Augen konnte man erkennen, dass es sich um lebende Menschen handelte.»

Hacha soll unterschreiben, dass die tschechischen Streitkräfte keinen Widerstand leisten werden und dass sich die restliche Tschechoslowakei unter den Schutz Hitlers stellt. Hermann Göring droht dem alten, achtzigjährigen Hacha, dass im Falle einer Weigerung sofort deutsche Bombengeschwader starten und Prag in einen Trümmerhaufen verwandeln würden.

Es ist nachts drei Uhr. Hacha bricht unter einem Herzanfall zusammen. Hitlers Leibarzt Theodor Morell gibt ihm eine Spritze.

«Ich sehe ein, dass Widerstand zwecklos ist», flüstert Hacha, nachdem er sich wieder aufgerichtet hat.

Um 3 Uhr 55 des 15. März 1939 unterschreiben er, Chvalkovsky, Hitler und Ribbentrop die vorbereitete Urkunde. Unter furchtbarem Schweigen der Welt zieht Hitler am nächsten Tag in Prag ein. Die Tschechoslowakei hat zu bestehen aufgehört. . .

In Nürnberg nimmt der britische Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe Joachim von Ribbentrop ins Kreuzverhör.

Sir David: «Erinnern Sie sich daran, dass der Angeklagte Göring - gemäss seinen Aussagen vor Gericht - Präsident Hacha erklärt hat, er werde der deutschen Luftwaffe den Befehl erteilen, Prag zu bombardieren?»

Ribbentrop: «Wenn Göring das sagt, wird es selbstverständlich zutreffen.»

Sir David: «Erinnern Sie sich an Hitlers Worte, dass die deutschen

Truppen um sechs Uhr morgens einmarschieren würden? Er schäme sich fast, zu sagen, dass auf jedes tschechische Bataillon eine deutsche Division komme?»

Ribbentrop: «Das ist möglich, dass so etwas gesagt worden ist. An Einzelheiten entsinne ich mich nicht.»

Sir David: «Stimmen Sie mir darin bei, dass dieses Abkommen durch Androhung einer Angriffsaktion seitens der deutschen Armee und Luftwaffe zustande gekommen ist?»

Ribbentrop: «Es ist sicher, da der Führer dem Präsidenten Hacha gesagt hat, dass die deutsche Armee einmarschieren würde, dass natürlich unter diesem Eindruck . . . das ist richtig.»

Sir David: «Stimmen Sie mir bei, dass jenes Dokument durch unerträglichen Druck und Androhung eines Angriffs zustande gekommen ist?»

Ribbentrop: «So nicht, nein.»

Sir David: «Welchen weiteren Druck können Sie auf das Oberhaupt eines Staates ausüben, ausser ihm zu drohen, dass Ihre Armee in überwältigender Stärke einmarschieren und Ihre Luftwaffe seine Hauptstadt bombardieren würde?»

Ribbentrop: «Krieg, zum Beispiel.»

In der Welt tritt ein drohender Umschwung ein. Der geprellte Chamberlain ergreift als erster das Wort: «Was ist aus der Erklärung ‚Keine territorialen Ansprüche mehr‘ geworden? Was ist aus der Versicherung ‚Wir wollen keine Tschechen‘ geworden? Wieviel Vertrauen kann man noch in die übrigen Zusicherungen setzen, die aus derselben Quelle stammen?»

Es ist klar: Die Geduld der Mächte ist erschöpft. Jeder weitere Schritt wird unweigerlich zum Krieg führen. Doch Hitler sieht die Realitäten nicht mehr. Am 23. Mai 1939 gibt er hohen Offizieren der Wehrmacht sein neues Ziel bekannt, «bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen». Er marschiert blind in den Abgrund.

9 DIE KRISTALLNACHT

Noch bevor Hitler seine geheimen Pläne verwirklicht und mit dem Angriff auf Polen in den Zweiten Weltkrieg stürzt, zeichnet sich eine andere erschreckende Entwicklung im Inneren Deutschlands ab. Das Gericht widmet diesen Tatsachen mehrere Verhandlungstage: «Seit den frühesten Tagen der NSDAP», sagt die Anklageschrift mit nüchternen Worten, «hat der Antisemitismus eine hervorragende Rolle in der nationalsozialistischen Gedankenwelt und Propaganda gespielt. Die Verfolgung der Juden wurde mit der Machtübernahme im Jahre 1933 zur offiziellen Staatspolitik.»

In der Stadt des Prozesses, in Nürnberg, hatte Hermann Göring

am 15. September 1935 die sogenannten Rassengesetze verkündet. Sie verboten Ehen und ausserehelichen Verkehr zwischen Deutschen und Juden, sie entzogen den Juden die Rechte der deutschen Staatsbürgerschaft.

«Haben Sie die Nürnberger Gesetze proklamiert?» wird Göring im Zeugenstand von dem amerikanischen Hauptankläger Robert H. Jackson gefragt.

Göring: «Jawohl.»

Jackson: «Dann haben Sie am 26. April 1938 eine Verordnung erlassen, nach der jüdisches Vermögen angegeben werden musste?»

Göring: «Wenn der Erlass meine Unterschrift trägt, so kann kein Zweifel darüber bestehen.»

Jackson: «Am 26. April 1938 erliessen Sie eine Verordnung, gemäss der jede Verfügung über jüdische Unternehmen von der Regierung zuvor genehmigt werden musste?»

Göring: «Daran erinnere ich mich.»

Jackson: «Und dann veröffentlichten Sie am 12. November 1938 einen Erlass, durch den eine Geldstrafe in Höhe von einer Milliarde Mark über alle Juden verhängt wurde?»

Göring: «Ich habe bereits ausgeführt, dass ich diese sämtlichen Gesetze gezeichnet habe und dafür die Verantwortung trage.»

Jackson: «Und haben Sie am 12. November 1938 einen Erlass unterzeichnet, nach dem es den Juden untersagt war, Einzelhandelsgeschäfte zu besitzen oder ein selbständiges Handwerk auszuüben?»

Göring: «Ja, das waren alles Teile der Erlasse zum Ausscheiden des Judentums aus dem Wirtschaftsleben.»

Jackson: «Dann unterzeichneten Sie am 21. Februar 1939 einen Erlass, nachdem die Juden alle käuflich erworbenen Wertsachen und Juwelen innerhalb von zwei Wochen an die Behörden abzuliefern hatten.»

Göring: «Ich erinnere mich nicht, aber es wird zweifelsohne stimmen.»

Jackson: «Haben Sie nicht ebenfalls, am 3. März 1939, einen Erlass unterzeichnet über die Zeitspanne, in welcher die Juden ihre Schmucksachen abliefern mussten?»

Göring: «Ich nehme an, dass es der Ausführungserlass ist.»

Was hat dieses Kreuzverhör zu bedeuten? Es führt in gerader Linie zu einem der schrecklichsten Ereignisse der Vorkriegszeit und zu einem der erschütterndsten Dokumente des Nürnberger Prozesses. Die Vorgeschichte ist in Deutschland so gut wie unbekannt geblieben:

Am 28. Oktober 1938 pochen Polizeibeamte an die Wohnungen von 17'000 Juden in ganz Deutschland. Es handelt sich um Juden, die gestern noch die polnische Staatsangehörigkeit besessen haben. Die

polnische Regierung hatte aber die Pässe dieser im Ausland lebenden Juden für ungültig erklärt, und Hitler ergreift die Gelegenheit, sich der nun Staatenlosen zu entledigen. Reinhard Heydrich, damals Leiter der Sicherheitspolizei und des SD, macht daraus die erste Judendeportation der modernen Geschichte.

An jenem 28. Oktober 1938, ein Jahr vor Kriegsbeginn, werden im ganzen Reich Tausende von Juden festgenommen, in Eisenbahnzüge und auf Lastwagen gepackt. Von ihrem Besitz dürfen sie nicht mehr mitnehmen, als sie tragen können. Dann rollen die Elendskolonnen zur polnischen Grenze. Bei der Grenzstation Benschen werden die Juden auf einem freien Gelände zusammengezogen und von Heydrichs Beamten über die Felder gejagt – ostwärts, dorthin, wo unsichtbar die Grenze verläuft. Alte Männer und Frauen brechen zusammen, werden mit Fusstritten wieder aufgeschuecht, einige bleiben tot am Platze.

Die polnischen Posten sind unvorbereitet und dem Ansturm von Tausenden verjagter Menschen natürlich nicht gewachsen. Hitlers erste Massenaustreibung gelingt.

In dieser Tragödie liegt der Keim für neues Unheil. Unter den Vertriebenen befindet sich nämlich der Flickschuster Sendel Grynszpan mit Frau und Kindern. Von Polen aus, wo die Familie nun mit leeren Händen angekommen ist, schreibt er eine Postkarte an seinen Sohn Herszel Grynszpan, der sich in Paris aufhält. In bewegten Worten schildert er, was sich ereignet hat. Herschel Grünspan – unter diesem umschriebenen Namen wird er bald bekannt – fasst einen Entschluss, der entsetzliche Auswirkungen haben soll. Der Siebzehnjährige beschliesst, das an seinen Eltern und Geschwistern geschehene Unrecht auf eigene Faust zu rächen. Morgens gegen halb acht Uhr, am 7. November 1938, betritt er in Paris ein Geschäft der Rue du Faubourg Saint-Martin. Er kauft einen Trommelrevolver. Kurz vor halb neun Uhr erscheint er damit im Hof der deutschen Botschaft in der Rue de Lille. Er ist entschlossen, den deutschen Botschafter, Graf Johannes von Welczek, zu töten.

Zufällig kommt in diesem Augenblick von Welczek von einem Morgenspaziergang zurück und überquert den Hof. Grünspan kennt den Botschafter nicht. Er tritt auf ihn zu und fragt, wo Graf von Welczek zu erreichen sei.

Der Botschafter verweist den Fremden an einen Amtsdienner namens Nagorka und setzt seinen Weg fort, ohne zu ahnen, dass er soeben einem Mordanschlag entgangen ist. Nagorka führt Grünspan zum Amtszimmer des Gesandtschaftsrates Ernst vom Rath, der für den Empfang von Besuchern zuständig ist. Vor der Tür muss Grünspan einen Augenblick warten. Dann kommt vom Rath heraus, um den unbekanntem jungen Mann nach seinen Wünschen zu fragen.

Zweimal blitzt es in dieser Sekunde aus der Mündung von Grünspans Revolver. Schwer getroffen stürzt vom Rath zu Boden.

Obwohl Hitler gleich nach dem Eintreffen der Nachricht zwei seiner Ärzte eilig nach Paris schickt, und obwohl sich sofort französische Frontkämpfer als Blutspender melden, ist das Leben des deutschen Gesandtschaftsrates nicht mehr zu retten.

Vor der französischen Kriminalpolizei gibt Grünspan an, dass ihn die Nachricht von der brutalen Ausweisung seiner Angehörigen zu der Tat veranlasst hat: «Von diesem Augenblick an», sagt er, «habe ich beschlossen, zum Protest ein Mitglied der deutschen Botschaft zu töten. Ich habe die Juden rächen und die Aufmerksamkeit der Welt auf die Vorgänge in Deutschland lenken wollen.»

Grünspan ist einer zornigen Aufwallung gefolgt, ohne an die katastrophalen politischen Folgen zu denken. Seine unglückselige Tat gibt Vorwand und Auftakt zu neuen Judenverfolgungen in Deutschland. Was sich nun ereignet, wird im Nürnberger Prozess aufgerollt.

Zwei Tage nach den Schüssen in der deutschen Botschaft, am 9. November 1938, feiern Hitler und seine alten Kämpfer wie alljährlich in München den missglückten Putsch des Jahres 1923. Während des gemeinsamen Abendessens im Alten Rathaussaal, gegen 21 Uhr, erscheint ein Bote, der Hitler zuflüstert, dass vom Rath in Paris seinen Verletzungen erlegen ist. Hitler beugt sich zu dem neben ihm sitzenden Dr. Goebbels und redet eine Weile leise auf ihn ein. Dann verlässt er die Tafelrunde, ohne seine übliche Ansprache gehalten zu haben.

Niemand weiss, was zwischen Hitler und seinem Propagandaministergesprochen wurde. Doch alles, was nun Schlag auf Schlag geschieht, ist offenbar eine Folge jenes Geflüsters. Hermann Göring, der an dem Abendessen nicht teilgenommen hat, sagt sieben Jahre später im Nürnberger Zeugenstand:

«Wie ich später erfahren habe, hat bei diesem Essen, nachdem der Führer es verlassen hat, Goebbels bekanntgegeben, dass der schwerverwundete Gesandtschaftsrat den Verwundungen erlegen sei. Es gab eine gewisse Erregung, und daraufhin hat Goebbels scheinbar dann Worte über Vergeltung gesprochen und in seiner Art – er war vielleicht der allerschärfste Vertreter des Antisemitismus – sicherlich hier die Auslösung zu den Ereignissen gegeben. Ich selbst erfuhr von den Dingen tatsächlich erst bei meiner Ankunft in Berlin, und zwar sagte mir zunächst der Schaffner meines Wagens, in Halle habe er Brände gesehen. Eine halbe Stunde später liess ich den Adjutanten vor, der mir meldete, dass es in der Nacht zu Krawallen gekommen sei, jüdische Geschäfte geplündert und Schaufenster eingeworfen seien, Synagogen seien angezündet worden. Mehr wusste er zunächst selbst nicht.»

Während Göring im Nachtzug nach Berlin fährt, während die deutsche Bevölkerung nichtsahnend schläft, wird von München aus eine «spontane Volkserhebung» in Szene gesetzt. In ganz Deutschland gehen plötzlich jüdische Gotteshäuser in Flammen auf, über siebentausend jüdische Ladengeschäfte werden vollständig demoliert, zum Teil in Brand gesteckt, Zehntausende von Fensterscheiben werden eingeworfen, zwanzigtausend Juden aus den Betten geholt und verhaftet.

Goebbels will diese Ereignisse als Antwort des deutschen Volkes auf die Tat Herschel Grünspons hinstellen. In Wirklichkeit aber hat die «Reichskristallnacht», wie der Berliner Volksmund das Geschehen bald nennt, nicht das geringste mit dem Volkswillen zu tun.

«Diese Gewaltakte», sagt der amerikanische Ankläger William F. Walsh, «waren nicht örtliche antisemitische Demonstrationen, sondern wurden von einer Zentrale in Berlin geleitet und angeordnet. Dies geht aus einer Reihe von Fernschreiben hervor, die aus der Berliner Gestapo-Zentrale an die Polizeichefs in ganz Deutschland gesandt worden waren. Ich werde den erheblichen Teil eines dieser von Heydrich unterschriebenen vertraulichen Befehle verlesen:

„Auf Grund des Attentats gegen den Legationssekretär vom Rath in Paris sind im Laufe der heutigen Nacht – 9. auf 10. November – im ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten. Für die Behandlung dieser Vorgänge ergehen die folgenden Anordnungen:

Die Leiter der Staatspolizeistellen oder ihre Stellvertreter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit den für ihren Bezirk zuständigen politischen Leitungen – Gauleitung oder Kreisleitung – fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren. In dieser Besprechung ist der politischen Leitung mitzuteilen, dass die deutsche Polizei vom Reichsführer SS die folgenden Weisungen erhalten hat:

a) Es dürfen nur solche Massnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen, zum Beispiel Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist. b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. Die Polizei ist angewiesen, die Durchführung dieser Anordnungen zu überwachen und Plünderer festzunehmen.»

Sogar Julius Streicher, «Frankens Judenfresser Nr. 1», wird von der nächtlichen Aktion seiner Genossen Hitler, Goebbels und Himmler überrumpelt.

«Am 9. November 1938 war ich nicht ganz wohl gewesen», erklärt

er vor dem Nürnberger Gericht. «Ich nahm am Essen teil und entfernte mich. Ich fuhr nach Nürnberg zurück und legte mich ins Bett. Gegen Mitternacht wurde ich geweckt. Mein Chauffeur sagte mir, der SA-Führer von Obernitz möchte den Gauleiter sprechen. Ich empfing ihn, und er sagte Folgendes:

«Gauleiter, Sie waren schon weg, da nahm der Propagandaminister Dr. Goebbels das Wort und sagte: Der Gesandtschaftsrat vom Rath ist ermordet worden. Dieser Mord ist nicht der Mord des Juden Grünspan, sondern hier handelt es sich um die Ausführung einer Tat, die vom Gesamtjudentum gewollt sei. Es müsse nun etwas geschehen.»

Ich weiss nicht, ob Goebbels gesagt hat, der Führer hätte es befohlen, ich erinnere mich nur, dass von Obernitz zu mir sagte, Goebbels hätte erklärt, es müssten die Synagogen angezündet werden, es müssten auch an jüdischen Geschäftshäusern die Fensterscheiben eingeschlagen und die Häuser demoliert werden. Ich sagte daraufhin zu Obernitz:

„Obernitz, ich halte es für falsch, Synagogen anzuzünden, und ich halte es in diesem Augenblick für falsch, jüdische Geschäftshäuser zu demolieren, ich halte diese Demonstrationen für falsch.“ Obernitz gab zur Antwort: „Ich habe den Befehl.“

Dann sagte ich: «Obernitz, ich übernehme hier keine Verantwortung.»

Obernitz ging, die Tat geschah. Das, was ich hier unter Eid erklärt habe, wird bestätigt werden von meinem Chauffeur, der von diesem nächtlichen Gespräch Zeuge war.»

Streichers Kraftfahrer, Fritz Herrwerth, wird anschliessend von Anwalt Dr. Hanns Marx als Zeuge vernommen.

Dr. Marx: «Waren Sie in der Nacht vom 9. November Zeuge einer Unterredung Streichers mit dem SA-Führer von Obernitz?»

Herrwerth: «Jawohl.»

Dr. Marx: «Wo fand dieses Gespräch statt?»

Herrwerth: «An dem Abend ist Herr Streicher früher zu Bett gegangen als üblich. Ich ging in das Kasino der Gauleitung. Ich habe da Karten gespielt. Dann kam der damalige SA-Obergruppenführer von Obernitz und sagte zu mir, er muss dringend Herrn Streicher sprechen. Ich habe ihm zur Antwort gegeben, dass Herr Streicher bereits im Bett liegt. Er sagte mir, dann müsse ich ihn wecken, er würde die Verantwortung übernehmen.

Herr von Obernitz ist mit meinem Wagen damals in die Wohnung gefahren zu Herrn Streicher. Auf dem Wege in der Nacht ist mir aufgefallen, dass viele SA-Männer durch die Strassen gingen. Ich habe Herrn von Obernitz nach dem Grund gefragt. Herr von Obernitz sagte mir, dass sich heute Nacht etwas abspielen wird. Es sollen die

Judenwohnungen demoliert werden. Weiter hat er zu mir nichts gesagt.

Ich habe Herrn von Obernitz bis an das Bett von Herrn Streicher begleitet. Herr Obernitz hat dann Streicher Bericht gemacht über das, was sich in der Nacht abspielte. Herr Streicher war, wenn ich mich so ausdrücken darf, überrascht. Er sagte wörtlich zu Herrn Obernitz, das weiss ich noch ganz genau:

„Das ist falsch, so löst man nicht die Judenfrage. Tun Sie, was Sie geheissen worden sind, ich mache nicht mit. Sollte etwas vorkommen, dass Sie mich brauchen, dann können Sie mich holen.“

Erwähnen kann ich noch, dass Herr von Obernitz gesagt hat, Hitler hätte gesagt, die SA soll sich mal austoben, und zwar als Sühne für den Fall, der sich in Paris damals abgespielt hatte. Herr Streicher ist in seinem Bett liegen geblieben.»

So bedenkenlos setzten sich Hitler und seine Handlanger über alles hinweg, so gewissenlos missbrauchen sie den Namen des deutschen Volkes für ihr dunkles Werk. Morde, Sittlichkeitsverbrechen und Plünderungen ereignen sich unter dem Deckmantel dieser Nacht. Sogar das Oberste Parteigericht der NSDAP muss sich später mit den Vorgängen beschäftigen und kann dabei nicht an den Tatsachen vorbeigehen. In einem Bericht an Hermann Göring stellt der Oberste Parteirichter Walter Buch, der sich 1949 im Ammersee ertränkte, unverblümt fest – und auch dieses Dokument ist dem Nürnberger Gericht vorgelegt worden «Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, dass die Partei nach aussen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte. Pg. Dr. Goebbels wird sie auch so gemeint haben. Sie konnten auch nur durch Dienststellen der Partei und der Gliederungen mobilisiert werden. Auch die Öffentlichkeit weiss bis auf den letzten Mann, dass politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht. Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muss das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei.»

Der Angeklagte Walther Funk, damals Reichswirtschaftsminister, erklärt im Nürnberger Zeugenstand:

«Als ich am Morgen des 10. November in mein Ministerium fuhr, sah ich auf der Strasse, in den Schaufenstern schon die Verwüstungen und hörte Näheres von meinen Beamten im Ministerium. Ich versuchte, Göring, Goebbels, wohl auch Himmler anzurufen. Schliesslich gelang es mir, Goebbels zu erreichen, und ich erklärte ihm, dass dieser Terror ein Affront gegen mich persönlich sei, dass

hierdurch wertvolle und unersetzliche Wirtschaftsgüter zerstört seien und dass unsere Beziehungen zum Ausland dadurch empfindlich gestört werden würden.»

Funk nimmt kein Blatt vor den Mund. Aus einer eidesstattlichen Erklärung geht hervor, was er wörtlich zu Goebbels sagte:

«Sind Sie verrückt geworden, Goebbels, solche Schweinereien zu machen? Man muss sich schämen, ein Deutscher zu sein. Das ganze Ansehen im Ausland geht verloren. Ich bemühe mich Tag und Nacht, das Volksgut zu erhalten, und Sie werfen es mutwillig aus dem Fenster! Wenn diese Schweinerei nicht sofort aufhört, werfe ich den ganzen Dreck hin!»

Aber Funk ist zu schwach, um seine Drohung wahr zu machen. Im Gerichtssaal wird ein Vernehmungsprotokoll aus der Voruntersuchung verlesen. Die Stelle lautet:

«Frage: «Sie wussten, dass die Plünderungen und all das, was man tat, auf Veranlassung der Partei geschah, nicht wahr?»

Der Angeklagte Funk fängt an zu weinen und antwortet: «Damals hätte ich zurücktreten sollen, im Jahre 1938. Deshalb bin ich schuldig, ich bin schuldig, ich gestehe, dass ich als schuldiger Teil hier stehe.»

Ebenso wie Funk hat auch Göring seiner Empörung über die Vorfälle der Kristallnacht Ausdruck verliehen. Und ebenso wie Funk denkt auch er nicht an die menschliche Seite der organisierten Ausschreitungen. Voll Naivität erzählt er dem Nürnberger Gericht seine wirklichen Beweggründe:

«Der Führer traf ebenfalls im Laufe des Vormittags in Berlin ein. Mittlerweile hörte ich, dass Goebbels mindestens als Urheber stark beteiligt war. Ich sagte dem Führer, es sei für mich unmöglich, dass derartige Vorgänge gerade jetzt geschähen. Ich gäbe mir die grösste Mühe im Vierjahresplan, die gesamte Wirtschaft aufs Äusserste zu konzentrieren. Ich hätte in Ansprachen das Volk aufgefordert, jede alte Zahnpastentube, jeden rostigen Nagel, jedes Altmaterial zu sammeln und zu verwenden. Es wäre unmöglich, dass ein Mann, der für diese Dinge nicht verantwortlich wäre [Goebbels], meine schwere wirtschaftliche Aufgabe dadurch stört, dass so viele wirtschaftliche Werte vernichtet werden.

Am Nachmittag sprach ich nochmals mit dem Führer. Unterdessen war Goebbels bei ihm gewesen, dem ich ebenfalls in unmissverständlicher Weise telefonisch meine Auffassung in sehr scharfen Worten durchgegeben hatte. Ich sagte ihm damals, ich hätte keine Lust, für seine unbeherrschten Äusserungen nachher wirtschaftlich die Zeche zu bezahlen. Während ich mit dem Führer sprach, kam Goebbels hinzu und begann mit seinen üblichen Äusserungen. Damals fiel auch zum erstenmal von seiner Seite der Vorschlag der

Auferlegung einer Busse, und zwar nannte er eine ganz unverständlich hohe Summe. Nach kurzem Hin und Her über die Höhe wurde eine Milliarde festgelegt.

Ich machte den Führer aufmerksam, dass natürlich unter Umständen diese Summe Rückschläge auf das Steueraufkommen haben würde. Der Führer wünschte dann und befahl, dass nunmehr auch die wirtschaftliche Lösung durchgeführt würde. Er ordnete im Grossen und Ganzen an, was zu geschehen habe. Ich habe dann die Sitzung des 12. November einberufen.»

Es wird eine Sitzung, in deren stürmischen Verlauf die Hauptakteure ihr wahres Gesicht zeigen. Es wird eine Sitzung, die über das Schicksal der Juden entscheidet. Wieder einmal waren eifrige Stenografen am Werk, um alle Äusserungen der Sitzungsteilnehmer festzuhalten. Wieder einmal ist das Protokoll gefunden worden, und zwar im Berliner Reichsluftfahrtministerium, wo die Sitzung stattgefunden hatte. Nun liegt das inhaltsschwere Aktenstück auf dem Tisch des Nürnberger Gerichts.

Jackson: «Können Sie uns sagen, wer damals ausser Ihnen und Goebbels noch anwesend war?»

Göring: «Ich kann sie nur aus der Erinnerung anführen. Also, es waren da der Führer der Geheimen Staatspolizei in Berlin, Heydrich, es war da der Innenminister Dr. Frick, Dr. Goebbels haben Sie schon erwähnt; es war da der damalige Wirtschaftsminister Funk, der Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk, von der Ostmark Fischböck. Es ist möglich, dass noch einige mehr dagewesen sind.»

Jackson: «Der Vertreter der Versicherungsgesellschaften, Hilgard, war auch einige Zeit anwesend?»

Göring: «Er wurde zu den speziellen Fragen gehört.»

Jackson nimmt das umfangreiche Dokument Punkt für Punkt durch. Bei der Eröffnung der Konferenz bezieht sich Göring auf einen Befehl Hitlers, «wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefasst werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist». Jeder Kommentar erübrigt sich, wenn man den wörtlichen Aufzeichnungen folgt, die dem Gericht vorliegen:

Göring: «Meine Herren, diese Demonstrationen habe ich satt. Sie schädigen nicht den Juden, sondern schliesslich mich, der ich die Wirtschaft als letzte Instanz zusammenzufassen habe. Wenn heute ein jüdisches Geschäft zertrümmert wird, wenn Waren auf die Strasse

geschmissen werden, dann ersetzt die Versicherung dem Juden den Schaden, und zweitens sind Konsumgüter zerstört worden. Es ist irrsinnig, ein jüdisches Warenhaus auszuräumen und anzuzünden, und dann trägt eine deutsche Versicherungsgesellschaft den Schaden, und die Waren, die ich dringend brauche – ganze Abteilungen Klei-

der und was weiss ich alles –, werden verbrannt. Da kann ich gleich die Rohstoffe anzünden, wenn sie hereinkommen.

Darüber möchte ich keinen Zweifel lassen, meine Herren: Es fallen jetzt Entscheidungen, und ich bitte die Ressorts inständig, nun aber Schlag auf Schlag die notwendigen Massnahmen zur Arisierung der Wirtschaft zu treffen. Der Grundgedanke ist folgender: Der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter an den Staat ab. Er wird dafür entschädigt. Die Entschädigung wird im Schuldbuch vermerkt und wird ihm zu einem bestimmten Prozentsatz verzinst. Davon hat er zu leben.»

Jackson: «Dann sprachen Sie ziemlich lange über die Art und Weise, wie Sie jüdische Geschäfte zu arisieren beabsichtigen. Stimmt das?»

Göring: «Jawohl.»

Jackson: «Und dann sprachen Sie über die Arisierung jüdischer Fabriken?»

Göring: «Jawohl.»

Jackson: «Wir gehen nun zu der Unterhaltung zwischen Ihnen und Heydrich über.» Das Protokoll wird weiter verlesen, und die Anwesenden im Gerichtssaal können Zeugen der Besprechungen in Görings Luftfahrtministerium werden.

Goebbels: «Es sind fast in allen deutschen Städten Synagogen niedergebrannt. Nun ergeben sich für die Plätze die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Die einen Städte wollen sie zu Parkplätzen umgestalten, andere wollen dort wieder Gebäude errichten.»

Göring: «Wie viele Synagogen sind tatsächlich niedergebrannt?»

Heydrich: «Es sind im ganzen 101 Synagogen durch Brand zerstört, 76 Synagogen demoliert, 7'500 zerstörte Geschäfte im Reich.»

Goebbels: «Ich bin der Meinung, dass das der Anlass sein muss, die Synagogen aufzulösen. Die Juden müssen das bezahlen. Ich halte es auch für notwendig, jetzt eine Verordnung herauszugeben, dass den Juden verboten wird, deutsche Theater, Kinotheater und Zirkusse zu besuchen. Ich glaube, wir können uns das auf Grund unserer heutigen Theaterlage leisten. Die Theater sind sowieso überfüllt. Weiterhin halte ich es für notwendig, dass die Juden überall aus der Öffentlichkeit herausgezogen werden. Es ist heute noch möglich, dass ein Jude mit einem Deutschen ein gemeinsames Schlafwagenabteil benutzt. Es muss also ein Erlass des Reichsverkehrsministers herauskommen, dass für Juden besondere Abteile eingerichtet werden und dass, wenn kein Platz ist, die Juden draussen im Flur zu stehen haben.»

Göring: «Das würde ich gar nicht extra einzeln fassen. Wenn wirklich der Zug überfüllt ist, glauben Sie: das machen wir so, da brauche ich kein Gesetz. Da wird er herausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt, während der ganzen Fahrt.»

Goebbels: «Dann muss eine Verordnung herauskommen, dass es den Juden verboten ist, deutsche Bäder und deutsche Erholungsstätten zu besuchen.»

Göring: «Man könnte ihnen ja eigene geben.»

Goebbels: «Aber nicht die schönsten. Es wäre auch zu überlegen, ob es nicht notwendig ist, den Juden das Betreten des deutschen Waldes zu verbieten. Heute laufen Juden rudelweise im Grünewald herum.»

Göring: «Also wir werden den Juden einen gewissen Waldteil zur Verfügung stellen und dafür sorgen, dass die verschiedenen Tiere, die den Juden verdammt ähnlich sehen – der Elch hat ja so eine gebogene Nase –, dahin kommen und sich da einbürgern.»

Goebbels: «Dann weiter, dass die Juden nicht in deutschen Anlagen herumsitzen können. Ich halte es für notwendig, dass man den Juden bestimmte Anlagen zur Verfügung stellt, nicht die schönsten, und sagt: Auf diesen Bänken dürfen die Juden sitzen. Es steht darauf: ‚Nur für Juden.‘ Als letztes wäre noch Folgendes vorzutragen. Es besteht tatsächlich heute noch der Zustand, dass jüdische Kinder in deutsche Schulen gehen. Ich halte es für notwendig, dass die Juden absolut aus deutschen Schulen entfernt werden.»

Göring: «Ich bitte dann, Herrn Hilgard von der Versicherung herinzurufen . . . Herr Hilgard, es handelt sich um Folgendes. Durch den berechtigten Zorn des Volkes gegenüber den Juden sind eine Anzahl von Schäden im ganzen Reich angerichtet worden. Ich nehme an, dass ein Teil der Juden versichert ist. Hier wäre nun die Sache verhältnismässig einfach, indem ich eine Verordnung mache, dass diese Schäden nicht von der Versicherung zu decken sind.»

Hilgard: «Bei der Glasversicherung, die eine sehr grosse Rolle spielt, ist der weitaus grössere Teil der Geschädigten arisch. Das ist nämlich der Hausbesitz, der überwiegend in arischen Händen liegt, während der Jude in der Regel nur der Mieter des Ladens ist.»

Goebbels: «Da muss der Jude den Schaden bezahlen.»

Göring: «Es hat keinen Sinn. Wir haben keine Rohstoffe. Es ist alles ausländisches Glas, das kostet Devisen. Man könnte die Wände hochgehen!»

Hilgard: «Das Ladenfensterglas wird ausschliesslich von der belgischen Glasindustrie fabriziert. Wir haben etwa mit Glasschäden für sechs Millionen zu rechnen. Nebenbei bemerkt, werden die Schäden die Hälfte einer Jahresproduktion der gesamten belgischen Glasindustrie sein. Von der Fabrikationsseite aus wird man ein halbes Jahr brauchen, um das Glas zu liefern, das zum Ersatz der Schäden notwendig ist.»

Göring: «So kann das nicht weitergehen. Das halten wir gar nicht aus. Unmöglich! Nun weiter. Wenn Waren jeder Art aus den Geschäften herausgenommen wurden . . .»

Hilgard: «Der grösste Fall, den wir auf diesem Gebiet haben, ist der Fall Margraf Unter den Linden. Das Juweliergeschäft von Margraf. Der Schaden ist bei uns in Höhe von 1,7 Millionen angemeldet, weil der Laden vollkommen ausgeplündert worden ist.»

Göring: «Daluege und Heydrich, ihr müsst mir die Juwelen wieder herbeischaffen durch Riesenrazzien!»

Daluege: «Das ist schon angeordnet.»

Göring: «Wenn einer mit Juwelen in ein Geschäft kommt und sagt, er hätte sie gekauft, müssen sie ihm rücksichtslos weggenommen werden ohne grosse Geschichten.»

Heydrich: «Im Übrigen ist in rund achthundert Fällen im Reich geplündert worden, aber wir sind dabei, das geplünderte Gut herbeizuschaffen.»

Göring: «Und die Juwelen?»

Heydrich: «Das ist schwer zu sagen. Sie sind zum Teil auf die Strasse herausgeschmissen und dort aufgegriffen worden. Ähnliches hat sich bei Pelzläden abgespielt. Da hat sich natürlich die Menge draufgeworfen, hat Nerze, Skunkse und so weiter mitgenommen.»

Daluege: «Es wäre vor allen Dingen notwendig, von der Partei einen Befehl herauszugeben, dass sofort Meldung erstattet wird, wenn etwa die Nachbarsfrau einen Pelz umarbeiten lässt oder die Leute mit neuen Ringen oder Armbändern ankommen.»

Hilgard: «Wir legen grossen Wert darauf, Herr Generalfeldmarschall, dass wir an der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen nicht gehindert werden.»

Göring: «Das muss ich aber!»

Hilgard: «Es hängt einfach damit zusammen, dass wir im starken Masse auch internationale Geschäfte treiben und Wert darauf legen, dass das Vertrauen zu der deutschen Versicherung nicht gestört wird.»

Heydrich: «Man mag ruhig die Versicherung ausschütten, aber nachher bei der Auszahlung wird sie beschlagnahmt. Dann ist formell das Gesicht gewahrt.»

Hilgard: «Das, was Obergruppenführer Heydrich eben gesagt hat, möchte ich eigentlich auch für den richtigen Weg halten.»

Göring: «Die Schäden, die sie an Juden auszuzahlen hätten, müssen sie auch auszahlen, aber an den Finanzminister. Das Geld gehört dem Staat. Das ist ganz klar.»

Hilgard: «Ich darf vielleicht ausführen, dass nach meinen Schätzungen der Gesamtschaden in ganz Deutschland sich auf ungefähr 25 Millionen Mark belaufen wird.»

Heydrich: «Sachschaden, Inventar- und Warenschaden schätzen wir auf mehrere hundert Millionen.»

Göring: «Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet zweihundert Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.»

Heydrich: «Fünfunddreissig Tote sind es.»

Göring: «Zunächst die Schäden, die der Jude gehabt hat, dass bei Margraf die Juwelen verschwunden sind. Die sind weg und werden ihm nicht ersetzt. Den Schaden hat er. Soweit die Juwelen von der Polizei wieder eingebracht werden, verbleiben sie dem Staat. Nun die anderen Dinge, die Waren, die auf die Strasse geschmissen worden sind, geklaut worden sind, verbrannt sind. Auch den Schaden hat der Jude.»

Hilgard: «Ich denke gerade darüber nach, inwieweit die ausländischen Versicherungsgesellschaften betroffen werden.»

Göring: «Die müssen ja zahlen. Wir beschlagnahmen das. Der Jude muss den Schaden anmelden. Er kriegt die Versicherung, aber die wird beschlagnahmt. Es bleibt also im Endeffekt immerhin doch noch ein Verdienst für die Versicherungsgesellschaften, als sie einige Schäden nicht auszuzahlen brauchen. Herr Hilgard, Sie können schmunzeln!»

Hilgard: «Ich habe gar keinen Grund.»

Göring: «Erlauben Sie einmal! Ich müsste direkt Kippe mit euch machen, oder wie nennt man das sonst? Ich merke es am besten an Ihnen selbst. Ihr ganzer Körper schmunzelt. Sie haben einen grossen Rebbes gemacht.»

Heydrich: «Durch die Arisierungen und die sonstigen Beschränkungen wird natürlich das Judentum arbeitslos. Wir erleben eine Verproletarisierung des Judentums. Ich muss also in Deutschland Massnahmen treffen, die den Juden isolieren. Für die Isolierung möchte ich rein polizeiliche Vorschläge kurz unterbreiten, zum Beispiel die persönliche Kennzeichnung der Juden, indem man sagt: Jeder Jude muss ein bestimmtes Abzeichen tragen.»

Göring: «Eine Uniform!»

Heydrich: «Ein Abzeichen.»

Göring: «Aber lieber Heydrich, Sie werden nicht darum herumkommen, in ganz grossem Massstab in den Städten zu Gettos zu kommen. Die müssen geschaffen werden.»

Heydrich: «Das Getto in der Form vollkommen abgesonderter Stadtteile ist polizeilich nicht durchführbar.»

Göring: «Und in wirklich eigenen Städten?»

Heydrich: «Wenn ich sie in vollkommen eigene Städte tue, ja wohl.»

Funk: «Der Jude muss ganz eng zusammenrücken.»

Heydrich: «Als Massnahme würde ich weiter vorschlagen, dass

man alle persönlichen Berechtigungen, wie Führerscheine, den Juden entzieht, dass man sie weiterhin in ihrer Freizügigkeit durch Aufenthaltsverbote beschränkt. Ich sehe nicht ein, warum der Jude überhaupt in Bäder gehen soll.»

Göring: «In Heilbäder, nein.»

Heydrich: «Dann würde ich dasselbe für Krankenhäuser Vorschlägen. Dasselbe mit den öffentlichen Verkehrsmitteln.»

Göring: «Das muss alles durchgefiedelt werden. Diese Dinge müssen hintereinanderweg herauskommen. Noch eine Frage, meine Herren: Wie beurteilen Sie die Lage, wenn ich heute verkünde, dass dem Judentum als Strafe eine Milliarde als Kontribution auferlegt wird? Ich werde den Wortlaut wählen, dass die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit als Strafe für das ruchlose Verbrechen und so weiter und so weiter eine Kontribution von einer Milliarde auferlegt bekommen. Das wird hinhauen. Die Schweine werden einen zweiten Mord so schnell nicht machen. Im Übrigen muss ich noch einmal feststellen: Ich möchte kein Jude in Deutschland sein.

Das zweite ist Folgendes: Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in aussenpolitische Konflikte kommt, so ist es selbstverständlich, dass wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine grosse Abrechnung an den Juden zu vollziehen.»

Soviel aus dem Protokoll. Der Inhalt wird von Göring im Nürnberger Zeugenstand nicht bestritten; er lässt es bei einigen dünnen oder zynischen Ausflüchten bewenden. Auch hier Beispiele:

1. «Da wird er herausgeschmissen, der Jude, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt, während der ganzen Fahrt.»

Jackson: «Ist das richtig?»

Göring: «Ja. Ich war allmählich nervös geworden, wenn der Goebels dauernd mit seinen Einzelsachen kommt. Da habe ich meinem Temperament gemäss die Ausdrücke geäussert.»

2. «Mir wäre lieber, ihr hättet zweihundert Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.»

Jackson: «Lese ich das richtig?»

Göring: «Jawohl, das war eine Äusserung des Unmuts und der momentanen Erregung.»

Jackson: «Unwillkürlich aufrichtig, oder nicht?»

Göring: «Es war nicht ernstlich gemeint, das war ein Ausfluss einer momentanen Erregung über die ganzen Vorgänge, über die zerstörten Werte.»

3. Jeder Jude muss ein bestimmtes Abzeichen tragen: «Eine Uniform! Lieber Heydrich, Sie werden nicht darum herumkommen, in ganz grossem Massstab in den Städten zu Gettos zu kommen. Die müssen geschaffen werden.»

Jackson: «Haben Sie das gesagt?»

Göring: «Das habe ich gesagt. Es handelte sich damals darum, die Zusammenfassung der Juden in gewissen Teilen und Strassen der Städte durchzuführen, weil auf Grund der Mietordnung das anders nicht möglich war, und jeder einzelne Jude an sich, wenn diese Abzeichen gekommen wären, geschützt hätte werden können.»

Der Gelbe Stern als Schutzabzeichen – eine schlimmere Umkehrung der Tatsachen lässt sich kaum denken.

4. «Dass die Juden eine Kontribution von einer Milliarde auferlegt bekommen. Das wird hinhalten. Im Übrigen: Ich möchte kein Jude in Deutschland sein.»

Jackson: «War das ein Witz?»

Göring: «Ich habe Ihnen genau gesagt, wie es zu der Auferlegung der einen Milliarde gekommen ist.»

Mehr weiss Hermann Göring nicht zu sagen. Doch alles, was da im Jahre 1938 besprochen wurde, ist bald grausame Wirklichkeit geworden, einschliesslich Abzeichen, Getto und Vernichtung.

10 GENERALPROBE SPANIEN

Deutschland führt Krieg, noch ehe der Krieg begonnen hat. Nur wenige Sätze sind es, die Hermann Göring als Zeuge im Nürnberger Prozess über sein erstes militärisches Abenteuer sagt:

«Als in Spanien der Bürgerkrieg ausgebrochen war, sandte Franco einen Hilferuf an Deutschland um Unterstützung, besonders in der Luft. Der Führer überlegte sich, ich drängte lebhaft, die Unterstützung unter allen Umständen zu geben. Einmal, um der Ausweitung des Kommunismus an dieser Stelle entgegenzutreten, zum zweiten aber, um meine junge Luftwaffe bei dieser Gelegenheit in diesem oder jenem technischen Punkt zu erproben. Ich sandte mit Genehmigung des Führers einen grossen Teil meiner Transportflotte und sandte eine Reihe von Erprobungskommandos meiner Jäger, Bomber und Flakgeschütze hinunter und hatte auf diese Weise Gelegenheit, im scharfen Schuss zu erproben, ob das Material zweckentsprechend entwickelt wurde. Damit auch das Personal eine gewisse Erfahrung bekam, sorgte ich für einen starken Umlauf, das heisst, immer wieder neue hin und die anderen zurück.»

Hinter dieser trockenen Aussage verbirgt sich ein gewissenloses Unternehmen, das dem deutschen Volk bis zum letzten Akt vorenthalten wurde.

Legion Condor! Geheime Kommandosache!

Was hier in Nürnberg angeschnitten wird, zeigt wieder einmal das vertraute Gesicht der Politik Hitlers und seiner Gefolgsmänner: Am 8. August 1936 versichert der deutsche Geschäftsträger in London,

Otto Fürst von Bismarck, dem britischen Aussenminister im Namen der Reichsregierung, «dass die deutsche Regierung keine Waffen und Kriegsmaterialien nach Spanien geliefert hat und auch keine liefern wird».

Er sagt die Unwahrheit. Deutsche Soldaten und deutsche Waffen sind längst nach Spanien unterwegs, sind dort schon im Einsatz und werden in ununterbrochenem Strom nachgeliefert. Deutsche kämpfen in einem fremden Land, Deutsche müssen auf einem fernen Schlachtfeld ihr Leben lassen. Mütter weinen um ihre Söhne – aber es wird den Hinterbliebenen einfach verboten, über den Grund ihrer Trauer zu sprechen. Goebbels verbietet jede Nachricht darüber.

Es darf eben nicht wahr sein, denn das könnte internationale Verwicklungen geben. Göring will nur einmal «einige technische Punkte seiner jungen Luftwaffe im scharfen Schuss erproben». Der spanische Bürgerkrieg kommt ihm wie gerufen.

Doch dieser Kampf jenseits der Pyrenäen führt schliesslich im Oberkommando der Luftwaffe in Berlin zu verhängnisvollen Trugschlüssen. Was in Spanien gutgegangen ist, so folgert man irrtümlich, muss sich auch in einem kommenden grossen Krieg bewähren. Die verderblichen Fehler dieser Überlegungen liegen in folgenden Punkten:

1. In Spanien kämpfte ein Elitekorps gegen einen weit unterlegenen Feind.
2. Das Operationsfeld umfasste vergleichsweise nur kurze Entfernungen.
3. Die deutschen Einheiten im spanischen Bürgerkrieg stellten keine grossen Führungsprobleme.
4. Es handelte sich um eine verhältnismässig kleine und deshalb gut mit Nachschub zu versorgende Truppe.

Spanien sollte das grosse Manöverfeld der deutschen Wehrmacht und das Modell für künftige Kriege sein. Tatsächlich war es aber nur ein Idealfall, der sich nicht mehr wiederholte. Millionen deutscher Soldaten müssen für diesen Irrtum ihrer Führung später in den Weiten Russlands, in Afrika und auf den anderen ausgedehnten Kriegsschauplätzen ihr Leben lassen.

Wie ist es zu diesem Abenteuer überhaupt gekommen? Spanien hat Jahre der Krise hinter sich: 1931 hat König Alfons XIII. abgedankt, die nachfolgende Republik erlebt bis 1936 achtundzwanzig Regierungswechsel. Schliesslich, am 16. Februar 1936, kommt es zu Neuwahlen, bei denen die sozialistische Volksfront mit 256 von 473 Sitzen im Parlament rechtmässig an die Macht gelangt. Da putschen die Generale. In Spanisch-Marokko erheben sich die Truppen gegen die neue Regierung. General Francisco Franco, Kommandeur auf den

Kanarischen Inseln, fliegt nach Marokko und übernimmt die Führung des Aufstandes. In Nordspanien putscht General Mola. Zur gleichen Stunde gelingt General Queipo de Llano ein Handstreich: mit 180 Mann erobert er Sevilla.

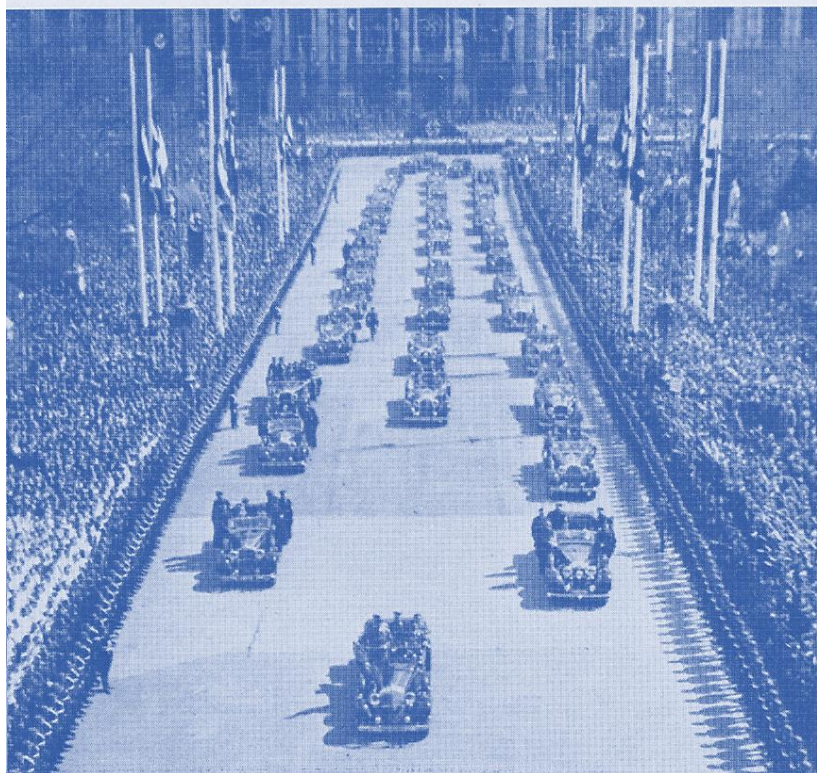
Doch in den anderen spanischen Provinzen, in Madrid und Barcelona vor allem, ist der Aufstand misslungen, die Regierung Herr der Lage. Die Aufständischen sitzen in der Klemme. Sie müssen entweder kapitulieren oder versuchen, die marokkanischen Truppen unter Francos Befehl von Afrika auf das spanische Festland zu bringen. Dazu fehlen Transportmittel. Die Offiziere, die sich auf den spanischen Kriegsschiffen am Aufstand beteiligen wollten, sind von den Matrosen kurzerhand niedergemacht worden. So befindet sich die Flotte restlos in der Hand der Regierung.

Hilfesuchend wendet sich Franco an Mussolini und Hitler. Zwei deutsche Kaufleute, die im marokkanischen Tetuan wohnen, dienen als Vermittler. Sie eilen nach Berlin und verhandeln mit Hermann Göring, der sofort die Chance ergreift: Hier kann er endlich einmal seine Luftwaffe loslassen! Hitler entschliesst sich zur bewaffneten Intervention. Zunächst wird General Walter Warlimont zu Franco geschickt, aber viel wichtiger ist die Luftwaffenhilfe. Da die spanische Flotte ausfällt, bleibt nur der Luftweg, um die Truppen von Marokko über das Mittelmeer nach Spanien zu bringen.

Und tatsächlich baut Göring nun die erste Luftbrücke der Welt. Als private Firma getarnt, wird zunächst einmal die *Hispano-Marokkanische Transport-Aktiengesellschaft* gegründet, kurz *Hisma* genannt. Sie nimmt ihren Betrieb mit zwei Flugzeuggeschwadern namens *Pablos* und *Pedros* auf. Die Heereseinheiten bekommen den Decknamen *Imker*. Das Ganze nennt sich *Legion Condor* und wird in den Berliner Geheimakten unter der bemerkenswerten Tarnbezeichnung *Unternehmen Feuerzauber* geführt. Im Juli 1936 geht in Hamburg ein seltsamer Haufen von 85 jungen Zivilisten an Bord des Dampfers *Usaramo*. Es handelt sich um «Touristen» der *Reisegesellschaft Union*, um «Kaufleute», «Techniker» und «Fotografen», wie aus den Reisepässen hervorgeht. Und so viele Koffer und Kisten haben diese Reisenden bei sich! Leider geht eine Kiste beim Verladen entzwei. Heraus fällt eine 250-Kilo-Bombe. Die Schiffsbesatzung macht grosse Augen, beruhigt sich dann aber mit der Erklärung, es handle sich um ein «Sonderkommando zur Rückeroberung der deutschen Kolonien».

Von Hamburg fährt die *Usaramo* nach Cadix in Spanien. Unter den Reisenden befinden sich zehn Jagdflieger der deutschen Luftwaffe, zehn Kampfbesatzungen und Personal. In Spanien werden sie mit einer zweiten Gruppe Zusammentreffen, die am 27. Juli 1936 mit mehreren Ju 52 direkt nach Sevilla geflogen ist. Noch am gleichen

*Der Anschluß
Österreichs 1938:
Die Wahlen im
April (rechts) enden
mit der Triumph-
fahrt Hitlers durch
Wien (unten).*





*Der tschechische Staatspräsident Emil Hacha bei Hitler.
Blitzkrieg gegen Polen 1939: Parade der deutschen Truppen in
Warschau vor Hitler.*



Tag wird die Luftbrücke gebaut. Zwischen Tetuan in Afrika und Jerez de la Frontera bei Sevilla bringen Görings Ju 52 in kurzer Zeit 12'000 Marokkaner und 134'000 Kilogramm Munition übers Mittelmeer. Jetzt kann Franco mit seinem Bürgerkrieg überhaupt erst richtig anfangen!

Natürlich schlittert die deutsche Transportgesellschaft glatt mitten in den Hexenkessel hinein: Nachdem das regierungstreue spanische Linienschiff *Jaime lein* paar Salven zwischen die verdächtigen Ju's geballert hat, werden die Maschinen mit Abwurfvorrichtungen versehen, und es dauert nicht lange, bis die *Jaime* bei einem deutschen Bombardement schwer beschädigt wird. Dafür wird nun wieder die *Usaramo* mit ihrer *Reisegesellschaft Union* beim Eintreffen in Cadiz von einem rotspanischen Kreuzer beschossen, kann aber trotzdem ihre «Kaufleute», «Techniker» und «Fotografen» nebst Gepäck an Land setzen.

Von Wilhelmshaven her nehmen die Panzerschiffe *Deutschland* und *Admiral Scheer* Kurs auf Spanien. Ihre Aufgabe ist es, den Schutz und den Abtransport deutscher Staatsangehöriger aus den bedrohten Bürgerkriegsgebieten zu gewährleisten – denn dieser Bürgerkrieg, durch Görings Luftbrücke erst eigentlich ins Rollen gekommen, stürzt nun ganz Spanien in Chaos, Zerstörung und entsetzliche Leiden.

Britische, französische, amerikanische und italienische Kriegsschiffe erscheinen ebenfalls vor Spaniens Küsten. Fluchtartig verlassen alle Ausländer das unglückliche Land. Allein in Málaga nehmen deutsche und italienische Handelsdampfer unter dem Schutz der Kriegsschiffe rund zweitausend Deutsche an Bord.

Aber während sich die Marine tatsächlich auf ihre Sicherungsaufgaben beschränkt, greift die Luftwaffe aktiv und direkt in die Kämpfe ein.

Sie steht damit nicht allein: Mussolini hat ebenfalls Truppen für Franco zur Verfügung gestellt, und auf der anderen Seite der Front ist die Sowjetunion mit Menschen und Kriegsmaterial der Regierung in Madrid zu Hilfe gekommen. Neben diesen von Moskau, Rom und Berlin Abkommandierten gibt es Freiwillige, die aus freien Stücken nach Spanien kommen: Menschen, die aus politischer Überzeugung kämpfen wollen, aber auch Landsknechtnaturen und Abenteurer aus der ganzen Welt, Franzosen, Engländer, Polen, Amerikaner, Tschechen, Portugiesen, Skandinavier. Die einen treten in den Dienst Francos, die Mehrheit in die *Internationale Brigade* der Volksfrontregierung. Spanien ist plötzlich zum Schlachtfeld der Welt geworden. Aus dem Aufstand der Generale ist der erste «ideologische», der erste «weltanschauliche» Krieg des zwanzigsten Jahrhunderts entstanden.

Am 6. August 1936 schlägt die französische Regierung den Mächten vor, ein gemeinsames Verbot von Waffenlieferungen an die kriegführenden Parteien zu beschliessen. Am 31. August erweitert Paris diesen Vorschlag und regt die Bildung eines generellen Nichteinmischungsausschusses an, an dessen Gründungssitzung sich kurz darauf sechszwanzig europäische Staaten beteiligen – darunter auch Deutschland, Italien und die Sowjetunion. Ein schwerfälliger Apparat setzt sich in Bewegung. Vollversammlungen und Ausschüsse tagen, die Delegierten tauschen Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen aus.

Berlin versichert am 7. Dezember 1936 erneut, «dass sich keine deutschen Truppen in Spanien befinden». Joachim von Ribbentrop, Deutschlands Vertreter im Nichteinmischungsausschuss, behauptet, «dass sich 25'000 französische und 35'000 sowjetische Freiwillige in Spanien aufhalten». Iwan Maiski, der Vertreter der Sowjetunion, sagt dagegen, «dass sechstausend gut ausgerüstete Deutsche in Spanien kämpfen».

Ribbentrop gesteht in seinen im Nürnberger Gefängnis geschriebenen Denkwürdigkeiten: «Diesen Ausschuss hätte man besser ‚Einmischungsausschuss‘ nennen sollen, denn die ganze Tätigkeit seiner Mitglieder bestand darin, die Einmischung ihres Landes in Spanien mehr oder weniger geschickt zu vertreten oder zu vertuschen. Es war eine höchst unerfreuliche Arbeit.»

Am 8. März 1937 endlich fasst der Nichteinmischungsausschuss den Beschluss, eine internationale Land- und Seekontrolle einzurichten, die es verhindern soll, dass ausländische Kämpfer und Waffen nach Spanien gelangen. Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien werden mit der Kontrolle beauftragt. Deutschland fällt die Aufgabe zu, mit seiner Flotte die ostspanische Küste von Cap de Gata bis Cap Oropesa zu überwachen. Man hat die Böcke zum Gärtner gemacht. Denn während offiziell Nichteinmischung und Seekontrolle gespielt wird, rollen Menschen- und Materiallieferungen insgeheim und ungestört weiter. Wie sagt doch Göring in Nürnberg: «Ich sandte einen grossen Teil meiner Transportflotte und eine Reihe von Erprobungskommandos meiner Jäger, Bomber und Flakgeschütze, sorgte für einen starken Umlauf, das heisst, immer wieder neue hin und die anderen zurück.»

Drei Jahre lang muss das spanische Volk mit diesem Bürgerkrieg und allen seinen Greueln und Verwüstungen die Zeche für Stalin, Mussolini und Hitler-Göring bezahlen. Niemals hätten die Kämpfe ohne die fremde Einmischung so lange gedauert.

Dabei sieht die Partie anfangs für Göring noch recht kläglich aus. Sein Luftwaffenkommando, die *Legion Condor*, besteht zunächst aus vier Staffeln Kampfflugzeuge, vier Staffeln Jäger, einer Aufklä-

rungsstaffel und zwei Staffeln Seeflugzeuge; dazu kommen mehrere Batterien schwere Flakartillerie und Luftnachrichtenverbände.

Generalmajor der Flieger Hugo Sperrle, in Spanien unter dem Decknamen Sander getarnt, hat keine rechte Freude an den Leistungen des ihm unterstellten Kommandos. Bei der «Probe im scharfen Schuss», wie Göring es nannte, zeigen sich sofort die Mängel der Berliner Luftwaffenplanung. Der erste deutsche Jagdverband in Spanien hat von Göring sechs Maschinen vom Typ He 51 bekommen, einmotorige Doppeldecker, die ganz an die Flugzeuge des Ersten Weltkriegs erinnern. Sie sind so langsam, dass sie nicht einmal die Bomber der Gegenseite einholen können. Der Martin-Bomber der Volksfrontregierung zum Beispiel ist um fünfzig Stundenkilometer schneller, ganz zu schweigen von den Devoitines, Curtis' und den sowjetischen Ratas. Wenn die Deutschen Abschüsse erzielen, handelt es sich vorwiegend um die langsamen Nieuport-Jäger oder um Bréguet- und Potez-Bomber.

Als Symbol haben Görings Flieger einen Zylinderhut an ihre Maschinen gemalt. Niemand weiss warum, aber die ironische Erklärung der Besatzungen lautet: «Das ist der dreizehnte Zylinder unserer Motoren, mit dem wir fast so schnell sind wie die feindlichen Bomber.» Neidvoll blicken sie auf die modernen Fiat-Jäger und Savoia-Bomber, die Mussolini geschickt hat. Erst zu Weihnachten 1936 treffen aus Deutschland schnellere Maschinen ein, und zwar Messerschmitt-Jäger 109, Schnellbomber vom Typ He in und die ersten Sturzkampfbomber. Dazu kommt als Aufklärungsflugzeug die Do 17, als Seeflugzeug die He 59.

Während des ganzen Winters, bis zum Frühjahr 1937, liegt der Schwerpunkt des Einsatzes für die Legion Condor an der Zentralfront vor Madrid. Sie bombardiert Flugplätze, die mit sowjetischen Maschinen belegt sind, sowie die Kriegshäfen Cartagena, Alicante und Málaga. Zum erstenmal bringt sie auch eine ganz neue Kampftaktik ins Gefecht: die Unterstützung der Erdtruppen durch Bombenangriffe und Tiefflüge. Trotzdem bleibt die spanische Hauptstadt uneinnehmbar. Der Kampf um Madrid frisst sich im Stellungskrieg fest.

Auf Vorschlag von General Sperrle wenden sich Legion Condor und spanische Truppen nun der Nordfront zu. Hier entwickeln sich heftige Kämpfe um Bilbao, das am 19. Juni 1937 in Francos Hände fällt. Eilig muss die Legion gleich darauf in den Raum westlich Madrid geworfen werden, wo Regierungstruppen mit einem Entlastungsangriff die Schlacht um Brunete entfesselt haben. Hier setzt die Gegenseite modernstes Material ein, und die Deutschen erleiden zusammen mit Francos Truppen schwere Verluste.

Zurück zur Nordfront! Kampfflugzeuge der Legion beteiligen sich

an der Eroberung von Santander, an der Unterwerfung ganz Asturiens. Wieder nach Madrid, wo Franco erneut zu einem vergeblichen Angriff antritt. Die Ablenkungsoffensive der Regierungstruppen bei Teruel, das zweimal den Besitzer wechselt, lässt die Pläne des Generals scheitern.

Sommer 1938 ist es geworden. Vier Monate lang toben schwere Kämpfe am Ebro. Es ist die grösste Materialschlacht seit dem Ersten Weltkrieg. Nun zeichnet sich auch schon die Wende ab. Die Legion Condor erringt die Luftherrschaft, besonders mit ihrer modernen Me 109. Die rechtmässige spanische Regierung wird in eine hoffnungslose Lage gedrängt, nachdem sie am Ebro 75'000 Mann verloren hat. Weihnachten 1938 beginnt Franco den Angriff auf Katalonien, der Legion Condor fällt die Aufgabe zu, die Offensive aus der Luft vorzubereiten. Pausenlos werden rückwärtige Linien der Regierungstreitkräfte bombardiert. Die Verwirrung ist ungeheuer. Am 9. Februar 1939 steht Franco als Sieger an den Pyrenäen. Einen Tag später wendet er sich zum letztenmal gegen Zentralspanien. Mit dem Fall von Madrid am 28. März 1939 ist der Bürgerkrieg beendet.

Deutsche Soldaten kämpften für eine Sache, die ein Betrug gewesen ist wie so vieles andere, was man ihnen in Berlin vorgaukelte. Denn während sie glaubten, für nationale Interessen und für den gerechten Sieg Francos ihr Leben aufs Spiel zu setzen, verfolgten Hitler und seine Handlanger ganz andere Ziele. Im Nürnberger Prozess hat bereits ein Dokument deutlicher gesprochen als jeder Kommentar: das Protokoll Hossbachs über die Geheimbesprechung bei Hitler am 5. November 1937. In dieser Sitzung sagt Hitler nach Hossbachs Aufzeichnungen:

«Andererseits sei vom deutschen Standpunkt ein hundertprozentiger Sieg Francos auch nicht erwünscht; wir seien vielmehr an einer Fortdauer des Krieges und der Erhaltung von Spannungen im Mittelmeer interessiert.»

Das sind die Tatsachen, von denen die Männer der Legion Condor nichts wissen, Tatsachen, die von der offiziellen Propaganda überhört werden, denn auch für Dr. Josef Goebbels ist der spanische Bürgerkrieg eine günstige Gelegenheit, seine Methoden «im scharfen Schuss» zu erproben. Wie sehr kommt es Goebbels gelegen, als am 29. Mai 1937 spanische Regierungsflugzeuge in einer Bucht der Insel Ibiza zwei Bomben auf das dort liegende Panzerschiff *Deutschland* werfen! Dreiundzwanzig Besatzungsangehörige des Schiffes werden dabei getötet, acht weitere erliegen später ihren Verwundungen. Hitler erfährt die Nachricht während der Bayreuther Festspiele. Er kehrt sofort nach Berlin zurück und befiehlt dem Panzerschiff *Admiral Scheer*, als Vergeltung die rotspanische Hafenstadt Almeria zu

beschiessen. Das Bombardement erfolgt befehlsgemäss am 31. Mai 1937.

Die deutschen Zeitungen sind voll davon. Aber sie schweigen über ein anderes Bombardement, das wenige Wochen vorher, am 26. April 1937, stattgefunden hat. Es ist ein denkwürdiges Datum und eines der dunkelsten Blätter in den Annalen Hermann Görings.

An jenem 26. April des Jahres 1937 nämlich erscheint Görings Legion Condor über dem spanischen Städtchen Guernica: Bomben fallen-immer neue Bomben von immer neuen Flugzeugwellen herangetragen –, und zum erstenmal in der Geschichte unserer Welt fallen diese Fliegerbomben nicht auf Kampftruppen, militärische Anlagen oder Rüstungswerke, sondern auf zivile Wohnviertel, auf offene Strassen und Plätze, auf ungeschützte Häuser, auf Frauen und Kinder. Zum erstenmal richten sich die Bordwaffen der heulenden Tiefflieger nicht gegen Soldaten, sondern gegen fliehende Zivilisten.

Guernica! Guernica!

Alles, was der kommende Krieg mit sich bringen wird – hüben wie drüben –, hat sich damit in Spanien schon abgezeichnet. Wie sagt doch Göring in Nürnberg: «Ich drängte lebhaft, um meine junge Luftwaffe bei dieser Gelegenheit zu erproben. Ich sandte Erprobungskommandos meiner Jäger, Bomber . . .»

Guernica!

Und während die Legion auf dem Heimweg nach Deutschland ist, enthüllt Hitler selbst am 28. April 1939 das Geheimnis des verschwiegenen Kriegszuges in einer Rede vor dem Reichstag: «Das deutsche Volk wird dann erfahren, wie tapfer seine Söhne auch auf diesem Platz für die Freiheit eines edlen Volkes mitgekämpft haben und damit letzten Endes für die Errettung der europäischen Zivilisation!»

«Mag kommen, was will», ruft Göring am 31. Mai 1939 in Hamburg der Legion entgegen, «ihr habt bewiesen, dass wir unbesiegbar sind!» Zwanzigtausend Legionäre marschieren am 6. Juni 1939 in Berlin an Adolf Hitler vorüber – offen, bejubelt und allen feierlichen Versicherungen von gestern zum Trotz, dass niemals Deutsche in Spanien gekämpft hätten. Unbesiegbar, wie Göring sie genannt hat, werden die gleichen Männer morgen in einen neuen Krieg gestossen: knapp drei Monate nach der Siegesparade von Berlin beginnt der Zweite Weltkrieg.

KRIEG

I STALIN UND DIE KANNIBALEN

«Diese Urkunde ist von geschichtlicher Bedeutung!»
Mit dieser Erklärung leitet der amerikanische Ankläger Sidney S. Alderman in Nürnberg einen neuen Abschnitt des Prozesses ein. In der Verhandlung spiegelt sich, wie das Schicksal Deutschlands und der europäischen Völker nun dem explosiven Höhepunkt zutreibt.

«Das Originaldokument», fährt Alderman gelassen fort, «wurde erbeutet. Wir glauben, dass die Echtheit der Urkunde ausser jedem Zweifel steht. Ihre Echtheit ist von dem Angeklagten Keitel zugegeben worden. Diese Urkunde ist von solch grosser geschichtlicher Wichtigkeit, dass ich mich veranlasst sehe, sie fast vollständig zu verlesen.»

Wieder liegt eines der sogenannten Schlüsseldokumente auf dem Richtertisch. Alderman erläutert:

«Dadurch, dass Hitlers Adjutant Schmudt sorgfältig und peinlich genau Aufzeichnungen machte, verfügen wir auch hier wieder über eine Urkunde in seiner eigenen Handschrift, welche die Katze aus dem Sack lässt. Sie stellt das Protokoll einer Konferenz dar, die am 23. Mai 1939 im Arbeitszimmer des Führers in der neuen Reichskanzlei stattfand. Der Angeklagte Göring war anwesend, der Angeklagte Raeder war anwesend und der Angeklagte Keitel war anwesend.»

Das Datum – der 23. Mai 1939 – ist entscheidend. Zwei Monate nach Hitlers Einmarsch in Prag, zwei Monate nach Beendigung des spanischen Geheimkrieges der Legion Condor, und nicht viel mehr als drei Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fällt die Entscheidung über das Leben von Millionen Menschen.

«Es heisst, die Umstände den Forderungen anzupassen», erklärt Hitler den Teilnehmern der Berliner Geheimkonferenz. «Ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums ist dies nicht möglich. Die zurückliegende Zeit ist wohl ausgenützt worden. Alle Schritte waren folgerichtig auf das Ziel ausgerichtet. Nationalpolitische Einigung der Deutschen ist erfolgt. Weitere Erfolge können ohne Bluteinsatz nicht mehr errungen werden.»

Dann entwickelt Hitler seine Pläne: «Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um Arrondierung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung. In Europa ist keine andere Möglichkeit zu sehen. Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen grösseren Ostraum zu besitzen. Es entfällt also die Frage, Polen zu

schonen, und bleibt der Entschluss, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend. Daher muss sich der Führer endgültigen Befehl zum Losschlagen vorbehalten.

Ist es nicht sicher, dass im Zuge einer deutsch-polnischen Auseinandersetzung ein Krieg mit dem Westen ausgeschlossen bleibt, dann gilt der Kampf primär England und Frankreich. Grundsatz: Auseinandersetzung mit Polen – beginnend mit Angriff gegen Polen – ist nur dann von Erfolg, wenn der Westen aus dem Spiel bleibt. Ist das nicht möglich, dann ist es besser, den Westen anzufallen und dabei Polen zu erledigen.

Wie wird diese Auseinandersetzung aussehen? Der Krieg mit England und Frankreich wird ein Krieg auf Leben und Tod. Die Ansicht, sich billig loskaufen zu können, ist gefährlich; diese Möglichkeit gibt es nicht. Die Brücken sind dann abzubrechen, und es handelt sich nicht mehr um Recht oder Unrecht, sondern um Sein oder Nichtsein von achtzig Millionen Menschen.

Frage: Kurzer oder langer Krieg? Jede Wehrmacht beziehungsweise Staatsführung hat sich jedoch auch auf den Krieg von zehn- bis fünfzehnjähriger Dauer einzurichten. Es besteht kein Zweifel, dass der überraschende Überfall zu einer schnellen Lösung führen kann. Es ist jedoch verbrecherisch, wenn die Staatsführung sich auf die Überraschung verlassen wollte. Anzustreben bleibt, dem Gegner zu Beginn einen oder den vernichtenden Schlag beizubringen. Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle. Dies ist nur möglich, wenn man nicht durch Polen in einen Krieg mit England hineinschlittert.

Vorzubereiten ist der lange Krieg neben dem überraschenden Überfall unter Zerschlagung der englischen Möglichkeiten auf dem Festlande. Das Heer hat die Positionen in Besitz zu nehmen, die für Flotte und Luftwaffe wichtig sind. Gelingt es, Holland und Belgien zu besetzen und zu sichern sowie Frankreich zu schlagen, dann ist die Basis für einen erfolgreichen Krieg gegen England geschaffen. Die Zeit entscheidet gegen England. Deutschland verblutet nicht zu Lande. Wichtig ist der rücksichtslose Einsatz aller Mittel. Ziel ist immer, England auf die Knie zu zwingen.»

Soviel sei aus dem Protokoll hier zusammengefasst. Die von Adjutant Rudolf Schmundt aufgezeichneten Ausführungen Hitlers zeigen ganz klar, was die Welt zu erwarten hat.

«Welche Bedeutung hatte diese Besprechung?» fragt Rechtsanwalt Dr. Otto Stahmer in Nürnberg seinen Mandanten Hermann Göring.

Die Antwort des Angeklagten lautet: «Es war eine Besprechung,

die der Führer abgehalten hat, wo er Ausführungen machte über die Lage und die sich aus dieser Lage für die Wehrmacht ergebenden Aufgaben. Es kam in erster Linie darauf an, die Wehrmacht rüstungsmässig und bereitstellungsmässig darauf hinzuweisen, dass er mit allen möglichen politischen Entwicklungen rechnet und sich selbst damit volle Freiheit der Entschliessungen vorbehalten wollte.»

Kurz nachdem Hitler seine Absichten klargelegt hat, nehmen sie in der Wehrmacht handgreifliche Gestalt an. Der Oberbefehlshaber des Heeres, Walter von Brauchitsch, gibt den Heeresgruppen und Armeen genaue Anweisungen für die bevorstehenden Kampfhandlungen. Der Befehl beginnt mit den Worten: «Operationsziel ist die Vernichtung der polnischen Wehrmacht. Die politische Führung fordert, den Krieg mit überraschenden, starken Schlägen zu eröffnen und zu schnellen Erfolgen zu führen.»

Neben diesen geheimen Vorbereitungen läuft öffentlich die «psychologische Kriegführung» des Propagandaministers Goebbels auf vollen Touren. Am 26. März 1939 bereits – zehn Tage nach Hitlers Einmarsch in Prag – gibt Goebbels der deutschen Presse Anweisung, «über Ausschreitungen gegen Volksdeutsche in Polen» zu berichten. Was derartige Meldungen bedeuten, hat die Welt inzwischen zu begreifen gelernt.

Zwei Tage nach der Propagandaanweisung von Dr. Goebbels ist schon ein neuer Krisenherd in Europa vorhanden. Im Mittelpunkt steht der Freistaat Danzig, ein politisches Zwittergebilde aus dem Jahre 1920, ein alter Zankapfel zwischen Deutschland und Polen. Danzig steht unter internationaler Völkerbundaufsicht, aber sowohl Deutschland als auch Polen trachten danach, es ihrem Staatsgebiet anzuschliessen. Es ist die Zündschnur am Pulverfass.

Josef Beck, der polnische Aussenminister, reagiert auf Goebbels' Propagandawelle rasch und empfindlich. Am 28. März 1939 erklärt er dem deutschen Botschafter in Warschau, Graf Helmuth von Moltke, «dass jede Intervention der deutschen Regierung für eine Änderung des bestehenden Statuts in Danzig als ein Angriff gegen Polen betrachtet werden wird».

Beck kündigt sofortige Gegenaktionen der polnischen Regierung an, lässt aber dennoch seine Gesprächsbereitschaft durchblicken.

«Sie wollen auf den Spitzen der Bajonette verhandeln!» entgegnet von Moltke aufgebracht.

Beck bemerkt darauf kühl: «Nach Ihrem System.»

Mit den Hintergründen des Kriegausbruches tritt der Nürnberger Prozess in Probleme ein, die für alle Beteiligten Überraschungen bergen. Unbehaglich sehen auch die Richter der vier Siegnationen den Dingen entgegen, die nun unweigerlich enthüllt werden müssen. Die sowjetischen Richter, Generalmajor Iola T. Nikitschenko

und Oberstleutnant Alexander F. Wolchkow, zeigen wie immer unbewegliche Gesichter. Aber die sowjetische Anklagevertretung unter ihrem Hauptankläger Generalleutnant Roman A. Rudenko bereitet sich darauf vor, gegen die Front der deutschen Verteidiger zu kämpfen: Sie will um jeden Preis verhindern, dass Dinge ans Licht gebracht werden, durch die die Sowjetunion auf eine Ebene mit den Angeklagten gestellt wird.

Um diesen hintergründigen Kampf zu verstehen, muss man sich an einige Tatsachen erinnern, die allen Prozessteilnehmern in Nürnberg deutlich im Gedächtnis sind, über die aber gerade deshalb kaum ein Wort gesprochen wird.

1. Polen ahnt, dass es Hitlers nächstes Opfer werden soll. Es ist entschlossen, sich zu verteidigen. In Warschau überschätzt man allerdings die eigene Stärke und unterschätzt die Schlagkraft der neuen deutschen Wehrmacht.

2. In London und Paris erkennt man, dass Polen vom Westen her nicht wirksam geholfen werden kann, falls es von Deutschland angegriffen wird. Die einzige Macht, die Polen gegen Hitler verteidigen könnte, ist die östlich an Polen angrenzende Sowjetunion.

3. In Warschau lehnt man diese Hilfe nachdrücklich ab. Die polnische Regierung erkennt richtig, dass sie damit nur ein anderes Übel eintauschen würde: Statt von Hitler würde Polen dann am Ende eben von Stalin geschluckt werden.

4. Auch in London und Paris zieht man diese Schlussfolgerung. Wenn Hitler Krieg macht, so lauten dort die Überlegungen, wird nach seiner Niederlage – mit der man bestimmt rechnen kann – die Sowjetunion ihre Hand auf das aufgelöste Osteuropa legen. Das ist dem Westen durchaus unerwünscht.

5. Die einzige Möglichkeit, eine Ausdehnung der Sowjetunion nach Westen zu verhindern, besteht folglich darin, es gar nicht zum Krieg kommen zu lassen. Der Westen muss mit Moskau zusammengehen, um Hitler von einem Angriff auf Polen abzuschrecken.

6. In Moskau ist man ganz der gleichen Auffassung. Nur zieht man andere Schlüsse daraus: Wenn Hitler am Krieg gegen Polen gehindert wird, kann sich die Sowjetunion nicht nach Westen ausdehnen – deshalb muss Hitler zum Krieg gegen Polen ermutigt werden.

Mit diesem schrecklichen Kreislauf politischer Erwägungen wird die Kriegsmaschine erbarmungslos zum Rollen gebracht. Es gibt keinen Ausweg, nachdem Hitlers Eroberungsdrang das Gespenst entfesselt und auf die europäische Bühne gebracht hat. Hitler allerdings ist weit entfernt davon, die Gedankengänge zu ahnen oder gar zu begreifen, die er in den führenden Gehirnen des Westens und des Ostens ausgelöst hat. Er *kann* diese Gedankengänge gar nicht ah-

nen, weil sie auf seiner Niederlage beruhen und weil er diesen entscheidenden Punkt niemals in seine Pläne einkalkuliert.

Viel weitblickender als in Berlin zeigt man sich im politisch feinnervigen Rom. Der italienische Botschafter in Berlin, Bernardo Attolico, ist ein glänzender Kenner der inneren Verhältnisse Deutschlands. Er glaubt kein Wort der Friedensbeteuerungen und ist überzeugt, dass Hitler auch Italien an der Nase herumführt.

Das entspricht genau den Tatsachen: Während sich Hitler längst endgültig zum Krieg entschlossen hat, hält er seinen Bündnispartner Mussolini in dem Glauben, wenigstens innerhalb der nächsten drei Jahre den Frieden wahren zu wollen. Attolico dagegen bombardiert seine Regierung mit Warnungen, so dass der italienische Aussenminister, Graf Galeazzo Ciano, schliesslich in sein berühmtes Tagesbuch schreibt:

«Die Beharrlichkeit Attolicos macht mich doch bedenklich. Entweder hat dieser den Kopf gänzlich verloren, oder er sieht und weiss etwas, von dem wir nichts ahnen.»

Am 6. August 1939 ist der Verdacht, von Hitler hintergangen zu werden, in Rom so stark geworden, dass Ciano mit Mussolini darüber spricht. Ciano vertraut seinem Tagesbuch an:

«Wir stimmen darin überein, dass wir einen Ausweg finden müssen. Der deutsche Weg führt zum Krieg, wir würden unter den für Italien ungünstigsten Bedingungen in den Krieg gehen: wir sind weit davon entfernt, unsere Vorbereitungen vervollständigt zu haben. Ich schlage dem Duce eine neue Zusammenkunft zwischen Ribbentrop und mir vor. Er ist sehr einverstanden damit.» Ciano eilt zu Ribbentrop, um den Frieden zu retten, um wenigstens die wahren Absichten Berlins zu erfahren. Die Begegnung der beiden findet am 11. August 1939 auf Ribbentrops Schloss Fuschl bei Salzburg statt. Der RAM, wie der Reichsaussenminister in den deutschen Dokumenten meist genannt wird, liebt den grossartigen Rahmen. Doch auch das ist ein Punkt, den die Anklagevertretung in Nürnberg nicht übersehen hat. Als Zeuge ist darüber der Dolmetscher Dr. Paul Otto Schmidt von dem britischen Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe vernommen worden.

Sir David: «Hatte der Angeklagte Ribbentrop, ehe er sich mit Politik befasste, ein Haus in Berlin-Dahlem, ich glaube Lenzallee 19. Gehörte das ihm?»

Dr. Schmidt: «Jawohl, das trifft zu.»

Sir David: «Hatte er dann, als er Aussenminister war, sechs Häuser? Gestatten Sie, dass ich Ihrem Gedächtnis nachhelfe und sie einzeln aufzähle. Ein Haus in Sonnenburg mit einem Grundbesitz von 750 Hektar und einem privaten Golfplatz. Dann ein Haus in Tanneck bei Düren, in der Nähe von Aachen, wo er Pferde züchtete. Dann

eines in der Nähe von Kitzbühel, von wo aus er auf die Gemsjagd ging. Dann noch selbstverständlich Schloss Fuschl; das ist in Österreich, nicht wahr?»

Dr. Schmidt: «In der Nähe von Salzburg, ja.»

Sir David: «Dann hatte er ein Jagdgut in der Slowakei, Pustepole genannt, nicht wahr?»

Dr. Schmidt: «Der Name ist mir geläufig. Ich weiss auch, dass hier Herr von Ribbentrop manchmal zur Jagd hingefahren ist, aber über die Besitzverhältnisse weiss ich nichts.»

Sir David: «Ja, und dann bewohnte er auch noch ein Jagdschloss in der Nähe von Podersan, das dem Grafen Czernin im Sudetenland gehört hatte. Sagen Sie mir, hatten Reichsminister eigentlich ein festes Gehalt?»

Dr. Schmidt: «Ja.»

Sir David: «Wieviel vvar das?»

Dr. Schmidt: «Das kann ich nicht sagen.»

Sir David: «Wurde das geheimgehalten?»

Dr. Schmidt: «Nein. Es lag mir aber fern, mich dafür zu interessieren.»

Sir David: «Vielleicht können Sie diese Frage beantworten: Hat irgendein früherer Reichsaussenminister sich sechs Häuser und Landgüter verschiedener Grösse von seinem Gehalt leisten können?»

Dr. Schmidt: «Ob er es hat tun können, darüber kann ich nichts sagen, aber er hat es nicht getan.»

Nach diesem aufschlussreichen Intermezzo kann man Ribbentrops Schloss Fuschl als Schauplatz der Ministerbesprechung mit anderen Augen betrachten.

Ciano wird von seinem deutschen Kollegen schon in den Anfängen des Gesprächs mit unabänderlichen Tatsachen über den Haufen gerannt. Mit einem Ruck reisst Ribbentrop den Friedensvorhang beiseite und lässt den Italiener die nackte, erschreckende Wirklichkeit sehen.

In Nürnberg legt Ankläger Maxwell-Fyfe die dramatischen Abschnitte aus dem Tagebuch des Grafen Ciano dem Gericht vor. Langsam verliest er, was der italienische Aussenminister über die Besprechung schreibt:

«Es war in seinem Schloss in Fuschl, dass mich Ribbentrop, während wir darauf warteten, uns zu Tisch zu setzen, von dem Entschluss, die Lunte ins Pulver zu werfen, informierte, geradeso, als ob er mit mir über die unwichtigste und gewöhnlichste Verwaltungsangelegenheit spräche.

„Nun also, Ribbentrops fragte ich, während wir nebeneinander durch seinen Garten spazierten, ‚was wollt ihr? Den Korridor oder Danzig?’

Jetzt nicht mehr', dabei glitzerte er mich mit seinen eiskalten Augen an, ‚wir wollen den Krieg.‘»

Ciano trifft diese Mitteilung wie ein Keulenschlag. In seinem Bericht nach Rom schreibt er verzweifelt: «Ich habe dargelegt, wie alle gegenwärtigen Bedingungen der europäischen Politik die bewaffnete Intervention Frankreichs und Englands als unvermeidlich erscheinen lassen. Vergeblich.»

Seinem Tagebuch vertraut er an: «Sie waren davon überzeugt, dass Frankreich und Grossbritannien unbewegt der Abschachtung Polens zusehen würden. Darüber wollte Ribbentrop mit mir sogar während einer der düsteren Mahlzeiten, die wir im Österreichischen Hof in Salzburg einnahmen, eine Wette abschliessen. Wenn die Engländer und Franzosen neutral blieben, sollte ich ihm ein italienisches Gemälde geben müssen, für den Fall ihres Kriegseintrittes versprach er mir eine Sammlung altertümlicher Waffen.»

Es ist ein schamloses Spiel.

«In Graf Cianos Tagebuch», sagt Sir David in Nürnberg, «findet sich dann noch eine weitere Eintragung:

‚Ribbentrop weicht jedesmal aus, wenn ich ihn über die Einzelheiten der bevorstehenden deutschen Aktion befrage. Er hat ein schlechtes Gewissen. Er hat mich zu oft wegen der deutschen Absichten gegen Polen angelogen, so dass er jetzt mehr als verlegen sein muss. Der Wille zum Kampf ist unabänderlich. Jegliche Lösung, die Deutschland zufriedenstellen oder den Kampf vermeiden könnte, weist er zurück. Ich weiss mit Sicherheit, dass die Deutschen selbst dann, wenn alle ihre Forderungen erfüllt würden, gleichwohl angreifen würden, weil sie vom Teufel der Zerstörung besessen sind. Unsere Unterhaltung nimmt mitunter eine dramatische Wendung. Ich zögere nicht, meine Meinung in brutalster Weise auszusprechen. Aber das erschüttert ihn nicht im mindesten. Die Atmosphäre ist eiskalt. Während des Abendessens sprechen wir kein Wort. Wir misstrauen einander. Ich habe zumindest ein reines Gewissen, er nicht.‘ «

Was weiss Ribbentrop im Zeugenstand darüber zu sagen?

Sir David: «Sie entsinnen sich doch wohl, laut dem Tagebuch des Grafen Ciano hat dieser Sie gefragt: ‚Was wollen Sie, den Korridor oder Danzig?‘ Sie blickten ihn daraufhin an und antworteten: ‚Nicht mehr: wir wollen den Krieg.‘ Entsinnen Sie sich?»

Ribbentrop: «Ja, das ist absolut unwahr. Ich habe Graf Ciano damals gesagt, das liegt in derselben Linie: ‚Der Führer ist entschlossen, dieses Problem so oder so zu lösen.‘ Das war die Sprachregelung, die ich vom Führer bekommen habe. Dass ich gesagt haben sollte, wir wollen den Krieg, ist auch deshalb absurd, weil das für jeden Diplomaten klar ist, dass man so etwas überhaupt nicht sagt,

nicht einmal dem allerbesten und vertrautesten Bundesgenossen, aber bestimmt nicht Graf Ciano.»

Was Ribbentrop im Gerichtssaal nicht ausspricht, schreibt er im Gefängnis in sein Erinnerungsbuch: «Ich weiss bestimmt, dass es mindestens zwei Tagebücher Cianos gibt. Ein Tagebuch Cianos ist bestimmt gefälscht. Ciano war nicht nur eifersüchtig und eitel, sondern auch hinterlistig und unzuverlässig. Mit der Wahrheit nahm er es nicht genau.»

Nun, Ribbentrop, dem in Nürnberg eine Unwahrheit nach der anderen nachgewiesen wurde, schrieb diese verzweifelten Sätze der Rehabilitierung 1946, wenige Wochen vor seiner Hinrichtung. In den zwölf seither vergangenen Jahren ist die Echtheit von Cianos Tagebüchern jedoch historisch erhärtet. «Wir wollen den Krieg» – dieses Wort Ribbentrops steht unverrückbar in der tragischen Geschichte Europas.

Am gleichen Tag, an dem es gesprochen wurde, am 11. August 1939, wird es in einer Unterredung zwischen Hitler und dem Völkerbundkommissar für Danzig, Professor Carl J. Burckhardt, bestätigt. Burckhardt ahnt Hitlers Absichten und fühlt im Laufe der Besprechung diplomatisch vor:

«Ich möchte Ihnen eine Frage stellen: Soll ich meine Kinder in Danzig lassen?»

«Es kann jeden Tag in Danzig etwas geschehen», gibt Hitler gelassen zur Antwort. «Ich glaube, dass Ihre Kinder besser in der Schweiz wären.»

Ciano erfährt die Tatsachen am nächsten Tag in Berchtesgaden von Hitler selbst. Nach seiner Besprechung mit Ribbentrop muss der italienische Aussenminister nun von Deutschlands letzter Instanz anhören, was er in seinem Tagebuch festhält: «Ich bin mir bald klar, dass nichts mehr zu machen ist. Hitler hat beschlossen, zuzuschlagen, und er wird zuschlagen. Unsere Einwände vermögen ihn nicht im Geringsten davon abzuhalten. Er hört nur mit wenig Anteilnahme und ungerührt an, was ich ihm über das Unheil sage, das ein Krieg über das italienische Volk bringen wird.» In Rom bricht kalter Schrecken aus. Es steht jetzt fest, dass Hitler Krieg will. Die erste Reaktion Mussolinis auf diese Erkenntnis ist der Plan, die Beziehungen zu Deutschland abubrechen, um Italien aus dem bevorstehenden Konflikt herauszuhalten. Auf der anderen Seite fürchtet er Hitlers Zorn, der sich in einer militärischen Operation gegen Italien entladen könnte.

«Er will die Trennung von Deutschland vorbereiten», schreibt Ciano über Mussolinis Haltung, «aber behutsam vorgehen und die Beziehungen mit Berlin nicht schroff abbrechen.»

Mussolini selbst weiss, dass jetzt die unabwendbare Stunde ge-

schlagen hat. Resigniert sagt er zu seinen Mitarbeitern: «Es ist nutzlos, zweitausend Meter hoch in den Wolken zu fliegen. Vielleicht ist man dann dem Ewigen Vater näher – wenn es ihn gibt –, aber man ist weiter von den Menschen entfernt. Diesmal ist es der Krieg.»

Um sich herauszuhalten, verschanzt sich Italien zunächst hinter seiner schlechten Rohstofflage. Hitler scheint zu spüren, was in Rom vorgeht. In einem Schreiben fragt er daher bei Mussolini an, mit welchen Rohstoffen Deutschland Italien helfen könnte. Jetzt glaubt Mussolini, die gewünschte Handhabe zu besitzen. Mit seinen Sachverständigen stellt er eine Wunschliste auf, die von Deutschland unmöglich erfüllt werden kann. Sie umfasst siebzig Millionen Tonnen der seltensten und wertvollsten Rohstoffe, für deren Transport nach Italien siebzehntausend Güterzüge notwendig wären.

Noch in der Nacht sitzt Mussolini mit seinem Aussenminister und Schwiegersohn Ciano zusammen, um den wahnwitzigen Katalog zu vervollständigen. Ciano schreibt in sein Tagebuch: «Wir stellten die Liste auf; sie würde einen Stier töten, wenn er sie lesen könnte.»

Das schwindelerregende Dokument verschlägt in Berlin wirklich allen Wirtschaftsexperten den Atem.

«Und bis wann braucht Italien diese Rohstoffe?» wird Botschafter Attolico vorsichtig gefragt. Der Italiener verlangt das Unmögliche lächelnd mit einem einzigen Wort: «*Subito*» – Sofort. Damit ist entschieden, dass man mit Italien wenigstens bei Ausbruch des Krieges nicht rechnen kann. Aber plötzlich ist das für Hitler auch nicht mehr so wichtig. Inzwischen ist nämlich ein Ereignis eingetreten, das in der ganzen Welt wie eine Bombe einschlägt: Ribbentrop ist nach Moskau geflogen und hat ein Bündnis zwischen Hitler und Stalin unterzeichnet. Mussolini ist damit im Kräftefeld unversehens an die dritte Stelle gerutscht.

In Nürnberg gehen die sowjetischen Ankläger in Verteidigungsstellung. Der Pakt zwischen Hitler und Stalin und der dann von beiden *gemeinsam* verübte Raubüberfall auf Polen muss die Sowjetrichter des Internationalen Tribunals in eine unmögliche Situation, Ankläger und Richter der anderen drei Siegermächte in eine äusserst peinliche Lage bringen. In den Korridoren und hundert Büroziimmern des Nürnberger Justizpalastes sind die Tatbestände dieses Prozessabschnittes das Tagesgespräch, und um so heftiger wird diskutiert, je ängstlicher das Gericht dem heissen Eisen ausweicht.

Wie sieht die geschichtliche Wahrheit aus? Seit dem 12. August des schicksalsschweren Jahres 1939 verhandeln in Moskau britische und französische Militärs mit dem Sowjetmarschall Kliment Woroschilow. Sie wollen ein Bündnis zwischen dem Westen und der Sowjetunion zustande bringen. Dieser Pakt soll Polen schützen und

Hitler von weiteren Aktionen abschrecken. Die Verhandlungen ziehen sich hin. Woroschilow steht auf dem militärisch ganz logischen Standpunkt, dass die Rote Armee im Ernstfall Hitler nur dann entgegentreten könnte, wenn ihr gestattet würde, durch Polen zu marschieren. Das aber wird von der Regierung in Warschau nach wie vor abgelehnt.

Während sich die Gespräche an diesem Punkt festlaufen, hat man in Berlin die Gefahr erkannt: ein Bündnis zwischen Grossbritannien, Frankreich und der Sowjetunion würde alle Pläne Hitlers zunichte machen. Es gibt für Deutschland nur einen Ausweg, nämlich selber ein Bündnis mit der Sowjetunion zu suchen. Über Wirtschaftsverhandlungen, die seit langem zwischen Berlin und Moskau laufen, wird der Faden aufgegriffen.

Am 16. August 1939 schlägt Ribbentrop einen Besuch in Moskau vor. Der beim Kreml akkreditierte deutsche Botschafter, Werner Graf von Schulenburg, spricht darüber mit dem sowjetischen Aussenkommissar Wjatscheslaw Molotow. Molotow kann sich aber für diese Idee nicht erwärmen. Ein Bündnis zwischen den ideologischen Todfeinden Bolschewismus und Nationalsozialismus ist für ihn undenkbar.

In diesem Augenblick greift Stalin selbst ein. Er ist ein viel besserer Schachspieler, sieht viel mehr Züge voraus als sein festgefahrener Aussenminister. Er weist Molotow an, den deutschen Botschafter erneut zu sich zu bitten und ihm zu sagen, dass die Sowjetregierung bereit ist, Ribbentrop zu empfangen und einen Pakt mit ihm abzuschliessen. In einer Geheimsitzung des Politbüros hält Stalin am 19. August 1939 eine Rede, die so wichtig für den Gang der Dinge ist, dass hier einige Stellen daraus angeführt werden müssen:

«Wir sind absolut überzeugt», erklärt der Diktator den Sitzungsteilnehmern, «dass Deutschland, wenn wir einen Bündnisvertrag mit Frankreich und Grossbritannien abschliessen, sich gezwungen sehen wird, vor Polen zurückzuweichen. Auf diese Weise könnte der Krieg vermieden werden, und die anschliessende Entwicklung wird bei diesem Zustand der Dinge einen für uns gefährlichen Charakter annehmen. Auf der anderen Seite wird Deutschland, wenn wir sein Angebot zu einem Nichtangriffspakt annehmen, sicher Polen angreifen, und die Intervention Frankreichs und Englands in diesem Krieg wird unvermeidlich werden.

Unter solchen Umständen werden wir viel Chancen haben, ausserhalb des Konfliktes zu bleiben, und wir können mit Vorteil abwarten, bis die Reihe an uns ist. Das ist genau das, was unser Interesse fordert. Daher ist unsere Entscheidung klar: Wir müssen das deutsche Angebot annehmen und die französisch-englische Mission mit einer höflichen Ablehnung in ihre Länder zurückschicken. Ich

wiederhole, dass es in unserem Interesse ist, wenn der Krieg zwischen dem Reich und dem anglo-französischen Block ausbricht. Es ist wesentlich für uns, dass der Krieg so lange wie möglich dauert, damit die beiden Gruppen sich erschöpfen. In der Zwischenzeit müssen wir die politische Arbeit in den kriegführenden Ländern intensivieren, damit wir gut vorbereitet sind, wenn der Krieg sein Ende nehmen wird.»

Stalins Konzept ist teuflisch, aber nichtsdestoweniger allen Gedankengängen in Berlin, London und Paris überlegen.

Stalin will Hitlers Krieg.

Zwei Tage nach der entscheidenden Sitzung des Politbüros wird die britisch-französische Militärmission nach Hause geschickt. Und abermals zwei Tage später, am 23. August 1939, schliesst Ribbentrop in Moskau den Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion ab. Die Welt erstarrt bei der Sensationsnachricht, ohne die Hintergründe auch nur zu ahnen.

Genau zwei Jahre später jedoch, am 23. August 1941, bald nach Beginn des mörderischen Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion, erklärt Stalin öffentlich: «Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, dass sich die Sowjetregierung auf den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt. Ich denke, kein friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop.»

Mit diesen bemerkenswerten Worten will Stalin vor der Welt den Kopf aus der Schlinge ziehen. Nicht so einfach können es sich die sowjetischen Ankläger und Richter in Nürnberg machen. Die deutsche Verteidigung hat in den Jahren 1945 und 1946 noch keine Kenntnis von der Politbüro-Rede Stalins, die erst später auch der deutschen Geschichtskunde zugänglich wurde. Die Verteidigung muss sich allein auf ein anderes Dokument beschränken, das freilich noch schwerwiegender ist.

Es handelt sich um das geheime Zusatzprotokoll zu dem in Moskau abgeschlossenen Nichtangriffspakt. In diesem Geheimprotokoll wird die Beute aus dem bevorstehenden Krieg gegen Polen zwischen Deutschland und der Sowjetunion geteilt. «Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa», heisst es in der Sprache des Dokumentes. Und weiter:

«Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die

Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesen Gebieten erklärt.»

Das Dokument, unterschrieben von Molotow und Ribbentrop, endet mit den Worten:

«Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.»

Tatsächlich bleibt es bis zum März 1946 geheim. Um diese Zeit erfahren die deutschen Verteidiger in Nürnberg zum erstenmal von seiner Existenz. Das Gerücht verbreitet sich im Justizpalast, in den Zimmern der Anwälte wirkt es sensationell. Für die Juristen nämlich bedeutet es: Eine der Richternationen wird einer Tat beschuldigt, die den Angeklagten vorgeworfen wird: Vorbereitung des Angriffskrieges! Und wenn es gelingt, die Beteiligung der Sowjetunion am Angriffskrieg Hitlers zu beweisen, dann muss der ganze Prozess mit einem Krach in sich zusammenbrechen . . .

Die Irrwege des geheimen Zusatzprotokolls sind damals nicht genau bekanntgeworden. Der Verteidiger des Angeklagten Rudolf Hess, Dr. Alfred Seidl, der das Dokument 1946 in seine Hände bekam, hat geschwiegen. Erst zwölf Jahre später hat er das Geheimnis gelüftet: Im März 1946, so berichtet Dr. Seidl, kommt er während einer Verhandlungspause in Nürnberg mit einem amerikanischen Journalisten ins Gespräch. Dieser verfügt über glänzende Beziehungen zum Aussenministerium in Washington, und auf mysteriöse Weise spielt er kurz darauf Dr. Seidl eine Fotokopie des Geheimprotokolls in die Hände.

Seidl ist fassungslos. Er ahnt sofort, dass ihm hier der Zufall eine juristische Atombombe in den Schoss geworfen hat. Heute vertritt er die Meinung, dass die Fotokopie bewusst von einigen weitsichtigen Leuten des amerikanischen Aussenministeriums an ihn lanciert wurde. Auf jeden Fall eilt der Anwalt zu dem Angeklagten Ribbentrop, der das Dokument als echt bezeichnet. Ebenso bestätigt der in Nürnberg als Zeuge anwesende Boschafter Dr. Friedrich Gaus die Echtheit. Nun gibt sich Seidl zu dem britischen Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe. Dieser erkennt die Tragweite der plötzlich aufgetauchten Geisterpapiere und gibt dem deutschen Anwalt den köstlichen Rat, doch damit zu der sowjetischen Anklagebehörde zu gehen.

Auch das tut Dr. Seidl. Er meldet sich beim sowjetischen Haupt-

ankläger Roman Rudenko, bekommt aber nur den Hilfsankläger N. D. Zorya zu sprechen – denselben übrigens, der sich wenig später noch während des Prozesses in Nürnberg «beim Waffenreinigen» erschießt. Zorya erklärt Seidl: «Die sowjetische Delegation hält einen Gegenstand für eine solche Besprechung für nicht existent.»

Wahrscheinlich erklärt er das sogar guten Glaubens, und erst nachdem die Bombe im Gerichtssaal geplatzt ist, erfährt General Rudenko bei einer Rückfrage in Moskau, dass es wirklich ein geheimes Zusatzprotokoll gegeben hat.

Am 25. März 1946 lässt Dr. Seidl im Gerichtssaal die Mine ohne jede Vorwarnung hochgehen.

Dr. Seidl: «Eine Woche vor Ausbruch des Krieges und drei Tage vor dem geplanten Aufmarsch gegen Polen wurde zwischen diesen beiden Staaten noch ein geheimes Abkommen getroffen.»

Vorsitzender, Lordrichter Lawrence: «Dr. Seidl, Sie haben hoffentlich nicht die Vorschrift des Gerichtshofs vergessen, dass jetzt nicht die geeignete Gelegenheit ist, eine Rede zu halten?»

Dr. Seidl: «Ich beabsichtige nicht, eine Rede zu halten, sondern ich beabsichtige, einleitende Worte zu sagen zu einem Dokument, das ich dem Gerichtshof überreichen werde.»

Vorsitzender: «Dr. Seidl, wir haben das Dokument noch gar nicht gesehen. Haben Sie ein Exemplar für die Anklagebehörde? Haben die Anklagevertreter etwas dagegen, dass aus diesem Dokument verlesen wird?»

Roman Rudenko, Hauptankläger der Sowjetunion: «Herr Vorsitzender! Ich weiss nichts von dem Bestehen eines solchen Dokuments, und ich beanstande entschieden seine Verlesung. Ich weiss nicht, von welchen Geheimnissen, von welchen geheimen Abkommen der Verteidiger von Hess spricht. Ich würde sie zum mindesten als unbegründet kennzeichnen. Daher bitte ich, das Verlesen dieses Dokuments nicht zuzulassen.»

Dr. Seidl: «Unter diesen Umständen sehe ich mich gezwungen, den Aussenkommissar der Sowjetunion, Molotow, als Zeugen zu laden.»

Vorsitzender: «Dr. Seidl! Das erste, was Sie zu tun haben, wäre, dass Sie dieses Dokument übersetzen lassen. Wir wissen nicht, was das Dokument enthält.»

Dr. Seidl: «In dem Dokument steht. . .»

Vorsitzender: «Nein, der Gerichtshof ist nicht bereit, von Ihnen zu hören, was in dem Dokument steht. Wir wollen das Dokument selber sehen, und zwar sowohl in Englisch als auch in Russisch. Wenn das erfolgt ist, werden wir diese Angelegenheit erneut behandeln.»

Damit ist die Sache zunächst abgeboten. Aber Dr. Seidl lässt nicht locker. Am 1. April 1946 nimmt er Ribbentrop als Zeugen ins Verhör.

Dr. Seidl: «Herr Zeuge! Die Präambel zu dem am 23. August 1939 zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossenen Geheimvertrag hat ungefähr folgenden Wortlaut: ‚Im Hinblick auf die gegenwärtige Spannung zwischen Deutschland und Polen wird für den Fall eines Konflikts folgendes vereinbart‘».

Ribbentrop: «An den genauen Wortlaut entsinne ich mich nicht, aber ungefähr stimmt es so.»

Vorsitzender: «Dr. Seidl, welches Dokument werden Sie jetzt verlesen?»

Rudenko: «Ich möchte den Gerichtshof darauf hinweisen, dass wir hier nicht die Fragen erörtern, die sich mit der Politik der verbündeten Staaten befassen, sondern wir behandeln hier die konkreten Anschuldigungen gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher, und die Fragen der Verteidiger sind lediglich ein Versuch, die Aufmerksamkeit des Gerichtshofs abzulenken. Deshalb halte ich es für richtig, solche Fragen als nicht sachdienlich zurückzuweisen.»

Vorsitzender: «Dr. Seidl, Sie können die Fragen stellen.»

Nach dieser Entscheidung des Vorsitzenden kann Dr. Seidl das Problem endlich aufrollen. Ribbentrop greift den Faden erleichtert auf und sagt: «Es wurden ja auch dann die östlichen Gebiete Polens von den sowjetischen Truppen, die westlichen Gebiete von den deutschen Truppen besetzt. Es ist kein Zweifel, dass Stalin Deutschland niemals den Vorwurf eines Angriffskrieges über sein Vorgehen in Polen machen kann da, wenn von einem Angriff hier gesprochen wird, dies auf beiden Seiten liegen würde.»

Doch mit dieser Aussage ist die Sensation schon vorbei. Ein Prozess, vom Willen der Weltmächte geführt, kann nicht von einem Stück Papier über den Haufen geworfen werden, auch wenn der Inhalt noch so schwerwiegend ist. Zweimal noch versucht Dr. Seidl, das Geheimprotokoll in die Waagschale zu werfen, doch die endgültige Ablehnung durch das Gericht ist unvermeidlich, und dafür wird auch eine gute Begründung gefunden: Seidl weigert sich nämlich, bekanntzugeben, woher er das Dokument bekommen hat. So wird es dem Tribunal leicht, das ganze Zusatzprotokoll als «ein Beweisstück zweifelhafter Herkunft» anzusehen und auszuschließen.

Die Argumentation Dr. Seidls, die Sowjets könnten als Mittäter nicht zugleich Richter sein, fällt damit ebenfalls unter den Tisch. Der Prozess geht weiter – aber das geheime Zusatzprotokoll ist nicht aus der Welt geschafft worden: Es steht heute im Wortlaut in jedem guten Geschichtswerk, es ist eine historische Tatsache.

Niemand hat das besser gewusst als Hitler. Denn kaum sind die Unterschriften auf dieses Dokument gesetzt, löst er den Krieg aus – und nimmt ein paar Stunden später den Angriffsbefehl wieder zurück.

Was ist geschehen? Aus unerklärlichen Gründen bekommt Europa noch ein paar Tage Gnadenfrist geschenkt. In Nürnberg erscheint Görings Hauptentlastungszeuge Birger Dahlerus.

2 DIE LETZTEN HOFFNUNGEN

«Unter den Akten des Oberkommandos der Wehrmacht in Flensburg wurden zwei Reden gefunden, die Hitler auf dem Obersalzberg am 22. August 1939 vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht gehalten hat.»

Mit diesen Worten kommt der amerikanische Ankläger Sidney S. Alderman im Nürnberger Gerichtssaal auf die letzten Tage vor Ausbruch des Krieges zu sprechen. In Nürnberg werden die wesentlichen Stellen von Hitlers Ausführungen verlesen:

«Ich habe Sie zusammengerufen, damit Sie Einblick tun in die einzelnen Elemente, auf die sich mein Entschluss zu handeln aufbaut. Es war mir klar, dass es früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Polen kommen musste. Ich fasste den Entschluss bereits im Frühjahr.»

Hitler bezieht sich damit auf seine Besprechung mit den Oberbefehlshabern vom 23. Mai 1939 in Berlin. Damals sagte er: «Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluss, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen.»

Nun ist es soweit.

Auf dem Obersalzberg sagt Hitler den Anwesenden ganz klar, warum er sich gerade jetzt zum Angriff auf Polen entschlossen hat. Alderman liest vor: «Als Gründe führe ich an: Meine eigene Persönlichkeit und die Mussolinis. Wesentlich hängt es von mir ab, von meinem Dasein, wegen meiner politischen Fähigkeiten. In der Zukunft wird es wohl niemals wieder einen Mann geben, der mehr Autorität hat als ich. Mein Dasein ist also ein grosser Wertfaktor. Ich kann aber jederzeit von einem Verbrecher, von einem Idioten beseitigt werden. Der zweite persönliche Faktor ist der Duce. Auch sein Dasein ist entscheidend. Der Duce ist der nervenstärkste Mann in Italien.

Auf der Gegenseite ein negatives Bild, soweit es die massgebenden Persönlichkeiten betrifft. In England und Frankreich gibt es keine Persönlichkeit von Format. Unsere Gegner haben Führer, die unter dem Durchschnitt stehen. Keine Herren, keine Tatmenschen.

Neben den persönlichen Faktoren ist die politische Lage für uns günstig. Alle diese glücklichen Umstände bestehen in zwei bis drei Jahren nicht mehr. Niemand weiss, wie lange ich noch lebe. Deshalb Auseinandersetzung besser jetzt. Das Verhältnis zu Polen ist untragbar geworden. Jetzt ist der Zeitpunkt günstiger als in zwei bis drei

Jahren. Attentat auf mich oder Mussolini könnte Lage zu unserem Nachteil ändern. Jetzt ist die Wahrscheinlichkeit noch gross, dass der Westen nicht eingreift. Wir müssen mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Wagnis auf uns nehmen. Eiserne Nerven, eiserne Entschlossenheit. Ich habe nur Angst, dass mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.»

Das ist die Sprache des Mannes, der öffentlich nie müde geworden ist, der Welt seinen Friedenswillen zu versichern. Noch am gleichen Tag entwickelt Hitler seine Pläne in einer zweiten Rede vor demselben Kreis weiter. Wieder werden die entscheidenden Stellen in Nürnberg verlesen:

«Eine lange Friedenszeit würde uns nicht guttun. Es ist also notwendig, mit allem zu rechnen. Vernichtung Polens im Vordergrund. Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg. Herz verschliessen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. Der Stärkere hat das Recht. Grösste Härte. Erste Forderung: Vordringen bis zur Weichsel und bis zum Narew. Unsere technische Überlegenheit wird die Nerven der Polen zerbrechen. Jede sich neubildende lebendige polnische Kraft ist sofort wieder zu vernichten. Fortgesetzte Zermürbung. Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel. Schnelligkeit ist die Hauptsache. Verfolgung bis zur völligen Vernichtung. Auslösung wird noch befohlen, wahrscheinlich Samstagmorgen.»

Samstagmorgen – das ist der 26. August 1939.

«Göring antwortet an den Führer mit Dank und der Versicherung, dass die Wehrmacht ihre Pflicht tun würde.» Damit schliessen die Dokumente, deren Sinn und Inhalt in Nürnberg von keinem der Angeklagten bestritten wird.

Der Krieg ist beschlossene Sache.

Am 25. August 1939, wie er es vorausgesagt hat, erteilt Adolf Hitler der deutschen Wehrmacht den Befehl, am nächsten Morgen um 4 Uhr 45 den Angriff gegen Polen zu eröffnen.

Doch am Abend nimmt er überraschend diesen Befehl wieder zurück. Die Lage hat sich plötzlich geändert: Aus London ist die Nachricht eingetroffen, dass Grossbritannien mit Polen einen Beistandspakt abgeschlossen hat, der ganz klar gegen einen deutschen Angriff gerichtet ist. Vor dieser Tatsache schrickt Hitler einen Augenblick lang zurück. Er hat zwar inzwischen selber einen Pakt mit der Sowjetunion in der Tasche, aber die Entschlossenheit der britischen Regierung, Polen im Fall eines Angriffs zu helfen, lässt ihn zaudern. So greift er einen Gedanken wieder auf, den er ebenfalls schon am

23. Mai 1939 seinen Oberbefehlshabern auseinandergesetzt hat: «Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend.»

Gibt es jetzt noch eine Möglichkeit, Polen und Grossbritannien wieder zu trennen? Mit anderen Worten: Könnte es jetzt noch gelingen, die britische Regierung dazu zu bewegen, trotz ihres Beistandspaktes der Vernichtung Polens tatenlos zuzusehen?

In dieser verfahrenen Situation tritt ein Mann auf die Bühne der Weltpolitik, von dem man vorher nie etwas gehört hat. Es ist der schwedische Ingenieur und Industrielle Birger Dahlerus. Ein Privatmann. Vor Jahren einmal ist er mit Hermann Göring bekannt geworden. Jetzt, in der grossen Krise Europas, glaubt er, mit seinen geringen Kräften einem Weltkrieg entgegenzutreten zu können. Unversehens gerät er dabei in den Hexenkessel der Spannungen, von deren wahren Hintergründen er keine Ahnung hat. Doch sechs Jahre später wird er von dem Angeklagten Göring nach Nürnberg gerufen, um als Entlastungszeuge auszusagen. Zunächst wird er von Görings Verteidiger, Dr. Otto Stahmer, vernommen. Vor dem Gericht entrollt sich eine abenteuerliche Geschichte.

Dr. Stahmer: «Herr Dahlerus! Wollen Sie dem Gerichtshof erzählen, wie Sie dazu gekommen sind, sich als Privatmann und Schwede um eine Verständigung zwischen England und Deutschland zu bemühen?»

Dahlerus: «Ich kannte England sehr gut, da ich dort zwölf Jahre lang gelebt hatte, und ich kannte Deutschland ebenfalls sehr gut. Während eines Besuches in England Ende Juni 1939 fand ich überall absolute Entschlossenheit, dass die britische Bevölkerung keine weiteren Angriffsakte Deutschlands dulden würde. Am 2. Juli kam ich mit einigen Freunden im Constitutional Club zusammen. Wir besprachen die gegenwärtige Lage, und sie schilderten die allgemeine öffentliche Meinung Grossbritanniens in ziemlich klarer Weise:

England will den Frieden, aber nicht den Frieden um jeden Preis. Das deutsche Volk ist den Briten durchaus annehmbar, und es scheint keinen vernünftigen Grund für eine bewaffnete Auseinandersetzung zu geben. Wie das letztmal wird Deutschland mit Bestimmtheit wieder besiegt werden und wird auf dem Weg des Krieges weitaus weniger erreichen als durch friedliche Verhandlungsmethoden. England und seine Freunde werden ebenfalls schwer zu leiden haben, möglicherweise führt das das Ende der Zivilisation herbei.

Nachdem ich beobachtet hatte, dass man im Dritten Reich nicht geneigt war, unangenehme Berichte weiterzugeben, hielt ich es sowohl für meine Pflicht als auch für sehr wertvoll, wenn diese deutli-

chen britischen Meinungsäusserungen den höchsten deutschen Stellen mitgeteilt würden.»

Dr. Stahmer: «Herr Dahlerus, handelte es sich bei Ihren Freunden um Mitglieder des britischen Parlaments?»

Dahlerus: «Nein, es waren Leute aus der Geschäftswelt. Nachdem ich mich mit meinen Freunden über die Ratsamkeit einer Reise nach Deutschland geeinigt hatte, reiste ich ab und bekam eine Audienz bei Göring für den 6. Juli, vier Uhr nachmittags in Karinhall. Ich gab Göring bekannt, was ich in England beobachtet hatte, und betonte sehr stark, dass alles unternommen werden müsste, um die Möglichkeit eines Krieges zu vermeiden. Ich schlug ihm vor, man solle eine Zusammenkunft arrangieren, bei der er und einige andere deutsche Regierungsmitglieder die Gelegenheit hätten, mit Engländern zusammenkommen, die mit den Zuständen absolut vertraut seien.

Am 8. Juli erhielt ich von Göring die Antwort, dass Hitler mit diesem Plan einverstanden sei. Die Zusammenkunft fand statt im Sönke-Nissen-Koog in Schleswig-Holstein, in der Nähe der dänischen Grenze. Das Haus gehört meiner Frau. Sieben Engländer, Göring, General Bodenschatz und Dr. Schöttl waren anwesend. Es war am 7. August, und die Besprechung begann damit, dass Göring die Engländer ersuchte, ihm irgendwelche Fragen vorzulegen.

Die Engländer liessen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass, falls Deutschland versuchen würde, fremdes Gebiet zu besetzen, das britische Empire Polen beistehen würde. Göring erklärte auf sein Ehrenwort als Staatsmann und als Soldat, dass, obwohl er die stärkste Luftflotte der Welt befehlige und versucht sein könnte, diese Luftflotte in den Kampf zu führen, er alles tun würde, was in seiner Macht stünde, um einen Krieg zu verhindern.»

Dr. Stahmer: «Waren an dieser Besprechung englische Parlamentsmitglieder beteiligt?»

Dahlerus: «Nein, nur englische Geschäftsleute. Die englischen Beteiligten reisten früh am 9. August von Deutschland ab und unterbreiteten sofort nach ihrer Rückkehr dem Foreign Office Bericht. Am 21. August erfuhr ich, dass zwischen Russland und Deutschland ein Handelsabkommen abgeschlossen worden sei. Am nächsten Tag wurde dies zu einem Abkommen über andere politische Fragen erweitert. Am 23. August wurde ich telefonisch von Göring gebeten, falls möglich, sofort nach Berlin zu kommen.»

Dr. Stahmer: «Wies er auf die Bedrohlichkeit der Lage bei diesem Gespräch hin?»

Dahlerus: «Ja, Göring erklärte, dass die Lage in der Zwischenzeit sehr ernst geworden sei.»

Natürlich! Man muss sich an dieser Stelle daran erinnern, dass Hit-

ier tags zuvor auf dem Obersalzberg den Kriegsbeginn schon auf den 26. August festgelegt hatte.

Dr. Stahmer: «Wann trafen Sie dann mit Göring zusammen?»

Dahlerus: «Ich kam am 24. August in Berlin an und kam nachmittags mit Göring zusammen. Er sagte mir, dass die Lage sehr ernst geworden sei, und zwar infolge der Tatsache, dass die Einigung zwischen Polen und Deutschland nicht zustande gekommen sei. Er fragte mich, ob ich nicht nach London reisen und dort die Lage erklären könnte.»

Dr. Stahmer: «Wann reisten Sie dann nach London ab?»

Dahlerus: «Am nächsten Morgen, am 25. August, einem Freitag. Am späten Nachmittag hatte ich dort eine wichtige Zusammenkunft mit Lord Halifax. Er teilte mir mit, dass am gleichen Tage Henderson, der britische Botschafter in Berlin, mit Hitler gesprochen habe. Lord Halifax gab dabei der Hoffnung Ausdruck, dass eine Einigung durchaus möglich sein dürfte, und dass er nicht glaube, dass meine Dienste weiter benötigt würden.»

Wiederist das Datum wichtig: Es ist der 25. August, an dem Hitler morgens den Angriffsbefehl erteilt und ihn am Abend nach Bekanntwerden des britisch-polnischen Beistandspaktes zurücknimmt.

Dr. Stahmer: «Haben Sie an demselben Abend dann noch ein Ferngespräch mit Göring geführt?»

Dahlerus: «Ja. Um acht Uhr abends versuchte ich, ihn telefonisch zu erreichen. Göring eröffnete mir, dass die Lage überaus ernst geworden sei, und bat mich, doch alles zu tun, um eine Konferenz zwischen den Vertretern Englands und Deutschlands herbeizuführen. Ich kam am Samstag, dem 26. August, erneut mit Lord Halifax zusammen. Ich bat ihn, er möge doch der deutschen Regierung gegenüber betonen, dass die britische Regierung eine Verständigung wünsche. Ich schlug Lord Halifax vor, er solle doch ein Schreiben an Göring richten. Ich würde sofort nach Berlin reisen und es ihm persönlich überreichen. Lord Halifax beriet mit Chamberlain und schrieb sodann einen ausgezeichneten Brief, in dem er in sehr deutlicher und klarer Sprache darauf hinwies, dass die Regierung Seiner Majestät den Wunsch hätte, eine friedliche Lösung herbeizuführen.»

Dr. Stahmer: «Sind Sie dann mit diesem Brief nach Berlin zurückgefliegen?»

Dahlerus: «Jawohl, ich kam abends in Berlin an. Ich kam mit Göring in seinem Eisenbahnzug zusammen. Ich erklärte ihm, wie es in London aussehe, und betonte, dass kein Zweifel darüber bestehe, dass, falls die deutsche Regierung gegen Danzig vorginge, sie sich sofort mit England im Kriegszustand befinde.

Nachdem ich ihm diese Erklärung gegeben hatte, überreichte ich ihm auch das Schreiben. Er riss es auf, und nachdem er es gelesen hatte, legte er es vor mich und bat mich, es genau zu übersetzen, da es von grösster Wichtigkeit sei, dass der Inhalt genau verstanden würde. Er liess sofort seinen Adjutanten kommen, liess den Zug an der nächsten Station anhalten und gab die Erklärung ab, er hätte den Eindruck, Hitler müsste sofort von dem Inhalt dieses Briefes unterrichtet werden.

Ich folgte ihm in einem Auto nach Berlin, und genau um zwölf Uhr nachts kamen wir bei der Reichskanzlei an. Göring ging sofort hinein, um Hitler zu sprechen, und ich ging in mein Hotel. Um 0 Uhr 15 erhielt ich den Besuch von zwei Offizieren, die mich ersuchten, sofort zu Hitler zu kommen. Sofort nach meinem Eintreffen wurde ich von ihm empfangen; er war allein mit Göring.»

Dr. Stahmer: «Schildern Sie diese Unterredung doch etwas ausführlicher.»

Dahlerus: «Hitler fing an, in seiner üblichen Art und Weise mir des längeren die deutsche Politik zu erklären. Das dauerte ungefähr zwanzig Minuten, und ich glaubte, dass sich mein Besuch als zwecklos erweisen würde. Als er über die Engländer und England schimpfte, unterbrach ich ihn und erklärte, dass ich als Arbeiter, als Ingenieur und als Leiter industrieller Unternehmungen in Grossbritannien gearbeitet hätte, dass ich die englische Bevölkerung gut kenne und dass ich mit seinen Erklärungen nicht übereinstimmen könne.

Die Folge davon war eine lange Diskussion. Er stellte viele Fragen über England und über das englische Volk. Daraufhin fing er an, mir zu erklären, wie gut die deutschen Streitkräfte ausgerüstet seien. Dann schien er sehr aufgeregt, lief im Zimmer auf und ab, und zum Schluss geriet er in einen sehr erregten Zustand und eröffnete mir, dass, wenn es zu einem Krieg käme, er U-Boote, U-Boote und noch mehr U-Boote bauen werde.

Er schien so zu sprechen, als ob er sich gar nicht bewusst sei, dass noch jemand im Zimmer war. Nach einer Weile schrie er, dass er Flugzeuge, Flugzeuge und noch mehr Flugzeuge bauen und dass er den Krieg gewinnen werde.

Nach einer Weile beruhigte er sich wieder. Zum Schluss bat er mich, sofort nach London abzureisen und seinen Standpunkt dort klarzulegen.»

Wirklich fliegt Dahlerus nach London zurück. In seinen Akten hat er einige absurde Angebote Hitlers, wie etwa: «England soll Deutschland bei der Einverleibung von Danzig und dem polnischen Korridor behilflich sein», «Deutschland versichert, das britische Weltreich mit der deutschen Wehrmacht zu verteidigen, wo immer

es angegriffen werden sollte», «Deutschland wünscht ein Abkommen oder Bündnis mit England».

Dahlerus fliegt noch mehrmals zwischen London und Berlin hin und her – freilich völlig zwecklos, denn er ahnt nicht, dass er nur ein Werkzeug für Hitlers Versuch ist, Grossbritannien von seinem Beistandsversprechen abzubringen und «Polen zu isolieren». Genau das aber ist der Punkt, an dem der britische Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe einhakt, als er Dahlerus später ins Kreuzverhör nimmt.

Sir David: «Ich möchte Sie bitten, dem Gerichtshof ein oder zwei Dinge zu berichten, die Göring Ihnen nicht erzählt hat. Er sagte Ihnen nicht – oder doch? –, dass zwei Tage vorher, am 22. August, Hitler ihm und anderen deutschen Führern auf dem Obersalzberg gesagt hatte, dass es zu einem Konflikt mit Polen kommen musste?»

Dahlerus: «Ich hatte niemals einen Hinweis oder eine Mitteilung über die politischen Absichten erhalten.»

Sir David: «Und ich glaube, er hat Ihnen auch nicht gesagt, dass Hitler erklärte: «Unsere Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Er hat niemals etwas zu Ihnen über die Isolierung Polens gesagt?»

Dahlerus: «Er hat niemals etwas in dieser Richtung gesagt.»

Sir David: «Hat er Ihnen gesagt, dass die Entscheidung getroffen war, Polen am Morgen des 26. August anzugreifen?»

Dahlerus: «Nein, in gar keiner Hinsicht.»

Sir David: «Hat Göring Ihnen jemals gesagt, warum der Angriffsplan vom 26. auf den 31. August verschoben wurde?»

Dahlerus: «Nein, er hat niemals etwas über den Angriffsplan gesagt.»

Sir David: «Er hat Ihnen nicht gesagt – ich zitiere Görings eigene Worte: «Am Tage, an dem England offiziell Polen die Garantie gab, rief mich der Führer telefonisch an und sagte mir, dass er die geplante Invasion Polens abgestoppt habe. Er sagte mir: Ich muss erst mal sehen, ob wir den englischen Eingriff ausschalten können.» Göring hat Ihnen also niemals gesagt, dass zu der Zeit, als Sie nach London geschickt wurden, alles, was man von Ihnen wünschte, die Ausschaltung der englischen Intervention war?»

Dahlerus: «Durchaus nicht.»

Sir David: «Ich will nicht alles noch einmal wiederholen. Ich möchte aber mit Hilfe Ihres Buches («Der letzte Versuch») feststellen, in welcher Gemütsverfassung sich die deutschen Machthaber damals befanden. Schlagen Sie bitte mit Bezug auf Hitler die Stelle auf – darf ich es Ihnen vielleicht nochmals vorlesen:

«Falls ein Krieg kommen sollte», sagte er, «dann werde ich U-Boote bauen, U-Boote bauen, U-Boote, U-Boote, U-Boote». Und bei jedem Wort wurde seine Stimme lauter. Seine Stimme wurde immer un-

deutlicher, und zum Schluss konnte man ihm überhaupt nicht mehr folgen. Dann riss er sich zusammen, erhob seine Stimme, als wenn er vor einem grossen Publikum spräche, und schrie und schrie: ‚Ich werde Flugzeuge bauen, Flugzeuge bauen, Flugzeuge, Flugzeuge, und ich werde meine Feinde vernichten.‘

Er erschien mir in diesem Augenblick eher als ein Phantom als ein richtiger Mensch. Seine Stimme wurde immer unklarer, und sein Benehmen war das eines vollkommen anomalen Menschen. Ich wusste nun, dass ich es mit einem Mann zu tun hatte, den man nicht als normal betrachten konnte.»

Über eine zweite Begegnung mit Hitler sagt Dahlerus:

«Er empfing mich zwar höflich, aber bereits von Anfang an wirkte er in seinem Auftreten anomal. Er kam geradewegs auf mich zu, stand da, sprach und starrte vor sich hin. Er roch so schlecht aus dem Mund, dass es Selbstüberwindung kostete, nicht einen Schritt zurückzutreten. Er wurde immer erregter, begann die Arme zu bewegen und schrie: «Wenn England ein Jahr kämpfen will, so werde ich ein Jahr kämpfen. Wenn England zwei Jahre kämpfen will, so werde ich zwei Jahre kämpfen.»

Hier machte er eine Pause und schrie dann mit noch gellenderer Stimme und wilderen Gesten: «Wenn England drei Jahre kämpfen will, werde ich drei Jahre kämpfen.»

Nun folgten den Armbewegungen Körperbewegungen, und als er am Schluss laut schrie: «Und wenn es erforderlich ist, will ich zehn Jahre kämpfen», schwenkte er seine geballte Faust und beugte sich so weit vor, dass diese fast den Boden berührte.»

Sir David: «Dort steht, dass er seine Faust ballte und sich so weit rückte, dass sie beinahe den Fussboden berührte?»

Dahlerus: «Ja.»

Sir David: «Das also war der deutsche Reichskanzler. Jetzt bitte ich Sie, einen Moment über den deutschen Aussenminister zu sprechen. Im Allgemeinen, glaube ich, hatten Sie den Eindruck, dass von Ribbentrop alles tat, um Ihre Bemühungen zu stören und misslingen zu lassen?»

Dahlerus: «Das ist richtig.»

Sir David: «Aber nach Görings Aussage tat er noch mehr. Wenn Sie sich erinnern, waren Sie gerade dabei, sich von Göring zu verabschieden, als Sie zu Ihrem letzten Besuch nach London fuhren.

«Bevor wir uns trennten», schreiben Sie in Ihrem Buch, «sagte er, dass er mir bei dieser Gelegenheit danken möchte, falls wir uns nicht mehr wiedersehen würden. Ich war etwas überrascht über diese Verabschiedung und konnte nicht umhin, zu antworten, dass wir uns aller Wahrscheinlichkeit nach bald wiedersehen würden. Sein Gesichtsausdruck änderte sich, und er sagte feierlich: «Vielleicht,

aber gewisse Leute tun, was sie nur können, um zu verhindern, dass Sie aus dieser Sache lebendig wieder herauskommen.'

Und Sie schreiben weiter: «Bei einer Zusammenkunft im Oktober desselben Jahres sagte mir Göring, dass Ribbentrop versucht hätte, es so einzurichten, dass mein Flugzeug abstürzte. Daher Görings ernster Gesichtsausdruck, als er sich von mir verabschiedete.»

Das war also der Aussenminister!»

Alle diese Männer, so sieht es heute aus, scheinen in einer unerforschlichen Traumwelt gelebt zu haben.

Edouard Daladier, Frankreichs Ministerpräsident, wendet sich noch am 26. August in einem persönlichen Schreiben beschwörend an Hitler:

«In einer so schweren Stunde glaube ich aufrichtig, dass kein edelgesinnter Mensch es verstehen könnte, dass ein Krieg der Zerstörung unternommen würde, ohne dass ein letzter Versuch einer friedlichen Lösung zwischen Deutschland und Polen stattfindet. Ihr Friedenswille könnte sich in aller Bestimmtheit dafür einsetzen, ohne der deutschen Ehre irgendwie Abbruch zu tun. Sie waren wie ich selbst Frontkämpfer im letzten Kriege. Sie wissen wie ich, welche Abscheu und Verurteilung die Verwüstungen des Krieges im Gewissen der Völker hinterlassen haben, ganz gleich, wie der Krieg endet. Wenn das französische und das deutsche Blut von Neuem fließen wie vor fünfundzwanzig Jahren, in einem noch längeren und mörderischen Krieg, dann wird jedes der beiden Völker kämpfen im Vertrauen auf seinen eigenen Sieg. Siegen werden am sichersten die Zerstörung und die Barbarei.»

Der französische Botschafter in Berlin, Robert Coulondre, bringt den Brief noch in den Abendstunden zu Hitler. Nach der Unterredung kehrt er niedergeschlagen in die Botschaft zurück und schreibt nach Paris:

«Vierzig Minuten lang habe ich den ergreifenden Brief des Ministerpräsidenten kommentiert. Ich habe alles gesagt, was mein Herz als Mensch und als Franzose mir eingeben konnte, um den Reichskanzler zu bewegen, einem allerletzten Versuch einer friedlichen Regelung zuzustimmen. Ich habe ihn im Hinblick auf seine geschichtliche Verantwortung im Namen der Menschheit beschworen, diese letzte Chance nicht vorübergehen zu lassen. Ich bat ihn, der ohne Blutvergiessen ein Reich aufgebaut habe, um der Ruhe seines Gewissens willen kein Blut, weder das der Soldaten noch das von Frauen und Kindern, zu vergiessen, bevor er sich nicht vergewissert habe, dass es unvermeidlich sei. Ich sagte ihm, dass sein Ansehen ausserhalb Deutschlands gross genug sei, um durch eine Geste der Befriedigung nicht beeinträchtigt zu werden. Die Männer, die ihn fürchteten, würden sich vielleicht wundern, ihn aber bestimmt be-

wundern; die Mütter jedoch würden ihn segnen. Ich habe ihn vielleicht gerührt, aber ich habe ihn nicht beeinflussen können. Sein Entschluss war bereits gefasst.»

«Ich weiss genau, dass Hitler den Krieg mit Polen will», erinnert sich Coulondre in seinen Memoiren an diese dramatische Besprechung: «Seine Stimme klingt hart und trocken.»

«In dieser entscheidenden Stunde», sagt der Franzose damals zu Hitler, «stehen Sie, Herr Reichskanzler, vor dem Richterstuhl der Geschichte. Lassen Sie doch nicht das Blut der Soldaten, nicht das der Frauen und Kinder fliessen . . .»

Ein paar Sekunden vergehen in Schweigen. Dann hört Coulondre, wie Hitler murmelt. «Ach, die Frauen und Kinder, daran habe ich oft gedacht.»

«Er sieht Ribbentrop an, der an seiner Seite steht und seit Beginn der Unterredung ein steinernes Gesicht gewahrt hat», schreibt der Franzose weiter. «Dann richtet er sich auf, nimmt Ribbentrop beim Arm und führt ihn in eine Ecke des grossen Raumes. Ich durchlebe einige Minuten wahnsinniger Hoffnung. Ist das alles nur eine Komödie gewesen?»

«Es hat keinen Zweck», sagt Hitler schliesslich.

Die Unterredung ist beendet.

In der Tat ist die Situation nun völlig verfahren: Nur Grossbritannien hofft noch, vermitteln zu können. London versucht, ein direktes Gespräch zwischen Berlin und Warschau in Gang zu bringen, und Hitler macht bei diesem Spiel mit, weil es immer noch sein Ziel ist, «Polen zu isolieren». In Polen jedoch hat man das Beispiel des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hacha noch lebhaft in Erinnerung: Jeder Unterhändler, der aus Warschau nach Berlin käme, würde am Ende unter Druck gesetzt werden und alles preisgeben müssen. So ist man in Polen entschlossen, lieber zu kämpfen – «und wenn wir dabei untergehen müssen».

Ein heldenhafter Entschluss – und doch verhängnisvoll, weil man in Warschau das Geheimabkommen zwischen Berlin und Moskau nicht kennt, weil niemand etwas von Hitlers viel weiterreichenden Plänen ahnt, weil die polnische Armee glaubt, mit der deutschen Wehrmacht fertigwerden zu können, und weil der polnische Generalstab annimmt, Frankreich werde sofort marschieren und den deutschen Westwall durchbrechen «wie einen Wollfaden». Hitler wird es dadurch leicht gemacht, zu behaupten, er habe «vergeblich auf einen bevollmächtigten polnischen Unterhändler gewartet».

Ribbentrop geht noch einen Schritt weiter. Bei einer mitternächtlichen Zusammenkunft liest er dem britischen Botschafter die Friedensvorschläge vor, «die Deutschland gemacht hätte, wenn ein polnischer Unterhändler gekommen wäre».

Es ist der 30. August 1939.

Botschafter Nevile Henderson schreibt über das Mitternachtsgespräch: «Ich sagte Herrn von Ribbentrop, dass Seiner Majestät Regierung ihr Bestes tun werde, um die Verhandlungen vernünftig zu gestalten. Herr von Ribbentrops Antwort bestand darin, dass er ein längeres Dokument hervorzog, das er in deutscher Sprache laut und mit höchster Geschwindigkeit vorlas.»

Henderson kann den Inhalt nicht verstehen.

«Als ich Herrn von Ribbentrop um den Text dieser Vorschläge bat», schreibt er weiter, «behauptete er, dass es jetzt zu spät sei, da der Vertreter Polens bis Mitternacht nicht in Berlin eingetroffen sei.»

«Was mag da wieder beschlossen worden sein?» fragt sich der Dolmetscher Dr. Paul Schmidt, der dabei war. «So ging es mir durch den Sinn, als sich der deutsche Aussenminister mit bleichem Gesicht, zusammengekniffenen Lippen und flackernden Augen Henderson gegenüber an den kleinen Verhandlungstisch in Bismarcks ehemaligem Arbeitszimmer in der Wilhelmstrasse 76 niederliess. Mit eisigem Gesichtsausdruck und betont steifer Förmlichkeit hatte er Henderson begrüsst und zum Platznehmen aufgefordert. Als Henderson die Anregung seiner Regierung vorbrachte, das Reich möge bei den Verhandlungen mit Polen das normale Verfahren befolgen, verlor Ribbentrop zum erstenmal die Fassung: ‚Das kommt jetzt überhaupt nicht mehr in Frage‘, schrie er Henderson an. ‚Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Henderson, die Lage ist verdammt ernst!‘

Jetzt verlor auch der britische Botschafter die Nerven. Mit tadelnd erhobenem Zeigefinger schrie er Ribbentrop an: ‚Sie haben soeben verdammt gesagt! Das ist nicht die Sprache eines Staatsmannes in einer so ernsten Stunde!‘

Ribbentrop sprang auf.

‚Was haben Sie da eben gesagt?‘ brüllte er los. Henderson war auch aufgestanden. Beide Männer massen sich mit funkeln den Augen . . .»

Dann beruhigen sie sich wieder, bis Ribbentrop schliesslich die deutschen Vorschläge verlesen hat.

«Henderson fragte», berichtet Dr. Schmidt, «ob ihm der Text dieser Vorschläge zur Weiterleitung an seine Regierung überlassen werden könne. Das ist im diplomatischen Verkehr eigentlich etwas Selbstverständliches. Ich traute daher meinen Ohren kaum, als ich Ribbentrop sagen hörte: «Nein, diese Vorschläge kann ich Ihnen nicht übergeben.»

Henderson glaubte wohl auch, nicht richtig verstanden zu haben und wiederholte seine Frage. Wieder weigerte sich Ribbentrop. Er warf das Dokument auf den Tisch und erklärte: ‚Es ist ja sowieso überholt, da der polnische Unterhändler nicht erschienen ist.‘»

Im Nürnberger Gerichtssaal spiegeln sich die Vorgänge in der Aussage des schwedischen Zeugen Birger Dahlerus:

«Ich rief Forbes von der britischen Botschaft an. Er sagte mir, dass Ribbentrop sich geweigert hätte, die Note auszuhändigen, nachdem er sie in grösster Schnelligkeit heruntergelesen hatte. Ich ging sofort zu Göring und sagte ihm, dass das unmöglich sei, dass man den Botschafter eines Weltreiches nicht derartig behandeln könnte. Ich schlug ihm vor, mir zu erlauben, Forbes anzurufen und Forbes den Inhalt der Note über das Telefon mitteilen zu dürfen.»

Dr. Stahmer: «Betonte Göring, dass er damit eine grosse Verantwortung übernehme, wenn er Ihnen diese Erlaubnis gäbe?»

Dahlerus: «Jawohl. Ich traf Henderson am Donnerstagmorgen, am 31. August, sprach mit ihm über die Note, und er bat mich, sofort zu dem polnischen Botschafter Lipski zu fahren, um ihm eine Abschrift zu geben.»

Dr. Stahmer: «Ist das geschehen?»

Dahlerus: «Er schickte Forbes mit mir zu Lipski, und ich las Lipski die Note vor; doch er schien den Inhalt nicht zu verstehen. Ich verliess deshalb das Zimmer, diktierte die Note dem Sekretär und überreichte sie ihm. In der Zwischenzeit erklärte Lipski Forbes gegenüber, dass er nicht daran interessiert wäre, über diese Note mit der deutschen Regierung zu diskutieren. Wenn es zu einem Krieg zwischen Polen und Deutschland käme, so wüsste er, dass eine Revolution in Deutschland ausbrechen und dass die Polen nach Berlin marschieren würden.» – «Lipski war im Gesicht weiss wie Leinen und wirkte ausserordentlich nervös und niedergeschlagen», ergänzt Dahlerus in seinen Erinnerungen.

Sir David: «Herr Lipski litt während dieser sehr kritischen Tage an grosser Überanstrengung?»

Dahlerus: «Er war sehr nervös.»

Sir David: «Und hat Sir George Forbes Ihnen nicht gesagt, dass Herr Lipski seine Absicht ganz klar ausgedrückt hat, dass das deutsche Angebot eine Verletzung der polnischen Souveränität sei, und dass Polen, falls es allein gelassen würde, allein kämpfen und allein sterben würde? War das die Gemütsverfassung, in der sich Lipski damals befand?»

Dahlerus: «Ja.»

Dr. Stahmer: «Sie sind dann am 1. September nochmals mit Göring zusammengetroffen?»

Dahlerus: «Ja. Nach einigem Zögern sagte er mir, dass der Krieg ausgebrochen sei, weil die Polen die Radiostation von Gleiwitz angegriffen und eine Brücke bei Dirschau gesprengt hätten. Später gab er mir mehr Einzelheiten, aus denen ich schloss, dass die ganze deutsche Wehrmacht zum Angriff gegen Polen eingesetzt war.»

Radiostation Gleiwitz, Brücke bei Dirschau – das sind die Fälle, von denen Hitler zu seinen Befehlshabern gesagt hat: «Ich werde propaeandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig ob glaubhaft.» Die Beweise, die darüber in Nürnberg vorgebracht werden, könnten aus den Akten der Kriminalpolizei stammen. Doch bevor sie auf den Richtertisch gelegt werden, soll noch einmal Dahlerus zu Wort kommen.

Sir David: «Ich bitte Sie jetzt, nochmals Ihr Buch aufzuschlagen. Da ist eine Beschreibung der Zusammenkunft vom 1. September, dem Nachmittag des Tages, an dem Polen angegriffen worden war. Sie schreiben: ‚Für ihn, das heisst Göring, war alles genau nach einem Plan eingerichtet, den nichts mehr umwerfen konnte. Er liess die Staatssekretäre Körner und Gritzbach kommen, hielt ihnen einen langen Vortrag und überreichte jedem ein Ehrenschwert, das sie, wie er hoffte, im Krieg ruhmreich tragen würden. Man hatte den Eindruck, als ob alle diese Leute sich in einem Zustand von Trunkenheit befunden hätten.‘ Sind das Ihre Worte?»

Dahlerus: «Ja. Ihre geistige Verfassung hatte sich in ganz kurzer Zeit geändert.»

Sir David: «Mit anderen Worten: von den drei Hauptpersonen Deutschlands war der Kanzler ein anomaler Mensch, der Reichsmarschall war in einem verrückten Zustand von Trunkenheit, und der Aussenminister – nach Görings Worten – ein Mörder, der Ihr Flugzeug zum Absturz bringen wollte. Vielen Dank.»

3 VIER UHR FÜNFUNDVIERZIG

Am 1. September 1939, früh um 4 Uhr 50, gibt Major Sucharski, Kommandeur der polnischen Truppen auf der Westerplatte, folgende Funkmeldung nach Warschau: «Um 4 Uhr 45 hat das Linienschiff *Schleswig-Holstein* das Feuer gegen die Westerplatte aus allen Rohren eröffnet. Die Beschiessung dauert an.»

Das ist die erste Nachricht, aus der die Welt den Beginn der Katastrophe erfährt. Zur gleichen Zeit, um 4 Uhr 45, ist die deutsche Wehrmacht auf Befehl Hitlers an allen Fronten zum Angriff gegen Polen aus ihren Bereitschaftsstellungen hervorgebrochen. Um zehn Uhr vormittags hält Hitler im Reichstag seine Rede, die auch den meisten Deutschen das Blut in den Adern gefrieren lässt. Er sagt darin einige Sätze, die später noch im Nürnberger Gerichtssaal nachhallen sollen:

«Polen hat heute Nacht zum erstenmal auf unserem eigenen Territorium auch mit bereits regulären Soldaten geschossen. Seit 5 Uhr 45 « – und hier irrt er sich im ekstatischen Rederausch um eine

Stunde –, «seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen, und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten!» 7

Polnische Soldaten haben deutschen Boden betreten und hier geschossen – das ist, nach Hitlers Worten, der Anlass zum Krieg. Es ist der Anlass, über den er bereits am 22. August 1939 zu seinen Oberbefehlshabern gesagt hat:

«Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft.»

Im Nürnberger Zeugenstand sitzt der ehemalige General Erwin Lahousen. Mit langsamen Worten spricht er die Eidesformel nach, die ihm der Vorsitzende vorliest: «Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sprechen und nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde.» Die Vernehmung wird von dem amerikanischen Ankläger John Harlan Amen geführt.

Amen: «Wo sind Sie ausgebildet worden?»

Lahousen: «Ich bin in Österreich, in der Theresianischen Militärakademie in Wiener-Neustadt, ausgebildet worden.»

Amen: «Und wurden Sie der Nachrichtenabteilung zugeteilt?»

Lahousen: «Ich kam in die österreichische Nachrichtenabteilung. Das entspricht fachlich demselben Begriff, der in der deutschen Wehrmacht ‚Abwehr‘ genannt wird.»

Amen: «Welche Stellung nahmen Sie nach dem Anschluss ein?»

Lahousen: «Nach dem Anschluss wurde ich automatisch in das Oberkommando der deutschen Wehrmacht in den gleichen Dienst übernommen, und zwar in die deutsche Abwehr, deren Chef damals Admiral Canaris war.»

Amen: «Admiral Canaris war Ihr unmittelbarer Vorgesetzter? Haben Sie von Zeit zu Zeit als sein persönlicher Vertreter gehandelt?»

Lahousen: «Ja.»

Amen: «Führte Canaris ein Tagebuch?»

Lahousen: «Ja, und zwar schon vor Beginn des Krieges. Ein Tagebuch, zu dem ich selbst viele Beiträge liefern musste und geliefert habe.»

Amen: «Zu welchem Zweck führte Canaris dieses Tagebuch?»

Lahousen: «Wenn ich diese Frage beantworte, muss ich sie der Wahrheit gemäss mit den Worten wiederholen, die Canaris diesbezüglich an mich gerichtet hat: Sinn und Zweck dieses Tagebuches war – und durch mich spricht die Stimme von Canaris –, dem deutschen Volk und der Welt einmal jene zu zeigen, die die Geschicke dieses Volkes in dieser Zeit geführt und gelenkt haben.»

Amen: «Haben Sie Abschriften jener Eintragungen, die Sie in das Tagebuch machten, für sich behalten?»

Lahousen: «Ja, ich habe solche Abschriften mit Canaris' Wissen und Willen zurückbehalten.»

Amen: «Haben Sie Ihr Gedächtnis bezüglich dieser Eintragungen aufgefrischt?»

Lahousen: «Jawohl.»

Amen: «Wurde die Abwehr jemals um irgendwelche Hilfe für den polnischen Feldzug gebeten?»

Lahousen: «Ja. So, wie es im Tagebuch meiner Abteilung aufgezeichnet erscheint, wurde diesem Unternehmen, das unmittelbar vor Beginn des polnischen Feldzuges lief, die Bezeichnung *Unternehmen Himmler* gegeben.»

Amen: «Wollen Sie dem Gerichtshof die Art der geforderten Hilfe erklären?»

Lahousen: «Die Angelegenheit, für die ich jetzt Zeugnis ablege, ist eine der mysteriösesten Aktionen, die sich in der Atmosphäre des Amtes Ausland-Abwehr abspielte. Mitte August erhielt sowohl die Abteilung Abwehr I als auch meine Abteilung, die Abwehrabteilung II, den Auftrag, polnische Uniformen und Ausrüstungsgegenstände, wie Feldbücher oder ähnliche polnische Dinge, für ein *Unternehmen Himmler* bereitzustellen oder herbeizuschaffen. Den Auftrag erhielt Canaris vom Wehrmachtsführungsstab oder von der Abteilung Landesverteidigung. Ein Befehl, über den wir uns, also die betreffenden Abteilungschefs, schon damals eigene Gedanken machten, ohne zu wissen, um was es im letzten ging. Der Name Himmler sprach schon für sich.»

Amen: «An wen sollte die Abwehr das polnische Material liefern?»

Lahousen: «Diese Ausrüstungsgegenstände mussten bereitgestellt werden und wurden eines Tages von irgendeinem Mann der SS oder des SD – der Name ist im offiziellen Kriegstagebuch der Abteilung enthalten – abgeholt.»

Amen: «Wann wurde die Abwehr benachrichtigt, wie dieses polnische Material verwendet werden sollte?»

Lahousen: «Den wirklichen Zweck wussten wir damals nicht. Wir alle hatten allerdings damals schon den sehr erklärlichen Verdacht, dass hier eine ganz üble Sache gespielt würde. Dafür bürgte der Name des Unternehmens.»

Amen: «Haben Sie sodann von Canaris erfahren, was vor sich gegangen war?»

Lahousen: «Der tatsächliche Ablauf war folgender: Als der erste Wehrmachtsbericht erschien, der von einem Angriff der Polen oder polnischer Einheiten auf deutsches Gebiet sprach, sagte Piekenbrock, der den Bericht in der Hand hatte und vorlas: Jetzt wissen wir, wofür unsere Uniformen da waren.' Ich weiss nicht, ob es am glei-

chen Tage oder einige Tage später war, dass Canaris uns davon in Kenntnis setzte, dass mit diesen Uniformen Leute aus Konzentrationslagern verkleidet wurden, die dann irgendeine militärischem Angriffshandlung gegen den Sender Gleiwitz durchführen sollten.»

Amen: «Haben Sie jemals erfahren, was mit den Leuten aus den Konzentrationslagern geschah, die polnische Uniformen trugen und den Zwischenfall verursachten?»

Lahousen: «Nach der Kapitulation habe ich in dem Lazarett, in dem ich lag, einen dort anwesenden SS-Hauptsturmführer befragt, wie sich die Dinge eigentlich zugetragen haben. Und der Mann, er hiess Birkel, sagte mir: ‚Nach meiner Kenntnis sollen alle Leute des SD, die daran beteiligt gewesen sind, umgelegt, also getötet worden sein.› Das ist das letzte, was ich über diese Sache gehört habe.»

Soweit der Zeuge Lahousen über den «propagandistischen Anlass», mit dem Hitler den Krieg auslöste.

Noch deutlicher stehen die Vorgänge in einer eidesstattlichen Erklärung des früheren SD-Angehörigen Naujocks, die ebenfalls auf dem Nürnberger Richtertisch liegt:

«Ich, Alfred Helmut Naujocks, mache unter Eid folgende Erklärung:

1. Ich war von 1931 bis zum 19. Oktober 1944 ein Mitglied der SS und von seiner Gründung im Jahre 1934 bis Januar 1941 ein Mitglied des SD. Ich diente als Mitglied der Waffen-SS von Februar 1941 bis Mitte 1942.

2. Ungefähr am 10. August 1939 befahl mir Heydrich, der Chef des SD, einen Anschlag auf die Radiostation bei Gleiwitz in der Nähe der polnischen Grenze vorzutäuschen und es so erscheinen zu lassen, als wären Polen die Angreifer gewesen. Heydrich sagte: ‚Ein tatsächlicher Beweis für polnische Übergriffe ist für die Auslandspresse und für die deutsche Propaganda nötig.‘

Mir wurde befohlen, mit fünf oder sechs anderen SD-Männern nach Gleiwitz zu fahren, bis ich das Schlüsselwort von Heydrich erhielt, dass der Anschlag zu unternehmen sei. Mein Befehl lautete, mich der Radiostation zu bemächtigen und sie so lange zu halten, als nötig ist, um einem Polnisch sprechenden Deutschen die Möglichkeit zu geben, eine polnische Ansprache über das Radio zu halten. Dieser polnisch sprechende Deutsche wurde mir zur Verfügung gestellt. Heydrich sagte, dass es in der Rede heissen solle, dass die Zeit für eine Auseinandersetzung zwischen Polen und Deutschen gekommen sei, und dass die Polen sich zusammentun und jeden Deutschen, der ihnen Widerstand leistet, niederschlagen sollten. Heydrich sagte mir damals auch, dass?er Deutschlands Angriff auf Polen in wenigen Tagen erwarte.

Zwischen dem 25. und 31. August suchte ich Heinrich Müller auf,

den Chef der Gestapo, der sich damals in der Nähe von Oppeln befand. In meiner Gegenwart erörterte Müller mit einem Mann namens Mehlhorn Pläne für einen Grenzzwischenfall, in dem vorgetäuscht werden sollte, dass polnische Soldaten deutsche Truppen angreifen. Dieser andere Vorfall sollte an einem Ort stattfinden, welcher, wie ich glaube, Hohenlinden hiess. Deutsche in der Anzahl von ungefähr einer Kompanie sollten dazu verwendet werden. Müller sagte, er hätte ungefähr zwölf oder dreizehn verurteilte Verbrecher, denen polnische Uniformen angezogen werden sollten, und deren Leichen auf dem Schauplatz der Vorfälle liegengelassen werden sollten, um zu zeigen, dass sie im Laufe der Anschläge getötet worden seien. Für diesen Zweck war für sie eine tödliche Einspritzung vorgesehen, die von einem Doktor gemacht werden sollte, der von Heydrich angestellt war; dann sollten ihnen auch Schusswunden zugefügt werden. Nachdem der Anschlag beendet war, sollten Mitglieder der Presse und andere Leute auf den Schauplatz geführt werden; weiter sollte ein polizeilicher Bericht angefertigt werden. Müller sagte mir, dass er von Heydrich Befehl hatte, einen dieser Verbrecher mir zur Verfügung zu stellen, für meine Tätigkeit in Gleiwitz. Das Kennwort, mit dem er diese Verbrecher nannte, war ‚Konserven‘.

Der Vorfall in Gleiwitz, an dem ich teilnahm, wurde am Vorabend des deutschen Angriffs auf Polen ausgeführt. Am Mittag des 31. August bekam ich von Heydrich per Telefon das Schlüsselwort, dass der Anschlag um acht Uhr abends desselben Tages zu erfolgen habe. Heydrich sagte: ‚Um diesen Anschlag auszuführen, melden Sie sich bei Müller wegen der Konserven.‘

Ich tat dies und wies Müller an, den Mann in der Nähe der Radiostation an mich abzuliefern. Ich erhielt diesen Mann und liess ihn am Eingang der Station hinlegen. Er war am Leben, aber nicht bei Bewusstsein. Ich versuchte, seine Augen zu öffnen. Von seinen Augen konnte ich nicht feststellen, dass er am Leben war, nur von seinem Atmen. Ich sah keine Schusswunden, nur eine Menge Blut über sein ganzes Gesicht verschmiert. Wir nahmen die Radiostation wie befohlen, hielten eine drei oder vier Minuten lange Rede über einen Notsender, schossen einige Pistolenschüsse ab und verliessen den Platz.»

Das war der polnische Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz.

Nun also ist Hitlers Krieg Wirklichkeit. Wie es nicht anders zu erwarten war, halten sich Grossbritannien und Frankreich an ihre Beistandsverpflichtungen, wenn das auch zunächst nur auf dem Papier zum Ausdruck kommt. Die beiden Westmächte fordern Deutschland auf, sofort alle Kampfhandlungen gegen Polen einzustellen und die deutschen Truppen zurückzuziehen. Am 3. September 1939 erklärt der britische Botschafter in Berlin Hitler und Ribbentrop:

«Ich habe die Ehre, Sie davon zu unterrichten, dass, falls nicht am heutigen Tage, dem 3. September, bis elf Uhr vormittags britischer Sommerzeit, eine befriedigende Zusicherung im obenerwähnten Sinne von der deutschen Regierung erteilt wird und bei Seiner Majestät Regierung in London eintrifft, der Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von der genannten Stunde an bestehen wird.»

«Hitler sass an seinem Schreibtisch», berichtet Dolmetscher Dr. Paul Schmidt, «während Ribbentrop etwas rechts von ihm am Fenster stand. Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam das Ultimatum der britischen Regierung. Wie versteinert sass Hitler da und blickte vor sich hin. Er sass völlig still und regungslos an seinem Platz. Nach einer Weile, die mir wie eine Ewigkeit vorkam, wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehengeblieben war.

„Was nun?“ fragte Hitler seinen Aussenminister mit einem wütenden Blick in den Augen, als wolle er zum Ausdruck bringen, dass ihn Ribbentrop über die Reaktion der Engländer falsch informiert habe. Ribbentrop erwiderte mit leiser Stimme: „Ich nehme an, dass die Franzosen uns in der nächsten Stunde ein gleichlautendes Ultimatum überreichen werden.“

Auch im Vorraum herrschte bei dieser Ankündigung Totenstille. Göring drehte sich zu mir und sagte: „Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!“

Seit dem 3. September 1939, elf Uhr vormittags britischer Sommerzeit, ist aus dem Überfall auf Polen ein europäischer Krieg geworden, bei dem im Westen nicht ein einziger Schuss fällt. Grossbritannien und Frankreich sehen Gewehr bei Fuss zu, wie Polen abgeschlachtet wird. Hätten sie sofort militärisch eingegriffen, so wäre wahrscheinlich eingetreten, was der angeklagte Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Alfred Jodl, im Zeugenstand von Nürnberg sagte:

«Wir waren zwar in der Lage, Polen allein zu zerschlagen, aber wir waren niemals in der Lage, einem konzentrischen Angriff dieser Staaten gemeinsam standzuhalten. Und wenn wir nicht schon im Jahre 1939 zusammenbrachen, so kommt das nur daher, dass die rund 110 französischen und englischen Divisionen im Westen sich während des Polenfeldzuges gegenüber den 23 deutschen Divisionen völlig untätig verhielten.»

So kann die Wehrmacht ihren ersten Blitzkrieg führen: Am 5. September überschreiten die deutschen Truppen die Weichsel, bis zum 10. September haben sie den Narew und den Bug erreicht, am 11. September stossen sie über den San nach Lemberg vor, bis zum 18. September ist Warschau eingeschlossen und wird zur Übergabe aufgefordert. Vom Osten her marschiert seit dem 17. September

auch die Rote Armee in Polen ein. Damit wird das Geheimabkommen wirksam, das Stalin und Hitler über die Teilung der Beute abgeschlossen haben. Zehn Tage noch, bis zum 27. September, hält sich die eingeschlossene Hauptstadt. Unter den Schlägen der Artillerie und den Bomben von Görings Luftwaffe muss Warschau schliesslich kapitulieren.

Zu diesem Bombardement – dem ersten in der Geschichte, dem eine Grossstadt mit zwei Millionen Einwohnern ausgesetzt war – erklärt General Karl Bodenschatz im Nürnberger Zeugenstand:

«Ich weiss nur, dass Warschau eine Festung war, die von der polnischen Armee besetzt war, und zwar sehr stark besetzt war; sehr gut bestückte Artillerie, die Forts waren besetzt, und dass zwei- oder dreimal Adolf Hitler angekündigt hat, man möge die Stadt von der Zivilbevölkerung räumen. Das wurde abgelehnt. Es wurden lediglich die ausländischen Gesandtschaften herausgeführt. Die polnische Armee war in der Stadt und verteidigte die Stadt hartnäckig, und zwar in einer ganz dichten Folge von Forts. Auch die Aussenforts waren stark besetzt, und im Inneren der Stadt schoss schwere Artillerie nach aussen. Die Festung Warschau ist daraufhin dann angegriffen worden, und zwar auch mit der Luftwaffe, aber erst, als man dieses Ultimatum, diese Anfrage Adolf Hitlers, ablehnte.»

In ähnlichem Sinne äussert sich der ehemalige Generalfeldmarschall Albert Kesselring (gestorben am 16. Juli 1960 in Bad Nauheim) in seiner Vernehmung durch Görings Verteidiger Dr. Otto Stahmer:

«Ich habe als Chef der Luftflotte 1 diesen Angriff geführt. Warschau war nach deutschen Begriffen eine Festung und ausserdem in hohem Masse luftverteidigt, erfüllte also alle Voraussetzungen der Haager Landkriegsordnung. Ich war selbst über Warschau und habe fast nach jedem Bombenangriff die Kommandeure über die Durchführung gesprochen; ich kann hier auf Grund eigener Einsichtnahme und Meldung versichern, dass das Menschenmögliche getan worden ist, um die militärischen Ziele zu treffen und die zivilen Ziele nach Möglichkeit zu schonen.»

Dr. Stahmer: «Können Sie also abschliessend bestätigen, dass sich diese Angriffe durchaus im Rahmen der militärischen Notwendigkeit hielten?»

Kesselring: «Vollkommen.»

Das alles sieht also zunächst sehr korrekt, beinahe harmlos aus. Die dramatische Wendung zeigt sich erst in den weiteren Aussagen des Generals Lahousen.

Amen: «Erinnern Sie sich, dass Sie mit Canaris an Sitzungen im Führerhauptquartier kurz vor dem Fall von Warschau teilgenommen haben?»

Lahousen: «Ich nahm mit Canaris an einer Besprechung teil, die

im Führerzug unmittelbar vor dem Fall Warschaus stattfand. Es war am 12. September 1939.»

Amen: «Wer war bei dieser Gelegenheit anwesend?»

Lahousen: «Bei dieser Gelegenheit waren anwesend: der damalige Aussenminister von Ribbentrop, der Chef des OKW Keitel, der damalige Chef des Wehrmachtführungsstabes Jodl, Canaris und ich.»

Amen: «Wollen Sie nun bitte Ihrem besten Wissen und Ihrer Erinnerung nach dem Gerichtshof in Einzelheiten genau erklären, was bei dieser Besprechung im Führerzuge gesagt wurde und was geschah?»

Lahousen: «Zuerst hatte Canaris eine kurze Besprechung mit Aussenminister von Ribbentrop, in welcher Ribbentrop im grossen die politischen Zielsetzungen bezüglich des polnischen Raumes erklärte. Dann hat Canaris auf seine schweren Bedenken wegen der ihm bekannten Absicht des Bombardements von Warschau hingewiesen, und zwar wurde von Canaris auf die verheerenden ausserpolitischen Folgen dieses geplanten Bombardements hingewiesen. Keitel antwortete darauf, dass diese Massnahmen zwischen dem Führer und Göring direkt festgelegt worden seien und er, Keitel, darauf keinen Einfluss gehabt hätte.

Zum zweiten warnte Canaris in sehr eindringlicher Form vor den Massnahmen, die ihm, Canaris, bekanntgeworden waren, nämlich den bevorstehenden Erschiessungen und Ausrottungsmassnahmen, die sich insbesondere gegen die polnische Intelligenz, den Adel, die Geistlichkeit, wie überhaupt alle Elemente, die als Träger des nationalen Widerstandes angesehen werden konnten, richten sollten.

Canaris sagte damals ungefähr wörtlich:

‚Für diese Methoden wird einmal die Welt auch die Wehrmacht, unter deren Augen diese Dinge stattfinden, verantwortlich machen.‘

Der damalige Chef des OKW, Keitel, erwiderte darauf, dass diese Dinge bereits vom Führer entschieden seien, und der Führer habe wissen lassen, dass, wenn die Wehrmacht diese Dinge nicht durchführen wolle, sie es sich gefallen lassen müsse, wenn neben ihr SS, Sicherheitspolizei und dergleichen Organisationen in Erscheinung träten und diese Massnahmen ausführen würden. Das war ungefähr der wesentliche Sinn des Themas, betreffs der geplanten Erschiessungs- und Ausrottungsmethoden in Polen.»

Amen: «Wurde etwas über eine sogenannte Säuberungsaktion gesagt?»

Lahousen: «Ja, der damalige Chef des OKW, Keitel, gebrauchte in diesem Zusammenhang einen Ausdruck, der jedenfalls von Hitler stammte, und der diese Massnahmen als ‚politische Flurbereinigung‘ bezeichnete.»

Amen: «Damit das Protokoll vollkommen verständlich ist: Welche genaueren Massnahmen, sagte Keitel, wären bereits vereinbart worden?»

Lahousen: «Man hatte sich nach der Darstellung Keitels bereits über das Bombardement Warschaus und über die Erschiessungen der von mir bezeichneten Volkskategorien oder Gruppen in Polen geeinigt.»

Amen: «Welche waren dies?»

Lahousen: «Das waren vor allem die polnische Intelligenz, Adel, Geistlichkeit und selbstverständlich die Juden.»

Amen: «Was wurde über eine mögliche Zusammenarbeit mit einer ukrainischen Gruppe gesagt?»

Lahousen: «Es wurde – und zwar von Keitel als Weitergabe einer Richtlinie, die er offenbar von Ribbentrop empfangen hatte – Canaris aufgetragen, in der galizischen Ukraine eine Aufstandsbewegung hervorzurufen, die die Ausrottung der Juden und Polen zum Ziel haben sollte.»

Amen: «Welche weiteren Besprechungen fanden dann statt?»

Lahousen: «Nach diesen Gesprächen im Arbeitswaggon Keitels verliess Canaris den Wagen und hatte noch eine kurze Unterredung mit Ribbentrop, der ihm – noch einmal auf das Thema Ukraine zurückkommend – sagte/es müsse der Aufstand oder die Aufstandsbewegung derart inszeniert werden, dass alle Gehöfte der Polen in Flammen aufgingen und alle Juden totgeschlagen würden.»

Amen: «Wer sagte das?»

Lahousen: «Das hat der damalige Aussenminister Ribbentrop zu Canaris gesagt. Ich stand daneben.»

Amen: «Haben Sie irgendwie den geringsten Zweifel darüber?»

Lahousen: «Nein, darüber habe ich nicht den geringsten Zweifel. Es ist mir ganz besonders klar in Erinnerung, dass ‚alle Gehöfte in Flammen aufgehen sollten‘. Das war einigermassen neu. Ansonsten wurde nur von ‚liquidieren‘ oder ‚umlegen‘ gesprochen.»

Dr. Otto Nelte, Verteidiger Keitels: «Dem Angeklagten Keitel liegt daran, Ihnen die Frage vorzulegen, ob er bei der Bekanntgabe des Befehls für das Luftbombardement von Warschau nicht ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass dies nur geplant sei, wenn die Übergabe der Festung Warschau nach Aufforderung nicht erfolge, und erst, nachdem der Zivilbevölkerung freier Abzug angeboten war?»

Lahousen: «Nach meinem Wissen und bei Kenntnis der damaligen Lage ist es durchaus möglich, sogar wahrscheinlich, dass Keitel diese Bemerkung gemacht hat.»

Dr. Fritz Sauter, Verteidiger Ribbentrops: «Hat von Ribbentrop

wirklich davon gesprochen, dass die Juden totgeschlagen werden sollen? Können Sie sich daran bestimmt erinnern?»

Lahousen: «Jawohl, daran kann ich mich bestimmt erinnern, weil ja Canaris darüber nicht nur mit mir, sondern auch mit anderen gesprochen und mich immer wieder als Zeugen angerufen hat.»

Ribbentrop selbst, der bei heiklen Fragen im Kreuzverhör meist sagt, er könne sich an Einzelheiten nicht erinnern, gibt zu diesem Punkt genauere Erklärungen ab:

«Hier ist von dem Zeugen Lahousen gesagt worden, dass ich gesagt hätte, es müssten Häuser in Flammen aufgehen und die Juden müssten totgeschlagen werden. Ich möchte hier ganz kategorisch versichern, dass eine solche Äusserung von mir niemals stattgefunden hat.

Canaris war damals bei mir in meinem Wagen, und es ist möglich – dessen entsinne ich mich nicht mehr genau –, dass ich ihn nachher noch zwischen Tür und Angel gesehen habe. Anschliessend hat er dann Instruktionen, die auf den Führer zurückzuführen waren, bekommen, wie er sich in Polen zu verhalten hat im Hinblick auf die ukrainischen oder auf sonstige Fragen. Die Äusserung, die mir hier zugeschoben wird, ist völlig sinnlos, denn es waren ja in der Ukraine die ukrainischen Dörfer, das waren Ukrainer, die da lebten, das waren ja unsere Freunde, das waren ja gar nicht unsere Feinde. Also es wäre völlig sinnlos gewesen von mir, zu sagen, dass hier diese Dörfer in Flammen aufgehen sollten. Was die Frage des Judentotschlagens anbetrifft, so kann ich nur eines sagen, dass dies meiner inneren Einstellung vollkommen widersprochen hätte, und dass die Frage von Totschlägen von Juden überhaupt nicht in irgendwelchen Gehirnen oder Gedanken damals war, so dass ich zusammenfassend sagen möchte, dass dies absolut unzutreffend ist.»

Kurz vor dieser Aussage Ribbentrops hat der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Adolf Freiherr Steengracht van Moyland, im Zeugenstand gesessen. Der amerikanische Ankläger Amen hatte seltsame Fragen zu stellen.

Amen: «Ist Ihnen bekannt, dass Ribbentrop jeden Tag Brom eingenommen hat?»

Steengracht: «Das weiss ich nicht. Er hatte . . .»

Amen: «Haben Sie jemals gesehen, dass er Brom einnahm, oder hat er Ihnen jemals gesagt, dass er es einnahm?»

Steengracht: «Ja, doch, ich erinnere mich jetzt, dass er irgendwelche rote Geschichten da nahm, aber ich habe nicht besonders darauf geachtet.»

Vorsitzender: «Sind wir irgendwie daran interessiert, ob er Brom einnahm oder nicht?»

Amen: «Jawohl, Euer Lordschaft, wir sind es, denn in seinen Ver-

hören sagte er aus, dass sein Gedächtnis in Bezug auf viele Ereignisse gelitten oder durch den übermässigen Gebrauch dieser Medizin getrübt wurde.»

Wie immer dem sei – ob das Gedächtnis des deutschen Reichsaussenministers durch Drogen geschwächt war oder nicht –, die tatsächlichen Ereignisse lassen keinen Zweifel daran, dass nach dem Beginn des Kriegs der Terror überall in den besetzten Gebieten planmässig organisiert worden ist.

Welche Ziele hat Hitler? Sein Hauptplan ist es, weiter nach Osten vorzustossen – übrigens genauso, wie er es schon 1923 in seinem Buch *Mein Kampf*/festlegte: «Wir Nationalsozialisten müssen unverrückbar an unserem aussenpolitischen Ziel festhalten, nämlich dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern. Wenn wir aber von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken. Diese Aktion ist die einzige, die vor Gott und unserer deutschen Nachwelt einen Bluteinsatz gerechtfertigt erscheinen lässt. ,

Insgeheim werden im Oberkommando der Wehrmacht die Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion getroffen, mit der Ribbentrop vor wenigen Wochen erst einen Nichtangriffspakt abgeschlossen hat. Doch darüber sagt Hitler am 23. November 1939 zu seinen Oberbefehlshabern unverblümt: «Verträge werden nur so lange gehalten, als sie zweckmässig sind.»

Das einzige, was ihn nach dem Sieg über Polen noch vom Angriff auf die Sowjetunion abhält, ist der Westen. Grossbritannien und Frankreich befinden sich mit Deutschland im Kriegszustand. Ausser einigen Spähtruppeplänkeln hat es aber im Westen noch keine Kampfhandlungen gegeben. Hitler kann es nicht wagen, seine Absichten zu verwirklichen, solange er die beiden Westmächte im Rücken hat.

«Ich habe lange gezweifelt», sagt er in der gleichen Besprechung zu den Oberbefehlshabern, «ob ich erst im Osten und dann im Westen losschlagen sollte. Grundsätzlich habe ich die Wehrmacht nicht aufgestellt, um nicht zu schlagen. Der Entschluss zu schlagen war immer in mir.»

Der amerikanische Ankläger Telford Taylor liest weiter aus dem wörtlichen Sitzungsprotokoll vor:

«Alles geht darauf hinaus, dass jetzt der Moment günstig ist. Es ist ein schwerer Entschluss für mich. Ich habe zu wählen zwischen Sieg oder Vernichtung. Ich wähle den Sieg. Mein Entschluss ist unabänderlich. Ich werde England und Frankreich angreifen zum günstigsten und schnellsten Zeitpunkt. Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands ist bedeutungslos. Kein Mensch fragt danach, wenn

wir gesiegt haben. Wir werden die Verletzung der Neutralität nicht so idiotisch begründen wie 1914.»

Hitlers Absichten im Westen und Osten sind damit klar umrissen. Es gibt keinen Ausweg mehr, so scheint es. In Wirklichkeit *will* Hitler diesen Ausweg gar nicht, und dafür ist ein Vorfall bezeichnend, der hinter den Kulissen des Nürnberger Prozesses ans Licht gekommen ist. Nach der Zertrümmerung Polens taucht-ähnlich wie Birger Dahlerus – wieder ein mysteriöser Schwede zwischen den Mächten auf und führt Geheimverhandlungen. Es ist Baron Knut Bonde aus Stockholm.

Bonde glaubt, er könnte auf eigene Faust Frieden stiften. Er nimmt Fühlung mit Hermann Göring auf, der von dem Plan begeistert ist, und reist dann nach London, wo er eine vertrauliche Besprechung mit dem britischen Aussenminister Lord Halifax hat. Bei dieser Zusammenkunft schlägt der schwedische Baron der britischen Regierung folgende Grundlagen für einen Frieden zwischen Deutschland und Grossbritannien vor: «Wiederherstellung eines polnischen Staates», «Freiheit für die Tschechen».

Lord Halifax ist nicht abgeneigt, Friedensverhandlungen aufzunehmen, wenn Hitler bereit sei, «eine Art polnischen Staat» anzuerkennen und den Tschechen «eine gewisse Freiheit» zuzubilligen.

«Wir haben niemals gesagt, dass wir keinen Frieden mit Hitler machen würden», erklärt Lord Halifax Baron Bonde. Dann fügt der britische Aussenminister hinzu: «Wenn es jemanden in Deutschland gibt, der Frieden schliessen könnte, dann ist es Göring.»

Mit dem Ergebnis zufrieden, fliegt Bonde nach Schweden zurück und lässt Göring durch einen Mittelsmann den Inhalt des Gesprächs mitteilen. Göring verspricht, mit Hitler zu reden, und dann gleich Antwort zu geben. Doch diese Antwort bleibt aus. Mehrmals fragt London in den folgenden Monaten bei Bonde in Stockholm an, was nun aus der Sache geworden sei – aber das Angebot Grossbritanniens bleibt in Berlin unbeachtet.

Im Mai 1946 erhält Rechtsanwalt Werner Bross in Nürnberg Kenntnis von den geheimen Friedensbemühungen. Er hat ein Schriftstück aufgetrieben, in dem Baron Bonde die Vorgänge genau schildert.

«Dieses Schriftstück zeigte ich nun heute Abend Göring», schreibt Bross in seinen Erinnerungen. «Er las mit Interesse, dann meinte er jedoch: «Es ist wenig damit anzufangen, da ja nichts aus den Friedensbemühungen geworden ist.» Mich wunderte sehr, dass Göring so wenig erfreut über dieses Zeugnis für seine Friedensliebe war. Aber ich sollte den Grund, warum er jetzt nichts mehr von der Angelegenheit verlauten lassen wollte, sogleich erfahren. Als ich nämlich danach fragte, was Hitler denn auf die Vorschläge des Foreign Office

geantwortet habe, erzählte Göring: ‚Ich kam zum Führer und berichtete über Bondes Besuch in London. Als ich die Vorschläge des Lord Halifax mitteilte, zeigte Hitler: Eine Art polnischen Staat – darüber lässt sich reden. Aber mehr Freiheit für die Tschechen – das kommt überhaupt nicht in Frage!‘

Das war es also! Hitler hatte Friedensangebote ausgeschlagen, die uns heute ausserordentlich günstig, ja einmalig erscheinen. Nur ein einziges, durchaus gerechtfertigtes Zugeständnis hätte Hitler machen müssen – den Tschechen mehr Freiheit einzuräumen. Also nicht einmal der Verzicht auf dieses gewaltsam annektierte Stück fremden Volksbodens wurde verlangt, sondern nur eine gewisse Freiheit für die dort lebende Bevölkerung.

Göring war sich wohl vollkommen im Klaren, wie das Bekanntwerden dieser Umstände das Andenken Hitlers beim deutschen Volk beeinträchtigen musste, und darum wollte er lieber auf den kleinen persönlichen Vorteil im Prozess verzichten, um Hitler zu schonen. Treue über den Tod hinaus zu dem Mann, der den ihm «aufgezwungenen Krieg» auch dann nicht beendete, als er solche grossartige Gelegenheit dazu erhielt! Obwohl Göring sagte, er wolle sich die Sache noch überlegen, ist er nie mehr darauf zurückgekommen.»

Natürlich hat das deutsche Volk nie etwas über diese Dinge erfahren. Es wird in dem Glauben gelassen, Hitlers friedliche Absichten seien überall auf Ablehnung gestossen – und so bliebe nur die Wahl, den Kampf fortzusetzen.

4 DIE AUSGEBURT DER HÖLLE

Der Blitzkrieg in Polen hat Hitler ein trügerisches Gefühl unüberwindlicher Stärke gegeben. Schon ein halbes Jahr nach dem Sieg über den östlichen Nachbarn marschiert die Wehrmacht erneut.

Der britische Hauptankläger in Nürnberg, Sir Hartley Shawcross, gibt eine Zusammenfassung der Vorgänge: «Am 9. April 1940 drangen die deutschen Streitkräfte in Norwegen und Dänemark ohne Warnung und ohne Kriegserklärung ein. Es war ein Bruch der nachdrücklichsten Friedensversicherungen, die man gegeben hatte.

Während mehrerer Jahre hatte der Angeklagte Rosenberg in seiner Eigenschaft als Chef des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP sich für die Förderung einer Fünften Kolonne in Norwegen interessiert. Er schuf ein enges Verhältnis mit der *Nasjonal Sämling*, einer politischen Gruppe, der der Verräter Vidkun Quisling vorstand. Im August 1939 wurde ein besonderer vierzehntägiger Kursus in der Schule des Aussenpolitischen Amtes in Berlin abgehalten, an dem

fünfundzwanzig Anhänger teilnahmen, die von Quisling ausgewählt waren. Diese ‚verlässlichen‘ Männer sollten die Gebiets- und Sprachexperten für Deutschlands Spezialtruppen sein. Das Ziel war, durch einen Putsch, in dem Quisling seine Hauptgegner, einschliesslich des Königs, verhaften sollte, jeden militärischen Widerstand von Anfang an auszuschalten. Gleichzeitig mit dieser Tätigkeit traf Deutschland seine militärischen Vorbereitungen.»

Alfred Rosenberg scheint nach allen Beweisen als erster den Gedanken gehabt zu haben, die deutsche Macht in den «germanischen Norden» auszudehnen. Auf der Suche nach Verbündeten wendet er sich an den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Grossadmiral Erich Raeder. Die Marine, so schätzt Rosenberg, dürfte ebenfalls am Nordraum interessiert sein. In einer Denkschrift an Raeder, die in Nürnberg verlesen wird, führt Rosenberg aus, nachdem er eine eingehende Besprechung mit Quisling gehabt hat: «Die Ausgebildeten (aus dem Schulungskurs des Aussenpolitischen Amtes) müssten dann möglichst schnell nach Norwegen. Die Besetzung einiger wichtiger Zentralen in Oslo müsste schlagartig erfolgen, und zu gleicher Zeit müsste die deutsche Flotte nebst entsprechenden Kontingenten der deutschen Armee an einer vorgesehenen Bucht vor der Einfahrt von Oslo auf besonderen Ruf der neuen norwegischen Regierung eingesetzt werden.»

Schon am 3. Oktober 1939 – einen Monat nach dem Angriff auf Polen – befasst sich Raeder näher mit dem Rosenberg-Plan. Er setzt im Oberkommando der Kriegsmarine einen Fragebogen in Umlauf, aus dem der britische Ankläger Elwyn Jones in Nürnberg einige Stellen zitiert: «Folgende Fragen sind zu prüfen:

1. Welche Orte in Norwegen kommen als Stützpunkte in Frage?
2. Kann die Gewinnung der Stützpunkte, sofern es kampfflos nicht möglich ist, gegen den Willen Norwegens militärisch erzwungen werden?»

Gleich darauf wird auch der Befehlshaber der Unterseeboote, Karl Dönitz, aktiv. Er arbeitet ein Memorandum aus, das dem Gericht vorliegt und über das Elwyn Jones sagt: «Wahrscheinlich bezieht es sich auf den Fragebogen des Angeklagten Raeder. Es ist als ‚Geheime Kommandosache‘ gekennzeichnet. Gegenstand: Stützpunkte in Norwegen. Ich möchte den letzten Absatz verlesen: ‚Es wird daher beantragt: Einrichtung eines Stützpunktes in Drontheim. Einrichtung einer Versorgungsmöglichkeit mit Betriebsstoffen in Narvik als Ausweiche.‘

Der Norwegen-Einfall ist in einer Beziehung kein typischer Naziangriff, nämlich insofern nicht, als Hitler überredet werden musste, sich auf ihn einzulassen. In erster Linie waren es Raeder und Rosenberg, die ihn überredeten. Die Dokumente werden beweisen,

dass der Angeklagte Raeder seinen Standpunkt in Bezug auf Norwegen beharrlich durchzusetzen suchte.»

Gelegenheit dazu bietet eine Konferenz des Kriegsmarine-Stabes im Führerhauptquartier am 12. Dezember 1939. Ausser Hitler und Raeder nehmen Wilhelm Keitel und Alfred Jodl an der Besprechung teil. Wieder liegt das Sitzungsprotokoll auf dem Richtertisch von Nürnberg. Raeder selbst hat es geschrieben, und Ankläger Jones verliest:

«Der Bericht trägt die Überschrift *Angelegenheit Norwegen*. Ich lenke die Aufmerksamkeit des Hohen Gerichtshofes auf den 4. Absatz, der lautet: ‚Der Führer erwog, Quisling persönlich zu sprechen, um Eindruck von ihm zu gewinnen. Ob d. M. (Oberbefehlshaber der Marine, Raeder) schlägt vor: Falls der Führer günstigen Eindruck erhalte, sollte OKW Erlaubnis bekommen, mit Quisling Pläne zur Vorbereitung und Durchführung der Besetzung a) auf friedlichem Wege – das heisst deutsche Wehrmacht von Norwegen gerufen –, oder b) auf gewaltsame Weise zu vereinbaren.›»

Der Bericht sagt weiter:],Auf Grund der Besprechung des Führers mit Quisling am 14. Dezember 1939 nachmittags gab der Führer den Befehl zur Vorbereitung des Norwegen-Unternehmens durch OKW.›»

Damit sind Rosenbergs und Raeders Pläne gebilligt worden, die Wehrmacht trifft ihre Vorbereitungen. Hitler beginnt sogar zu drängen, und am 27. Januar 1940 gibt Keitel einen Befehl heraus, in dem es heisst: «Geheime Kommandosache. Chef-Sache. Nur durch Offizier. Betrifft Studie ‚N›. Der Führer und Oberbefehlshaber der Wehrmacht wünscht, dass die Studie ‚N‘ unter seinem persönlichen, unmittelbaren Einfluss und im engsten Zusammenhang mit der Gesamtkriegführung weiter bearbeitet wird. Aus diesen Gründen hat der Führer mich beauftragt, die Leitung der weiteren Vorarbeiten zu übernehmen. Hierzu wird im OKW ein Arbeitsstab gebildet, der gleichzeitig den Kern des künftigen Operationsstabs darstellt. Die gesamte weitere Bearbeitung erfolgt unter dem Stichwort *Weserübung*.›»

Hitler ist plötzlich ganz besessen von dem Unternehmen. In Nürnberg wird ein Befehl verlesen, den er am 1. März 1940 herausgibt – natürlich ebenfalls als Geheime Kommandosache. Darin sagt «der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht» unter anderem:

«Grenzübertritt gegen Dänemark und Landung in Norwegen hat gleichzeitig zu erfolgen. Die Unternehmungen sind mit grösstem Nachdruck so schnell wie möglich vorzubereiten. Von grösster Bedeutung ist, dass unsere Massnahmen die nordischen Staaten überraschend treffen. Dem haben alle Vorbereitungen, insbeson-

dere die Art der Bereitstellung des Laderaums der Truppen, ihre Einweisung und ihre Verladung Rechnung zu tragen. Können Vorbereitungen für die Verschiffung nicht mehr geheimgehalten werden, sind Führern und Truppe andere Ziele vorzutäuschen. Die Luftwaffe hat nach erfolgter Besetzung die Luftverteidigung sowie die Ausnutzung der norwegischen Basis für die Luftkriegführung gegen England sicherzustellen.»

Das ist Hitlers Befehl: «Basis für die Luftkriegführung gegen England sicherzustellen . . .» Das ist einer der Hauptgründe für das ganze Unternehmen. Nachdrücklich heisst es im gleichen Befehl: «Hierdurch soll englischen Übergriffen nach Skandinavien und der Ostsee vorgebeugt, unsere Erzbasis in Schweden gesichert und für Kriegsmarine und Luftwaffe die Ausgangsstellung gegen England erweitert werden.»

Wie in allen früheren Fällen ist Hitler bestrebt, auch im Fall Weserübung seine wahren Absichten zu verschleiern. So heisst es in seiner Geheimen Kommandosache noch: «Grundsätzlich ist anzustreben, der Unternehmung den Charakter einer friedlichen Besetzung zu geben, die den bewaffneten Schutz der Neutralität der nordischen Staaten zum Ziel hat.»

Inzwischen hat die Welt aber gelernt, was unter solchen Formulierungen zu verstehen ist, wenn sie aus dem Führerhauptquartier kommen. In Nürnberg hat die Verteidigung versucht, trotz der eindeutigen Sprache der hier angeführten Dokumente aus dem Überfall eine notgedrungene Sicherungsmassnahme gegen eine von England geplante Landung in Norwegen zu machen. Die Daten der Vorbereitung, die bis in den September 1939 zurückgehen, lassen diese Deutung aber nicht zu.

«Es wurde erklärt», tritt Sir Hartley Shawcross dem Einwand entgegen, «dass England und Frankreich Pläne schmiedeten, um in Norwegen einzufallen und es zu besetzen, und dass die Regierung Norwegens bereit sei, in einem solchen Falle sich einverstanden zu erklären. Sogar wenn die Beschuldigungen wahr gewesen wären – und sie waren offenbar falsch* –, würden sie keine denkbare Rechtfertigung für eine Invasion ohne Warnung, ohne Kriegserklärung, ohne einen Versuch der Vermittlung oder Schlichtung bilden. Ein Angriffskrieg ist nicht weniger ein Angriffskrieg, weil der Staat, der ihn führt, glaubt, dass andere Staaten eine ähnliche Aktion in der Zukunft vornehmen würden. Die Angelegenheit ist jedoch unerheblich, da ja in der Tat durch das Beweismaterial reichlich klargestellt ist, dass die Invasion dieser beiden Länder für völlig andere

* Shawcross mochte in gutem Glauben gesprochen haben, denn die britisch-französischen Invasionspläne wurden erst durch ein Weissbuch der britischen Regierung im Jahre 1952 bekannt.

Zwecke unternommen wurde. Sie war lange bevor irgendeine Frage eines Neutralitätsbruchs oder eine Besetzung Norwegens durch England jemals hätte eintreten können, geplant.»

Die Ereignisse selbst sprechen eine deutliche Sprache. Elwyn Jones liest aus einem Bericht der dänischen Regierung: «Am 9. April 1940, um 4 Uhr 20 morgens, erschien der deutsche Gesandte in Begleitung des Luft-Attachés der Gesandtschaft in der Privatwohnung des dänischen Aussenministers. Der Gesandte erklärt sogleich, Deutschland besässe positive Beweise, dass England die Besetzung von Stützpunkten in Dänemark und Norwegen plane. Aus diesem Grunde überschritten nun deutsche Soldaten die Grenze. In Kürze würden deutsche Bombenflugzeuge über Kopenhagen sein; sie hätten Befehl, vorläufig keine Bomben zu werfen. Es sei nun Sache der Dänen, Widerstand zu verhüten, da jeder Widerstand die furchtbarsten Folgen zeitigen würde.»

Die Bombendrohung ist nicht neu; auch Prag und der tschechoslowakische Staatspräsident Hacha haben sie über sich ergehen lassen müssen. Wieder wird es ein recht leichter Handstreich für die deutsche Wehrmacht. Der britische Botschafter in Kopenhagen, Howard Smith, hat darüber seinem Aussenministerium berichtet:

«Früh am Morgen, ungefähr um fünf Uhr, dampften drei kleine Transportschiffe in den Eingang des Kopenhagener Hafens, während eine Anzahl von Flugzeugen über ihnen kreiste. Die nördliche Batterie gab einen Warnungsschuss auf die Flugzeuge ab. Mit dieser Ausnahme leisteten die Dänen keinen weiteren Widerstand, und die deutschen Fahrzeuge machten an den Kais im Freien Hafen fest. Ungefähr achthundert Soldaten landeten in voller Ausrüstung und marschierten zum *Kastellet*, der alten Festung von Kopenhagen. Das Tor war geschlossen. Daher sprengten die Deutschen es mit Sprengstoff. Die Besatzung leistete keinen Widerstand, und es scheint, dass sie völlig überrascht war.

Nach der Besetzung wurde eine Abteilung nach Amalienborg, der königlichen Burg, geschickt, wo sie die dänischen Wachtposten angriff und dabei drei Posten, einen von ihnen tödlich, verwundete. Unterdessen überflog eine grosse Anzahl von Bombenflugzeugen in geringer Höhe die Stadt. Die Widerstandsmöglichkeiten der Streitkräfte waren durch das Ausmass der offensichtlichen Überraschung verringert. So fuhr zum Beispiel der leitende Beamte vom Dienst des Kriegsministeriums am Morgen des 9. April im Kraftwagen nach Kopenhagen; er fuhr lustig an einem Wachtposten, der ihn anrief, vorbei, ohne in seiner seligen Unwissenheit zu merken, dass es nicht einer seiner eigenen Männer war. Erst eine Kugel, die durch die Klappe seines Mantels ging, war imstande, ihn zu ernüchtern . . .»

Soweit Howard Smith in seinem Erlebnisbericht. In Norwegen



Judenverfolgung in den besetzten Gebieten: Das Warschauer Ghetto wird durch eine Mauer hermetisch abgeschlossen (oben), die Bewohner werden zusammengetrieben (unten) und in Vernichtungslager gebracht.





*Sie überlebten: Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau nach der Befreiung durch die amerikanischen Truppen.
Für sie kamen die Befreier zu spät: Leichenberge von Häftlingen des KZ Buchenwald. (diese beiden Bilder passen nicht zusammen...)*



allerdings spielen sich die Dinge etwas anders ab. Noch einen Monat vor dem Überfall schreibt der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Alfred Jodl, in sein Tagebuch: «Grosse Besprechung über *Weserübung* mit drei Oberbefehlshabern. Feldmarschall (Göring) tobt sich aus, da bisher nicht befasst. Reisst Aussprache an sich und will beweisen, dass alle bisherigen Vorbereitungen nichts taugen.»

Am 13. März 1940 schreibt Jodl: «Führer gibt den Befehl zur *Weserübung* noch nicht. Er ist auf der Suche nach einer Begründung.» Diese Eintragung zeigt wieder deutlich, dass es sich keineswegs darum handelte, einer britischen Landung zuvorzukommen.

Jodl selbst enthüllt seine eigene Angriffslust mit der nächsten Tagebuchbemerkung vom 28. März: «Einzelne Seeoffiziere scheinen bezüglich *Weserübung* laurig zu sein und bedürfen einer Spritze.»

Rosenbergs Idee, Raeders Vorarbeiten, Keitels Planung, Hitlers Befehl und Jodls Spritze tun am 9. April 1940 ihre Wirkung: Die deutsche Kriegsmarine landet an zahlreichen Punkten der norwegischen Küste. Wie in Dänemark, so wird auch hier ein voller Überraschungserfolg erzielt. Eines der unglaublichsten Dokumente des Nürnberger Prozesses sind in diesem Zusammenhang die *Allgemeinen Anordnungen* vom 4. April 1940, wie sie von der Kriegsmarineleitung ausgearbeitet wurden. Geheime Kommandosache. Elwyn Jones liest das erbeutete Schriftstück vor:

«Die Sperrbrecher sollen als Handelsdampfer getarnt mit gesetzten Lichtern unauffällig in den Oslofjord eindringen. Anrufe von Küstensignalstellen und Bewachern sind durch Vortäuschung englischer Dampfernamen zu beantworten. Die Tarnung als englische Fahrzeuge muss möglichst lange durchgeführt werden. Alle Morseanrufe norwegischer Schiffe werden in englischer Sprache erwidert. Auf Anfrage einen Text etwa folgenden Inhalts wählen: «Anlaufe Bergen zu kurzem Aufenthalt, keine feindlichen Absichten.»

Auf Anrufe ist mit englischen Kriegsschiffnamen zu antworten:

<i>Köln</i>	= H. M. S. <i>Cairo</i>
<i>Königsberg</i>	= H. M. S. <i>Calcutta</i>
<i>Karl Peters</i>	= H. M. S. <i>Faulknor</i>
<i>Leopard</i>	= H. M. S. <i>Halycon</i>
<i>Wolf</i>	= <i>british destroyer</i> (britischer Zerstörer)
<i>S-Boote</i>	= <i>british motor torpedo boats</i>

Vorsorge treffen, dass englische Kriegsflagge beleuchtet werden kann. Folgendes gilt als Anhalt und Richtlinie, wenn eine eigene Einheit sich gezwungen sieht, die Anrufe passierender Fahrzeuge zu beantworten:

Auf Aufforderung zum Stoppen: 1. *Please repeat last signal* (Bitte wiederholen Sie Ihr letztes Signal)! 2. *Impossible to withstand your signal* (Unmöglich, Ihr Signal zu verstehen).

Bei Warnungsschuss: *Stop firing; british ship! Good friend!* (Feuer einstellen; britisches Schiff! Gut Freund!)

Bei Fragen nach Zweck und Ziel: *Going Bergen, chasing German steamers!* (Wir sind auf dem Weg nach Bergen, jagen deutsche Dampfer!)

Trygve Lie, der spätere Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat noch als Oberbefehlshaber der norwegischen Streitkräfte eine Erklärung für das Nürnberger Gericht ausgearbeitet, aus der Jones vorliest: «Der deutsche Angriff kam überraschend, und alle überfallenen Städte entlang der Küste wurden planmässig mit nur geringen Verlusten besetzt. Der Plan (Quislings), den König, Mitglieder der Regierung und des Parlaments gefangenzunehmen, misslang trotz des unerwarteten Überfalles, und der Widerstand im ganzen Lande wurde organisiert.»

Sir Hartley Shawcross sagt abschliessend: «Aber so tapfer auch der Widerstand war, der eiligst im ganzen Lande organisiert wurde, so konnte doch gegen den lange geplanten Überraschungsangriff nichts getan werden. Am 10. Juni hörte der militärische Widerstand auf. Damit war ein weiterer Angriffsakt vollendet.»

Die Wirkung des Überfalls ist in der übrigen Welt ungeheuerlich. Selbst die Gutwilligsten, die den Angriff auf Polen noch mit deutschen Interessen in Danzig und im Korridor zu entschuldigen suchten, sind nun belehrt. Mit der Besetzung von Dänemark und Norwegen hat Hitler die ganze Welt gegen Deutschland in Stellung gebracht. Neville Chamberlain, gestern noch britischer Premierminister und inzwischen von Winston Churchill abgelöst, hat die Gefühle der Völker in einer Rede am 16. April 1940 zum Ausdruck gebracht. Er sagte: «Dies ist die letzte Missetat der Ausgeburt der Hölle in Deutschland! Jedes Opfer der deutschen Roheit fügt denen, die Deutschland bereits verurteilt haben, neue Millionen Menschen hinzu, die wissen, dass kein Volk sicher sein kann, bis dieser tolle Hund unschädlich gemacht ist.»

Doch Hitler, «dieser tolle Hund», kennt keine Massstäbe mehr. Kaum sind Dänemark und Norwegen überrannt, nimmt er seine weiter ausgreifenden Pläne wieder auf.

«Das nächste Dokument», sagt ein anderer britischer Ankläger, G. D. Roberts, «bezieht sich auf Hitlers Konferenz vom 23. Mai 1939. Es ist zunächst interessant, auf der ersten Seite festzustellen, wer zugegen war: der Führer, Göring, Admiral Raeder, Brauchitsch, Generaloberst Keitel und verschiedene andere, die nicht angeklagt sind. Der Zweck der Konferenz war eine Untersuchung der Lage. Dann

darf ich mich auf die dritte Seite beziehen: „Die holländischen und belgischen Luftstützpunkte müssen militärisch besetzt werden. Auf Neutralitätserklärungen kann nichts gegeben werden. Erstrebenswert ist es, eine neue Verteidigungslinie auf holländischem Gebiet bis Zuider-See zu gewinnen“[^]

Auf Neutralitätserklärungen kann nichts gegeben werden – und dabei ist der Grossadmiral anwesend, der Luftfahrtminister und Chef der deutschen Luftwaffe, und auch General Keitel. Alle sind anwesend, und alle ihre späteren Handlungen zeigen, dass sie damit einverstanden waren: Gib dein Wort und brich es! Das ist ihr Ehrenkodex . . .»

Vorsitzender: «Herr Roberts, es wäre besser, wenn Sie sich so weit wie möglich nur auf das Dokument beschränken würden.»

Die Mahnung von Lordrichter Lawrence führt die Verhandlung auf reine Tatsachen zurück: «Am 10. Mai 1940 begann ungefähr um fünf Uhr morgens der deutsche Einfall in Belgien, Holland und Luxemburg», sagt der britische Hauptankläger, Sir Hartley Shawcross.

Nach langem Schwanken, ob er zuerst im Westen oder im Osten Krieg führen soll, hat sich Hitler für den Westen entschieden. Mit rasch geführten Schlägen will er Frankreich und England niederstrecken, um sich dann endlich gegen die Sowjetunion wenden zu können.

Hitler und seine Strategen haben keine Möglichkeit gesehen, das als unüberwindlich geltende Befestigungswerk des Franzosen André Maginot zu durchbrechen. Deshalb wählen sie den Weg durch die neutralen, ungeschützten Länder Holland, Belgien und Luxemburg. Doch der Krieg gegen Frankreich ist nicht der einzige Grund für die Missachtung der drei Neutralen. Schon im Jahre 1938, am 25. August, hat Görings Luftwaffe eine Studie ausgearbeitet, eine Geheime Kommandosache, die im Nürnberger Gerichtssaal verlesen wird: «Für die Kriegsführung in Westeuropa», heisst es in dem lange vor Kriegsbeginn entstandenen Schriftstück, «gewinnt der belgisch-niederländische Raum, insbesondere als Vorfeld der Luftkriegsführung, eine gegenüber dem Weltkrieg erheblich gesteigerte Bedeutung. Belgien und die Niederlande in deutschen Händen bedeuten einen ausserordentlichen Vorteil in der Luftkriegsführung gegen Grossbritannien und Frankreich . . .»

Noch kurz vor Ausbruch des Krieges, am 26. August 1939, «wurden durch die deutschen Gesandten dem König der Belgier, der Königin der Niederlande und der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg in feierlicher Weise Erklärungen überreicht, die die betreffenden Regierungen der Absicht, ihre Neutralität zu respektieren, versicherten».

Damit erneuerte Deutschland sein schon 1937 gegebenes Garantversprechen. Sir Hartley Shawcross fährt fort: «Aber zur Armee sagte Hitler: ‚Wenn Holland und Belgien besetzt sind und gehalten werden, so ist ein erfolgreicher Krieg gegen England sichergestellt.‘ Am 6. Oktober wiederholt Hitler seine Freundschaftsversicherungen Belgien und Holland gegenüber. Am 9. Oktober 1939 jedoch gab Hitler eine Weisung für die Führung des Krieges heraus. Er sagte darin Folgendes: ‚Für die Weiterführung der militärischen Operationen befehle ich: Am Nordflügel der Westfront ist durch den luxemburgisch-belgischen und holländischen Raum eine Angriffsoperation vorzubereiten. Dieser Angriff muss so stark und so frühzeitig als möglich geführt werden. Zweck dieser Angriffsoperation ist es, möglichst viel holländischen, belgischen und nordfranzösischen Raum als Basis für eine aussichtsreiche Luft- und Seekriegsführung gegen England zu gewinnen^

Nichts könnte das Ziel, das hinter der Invasion dieser drei Länder stand, klarer umschreiben, als dieses Dokument es zum Ausdruck bringt. Die einzige Schuld dieser drei unglücklichen Länder war, dass sie dem deutschen Eindringling bei seinem Vorhaben gegen England und Frankreich im Wege standen – und das genügte, um sie zu überfallen.»

Hitler nimmt sich nicht mehr die Mühe, einen glaubwürdigen Vorwand zu erfinden. Er legt eine alte Walze auf und denkt, sie sei gut genug: Während seit 4 Uhr 30 die deutsche Wehrmacht im Vormarsch ist, spiegeln die Ereignisse in Belgien das beschämende Vorgehen Hitlers in allen drei überfallenen Ländern wider. Der britische Ankläger Roberts verliert in Nürnberg einen offiziellen Bericht der belgischen Regierung darüber:

«Um 8 Uhr 30 kam der deutsche Botschafter in das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Als er das Zimmer des Ministers betrat, begann er, ein Papier aus der Tasche zu ziehen. Herr Spaak (der belgische Außenminister) unterbrach ihn:

‚Verzeihung, Herr Botschafter, ich spreche zuerst! Herr Botschafter, die deutsche Armee hat soeben unser Land angegriffen. Es ist das zweite Mal in fünfundzwanzig Jahren, dass Deutschland einen verbrecherischen Angriff auf ein neutrales und loyales Belgien unternommen hat. Was soeben geschehen ist, ist vielleicht noch abscheulicher als der Überfall von 1914. Kein Ultimatum, keine Note, kein Protest irgendwelcher Art wurde je zuvor der belgischen Regierung übermittelt. Erst durch den Angriff selbst hat Belgien erfahren, dass Deutschland die von ihm am 13. Oktober 1937 gegebenen und bei Kriegsausbruch freiwillig erneuerten Garantien verletzt hat. Der deutsche Angriffsakt, für den es keinerlei Rechtfertigung gibt, wird das Gewissen der Welt tief erschüttern. Die Geschichte wird

Deutschland verantwortlich machen. Belgien ist entschlossen, sich zu verteidigen. Seine Sache, die die des Rechtes ist, kann nicht verloren sein.»

Der Botschafter konnte dann den Inhalt der von ihm überreichten Note verlesen: ‚Ich bin von der Reichsregierung angewiesen«, sagte er, ‚die folgende Erklärung abzugeben: Um der Invasion Belgiens, Hollands und Luxemburgs zuvorzukommen, für die Grossbritannien und Frankreich deutlich gegen Deutschland gerichtete Vorbereitungen getroffen haben, sieht sich die Deutsche Reichsregierung genötigt, die Neutralität der drei genannten Länder mit Waffengewalt sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird die Reichsregierung Streitkräfte grössten Umfanges einsetzen, so dass jeglicher Widerstand nutzlos ist. Im Falle irgendwelchen Widerstandes setzt Belgien die Zerstörung seines Landes und seine Unabhängigkeit aufs Spiel. . .‘

Mitten in dieser Mitteilung unterbrach Herr Spaak den Botschafter: ‚Übergeben Sie mir das Dokument«, sagte er, ‚ich möchte Ihnen eine so peinliche Aufgabe gerne ersparen.« Nach Durchlesen der Note beschränkte sich Herr Spaak darauf, zu bemerken, dass er bereits mit dem soeben geäusserten Protest geantwortet habe.»

Fast ebenso peinlich wie die Unterredung in den Morgenstunden des 10. Mai 1940 ist eine Zeugenvernehmung im Nürnberger Gerichtssaal, das Kreuzverhör des britischen Anklägers Roberts mit dem ehemaligen Fliegergeneral Erhard Milch.

Roberts: «Sie waren bei einer Besprechung anwesend, die am 23. Mai 1939 in der Reichskanzlei abgehalten worden ist. Ich möchte Sie daran erinnern, wer ausserdem noch anwesend war: Es waren der Führer, Göring, Raeder, von Brauchitsch, Keitel, Halder, General Bodenschatz, Warlimont. Es handelte sich durchwegs um Führer der deutschen Streitkräfte. Stimmt das?»

Milch: «Ja.»

Roberts: «Würden Sie sie auf Grund Ihrer Kenntnis als Ehrenmänner bezeichnen?»

Milch: «Jawohl.»

Roberts: «Ist es eine der Eigenschaften eines Ehrenmannes, sein Wort zu halten?»

Milch: «Jawohl.»

Roberts: «Sie wussten doch, nicht wahr, dass Deutschland sein Wort gegeben hatte, die Neutralität Belgiens, Hollands und Luxemburgs zu respektieren?»

Milch: «Ich nehme das an, ich kenne die einzelnen Verabredungen nicht, aber ich nehme es an.»

Roberts: «Wissen Sie nicht, dass kaum einen Monat vor dieser Sitzung, also am 28. April, Hitler im Reichstag eine Versicherung abge-

geben hatte, die Neutralität einer grossen Anzahl europäischer Länder zu respektieren, einschliesslich der drei von mir erwähnten Länder?»

Milch: «Ich nehme an, jawohl.»

Roberts: «Erinnern Sie sich, dass bei der Besprechung Hitler die folgenden Worte gebrauchte: ‚Die holländischen und belgischen Luftstützpunkte müssen militärisch besetzt werden. Auf Neutralitätserklärungen kann nichts gegeben werden. Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle.‘ Erinnern Sie sich, dass diese Worte gebraucht worden sind?»

Milch: «Ich kann mich nicht genau daran erinnern, in welchem Wortlaut gesprochen wurde.»

Roberts: «Wurde von einem dieser Ehrenmänner Protest erhoben gegen den Bruch von Deutschlands gegebenem Wort?»

Milch: «Bei dieser Besprechung war es für keinen der Anwesenden möglich, überhaupt zu sprechen, sondern Hitler stand an einem Pult vor uns und hielt eine Ansprache, und nach der Ansprache ging er weg. Eine Aussprache hat nicht stattgefunden, wurde von ihm nicht zugelassen.»

Roberts: «Sie meinen, Zeuge, es war für einen Ehrenmann unmöglich, seine Ehre zu schützen?»

Milch: «Ich kann mich eben an den Wortlaut dessen, was Hitler gesagt hat, nicht genau erinnern . . .»

Wie dem auch sei, das Oberkommando der Wehrmacht tut ganze Arbeit. Achtzehn Tage nur vermag Belgien Widerstand zu leisten, ehe König Leopold III. sich gezwungen sieht, die Kapitulation zu unterschreiben. Vier Tage dauert der Widerstand der Niederlande.

«Um den Feldzug in den Niederlanden so rasch wie möglich zu beenden», erklärt Hermann Göring im Zeugenstand, «hatte ich den Einsatz der Fallschirmdivision in den Rücken des gesamten holländischen Aufmarsches gegen Deutschland vorgeschlagen, vor allem, um die drei entscheidenden Brücken bei Moerdijk, Dordrecht und Rotterdam in die Hand zu bekommen. Während bei Moerdijk und Dordrecht die Sache schnell überwunden wurde, geriet der Teil in Rotterdam in eine schwierige Lage. Er wurde zunächst von holländischen Kräften eingeschlossen.»

Damit tritt einer der Fälle des Krieges ein, die später immer neues Unheil gezeugt und heraufbeschworen haben: das Luftbombardement von Rotterdam. Die Verwüstung der Stadt durch Görings Luftwaffe, der tausendfältige Tod der Zivilbevölkerung unter Trümmern, Bomben und Bränden wird zum schrecklichen Symbol einer Entwicklung, die in Coventry und London, in Dresden und Berlin ihre entsetzlichen Höhepunkte fand. Generalfeldmarschall Albert Kes-

selring ist im Nürnberger Gerichtssaal zu diesen Vorgängen als Zeuge befragt worden. Zunächst von Görings Verteidiger.

Dr. Stahmer: «Waren Sie an dem Angriff auf Rotterdam beteiligt?»

Kesselring: «Als Luftwaffenchef 2, der ich inzwischen geworden war. Das Luftlandekorps befehligte General Student, der auch die Unterstützung seiner Fallschirme durch einen Bombenangriff anforderte. Der Angriff wurde planmässig und zeitgemäss durchgeführt. Wenn tatsächlich gegen meine innere Überzeugung der Angriff nicht mehr der Lage entsprochen haben sollte, so ist das ausserordentlichzubedauern. Ich stelle hier jedoch eindeutig fest, dass dieser Fall dann unter die Fälle zu rechnen ist, die zu den unabwägbareren Zufälligkeiten im Kriegsgeschehen gehören, und die leider, wie es die Aussenwelt nicht weiss, bei allen Wehrmachtteilen aller Länder häufiger vorkommen, als man erwarten sollte.»

Dr. Stahmer: «Worauf ist es zurückzuführen, dass es noch zu grossen Bränden in der Stadt Rotterdam kam?»

Kesselring: «Es ist eine Erfahrungstatsache des Krieges, dass die Hauptzerstörungen nicht durch Bombenangriffe schlechthin, sondern durch die Verbreitung des Brandes eintreten. Leider hat hier eine Bombe eine Margarinefabrik getroffen, so dass dieses Öl ausgeflaut ist und den Brand weiterverbreitet hat.»

Dr. Stahmer: «Welche militärischen Folgen hatte dieser Angriff hervorgerufen?»

Kesselring: «Die unmittelbare Folge war die Kapitulation der holländischen Armee.»

Im Kreuzverhör durch den britischen Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe wird das Bombardement von anderer Seite beleuchtet.

Sir David: «Wissen Sie, zu welcher Tageszeit die Bombardierung Rotterdams begann?»

Kesselring: «Meines Wissens in den frühen Mittagsstunden, so um 14 Uhr, glaube ich.»

Sir David: «Wissen Sie, dass seit 10 Uhr morgens Verhandlungen über die Kapitulation im Gange waren?»

Kesselring: «Nein.»

Sir David: «Wussten Sie, dass um 12 Uhr 15 ein holländischer Offizier zu den deutschen Linien hinüberging und mit General Schmidt und General Student zusammentraf, und dass General Schmidt die vorgeschlagenen Bedingungen der Kapitulation um 12 Uhr 35 schriftlich niederlegte?»

Kesselring: «Nein, unbekannt.»

Sir David: «Das wurde Ihnen niemals mitgeteilt?»

Kesselring: «Nicht mitgeteilt, zumindest mir nicht in Erinnerung.»

Sir David: «Sie sehen, Zeuge, es sind 55 Minuten vor dem Beginn des Bombardements und . . .»

Kesselring: «Das Wesentliche wäre gewesen, dass von Seiten des Generals Student der Angriff als solcher abgesagt worden wäre. Diese Absage des Angriffs ist an mich nicht gekommen, auch nicht an den Verband.»

Sir David: «Wenn man diese Mitteilung an die Flugzeuge weiterleiten und die Bombardierung hätte aufhalten wollen, hätte dies doch leicht durch Funkverkehr geschehen können?»

Kesselring: «Meines Erachtens ja.»

Sir David: «Nun behaupte ich, dass jedermann diese Bombenflugzeuge herüberfliegen sah. Student sah die Bomber herüberfliegen. Sie wissen das doch, nicht wahr?»

Kesselring: «Ja.»

Sir David: «Wenn dieser Angriff irgendeine taktische Bedeutung zur Unterstützung Ihrer Truppen gehabt hätte, hätte er abgeblasen werden können, nicht wahr?»

Kesselring: «Jawohl, wenn die taktische Lage hier bekannt gewesen wäre.»

Sir David: «Wenn in ehrlich gemeinten Verhandlungen Kapitulationsbedingungen vereinbart worden sind, kann man von einem Soldaten erwarten, dass er den Angriff abbläst, nicht wahr?»

Kesselring: «Wenn keine andere Bestimmungen vereinbart waren, ja.»

Sir David: «Wenn man die Möglichkeit gehabt hätte, den Angriff abzublasen, wäre nichts leichter gewesen, als dies tatsächlich durchzuführen. Ich möchte ganz klar zum Ausdruck bringen, dass der Angriff auf Rotterdam den Zweck verfolgte, die Holländer durch Terror zur Kapitulation zu zwingen.»

Trotz dieser Darstellungen ist es nötig, auch noch zu Ende zu hören, was Göring selbst im Zeugenstand sagt: «Ich befahl der Luftflotte den Einsatz eines Geschwaders. Das Geschwader startete in drei Gruppen, eine Gruppe hatte etwa 25 bis 30 Flugzeuge. Als die erste Gruppe kam, war die Kapitulationsverhandlung in Gang, aber mit noch keinem klar erkenntlichen Ziel. Trotzdem wurden rote Leuchtsignale abgeschossen. Die erste Gruppe fasste diese Leuchtsignale nicht auf, sondern warf verabredungsgemäss ihre Bomben genau in jenen Teil, der befohlen war. Die zweite und dritte darauffolgende Gruppe erfasste die roten Leuchtzeichen, machte kehrt und warf ihre Bomben nicht ab. Eine Funkverbindung zwischen Rotterdam über mein Hauptquartier, Luftflotte 2, zur Division, Divisionsgeschwader-Bodenstelle. Von hier war eine Funkverbindung zu den Flugzeugen gegeben. Das Wesentliche aber ist, dass Rotterdam zu

den Flugzeugen direkt nicht funken konnte und deshalb rote Leuchtsignale abgeschossen hat.

Die grosse Zerstörung erfolgte nicht durch Bomben, sondern, wie gesagt, durch Brand. Das Ausbreiten des Feuers hatte seinen Grund durch die Entzündung dieser grossen Mengen von Fetten und Öl. Zum zweiten, ich möchte das ausdrücklich betonen, hätte bei einem energischen Eingreifen der Rotterdamer Feuerwehr die Ausbreitung des Brandes durchaus, trotz auftretenden Sturmes, verhindert werden können . . .»

Damit ist das Thema in Nürnberg verlassen worden. Die Zeitereignisse des Jahres 1940 dulden keinen längeren Aufenthalt. In Frankreich stossen die Panzerkeile der deutschen Wehrmacht vor.

5 SEELÖWE, ANFANG VOM ENDE

Wie Goebbels später millionenfach verbreiten lässt, war es die Genialität des «grössten Feldherrn aller Zeiten», die zum überraschend schnellen Sieg iruFrankreich geführt hat. Inzwischen ist es allerdings eine geschichtlich feststehende Tatsache, dass nicht Hitler, sondern General Erich von Manstein den Plan entworfen hat, dem sein französischer Gegenspieler, General Maurice Gamelin, nicht gewachsen war.

Fünf Tage nach Beginn der deutschen Invasion telefoniert der französische Ministerpräsident Paul Reynaud verzweifelt mit London. Das Gespräch hat Churchill in der Privatwohnung erreicht.

«Wir sind geschlagen!» ruft Reynaud. «Wir haben die Schlacht verloren . . .»

«Das kann doch unmöglich so schnell gekommen sein», antwortet Churchill völlig überrascht.

«Unsere Front ist bei Sedan durchbrochen», erklärt der französische Regierungschef. «Die Deutschen strömen mit grossen Infanteriemassen hinter den Panzern durch . . .»

«Hören Sie!» ruft Churchill in den Apparat. «Wir müssen durchhalten . . .»

Aber Reynaud hat schon aufgegeben: «Die feindlichen Kräfte sind zu stark und zu schnell», sagt er. «Sie operieren mit Sturzkampfbombern zusammen. Es ist vernichtend. Der Keil wird stündlich breiter und stärker, Richtung Laon-Amiens. Wir sind besiegt. Wir haben die Schlacht verloren . . .»

Es nützt nichts, dass General Gamelin durch General Maxime Weygand ersetzt und dieser kurz darauf von Marschall Henri Pétain abgelöst wird: Frankreich bricht zusammen. Das britische Expeditionskorps ist im Hafen von Dünkirchen zusammengedrängt und

sieht seiner Vernichtung durch die nachstossenden Kräfte des Generals Ewald von Kleist entgegen. Da rettet sie ein Wunder.

Karl von Rundstedt, der Oberkommandierende der Heeresgruppe Mitte, wird aus dem Führerhauptquartier angerufen. Das Gespräch ist überliefert. Hitler selbst hat sich eingeschaltet; die Stimme am anderen Ende der Leitung sagt:

«Herr General, ich habe Ihnen einen Befehl des Führers zu übermitteln. Betrifft Ihre weiteren Operationen im Raum Dünkirchen. Geben Sie an die Panzergruppe Kleist den Befehl weiter, die Linie des St.-Omer-Kanals nicht zu überschreiten.»

«Das ist doch wohl nicht Ihr Ernst!» ruft Rundstedt wie vor den Kopf geschlagen. «Unsere Panzerdivisionen befinden sich in zügigem Vorgehen auf die Stadt!»

«Der Kanal darf nicht überschritten werden», beharrt die Stimme aus dem Führerhauptquartier.

«Das ist völlig unmöglich!» sagt Rundstedt.

«Es handelt sich um einen persönlichen Befehl des Führers!»

«Dann – Ende.»

«Ende.»

Die deutschen Panzer bleiben stehen. Kleist, der den Befehl zu umgehen versucht hat und noch weiter vorgestossen ist, muss seine Verbände auf die vorgeschriebene Linie zurückziehen. So können die Briten fast ihr gesamtes Expeditionsheer – rund 338'000 Soldaten – einschiffen und auf ihre Insel zurückbringen.

Die Ursache für das «Wunder von Dünkirchen», das nur Propagandaminister Goebbels zu einer vernichtenden Niederlage der Briten gestempelt hat, ist heute eindeutig geklärt: Göring hatte bei Hitler darauf gedrängt, Dünkirchen der Luftwaffe zu überlassen. Er dachte, seine Flieger könnten es allein schaffen, und Hitler stimmte ihm bei. Doch nachdem die Öltanks im Hafen von Dünkirchen zu brennen begonnen haben, liegt tagelang eine dichte Rauchwolke über dem Gelände – und Görings Luftwaffe kann nicht einmal mehr sehen, wie sich die Streitkräfte von Lord Gort unter dem Schutz des Qualms dem Zugriff entziehen.

Das gerettete Elitekorps wird bald darauf zum Grundpfeiler der Inselverteidigung und zu einem der Hauptgründe dafür, weshalb Hitler es nicht wagen kann, nach der Niederwerfung Frankreichs Grossbritannien anzugreifen. Churchill selbst bestätigt das schon am 4. Juni 1940 in einer Unterhausrede: «Wenn wir die Frage der Verteidigung unseres Landes gegen eine Invasion aufwerfen, so ist natürlich die Frage entscheidend, dass wir derzeit auf der Insel unvergleichlich stärkere Streitkräfte besitzen, als wir sie in irgendeinem Augenblick dieses Krieges besessen haben.»

Görings Ehrgeiz und die Kurzsichtigkeit des «grössten Feldherrn

aller Zeiten» haben damit schon in Dünkirchen die spätere Wende des Krieges begründet.

Am 22. Juni 1940 feiert Hitler seinen scheinbar grössten Triumph. An diesem Tag unterschreiben die Franzosen im Walde von Compiègne die deutschen Waffenstillstandsbedingungen. Wie aus Wochenschauaufnahmen und von Fotografien bekannt ist, führt Hitler bei dieser Gelegenheit einen Freudentanz auf und schlägt sich lachend auf die Schenkel. Er ist überzeugt, dass der Krieg endgültig gewonnen ist und Grossbritannien klein begeben muss.

Diese Illusion bricht gleich darauf zusammen. Aus London ertönt dumpf und entschlossen Churchills Stimme: «Obgleich grosse Gebiete von Europa und viele alte, ruhmreiche Staaten unter das Joch der Gestapo und der scheusslichen Naziherrschaft gefallen sind oder noch fallen mögen, werden wir nicht wanken noch weichen. Wir werden bis ans Ende durchhalten. Wir werden unsere Insel verteidigen, was es auch kosten mag. Wir werden an den Küsten kämpfen, auf den Landungsplätzen, auf den Feldern und in den Strassen und auf den Hügeln. Wir werden uns niemals ergeben. Und selbst wenn, was ich keinen Augenblick glaube, diese Insel oder ein grosser Teil von ihr unterjocht und ausgehungert werden sollte, dann würde unser Reich jenseits des Meeres den Kampf fortsetzen.»

Hitler antwortet mit einer Geheimanweisung an Keitel und Jodl. Sie trägt das Datum vom 16. Juli 1940 und wird im Nürnberger Gerichtssaal verlesen: «Da England trotz seiner militärisch aussichtslosen Lage noch keine Anzeichen einer Verständigungsbereitschaft zu erkennen gibt, habe ich mich entschlossen, eine Landungsoperation gegen England vorzubereiten und, wenn nötig, durchzuführen. Die englische Luftwaffe muss moralisch und tatsächlich so weit niedergekämpft sein, dass sie keine nennenswerte Angriffskraft dem deutschen Übergang gegenüber mehr zeigt.»

Der britische Hauptankläger Sir Hartley Shawcross fügt hinzu:

«Der Angeklagte Göring und seine Luftwaffe machten zweifellos die stärksten Anstrengungen, diese Bedingung zu erfüllen. Aber obgleich die Bombardierung der Städte Englands und seiner Dörfer durch den düsteren Winter 1940-1941 hindurch fortgesetzt wurde, kam der Feind schliesslich doch zu der Einsicht, dass England mit diesen Mitteln nicht unterjocht werden könne.»

Das Unternehmen *Seelöwe* – das ist der Deckname für Hitlers Englandplan – wird zur ersten entscheidenden Niederlage. Der *Blitz*, wie Görings Luftschlacht um die britische Insel genannt wird, ist eine Kette von Verlusten. Zum erstenmal in diesem Krieg stösst Hitler auf einen Gegner, den er nicht einfach niederwerfen kann. General Ironside, zu dieser Zeit britischer Oberkommandierender, lässt auf Weisung Churchills ganz Grossbritannien in einen Igel verwan-

dein. Jeder Mann, jede Frau, jedes Kind, jeder Greis wird mit Verteidigungsaufgaben betraut, jede Flinte wird zur Waffe, jedes Haus ein von Sandsäcken starrer Bunker, jeder Golfplatz zum Minenfeld, jeder Landstreifen zum Panzergraben. Die Flugzeugproduktion – im Januar noch 802 Maschinen – schnell bis zum Juni auf 1591 empor.

«Die Insel ist ein Hornissennest», sagt Churchill.

«Herr Churchill hat offenbar die aussichtslose Situation Englands noch nicht eingesehen», meint Hitler am 21. Juli 1940 bei einer Besprechung im Führerhauptquartier. Die Zusammenkunft dient den Vorbereitungen zur Landung. Aus den Dokumenten ist ersichtlich, was dabei gesprochen wurde. Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Raeder, stellt in der Diskussion folgende Frage:

«Es interessiert mich, zu wissen, ob der Herr Reichsmarschall glaubt, folgende Aufgaben übernehmen zu können: 1. die britische Luftwaffe in ihrer Hauptmacht zu vernichten, und 2. die britische Flotte am Angriff auf die Landungstruppen zu hindern?»

Göring: «Ich halte diese Frage für völlig überflüssig. Innerhalb kürzester Frist werde ich den totalen Luftkrieg proklamieren und von heute auf morgen 2'500 Kampfflugzeuge über die britischen Inseln herfallen lassen. An der Luftwaffe wird jedenfalls die Invasion nicht scheitern.»

Hitler: «Es muss möglich sein, in den ersten vier Tagen zehn Divisionen an Land zu bringen, ausreichend zur Bildung eines stabilen Brückenkopfes. Acht Tage nach Invasionsbeginn hat mit ausreichenden Reserven im Brückenkopf der erste Vorstoss auf einer Linie etwa von der Themsemündung südlich von London vorbei nach Portsmouth zu erfolgen.»

Jodl: «Nach den bisherigen Unterlagen soll der ersten Invasionswelle die 6. Armee folgen. Die Marine erklärt, dass sie innerhalb von sechs Wochen den Grossteil von nur 25 Divisionen nach England überführen könne. Hier besteht doch ein Widerspruch.»

Hitler: «Es ist keine Rede von nur 25 Divisionen! Wir müssen mindestens 40 Divisionen auf die Insel bringen.»

Raeder: «Für 40 Divisionen kann die Marine keine Transportgarantien geben.»

Halder: «Dann ist das kompletter Selbstmord. Ich könnte die gelandeten Truppen ebensogut durch eine Hackmaschine gehen lassen!»

Aber Hitler lässt nicht locker. Mit Hochdruck werden Vorbereitungen getroffen, selbst Flussdampfer und Rheinschlepper bekommen provisorische Einrichtungen für den Landungseinsatz, überall im Westen sind die deutschen Truppen mit Verschiffungs- und Invasionsübungen beschäftigt.

Am 15. August 1940 beginnt Görings *Blitz*. Mit 2'600 Flugzeugen aller Art greift er Südengland an. Davon werden 76 Maschinen, meistens Bomber, von den Briten abgeschossen – der erste bittere Vorgeschmack von der Schlagkraft der Royal Air Force. Es gelingt der Luftwaffe auch in den folgenden Wochen und Monaten nicht, die Luftherrschaft über dem Kanal oder über Grossbritannien herzustellen. Die pausenlosen Luftangriffe auf London bleiben weit davon entfernt, die Insel kapitulationsreif zu machen. Göring muss Verluste einstecken, die sich nie mehr aufholen lassen: innerhalb von drei Monaten verliert er 2'500 Flugzeuge über England, und mit ihnen die Elite der Besatzungen.

Trotzdem ruft Hitler noch am 4. September 1940 im Berliner Sportpalast aus: «Was auch kommen mag, England wird niederbrechen, so oder so. Wir werden ihre Städte ausradieren! Und wenn man in England sehr neugierig ist und fragt: Ja, warum kommt er denn nicht?, dann sage ich: Beruhigt euch, er kommt!»

Und Joachim von Ribbentrop, Hitlers Aussenminister, versichert bei einem Besuch in Rom: «Entgegen den Vorhersagen der Meteorologen ist das Wetter für grossangelegte Operationen gegen England in den letzten Wochen ausserordentlich ungünstig gewesen. Trotzdem, Duce, hat Deutschland die Überlegenheit in der Luft erkämpft.»

Nur der deutsche Admiralstab gibt sich keinen Illusionen mehr hin. Am 10. September 1940 bringt er in einer Beurteilung kühl zu Papier: «Es bestehen keine Anzeichen für die Niederlage der feindlichen Luftwaffe über Südengland und in der Kanalzone, und das ist für die weitere Beurteilung der Lage von entscheidender Bedeutung.»

Hitler selbst muss schliesslich einsehen, dass er Grossbritannien im gegenwärtigen Augenblick nicht besiegen kann. In Nürnberg hat Kesselring abschliessende Angaben darüber gemacht, als er von dem amerikanischen Hauptankläger befragt wurde.

Jackson: «Haben Sie nicht die Invasion von England befürwortet, und war die Luftwaffe nicht bereit?»

Kesselring: «Die Luftwaffe war unter gewissen Voraussetzungen bereit, diese Aufgabe zu erfüllen.»

Jackson: «Und Sie haben dem Reichsmarschall sehr dringend geraten, mit der Invasion sofort nach Dünkirchen zu beginnen, nicht wahr?»

Kesselring: «Ja, ich habe diese Auffassung auch noch später vertreten.»

Jackson: «Und die Invasion wurde nur deshalb nicht ausgeführt, weil die Ausrüstung mit Seefahrzeugen nicht ausreichend war?»

Kesselring: «Jawohl.»

Aber Marinechef Erich Raeder sagt im gleichen Zeugenstand: «Im

Laufe des September 1940 glaubten wir noch daran, dass die Landung durchgeführt werden könnte. Als Vorbedingung aber wurde anerkannt, dass dazu die Luftherrschaft auf unserer Seite sein müsste. Es stellte sich heraus, dass die Luftherrschaft nicht in genügendem Masse hergestellt werden konnte, und infolgedessen wurde gesagt, dass die Landung auf das Frühjahr des nächsten Jahres verschoben werden sollte.»

Ausserdem ergeben sich plötzlich eine Menge anderer Notwendigkeiten. Italien, das sich bisher als «mit Deutschland verbündet, aber nicht kriegführend» bezeichnet hat, ist am 10. Juni 1940 doch in den Krieg eingetreten, um sich noch ein Beutestück aus dem zusammenbrechenden Frankreich zu sichern. Im Oktober des gleichen Jahres unternimmt Mussolini einen Angriff gegen Griechenland, und bald muss ihm die deutsche Wehrmacht zu Hilfe kommen, weil sich die Griechen überlegen zeigen. Ebenso muss sich Hitler dazu entschliessen, Italien in Afrika beizustehen.

Sein eigentliches Ziel bleibt aber unverrückbar bestehen: die Vernichtung der Sowjetunion. Noch während die Luftschlacht um Grossbritannien tobt, gibt Hitler am 18. Dezember 1940 seine berühmte *Weisung 21* heraus. Sie wird ebenfalls in Nürnberg verlesen: «Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Vorbereitungen sind schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15. Mai 1941 abzuschliessen.» Das Dokument trägt Hitlers Unterschrift und ist von Jodl und Keitel gegengezeichnet. Deckname für den Angriff ist *Fall Barbarossa*.

Doch noch ehe der 15. Mai heranrückt, lässt sich Hitler in andere Verwicklungen ein, so dass dieser Termin zurückgestellt werden muss. Jugoslawien tritt dem Dreimächtepakt Berlin-Rom-Tokio bei, erlebt kurz darauf einen Regierungssturz – und nun muss die Wehrmacht wieder einmal marschieren.

Am 27. März 1941 hält Hitler mit den Oberbefehlshabern eine Besprechung ab. «Unter den Anwesenden», sagt der britische Ankläger H. J. Phillimore, «befanden sich der Reichsmarschall, der Angeklagte Keitel, der Angeklagte Jodl und der Angeklagte Ribbentrop. Ich möchte einen Teil von Hitlers Erklärung verlesen: ‚Führer ist entschlossen, Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen. Angriff wird beginnen, sobald die hierfür geeigneten Mittel und Truppen bereitstehen.‘

Und dann haben wir auf Seite 5 der Urkunde eine kurze Stelle, die ich verlesen möchte: ‚Der Luftwaffe kommt als Hauptaufgabe zu, so frühzeitig wie möglich beginnend, die jugoslawische Fliegerbodenorganisation zu zerschlagen und die Hauptstadt Belgrad in rollenden

Angriffen zu zerstören.' Natürlich wissen wir heute, wie erbarmungslos dieses Bombardement ausgeführt wurde, als die Wohnbezirke Belgrads um sieben Uhr am 6. April bombardiert wurden.»

Am 6. April 1941, dem Tag der Verwüstung Belgrads, marschiert Hitler auch über die Grenzen Griechenlands. Einmal, um den dort festgefahrenen und bedrohten italienischen Streitkräften zu Hilfe zu kommen, zum anderen aber auch, um zu verhindern, dass die Briten den Griechen beistehen und sich auf der Halbinsel festsetzen.

Blitzschnelles Handeln war notwendig, wie Hitler sich ausdrückt, aber in Nürnberg weist Sir Hartley Shawcross nach, dass es sich wieder einmal um einen von langer Hand vorbereiteten Überfall handelt: «Am 12. November 1940 wies Hitler in einem streng geheimen Befehl das Oberkommando des Heeres an, Vorbereitungen zur Besetzung Griechenlands zu treffen. Am 13. Dezember erliess Hitler eine Weisung über die *Aktion Marita*, wie die Invasion Griechenlands genannt werden sollte. In dieser Weisung wurde erklärt, dass die Invasion Griechenlands geplant wäre und stattfinden sollte, sobald sich die Wetterbedingungen günstig gestalteten.»

Der Krieg nimmt immer ungeheuerlichere Ausmasse an. Zerstörungswut und Grausamkeit nehmen zu. Ein furchtbares Gleichnis dafür sind die Geschehnisse auf der griechischen Insel Kreta. Im Gerichtssaal von Nürnberg wird aus einem Bericht der griechischen Regierung vorgetragen: «Bald nach der Einnahme der Insel Kreta durch die Deutschen wurden die ersten Vergeltungsmassnahmen durchgeführt: Eine grosse Anzahl meist ganz unschuldiger Menschen wurde erschossen, und die Dörfer Skiki, Brassi und Kanades wurden niedergebrannt als Vergeltungsmassnahme für die Tötung einiger deutscher Fallschirmjäger durch Angehörige der dortigen Polizei während der Invasion der Insel Kreta. Wo früher diese Ortschaften gestanden hatten, wurden Gedenktafeln mit folgender Aufschrift in griechischer und deutscher Sprache errichtet: ‚Zerstört als Vergeltungsmassnahme für die bestialische Ermordung eines Zuges von Fallschirmjägern und eines Pionierhalbzuges aus dem Hinterhalt durch bewaffnete Männer und Frauen.‘»

Der Krieg zeigt sein nacktes Gesicht. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion fallen dann auch die letzten Schranken. Hitler hat längst den Boden der Wirklichkeit verlassen. «Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen» ist bei ihm zur Wahnidee geworden. Wie katastrophal für das deutsche Volk er sich dabei verrechnet, geht aus einigen seiner Äusserungen hervor.

Zu Jodl sagt er: «Wir brauchen die Tür nur einzutreten, und das ganze morsche Gebäude kracht zusammen.»

Zu den Oberbefehlshabern am 31. Juli 1940: «Je eher Rußland zer schlagen ist, desto besser. Der Angriff hat nur Zweck, wenn der rus-

sische Staat mit einem Schlag bis in seine Wurzeln erschüttert wird. Wenn wir im Mai 1941 losschlagen, haben wir fünf Monate Zeit, um die Sache zu erledigen.»

«Im März 1941», sagt Sir Hartley Shawcross in Nürnberg, «waren die Pläne bereits so weit vorgeschritten, dass darin Bestimmungen aufgenommen waren, nach welchen das russische Gebiet in neun Einzelstaaten unter der Verwaltung von Reichskommissaren aufgeteilt werden sollte. Zur selben Zeit bestanden detaillierte Pläne für die wirtschaftliche Ausnutzung des Landes unter Aufsicht des Angeklagten Göring. Es ist bezeichnend, dass am 2. Mai 1941 eine Besprechung von Staatssekretären hinsichtlich des Planes *Barbarossa* stattfand. Während dieser Besprechung wurde Folgendes festgestellt: ‚Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im dritten Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. Hierbei werden zweifellos -zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.‘ Darüber machte man sich aber anscheinend keine Sorgen.»

Es gibt keine Masslosigkeit, zu der sich Hitler in diesen Tagen nicht hinreissen liesse. Während *Barbarossa* vor der Tür steht und England zu den Akten gelegt worden ist, befasst er sich in neuen Weisungen mit neuen Eroberungen: Unter dem Decknamen *Felix* wird ein Handstreich gegen Gibraltar erwogen, unter dem Tarnwort *Isabella* die Besetzung Portugals. Kein Fleck Europas ist mehr sicher.

Wissen die Russen, was ihnen bevorsteht? Noch im November 1940 kommt der sowjetische Aussenkommissar Wjatscheslaw M. Molotow zu einem Besuch nach Berlin. Der Partner des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes wird von seinem Kollegen Ribbentrop mit dem Worten empfangen: «Keine Macht der Erde kann etwas an der Tatsache ändern, dass für das Britische Reich nunmehr der Anfang vom Ende gekommen ist. England ist geschlagen, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann es schliesslich seine Niederlage zugeben wird.»

In diesem Augenblick geben die Sirenen Fliegeralarm. Ribbentrop muss seinen Gast wohl oder übel in den Keller bitten und dort das Gespräch fortführen. Nachher meint Molotow etwas belustigt: «Wenn England geschlagen und machtlos ist, weshalb haben wir dann diese Unterhaltung im Luftschutzbunker geführt?»

Noch ein anderer Gast kommt um diese Zeit nach Berlin: der Aussenminister des verbündeten Japan, Josuke Matsuoka. Er ist über Hitlers wahre Absichten ebenso im Ungewissen wie der italienische Bundesgenosse des Dreierpaktes. Aber er ahnt schliesslich, was gespielt wird, und hebt entsetzt den Kopf, als ihm Ribbentrop sagt: «Wenn die Sowjetunion eines Tages eine Haltung einnehmen sollte,

die Deutschland als Drohung ansieht, dann wird der Führer Russland zerschlagen.»

Matsuoka fährt anschliessend nach Moskau und schliesst dort einen Neutralitätspakt zwischen der Sowjetunion und Japan ab. Er hat die wahnwitzigen Illusionen erkannt, denen man sich in Berlin bezüglich der russischen Stärke hingibt, und will wenigstens sein eigenes Land aus diesem Abenteuer heraushalten.

6 UNTERNEHMEN BARBAROSSA

Zwei Schreibmaschinenzeilen, die inhaltsschwersten für das deutsche Volk, werden im Nürnberger Prozess von dem amerikanischen Anklagevertreter Sidney S. Alderman verlesen. Sie stammen aus einer Geheimen Kommandosache und lauten: «Zeitplan Barbarossa. Der Führer hat entschieden: Beginn Barbarossa 22. Juni.»

Am 22. Juni 1941, morgens 3 Uhr 30, tritt die Wehrmacht nach dem Zeitplan ihres Obersten Befehlshabers zum Kampf gegen die Sowjetunion an. Die Träume, denen sich Hitler und seine engsten Gefolgsleute hingeben, sind aus den Nürnberger Akten in erschreckender Deutlichkeit zu erkennen. Alderman greift zuerst einen Führererlass heraus, der über zwei Monate vor Angriffsbeginn geschrieben wurde: «Ich ernenne den Reichsleiter Alfred Rosenberg zu meinem Beauftragten für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes. 20. April 1941. Adolf Hitler.»

Wenig mehr als vierzehn Tage nach dieser Ernennung hat Rosenberg in seinem neuen Amt schon eine Denkschrift ausgearbeitet, aus der seine Pläne hervorgehen: «Politisches Ziel einer kriegerischen Auseinandersetzung kann nur sein», verliest Alderman aus dem Dokument, «das Deutsche Reich für Jahrhunderte von dem grossrussischen Druck zu befreien. Deshalb muss dieser Riesenraum seinen geschichtlichen und völkischen Gegebenheiten entsprechend in Reichskommissariate aufgegliedert werden. Das Reichskommissariat Ostland, einschliesslich Weissruthenien, wird die Aufgabe haben, in Form einer Hinentwicklung zu einem eingedeutschten Protektorat einen immer engeren Anschluss an Deutschland vorzubereiten. Die Ukraine soll ein selbständiger Staat im Bündnis mit Deutschland werden, Kaukasien mit den anschliessenden Nordgebieten ein Föderativstaat mit einem deutschen Bevollmächtigten. Das eigentliche Russland muss sich selbständig für die Zukunft einrichten.

Ziel eines Reichskommissariats für Estland, Lettland, Litauen und Weissruthenien muss es sein, die Form eines deutschen Protektorats zu erstreben und dann durch Eindeutschung rassischer Elemente, durch Kolonisierung germanischer Völker und durch Aussiedlung nicht erwünschter Elemente dieses Gebiet zu einem Teil des

Grossdeutschen Reiches umzuwandeln. Das Baltische Meer muss ein germanischer Binnensee werden unter grossdeutscher Obhut.»

Dann fährt Alderman fort: «Nachdem sie sorgfältig den Einfall in die UdSSR vorbereitet hatten, machten sich die Naziverschwörer daran, ihre Pläne zu verwirklichen. Am 22. Juni 1941 ergossen sich ihre Armeen über die Grenzen der UdSSR, und um diese Tat des Treubruchs der Welt kundzutun, erliess Hitler am Tag des Angriffs eine Proklamation. Ich möchte jetzt hier nur einen Satz daraus zitieren: ‚Ich habe mich daher heute entschlossen, das Schicksal Europas nochmals in die Hände unserer Soldaten zu legen.‘

Diese Ankündigung teilte der Welt mit, dass die Würfel gefallen waren. Die fast ein Jahr vorher im Dunkeln ersonnenen Pläne trugen nun ihre Früchte. Das führt uns zur Betrachtung der Motive für den Angriff. Ich glaube, es wird genügen, dem Gerichtshof einige Eintragungen vorzulesen, die Berichte des deutschen Botschafters in Moskau bis zum Juni 1941 enthalten.»

So schreibt der deutsche Botschafter, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, noch am 4. Juni: «Russische Lieferungen laufen voll zufriedenstellend. Russische Regierung bestrebt, alles zu tun, um Konflikt mit Deutschland zu vermeiden.»

Und am 7. Juni 1941 berichtet von der Schulenburg nach Berlin: «Alle Beobachtungen zeigen, dass Stalin und Molotow, die für die russische Aussenpolitik allein massgebend sind, alles tun, um Konflikt mit Deutschland zu vermeiden. Darauf deutet Gesamthaltung der Regierung, ebenso wie die Stellungnahme der Presse, die alle Deutschland betreffenden Ereignisse in einwandfreier, sachlicher Weise behandelt. Die loyale Erfüllung der mit Deutschland geschlossenen Wirtschaftsabkommen beweist das gleiche.»

Natürlich darf das deutsche Volk nicht erfahren, was sein eigener Botschafter berichtet. Dem deutschen Volk wird gesagt, dass die Sowjetunion Vorbereitungen zu einem Angriff auf das Reich getroffen habe. Der deutsche Einmarsch sollte diesen Plänen nur wieder einmal blitzschnell zuvorkommen.

Gewissenlos werden Millionen Deutsche in die Katastrophe gejagt . . . oder sah die Wirklichkeit anders aus? Vom Zeitpunkt der ersten Planungen bis zur Wende in Stalingrad hat ein Mann Gelegenheit gehabt, hinter die Kulissen zu blicken: der spätere Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, der am 1. Februar 1957 in Dresden starb. Völlig unerwartet wird er am 11. Februar 1946 von der sowjetischen Anklagebehörde als Zeuge aufgerufen. Der Heerführer, dessen Name unzertrennlich mit dem Untergang der 6. Armee in Stalingrad verbunden ist, tritt schlank, gelassen und mit undurchdringlichem Gesichtsausdruck in die kalte Scheinwerferbeleuchtung des Gerichtssaales.

Roman Rudenko, der sowjetische Hauptankläger, nimmt die erste Vernehmung des Zeugen vor. Nach ihm haben die deutschen Verteidiger Gelegenheit, Fragen zu stellen. Langsam spricht Paulus die Eidesformel nach, die ihm Lordrichter Lawrence vorliest:

«... dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde.»

Rudenko: «Sie sind Generalfeldmarschall der früheren deutschen Armee?»

Paulus: «Jawohl.»

Rudenko: «Zuletzt waren Sie Oberbefehlshaber der 6. Armee vor Stalingrad?»

Paulus: «Jawohl.»

Rudenko: «Sagen Sie, Herr Zeuge, was wissen Sie über die Vorbereitungen der Hitler-Regierung und des deutschen Oberkommandos für einen bewaffneten Überfall auf die Sowjetunion?»

Paulus: «Aus persönlichem Erleben kann ich hierzu Folgendes berichten: Am 3. September 1940 trat ich meinen Dienst beim Oberkommando des Heeres als Oberquartiermeister I des Generalstabes an. Bei meinem Dienstantritt fand ich in meinem Arbeitsbereich unter anderem eine noch unfertige operative Ausarbeitung vor, die einen Angriff auf die Sowjetunion behandelte. Diese operative Ausarbeitung war ausgeführt worden von dem damaligen Generalmajor Marx, Chef des Generalstabes der 18. Armee. Der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Halder, wies mir die Weiterführung dieser Arbeit zu, und zwar auf folgender Grundlage: Es sollte eine Prüfung der Angriffsmöglichkeiten gegen Sowjetrußland vorgenommen werden, und zwar hinsichtlich des Geländes, des Kräfteansatzes, des Kräftebedarfs und so weiter. Es war dazu noch angegeben, dass etwa 130 bis 140 deutsche Divisionen für diese Operation zur Verfügung stehen würden. Es war ferner von Anfang an die Ausnutzung des rumänischen Gebiets für den Aufmarsch des deutschen Südflügels mit in Rechnung zu stellen. Es waren dann ferner noch als Absicht des OKW die Ziele der Operation angegeben:

1. Vernichtung der in Weissrußland stehenden Teile der russischen Wehrmacht; verhindern, dass kampfkraftige Teile in die Tiefe des russischen Raumes entkommen.

2. Erreichen einer Linie, aus der die russische Luftwaffe nicht mehr wirksam Reichsgebiet angreifen konnte, und als Endziel war gegeben das Erreichen der Linie Wolga-Archangelsk.

Die Ausarbeitung, die ich eben gekennzeichnet habe, fand Anfang November ihren Abschluss durch zwei Kriegsspiele, mit deren Leitung der Generalstabschef des Heeres mich beauftragte. In dieser Zeit, am 18. Dezember 1940, gab das Oberkommando der Wehrmacht die Weisung Nummer 21 heraus. Dies war die Grundlage für

alle militärischen und wirtschaftlichen Vorbereitungen. Beim Oberkommando des Heeres wirkte sich die Verfügung dahin aus, dass nunmehr darangegangen wurde, die Aufmarschanweisungen für die Truppen zu entwerfen und auszuarbeiten. Diese ersten Aufmarschanweisungen wurden am 3. Februar 1941 auf dem Obersalzberg von Hitler genehmigt. Für den Angriffsbeginn hatte das Oberkommando der Wehrmacht die Zeit berechnet, die es ermöglichen würde, auf dem russischen Territorium grössere Truppenbewegungen durchzuführen; das wurde von Mitte Mai ab erwartet. Dieser Termin erfuhr eine Änderung, als Hitler sich Ende März entschlossen hatte, Jugoslawien anzugreifen. Infolge dieses Entschlusses musste der Angriffsbeginn um etwa fünf Wochen verschoben werden.»

Rudenko: «Unter welchen Umständen wurde der bewaffnete Überfall auf die UdSSR durchgeführt?»

Paulus: «Der Angriff auf die Sowjetunion erfolgte, wie ich ausgeführt habe, nach einem von langer Hand vorbereiteten und sorgsam getarnten Plan. Ein grosses Täuschungsunternehmen, das von Norwegen und von der französischen Küste aus organisiert wurde, sollte die Absicht einer Landung in England im Juni 1941 vortäuschen und die Aufmerksamkeit vom Osten ablenken.»

Rudenko: «Wie würden Sie die Ziele bezeichnen, die Deutschland mit dem Überfall auf die Sowjetunion verfolgte?»

Paulus: «Die Zielsetzung Wolga-Archangelsk, die weit über die deutsche Kraft ging, charakterisiert an sich schon die Masslosigkeit der Eroberungspolitik Hitlers und der nationalsozialistischen Staatsführung. Strategisch hätte das Erreichen dieser Ziele die Zerschlagung der Streitkräfte der Sowjetunion bedeutet.

Wie sehr es Hitler auf die Gewinnung wirtschaftlicher Ziele in diesem Krieg ankam, dafür kann ich ein Beispiel anführen, das ich persönlich erlebt habe. Am 1. Juni 1942, gelegentlich einer Oberbefehlshaber-Besprechung im Bereich der Heeresgruppe Süd im Poltawa, erklärte Hitler: «Wenn ich das Öl von Maikop und Grozny nicht bekomme, dann muss ich diesen Krieg liquidieren»[^]

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die gesamte Zielsetzung bedeutete die Eroberung zwecks Kolonisierung der russischen Gebiete, unter deren Ausnutzung und Ausbeutung und mit deren Hilfsmitteln der Krieg im Westen zu Ende geführt werden sollte, mit dem Ziele der endgültigen Aufrichtung der Herrschaft über Europa.»

Rudenko: «Die letzte Frage: Wen halten Sie für schuldig an der verbrecherischen Entfesselung des Krieges gegen die Sowjetunion?»

Vorsitzender: «Der Gerichtshof möchte General Rudenko auf Folgendes aufmerksam machen: Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass

eine Frage, wie Sie sie gerade gestellt haben, nämlich, wer schuldig an dem Angriff auf das Sowjetgebiet sei, eine der Hauptfragen ist, die der Gerichtshof zu entscheiden hat. Es ist also nicht eine Frage, über die der Zeuge seine Meinung äussern sollte.»

Rudenko: «Vielleicht gestattet mir der Gerichtshof, die Frage etwas anders zu formulieren?»

Vorsitzender: «Ja.»

Rudenko: «Wer von den Angeklagten war aktiver Teilnehmer an der Entwicklung des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion?»

Paulus: «Von den Angeklagten, soweit sie in meinem Blickfeld lagen, die ersten militärischen Berater Hitlers. Das ist der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Jodl, und Göring in seiner Eigenschaft als Reichsmarschall, als Oberbefehlshaber der Luftwaffe und als Bevollmächtigter auf dem rüstungswirtschaftlichen Gebiet.»

Vorsitzender: «Wünscht ein Herr von der Verteidigung Fragen zu stellen?»

Dr. Otto Nelte, Verteidiger Keitels: «Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sagten, Sie hätten schon im Herbst 1940 erkannt, dass Hitler die Sowjetunion angreifen wollte?»

Paulus: «Es war aus der Art des Auftrages zu entnehmen, dass diese theoretische Vorarbeit auch ihre praktische Durchführung erfahren würde.»

Dr. Nelte: «Hat man eigentlich im Kreise des Generalstabs des Heeres über diese Dinge nicht gesprochen?»

Paulus: «Ja, man hat darüber gesprochen. Man hat seine grossen Bedenken dahin geäussert.»

Dr. Nelte: «Waren Sie fest überzeugt, dass es sich um einen glatten Überfall auf die Sowjetunion handeln musste?»

Paulus: «Die Anzeichen dafür schlossen dies jedenfalls nicht aus.»

Dr. Nelte: «Sind in Erkenntnis dieser Tatsache Ihrerseits oder seitens des Generalstabs des Heeres oder des Oberbefehlshabers des Heeres Vorstellungen bei Hitler erhoben worden?»

Paulus: «Es ist mir persönlich nicht bekannt.»

Dr. Nelte: «Haben Sie selbst gegenüber Generaloberst Halder oder dem Oberbefehlshaber von Brauchitsch Ihre schweren Bedenken geltend gemacht?»

Paulus: «Wenn ich richtig urteile, soll ich hier als Zeuge auftreten für die Vorgänge, die den Angeklagten vorgeworfen werden. Ich bitte deshalb den Gerichtshof, mich von der Beantwortung dieser auf mich zielenden Fragen zu entbinden.»

Dr. Nelte: «Herr Feldmarschall, Sie wissen offenbar nicht, dass Sie auch zu dem Kreise der Angeklagten gehören, denn Sie gehören zu

der als verbrecherisch angeklagten Organisation der Oberbefehlshaber.»

Paulus: «Und daher habe ich eben gebeten, von der Beantwortung dieser mich betreffenden Fragen entbunden zu werden.»

Dr. Nelte: «Ich bitte den Hohen Gerichtshof, darüber zu entscheiden.»

Vorsitzender: «Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass Sie die Fragen beantworten müssen.»

Paulus: «Ich kann mich nicht erinnern, mit dem Oberbefehlshaber des Heeres darüber gesprochen zu haben, dagegen mit dem mir vorgeetzten Generalstabschef.»

Dr. Nelte: «Teilte er auch Ihre Ansichten?»

Paulus: «Er teilte die Ansichten der grossen Sorge vor einem derartigen Vorhaben.»

Dr. Nelte: «Aus militärischen oder moralischen Gründen?»

Paulus: «Aus den vielseitigsten Gründen, sowohl militärischen als auch moralischen.»

Dr. Nelte: «Es steht also fest, dass Sie und der Generalstabschef Halder diese Tatsachen kannten, die den Krieg gegen Russland als einen verbrecherischen Überfall dartun, und dass Sie trotzdem nichts unternommen haben. Sie sind dann später Oberbefehlshaber der 6. Armee geworden?»

Paulus: «Jawohl.»

Dr. Nelte: «Sie haben also in Kenntnis der eben festgestellten Tatsachen die Führung der Armee übernommen, die auf Stalingrad vorgestossen ist. Hatten Sie keine Bedenken, sich zum Werkzeug des von Ihnen als verbrecherisch angesehenen Angriffs zu machen?»

Paulus: «So, wie die Lage damals sich für den Soldaten darstellte, in Verbindung auch mit der ausserordentlichen Propaganda, die getrieben wurde, habe ich damals wie so viele geglaubt, meinem Vaterlande gegenüber meine Pflicht tun zu müssen.»

Dr. Nelte: «Aber Sie kannten doch die Tatsachen, die dem entgegenstanden?»

Paulus: «Die Tatsachen, wie sie nachher klargeworden sind, gerade durch meine Erlebnisse als Oberbefehlshaber der 6. Armee, die ihren Höhepunkt bei Stalingrad erreichten, kannte ich nicht. Auch diese Erkenntnis eines verbrecherischen Überfalls ist mir erst später bei der Überlegung der ganzen Zusammenhänge gekommen, denn vorher hatte ich nur einen Einblick in Ausschnitte.»

Dr. Nelte: «Dann muss ich also Ihre Bezeichnung «verbrecherischer Überfall als eine nachträgliche Erkenntnis auffassen?»

Paulus: «Jawohl.»

Dr. Nelte: «Erkennen Sie auch anderen, die nicht so nahe an der

Quelle sassen, den guten Glauben zu, dass sie für ihr Vaterland das Beste wollten?»

Paulus: «Natürlich.»

Dr. Fritz Sauter, Verteidiger der Angeklagten Funk und Schirach: «Eine andere Frage. Nachdem Stalingrad eingeschlossen und die Lage aussichtslos geworden war, sind mehrere Ergebnisse-Telegramme aus der Festung heraus an Hitler gesandt worden. Wissen Sie davon?»

Paulus: «Ich weiss von sogenannten Ergebnisse-Telegrammen nur vom Schluss, wo versucht wurde, über dieses Furchtbare, was dort geschehen war, noch einen Sinn herauszufinden, um diesem ganzen Leiden und Sterben der Soldaten noch einen Sinn zu geben. Infolgedessen wurden diese Dinge in dem Telegramm als Heldentat, die für immer in der Erinnerung bleiben sollte, hingestellt. Ich bedaure, dass ich damals, aus der ganzen Situation geboren, das habe durchgehen lassen und das nicht unterbunden habe.»

Dr. Sauter: «Die Telegramme stammen von Ihnen.»

Paulus: «Ich weiss nicht, welche Telegramme gemeint sind, mit Ausnahme des letzten.»

Dr. Sauter: «Mehrere Ergebnisse-Telegramme, in denen «Aushalten bis zum letzten Mann» versprochen worden war, also diejenigen Telegramme, über die das deutsche Volk entsetzt war, die sollen Ihre Unterschrift haben.»

Paulus: «Dann bitte ich, mir die vorzulegen, die sind mir nicht bekannt.»

Dr. Sauter: «Wissen Sie, was in dem letzten Telegramm stand?»

Paulus: «In dem letzten war kurz skizziert die Leistung, die die Armee vollbracht hat, und herausgestrichen, dass dieses Nichtkapitulieren als Beispiel für die Zukunft gelten möge.»

Dr. Sauter: «Die Antwort darauf war, glaube ich, Ihre Beförderung zum Generalfeldmarschall?»

Paulus: «Das ist mir nicht bekannt, dass das eine Antwort darauf war.»

Dr. Sauter: «Aber Sie sind doch zum Generalfeldmarschall befördert worden und tragen diesen Titel?»

Paulus: «Ich muss ja den Titel nehmen, der mir verliehen worden ist.»

Dann kommt der Verteidiger auf eine schriftliche Erklärung zu sprechen, die Paulus während seiner Kriegsgefangenschaft gegenüber den Sowjets abgegeben hat.

Dr. Sauter: «In dieser Erklärung befindet sich der Schlusssatz: ‚Ich trage die Verantwortung dafür, dass ich der Durchführung meines Befehls vom 14. Januar 1943 über die Abgabe aller Kriegsgefangenen . . . das heisst aller russischen Kriegsgefangenen . . . »

Paulus: «Jawohl.»

Dr. Sauter: «. . . an die russische Seite nicht überwacht habe, ferner, dass ich mich der Gefangenenfürsorge – für die russischen Gefangenen – ,nicht mehr gewidmet habe.» Mir fällt auf, Herr Zeuge, und ich bitte, mir darüber eine Erklärung abzugeben, warum haben Sie denn in diesem ausführlichen Schreiben die Hunderttausende von deutschen Soldaten ganz vergessen, die unter Ihrem Oberbefehl standen und unter Ihrem Oberbefehl Freiheit, Gesundheit und Leben verloren haben? Kein Wort davon!»

Paulus: «Darum handelt es sich in diesem Schreiben nicht. Dieses Schreiben an die Sowjetregierung setzte sich auseinander mit dem, was in dem Kessel von Stalingrad der russischen Zivilbevölkerung und den russischen Kriegsgefangenen angetan worden ist. An diesem Platz konnte ich für meine Soldaten nicht sprechen.»

Dr. Sauter: «Nein, kein Wort finden?»

Paulus: «Nein, konnte ich hier nicht sprechen, sondern das hätte an anderem Orte geschehen müssen. Ich habe um den 20. Januar herum in Zusammenfassung ausgeführt, dass die Zustände des Elends und des Leidens durch Kälte, Hunger und Seuchen ein Mass angenommen hatten, dass die Zustände unerträglich geworden und dass ein Weiterkämpfen über die menschliche Kraft ging. Die mir darauf von der Obersten Führung erteilte Antwort lautete: «Kapitulationausgeschlossen. Die 6. Armee erfüllt ihre historische Aufgabe damit, durch Aushalten bis zum Äussersten den Wiederaufbau der Ostfront zu ermöglichen.»«

Dr. Sauter: «Und deshalb haben Sie dann an der Fortführung des von Ihnen geschilderten Verbrechens bis zum letzten Ende mitgewirkt?»

Paulus: «Das ist richtig.»

Dr. Sauter: «Dann würde mich noch interessieren: War Ihnen nicht von Anfang klar, als Sie mit der Ausarbeitung der Pläne für den Überfall auf Russland beauftragt wurden, dass dieser Überfall auf Russland nur unter Verletzung völkerrechtlicher Verträge ausgeführt werden konnte?»

Paulus: «Es war mir klar, dass ein Überfall nur erfolgen konnte unter Verletzung des Vertrages, der seit dem Herbst 1939 mit Russland bestanden hat.»

Dr. Sauter: «Ich habe sonst keine Fragen, danke sehr.»

Professor Dr. Franz Exner, Verteidiger des Angeklagten Alfred Jodl:

«Herr Zeuge, im Februar 1941 begannen unsere Transporte nach dem Osten. Können Sie sagen, wie stark damals die russischen Kräfte entlang der deutsch-russischen Demarkationslinie und der rumänischen Grenze gewesen sind?»

Paulus: «Die Nachrichten, die über Russland und die russischen Kräfte eingelaufen waren, waren so ausserordentlich lückenhaft und gering, dass wir sehr lange überhaupt kein Bild hatten.»

Dr. Exner: «Sie haben damals Kriegsspiele veranstaltet?»

Paulus: «Das war Anfang Dezember.»

Dr. Exner: «Ja, da werden Sie doch wohl zugrunde gelegt haben die Nachrichten, die Sie tatsächlich hatten über die Stärke des Gegners?»

Paulus: «Das waren damals Annahmen.»

Dr. Exner: «Nun, Sie haben intensiv mitgearbeitet an diesem Operationsplan. Sagen Sie mir, wodurch unterscheidet sich diese Art Ihrer Tätigkeit von der Tätigkeit Jodls?»

Paulus: «Sie unterscheidet sich dadurch, dass er an seiner Stelle den Gesamtüberblick hatte, während mir nur ein Ausschnitt vermittelt wurde.»

Dr. Exner: «Aber die Tätigkeit war in beiden Fällen eine generalstäblerische Vorbereitung des Krieges, nicht wahr?»

Paulus: «Ja.»

Dr. Exner: «Sagen Sie, warum haben Sie nicht – als in Stalingrad die Lage so hoffnungslos und furchtbar wurde, wie Sie angedeutet haben – trotz des Gegenbefehls des Führers einen Ausbruch versucht?»

Paulus: «Weil es damals so hingestellt wurde, als ob durch das weitere Aushalten der von mir geführten Armee das Schicksal des deutschen Volkes abhinge.»

Dr. Exner: «Wissen Sie, dass Sie das Vertrauen Hitlers in besonderem Masse genossen haben?»

Paulus: «Dies ist mir nicht bekannt.»

Dr. Exner: «Wissen Sie, dass er bereits bestimmt hatte, dass Sie der Nachfolger Jodls werden sollten, wenn Stalingrad erledigt wäre, weil er mit Jodl nicht mehr Zusammenarbeiten wollte?»

Paulus: «Das ist mir in dieser Form nicht bekannt geworden, sondern lediglich als ein Gerücht.»

Dr. Hans Laternser, Verteidiger des Generalstabs und des Oberkommandos der Wehrmacht: «War Ihnen bekannt, dass im Jahre 1939 die Sowjetunion mit unverhältnismässig starken Kräften in Polen einmarschiert ist, die nach Meinung der deutschen militärischen Sachverständigen in keinem Verhältnis zu der zu lösenden militärischen Aufgabe gestanden haben?»

Paulus: «Über die Stärke des Einmarsches war ich nicht im Bilde. Ich habe nie etwas gehört über das Erstaunen über die Stärke der Kräfte, die dort zum Einmarsch gekommen sind.»

Dr. Laternser: «Wissen Sie, dass bereits vor dem deutschen Aufmarsch an der Ostgrenze weit überlegene sowjetrussische Kräfte an

der Ostgrenze standen, insbesondere sehr starke Panzerkräfte im Raume Bialystok?»

Paulus: «Nein, in dieser Form ist mir das nicht bekannt geworden.»

Dr. Laternser: «Wurden die ersten Divisionen vom Westen nach Osten nicht erst dann verlegt, nachdem bereits sehr starke sowjet-russische Kräfte an der Ostgrenze standen?»

Paulus: «Über die Zusammenhänge der Truppenbewegungen bin ich nicht im Bilde, da ich an der praktischen Bearbeitung nicht teilgenommen habe.»

Dr. Laternser: «Herr Zeuge, waren Sie bei der Besprechung des Generalstabs am 3. Februar 1941 auf dem Obersalzberg zugegen?»

Paulus: «Jawohl.»

Dr. Laternser: «Wissen Sie, dass damals die Stärke des sowjetrussischen Aufmarsches mit 100 Schützendivisionen, 25 Kavalleriedivisionen und 30 mechanisierten Divisionen vorgetragen wurde, und zwar, wie ich glaube, von Generaloberst Halder?»

Paulus: «Ich kann mich nicht mehr daran erinnern.»

Dr. Laternser: «Aber Herr Zeuge, eine derartige Besprechung ist doch sicher eine ungewöhnliche Besprechung gewesen . . .»

Paulus: «Ja.»

Dr. Laternser: «. . . und ich glaube, dass man von dieser Besprechung mindestens doch den Eindruck mitgenommen haben müsste, dass es sich um einen starken Aufmarsch an der Ostgrenze handelt.»

Paulus: «Ich habe jedenfalls diesen Eindruck nicht mehr in meiner Erinnerung.»

Dr. Laternser: «Ich habe keine weiteren Fragen mehr.»

Iola Nikitschenko, sowjetischer Richter: «Ist Ihnen über die Anweisungen, welche von den Regierungsorganen in Deutschland und vom Oberkommando über die Behandlung der Sowjetbevölkerung durch die Armee gegeben wurden, etwas bekannt?»

Paulus: «Ich erinnere mich, dass eine Weisung ergangen ist, es kann sich aber auch um Sonderbefehle handeln, die zum Ausdruck brachten, dass auch der Bevölkerung gegenüber keine falsche Rücksicht zu nehmen sei.»

Nikitschenko: «Was meinen Sie mit ‚keine falsche Rücksicht nehmend«

Paulus: «Das bedeutete, dass nur die militärischen Notwendigkeiten für alle Massnahmen Gültigkeit haben sollten.»

Vorsitzender: «Gab es Divisionen, die ausschliesslich aus SS-Truppen bestanden und die unter Ihrem Kommando waren?»

Paulus: «Ich habe unter meinem Kommando keine SS-Truppen gehabt. Auch im Kessel von Stalingrad hatte ich keine SS-Verbände.»

Vorsitzender: «Hatten Sie irgendwelche Zweigstellen der Gestapo bei Ihrer Armee?»

Paulus: «Nein, hatte ich auch nicht.»

Damit ist das Verhör des Zeugen beendet. Mit der Katastrophe von Stalingrad ist das Unternehmen *Barbarossa* besiegelt. Hitlers letzter Schritt ins Unermessliche bringt ihm schliesslich den Untergang und reisst das deutsche Volk mit in den Abgrund. Alles ist auf verhängnisvolle Illusionen aufgebaut. In einer letzten Besprechung vor dem Angriff fabuliert Hitler am 14. Juni 1941 gegenüber seinen Generälen vom «Märchen der russischen Rüstung», aber der Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee, Kleist, muss später gestehen: «Meine Panzerarmee umfasste 600 Kampfswagen. Demgegenüber verfügte die Heeresgruppe Budjonny, die uns im Süden entgegen trat, über etwa 2'400 Panzer.»

Hitlers Eigenschaft, vor allen unangenehmen Dingen die Augen zu verschliessen, tritt auch hier in Erscheinung. Kaum sind vierzehn Tage seit dem Angriff vergangen, sagt er schon wie nebenbei zu seiner Umgebung: «Praktisch hat Russland diesen Krieg schon verloren.» Noch vor Beginn des Winters 1941 will er die Sowjetunion vernichtet haben. Er ist seiner Sache so sicher, dass er sich schon mit weiteren Plänen beschäftigt. Alfred Rosenberg, der angeklagte Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, hat ja bereits das Wort vom «Grossdeutschen Weltreich» geprägt, und tatsächlich will Hitler nach dem Sieg über Russland seine Macht noch weiter ausdehnen. Der amerikanische Ankläger Sidney S. Alderman bringt überraschende Dokumente zum Beweis dafür vor: «Dass der Gesamtplan», sagt er, «auch einen Angriffskrieg gegen die Vereinigten Staaten einschloss, lässt sich aus einer Rede des Angeklagten Göring vom 8. Juli 1938 ersehen, als die Verschwörer Österreich schon gewaltsam annektiert hatten und ihre Pläne gegen die Tschechoslowakei vervollkommneten. Diese Rede wurde vor Vertretern der Flugzeugindustrie gehalten, und die Abschrift, die wir haben, wurde in einem geheimen Memorandum an General Udet übermittelt.»

In dieser Rede sagt Göring ein Jahr vor Kriegsbeginn: «Ich vermisse noch vollkommen den Bomber, der mit fünf Tonnen Bombenlast nach New York und zurück fliegt. Ich würde über einen solchen Bomber ausserordentlich glücklich sein, um endlich einmal dem Hochmut dort drüben etwas das Maul zu stopfen!»

«Im Herbst 1940», fährt Alderman fort, «Stand der Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Amerika für einen späteren Zeitpunkt auf dem militärischen Programm. Dies ist aus einer Urkunde zu erkennen, die wir in den Akten der deutschen Luftwaffe erbeutet haben. Das Memorandum trägt das Datum des 29. Oktober 1940, und ich werde den fünften Absatz zitieren: ‚Den Führer beschäftigt im Hin-

blick auf eine spätere Kriegsführung gegen Amerika die Frage der Besetzung der Atlantischen Inseln. Seitens der Luftwaffe ist eine kurze Beurteilung über die Möglichkeit der Inbesitznahme von Flugstützpunkten sowie deren Halten und Frage der Versorgung notwendig.»

Im Juli 1941, in der ersten Begeisterung über seine Anfangserfolge gegen die Sowjetunion, unterzeichnete der Führer einen Befehl für weitere Vorbereitungen zu einem Angriff auf die Vereinigten Staaten. Dieser Geheimbefehl ist in den Akten der deutschen Kriegsmarine gefunden worden. Ich lese: «Auf Grund der angekündigten Absichten für die künftige Kriegsführung gebe ich folgende Richtlinien: Die militärische Beherrschung des europäischen Raumes nach der Niederwerfung Russlands erlaubt es, den Umfang des Heeres demnächst wesentlich zu verringern. Im Rahmen der herabgesetzten Heeresstärke wird die Panzerwaffe eine starke Vermehrung erfahren. Die Rüstung der Kriegsmarine ist auf diejenigen Massnahmen zu begrenzen, die unmittelbar der Kriegsführung gegen England und eintretendenfalls gegen Amerika dienen.»

Schon fünf Monate später, am 11. Dezember 1941, macht Hitler seine Ankündigung wahr: Deutschland erklärt den Vereinigten Staaten den Krieg!

Doch wie anders sehen nun die Voraussetzungen aus. Weder die Sowjetunion noch Grossbritannien sind zuvor besiegt worden – im Gegenteil: die britische Luftüberlegenheit macht sich nun auch auf dem Kontinent empfindlich bemerkbar, und im Osten ist der deutsche Angriff vor Moskau hoffnungslos steckengeblieben. Ausserdem erweist sich der Schlag Japans gegen die amerikanische Flotte in Pearl Harbour vom 7. Dezember 1941 – der Hitler den Mut zu seiner Kriegserklärung gab – als keineswegs tödlich. Auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz müssen die italienischen und deutschen Truppen den vorstürmenden Engländern weichen. Die Wende zeichnet sich ab.

Der Nürnberger Gerichtshof hat sich nicht mit den weiteren Phasen des Zweiten Weltkrieges beschäftigt: sie sind geschichtsbekannt und bildeten keinen Gegenstand der Beweisaufnahme. Dagegen ist vieles, was hinter den Fronten geschah und befohlen wurde, in den Anklagekomplexen *Kriegsverbrechen* und *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* vor dem Tribunal zur Sprache gekommen und hat sich durch Dokumente und Zeugenaussagen unwiderlegbar erhärtet – zu einem der schrecklichsten Bilder in der Geschichte der Menschheit verdichtet.

HINTER DER FRONT

1 DAS PROGRAMM DES SATANS

Zum Beweismaterial, das der sowjetische Hauptankläger Roman Rudenko dem Gericht vorlegt, gehören auch die Erinnerungen des ehemaligen nationalsozialistischen Senatspräsidenten von Danzig, Hermann Rauschning. Rauschning berichtet darin, was Adolf Hitler einmal zu ihm sagte, und Rudenko liest die ungeheuerliche Stelle vor:

«Wir müssen eine Technik der Entvölkerung schaffen. Wenn Sie mich fragen, was ich unter Entvölkerung verstehe, so werde ich Ihnen sagen, dass ich die Vernichtung ganzer rassischer Einheiten im Auge habe, und dies werde ich tun, ich sehe darin, grob ausgedrückt, meine Aufgabe. Die Natur ist grausam, daher dürfen auch wir grausam sein. Wenn ich die Blüte des deutschen Volkes ohne jedes Bedauern über das Vergiessen kostbaren deutschen Blutes in die Hölle des Krieges schicken kann, so habe ich natürlich das Recht, Millionen von Menschen niederer Rasse zu vernichten, die sich wie Ungeziefer vermehren.»

Das Programm Hitlers und seiner Partei war ein Programm des Satans. Doch nie hätte es grausame Wirklichkeit werden können, hätte es nicht Männer gegeben, die es philosophisch und idealistisch verbrämten. Auf der Anklagebank von Nürnberg finden sich die Propagandisten des Nationalsozialismus wieder: Rosenberg, Streicher, von Schirach und Fritzsche. Sie waren es, die die nationalsozialistische Herrschaft propagandistisch vorbereiteten, die Jugend nach der Machtergreifung im Sinne des neuen Regimes erzogen und ein ganzes Volk hinter das Licht führten.

In diesem Quartett der Trommler steht an erster Stelle Alfred Rosenberg. Seine Wichtigkeit ergibt sich schon aus einigen Sätzen im Urteil des Gerichts: «Er war der anerkannte Parteiphilosoph, der in dem von ihm herausgegebenen *Völkischen Beobachter* und den *NS-Monatsheften* sowie in zahlreichen von ihm verfassten Büchern die Nazi-Lehren entwickelte und verbreitete. Von seinem Buch *Der Mythos des 20. Jahrhunderts* wurden mehr als eine Million Exemplare verbreitet.»

Rosenberg hatte als Ideologe grossen Einfluss auf den Nationalsozialismus. Er entwarf das Parteiprogramm und die neue Weltanschauung. Woher er sie nahm, lässt er ahnen, als er auf Bitte seines Verteidigers Dr. Alfred Thoma im Zeugenstand dem Gericht seinen Lebenslauf schildert:

«Ich hatte neben unmittelbar künstlerischen Interessen für Architektur und Malerei von Jugend her philosophische Studien betrie-

ben, und da lag es mir gefühlsmässig selbstverständlich nahe, hier an Goethe, Herder und an Fichte anzuknüpfen und mich von hier aus innerlich zu bilden. Zu gleicher Zeit beeinflussten mich die sozialen Gedanken von Charles Dickens, Carlyle und amerikanischerseits von Emerson. In Riga habe ich diese Studien weiterbetrieben und naturgemäss an Kant und Schopenhauer angeknüpft, und mich vor allen Dingen der indischen Philosophie und ihren verwandten Strömungen gewidmet, später naturgemäss den europäischen Kultur- und Geschichtsschreibern, und schliesslich in München einem näheren Studium der neuen biologischen Forschung.»

Dr. Thoma: «Sie sprachen im Laufe Ihrer Reden häufig von ‚der Gestalt der Idee‘. Waren Sie da von Goethe beeinflusst?»

Rosenberg: «Ja, das ist selbstverständlich, dass gerade dieser Gedanke, die Welt als Gestalt zu sehen, von Goethe kommt.»

Vorsitzender: «Dr. Thoma, das Gericht wünscht, dass Sie, soweit Sie überhaupt auf philosophische Themen Bezug nehmen, sich auf seine eigene Philosophie beschränken, und nicht auf den Ursprung dieser Philosophie.»

Es ist nicht das letztemal, dass der Vorsitzende in den Dialog zwischen Verteidiger und Angeklagten eingreift. Der Philosoph ist «naturgemäss» von einer Beredsamkeit, die ihm kurze und eindeutige Antworten schwer macht. Seine Ausweichtaktik bekommt vor allem der amerikanische Ankläger Thomas J. Dodd zu spüren, als er Rosenberg ins Kreuzverhör nimmt.

Dodd: «Sie haben ein Vorwort beziehungsweise eine kurze Einführung für diese Ausgabe Ihres Buches (*Der Mythos des 20. Jahrhunderts*) geschrieben, die Ihnen nun vorliegt. Sie sagen darin: ‚Zum 150. Tausend. Der Mythos hat heute tiefe, nicht mehr auszutilgende Furchen in das Gefühlsleben des deutschen Volkes gezogen. Immer neue Auflagen sind ein deutliches Zeichen dafür, dass ein entscheidender geistig-seelischer Umbruch zu einem geschichtlichen Ereignis heranwächst. Vieles, was in meiner Schrift scheinbar absonderliche Idee war, ist bereits staatspolitische Wirklichkeit geworden. Vieles andere wird, so hoffe ich, noch als weiteres Ergebnis des neuen Lebensgefühls seine Verkörperung finden. Das haben Sie doch geschrieben, nicht wahr?«

Rosenberg: «Das ist doch ganz richtig, weil dieses Buch von 700 Seiten ja nicht nur jene Punkte betrifft, die mir hier vorgeworfen werden, sondern dieses Buch behandelt eine grosse Anzahl von Problemen, das Problem des Bauerntums, das Problem der Weltstaaten, das Problem des Begriffs des Sozialismus, das Problem des Verhältnisses zwischen Führerschaft, der Industrie und dem Arbeitertum, eine Darstellung der Beurteilung . . .»

Dodd: «Einen Augenblick. Es ist gar nicht notwendig, dass Sie uns

das ganze Inhaltsverzeichnis des Buches vortragen. Ich habe Sie nur gefragt, ob Sie das Vorwort geschrieben haben?»

Rosenberg: «Ja, natürlich.»

Der Theoretiker Rosenberg sah mit Freude, dass seine Ideen Wirklichkeit wurden. Er bekam sogar selbst die Möglichkeit, sie in die Praxis umzusetzen. Als Chef des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP, als Chef des *Einsatzstabes Rosenberg*, der in den besetzten Gebieten Kulturschätze plünderte, und schliesslich als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Gerade diese letzte Stellung hat Rosenberg an den Galgen gebracht.

Das Gerichtsurteil geht auch auf das Aussenpolitische Amt ein und auf Rosenbergs Funktion darin: «Als Leiter des APA befehligte er eine Organisation», heisst es da, «deren Agenten in allen Teilen der Welt Nazi-Intrigen betrieben. In seinen eigenen Berichten behauptet er zum Beispiel, dass der Beitritt Rumäniens zur Achse im Wesentlichen auf die Tätigkeit des APA zurückzuführen sei.»

Mit besonderem Eifer nahm sich Rosenberg der sogenannten Judenfrage an. Er gab Richtlinien heraus, nach denen das «Institut zur Erforschung der Judenfrage» arbeiten sollte, das am 28. März 1941 eröffnet wurde. Was Rosenberg damals im *Völkischen Beobachter* schrieb, liest der amerikanische Ankläger Walter W. Brudno dem Gericht vor: «Für Deutschland ist die Judenfrage erst dann gelöst, wenn der letzte Jude den grossdeutschen Raum verlassen hat. Da nunmehr Deutschland mit seinem Blut und seinem Volkstum dafür gesorgt hat, dass Europa als Ganzes wieder frei wird von dem jüdischen Parasitismus, da dürfen wir, glaube ich, auch für alle Europäer sagen: Für Europa ist die Judenfrage erst dann gelöst, wenn der letzte Jude den europäischen Kontinent verlassen hat.»

Viel weniger vornehm und akademisch pflegte sich Julius Streicher, Frankenführer und Judenhetzer Nummer Eins, auszudrücken. In seiner antisemitischen Wochenschrift *Der Stürmer*, die zeitweilig eine Auflage von 600 Exemplaren hatte, schlug sich Streichers Judenhass in besonders widerlicher Form nieder. Im Mai 1939, noch lange vor Beginn des Krieges, fordert *Der Stürmer*: «Es muss eine Strafexpedition über die Juden in Russland kommen, eine Strafexpedition, die ihnen dasselbe Ende bereitet, wie es jeder Mörder und Verbrecher zu erwarten hat. Das Todesurteil, die Hinrichtung! Die Juden in Russland müssen getötet werden. Sie müssen ausgerottet werden mit Stumpf und Stiel.»

Wie kam der ehemalige Volksschullehrer, Gauleiter und Ehren-SA-General Julius Streicher zu seinem fanatischen Judenhass? Auch er beruft sich auf den «Führer», als ihn am 29. April 1946 sein Verteidiger Dr. Hanns Marx danach fragt.

Streicher: «Ich habe schon, bevor Adolf Hitler überhaupt in der

Öffentlichkeit bekannt wurde, mich schriftstellerisch antisemitisch betätigt. Ich habe aber erst auf Grund seines Buches *Mein Kampf* die geschichtlichen Zusammenhänge in der Judenfrage kennengelernt. Also, Adolf Hitler hat in seinem Buch vor der Weltöffentlichkeit erklärt, dass er Antisemit sei und dass er die Judenfrage durch und durch kenne.»

Auch Dr. Marx kann nicht an dem unwiderlegbaren Beweismaterial der Anklage vorbeigehen, das ihr Streicher durch die Artikel im *Stürmer* in so umfassendem Masse geliefert hat. Aber er versucht, den ungünstigen Eindruck abzuschwächen, und baut seinem Mandanten eine Brücke: «Es kann Ihnen zum Vorwurf gemacht werden, dass Sie ganz einseitig nur Ihnen nachteilig erscheinende Eigenschaften des jüdischen Volkes behandelten, während Sie andere Eigenschaften des jüdischen Volkes nicht in das Blickfeld rückten. Wie erklärt sich das?»

Streicher: «Ich glaube, diese Frage, die wird sich hier eigentlich erübrigen. Das ist eine ganz natürliche Angelegenheit, dass ich als Antisemit, so wie ich die Judenfrage kennengelernt habe, kein Interesse daran hatte. Vielleicht sah ich die Vorzüge, die Sie oder andere beim Judentum sehen, nicht. Das mag sein. Ich hatte jedenfalls kein Interesse daran, nachzuforschen, welche besonderen Vorzüge hier festzustellen wären.»

Dr. Marx: «Danke.»

Streicher behauptet immer wieder, nichts von den Massenmorden an Juden gewusst zu haben. Hier hakt der britische Ankläger J. M. G. Griffith-Jones im Kreuzverhör ein: «Sie haben heute Morgen, als Sie über das *Israelitische Wochenblatt* sprachen, angegeben: «Manchmal waren in diesen Zeitungen Andeutungen, dass nicht alles in Ordnung sei. Später, im Jahre 1943, erschien ein Artikel, der darüber berichtete, dass Massen von Juden verschwänden, jedoch waren darüber keine Ziffern angegeben, und es wurde auch nichts von Morden erwähnt. Wollen Sie wirklich behaupten, dass in diesen Ausgaben des *Israelitischen Wochenblattes*, die Sie und Ihre Redakteure lasen, nichts weiter stand als Andeutungen über das Verschwinden ohne Angabe von Ziffern oder Morden? Wollen Sie dem Gerichtshof das einreden?»

Streicher: «Jawohl, dabei bleibe ich, gewiss.»

Griffith-Jones: «Nun, dann bitte ich Sie, sich diese Mappe vor Augen zu halten. Es ist eine Mappe mit Auszügen aus dem *Israelitischen Wochenblatt* von Juli 1941 bis zum Kriegsende. Der Gerichtshof wird nunmehr feststellen können, was ein Wahrheitsfanatiker wirklich erzählt. Bitte, sehen Sie sich die erste Seite an; da steht ein Artikel vom 11. Juli 1941: ‚In Polen starben im letzten Jahr etwa 40‘000 Juden; die Spitäler sind überfüllt.‘ Sie brauchen nicht weiter-



Die Wende in Stalingrad 1942/43: Gefallene und erfrorene deutsche Soldaten (oben), das Zentrum der Stadt nach der Ruckeroberung durch die Russen (unten).





▲ Hitler an seinem letzten Geburtstag am 20. April 1945 in Berlin.
▼ Nürnberg nach dem Einmarsch der Amerikaner.



zublättern, Angeklagter; wir werden schon schnell genug weitergehen. Am 12. Dezember 1941: ‚In Odessa sollen laut Nachrichten, die von mehreren Seiten eingegangen sind, Tausende von Juden (es ist sogar von vielen Tausenden die Rede) hingerichtet worden sein. Ähnliche Berichte kommen aus Kiew und anderen russischen Städten.‘ Haben Sie das gelesen?»

Streicher: «Das weiss ich nicht, und wenn ich es gelesen hätte, würde dies nichts ändern an der Sache. Das ist kein Beweis.»

Streicher leugnet auch noch, als ihm der Ankläger nachweist, dass *Der Stürmer* die Zustände in den Gettos mit eigenen Augen sah. Am 6. Mai 1943 erscheint ein Augenzeugenbericht in der Zeitschrift, und Griffith-Jones liest einige fast sadistisch anmutende Sätze daraus vor: «*Der Stürmer* entsandte seinen Bildberichter in verschiedene Gettos des Ostens. Ein *Stürmer-Mann* kennt die Juden durch und durch; ihn kann so schnell nichts überraschen. Was unser Mitarbeiter aber in diesen Gettos sah, war selbst für ihn ein einmaliges Erlebnis. Er schrieb: ‚Was sich hier meinen Augen und meiner Leica bot, gab mir die Überzeugung, dass die Juden keine Menschen sind, sondern Kinder des Teufels und der Auswurf des Verbrechens. Diese Satansrasse hat wirklich keine Daseinsberechtigung . . .‘ Sie wissen jetzt doch, auch wenn Sie nicht an alle Zahlen glauben, dass Millionen von Juden seit Beginn des Krieges ermordet wurden? Wissen Sie das? Sie haben doch Beweise gehört, nicht wahr?»

Streicher: «Ich glaube es . . .»

Griffith-Jones: «Ich möchte nur wissen, ob Sie diese Beweise gehört haben. Sie können mit Ja oder Nein antworten, aber ich vermute, es wird Ja sein.»

Streicher: «Ja, ich muss sagen, Beweismaterial ist für mich nur das Testament des Führers. Hier erklärt er, dass die Massentötung auf seinen Befehl stattgefunden hat. Das glaube ich. Jetzt glaube ich daran.»

Griffith-Jones: «Können Sie sich vorstellen, dass es möglich gewesen wäre, diese Vernichtung von sechs Millionen Juden im Jahre 1921 durchzuführen? Glauben Sie, dass es unter einem anderen Regime im Jahre 1921 möglich gewesen wäre, diese Ermordung von sechs Millionen Männern, Frauen und Kindern der jüdischen Rasse durchzuführen? «

Eine klare Antwort auf diese Frage ist Streicher schuldig geblieben. Er wollte nicht zugeben, dass seine jahrelangen Hassgesänge folgerichtig nicht ohne Wirkung bleiben konnten. Aber im Grunde hat Streicher früher schon einmal die Antwort gegeben, als er stolz, wenn auch reichlich übertrieben, schrieb: «Die Weiterarbeit des *Stürmers* wird dazu beitragen, dass auch noch der letzte Deutsche mit

Herz und Hand sich in die Front derer begibt, die sich zum Ziele gesetzt haben, der Schlange Alljuda den Kopf zu zertreten.»

Unter der besonderen Einwirkung des systematischen Antisemitismus stand die deutsche Jugend. Die Anklage hat bezeichnende Beispiele angeführt, wie man in die Herzen der Jugend den Hass gegen das jüdische Volk pflanzte. Da heisst es etwa in einem *Bilderbuch für Gross und Klein*, das im Stürmer-Verlag Streichers erschienen ist: «Er hat den Stürmer drucken lassen;/drum tun sie ihn gar schrecklich hassen./Drum macht der Jud soviel Geschrei!/Dem Streicher ist es einerlei!/Seit Jahren kämpft er bis aufs Blut!/Die ganze Welt ihn kennen tut.»

Und die *Fränkische Tageszeitung* vom 22. Dezember 1936 weiss zu melden: «Von der furchtbaren Zeit nach dem Kriege berichtete der Gauleiter (Streicher) den Kleinen, in der der Teufel die Menschen beherrscht hat. ‚Wisst ihr, wer der Teufel ist?‘ so fragte er seine atemlos lauschenden Zuhörer. ‚Der Jud! Der Jud!‘ so schallte es ihm aus tausend Kinderkehlen entgegen.»

Im Januar 1938 kann *Der Stürmer* ein anerkennendes Schreiben in seinen Spalten abdrucken: «Es ist das historische Verdienst des *Stürmers*, die breiten Massen unseres Volkes in volkstümlicher Form über die jüdische Weltgefahr aufgeklärt zu haben. *Der Stürmer* hat recht, wenn er die Aufklärungsarbeit nicht im Ton eines ästhetischen Salons leistet. Da das Judentum dem deutschen Volk gegenüber keine Rücksicht hat walten lassen, haben auch wir unsererseits keine Veranlassung, unseren schlimmsten Feind rücksichtsvoll zu schonen. Denn was wir heute versäumen, muss die Jugend von morgen bitter büssen.»

Der Absender und Unterzeichner dieses Briefes ist Reichsjugendführer Baldur von Schirach. Das Gericht verurteilte ihn vor allem wegen der Verbrechen, die unter seiner Herrschaft als Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien begangen wurden. In der Urteilsbegründung heisst es, dass Schirach für die Deportation von 60'000 Juden aus Wien verantwortlich war. Baldur von Schirach war Hitler unterwürfig treu, behauptet die Anklage. Er war ein missbrauchter Idealist, sagt die Verteidigung. Im Grunde war er wohl beides, Idealist und getreuer Paladin. Er ist verantwortlich dafür, dass 1933 die mit der Hitler-Jugend konkurrierenden Verbände aufgelöst wurden. Er schuf die Staatsjugend, und er erzog die deutsche Jugend im Sinne des Regimes mit blutrünstigen Landsknechtsliedern und durch eine vormilitärische Ausbildung.

Thomas J. Dodd, Ankläger für die Vereinigten Staaten, kommt im Kreuzverhör auf diese Lieder der Hitler-Jugend zu sprechen: «Die allererste Eintragung, die wir Ihnen zeigen, ist eine Notiz aus dem Tagebuch des Justizministers über das Strafverfahren gegen den ka-

tholischen Vikar Paul Wasmer, und es handelt sich darum, ob von Rosenberg ein Strafantrag wegen Beleidigung gestellt werden soll. Der Bischof hatte in seiner Predigt ein Lied zitiert, das von jungen Leuten gesungen wurde: «Papst und Rabbi sollen weichen, Juden raus', und dadurch geriet er in Unannehmlichkeiten. Und ich frage Sie nur, ob Sie nicht zugeben wollen, dass Menschen, die das Singen dieser Art Lieder durch Ihre Jugend und unter Ihrer Führung einer Kritik unterzogen haben, sich damit der Möglichkeit und oft auch tatsächlich der Strafverfolgung ausgesetzt haben. Sie haben doch dem Gericht gesagt, dass Sie niemals direkt in katholische oder protestantische Kirchenangelegenheiten eingegriffen hätten . . .»

Unter den vielen Liedern, die Dodd zitiert, ist auch dieses: «Wir sind die fröhliche Hitler-Jugend, / wir brauchen keine Christentugend, / denn unser Führer Adolf Hitler / ist stets unser Mittler. / Kein Pfaffe, kein böser, kann uns hindern, / uns zu fühlen als Hitlerkinder.»

Schirach gibt die vormilitärische Ausbildung der Hitler-Jugend zu. Aufschlussreich sind die Zahlen, die Ankläger Dodd im Kreuzverhör mit Schirach herauschält und die Schirach bestätigt: Im Jahre 1938 bestand die Marine-HJ aus 45'000 Jungen, die Motor-Hitler-Jugend umfasste 60'000 Jungen, 55'000 Angehörige der Hitler-Jugend erhielten Segelflugausbildung. 74'000 waren in Fliegereinheiten organisiert. Diese Zahlen stammen aus einem Artikel im *Völkischen Beobachter* vom 21. Februar 1938, der mit dem Satz schliesst: «Im Kleinkaliberschüssen erhalten heute 1'200'000 Hitlerjungen regelmässig Unterricht, der von 7'000 Schiesswarten geleitet wird.»

Baldur von Schirach war einer der wenigen in Nürnberg, die ein Schuldbekennnis ablegten. Es sagt mehr aus über die Irreleitung der Jugend, als es die Aktenberge der Anklage gegen die Hitler-Jugend tun könnten. Am 24. Mai 1946 erklärt Schirach im Zeugenstand:

«Ich habe diese Generation im Glauben an Hitler und in der Treue zu ihm erzogen. Die Jugendbewegung, die ich aufbaute, trug seinen Namen. Ich meinte, einem Führer zu dienen, der unser Volk und die Jugend gross, frei und glücklich machen würde. Mit mir haben Millionen junger Menschen das geglaubt und haben im Nationalsozialismus ihr Ideal gesehen. Viele sind dafür gefallen. Es ist meine Schuld, die ich fortan vor Gott, vor meinem deutschen Volk und vor unserer Nation trage, dass ich die Jugend dieses Volkes für einen Mann erzogen habe, den ich lange, lange Jahre als Führer und als Staatsoberhaupt als unantastbar ansah, dass ich für ihn eine Jugend bildete, die ihn so sah wie ich. Es ist meine Schuld, dass ich die Jugend erzogen habe für einen Mann, der ein millionenfacher Mörder gewesen ist.»

Spät kam Reichsjugendführer Schirach die Erkenntnis. Zu spät.

Wie schrieb er – allerdings in einem anderen Sinn – damals an Streicher? «Denn was wir heute versäumen, muss die Jugend von morgen bitter büssen.»

Die Trommeln der Hitler-Jugend Baldur von Schirachs brachten die deutsche Jugend in Gleichschritt und auf Vordermann. Der Propagandatrommler, der täglich im Rundfunk und in der gleichgeschalteten Presse das Volk auf Vordermann brachte, hiess Hans Fritzsche. Er trat erst nach der Machtergreifung der Partei bei. Durch seine Rundfunkkommentare *Hier spricht Hans Fritzsche* wurde er populär und machte schnell Karriere. Darüber hinaus beaufsichtigte Fritzsche als Leiter der deutschen Presse alle 2'300 Tageszeitungen. Er war die rechte Hand des Propagandaministers Josef Goebbels. Und da dieser durch Selbstmord endete, fand sich Fritzsche an seiner Stelle auf der Anklagebank in Nürnberg.

Fritzsche ist freigesprochen worden. In der Urteilsbegründung heisst es, dass er zwar unwahre Nachrichten verbreitete, jedoch sei ihm nicht nachzuweisen gewesen, dass er die Nachrichten als falsch erkannt hatte. Der eklatanteste Fall war die Versenkung der *Athenia* durch ein deutsches U-Boot. Fritzsche hatte damals Churchill die Schuld gegeben. Das Gericht glaubte seiner Version, dass er erst im Gefängnis durch Grossadmiral Raeder den wahren Sachverhalt erfahren habe.

Im Zeugenstand legt Fritzsche selbst die Propagandamaschine des Dritten Reiches bloss, als ihn sein Verteidiger, Dr. Hans Fritz, nach der Pressepolitik fragt.

Fritzsche: «Die Pressepolitik leitete Reichspressechef Dr. Dietrich. Er gab seine Anweisungen sehr spezialisiert, meistens in einem genau festgelegten Wortlaut, der sogenannten «Tagesparole des Reichspressechefs'. Meist gab er sogar noch die Kommentare im Wortlaut, die etwa auf der Pressekonferenz angefügt werden sollten. Dr. Dietrich hielt sich meistens im Führerhauptquartier auf und erhielt die Weisungen von Hitler unmittelbar. Vertreter Dr. Dietrichs waren Sündermann und Lorenz. Der zweite für die deutsche Pressepolitik bestimmende Faktor war der Reichsleiter Amann, der an der Spitze der Organisation der Verleger stand.» Otto Dietrich, 1949 zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt, starb 1952, Max Amann 1957.

Eine kleine Sensation bahnt sich in Nürnberg an, als Fritzsche, der nach seiner Gefangennahme in Moskau lebte, von seinen dort unterschriebenen Protokollen im Kreuzverhör mit dem sowjetischen Ankläger Roman Rudenko abrückt.

Fritzsche: «Ich habe diese Unterschrift geleistet nach einer viele Monate dauernden überaus strengen Einzelhaft. Ich habe die Unterschrift geleistet, weil ich von einem Mitgefangenen, mit dem ich einmal zusammen war, erfahren hatte, dass einmal im Monat vor einem

Gerichtshof nur auf der Grundlage von solchen Protokollen ohne Vernehmung Urteile gesprochen wurden und weil ich glaubte, auf diese Weise wenigstens zu einem Urteil und damit zu einem Ende dieser Haft zu kommen. Ich möchte, um nicht missverstanden zu werden, ausdrücklich betonen, dass keinerlei Gewalt angewendet wurde und dass ich sehr menschlich behandelt worden bin, auch wenn die Haft überaus streng war.»

Rudenko: «Gut. Sie haben doch wohl niemals angenommen, Angeklagter Fritzsche, dass man Sie nach alledem, was Sie getan haben, in einem Erholungsheim unterbringen würde. Offensichtlich mussten Sie in einem Gefängnis enden, und Gefängnis ist eben Gefängnis.»

Belastet wird Fritzsche besonders durch eine Aussage des ehemaligen Generalfeldmarschalls Ferdinand Schörner (gestorben am 2. Juli 1973 in München). Rudenko liest daraus vor: «Es ist mir bekannt, dass Fritzsche ein angesehener Mitarbeiter des Propagandaministeriums war und sich in den nationalsozialistischen Kreisen sowie im deutschen Volk einer grossen Berühmtheit und Liebe erfreute. Seine grosse Beliebtheit erwarb er durch seine kriegspolitischen Wochenberichte über die internationale Lage, die er im Rundfunk hielt. Ich hatte oft seine Vorträge, wie in Friedenszeiten so auch während des Krieges, zu hören bekommen. Seine Vorträge, die mit einer fanatischen Treue zu dem Führer und Nationalsozialismus durchdrungen waren, habe ich als Richtlinien der Partei und Regierung aufgenommen.»

Rudenko: «Stimmen Sie dieser Bewertung zu?»

Fritzsche: «Ich habe keine Einwendungen gegen dieses Zitat zu erheben und erkläre darüber hinaus . . .»

Vorsitzender: «Wo wurde das Protokoll aufgenommen?»

Rudenko: «In Moskau.»

Vorsitzender: «War der Mann, der die Erklärung abgegeben hat, frei oder im Gefängnis?»

Rudenko: «Zu jener Zeit war er Kriegsgefangener.»

Vorsitzender: «Hat der Mann, der diese Aussagen gemacht hat, dieselben unterzeichnet?»

Rudenko: «Natürlich, es wurde von ihm unterschrieben.»

Es ist kein Zweifel, dass Rudenko mit seinem teilweise nicht stichfesten Beweismaterial das Gericht nicht überzeugen konnte. Doch einmal kann er Fritzsche in eine kritische Lage bringen: «Am 9. April 1940 haben Sie eine Rede gehalten, in der Sie die Gründe einer möglichen Besetzung Norwegens erläuterten. Es wird Ihnen jetzt ein Auszug aus dieser Rundfunkrede überreicht. Ich werde einen kurzen Absatz aus dieser Rede zitieren: «Die Tatsache, dass deutsche Soldaten ihre Pflicht tun mussten, weil die Engländer die norwegische

Neutralität verletzen, endete nicht in einer Kriegshandlung, sondern mit einer Tat des Friedens. Niemand wurde verletzt, kein Haus wurde zerstört, das tägliche Leben nahm seinen Fortgang. Das war eine Lüge. Geben Sie das zu, oder wollen Sie es abstreiten?»

Fritzsche: «Nein, das war keine Lüge . . .»

Rudenko: «Es war keine Lüge?»

Fritzsche: «. . . denn ich war gerade selbst in Norwegen gewesen und hatte es gesehen. Und es wird auch hier alles klar, dann, wenn Sie den nächsten Absatz zu lesen gestatten, der heisst nämlich . . .»

Rudenko: «Einen Augenblick, Sie werden es später verlesen . . .»

Vorsitzender: «Aber, General Rudenko, Sie müssen den Mann das erklären lassen. Er will den nächsten Satz verlesen, um damit diesen Satz zu erklären.»

Rudenko: «Nun gut.»

Fritzsche: «Der nächste Satz heisst: ‚Selbst da, wo norwegische Truppen Widerstand leisteten, aufgestachelt von der irreführten früheren norwegischen Regierung, wurde die Zivilbevölkerung kaum davon berührt, denn die Norweger kämpften ausserhalb der Städte und Dörfer . . .»

Rudenko: «Gut. Nun werde ich Ihnen aber ein anderes Dokument vorlegen, nämlich den ‚Regierungsbericht der norwegischen Regierung‘. Hören Sie jetzt zu, Angeklagter Fritzsche, wie wahrheitsgetreu Sie die Lage in Norwegen geschildert haben. Hören Sie zu, was der amtliche Bericht der norwegischen Regierung darüber berichtet. Ich zitiere: ‚Der deutsche Überfall auf Norwegen am 9. April 1940 zog Norwegen zum erstenmal seit 126 Jahren in einen Krieg hinein. Für zwei Monate wütete der Krieg im ganzen Land und brachte Zerstörungen im Werte von ungefähr 250 Millionen Kronen. Über 40'000 Häuser wurden beschädigt oder zerstört und gegen tausend Menschen aus der Zivilbevölkerung wurden getötet!‘ So war die Lage in Wirklichkeit. Geben Sie zu, dass Ihre Rede vom 2. Mai 1940, wie üblich, voller Lügen war?» Nein, Fritzsche gibt es nicht zu, doch das Gericht sprach ihn frei. Vielleicht, weil einige Dokumente Rudenkos fragwürdig waren. Vielleicht aus der Überlegung, dass Kriegspropaganda auf beiden Seiten nicht immer mit normalen journalistischen Massstäben zu messen ist. Wie dem auch sei, Fritzsche, Schirach, Streicher, Rosenberg: Sie alle arbeiteten auf ihrem Gebiet an der Blendung des deutschen Volkes. Sie waren Propagandisten des Satans, sie bereiteten das Feld für die verbrecherischen Pläne des Nationalsozialismus. Ihre Weltanschauung wirkte sich am verheerendsten in der Judenverfolgung aus. Weniger offen, doch nicht weniger rücksichtslos bekämpfte diese Weltanschauung die Kirchen.

«Das Wesen der heutigen Weltrevolution liegt im Erwachen der

rassischen Typen», schrieb Alfred Rosenberg in seiner Weltanschauungs-Bibel *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, und der amerikanische Ankläger Walter W. Brudno liest weiter aus diesem Buch vor: «Heute erwacht ein neuer Glaube: der Mythos des Blutes, der Glaube, mit dem Blut auch das göttliche Wesen der Menschen überhaupt zu verteidigen. Der mit hellstem Wissen verkörperte Glaube, dass das nordische Blut jenes Mysterium darstellt, welches die alten Sakramente ersetzt und überwunden hat.»

Die blutigen Früchte jener Saat, die Rosenberg in seinem *Mythos* ausstreuen half, kommen zu ihm zurück: Als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete muss er die schriftlichen Berichte seiner dort eingesetzten Untergebenen entgegennehmen – und es sind Berichte wie dieser, aus dem Jackson dem Gericht vorliest: «In Gegenwart eines SS-Mannes musste ein jüdischer Zahnarzt alle Goldzähne, Brücken oder Plomben aus dem Mund deutscher und russischer Juden ausziehen beziehungsweise ausbrechen, bevor sie umgebracht wurden. Männer, Frauen und Kinder wurden in Scheunen gesperrt und bei lebendigem Leibe verbrannt. Bauern, ihre Frauen und Kinder wurden unter dem Vorwand erschossen, dass sie «bandenverdächtig» seien.»

In der Weltanschauung des Nationalsozialismus ist kein Platz für Menschlichkeit. Martin Bormann schreibt am 7. Juni 1941 in einem Geheimerlass an alle Gauleiter: «Nationalsozialistische und christliche Auffassungen sind unvereinbar. Unser nationalsozialistisches Weltbild steht weit höher als die Auffassungen des Christentums.»

«Es gibt keine christliche Weltanschauung und keine christliche Moral», erklärt am 17. August 1939 Hans Kerrl, seines Zeichens Reichskirchenminister.

In seinem *Mythos* bemerkt Rosenberg über die neue Weltanschauung: «Sie verträgt kein gleichwertiges Kraftzentrum neben sich, weder die christliche Liebe noch die freimaurerische Humanität noch die römische Philosophie.»

Also fort mit der christlichen Liebe! Kampf der Kirche! Schon triumphiert Bormann in seinem bereits erwähnten Erlass: «Wenn unsere Jugend künftig einmal von diesem Christentum, dessen Lehren weit unter den unseren stehen, nichts mehr erfährt, wird das Christentum von selbst verschwinden.»

«Bormann erklärt weiter», sagt der amerikanische Ankläger Robert G. Storey in Nürnberg, «dass die Kirchen nicht durch einen Kompromiss unterdrückt werden könnten, sondern nur durch eine neue Weltanschauung, wie sie in Rosenbergs Werken angekündigt ist.»

Storey fährt an Hand der erbeuteten Dokumente fort: «Bormann schlägt die Ausarbeitung eines nationalsozialistischen Katechismus

vor, um eine moralische Grundlage für die nationalsozialistischen Lehren zu schaffen, die dann allmählich die christliche Religion ersetzen sollen. Bormann schlägt vor, einige der Zehn Gebote mit dem nationalsozialistischen Katechismus zu verschmelzen, und erklärt, dass einige neue Gebote hinzugefügt werden sollten, wie zum Beispiel: ‚Du sollst tapfer sein!‘, ‚Du sollst dein Blut reinhalten!‘ und so weiter.»

In diesen Chor fällt auch Rudolf Hess ein, und Bormann zitiert ihn im gleichen Schreiben: «Der Stellvertreter des Führers hält es für notwendig, dass über diese Fragen in aller kürzester Zeit im Beisein der Reichsleiter eingehend gesprochen wird.»

Das germanische Julfest soll Weihnachten verdrängen, an Stelle der Taufe wird eine neuartige Zeremonie der «Namensgebung» erfunden. Doch das sind Äusserlichkeiten. Viel entscheidender ist der aktive Kampf gegen die Kirchen, ein Kampf, in dem schliesslich alle Machtmittel des Staates und der Partei zur Unterdrückung eingesetzt werden.

Gewiss, der Heilige Stuhl schliesst ein Konkordat mit Hitler ab, weil man im Vatikan meint, mit Verträgen einen Damm errichten zu können. Gewiss, Geistliche aller Grade huldigen dem Diktator, weil sie schwankend geworden sind oder glauben, ihn damit wohlwollend stimmen zu können. Gewiss, die Kirchen schliessen Kompromisse, machen taktische Konzessionen, suchen nach loyalen Wegen. Aber um so deutlicher hebt sich auf diesem Hintergrund die Unerschrockenheit anderer ab, höchster Würdenträger und Tausender ungenannter Welt- und Ordensgeistlicher. Die Konzentrationslager füllen sich, jedes offene Wort auf der Kanzel bedeutet Verhaftung. Katholiken und Protestanten werden ebenso Opfer der Gestapo wie die Vertreter anderer Glaubensbekenntnisse bis hin zu den Bibelforschern.

Ein abgegriffenes Propagandamittel – die «spontane Volkserhebung» –, von den Nationalsozialisten oft genug organisiert, wird auch in diesem Kampf eingesetzt. Ein Beispiel dafür wird in Nürnberg von Ankläger Storey vorgetragen: «Ich lege nun Dokument 848-PS als Beweisstück vor. Es ist ein von Berlin nach Nürnberg gesandtes Fernschreiben der Gestapo vom 24. Juli 1938 über Demonstrationen und Gewaltakte gegen Bischof Sproll in Rottenburg. Ich zitiere:

‚Die Partei hat am 23. Juli 1938 von 21.00 Uhr an die dritte Demonstration gegen Bischof Sproll durchgeführt. Rund 2‘500 bis 3‘000 Teilnehmer wurden mit Omnibussen von auswärts herbeigeschafft. Die Rottenburger Bevölkerung beteiligte sich wieder nicht an der Demonstration, nahm diesmal vielmehr eine feindliche Haltung gegenüber den Demonstranten ein. Die Aktion glitt den von der Partei

bestellten verantwortlichen Pg.s vollständig aus der Hand. Die Demonstranten stürmten das Palais, schlugen die Tore und Türen ein. Ungefähr 150 bis 200 Menschen drangen in das Palais ein, durchsuchten die Zimmer, warfen Akten aus den Fenstern und durchwühlten die Betten in den Zimmern des Palais. Ein Bett wurde angezündet.»

Fast jeder Bischofssitz in Deutschland erlebt früher oder später ähnliche Ausschreitungen. Immer sind sie künstlich entfacht, befohlen, und immer gilt die Klage der Verantwortlichen: «Die Bevölkerung beteiligte sich wieder nicht an der Demonstration.» In Nürnberg sagt Ankläger Storey: «Ich verweise jetzt auf ein Dokument, das Auszüge aus der feierlichen Ansprache Seiner Heiligkeit des Papstes Pius XII. an das Heilige Kollegium vom 2. Juni 1945 enthält. In dieser Ansprache erklärt Seine Heiligkeit, dass er im Laufe der zwölf Jahre, die er inmitten des deutschen Volkes gelebt habe, dessen hervorragende Eigenschaften kennengelernt habe. Er spricht seine Zuversicht aus, dass Deutschland sich zu neuer Würde und zu neuem Leben erheben werde, sobald es das satanische Gespenst des Nationalsozialismus verbannt habe und die Schuldigen ihre Verbrechen gesühnt hätten. Ich zitiere aus dem *Osservatore Romano*:

«Tatsächlich hat sich der Kampf gegen die Kirche immer mehr verschärft: Zerstörung der katholischen Organisationen, Vergewaltigung des Gewissens der Staatsbürger, besonders der Beamten, Verleumdung der Kirche, des Klerus, der Gläubigen, Schliessung, Aufhebung, Einziehung von Ordenshäusern und anderen christlichen Instituten, Vernichtung der katholischen Presse und Buchproduktion. Als alle Versuche gütlicher Vermittlung erfolglos blieben, enthüllte Pius XI. am Passionssonntag 1937 in seiner Enzyklika *Mit brennender Sorge* vor aller Welt, was der Nationalsozialismus in Wirklichkeit war: der hochmütige Abfall von Jesus Christus, die Verneinung seiner Lehre, der Kult der Gewalt, die Vergötzung von Rasse und Blut, die Unterdrückung der menschlichen Freiheit und Würde

...

Aus den Gefängnissen, Konzentrationslagern und Festungen strömen jetzt zusammen mit den politischen Gefangenen auch die Mengen der Zeugen, seien es Geistliche oder Laien, deren einziges Verbrechen ihre Treue zu Christus oder die unerschrockene Erfüllung ihrer Priesterpflicht waren. An erster Stelle stehen der Zahl und harten Behandlung nach die polnischen Priester. Von 1940 bis 1945 wurden in Dachau 2'800 Geistliche und Ordensleute jener Nationalität gefangengesetzt, unter ihnen der Weihbischof von Wladeslawa, der dort an Typhus gestorben ist. Im vergangenen April waren davon nur noch 816 übrig, während alle anderen gestorben sind. Für Sommer 1942 wurden als dort eingebracht 480 Kultdiener deutscher

Zunge angegeben, von denen 45 Protestanten und alle anderen katholische Priester waren. Trotz des ständigen Zugangs von neuen Internierten, besonders von einigen Diözesen Bayerns, des Rheinlands und Westfalens, war ihre Zahl infolge der starken Sterblichkeit zu Beginn dieses Jahres nicht über 350. Es können auch nicht mit Stillschweigen die Geistlichen übergangen werden, die den besetzten Ländern angehörten: Holland, Belgien, Frankreich – unter den französischen Priestern der Bischof von Clermont-, Luxemburg, Slowenien, Italien. Viele von diesen Priestern und Laien haben um ihres Glaubens und ihres Berufes willen unsägliche Leiden erduldet. In einem Falle ging der Hass der Gottlosen gegen Christus so weit, dass sie an einem internierten Priester mit Stacheldraht die Geißelung und Dornenkrönung nachgeäfft haben.»

Doch was Pius XII. hier kurz nach Kriegsende erklärte, schliesst noch nicht den ganzen Umfang des Kirchenkampfes ein. Ein neues Dokument, dem sich Ankläger Storey zuwendet, betrifft den Einsatz des SD und der Gestapo:

«Es handelt sich um ein Aktenstück der regionalen Gestapo-Dienststelle in Aachen und enthüllt als ein Ziel der Gestapo, die Kirche zu vernichten. Die Urkunde ist datiert vom 12. Mai 1941, Berlin, und stammt vom Reichssicherheitshauptamt, Abteilung IV, B 1. Sie ist an alle Staatspolizeileitstellen gerichtet: ‚Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes hat angeordnet, dass mit sofortiger Wirkung die sicherheitsdienstliche und sicherheitspolizeiliche Bearbeitung der politischen Kirchen, die bisher auf die SD-Abschnitte und Staatspolizeistellen verteilt war, vollständig auf die Staatspolizeistellen übergeht.‘

Etwas später, am 22. und 23. September 1941, fand im Hörsaal des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin eine Besprechung der sogenannten Kirchenbearbeiter statt, die den regionalen Gestapodienststellen angeschlossen waren. Es wurden Notizen aufgenommen, und ich möchte daraus nur die Schlusserklärungen dieser sogenannten Kirchenbearbeiter vorlesen: Jeder von Ihnen muss mit dem Herzen und mit einem wahren Fanatismus an die Arbeit gehen. Hauptsache ist, dass immer wieder durch Entschlossenheit, Willen und wirksame Initiative dem Gegner entgegengetreten wird.‘ Der ‚Gegner‘ ist die Kirche. ‚Das Nahziel: Die Kirche darf keinen Schritt des inzwischen verlorenen Bodens wiedergewinnen. Das Fernziel: Zerschlagung der konfessionellen Kirchen durch Vorlage des gesamten nachrichtenmässig zu sammelnden Materials zur gegebenen Zeit mit dem Ziele, der Kirche die hochverräterische Betätigung während des deutschen Lebenskampfes vorzuhalten.‘

Die Gestapo und der SD spielten eine wichtige Rolle bei fast jeder verbrecherischen Handlung. Die Art dieser Verbrechen, ganz abge-

sehen von den vielen Tausenden Einzelfällen von Folterung und Grausamkeiten bei der Überwachung Deutschlands, liest sich wie eine Seite aus dem Notizbuch des Teufels. Sie waren die wichtigsten Organe für die Verfolgung der Kirchen.»

Gestapo und SD – das war gleichbedeutend mit Konzentrationslager, und in vielen tausend Fällen stand am Ende der Tod. Pfarrer Bruno Theek, der die Hölle von Dachau lebend wieder verliess, berichtet:

«In zwei Baracken, jede ursprünglich für zweihundert Mann bestimmt, waren an dreitausend Pfarrer aller Konfessionen und aus allen europäischen Ländern unter unwürdigsten und schimpflichsten Verhältnissen zu leben gezwungen, von denen viele einen martervollen Tod erlitten. Ich habe selbst dageigestanden, als ein alter polnischer Pfarrer, der kein Wort Deutsch verstand, von dem Blockältesten – einem vertierten ehemaligen SA-Sturmführer, der ebenfalls Häftling war – etwas gefragt wurde, worauf er naturgemäss gar nicht antworten konnte, mit einem Kistenbrett von dem wutentbrannten Blockältesten so lange auf den Kopf geschlagen wurde, bis er blutüberströmt zusammenbrach und noch in derselben Nacht starb.»

Aber trotz des Schicksals, das ihrer hinter den elektrisch geladenen Stacheldrahtzäunen harnte, standen immer neue Männer auf – und nicht nur für sich selbst, nicht nur für die Kirche, sondern gerade auch für Liebe und Menschlichkeit gegenüber allen anderen. Das Produkt der «Weltanschauung» Hitlers, Rosenbergs, Bormanns, Kerrls: der SS-Mann, der das Reissen der Goldzähne überwacht – und ihre Widersacher: hier schliesst sich der Kreis.

In Nürnberg ist ein neues schwarzes Kapitel der nationalsozialistischen Lehre vor der Öffentlichkeit der Welt aufgeschlagen worden. Sein Inhalt lässt sich in dem misshandelten Gebot zusammenfassen: «Du sollst töten.»

Du sollst töten: die Schwachen, die Kranken, die Alten, die Gebrechlichen, die Arbeitsunfähigen, die Unerwünschten. Du sollst töten: die unnützen Esser.

So lautet der parteiinterne Sprachgebrauch. Im neuen Katechismus Bormanns ist kein Platz für Mitleid, in der «Weltanschauung» Rosenbergs sind Mitleid und Liebe nichts als ein «sittlicher Sumpf». In seinem *Mythus* jedenfalls spricht er weiter von «jener heuchlerischen Wertzersetzung, die im Lauf der abendländischen Geschichte in den verschiedenen Formen der Humanität als feindliche Versuchung über uns gekommen ist. Bald nannte sie sich Demokratie, bald soziales Mitleid, bald Demut und Liebe.»

Die schreckliche Gestalt des SS-Mannes beim Zähneziehen, des Arztes, der die todbringende Spritze jedem Wehrlosen in den Körper bohrt – sie sind Folge und Symbol jenes Rosenbergschen «Mysteri-

ums vom nordischen Blut, welches die alten Sakramente ersetzt und überwunden hat».

Hier tut sich ein Gegensatz auf, mit dem sich auch das Nürnberger Gericht zu befassen hatte. Eng verwoben mit dem Komplex der Kirchenverfolgung ist das sogenannte «Euthanasieprogramm» der nationalsozialistischen Führung, denn in diesem Punkt haben die Kirchen wohl ihren schärfsten Kampf mit dem System der Unmenschlichkeit ausgefochten.

Der katholische Domprobst von St. Hedwig in Berlin, Bernhard Lichtenberg, pflegte nach jeder Messe zu sagen: «Lasst uns nun noch beten für die Juden.» Erachtete nicht auf die Gestapospitzel in seiner Kirche und predigte: «In Berliner Häusern wird ein anonymes Hetzblatt gegen die Juden verbreitet. Darin wird behauptet, dass jeder Deutsche, der aus angeblich falscher Sentimentalität die Juden unterstützt, Verrat am eigenen Volke begeht. Lass euch durch solche unchristliche Gesinnung nicht beirren, sondern handelt nach dem strengen Gebot Christi: Du sollst den Nächsten lieben wie dich selbst.»

Auf dem Weg zum Konzentrationslager Dachau ist Lichtenbergs Stimme für immer verstummt. Doch andere redeten nun und traten neuem Unglück entgegen: dem kaltblütigen Massenmord, den die Führer von Staat und Partei als «Gnadentod» bezeichneten.

Hans Heinrich Lammers, der Chef von Hitlers Reichskanzlei, wird im Nürnberger Zeugenstand von Keitels Verteidiger Dr. Otto Nelte über die Hintergründe des sogenannten Euthanasieprogramms befragt. Lammers wurde drei Jahre später im «Wilhelmstrassen-Prozess» zu 20 Jahren Haft verurteilt, aber schon 1951 entlassen und starb 1962 in Düsseldorf.

Dr. Nelte: «Wissen Sie etwas über die Bestrebungen Hitlers, unheilbar Geisteskranke schmerzlos zu beseitigen?»

Lammers: «Ja. Der Gedanke ist bei Hitler das erstmal aufgetaucht im Herbst 1939. Da bekam der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Dr. Conti (der Reichsärztführer) den Auftrag, diese Frage zu prüfen. Ich habe mich gegen eine Ausführung dieser Sache ausgesprochen. Da aber der Führer darauf bestand, habe ich vorgeschlagen, dann müsse man die ganze Angelegenheit mit allen Rechtsgarantien umgeben und durch ein Gesetz regeln. Ich habe auch einen entsprechenden Gesetzentwurf ausarbeiten lassen, und darauf wurde dem Staatssekretär Conti der Auftrag abgenommen und im Jahre 1940 dem Reichsleiter Bouhler übertragen. Der Reichsleiter Bouhler hat dem Führer Vortrag gehalten. Der Führer hat den Gesetzentwurf nicht gebilligt. Er hat ihn aber auch nicht ausdrücklich abgelehnt, er hat aber nachher unter meiner Ausschaltung eine Vollmacht erteilt zur Tötung unheilbarer Geisteskranker an den

Reichsleiter Bouhler und an den bei ihm damals tätigen Arzt Professor Dr. Brandt.»

Der amerikanische Ankläger Robert G. Storey verliest das entscheidende Dokument vom 1. September 1939, geschrieben auf Hitlers persönlichem Briefpapier: «Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann. Gezeichnet: Adolf Hitler.»

Reichsleiter Martin Bormann, Hitlers rechte Hand, unterrichtet am 1. Oktober 1940 die Gauleitungen. Der britische Ankläger Griffith-Jones liest vor: «Der Führer gab die Anordnung. Gesetz liegt fertig. Heute werden nur klare Fälle oder hundertprozentige erledigt. Später tritt eine Erweiterung ein.»

Zur Kenntnisnahme der Justizstellen schreibt Bormann am gleichen Tag: «In nächster Zeit beginnt die Aktion. Fehlschläge bisher kaum eingetreten. 30'000 erledigt. Weitere 100'000 bis 120'000 warten. Den Kreis der Eingeweihten sehr klein halten. Wenn notwendig, Kreisleiter rechtzeitig verständigen.»

Das Morden hat begonnen, und obwohl die Mörder bemüht sind, «den Kreis der Eingeweihten sehr klein zu halten», kann es nicht verborgen bleiben, wenn sich in den Heil- und Pflegeanstalten die Todesfälle plötzlich häufen, wenn immer mehr Angehörige Benachrichtigungen mit der Angabe unwahrscheinlicher Todesursachen erhalten.

Die nationalsozialistische Kreisleitung Erlangen, in deren Bereich eine der grössten Heil- und Pflegeanstalten Deutschlands liegt, sieht sich am 26. November 1940 bemüssigt, einen Lagebericht nach Berlin zu schicken. Er liegt jetzt auf dem Nürnberger Richtertisch, und Griffith-Jones liest daraus vor: «Bei der hiesigen Heil- und Pflegeanstalt erschien vor einiger Zeit im Auftrag des Ministeriums des Innern eine aus einem norddeutschen Arzt und einer Anzahl Studenten bestehende Kommission. Sie prüfte die Akten der in der Anstalt untergebrachten Kranken durch.»

Die Kommission bestimmt, welche Kranke «in eine andere Anstalt überführt werden sollen» und «dass eine Berliner Transportgesellschaft die Verlegung vorzunehmen und der Anstaltsleiter den Weisungen dieser Gesellschaft, die sich im Besitz einer Namenliste befinde, zu folgen habe». Die Gesellschaft nennt sich «Gemeinnützige Transport GmbH».

«Auf diese Weise», heisst es in dem Bericht der Kreisleitung, «wurden inzwischen drei Transporte mit zusammen 370 Patienten nach Sonnenstein bei Pirna und in die Gegend von Linz gebracht. Ein wei-

terer Transport soll im Januar nächsten Jahres abgehen. Eigenartigerweise erhielten nach dem Transport verschiedene Angehörige über ihre Kranken die Mitteilung, dass diese verstorben seien. Als Todesursache wurde einmal Lungenentzündung, ein anderes Mal eine ansteckende Krankheit genannt. Dabei wurde den Angehörigen weiter mitgeteilt, dass die Verbrennung der Leiche notwendig gewesen sei und dass ihnen die Kleider der Verstorbenen zugesandt werden könnten. Das Standesamt Erlangen wurde durch die Anstalt ebenfalls von den verschiedenen Todesfällen in Kenntnis gesetzt, wobei als Todesursache wieder Lungenentzündung oder eine ansteckende Krankheit angegeben war, Krankheitserscheinungen, die mit dem bisherigen Krankheitsbild in keinerlei Zusammenhang stehen, so dass anzunehmen ist, dass es sich hier um falsche Angaben handelt. Die Bevölkerung ist über die Massnahme der Verlegung der Kranken ungeheuer beunruhigt, da sie die in rascher Folge bekanntwerdenden Todesfälle damit in Zusammenhang bringt. Sie spricht zum Teil offen, zum Teil versteckt von einer Beseitigung der Kranken, zu der keinerlei gesetzliche Unterlage vorhanden ist. Diese Beunruhigung der Bevölkerung wirkt jetzt in der Kriegszeit doppelt nachteilig. Die geschilderten Vorkommnisse geben darüber hinaus der Kirche und den religiösen Kreisen Veranlassung, ihre Einstellung gegen den Nationalsozialismus neu aufleben zu lassen.»

Das sind die Bedenken der NS-Kreisleitung Erlangen, aber in der Führerkanzlei schreibt Martin Bormann: «Die Benachrichtigungen an die Verwandten werden, wie mir gestern noch einmal bestätigt wurde, textlich verschieden abgefasst. Selbstverständlich kann es einmal passieren, dass zwei nahe beieinander wohnende Familien einen Brief mit dem gleichen Wortlaut bekommen. Dass sich die Vertreter der christlichen Weltanschauung gegen die Massnahmen der Kommission aussprechen, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich muss es sein, dass alle Parteidienststellen die Arbeit der Kommission unterstützen.»

Im August 1941 schreibt Bischof Hilfrich von Limburg an das Reichsinnenministerium, das Reichsjustizministerium und an das Ministerium für kirchliche Angelegenheiten. Die Briefe haben folgenden Wortlaut:

«Etwa acht Kilometer von Limburg entfernt ist in dem Städtchen Hadamar auf einer Anhöhe unmittelbar über dem Städtchen eine Anstalt, die früher verschiedenen Zwecken, zuletzt als Heil- und Pflgeanstalt gedient hat, umgebaut beziehungsweise eingerichtet worden als eine Stätte, in der nach allgemeiner Überzeugung seit Monaten – etwa seit Februar 1941 – planmässige Euthanasie vollzogen wird. Öfter in der Woche kommen Autobusse mit einer grösseren Anzahl solcher Opfer in Hadamar an. Schulkinder der Umgegend

kennen diese Wagen und reden: ‚Da kommt wieder die Mordkiste.‘ Nach der Ankunft solcher Wagen beobachten dann die Hadamarer Bürger aus dem Schlot aufsteigenden Rauch und sind von dem ständigen Gedanken an die armen Opfer erschüttert.

Die Wirkung der hier getätigten Grundsätze: Kinder, einander beschimpfend, tun Äusserungen: ‚Du bist nicht gescheit, du kommst nach Hadamar in den Backofen!‘ Solche, die nicht heiraten wollen oder die keine Gelegenheit finden: ‚Heiraten, nein! Kinder in die Welt setzen, die dann in den Rex-Apparat kommen!‘ Bei alten Leuten hört man die Worte: ‚Ja in kein staatliches Krankenhaus! Nach den Schwachsinnigen kommen die Alten als unnütze Esser an die Reihe!‘

Beamte der Geheimen Staatspolizei suchen, wie man hört, das Reden über die Hadamarer Vorgänge mit strengen Drohungen zu unterdrücken. Das Wissen und die Überzeugung und Entrüstung der Bevölkerung werden damit nicht geändert. Die Überzeugung wird um die bittere Erkenntnis vermehrt, dass das Reden mit Drohungen verboten wird, die Handlungen selbst aber nicht strafrechtlich verfolgt werden.»

Vorsitzender: «Wurde dieser Brief beantwortet?»

Dr. Robert Kempner, Ankläger der Vereinigten Staaten: «Eine Antwort wurde nicht gefunden. Ich habe jedoch andere Briefe, die den Vermerk tragen ‚Bitte nicht beantworten!‘»

Vorsitzender: «Bitte nicht beantworten?»

Kempner: «Es heisst, diese Briefe sollen unbeantwortet bleiben. Die Tötungen in diesen Anstalten wurden auf Grund des von den Angeklagten Frick, Himmler und anderen geschaffenen geheimen Gesetzes Jahr für Jahr fortgesetzt.»

Zuerst werden die Heil- und Pflegeanstalten gelichtet, dann greift das System auf Krüppel- und Altersheime über, zuletzt sind auch andere Arbeitsunfähige nicht mehr sicher, darunter sogar Kriegsgefangene.

«Selbst solche wurden dem Tode geweiht», berichtet Weihbischof Johann Neuhäusler (gestorben am 14. Dezember 1973 in München), «bei denen es sich um Folgen von Kriegsverletzungen handelte.»

Erzbischof Konrad von Freiburg schlägt der Reichskanzlei am 1. August 1940 vor: «Wir erklären uns bereit, auf karitativem Wege für alle die Unkosten aufzukommen, die dem Staat durch die Pflege der zum Tode bestimmten Geisteskranken erwachsen.» Die Gesamtheit der katholischen Bischöfe Deutschlands wendet sich am 11. August 1940 an die Reichskanzlei – ohne Erfolg. Bischof Clemens August von Galen erhebt sogar öffentlich Mordanklage und sagt am 3. August 1941 auf der Kanzel der Lambertikirche in Münster:

«Deutsche Männer und Frauen! Noch hat Gesetzeskraft der §211

des Reichsstrafgesetzbuches, der bestimmt: «Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Überlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft. Es ist mir aber versichert worden, dass man im Reichsministerium des Innern und auf der Dienststelle des Reichsärztesführers Dr. Conti gar kein Hehl daraus macht, dass tatsächlich schon eine grosse Zahl von Geisteskranken in Deutschland vorsätzlich getötet worden ist und in Zukunft getötet werden soll. Das Reichsstrafgesetzbuch bestimmt aber in § 139: «Wer von dem Vorhaben eines Verbrechens wider das Leben glaubhafte Kenntnis erhält und es unterlässt, der Behörde oder dem Bedrohten hiervon zur rechten Zeit Anzeige zu machen, wird bestraft.» Als ich von dem Vorhaben erfuhr, Kranke aus Mariental abzutransportieren, um sie zu töten, habe ich am 28. Juli bei der Staatsanwaltschaft, beim Landgericht in Münster und bei dem Polizeipräsidenten in Münster Anzeige erstattet durch eingeschriebenen Brief. Nachricht über ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft und der Polizei ist mir nicht zugegangen.»

Bischof Bornewasser von Trier predigt am 1.4. September 1941: «Kein Staat, keine Regierung hat das Recht, die Tötung sogenannter ‚Lebensunwerter‘, «unproduktivere, schuldloser Schwachsinniger oder Geisteskranker anzuordnen, und kein Arzt hat das Recht, an einer solchen Tötung mitzuwirken. Wehe dir, armes Deutschland! Wie sagt die Heilige Schrift: «Täuschet euch nicht: Gott lässt seiner nicht spotten. Was immer der Mensch sät, das wird er ernten!»»

Kardinal Faulhaber spricht es am 22. März 1942 abermals öffentlich auf der Kanzel in München aus: «Mit tiefem Erschrecken hat das christlich-deutsche Volk es vernommen, dass auf Anordnung staatlicher Stellen zahlreiche geisteskranken Menschen, die den Heil- und Pflegeanstalten anvertraut waren, als sogenannte «unproduktive Volksgenossen» ums Leben gebracht wurden. Euer Erzbischof wird nicht nachlassen, gegen die Tötung Unschuldiger Verwahrung einzulegen.»

Doch das alles prallt an der Mauer des Schweigens ab, mit der sich die Verantwortlichen umgeben haben. In den Todesanstalten wüten besessene Ärzte, Schwestern und Helfer mit der Einschläferungsspritze weiter. Als immer weitere Opfer von der «Gemeinnützigen Transportgesellschaft» herbeigebracht werden, wird die langsame Spritze durch die Gaskammer ersetzt.

Im Urteil gegen den Anstaltsarzt Professor Dr. Hermann Paul Nitsche vom 3. November 1947 heisst es:

«Auf der Anstalt Sonnenstein vollzog sich die Vergasung im einzelnen wie folgt: Die Kranken, die in Autobussen mit grün angestrichenen Fenstern nach dem Sonnenstein transportiert worden waren, wurden zur Feststellung ihrer Identität in einen Aufnahmerraum

gebracht. Sodann wurden sie zur Begutachtung durch die Ärzte Dr. Schumann und Dr. Schmalenbach in das Nebenzimmer geführt. Entschied sich der Arzt für die Vergasung, so wurden die Kranken von dem Pflegepersonal in den angrenzenden Entkleidungsraum gebracht wo sie sich entkleiden mussten: gebrechliche Kranke wurden durch das Personal entkleidet. Den Kranken wurde erklärt, dass sie gebadet würden. Von dem Entkleidungsraum führte eine Treppe in den Keller – in einem Raum, der an den Vergasungsraum angrenzte. Dorthin wurden die Kranken von den Pflegern gebracht und von den Desinfektoren – besonders zuverlässigen SS-Leuten – in Empfang genommen. Nachdem sich die Pfleger entfernt hatten, wurden die Kranken in den Vergasungsraum gebracht. Die Vergasung selbst wurde von dem Anstaltsarzt durch die Bewegung eines Hebels durchgeführt. Sie dauerte nur einige Minuten. Bei der gesamten Aktion, die als ‚Geheime Reichssache‘ lief, war der Angeklagte Dr. Nitsche massgebend beteiligt. Die Angeklagten Felfe, Gräbler und Röpke haben als sogenannte Pfleger bei der Vergasungsaktion ausgesprochene Henkersdienste geleistet. Gräbler hat etwa 25 bis 30 Transporte mit Geisteskranken zur Vergasung nach dem Sonnenstein gebracht, insgesamt 15'000 bis 16'000 Personen.»

Georg Konrad Morgen, SS-Richter der Reserve, ist im Nürnberger Zeugenstand darüber befragt worden, wie es zu diesem System der Massentötungen gekommen ist und wer als Urheber angesehen werden kann. Ausgangspunkt der Vernehmung sind die Vergasungen von Juden in Konzentrationslagern.

Morgen: «Wirth schilderte mir die Methode.»

Rechtsanwalt Horst Pelckmann, Verteidiger der SS: «Zunächst eine Frage. War Wirth Angehöriger der SS?»

Morgen: «Nein. Wirth war Kriminalkommissar in Stuttgart. Das Ganze ging wie an einem laufenden Band.»

Pelckmann: «Haben Sie Wirth gefragt, wie er auf dieses teuflische System gekommen ist?»

Morgen: «Als Wirth die Judenvernichtung übernahm, war er bereits ein Spezialist für Massenvernichtungen von Menschen, und zwar hatte er vorher den Auftrag ausgeführt, die unheilbaren Geisteskranken zu beseitigen. Er hatte zu diesem Zweck im Auftrag des Führers selbst, der ihm durch die Kanzlei des Führers übermittelt worden ist, sich Anfang des Krieges ein Kommando zusammengestellt aus einigen Beamten. Wirth schilderte mir sehr lebhaft, wie er an die Ausführung herangegangen sei, dass er dabei keinerlei Hinweise gefunden habe, keinerlei Hilfe, sondern dass er alles aus sich selbst heraus finden müssen. Man hatte ihm lediglich eine alte geräumte Anstalt in Brandenburg überlassen. In Brandenburg hat er seine ersten Versuche unternommen und ist dann nach vielen Über-

legungen und Einzelausführungen zu dem späteren System gekommen. Dieses System wurde nun in grossem Rahmen bei dieser Irrenaktion angewandt.»

SS-Sturmabteilungsführer und Kriminalkommissar Christian Wirth also ist nach der Aussage des SS-Richters Morgen der satanische Erfinder jener Ausrottungsmethode, die er «nach vielen Überlegungen und Einzelausführungen» fand und der später Millionen Menschen in Europa zum Opfer gefallen sind.

Auch Fremdarbeiter und Kriegsgefangene finden in Wirths Gaskammern den Tod: «Dies geht absolut einwandfrei aus einem Dokument hervor», sagt der amerikanische Ankläger Robert Kemper in Nürnberg, «dem Urteil der Militärkommission für Hadamar in Wiesbaden. Ich verlese: ‚Adolf Klein, Adolf Wahlmann, Heinrich Ruoeff, Karl Willig, Adolf Merkle, Irmgard Huber und Philipp Blum werden angeschuldigt, gemeinsam in der Zeit von ungefähr 1. Juli 1944 bis ungefähr 1. April 1945 in Hadamar vorsätzlich, mit Vorbedacht und rechtswidrig bei der Tötung von mindestens vierhundert Menschen russischer und polnischer Staatsangehörigkeit, deren genaue Namen und Zahl unbekannt sind, mitgewirkt, Beihilfe geleistet und teilgenommen zu haben ...‘»

Unter den Opfern, so ist im Hadamar-Prozess festgestellt worden, befanden sich auch einige Kinder. Klein, Ruoeff und Willig wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Der Nürnberger Gerichtshof schliesslich hat festgestellt: «Weiterhin sind auch die Massnahmen zu erwähnen, die schon im Sommer des Jahres 1940 in Deutschland eingeführt waren und auf Grund deren alle alten, geistesgestörten und alle mit unheilbaren Krankheiten behafteten Menschen, mutzlose Esser’, in besondere Anstalten eingeliefert und getötet wurden, während man ihren Verwandten mitteilte, dass sie eines natürlichen Todes gestorben seien. Opfer waren nicht nur deutsche Staatsbürger, sondern auch ausländische Arbeiter, die nicht imstande waren, ihre Arbeit zu verrichten, und infolgedessen für die deutsche Kriegsmaschine unbrauchbar geworden waren. Eine Schätzung ergab, dass mindestens 275'000 Menschen auf diesem Wege in Erholungsheimen, Krankenhäusern und Irrenanstalten, die dem Frick in seiner Eigenschaft als Innenminister unterstanden, getötet wurden. Es war völlig unmöglich, festzustellen, wie viele Fremdarbeiter in dieser Gesamtzahl enthalten sind.»

Mit diesen Sätzen aus dem Nürnberger Urteil ist die ganze Tragik und Tragweite des Euthanasie-Programms umrissen. Der Mord ist zum kalt berechneten System geworden.

Unter den Angeklagten von Nürnberg ist der ehemalige Stellvertreter Hitlers, Rudolf Hess, zweifellos die geheimnisvollste Gestalt. Er hat dem Gericht manches Rätsel aufgegeben, und die Frage nach seinem Geisteszustand hat Gericht, Anklage und Verteidigung ausführlich beschäftigt. Noch vor Beginn des Prozesses reicht der erste Verteidiger von Hess, Rechtsanwalt Dr. Günther von Rohrscheidt, einen Antrag ein, in dem er das Gericht bittet, einen medizinischen Sachverständigen mit der Untersuchung von Hess und der Erstattung eines Gutachtens über seine Zurechnungs- und Verhandlungsfähigkeit zu beauftragen.

Tatsächlich betraut das Gericht eine Kommission von zehn Ärzten mit der Untersuchung des Angeklagten. Die drei sowjetischen Ärzte und der französische Sachverständige erklären: «Es wurden keine wesentlichen körperlichen Abweichungen vom Normalzustand beobachtet. Er ist eine unausgeglichene Persönlichkeit. Teilweise bewirkt durch das Fehlschlagen seiner Mission, vermehrten sich die anomalen Anzeichen und führten zu Selbstmordversuchen.» Und die britischen Sachverständigen kommen zu dem Schluss: «Er ist gegenwärtig nicht geisteskrank im strengen Sinne des Wortes. Sein Gedächtnisschwund hält ihn nicht vollständig vom Verstehen der Verhandlungen ab, behindert jedoch seine Fähigkeit, seine Verteidigung zu führen und Einzelheiten der Vergangenheit zu verstehen, die im Beweisverfahren eine Rolle spielen könnten. Dieses Anzeichen von Gedächtnisschwund wird möglicherweise verschwinden, wenn andere Umstände eintreten.»

Die Sachverständigen stellen also die Möglichkeit eines Gedächtnisschwundes nicht in Abrede. Haben sie recht? Wer Gelegenheit hatte, Rudolf Hess im Nürnberger Gefängnis zu beobachten, kann nur schwer glauben, dass der gleiche Hess Hitlers Vertrauter war und zu den wichtigsten Repräsentanten und Managern des Dritten Reiches und seiner Macht gehörte. Eines der bemerkenswertesten Zeugnisse über das Verhalten von Hess kommt von dem deutschen Gefängnisarzt Dr. Ludwig Pflücker, der in seinen nachgelassenen Aufzeichnungen schreibt:

«Ich wurde bereits in der ersten Nacht wiederholt zu Hess gerufen, weil er Krämpfe habe. Ich sah ihn jedesmal mit verzerrten Zügen und krampfhaften Bewegungen der Arme im Bett liegen. Der ganze Körper wurde bei diesen Krämpfen geschüttelt. In einer Pause untersuchte ich den Patienten und fand in der Gegend des Magens und der Gallenblase, wo Hess heftige, kolikartige Schmerzen angab, keinerlei krankhaften Befund. Auch die sonstigen Angaben von Hess ergaben kein gesichertes Krankheitsbild. Die Krämpfe traten in der

ersten Zeit sehr häufig auf, wohl sechs- bis achtmal am Tage, so dass ich sie ausgiebig beobachten konnte. Ich konnte sie bald nicht anders als nervös deuten – wie die amerikanischen Ärzte auch. Die körperlich sehr anstrengende Form seiner Krämpfe änderte sich übrigens bald, nachdem ihnen keine Beachtung geschenkt wurde, und beschränkte sich auf die schmerzhaften Verziehungen des Gesichts und eine gekrümmte Haltung.

Unermüdetlich war Hess in Sonderwünschen für seine Verpflegung, wobei er sich auch zufriedengab, wenn er eine Kleinigkeit herausgeschlug. Hatte er zum Beispiel Butter angefordert und erhielt Margarine, so sagte er zuerst, er könne die stark gesalzene Margarine nicht essen, und liess sich bereden, die übriggelassene Margarine an seinen Zellennachbar Göring weiterzugeben. Göring war nun sehr enttäuscht, als ich ihm nach einigen Tagen sagen musste, Hess esse seine Margarine wieder selber. Er habe eine Methode herausgefunden, das Salz herauszuziehen, indem er die Margarine kurze Zeit in Wasser lege. Dass dabei von einer Entsalzung keine Rede sein konnte, wusste auch Göring, und er gab seinem Unwillen über den komischen Kerl, der ihm die Margarine nicht gönne, sehr lebhaften Ausdruck. Ich weiss, dass auch die anderen Angeklagten Hess nicht für voll nahmen, seine Krämpfe und Diätwünsche ebenso beurteilten wie ich und nur seinen Charakter anerkannten.

Eines Tages fragte mich Hess, ob seinen Speisen irgendwelche Arzneimittel hinzugefügt würden, wie das in England geschehen sei. Ich sagte ihm, dass ich das als sein deutscher Arzt nicht mitmachen würde und dass ich auch keinerlei Anzeichen dafür hätte, dass etwa die Köche oder das Bedienungspersonal so etwas täten. Die Amerikaner hätten sich nie um seine Speisen gekümmert. Hess sagte nun: ‚Sehen Sie, seit einigen Tagen habe ich keine Krämpfe mehr, und ich kann nach meinen homöopathischen Erfahrungen nur annehmen, dass sich in den Speisen Spuren der Mittel befinden, die meine Krankheit hervorrufen und nun in der kleinen Dosis Heilung bringen.‘ Nach zwei bis drei Tagen hatte sich Hess aber die Sache anders überlegt, denn er erklärte, er spüre jetzt keine heilsame Wirkung der Würzstoffe mehr.»

Während der ganzen Prozessdauer bombardiert Hess den deutschen Arzt mit Sonderwünschen. Pflücker hat einige der Zettel, die er von Hess laufend erhielt, zur Auswahl gestellt:

«Die Würstel sind geradezu irrsinnig scharf. Können Sie mir etwas anderes dafür verschaffen? Ggf. Haferflocken?» – «Kann ich statt Ei etwas anderes bekommen? Marmelade o. derg., auch Zucker?» – «Heutiges Brot ist anscheinend aus verdorbenem Mehl gebacken. Für meinen Magen ungeniessbar. Kann ich anderes bekommen?» – «Da ich kein Ei esse, bestand das Abendessen für mich nur aus etwas

Tunke. Wenn Sie über eine Zulage verfügen, würde sie daher begrüßen.» – «Der Käse ist mir zu scharf. Haben Sie etwas anderes für mich?»

So geht es tagtäglich weiter. Hess kümmert sich nicht darum, dass zur gleichen Zeit das deutsche Volk, dessen stellvertretender Führer er einmal war, hungern muss und sich kaum einen Gedanken an Weissbrot, Zucker, Eier und Milch erlauben darf. Er verspinnt sich in merkwürdige Ideen, beschäftigt sich mit Plänen für den Bau eines Hauses, entwirft einen neuen «Führerbau» von gewaltigen Ausmassen und will nach seiner «Befreiung» ein homöopathisches Krankenhaus gründen.

Pflücker schreibt: «Er beschäftigte sich dauernd mit Verordnungen für das bald wieder zu erwartende Dritte Reich, fertigte Zeichnungen für ein Ehrenmal nach der Hinrichtung der Verurteilten des Prozesses an und erliess in Ermangelung eines grösseren Kreises Kundgebungen an seine Mitgefangenen. So liess er ihnen am letzten Dezembertag 1945 mitteilen, sie sollten guten Mutes sein, noch in diesem Jahre schlage die Stunde der Befreiung. Als ich ihm darauf sagte, ‚dann haben Sie aber nur noch ein paar Stunden Zeit‘, verbesserte er sich und sagte: ‚Ich meine natürlich im nächsten Jahr!‘»

Allmählich nimmt das Verhalten von Hess immer unglaublichere Formen an. Der deutsche Gefängnisarzt berichtet: «So nahm er die Mahlzeiten stets auf dem Boden der Zelle liegend ein und antwortete auf die Frage nach dem Grunde dieser doch recht ungemütlichen Haltung: ‚Es ist mir so am bequemsten.‘ Am Reinigungsdienst beteiligte er sich, indem er mit einer Hand den Besen führte, während er die andere Hand in die Tasche steckte. Sein Gang war stets eigenartig und gespreizt.»

Der deutsche Kriegsgefangene Hermann Wittkamp, der als Gefängnisfriseur in Nürnberg arbeitete, hatte ebenfalls Gelegenheit, die Angeklagten gründlich zu beobachten und sich seine eigenen Gedanken zu machen. Er berichtet: «An alle vier Wände und am Ausgang seiner Zelle hatte er recht dick und gut leserlich hingemalt: ‚Ruhe bewahren!‘ Auch auf seinem Zellentisch las man diese Worte mehrmals. Ein Foto von seinen Angehörigen habe ich dagegen nie bei ihm gesehen, während bei den anderen Angeklagten ganze Reihen von Bildern auf den Tischen standen. Immer glaubte er, man wolle ihn vergiften. Zugereichtes Brot nahm er nicht an. Die Essensträger mussten mit dem Tablett so nahe an die Türklappe kommen, dass er sich selbst eine Portion aussuchen konnte. Hess zeigte immer dasselbe fanatische Gesicht. Einmal wurden ihm seine ehemaligen beiden Sekretärinnen gegenübergestellt. Er kümmerte sich aber nicht um sie.

„Herr Hess“, wurde ihm gesagt, „die Damen sind doch Ihre Sekretärinnen!“

Da ging er auf sie zu, reichte jeder die Hand und sagte: „Wenn ich wieder ein grosser Mann bin, hole ich Sie wieder.“*

Von Hitler und dem Nationalsozialismus war Hess noch ganz beiseelt. Schon bei seiner Ankunft in Nürnberg drückte sich das aus. Er kam in den Dienstraum, schlug die Hacken zusammen und grüsste zackig mit erhobenem Arm wie in alten Zeiten. Die amerikanischen Offiziere und alle Anwesenden lachten.»

Alle diese Berichte aus dem Gefängnis machen die Frage nach der Geistesverfassung von Hess nur noch dringlicher. Am neunten Verhandlungstag des Nürnberger Prozesses sorgt Rudolf Hess selbst für eine Sensation im Gerichtssaal. Die Nachmittagssitzung des 30. November 1945 ist ausschliesslich der Beurteilung seines Falles gewidmet. Alle Angeklagten sind in ihren Zellen gelassen worden.

In der grossen Anklagebank sitzt Rudolf Hess allein, verschlossen, undurchsichtig, im fahlen Licht der Neonbeleuchtung. Leer sind auch die Plätze der Rechtsanwälte; nur Dr. Rohrscheidt ist erschienen. Das Für und Wider um Geisteszustand und Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten nimmt seinen dramatischen Lauf, bis Rudolf Hess selbst von seinem Platz aufsteht und eine Erklärung abgibt, die gleich darauf als Blitzmeldung die ganze Welt überrascht.

Zunächst bittet Dr. Rohrscheidt das Gericht, Hess als verhandlungsunfähig zu erklären. Sodann, nach einer gründlichen Auseinandersetzung über die medizinischen Gutachten, nimmt Ankläger Jackson das Wort:

«Hess weigerte sich, sich jeder ihm vorgeschlagenen einfachen Behandlung zu unterziehen. Er hat sich geweigert, sich gewöhnlichen Dingen, die wir alltäglich vornehmen, wie Blutproben und Untersuchungen zu unterziehen, und hat erklärt, dass er nichts an sich vornehmen lassen wolle, ehe die Verhandlung vorbei ist. Die ärztliche Behandlung, die ihm zur Heilung seiner hysterischen Verfassung vorgeschlagen wurde, war die Verabfolgung von intravenösen Medikamenten und Schlafmitteln. Wir gestehen, dass wir nicht wagten, diese Medikamente, obwohl sie harmlos sind, gegen seinen Willen anzuwenden. Wir meinten, dass, wenn Hess einen Monat später vom Blitz getroffen worden wäre, uns trotzdem vorgeworfen werden würde, dass etwas, was wir mit ihm getan hätten, seinen Tod verursacht habe. Deshalb wünschten wir nicht, eine Behandlung zu erzwingen. Ich möchte höflich bemerken, dass niemand, der vor Gericht steht, behaupten kann, sein Gedächtnisschwund mache ihn verhandlungsunfähig, wenn er gleichzeitig harmlose medizinische Mittel ablehnt, die nach allgemeiner Ansicht Abhilfe schaffen könnten.»

So geht das Geplänkel zwischen Ankläger und Verteidiger hin und her, bis der Vorsitzende, Sir Geoffrey Lawrence, eingreift:

«Herr Dr. von Rohrscheidt, der Gerichtshof würde gerne, wenn Sie es für richtig halten, die Ansichten des Angeklagten Hess in dieser Frage hören.»

Dr. Rohrscheidt: «Selbstverständlich habe ich als Verteidiger nichts dagegen, und es entspricht, glaube ich, dem Wunsche des Angeklagten, ihn selbst zu hören. Dann wird das Gericht auch in der Lage sein, zu beurteilen, in welcher Verfassung sich der Angeklagte befindet.»

Vorsitzender: «Er kann erklären, ob er sich für verhandlungsfähig hält.»

Nach dieser Entscheidung des Gerichtsvorsitzenden erhebt sich Rudolf Hess langsam von seinem Platz in der Anklagebank. Während der ganzen bisherigen Verhandlung hat er unbeweglich dagesessen, den Blick geradeaus gerichtet, als ginge ihn alles nichts an. Jetzt steht er da, schaut mit einem schmalen Lächeln zur Pressegalerie hinüber, wippt auf den Zehenspitzen, wendet den Blick zur Decke, befeuchtet sich die Lippen mit der Zunge – und wartet, bis die amerikanischen Soldaten das Mikrophon an seinem Platz aufgestellt haben. Dann spricht er. Langsam, wie es durch das Dolmetscher- und Kopfhörersystem vorgeschrieben ist, etwas näselnd, aber klar verständlich:

«Herr Präsident, ich möchte das Folgende sagen: Zu Anfang der Verhandlung heute nachmittag gab ich dem Verteidiger einen Zettel, auf dem ich meine Meinung dahingehend ausdrückte, dass die Verhandlung abgekürzt werden könnte, würde man mir zu sprechen gestatten. Was ich zu sagen wünsche, ist das Folgende: Um vorzubeugen, dass ich für verhandlungsunfähig erklärt werde, obwohl ich an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen und mit meinen Kameraden gemeinsam das Urteil zu empfangen wünsche, gebe ich dem Gericht nachfolgende Erklärung ab, obwohl ich sie ursprünglich erst zu einem späteren Zeitpunkt des Prozesses abgeben wollte:

Ab nunmehr steht mein Gedächtnis auch nach aussen hin wieder zur Verfügung. Die Gründe für das Vortäuschen von Gedächtnisverlust sind taktischer Art. Tatsächlich ist lediglich meine Konzentrationsfähigkeit etwas herabgesetzt. Dadurch wird jedoch meine Fähigkeit, der Verhandlung zu folgen, mich zu verteidigen, Fragen an Zeugen zu stellen oder selbst Fragen zu beantworten, nicht beeinflusst. Ich betone, dass ich die volle Verantwortung trage für alles, was ich getan, unterschrieben oder mitunterschrieben habe. Meine grundsätzliche Einstellung, dass der Gerichtshof nicht zuständig ist, wird durch obige Erklärung nicht berührt. Ich habe bisher auch meinem Officialverteidiger gegenüber den Gedächtnisverlust aufrechterhalten. Er hat ihn daher guten Glaubens vertreten.»

Im Gerichtssaal herrscht einen Augenblick atemlose Stille. Hess setzt sich ruckartig wieder auf seinen Platz. Im Hintergrund des Raumes werden Türen geöffnet: Ein paar eilige Journalisten stürzen hinaus zu den Telefonen. Lordrichter Lawrence sagt nur noch vier Worte: «Die Verhandlung wird vertagt.»

Am nächsten Morgen gibt der Vorsitzende gleich zu Beginn der Verhandlung die Gerichtsentscheidung bekannt: «Der Gerichtshof hat sorgfältig über den Antrag des Verteidigers des Angeklagten Hess beraten und hat auch den Vorzug gehabt, eingehende Auseinandersetzungen darüber sowohl von der Verteidigung als auch von der Anklagebank zu hören. Der Gerichtshof hat ebenfalls die ausführlichen medizinischen Gutachten, die über den Zustand des Angeklagten Hess abgegeben wurden, in Betracht gezogen und ist zu der Schlussfolgerung gelangt, dass keinerlei Gründe vorhanden sind, eine weitere Untersuchung des Angeklagten anzuordnen. Nachdem der Angeklagte Hess dem Gerichtshof selbst eine Erklärung abgegeben hat, und angesichts der vorliegenden Beweise ist der Gerichtshof der Ansicht, dass der Angeklagte Hess gegenwärtig vernehmungsfähig ist. Der Antrag des Verteidigers ist aus diesem Grunde abgewiesen, und der Prozess wird weiter fortgesetzt.»

Ist das Rätsel Rudolf Hess damit gelöst worden? Keineswegs. Eine Zeitlang scheint Hess bei klarem Bewusstsein zu sein und der Verhandlung aufmerksam zu folgen. Dann wieder sinkt er in eine dumpfe, unbeteiligte Haltung und gibt wirre Äußerungen von sich. Neben dem ehemaligen Innenminister Wilhelm Frick ist er der einzige Angeklagte, der es vorzieht, nicht in den Zeugenstand zu gehen. Er weicht dem Kreuzverhör offensichtlich aus, wenn auch sein Verteidiger Dr. Alfred Seidl – der Nachfolger von Dr. von Rohrscheidt – erklärt: «Im Hinblick auf seine grundsätzliche Einstellung zu der Frage der Zuständigkeit des Gerichts hat Hess mich gebeten, davon absehen zu wollen. Ich verzichte daher auf die Vernehmung des Angeklagten als Zeugen.»

Auch nach dem Prozess, während der Gefängnisstrafe, die er im Spandauer Viermächtegefängnis verbüsst, hat Hess immer wieder seine Umgebung in Erstaunen versetzt. In Briefen an seine Frau, die heute in Hindelang im Allgäu eine Pension besitzt, erklärt er, völlig normal zu sein und alles nur vorgetäuscht zu haben. Ein französischer Journalist gebrauchte aber schon 1945 die geistvolle Wendung: «Ein Mensch, der das alles simuliert, kann nicht normal sein.» Und Winston Churchill, dem alle Berichte über Hess vorgelegen haben, schreibt noch im Jahre 1950: «Er war ein medizinischer und kein krimineller Fall, und so sollte man ihn auch betrachten.»

Doch nachdem Hess seine Erklärung abgegeben hat, nimmt das Verfahren seinen Lauf. J. M. G. Griffith-Jones von der britischen

Anklagebehörde befasste sich noch einmal mit dem mysteriösen Englandflug: Was wollte Hess mit diesem abenteuerlichen Unternehmen eigentlich erreichen? Wenn es ihm wirklich darauf ankam, Frieden zwischen Deutschland und Grossbritannien zu stiften, so hat er es zumindest ziemlich ungeschickt angefangen – oder sein Vorgehen zeigt, dass Hitlers Stellvertreter keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen hatte, dass er nichts war als ein verworrener Phantast.

Hess hat mehrmals Gelegenheit gehabt, sein Anliegen Beamten und Mitgliedern der britischen Regierung auseinanderzusetzen. Gleich nach seiner Landung in Schottland konnte er wunschgemäss den Herzog von Hamilton sprechen. Zwei Tage später, am 13. Mai 1941, wird er von einem Vertreter des Londoner Ausussenministeriums, dem späteren Hohen Kommissar in Bonn, Ivone Kirkpatrick, aufgesucht. Im Beisein eines Stenografen erklärt Hess ziemlich weitschweifig, was ihn zu seinem Flug veranlasst hat. Im Nürnberger Gerichtssaal fasst Griffith-Jones dieses Stenogramm später zusammen:

«Hess begann mit der Erklärung der Kette von Umständen, die zu seiner gegenwärtigen Lage geführt haben und die eigentlich in einer Geschichte Europas vom Ende des letzten Krieges bis zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt bestand. Er sprach über Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Norwegen und sagte, dass Deutschland in allen Fällen recht gehabt hatte und dass nur England und Frankreich schuld daran waren, dass sie einmarschieren mussten. Er machte England für den Kriegsbeginn absolut verantwortlich. Er sagte dann, dass Deutschland den Krieg gewinnen müsse; er sagte, dass die Bombardierung von England gerade erst begonnen habe, und zwar mit der grössten Zurückhaltung. Er sagte, dass die deutsche U-Boot-Erzeugung enorm gross sei, dass ungeheure Rohstoffquellen in den besetzten Gebieten zur Verfügung ständen und das Vertrauen in Hitler und in den Endsieg vollkommen sei. Er gab dann die Gründe für seinen Flug an, und er sagte, dass ihm der Gedanke an einen langen Krieg schrecklich sei, dass England nicht gewinnen könne und lieber jetzt Frieden machen solle.»

Kirkpatrick hörte die ungeschickten Auslassungen seines Gegenübers mit kühlem Interesse an. Dann heisst es im Protokoll, das Griffith-Jones verliest: «Hier versuchte Hess, mein Blut zum Wallen zu bringen, indem er betonte, dass die gierigen Amerikaner Absichten auf unser Weltreich hätten. Kanada würde sicherlich den Vereinigten Staaten einverleibt werden.»

Nachdem Hess mit diesen Einleitungen seine diplomatischen Fähigkeiten gezeigt hat, kommt er auf den Kern seiner Mission zu sprechen. Der britische Ankläger fährt mit Kirkpatrick's Bericht fort:

«Die Lösung, die Hess vorschlug, war, dass England Deutschland freie Hand in Europa und Deutschland England vollkommen freie Hand innerhalb des Weltreiches gewähren würde, unter der einzigen Bedingung, dass wir Deutschland seine früheren Kolonien zurückgeben sollten, deren Rohstoffquellen es unbedingt brauche. Um etwas über Hitlers Einstellung gegenüber Russland zu erfahren, fragte ich, ob er Russland zu Europa oder zu Asien rechne; er antwortete: zu Asien. Ich erwiderte darauf, dass im Rahmen der vorgeschlagenen Bedingungen Deutschland nicht in der Lage wäre, Russland anzugreifen, weil es nur in Europa freie Hand hätte. Herr Hess reagierte sofort und erklärte, dass Deutschland gewisse Forderungen an Russland zu stellen habe, die entweder auf dem Verhandlungswege oder durch einen Krieg befriedigt werden müssten. Er fügte jedoch hinzu, dass die Gerüchte über einen baldigen Angriff Hitlers auf Russland, die augenblicklich umliefen, jeder Grundlage entbehrten.»

Diese Aufzeichnungen Kirkpatrick's sind nicht ganz zwei Monate vor Hitlers tatsächlichem Angriff gegen die Sowjetunion gemacht worden. War Hess ein ahnungsloser Träumer oder hat er bewusst geblufft? «Als wir im Begriff waren, den Raum zu verlassen», heisst es in Kirkpatrick's Dokument, «feuerte Herr Hess seinen letzten Schuss ab. Er erklärte, er habe vergessen, zu bemerken, dass der Vorschlag an die Bedingung gebunden sei, dass eine andere als die gegenwärtige englische Regierung mit Deutschland verhandle. Churchill und seine Mitarbeiter seien nicht die Persönlichkeiten, mit denen der Führer verhandeln könne.»

Noch zweimal wiederholt Hess bei Kirkpatrick diese unglaublichen Vorschläge. Dann beschliesst das britische Kabinett, sich noch einmal zu vergewissern und ein Regierungsmitglied zu Rudolf Hess zu entsenden. Die Wahl fällt auf Lordkanzler John Simon. Am 10. Juni 1941 begibt sich Lord Simon mit zwei Herren des Foreign Office – darunter Kirkpatrick-, mit einem Dolmetscher und einem Stenografen zu dem Kriegsgefangenen Rudolf Hess. Der Minister gibt sich zu erkennen, doch wird sein Name in dem Protokoll aus Gründen der Geheimhaltung mit «Dr. Guthrie» angegeben. Wie sich das wichtige Gespräch abwickelte, können wir heute dem Stenogramm aus den Archiven des britischen Aussenamtes entnehmen. Das Dokument trägt die Aufschrift «Höchst Geheim!». Unter anderem heisst es darin:

Hess: «Die Bedingungen, zu denen Deutschland zu einer Verständigung mit England bereit wäre, habe ich vom Führer erfahren in einer grossen Zahl von Unterhaltungen mit ihm.»

Lord Simon: «Wir haben den Augenblick erreicht, um nun die Bedingungen zu hören. Würden Sie so freundlich sein, sie Herrn Kirkpatrick zu nennen?»

Kirkpatrick verliert, was Hess schriftlich niedergelegt hat:
«Grundlage für eine Verständigung. Erstens: Um künftige Kriege zwischen England und Deutschland zu vermeiden, sollen Interessensphären festgelegt werden. Deutschlands Interessensphäre ist Europa; Englands Interessensphäre ist sein Weltreich.»

Lord Simon: «Sicher ist damit Kontinentaleuropa gemeint?»

Hess: «Kontinentaleuropa, ja.»

Lord Simon: «Schliesst das irgendwelche Teile Russlands ein?»

Hess: «Das europäische Russland interessiert uns selbstverständlich. Wenn wir zum Beispiel mit Russland einen Vertrag abschliessen, so dürfte da England sich nicht irgendwie einmischen.»

Lord Simon: «Gehört Italien auch dazu?»

Hess: «Italien? Ja, selbstverständlich. Italien ist ein Teil von Europa, und wenn wir mit Italien einen Vertrag abschliessen, dann kann auch in diesem Falle nicht England irgendwie da sich einmischen.»

Lord Simon: «Wir fahren besser fort.»

Kirkpatrick: «Zweitens: Rückgabe der deutschen Kolonien.»

Punkt drei befasst sich mit Entschädigungsfragen, Punkt vier sieht einen gleichzeitigen Friedensschluss mit Deutschland und Italien vor. Noch einmal werden die «Interessensphären» angeschnitten.

Lord Simon: «Wenn Deutschlands Interessensphäre Europa sein soll, schliesst das Griechenland ein?»

Hess: «Diese ‚Interessensphäre‘ betrifft in erster Linie England, nämlich, dass England nicht künftighin in der Lage sein darf, nicht mehr berechtigt sein darf, Koalitionen gegen Deutschland auf dem Kontinent zu bilden, so wenig wie wir uns in die Angelegenheiten des Britischen Weltreichs irgendwie einmengen.»

Lord Simon: «Aber da ist ein kleiner Unterschied. Die inneren Angelegenheiten des Britischen Weltreichs sind britische Angelegenheiten. Sind alle inneren Angelegenheiten auf dem europäischen Kontinent deutsche Angelegenheiten?»

Hess: «Nein, das behaupten wir auch nicht, und wir haben auch nicht die Absicht, uns um die Einzelheiten dieser Länder zu kümmern, wie es England beim Empire tut.»

An dieser Stelle des Gesprächs schlägt Hess mit der Faust auf den Tisch und sagt: «Wenn England auf diese Verständigungsgrundlagen nicht eingeht, wird über kurz oder lang der Tag kommen, wo es gezwungen ist, darauf einzugehen!»

Der britische Lordkanzler bleibt unbewegt. Er sagt nur: «Ja. Aber ich denke nicht, dass das ein sehr gutes Argument für die britische Regierung ist; wir sind nämlich ein ziemlich mutiges Volk und schätzen Drohungen keineswegs.»

Hess: «Darf ich bemerken, dass das nicht als eine Drohung aufzufassen war, sondern als meine persönliche Meinung . . .»

Lord Simon: «Ja, ich sehe.»

Der Minister erhebt sich. An der Tür dreht er sich noch einmal um und fragt: «Rückgabe der Kolonien – muss ich das so verstehen, dass Deutsch-Südwestafrika eingeschlossen ist?»

Hess: «Ja, alle deutschen Kolonien.»

Lord Simon: «Dann bin ich also von Ihnen ermächtigt, General Smuts zu sagen, dass Deutsch-Südwestafrika eingeschlossen ist?»

Hess bemerkt die beissende Ironie dieser Worte nicht und entgegnet naiv: «Ja.»

Lord Simon: «Also schön dann.»

Kirkpatrick: «Und die japanischen Inseln auch?»

Hess: «Die japanischen Inseln nicht.»

Kirkpatrick: «Alle Kolonien also, mit Ausnahme der japanischen Inseln . . .»

Mit dieser Anspielung auf die einst deutschen Marschallinseln, die nach dem Ersten Weltkrieg japanisches Mandatsgebiet wurden, ist die Unterredung zu Ende. Nach dem Gespräch gehört Hess zu den lebenden Toten: seine Unkenntnis, die peinliche Arroganz seines Auftretens und die Verschwommenheit seines politischen Denkens machen ihn für weitere Diskussionen uninteressant.

Doch die Anklage in Nürnberg sieht Hess nicht als politischen Träumer. Sie wartet mit konkreten Anschuldigungen auf. Sie zeigt zugleich, wie umfangreich und vielgestaltig die Managertätigkeit von Hess im Staatsapparat Hitlers war. «Der Angeklagte Hess», heisst es in der Anklageschrift, «benutzte seine Stellungen, seinen persönlichen Einfluss und seine sehr engen Beziehungen zum Führer derart, dass er die Machtergreifung der Nazi-Verschwörer und die Festigung ihrer Kontrolle über Deutschland sowie die militärische, wirtschaftliche und psychologische Vorbereitung auf den Krieg förderte, dass er teilnahm an der politischen Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen, dass er Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität, einschliesslich vieler verschiedenartiger Verbrechen gegen Personen und Eigentum, genehmigte, leitete und an ihnen teilnahm . . .»

Der britische Ankläger Griffith-Jones verwendet fast einen ganzen Tag darauf, um dem Gericht die einzelnen Punkte der Anklage gegen Hess darzulegen. Er liest aus einem Artikel der deutschen *Nationalzeitung* vor, die am 27. April 1941, also noch wenige Tage vor dem Englandflug, über Rudolf Hess schrieb: «So ungeheuer vielseitig und mannigfach ist sein Arbeits- und Aufgabengebiet, dass es sich mit ein paar Worten gar nicht umreissen lässt. Die wenigsten wissen, dass viele Massnahmen unserer Staatsführung, auch gerade

auf kriegswirtschaftlichem Gebiet und der Partei, auf die persönliche Initiative des Stellvertreters des Führers zurückgehen.»

«Hess», sagte der britische Ankläger, «hat am 20. Dezember 1934 auch ein Gesetz unterschrieben, das den Titel trägt «Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei’. Durch Artikel 2 wurden Strafen für Erklärungen auferlegt, die eine böswillige Einstellung gegenüber der Partei oder deren führenden Persönlichkeiten bewiesen. Die Verordnung wurde von Hess unterzeichnet, und es war der Angeklagte Hess, der die notwendigen Ausführungsbestimmungen dazu erlassen hatte.»

Tausende von Deutschen sind auf Grund dieses Gesetzes damals in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen worden.

«Hess hat am 9. Juni 1934 eine Verordnung unterzeichnet», fährt Griffith-Jones fort, «durch die der Sicherheitsdienst (SD) des Reichsführers-SS als einziger politischer Nachrichten- und Abwehrdienst der Partei eingesetzt wurde. Am 14. Dezember 1938 hat er eine andere Verordnung erlassen, durch die der SD von der SS zu organisieren war.»

«Eure Lordschaft!» wendet sich der Ankläger an den Gerichtsvorsitzenden. «Es wurde schon viel Beweismaterial über den Kampf gegen die Kirchen vorgebracht. Hess hat auch an dieser Gesetzgebung teilgenommen. Ich komme nun zu seiner Tätigkeit im Zusammenhang mit der Verfolgung der Juden. Es war Hess, der das Gesetz zum Schutz von Blut und Ehre unterzeichnete, eines der Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935. Am 14. November 1935 war es Hess, der eine Verordnung erliess, durch die den Juden das Stimmrecht und das Recht, öffentliche Ämter zu bekleiden, genommen wurde. Durch eine weitere Verordnung vom 20. Mai 1938 wurden diese Nürnberger Gesetze auf Österreich ausgedehnt. Dieses Ausdehnungsgesetz wurde wieder von diesem Angeklagten unterzeichnet. Dies sind nur einige Beispiele für die Verordnungen, die dieser Mann erlassen hat, und für sein aktives Vorgehen zur Erwerbung und Festigung seiner Machtposition innerhalb der Nazi-Partei.

Ich komme nun zu der Rolle, die Hess in der tatsächlichen Vorbereitung und Planung des Angriffskrieges gespielt hat. Wir finden, dass er sich schon 1932 mit der Wiederaufrüstung und dem Wiederaufbau der Luftwaffe beschäftigte. In all den Jahren sehen wir ihn eng verbunden mit der Wiederaufrüstung der Deutschen Wehrmacht. Am 16. März 1935 war es Hess, der die Verordnung über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unterzeichnete. Am 11. Oktober 1936 hat er Görings Ruf «Kanonen statt Butten aufgenommen: «Wir sind bereit, auch künftig – wenn notwendig – mal etwas weniger Fett, etwas weniger Schweinefleisch, ein paar Eier weniger zu verzehren, weil wir wissen, dass dieses kleine Opfer ein

Opfer auf dem Altar der Freiheit unseres Volkes bedeutet. Wir wissen, dass die Devisen, die wir dadurch sparen, der Aufrüstung zugute kommen. Auch heute gilt die Parole: Kanonen statt Butter!

Hess hat an den Vorbereitungen für die Besetzung Österreichs von Anfang an teilgenommen. An dem Morgen, als die deutschen Truppen in Österreich einmarschierten, waren Hess und Himmler zusammen die ersten unter den Führern der deutschen Regierung, die in Wien erschienen. Es war Hess, der am nächsten Tage das Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich unterzeichnete. Am Jahrestag der Ermordung von Dollfuß fand eine empörende Feier statt, bei der eine Rede von Hess den Höhepunkt bildete.»

Griffith-Jones legt Dokumente vor, die die Teilnahme von Hess an der Vorbereitung für die Zerstörung der Tschechoslowakei zeigen. Er erklärt, wie Hess auch in die Polen-Krise verwickelt war, und fährt fort: «Nach der Eroberung Polens war es wiederum Hess, der die Verordnung unterzeichnete, die Danzig dem Reich einverleibte. Weiter tragen seine Unterschrift: eine Verordnung über die Einverleibung polnischen Gebietes in das Reich und eine Verordnung über die Verwaltung polnischer Gebiete, in der erklärt wurde, dass weitere Verordnungen zur Planung des deutschen Lebensraumes und wirtschaftlichen Einflussgebietes erlassen werden sollten.

Ich komme jetzt zu einem Beispiel seiner Teilnahme an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es ist ein Befehl, der von Hess durch die Parteikanzlei herausgegeben wurde und von der Partei Unterstützung für die Werbung von Leuten für die Waffen-SS verlangte. Ein Absatz lautet wie folgt: ‚Die aus Nationalsozialisten bestehenden Einheiten der Waffen-SS sind infolge ihrer intensiven nationalsozialistischen Schulung über Fragen der Rasse und des Volkstums für die besonderen, in den besetzten Ostgebieten zu lösenden Aufgaben geeigneter als andere bewaffnete Verbände. Im Hinblick auf die von der Waffen-SS damals und später in den besetzten Ostgebieten begangenen Taten ist der Schluss, der aus jenem Schreiben gezogen werden kann, ein Verdammungsurteil.›

Doch damit ist Griffith-Jones noch nicht zu Ende. Eines seiner wichtigsten Dokumente ist ein Schreiben, das Staatssekretär Franz Schlegelberger vom Reichsjustizministerium am 17. April 1941 an den Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, richtete. In diesem Brief befasst sich Schlegelberger mit den Vorschlägen, die Rudolf Hess für die Behandlung der Polen und Juden in den besetzten Ostgebieten ausgearbeitet hat. Der britische Ankläger zitiert aus dem bezeichnenden Dokument:

«Von vornherein bin ich davon ausgegangen», schreibt Schlegelberger an Lammers, «dass die ganz besonders gearteten Verhältnisse der eingegliederten Ostgebiete auch besondere Massnahmen für die

Strafrechtspflege gegen Polen und Juden erforderlich machen. Von vornherein war vorgesehen, die Sondertatbestände zu vermehren, sobald ein Bedürfnis dafür zutage trat. Diesem inzwischen bekanntgewordenen Bedürfnis sollte die in dem Schreiben des Stellvertreters des Führers erwähnte Verordnung dienen. Nachdem ich von der Willensäußerung des Führers Kenntnis erhalten hatte, dass die Polen und wohl auch die Juden auf strafrechtlichem Gebiet grundsätzlich anders wie die Deutschen zu behandeln sind, habe ich den anliegenden Entwurf aufgestellt. Dabei sind weitgehend die Anregungen des Stellvertreters des Führers berücksichtigt worden.

Nr. 1, Absatz 3, enthält einen allgemein gefassten Tatbestand, durch den künftig jedes strafwürdige, gegen das Deutschtum gerichtete Verhalten eines Polen oder Juden der Ostgebiete mit jeder Art von Strafe belegt werden kann. Schon bisher bin ich in Übereinstimmung mit der Auffassung des Stellvertreters des Führers davon ausgegangen, dass der Pole gegen den Vollzug einer gewöhnlichen Freiheitsstrafe weniger empfindlich ist. Ich hatte deshalb schon im Verwaltungsweg dafür gesorgt, dass Polen und Juden von anderen Gefangenen getrennt gehalten werden und dass der Strafvollzug gegen sie in strengerer Form durchgeführt wird. Nr. 3 geht noch einen Schritt weiter und setzt an die Stelle der Gefängnis- und Zuchthausstrafen andere neuartige Freiheitsstrafen, nämlich das Straflager und das verschärfte Straflager. Bei diesen neuen Straforten sollen die Gefangenen ausserhalb der Strafanstalten in Lagern untergebracht und dort mit schwerer und schwerster Arbeit beschäftigt werden.»

Dann wird Schlegelberger von einer Art germanischen Stolzes gefasst, indem er weiterschreibt – und gleichzeitig Hess belastet: «Nicht aufgenommen in den Entwurf ist die vom Stellvertreter des Führers zur Erörterung gestellte Einführung der Prügelstrafe. Mit dieser Strafort kann ich mich deshalb nicht einverstanden erklären, weil ihre Verhängung nach meinem Dafürhalten nicht dem Kulturstande des deutschen Volkes entspricht.»

«Eure Lordschaft!» sagt Griffith-Jones abschliessend zu diesem Thema, «wie ich sagte, ist der Zweck dieser Dokumente, zu zeigen, dass der Stellvertreter des Führers über das, was in den besetzten Ostgebieten vorging, wohl unterrichtet war und sogar noch strengere Massnahmen vorschlug.»

Rudolf Hess, der äusserlich immer harmlos-sonnige Stellvertreter Hitlers, «das Gewissen der NSDAP», wie er parteiamtlich auch genannt wurde – der Angeklagte Rudolf Hess ist es also gewesen, in dessen umdüstertem Gehirn die Straflager und verschärften Straflager des Ostens, die erbarmungslosen Prügelmethoden Gestalt annehmen, noch ehe sie von Himmler und seinen Helfern in die Tat umgesetzt wurden.

Die Vernebelungstaktik hat Hess nichts geholfen. Aus dem umfassenden Anklagematerial und den Zeugenaussagen schälten sich die wahre Person von Rudolf Hess und seine Schuld heraus. Der Gerichtshof hat ihn von der Anklage wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit freigesprochen. Er hat aber in der Begründung des Urteils – lebenslängliches Gefängnis – klargestellt, dass Hess als «Stellvertreter des Führers» der wichtigste Mann im Parteiapparat war und die Vorbereitungen für den Krieg aktiv unterstützte.

Der Funktionär, der Hess schliesslich ablöste, hiess Martin Bormann. Er war in Nürnberg der einzige Angeklagte, gegen den in Abwesenheit verhandelt werden musste. Bormann trat 1925 der NSDAP bei und diente sich in der Parteihierarchie hoch bis zum Stabsleiter im Amt von Hess. Als dieser nach England flog, kam für Bormann die grosse Chance. Er rückte zum Leiter der Partei-Kanzlei und zum Chef des Stabes des Stellvertreters des Führers auf. Im Jahre 1943 wurde Bormann Hitlers Sekretär und hat in den letzten Kriegsjahren wie kein anderer sein Vertrauen genossen. Es kam schliesslich so weit, dass nur ihm genehme Leute zu Hitler vorgelassen wurden.

Die besondere Verzahnung in der nationalsozialistischen Parteispitze verwickelt in einigen Anklagepunkten Hess und Bormann miteinander. Ankläger Griffith-Jones erklärt: «Sie werden sich erinnern, dass Bormann bis zu dem Zeitpunkt, als Hess nach England flog, sein Stellvertreter war, und deshalb bin ich der Ansicht, dass für die Verordnungen, die von Bormann als Stellvertreter des Stellvertreters des Führers herausgegeben wurden, der Angeklagte Hess ebenfalls verantwortlich ist.»

Tatsächlich werden alle Erlasse und Verordnungen Bormanns zunächst «Im Namen des Stellvertreters des Führers» bekanntgegeben. Das bezieht sich auch auf Erlasse, die im Prozess verlesen werden: «denen zufolge den Juden das Recht auf Wohnung, Reisen und auf andere Bedürfnisse des täglichen Lebens versagt wurde». Der amerikanische Ankläger Thomas F. Lambert, der die Anklage gegen Bormann vorbringt, berichtet:

«Das Ergebnis war, dass den Juden die Benutzung von Schlafwagen und das Betreten gewisser Hotels in Berlin, München, Nürnberg, Augsburg und so weiter verboten wurde. Sie wurden mit einem Bann belegt und von der Benutzung von Badeanstalten, gewissen öffentlichen Plätzen, Kurorten, Mineralbädern und dergleichen ausgeschlossen.»

Dann bringt Lambert ein Dokument vor, das wiederum Bormann und Hess gemeinsam belastet: «Ich lege zum Beweis Dokument 062-PS vor. Nach seinem Äusseren ist es eine Anordnung des Ange-

klagten Hess vom 13. März 1940, die an die Reichsleiter, Gauleiter und andere Parteifunktionäre und Organisationen gerichtet ist. In dieser Anordnung erhalten diese Parteifunktionäre vom Angeklagten Hess die Weisung, die gesamte deutsche Zivilbevölkerung dahin zu unterrichten, dass notgelandete alliierte Flieger festzunehmen oder unschädlich zu machen seien. Ich verweise den Gerichtshof auf den dritten Absatz, in dem Hess verfügt, dass diese Richtlinien nur mündlich weiterzugeben seien. Es waren die Anweisungen vom Lynchen alliierter Flieger. Sie trugen die Überschrift: ‚Anweisung über das Verhalten bei Landungen feindlicher Flugzeuge oder Fallschirmabspringen. Die vierte Weisung lautet, und ich zitiere: ‚Ebenso sollen feindliche Fallschirmjäger sofort festgenommen oder unschädlich gemacht werden. Dies spricht für sich selbst und bedarf keines weiteren Kommentars seitens der Anklagevertretung.›

«Diese Anweisung enthält nichts», wendet Verteidiger Dr. Alfred Seidl später ein, «was mit den Gesetzen und Gebräuchen der Kriegsführung in Widerspruch steht. Sowohl nach dem Wortlaut als auch insbesondere nach dem Sinn dieser Ziffer 4 kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, dass damit nur gesagt werden sollte, dass die feindlichen Fallschirmspringer bekämpft und niedergekämpft werden sollten, wenn sie sich nicht freiwillig ergaben und sich der Festnahme durch Anwendung von Gewalt, insbesondere durch den Gebrauch von Schusswaffen, zu entziehen versuchten. Dies ergibt sich allein schon aus dem Wort ‚oder‘; in erster Linie sollte ihre Gefangennahme versucht werden.»

Der Einwand hatte im Falle Hess Erfolg; Bormann jedoch wurde vom Gericht für das Lynchen alliierter Flieger verantwortlich gemacht. Seine Schuld ist belegt durch eine Anweisung vom 30. Mai 1944 an die Amtsträger, in der er das Eingreifen der Polizei oder die Einleitung von Strafverfahren gegen Personen verbot, die am Lynchen teilgenommen hatten. Schon am 5. November 1941 untersagt er, dass sowjetische Kriegsgefangene würdig begraben werden. Zwei Jahre später befiehlt er den Gauleitern, Fälle von milder Behandlung Kriegsgefangener zu melden. Den Höhepunkt erreicht diese Politik gegenüber wehrlosen Gefangenen am 30. September 1944 mit einer Verordnung, die für Tausende zum Todesurteil wurde: Bormann entzieht der Wehrmacht die Rechtsprechung über die Kriegsgefangenen und übergibt sie sowie sämtliche Internierten Himmler und seiner SS.

«Irgendein Mann muss alle Anordnungen und Befehle an die untergebenen Stellen weiterleiten», verteidigt Rechtsanwalt Dr. Friedrich Bergold seinen abwesenden Mandanten. «Das ist eine ausschliesslich formale Tätigkeit, sie könnte ebensogut von einem

schlichten Kanzleidiener wie von einem glänzenden Reichsleiter vollzogen werden.»

Dass Bormann nicht der schlichte Kanzleidiener war, sondern der eingeeübte Manager von Hitlers Parteiapparat, zeigt allein schon diese Tatsache: Bormann besass die Kontrollgewalt über alle von Hitler erlassenen Gesetze und Richtlinien. Und dieser Apparat funktionierte nicht zuletzt durch Bormann bis zum Zusammenbruch Deutschlands. Es ist bezeichnend, dass gerade er Leiter des Volksturms wurde, jener letzten verzweifelten Anstrengung, das Leben der Parteiprominenz zu verlängern.

Als die Gauleiter zu Reichsverteidigungskommissaren wurden, konnte Bormann als ihr Vorgesetzter seine Pläne über den zivilen Kriegseinsatz auch in den besetzten Gebieten voll verwirklichen. Durch einen einfachen bürokratischen Mechanismus war es ihm möglich, mit einem Schlag die Verwaltung der besetzten Gebiete nach seinem Willen zu gestalten. Wie das aussah, demonstriert Ankläger Lamberg dem Gericht, als er auf die Denkschrift des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete eingeht und die dort von Bormann vertretene Meinung zusammenfasst:

«Im Endergebnis sagt Bormann Folgendes: ‚Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben. Impfwang und deutsche Gesundheitsfürsorge sind daher überflüssig. Die slawische Fruchtbarkeit ist unerwünscht. Sie mögen Präservative benutzen oder abtreiben, je mehr desto besser. Bildung ist gefährlich. Es genügt, wenn sie bis hundert zählen können. Höchstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulässig. Die Religion lassen wir ihnen als Ablenkungsmittel. An Verpflegung bekommen sie nur das Notwendige. Wir sind die Herren, wir kommen zuerst.‘»

Bormanns feindliche Einstellung zur Kirche und zu den Juden wurde schon mehrmals erwähnt. Das Gericht hat sie in der Urteilsbegründung in dem lapidaren Satz zusammengefasst: «Einen grossen Teil seiner Zeit widmete er der Verfolgung der Kirchen und der Juden in Deutschland.» Ankläger Lambert hat zum Beweis aus einem Bormann-Erlass vom 9. Oktober 1942 die Kernpunkte vorgebracht: «Bormann bezieht sich auf den zweitausend Jahre alten Kampf gegen das Judentum und teilt das Parteiprogramm in zwei Punkte: Erstens Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes. Dann fügt er hinzu, dass, als wir unseren Krieg anfangen, diese Massnahme nicht ausreichend gewesen wäre. Wir hätten auf Zwangsemigration zurückgreifen und die Lager im Osten errichten müssen. Dann spricht er von dem Vorschlag, der von ihm selbst in der Parteikanzlei unterbreitet wurde, dass wir diese Juden nach dem Osten oder noch weiter in Lager trans-

portieren müssten, wo sie zur Arbeit eingesetzt werden sollten. Ich zitiere lediglich den letzten Satz des Erlasses von Bormann: ‚Es liegt in der Natur der Sache, dass diese teilweise sehr schwierigen Probleme im Interesse der endgültigen Sicherung unseres Volkes nur mit rücksichtsloser Härte gelöst werden können‘.»

Diese Härte des Bürokraten Bormann haben Juden und Christen, Kriegsgefangene und Deutsche am eigenen Leib bitter verspüren müssen. Bormanns Schuld definiert Ankläger Lambert auf etwas pathetische Weise: «Hoher Gerichtshof, jedes Kind weiss, dass Hitler ein böser Mensch war. Die Anklagebehörde möchte aber ergebenst hervorheben, dass Hitler ohne Helfershelfer wie Bormann niemals imstande gewesen wäre, die totale Macht in Deutschland an sich zu reißen und zu halten, sondern allein durch die Wüste hätte wandern müssen. Bormann war in der Tat ein böser Erzengel an der Seite des Teufels Hitler.»

Nicht alle Männer um Hitler waren so fanatische und skrupellose Managertypen wie Bormann. Auf der Anklagebank in Nürnberg sitzen zwei Männer, die die Gesellschaft der Parteiprominenz jahrelang teilten, jetzt aber von eben dieser Gesellschaft gerne abrücken möchten. Es sind Franz von Papen und Hjalmar Schacht – beide am Ende freigesprochen.

Papen, von der Geschichte längst «Steigbügelhalter Hitlers» genannt, hat ab 1933 eine Karriere mit negativem Vorzeichen gemacht. Der ehemalige Reichskanzler und Vizekanzler wurde 1934 Gesandter in Wien und 1939 Botschafter in der Türkei. Er wurde von Hitler berufen und liess sich nicht lange nötigen. Er schwieg zu den Verbrechen, die rings um ihn her geschahen. Er schwieg auch in Fällen, die seiner innersten Überzeugung so widersprechen mussten wie der Kirchenkampf der Nationalsozialisten. Der britische Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe kommt im Kreuzverhör mit von Papen auf einen Vorfall zu sprechen, der Papens Mitläuferschaft in Hitlers Parteiapparat veranschaulicht.

Sir David: «Sie erinnern sich doch, dass Sie, als Sie nach Österreich kamen, Kardinal Innitzer Hitler vorgestellt haben?»

Papen: «Jawohl.»

Sir David: «Ich möchte nur, dass Sie sich ansehen, was mit Kardinal Innitzer geschehen ist. Es ist eine eidesstattliche Erklärung eines Geistlichen namens Dr. Weinbacher, des Sekretärs des Erzbischofs im Domkapitel: ‚Am 8. Oktober 1938 ereignete sich ein schwerer Überfall jugendlicher Demonstranten auf das erzbischöfliche Palais in Wien. Ich habe ihn miterlebt.‘ Dann beschreibt er, wie sie Fensterscheiben eingeschlagen und das Tor erbrochen haben. Die Priester nahmen den Erzbischof in ein rückwärtiges Zimmer und versteckten ihn dort. Dann: ‚Kurz nachdem wir bei der Kapelle

angelangt sind, stürmen schon die Eindringlinge in die Räume des Kardinals. Holzstücke fliegen in die Kapelle herein, ich erhalte einen Stoss, dass ich stürze. Die Demonstranten sind Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren, etwa hundert an der Zahl. Inzwischen geht in den übrigen Räumen eine Zerstörungswut, die nicht zu beschreiben ist, gegen alle Einrichtungen vor sich. Mit den Messingstangen, die den Teppich im Stiegenhaus halten, zerschlagen die Burschen Tische und Stühle, Lüster und wertvolle Bilder, besonders alle Kreuze.'

Dann beschreibt er, wie die Spiegeltüren der Kapelle eingeschlagen wurden. Und dann war grosser Tumult, als der Kardinal entdeckt wurde. Dieser Geistliche selbst wurde von ungefähr sechs Leuten herausgezogen und an das Fenster hingeschleppt mit Rufen: ‚Den Hund schmeissen wir beim Fenster auss!’

Endlich kam die Polizei: ‚Zunächst kommt ein Polizeioberleutnant und entschuldigt sich, dann erscheint ein Vertreter der Geheimen Staatspolizei und drückt sein Bedauern aus, die Polizisten hätten keine Lust, einzuschreiten. Inzwischen hatten andere Demonstranten einen Angriff auf das Haus der Dompfarre, Stefansplatz 3, unternommen und dort den Domkuraten Krawarik aus dem Fenster in den Hof geworfen. Mit einem beiderseitigen Oberschenkelbruch lag dieser Priester bis Februar im Krankenhaus. Dass die Demonstration nicht jugendlicher Übermut oder ein Ausfluss der Erbitterung war, sondern ein wohldurchdachter und den offiziellen Stellen bekannter Plan, geht klar aus der Rede des Gauleiters Bürckel hervor, der am 13. Oktober auf dem Heldenplatz den Kardinal in der tiefstehenden Art als den Schuldigen hinstellte.'

Nun, Herr von Papen! Sie hatten eine grosse Verantwortung gegenüber dem Kardinal Innitzer, nicht wahr? Sie hatten ihn Hitler vorgestellt. Sie mussten doch davon gehört haben?»

Papen: «Gehört davon, später, ja, ja.»

Sir David: «Welche Proteste haben Sie erhoben, als Sie von diesem schändlichen Angriff erfuhren?»

Papen: «Ich möchte Sie daran erinnern, Sir David, dass ich seit einem halben Jahr aus dem Dienst geschieden war, dass ich mit diesen Sachen überhaupt nichts mehr zu tun hatte und dass selbstverständlich die Einzelheiten dieses Vorfalles ja in höchstem Masse bedauerlich und ja verbrecherische Überfälle waren. Aber die Einzelheiten haben in der deutschen Presse nicht gestanden.»

Vorsitzender: «Aber, Angeklagter, Sie haben nicht auf die Frag geantwortet. Die Frage war, was für Proteste Sie dagegen erhoben haben.»

Papen: «Ich habe keine Proteste gemacht, ich war ja damals in keiner offiziellen Funktion mehr, ich war ja Privatmann, und ich

habe öffentlich über diese Dinge damals nur das erfahren, was die deutschen Zeitungen darüber bringen durften.»

Sir David: «Aber, Angeklagter, Sie haben uns doch erzählt, dass Sie einer der führenden Katholiken Deutschlands waren. Sie wollen doch dem Gerichtshof nicht erzählen, dass es in der katholischen Kirche nicht jeder Bischof in Deutschland und wahrscheinlich auch jeder Pfarrer wusste, dass diese abscheuliche Beleidigung einem Fürsten der Kirche in seinem eigenen Haus in Wien zugefügt worden war?»

Papen: «Das ist durchaus möglich. Aber verlangen Sie denn von mir als Privatmann, irgendeine Aktion zu machen?»

Sir David: «Ich dünkte, dass Sie sich vielleicht die Mühe genommen hätten, bei Hitler zu protestieren. Sie hätten doch an Hitler schreiben können. Was Sie jedoch tun, ist, dass Sie innerhalb von sechs Monaten, also im April 1939, eine andere Stellung unter Hitler annehmen.»

Das Gericht unterstreicht in seinem Urteil die aktive Rolle Papens beim Anschluss Österreichs und erklärt: «Um diesen Plan durchzuführen, hat er sowohl Intrigen betrieben als auch Drohungen gebraucht.»

So, wie Papen Hitler an die Macht geholfen hat, so half Hjalmar Schacht Hitler, die wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung seiner politischen Ziele zu vermitteln. Schacht stellte sein finanzpolitisches Talent und seine Wirtschaftskenntnisse Hitler zur Verfügung, obwohl er den verbrecherischen Charakter des Dritten Reiches erkannt hatte. Diesen Vorwurf macht ihm der amerikanische Ankläger Jackson gleich zu Beginn des Kreuzverhörs.

Jackson: «Dr. Schacht! Nach dem Protokoll haben Sie gesagt, dass Sie im Jahre 1938 einer gewissen Dame beim Abendessen gesagt haben: ‚Gnädige Frau, wir sind in die Hände von Verbrechern gefallen. Wie hätte ich das ahnen können?‘ Erinnern Sie sich an die Aussage?»

Schacht: «Es ist von meinem Anwalt hier vorgelesen worden; es stimmt.»

Jackson: «Ich bin sicher, dass Sie dem Gerichtshof helfen wollen, indem Sie uns sagen, wer diese Verbrecher waren?»

Schacht: «Hitler und seine Genossen.»

Jackson: «Nun, Sie waren ja dabei. Sie wissen doch, wer die Mitarbeiter waren? Ich möchte, dass Sie alle Angeklagten namhaft machen, die Sie zu diesen Verbrechern zählen. Hitler ist tot, das wissen Sie ja.»

Schacht: «Mr. Jackson! Es ist für mich sehr schwer, diese Frage vollständig zu beantworten, weil ich nicht weiss, wer in dieser engen Verschwörung von Hitler drin gewesen ist. Wir haben aber vom

Angeklagten Göring gehört, dass er sich zu dieser Gruppe rechnete. Ich rechne zu dieser Gruppe noch Himmler und Bormann; wer aber sonst in diesem engeren Vertrautenkreis gewesen ist, weiss ich nicht.»

Schacht war in wichtigen wirtschaftlichen Positionen, auf die Ankläger Jackson nun zu sprechen kommt. Er war Reichsbankpräsident, Wirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft. Als Reichsbankpräsident wurde er 1939 entlassen und blieb bis 1943 Minister ohne Geschäftsbereich.

Jackson: «Dann kam nun der Vierjahresplan im Jahre 1936?»

Schacht: «Ja.»

Jackson: «Sie haben die Ernennung Görings zu dieser Stellung nicht gern gesehen?»

Schacht: «Ich habe ihn für ungeeignet gehalten. Ausserdem begann natürlich damit eine Politik, die gegen die meine gerichtet war; denn ich wusste jetzt ganz genau, jetzt beginnt die übermässige Rüstung, während ich für massvolle Rüstung war.»

Jackson: «Das ist genau, was ich sagen will. Der Unterschied zwischen Ihnen und Göring in Bezug auf die Aufrüstung war nur eine Frage, wieviel die deutsche Wirtschaft aushalten konnte, nicht wahr?»

Das bestreitet Schacht ganz entschieden, und das Gericht hat ihm in diesem Fall mehr als dem Ankläger geglaubt. Er stellt in seiner Urteilsbegründung Schacht zwar als Zentralfigur für die Wiederaufrüstungspolitik hin, erklärt aber, dass die Aufrüstung nicht verbrecherisch gewesen sei.

In den Kriegsjahren geriet Schacht in immer stärkeren Gegensatz zum Staatsapparat. Er mag auch, wie er behauptet, Widerstand geleistet haben. Aber zum offenen Bruch hat er es nie kommen lassen. Er hielt vielmehr Propagandareden, die meist mit einem «dreifachen Sieg-Heil auf unseren Führer» endeten. Dafür entschuldigte sich Schacht in Nürnberg mit dem Hinweis, er habe aus Tarnungsgründen die Phraseologie mitmachen müssen. Sein Leben sei bedroht gewesen. Doch hier hakt die Anklagebehörde ein.

Jackson: «Nun frage ich Sie, ob Sie in der Voruntersuchung folgendes gefragt wurden und ob Sie wie folgt darauf geantwortet haben:

Frage: Nehmen Sie an, Sie wären Chef des Generalstabs, und Hitler hätte den Entschluss gefasst, Österreich anzugreifen. Würden Sie behaupten, dass Sie das Recht hätten, zurückzutreten?

Antwort: Ich würde gesagt haben: Schicken Sie mich weg.

Frage: Sie würden das gesagt haben?

Antwort: Jawohl.

Frage: Also, Sie sind der Ansicht, dass ein Beamter zu jeder Zeit

zurücktreten könne, wenn er glaubt, aus Gewissensgründen nicht mehr mitmachen zu können?

Antwort: Jawohl, vollkommen.

Frage: Mit anderen Worten, Sie sind der Meinung, dass die Mitglieder des Generalstabs der Wehrmacht, die für die Durchführung der Hitler-Pläne verantwortlich waren, ebenso schuldig sind wie er selbst?

Antwort: Die Frage, die Sie mir stellen, mein Herr, ist sehr schwierig, aber ich beantworte sie mit Ja.'

Haben Sie diese Antworten gegeben?»

Schacht: «Ja, ich wünsche jetzt noch eine Bemerkung dazu zu machen, wenn es mir das Gericht erlaubt. Wenn mir jemals Hitler einen unmoralischen Auftrag gegeben hätte, würde ich seine Ausführung abgelehnt haben. Das ist das, was ich auch von den Generalen gesagt habe, und ich stehe zu dieser Aussage, die Sie eben vorgelesen haben.»

Schacht wollte oder konnte vielleicht nicht einsehen, dass die Unmoral nicht erst mit dem Auftrag begann, sondern in dem Augenblick, da er sich entschlossen hatte, mit Verbrechern Seite an Seite zu gehen. Sein Nachfolger als Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister, Walther Funk, sagte in einer Rede am 17. November 1938 – und damit wendet sich das Gericht einem anderen Angeklagten zu

«Staat und Wirtschaft sind eine Einheit. Sie müssen nach den gleichen Grundsätzen geleitet werden. Den besten Beleg hierfür gibt die jüngste Entwicklung des Judenproblems in Deutschland. Man kann nicht die Juden aus dem Staatsleben ausschalten, sie aber in der Wirtschaft leben und arbeiten lassen.»

Und nach dieser These handelte Funk. Wie weit sie ihn mit in den Strudel der Geschehnisse und Verbrechen riss, scheint dem Angeklagten in seinem Verhör der Voruntersuchung am 22. Oktober 1945 klargeworden zu sein.

Frage: «Sind nicht alle Verordnungen, durch die die Juden aus der Industrie ausgeschlossen wurden, von Ihnen erlassen worden?»

Antwort: «Soweit meine Beteiligung bei diesen jüdischen Angelegenheiten in Betracht kommt, fällt sie in meine Verantwortung. Ich habe später bedauert, dass ich je daran teilgenommen habe. Die Partei hatte früher immer einen Druck auf mich ausgeübt, um meine Zustimmung für die Enteignung des jüdischen Besitzes zu erhalten, was ich wiederholt abgelehnt habe. Aber später, als die antijüdischen Massnahmen und die Gewalttätigkeiten gegen die Juden mit ganzer Stärke durchgeführt wurden, musste etwas Gesetzliches unternommen werden, um die Plünderung und Beschlagnahme des gesamten jüdischen Eigentums zu verhindern.»

Frage: «Sie wussten, dass die Plünderung und all das, was man tat, auf Veranlassung der Partei geschah, nicht wahr?»

Der Angeklagte Funk fängt an zu weinen und antwortet: «Damals hätte ich zurücktreten sollen, im Jahre 1938. Deshalb bin ich schuldig, ich bin schuldig, ich gestehe, dass ich als schuldiger Teil hier stehe!»

Ganz deutlich wird der verbrecherische Zusammenhang zwischen Staat und Wirtschaft in der sogenannten Goldaffäre der Reichsbank. Überraschend konfrontiert Ankläger Thomas J. Dodd Funk im Kreuzverhör mit einer Aussage, die den ehemaligen Reichsbankpräsidenten schwer belastet. Sie stammt von dem früheren Vizepräsidenten der Reichsbank Emil Puhl und ist für Funk um so peinlicher, als sie von einem Mann kommt, den er selbst als Entlastungszeugen angefordert hatte. Die wichtigsten Sätze dieser eidesstattlichen Versicherung lauten:

«Im Sommer des Jahres 1942 hatte der Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Walther Funk eine Unterredung mit mir und später mit Herrn Friedrich Wilhelm, einem Mitglied des Reichsbankdirektoriums. Funk sagte mir, dass er eine Vereinbarung mit dem Reichsführer Himmler getroffen habe, Gold und Schmuck für die SS in Verwahrung zu nehmen. Funk gab die Anweisung, dass ich die notwendigen Vereinbarungen mit Pohl treffen solle, der der Leiter der Wirtschaftsabteilung der SS war und dem die Verwaltung der ökonomischen Seite der Konzentrationslager unterstand. Ich fragte Funk nach der Herkunft des Goldes, des Schmuckes, des Geldes und der anderen Gegenstände, die von der SS eingeliefert werden sollten. Funk erwiderte, dass es sich um beschlagnahmten Besitz aus den besetzten Ostgebieten handle und dass ich keine weiteren Fragen stellen solle.

Unter den Gegenständen, die von der SS deponiert wurden, befanden sich Schmuck, Uhren, Brillenrahmen, Goldfüllungen und andere Gegenstände in grosser Menge, die von der SS Juden, Konzentrationslageropfern und anderen Personen abgenommen worden waren. Dies gelangte dadurch zu unserer Kenntnis, dass die SS-Leute versuchten, dieses Material in Bargeld umzusetzen, und hierzu mit Funks Billigung und Wissen die Hilfe des Reichsbankpersonals in Anspruch nahmen. In der Ausübung meiner Pflichten besuchte ich von Zeit zu Zeit die Safes der Reichsbank und sah, was dort aufbewahrt wurde. Auch Funk besuchte die Safes von Zeit zu Zeit in Ausübung seiner Pflichten.

Unter Funks Anweisung errichtete die Golddiskontbank auch einen laufenden Fonds, der schliesslich 10 bis 12 Millionen Reichsmark betrug und der der Wirtschaftsabteilung der SS zur Verfügung stand für die Finanzierung der Herstellung von Materialien in SS-

geleiteten Fabriken durch Arbeitskräfte aus Konzentrationslagern.»

Der in dieser Erklärung erwähnte SS-Obergruppenführer Oswald Pohl hat als Zeuge die Aussagen Puhls bestätigt. Funk jedoch bestritt, dass er davon wusste. Im Urteil heisst es schliesslich: «Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass er entweder wusste, welche Gegenstände eingingen, oder dass er bewusst seine Augen demgegenüber verschloss.»

«Trotz der Tatsache», fährt das Urteil fort, «dass Funk hohe Posten innehatte, war er doch nie eine beherrschende Figur in den verschiedenen Programmen, an denen er mitwirkte.» Diese Einschätzung hat Funk das Leben gerettet. Walther Funk erscheint tatsächlich nur als ein kleiner, unbedeutender Manager und Gehilfe Hitlers im Vergleich zu jenen Männern der SS, die in einem ungeheuerlichen Mörder- und Ausplünderungstrust zusammengeschlossen waren. In einem Kapitel über den Apparat Hitlers darf ein Hinweis auf das Wirtschafts- und Verwaltungs-Hauptamt der SS nicht fehlen. Hier kam die Beute zusammen, die den Massenmördern in die Hände fiel. Chef dieses Amtes war Oswald Pohl; in Verbindung mit Funk kommt er im Zeugenstand auf die wirtschaftliche Seite zu sprechen:

«Die Verbindung meines Amtes mit der Reichsbank wegen der Textilien von Personen, die in Konzentrationslagern getötet wurden, wurde im Jahre 1941 oder 1942 eingeleitet. Zu dieser Zeit erhielt ich von dem Reichsführer-SS und der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, der mein Vorgesetzter war, den Befehl, mich mit dem Reichswirtschaftsminister Walther Funk in Verbindung zu setzen, um eine höhere Zuteilung von Textilien für SS-Uniformen zu erreichen. Himmler instruierte mich dahin, dass wir von Funk eine bevorzugte Behandlung verlangen sollten. Das Wirtschaftsministerium bekam aus den Konzentrationslagern viel Textilien geliefert. Diese Textilien waren in dem Vernichtungslager Auschwitz und anderen Vernichtungslagern gesammelt worden und dann an die zuständigen Stellen für gebrauchte Textilien abgeliefert worden.»

Um welche Werte es sich dabei handelte, zeigt ein Rechenschaftsbericht von SS-Gruppenführer Globocnik an Himmler über die Abwicklung der Geheimen Reichssache *Aktion Reinhard*. Diese Aktion richtete sich gegen die jüdische Bevölkerung Polens und zerfiel in Aussiedlung, Verwertung der Arbeitskräfte, Sachverwertung und Einbringung verborgener Werte und Immobilien. Globocnik führt seitenlange Listen auf und fasst den Erfolg der Aktion dann zusammen:

«Der Gesamtwert der angefallenen Gegenstände ist laut beiliegender Aufstellung ungefähr 180'000'000 Reichsmark. Hierbei sind jedoch Mindestwerte angenommen, so dass der Gesamtwert wahr-

scheinlich das Doppelte beträgt, abgesehen von dem Wert der vereinnahmten Gegenstände, in denen Mangellage herrscht, wie Textilien, wovon allein über 1'900 Waggons der deutschen Industrie zugeführt wurden.»

Funk nahm den Spruch «Lebenslängliches Gefängnis» dankbar an – er hatte offenbar mit einem Todesurteil gerechnet.

Einer der Angeklagten hat die vielfältigsten Ämter des Staatsapparats unter sich vereinigt wie kein anderer mit Ausnahme Himmlers: Wilhelm Frick. In der Begründung zum Todesurteil gibt das Gericht einen Überblick über die Legion seiner Posten und Funktionen: «Bekannt als der führende Nazi-Spezialist und Bürokrat wurde er Reichsinnenminister in Hitlers erstem Kabinett. Diese wichtige Stellung behielt er bis August 1943, als er zum Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt wurde. In Verbindung mit seinen Pflichten im Mittelpunkt der inneren Verwaltung wurde er preussischer Minister des Innern, Reichsdirektor für die Wahlen, Generalbevollmächtigter für die Verwaltung des Reiches und Mitglied des Reichsverteidigungsrates, des Ministerrates für die Reichsverteidigung und des ‚Dreimächtekollegiums‘. Als die verschiedenen in das Reich einverlebten Länder überrannt wurden, wurde er an die Spitze der Zentralämter für ihre Einverleibung gestellt.»

Frick war der Mann, der nach der Machtergreifung mit Energie die deutschen Länder in die nationalsozialistische Reichsoberhoheit eingliederte. Es ist ein kleiner Witz der Prozessgeschichte, dass sowohl Fricks Ankläger als auch sein Hauptentlastungszeuge Männer waren, die bei der Machtergreifung im Innenministerium arbeiteten und bei Fricks Amtsantritt oder später gehen mussten. Es sind der amerikanische Ankläger Robert Kempner und der Zeuge Hans-Bernd Gisevius.

Zunächst berichtet Ankläger Kempner dem Gericht von den unzähligen Gesetzen, mit denen Frick das deutsche Volk unter die Kontrolle der Partei und ihres Apparates brachte. Er zitiert aus einem Buch von Fricks Staatssekretär Hans Pfundtner: «Während der Marxismus in Preussen von der harten Faust des Preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring niedergeschlagen wurde und eine riesige Propaganda welle die Reichstags wahl vom 5. März 1933 einleitet, bereitet Dr. Frick die restlose Machtübernahme in allen Ländern des Reiches vor. Mit einem Schlag waren alle politischen Gegensätze verschwunden, mit einem Schlag war die Mainlinie beseitigt! Im Deutschen Reich herrschte von diesem Zeitpunkt an nur noch ein Wille und eine Führung.»

Kempner erinnert das Gericht weiter an jenes fatale Gesetz, das von Hitler und Frick unterzeichnet wurde und Himmler und seinen Gesellen eine Pseudolegalität und damit freie Bahn verschaffte. Es

trägt das Datum vom 17. Juni 1936, und Kempner liest daraus vor: «Zur einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben im Reich wird ein Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern eingesetzt, dem zugleich die Leitung und Bearbeitung aller Polizeianglegenheiten übertragen wird.» Dieser Chef der Polizei war ausdrücklich dem «Reichs- und Preussischen Minister des Innern persönlich und unmittelbar unterstellt». Frick wurde damit der Vorgesetzte Himmlers, er stand theoretisch dem gesamten Polizeiwesen vor, einschliesslich der verschiedenen Spezialeinheiten. In Wahrheit war seine Kontrolle gering, wenn auch sein Name untrennbar mit den Schandtaten der Polizei im Dienste der SS verbunden bleibt. Der Zeuge Gisevius hat dem Gericht bezeichnende Beispiele dafür gegeben, welches Terrorregime die Gestapo schon im Jahr der Machtergreifung ausübte. Er wusste auch von den ohnmächtigen Versuchen Fricks zu berichten, die Macht Himmlers einzudämmen. Konnte Frick damals wirklich nichts gegen Himmler und Heydrich unternehmen? Gisevius antwortet auf eine diesbezügliche Frage von Fricks Verteidiger Dr. Otto Pannenbecker:

«Wenn Sie mich hinterher fragen, muss ich feststellen, dass lediglich Schacht ins Konzentrationslager gekommen ist. Ich muss aber wahrheitsgemäss bekunden, dass wir uns alle die Frage vorgelegt haben, wie schnell auch ein Reichsminister ins Konzentrationslager wandern könnte. Was Frick betrifft, so hat er bereits im Jahre 1934 mich vertraulich angegangen, ihm sei von dem Reichsstatthalter in Bayern die zuverlässige Nachricht zugekommen, er solle gelegentlich eines Landaufenthaltes in Bayern ermordet werden, und er bat mich, ob ich nicht Näheres eruieren könnte. Ich bin damals mit meinem Freunde Nebe im Auto persönlich nach Bayern gefahren und habe geheime Ermittlungen angestellt, die immerhin soviel ergaben, dass solche Pläne erörtert wurden. Aber, wie gesagt, Frick hat es überlebt.»

Nein, Frick ist nicht in Gefahr gekommen, im Konzentrationslager zu enden. Vielmehr hat er, der von Anfang über die Verbrechen in diesen Lagern unterrichtet war, die Verordnungen unterschrieben, die die Häftlinge der Gestapo und damit dem fast sicheren Tod überantworteten. In Nürnberg hat es Frick ebenso wie Hess vorgezogen, nicht in den Zeugenstand zu gehen. So muss sich Ankläger Jackson an den Hauptentlastungszeugen halten, als er auf das Verhältnis zwischen Frick und Himmler eingeht:

Jackson: «Aber Himmler und Heydrich wurden dann in Ämter eingesetzt, die dem Gesetz nach Frick unterstanden, nicht wahr?»

Gisevius: «Ja, sie wurden Mitglieder des Reichsministeriums, und Frick blieb ihr Vorgesetzter.»

Jackson: «Nachdem Jahre 1934 war Frick als Minister die Verwal-

tung und die Aufsicht über die Konzentrationslager übertragen; nicht wahr, Dr. Gisevius?»

Gisevius: «Meines Erachtens hatte der Reichsinnenminister von Anfang an die Verantwortung über alle polizeilichen Dinge im Reich, also auch für die Konzentrationslager, und ich glaube nicht, dass man sagen kann, er habe sie erst seit 1934 gehabt.»

Frick unterschrieb nicht nur die Gesetze, die die Demokratie in Deutschland abwürgten, er formulierte auch Verordnungen für die gesamte Verwaltung in den besetzten Gebieten. Im Jahre 1938 wurde er schliesslich noch Generalbevollmächtigter für die Verwaltung des Reichs. Jetzt unterstanden ihm auch die Ministerien für Justiz und Erziehung und das Amt für Raumplanung. Eine Machtfülle, die nur deshalb nicht nach aussen in Erscheinung trat, weil Frick sie willig den wahnsinnigen Plänen seines Führers Adolf Hitler untergeordnet hatte.

Unter seiner Managertätigkeit hatten die Juden besonders zu leiden. «Seine Tätigkeit schuf die Basis für die Nürnberger Gesetze», heisst es im Urteil des Gerichts, «und er war bei ihrer Durchsetzung tätig. Er war verantwortlich für das Verbot, auf Grund dessen Juden zahlreiche Berufe nicht ausüben durften, und für die Einziehung ihres Besitzes, er unterschrieb 1943 nach der Massenausrottung von Juden im Osten einen endgültigen Erlass, der sie «ausserhalb des Gesetzes» stellte und der Gestapo übergab.» Schwer belastet haben Frick die Anklagepunkte seiner Mitschuld an dem Verbrechen, das sich hinter dem harmlosen Namen *Euthanasie* verbarg. Der britische Ankläger Sir Hartley Shawcross fasst noch einmal zusammen:

«Im Sommer 1940 erliess Hitler einen Geheimerlass zur Ermordung kranker und alter Menschen in Deutschland, die für die deutsche Kriegsmaschine nicht mehr von produktivem Nutzen waren. Frick war mehr als irgendein anderer in Deutschland für das verantwortlich, was als Folge dieses Erlasses geschah. Dass er und eine grosse Anzahl anderer Leute in Deutschland davon wussten, dafür existiert eine Fülle von Beweismaterial. Im Juli 1940 schrieb Bischof Wurm an Frick:

«Seit einigen Monaten werden auf Anordnung des Reichsverteidigungsrates geistesranke, schwachsinnige oder epileptische Pfleglinge staatlicher und privater Heilanstalten in eine andere Anstalt verbracht. Die Angehörigen werden erst nachträglich von der Überführung benachrichtigt. Meist erhalten sie wenige Wochen später die Mitteilung, dass der betreffende Pflegling einer Krankheit erlegen sei und aus polizeilichen Gründen die Einäscherung hätte stattfinden müssen. Nach oberflächlichen Schätzungen dürften es schon mehrere hundert Anstaltspfleglinge allein aus Württemberg sein, die auf diese Weise den Tod gefunden haben. Durch zahlreiche Anfragen

aus Stadt und Land und aus den verschiedensten Kreisen veranlasst, halte ich es für meine Pflicht, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, dass in unserem kleinen Lande diese Sache ganz grosses Aufsehen erregt. Die Krankentransporte, die auf dem kleinen Bahnhof Marbach an der Lahn ausgeladen wurden, die Autobusse mit undurchsichtigen Fenstern, die die Kranken von entfernteren Bahnhöfen oder unmittelbar von den Anstalten bringen, der aus dem Krematorium aufsteigende Rauch der auch auf grössere Entfernung wahrgenommen werden kann: dies alles erregt die Gemüter. Vor allem aber ist es die Geheimnistuerei, die den Gedanken nahelegt, dass etwas vor sich geht, was mit Recht und Moral im Widerspruch steht und deshalb nicht wie andere notwendige und scharfe Kriegsmassnahmen von der Staatsführung in voller Öffentlichkeit gedeckt und vertreten werden kann.'»

Wilhelm Frick war verantwortlich an diesen Verbrechen beteiligt. Im Jahre 1943 wurde er Reichsprotector von Böhmen und Mähren. In dieser Stellung hat ihn das Gericht verantwortlich gemacht für die Terrorisierung der Einwohner, für Sklavenarbeit und die Deportation der Juden.

So lief der Staatsapparat Adolf Hitlers von Anfang bis zum bitteren Ende reibungslos und ohne viel Geräusch. Immer fanden sich Menschen, die ihre Fähigkeiten und ihr diabolisches Geschick in den Dienst dieses Apparates stellten, ganz gleich, ob er ihrer inneren Überzeugung und ihrem Gewissen entsprach oder nicht. Das ist die Schuld der Manager, die Deutschland bis in den Sturz hinein verwalteten, wie es Hitler befahl.

3 DIE EHRE DER SOLDATEN

Die Gruppe der ehemaligen hohen Militärs unter den Angeklagten ist schon rein äusserlich nicht zu verkennen. Die einstigen Generale und Admirale sprechen die knappe, abgehackte Sprache der Berufsoffiziere. Einige von ihnen tragen noch ihre alten Uniformen ohne Rangabzeichen. Und sie sprechen, wenn die Anklage ihnen ihre Vergangenheit vorhält, von Gehorsamspflicht und Soldatenehre. Feldmarschall Wilhelm Keitel ist vom Nürnberger Gerichtshof nach allen vier Angeklagepunkten schuldig gesprochen worden. Aus der Urteilsbegründung treten mehrere Punkte hervor:

1. Keitel kannte Hitlers Pläne zum Überfall auf die Tschechoslowakei, Polen, die skandinavischen Länder und die neutralen Staaten Holland, Belgien und Luxemburg, auf Griechenland und Jugoslawien. Bei der Vorbereitung wirkte er entscheidend mit.
2. Keitel erliess am 4. August 1942 den Befehl, alliierte Fallschirmspringer dem SD zu übergeben.

3. «Als das OKW am 8. September 1941 seine unbarmherzigen Richtlinien für sowjetische Kriegsgefangene erliess», sagt das Urteil wörtlich, «schrieb Canaris an Keitel, dass auf Grund des Völkerrechts der SD nichts damit zu tun haben dürfe. Auf dieser Denkschrift findet sich in Keitels Handschrift mit dem Datum des 23. September und von ihm signiert – folgende Anmerkung: ‚Die Bedenken entspringen den soldatischen Auffassungen von ritterlichem Krieg. Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung. Deshalb billige ich die Massnahme und decke sie.‘»

4. Keitel befahl den Militärbehörden, mit dem Einsatzstab Rosenberg zwecks Plünderung von Kulturgütern in den besetzten Gebieten zusammenzuarbeiten.

5. Am 16. September 1941 befahl Keitel, um Überfällen auf Soldaten im Osten zu begegnen, dass für einen deutschen Soldaten fünfzig bis hundert Kommunisten umzubringen seien. Am 1. Oktober befahl er den Kommandeuren, stets Geiseln in Bereitschaft zu halten, damit sie bei Überfällen auf Soldaten hingerichtet werden könnten.

6. Als der Reichskommissar für Norwegen, Josef Terboven, an Hitler schrieb, die Angehörigen von Arbeitern für Sabotagehandlungen verantwortlich zu machen, könne nur dann Erfolg haben, wenn Erschiessungskommandos zugelassen würden, schrieb Keitel auf dieses Schreiben: «Ja, das ist das Beste.»

7. Der berüchtigte Nacht-und-Nebel-Erlass trägt Keitels Unterschrift. Als Hitler am 4. Januar 1944 Sauckel befahl, aus den besetzten Gebieten vier Millionen neue Arbeitskräfte herauszupressen, war Keitel anwesend.

Alle diese Dinge stehen in Widerspruch zu den immer wiederholten Bekenntnissen Keitels, er sei nur Soldat gewesen, Soldat im Geiste militärischer Tradition. Durch Zeugenaussagen in Nürnberg ist versucht worden, diesen Widerspruch mit einer Charakteristik des Angeklagten aufzuhellen. Der ehemalige Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Werner von Blomberg, hat über Keitel gesagt: «Keitel hat es an Widerstand gegen jede Massnahme Hitlers fehlen lassen. Er wurde zu einem fügsamen Werkzeug in der Hand Hitlers für jeden seiner Entschlüsse. Er wuchs in eine Stellung hinein, der er nicht gewachsen war.»

Hermann Göring erklärt im Zeugenstand auf eine Frage von Keitels Verteidiger Dr. Otto Nelte: «Es hat oft Wochen gedauert, bis man die notwendigen Unterschriften vom Führer erhalten konnte, so dass das Unterschriftengeschäft ‚im Auftrag‘ ging. Daraus erklärt sich, dass kaum ein Erlass oder Befehl, den der Führer gegeben hat, nicht von Keitel, der ausserordentlich fleissig war, unterschrieben worden ist. Es ist selbstverständlich, dass, wenn es zum Krach kam,

der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht von beiden Seiten getreten wurde. Er geriet hierbei zwischen die Mühlsteine. Der eine beschimpfte ihn, dass er nicht genügend beim Führer vorstellig wurde; der Führer, wenn er vorstellig wurde, wies ihn zurück und sagte, das würde er selber regeln. Die Aufgabe war sicherlich sehr undankbar und schwer, und ich erinnere mich, wie einmal der Feldmarschall Keitel zu mir kam und mich gebeten hat, ob ich nicht dafür sorgen könnte, dass er ein Frontkommando bekäme, er nähme sogar auch als Feldmarschall nur eine Division, wenn er nur fortkäme, denn er esse dort ja mehr Steine als Brot.» Keitel selbst erklärt im Nürnberger Zeugenstand über sein Verhältnis zu Hitler: «Ich war selbstverständlich berechtigt und verpflichtet, meine Ansichten zu vertreten. Wie schwierig das war, kann nur der beurteilen, der weiss, dass Hitler gewohnt war, schon nach wenigen Worten die ganze Erörterung an sich zu ziehen und damit überhaupt das angeschnittene Thema von seiner Seite aus zu erschöpfen. Es war wohl dann sehr schwer, überhaupt noch über dieses Thema ins Gespräch zu kommen. Die Verhältnisse, wie sie mir hier entgegengetreten sind, waren mir völlig ungewohnt und haben mich nicht selten tatsächlich in eine Unsicherheit des Auftretens hineingebracht.»

Hinter den Kulissen des Prozesses hat im Fall Keitel ein Tauziehen stattgefunden, über das nichts an die Öffentlichkeit drang.

Dr. Robert Kempner, einer der damaligen amerikanischen Ankläger, hat zwölf Jahre nach Abschluss des Verfahrens den Autoren davon berichtet. Nach Kempners Aussage war Keitel bereit gewesen, im Zeugenstand ein umfassendes Schuldbekennnis und eine allgemeine Erklärung über die Schandtaten des Dritten Reiches abzugeben. Zwei Tage vor dem festgesetzten Termin jedoch erklärte er, dass er das Geständnis nicht ablegen könne. Er habe mit Göring, den er auch jetzt noch als eine Art Vorgesetzten ansehe, darüber gesprochen. Göring habe ihm das Schuldbekennnis verboten mit der Begründung: Wenn einer aus dem Rettungsboot auszusteigen versucht, dann kentert das ganze Boot.

«Die Tatsache, dass Keitel dann kein Geständnis abgab», meint Kempner, «hat viel zu den Anschauungen in den alliierten Ländern über die Wehrmacht geführt, Ansichten, die Keitel hätte ausräumen können. Für ihn selbst hat der ‚Befehl‘ Görings möglicherweise die Folge gehabt, dass er am Galgen enden musste. Hätte er sich noch in letzter Stunde aufrecht gezeigt, so hätte die Anklagebehörde für ihn vielleicht auf Tod durch die Kugel plädiert.»

Auch in dieser letzten Rolle seines Lebens ist Keitel damit «zwischen die Mühlsteine geraten». Wie so oft handelte er nach einem Befehl und wider seine eigene Überzeugung. Und alles, was aus diesem Zwiespalt entspringt, bietet äusserlich ein klägliches Bild. Wie

anders hätte sich ein bekennender Keitel im Zeugenstand von Nürnberg ausgenommen als der nach Ausflüchten suchende Angeklagte im Kreuzverhör, der immer nur dann seine Verantwortlichkeit zugesteht, wenn es keinen anderen Ausweg gibt. Zuerst stellt der sowjetische Ankläger Roman Rudenko Fragen.

Rudenko: «Ich gehe jetzt über zur Frage der Behandlung der Sowjetkriegsgefangenen. Ich will Sie über den Bericht von Canaris befragen. In diesem Bericht spricht Canaris von den Massentötungen von Sowjetgefangenen und über die Notwendigkeit, diese Willkür zu unterbinden. Hören Sie mich an und passen Sie gut auf. Es ist das Dokument von Canaris. Ihre Anmerkung lautet: ‚Die Bedenken entspringen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg. Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung, deshalb billige ich die Massnahmen und decke sie.‘ Ist das Ihre Entscheidung?»

Keitel: «Ja, das habe ich geschrieben, als Entscheidung nach dem Vortrag beim Führer. Das habe ich geschrieben.»

Rudenko: «Ich frage Sie, Angeklagter Keitel, der Sie sich Feldmarschall nennen und sich vor dem Gerichtshof wiederholt als Soldat bezeichneten: Sie haben mit Ihrer blutdürstigen Entscheidung vom September 1941 die Ermordung unbewaffneter Soldaten, die zu Ihnen in Gefangenschaft geraten sind, unterstützt und sanktioniert. Ist das richtig?»

Keitel: «Ich habe diese Erlasse unterzeichnet und trage damit die Verantwortung im Rahmen meiner Dienststellung, und die übernehme ich auch.»

Im Kreuzverhör durch den britischen Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe kommen weitere Punkte zur Sprache.

Sir David: «Wollen Sie bitte Dokument 769 ansehen. Es ist ein Telegramm des Generals der Flieger Christiansen in den Niederlanden. Es kommt von seinem Stabschef:

‚Infolge Eisenbahnstreik gesamter Verkehr in Holland stillgelegt. Eisenbahnpersonal leistet Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit keine Folge. Truppe muss wieder die Befugnis erhalten, dass sie auch Personen, die keine Terroristen und Saboteure im Sinne des Führerbefehls sind, aber durch passives Verhalten die kämpfende Truppe gefährden, standgerichtlich oder auch ohne standgerichtliches Verfahren erschossen kann. Es wird beantragt, den Führerbefehl entsprechend abzuändern.‘

Nun, Angeklagter, Sie werden zugeben, dass das Erschiessen von Eisenbahnern, die nicht arbeiten wollten, eine Massnahme ist, wie sie brutaler und grausamer nicht erdacht werden kann. Geben Sie das zu?»

Keitel: «Das ist eine grausame Massnahme, ja.»

Sowjetische Soldaten hissen am 2. Mai 1945 die Siegesfahne über Berlin.



Die alliierten Feldmarschälle Schukow und Montgomery bei der Siegesparade vor dem Brandenburger Tor.





Pressekonferenz Görings nach seiner Gefangennahme in Berchtesgaden.



Alfred Jodl unterzeichnet in Reims die deutsche Kapitulation.

Sir David: «Was war Ihre Antwort auf diese Grausamkeiten: Sehen Sie sich Dokument 770 an, ich glaube, das ist Ihre Antwort: ‚Ist die Abgabe an den SD nicht möglich, sind rücksichtslos andere wirksame Massnahmen selbständig zu ergreifen. Gegen die Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen im standgerichtlichen Verfahren bestehen unter solchen Verhältnissen selbstverständlich keine Bedenkens»

Abschliessend hat der amerikanische Ankläger Thomas J. Dodd einige grundsätzliche Fragen zu stellen, die nach den Erklärungen Dr. Kempners deutlich auf den Gewissenskampf hinter den Kulissen hindeuten.

Dodd: «Als Sie von Ihrem Anwalt vernommen wurden, sagten Sie, Sie hätten das Gefühl, die Verantwortung für die in Ihrem Namen erlassenen Befehle übernehmen zu müssen, für die Befehle, die Sie weitergegeben haben und die Hitler erlassen hatte. Am Freitag sagten Sie, dass Sie als alter Berufssoldat die Traditionen und die Prinzipien dieses Berufes als Verpflichtung aufgefasst hätten, einen Befehl nicht durchzuführen, den der Soldat als verbrecherisch erkennt.»

Keitel: «Ja.»

Dodd: «Dann wäre es richtig, zu sagen, dass Sie unter der Verpflichtung Ihres Eides als Berufssoldat wissentlich verbrecherische Befehle ausführten?»

Keitel: «Das Bewusstsein, dass hier auch Handlungen begangen worden sind, die mit dem Recht nicht vereinbar waren, ist selbstverständlich auch bei mir dagewesen.»

Dodd: «Ich verstehe Sie also so, dass Sie wissentlich verbrecherische Befehle ausgeführt und weitergegeben haben?»

Keitel: «Ich darf sagen, dass ich nicht der inneren Überzeugung war, hiermit kriminell zu werden, weil es das Staatsoberhaupt selbst war, das für uns alle Mächte der Gesetzgebung in sich vereinigte; infolgedessen bin ich nicht der Überzeugung gewesen, selbst damit verbrecherisch zu werden.»

Dodd: «Sie haben uns gesagt, dass einige dieser Befehle Verletzungen des bestehenden Völkerrechts darstellten. Ein Befehl, der auf dieser Basis erlassen wird, ist ein verbrecherischer, ein gesetzwidriger Befehl, nicht wahr?»

Keitel: «Ja, das ist richtig.»

Dodd: «Nun, dann haben Sie Befehle ausgeführt, kriminelle Befehle, die eine Verletzung der Grundprinzipien Ihres Berufssoldaten-Kodex waren, ohne Rücksicht darauf, von wem sie ausgingen.»

Keitel: «Ja.»

So ist in einer umschriebenen Form doch noch Keitels Schuldbekennnis hervorgetreten. Der amerikanische Gerichtspsychologe

Gustave M. Gilbert hat aufgezeichnet, wie Göring auf Keitels Verhalten reagierte.

«Sie haben so verdammt direkt geantwortet», wirft er dem OKW-Chef vor. «Man kann um gefährliche Fragen herumgehen und abwarten, bis eine Frage kommt, die sich dafür eignet, dass man richtig loslegt.»

«Aber ich kann nicht aus Schwarz Weiss machen», gibt Keitel gereizt zur Antwort. «Auf die letzte Frage von Dodd habe ich ‚Ja‘ gesagt. Was hätte ich anderes sagen können?»

Besonders bezeichnend ist die Rolle, die Keitel bei der geplanten Ermordung der französischen Generale Giraud und Weygand spielte. Nur durch eine List von Admiral Canaris kamen die beiden französischen Militärs mit dem Leben davon.

Der französische Generalstabschef Maxime Weygand hält sich nach der Niederlage Frankreichs in Nordafrika auf. General Henri Giraud ist in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten und wird auf der Festung Königstein in Sachsen gefangengehalten. Am 17. April 1942 gelingt es ihm, zu entkommen. Seine Flucht ist ein Abenteuer für sich. An einem 45 Meter langen Seil, das er sich in einjähriger Arbeit aus den Bindfäden von Paketen geflochten hat, lässt er sich an der unzulänglichen Felswand hinab. «Der General», gesteht Keitel im Nürnberger Zeugenstand, «muss ein sehr beherzter Soldat sein. Wenn jemand mit sechzig Jahren sich mit einem Strick fünfundvierzig Meter eine Felswand hinuntergleiten lässt. . .»

Während bald Grossfahndung in ganz Deutschland ist, reist Giraud nach München, nach Stuttgart, nach Metz, Strassburg, Mühlhausen, und eines Tages rennt er keuchend um sein Leben an der scharf bewachten Grenze: hundert Meter über freies Feld zu drei Tannen, die ihm ein Bauer bezeichnet hat. Die Bäume stehen auf Schweizer Boden. Giraud hat es geschafft.

Erwin Lahousen aus dem Amt des deutschen Abwehrchefs Canaris hat im Kreuzverhör durch den amerikanischen Ankläger John Harlan Amen berichtet, was hinter den Kulissen geschah.

Amen: «Erinnern Sie sich, im Jahre 1940 an einer Besprechung teilgenommen zu haben, in welcher der Name Weygand fiel?»

Lahousen: «Ja. Bei dieser Besprechung eröffnete uns Canaris, dass er schon seit einiger Zeit von Keitel bedrängt würde, eine Aktion durchzuführen, die die Beseitigung des französischen Marschalls Weygand zum Ziel hätte, und meine Abteilung hätte diese Aufgabe durchzuführen.»

Amen: «Wenn Sie von ‚Beseitigung‘ sprechen, was meinen Sie damit?»

Lahousen: «Töten.»

Amen: «Was tat Weygand zu dieser Zeit?»

Lahousen: «Weygand war, meiner Erinnerung nach, damals in Nordafrika.»

Amen: «Was war der angegebene Grund für den Mordversuch an Weygand?»

Lahousen: «Als Grund war die Besorgnis angegeben worden, dass Weygand mit den ungeschlagenen Teilen der französischen Armee in Nordafrika irgendein Widerstandszentrum bilden könnte.»

Amen: «Was wurde weiterhin bei dieser Konferenz gesagt?»

Lahousen: «Dieses Ansinnen, das in dieser offenen und unverhüllten Form der militärischen Abwehr zum erstenmal von einem Vertreter der Wehrmacht gestellt wurde, wurde von allen Anwesenden entrüstet und schärfstens zurückgewiesen. Ich habe dann, nachdem die anderen Herren den Raum verlassen hatten, unter vier Augen mit Canaris gesprochen, und Canaris sagte mir sofort: ‚Es ist ganz selbstverständlich, der Befehl wird nicht nur nicht durchgeführt, er wird auch gar nicht weitergegeben.‘ Und so ist es auch geschehen. Ich bin dann bei einem Vortrag, den Canaris bei Keitel hielt und bei dem ich anwesend war, von Keitel auf das Thema angesprochen worden in dem Sinn, dass er mich fragte, was in der Angelegenheit bisher geschehen sei oder unternommen wurde.»

Amen: «Welche Antwort haben Sie Keitel gegeben?»

Lahousen: «Ich habe bestimmt nicht geantwortet, dass ich nicht daran denke, diesen Befehl durchzuführen, sonst würde ich heute nicht hier sitzen. Wahrscheinlich habe ich, wie in vielen Fällen, die Antwort gegeben, es ist schwer, aber es wird alles gemacht werden, oder eine ähnliche Erklärung.»

Nun berichtet Lahousen, dass Keitel im Juli 1942 Canaris den Befehl gegeben habe, auch General Giraud töten zu lassen. Diese Aktion sollte unter dem Namen Gustavlaufen. Die Abwehr weigerte sich jedoch, sie auszuführen. Lahousen fährt fort:

«Im September wurde ich in meiner Privatwohnung von Keitel angerufen. Er fragte mich: ‚Was ist mit *Gustav*? Sie wissen doch, was mit *Gustav* gemeint ist? Wie steht die Angelegenheit? Ich muss es dringend wissen. Meine Antwort: ‚Darüber bin ich nicht orientiert, das hat sich Canaris selbst vorbehalten, und Canaris ist nicht hier, er ist in Paris.‘ « -

Lahousen fliegt sofort nach Paris, um Canaris zu berichten. Canaris ist zunächst bestürzt, kommt dann jedoch auf einen rettenden Gedanken. Er meldet Keitel, dass er die Aktion *Gustav* Heydrich übergeben habe, als dieser noch lebte. Damit war die Angelegenheit erledigt. Lahousen schliesst seine Aussage: «Später ereignete sich nichts mehr. Giraud flüchtete nach Nordafrika. Ich habe nur gehört, aber viel später, dass Hitler über diese Flucht ausser sich war und sie als ein totales Versagen des Sicherheitsdienstes bezeichnete.»

«Ich weiss nicht, was ich sagen soll», stammelt Keitel am Abend in seiner Zelle, als er den üblichen Besuch des Gerichtspsychologen Gilbert empfängt. «Diese Giraud-Affäre, natürlich, ich wusste, dass sie vorgebracht werden würde – aber was soll ich sagen? Ich weiss, dass sich ein Offizier und Gentleman wie Sie Gedanken machen muss . . . das sind Dinge, die meine Offiziersehre angreifen. Ich würde mir nichts daraus machen, wenn man mich beschuldigte, den Krieg angefangen zu haben – ich habe nur meine Pflicht getan und Befehlen gehorcht. Aber diese Mordgeschichten . . . ich weiss nicht, wie ich in diese Sache hineingeraten bin . . .»

Keitel spricht noch lange von den Ehrbegriffen des Offiziers. Spät am Abend hat Gilbert Gelegenheit, sich auch mit Lahousen zu unterhalten.

«Jetzt sprechen sie von Ehre!» sagt Lahousen, als ihm Gilbert berichtet hat. «Jetzt, nachdem Millionen ermordet sind! Keine Frage, es ist sehr unangenehm für sie, dass es jemanden gibt, der aufstehen und ihnen die unbequeme Wahrheit ins Gesicht sagen kann. Ich habe für diejenigen gesprochen, die sie ermordet haben.»

Ein paar Tage später bemerkt Gilbert, dass der ehemalige Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Alfred Jodl, bei den Mahlzeiten nicht mehr am Tisch Keitels sitzt, wie das bisher der Fall gewesen ist. Vorsichtig bringt der Psychologe in Jodls Zelle das Gespräch noch einmal auf Lahousen.

«Es gibt Dinge, die sich mit der Ehre eines Offiziers nicht vereinbaren lassen», sagt Jodl.

«Wie etwa Mord . . .», flicht Gilbert ein.

Jodl schweigt eine Weile. Dann antwortet er leise: «Selbstverständlich. Das kann mit der Offiziersehre nicht vereinbart werden. Keitel hat mir erzählt, dass Giraud unter Überwachung stand und dass die Sache später dem Reichssicherheitshauptamt übergeben worden ist. . . aber nie ein Wort von Mord. Nein – das ist nicht Ehre. Solche Dinge haben sich in der Militärgeschichte mehrfach ereignet, wissen Sie. Aber ich hätte nie gedacht, dass einer von unseren eigenen Generalen . . .»

Er blickt zu Boden.

«Ich bemerke», sagt Gilbert, «dass Sie nicht mehr an der Kommandotafel essen – Sie verstehen, Görings und Keitels Tisch, ich nenne ihn die Kommandotafel.»

«Oh, Sie haben das bemerkt?» fragt Jodl erstaunt. «Nun ja, aber ich will einem Mann nicht über den Kopf schlagen, wenn er schon am Boden liegt – besonders, nachdem wir im selben Boot sitzen.» Damit ist das Gespräch zu Ende. Bis zum Schluss des Prozesses bleibt Keitel von den anderen angeklagten Militärs gemieden. Wenn auch die Mordpläne an Weygand und Giraud nie zur Ausführung ge-

kommen sind, die moralische Wirkung lässt sich nicht mehr fortwischen.

Um zu zeigen, dass diese Mordpläne nicht die Ausgeburd einiger phantasiebegabter Abwehrleute waren, wird vor Gericht noch ein Fall angeführt, in dem der Plan Wirklichkeit wurde. Das Beweismaterial stammt aus den Akten des Auswärtigen Amtes und belastet den ehemaligen Aussenminister Joachim von Ribbentrop schwer.

«Im Lager Königstein», heisst es in dem ersten Schriftstück vom November 1944, «befinden sich 75 französische Generale. Man wird jetzt mit der Verlegung in der Form beginnen, dass als erster Schub fünf bis sechs französische Generale, jeder in einem besonderen Auto, an einen anderen Ort gebracht werden. Im Auto befinden sich jeweils der Fahrer und ein Begleiter. Der Wagen hat Wehrmachtabzeichen. Die beiden Deutschen tragen Wehrmachtuniform. Es handelt sich um besonders ausgesuchte Leute. Auf der Fahrt wird der Wagen des Generals Deboisse eine Panne haben, um ihn von den anderen abzusondern. Bei dieser Gelegenheit soll der General durch gezielten Rückenschuss, auf der Flucht erschossen werden. Als Zeitpunkt ist Dämmerung vorgesehen. Es wird sichergestellt, dass keine Landbewohner in der Nähe sind. Aus Gründen der Nachforschung ist geplant, die Leiche zu verbrennen und die Urne nach dem Friedhof der Festung Königstein zu überführen. Es ist sicherzustellen, dass ärztlicher Befund, Leichenschein, Verbrennungsschein ordnungsgemäss ausgestellt werden. Durch die Auswahl der beteiligten Personen und die Anfertigung aller aktenmässigen Unterlagen ist sichergestellt, dass bei einem Untersuchungsbegehren der Schutzmacht die zur Abweisung der Beschwerde notwendigen Unterlagen vorhanden sind.»

Ein anderes Dokument: «Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD Berlin, am 30. Dezember 1944. Schnellbrief an Reichsführer-SS. Reichsführer! In der Angelegenheit haben mit dem Chef des Kriegsgefangenenwesens und dem Auswärtigen Amt die befohlenen Besprechungen stattgefunden, die zu folgendem Vorschlag führen:

1. Im Zuge einer Verlegung von fünf Leuten in drei Kraftwagen mit Wehrmachtkenzeichen tritt der Fluchtfall ein, als der letzte Wagen eine Panne hat, oder

2. tritt Kohlenoxydgas in den abgeschlossenen Fond des Wagens. Die Apparatur kann mit einfachsten Mitteln angebracht und sofort wieder entfernt werden.

3. Andere Möglichkeiten der Vergiftung durch Speise oder Trank sind geprüft, aber nach mehreren Versuchen als zu unsicher wieder verworfen worden.

Für ordnungsmässige Erledigung der Nacharbeiten, wie Meldung,

Obduktion, Beurkundung, Beisetzung, ist vorgesorgt. Transportführer und Fahrer werden vom Reichssicherheitshauptamt gestellt und treten in Wehrmachtsuniformen mit zugeteiltem Soldbuch auf. Wegen der Pressenotiz ist mit dem Geheimrat Wagner vom Auswärtigen Amt Verbindung aufgenommen. Wagner teilte dabei mit, dass der Reichsaussenminister [Ribbentrop] mit dem Reichsführer über den Fall noch sprechen möchte. Die Auffassung des Reichsaussenministers ist, dass gleichartig, und zwar in jeder Richtung, vorzuziehen sei.

Inzwischen ist noch bekanntgeworden, dass der Name des Befindenden im Laufe verschiedener Ferngespräche zwischen Führerhauptquartier und Chef Kriegsgefangenenwesen genannt worden war, so dass Chef Kriegsgefangenenwesen vorschlägt, einen anderen, aber gleich Beurteilten zu verwenden. Ich pflichte ihm bei und bitte, die Auswahl Chef Kriegsgefangenen wesen zu überlassen. Ich bitte um Weisung.

Heil Hitler! Ihr gehorsamer Dr. Kaltenbrunner.»

Weil sein Name öfter am Telefon genannt worden ist, kommt General Deboisse mit dem Leben davon. An seiner Stelle wird einfach General Mesny in den Mordplan eingesetzt. Mesnys ältester Sohn befand sich zu jener Zeit als politischer Häftling in einem Konzentrationslager.

Letztes Dokument, wieder aus den Akten von Ribbentrops Auswärtigem Amt, Abteilung Inland II, vom 12. Januar 1945:

«Streng vertraulich! Ein französischer kriegsgefangener General wird eines unnatürlichen Todes durch Erschiessung auf der Flucht oder Vergiftung sterben. Für die ordnungsgemässe Erledigung der Nacharbeiten, wie Meldung, Obduktion, Beurkundung, Beisetzung, ist vorgesorgt. Die Weisung des Herrn RAM [Reichsaussenminister] lautet, die Angelegenheit mit Gesandten Albrecht zu besprechen, um genau festzustellen, welche Rechte der Schutzmacht in dieser Angelegenheit zustehen würden, um das Vorhaben damit abstimmen zu können.»

Am 18. Januar 1945 knallen auf einer Landstrasse bei der Festung Königstein die Schüsse.

«Dieser Mord», sagt der amerikanische Ankläger Thomas J. Dodd abschliessend, «wurde von SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner und von SS-Obergruppenführer Ribbentrop geplant und geleitet. Welch grausiges Trauerspiel, angefangen mit dem vorgetäuschten Abtransport Mesnys aus dem Offiziersgefangenenlager Königstein bis zu der frevelhaften Feierlichkeit der Beisetzung seiner Asche mit militärischen Ehren in Dresden! Im gesamten Verlauf dieser so überaus tragischen und schmutzigen Angelegenheit tritt die ganze Heuchelei des Nazismus besonders stark in Erscheinung. Das war

Mord mit reiner Weste, Täuschung auf Bestellung, aufgemacht mit allen Formalitäten des Auswärtigen Amtes, schimmernd im eisigen Glanz von Kaltenbrunnners SD.»

Der zweite Soldat auf der Nürnberger Anklagebank, Alfred Jodl, ist nicht in diese Auseinandersetzung verwickelt worden. Die Verhandlung über den ehemaligen Chef des Wehrmachtsführungsstabes bietet ein ganz anderes Bild. Jodl ist ebenso wie Keitel nach allen vier Anklagepunkten zum Tode verurteilt worden. Auch in seinem Fall enthält die Urteilsbegründung Punkte, die einen zusammenfassenden Überblick geben:

1. Bei den Angriffsplanungen gegen die Tschechoslowakei «war Jodl sehr tätig». Nachdem das Münchener Abkommen unterzeichnet war, schrieb Jodl in sein Tagebuch: «Die Tschechoslowakei hat als Machtfaktor ausgespielt. Das Genie des Führers und seine Entschlossenheit, auch einen Weltkrieg nicht zu scheuen, haben den Sieg davongetragen.»

2. Jodl besprach die Invasion Norwegens mit Hitler. Er war auch bei der Planung gegen Griechenland und Jugoslawien tätig.

3. Schon am 29. Juli 1940 befahl Jodl, die Pläne für den Angriff auf Russland vorzubereiten. Hitlers Weisung für die Vorbereitung des Überfalls und das Dokument *Fall Barbarossa* tragen Jodls Initialen.

4. Das Begleitschreiben zu Hitlers berüchtigtem Kommando-Befehl wurde von Jodl unterschrieben. Am 25. Juni 1944, nach der Landung der Alliierten in der Normandie, bestätigte er die Gültigkeit des Befehls.

5. Als Hitler 1945 die Kündigung der Genfer Konvention beabsichtigte, trat Jodl dagegen auf «und führte als Beispiel die Versenkung eines britischen Lazarettschiffes als Vergeltungsmassnahme an, die dann als Versehen zu bezeichnen wäre. Er sagte, dass er sich so verhalten habe, weil dies die einzige Haltung war, die Hitler in Erwägungziehen würde, und dass moralische oder rechtliche Gründe wirkungslos gewesen seien.»

6. Am 28. Oktober 1944 befahl Jodl durch Fernschreiben die Evakuierung aller Personen aus Nordnorwegen und die Niederbrennung ihrer Häuser, damit sie den Russen keine Hilfe gewähren könnten.

7. Am 7. Oktober 1941 unterschrieb Jodl einen Befehl, in dem es heisst, dass Hitler kein Übergabeangebot Leningrads und Moskaus annehmen werde, sondern im Gegenteil darauf bestehe, dass diese Städte völlig zerstört würden.

Der französische Ankläger Constant Quatre hat vor Gericht versucht, in wenigen Sätzen eine Charakteristik Jodls zu geben. Er sagt: «Als Chef des Wehrmachtsführungsstabes hatte er sehr aktiven Anteil an der Ausarbeitung der Befehle seines Führers. Jodl hat diese

Beraterrolle gespielt, obwohl seine theoretischen Kenntnisse bei Weitem nicht mit denjenigen von Keitel zu vergleichen waren. Trotzdem griff er unter eigener Verantwortung in Gebiete ein, die den Rahmen eigentlicher militärischer Operationen überschritten.»

Blindlings ist Jodl hinter Hitler hermarschiert, und am 7. November 1943 machte er in einer Rede in München vor den Reichs- und Gauleitern kein Hehl daraus, als er ausrief: «Ich möchte in dieser Stunde nicht mit dem Munde, sondern aus tiefstem Herzen bekennen, dass unser Vertrauen und unser Glaube an den Führer ein grenzenloser ist.»

Wie hat sich Jodl im Zeugenstand verhalten, als er die Fragen der Ankläger zu beantworten hatte? Gleich zu Beginn des Kreuzverhörs gibt es dafür eine Kostprobe.

C. D. Roberts, britischer Ankläger: «Herr Zeuge! Sie haben dem Gerichtshof gesagt, dass Ihnen das Soldatentum im Blute liegt. Stimmt das?»

Jodl: «Ja, das stimmt.»

Roberts: «Sehr gut, und Sie sagten, Sie wären hier, um die Ehre des deutschen Soldaten zu vertreten. Stimmt das?»

Jodl: «Das tue ich in hohem Masse.»

Roberts: «Sehr wohl. Sie haben sich als ein ehrenhafter Soldat hingestellt?»

Jodl: «Das habe ich mit vollem Bewusstsein.»

Roberts: «Sie haben sich als einen wahrheitsliebenden Mann hingestellt?»

Jodl: «Ich habe mich als einen solchen Mann hingestellt, und ich bin es auch.»

Roberts: «Sehr wohl. Und glauben Sie, dass durch das, was Sie während der letzten sechs oder sieben Jahre tun mussten, Ihre Ehre beschmutzt worden ist?»

Jodl: «Meine Ehre ist sicherlich nicht beschmutzt worden, denn die habe ich persönlich gewahrt.»

Roberts: «Sehr gut. Sie sagen, dass Ihre Ehre nicht beschmutzt worden sei. Ist während der letzten sechs oder sieben Jahre Ihre Wahrheitsliebe auf demselben hohen Niveau geblieben?»

Jodl gibt keine Antwort.

Roberts: «Können Sie die Frage nicht beantworten?»

Jodl: «Ich glaube, ich bin zu dumm für diese Frage.»

Roberts: «Gut. Ich komme zu Dokument C 52. Erinnern Sie sich an diesen Befehl?»

Jodl: «Ja, an diesen Befehl erinnere ich mich.»

Roberts: «Ich glaube, dass Sie auch an seinem Entwurf mitgearbeitet haben, nicht wahr?»

Jodl: «Aber sicher, weil es ein Operationsbefehl ist.»

Roberts: «Jawohl. Wollen Sie sich Punkt 6 ansehen: «Die zur Sicherung der eroberten Ostgebiete zur Verfügung stehenden Truppen reichen bei der Weite dieser Räume nur dann aus, wenn alle Widerstände nicht durch die juristische Bestrafung der Schuldigen geahndet werden, sondern wenn die Besatzungsmacht denjenigen Schrecken verbreitet, der allein geeignet ist, der Bevölkerung jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen.» Das ist doch ein furchtbarer Befehl, nicht wahr?»

Jodl: «Nein, ist gar nicht furchtbar, denn es ist völkerrechtlich festgelegt, dass die Bewohner eines besetzten Gebietes die Befehle und Anordnungen der Besatzungsmacht zu befolgen haben.»

Roberts: «Gut. Ich komme jetzt zu dem ‚Kommando‘-Befehl. Er befasst sich mit der durch den Rundfunk verbreiteten Bekanntmachung vom 7. Oktober 1942, die folgendermassen lautet: «In Zukunft werden sämtliche Terror- und Sabotagetrupps der Briten und ihrer Helfershelfer, die sich nicht wie Soldaten, sondern wie Banditen benehmen, von den deutschen Truppen auch als solche behandelt und, wo sie auch auftreten, rücksichtslos im Kampfe niedergemacht werden^ Machen Sie irgendwelche Unterschiede zwischen einem britischen Flieger, der ein Kraftwerk bombardiert, und einem britischen uniformierten Fallschirmjäger, der gelandet ist und das Kraftwerk in die Luft sprengt?»

Jodl: «Nein, die Zerstörung eines Objekts durch einen Sprengtrupp halte ich für völkerrechtlich vollkommen zulässig. Aber ich halte es nicht für zulässig, dass man dabei Zivil unter der Uniform trägt und dass man eine Achselpistole hat, die in dem Augenblick zu feuern beginnt, wo man die Arme zur Übergabe hebt.»

Roberts: «Gut, wenn Sie sich aber den Fall betrachten, werden Sie viele Fälle finden, in denen Personen hingerichtet wurden und in denen sich kein Hinweis findet, dass sie etwas anderes als eine Uniform trugen. Ich kann einen verlesen, es ist ein Bericht, der Keitels Initialen trägt: «Am 16. September 1942 landeten zehn Engländer und zwei Norweger in Uniform der britischen Gebirgsjäger schwer bewaffnet und mit Sprengmunition aller Art ausgerüstet an der norwegischen Küste. Sie sprengten am 21. September in dem Kraftwerk Glomfjord wichtige Anlagen. Ein deutscher Wachposten wurde dabei erschossen. Den norwegischen Arbeitern wurde angedroht, dass sie bei Widerstand chloroformiert würden. Die Engländer hatten hierfür Morphiumspritzen bei sich. Sieben der Täter sind festgenommen worden, während die übrigen nach Schweden entkommen sind.» Dann folgen sieben Namen. Diese Männer wurden am 30. Oktober 1942 erschossen auf Grund dieses Befehls, den Sie herausgegeben haben, obwohl er noch gar nicht existierte, als diese

Männer gefangengenommen wurden. Alle diese Männer waren in Uniform. Können Sie das irgendwie rechtfertigen?»

Jodl: «Nein, das kann ich nicht rechtfertigen, ich will es auch nicht rechtfertigen. Ich halte es für vollkommen rechtswidrig. Aber ich habe es damals nicht erfahren.»

Einer der letzten Punkte, die Roberts berührt, ist der Fall von fünfzig britischen Fliegern, die aus dem Kriegsgefangenenlager Sagan flüchteten, wiederergriffen und dann erschossen wurden.

Jodl: «In diesem Augenblick hatte ich den Eindruck, dass Hitler von allen menschlichen Rechtsbegriffen abrückte.»

Roberts: «Stimmen Sie mit mir überein, dass dies reiner Mord war, der an diesen fünfzig Fliegern begangen wurde?»

Jodl: «Ich stimme vollkommen mit Ihnen überein. Ich betrachte das als einen eklatanten Mord.»

Roberts: «Wie war es möglich, dass Sie, ehrenhafte Generale, einem Mörder mit so unverbrüchlicher Treue weiterhin dienten?»

Jodl: «Ich habe nicht mit unverminderter Treue von diesem Zeitpunkt an gedient, sondern ich habe alles, was in meiner Kraft stand, eingesetzt, um weiteres Unheil zu verhüten.»

Roberts: «Haben Sie vor Ihrem Stabe kurz nach dem Attentatsversuch auf Hitler am 24. Juli 1944 eine Rede gehalten?»

Jodl: «Ja, sogar noch mit verbundenem Kopf.»

Roberts: «Haben Sie folgendermassen begonnen: ‚Der 20. Juli war der schwärzeste Tag, den die deutsche Geschichte bisher gesehen hat, und wird es vielleicht für alle Zukunft bleiben?‘»

Jodl: «Das ist sehr wohl möglich, ja.»

Roberts: «Warum war es ein schwarzer Tag für Deutschland? Weil jemand versucht hat, einen Mann zu ermorden, der, wie Sie jetzt zugeben, ein Mörder war?»

Jodl: «Soll ich vielleicht in dieser Situation, wo ich von einem eigenen Kameraden – mit vielen Gegnern des Systems zusammen – in einer feigen, hinterlistigen Weise in die Luft gesprengt werde, das auch noch anerkennen?»

Roberts: «Glauben Sie etwa, dass es eine feigere Tat war, als diese fünfzig Soldaten wie Hunde zu erschiessen?»

Jodl: «Das war ein Mord, darüber ist kein Zweifel. Aber es ist nicht die Aufgabe der Soldaten, den Richter zu spielen über ihren Oberbefehlshaber. Möge das die Geschichte tun oder ein Gott im Himmel.»

Zwei Angeklagte stehen im Mittelpunkt des Komplexes *deutsche Seekriegsführung*: der ehemalige Grossadmiral und Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine, Erich Raeder, und dessen Nachfolger, U-Boot-Befehlshaber Karl Dönitz. Was wird ihnen zur Last gelegt?

Am 3. Januar 1942 findet bei Hitler eine Besprechung statt, und

zwar in Anwesenheit des Reichsaussenministers von Ribbentrop. Als Gast ist der Botschafter des verbündeten Japan, Hiroshi Oshima, erschienen. Wie es bei Hitlerbesprechungen üblich ist, wird der Inhalt der Gespräche protokollarisch festgehalten. Und wie so viele andere Dokumente ist auch das Protokoll dieser Zusammenkunft bei Kriegsende von den Alliierten gefunden worden und liegt nun auf dem Nürnberger Richtertisch.

«Nachdem er an Hand der Karte weitere Ausführungen gemacht hat», liest der britische Ankläger H. J. Phillimore aus dem Dokument vor, «weist der Führer darauf hin, dass, wie viele Schiffe die USA auch bauten, eines ihrer Hauptprobleme der Personalmangel sei. Aus diesem Grunde würden auch die Handelsschiffe ohne Warnung versenkt, mit der Absicht, dass ein möglichst grosser Teil der Besatzung hierbei umkäme. Würde es sich einmal herumsprechen, dass bei den Torpedierungen die meisten Seeleute verlorengingen, so würden die Amerikaner schon bald Schwierigkeiten haben, neue Leute anzuwerben. Die Ausbildung von seefahrendem Personal dauere sehr lange. Wir kämpften um unsere Existenz und könnten deshalb keine humanitären Gesichtspunkte walten lassen. Aus diesem Grunde müsse er auch den Befehl geben, dass, falls die fremden Seeleute nicht zu Gefangenen gemacht werden könnten, was auf offener See meist nicht möglich wäre, die U-Boote nach Torpedierung auftauchen und die Rettungsboote zusammenschössen. Botschafter Oshima stimmt diesen Ausführungen des Führers aufrichtig zu und sagt, dass auch die Japaner gezwungen seien, diese Methode zu befolgen.»

Einige Monate nach dieser Besprechung scheinen Hitlers Überlegungen den Instanzenweg durchlaufen zu haben und kommen in Form eines schriftlichen Befehls wieder zum Vorschein. Er wird am 17. September 1942 vom Stabsquartier des Angeklagten Dönitz an alle U-Boot-Kommandanten gefunkt. Sein wesentlicher Inhalt lautet:

«Jeglicher Rettungsversuch von Angehörigen versenkter Schiffe, also auch Auffischen von Schwimmenden und Anbordgabe auf Rettungsboote, Aufrichten gekenterter Rettungsboote, Abgabe von Nahrungsmitteln und Wasser haben zu unterbleiben. Rettung widerspricht den primitivsten Forderungen der Kriegführung nach Vernichtung feindlicher Schiffe und Besatzungen. Kapitäne und Chefindenieure versenkter Schiffe sollen wegen ihrer Wichtigkeit möglichst aufgegriffen und mitgebracht werden. Schiffbrüchige nur retten, falls Aussagen für Boot von Wichtigkeit. Hart sein. Daran denken, dass der Feind bei seinen Bombenangriffen auf deutsche Städte auf Frauen und Kinder keine Rücksicht nimmt.»

«Es ist dies natürlich ein vorsichtig formulierter Befehl», sagt

Ankläger Phillimore. «Seine Absicht ergibt sich klar aus der nächsten Urkunde, einem Auszug aus dem Kriegstagebuch des Angeklagten, das von Dönitz persönlich unterschrieben ist: ‚Alle Kommandanten werden nochmals darauf hingewiesen‘ – ich möchte den Gerichtshof besonders auf das Wort *nochmals* aufmerksam machen –, «dass Rettungsversuche von Angehörigen versenkter Schiffe den primitivsten Forderungen der Kriegführung nach Vernichtung feindlicher Schiffe und ihrer Besatzungen widersprechen.» Nunmehr gehe ich zu der nächsten Urkunde. Es ist ein Auszug aus dem *Operationsbefehl Atlantik Nr. 56* vom 7. Oktober 1943: «Zu jedem Geleitzug gehört im Allgemeinen ein sogenanntes *rescue ship*, ein Spezialschiff bis zu 3'000 BRT, das zur Aufnahme der Schiffbrüchigen nach U-Boot-Angriffen bestimmt ist. Ihre Versenkung ist im Hinblick auf die erwünschte Vernichtung der Dampferbesatzungen von grossem Wert.»«

Die Anklage bringt eine Reihe von Dokumenten vor, die auf den von Hitler befohlenen uneingeschränkten U-Boot-Krieg Bezug nehmen. Eines davon ist das Logbuch des deutschen Unterseebootes U 37. Kapitänleutnant Oehrn schildert darin die Versenkung des englischen Dampfers *Sheaf Mead*: «Achterschiff ist unter Wasser. Bug steigt höher. Die Rettungsboote sind jetzt zu Wasser. Sie liegen in einiger Entfernung. Der Bug richtet sich sehr hoch auf. Zwei Mann erscheinen von irgendwoher im Vorderteil des Schiffes. Sie springen und rennen in grossen Sprüngen über das Deck zum Heck. Das Heck verschwindet. Ein Boot kentert. Dann eine Kesselexplosion. Zwei Mann fliegen mit ausgespreizten Gliedern durch die Luft. Brechen und Getöse. Dann ist alles vorbei. Ein grosser Haufen von Schiffstrümmern schwimmt umher. Der Mannschaft hat sich auf Schiffstrümmer und gekenterte Boote gerettet. Ein junger Bursche im Wasser ruft: ‚Help, help, please!« Die anderen sind alle sehr gefasst. Sie sehen bedrückt und ziemlich müde aus. Ein Ausdruck kalten Hasses liegt auf ihren Gesichtern. Zurück auf den alten Kurs.»

«Auf den alten Kurs», sagt Phillimore, «heisst ganz einfach, dass das U-Boot weiterfährt.»

Kapitänleutnant Schacht hat bei der Versenkung eines anderen Dampfers, der *Laconia*, britische und polnische Seeleute an Bord genommen, ebenso schiffbrüchige italienische Kriegsgefangene. Er gibt Funkmeldung und bekommt am 20. September 1942 von Dönitz die Rüge: «Handlungsweise war falsch. Boot war bestimmt, um italienische Bundesgenossen zu retten, aber nicht Engländer und Polen.»

Der Kommandant des Bootes U 852, Kapitänleutnant Heinz Eck, lässt am 13. März 1944 die Überlebenden des versenkten Dampfers *Peleus* mit Bordwaffen zusammenschliessen. Zehn Tage vor seiner

Hinrichtung durch die Alliierten sagt er darüber in einer Vernehmung für das Nürnberger Gericht aus: «Als ich diese Befehle erteilte, befand ich mich in einem unter ständigem Luftspähdienst stehenden Raum. Ich war sicher, dass Luftpatrouillen die Überreste des versenkten Schiffes in ein paar Tagen finden würden. Da bis zu diesem Moment der Feind von meiner Anwesenheit in dieser Gegend nichts wusste, hielt ich es für ratsam, mich nicht durch diese Bruchstücke zu verraten, weil ich sonst mit meiner eigenen Vernichtung zu rechnen hatte.»

«Es gibt Hunderte von ähnlichen Geschichten», verliert Ankläger Phillimore aus den Akten der britischen Admiralität, «Geschichten von tagelangem Herumtreiben in offenen Booten in den Stürmen des Atlantik, von Männern, die sich stundenlang an ein Floss anklammern und dann einer nach dem anderen loslassen, die beim Versuch, die Rettungsboote zu Wasser zu lassen, oder während sie in diesen davontreiben, von Maschinengewehren niedergeschossen werden . . .»

Zur allgemeinen Charakteristik des Angeklagten Dönitz werden im Gerichtssaal einige Stellen aus seinen Reden verlesen:

«Ich bin ein starker Anhänger der weltanschaulichen Schulung.»
– «Man muss das ganze Offizierskorps von vornherein so einstellen, dass es sich für den nationalsozialistischen Staat in seiner Geschlossenheit mitverantwortlich fühlt.»

«Ich verlange daher von den Kommandanten und Kommandeuren der Kriegsmarine, dass sie klar und eindeutig den Weg der soldatischen Pflicht gehen, was auch kommen mag. Ich verlange von ihnen, dass sie rücksichtslos alle Anzeichen und Ansätze austreten, die in der Truppe die Durchführung dieses Weges gefährden.»

In einem weiteren Befehl vom 19. April zeigt er beispielhaft den Typ des Unteroffiziers auf, der befördert zu werden verdient: «Ein Beispiel: In einem Gefangenenlager in Australien hat ein Oberfeldwebel als Lagerältester die unter der Lagerbesatzung sich bemerkbar machenden Kommunisten planvoll und von der Bewachung unauffällig umlegen lassen. Dieser Unteroffizier ist für seinen Entschluss und seine Durchführung meiner vollen Anerkennung sicher. Ich werde ihn nach seiner Rückkehr mit allen Mitteln fördern, da er bewiesen hat, dass er zum Führer geeignet ist.»

Im Dezember 1944 arbeitet Dönitz eine Denkschrift aus, in deren Verteiler die Namen Hitler, Keitel, Jodl, Speer und das Oberkommando der Luftwaffe verzeichnet sind. In dem von Dönitz persönlich unterschriebenen Schriftstück heisst es: «Des Weiteren beantrage ich Verstärkung der Werftbelegschaften durch KZ-Häftlinge.»

Dr. Otto Kranzbühler, Dönitz' Verteidiger: «Die Anklage hat Dokumente vorgelegt, einen Befehl vom Herbst 1942, in dem Sie

Rettungsmassnahmen einschränken beziehungsweise verbieten. Liegt nicht ein Widerspruch in diesem Befehl und in Ihrer Haltung gegenüber der Anregung des Führers?»

Dönitz: «Nein. Man muss sehr klar unterscheiden zwischen der Frage des Rettens oder des Nichtrettens. Es kann im Krieg sehr wohl die Möglichkeit kommen, nicht zu retten, zum Beispiel wenn das eigene Schiff dadurch gefährdet wird. Das wäre militärisch falsch, würde ja auch dem zu Rettenden nichts nützen. Es können selbstverständlich auch andere Gründe sein. Zum Beispiel ist es klar, dass im Kriege die Kampfaufgabe vorgeht. Der andere Fragenkomplex ist das Bekämpfen von Schiffbrüchigen.»

Dr. Kranzbühler: «Wen bezeichnen Sie als Schiffbrüchigen?»

Dönitz: «Schiffbrüchige sind die Besatzungsangehörigen, die sich nach der Versenkung ihres Schiffes, zum Kampf nicht mehr fähig, entweder in Rettungsbooten oder sonstigen Rettungsmitteln oder im Wasser befinden. Die Bekämpfung dieser Menschen ist eine Frage der soldatischen Kampfsittlichkeit und unter allen Umständen abzulehnen. Und diese Ablehnung ist in der deutschen Kriegsmarine und der U-Boot-Waffe – bis auf den einen Fall Eck – meiner festen Überzeugung nach nie überschritten worden.»

Dr. Kranzbühler: «Ich halte Ihnen jetzt die Eintragung vor in Ihrem Kriegstagebuch vom 17. September. Dort steht: ‚Alle Kommandanten werden nochmals darauf hingewiesen, dass Rettungsversuche von Angehörigen versenkter Schiffe den primitivsten Forderungen der Kriegführung nach Vernichtung feindlicher Schiffe und ihrer Besatzungen widersprechen.‘ «

Dönitz: «Wenn ich hier nichts verschweigen darf, so muss ich sagen, dass die Kriegstagebuchführung ein schwieriger Punkt für mich war, weil ich wertvolle Offiziere nicht gehabt habe, die ich dafür abstellen konnte. Diese Eintragung hat ein ehemaliger Obersteuermann gemacht, der versucht hat, meine Befehlsgebung in so einer Eintragung zusammenzufassen.»

Dr. Kranzbühler: «Herr Grossadmiral! Der entscheidende Punkt scheint mir zu sein, ob diese Eintragung Ihre wirkliche Überlegung wiedergibt, oder ob sie nur ein Extrakt aus dem Funkbefehl ist, ein Auszug, der aufgezeichnet war von einem untergeordneten Organ nach seinem besten Wissen und Können.»

Dönitz: «Das letztere ist richtig.»

Soviel aus dem Verhör mag genügen. Später sagt das Nürnberger Gericht in seiner Urteilsbegründung: «Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass die Beweisaufnahme nicht mit der erforderlichen Sicherheit dartut, dass Dönitz die Tötung schiffbrüchiger Überlebender vorsätzlich befahl.» Aber; «Die Befehle waren zweifellos zweideutig und verdienen stärkste Kritik.»

Dönitz ist zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Was ihn vor einer schwereren Strafe schützte, ist ein anderer Umstand: Seinem Verteidiger gelingt es, ähnlich lautende Befehle der britischen Admiralität über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg herbeizuschaffen, und es gelingt ihm ferner, eine schriftliche Zeugenaussage des Oberkommandierenden der amerikanischen Pazifikflotte, Admiral Chester W. Nimitz, zu erlangen. Nimitz bekam einen Fragebogen vorgelegt, den Dr. Kranzbühler nun im Gerichtssaal verliest. Die entscheidende Stelle lautet:

Frage: «War es durch Befehl oder durch allgemeine Praxis den US-Unterseebooten verboten, Rettungsmassnahmen von Passagieren und Mannschaften von ohne Warnung versenkten Schiffen auszuführen, falls dadurch die Sicherheit des eigenen Bootes gefährdet wurde?»

Nimitz: «Im Allgemeinen haben die US-Unterseeboote feindliche Überlebende nicht gerettet, wenn es für das Unterseeboot eine ungewöhnliche, zusätzliche Gefahr bedeutete oder das Unterseeboot dadurch an der weiteren Durchführung seiner Aufgabe gehindert wurde . . .»

«Mit Rücksicht auf einen Befehl der britischen Admiralität», stellt der Gerichtshof fest, «und in Anbetracht der Antwort des Admirals Nimitz ist die Verurteilung von Dönitz nicht auf seine Verstösse gegen die internationalen Bestimmungen für den U-Boot-Krieg gestützt.»

Seine Verurteilung gründet sich vielmehr auf die vom Gericht festgestellten Tatbestände «Verbrechen gegen den Frieden» und «Kriegsverbrechen». Der erste Punkt bezieht sich darauf, dass Karl Dönitz bei der Vorbereitung des Überfalls auf Norwegen beteiligt war. Der zweite Punkt betrifft die Auslieferung von Gefangenen eines alliierten Torpedobootes an den SD: «Sie wurden auf seinen Befehl hin dem SD überstellt und schliesslich erschossen. Dönitz duldete, dass der Kommando-Befehl weiterhin im vollen Umfang in Kraft blieb, als er Oberbefehlshaber wurde, und insofern ist er verantwortlich.»

Ähnlich liegen die Dinge auch bei Dönitz' Vorgänger und Mitangeklagtem Erich Raeder. Die Verurteilung Raeders zu lebenslänglichem Gefängnis stützt sich auf die Tatbestände «Verschwörung», «Verbrechen gegen den Frieden» und «Kriegsverbrechen».

«Erwar einer der Führer», sagt das Nürnberger Urteil, «die bei der Hossbach-Konferenz vom 5. November 1937 zugegen waren» und deshalb von Hitlers Eroberungsplänen wussten. «Der Entwurf der Invasion Norwegens entstand zuerst in Raeders Kopf, und nicht in dem Hitlers. Bei einer Konferenz mit Hitler am 18. März 1941 drängte er auf die Besetzung ganz Griechenlands. Dieses Beweismaterial zeigt klar, dass Raeder an der Planung und Führung von Angriffskriegen teilnahm.»

Auch Raeder wird Hitlers berüchtigter Kommando-Befehl mit zum Verhängnis, indem das Urteil ausführt: «Am 10. Dezember 1942 wurden in Bordeaux zwei Kommandosoldaten durch die Marine, nicht durch den SD, hingerichtet. Die Erklärung der Seekriegsleitung dafür war, dass dies ‚im Einklang mit dem Sonderbefehl des Führers geschehen sei, aber dass es trotzdem etwas Neues im Völkerrecht darstelle, da die Soldaten Uniformen trugen‘. Raeder gibt zu, dass er den Befehl auf dem Dienstwege weiterleitete und dass er keinen Einspruch bei Hitler erhob.»

Im Kreuzverhör des britischen Anklägers Sir David Maxwell-Fyfe mit dem Angeklagten Erich Raeder ist dieser Fall näher zur Sprache gekommen.

Sir David: «Sie erhielten Hitlers Kommando-Befehl und haben ihn an die verschiedenen Marineabteilungen weitergegeben, nicht wahr?»

Raeder: «Jawohl, ich habe es durch die Seekriegsleitung weitergegeben.»

Sir David: «Haben Sie das befürwortet?»

Raeder: «Ich habe es nicht befürwortet, sondern ich habe es weitergegeben. Ich habe den Befehl so, wie der Führer ihn aufgesetzt hat, weitergegeben. Ich habe ihn weitergegeben, weil ein Befehl meines Oberbefehlshabers vorlag. Dann kam hinzu, dass in einem der letzten Absätze stand, dass dieser Befehl nicht zutreffe für die Behandlung von Gefangenen nach Kämpfen auf See. Ich habe keine Veranlassung gefunden, Einspruch beim Führer zu erheben, und ich möchte das ganz glatt aussprechen: Ich war als Soldat nicht in der Lage, zu meinem Obersten Befehlshaber und Staatsoberhaupt zu gehen und ihm zu sagen, jetzt zeigen Sie mir Ihre Unterlagen für diesen Befehl; das ist Meuterei, und das konnte unter gar keinen Umständen geschehen.»

Zur allgemeinen Charakterisierung hat der britische Ankläger Elwyn Jones auch den berühmten Fall der Versenkung des *Athenia* aufgerollt: «Am 23. Oktober 1939 veröffentlichte die Zeitung der Nazi-Partei, der *Völkische Beobachter*, einen Artikel mit der schreienden Schlagzeile: ‚Churchill versenkte die *Athenia*‘. Ich werde dem Gerichtshof Beweismaterial unterbreiten, das ergibt, dass die *Athenia* tatsächlich von dem deutschen U-Boot U 30 versenkt wurde. So ungerechtfertigt war jedoch die Torpedierung der *Athenia*, dass sich die deutsche Marine auf die Fälschung einer ganzen Zahl ihrer Aufzeichnungen und auf andere unehrliche Massnahmen in der Hoffnung einliess, dadurch das Geheimnis ihrer Schuld zu verbergen.»

Raeder: «Die Tatsache war, dass ein junger Unterseebootkommandant, der Kommandant des U-Bootes U 30, am 3. September abends ein englisches Passagierschiff, das abgeblendet war, torpe-

dierte, weil er fälschlich annahm, dass es sich um einen Hilfskreuzer handelte.»

Jones: «Es scheint mir richtig, den Befehl Dönitz' vom 22. September 1939 hinzufügen, dass «eine warnungslose Versenkung eines Handelsschiffes mit der möglichen Verwechslung mit Kriegsschiff beziehungsweise Hilfskreuzer begründet werden müsste.»

Sir David: «Nach ungefähr einem Monat gab das Propagandaministerium bekannt – ich glaube, Sie sagten, auf Hitlers Befehl –, die *Athenia* sei von Churchill versenkt worden. Empfanden Sie es als Grossadmiral und Chef der deutschen Marine nicht als Ihre Pflicht, Protest zu erheben gegen diese schändliche und lügenhafte Behauptung, der Erste Lord der Britischen Admiralität hätte eine grosse Anzahl englischer Bürger vorsätzlich in den Tod geschickt?»

Raeder: «Ich habe mit Hitler darüber gesprochen . . ., aber es war ja geschehen, ohne dass wir irgendetwas ahnten. Es war mir ausserordentlich peinlich, als der Erste Lord der englischen Admiralität in dieser rüpelhaften Weise angegriffen wurde, aber ich konnte nachträglich nichts ändern.»

Sir David: «Sie haben sich anscheinend keine Gedanken darüber gemacht, überhaupt keine Gedanken . . .»

Raeder: «Ich habe mir Gedanken gemacht, ich war empört darüber.»

Sir David: «Haben Sie auch Ihre Empörung in die Tat umgesetzt?»

Raeder: «In welche Tat?»

Sir David: «Ich will das nun ganz klarstellen. Sie unternahmen nichts.»

J. W. Pokrowsky, sowjetischer Ankläger: «Es war doch möglich, den Abschied zu nehmen?»

Raeder: «Ja.»

Pokrowsky: «Tatsächlich traten Sie erst im Januar 1943 zurück. Ist das richtig?»

Raeder: «Es waren hier eben zwei Voraussetzungen. Die eine war, dass Hitler selbst mich nicht mehr goutierte und dass ich also infolgedessen keinen Ungehorsam beging. Und zweitens, weil es möglich war, dass die Trennung unter friedlichen Umständen erfolgen konnte, so dass also die Marine dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde.»

Pokrowsky: «Ich frage Sie nicht nach den Voraussetzungen. Ich stelle an Sie die prinzipielle Frage: War ein Rücktritt möglich oder nicht?»

Reader: «Was man nicht tun konnte, war, ihm die ganze Sache hinzuwerfen, um den Eindruck zu erwecken, als ob man Ungehorsam leisten wollte. Das musste unter allen Umständen vermieden werden, das hätte ich nie getan, dazu war ich zu sehr Soldat.»

Hermann Wilhelm Göring gehört nur im weiteren Sinn zur Gruppe der hohen Militärs, obwohl er Inhaber eigens für ihn geschaffener militärischer Ränge und Orden war. Der ehemalige Reichsmarschall und Träger des Grosskreuzes war primär Politiker und Kampfgenosse Hitlers; seine militärischen Ämter und Funktionen sind die Beuteanteile, die Hitler seinem eitlen Kampfkumpanen schuldig war.

Um die bacchantische Gestalt Göring haben sich im Dritten Reich und auch während des Prozesses manche Gerüchte gewoben. Eines wusste davon zu berichten, dass der sowjetische Ankläger Rudenko auf Göring geschossen habe. Dieses Gerücht geisterte noch lange durch das Nachkriegs-Deutschland. Es ist nicht wahr, hat jedoch, wie so viele Gerüchte, einen wahren Kern. Rudenko schoss nie auf Göring, wohl aber schleuderte der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson im Kreuzverhör mit Göring unbeherrscht seine Kopfhörer auf das Pult. Es ging um ein Dokument, das «Vorbereitung der Freimachung des Rheins» betitelt ist und im Zusammenhang mit der Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes 1935 steht.

Jackson: «Nun, dies waren Vorbereitungen für eine bewaffnete Besetzung des Rheinlandes, nicht wahr?»

Göring: «Nein, das ist durchaus falsch.»

Jackson: «Sie meinen, diese Vorbereitungen waren nicht militärische Vorbereitungen?»

Göring: «Das waren allgemeine Mobilmachungsvorbereitungen, wie sie jedes Land trifft, und nicht zum Zwecke der Besetzung des Rheinlandes.»

Jackson: «Aber sie waren solcher Art, dass sie absolut dem Auslande gegenüber geheimgehalten werden mussten.»

Göring: «Ich glaube mich nicht zu erinnern, die Veröffentlichung der Mobilmachungsvorbereitungen der Vereinigten Staaten jemals vorher gelesen zu haben.»

An dieser Stelle reisst sich Jackson die Kopfhörer von den Ohren und wirft sie vor sich auf das Vortragspult. Einen Augenblick steht er, die Hände in die Hüften gestützt, mit zusammengekniffenen Lippen da. Dann wendet er sich an das Gericht:

«Ich möchte den Gerichtshof ergebenst darauf aufmerksam machen, dass dieser Zeuge wenig guten Willen zeigt und es auch während seines ganzen Verhörs nicht getan hat. Ich habe den Eindruck, dass dieser Zeuge auf dem Zeugenstand und auch auf der Anklagebank ein arrogantes und hochmütiges Benehmen dem Gerichtshof gegenüber an den Tag legt, welcher ihm einen Prozess ermöglicht, den er niemals weder einem Lebenden noch einem Toten gestattet hätte.»

Der Vorsitzende des Tribunals, Lordrichter Sir Geoffrey Lawrence, blickt auf die Uhr und entscheidet: «Es wäre vielleicht besser, wenn wir uns jetzt vertagen würden.»

Göring wird auf seinen Platz zurückgeführt, die übrigen Angeklagten klopfen ihm auf die Schulter und schütteln ihm die Hände. Aber am Abend gesteht er einem Anwalt, Werner Bross: «Die Sache ist noch nicht vorbei. Ich habe so das Gefühl, als wenn ich durch einen Wald gehe, wo hinter jedem Baum einer steht, der auf mich angelegt hat, nur dass ich ihn nicht sehe.»

«Göring schlägt zurück», berichten ausländische Blätter am nächsten Tag. Aber der Angeklagte Speer sagt in seiner Zelle zu dem Gerichtspsychologen, Gilbert: «Sie hätten Göring früher sehen sollen: ein fauler, egoistischer, korrupter, verantwortungsloser Rauschgift-süchtiger! Erst Ihre Gefängnisdisziplin hat ihn vielleicht ernüchtert. Aber warum ist er nicht in Berlin geblieben, bei seinem geliebten Führer? Weil es in Berlin zu heiss war, als es die Russen eingeschlossen haben!»

Trifft Speers Beurteilung zu? Auch Grossadmiral Erich Raeder hat seine Meinung über Göring geäussert und sogar selbst zu Papier gebracht. Obwohl Raeders Verteidiger Dr. Walter Siemers, die öffentliche Verlesung des Schriftstücks in letzter Minute abwenden konnte, liegt es in den Prozessakten vor. Das Dokument hat die Angeklagten in höchste Aufregung versetzt, weil Raeder darin nicht nur Göring, sondern auch Dönitz mit sensationell offenen Worten kritisierte. Vor allem die Militärs waren entsetzt über diesen propagandistischen Alleingang des einstigen Oberbefehlshabers der deutschen Kriegsmarine.

Die Aufregung ist verständlich, wenn man liest, was Raeder über Dönitz niederschrieb: «Die starken politischen Neigungen von Dönitz brachten ihn als Oberhaupt der Kriegsmarine in Schwierigkeiten. Seine letzte Rede an die Hitlerjugend, die in allen Kreisen belächelt wurde, brachte ihm den Titel ‚Hitlerjunge Dönitz‘ ein, der natürlich sein Ansehen nicht sehr gefördert hat.»

Nach solchen Worten klingt das Urteil von Raeder über Göring noch eindringlicher: «Die Persönlichkeit Görings hatte einen unheilvollen Einfluss auf das Schicksal des Deutschen Reiches. Seine hauptsächlichsten Eigenheiten waren unvorstellbare Eitelkeit, unermessliches Streben nach Popularität, Unwahrheit, Unzulänglichkeit und Selbstsucht, die nicht davor haltmachten, Staat und Volk zu verkaufen. Er war hervorragend durch seine Gier, seine Verschwendungssucht und sein weiches unsoldatisches Benehmen. Nach meiner Überzeugung hat Hitler Görings Charakter sehr bald erkannt, aber er benützte ihn, da er seinen Zwecken diente, und er bürdete ihm immer neue Aufgaben auf, um zu verhindern, dass er dem Führer

gefährlich werden konnte. Göring legte den grössten Wert darauf, nach aussen hin gegenüber dem Führer besonders loyal zu erscheinen, aber abgesehen davon war er zu Hitler unglaublich taktlos und ohne Manieren, was der Führer aber absichtlich übersah.

Göring, der sich selbst gerne mit den Nibelungen verglich und den sein einstiger Staatssekretär Paul Körner im Prozess als den «letzten Renaissancemenschen» bezeichnete, ist vom Gericht nach allen vier Anklagepunkten schuldig gesprochen worden: Verschwörung, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Betrachtet man die wichtigsten Punkte, auf die sich das Urteil in der Begründung stützt, so bleibt freilich von Nibelungen und Renaissance nur wenig. Hier einige im Wortlaut:

1. Er baute die Gestapo auf und schuf die ersten Konzentrationslager, um sie im Jahr 1934 an Himmler abzugeben, führte im selben Jahr die Röhmsäuberungsaktion durch und leitete die schmutzigen Vorgänge ein, die zu der Entfernung von Blombergs und von Fritsch führten.

2. Göring war einer der fünf bedeutenden Führer, die an der Hossbach-Konferenz am 5. November 1937 teilnahmen (in der Hitler seine Kriegsabsichten bekanntgab).

3. In der Nacht vor dem Einfall in die Tschechoslowakei und der Einverleibung Böhmens und Mährens drohte er bei einer Konferenz zwischen Hitler und dem Präsidenten Hacha, Prag zu bombardieren, falls Hacha nicht nachgebe. Diese Drohung gab er in seiner Zeugen aussage zu.

4. Göring wohnte der Sitzung in der Reichskanzlei vom 23. Mai 1939 bei, als Hitler seinen militärischen Führern sagte: «Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen.» Er befahl die Luftwaffe beim Angriff auf Polen und während aller Angriffe, die darauf folgten.

5. Im Laufe der Verfahrens hat Göring zahlreiche Eingeständnisse seiner Mitverantwortlichkeit für die Verwendung von Sklavenarbeitern gemacht. Als Oberbefehlshaber der Luftwaffe verlangte er von Himmler zusätzliche Arbeitssklaven für die unterirdischen Flugzeugfabriken: «Dass ich Konzentrationslagerhäftlinge für die Bewaffnung der Luftwaffe verlangte, ist zutreffend und ist als ganz selbstverständlich anzusehen.»

6. Als Beauftragter für den Vierjahresplan unterzeichnete Göring eine Weisung an den SD über die Behandlung polnischer Arbeiter in Deutschland – einschliesslich der «Sonderbehandlung» (Tötung). In seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan war Göring bei der Ausplünderung erobelter Gebiete zuständig und tätig»

7. Göring verfolgte die Juden, und dies tat er nicht nur in Deutschland, sondern auch in den eroberten Ländern. Als diese Länder in-

folge der Anstürme der deutschen Heere fielen, dehnte er die jüdenfeindlichen Gesetze des Reiches auch auf sie aus.

8. Obwohl die Ausrottung der Juden eigentlich Himmler oblag, war Göring weit davon entfernt, teilnahmslos oder untätig zu sein. Mit der Verordnung vom 31. Juli 1941 wies er Himmler und Heydrich an, «eine endgültige Lösung der Judenfrage innerhalb der deutschen Einflussosphäre in Europa» zustande zu bringen.

Abschliessend sagt das Urteil über Göring: «Es kann kein milderner Umstand angeführt werden, denn Göring war oft, ja fast immer die treibende Kraft, und nur seinem Führer stand er nach. Er war die leitende Persönlichkeit bei den Angriffskriegen, sowohl als politischer wie auch als militärischer Führer; er war Leiter des Sklavenarbeiter- und Urheber des Unterdrückungsprogramms gegen die Juden und gegen andere Rassen im In- und Ausland. Alle diese Verbrechen wurden von ihm offen zugegeben. In einigen bestimmten Fällen bestehen vielleicht bei den Aussagen Widersprüche; aber im grossen und ganzen sind seine eigenen Eingeständnisse mehr als ausreichend, um seine Schuld nachzuweisen. Diese Schuld ist einmalig in ihrer Ungeheuerlichkeit. Für diesen Mann lässt sich in dem gesamten Prozessstoff keine Entschuldigung finden.»

Das ist eine vernichtende Liste. Ihr Schwergewicht liegt zweifellos in den letzten Punkten. Es geht dabei um die Ausrottung von Millionen Menschen unter der Tarnbezeichnung «Endlösung».

Am 31. Juli 1941 hat Göring die Vollmacht erweitert, die er Heydrich im Januar 1939 über die «jüdische Auswanderung» gegeben hatte. Das Dokument befindet sich in den Händen der Anklagevertretung, und Göring weiss, dass es zur Sprache kommen wird. Die Nervosität, die ihn vor dem Kreuzverhör überfiel, lässt sich bei diesem Punkt leicht verstehen. Seine innere Erregung geht jedenfalls so weit, dass er sich ein Stück Karton mit in den Zeugenstand nimmt, auf dessen Vorder- und Rückseite er mit Rotstift beruhigende Worte geschrieben hat. «Langsam, Pause machen», steht auf der einen Seite. «Ruhe, Niveau halten!» hat er auf die andere geschrieben.

Jackson: «Dann haben Sie am 31. Juli 1941 einen Erlass unterzeichnet, in dem Himmler und der Chef der Sicherheitspolizei, SS-Gruppenführer Heydrich, aufgefordert wurden, Pläne für die vollkommene Lösung der Judenfrage auszuarbeiten?»

Göring: «Nein, so ist das nicht richtig, diesen Erlass kenne ich genau.»

Jackson: «Ich werde Ihnen das Dokument vorlegen. Dieses Dokument trägt Ihre Unterschrift, ist das richtig?»

Göring: «Das ist richtig.»

Jackson: «Und es ist an den Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, SS-Gruppenführer Heydrich, gerichtet?»

Göring: «Das ist richtig.»

Jackson: «Damit wir bei der Übersetzung keine Schwierigkeiten haben, korrigieren Sie mich bitte, falls meine Angaben nicht richtig sind: ‚In Vollendung der Ihnen am 24. Januar 1939 übertragenen Aufgabe . . .’»

Göring: «Darin ist ein Fehler. Es heisst: ‚In Ergänzung’, nicht in ‚Vollendung’.»

Jackson: «Gut, ich nehme das an. Weiter: ‚In Ergänzung der Ihnen am 24. Januar 1939 übertragenen Aufgabe, welche sich mit der gründlichen, in möglichst günstiger Weise stattzufindenden Emigration und Evakuierung als Lösung des jüdischen Problems befasste, beauftragte ich Sie hiermit, alle notwendigen Vorbereitungen bezüglich Organisation und Finanzierung zum Zweck einer Endlösung der jüdischen Frage in dem deutschen Einflussgebiet in Europa zu treffen.’»

Göring: «Ich finde das in keiner Weise korrekt.»

Jackson: «Geben Sie bitte Ihre Übersetzung.»

Göring: «Darf ich es genau verlesen, wie es hier steht: ‚In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlass vom 24. Januar 1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen . . .’

Und jetzt kommt das entscheidende Wort, das falsch übersetzt wurde, es heisst hier nämlich: ‚füreineGesamtlösung!’ und nicht ‚für eine Endlösung’!

„ . . . für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa. Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen. Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf für die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmassnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.’»

Nach diesen Worten Görings geschieht etwas Unbegreifliches: Jackson geht der Sache nicht weiter nach. Er hat sich offenbar täuschen lassen und nicht darauf geachtet, dass am Ende des Dokuments doch das verhängnisvolle Wort «Endlösung» gebraucht wird.

«Jackson bemerkte offenbar nicht, dass beide Wörter – Gesamtlösung und Endlösung – in diesem Schriftstück verwendet worden waren und dass Göring ihm für zwei verschiedene Wörter die gleiche Erklärung zu geben versuchte», sagt der Historiker Gerald Reitlinger, einer der gründlichsten Kenner dieses dunklen Komplexes. Selbst der Assistent von Görings Verteidiger Dr. Stahmer, Rechts-

anwalt Werner Bross, hat gleich nach Görings Aussage zu Papier gebracht: «Da Göring in der Dolmetscherübersetzung wohl Unstimmigkeiten mit dem ihm vorliegenden deutschen Original entdeckt hatte, hatte er die Verlesung des Dokuments mit Einwilligung Jacksons selbst übernommen und hierbei sehr geschickt gleich Erläuterungen eingeflochten. Damit wurde für den Zuhörer, insbesondere den Ausländer, der Unterschied zwischen Gesamtlösung, die sich auf Auswanderung und Evakuierung bezieht, und der angestrebten Endlösung verwischt.»

Göring selbst war sich dieser Tatsache vollkommen bewusst und hat sich im Gefängnis gegenüber Bross sogar gebrüstet: «Da habe ich den Jackson glänzend ausmanövriert! Besser könnte kein Anwalt das Dokument behandeln.»

Die Ausrottungsaktion, die «Endlösung», nimmt ihren Lauf. Am 20. Januar 1942 teilt Heydrich allen beteiligten Stellen «seine Bestallung zum Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage durch den Reichsmarschall» mit. Göring jedoch hat die Stirn, im Kreuzverhör mit dem britischen Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe zu behaupten, dass er über die Geschehnisse nichts wusste.

Sir David: «Wollen Sie nun auch einen Bericht über eine Konferenz ansehen, die Sie am 6. August 1942 hatten? Wollen Sie bitte sehen wo steht:

Reichsmarschall Göring: ,Wieviel Butter liefern Sie ab, 30'000 Tonnen?«

Und dann Lohse, der an der Konferenz teilnimmt: ,Ja.'

Sie sagen: ,Liefere Sie auch an Wehrmachtseinheiten?'

Dann sagt Lohse: ,Ich kann das auch beantworten. Es gibt nur ein paar Juden, wohingegen wir schon Zehntausende erledigt haben, aber ich kann Ihnen sagen, dass die Zivilbevölkerung auf Ihren Befehl hin fünfzehn Prozent weniger als die Deutschen bekommt. «

Wollen Sie immer noch angesichts dieser Dokumente behaupten, dass weder Sie noch Hitler gewusst hätten, dass die Juden ausgerottet wurden?«

Göring: «Ich bitte, dass meine Bemerkung richtig verlesen wird. Sie ist völlig falsch wiedergegeben. Ich darf den Originaltext verlesen: Lohse: «Darauf kann ich auch antworten. Die Juden leben nur noch zum kleinen Teil, zigtausend sind weg.' Hier steht nicht, dass sie vernichtet worden sind. Aus dieser Bemerkung ist nicht zu schließen, dass sie dort getötet worden sind, sondern dass die Juden dort weg sind. Also, evakuiert könnte genauso möglich sein.»

Sir David: «Ich schlage vor, dass Sie ganz klarmachen, was Sie unter der Bemerkung, es sind nur noch ein paar Juden am Leben, meinen?«

Göring: «Leben noch dort – so ist das aufzufassen.»

Sir David: «Sagen Sie immer noch, dass weder Hitler noch Sie von der Judenausrottungspolitik etwas wussten?»

Göring: «Soweit es Hitler betrifft, habe ich gesagt, dass ich das nicht glaube; soweit es mich betrifft, habe ich gesagt, dass ich auch nur annähernd von diesem Ausmass nicht gewusst habe.»

Sir David: «Sie wussten nicht, in welchem Ausmass. Sie wussten jedoch, dass eine Politik bestand, die auf die Ausrottung der Juden hinzielte?»

Göring: «Nein, auf die Auswanderung der Juden und nicht auf ihre Ausrottung. Ich wusste nur, dass in Einzelfällen in dieser Richtung Vorgehen vorgekommen waren.»

Sir David: «Danke.»

Nach diesem Kreuzverhör ist Görings Ansehen auch bei den übrigen Angeklagten vernichtet. Nach der heroischen Nibelungenpose, mit der er von Anfang an vor das Gericht getreten war, hatte man mehr von ihm erwartet als ein paar naive Wortklaubereien und schülerhafte, fadenscheinige Ausflüchte.

War Görings Naivität echt oder nur ein verzweifelter Versuch, den Indizien zu entrinnen? Es gibt eine andere Stelle in seinem Kreuzverhör, die ebenfalls an Naivität nicht zu überbieten ist. Sie beleuchtet die Urteilskraft des Mannes, der in so katastrophaler Weise mitverantwortlich war für das Schicksal des deutschen Volkes.

Jackson: «Zu welchem Zeitpunkt wussten Sie, dass der Krieg, soweit es um die Erreichung der von Ihnen angestrebten Ziele ging, ein verlorener Krieg war?»

Göring: «Mitte bis Ende Januar 1945 war keine Hoffnung mehr.»

Jackson: «Wollen Sie damit zu verstehen geben, dass Sie als Soldat erst im Januar 1945 zu der Einsicht kamen, dass Deutschland den Krieg nicht gewinnen könne?»

Göring: «Wir müssen zwei Phasen scharf auseinanderhalten: einen Krieg erfolgreich beenden und einen Krieg remis zu beenden. Erfolgreich beenden, dieser Zeitpunkt, dass das nicht erreicht werden konnte, liegt weit früher, aber die Tatsache, dass eine Niederlage eintreten würde – um die allein hat es sich bei dem Datum gehandelt, das ich soeben angab.»

Reichsmarschall Hermann Wilhelm Göring hat versagt: als Mensch, als Politiker und als Soldat. Deutlicher als mit seinen eigenen Worten im Zeugenstand von Nürnberg hätte niemand diese Tatsache darzulegen vermocht.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurden einzelnen Menschen so viele und so grauenhafte Verbrechen vorgeworfen wie den Hauptangeklagten in Nürnberg. Das Dokumentenmaterial der Anklage türmte sich zu Bergen. Dennoch blieben in der umfangreichen Urteilsbegründung des Gerichts einige Anklagekomplexe unberücksichtigt, weil die vorgebrachten Beweise nach Ansicht des Gerichtshofes nicht ausreichten, um die Schuld der Angeklagten zu beweisen. So endete der *Fall Katyn* mit einem klaren Sieg der Verteidigung.

Der stellvertretende sowjetische Hauptankläger in Nürnberg, Oberst J. W. Pokrowsky, bringt den Fall zur Sprache: «Ich möchte mich jetzt mit den Grausamkeiten beschäftigen, die von den Hitleristen gegenüber Angehörigen der polnischen Armee begangen wurden. Wir ersehen aus der Anklageschrift, dass eine der wichtigsten verbrecherischen Handlungen die Massenhinrichtung polnischer Kriegsgefangener war, die in den Wäldern von Katyn bei Smolensk von den deutsch-faschistischen Eindringlingen vorgenommen wurde.»

Mit diesen einleitenden Worten wendet sich der sowjetische Ankläger einem der rätselhaftesten und umstrittensten Verbrechen des Zweiten Weltkriegs zu. Erst lange Jahre nach dem Nürnberger Prozess war es möglich, auch die Hintergründe dieses furchtbaren Geheimnisses genauer zu beleuchten. Was war geschehen?

Nach dem deutschen und sowjetischen Einfall in Polen von 1939 hat die polnische Armee zu bestehen aufgehört, ihre Angehörigen befinden sich in Kriegsgefangenschaft. Zwischen Moskau und der polnischen Exilregierung in London werden diplomatische Beziehungen aufgenommen, und bald bemühen sich die Londoner Polen, ihre Kriegsgefangenen, die in sowjetische Hand gefallen waren, freizubekommen. Tatsächlich lässt die Sowjetunion Tausende von kriegsgefangenen Polen frei. In London werden umfangreiche Listen geführt. Dabei stellt sich heraus, dass die Zahlen nicht stimmen. Einige tausend Offiziere bleiben verschwunden. Der polnische Botschafter in Moskau, Jan Kot, sucht am 6. Oktober 1941 den sowjetischen Aussenminister Andrej Wyschinski auf. Die Unterredung ist von Kot überliefert.

Kot: «Ich möchte folgende Zahlen angeben: Insgesamt 9'500 Offiziere gerieten in Polen in Kriegsgefangenschaft und wurden in verschiedene Teile Russlands verbracht. Gegenwärtig haben wir nur 2'000 in unserer Armee. Was ist mit den übrigen 7'500 Mann geschehen? Mehr als 4'000 Offiziere wurden aus den Lagern von Starobielsk und Kozielsk weggebracht. Es besteht eine undurchdringliche

Mauer zwischen uns und diesen weggebrachten Männern, die uns von ihnen trennt. Wir bitten Sie, uns zu ermöglichen, diese Mauer zu übersteigen.»

Wyschinski: «Vielleicht wollen Sie berücksichtigen, Herr Botschafter, dass seit 1939 grosse Änderungen eingetreten sind. Menschen sind von Ort zu Ort gezogen. Viele sind entlassen worden, viele angestellt, viele heimgekehrt.»

Kot: «Wenn irgendeiner der Männer, mit denen ich befasst bin, wirklich entlassen worden wäre, würde er sich sofort bei uns gemeldet haben. Diese Männer sind keine Kinder. Sie können nicht verborgen bleiben. Wenn irgendwelche von ihnen gestorben sind, unterrichten Sie uns bitte. Ich kann nicht glauben, dass sie nicht hier sind.»

Mit einer ausweichenden Antwort Wyschinskis geht das Gespräch zu Ende. Der polnische Botschafter gibt seine Sache aber nicht verloren. Am 14. November 1941 gelingt es ihm, zu Stalin vorzudringen und den Diktator selbst zu fragen.

Kot: «Herr Präsident, ich habe schon viel von Ihrer äusserst kostbaren Zeit in Anspruch genommen, doch es gibt noch einen weiteren Punkt, den ich berühren möchte, wenn ich darf.»

Stalin: «Aber natürlich, Herr Botschafter.»

Kot: «Ich darf wohl annehmen, Herr Präsident, dass Sie der Urheber der den polnischen Bürgern auf sowjetischem Gebiet gewährten Amnestie sind. Würden Sie damit einverstanden sein, darauf zu bestehen, dass diese Ihre noble Geste voll durchgeführt wird?»

Stalin: «Wollen Sie damit sagen, es gäbe noch Polen, die nicht freigelassen worden sind?»

Kot: «Vom Lager Starobielsk, das im Frühjahr 1940 aufgelöst wurde, haben wir bisher noch keinen Mann gefunden.»

Stalin: «Ich werde der Sache bestimmt nachgehen. Doch bei diesen Entlassungen geschehen oft komische Sachen.»

Kot: «Nichtsdestoweniger würde ich Sie, Herr Präsident, ersuchen, Befehle zu erlassen, dass die Offiziere, die wir für die Bildung der Armee benötigen, freigelassen werden. Wir haben urkundliche Beweise darüber, wann sie von den Lagern abtransportiert wurden.»

Stalin: «Sie haben genaue Listen?»

Kot: «Alle Namen sind aufgenommen worden von den russischen Lagerkommandanten, die täglich einen Appell sämtlicher Gefangener abhielten. Ausserdem hat der NKWD für jeden Einzelnen gesonderte Untersuchungen geführt. Kein einziger Offizier des Stabes der Armee, die General Anders in Polen geführt hat, ist aufgefunden worden.»

Stalin greift zum Telefon und lässt sich mit der Zentrale des NKWD, der sowjetischen Geheimpolizei, verbinden.

«Hier Stalin», spricht er in den Apparat. «Sind alle Polen aus den Gefängnissen freigelassen worden?»

Er legt auf, wendet sich wieder Kot zu, spricht nun aber von anderen Dingen. Etwa acht Minuten später klingelt das Telefon. Kot vermutet in seinen Aufzeichnungen, dass es sich um die Antwort des NKWD handelte. Stalin hört schweigend, was ihm gesagt wird, legt den Hörer auf die Gabel und erwähnt das Thema nicht mehr. Das Rätsel der verschwundenen Offiziere bleibt ungelöst.

Auch die polnischen Generale Wladyslaw Sikorski und Wladyslaw Anders versuchen, das Schicksal ihrer Landsleute aufzuklären. Am 3. Dezember 1941 sind sie erneut bei Stalin.

Sikorski: «Ich habe eine Liste von etwa 4'000 Offizieren bei mir, die zwangsweise fortgebracht worden sind und sich gegenwärtig in den Gefängnissen oder Zwangsarbeitslagern befinden, und diese Liste ist nicht vollständig, weil sie nur solche Namen enthält, die man aus dem Gedächtnis zusammenstellen konnte. Ich habe eine Überprüfung in Polen, mit dem wir in ständiger Verbindung stehen, angeordnet und festgestellt, dass sie nicht dort sind. Es scheint so, dass niemand von ihnen dort ist, noch sind sie in unseren Kriegsgefangenenlagern in Deutschland. Diese Männer sind hier, keiner von ihnen ist zurückgekehrt.»

Stalin: «Das ist ausgeschlossen. Sie sind geflohen.»

Anders: «Wohin können sie denn geflohen sein?»

Stalin: «Oh, beispielsweise in die Mandschurei.»

Sikorski: «Es ist unmöglich, dass sie alle entweichen konnten, zumal jede Korrespondenz zwischen ihnen und ihren Familien aufhörte von dem Zeitpunkt an, von dem sie aus den Kriegsgefangenenlagern weggebracht wurden in Zwangsarbeitslager oder Gefängnisse.»

Stalin: «Sie sind bestimmt freigelassen und nur noch nicht bei Ihnen angelangt.»

Mehr kommt auch bei dieser Besprechung nicht heraus. Die polnische Exilregierung überreicht dem Kreml im Laufe der Zeit 49 Noten, in denen die Frage nach dem Verbleib der verschwundenen Offiziere angeschnitten ist, und alle diese Noten zeigen, dass man in London glaubt, die Offiziere seien noch am Leben.

Eine furchtbare Ernüchterung zerstört diesen Glauben am 13. April 1943. An diesem Tag gibt der deutsche Rundfunk bekannt:

«Aus Smolensk wird berichtet, dass die einheimische Bevölkerung den deutschen Behörden einen Ort angezeigt hat, wo die Bolschewisten heimlich Massenexekutionen durchgeführt haben und wo die GPU zehntausend polnische Offiziere umgebracht hat.»

Kurz darauf gibt das Deutsche Nachrichten-Büro weitere Einzelheiten bekannt: «Ein grauenvoller Fund, der vor Kurzem von deut-

schen militärischen Stellen im Wald von Katyn am Kosegory-Hügel, 20 Kilometer westlich von Smolensk an der Strasse Smolensk-Witebsk, gemacht wurde, gibt einen ebenso erschütternden wie einwandfreien Aufschluss über den Massenmord an mehr als zehntausend Offizieren aller Grade, darunter zahlreiche Generale der ehemaligen polnischen Wehrmacht.»

Die ganze Welt horcht entsetzt auf. Bei der polnischen Exilregierung in London schlägt die Meldung wie eine Bombe ein. Liegen im Wald von Katyn die vermissten Offiziere? General Sikorski fordert sofort öffentlich eine Untersuchung des Massengrabes durch das Internationale Rote Kreuz. Der Verdacht, die Untat begangen zu haben, richtet sich deutlich gegen den Kreml.

Wenige Tage später, am 26. April 1943, gibt Moskau eine Antwort. Sie besteht im Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung, «weil sie niederträchtige faschistische Verleumdungen und Verstäudigung mit der Regierung Hitlers» betrieben habe. Der britischen und amerikanischen Regierung ist diese Spaltung im Lager der Alliierten höchst unerwünscht. Sie üben einen unmissverständlichen Druck auf Sikorski aus, und der General zieht tatsächlich seine Forderung nach einer internationalen Untersuchung zurück. Das ermöglicht die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Admiral William Standley, der frühere amerikanische Botschafter in Moskau, hat zugegeben, dass Präsident Roosevelt am 26. April 1943 an Stalin einen Brief geschrieben hat, in dem es heisst: «Ich hoffe, Churchill kann Sikorski dazu bewegen, in Zukunft mehr gesunden Menschenverstand zu zeigen.»

Sikorski und seine Tochter kommen bald darauf bei einem Flugzeugunglück ums Leben. Auf dem Weg von Kairo nach London stürzt die Maschine am 5. Juli 1943 in der Nähe von Gibraltar ab. Die Ursachen konnten nie aufgeklärt werden. «Es war bestimmt Sabotage», äusserte später der ehemalige amerikanische Staatssekretär Sumner Welles.

Doch das sind unbestimmte Vermutungen. Die Vorgänge, die sich auf Katyn selbst beschränken, sprechen eine deutlichere Sprache. Die Geschehnisse sind heute weitgehend bekannt: Im Sommer 1942 arbeiten Baueinheiten der Organisation Todt in der Nähe von Smolensk. Unter den Männern befinden sich auch zehn Polen. Durch einen anderen Polen namens Partemon Kisielew, der in der Nähe von Katyn wohnt, erfahren sie von einem geheimnisvollen Grab. Eines Tages gehen sie heimlich zu der angegebenen Stätte. Sie öffnen eines der Gräber, ohne den ganzen Umfang zu ahnen, schliessen es wieder und richten ein einfaches Holzkreuz auf. Niemand kümmert sich weiter darum.

Im darauffolgenden Winter lenkt ein Wolf die Aufmerksamkeit wieder auf den unheimlichen Ort. Im Februar 1943 werden einige Hügel im Nordwesten der Ortschaft entdeckt. Die Erhebungen befinden sich in einem jungen Kiefernwald zwischen den Bahnstationen Katyn und Gnesdowo. Nach der Frostperiode lassen die deutschen Behörden die Gräber durch russische Arbeiter öffnen. In zwölf Schichten übereinander gelagert findet man 4183 Leichen.

So kommt es zu der deutschen Veröffentlichung, in der allerdings eine Zahl von «mehr als zehntausend» angegeben wird. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS gibt drei Tage nach der deutschen Meldung bekannt: «Die fraglichen polnischen Gefangenen waren in der Umgebung von Smolensk in besonderen Lagern untergebracht und beim Strassenbau beschäftigt. Da ihre Evakuierung zurzeit des Herannahens der deutschen Truppen unmöglich war, fielen sie in deren Hände. Wenn sie nun also ermordet aufgefunden worden sind, so hat das zu bedeuten, dass sie von den Deutschen ermordet wurden, die nunmehr aus provokatorischen Gründen behaupten, das Verbrechen sei von sowjetischen Stellen verübt worden.»

Wer hat dieses Verbrechen wirklich begangen?

Drei Untersuchungen haben stattgefunden. Die erste wird von Reichsärztführer Leonardo Conti veranstaltet. Conti bittet zwölf Ärzte aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Italien, Kroatien, Holland, aus dem Protektorat Böhmen und Mähren, aus Rumänien, der Schweiz, der Slowakei und Ungarn, die Gräber zu untersuchen. In ihrem Schlussprotokoll stellt die Kommission am 30. April 1943 fest, «dass die Erschiessungen im März und April 1940 stattgefunden haben, also zum Zeitpunkt der sowjetischen Auflösung der Offizierslager».

Die zweite Untersuchung wird von Polen nach dem Krieg vorgenommen. Der Krakauer Staatsanwalt Dr. Roman Martini macht bei seinen Ermittlungen sogar die Namen der beteiligten sowjetischen NKWD-Offiziere ausfindig. Leiter der Vernichtungstrupps soll danach ein Mann namens Burjanow gewesen sein. Weiter kommt Martini nicht: Am 12. März 1946 wird er nachts in seiner Krakauer Wohnung von zwei Mitgliedern der Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft ermordet.

Die dritte Untersuchung endlich hat auf Veranlassung der Sowjetregierung selbst stattgefunden, und zwar bald nachdem das Gebiet von Smolensk wieder zurückerobert war. Diese Untersuchung meint der sowjetische Ankläger Pokrowsky, als er im Nürnberger Prozess erklärt: «Es würde zuviel Zeit in Anspruch nehmen, wenn ich das ausführliche Dokument, welches das Ergebnis dieser Untersuchungen darstellt, vollständig verlesen wollte. Ich werde deswegen nur einige kurze Auszüge verlesen:

Die gerichtsmedizinischen Sachverständigen gaben die Anzahl der Leichname mit etwa elftausend an. Aus dem gesamten Material, das der Sonderkommission zur Verfügung steht, nämlich aus den Aussagen von mehr als hundert Zeugen, aus den Angaben der gerichtsmedizinischen Sachverständigen, aus den Dokumenten und Beweisstücken der Gräber im Walde von Katyn, ergeben sich mit unwiderlegbarer Klarheit folgende Schlussfolgerungen:

1. Kriegsgefangene Polen, die sich in drei Lagern westlich von Smolensk befanden und die zu Strassenbauarbeiten vor Kriegsausbruch verwendet wurden, blieben dort auch nach dem Einfall der deutschen Eindringlinge bis einschliesslich September 1941.

2. Im Walde von Katyn wurden von den deutschen Okkupationsbehörden im Herbst 1941 Massenerschiessungen an polnischen Kriegsgefangenen aus den genannten Lagern begangen.

3. Die Massenerschiessungen wurden von einer deutschen Militärbehörde ausgeführt, die sich unter dem Decknamen «Stab des Baubataillons 537» verborgen hielt und an deren Spitze der Oberstleutnant Arnes und seine Mitarbeiter, Oberleutnant Rex und Leutnant Hodt, standen.

4. Die deutschen Besatzungsbehörden haben im Frühjahr 1943 aus anderen Orten die Leichen der von ihnen erschossenen kriegsgefangenen Polen herbeigeschafft und sie in die ausgehobenen Gräber des Waldes von Katyn gelegt, um die Spur ihrer eigenen Bestialität zu verwischen und die Zahl der «Opfer der bolschewistischen Brutalitäten» im Walde von Katyn zu vergrössern.

5. Durch die Angaben der gerichtsmedizinischen Sachverständigen-Kommission wird ausserhalb jeden Zweifels festgestellt: die Zeit der Erschiessung, nämlich Herbst 1941.

Die deutschen Henker haben bei der Erschiessung der polnischen Kriegsgefangenen dieselbe Methode (Pistolenschuss ins Genick) angewandt wie bei den Massenhorden an Sowjetbürgern in anderen Städten, insbesondere in Orel, Woronesch, Krasnodar und Smolensks Es folgen die Unterschriften der Kommission.»

«Als Gegenbeweiszugehen rufe ich zunächst den Oberst Friedrich Ahrens in den Zeugenstand!» sagt Görings Verteidiger Dr. Otto Stahmer. Ahrens wird hereingeführt und verteidigt.

Dr. Stahmer: «Ihr Regiment war das Nachrichtenregiment 537. Gab es auch ein Baubataillon 537?»

Ahrens: «Eine Einheit gleicher Nummer ist mir nicht bekannt geworden.»

Dr. Stahmer: «Haben Sie nach Ihrem Eintreffen in Katyn wahrgenommen, dass sich im Katyner Wald ein Grabhügel befand?»

Ahrens: «Kurz nachdem ich kam – das Gelände war verschneit –, bin ich darauf hingewiesen worden von meinen Soldaten, dass sich

auf einer Art Hügel ein Birkenkreuz befinden sollte. Dieses Birkenkreuz habe ich gesehen. Ich habe dann im Verlaufe des Jahres 1942 immer wieder von meinen Soldaten gehört, dass hier in unserem Wald Erschiessungen stattgefunden haben sollten. Im Winter 1943, ungefähr im Januar oder Februar, sah ich zufällig in diesem Wald einen Wolf und glaubte zunächst nicht, dass es sich um einen Wolf handeln konnte, ging dann aber den Spuren mit einem Fachmann nach und sah hier Scharrstellen an diesem Hügel mit dem Birkenkreuz. Ich habe feststellen lassen, was es für Knochen sind. Die Ärzte sagten mir: Menschenknochen. Ich habe daraufhin dem Kriegsgräberoffizier von der Tatsache Meldung gemacht.»

Dr. Stahmer: «Wie kam es nun zu den Ausgrabungen?»

Ahrens: «Darüber bin ich im Einzelnen nicht unterrichtet. Es kam eines Tages Professor Dr. Butz im Auftrag der Heeresgruppe zu mir und teilte mir mit, dass er in meinem Wäldchen Ausgrabungen vornehmen müsse.»

Dr. Stahmer: «Hat Professor Butz Ihnen später Einzelheiten über das Ergebnis seiner Ausgrabungen erzählt?»

Ahrens: «Ich erinnere mich an eine Art Tagebuch, das er mir herüberreichte, wo Daten auf Daten folgten, mit einigen schriftlichen Bemerkungen, die ich nicht lesen konnte, weil sie polnisch geschrieben waren. Er erklärte mir dazu, dass diese Aufzeichnungen von einem polnischen Offizier gemacht seien über die vergangenen Monate, und dass zum Schluss – das Tagebuch endete mit dem Frühjahr 1940 – die Befürchtung in diesen Zeilen stand, dass ihnen etwas Schreckliches bevorstünde.»

Dr. Stahmer: «Es wird behauptet, dass im März 1943 auf Lastkraftwagen Leichen von ausserhalb nach Katyn geschafft worden sind und in diesem Wäldchen beigesetzt wurden. Ist Ihnen davon etwas bekannt?»

Ahrens: «Davon ist mir nichts bekannt.»

Dr. Otto Kranzbühler, Verteidiger des Angeklagten Dönitz: «Haben Sie selbst mit irgendwelchen Landeseinwohnern über die Beobachtungen des Jahres 1940 gesprochen?»

Ahrens: «Ja, ich hatte Anfang 1943 bei meinem Regimentsstab ein russisches Ehepaar wohnen, in unmittelbarer Nähe von uns. Diese Leute haben mir gesagt, dass es im Frühjahr 1940 gewesen sei und dass auf dem Bahnhof Gnesdowo in Eisenbahnwaggons über zweihundert uniformierte Polen angekommen seien und dann mit Lastkraftwagen in das Wäldchen geschafft worden wären. Sie hätten viel Schiessereien und auch Schreie gehört.»

Dr. Kranzbühler: «Haben Sie sich beim Beziehen des Dnjepr-Schlösschens, in dem Sie untergebracht waren, danach erkundigt, wem das Haus früher gehörte?»

Ahrens: «Ich habe mich danach erkundigt, weil mich das interessierte. Das Haus war recht eigentümlich gebaut. Es hatte eine Kinoanlage, es hatte einen eigenen Schiessstand. Ich habe aber etwas Bestimmtes nicht erfahren können.»

Dr. Kranzbühler: «Sind ausser den Massengräbern in der Umgebung des Dnjepr-Schlösschens auch andere Gräber gefunden worden?»

Ahrens: «Es sind in unmittelbarer Nähe des Hauses weitere kleinere Gräber gefunden worden, und zwar Gräber mit sechs bis acht oder auch einigen mehr Skeletten, die von Männern und Frauen herstammten.»

L. N. Smirnow, sowjetischer Ankläger: «Waren Sie im September oder Oktober 1941 persönlich dort?»

Ahrens: «Nein.»

Smirnow: «Das bedeutet also, dass Sie nicht wissen, welche Ereignisse sich im September oder Oktober 1941 im Walde von Katyn abgespielt haben?»

Ahrens: «Ich war zu dieser Zeit nicht dort.»

Smirnow: «Ich möchte Ihnen die Namen einiger Wehrmachtsangehöriger nennen. Bitte antworten Sie mir, ob diese Personen zu Ihrer Einheit gehörten: Oberleutnant Rex.»

Ahrens: «Oberleutnant Rex war mein Regimentsadjutant.»

Smirnow: «Sagen Sie bitte, war er vor Ihrer Ankunft in Katyn bereits dieser Einheit in Katyn zugeteilt?»

Ahrens: «Jawohl, er war schon vor mir da.»

Smirnow: «Und der Leutnant Hodt oder Hoth?»

Ahrens: «Hodt ist richtig. Leutnant Hodt gehörte zum Regiment.»

Smirnow: «Ich will Ihnen einige andere Namen nennen. Unteroffizier Rose, Soldat Giesecke, Oberfeldwebel Krimmenski, Feldwebel Lummert, ein Koch mit Namen Gustav. Das waren doch alles Leute, die zu Ihrer Einheit gehörten?»

Ahrens: «Jawohl.»

Smirnow: «Sie behaupten, dass Sie nicht gewusst haben, was diese Leute im September und Oktober 1941 getan haben?»

Ahrens: «Da ich nicht da war, kann ich das nicht mit Bestimmtheit sagen.»

Smirnow: «Sie sind darüber unterrichtet, dass die Ausserordentliche Staatliche Kommission Sie zu denen zählt, die für die in Katyn begangenen Verbrechen verantwortlich sind?»

Ahrens: «Es steht da: ‚ein Oberstleutnant Arnes‘.»

Iola Nikitschenko, sowjetischer Richter: «Sie persönlich waren nicht dabei, als das Tagebuch und andere Dokumente gefunden wurden, die Professor Butz Ihnen zeigte?»

Ahrens: «Nein.»

Nikitschenko: «Sie wissen also nicht, woher er dieses Tagebuch und diese Dokumente hatte?»

Ahrens: «Nein.»

Ein anderer Zeuge, der ehemalige Oberleutnant Reinhard von Eichborn vom Heeresgruppen-Nachrichtenregiment 537, kann die Aussagen von Ahrens nur unwesentlich ergänzen.

Dr. Stahmer: «Herr Zeuge! Wissen Sie, wem dieses Dnjepr-Schlösschen vor der Besetzung durch deutsche Truppen gehört hat, wer dort gewohnt hat?»

Eichborn: «Das kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen. Es fiel uns auf, dass das Schlösschen erstaunlich gut eingerichtet war, es war sehr gut ausgebaut, enthielt zwei Badezimmer, einen Schiessstand und ein Kino. Wir haben daraus gewisse Rückschlüsse gezogen, aber über den Vorbesitzer weiss ich nichts.»

Der nächste Zeuge der Verteidigung ist General Eugen Oberhäuser, Nachrichtenführer der Heeresgruppe Mitte.

Dr. Stahmer: «Standen dem Regiment 537 die erforderlichen technischen Mittel, Pistolen, Munition und so weiter, zur Verfügung, die es ermöglicht hätten, Erschiessungen in solchem Umfange durchzuführen?»

Oberhäuser: «Das Regiment war weniger gut ausgerüstet als die eigentliche kämpfende Truppe. Es wäre nicht in der Lage gewesen, so eine Massenexekution technisch vorzunehmen.»

Smirnow: «Die Offiziere des Regiments waren offenbar mit Pistolen bewaffnet, das heisst, entweder eine Walther oder eine Mauser, nicht wahr?»

Oberhäuser: «Ja.»

Smirnow: «Vielleicht werden Sie mir noch ungefähr sagen können, wie viele Pistolen das Nachrichtenregiment besass?»

Oberhäuser: «Nehmen wir an, jeder Unteroffizier hatte eine Pistole, dann waren es rund 150.»

Smirnow: «Warum sind Sie der Ansicht, dass 150 Pistolen für eine Massenerschiessung nicht genügen sollten?»

Oberhäuser: «Weil ein Nachrichtenregiment einer Heeresgruppe, die über ein so grosses Gebiet verstreut ist, niemals beisammen ist. Das Regiment ist verteilt von Kolodow bis nach Witebsk, also sind niemals 150 Pistolen auf einem Haufen beisammen.»

Dr. Stahmer: «Das Regiment lag sehr auseinandergezogen. Wie viele Kilometer etwa?»

Oberhäuser: «Über fünfhundert Kilometer.»

Das sind die wesentlichen Fragen und Antworten aus dieser Vernehmung. Anschliessend bringt die sowjetische Anklagebehörde ihre Zeugen vor, zunächst den Astronomen Boris Bazilewsky, der zur

Zeit der deutschen Besetzung stellvertretender Bürgermeister von Smolensk war. Er wird von Oberjustizrat Smirnow vernommen.

Smirnow: «Wie lange haben Sie in der Stadt Smolensk vor deren Besetzung gelebt?»

Bazilewsky: «Vom Jahre 1919 an.»

Smirnow: «Ist Ihnen der sogenannte Wald von Katyn bekannt?»

Bazilewsky: «Ja. Es war der Lieblingsort der Bewohner von Smolensk.»

Smirnow: «War dieser Wald vor Beginn des Krieges in irgendeiner Weise ein besonderes Gebiet, bewacht oder sonst von der Umgebung abtrennt?»

Bazilewsky: «Diese Gegend ist für niemanden verboten gewesen.»

Smirnow: «Wer war der Bürgermeister von Smolensk?»

Bazilewsky: «Rechtsanwalt Menschagin.»

Smirnow: «Wie waren die Beziehungen Menschagins zur deutschen Verwaltung?»

Bazilewsky: «Sehr gute Beziehungen.»

Smirnow: «Kann man sagen, dass Menschagin bei der deutschen Verwaltung eine Vertrauensstellung einnahm und dass die Deutschen ihm sogar geheime Mitteilungen machten?»

Bazilewsky: «Unbedingt.»

Smirnow: «Was haben die polnischen Kriegsgefangenen bei Smolensk gemacht, was ist Ihnen über deren weiteres Schicksal bekannt?»

Bazilewsky: «Über die polnischen Kriegsgefangenen hat mir Menschagin gesagt, dass man die polnischen Kriegsgefangenen zu vernichten vorgeschlagen hätte.»

Smirnow: «Sind Sie in Ihren späteren Unterredungen mit Menschagin einmal auf diese Frage zurückgekommen?»

Bazilewsky: «Ungefähr zwei Wochen später. Ich stellte ihm die Frage, was nun mit den kriegsgefangenen Polen geschehen sei. Zuerst zögerte Menschagin, dann sagte er: ‚Mit ihnen ist es schon zu Ende.‘»

Smirnow: «Hat Menschagin gesagt, warum diese Erschiessungen stattgefunden hätten?»

Bazilewsky: «Ja. Er sagte, dass es ein Teil des allgemeinen Systems in der Behandlung kriegsgefangener Polen wäre.»

Nach einer Verhandlungspause, die jeden Vör- und Nachmittag stattfindet, nimmt Dr. Stahmer den Zeugen ins Kreuzverhör.

Dr. Stahmer: «Herr Zeuge, Sie haben Ihre Aussagen vor der Pause vorgelesen, wenn ich richtig beobachtet habe. Ist das richtig?»

Bazilewsky: «Ich habe nichts vorgelesen. Ich habe nur einen Plan dieses Gerichtssaales in der Hand.»

L)r. Stahmer: «Es sah so aus, als ob Sie die Antworten vorgelesen haben. Wie erklären Sie denn, dass der Dolmetscher schon Ihre Antwort in Händen hatte?»

Bazilewsky: «Ich weiss nicht, wieso die Dolmetscher meine Antworten im Voraus in Händen haben konnten.»

Dr. Stahmer: «Kennen Sie das Dnjepr-Schlösschen?»

Bazilewsky: «Auf dem Dnjepr gibt es viele Schlösschen.»

Dr. Stahmer: «Das Haus, das an dem Katyner Wald lag.»

Bazilewsky: «Die Ufer des Dnjepr sind lang, und mir ist daher Ihre Frage ganz unverständlich.»

Dr. Stahmer: «Sie haben also keine Kenntnis davon, dass sich am Katyner Wald ein Erholungsheim oder Sanatorium der GPU befunden hat?»

Bazilewsky: «Das weiss ich sehr wohl. Das war allen Einwohnern von Smolensk bekannt.»

Dr. Stahmer: «Dann wissen Sie also genau, welches Haus ich mit meiner Frage meinte?»

Bazilewsky: «Ich persönlich bin niemals in diesem Haus gewesen. In dieses Haus hatten nur die Familien der Angestellten des Innenministers Eintritt. Andere Personen hatten auch gar keine Veranlassung und keine Möglichkeit, dieses Haus zu besuchen.»

Dr. Stahmer: «Können Sie die Namen irgendwelcher Personen angeben, die die Hinrichtungen mit angesehen haben?»

Bazilewsky: «Nein, einen Augenzeugen kann ich nicht nennen.»

Dr. Stahmer: «Sind Sie wegen Ihrer Zusammenarbeit mit der deutschen Behörde durch die russische Regierung bestraft worden?»

Bazilewsky: «Nein.»

Thomas J. Dodd, amerikanischer Ankläger: «Herr Vorsitzender! Ich möchte die Aufmerksamkeit des Gerichts auf die Tatsache lenken, dass Dr. Stahmer dem Zeugen eine Frage stellte: Wie kam es, dass die Dolmetscher die Fragen und die Antworten schon vor sich hatten? Ich habe den Dolmetschern eine Notiz zugehen lassen und habe von dem diensthabenden Leutnant die Antwort bekommen, dass dort keiner irgendwelche Fragen oder Antworten vorliegen hatte, und ich denke, dies sollte im Protokoll zum Ausdruck gebracht werden.»

Dr. Stahmer: «Es wurde mir draussen diese Tatsache mitgeteilt. Wenn es nicht stimmt, nehme ich es zurück.»

Vorsitzender: «Solche Erklärungen sollten nicht von den Verteidigern gemacht werden, bevor sie sie geprüft haben.»

Smirnow: «Darf ich mit der Vernehmung des nächsten Zeugen beginnen, Herr Vorsitzender?»

Nach diesem Zwischenfall betritt ein Mann den Gerichtssaal, der in der Geschichte von Katyn eine wechselhafte Rolle gespielt hat. Es

ist der bulgarische Arzt Dr. Marko Antonow Markov vom Gerichtsmedizinischen Institut in Sofia. Als Conti 1943 die zwölf ausländischen Gutachter nach Katyn einlud, befand sich auch Markov in dieser Gruppe. Seine Unterschrift befindet sich auf dem Schlusskommuniqué der Ärztekommision. Diese Urkunde war die Grundlage für die deutsche Behauptung, dass der Massenmord von Katyn von den Sowjets begangen worden sei. Später, als Bulgarien von Sowjettruppen besetzt worden war, wurde Markov am 19. Februar 1945 vor dem Volksgerichtshof in Sofia angeklagt. Er sagte aus, dass die Mitglieder der Kommission ständig von Gestapobeamten umgeben gewesen und schliesslich gezwungen worden seien, das Kommuniqué zu unterschreiben. Nun erscheint Markov im Nürnberger Zeugenstand.

Smirnow: «Wann traf die Kommission in Katyn ein?»

Markov: «Die Kommission traf am Abend des 28. April 1943 in Smolensk ein.»

Smirnow: «Wie oft haben die Mitglieder der Kommission die Massengräber im Wald von Katyn persönlich besucht?»

Markov: «Wir waren zweimal im Wald von Katyn, und zwar an den Vormittagen des 29. und des 30. April.»

Smirnow: «Wie viele Stunden verbrachten Sie jedesmal bei den Massengräbern?»

Markov: «Ich glaube, nicht mehr als jeweils drei bis vier Stunden.»

Smirnow: «Haben die gerichtsmedizinischen Untersuchungen die Tatsache bestätigt, dass sich die Leichname bereits seit drei Jahren in den Gräbern befanden?»

Markov: «Meines Erachtens befanden sich diese Leichname eine viel kürzere Zeit in der Erde als drei Jahre. Ich war der Ansicht, dass der Leichnam, den ich obduzierte, nicht länger als ein bis eineinhalb Jahre vorher beerdigt worden war.»

Smirnow: «Ist es in der bulgarischen Gerichtsmedizin Brauch, dass eine Untersuchung in zwei Teile zerfällt: Beschreibung und Schlussfolgerung?»

Markov: «Jawohl.»

Smirnow: «Enthält das von Ihnen aufgestellte Protokoll eine Schlussfolgerung?»

Markov: «Mein Protokoll besteht nur aus einem beschreibenden Teil ohne Schlussfolgerung, weil ich aus den Papieren, die sich dort befanden, ersehen konnte, dass man uns von vornherein suggerieren wollte, dass diese Leichen sich schon drei Jahre in der Erde befunden hätten. Das ging aus den Papieren hervor, die uns in dem kleinen Landhaus gezeigt wurden.»

Smirnow: «Sind Ihnen diese Papiere vor der Obduktion gezeigt worden oder nachher?»

Markov: «Diese Papiere wurden uns einen Tag vor der Obduktion gezeigt.»

Smirnow: «Als Sie das allgemeine Protokoll unterschrieben, war Ihnen damals ganz klar, dass die Ermordung in Katyn nicht vor dem letzten Vierteides Jahres 1941 stattgefunden haben und dass das Jahr 1940 jedenfalls ausgeschlossen sei?»

Markov: «Ja, das war mir klar, und gerade deshalb habe ich keine Schlussfolgerungen in das Protokoll aufnehmen lassen.»

Smirnow: «Warum haben Sie dieses allgemeine Protokoll dennoch unterschrieben?»

Markov: «Wir flogen am Morgen des 1. Mai von Smolensk weg. Um die Mittagszeit landeten wir auf dem Flugplatz Bela. Es war anscheinend ein Militärflugplatz. Dort assen wir zu Mittag, und gleich nach dem Mittagessen wurden uns Exemplare des Protokolls zur Unterschrift vorgelegt. Sie wurden uns gerade auf diesem isolierten Militärflugplatz vorgelegt. Das ist der Grund, weshalb ich das Protokoll unterschrieben habe.»

Dr. Stahmer: «Nach Ihrem Protokoll war die Leiche des von Ihnen obduzierten polnischen Offiziers bekleidet. Handelte es sich um eine Sommer- oder um eine Winterkleidung?»

Markov: «Es war eine Winterkleidung, Wintermantel und ein Wollschal um den Hals.»

Dr. Stahmer: «In dem Protokoll findet sich folgende Angabe: „Die bei den Leichen vorgefundenen Dokumente, Tagebücher, Briefschaften, Zeitungen, stammen aus der Zeit vom Herbst 1939 bis März und April 1940. Das letzte bisher festgestellte Datum ist das einer russischen Zeitung vom 22. April 1940.“ Ich frage Sie nun, ist diese Angabe richtig? Entspricht sie Ihren Feststellungen?»

Markov: «Solche Briefe und Zeitungen wurden uns gezeigt. Einige solcher Papiere wurden von den Kommissionsmitgliedern, die die Leichen obduzierten, gefunden.»

Dr. Stahmer hat mit diesem Kreuzverhör einen vollen Sieg davongetragen. Allerdings gibt es noch einmal eine Wende, als der letzte Zeuge der sowjetischen Anklagevertretung auftritt, der Moskauer Gerichtsmediziner Professor Iljitsch Prosorowsky.

Smirnow: «Haben Sie bei der gerichtsmedizinischen Untersuchung der Leichen Patronen oder Patronenhülsen gefunden?»

Prosorowsky: «Die Todesursache der polnischen Offiziere war Genickschuss. Wir haben Kugeln gefunden und bei den Ausgrabungen tatsächlich Patronenhülsen deutscher Herkunft, denn auf dem Boden dieser Hülsen war die Firma *Geco* eingraviert.»

Später hat sich jedoch herausgestellt, dass Patronen mit dieser Bezeichnung von der Fabrik Genschow in Durlach im Rahmen des deutsch-sowjetischen Rapallo-Vertrages einst in die baltischen Län-

der exportiert worden sind. In Nürnberg jedenfalls ist das Thema Katyn nach diesen Zeugenvernehmungen nicht mehr berührt worden. So ist der Fall ungeklärt geblieben, zumindest wurden keine endgültigen Beweise erbracht.

Im Jahre 1952 hat allerdings ein amerikanischer Kongressausschuss versucht, Katyn im Zeichen des kalten Krieges noch einmal aufzufrischen.

«Ist die Tatsache, dass die Sowjets die Anklage zum Thema Katyn fallenliessen, nicht ein eindeutiges Schuldbekenntnis?» fragte das Ausschussmitglied Daniel J. Flood den einstigen amerikanischen Ankläger in Nürnberg, Robert Kempner.

Kempners Antwort: «Es sah zumindest merkwürdig aus.» Dann setzt er hinzu: «Wir haben Stahmer bewundert, dass er die Sowjets damals zwang, die Katyn-Anklage fallenzulassen. Es war ein Sieg der Verteidigung.»

Bis zum November 1952 vernimmt der Ausschuss zahlreiche Zeugen, von denen einige anonym bleiben wollen und ihre Aussagen mit einem Sack über dem Kopf machen. Robert H. Jackson, amerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Prozess, erklärt vor der Untersuchungskommission: «Ich habe schon in Nürnberg mit der Möglichkeit gerechnet, dass die Sowjets an Katyn schuld sind. Deshalb haben wir es abgelehnt, die Deutschen dafür schuldig zu sprechen.»

Eine andere wichtige Aussage macht der amerikanische Oberstleutnant John H. van Fliet junior. Er befand sich 1943 in deutscher Kriegsgefangenschaft und gehörte einer Gruppe von westlichen Kriegsgefangenen an, die von den deutschen Behörden zu einer Besichtigung nach Katyn gebracht wurden. Über seinen Augenschein am Orte des Verbrechens sagt van Fliet: «Ich hasste die Deutschen, aber ich musste doch zugeben, dass sie die Wahrheit sagten.»

Der Bericht, den van Fliet sofort nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1945 abgab, wurde vom amerikanischen Armeeabwehrdienst zur Geheimsache erklärt – «aus Furcht», wie der Kongressausschuss 1952 feststellt, «die Sowjetunion werde sonst nicht am Kampf gegen Japan teilnehmen und auch nicht den Vereinten Nationen beitreten».

Am 12. Februar 1953 gibt der Ausschuss einen 2362 Seiten umfassenden Bericht über seine Untersuchungen heraus. Darin wird die Sowjetunion für die Vernichtung von vierzehntausend Polen verantwortlich gemacht. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen erhalten ein Exemplar. Doch seit diesem 12. Februar 1953 hat die Öffentlichkeit offiziell nichts mehr von der Sache gehört.

Hitlers Politik in den besetzten Gebieten war von Anfang an durch seine nationalsozialistische Weltanschauung eindeutig festgelegt. Ihre Prinzipien waren: Dezimierung ganzer Rassen und Völkerstämme, systematische Liquidierung unerwünschter Elemente, Ausplünderung, Aushungerung, Zwangsarbeit. Oberster Leitsatz, besonders im Osten, war die Entvölkerung. Der militärisch gewonnene Raum sollte «politisch gesichert» werden. Hinter dieser neutralen Amtsbezeichnung verbergen sich unglaubliche Verbrechen, die unfassbar bleiben, selbst wenn man dabei in Betracht zieht, dass der Partisanenkrieg auch von der anderen Seite sehr brutal geführt worden ist.

Kein anderer als Adolf Heusinger, von 1957-1961 Generalinspekteur der Bundeswehr, hat dem Nürnberger Gericht 1945 eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, aus der der amerikanische Ankläger Telford Taylor zitiert: «Es war schon immer meine persönliche Ansicht, dass die Behandlung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet und die Methoden der Bandenbekämpfung im Operationsgebiet der obersten politischen und militärischen Führung eine willkommene Gelegenheit bot, ihre Ziele durchzuführen, nämlich die systematische Reduzierung des Slawen- und Judentums. Ganz abgesehen davon habe ich immer diese grausamen Methoden als eine militärische Torheit angesehen, die dazu beitrugen, den Kampf der Truppe gegen den Feind unnötig zu erschweren.»

Was Heusinger hier andeutet, erläutert im Zeugenstand der Chef der deutschen Bandenkampfverbände, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Erich von dem Bach-Zelewski. Er wird von Telford-Taylor gefragt:

«Haben die höchsten militärischen Stellen irgendwelche ins Einzelne gehenden Anordnungen über die bei der Partisanenbekämpfung anzuwendenden Methoden herausgegeben?»

Bach-Zelewski: «Nein.»

Taylor: «Was war die Folge?»

Bach-Zelewski: «Es herrschte infolgedessen, als Folge dieses Nichtbefehls, eine wilde Anarchie der Partisanenbekämpfung.»

Taylor: «Hatten diese Massnahmen die unnötige Tötung einer grossen Anzahl von Zivileinwohnern zur Folge?»

Bach-Zelewski: «Ja.»

J. W. Pokrowsky, sowjetischer Ankläger: «Wissen Sie irgendetwas von dem Bestehen einer besonderen Brigade, die aus Schmugglern, Wilddieben und entlassenen Sträflingen zusammengesetzt war?»

Bach-Zelewski: «Ende 1941, Anfang 1942 wurde zunächst ein

Bataillon unter dem Befehl von Dirlwanger bei der Heeresgruppe Mitte zur Partisanenbekämpfung eingesetzt. Diese Brigade Dirlwanger bestand zum grössten Teil aus vorbestraften Verbrechern, offiziell aus sogenannten Wilddieben, aber es waren auch reine Kriminelle darunter, die bestraft waren wegen Einbruchsdiebstahls, Mordes und so weiter.»

Pokrowsky: «Wie erklären Sie es, dass das deutsche Heereskommando seine Truppenteile so bereitwillig durch Einstellung von Verbrechern vergrösserte?»

Bach-Zelewski: «Ich bin der Ansicht, dass ein klarer Zusammenhang besteht zwischen der Rede Heinrich Himmlers Anfang 1941, vor Beginn des Russlandfeldzuges, auf der Wewelsburg, wo er davon sprach, dass der Zweck des Russlandfeldzuges die Dezimierung der slawischen Bevölkerung um dreissig Millionen sein sollte, und diesem Versuch, durch solche minderwertigen Truppen auch wirklich in diesem Sinne tätig zu sein.»

Pokrowsky: «Wissen Sie von irgendeinem Befehl, der das Niederbrennen von Dörfern vorschrieb als Vergeltung für die Hilfe, die den Partisanen gewährt worden war?»

Bach-Zelewski: «Nein.»

Pokrowsky: «Muss ich das so verstehen, dass, wenn bestimmte Kommandeure Dörfer als Strafmassnahmen gegen die Bevölkerung niederbrannten, diese Kommandeure dies aus eigenem Antrieb taten?»

Bach-Zelewski: «Ja.»

Pokrowsky: «Sagten Sie, dass der Kampf gegen die Partisanenbewegung ein Vorwand für die Ausrottung der slawischen und jüdischen Bevölkerung war?»

Bach-Zelewski: «Ja.»

Pokrowsky: «Wusste die Wehrmachtführung von den Methoden des Kampfes, die zur Bekämpfung der Partisanenbewegung und zur Ausrottung der jüdischen Bevölkerung angewandt wurden?»

Bach-Zelewski: «Die Methoden waren allgemein bekannt, also auch bei der militärischen Führung.»

Pokrowsky: «Können Sie wirklich und wahrhaftig bestätigen, dass die von der Wehrmacht in den damals von den Deutschen besetzten Verwaltungsgebieten getroffenen Massnahmen den Zweck hatten, die slawische und jüdische Bevölkerung um dreissig Millionen zu verringern?»

Bach-Zelewski: «Ich bin der Ansicht, dass diese Methoden wirklich zur Vernichtung von dreissig Millionen geführt hätten, wenn sie so weiter fortgeführt worden wären.»

Masslos und ohne Gewissen zielte Hitler darauf ab, in Osteuropa einen «leeren Raum» zu schaffen, Platz für eine von Himmler ge-

züchtete und organisierte Herrenrasse. «Die Durchführung dieser Verbrechen», sagt der sowjetische Hauptankläger Rudenko, «wurde besonders dafür bestimmten ‚Sonderkommandos‘ übertragen, die auf Grund von Vereinbarungen zwischen dem Chef der Polizei und des SD und dem OKW ins Leben gerufen worden waren.»

Das hat auch der Amtschef III im Reichssicherheitshauptamt, Otto Ohlendorf, vor dem Gericht bestätigt. Ohlendorf, der selbst eine Einsatzgruppe im Osten leitete und 1951 als Massenmörder in Landsberg hingerichtet wurde, wird von dem amerikanischen Ankläger John Harlan Amen vernommen.

Amen: «Wie viele Einsatzgruppen gab es?»

Ohlendorf: «Es gab vier Einsatzgruppen. Die Einsatzgruppe A, B, C und D. Die Gruppe D war keiner Heeresgruppe angeschlossen, sondern der n. Armee unmittelbar zugeteilt.»

Amen: «Wer war der Befehlshaber der II. Armee?»

Ohlendorf: «Befehlshaber der n. Armee war zuerst Ritter von Schöber und später von Manstein.»

Amen: «Hatten Sie jemals eine Besprechung mit Himmler?»

Ohlendorf: «Jawohl. Im Spätsommer 1941 war Himmler in Nikolajew. Er liess die Führer und Männer der Einsatzkommandos antreten und wiederholte ihnen den gegebenen Liquidationsbefehl mit dem Hinweis, dass Führer und Männer, die an der Liquidation beteiligt seien, keinerlei persönliche und eigene Verantwortung für die Durchführung dieses Befehls trügen. Die Verantwortung trüge er allein zusammen mit dem Führer.»

Amen: «Wissen Sie, wie viele Personen durch die Einsatzgruppe D liquidiert wurden, und zwar unter Ihrer Führung?»

Ohlendorf: «Von Juni 1941 bis Juni 1942 sind von den Einsatzkommandos etwa 90'000 als liquidiert gemeldet worden.»

Amen: «Schliesst diese Zahl Männer, Frauen und Kinder ein?»

Ohlendorf: «Jawohl.»

Amen: «Worauf gründen Sie diese Ziffern?»

Ohlendorf: «Das sind Meldungen, die von den Einsatzkommandos an die Einsatzgruppe gegeben wurden.»

Amen: «Wurden Ihnen diese Meldungen vorgelegt? Sie haben sie persönlich gesehen und gelesen?»

Ohlendorf: «Jawohl.»

Amen: «Haben Sie persönlich Massenhinrichtungen überwacht?»

Ohlendorf: «Ich bin bei zwei Massenhinrichtungen inspektionsweise dabeigewesen.»

Amen: «Wollen Sie dem Gerichtshof Einzelheiten beschreiben?»

Ohlendorf: «Der Hinrichtungsort war in der Regel ein Panzerabwehrgraben oder eine natürliche Gruft.»

Amen: «In welcher Stellung wurden die Opfer erschossen?»

Ohlendorf: «Stehend oder kniend.»

Amen: «Was geschah mit den Leichen, nachdem die Leute erschossen waren?»

Ohlendorf: «Sie wurden in dem Panzergraben oder in der Gruft beerdigt.»

Amen: «Wie wurde festgestellt, ob die Einzelnen wirklich tot waren oder nicht?»

Ohlendorf: «Die Einheitsführer hatten Befehl, darauf zu achten und gegebenenfalls selbst den Fangschuss zu geben.»

Amen: «Wurden alle diese Opfer, Frauen, Männer und Kinder, auf die gleiche Art und Weise hingerichtet?»

Ohlendorf: «Bis zum Frühjahr 1942, jawohl. Dann folgte ein Befehl von Himmler, dass in der Zukunft Frauen und Kinder nur noch durch Gaswagen zur Tötung kommen sollten.»

Weshalb Himmler diesen erstaunlichen Befehl gegeben hat, ist erst in einem späteren Prozess ans Licht gekommen. Der Zeuge Erich von dem Bach-Zelewski berichtete dabei folgende Begebenheit: Im August 1941 befahl Himmler dem Einsatzgruppenführer Arthur Nebe in Minsk, hundert Leute in seiner Gegenwart hinzurichten, darunter zahlreiche Frauen. Bach-Zelewski stand ganz in der Nähe Himmlers und beobachtete ihn. Als die ersten Schüsse krachten und die Opfer zusammenbrachen, wurde Himmler übel. Er taumelte, fiel fast zu Boden, raffte sich aber gleich wieder auf. Dann schrie er unbeherrscht auf die Henker ein, weil sie schlecht geschossen hatten und einige der getroffenen Frauen noch am Leben waren. Kurz darauf erging der von Ohlendorf erwähnte Befehl, Frauen und Kinder nicht mehr zu erschliessen, sondern in Gaswagen zu töten.

Amen: «Können Sie dem Gerichtshof die Konstruktion dieser Gaswagen und ihr Aussehen erklären?»

Ohlendorf: «Es waren praktisch geschlossene Lastwagen. Sie waren so eingerichtet, dass nach Anlaufen der Motore Gas in den Wagen geleitet wurde und dieses den Tod in etwa zehn bis fünfzehn Minuten herbeiführte.»

Amen: «Welche Organisationen stellten den grössten Teil des Offizierspersonals für die Einsatzgruppe?»

Ohlendorf: «Das Führungspersonal wurde von der Staatspolizei, Kriminalpolizei und zu einem geringen Prozentsatz vom SD gestellt.»

Rechtsanwalt Ludwig Babel, Verteidiger der SS und des SD:

«Konnte sich der einzelne Mann der Ausführung dieser Befehle mit Aussicht auf Erfolg widersetzen?»

Ohlendorf: «Nein, denn der Erfolg wäre Kriegsgericht mit entsprechendem Urteil gewesen.»

So arbeitet die entsetzliche Maschinerie Hitlers, Himmlers und ihrer Helfer gnadenlos bis zum Ende. Im Nürnberger Gerichtssaal sind tage- und wochenlang grauenvolle Einzelheiten über die verschiedenen Aktionen vorgebracht worden. Die «Technik der Entvölkerung» verschlingt Millionen Menschen: Juden, Slawen, Frauen, Kinder, Greise, ganze Ortschaften. Augenzeugen und Überlebende treten in Nürnberg auf, erbeutete deutsche Schriftstücke, amtliche Berichte und beschlagnahmte Fotografien werden den Richtern vorgelegt. Es ist unmöglich, das Ausmass dieser von Menschenhand herbeigeführten Katastrophe ganz zu erfassen. Mehrere tausend Seiten des Nürnberger Gerichtsprotokolls sind ihr gewidmet, doch auch sie zeigen nur einen kleinen Ausschnitt. Wenige Beispiele müssen hier für alle anderen stehen. Major Rösler vom 528. Infanterieregiment hat am 3. Januar 1942 dem Befehlshaber der 9. Armee, General Schierwind, einen Bericht erstattet, der nach Kriegsende aufgefunden wurde und nun im Nürnberger Prozess vorgelesen wird. Darin heisst es:

«Ende Juli 1941 befand sich das damals von mir geführte Infanterieregiment auf dem Wege vom Westen nach Schitomir, wo es eine Rastunterkunft beziehen sollte. Als ich mit meinem Stab am Nachmittag des Ankunftstages mein Stabsquartier bezogen hatte, hörten wir aus nicht allzu weiter Entfernung in regelmässigen Abständen Gewehrsalven, denen nach einiger Zeit Pistolenschüsse folgten. Ich beschloss, dieser Erscheinung nachzugehen, und begab mich mit Adjutant und Ordonnanzoffizier – Oberleutnant von Bassewitz und Leutnant Müller-Brodmann – in Richtung des Gewehrfeuers auf die Suche.

Wir bekamen bald den Eindruck, dass sich hier ein grausames Schauspiel abspielen müsse, denn nach einiger Zeit sahen wir zahlreiche Soldaten und Zivilpersonen einem vor uns liegenden Bahndamm zuströmen, hinter dem, wie man uns meldete, laufend Erschiessungen vorgenommen wurden. Während der ganzen Zeit konnten wir über den Bahndamm zunächst nicht hinwegsehen, hörten jedoch immer nach einem gewissen Zeitraum den Ton einer Trillerpfeife und danach eine etwa zehnläufige Gewehrsalve, an die sich nach einiger Zeit Pistolenschüsse anreihen.

Als wir schliesslich den Bahndamm erklettert hatten, bot sich jenseits dieses Dammes ein Bild, dessen grausame Abscheulichkeit auf den unvorbereitet Herantretenden erschütternd und abschreckend wirkte. In der Erde war ein etwa sieben bis acht Meter langer, vielleicht vier Meter breiter Graben eingezogen, dessen aufgeworfene Erde auf der einen Seite aufgeschichtet war. Diese Aufschichtung und die darunterliegende Grabenwand war vollständig mit Strömen von Blut besudelt. Die Grube selbst war mit zahlreichen, schwer ab-

zuschätzenden menschlichen Leichen aller Art und beider Geschlechter gefüllt, so dass ihre Tiefe nicht geschätzt werden konnte.

Hinter dem aufgeschütteten Wall stand ein Kommando Polizei, das von einem Polizeioffizier befehligt wurde. Die Uniformen dieses Kommandos wiesen Blutspuren auf. In weitem Umkreis ringsherum standen unzählige Soldaten dort bereits liegender Truppenteile, teilweise in Badehosen, als Zuschauer, ebenso zahlreiche Zivilisten mit Frauen und Kindern. Ich habe mir daraufhin durch ganz dichtes Herantreten an den Graben ein Bild verschafft, das ich bis heute nicht vergessen konnte. Unter anderem lag in diesem Grab ein alter Mann mit einem weissen Vollbart, der über seinem linken Arm noch ein kleines Spazierstöckchen hängen hatte. Da dieser Mann noch durch seine stossweise Atemtätigkeit Lebenszeichen von sich gab, ersuchteich einen der Polizisten, ihn endgültig zu töten, worauf dieser mir mit lachender Miene sagte: ‚Dem habe ich schon siebenmal was in den Bauch gejagt, der kriecht schon von alleine.‘

Die in dem Grabe liegenden Erschossenen wurden nicht besonders zurechtgelegt, sondern blieben so, wie sie nach dem Schuss von der Grabenwand heruntergefallen waren. Sämtliche dieser Leute wurden durch Nackenschüsse erledigt und anschliessend von oben her mit Pistolenschüssen abgefangen.

Ich habe durch meine Teilnahme am Weltkrieg sowie dem französischen und russischen Feldzug dieses Krieges keineswegs eine übertriebene Verweichlichung meines Gemütes erfahren, habe auch durch meine Betätigung in den Freiwilligenformationen des Jahres 19 manches mehr als Unerfreuliche erlebt, ich kann mich jedoch nicht entsinnen, jemals einer solchen Szene beigewohnt zu haben.»

Diese Darstellung eines deutschen Majors liesse sich durch hundert andere Zeugenaussagen ergänzen: Überall in den weiten Räumen des Ostens, in der Nähe aller grösseren Orte, hat sich das gleiche abgespielt.

Dass es sich bei alledem nicht um unkontrollierte Massnahmen handelt, geht aus einem anderen Nürnberger Dokument hervor: dem Tagebuch des angeklagten Generalgouverneurs von Polen, Hans Frank. Schon im Jahre 1940, am 6. Februar, gab Frank dem Korrespondenten Kleiss vom *Völkischen Beobachter* ein Interview. Der sowjetische Ankläger Smirnow liest daraus vor:

Kleiss: «Vielleicht wäre es interessant, den Unterschied zwischen Protektorat und Generalgouvernement herauszuarbeiten.»

Frank: «Einen plastischen Unterschied kann ich Ihnen sagen. In Prag waren zum Beispiel grosse rote Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, dass heute sieben Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich mir: Wenn ich für je sieben erschossene Polen ein Pla-

kat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate.»

Samuel Harris, Ankläger der Vereinigten Staaten, hat die Entvölkerungstheorie durch ein wichtiges Dokument untermauert:

«Es handelt sich um einen Bericht vom 23. Mai 1941, also einem Datum, das vor der Invasion der Sowjetunion liegt. Er wurde in den erbeuteten Akten des OKW gefunden und trägt die Überschrift ‚Wirtschaftspolitische Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft‘, also der landwirtschaftlichen Gruppe, die einen wichtigen Teil der vom Angeklagten Göring für die wirtschaftliche Verwaltung Russlands aufgestellten Organisation bildete.»

In diesem Dokument heisst es unter anderem, dass die Erzeugnisse aus den Überschussgebieten der Sowjetunion nicht mehr in die Zuschussgebiete fliessen dürften, sondern nach Deutschland zu bringen seien: «Die Konsequenz ist die Nichtbelieferung der gesamten Waldzone einschliesslich der wichtigen Industriezentren Moskau und Petersburg. Die Bevölkerung dieser Gebiete, insbesondere die Bevölkerung der Städte, wird grösster Hungersnot entgegensehen müssen. Viele zehn Millionen von Menschen werden in diesen Gebieten überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen.»

Was Einsatzgruppen und getarnte Partisanenbekämpfung übrigliessen, sollte also nach den kalten Richtlinien aus Berlin dem Massenhungertod ausgeliefert werden. «Viele zehn Millionen von Menschen» – an diesem amtlichen Wortlaut ist nicht zu rütteln.

Dr. Alfred Thoma, der Verteidiger des Angeklagten Alfred Rosenberg, greift diesen dunklen Punkt im Kreuzverhör mit Bach-Zelewski noch einmal auf:

«Glauben Sie, dass die Rede Himmlers, in der er verlangte, dass dreissig Millionen Slawen ausgerottet würden, seine Anschauung war, oder hat das nach Ihrer Meinung der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprochen?»

Bach-Zelewski: «Ich bin heute der Ansicht, dass das die logische Folgerung unserer Weltanschauung war. Wenn man jahrelang predigt, jahrzehntelang predigt, dass die slawische Rasse eine Unter-rasse ist, dass die Juden überhaupt keine Menschen sind, dann muss es zu einer solchen Explosion kommen.»

Dr. Thoma: «Heute. Was hatten Sie damals für eine Ansicht?»

Bach-Zelewski: «Es ist schwer für einen Deutschen, sich zu dieser Überzeugung durchzuringen. Ich habe lange dazu gebraucht.»

Dr. Thoma: «Trotzdem bleibt bestehen, dass Sie neben einer Weltauffassung, die Sie damals hatten, auch noch ein Gewissen hatten?»

Bach-Zelewski: «Deswegen stehe ich hier.»

«Verräter!» ruft Göring laut vernehmlich hinter dem Zeugen her, als dieser nach dem Verhör aus dem Saal geführt wird. Doch dieses Wort vermag nichts an den Tatsachen zu ändern.

Besonders die Kriegsgefangenen sind der Entvölkerungspolitik gnadenlos ausgeliefert. Hier zeigt sie sich im Kommissarbefehl und findet ihren grauenhaften Höhepunkt ebenfalls im Massenhungertod. Bogislaw von Bonin, der von 1952 bis 1955 führend am Aufbau der Bundeswehr beteiligt war, hat 1945 ebenfalls eine Erklärung für das Nürnberger Gericht abgegeben. Ankläger Taylor verliest den Wortlaut:

«Ich war zu Beginn des russischen Feldzuges Erster Generalstabs-offizier der 17. Panzerdivision, die nördlich Brest-Litowsk über den Bug anzugreifen hatte. Ganz kurz vor Beginn des Angriffs erhielt meine Division einen schriftlichen Führerbefehl vom OKW auf dem Dienstwege. In diesem Befehl war angeordnet, dass russische Kommissare bei Gefangennahme ohne gerichtliches Verfahren sofort und rücksichtslos zu erschiessen seien. Dieser Befehl galt für alle Einheiten des Ostheeres. Obwohl der Befehl bis herunter zu den Kompanien bekanntgegeben werden sollte, hat der Kommandierende General des XXXVII. Panzerkorps, General der Panzertruppen Lemelsen, die Bekanntgabe an die Truppe verboten, weil dieser Befehl nach seiner Auffassung in militärischer und moralischer Hinsicht untragbar schien.»

Lemelsens Verhalten zeigt schon, wie Hitlers Kommissarbefehl bei der Truppe wirkte, aber nur wenige Kommandeure hatten den persönlichen Mut dieses Panzergenerals. Der Mordauftrag nahm ungeheuerliche Formen an.

Der Zeuge Erwin Lahousen aus dem Amt des deutschen Abwehrchefs Admiral Canaris ist zu dieser Frage in Nürnberg von John Harlan Amen vernommen worden.

Lahousen: «Der Inhalt umfasste im Wesentlichen zwei Gruppen von Massnahmen, die zu treffen waren, und zwar erstens die Tötung der russischen Kommissare, und zweitens die Tötung aller jener Elemente unter den russischen Kriegsgefangenen, die nach einem Aussondungsverfahren des SD durchgeführt werden sollte, also: bolschewistisch Verseuchte beziehungsweise aktive Träger der bolschewistischen Weltanschauung.»

Amen: «Wurde über die Art gesprochen, in der diese Befehle durchzuführen seien?»

Lahousen: «Ja, nach meiner Erinnerung durch Einsatzkommandos des SD, die sowohl die Aussonderung der dafür in Frage kommenden Leute in den Lagern oder in den Sammelplätzen der Kriegsgefangenen als auch die Exekutionen durchzuführen hatten.»

Amen: «Wollen Sie nun dem Gerichtshof die genaue Art, in welcher die Aussonderung dieser Gefangenen stattfand, schildern und auf welche Art bestimmt wurde, wer von den Gefangenen getötet werden sollte?»

Lahousen: «Die Gefangenen wurden von den Sonderkommandos des SD ausgesondert, und zwar nach ganz willkürlichen Gesichtspunkten. Die einen Führer der Einsatzkommandos hielten sich an rassische Merkmale; vor allem selbstverständlich ein Jude oder jüdischer Typus oder wer sonst als rassisch minderwertig angesehen wurde, verfiel der Exekution. Der andere Einsatzführer traf diese Auswahl unter dem Gesichtspunkt der Intelligenz. Der dritte Einsatzführer hatte wieder irgendwelche anderen Gesichtspunkte.»

Nach dieser Aussage Lahousens soll wieder ein Dokument sprechen. Es lautet:

«Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland ist eine Tragödie grössten Ausmasses. Von den 3,6 Millionen Kriegsgefangenen sind heute nur noch einige Hunderttausend voll arbeitsfähig. Ein grosser Teil von ihnen ist verhungert oder durch die Unbilden der Witterung umgekommen. Tausende sind auch dem Fleckfieber erlegen. In der Mehrzahl der Fälle haben die Lagerkommandanten es der Zivilbevölkerung untersagt, den Kriegsgefangenen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, und sie lieber dem Hungertode ausgeliefert. In vielen Fällen, in denen Kriegsgefangene auf dem Marsch vor Hunger und Erschöpfung nicht mehr mitkommen konnten, wurden sie vor den Augen der entsetzten Zivilbevölkerung erschossen und ihre Leichen liegengelassen. In zahlreichen Lagern wurde für eine Unterkunft der Kriegsgefangenen überhaupt nicht gesorgt. Bei Regen und Schnee lagen sie unter freiem Himmel. Ja, es wurde ihnen nicht einmal das Gerät zur Verfügung gestellt, um sich Erdlöcher oder Höhlen zu graben. Zu erwähnen wären endlich noch die Erschiessungen von Kriegsgefangenen. So wurden zum Beispiel in verschiedenen Lagern die ‚Asiaten‘ erschossen . . .»

Das Erstaunliche an diesem Schriftstück ist seine Herkunft. Es handelt sich um einen Brief, den Alfred Rosenberg am 28. Februar 1942 an Wilhelm Keitel schrieb!

Noch ein anderes Dokument Rosenbergscher Herkunft wird auf den Nürnberger Richtertisch gelegt und verlesen:

«Die den russischen Landeseinwohnern zugebilligten Ernährungssätze bedeuten nicht die Sicherung der Existenz, sondern nur ein Vegetieren auf beschränkte Dauer. Auf den Landstrassen ist eine Bevölkerungsmenge auf Wanderschaft, die nach Hunderttausenden zählt und nach sachverständigen Urteilen wohl zu manchen Zeiten eine Million erreichen dürfte. Diese Scharen wandern, um sich Lebensmittel zu beschaffen . . .»

Wie es zu solch grenzenloser Missachtung fremden Lebens kommen konnte, ergibt sich aus zwei Zitaten. Reichskommissar Erich Koch, für die Verwaltung der Ukraine verantwortlich, sprach in Kiew öffentlich aus: «Wir sind ein Herrenvolk, das bedenken muss, dass der geringste deutsche Arbeiter rassisch und biologisch tausendmal wertvoller ist als die hiesige Bevölkerung. Ich werde das letzte aus diesem Land herausholen. Ich bin nicht gekommen, um Segen zu spenden. Die Bevölkerung muss arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten. Wir sind wahrlich nicht hierhergekommen, um Manna zu streuen . . .»

Und Heinrich Himmler ergänzt in einer Ansprache an seine SS-Generale, wie der amerikanische Ankläger Thomas J. Dodd nach dem Stenogramm verliest: «Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens zehntausend russische Weiber an Entkräftung Umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.»

In diesem Zusammenhang muss auch der sogenannte *Kugel-Erlass* erwähnt werden, nach dem geflohene kriegsgefangene Offiziere und Unteroffiziere ins Konzentrationslager Mauthausen gebracht und dort erschossen werden. Diese teuflische Aktion galt für alle Gefangenen, mit Ausnahme der britischen und amerikanischen. Mächte dieser Erlass noch Unterschiede zwischen Ost und West, so richtete sich der *Nacht-und-Nebel-Erlass* gegen die Bevölkerung aller besetzten Gebiete. Er ist die Ausgeburt eines krankhaften und satanischen Gehirns.

«Als nächstes», sagt der amerikanische Ankläger Robert G. Storey, «möchte ich zu dem Thema übergehen, dass Gestapo und SD Zivilpersonen aus den besetzten Gebieten zu geheimen Verfahren und Bestrafungen nach Deutschland brachten. Es handelt sich um den sogenannten Nacht-und-Nebel-Erlass, der am 7. Dezember 1941 von Hitler herausgegeben wurde.» Das Dokument trägt die Unterschrift des Angeklagten Wilhelm Keitel, Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht. Es lautet:

«Es ist der lange erwogene Wille des Führers, dass in den besetzten Gebieten bei Angriffen gegen das Reich oder die Besatzungsmacht den Tätern mit anderen Massnahmen begegnet werden soll als bisher. Der Führer ist der Ansicht: Bei solchen Taten werden Freiheitsstrafen, auch lebenslängliche Zuchthausstrafen, als Zeichen von Schwäche gewertet. Eine wirksame und nachhaltige Abschreckung ist nur durch die Todesstrafe oder durch Massnahmen zu erreichen,



Göring und Hess bei der Eröffnungsverhandlung am 20. November 1945.

Auf der Anklagebank: Karl Dönitz und Erich Raeder begrüßen sich bei Verhandlungsbeginn. Davor: Göring und Hess.





Ribbentrop bei einer Besprechung mit seinem Verteidiger Dr. Martin Horn.



Hans Frank in seiner Zelle.



Hermann Göring beim Frühstück.

die die Angehörigen und die Bevölkerung über das Schicksal des Täters im ungewissen halten. Diesem Zweck dient die Überführung nach Deutschland. Die anliegenden Richtlinien für die Verfolgung von Straftaten entsprechen dieser Auffassung des Führers. Sie sind von ihm geprüft und gebilligt worden. Keitel.»

In den Richtlinien zu diesem Erlass heisst es dann unter anderem: «Die abschreckende Wirkung dieser Massnahme liegt a) in dem spurlosen Verschwindenlassen der Beschuldigten, b) darin, dass über ihren Verbleib und ihr Schicksal keinerlei Auskunft gegeben werden darf.»

Keitel im Zeugenstand: «Ich muss erklären, dass es mir völlig klar ist, dass die Verbindung meines Namens auch mit diesem sogenannten Nacht-und-Nebel-Erlass für mich eine schwere Belastung darstellt, wenn auch aus den Dokumenten hervorgeht, dass es ein Führerbefehl ist.

Ich habe dagegen grösste Bedenken geäussert und weiss genau, dass ich damals sagte, ich befürchtete von diesem Verfahren genau das Gegenteil von dem, was offensichtlich bezweckt würde. Es wurde mir das nicht anerkannt, es wurde mir gedroht, es würde der Justizminister beauftragt werden, einen entsprechenden Erlass zu machen, wenn die Wehrmacht das nicht könnte.

Die ganze ungeheuerliche Tragik, die mir erst hier bekanntgeworden ist, ist die, dass dieser Erlass, der nur für die Wehrmacht bestimmt war, eine Verallgemeinerung gefunden hat, offenbar durch die Organe der Polizei, dass es ganze Lager von sogenannten Nacht-und-Nebel-Importierten gegeben hat.»

Sir David Maxwell-Fyfe, britischer Ankläger: «Ich möchte, dass Sie dem Gerichtshof sagen, was Ihrer Ansicht nach das Schlimmste war, als Sie so oft gegen Ihre innere Stimme handeln mussten.»

Keitel: «In solche Lagen bin ich wohl recht häufig gekommen.»

Sir David: «Ich möchte, dass Sie es sagen, Angeklagter.»

Keitel: «Vielleicht, von rückwärts angefangen, die Anordnungen, die gegeben waren für die Kriegsführung im Osten, soweit sie den Gebräuchen der Kriegsführung widersprachen . . . aber wohl an der Spitze stehend der Nacht-und-Nebel-Erlass in seiner tatsächlichen und später eingetretenen, mir unbekanntem Auswirkung: Das waren wohl die schwersten Kämpfe, die ich mit mir durchgemacht habe.»

Ein furchtbares Symbol für die Entfesselung aller bösen Instinkte - befohlen von Hitler und gelenkt von Himmler - ist auch das Schicksal des tschechischen Dorfes Lidice.

«Viele Male», sagt der sowjetische Ankläger Smirnow, «und in sogar noch grausamerer Form, hat sich das Schicksal von Lidice auf dem Gebiete der Sowjetunion, Jugoslawiens und Polens wiederholt.

Aber die Welt kennt Lidice und wird es nie vergessen. Die Vernichtung von Lidice wurde von den Nazis als Vergeltung für die gerechte Tötung des Protektors von Böhmen und Mähren, Heydrich, durchgeführt.

Am 9. Juni 1942 wurde das Dorf Lidice auf Befehl der Gestapo von Soldaten umstellt, die auf zehn grossen Lastkraftwagen aus Slany eingetroffen waren. Jeder konnte in das Dorf hineingehen, aber niemand wurde herausgelassen. Die Gestapo trieb Frauen und Kinder in die Schule. Der 10. Juni war der letzte Tag für Lidice und seine Bewohner. Die Männer waren schon im Keller, auf der Tenne und im Pferdestall der Familie Horak eingesperrt. Sie sahen ihr Schicksal kommen und erwarteten es mit Fassung. Der 73jährige Priester Sternbeck stärkte sie mit den Worten Gottes.

Aus dem Horakhof wurden je zehn Männer in den Garten geführt und erschossen. Dieser Massenmord währte vom frühen Morgen bis vier Uhr nachmittags. Später liessen sich die Mörder mit den Leichen am Ort der Vollstreckung fotografieren. 172 Männer und Jünglinge von sechzehn Jahren aufwärts sind am 10. Juni 1942 erschossen worden. Auch sieben Frauen von Lidice wurden in Prag erschossen, die restlichen 195 Frauen wurden in das Konzentrationslager nach Ravensbrück transportiert, 42 starben infolge von Misshandlungen, sieben wurden vergast, drei werden vermisst. Die Kinder von Lidice wurden einige Tage nach der Vernichtung des Dorfes von ihren Müttern getrennt. Neunzig Kinder wurden nach Lodz in Polen gesandt und von dort weiter in das Konzentrationslager *Gneisenau* ins sogenannte Wartheland verbracht. Bisher sind die Spuren der Kinder noch nicht entdeckt worden.»

Aber nicht nur im Osten, überall in Europa wütet der Terror der «Entvölkerungstechnik» Hitlers. Von Norwegen bis Griechenland, von Estland bis zur spanischen Grenze brennen Dörfer, sterben unschuldige Menschen.

Eine andere europäische Ortschaft – gleich Lidice zum Symbol geworden – ist das französische Dorf Oradour-sur-Glane. Lakonisch notiert der deutsche General von Brodowski am 14. Juni 1944 in sein Kriegstagebuch:

«600 Menschen sollen umgekommen sein. Gesamte männliche Bevölkerung von Oradour wurde erschossen. Frauen und Kinder waren in die Kirche geflüchtet. Kirche fing Feuer. In Kirche lagerte Sprengstoff. Auch Frauen und Kinder kamen ums Leben.»

Ganz anders sieht der amtliche Bericht aus, den der französische Ankläger Charles Dubost verliest:

«Am Samstag, dem 10. Juni, brach eine Abteilung SS, die wahrscheinlich der in der Gegend anwesenden Division *Das Reich* angehörte, in den vorher gänzlich umstellten Ort ein und befahl der

Bevölkerung, sich auf dem Marktplatz zu versammeln. Die Männer wurden aufgefordert, sich in vier oder fünf Gruppen aufzustellen, von denen alsdann jede in einer Scheune eingesperrt wurde. Die Frauen und Kinder wurden in die Kirche geführt und dort eingeschlossen. Bald darauf krachten MG-Salven, und das ganze Dorf sowie die umliegenden Bauernhöfe wurden in Brand gesteckt. Die Häuser wurden eines nach dem anderen angezündet.

Während dieser Zeit lebten die Frauen und Kinder, welche den Lärm der Feuersbrunst und der MG-Salven hörten, in höchster Angst. Um 17.00 Uhr drangen deutsche Soldaten in die Kirche ein und stellten auf der Kommunionbank ein Erstickungsgerät auf, das aus einer Art Kiste bestand, aus der brennende Zündschnüre hervorragten. In kurzer Zeit wurde die Luft nicht mehr atembar; jemandem gelang es jedoch, die Sakristeitür aufzureissen, wodurch es möglich wurde, die von der Erstickung betroffenen Frauen und Kinder wieder zu beleben.

Die deutschen Soldaten begannen dann durch die Kirchenfenster zu schiessen, sie drangen in die Kirche ein, um die letzten Überlebenden durch Maschinenpistolenschüsse zu erledigen, und schütteten einen leicht entzündbaren Stoff auf den Boden. Eine einzige Frau konnte sich retten. Sie war an einem Kirchenfenster emporgeklettert, um zu fliehen, als die Rufe einer Mutter, die dieser Frau ihr Kind anvertrauen wollte, die Aufmerksamkeit eines Postens auf sie lenkte. Er gab Feuer und verletzte sie schwer.

Sie konnte ihr Leben nur dadurch retten, dass sie sich totstellte.

Gegen 18.00 Uhr hielten die deutschen Soldaten die in der Nähe vorbeifahrende Lokalbahn an und liessen die nach Oradour fahrenden Reisenden aussteigen. Sie streckten sie durch Maschinenpistolen nieder und warfen die Leichen in die Feuersbrunst.»

Als nach dem Massaker wieder Menschen den eingäscherten Ort betreten, bietet sich ihnen ein grauenvolles Bild: «In der teilweise eingestürzten Kirche befanden sich noch verkohlte, von Kinderleichen stammende menschliche Überreste. Gebeine waren mit der Asche des Holzgetäfels vermengt. Ein Zeuge konnte am Eingang der Kirche den Leichnam einer Mutter sehen, die ihr Kind in den Armen hielt, sowie vor dem Altar die Leiche eines knienden Kindleins und bei dem Beichtstuhl die zweier Kinder, die sich noch umschlungen hielten.»

Dieser Bericht stammt keineswegs von der französischen Regierung des ersten Nachkriegsjahres. Er wurde vielmehr von dem französischen General Bridoux im Auftrage der von Berlin abhängigen Vichy-Regierung abgefasst und dem deutschen Oberbefehlshaber West übergeben.

Lidice und Oradour – in den nüchternen Worten der Protokolle

geschildert – sind im Nürnberger Prozess nur zwei Begebenheiten unter vielen hundert. Tagelang werden die Namen von Städten und Dörfern aufgezählt, die das gleiche und oft ein noch schlimmeres Schicksal hatten, Stunde um Stunde der Verhandlung ist angefüllt mit den Zeugnissen vom Leid von tausend, zehntausend, hunderttausend namenlosen Menschen.

«Zu Tausenden und Zehntausenden wurden Bürger der westlichen Länder hingerichtet, ohne Urteil, als Vergeltungsmassnahme für Taten, an denen sie nicht teilgenommen hatten.» Mit diesen Worten umreisst der stellvertretende französische Hauptankläger Charles Dubost eine andere Art von Verbrechen, die unter die deutsche Besatzungspolitik fallen. Es handelt sich um die Geiselmorde, die als Abschreckung gedacht waren, in Wirklichkeit aber nur neuen Hass gegen die Besatzungsmacht säten und die Widerstandsbewegung nur noch stärker machten. Allein in Frankreich wurden von den Deutschen 29660 Geiseln erschossen. Ankläger Dubost weiss von erschütternden Szenen zu berichten, die den Erschiessungen vorangingen. Man muss sich vergegenwärtigen, dass diese Leute mit ihrem Leben für Dinge büssten, die andere getan hatten. Zwei Berichte mögen hier für alle anderen stehen.

Am 21. Oktober 1941 erschien in der französischen Zeitung *Le Phare* diese Bekanntmachung: «Feige Verbrecher, die im Solde Englands und Moskaus stehen, haben am Morgen des 20. Oktober 1941 den Feldkommandanten von Nantes hinterrücks erschossen. Die Täter sind bisher nicht gefasst. Zur Sühne für dieses Verbrechen habe ich zunächst die Erschiessung von 50 Geiseln angeordnet. Falls die Täter nicht bis zum Ablauf des 23. Oktober 1941 ergriffen sind, werden

im Hinblick auf die Schwere der Tat weitere 50 Geiseln erschossen werden, gez. Stülpnagel.»

Die Erschiessungen wurden ausgeführt.

In einem Bericht der Königlich Norwegischen Regierung heisst es über eine andere Untat: «Am 6. Oktober 1942 wurden zehn bekannte norwegische Bürger als Geiseln hingerichtet als Sühne für Sabotageversuche. Am 20. Juli 1944 wurde eine unbestimmte Anzahl Norweger ohne Urteil erschossen. Sie stammten alle aus einem Konzentrationslager. Man kennt den Grund dieser Verhaftung und Hinrichtung nicht. Nach der deutschen Kapitulation wurden schliesslich 44 Leichen von Norwegern in Gräben wiedergefunden. Alle waren erschossen worden. Man kennt den Grund für diese Hinrichtung nicht. Er ist niemals veröffentlicht worden. Man glaubt nicht, dass sie vor Gericht erschienen. Die Hinrichtungen waren durch Genickschuss oder Revolverschuss in die Ohren vorgenommen worden. Die Hände dieser Opfer waren auf den Rücken gefesselt.»

Aus diesen Befehlen zu Geislerschiessungen, an denen nicht nur

Polizei und SS, sondern auch die Wehrmacht beteiligt war, spricht die gleiche Missachtung fremden Lebens, die die gesamte Besatzungspolitik Hitlers auszeichnet. Von ihrem Terrorregime hat der deutsche Soldat, der im Kampf die fremden Gebiete eroberte, nur wenig zu sehen bekommen. Während er an der Front stand, ging hinter seinem Rücken die alte Parteigarde daran, das Gebiet «politisch zu sichern» und nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten zu verwalten, zu vergewaltigen. Diese Männer, die auf der Anklagebank in Nürnberg sitzen, sofern sie nicht Selbstmord begingen, waren sich über das Prinzip ihrer Politik völlig einig, so verschieden auch sonst ihre Charaktere sein mochten. Freilich bestanden kleine Unterschiede, je nachdem, ob es sich um die besetzten Gebiete westlich oder östlich Deutschlands handelte. Darüber gibt der Angeklagte Arthur Seyss-Inquart Auskunft, der sowohl Chef der Zivilverwaltung von Südpolen als auch Reichskommissar für die Niederlande war. Als er sich 1940 von Generalgouverneur Hans Frank verabschiedete, sagte er:

«Ich gehe nun nach dem Westen, und ich will ganz offen sein: Mit dem Herzen bin ich hier; denn ich bin meiner ganzen Einstellung nach auf den Osten eingerichtet. Im Osten haben wir eine nationalsozialistische Mission, drüben im Westen haben wir eine Funktion, das ist vielleicht ein Unterschied.»

Der Unterschied zwischen Mission und Funktion war nur eine Frage der Nuancierung; das Prinzip war das gleiche. Für Seyss-Inquarts Politik in Polen wie auch in den Niederlanden gilt der Leitsatz, den er seinen Kreishauptleuten in Lublin im November 1939 zurief: «Wir fördern alles, was dem Reiche nützt, und unterbinden alles, was dem Reich schaden kann.» Und was nützte nicht alles dem Reich! Angefangen von der Beschlagnahme fremden Eigentums und der Plünderung von Kulturgütern bis zur Zwangsverschickung von Arbeitern und der Deportierung von niederländischen Juden. Hierzu einige Beispiele:

Sehr erfolgreich arbeitete der Einsatzstab Rosenberg mit Seyss-Inquarts Referenten zusammen. In einem Bericht über die abtransportierten Kulturgüter heisst es: «Der Materialwert dieser Büchereien ist nur ungefähr zu schätzen. Er beläuft sich aber sicher auf 30 bis 40 Millionen Reichsmark.»

Am 18. Mai 1942 erliess Seyss-Inquart eine Verordnung, durch die er Kollektivstrafen für holländische Städte einführte, in denen sich Widerstandselemente befinden sollten. Die wirtschaftliche Ausplünderung nahm unter seiner Herrschaft besonders grosse Ausmasse an. Im Jahr 1943 liess er Textilien und Gebrauchsgegenstände für die deutsche Bevölkerung beschlagnahmen. Das Eigentum von Leuten, die einer Tätigkeit gegen das Reich beschuldigt waren,

wurde ebenfalls eingezogen. Ausserdem schickte Seyss-Inquart während seiner Herrschaft 500'000 Niederländer als Arbeiter ins Reich; nur ein geringer Bruchteil von ihnen waren tatsächlich Freiwillige.

Die schrecklichsten Folgen hatte die Politik des Reichskommissars für die Juden. Um das Urteil des Gerichts gegen ihn verständlich zu machen, seien hier einige Punkte angeführt. In seinem Buch *Vier Jahre in den Niederlanden* schrieb Arthur Seyss-Inquart:

«Die Juden sind für uns nicht Niederländer. Sie sind Jene Feinde, mit denen wir weder zu einem Waffenstillstand noch zu einem Frieden kommen können. Dies gilt hier, wenn Sie wollen, für die Zeit der Besatzung. Erwarten Sie von mir keine Verordnung, die dies festsetzt, ausser Regelungen polizeilicher Natur. Wir werden die Juden schlagen, wo wir sie treffen, und wer mit ihnen geht, hat die Folgen zu tragen. Der Führer hat erklärt, dass die Juden in Europa ihre Rolle ausgespielt haben, und daher haben sie ihre Rolle ausgespielt.»

So wurden nach dem Willen von Seyss-Inquart von den 140'000 Juden in Holland 117'000 nach Osteuropa deportiert. Unter diesen Juden befand sich auch ein kleines Mädchen, dessen Tagebuchaufzeichnungen aus der Zeit, da es sich vor der deutschen Polizei in einem Hinterhaus versteckte, die ganze Welt erschütterten: Anne Frank, die in Bergen-Belsen umkam.

Die Entvölkerungspolitik hat sich, wie schon mehrmals belegt, nicht auf Juden beschränkt. Von ihr waren alle dem Herrenmentum nicht genehmen Stämme und Schichten betroffen. Das gilt auch für das Protektorat Böhmen und Mähren, also das erste Gebiet, in dem die Grundzüge der deutschen Besatzungs- und Eingliederungspolitik angewendet wurden. Ein Dokument hierzu belastet den Angeklagten Constantin von Neurath, Reichsprotektor von Böhmen und Mähren bis 1941. Es ist eine Geheime Kommandosache vom 15. Oktober 1940 und befasst sich mit den Grundsätzen der Politik im Protektorat: «Der Reichsprotektor hat zu den verschiedenen Planungen nach reiflicher Prüfung in einer Denkschrift Stellung genommen. In dieser werden drei Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt:

a) Deutsche Durchdringung Mährens und Rückbau des tschechischen Volksteiles auf ein Restböhmen. Diese Lösung wird, da ja das tschechische Problem, wenn auch verkleinert, weiter bestehen bleibt, als nicht befriedigend bezeichnet.

b) Gegen die an sich totalste Lösung, nämlich die Aussiedlung der gesamten Tschechen, sprechen mannigfaltige Gründe. Die Denkschrift kommt daher zum Ergebnis, dass sie in absehbarer Zeit undurchführbar ist.

c) Assimilierung des Tschechentums, das heisst Aufsaugen etwa

der Hälfte des tschechischen Volksteiles im Deutschtum, insoweit diese blut- und sonst wertmässig Bedeutung hat. Diese wird unter anderem auch durch vermehrten Arbeitseinsatz von Tschechen im Reichsgebiet (ausgenommen die sudetendeutschen Grenzgebiete), also durch Zerstreuung des geschlossenen tschechischen Volksteiles, erfolgen. Die andere Hälfte des tschechischen Volksteiles muss auf die verschiedensten Arten entmachtet, ausgeschaltet und ausser Landes gebracht werden. Dies gilt besonders für die rassistisch mongoloiden Teile und den Grossteil der intellektuellen Schicht. Elemente, die der beabsichtigten Germanisierung entgegenarbeiten, müssen scharf angefasst und ausgeschaltet werden . . .»

Da die Verwaltungspolitik Constantin von Neuraths Hitler zu milde erschien, ersetzte er ihn 1941 durch SD-Chef Reinhard Heydrich. Diese Tatsache und Neuraths Eintreten für verhaftete Tschechen haben das Gericht bestimmt, den ehemaligen Reichsaussenminister zu nur 15 Jahren Gefängnis zu verurteilen.

Fast jeder der angeklagten Generalgouverneure, Reichskommissare – oder wie sonst Hitlers Besatzungsspezialisten hiessen – hat sich mit dem Hinweis verteidigt, das eigentliche Terrorregime sei von Himmlers Sicherheitspolizei und dem Sicherheitsdienst ausgegangen. Das Gericht hat diese Entschuldigung zur Kenntnis genommen, nicht aber als Einschränkung für die Verantwortung der Angeklagten in ihrem Herrschaftsbereich anerkannt. Dennoch gibt es kaum ein Dokument und kaum eine Zeugenaussage im Zusammenhang mit der deutschen Politik in den besetzten Gebieten, in denen das gewaltige Ausmass der Verbrechen von Himmlers Apparat nicht zum Ausdruck käme. Diese Anklagen richten sich jetzt gegen Ernst Kaltenbrunner, der vielleicht auch stellvertretend für den Selbstmörder Himmler auf der Anklagebank sitzt. Doch Kaltenbrunner ist deshalb kein Lückenbüsser: unermesslich ist die Schuld des Mannes, der als Chef der Sicherheitspolizei und des SD sowie als Chef des Reichssicherheitshauptamtes im In- und Ausland Himmlers Apparat verwaltete und viele Mordbefehle unterzeichnete.

Welche unfassbare Grausamkeit in diesen Befehlen zum Ausdruck kommt, beweist ein Brief der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Radom vom 19. Juli 1944. Darin heisst es: «Reichsführer SS hat mit Zustimmung des Generalgouverneurs angeordnet, dass in allen Fällen, in denen Attentate oder Attentatsversuche auf Deutsche erfolgt sind oder Saboteure lebenswichtige Einrichtungen zerstören, nicht nur die gefassten Täter erschossen werden, sondern dass darüber hinaus die sämtlichen Männer der Sippe gleichfalls zu exekutieren und die dazugehörigen weiblichen Angehörigen über 16 Jahre in das KZ einzuweisen sind.»

Der in diesem Brief erwähnte Generalgouverneur ist der Ange-

klagte Hans Frank, der Chef der Zivilverwaltung der besetzten polnischen Gebiete. Die Anklage hat es in seinem Fall leicht. Sein Kriegstagebuch, das achtunddreissig Bände umfasst, ist eine einzige und unangreifbare Anklage wider ihn. Der amerikanische Ankläger William H. Baldwin erklärt dazu: «Es ist unfasslich für einen Menschen mit normalem Gewissen, wie jemand eine derartig sauber geschriebene Geschichte von Mord, Hunger und Massenausrottung, für die er selbst verantwortlich ist, überhaupt niederlegen konnte.» Nach seinem Motto «Polen soll wie eine Kolonie behandelt werden, die Polen werden die Sklaven des Grossdeutschen Weltreichs werden» regiert Frank in seinem Herrschaftsbereich. Ein absoluter Potentat, ein Tyrann und Massenmörder zugleich. Frank selbst erläutert am 8. März 1940 den Abteilungsleitern seine Position: «Es gibt hier im Generalgouvernement keine Autorität, die an Rang höher, an Einfluss stärker und an Autorität grösser wäre als die des Generalgouverneurs. Auch die Wehrmacht hat hier keinerlei Regierungs- und Amtsfunktionen; sie hat hier Sicherungsfunktionen und die allgemeinen soldatischen Aufgaben. Sie hat keinerlei politische Macht. Dasselbe gilt für Polizei und SS. Es gibt hier keinen Staat im Staate, sondern wir sind die Repräsentanten des Führers und Reiches.»

Seine Reden und sein Tagebuch legen Zeugnis wider ihn'ab. Da sagt Frank seinen Abteilungsleitern im Dezember 1940: «In diesem Land muss der sehr harte Zug einer entschlossenen Führung herrschen. Der Pole muss hier spüren, dass wir ihm keinen Rechtsstaat aufbauen, sondern dass es für ihn nur eine Pflicht gibt, nämlich zu arbeiten und brav zu sein . . .»

Und weiter, unter dem 14. Januar 1944, die schreckliche Eintragung: «Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und aus den Ukrainern und dem, was sich hier herumtreibt, Hackfleisch gemacht werden. Es kann gemacht werden, was will.»

Frank machte auch schon während des Krieges, was er wollte. Ausbeutung, Terror und Zwangsarbeit sind die Grundzüge seiner Politik. Die polnische Bevölkerung lebt unter unvorstellbaren Bedingungen. Frank zeichnet sie getreulich in seinem Tagebuch auf: «Obermedizinalrat Dr. Walbaum äussert sich zu der Gesundheitslage der polnischen Bevölkerung. Untersuchungen, die von seiner Abteilung angestellt worden seien, hätten ergeben, dass der grösste Teil der Polen nur etwa 600 Kalorien zu sich nähme.»

Das war 1941, zu Beginn des Krieges. Ein Jahr später, am 24. August 1942, erklärt Frank seinen Untergebenen: «Bevor das deutsche Volk in eine Hungerkatastrophe kommt, sind die besetzten Gebiete und ihre Bevölkerung dem Hunger auszuliefern. Das Gene-

ralgouvernement hat sich verpflichtet, zuzüglich zu dem, was wir aus dem Generalgouvernement an Lebensmitteln zur Entlastung der Heimat und für die hier stationierten Verbände der Wehrmacht, Polizei und SS liefern, noch 500'000 Tonnen Brotgetreide ins Vaterland abzuführen. Wenn Sie damit das Mass unserer Gesamtleistungen vom vorigen Jahr vergleichen, so können Sie daraus etwa eine Versechsfachung der für das Generalgouvernement sich ergebenden Leistung schliessen . . .»

Am 18. August 1942 hat Frank eine Besprechung mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel. Dabei erklärt er: «Ich freue mich, Ihnen, Parteigenosse Sauckel, amtlich melden zu können, dass wir bis jetzt über 800'000 Arbeitskräfte in das Reich vermittelt haben. Sie haben neuerdings das Ersuchen um die Vermittlung von weiteren 140'000 Arbeitskräften gestellt. Über die Zahl der jetzigen 140'000 hinaus können Sie aber im nächsten Jahr mit einer weiteren Arbeiterzahl aus dem Generalgouvernement rechnen; denn wir werden zur Erfassung Polizei einsetzen.»

Mit dieser Besprechung ist das Kapitel der Sklavenarbeit angeschnitten, das in Nürnberg eine grosse Rolle spielte und in das vor allem die Angeklagten Sauckel, Frank, Kaltenbrunner und Speer verstrickt waren.

Dieses Programm dürfte wohl einmalig in der Geschichte der Menschheit sein und auch nicht von seinen aktuellen Vor- und Nachläufern übertroffen werden. In seinem Mittelpunkt steht der Angeklagte Fritz Sauckel, der am 21. März 1942 beauftragt wurde, «den Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte, einschliesslich der im Ausland angeworbenen Arbeiter und von Kriegsgefangenen» unter einheitliche Kontrolle zu bringen. Im Urteil heisst es über ihn: «Das Beweismaterial zeigt, dass Sauckel die oberste Verantwortung für ein Programm trug, das die Deportation von mehr als fünf Millionen Menschen zum Zwecke der Zwangsarbeit erforderte, wobei viele von ihnen schreckliche Grausamkeiten und Leiden erdulden mussten.»

Das entsetzliche Programm wurde schon vor dem Krieg geplant. Hitler erklärte am 23. Mai 1939 in einer Besprechung mit Göring und Raeder: «Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen grösseren Ostraum zu besitzen. Im Kriege werden wir noch weniger wie im Frieden mit Rekordern rechnen können. Die Bevölkerung nichtdeutscher Gebiete tut keinen Wafdienst und steht zur Arbeitsleistung zur Verfügung.»

Mit unerhörter Besessenheit macht sich Gauleiter Sauckel an die Arbeit. Schon vier Monate nach seiner Einsetzung als Generalbevollmächtigter kann er in einem Brief an Hitler und Göring melden: «Da in den Verhandlungen mit allen beteiligten Stellen sich die Not-

wendigkeit ergab, zur Deckung des dringenden Bedarfs in der Rüstungs- und Ernährungswirtschaft etwa 1'600'000 Arbeitskräfte zum Einsatz zu bringen, habe ich den Einsatz dieser Zahl von Kräften innerhalb der kürzesten Frist als einen wesentlichen Punkt meines Programms mir zum Ziel gesetzt. Am 24.7.42 ist die von mir bei Beginn meines Auftrags geforderte Zahl von 1'600'000 Arbeitskräften überschritten worden.»

«Ich will Gauleiter Sauckel nicht loben», sagt Göring eine Woche später, «das hat er nicht nötig. Aber was er in dieser kurzen Zeit geleistet hat, um in einer solchen Geschwindigkeit Arbeiter aus ganz Europa herauszuholen und in unsere Betriebe zu bringen, das war einmalig.»

Unter den 1,6 Millionen Sklavenarbeitern, die Sauckel zusammengeholt hat, sind fast eine Million Ostarbeiter und über 200'000 sowjetische Kriegsgefangene. Auch später stellen diese beiden Gruppen den Hauptanteil des Programms. Am 15. April 1943 gibt Sauckel Hitler bekannt, dass neue 3,6 Millionen Fremdarbeiter der Wirtschaft zugeführt wurden, ausserdem noch 1,6 Millionen Kriegsgefangene. Die Rüstung arbeitet jetzt zu vierzig Prozent mit Ausländern, die aus vierzehn Nationen stammen. Und Sauckel erklärt am 1. März 1944 selbst offen: «Von den fünf Millionen ausländischen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200'000 freiwillig gekommen.» Hinter diesen nüchternen Zahlen verbergen sich Tragödien unvorstellbaren Ausmasses. Sauckel erzählt stolz am 1. März 1944 in einer Sitzung der Zentralen Planung: «Ich bin dann sogar den Weg gegangen, mir meinen Agentenstab heranzubändigen, die gegen gute Bezahlung, wie es früher ein Shanghaien gegeben hat, auf Menschenfang ausgehen und durch Schnäpse und Überredung die Leute betören, um sie nach Deutschland zu bringen.» Die niederländische Regierung erklärt in einem Bericht an das Nürnberger Gericht: «Im November 1944 begannen die Deutschen einen rücksichtslosen Feldzug, um Arbeitskräfte zu erhalten; sie übergingen dabei die Arbeitsämter. Ohne Warnung umzingelten sie ganze Stadtviertel, nahmen die Leute in den Strassen oder in ihren Häusern fest und deportierten sie.»

Im Osten begann das Sklaventreiben schon früher. Hier legte man sich von Anfang an keinen Zwang an. «Eine wilde, rücksichtslose Menschenjagd, wie sie überall in Stadt und Land, auf Strassen, Plätzen, Bahnhöfen, ja sogar in Kirchen sowie nachts in Wohnungen durchgeführt wird, hat das Sicherheitsgefühl der Einwohner erschüttert», schreibt der Leiter des Ukrainischen Hauptausschusses, Professor Wolodymyr Kubijowytsch im Februar 1943 an Generalgouverneur Frank. Der Professor weist darauf hin, dass die Ukrainer erwartet hätten, nicht mit den Feinden Deutschlands gleichgesetzt

zu werden. Er berichtet, dass die deutsche Polizei sogar das ukrainische Heiligtum, die St.-Georgs-Kathedrale in Lemberg, durchsucht habe, was nicht einmal während der bolschewistischen Besatzungszeit vorgekommen sei.

Am 21. Dezember 1942 schreibt der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, an Sauckel einen Brief, in dem er nachdrücklich bittet, dass «zur Erfüllung der befohlenen Kontingente Handhabungen ausgeschlossen werden, deren Duldung und Folgen eines Tages mir und meinen Mitarbeitern zur Last gelegt werden». Selbst dieser Brief hat Rosenberg nicht vor dem Galgen retten können; sein papierner Protest blieb ohne Wirkung. Interessant aber ist der Anlass zu diesem Schritt Rosenbergs, der Brief einer Russin, der von der deutschen Zensur abgefangen und Rosenberg ausgehändigt wurde. In diesem Brief heisst es:

«Am 1. Oktober fand eine neue Aushebung von Arbeitskräften statt; von dem, was geschehen ist, werde ich Dir das Wichtigste beschreiben. Du kannst Dir diese Bestialität gar nicht vorstellen. Du erinnerst Dich wohl daran, was man uns während der Polenherrschaft über die Sowjets erzählt hat; so unglaublich ist es jetzt auch, und wir glaubten es damals nicht. Es kam der Befehl, 25 Arbeiter zu stellen, aber keiner hat sich gemeldet, alle waren geflohen. Dann kam die deutsche Gendarmerie und fing an, die Häuser der Geflohenen anzuzünden. Das Feuer wurde sehr heftig, da es seit zwei Monaten nicht geregnet hat, dazu standen die Getreideschober auf den Höfen. Du kannst Dir denken, was da vor sich ging. Man verbot den herbeigeeilten Leuten zu löschen, schlug und verhaftete sie, so dass sechs Höfe niederbrannten. Die Gendarmen zündeten unterdessen andere Häuser an, die Leute fallen! auf die Knie und küssen ihnen die Hände, die Gendarmen aber schlagen mit Gummiknüppeln auf sie los und drohen, dass sie das ganze Dorf niederbrennen werden.»

Diesen Brief der Russin aus dem Dorf Bielosirka hatte Rosenberg seinem Schreiben an Sauckel als Anlage beigefügt. Schon einige Monate zuvor war Rosenberg über die Verhältnisse orientiert, wie aus einer Geheimen Reichssache vom 25. Oktober 1942 hervorgeht, die der Ministerialdirigent Otto Bräutigam im Ostministerium unterzeichnete. Darin heisst es:

«Wir erlebten nun das groteske Bild, dass nach dem gewaltigen Hungersterben der Kriegsgefangenen Hals über Kopf Millionen von Arbeitskräften aus den besetzten Ostgebieten angeworben werden mussten, um die in Deutschland entstandenen Lücken auszufüllen. Jetzt spielte auf einmal die Ernährungsfrage keine Rolle mehr. In der üblichen grenzenlosen Missachtung des slawischen Menschen wurden bei der ‚Werbung‘ Methoden angewandt, die wohl nur in den schwärzesten Zeiten des Sklavenhandels ihr Vorbild haben. Es

setzte eine regelrechte Menschenjagd ein. Ohne Rücksicht auf Gesundheitszustand und Lebensalter wurden die Menschen nach Deutschland verfrachtet. . . »

Über die katastrophalen Lebensverhältnisse der Ostarbeiter weiss der Direktor der Krupp-Lokomotivfabrik in Essen, Hupe, am 14. März 1942 zu berichten: «Wir stellen in den letzten Tagen fest, dass die Beköstigung der hier eingesetzten Russen derart miserabel ist, dass die Leute von Tag zu Tag mehr geschwächt sind. Feststellungen haben ergeben, dass die einzelnen Russen nicht mehr in der Lage sind, beispielsweise einen Drehstuhl einwandfrei anzuziehen, wegen fehlender körperlicher Kräfte. Genauso verhält es sich an allen anderen Arbeitsplätzen, an denen Russen beschäftigt sind.»

Wahrscheinlich hätte dieser Zustand noch unmenschlichere Formen angenommen, wären noch mehr Menschen an Erschöpfung gestorben, hätte nicht Albert Speer nach dem Grundsatz gehandelt, dass Arbeitskräfte «anständig ernährt werden müssen, damit sie tüchtig arbeiten können». Als Reichsminister für Bewaffnung und Munition und Generalbevollmächtigter für Bewaffnung arbeitete Speer mit Sauckel eng zusammen. In der Praxis sah es so aus, dass Speer an Sauckel eine Schätzung seines Bedarfs an Arbeitern gab und dieser die Kräfte herbeischaffte und dort einwies, wo Speer sie benötigte. Albert Speer ist mit einer Strafe von zwanzig Jahren Gefängnis davongekommen. Das Gericht hat ihm neben anderem seine aufrechte Haltung gegenüber Hitler als Milderungsgrund angerechnet.

Seine Mitverantwortung am Sklavenarbeiter-Programm war jedoch eindeutig. Die Arbeitsteilung zwischen ihm und Sauckel geht klar aus dem Protokoll einer Besprechung im Führerhauptquartier am 4. Januar 1944 hervor. Ausser Hitler sind anwesend: Sauckel, Speer, Keitel, Milch, Himmler und Lammers, der das Protokoll führt. Zunächst will Hitler wissen, wieviel Arbeitskräfte nötig sind.

«GBA (Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz) Sauckel erklärte, dass er, um den bisherigen Bestand an Arbeitskräften zu erhalten, im Jahre 1944 mindestens zweieinhalb Millionen, voraussichtlich aber drei Millionen neue Arbeitskräfte zuführen müsse; andernfalls würde ein Absinken der Produktion eintreten. Reichsminister Speer erklärte, dass er zusätzlich 1,3 Millionen Arbeitskräfte bedürfe. GBA Sauckel erklärte, dass er mit fanatischem Willen den Versuch machen werde, diese Arbeitskräfte zu beschaffen. Ob dies gelinge, hänge aber im Wesentlichen davon ab, welche deutschen Exekutivkräfte zur Verfügung gestellt würden. Mit einheimischen Exekutivkräften sei seine Aktion nicht durchzuführen. Der Reichsführer-SS versprach, sein Bestes zu tun . . . »

Himmler tat sein Bestes. Er befahl seinen Mordkommandos, sich

vorübergehend zurückzuhalten und sich in den Dienst der Sache «Arbeitsprogramm» zu stellen. So geht es aus einem Befehl des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Tschernigow, SS-Sturm-bannführer Christensen, an seine Kommandoführer hervor: «Mit Rücksicht auf die augenblickliche politische Lage, vor allen Dingen in der Rüstungsindustrie in der Heimat, sind die sicherheitspolizeilichen Massnahmen weitgehendst dem Arbeitseinsatz für Deutschland unterzuordnen. Die Ukraine hat in kürzester Frist eine Million Arbeiter für die Rüstungsindustrie freizustellen, wovon aus unserem Gebiet täglich 500 Mann zu stellen sind. Die Arbeit der Aussenkommandos ist daher ab sofort umzustellen. Hierzu wird Folgendes angeordnet:

1. Sonderbehandlungen sind auf ein Mindestmass zu beschränken.

2. Die Tätigkeit der Arbeitsbehörden bzw. der Werbekommissionen sind weitgehendst zu unterstützen. Dabei wird es nicht immer ohne Zwangsmittel abgehen. Bei der Überholung von Dörfern bzw. notwendig werdenden Niederbrennung eines Dorfes wird die gesamte Bevölkerung dem Beauftragten zwangsweise zur Verfügung gestellt.

3. Grundsätzlich werden keine Kinder mehr erschossen.»

Damit aber die Entvölkerungsspezialisten nicht irre würden an ihrer Aufgabe, schliesst der Befehl mit dem deutlichen Hinweis: «Wir müssen uns darüber klar sein, dass der Slawe jede weiche Behandlung als Schwäche auslegt und sich sofort in solchen Momenten darauf einstellt. Wenn wir also durch obige Anordnung unsere harten sicherheitspolizeilichen Massnahmen vorübergehend einschränken, so geschieht dies nur aus folgendem Grund. Das wichtigste ist die Arbeiterbeschaffung . . .»

Statt ins Massengrab kamen die Unglücklichen nun als Zwangsarbeiter nach Deutschland. Und für manchen bedeutete dieser Tausch nur eine kurze und qualvolle Verlängerung seines elenden Lebens.

Der deutsche Oberlagerarzt in den Ausländerlagern der Kruppwerke, Dr. Wilhelm Jäger, hat darüber für das Nürnberger Gericht erklärt:

«Die Zustände in allen Lagern waren äusserst schlecht. Das Essen für die Ostarbeiter war vollkommen unzureichend. Die Schuhknappheit zwang viele Arbeiter, auch im Winter barfuss zur Arbeit zu gehen. Die sanitären Zustände waren besonders schlecht. Die Zahl der erkrankten Ostarbeiter war doppelt so gross wie die der deutschen Arbeiter. Sie brachen wie die Fliegen zusammen. Das Lager in der Nöggerathstrasse (wo Kriegsgefangene als Rüstungsarbeiter hausten) befand sich in einem schauerhaften Zustand. Die Leute

wohnten in Aschenbehältern, Hundeställen, alten Backöfen und selbstgemachten Hütten.»

Im nächsten Dokument der Nürnberger Protokolle heisst es:

«Es erschien mir als Arzt menschenunwürdig, in welcher Lage die Leute sich befanden. Täglich wurden mir bis zu zehn Personen vorgeführt, die den Körper mit blauen Flecken überdeckt hatten auf Grund des dauernden Schlagens mit Gummischläuchen, Stahlruten oder Stöcken. Die Leute wälzten sich oft vor Schmerzen, ohne dass ich die Möglichkeit hatte, ihnen auch nur eine kleine medizinische Hilfe zuteil werden zu lassen. Oft lagen Tote zwei bis drei Tage auf ihren Strohsäcken, bis Mitgefangene sie nach draussen brachten und verscharrten.»

Sie alle, die unschuldigen Geiseln und die ermordeten und verhungerten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die dezimierten Völker und liquidierten Rassen, sie alle sind die anonymen und ungesühnten Opfer jener Entvölkerungspolitik, die Hitler und seine Genossen in den besetzten Gebieten so erfolgreich angewandt hatten.

6 DIE AUSROTTUNG DER JUDEN

Hitlers Versuch, die Juden Europas auszurotten, hat im Nürnberger Prozess einen breiten Raum eingenommen. Es gab auf der Anklagebank kaum einen Repräsentanten des Dritten Reiches, dem nicht zumindest eine Mitschuld an diesem entsetzlichen Vernichtungsprogramm vorgeworfen und nachgewiesen wurde. Der Antisemitismus der Partei war nicht akademisch; er verlangte nach Taten und fand Henker und Schergen genug, sie auszuführen.

Die Geschichte der Judenverfolgung im Dritten Reich ist angefüllt mit unglaublichen Schrecken und Verbrechen, deren ganzes Ausmass dem deutschen Volk bis heute noch immer verborgen ist. Es fing so scheinbar harmlos an und endete mit der Vernichtung von vier bis fünf Millionen Menschen. Es fing so harmlos an, und doch liess der Beginn die künftigen Schrecken ahnen. Die Marschroute, die Hitler und seine Genossen einschlagen würden, ist bereits im Programm der Nationalsozialistischen Partei vom Februar 1920 festgelegt. Dort heisst es: «Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist, Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf die Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.»

Nach der Machtergreifung hatte man die «gesetzlichen» Mittel, das Parteiprogramm in die Tat umzusetzen. Zahlreiche Verordnungen beschnitten die Rechte der deutschen Juden. Eingewanderte Juden wurden ausgebürgert, Juden durften mit «Ariern» nicht ver-

heiratet sein, sie durften nicht wählen, sie durften bestimmte Berufe nicht ausüben und gewisse Verkehrsmittel und Unterhaltungsstätten nicht benutzen. Sie durften nur noch eines: hohe Steuern und Sühnestrafen zahlen und später sterben.

Doch damit nicht genug. Man organisierte den uniformierten Mob 1933 und 1938, zündete Synagogen an, boykottierte jüdische Geschäfte, schlug die Juden und schoss sie nieder. Immer schärfer werden die Massnahmen. Von den 500'000 in Deutschland wohnenden Juden haben bis Kriegsbeginn 200'000 Zuflucht im Ausland gesucht. Den Zurückgebliebenen wird bald klargemacht, dass es jetzt um mehr geht als um Heimat, Wohnung und Freunde, dass nun das Leben auf dem Spiel steht.

In seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 drückte sich Hitler deutlich genug aus: «Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.»

Hitler hatte damals wohl noch keine genauen Vorstellungen, wie er sein Ziel erreichen könnte, obwohl er schon 1923 in seinem Buch *Mein Kampf* klagte: «Hätte man nur zu Kriegsbeginn (1914) einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber unter Giftgas gehalten!» Vielleicht liebäugelte er zeitweise mit dem kuriosen Plan des Angeklagten Hjalmar Schacht, die deutschen Juden nach Madagaskar zu deportieren. Aus Tarnungsgründen wurde dieser Plan erst 1942 endgültig begraben. Damals gab Abteilungsleiter Franz Rademacher den Stellen des Auswärtigen Amtes neue Anweisungen: «Der Krieg gegen die Sowjetunion hat inzwischen die Möglichkeit gegeben, andere Territorien für die Endlösung zur Verfügung zu stellen. Demgemäss hat der Führer entschieden, dass die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen.»

Hitler wiederholte die oben zitierte Stelle seiner Rede später noch fünfmal. Sie ist der Schlüsselsatz zu den Verbrechen, welche die Ausrottung von Millionen Menschen unter dem Tarnwort *Endlösung* bedeuteten. Eine Woche vor der Reichstagsrede, am 24. Januar 1939, war SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich von Reichsmarschall Göring beauftragt worden, die «jüdische Auswanderung» zu organisieren. Am 31. Juli 1941 wird dieser Auftrag von Göring zur «Endlösung» erweitert. Jetzt, in den Händen eines Berufsmörders, wird die Vernichtung der jüdischen Rasse systematisch betrieben. Alles, was bisher den Juden geschah, war nur ein gnädiger Auftakt zu den Scheusslichkeiten, die nun folgen sollen. Während die deutschen Truppen in ihrem Siegeszug Europa überschwemmen und der

Endsieg in greifbare Nähe zu rücken scheint, arbeiten Tausende von Himmlers Spezialisten an der Endlösung und vernichten – möglichst rationell – Millionen von Menschen. Göring betonte in Nürnberg zwar mehrmals, gegenüber den Juden keine radikale Einstellung gehabt zu haben. Doch die Tatsachen ergeben ein anderes Bild. Görings Name ist für immer mit dem Befehl zur Endlösung verbunden und erscheint überall, wo etwas gegen die Juden geplant und unternommen wurde. Die von Göring am 12. November 1938 einberufene Sitzung, in der den Juden eine Strafe von einer Milliarde Mark auferlegt wird, beweist Görings aktiven Antisemitismus. Er forderte eine Uniform für die Juden und ihre Konzentrierung in Gettos. Zum Abschluss sagte er den Anwesenden prophetisch: «Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in aussenpolitische Konflikte kommt, so ist es selbstverständlich, dass wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine grosse Abrechnung an den Juden zu vollziehen.»

In Nürnberg leugnet Göring jedoch jede Kenntnis der Schrecken in den Konzentrationslagern. Der britische Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe lässt dennoch nicht locker:

«Wollen Sie dem Gerichtshof gegenüber behaupten, dass Sie, der zweite Mann im Reich, nichts über die Konzentrationslager wussten?»

Göring, wörtlich: «Ich hatte keine, wie es in den Konzentrationslagern später, nach meiner Zeit, zugeing, nicht gewusst.»

Sir David: «Sie haben gesagt, dass verschiedene Vertreter (Ihrer Ämter) in den Ostgebieten waren, und Sie haben die Filme über die Konzentrationslager gesehen, seitdem dieser Prozess begann, nicht wahr? Sie wissen, dass Millionen von Kleidungsstücken, Millionen von Schuhen, 20'952 Kilogramm goldener Eheringe, 35 Waggonladungen von Pelzen vorhanden waren. Alle diese Dinge wurden von den Menschen, die in Majdanek oder Auschwitz umgebracht wurden, hinterlassen. Ist Ihnen niemals während der Entwicklung des Vierjahresplanes Mitteilung gemacht worden, dass Sie diese Unmassen von menschlichen Gebrauchsstücken erhielten? Erinnern Sie sich an den Zeugen, der aussagte, dass die Henker Ihres Freundes Himmler so gründlich waren, dass es fünf Minuten länger dauerte, Frauen zu ermorden, weil man ihnen ihre Haare abschneiden musste, die für die Herstellung von Matratzen benutzt wurden? Ist Ihnen niemals etwas über den Zuwachs deutschen Materials gesagt worden, das von den Effekten dieser ermordeten Menschen stammte?»

Göring: «Nein, und wie stellen Sie sich das bitte vor? Ich habe grosse Richtlinien für die deutsche Wirtschaft gegeben. Dazu gehörte nicht die Matratzen- oder sonstwie Anfertigung aus Frauenhaaren oder die Verwendung alter Schuhe und Kleider. Ich möchte auch hier

1 Ehering = 5 g / 200 Eheringe = 1 kg / 20'952 kg = 4'190'400 Eheringe

einen Einspruch gegen diesen Ausdruck erheben: «Mein Freund Himmler».»

Sir David: «Gut, ich will sagen ‚Ihr Feind Himmler« oder einfach ‚Himmler«. Sie wissen, wen ich meine, oder nicht?»

Göring: «Jawohl.»

Mehr ist aus Göring nicht herauszubekommen.

Es ist Tatsache, dass es bis Mitte 1941 kaum systematische Massenmorde an Juden gab. Der Grund dafür mag sein, dass die deutsche Regierung auf die Weltmeinung, insbesondere auf Amerika und Russland, Rücksicht nehmen wollte. Erst als beide Nationen mit Deutschland im Kriege standen, lief das Programm der Endlösung auf vollen Touren.

Freilich, das Schicksal des jüdischen Volkes im Gewaltbereich der Nationalsozialisten war auch vorher schon grauenhaft genug. Unter unvorstellbaren Bedingungen wurden die deutschen Juden zu Tausenden ins neugeschaffene Generalgouvernement deportiert. Die Wiener Juden zum Beispiel presste man in die schon überfüllten jüdischen Gebiete um Lublin. Baldur von Schirach brüstete sich am 14. September 1942: «Wenn man mir den Vorwurf machen wollte, dass ich aus dieser Stadt, die einst die europäische Metropole des Judentums gewesen ist, Zehntausende und aber Zehntausende von Juden ins östliche Getto abgeschoben habe, muss ich antworten: Ich sehe darin einen aktiven Beitrag zur europäischen Kultur.»

Viele Juden erreichten nie das Ziel ihrer Deportation. Sie verhungerten und erfroren unterwegs. Auch die Juden des Generalgouvernements wurden zu Tausenden hin- und hergestossen. Frank hatte die Idee, gewisse Städte, wie Krakau, judenfrei zu machen. Er erreichte es, indem er die Juden in Gettos zusammenfasste. Dieser Begriff taucht erstmals in vertraulichen Erklärungen von Rosenbergs Ministerium auf, und in Nürnberg wird daraus vorgelesen: «Ein erstes Hauptziel der deutschen Massnahmen muss sein, das Judentum streng von der übrigen Bevölkerung abzusondern.» Im Mai 1941 erliess der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, eine Anweisung, die mit den Worten beginnt: «Die Judenfrage wird nach der selbstverständlichen Ausscheidung der Juden aus allen öffentlichen Stellen eine entscheidende Lösung erfahren durch Einrichtung von Gettos . . .»

Die Gettos boten die Möglichkeit, ihre Einwohner auszuhungern. Millionen Menschen wurde das Leben zur Hölle gemacht. Im nächsten Kapitel soll das Warschauer Getto für alle anderen sprechen. Hier seien nur die Habseligkeiten erwähnt, die man den Juden wegnahm, bevor sie ins Getto und später in die Gaskammern geschickt wurden. Allein die *Aktion Reinhard*, dieses ungeheuerliche Verbrechen der Ausbeutung und Vernichtung der Juden des Generalgou-

vernements unter Leitung von SS-Obergruppenführer Odilo Globocnik, brachte an Werten weit über 180 Millionen Mark ein.

Das System der Aushungerung in den Gettos erwies sich als zu langwierig. Im März 1942 begannen die sogenannten Selektionen, die Auswahl jener Juden – insbesondere in den 55 Gettos des Generalgouvernements –, die nicht im deutschen Arbeitsprozess standen. Ihr Leidensweg endete in den Gaskammern von Auschwitz oder in den Massengräbern einer der vier Einsatzgruppen. Alle diese Gewaltmassnahmen gehen zurück auf die berüchtigte Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942. Zu dieser «interministeriellen Konferenz» hatte Heydrich eingeladen, um die Zuständigkeiten zu klären und die Endlösung zu koordinieren. Es hatten sich unter Heydrichs Vorsitz versammelt: SS und Polizei, ein Vertreter Franks, des Generalgouverneurs von Polen, Gestapo-Chef Heinrich Müller und sein «Judenspezialist» SS-Obersturmbannführer Karl Adolf Eichmann, Gauleiter Alfred Meyer aus Rosenbergs Ministerium für die besetzten Ostgebiete, Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart aus Fricks Innenministerium, Staatssekretär Ernst Neumann aus Görings Luftfahrtministerium, Unterstaatssekretär Martin Luther aus dem Auswärtigen Amt Ribbentrops, Staatssekretär Dr. Roland Freisler aus dem Justizministerium . . .

Das ungeheuerliche Protokoll dieser Sitzung, das später auch von Ribbentrops Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker zur Kenntnis genommen und abgezeichnet wurde, offenbart, was Heydrich über die «Endlösung» zu seinen Zuhörern sagte. Punkt 1 enthält die Anwesenheitsliste. Punkt 2 beginnt mit den Worten: «Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführer Heydrich, teilte eingangs seine Bestallung zum Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage durch den Reichsmarschall mit.»

Die Einleitung zu Punkt 3 des Protokolls lautet: «An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeit anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind. Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund elf Millionen Juden in Betracht.»

Und nun folgt eine genaue Aufstellung, die erkennen lässt, welche seltsame Phantasten hier am Werke sind. Denn in dieser Liste der Todesanwärter sind auch säuberlich aufgeführt 330'000 Juden aus England, 4'000 aus Irland, 18'000 aus der Schweiz und 6'000 aus Spanien. Über dem mörderischen Schwärmen vergass man völlig die po-

litischen und militärischen Realitäten, vergass, dass zur Endlösung der Endsieg nötig war. Es ist freilich erschütternd, dass mit deutscher Gründlichkeit immerhin fast die Hälfte des Todessolls von elf Millionen Menschen erreicht worden ist. Und schliesslich sagt Heydrich im perfekten Amtsdeutsch:

«In grossen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete (des Ostens) geführt, wobei zweifellos ein Grossteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist.»

Das ist die Sprache, in der man ausdrückte, was allen ohnehin klar war. Dass es wirklich klar war, geht aus einer Äusserung des Nürnberger Angeklagten Hans Frank hervor. Als sein Beauftragter, Josef Bühler, von Heydrichs Konferenz zurückkam, berief Generalgouverneur Frank seine Herren zu sich. Er teilte ihnen den Judenplan mit und sagte unverblümt:

«Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: Weshalb macht man diese Scherereien? Wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen; liquidiert sie selber.»

So hat es Frank in seinem Tagebuch festgehalten. Frank war es auch, der in einer Sitzung am 16. Dezember 1941 im Regierungsgebäude in Krakau zu seinen Untergebenen die schicksalsschweren Worte sprach: «Die Juden sind auch für uns ausserordentlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daranhängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschiessen, wir können sie nicht vergiften, werden aber trotzdem Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden grossen Massnahmen. Das Generalgouvernement muss genauso judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und einsetzen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.»

Zu den «Instanzen», die von Frank gefordert werden, gehören in erster Linie die Einsatzgruppen des SD. In Nürnberg legt die Anklage einen Bericht von SS-Brigadeführer Franz Stahlecker an Himmler vor. Der Leiter der Einsatzgruppe A meldet darin, dass von seiner Einheit 135'567 Menschen, meist Juden, «im Zuge der Endlösung» getötet wurden.

In satanischer Weise verstanden es die SD-Führer in den baltischen Staaten, den schwelenden Antisemitismus in den Dienst der Endlösung zu stellen. Auch darüber weiss Stahlecker zu berichten; «Es war überraschenderweise zunächst nicht einfach, dort ein Judenpogrom grösseren Ausmasses in Gang zu setzen. Dem Führer der Partisanengruppe, Klimaitis, der hierbei in erster Linie herangezogen wurde, gelang es, auf Grund der ihm von dem in Kauen eingesetzten kleinen Vorkommando gegebenen Hinweise ein Pogrom einzuleiten, ohne dass nach aussen irgendein deutscher Auftrag oder eine deutsche Anregung erkennbar wurde. Im Verlaufe des ersten Pogroms in der Nacht vom 25. zum 26. Juni wurden über 1'500 Juden von den litauischen Partisanen beseitigt, mehrere Synagogen angezündet oder anderweitig zerstört und ein jüdisches Wohnviertel mit rund 60 Häusern niedergebrannt. In den folgenden Nächten wurden in derselben Weise 2'300 Juden unschädlich gemacht.»

Otto Ohlendorf, einer der Hauptakteure von Hitlers Entvölkerungspolitik, hat in Nürnberg über den Zweck der Einsatzgruppen ausgesagt: «Himmler erklärte, dass ein wichtiger Teil unserer Aufgabe in der Beseitigung von Juden, Frauen, Männern und Kindern, und kommunistischen Funktionären bestünde.» Freimütig und kalt sagt Ohlendorf über die Arbeitsweise seines Mordkommandos, der Einsatzgruppe D: «Die dazu ausersehene Einheit pflegte in ein Dorf oder in eine Stadt zu kommen und den führenden jüdischen Bewohnern den Befehl zu erteilen, alle Juden zwecks Umsiedlung zusammenzurufen. Sie wurden aufgefordert, ihre Wertgegenstände den Führern der Einheit zu übergeben und kurz vor der Hinrichtung ihre Oberkleidung auszuhändigen. Die Männer, Frauen und Kinder wurden zu einem Hinrichtungsort geführt, der sich meist neben einem vertieften Panzerabwehrgraben befand. Dann wurden sie erschossen, kniend oder stehend, und die Leichen wurden in den Graben geworfen ...»

Sir Hartley Shawcross, der britische Hauptankläger in Nürnberg, hat ein anderes Dokument verlesen, das hier im Wortlaut wiedergegeben werden soll. Es handelt sich um die beeidete Aussage des deutschen Ingenieurs Hermann Friedrich Gräbe, der von September 1941 bis Januar 1944 als Geschäftsführer einer Zweigstelle der Solinger Baufirma Josef Jung in Zdolbunow in der polnischen Ukraine tätig war. Zu seinen Aufgaben gehörte es, die Baustellen seiner Firma zu besuchen, darunter Getreidelagerhallen auf dem ehemaligen Flugplatz des Städtchens Dubno. «Als ich am 5. Oktober 1942 das Baubüro in Dubno besuchte», liest Sir Hartley Gräbes Schilderung vor, «erzählte mir mein Polier Hubert Mönnikes, Hamburg-Harburg, Aussenmühlenweg 21, dass in der Nähe der Baustelle in drei grossen Gruben von je etwa dreissig Meter Länge und drei Meter Tiefe

Juden aus Dubno erschossen worden seien. Man hätte täglich etwa 1'500 Menschen getötet. Alle vor der Aktion in Dubno noch vorhandenen etwa 5'000 Juden sollten liquidiert werden.

Daraufhin fuhr ich in Begleitung von Mönnikes zur Baustelle und sah in der Nähe der Baustelle grosse Erdhügel von etwa dreissig Meter Länge und etwa zwei Meter Höhe. Vor den Erdhügeln standen einige Lastwagen, von denen Menschen durch bewaffnete ukrainische Miliz unter Aufsicht eines SS-Mannes getrieben wurden. Die Milizleute bildeten die Wache auf den Lastwagen und fuhren mit diesen von und zur Grube. Alle diese Menschen hatten die für die Juden vorgeschriebenen gelben Flecken auf der Vorder- und Rückseite ihrer Kleidung, so dass sie als Juden erkenntlich waren.

Mönnikes und ich gingen direkt zu den Gruben. Wir wurden nicht behindert. Jetzt hörte ich kurz nacheinander Gewehrschüsse hinter einem der Erdhügel. Die von den Lastwagen abgestiegenen Menschen, Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, mussten sich auf Aufforderung eines SS-Mannes, der in der Hand eine Reit- oder Hundepeitsche hielt, ausziehen und ihre Kleidung nach Schuhen, Ober- und Unterkleidung getrennt, an bestimmten Stellen ablegen. Ich sah einen Schuhhaufen von schätzungsweise achthundert bis tausend Paar Schuhen, grosse Stapel mit Wäsche und Kleidern.

Ohne Geschrei oder Weinen zogen sich diese Menschen aus, standen in Familiengruppen beisammen, küssten und verabschiedeten sich und warteten auf den Wink eines anderen SS-Mannes, der an der Grube stand und ebenfalls eine Peitsche in der Hand hielt. Ich habe während einer Viertelstunde, als ich bei den Gruben stand, keine Klagen oder Bitten um Schonung gehört. Ich beobachtete eine Familie von etwa acht Personen, einen Mann und eine Frau, beide von ungefähr fünfzig Jahren, mit deren Kindern, so ungefähr ein-, acht- und zehnjährig, sowie zwei erwachsene Töchter von zwanzig bis vierundzwanzig Jahren. Eine alte Frau mit schneeweissem Haar hielt das einjährige Kind auf dem Arm und sang ihm etwas vor und kitzelte es. Das Kind quietschte vor Vergnügen. Das Ehepaar schaute mit Tränen in den Augen zu. Der Vater hielt an der Hand einen Jungen von etwa zehn Jahren, sprach leise auf ihn ein. Der Junge kämpfte mit den Tränen. Der Vater zeigte mit dem Finger zum Himmel, streichelte ihm über den Kopf und schien ihm etwas zu erklären.

Da rief schon der SS-Mann an der Grube seinem Kameraden etwas zu. Dieser teilte etwa zwanzig Personen ab und wies sie an, hinter den Erdhügel zu gehen. Die Familie, von der ich hier sprach, war dabei. Ich entsinne mich noch genau, wie ein Mädchen, schwarzhaarig und schlank, als sie nahe an mir vorbeiging, mit der Hand an sich herunterzeigte und sagte: „23 Jahre“.

Ich ging um den Erdhügel herum und stand vor dem riesigen Grab.

Dicht aneinandergedrängt lagen die Menschen so aufeinander, dass nur die Köpfe zu sehen waren. Die Grube war bereits dreiviertel voll. Nach meiner Schätzung lagen darin bereits ungefähr tausend Menschen. Ich schaute mich nach dem Schützen um. Dieser, ein SS-Mann, sass am Rand der Schmalseite der Grube auf dem Erdboden, liess die Beine in die Grube herabhängen, hatte auf seinen Knien eine Maschinenpistole liegen und rauchte eine Zigarette.

Die vollständig nackten Menschen gingen an einer Treppe, die in die Lehmwand der Grube gegraben war, hinab, rutschten über die Köpfe der Liegenden hinweg bis zu der Stelle, die der SS-Mann anwies. Sie legten sich vor die toten oder angeschossenen Menschen, einige streichelten die noch Lebenden und sprachen leise auf sie ein. Dann hörte ich eine Reihe Schüsse. Ich schaute in die Grube und sah, wie die Körper zuckten oder die Köpfe schon still auf den vor ihnen liegenden Körpern lagen. Von den Nacken rann Blut. Ich wunderte mich, dass ich nicht fortgewiesen wurde, aber ich sah, wie auch zwei oder drei Postbeamte in Uniform in der Nähe standen.

Schon kam die nächste Gruppe heran, stieg in die Grube hinab, reihte sich an die vorherigen Opfer an und wurde erschossen. Als ich um den Erdhügel zurückging, bemerkte ich wieder einen soeben angekommenen Transport von Menschen. Diesmal waren Kranke und Gebrechliche dabei. Eine alte, sehr magere Frau mit fürchterlich dünnen Beinen wurde von einigen anderen, schon nackten Menschen ausgezogen, während zwei Personen sie stützten. Die Frau war anscheinend gelähmt. Die nackten Menschen trugen die Frau um den Erdhügel herum. Ich entfernte mich mit Mönnikes und fuhr mit dem Auto nach Dubno zurück.»

Dieser Bericht soll für alle anderen stehen.

Ununterbrochen rollen inzwischen die überfüllten Züge mit ihrer zum Tode verurteilten Fracht von Westen nach Osten. Tausende von Juden aus Frankreich und den Niederlanden, aus Deutschland, Dänemark und Norwegen müssen die Reise ohne Rückkehr antreten. Sie werden im schon überfüllten Getto von Lodz zusammengepfercht. Je länger der Krieg dauert, desto grösser wird die Zahl der Deportationen. Vielfach führt der Leidensweg der Juden gar nicht mehr ins Getto, sondern gleich in die Gaskammern der Vernichtungslager oder in die Todeswagen der Einsatzgruppen. Die konventionelle Hinrichtungsmethode des Erschiessens wird nämlich allmählich durch eine modernere abgelöst. Ohlendorf berichtet darüber:

«Im Frühjahr 1942 wurden uns vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin Gaswagen geschickt. Diese Wagen wurden vom Amt II des Reichssicherheitshauptamtes beigestellt. Der

Mann, der für die Wagen meiner Einsatzgruppe verantwortlich war, war Becker. Wir hatten Befehl erhalten, die Wagen für die Tötung von Frauen und Kindern zu benutzen. Jedesmal wenn eine Einheit eine genügende Anzahl von Opfern angesammelt hatte, wurde ein Wagen für die Liquidierung gesandt. Wir hatten auch diese Gaswagen in der Nähe von Durchgangslagern stationiert, in die die Opfer gebracht wurden. Den Opfern wurde gesagt, dass sie umgesiedelt werden würden und zu diesem Zwecke in die Wagen steigen müssten. Danach wurden die Türen geschlossen, und durch das Ingangsetzen der Wagen strömte das Gas ein. Die Opfer starben in 10 bis 15 Minuten. Die Wagen wurden dann zum Begräbnisplatz gefahren, wo die Leichen herausgenommen und begraben wurden.»

Der von Ohlendorf erwähnte SS-Untersturmführer Becker muss ein besonderes Gemüt besessen haben. Er liess an den Todeswagen bunte Fensterläden anbringen, «wie man sie oft an den Bauernhäusern auf dem Lande sieht». Er beschwerte sich auch bei seinen Vorgesetzten, «dass die Fahrer der Wagen häufig Vollgas gäben, um die Aktion schnell zu beenden».

Nach der Wannsee-Konferenz werden die ersten Vernichtungslager aufgebaut. Einige überragen an Grösse und unvorstellbarem Grauen alle anderen. Sie sind es, die sich als Begriff für niegekannte Schrecken und Verbrechen dem Bewusstsein der Welt für immer eingepägt haben. Ihre Namen sind Majdanek, Belsen, Treblinka und Auschwitz. Diese Lager sind durch eine Legion von authentischen Aussagen in Nürnberg als Zentren des Schreckens entlarvt und gebrandmarkt worden.

Über Treblinka heisst es in dem Bericht der Kommission der Polnischen Regierung: «Gegen Ende April 1942 waren die ersten drei Kammern fertiggestellt, in denen die allgemeinen Massenmorde durch Dampf vollzogen werden sollten. Etwas später wurde das wirkliche Totenhaus fertiggestellt, welches 10 Todeskammern enthält. Es wurde im Frühherbst 1942 für Massenmorde eröffnet.» Das Euthanasie-Programm hatte den Massenmördern Gelegenheit zur praktischen Erprobung ihrer Hinrichtungsmethoden gegeben. Wurde dabei in der Gaskammer hauptsächlich Kohlenoxyd verwendet, so arbeitete man in einigen Vernichtungslagern vorwiegend mit Zyklon B, einer kristallisierten Form des Zyanwasserstoffs. Je länger die Massenvergasungen andauerten, desto reibungsloser verliefen sie. Nur so erklären sich die phantastisch anmutenden Zahlen über vernichtete Juden. SS-Sturmbannführer Dr. Wilhelm Höttl berichtet in Nürnberg über ein Gespräch mit dem Judenvernichter Nr. 1, SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Ende August 1944. Eichmann habe ihm erklärt, dass in den verschiedenen Vernichtungslagern etwa vier Millionen Juden getötet wurden, während

zwei weitere Millionen auf andere Weise den Tod fanden. Der Grossteil davon sei durch die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei getötet worden.

Eine ungeheuerliche Zahl. Sie verliert auch dann nichts von ihrem Schrecken, wenn man heute weiss, dass Eichmann, der in Tel Aviv zum Tode verurteilt und am 31. Mai 1962 hingerichtet wurde, übertrieb. Die renommierten SS-Führer rundeten gerne nach oben auf, um ihren unzufriedenen Reichsführer zu besänftigen. Im Zeugenstand hat Eichmanns Vertreter in der Slowakei, SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny, auf die Fragen des amerikanischen Anklägers Smith Brookhart erklärt:

«Ich habe Eichmann zuletzt Ende Februar 1945 in Berlin gesehen. Er äusserte damals, dass, wenn der Krieg verloren wäre, er Selbstmord begehen würde.»

Brookhart: «Sagte er damals irgendetwas über die Zahl der getöteten Juden?»

Wisliceny: «Ja, er drückte das in einer besonders zynischen Weise aus. Er sagte: Er würde lachend in die Grube springen, denn das Gefühl, dass er fünf Millionen Menschen auf dem Gewissen hätte, wäre für ihn ausserordentlich befriedigend.»

An anderer Stelle seiner Aussage erklärt Wisliceny dem Gericht den Apparat der SS zur Judenvernichtung: «Die Abteilung IV-A-4-b hatte sich mit der Judenfrage für das Reichssicherheitshauptamt zu beschäftigen. Eichmann hatte besondere Vollmachten vom Gruppenführer Müller, dem Chef des Amtes IV (bis heute verschollen), und vom Chef der Sicherheitspolizei. Er war verantwortlich für die sogenannte Lösung der Judenfrage in Deutschland und allen von Deutschland besetzten Gebieten.»

Brookhart: «Können Sie dem Gerichtshof die ungefähren Perioden nennen und die verschiedenen Arten der Aktionen beschreiben?»

Wisliceny: «Ja; bis zum Jahr 1940 waren die allgemeinen Richtlinien innerhalb des Referats, die Judenfrage in Deutschland und den von Deutschland besetzten Gebieten durch eine planmässige Auswanderung zu regeln. Als zweite Phase kam von diesem Zeitpunkt ab die Konzentrierung aller Juden in Polen und den übrigen von Deutschland besetzten Gebieten des Ostens, und zwar in Form von Gettos. Diese Periode dauerte ungefähr bis zu Beginn des Jahres 1942. Als dritte Periode kam die sogenannte Endlösung der Judenfrage, das heisst, die planmässige Ausrottung und Vernichtung des jüdischen Volkes. Diese Periode dauerte bis zum Oktober 1944, bis Himmler den Befehl gab, diese Vernichtung einzustellen.»

Ein Mann in Nürnberg hat wie kein anderer lähmendes Entsetzen unter Richtern, Verteidigern und Angeklagten verbreitet: Rudolf

Franz Ferdinand Höss, Lagerkommandant von Auschwitz. Hier berichtete ein Massenmörder aus erster Hand. Die Berge von Aussagen über die Greuel in den Lagern mussten zurücktreten hinter dem, was Höss im Zeugenstand so ruhig von sich gab, als handelte es sich um ganz selbstverständliche Dinge. Zunächst befragt Kaltenbrunnners Verteidiger Dr. Kurt Kauffmann den Zeugen:

Kauffmann: «Sie waren von 1940 bis 1943 Lagerkommandant von Auschwitz. Stimmt das?»

Höss: «Jawohl.»

Kauffmann: «Und in dieser Zeit sind Hunderttausende von Menschen dort in den Tod geschickt worden. Ist das richtig?»

Höss: «Jawohl.»

Kauffmann: «Ist es weiter richtig, dass Ihnen Eichmann erklärte, insgesamt seien in Auschwitz über zwei Millionen jüdischer Menschen vernichtet worden?»

Höss: «Jawohl.»

Kauffmann: «Männer, Frauen und Kinder?»

Höss: «Ja.»

Und weiter berichtet Höss: «Im Sommer 1941 wurde ich zum persönlichen Befehlsempfang zum Reichsführer SS, Himmler, nach Berlin befohlen. Dieser sagte mir dem Sinne nach, ich kann das nicht mehr wörtlich wiederholen, der Führer habe die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir, die SS, haben diesen Befehl durchzuführen. Wenn jetzt zu diesem Zeitpunkt dies nicht durchgeführt wird, so wird später das jüdische Volk das deutsche vernichten. Er habe Auschwitz deswegen gewählt, weil es bahntechnisch am günstigsten liegt und auch das ausgedehnte Gelände für Absperrmassnahmen Raum bietet.»

Das Verhör durch den amerikanischen Ankläger John Harlan Amen beschränkt sich darauf, von dem Zeugen Höss die Bestätigung seiner schriftlichen Aussage zu bekommen. Diese Aussage ist eines der furchtbarsten Dokumente. Amen liest daraus vor:

«Ich befahlte Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943 und schätze, dass mindestens 2'500'000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennen hingerichtet und ausgerottet wurden; mindestens eine weitere halbe Million starb durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3'000'000 Toten ausmacht. Diese Zahl stellt ungefähr 70 oder 80 Prozent aller Personen dar, die als Gefangene nach Auschwitz geschickt wurden, die übrigen wurden ausgesucht und für Sklavenarbeit in den Industrien der Konzentrationslager verwendet. Der Rest der Gesamtzahl der Opfer umfasste ungefähr 100'000 deutsche Juden und eine grosse Anzahl meist jüdischer Einwohner aus Holland, Frankreich, Belgien, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Griechenland oder anderen Ländern. Ungefähr

400'000 ungarische Juden wurden allein in Auschwitz im Sommer 1944 von uns hingerichtet.

Der Lagerkommandant von Treblinka sagte mir, dass er 80'000 im Laufe eines halben Jahres liquidiert hätte. Seine Aufgabe war hauptsächlich die Liquidierung aller Juden aus dem Warschauer Getto. Er hat Monoxydgas verwendet, und ich hielt seine Methoden für nicht sehr wirksam. Als ich daher das Vernichtungsgebäude in Auschwitz errichtete, nahm ich Zyklon B in Verwendung, eine kristallisierte Blausäure, die wir in die Todeskammer durch eine kleine Öffnung einwarfen. Es dauerte, je nach den klimatischen Verhältnissen, 3 bis 15 Minuten, um die Menschen in der Todeskammer zu töten. Wir wussten, wann die Menschen tot waren, weil ihr Schreien aufhörte. Wir warteten gewöhnlich ungefähr eine halbe Stunde, bevor wir die Türen öffneten und die Leichen entfernten. Nachdem man die Körper herausgeschleppt hatte, nahmen unsere Sonderkommandos den Leichen die Ringe ab und zogen das Gold aus den Zähnen dieser Leichname.

Eine andere Verbesserung gegenüber Treblinka war, dass wir Gaskammern bauten, die 2'000 Menschen auf einmal fassen konnten, während die zehn Gaskammern in Treblinka nur je 200 Menschen aufnahmen. Die Art und Weise, in der wir unsere Opfer auswählten, war folgende:

Zwei SS-Ärzte waren in Auschwitz tätig, um die einlaufenden Gefangenentransporte zu untersuchen. Die Gefangenen mussten an einem der Ärzte vorbeigehen, der bei ihrem Vorbeimarsch sofort die Entscheidung fällte. Die Arbeitsfähigen wurden ins Lager geschickt. Andere wurden sofort in die Vernichtungsanlagen geschickt. Kinder in sehr jungen Jahren wurden stets vernichtet, da sie auf Grund ihrer Jugend unfähig waren, zu arbeiten. Sehr häufig wollten Frauen ihre Kinder unter den Kleidern verbergen, aber wenn wir sie fanden, wurden die Kinder natürlich zur Vernichtung geschickt. Wir sollten diese Vernichtungen im Geheimen ausführen, aber der faule und Übelkeit erregende Gestank, der von der ununterbrochenen Körperverbrennung ausging, durchdrang die ganze Gegend . . . »

Amen: «Ist das alles wahr und richtig?»

Höss: «Jawohl.»

Gerald Reitlinger, einer der besten Kenner des Komplexes, gibt in seinem Buch *Die Endlösung* folgende Beschreibung: «Das Gas entströmte langsam durch die Löcher. Im Allgemeinen waren die Opfer viel zu dicht aneinandergedrängt, um dies gleich zu bemerken, aber in anderen Fällen waren es so wenige, dass sie sich auf den Boden setzten und auf die Brausen, aus denen kein Wasser kam, und auf den Fussboden, der merkwürdigerweise keine Abflussrinnen hatte, blicken konnten. Dann spürten sie das Gas und stürzten in wilder

Panik zu dem riesigen Metalltor mit dem kleinen Fenster, wo sie sich zu einer einzigen, blauen, klebrigen, blutbesudelten Pyramide anhäuften, noch im Tode ineinander verkrallt und verkrampft. Fünf- und zwanzig Minuten später entfernten die elektrischen Säugpumpen die gasgesättigte Luft, das grosse Metalltor öffnete sich, und die Männer vom jüdischen Sonderkommando traten, mit Gasmasken, Gummistiefeln und Wasserschläuchen ausgerüstet, ein. Ihre erste Aufgabe war es, Blut und Exkremente wegzuspülen und die aneinandergekrallten Leichen mit Schlingen und Haken voneinander zu zeren – als Vorspiel zu der grauenhaften Suche nach Gold und dem Entfernen von künstlichen Gebissen und von Haaren, die von den Deutschen als kriegswichtige Stoffe betrachtet wurden.»

Dr. Charles Bendel, ein Augenzeuge, sagte im Konzentrationslager-Prozess Belsen: «Jetzt beginnt die wahre Hölle. Das Sonderkommando bemüht sich, so schnell wie möglich zu arbeiten. In wahnsinniger Eile zeren sie die Leichen an den Handgelenken. Sie sehen wie Teufel aus. Männer, die vorher menschliche Gesichter hatten, kann ich nicht mehr erkennen. Ein Rechtsanwalt aus Saloniki, ein Elektroingenieur aus Budapest – sie sind keine Menschen mehr, denn sogar während sie arbeiten, sausen Stöcke und Gummiknüppel auf sie nieder. Und während dieser ganzen Zeit werden Menschen vor den Gräbern erschossen, Menschen, die nicht mehr in die Gaskammern gepfercht werden konnten, weil diese überfüllt waren. Nach einer und einer halben Stunde ist die ganze Arbeit vorüber, und ein neuer Transport ist vom Krematorium Nr. 4 erledigt worden.»

Fließbänder oder elektrische Kleinbahnen bringen die Leichen zu den Verbrennungsöfen. Asche und Knochenreste werden zermahlen; nichts soll als Zeugnis übrigbleiben. SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, der Chef des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, hatte die Aufgabe, die Hinterlassenschaft der Ermordeten mit Hilfe der Reichsbank in Bargeld umzusetzen, Zahngold, Juwelen, Zigarettenetuis, Kleider, Uhren, Brillengestelle, Schuhe und Wäsche in unvorstellbaren Mengen.

Pohl kümmerte sich um alle Details mit barbarischer Gründlichkeit. Am 6. August 1942 schreibt er an die Kommandanten von sechzehn Vernichtungslagern: «. . . dass das in allen Konzentrationslagern anfallende Menschenschnitthaar der Verwertung zugeführt wird. Menschenhaare werden zu Industriefilzen verarbeitet und zu Garn versponnen. Aus ausgekämmten und abgeschnittenen Frauenhaaren werden Haargarnfüsslinge für U-Boots-Besatzungen und Haarfilzstrümpfe für die Reichsbahn angefertigt. Es wird daher angeordnet, dass das anfallende Haar weiblicher Häftlinge nach Desinfektion aufzubewahren ist. Schnitthaar von männlichen Häftlingen kann nur von einer Länge von 20 mm an Verwertung finden . . .»

Berichte wie diese sind unauslöschliche Brandmale in der Geschichte. Es wäre möglich, noch viele andere hinzuzufügen, aber die Tatsachen sind auch ohne solche Anhäufungen erdrückend. Nur eine Erklärung soll hier noch wiedergegeben werden, weil sie in anderer Beziehung wichtig ist: sie legt die Hintermänner bloss und beseitigt die letzten Schleier. Es handelt sich um den Bericht des SS-Obersturmführers Kurt Gerstein. Gerstein traf Mitte August 1942 in Lublin mit SS-Gruppenführer Globocnik zusammen und erzählt:

«Globocnik sagte: Diese ganze Angelegenheit ist eine der geheimsten Sachen, die es zurzeit überhaupt gibt, man kann sagen die geheimste. Im Augenblick haben wir drei Anstalten in Betrieb, nämlich:

1. Belzek, an der Chaussee und Bahnstrecke Lublin-Lemberg; Höchstleistung pro Tag 15'000 Personen.

2. Treblinka, 120 Kilometer nordöstlich von Warschau; Höchstleistung 25'000 Personen pro Tag.

3. Sobibor, auch in Polen, 20'000 Personen Höchstleistung pro Tag.

Globocnik wandte sich anschliessend an mich und sagte:

„Es ist Ihre Aufgabe, insbesondere die Desinfektion des sehr umfangreichen Textilgutes durchzuführen. Die ganze Spinnstoffsammlung ist doch nur durchgeführt worden, um die Herkunft des Bekleidungsmaterials für die Ostarbeiter und so weiter zu erklären und als ein Ergebnis des Opfers des deutschen Volkes darzustellen. In Wirklichkeit ist das Aufkommen unserer Anstalten das Zehn- bis Zwanzigfache der ganzen Spinnstoffsammlung.“

Ich habe alsdann mit den leistungsfähigsten Firmen die Möglichkeit, solche Textilmengen – es handelte sich allein um einen aufgelaufenen Vorrat von etwa vierzig Millionen Kilogramm, das sind sechzig komplette Güterzüge voll – in den vorhandenen Wäschereien und Desinfektionsanstalten zu desinfizieren, durchgesprochen. Es war aber völlig unmöglich, so grosse Aufträge unterzubringen.

„Ihre andere noch weit wichtigere Aufgabe“, sagte Globocnik, „ist die Umstellung unserer Gaskammern, die jetzt mit Dieselauspuffgasen arbeiten, auf eine bessere und schnellere Sache. Ich denke da vor allem an Blausäure. Vorgestern waren der Führer und Himmler hier. Auf ihre Anweisung muss ich Sie persönlich dorthin bringen, ich soll niemand schriftliche Bescheinigungen ausstellen.“

Darauf fragte SS-Obersturmbannführer Pfannenstiel: «Was hat denn der Führer gesagt?»

Globocnik: «Schneller, schneller die ganze Aktion durchführen.» Hitlers Begleiter, der Ministerialrat Dr. Herbert Linden vom Reichsinnenministerium, hat dann gefragt: «Herr Globocnik, halten

Sie es für gut und richtig, die ganzen Leichen zu vergraben, anstatt sie zu verbrennen? Nach uns könnte eine Generation kommen, die das Ganze nicht versteht.'

Darauf Globocnik: ‚Meine Herren, wenn je nach uns eine Generation kommen sollte, die so schlapp und so knochenweich ist, dass sie unsere grosse Aufgabe nicht versteht, dann allerdings ist der ganze Nationalsozialismus umsonst gewesen. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, dass man Bronzetafeln versenken sollte, auf denen festgehalten ist, dass wir den Mut gehabt haben, dieses grosse und so notwendige Werk durchzuführen.‘

Darauf der Führer: ‚Gut, Globocnik, das ist allerdings auch meine Ansicht!‘

Später hat sich die andere Ansicht durchgesetzt. Die Leichen sind dann (bei Annäherung der Russen wieder ausgegraben und) auf grossen Rosten, die aus Eisenbahnschienen improvisiert waren, verbrannt worden unter Zuhilfenahme von Benzin und Dieselöl.

Am anderen Tage fuhren wir nach Belzek. Der Geruch der ganzen Gegend im heissen August war pestilenzartig, und Millionen von Fliegen waren überall zugegen.

Am anderen Morgen kam der erste Zug von Lemberg aus an 45 Waggons mit 6'700 Menschen, von denen 1'450 schon tot waren bei ihrer Ankunft. Hinter den vergitterten Luken schauten, entsetzlich bleich und ängstlich, Kinder durch, die Augen voller Todesangst, ferner Männer und Frauen.

Der Zug fährt ein. Zweihundert Ukrainer reissen die Türen auf und peitschen die Leute mit ihren Lederpeitschen aus den Waggons heraus. Ein grosser Lautsprecher gibt die weiteren Anweisungen: sich ganz ausziehen, auch Prothesen, Brillen und so weiter. Die Wertsachen an einem Schalter abgeben. Die Schuhe sorgfältig zusammenbinden, wegen der Spinnstoffsammlung, denn in dem Haufen von reichlich fünfundzwanzig Meter Höhe hätte sonst niemand die zugehörigen Schuhe wieder zusammenfinden können. Dann die Frauen und Mädchen zum Friseur, der mit zwei, drei Scherenschlägen die ganzen Haare abschneidet und sie in Kartoffelsäcken verschwinden lässt.

Dann setzt sich der Zug in Bewegung. Voran ein bildhübsches junges Mädchen, so gehen sie die Allee entlang, alle nackt, Männer, Frauen, Kinder, ohne Prothesen, Mütter mit Kindern an der Brust, kleine nackte Kinder. Die Mehrzahl weiss Bescheid, der Geruch kündigt ihnen ihr Los. Sie zögern, aber sie treten in die Todeskammern, von den anderen hinter ihnen oder von den Lederpeitschen der SS getrieben. Die Mehrzahl ohne ein Wort zu sagen. Eine Jüdin von etwa 40 Jahren, mit flammenden Augen, ruft das Blut, das hier vergossen wird, über die Mörder. Sie erhält fünf oder sechs Schläge mit

der Reitpeitsche ins Gesicht, vom Hauptmann Wirth persönlich, dann verschwindet auch sie in der Kammer. Viele Menschen beten.

Die Kammern füllen sich. Gut vollpacken – so hatte es Hauptmann Wirth befohlen. Die Menschen stehen einander auf den Füßen. Sieben- bis achthundert auf 25 Quadratmetern, in 45 Kubikmetern! Die SS zwingt sie physisch zusammen, soweit es überhaupt geht. Die Türen schliessen sich. Meine Stoppuhr hat alles registriert. 50 Minuten, 70 Sekunden – der Diesel springt nicht an. Die Menschen warten in ihren Gaskammern. Vergeblich. Man hört sie weinen, schluchzen. Der Hauptmann Wirth schlägt mit seiner Reitpeitsche den Ukrainer, der dem Unterscharführer Heckenholt beim Diesel helfen soll, zwölf- bis dreizehnmal ins Gesicht. Nach etwa 49 Minuten – die Stoppuhr hat alles wohl registriert – springt der Diesel an. Bis zu diesem Augenblick leben die Menschen in diesen vier Kammern, viermal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern! Von neuem verstreichen 25 Minuten. Richtig, viele sind jetzt tot. Man sieht das durch das kleine Fensterchen, in dem das elektrische Licht die Kammern einen Augenblick beleuchtet. Nach 28 Minuten leben nur noch wenige. Endlich, nach 32 Minuten, ist alles tot.

Von der anderen Seite öffnen Männer vom Arbeitskommando – selbst Juden – die Türen. Wie Basaltsäulen stehen die Toten aufrecht aneinandergedrückt in den Kammern. Es wäre auch kein Platz hinzufallen oder auch nur sich vornüber zu neigen. Selbst im Tode noch kennt man die Familien. Sie drücken sich, im Tode verkrampft, noch die Hände, so dass man Mühe hat, sie auseinanderzureissen, um die Kammern für die nächste Charge freizumachen. Man wirft die Leichen, nass von Schweiß und Urin, kotbeschnitzelt, Menstruationsblut an den Beinen, heraus. Kinderleichen fliegen durch die Luft. Man hat keine Zeit. Die Reitpeitschen der Ukrainer sausen auf die Arbeitskommandos. Zwei Dutzend Zahnärzte brechen mit Zangen und Hämmern die Goldzähne und Kronen aus den Kiefern. Einige Arbeiter kontrollieren die Genitalien und After nach Gold, Brillanten und Wertsachen. Wirth ruft mich heran: «Heben Sie mal diese Konservendose mit Goldzähnen, das ist nur von gestern und vorgestern. Sie glauben gar nicht, was wir jeden Tag finden an Gold und Brillanten!»

Erschütternd sind die Aussagen der wenigen, die in diesen Stätten des Grauens überlebten. Zu ihnen gehört die französische Bildreporterin Claude Vaillant-Couturier, Abgeordnete der Konstituierenden Versammlung und Ritter der Ehrenlegion. Sie war als Widerstandskämpferin nach Auschwitz gebracht worden und berichtet dem Gericht darüber:

«Man sah Mengen von Leichen im Hofe aufgehäuft, und von Zeit

zu Zeit bewegte sich unter diesen Leichen eine Hand oder ein Kopf, die versuchten, sich frei zu machen. Es war eine Sterbende, die sich loszulösen versuchte, um weiterzuleben. Im Block 25 sah man im Hof Ratten so gross wie Katzen herumlaufen, die die Leichen annagten und sich sogar an die Sterbenden heranmachten, die nicht mehr die Kraft hatten, sie zu verjagen.»

Auch für die Arbeitsfähigen war das Leben eine unbeschreibliche Qual. «Es gab keine Betten», berichtet die Zeugin, «sondern nur Holzpritschen, in der Grösse von zwei mal zwei Metern, auf denen wir zu neunt ohne Strohsäcke und ohne Decken während der ersten Nacht zu schlafen hatten. Wir verbrachten mehrere Monate in Blocks dieser Art. Um 3.30 Uhr morgens weckte uns das Geschrei der Aufseherinnen. Mit Knüppelschlägen wurden wir von den Pritschen gejagt und zum Appell getrieben. Nichts in der Welt konnte uns von diesem Appell dispensieren. Selbst die Sterbenden mussten hingeschleppt werden. Dort standen wir in Reihen zu fünf, bis der Tag anbrach, das heisst bis 7 oder 8 Uhr morgens im Winter . . .»

Im Sommer 1944, so erzählt die Zeugin weiter, seien die neuankommenden Häftlinge von einem Orchester mit bunten Weisen empfangen worden, bevor man sie ins Arbeitslager oder in die Vernichtungsgebäude einweis. Unter den Klängen der *Lustigen Witwe* wurden sie in die Gaskammern geschickt.

Tagelang berichten in Nürnberg die Augenzeugen von ihren Erlebnissen. Zum Beweismaterial der Anklage gehören auch Filme. Sie stammen entweder aus dem Privatbesitz von SS-Grössen oder wurden nach der Befreiung von Kameramännern der Alliierten gedreht. Schwer lastet das unerhörte Geschehen auf dem ganzen Verhandlungsraum. Selbst die Angeklagten scheinen erschüttert. Während der Vorführung weint Funk, verbirgt Dönitz sein Gesicht, lassen andere den Kopf hängen und stossen nur ein Wort hervor: «Schrecklich!» Der Gerichtspsychologe Gilbert unterhält sich abschliessend mit einigen Angeklagten.

In seiner Zelle hockt Fritzsche auf dem schmalen Bett, den Kopf in die Hände gestützt, und weint, als ihn Gilbert besucht. Langsam hebt der einstige Rundfunkkommentator den Kopf, starrt den Psychologen mit abwesenden Augen an. Dann sagt er, immer noch von Schluchzen geschüttelt:

«Keine Macht im Himmel und auf der Erde kann diese Schande von meinem Land nehmen – nicht in Generationen – nicht in Jahrhunderten!»

Er schluchzt erneut, schlägt sich mit den Fäusten an die Stirn, schöpft Atem und stösst hervor: «Verzeihen Sie, ich habe die Beherrschung verloren.»

«Möchten Sie ein Schlafmittel für die Nacht?» fragt Gilbert.

«Was soll das!» antwortet Fritzsche. «Soll ich mir das alles mit einer Pille aus dem Kopf schlagen?»

Gilbert wandert zusammen mit dem Psychiater Kelley in die anderen Zellen. Von Baldur von Schirach bekommt er zu hören:

«Ich weiss nicht, wie Deutsche so etwas tun konnten.»

Walther Funk ist unfähig, mit den Besuchern zu sprechen. Noch immer laufen Tränen über sein Gesicht, und er murmelt nur ständig das eine Wort: «Schrecklich, schrecklich . . .»

«Möchten Sie ein Schlafmittel?»

Funk blickt mit geröteten Augen auf, schüttelt den Kopf: «Wozu, wozu?»

Wilhelm Keitel sitzt in seiner Zelle und isst. Er lässt sich nicht weiter stören, und erst als Gilbert das Gespräch auf die Filme bringt, unterbricht der einstige Generalfeldmarschall seine Mahlzeit und sagt mit halbvollem Mund: «Es ist schrecklich. Wenn ich solche Dinge sehe, schäme ich mich, ein Deutscher zu sein. Es waren diese dreckigen SS-Schweine. Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich zu meinem Sohn gesagt: ‚Lieber erschieße ich dich, als dass ich dich in die SS eintreten lasse!‘ Aber ich habe es nicht gewusst. Ich werde nie mehr einem Menschen gerade ins Gesicht sehen können.»

Hans Frank fängt beim Eintreten Gilberts zu weinen an. «Wir haben wie Könige gelebt und an diese Bestie geglaubt!» sagt er endlich, als er sich gefasst hat. «Lassen Sie sich von niemandem erzählen, dass sie von nichts gewusst haben. Jeder hat gefühlt, dass da furchtbare Dinge in diesem System waren, auch wenn wir die Einzelheiten nicht gekannt haben. Man wollte sie nicht kennen. Es war eben zu bequem, oben zu schwimmen und zu glauben, alles sei in Ordnung.»

Frank deutet auf die Abendmahlzeit, die noch unberührt auf seinem Zellentisch steht: «Sie behandeln uns zu gut», sagt er dazu.

«Ihre Gefangenen und unsere eigenen Leute hungerten in unseren Konzentrationslagern zu Tode. Möge Gott unserer Seele gnädig sein! Ja, Herr Doktor, dieses Gericht ist Gottes Wille. Anfangs habe ich versucht, mich mit meinen Mitangeklagten zu verständigen – aber das ist vorbei. . .»

«Möchten Sie ein Schlafmittel?»

«Nein, danke. Wenn ich nicht schlafe, kann ich beten.»

Manchem Häftling in den Konzentrationslagern wäre der Tod in der Gaskammer vielleicht sogar als Erlösung erschienen. Denn die Torturen, die viele zu erdulden hatten, bis der Tod sie davon befreite, stellen alles in den Schatten. Sie dienten gefühllosen und fanatischen SS-Ärzten als Versuchskaninchen. Sie wurden für Experimente missbraucht, deren wissenschaftlicher Wert gleich Null war. Es ist unmöglich, das ganze umfassende Programm der Menschenversuche aufzuzeigen, dem Tausende in der scheusslichsten Weise

zum Opfer fielen. In Auschwitz allein umfasste es operative Eingriffe an krebserkrankten Jüdinnen, Untersuchungen an eineiigen jüdischen Zwillingen, Experimente mit Injektionen und Röntgenstrahlen zur Unfruchtbarmachung. In Buchenwald machte man Versuche mit Phosphorverbrennungen, Sexualhormonen und Hungerödemen.

Die Fleckfieber-Versuche kosteten fast 600 Häftlingen das Leben. Wie der französische Chemiker Alfred Balachowsky als Zeuge in Nürnberg aussagte, wurde diesen Häftlingen Blut von einem Typhus-Kranken eingespritzt, der sich auf dem Höhepunkt seiner Krisis befand. Diese Injektionen hatten stets den Tod zur Folge. Andere Versuche befassten sich mit Gelbem Fieber, Pocken, Cholera und Diphtherie.

Eine spezielle Art der Menschenversuche in den Lagern waren die biologischen Experimente. Hier zeichnete sich besonders SS-Arzt Dr. Sigmund Rascher aus, der an Höhen- und Unterkühlungsversuchen arbeitete. Mit sadistischem Interesse verfolgte Himmler diese Experimente Raschers und gab lange Prognosen, wie nach seiner Meinung die einzelnen Versuche ausfallen würden. Rascher unterkühlte seine Opfer bei Wassertemperaturen zwischen 2,5 und 12 Grad Wärme. Im Jahre 1943 bat er Himmler, von Dachau nach Auschwitz umziehen zu dürfen, da dort seine Versuche weniger Aufsehen erregen würden: «Die Versuchspersonen brüllen, wenn sie sehr frieren», fügte Rascher zur Erklärung bei.

In anderen Lagern wurde den Häftlingen mit vergifteten Kugeln durch die Oberschenkel geschossen. Sie starben nach zwei Stunden unter entsetzlichen Qualen. Ebenso furchtbar war der Tod für jene, die Luft in die Venen und Petroleum unter die Haut beider Beine gespritzt erhielten.

Der Anteil der Frauen unter den Versuchspersonen war gross. Es lag im Sinne der «negativen Bevölkerungspolitik» der SS, die jüdische Rasse zu sterilisieren. An diesem Programm arbeitete vor allem SS-Brigadeführer Professor Hans Clauberg, der sich rühmte, täglich tausend Frauen unfruchtbar machen zu können. Im Konzentrationslager Ravensbrück verwendete man auch Kinder zu diesen Versuchen.

Doch die Experimente mit Frauen beschränkten sich nicht auf die Sterilisation. «Als wir aus Auschwitz herauskamen, schickte man uns nach Ravensbrück», berichtet Frau Couturier dem Gericht. «Dort wurden wir in den NN-Block gebracht, das heisst *Nacht-und-Nebel*, womit *Geheim* gemeint war. In diesem Block waren mit uns polnische Frauen, die die Registriernummer 7'000 trugen, und einige andere, die die *Hasen* genannt wurden, weil sie als Versuchskaninchen benutzt worden waren. Aus ihren Transporten hatte man sie wegen ihrer geraden Beine und ihres guten Gesundheitszustandes

herausgesucht und sie dann verschiedenen Operationen unterworfen. Einigen wurden Teile der Knochen aus den Beinen entfernt. Andere bekamen Injektionen. Ich weiss aber nicht, welche Injektionen. Unter den Operierten war die Sterblichkeit gross. Als man die anderen auch zum Operieren abholen wollte, haben sie sich geweigert, ins Revier zu gehen. Sie wurden dann mit Gewalt in Zellen geführt, und dort von einem Professor in Uniform, der aus Berlin gekommen war, operiert, der nicht die geringsten antiseptischen Vorsichtsmassregeln traf. Er zog keine Bluse an und wusch sich nicht einmal die Hände.»

Die Skala der Verbrechen reicht noch viel weiter. In Buchenwald wurden Häftlinge getötet, die Tätowierungen besaßen. Ihre Haut wurde abgezogen, gegerbt, zu Lampenschirmen und «Erinnerungsstücken» verarbeitet. Der Zeuge Maurice Lampe sagte über die Grausamkeiten in Mauthausen: «Ja, die waren in Mauthausen, wie in allen anderen Lagern, an der Tagesordnung. Ich glaube, wir haben hierfür Beweisstücke, die aufgefunden wurden; es handelt sich um zwei Schädel, die dem SS-Chefarzt als Briefbeschwerer dienten. Die Schädel stammten von zwei holländischen Juden, die aus einem Transport von 800 Personen herausgegriffen und ausgesucht worden waren, weil sie ein besonders schönes Gebiss hatten. Der SS-Arzt, der diese Auswahl traf, hatte wissen lassen, dass die beiden jungen holländischen Juden das Schicksal ihrer Transportkameraden erdulden müssten. Er hatte zu ihnen gesagt: ‚Hier leben keine Juden. Ich brauche zwei junge kräftige Menschen für chirurgische Experimente. Ihr habt die Wahl, ob ihr euch für diese Versuche zur Verfügung stellt, oder ihr werdet mit den anderen umgebracht.‘ Diese beiden Juden wurden in das Revier gebracht, dem einen wurde eine Niere entfernt, dem anderen der Magen. Dann erhielten sie Benzineinspritzungen ins Herz. Schliesslich wurden sie geköpft.»

Woher kommen die ungeheuren Menschenmassen, die in den Revieren der Lager zu Tode geschunden und vergast, von den Einsatzgruppen erschossen und in den Gettos ausgehungert werden? Die Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik stammten aus ganz Europa. Wir müssen uns bei den Deportationen, dieser ungeheuerlichen Leidenswanderung einer Rasse, auf einige trockene Zahlen beschränken. Von den deutschen Juden fielen 160'000 der Endlösung zum Opfer, also fast alle, die nicht ausgewandert waren. In Österreich beträgt die Zahl 60'000. In der Tschechoslowakei sind von den 350'000 Juden etwa 230'000 nach der Deportation umgekommen, in Frankreich etwa 60'000. Holland allein hat 104'000 tote Juden zu beklagen. Viele der deportierten Juden stammten aus Jugoslawien, Ungarn, Griechenland und Rumänien.

Der Achsenpartner Italien und auch Bulgarien machten die

scharfe Rassenpolitik Hitlers nicht mit. Erst als Mussolini 1944 völlig entmachtet war, wurden Juden aus Rom nach Auschwitz deportiert. Sehr viel Gegenliebe fand Hitler dagegen in Rumänien, wo etwa 220'000 Juden vernichtet wurden. Von den 3,5 Millionen polnischen Juden sind etwa 2,6 Millionen umgekommen. In der Sowjetunion fielen rund 750'000 Juden den Einsatzgruppen zum Opfer. Reitlinger kommt zu dem Ergebnis, dass etwa 4,2 bis 4,6 Millionen Juden vernichtet worden sind. Das sind zwar rund 1,5 Millionen weniger, als die Anklage in Nürnberg angenommen hatte, doch Reitlinger zitiert dazu den deutschen Schriftsteller Walter Dirks: «Es ist schimpflich, dass es Deutsche gibt, die in einer Verkleinerung der Zahl von 6 auf 2 Millionen eine Entlastung sehen.»

Nach der Liquidierung des Warschauer Gettos werden auf Befehl Himmlers 1943 und 1944 auch die übrigen polnischen und russischen Gettos vernichtet. Dem Massaker fallen etwa 300'000 Juden zum Opfer, die bisher in den grossen Gettos in Lodz, Bialystok, Sosnowiec-Bedzin, Lemberg, Wilna, Kowno und Riga vegetiert hatten. Auch dies geht unter Umständen vor sich, die jeder Beschreibung spotten. James Britt Donavan, Ankläger für die Vereinigten Staaten, zeigt dem Gericht einen deutschen 8-mm-Film über die Liquidierung eines Gettos. Donavan erläutert den Streifen, während er abrollt:

«Szene 2: Ein nacktes Mädchen, das über den Hof läuft.

Szene 3: Eine ältere Frau, die an der Kamera vorbeigezerrt wird, ein Mann in SS-Uniform steht rechts von der Szene.

Szene 16: Zwei Männer zerren einen alten Mann heraus.

Szene 24: Eine Gesamtaufnahme von der Strasse zeigt zu Boden gefallene Körper und nackt herumlaufende Frauen.

Szene 37: Ein Mann mit blutendem Kopf wird nochmals geschlagen.

Szene 45: Eine Frau wird an den Haaren über die Strasse gezerrt.» Früher schon, nach der Wende von Stalingrad, ging Himmler daran, die Spuren der SS-Verbrechen beseitigen zu lassen. Er gab SS-Standartenführer Paul Blobel den Auftrag, die Massengräber zu liquidieren, bevor die Rote Armee die Gebiete wieder einnehmen konnte. Blobel begann seine gespenstische Tätigkeit im August 1943 mit dem Sonderkommando 1005, das in Kiew die ersten Exhumierungen vornahm. Wo immer es möglich war, öffneten die Sonderkommandos die Massengräber und verbrannten die verwesenden Leichen. Diese grausige Arbeit mussten Häftlinge vollziehen, die von der SS im Anschluss daran erschossen wurden. Wo Exhumierungen nicht möglich waren, wurden die Gräber mit Dynamit gesprengt, eingeebnet und mit Gras getarnt.

Der sowjetische Ankläger L. N. Smirnow liest dem Gericht aus der Aussage des Zeugen Gerhard Adametz vor, der zum Sonderkom-

mando 1005 b gehörte und darüber berichtet: «Unser Leutnant Winter meldete unseren Zug dem Oberleutnant Hanisch, Zugführer der Schutzpolizei, der Abteilung 1005a. Es gab dort einen Verwesungsgeruch, der uns krank machte. Oberleutnant Hanisch hielt dann an uns eine Ansprache: ‚Sie riechen schon etwas, das kommt dort hinten aus der Kirche. Es müssen Häftlinge bewacht werden, und sie müssen sorgfältig bewacht werden. Alles, was hier geschieht, ist Geheime Reichssache. Jeder von euch haftet mit seinem Kopf dafür, wenn ihm ein Häftling entflieht, ausserdem wird der Betreffende noch vorher sonderbehandelt. . .’

Wir sahen auf dem Feld ungefähr 100 Häftlinge, die von ihrer Arbeit ausruhten. Jeder Häftling war an beiden Beinen gefesselt mit einer $\frac{3}{4}$ m langen Kette. Die Arbeit der Häftlinge bestand darin, Leichen, welche an diesem Ort in zwei grossen Gräbern beerdigt waren, auszugraben, zu transportieren, auf Haufen zu legen und zu verbrennen. Es ist schwer festzustellen, aber ich glaube, dass 40'000 bis 45'000 Leichen hier an dieser Stelle beerdigt waren. An anderen Stellen, wo ich auch als Wachmann Dienst getan habe, wurden die Häftlinge, nachdem die Arbeit beendet war, in Gruppen oder einzeln unter Bewachung von Schutzpolizisten zu der vom SD angewiesenen Stelle geführt. Dann befahl der SD den Häftlingen, sich mit dem Gesicht nach unten auf eine Holzunterlage zu legen, und sie bekamen sofort den Genickschuss. Die Häftlinge gehorchten meistens ohne Gegenwehr dem Befehle, um sich neben ihre schon erschossenen Kameraden hinzulegen . . .»

Als die alliierten Truppen den Kreis um Deutschland immer enger zogen, begann das Finale dieser an Schrecken gewiss nicht armen Tragödie. In Auschwitz hörten im Herbst 1944 die Gaskammern zu arbeiten auf, die Zugänge an Häftlingen dauerten jedoch an. Auf Befehl Himmlers wurden Auschwitz und viele andere Lager evakuiert. Zu Fuss oder im offenen Waggon, nur mit ihren dünnen KZ-Anzügen bekleidet, machten sich die Häftlinge auf ihren letzten Marsch. In den Lagern herrschten Epidemien, 300 Häftlinge starben täglich in Belsen. Als die Alliierten dieses Lager erreichten, fanden sie 12'000 unbeerdigte Leichen; 13'000 Häftlinge starben in den auf die Befreiung folgenden Tagen. Als die Rote Armee am 26. Januar 1945 jedoch Auschwitz besetzte, fand sie lediglich einige Hundert invalide Häftlinge vor. Himmler hatte noch im letzten Augenblick reinen Tisch gemacht.

«Tausend Jahre werden vergehen und diese Schuld von Deutschland nicht wegnehmen», sagte der Angeklagte Hans Frank in Nürnberg . . .

7 DAS ENDE DES WARSCHAUER GETTOS

Bei der von Hitler befohlenen und von Himmler geleiteten Ausrottung des jüdischen Volkes gibt es eine Zwischenstation, die dem Gehirn Hermann Görings entsprungen ist. Seit der Verlesung des wörtlichen Protokolls im Nürnberger Prozess ist bewiesen, dass Göring in der berüchtigten Kristallnacht-Konferenz vom 12. November 1938 sagte:

«Lieber Heydrich, Sie werden nicht darum herumkommen, in ganz grossem Massstab in den Städten zu Gettos zu kommen. Die müssen geschaffen werden.»

Reinhard Heydrich, der später die «Endlösung» so tatkräftig in die Hand nimmt, ist damals, ein Jahr vor Kriegsausbruch, «aus polizeilichen Gründen» noch gegen Gettos. Aber mit der Eroberung der europäischen Ostgebiete öffnen sich neue Möglichkeiten. Im Generalgouvernement, dem Herrschaftsbereich des späteren Nürnberger Angeklagten Hans Frank, taucht zuerst die Idee auf, alle Juden zu kennzeichnen. Kurz nach dem deutschen Einmarsch, am 24. Oktober 1939, wird von den Besatzungsbehörden in dem polnischen Ort Wloclawek allen Juden befohlen, eine weisse Armbinde mit einem Davidstern zu tragen. Hans Frank gefällt diese Sache so gut, dass er am 23. November .des gleichen Jahres eine Verordnung unterschreibt, mit der die Einrichtung von Wloclawek auf sämtliche Juden des Generalgouvernements ausgedehnt wird, immerhin einige Millionen Menschen.

Wenige Monate später wird der Anfang zur Verwirklichung der Göringschen Getto-Idee gemacht. Die gekennzeichneten und schon seit langem amtlich registrierten Juden müssen abgesonderte Viertel beziehen. Sie müssen ihre Heime, ihre Geschäfte und Werkstätten verlassen, ihre Dörfer und Landgemeinden und in elenden Trecks in die Gettos von Krakau, Warschau, Lublin, Radom und anderen Städten umziehen.

Heydrich, der einstige Getto-Gegner, ist plötzlich daran interessiert, alle Juden zu konzentrieren, denn nun steht hinter den Vorgängen bereits das weitere Ziel der «Endlösung», und es bedeutet für die Mörder eine technische Bequemlichkeit, ihre Opfer in grossen Sammelbecken griffbereit zu haben.

In den Akten des Angeklagten Alfred Rosenberg ist dazu ein Memorandum gefunden worden, aus dem der amerikanische Ankläger William F. Walsh in Nürnberg verliest:

«Ein erstes Hauptziel der deutschen Massnahmen muss sein, das Judentum streng von der übrigen Bevölkerung abzusondern. Eine Überführung in Gettos unter gleichzeitiger Trennung der Geschlechter ist anzustreben. Diesen Gettos kann unter Aufsicht eine

jüdische Selbstverwaltung mit jüdischem Ordnungsdienst gegeben werden. Die Bewachung der Grenzen zwischen den Gettos und der Aussenwelt ist jedoch Sache der Polizei.»

SS-Brigadeführer Franz Stahlecker hat das System in einem Tätigkeitsbericht – Geheime Reichssache vom 15. Oktober 1941 – mit schlichten Worten dargestellt: «Neben der Organisierung und Durchführung der Exekutionsmassnahmen wurde gleich in den ersten Tagen des Einsatzes in den grösseren Städten auf die Schaffung von Gettos hingewirkt.»

Was Stahlecker «Exekutionsmassnahmen» nennt, wird in einem anderen Dokument erläutert, das Walsh dem Nürnberger Gerichtshof vorliest. Es handelt sich um einen amtlichen Bericht des SS- und Polizeiführers im Distrikt Galizien, SS-Gruppenführer Franz Katzmann: «Bei der Umsiedlung der Juden in ein bestimmtes Stadtviertel wurden mehrere Schleusen errichtet, an denen von vornherein bei der Durchschleusung das gesamte arbeitsscheue und asoziale jüdische Gesindel erfasst und sonderbehandelt wurde.»

Mit der Ausweitung von Hitlers Eroberungen entstehen Gettos überall im Osten, in den baltischen Staaten bis Riga, in Galizien mit dem Schwerpunkt Lemberg, hinter dem Mittelabschnitt der Ostfront in Minsk und Smolensk. Erst als die deutschen Truppen im Südosten bis Simferopol auf der Krim vordringen, ist die Zwischenlösung der Gettos schon überholt, und die Einsatzgruppen können sofort mit den Massenerschiessungen beginnen.

Kaum ist die Umsiedlungsaktion beendet, werden rings um die neugeschaffenen jüdischen Wohnbezirke Mauern, Bretterzäune und Drahtverhaue errichtet. Millionen Menschen sitzen damit plötzlich in einem Gefängnis unvorstellbaren Ausmasses. Was sich von diesem Zeitpunkt an hinter den Mauern abspielte, ist von Überlebenden geschildert worden, aber auch von aussenstehenden Augenzeugen, die einen Blick in die Hölle tun konnten.

«Ende 1942», sagt William F. Walsh, «waren die Juden im Generalgouvernement Polen in fünfundfünfzig Gemeinden zusammengepfercht.» Bei Todesstrafe ist es ihnen verboten, die Gettos zu verlassen, und nach dem Protokoll einer Sitzung vom 16. Dezember 1941 sagt Frank zu den Regierungsmitgliedern seines Generalgouvernements: «Die aus diesem Grunde gegen Juden verhängte Todesstrafe müsse fürderhin schnellstens vollstreckt werden.»

Dr. Hummel, einer der anwesenden Amtschefs, fügt laut Sitzungsprotokoll hinzu: «Das Verfahren bis zur Liquidierung sei zu langwierig, es sei mit zu viel Formalitäten belastet und müsse vereinfacht werden. Dankbar habe man den Schiessbefehl begrüsst, auf Grund dessen auf Juden auf den Landstrassen geschossen werden dürfe.»

Für ihr Problem, wie sie die in den Gettos angesammelten Juden vernichten könnten, haben die Henker nacheinander mehrere Lösungen gefunden und ausprobiert. Himmlers erster Plan ist es, die eingemauerten Menschenmassen einfach verhungern zu lassen. Die Lebensmittelzuteilungen liegen von Anfang unter dem Existenzminimum, und dies entspricht ganz einer Verordnung, die Herbert Backe vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 18. September 1942 erlassen hat. Ankläger Walsh zitiert:

«Juden erhalten von der 42. Zuteilungsperiode ab folgende Lebensmittel nicht mehr: Fleisch, Fleischwaren, Eier, Weizenerzeugnisse, Vollmilch, entrahmte Frischmilch, desgleichen solche Lebensmittel, die auf freie Abschnitte der Lebensmittelkarten abgegeben werden.»

Gouverneur Frank übertrifft Berlin und bringt es fertig, die tägliche Brotration für die Bewohner des Gettos auf 143, später sogar auf zwanzig Gramm herabzudrücken, dazu monatlich hundert Gramm Marmelade und fünfzig Gramm Fett. Er weiss, dass er damit ein kollektives Todesurteil unterschreibt, und vermerkt nüchtern in seinem Tagebuch: «Während der Wintermonate wird die Sterblichkeit zweifellos steigen, aber dieser Krieg bringt die völlige Vernichtung der Juden mit sich.»

Noch kälter hat er schon am 24. August 1942 den Satz zu Papier gebracht: «Dass wir eineinhalb Millionen Juden zum Hungertod verurteilen, sei nur am Rande festgestellt.»

Tatsächlich rafft die künstlich erzeugte Hungersnot Tausende der zernierten Juden dahin. In den Strassen der Gettos liegen zu Skeletten abgemagerte Kinder. Männer und Frauen, die vor Entkräftung einfach zusammenbrechen, werden in den Rinnstein gelegt, bis am nächsten Morgen die Totenkarren kommen und die grausige Ernte aufsammeln.

Trotzdem müssen Himmler und seine Handlanger schliesslich einsehen, dass die Methode des Aushungerns zu langwierig ist und noch dazu unkontrollierbare Seuchengefahren für das gesamte Gebiet im Rücken der Front mit sich bringt. Ausserdem verschafft der immer empfindlicher werdende Mangel an Arbeitskräften den Juden einen vorübergehenden Aufschub: die arbeitsfähigen Bewohner der Gettos können in den kriegswichtigen Produktionsprozess eingespannt werden. Den Befehl, die Gettos völlig zu liquidieren und alle noch lebenden Juden in die Gaskammern von Auschwitz und Treblinka zu schicken, spart sich Himmler bis zum 11. Juni 1943 auf.

Die «Vernichtung durch Arbeit», die der «Vernichtung durch Hunger» folgt, ist in Nürnberg ebenfalls von Ankläger Walsh behandelt worden. Am Anfang taucht wieder einmal Parteiphilosoph Rosenberg auf, und Walsh kann sagen:

«Der Angeklagte Rosenberg errichtete als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete innerhalb seiner Organisation eine Abteilung, die unter anderen Dingen eine Lösung des jüdischen Problems durch Zwangsarbeit suchte. Seine Pläne sind in einem Dokument enthalten, das ich zum Beweis vorlege.»

Eine Stelle aus dem ungeheuerlichen Schriftstück genügt: «Massgebliches Gebot für den jüdischen Arbeitseinsatz wird allein die volle und unnachsichtliche Inanspruchnahme der jüdischen Arbeitskraft ohne irgendeine Altersbegrenzung sein. Verstösse gegen deutsche Massnahmen, insbesondere die Entziehung vom Arbeitszwang, sind bei Juden grundsätzlich mit der Todesstrafe zu ahnden.»

Walsh fährt fort: «Aus den Gettos wurden jüdische Arbeiter ausgesucht und in die Sammellager gebracht. Hier wurden die verwendbaren Juden von den als wertlos angesehenen Juden abgesondert. So wurde erwartet, dass ein Kontingent von 45'000 Juden 10'000 bis 15'000 verwendbare Arbeiter liefern würde. Die Quelle für meine Behauptung ist ein Telegramm des Reichssicherheitshauptamtes an Himmler, das mit *Eilig* und *Geheim* bezeichnet ist und das Datum des 16. Dezember 1942 trägt. Ich lese die letzten Zeilen vor: ‚In der Zahl von 45'000 ist der arbeitsunfähige Anhang (alte Juden und Kinder) mit inbegriffen. Bei Anlegung eines zweckmässigen Massstabes fallen bei der Ausmusterung der ankommenden Juden in Auschwitz mindestens 10'000 bis 15'000 Arbeitskräfte an.‘»

Hinter diesen Worten verbirgt sich der Übergang zur nächsten und letzten Phase. Bei der «Ausmusterung» gabelt sich der Strom der wehrlosen Juden in zwei Arme: die einen werden für die «Vernichtung durch Arbeit» bestimmt und dürfen noch am Leben bleiben, die anderen treten den Weg in die Gaskammern an.

In den Gettos selbst werden Werkstätten und Rüstungsbetriebe eingerichtet. Sie werden zur letzten Zufluchtsstätte, und SS-Gruppenführer Katzmann gesteht in einem von Ankläger Walsh verlesenen Bericht:

«Es wurden Fälle bekannt, bei denen Juden zwecks Erlangung irgendeines Arbeitsausweises nicht allein keinen Lohn verlangten, sondern sogar noch laufend Geld zuzahlten. Darüber hinaus nahm das ‚Organisieren‘ der Juden für ihre «Arbeitgeben einen derartig katastrophalen Umfang an, dass energischst eingeschritten werden musste. Im Zuge dieser Aktion wurden wiederum Tausende von Juden erfasst und einer Sonderbehandlung zugeführt.» Die «Arbeitgeber», von denen Katzmann spricht, sind deutsche Unternehmer, unter ihnen wohl der grösste und bekannteste: Walter Többens, der in seinen Warschauer Werkstätten fünfzehntausend Juden beschäftigt und es mit diesen Sklavenarbeitern in kurzer Zeit vom Habenicht zum vielfachen Millionär bringt. Allerdings ist ihm das nur

möglich, weil er alle massgeblichen Leute der Warschauer SD-Hierarchie in Bestechungsaffären verwickelt und schliesslich seine Gewinne noch mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik teilt.

Doch zuletzt vermag auch Sklavenarbeit nicht mehr vor der endgültigen Ausrottung zu schützen. Die Transporte in die Vernichtungslager rollen, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann der letzte Zug gehen wird. In dem unglaublichen Tagebuch von Hans Frank heisst es unverhüllt:

«Mit den Juden – das will ich ganz offen sagen – muss so oder so Schluss gemacht werden. Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich jetzt weiterspreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volk haben, sonst mit niemandem auf der Welt. Ich muss auch als alter Nationalsozialist sagen: Wenn die Judensippschaft den Krieg überleben würde, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Meine Herren, ich muss Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist.» Diese Worte sind ein Programm. Nur an wenigen Orten leuchtet ein Licht in dieser entsetzlichen Finsternis, und eines davon ist die todesmutige Verzweiflungstat der Juden des Warschauer Gettos, die sich am 18. April 1943 mit der Waffe gegen ihre Peiniger erheben.

Das Getto von Warschau soll hier stellvertretend sein für alle anderen. In Nürnberg verliert Ankläger Walsh aus einem Bericht des SS-Brigadeführers Jürgen Stroop:

«Der jüdische Wohnbezirk in der Stadt Warschau» – ein Gebiet von vier Kilometern Länge und zweieinhalb Kilometern Breite – «wurde von etwa 400'000 Juden bewohnt. Es befanden sich in ihm 27'000 Wohnungen mit einem Zimmerdurchschnitt von zweieinhalb Zimmern. Er war von dem übrigen Stadtgebiet durch Brand- und Trennmauern und durch Vermauerung von Strassenzügen, Fenstern, Türen und Baulücken getrennt.»

Walsh fügt hinzu: «Eine Vorstellung von den Verhältnissen innerhalb dieses Gettos kann man durch die Tatsache erhalten, dass durchschnittlich sechs Personen in jedem Zimmer lebten.»

Doch das ist nur ein rechnerischer Durchschnitt. In Wirklichkeit sind die Verhältnisse viel katastrophaler. Reichen Juden ist es anfangs auch im Getto möglich, ganze Wohnungen zu mieten; die anderen müssen noch enger zusammenrücken, und es gibt Kammern und Kellerlöcher, in denen sechsunddreissig Menschen auf Stroh schlafen – und zwar in Schichten von je zwölf, die sich alle acht Stunden ablösen. In den Häusern und auf den Strassen herrscht unvorstellbares Gedränge, und man muss sich vor Augen halten, dass hier

viermal die Einwohnerschaft von Darmstadt in einem Raum von der Grösse eines unbedeutenden Provinzortes zusammengepfercht worden ist.

Im Jahre 1941 gibt es im Warschauer Getto 44630 Todesfälle, die meisten als Folge der Hungeraktion. Die Zahlen steigen weiter an, aber eine Kommission Ärzte, die das Problem untersucht, kommt zu dem Schluss, dass es fünf Jahre dauern würde, bis alle Bewohner wirklich verhungert sind.

Zwei Tatsachen werden dadurch deutlich. Erstens, dass es neben den amtlichen Hungerrationen noch andere Ernährungsquellen gegeben hat; zweitens, dass sich die Einwohner des Gettos organisiert, um ihre Probleme zu studieren und vielleicht damit fertig zu werden.

Die Mauer um das Getto ist in der Tat kein unüberwindlicher Wall. Es gibt Lücken, es gibt polnische Polizisten, die ein Auge zudrücken, es gibt unterirdische Kanäle, die nach draussen führen. Vorwiegend sind es Kinder, die auf diesen Schleichwegen Tag und Nacht einen organisierten Schmuggeldienst betreiben, und wenn einige Hunderttausend Menschen den ihnen von Frank zugedachten Hungertod nicht gestorben sind, konnten sie es diesen unerschrockenen Kindern verdanken. Unerschrocken – denn die deutschen Polizeiposten schiessen, und es ist ein alltägliches Schauspiel in Warschau, wie sie an den Grenzen des Gettos Schmuggelkinder abknallen wie Hasen.

Es gibt noch andere Lücken in der Mauer. Jüdische Arbeitskolonnen werden jeden Tag aus dem Getto herausgeführt, weil ihre Werkstätten im anderen Teil Warschaus liegen. Es ist unmöglich, sie bei der Rückkehr Mann für Mann zu durchsuchen. Die Posten machen Stichproben und begnügen sich damit, ihre Opfer an Ort und Stelle zusammenzuschlagen.

Innerhalb des Gettos verkehrt eine Strassenbahn: Nur für Juden, und an Stelle der Nummer mit einem Davidstern gekennzeichnet. Ausserdem wird das Getto an einer seiner schmalsten Stellen von einer anderen Linie durchquert. Die Bahn hat Anweisung, hier mit höchster Geschwindigkeit zu fahren, es gibt keine Haltestelle. Und doch ist dieses kurze Stück ein wichtiger Umschlagplatz: Von den Plattformen der Wagen werfen polnische Kinder verstohlen kleine Säcke auf die Strasse, jüdische Kinder kommen geduckt aus einem Haustor gelaufen, nehmen die Säcke auf, verschwinden mit ihnen hinter der nächsten Deckung.

Es ist eine verzweifelte Organisation, aber es gelingt ihr sogar, auf unbekanntem Wegen einige Kühe ins Getto zu schmuggeln, sie im dritten Stock eines Hauses versteckt zu halten und so wenigstens die Neugeborenen mit Milch zu versorgen.

Auf der anderen Seite hilft es, dass SD, Gestapo und SS korrupt und ihre höchsten Vertreter in Warschau durchaus bestechlich sind. Globocnik zum Beispiel, der an dem Millionenunternehmen von Többens beteiligt ist, hat gar kein Interesse daran, die Sklavenarbeiter seines Partners Hungers sterben oder in die Gaskammern abtransportiert zu sehen, obwohl das seine dienstliche Aufgabe wäre. Es ist auch bekannt, dass Globocnik und andere Henker Ende 1942 schon so tief im Getto-Geschäft stecken, dass sie nur wünschen, die Gettos möchten nie zu bestehen aufhören.

Nur so erklärt sich, dass sie hinterrücks bemüht sind, die Liquidierung zu verhindern, die Heinrich Himmler schliesslich anordnet. Sie fördern sogar den Bau von Luftschutzbunkern im Getto, aber zweifellos nicht, um jüdische Familien vor sowjetischen Fliegerbomben zu schützen, sondern weil diese Bunker eines Tages als Widerstandsnester Himmler dazu veranlassen könnten, von der restlosen Ausrottung Abstand zu nehmen.

Ähnliche Überlegungen mögen Globocnik und seine Genossen bewegen, wenn sie ihre Augen von dem zunehmenden Waffenschmuggel abwenden. Jedenfalls gelingt es der jüdischen Widerstandsorganisation, zu phantastischen Preisen Gewehre, Pistolen, Munition, Handgranaten, Maschinengewehre und sogar schwerere Waffen aufzukaufen, ins Getto zu schmuggeln und versteckt zu halten. Die dunkle Quelle sind deutsche Soldaten, rückwärtige Waffenmeister und zum Teil die in der Nähe von Lemberg stationierten italienischen Ost-Divisionen.

Unbestimmtes Zwielicht liegt auf diese Weise über dem Getto von Warschau. Unbeschreibliches Hungerelend der Massen, brutale Massnahmen der Behörden, verzweifelte Anstrengungen improvisierter jüdischer Hilfsorganisationen, und zur gleichen Zeit werden vom SD einige Nachtlokale im Getto gefördert, in denen die Spitzen der Gestapo, der Sicherheitspolizei und der SS nächtliche Orgien feiern. Wer Gold, Diamanten, Dollars oder auch entsprechende Mengen Zloty besitzt, kann alles kaufen und braucht sich nicht um die nackten Leichen und zerkümmerten Kinder auf der Strasse zu kümmern, nicht um die jüdische und nicht um die deutsche Polizei, nicht um die Anordnungen des Judenrates und nicht um die Anordnungen Franks.

Der Judenrat ist ein von den deutschen Besatzungsbehörden aufgestelltes, willenloses Gremium, die jüdische Polizei eine Truppe von zweitausend Mann, die ihre Existenzberechtigung den Deutschen täglich von Neuem durch erbarmungslose Härte gegenüber den eigenen Schicksalsgenossen zu beweisen sucht.

Am 20. Juli 1942 nimmt das Schicksal des Warschauer Gettos eine Wendung. An diesem Tag wird dem Judenrat befohlen, 60'000 Juden

bereitzustellen, die zur Arbeit abtransportiert werden sollen. Zweck dieser Massnahme soll es sein, das Getto «von allen unproduktiven Elementen» zu säubern. Kinder, Kranke, Bettler, Obdachlose, Frauen, Greise, alle, die keine Arbeit in den Rüstungsbetrieben nachweisen können, müssen sich an einem bestimmten «Umschlagplatz» einfinden. Von hier geht es direkt in die Güterwagen und weiter in die Vernichtungslager.

Doch diese letzte Station bleibt zunächst unbekannt. «Umsiedlung» heisst es einfach, irgendwo nach dem Osten, in die Gegend von Minsk. Nur der Vorsitzende des Judenrats, Adam Czerniakow, ahnt die Wahrheit und macht seinem Leben durch Gift ein Ende. Das Wort *Umschlagplatz* bekommt im Getto einen grauenhaften Klang. Jüdische Polizei und SS-Rollkommandos kämten die Strassen durch, prügeln und schiessen, verteilen Fusstritte und Faustschläge, räumen das Waisenhaus, leeren das Gefängnis, ergreifen Schwangere, zerren Rabbiner am Bart zur Sammelstelle. Umschlagplatz – Umsiedlung . . .

Bernard Goldstein, ein Mitglied der jüdischen Widerstandsbewegung, berichtet in seinen Erinnerungen:

«Wir hatten nicht den geringsten Zweifel, dass diese Wagenladungen von Unglücklichen in den sicheren Tod gingen. Den schwierigen Auftrag, genauere Informationen hierüber herauszufinden, gaben wir Zalman Friedrich, einem unserer mutigsten und unermüdetlichsten Genossen in der Untergrundbewegung. Ein polnischer Eisenbahner, der die von den Deportierungszügen eingeschlagene Richtung kannte, beriet Friedrich über die Route.

Unter grossen Schwierigkeiten erreichte Friedrich schliesslich Sokolow. Dort erfuhr er, dass die Deutschen ein kleines Nebengeleise nach dem Dorf Treblinka angelegt hatten. Täglich wurden Züge, voll beladen mit Juden, auf dieses neue Gleis geschoben. In Treblinka gab es ein grosses Lager. Die Einwohner von Sokolow hatten gehört, dass in Treblinka schreckliche Dinge vorgingen, doch wussten sie nichts Genaues.

In Sokolow stiess Friedrich zufällig auf unseren Genossen Azriel Wallach, einen Neffen von Maxim Litwinow (dem früheren sowjetischen Aussenminister). Er war gerade von Treblinka entflohen und in fürchterlichem Zustand, schwer verbrannt, blutend, seine Kleidung in Fetzen.

Friedrich erfuhr von Wallach, dass alle Juden, die nach Treblinka gebracht wurden, unmittelbar getötet würden. Sie wurden aus den Zügen ausgeladen, und es wurde ihnen gesagt, dass sie sich baden und reinigen müssten, bevor sie in ihre Arbeitsquartiere hineingelassen würden. Dann wurden sie in grosse hermetisch geschlossene Kammern gebracht und vergast. Wallach wurde vor dem Getötet-

werden bewahrt, weil er zum Säubern der Güterwagen angestellt wurde. Dabei war es ihm gelungen, zu fliehen.

Mit diesen Informationen kehrte Friedrich nach Warschau zurück. So waren wir in der Lage, dem Getto einen Augenzeugenbericht von dem zu geben, was tatsächlich mit den täglichen Wagenladungen Deportierter geschah.»

Doch der Bericht findet wenig Glauben. Verzweifelt klammert sich die Mehrzahl an die Illusion, dass es sich doch nur um eine Umsiedlung, eine Verschiebung zu irgendeiner Arbeit handle. Die Transporte rollen weiter, und es gibt sogar genügend Freiwillige, die sich beim Umschlagplatz einfinden, weil sie meinen, es an einem Arbeitsplatz im Osten besser zu treffen.

Erst allmählich zerrinnen diese Selbsttäuschungen. Das Getto leert sich, und eines Tages schützt auch ein Arbeitsplatz in den Betrieben von Walter Többens nicht mehr vor der Verschiebung. SS-Kommandos beginnen mit den berüchtigten «Selektionen», und wieder ist es Goldstein, der darüber als Augenzeuge berichtet:

«Durch den Riss in der Mauer beobachteten wir die Aussortierung auf dem Hof. SS-Leute standen in Reihen, zwischen ihnen hindurch trotteten die Arbeiter. Wir sahen, wie sie entweder nach rechts oder nach links wanderten, je nachdem, wie der Mann vorn einen Stock hierhin oder dorthin bewegte. Jene, die für den Todeskarren bestimmt waren, wurden unmittelbar ergriffen. Die Verdammten wurden von Soldaten und Polizisten umgeben und zu den Güterwagen auf dem Umschlagplatz in Marsch gesetzt. Überall gab es Weinen und Schreien. Männer suchten zu ihren Frauen zu kommen und Frauen zu ihren Männern; durch die willkürliche Bewegung eines Stockes waren sie für immer von einander geschieden.»

Dass die Ausgeschiedenen in die Gaskammern geschickt werden, ist jetzt allen klar. Es gibt nur noch eine Chance, davonzukommen: bei der Selektion einen arbeitsfähigen Eindruck zu machen. «Man musste gesund, adrett, arbeitsfähig und brauchbar aussehen», drückt es Goldstein aus. Und er hat geschildert, wie sich dieser Grundsatz schaurig auswirkte:

«Auf den Strassen begannen die Leute sich in Reihen aufzustellen. Dann sah ich etwas Ungewöhnliches. Männer rasierten sich, wuschen und säuberten sich. Frauen benutzten den Lippenstift und legten Puder auf, sahen in den Handspiegel, kämmten ihr Haar und glätteten ihre Kleider. Sie taten ihr Bestes, um sich hübsch und anziehend für den Teufel zu machen. Arbeiter von Fabriken und Werkstätten scharten sich um Banner mit gekennzeichneten Aufschriften. Ich sah eine bekannte Gruppe von Bäckern, vor Sauberkeit glänzend in ihren weissen Mützen und Schürzen; den Namen ihrer

Bäckerei führten sie auf einem Transparent über sich. Sie waren aufs Schönste für die schicksalhafte Auslese herausgeputzt.»

Über diese dumpfe Szenerie bricht der 18. Januar 1943 wie ein Gewitter herein. Eine Kolonne von Aussortierten zieht auf dem Weg zum Umschlagplatz Pistolen aus den Taschen und eröffnet das Feuer auf die begleitende SS. Noch ehe die Deutschen begriffen haben, hat sich der Zug zerstreut und ist untergetaucht.

Das ist ein ungeheuerliches Ereignis.

Ferdinand von Sammern-Frankenegg, Höherer SS- und Pozeiführer, veranstaltet eine Grossrazzia im Getto, lässt ein paar jüdische Häuser mit Feldhaubitzen zusammenschliessen, aber es gelingt ihm nicht, Beteiligte oder Anführer aufzustöbern.

Einen Monat später, am 16. Februar 1943, befiehlt Himmler, «das Getto Warschau abzureissen». Sammern-Frankenegg und Odilo Globocnik scheinen aber aus den geschilderten Gründen gezögert zu haben, und so erscheint plötzlich SS-Brigadeführer und General der Polizei Jürgen Stroop auf der Bildfläche, um das Kommando zu übernehmen. Am 19. April fährt er mit drei Geschützen und drei Panzerfahrzeugen ins Getto ein.

An diesem Tag beginnt der tragische Todeskampf der Warschauer Juden. Er dauert fast einen Monat, bis zum 16. Mai 1943. Die deutschen Kräfte stampfen den Widerstand nieder, aber den Sieg, der über die Jahrhunderte leuchtet, trägt das jüdische Volk davon.

Im Nürnberger Gerichtssaal versucht der amerikanische Ankläger John Harlan Amen, Einzelheiten von Kaltenbrunner zu erfahren.

Amen: «Was hatten Sie mit der endgültigen Vernichtung des Warschauer Gettos zu tun? Nichts, wie üblich?»

Kaltenbrunner: «Ich hatte damit nichts zu tun.»

Amen: «Stroop war ein recht guter Freund von Ihnen, nicht wahr?»

Kaltenbrunner: «Ich habe Stroop vielleicht in meinem ganzen Leben zwei- oder dreimal gesehen beim Reichsführer Himmler.»

Amen: «Wir werden ausfindig machen, ob Stroop bestätigt, was Sie dem Gericht zu erzählen versuchen.»

Mit diesen Worten legt Amen eine eidesstattliche Erklärung vor, die Stroop für das Gericht abgegeben hat. Darin heisst es: «Ausserdem erhielt ich ein Fernschreiben von Himmler, das mir den Befehl gab, das Warschauer Getto zu räumen und dem Erdboden gleichzumachen. Obersturmbannführer Dr. Hahn war Kommandeur der Sicherheitspolizei von Warschau zu dieser Zeit. Hahn gab der Sicherheitspolizei ihre Befehle über ihre Aufgabe in dieser Aktion. Diese Befehle wurden Hahn nicht von mir gegeben, sondern kamen an ihn von Kaltenbrunner in Berlin. Alle Exekutionen wurden vom Reichssicherheitshauptamt, Kaltenbrunner, angeordnet.»

Amen: «Sagen Sie nun, dass diese Aussage von Stroop wahr oder falsch ist?»

Kaltenbrunner: «Sie ist unwahr.»

Aber Kaltenbrunners Erklärung kann den Wert eines anderen Nürnberger Dokuments nicht abschwächen, den tagebuchartigen Bericht Stroops über die Vernichtungsaktion. Hier hat der SS-Brigadeführer unter dem Titel *Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!* ein einmaliges Geschichtszeugnis geschaffen, und Ankläger Walsh kann sagen:

«Dieses ausgezeichnete Probestück deutscher Handwerkskunst, in Leder eingebunden, reich illustriert, auf schwerem Büttenpapier gedruckt, enthält einen beinahe unglaublich klingenden Bericht Stroops, der diesen Bericht mit kühner Hand unterzeichnet hat. General Stroop rühmt in diesem Bericht erst die Tapferkeit und das Heldentum der deutschen Streitkräfte, die an der rücksichtslosen und erbarmungslosen Aktion gegen eine Gruppe von Juden teilnahmen, die sich, um genau zu sein, auf 56'065 Personen belief, selbstverständlich einschliesslich Frauen und Kinder.»

Im Nürnberger Gefängnis sagt der ehemalige Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Alfred Jodl, zu dem Gerichtspsychologen Gustave M. Gilbert: «Diese schmutzigen, arroganten SS-Schweine! Man stelle sich vor, dass jemand einen 75 Seiten langen, prahlerischen Bericht über eine kleine Mordexpedition schreibt!»

Trotzdem kann es kein eindringlicheres Zeugnis geben als die Niederschrift des deutschen Hauptbeteiligten. Der Ton seines Berichtes gibt oft mehr Auskünfte als der Wortlaut, und es ist allein schon bemerkenswert, wenn es an einer Stelle heisst: «Trotz der ausserordentlichen Belastung, die jeder einzelne SS- und Polizeiangehörige während dieser Aktionen durchzumachen hatte, ist die Stimmung und der Geist der Männer vom ersten bis zum letzten Tage ausserordentlich gut und lobenswert gewesen.»

So, wie der Bericht in Nürnberg verlesen wurde, soll Stroop selbst zu Wort kommen:

«Vor Beginn dieser Grossaktion waren die Grenzen des jüdischen Wohnbezirks durch eine äussere Absperrung abgeriegelt, um einen Ausbruch der Juden zu vermeiden. Beim ersten Eindringen in das Getto gelang es den Juden, durch einen vorbereiteten Feuerüberfall die angesetzten Kräfte einschliesslich Panzer- und Schützenpanzerwagen zurückzuschlagen. Trotz Wiederholung des Feuerüberfalles gelang es bei einem zweiten Einsatz, die Gebäudekomplexe planmässig durchzukämmen. Der Gegner wurde gezwungen, sich von den Dächern und höhergelegenen Stützpunkten in die Keller, Bunker und Kanäle zurückzuziehen. Um ein Entweichen in die Kanalisation zu verhindern, wurde alsbald das Kanalnetz unterhalb des jüdischen

Wohnbezirkes mit Wasser angestaut, was aber von den Juden zum grössten Teil durch Sprengungen von Absperrschiebern illusorisch gemacht wurde. Die Hauptkampfgruppe der Juden, die mit polnischen Banditen vermenget war, zog sich auf den sogenannten Muranowskiplatz zurück. Sie hatte den Plan, mit allen Mitteln sich im Getto festzusetzen, um ein Eindringen unsererseits zu verhindern. Es wurde die jüdische und die polnische Flagge als Aufruf zum Kampf gegen uns auf einem Betonhaus gehisst.

Schon bald nach den ersten Tagen erkannte ich, dass der ursprünglich vorgesehene Plan nicht zur Durchführung zu bringen war. Die Juden hatten alles in ihren Händen, von chemischen Mitteln zur Anfertigung von Sprengstoffen angefangen bis zu Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken der Wehrmacht, Kampfmittel aller Art, insbesondere Wurfgranaten und Molotow-Cocktails. Ferner ist es den Juden gelungen, in Betrieben Widerstandsnester einzurichten. Ein derartiges Widerstandsnest musste bereits am zweiten Tag durch Einzug eines Pionierzuges mit Flammenwerfern und Artilleriebeschuss bekämpft werden.

Wenn in den ersten Tagen angenommen worden war, dass nur vereinzelte Bunker vorhanden seien, so zeigte sich doch im Laufe der Grossaktion, dass das ganze Getto systematisch mit Kellern, Bunkern und Gängen versehen war. Diese Gänge und Bunker hatten in allen Fällen Zugänge zu der Kanalisation. Dadurch war ein ungestörter Verkehr unter der Erde zwischen den Juden möglich. Wie vorsorglich die Juden gearbeitet hatten, beweist die in vielen Fällen festgestellte geschickte Anlage der Bunker mit Wohneinrichtungen für ganze Familien, Wasch- und Badeeinrichtungen, Toilettenanlagen, Waffen- und Munitionskammern und grossen Lebensmittelvorräten für mehrere Monate.

Während es zuerst möglich war, die an sich feigen Juden in grösseren Massen einzufangen, gestaltete sich die Erfassung in der zweiten Hälfte der Grossaktion immer schwieriger. Es waren immer wieder Kampfgruppen von zwanzig bis dreissig und mehr jüdischen Burschen im Alter von 18 bis 25 Jahren, die jeweils eine entsprechende Anzahl Weiber bei sich hatten, die neuen Widerstand entfacheten.

Diese Kampfgruppen hatten den Befehl, sich bis zum Letzten mit Waffengewalt zu verteidigen und sich gegebenenfalls der Gefangennahme durch Selbstmord zu entziehen. Bei dem bewaffneten Widerstand waren die zu den Kampfgruppen gehörenden Weiber in gleicher Weise wie die Männer bewaffnet. Es war keine Seltenheit, dass diese Weiber aus beiden Händen mit Pistolen feuerten. Immer wieder kam es vor, dass sie Pistolen und Eierhandgranaten bis zum letzten Moment in ihren Schläpfen verborgen hielten, um sie dann ge-

*Hinter den Kulissen
des Nürnberger
Prozesses: Diese
Fotos zeigen einige
der Angeklagten in
der Mittagspause.
Von links: Dr.
Hjalmar Schacht
beim Essen, Her-
mann Göring und
Julius Streicher
beim Essenfassen,
Ernst Kaltenbrunner
beim Überprüfen
seiner Notizen und
Wilhelm Keitel im
Gespräch.*





Die Angeklagten: In der vorderen Reihe (von links) Hermann Göring, Rudolf Hess, Joachim von Ribbentrop, Wilhelm Keitel, Ernst Kaltenbrunner, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Wilhelm Frick, Julius Streicher, Walter Funk (Hjalmar Schacht ist auf diesem Foto nicht mehr zu sehen). In der hinteren Reihe (von links) Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur von Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Franz von Papen, Arthur Seyss-Inquart, Albert Speer, Konstantin von Neurath und Hans Fritzsche. Im Vordergrund die Verteidiger.

Das Gericht: (von links) Oberstleutnant A. F. Wolchkow und Generalmajor Iola T. Nikitschenko, Sowjetunion; Sir Norman Birkett und der Vorsitzende Sir Geoffrey Lawrence, Grossbritannien; Francis A. Biddle und John J. Parker, USA; Henri Donnedieu de Vabres und Robert Falco, Frankreich. Vor ihnen Assistenten und Protokollführer.



gen die Männer der Waffen-SS, Polizei und Wehrmacht anzuwenden.

Am 23. April 1943 erging vom Reichsführer-SS über den Höheren SS- und Polizeiführer Ost in Krakau der Befehl, die Durchkämpfung des Gettos in Warschau mit grösster Härte und unnachsichtlicher Zähigkeit zu vollziehen. Ich entschloss mich deshalb, nunmehr die totale Vernichtung des jüdischen Wohnbezirks durch Abbrennen sämtlicher Wohnblocks vorzunehmen.

Fast immer kamen dann die Juden aus ihren Verstecken und Bunkern heraus. Es war nicht selten, dass die Juden in den brennenden Häusern sich so lange aufhielten, bis sie es wegen der Hitze und aus Angst vor dem Verbrennungstod vorzogen, aus den Stockwerken herabzuspringen, nachdem sie vorher Matratzen und andere Polstersachen aus den brennenden Häusern auf die Strasse geworfen hatten. Mit gebrochenen Knochen versuchten sie dann noch über die Strasse in Häuserblocks zu kriechen, die noch nicht oder nur teilweise in Flammen standen.

Auch der Aufenthalt in den Kanälen war schon nach den ersten acht Tagen kein angenehmer mehr. Häufig konnten auf der Strasse durch die Schächte laute Stimmen aus den Kanälen herausgehört werden. Mutig kletterten dann die Männer der Waffen-SS oder der Polizei oder Pioniere der Wehrmacht in die Schächte hinein, um die Juden herauszuholen, und nicht selten stolpterten sie dann über bereits verendete Juden oder wurden erschossen. Immer mussten Nebelkerzen in Anwendung gebracht werden, um die Juden herauszutreiben. Zahlreiche Juden, die nicht gezählt werden konnten, wurden in Kanälen und Bunkern durch Sprengungen erledigt.

Je länger der Widerstand andauerte, desto härter wurden die Männer der Waffen-SS, der Polizei und der Wehrmacht, die auch hier in treuer Waffenbrüderschaft unermüdlich an die Erfüllung ihrer Aufgaben herangingen.

Der Einsatz ging oft vom frühen Morgen bis in die späten Nachtstunden. Nächtliche Spähtrupps, mit Lappen um die Füße gewickelt, blieben den Juden auf den Fersen und hielten sie ohne Unterbrechung unter Druck. Nicht selten wurden Juden, welche die Nacht benutzten, um aus verlassenen Bunkern ihre Lebensmittelvorräte zu ergänzen oder mit Nachbargruppen Verbindung aufzunehmen, gestellt und erledigt.

Wenn man berücksichtigt, dass die Männer der Waffen-SS zum grössten Teil vor ihrem Einsatz nur eine drei- bis vierwöchentliche Ausbildung hinter sich hatten, so muss der von ihnen gezeigte Schneid besonders anerkannt werden. Es ist festzustellen, dass auch Pioniere der Wehrmacht die von ihnen vorgenommenen Sprengungen von Bunkern, Kanälen und Betonhäusern in unermüdlicher ein-

satzfreudiger Arbeit vollbrachten. Offiziere und Männer der Polizei bewährten sich durch beispielhaftes Draufgängertum. Nur durch den ununterbrochenen und unermüdlichen Einsatz sämtlicher Kräfte ist es gelungen, insgesamt 56'065 Juden zu erfassen beziehungsweise nachweislich zu vernichten. Dieser Zahl hinzuzusetzen sind noch die Juden, die durch Sprengungen, Brände und so weiter ums Leben gekommen, aber zahlenmässig nicht erfasst werden konnten.

Mit Plakatanschlägen wurde die arische Bevölkerung darüber belehrt, dass jeder, der einem Juden wissentlich Unterschlupf gewährt, insbesondere den Juden ausserhalb des jüdischen Wohnbezirks unterbringt, beköstigt und verbirgt, mit dem Tode bestraft wird. Der polnischen Polizei wurde genehmigt, jedem polnischen Polizisten im Falle der Festnahme eines Juden im arischen Teil der Stadt Warschau ein Drittel des Barvermögens des betreffenden Juden auszuhändigen.

Die Grossaktion wurde am 16. Mai 1943 mit der Sprengung der Warschauer Synagoge um 20.15 Uhr beendet. Alles, was an Gebäuden und sonst vorhanden war, ist vernichtet. Da auch nach Durchführung der Grossaktion damit zu rechnen ist, dass sich unter den Trümmern des ehemaligen jüdischen Wohnbezirks immer noch vereinzelte Juden aufhalten, muss dieses Gebiet in der nächsten Zeit gegen das arische Wohngebiet fest abgeriegelt sein und bewacht werden. Es muss auf diese Weise erreicht werden, die eventuell noch vorhandenen kleinen Überreste der Juden unter ständigem Druck zu halten und zu vernichten. Durch Vernichtung aller Gebäude und Schlupfwinkel und durch Abdrosselung des Wassers muss den noch verbliebenen Juden und Banditen jede weitere Daseinsmöglichkeit genommen werden.»

Diese zusammenfassende Schilderung Stroops wird ergänzt durch zahlreiche Fernschreiben, die er über den Verlauf der Kämpfe nach Krakau schickte. Da heisst es am 22. April:

«In Massen – ganze Familien – sprangen die Juden, schon vom Feuer erfasst, aus dem Fenster oder versuchten sich durch aneinandergeschnürfte Bettlaken herabzulassen. Es war Vorsorge getroffen, dass diese Juden sofort liquidiert wurden. Leider ist nicht zu verhindern, dass ein Teil der Banditen und Juden sich in den Kanälen ausserhalb des Gettos aufhält und kaum zu fassen ist. Das Anbringen von Nebelkerzen und die Vermengung des Wassers mit Chreosot hatte ebenfalls nicht den gewünschten Erfolg. Verbindung mit der Wehrmacht tadellos.»

Gegen Abend des gleichen Tages sendet Strop ein weiteres Fernschreiben ab: «Es ist noch zu melden, dass immer wieder Teile der eingesetzten Verbände seit gestern auch von ausserhalb des Get-

tos beschossen werden. Sofort eindringenden Stosstrups gelang es, in einem Falle fünfunddreissig polnische Banditen, Kommunisten, zu erfassen, die sofort liquidiert wurden. Bei heute notwendigen Erschiessungen ist es wiederholt vorgekommen, dass die Banditen mit dem Ruf «Hoch lebe Polen», «Es lebe Moskau' zusammenbrachen.» Am 23. April: «Das gesamte ehemalige Getto war zur heutigen Durchkämmung in vierundzwanzig Bezirke eingeteilt. Erfolg dieses Unternehmens: 600 Juden und Banditen aufgestöbert und erfasst, etwa 200 Juden und Banditen erschossen, 48 Bunker, teilweise raffiniertester Art, wurden gesprengt. Eine Anzahl von Baikonen schießende Banditen wurde durch Schüsse zum Absturz gebracht. Insgesamt wurden bis heute zur Verlagerung erfasst beziehungsweise bereits abtransportiert: 19'450 Juden. Der nächste Zugfahrt am 24.4. 43 ab.»

Am 24. April gesteht Strop seiner vorgesetzten Dienststelle in Krakau: «Immer wieder konnte man beobachten, dass trotz der grossen Feuersnot Juden und Banditen es vorzogen, lieber wieder ins Feuer zurückzugehen, als in unsere Hände zu fallen.»

Am 25. April: «Wenn gestern Nacht das ehemalige Getto von einem Feuerschein überzogen war, so ist heute Abend ein riesiges Feuermeer zu sehen.»

26. April: «Nach Aussagen der gefangenen Juden sollen in den Bunkern eine grössere Anzahl der Insassen von der Hitze und dem Qualm und von den erfolgten Sprengungen irr geworden sein. Im Verlaufe der heutigen Aktion wurden mehrere Häuserblocks niedergebrannt. Dies ist die einzige und letzte Methode, um dieses Gesindel und Untermenschentum an die Oberfläche zu zwingen. Es wurden wiederum Waffen, Brandflaschen, Sprengkörper und grössere Mengen Geld und Devisen erbeutet.»

27. April: «Eine besondere Kampfgruppe für die Bereinigung eines grossen Häuserblocks angesetzt. Die Juden feuerten bis zum letzten Augenblick und sprangen dann mitunter sogar aus dem vierten Stock auf die Strasse. Mit Beschimpfungen auf Deutschland und auf den Führer auf den Lippen und mit Flüchen auf die deutschen Soldaten stürzten sie sich aus den brennenden Fenstern und von den Baikonen.»

1. Mai: «Die systematische Sprengung beziehungsweise Verschüttung der Kanalausgänge wurde fortgesetzt. In einem Falle hatten Pioniere eine stärkere geballte Ladung angelegt und mussten zu einer Nachbaröffnung gehen, um dort irgendwelche Verrichtungen vorzunehmen. Inzwischen war ein Jude aus dem Kanal hervorgestossen, hatte die Zündung von der geballten Ladung entfernt und diese entwendet.»

3. Mai: «Die Juden und Banditen feuerten teilweise mit beiden

Händen aus Pistolen. Da heute in mehreren Fällen festgestellt wurde, dass Jüdinnen Pistolen in ihren Schlüpfern verborgen hatten, wurden ab heute sämtliche Juden und Banditen aufgefordert, sich restlos zur Durchsuchung zu entkleiden. Einige der im Getto angesetzten Spährupps meldeten, dass bewaffnete Banditen in Gruppen durch das ehemalige Getto marschieren.»

6. Mai: «Heute wurden insbesondere die Häuserblocks durchgekämmt, die am 4. Mai durch Feuer vernichtet wurden. Obwohl kaum zu erwarten war, dass hier noch Menschen lebend angetroffen würden, wurde eine ganze Anzahl von Bunkern, in denen sich eine glühende Hitze entwickelt hatte, festgestellt. Aus diesen Bunkern und anderen wurden insgesamt 1'553 Juden erfasst. Beim Widerstand und bei einem sich entwickelnden Feuergefecht wurden 356 Juden erschossen. Bei diesem Feuergefecht schossen die Juden aus Pistolen und warfen mit polnischen Eierhandgranaten.»

8. Mai: «Wenn der Kampf gegen die Juden und Banditen in den ersten sechs Tagen schwer war, so muss festgestellt werden, dass nunmehr die Juden und Jüdinnen erfasst werden, die die Träger des Kampfes dieser Tage waren. Es wird kein Bunker mehr geöffnet, ohne dass von den darin sich befindenden Juden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Waffen, leichte Maschinengewehre, Pistolen und Handgranaten, Widerstand geleistet wird. Heute wurde wiederum eine ganze Anzahl Jüdinnen erfasst, die in ihren Schlüpfern entsicherte Pistolen trugen. Der Unterzeichnete ist entschlossen, die Grossaktion nicht eher zu beenden, bis auch der letzte Jude vernichtet ist.»

10. Mai: «Der von den Juden geleistete Widerstand war heute ungeschwächt. Der Sicherheitspolizei gelang es, eine Werkstatt, die mit der Anfertigung von zehn- bis elftausend Sprengkörpern und sonstiger Munition beschäftigt war, auszuheben.»

13. Mai: «Es zeigte sich am heutigen Tage, dass die nunmehr gefangenen Juden und Banditen den sogenannten Kampfgruppen angehören. Es sind durchweg junge Burschen und Weiber im Alter von 18 bis 25 Jahren. Bei der Aushebung eines Bunkers entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, bei dem die Juden nicht nur aus Pistolen o8 und polnischen Vis-Pistolen schossen, sondern auch polnische Eierhandgranaten gegen die Männer der Waffen-SS warfen. Nachdem ein Teil der Bunkerbesatzung ausgehoben war und diese durchsucht werden sollte, griff eines der Weiber – wie schon so oft – blitzschnell unter ihren Rock und holte aus ihrem Schlüpfers eine Eierhandgranate hervor, die sie abzog und unter die sie durchsuchenden Männer warf, dabei blitzschnell selbst in Deckung sprang.»

15. Mai: «Es konnten im Gegensatz zu den vergangenen Nächten nur sechs oder sieben Juden erschossen werden. Durch ein Sonder-

kommando wurde der letzte noch vorhandene unversehrte Gebäudekomplex des Gettos vernichtet. Am Abend wurden auf dem jüdischen Friedhof die Kapelle, Leichenhalle und sämtliche Nebengebäude gesprengt beziehungsweise durch Feuer vernichtet.»

Am folgenden Tag überträgt Stroop die «Beendigung der noch durchzuführenden Massnahmen» dem Polizeibataillon III/23 und gibt über den Fernschreiber seine letzte Meldung an SS-Obergruppenführer und General der Polizei Friedrich Krüger nach Krakau:

«Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschau besteht nicht mehr. Gesamtzahl der erfassten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56'065.»

SS-Obergruppenführer und Baudirektor Heinz Kammler sorgt dafür, dass die Ruinen gesprengt werden und der ganze Stadtteil in eine eingeebnete Steinwüste verwandelt wird. Nur wenige Juden, die in das andere Warschau flüchten und sich dort versteckt halten konnten, haben das Grauen jener Tage überlebt, nur einige sind nach ihrem Abtransport der Todesmaschine von Treblinka entronnen und konnten vom Kampf der Untergegangenen berichten.

Was sind Worte? In Nürnberg schliesst Ankläger Walsh:

«Die Anklagebehörde könnte dem Gerichtshof Unmengen von Beweismaterial über die Gesamtzahl der Juden, die durch die Hand der Nazis starben, vorlegen, doch glaube ich, dass zusätzliches Beweismaterial an der Schuld dieser Angeklagten nichts ändern würde.»

DAS LETZTE KAPITEL

I SCHLUSSWÖRTE UND URTEIL

Der Prozess vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg geht seinem Ende entgegen.

«Die verflissenen vierzig Jahre des 20. Jahrhunderts», sagt der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson in seinem Plädoyer, «werden in den Büchern der Geschichte zu den blutigsten aller Zeiten gerechnet werden. Zwei Weltkriege haben ein Vermächtnis von Toten hinterlassen, das an Zahl grösser ist als alle Armeen, die an irgendeinem Krieg des Altertums oder des Mittelalters beteiligt waren. Kein halbes Jahrhundert hat je ein Hinschlachten in solchem Ausmass, solche Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten, solche Massendeportationen von Völkern in die Sklaverei, solche Ausrottungen von Minderheiten gesehen. Der Schrecken des Torquemada verblasst gegenüber der Nazi-Inquisition.

Diese Taten sind düstere historische Tatsachen, welche zukünftige Generationen an dieses Jahrhundert erinnern werden. Wenn wir nicht in der Lage sind, die Ursachen dieser barbarischen Geschehnisse auszuschalten und ihre Wiederholung zu verhindern, dann ist es wohl keine verantwortungslose Prophezeiung, wenn man sagt, dass es diesem 20. Jahrhundert vielleicht noch gelingen wird, das Verhängnis für die Zivilisation herbeizuführen.

Einer Sache können wir sicher sein. Die Zukunft wird niemals mit Missbilligung fragen müssen, was die Nazis zu ihren Gunsten hätten sagen können. Die Geschichte wird wissen, dass, was immer gesagt werden konnte, ihnen zu sagen gestattet war. Ihnen wurde eine Form von Prozess zugestanden, die sie in den Tagen ihres Prunkes und ihrer Macht niemals jemandem zugestanden hätten. Tatsache ist, dass die Aussagen der Angeklagten jeden Zweifel an der Schuld beseitigt haben, der wegen des ausserordentlichen Charakters und der Ungeheuerlichkeit dieser Verbrechen vielleicht noch bestanden haben mag, bevor sie gesprochen haben. Sie haben mitgeholfen, ihre eigene Verurteilung zu unterschreiben.»

Noch einen Punkt hebt Jackson hervor: «Wir verhandelten nicht gegen sie wegen ihrer widerwärtigen Ideen. Der intellektuelle Bankrott und die moralische Perversion des Nazi-Regimes wären nicht zu einer Angelegenheit des Völkerrechts geworden, wenn sie nicht dazu verwendet worden wären, das Herrenvolk im Paradeschritt über internationale Grenzen marschieren zu lassen. Es sind nicht ihre Gedanken, sondern ihre öffentlichen Handlungen, die wir als Verbrechen anklagen.»

Sir Hartley Shawcross, der britische Hauptankläger, hat in seinem

Plädoyer diese Handlungen beim Namen genannt: «Das Morden wurde betrieben wie irgendeine Industrie der Massenproduktion, in den Gaskammern und den Öfen von Auschwitz, Dachau, Treblinka, von Buchenwald, Mauthausen, Maidanek und Oranienburg. Soll die Welt das Wiederauferstehen der Sklaverei in Europa übersehen, einer Sklaverei von solchem Ausmass, dass sieben Millionen Männer, Frauen und Kinder von ihren Heimstätten verschleppt, wie Vieh behandelt, ausgehungert, geschlagen und ermordet worden sind? Es waren diese Männer hier, welche mit einer Handvoll anderer jene Schuld über Deutschland gebracht und das deutsche Volk verdorben haben.

In jedem Krieg, auch in diesem, hat es zweifellos – und ganz gewiss auf beiden Seiten – Gewalt- und Greuelthaten gegeben. Gewiss erscheinen sie denen, an denen sie verübt worden sind, schrecklich genug, ich entschuldige und beschönige sie nicht. Aber sie waren zufällige, unorganisierte und vereinzelt Taten. Hier jedoch haben wir es mit etwas ganz anderem zu tun: mit systematischen, gross angelegten zusammenhängenden Untaten, die vorsätzlich überlegt und mit Berechnung begangen wurden.

Nun gibt es eine Gruppe, auf welche die Methode der Vernichtung in einem Massstab von grösster Ungeheuerlichkeit angewandt wurde.

Ich meine die Ausrottung der Juden. Hätten die Angeklagten kein anderes Verbrechen begangen, dieses eine allein, in das alle verwickelt sind, würde genügen. Die Geschichte kennt keine Parallele zu diesen Schrecken.

Diese Männer waren neben Hitler, Himmler, Goebbels und einigen anderen Verbündeten sowohl Führer als Antreiber des deutschen Volkes. Wenn diese Männer nicht verantwortlich sind, wer dann? In meiner Rede bei Eröffnung des Prozesses habe ich dem Gedanken Ausdruck gegeben, dass einmal der Augenblick kommt, wo ein Mann wählen muss zwischen Gewissen und seinem Führer. Niemand, der sich, wie diese Männer hier, dafür entschieden hat, seinem Gewissen zugunsten dieses von ihnen selbst geschaffenen Ungeheuers zu entöagen, kann sich darüber beklagen, wenn er für mitschuldig an den Taten dieses Ungeheuers gehalten wird.

Vor vielen Jahren sagte Goethe vom deutschen Volk, dass eines Tages sein Schicksal es ereilen werde: ‚Das Schicksal wird sie schlagen, weil sie sich selbst verrieten und nicht sein wollten, was sie sind. Dass sie den Reiz der Wahrheit nicht kennen, ist zu beklagen, dass ihnen Dunst und Rauch und berserkerisches Unmass so teuer ist, ist widerwärtig. Dass sie sich jedem verrückten Schurken gläubig hingeben, der ihr Niedrigstes aufzut, sie in ihren Lastern bestärkt und sie lehrt, Nationalität als Isolierung und Roheit zu begreifen, ist miserabel.

Mit welcher prophetischer Stimme hat er gesprochen – denn dies hier sind die wahnwitzigen Schurken, die genau diese Dinge ausgeführt haben.

Einige mögen schuldiger sein als andere. Aber wenn es sich um Verbrechen handelt wie die, mit denen Sie hier zu tun haben, wenn die Folgen der Verbrechen der Tod von über zwanzig Millionen unserer Mitmenschen sind, die Verwüstung eines Erdteils, die Ausbreitung unsagbarer Tragödien und Leiden über eine ganze Welt, was für ein Milderungsgrund ist es, dass einige in geringerer Masse beteiligt sind, dass einige Haupttäter und einige nur Mittäter sind? Was macht es aus, ob einige ihr Leben nur tausendmal verwirkt haben, während andere millionenfach den Tod verdienen?

In einer Hinsicht bedeutet das Schicksal dieser Angeklagten nur wenig: ihre persönliche Macht zum Bösen ist für immer zerbrochen. Doch von ihrem Schicksal hängen notwendigerweise immer noch erhebliche Belange ab. Dieser Prozess muss zu einem Markstein in der Geschichte der Zivilisation werden, indem er nicht nur für diese schuldigen Menschen die Vergeltung bringt und nicht nur betont, dass Recht schliesslich über das Böse triumphiert, sondern auch, dass der einfache Mann auf dieser Welt – und ich mache hier keinen Unterschied zwischen Freund und Feind – nunmehr fest entschlossen ist, das Individuum höher zu stellen als den Staat. Dann sollen jene anderen Worte von Goethe zur Tat werden, nicht allein, wie wir hoffen, für das deutsche Volk, sondern für die gesamte Menschheit:

„So sollten es die Deutschen halten – weltempfangend und weltbeschenkend, die Herzen offen jeder fruchtbaren Bewunderung, gross durch Verstand und Liebe, durch Mittlertum und Geist – so sollten sie sein, das ist ihre Bestimmung.“

Wenn die Zeit kommt, da Sie Ihre Entscheidung zu fällen haben, so werden Sie sich an die Geschichte von Gräbe erinnern, aber nicht mit Rachegefühlen, sondern in dem festen Entschluss, dass diese Dinge nie wiederkommen dürfen.

„Der Vater“-erinnern Sie sich? – „zeigte mit dem Finger gen Himmel und schien dem Jungen etwas zu sagen“. . .“

Vorsitzender: «Der Gerichtshof wird sich vertagen.»

Das letzte Wort haben die Angeklagten. So bestimmt es das Statut des Tribunals, und so bekommen am 31. August 1946 die einundzwanzig Männer im Nürnberger Gerichtssaal noch einmal Gelegenheit, an das Mikrophon zu treten und zu sprechen.

Fast fünfzig Druckseiten des Gerichtsprotokolls nehmen diese Schlussworte ein. Sie sind die letzte Verteidigung, und es scheint angebracht, die wesentlichen Stellen daraus wiederzugeben. Alle Angeklagten haben sorgfältig an diesen abschliessenden Ausführungen

rungen gearbeitet und lesen den Text von Blättern oder Notizzetteln ab. *Göring*, der als erster spricht, sagt unter anderem:

«Dass ich diese furchtbaren Massenmorde auf das Schärfste verurteile und mir jedes Verständnis hierfür fehlt, stelle ich ausdrücklich fest. Ich möchte es aber noch einmal vor dem Hohen Gericht klar aussprechen: Ich habe niemals, an keinem Menschen und zu keinem Zeitpunkt, einen Mord befohlen und ebensowenig sonstige Grausamkeiten angeordnet oder geduldet, wo ich die Macht und das Wissen gehabt hatte, solche zu verhindern.

Das deutsche Volk vertraute dem Führer, und es hatte bei seiner autoritären Staatsführung keinen Einfluss auf das Geschehen. Ohne Kenntnis über die schweren Verbrechen, die heute bekanntgeworden sind, hat das Volk treu, opferwillig und tapfer den ohne seinen Willen entbrannten Existenzkampf auf Leben und Tod durchgekämpft und durchgelitten. Das deutsche Volk ist frei von Schuld.

Ich habe keinen Krieg gewollt oder herbeigeführt, ich habe alles getan, ihn durch Verhandlungen zu vermeiden. Als er ausgebrochen war, tat ich alles, den Sieg zu sichern. Da die drei grössten Weltmächte mit vielen anderen Nationen gegen uns kämpften, erlagen wir schliesslich der gewaltigen Übermacht. Ich stehe zu dem, was ich getan habe. Ich weise aber auf das Entschiedenste zurück, dass meine Handlungen diktiert waren von dem Willen, fremde Völker durch Kriege zu unterjochen, zu morden, zu rauben oder zu versklaven, Grausamkeiten oder Verbrechen zu begehen. Das einzige Motiv, das mich leitete, war heisse Liebe zu meinem Volk, sein Glück, seine Freiheit und sein Leben. Dafür rufe ich den Allmächtigen und mein deutsches Volk zum Zeugen an.»

Als nächster erhält Rudolf Hess das Wort. Seine Ausführungen sind wirr und dunkel, sie nehmen auch kein Ende, bis er schliesslich vom Vorsitzenden unterbrochen wird. Die wichtigsten Stellen mögen einen Eindruck davon vermitteln.

Hess: «Vorweg äussere ich die Bitte an das Gericht, im Hinblick auf meinen Gesundheitszustand sitzen bleiben zu dürfen.»

Vorsitzender: «Ja, gewiss.»

Hess: «Einige meiner Kameraden hier können bestätigen, dass ich bereits zu Beginn des Prozesses Folgendes voraussagte: Erstens: Es würden hier Zeugen auftreten, die unter Eid unwahre Aussagen machen, dabei könnten diese Zeugen einen absolut zuverlässigen Eindruck machen und über den besten Leumund verfügen. Zweitens; Es sei damit zu rechnen, dass dem Gericht eidesstattliche Versicherungen vorgelegt werden, die unwahre Angaben enthalten. Drittens: Die Angeklagten würden mit einigen deutschen Zeugen erstaunliche Überraschungen erleben. Viertens: Einige Angeklagte würden ein eigenartiges Verhalten zeigen. Sie würden schamlose

Äusserungen über den Führer machen. Sie würden ihr eigenes Volk belasten. Sie würden sich gegenseitig zum Teil belasten, und zwar falsch. Vielleicht sogar würden sie sich selbst belasten, und zwar falsch. Alle diese Voraussagen sind eingetroffen.

Ich habe diese Voraussagen aber nicht nur hier zu Beginn des Prozesses gesagt und gemacht, sondern bereits Monate vor Beginn des Prozesses in England unter anderem dem bei mir befindlichen Arzt Dr. Johnston gegenüber. Ich habe zum gleichen Zeitpunkt damals bereits diese Voraussagen schriftlich niedergelegt, nachweisbar. Ich fusse mit meinen Voraussagen auf einigen Vorgängen in ausserdeutschen Ländern. In den Jahren 1936 bis 1938 fanden in einem dieser Länder politische Prozesse statt. Diese waren dadurch gekennzeichnet, dass die Angeklagten sich in einer erstaunlichen Weise selbst bezichtigten. Einige ausländische Berichterstatter berichteten, man habe den Eindruck gehabt, dass diese Angeklagten durch ein bisher unbekanntes Mittel in einen anomalen Geisteszustand versetzt worden seien, demzufolge sie sich verhielten, wie sie sich verhielten. Wörtlich heisst es – ich zitiere hier wörtlich, was der *Völkische Beobachter* aus *Le Jour* bringt: ‚Das Mittel gewährt die Möglichkeit, die ausersehenen Opfer handeln und sprechen zu lassen ganz nach ihnen gegebenen Befehlen.

Letzteres ist von unerhörter Wichtigkeit im Hinblick auf das Handeln, das bisher unerklärliche Handeln des Personals der deutschen Konzentrationslager einschliesslich der Wissenschaftler und Ärzte, die die furchtbaren, grausamen Versuche an den Häftlingen gemacht haben; Vorgänge, die normale Menschen unmöglich sich leisten können.

Dies ist aber auch von ebenso grosser Bedeutung im Hinblick auf das Handeln der Personen, die zweifellos die Befehle und Weisungen gegeben haben zu den Greueln in den Konzentrationslagern und die Befehle gegeben haben zum Erschiessen von Kriegsgefangenen, zur Lynchjustiz und ähnlichem mehr bis hinauf zum Führer selbst. Ich erinnere daran, dass der Zeuge Milch hier ausgesagt hat, er habe den Eindruck gehabt, dass der Führer die letzten Jahre geistig nicht normal gewesen sei, und eine Reihe meiner Kameraden hier haben mir unabhängig voneinander gesagt, dass der Gesichtsausdruck und Augenausdruck des Führers in den letzten Jahren etwas Grausames, ja, einen Hang zum Wahnsinn hatte. Ich wurde an diese Vorgänge aus einem bestimmten Anlass in England erinnert. Der Anlass war, dass meine Umgebung während meiner Gefangenschaft sich in einer eigenartigen und unverständlichen Weise mir gegenüber verhielt, in einer Weise, die darauf schliessen liess, dass diese Menschen irgendwie in einem geistig anomalen Zustand handelten. Diese Menschen und Personen meiner Umgebung wurden von Zeit zu Zeit ausge-

tauscht. Dabei hatten einige der Ausgetauschten und neu zu mir Kommenden eigenartige Augen. Es waren glasige und wie verträumte Augen. Dieses Symptom hielt aber nur wenige Tage an; dann machten sie einen völlig normalen Eindruck. Sie waren von normalen Menschen nicht mehr zu unterscheiden.

Nicht nur ich allein habe diese eigenartigen Augen bemerkt, sondern auch der damals bei mir befindliche Arzt Dr. Johnston. Es kam nämlich im Frühjahr 1942 ein Besucher zu mir, der ganz offensichtlich mich zu provozieren suchte und sich in einer eigenartigen Weise mir gegenüber verhielt. Dabei hatte auch dieser Besucher diese eigenartigen Augen. Hinterher frug mich Dr. Johnston, was ich von diesem Besucher hielte. Ich sagte ihm, ich hätte den Eindruck gehabt, dass er aus irgendeinem Grunde nicht geistig vollkommen normal war, worauf Dr. Johnston nicht etwa, wie ich erwartet hatte, protestierte, sondern seinerseits zustimmte, ob mir nicht diese eigenartigen Augen aufgefallen seien, diese wie verträumten Augen.

Dr. Johnston ahnte nicht, dass er selbst, als er zu mir kam, genau die gleichen Augen hatte. Das Wesentliche ist aber, in einem der damaligen Berichte hiess es, dass die Angeklagten eigenartige Augen gehabt hätten. Sie hätten wie verglaste und verträumte Augen gehabt.

Es ist historische Tatsache, dass ein Denkmal errichtet wurde für 26370 burische Frauen und Kinder, die in britischen Konzentrationslagern starben, und zwar grösstenteils verhungerten. Viele Engländer, unter anderem Lloyd George, haben damals schärfstens gegen diese Vorgänge in diesen britischen Konzentrationslagern protestiert. Die Welt stand aber damals vor einem unerklärlichen Rätsel, vor dem gleichen Rätsel, vor dem heute die Welt steht hinsichtlich der Vorgänge in den deutschen Konzentrationslagern. Das englische Volk stand damals vor einem unerklärlichen Rätsel, vor dem gleichen Rätsel, vor dem heute das deutsche Volk steht hinsichtlich der Vorgänge in den deutschen Konzentrationslagern. Ja, selbst die britische Regierung stand damals hinsichtlich der Vorgänge in den südafrikanischen Konzentrationslagern vor einem Rätsel, vor dem gleichen Rätsel, vor dem heute die Angehörigen der Reichsregierung und die übrigen Angeklagten hier stehen, hinsichtlich der Vorgänge in den deutschen Konzentrationslagern. Daher erkläre ich nunmehr . . .»

Hess steht plötzlich von seinem Sitz auf, hebt die Hand zum Eid und sagt: «Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde.»

Mit einem Ruck setzt er sich wieder hin, fährt in seinem Redefluss fort:

«Ich bitte das Hohe Gericht, alles, was ich weiter sage, als unter meinem Eid stehend anzusehen. Zwischenfügen möchte ich noch hinsichtlich meines Eides: Ich bin kein kirchlicher Mensch; ich habe kein inneres Verhältnis zu den Kirchen, aber ich bin ein tief religiöser Mensch. Ich bin überzeugt, dass mein Gottglaube stärker ist als der der meisten anderen Menschen. Um so höher bitte ich das Gericht zu werten, was ich unter Eid, unter ausdrücklicher Berufung auf Gott, aussage.»

Allen Anwesenden im Gerichtssaal ist das konfuse Gerede von Hess überaus peinlich. Selbst die Angeklagten sitzen wie auf Kohlen, und endlich macht Göring den Versuch, seinen Nachbarn durch ein Zeichen darauf aufmerksam zu machen, dass er zur Sache kommen oder aufhören soll.

Aber Hess fährt ihn unwillig an – und seine Worte sind durch das Kopfhörersystem im ganzen Gerichtssaal zu vernehmen:

«Bitte unterbrich mich nicht!»

Vorsitzender: «Ich muss die Aufmerksamkeit des Angeklagten Hess darauf lenken, dass er bereits zwanzig Minuten gesprochen hat. Wir müssen alle Angeklagten hören. Der Gerichtshof hofft deshalb, dass der Angeklagte Hess seine Rede zum Abschluss bringen wird.»

So ist der Nachwelt die skurrile Theorie nicht näher erläutert worden, alles Unheil seit dem Burenkrieg von 1899 sei dem Wirken einer hypnotischen Droge – wahrscheinlich in den Händen der Weisen von Zion oder von Freimaurern – zu verdanken. Denn Hess beschränkt sich jetzt auf ein paar Worte:

«Es war mir vergönnt, viele Jahre meines Lebens unter dem grössten Sohne zu wirken, den mein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat. Ich bin glücklich zu wissen, dass ich meine Pflicht getan habe meinem Volk gegenüber, meine Pflicht als Deutscher, als Nationalsozialist, als treuer Gefolgsmann meines Führers. Ich bereue nichts.»

Ribbentrop: «Man macht mich für die Führung der Aussenpolitik verantwortlich, die ein anderer bestimmte. Ich weiss von ihr immerhin so viel, dass sie sich niemals mit Weltherrschaftsplänen beschäftigte, wohl aber zum Beispiel mit der Beseitigung der Folgen von Versailles und mit der Ernährungsfrage des deutschen Volkes.

Vor der Errichtung des Statuts dieses Gerichtshofes müssen wohl auch die Signatarmächte des Londoner Abkommens andere Ansichten über Völkerrecht und Politik gehabt haben als heute. Als ich 1939 nach Moskau zu Marschall Stalin kam, liess er durchblicken, wenn er zur Hälfte Polens und den baltischen Ländern nicht noch Litauen mit dem Hafen Libau bekäme, könne ich wohl gleich wieder zurückfliegen. Das Kriegführen galt dort offensichtlich 1939 auch

noch nicht als ein internationales Verbrechen gegen den Frieden, sonst könnte ich mir Stalins Telegramm nach Abschluss des Polenfeldzuges nicht erklären; dieses lautet:

„Die Freundschaft Deutschlands und der Sowjetunion, begründet durch gemeinsam vergossenes Blut, hat alle Aussicht darauf, dauerhaft und fest zu sein.“

Auch ich habe damals diese Freundschaft heiss gewünscht. Von derselben ist heute für Europa und die Welt nur noch das Kernproblem geblieben: Wird Asien Europa beherrschen, oder werden die Westmächte den Einfluss der Sowjets an der Elbe, an der Adriatischen Küste und an den Dardanellen aufhalten oder gar zurückdrängen können? Mit anderen Worten: Grossbritannien und die USA stehen heute praktisch vor dem gleichen Dilemma, wie Deutschland zurzeit der von mir geführten Verhandlungen mit Russland. Ich hoffe von ganzem Herzen für mein Land, dass sie im Ergebnis erfolgreicher sein mögen.»

Keitel: «Ich nehme für mich in Anspruch, in allen Dingen, auch dann, wenn sie mich belasteten, die Wahrheit gesagt, mich jedenfalls bemüht zu haben, trotz des grossen Umfangs meines Tätigkeitsbereiches, zur Aufklärung des wahren Sachverhaltes nach bestem Wissen beizutragen. So will ich auch am Schluss dieses Prozesses offen meine heutige Erkenntnis und mein Bekenntnis darlegen. Mein Verteidiger hat mir im Laufe des Verfahrens zwei grundsätzliche Fragen vorgelegt; die erste schon vor Monaten. Sie lautete:

„Würden Sie im Falle eines Sieges abgelehnt haben, an dem Erfolg zu einem Teil beteiligt gewesen zu sein?“

Ich habe geantwortet: „Nein, ich würde sicher stolz darauf gewesen sein.“

Die zweite Frage war:

„Wie würden Sie sich verhalten, wenn Sie noch einmal in die gleiche Lage kämen?“

Meine Antwort: „Dann würde ich lieber den Tod wählen, als mich in die Netze so verderblicher Methoden ziehen zu lassen.“

Aus diesen beiden Antworten möge das Hohe Gericht meine Beurteilung erkennen. Ich habe geglaubt, ich habe geirrt und war nicht imstande, zu verhindern, was hätte verhindert werden müssen. Das ist meine Schuld.

Es ist tragisch, einsehen zu müssen, dass das beste, was ich als Soldat zu geben hatte, Gehorsam und Treue, für nicht erkennbare Absichten ausgenutzt wurde und dass ich nicht sah, dass auch der soldatischen Pflichterfüllung eine Grenze gesetzt ist. Das ist mein Schicksal.

Möge aus der klaren Erkenntnis der Ursachen, der unheilvollen Methoden und der schrecklichen Folgen dieses Kriegsgeschehens

für das deutsche Volk die Hoffnung erwachsen auf eine neue Zukunft in der Gemeinschaft der Völker.»

Kaltenbrunner: «Die Ankläger machen mich verantwortlich für die Konzentrationslager, für die Vernichtung jüdischen Menschenlebens, für Einsatzgruppen und anderes mehr. Dies alles entspricht weder dem Beweisergebnis noch der Wahrheit. Himmler, der es meisterhaft verstand, die SS in kleinste Gruppen aufzusplittern, hat mit Müller, dem Chef der Geheimen Staatspolizei, Verbrechen begangen, die wir heute kennen. In der Judenfrage wurde ich ebenso lange getäuscht wie andere hohe Funktionäre. Ich habe niemals die biologische Ausrottung des Judentums gebilligt oder geduldet. Der Antisemitismus Hitlers, wie wir ihn heute feststellen, war Barbarei.

Wenn aber an mich die Frage gestellt wird: Warum blieben Sie, nachdem Sie wussten, dass Ihre Vorgesetzten Verbrechen begangen hatten, darauf kann ich nur antworten, dass ich mich nicht zu ihrem Richter aufwerfen konnte, ja, dass nicht einmal dieses Gericht hier dieser Tat Sühne folgen zu lassen imstande sein wird. Ich weiss nur, dass ich meine ganze Kraft meinem Volk in meinem Glauben an Adolf Hitler zur Verfügung stellte. Wenn ich in meinem Wirken Irrtümer aus falschem Gehorsamsbegriff begangen habe, wenn ich Befehle, die alle vor meiner Zeit erlassen worden waren, ausgeführt habe, so liegen sie in einem mich mitreissenden mächtigeren Schicksal beschlossen.»

Rosenberg: «Ich weiss mein Gewissen völlig frei von einer Beihilfe zum Völkermord. Statt die Auflösung der Kultur und des nationalen Gefühls der Völker Osteuropas zu betreiben, bin ich eingetreten für die Förderung ihrer physischen und seelischen Daseinsbedingungen, statt ihre persönliche Sicherheit und menschliche Würde zu zerstören, bin ich nachgewiesenermassen gegen jede Politik gewalt-samer Massnahmen mit ganzer Kraft aufgetreten und habe mit Schärfe eine gerechte Haltung der deutschen Beamten und eine humane Behandlung der Ostarbeiter gefordert. In Deutschland habe ich in Vertretung meiner weltanschaulichen Überzeugungen Gewissensfreiheit verlangt, jedem Gegner zugebilligt und nie eine Religionsverfolgung veranlasst. Der Gedanke an eine physische Vernichtung von Slawen und Juden, also der eigentliche Völkermord, ist mir nie in den Sinn gekommen, geschweige denn, dass ich ihn irgendwie propagiert habe. Ich war der Anschauung, dass die vorhandene Judenfrage gelöst werden müsse durch Schaffung eines Minderheitenrechtes, Auswanderung oder durch Ansiedlung der Juden in einem nationalen Territorium in einem jahrzehntelangen Zeitraum.

Völlig anders als meine Auffassung war die hier im Prozess erwiesene Praxis der deutschen Staatsführung im Kriege. Adolf Hitler zog in steigendem Masse Personen heran, die nicht meine Kameraden,

sondern meine Gegner waren. Zu deren unheilvollen Taten habe ich zu erklären: Dies war nicht die Durchführung des Nationalsozialismus, für den Millionen gläubiger Männer und Frauen gekämpft hatten, sondern ein schmachvoller Missbrauch, eine auch von mir zutiefst verurteilte Entartung.»

Frank: «Meine Herren Richter! Adolf Hitler, der Hauptangeklagte, ist dem deutschen Volk und der Welt sein Schlusswort schuldig geblieben. In der tiefsten Not seiner Nation fand er kein heilsames Wort. Er erstarrte und waltete nicht seines Führeramtes, sondern ging als Selbstmörder fort ins Dunkle. War es Verstocktheit, Verzweiflung oder Trotz gegen Gott und Menschen in dem Sinne etwa: «Wenn ich zugrunde gehe, mag auch das deutsche Volk zur Tiefe fahren! Wer mag es ergründen?»

Wir – und damit meine ich mich und jene Nationalsozialisten, die mit mir in diesem Bekenntnis einig sind, nicht die Mitangeklagten, für die zu sprechen ich nicht befugt bin – wir wollen nicht in gleicher Weise das deutsche Volk seinem Schicksal wortlos überlassen. Wir wollen nicht einfach sagen: «Nun seht zu, wie ihr mit dem Zusammenbruch fertig werden könnt, den wir euch hinterlassen haben!» Wir tragen auch jetzt noch, vielleicht wie nie zuvor, eine grosse geistige Verantwortung.

Wir haben am Anfang unseres Weges nicht geahnt, dass die Abwendung von Gott solche verderblichen, tödlichen Folgen haben könnte und dass wir zwangsläufig immer tiefer in Schuld verstrickt werden könnten. Wir haben es damals nicht wissen können, dass so viel Treue und Opfersinn des deutschen Volkes von uns so schlecht verwaltet werden könnte. So sind wir in der Abwendung von Gott zuschanden geworden und mussten untergehen. Es waren nicht nur technische Mängel und unglückliche Umstände allein, wodurch wir den Krieg verloren haben. Es war auch nicht Unheil und Verrat. Gott vor allem hat das Urteil über Hitler gesprochen und vollzogen über ihn und das System, dem wir in gottferner Geisteshaltung dienten.

Darum möge auch unser Volk von dem Weg zurückgerufen sein, auf den Hitler und wir mit ihm es geführt haben. Ich bitte unser Volk, dass es nicht verharret in dieser Richtung, auch nicht einen Schritt. Denn Hitlers Weg war der vermessene Weg ohne Gott, der Weg der Abwendung von Christus, und in allem letzten Endes der Weg politischer Torheit, der Weg des Verderbens und des Todes. Sein Gang wurde mehr und mehr der eines entsetzlichen Abenteurers ohne Gewissen und Ehrlichkeit, wie ich heute weiss, am Schlüsse dieses Prozesses.

Wir rufen das deutsche Volk, dessen Machttträger wir waren, von diesem Weg zurück, auf dem wir und unser System nach Gottes Recht und Gerechtigkeit scheitern mussten, und auf dem ieder schei-

fern wird, der ihn zu gehen versucht oder fortsetzt, allüberall in dieser Welt!

Über den Gräbern der Millionen Toten dieses furchtbaren Zweiten Weltkrieges stieg dieser monatelange Staatsprozess als das zentrale juristische Nachspiel auf, und die Geister der Toten zogen anklagend durch diesen Raum. Ich danke, dass man mir die Möglichkeit einer Verteidigung und damit einer Rechtfertigung gegeben hat zu den Belastungen, die gegen mich vorgebracht wurden. Ich denke dabei an all diese Opfer von Gewalt und Grauen der furchtbaren Kriegsergebnisse. Mussten doch Millionen vergehen, ungefragt und ungehört.

Ich will auf der Welt keine versteckte Schuld unerledigt zurücklassen. Im Zeugenstand habe ich die Verantwortung für das übernommen, für was ich einzustehen habe. Ich habe auch jenes Mass von Schuld erkannt, das auf mich als Vorkämpfer Adolf Hitlers, seiner Bewegung und seines Reiches trifft. Mit der gewissen Hoffnung, dass aus all dem Grauen der Kriegszeit und den schon wieder überall drohenden Entwicklungen vielleicht doch noch ein Friede ersteht, an dem auch unser Volk seinen segnenden Anteil gewinnen möge, beende ich mein Schlusswort. Die ewige Gerechtigkeit Gottes aber ist es, in der ich unser Volk geborgen hoffe und der allein auch ich mich vertrauensvoll beuge.»

Frick: «Der Anklage gegenüber habe ich ein reines Gewissen. Mein ganzes Leben war Dienst an Volk und Vaterland. Für die Erfüllung meiner gesetzlichen und moralischen Pflicht glaube ich ebensowenig Strafe verdient zu haben wie Zehntausende pflichttreuer deutscher Beamter und Angestellter des öffentlichen Dienstes, die heute noch wie schon seit Jahr und Tag nur wegen Erfüllung ihrer Pflicht in Lagern festgehalten werden. Ihrer hier in Treue zu gedenken, ist mir als ehemaligem langjährigem Beamtenminister des Reiches eine besondere Ehrenpflicht.»

Streicher: «Meine Herren Richter! Zu Beginn dieses Prozesses bin ich vom Herrn Präsidenten gefragt worden, ob ich mich im Sinne der Anklage schuldig bekenne. Ich habe diese Frage verneint. Das durchgeführte Verfahren und die Beweisaufnahme haben die Richtigkeit meiner damals abgegebenen Erklärung bestätigt. Es ist festgestellt: Erstens: Die Massentötungen sind ausschliesslich und ohne Beeinflussung auf Befehl des Staatsführers Adolf Hitler erfolgt. Zweitens: Die Durchführung der Massentötungen ist ohne Wissen des deutschen Volkes unter völliger Geheimhaltung durch den Reichsführer Heinrich Himmler vollzogen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte behauptet, ohne Streicher und ohne seinen *Stürmer* wären die Massentötungen nicht möglich gewesen. Die Staatsanwaltschaft hat für diese Behauptung weder Beweise angeboten noch

erbracht. Die vom Staatsführer Adolf Hitler befohlenen Massentötungen sollten nach seiner letztwilligen Erklärung eine Vergeltung sein, die nur bedingt war durch den damals erkennbar gewordenen ungünstigen Verlauf des Krieges. Dieses Vorgehen des Staatsführers gegen das Judentum ist aus einer von der meinigen durchaus verschiedenen Einstellung zur jüdischen Frage zu erklären. Die durchgeführten Massentötungen lehne ich ebenso ab, wie sie von jedem anständigen Deutschen abgelehnt werden.

Meine Herren Richter! Ich habe weder in meiner Eigenschaft als Gauleiter noch als politischer Schriftsteller ein Verbrechen begangen und sehe deshalb Ihrem Urteil mit gutem Gewissen entgegen.»

Funk: «Hier sind grauenvolle Verbrechen bekanntgeworden, in die zum Teil auch die von mir geleiteten Behörden hineingezogen wurden. Das habe ich erst hier vor Gericht erfahren. Ich habe diese Verbrechen nicht gekannt und nicht zu erkennen vermocht. Diese verbrecherischen Taten erfüllen mich wie jeden Deutschen mit tiefer Scham.

Ich wusste bis zu diesem Prozess ebenfalls nichts davon, dass Millionen von Juden in Konzentrationslagern oder durch Einsatzkommandos im Osten ermordet worden sind. Die Existenz derartiger Vernichtungslager war mir völlig unbekannt. Ich habe auch niemals ein Konzentrationslager betreten. Dass die bei der Reichsbank abgelieferten Gold- und Devisenwerte zum Teil auch aus Konzentrationslagern stammten, habe auch ich angenommen; aber jedermann musste nach deutschem Gesetz solche Werte abliefern. Im Übrigen waren mir Art und Umfang dieser Lieferungen der SS nie bekanntgegeben worden. Wie konnte ich aber auch nur ahnen, dass die SS diese Werte im Wege der Leichenschändung erworben hatte!

Hätte ich diese grauenvollen Zusammenhänge gekannt, so hätte meine Reichsbank niemals solche Werte zur Aufbewahrung und zur Verwertung angenommen. Ich hätte dies abgelehnt, selbst auf die Gefahr hin, dass es mich den Kopf gekostet hätte. Dann würde mir die Erde leichter sein als dieses qualvolle Leben, dieses Leben voll von Verdächtigungen, Verleumdungen und gemeinen Beschuldigungen. Durch von mir angeordnete Massnahmen ist kein Mensch ums Leben gekommen.

Das menschliche Leben besteht aus Irrtum und Schuld. Auch ich habe in vielem geirrt, auch ich habe mich in vielem täuschen lassen, und ich gestehe offen, ich gebe dies zu, allzu leicht habe ich mich täuschen lassen und bin in vielem viel zu unbekümmert und zu gutgläubig gewesen. Darin ersehe ich meine Schuld.»

Schacht: «Die einzige Anklage gegen mich ist die, dass ich den Krieg gewollt habe. Die erdrückende Reihe von Beweisen in meinem Falle aber hat ergeben, dass ich fanatischer Kriegsgegner war und ak-

tiv und passiv durch Widerspruch, Sabotage, List und Gewalt versucht habe, den Krieg zu verhindern. Meine Gegnerschaft gegen Hitlers Politik war im Inlande und Auslande bekannt. Gewiss, ich habe politisch geirrt. Mein politischer Irrtum war, dass ich das Ausmass der Verbrechernatur Hitlers nicht früh genug erkannt habe. Aber ich habe meine Hände nicht befleckt mit einer einzigen ungesetzlichen oder unsittlichen Handlung. Der Terror der Geheimen Staatspolizei hat mich nicht geschreckt. Denn jeder Terror muss versagen vor der Berufung auf das Gewissen. Hier liegt die grosse Kraftquelle, die uns die Religion verleiht.

Ich stehe am Ausgang dieses Prozesses in tiefster Seele erschüttert über das unsagbare Elend, das zu verhindern ich versucht habe mit allem persönlichen Einsatz und mit allen erreichbaren Mitteln, das aber zu verhindern mir versagt geblieben ist, nicht durch meine Schuld. Darum trage ich mein Haupt aufrecht und bin unerschüttert in dem Glauben, dass die Welt genesen wird nicht durch die Macht der Gewalt, sondern allein durch die Kraft des Geistes und die Sittlichkeit des Handelns.»

Dönitz: «Ich möchte drei Dinge sagen. Das erste: Môgén Sie über die Rechtmässigkeit des deutschen U-Boot-Krieges urteilen, wie es Ihnen Ihr Gewissen gebietet. Ich halte diese Kriegführung für berechtigt und habe nach meinem Gewissen gehandelt. Ich müsste das genauso wieder tun.

Das zweite: Das Führerprinzip hat sich in der militärischen Führung aller Armeen der Welt aufs Beste bewährt. Auf Grund dieser Erfahrung hielt ich es auch in der politischen Führung für richtig, besonders bei einem Volk in der trostlosen Lage des deutschen Volkes im Jahre 1932. Wenn aber trotz allem Idealismus, trotz aller Anständigkeit und aller Hingabe der grossen Masse des deutschen Volkes letzten Endes mit dem Führerprinzip kein anderes Ergebnis erreicht worden ist als das Unglück dieses Volkes, dann muss dieses Prinzip als solches falsch sein. Falsch, weil die menschliche Natur offenbar nicht in der Lage ist, die Macht dieses Prinzips zum Guten zu nutzen, ohne den Versuchungen dieser Macht zu unterliegen.

Das dritte: Mein Leben galt meinem Beruf und damit dem Dienst am deutschen Volk. Als letzter Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine und als letztes Staatsoberhaupt fühle ich mich dem deutschen Volk gegenüber verantwortlich für alles, was ich tat und liess.»

Raeder: «Ich habe als Soldat meine Pflicht getan, weil ich der Überzeugung war, dem deutschen Volk und Vaterland, für das ich gelebt habe und für das zu sterben ich jederzeit bereit bin, damit am besten zu dienen. Wenn ich mich irgendwie schuldig gemacht haben sollte, so höchstens in der Richtung, dass ich trotz meiner rein militä-

rischen Stellung vielleicht nicht nur Soldat, sondern doch bis zu einem gewissen Grade auch Politiker hätte sein sollen. Dies wäre dann aber eine moralische Schuld gegenüber dem deutschen Volk und kann mich nie und nimmer zum Kriegsverbrecher stempeln; es wäre keine Schuld vor einem Strafgericht der Menschen, sondern eine Schuld vor Gott.»

Schirach: «In dieser Stunde, da ich ein letztes Mal zu dem Militärgericht der vier Siegermächte spreche, möchte ich mit reinem Gewissen unserer deutschen Jugend bestätigen, dass sie an den durch diesen Prozess festgestellten Auswüchsen und Entartungen des Hitler-Regimes vollständig unschuldig ist. Sie hat nichts von den zahllosen Greuelthaten gewusst, die von Deutschen begangen wurden. Tragen Sie, meine Herren Richter, durch Ihr Urteil dazu bei, für die junge Generation eine Atmosphäre gegenseitiger Achtung zu schaffen, eine Atmosphäre, die frei ist von Hass und Rache.

Das ist meine letzte Bitte, eine herzliche Bitte für unsere deutsche Jugend.»

Sauckel: «Meine Herren Richter! Von den im Prozess offenbar gewordenen Untaten bin ich in innerster Seele erschüttert. Ich beuge mich in tiefer Ehrfurcht und Demut vor den Opfern und Gefallenen aller Völker und vor dem Unglück und dem Leid meines eigenen Volkes, an dem allein ich mein Schicksal zu messen habe. Ich hätte nie vermocht, widerspruchslos das Wissen furchtbarster Geheimnisse und Verbrechen zu ertragen noch mit einem derartigen Bewusstsein meinem Volk oder meinen zehn unschuldigen Kindern unter die Augen zu treten. Ich habe keinen Anteil an irgendeiner Verschwörung gegen den Frieden oder die Menschlichkeit, noch habe ich Morde und Misshandlungen geduldet. Mein Wollen und mein Gewissen ist rein; Unzulänglichkeiten und die Nöte des Krieges, die Furchtbarkeit seiner Verhältnisse gehen mir zutiefst zu Herzen. Ich selbst bin bereit, für jedes Schicksal, das die Vorsehung mir auferlegt, einzutreten. Gott schütze mein über alles geliebtes Volk, der Herrgott segne wieder die Arbeit deutscher Arbeiter, denen mein ganzes Leben und Streben gegolten hat, und er schenke der Welt Frieden.»

Jodl: «Herr Präsident, meine Herren Richter! Es ist mein unerschütterlicher Glaube, dass eine spätere Geschichtsschreibung zu einem objektiven und gerechten Urteil über die hohen militärischen Führer und ihre Gehilfen kommen wird. Sie haben nicht der Hölle gedient und nicht einem Verbrecher, sondern ihrem Volke und ihrem Vaterlande. Was mich betrifft, so glaube ich, kein Mensch kann besser handeln, als wenn er von den Zielen, die ihm erreichbar erscheinen, das höchste erstrebt. Das und nichts anderes war die Richtschnur meines Handelns seit je, und deshalb werde ich, wel-

ches Urteil Sie, meine Herren Richter, auch über mich fällen, diesen Gerichtssaal ebenso erhobenen Hauptes verlassen, wie ich ihn vor vielen Monaten betreten habe.

In einem Krieg wie diesem, in dem Hunderttausende von Kindern und Frauen durch Bombentepiche vernichtet oder durch Tiefflieger getötet wurden, in dem Partisanen jedes, aber auch jedes Gewaltmittel anwandten, das ihnen zweckmässig erschien, sind harte Massnahmen, auch wenn sie völkerrechtlich bedenklich erscheinen sollten, kein Verbrechen vor Moral und Gewissen. Denn ich glaube und bekenne: Die Pflicht gegen Volk und Vaterland steht über jeder anderen. Diese zu erfüllen war mir Ehre und höchstes Gesetz. Möge diese Pflicht in einer glücklicheren Zukunft ersetzt werden durch eine noch höhere: durch die Pflicht gegen die Menschheit!»

Papen: «Euer Lordschaft, Hohes Gericht! Die Kraft des Bösen war stärker als die des Guten und hat Deutschland unrettbar in die Katastrophe getrieben. Aber sollen deshalb auch diejenigen verdammt werden, die im Kampfe des Glaubens gegen den Unglauben die Fahne des ersteren hochgehalten haben? Und berechtigt es Justice Jackson zu der Feststellung, ich sei nur der frömmelnde Agent einer ungläubigen Regierung gewesen? Oder was gibt Sir Hartley Shawcross das Recht, mit Hohn und Spott und Verachtung zu sagen: Er zog es vor, in der Hölle zu herrschen, anstatt im Himmel zu dienen?

Meine Herren Ankläger! Dieses Urteil steht nicht Ihnen zu, das steht einem anderen Richter zu! Ich glaube, dass ich mit einem reinen Gewissen mich der Verantwortung stellen kann. Liebe zu Heimat und Volk waren allein entscheidend für alle meine Handlungen. Nicht dem Nazi-Regime, sondern dem Vaterland habe ich gedient. Will die Anklage wirklich alle Menschen, die sich ehrlichen Willens zur Mitarbeit gestellt haben, verdammen? Nur wenn dieses Hohe Gericht die historische Wahrheit erkennt und anerkennt, wird der geschichtliche Sinn dieses Prozesses erfüllt. Nur dann wird das deutsche Volk, obwohl sein Reich zerstört ist, die Erkenntnis seiner Fehler, aber auch die Kraft für seine zukünftige Aufgabe finden.»

Seyss-Inquart: «Ich bin wohl noch eine Erklärung über meine Stellung zu Adolf Hitler schuldig. Erwies er sich als unzulänglich, da er das Mass aller Dinge nur in sich selbst sah, eine entscheidende Aufgabe für das deutsche Volk, ja für Europa zu erfüllen, oder hat er sich noch einmal, aber vergeblich und bis zu unfassbaren Exzessen gegen den Ablauf eines unerbittlichen Schicksals gewehrt? Für mich bleibt er der Mann, der Grossdeutschland als eine Tatsache in die deutsche Geschichte gestellt hat. Diesem Mann habe ich gedient. Was dann kam? Ich vermag nicht heute ‚Kreuziget ihn!‘ zu rufen, da ich gestern ‚Hosianna‘ gerufen habe. Mein letztes Wort ist der

Grundsatz, nach dem ich immer gehandelt habe und an dem ich bis zum letzten Atemzug festhalten werde: Ich glaube an Deutschland!»

Speer: «Herr Präsident, meine Herren Richter! Das deutsche Volk wird nach diesem Prozess Hitler als den erwiesenen Urheber seines Unglücks verachten und verdammen. Die Welt aber wird aus dem Geschehen lernen, die Diktatur als Staatsform nicht nur zu hassen, sondern zu fürchten.

Die Diktatur Hitlers unterschied sich in einem grundsätzlichen Punkt von allen geschichtlichen Vorgängern. Es war die erste Diktatur in dieser Zeit moderner Technik, eine Diktatur, die sich zur Beherrschung des eigenen Volkes der technischen Mittel in vollkommener Weise bediente. Durch die Mittel der Technik, wie Rundfunk und Lautsprecher, wurde achtzig Millionen Menschen das selbständige Denken genommen; sie konnten dadurch dem Willen eines Einzelnen hörig gemacht werden. Frühere Diktaturen benötigten auch in der unteren Führung Mitarbeiter mit hohen Qualitäten, Männer, die selbständig denken und handeln konnten. Das autoritäre System in der Zeit der Technik kann hierauf verzichten. Schon allein die Nachrichtmittel befähigen es, die Arbeit der unteren Führung zu mechanisieren. Als Folge davon entsteht der neue Typ des kritiklosen Befehlsempfängers.

Wir waren erst am Beginn dieser Entwicklung. In der Gefahr, von der Technik terrorisiert zu werden, steht heute jeder Staat der Welt. Je technischer die Welt wird, um so notwendiger ist als Gegengewicht die Förderung der individuellen Freiheit und des Selbstbewusstseins des einzelnen Menschen.

Dieser Krieg endete mit den ferngesteuerten Raketen, mit Flugzeugen in Schallgeschwindigkeit, mit neuartigen U-Booten und mit Torpedos, die ihr Ziel selbst finden, mit Atombomben und mit der Aussicht auf einen furchtbaren chemischen Krieg. Der nächste Krieg wird zwangsläufig im Zeichen dieser neuen zerstörenden Erfindungen menschlichen Geistes stehen. Die Kriegstechnik wird in fünf bis zehn Jahren die Möglichkeit geben, von Kontinent zu Kontinent mit unheimlicher Präzision Raketen zu schießen. Sie kann durch die Atomzertrümmerung mit einer Rakete, bedient vielleicht von nur zehn Menschen, im Zentrum New Yorks in Sekunden eine Million Menschen vernichten, unsichtbar, ohne vorherige Ankündigung, schneller als der Schall, bei Tag und bei Nacht. Der Wissenschaft ist es möglich, Seuchen zu verbreiten unter Menschen und Tieren und durch einen Insektenkrieg die Ernte zu vernichten. Die Chemie hat furchtbare Mittel gefunden, um den hilflosen Menschen unsagbares Leid zuzufügen.

Wird es wieder einen Staat geben, der die technischen Erkennt-

nisse dieses Krieges zur Vorbereitung eines neuen Krieges verwendet? Als ehemaliger Minister einer hochentwickelten Rüstung ist es meine letzte Pflicht, zu sagen: ein neuer grosser Krieg wird mit der Vernichtung menschlicher Kultur und Zivilisation enden. Nichts hindert die entfesselte Technik und Wissenschaft, ihr Zerstörungswerk an den Menschen zu vollenden. Darum muss dieser Prozess ein Beitrag sein, um in der Zukunft entartete Kriege zu verhindern und die Grundregeln menschlichen Zusammenlebens festzulegen. Was bedeutet mein eigenes Schicksal nach allem, was geschehen ist, und bei einem solch hohen Ziel?»

Neurath: «Getragen von der Überzeugung, dass auch vor diesem Hohen Gericht die Wahrheit und die Gerechtigkeit trotz allen Hasses, der Verleumdung und der Verdrehung sich durchsetzen wird, glaube ich, nur das eine noch sagen zu müssen, dass mein Leben geweiht war der Wahrhaftigkeit, der Ehrenhaftigkeit, der Erhaltung des Friedens und der Völkerversöhnung, der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, und dass ich hier stehe mit gutem Gewissen nicht nur vor mir selbst, sondern vor der Geschichte und vor dem deutschen Volk.»

Fritzsche: «Hohes Gericht! Ich möchte die grosse Chance des letzten Schlussworts in diesem bedeutsamen Prozess nicht verschwenden mit der Aufzählung von Einzelheiten. Ach, hätte ich doch in meinen Rundfunkreden die Propaganda getrieben, die mir jetzt die Anklage vorwirft! Hätte ich doch die Lehre von der Herrenrasse vertreten! Hätte ich doch Hass gegen andere Völker gepredigt! Hätte ich doch zu Angriffskriegen, Gewalttat, Mord und Unmenschlichkeit aufgefordert! Denn, Hohes Gericht, wenn ich dies alles getan hätte, dann hätte sich das deutsche Volk von mir gewandt und hätte das System abgelehnt, für das ich sprach. Aber das Unglück liegt ja gerade in der Tatsache, dass ich alle diese Thesen nicht vertrat, nach denen Hitler mit einem kleinen Kreis von Helfershelfern insgeheim handelte. Ich glaubte an Hitlers Versicherungen seines ehrlichen Friedenswillens. Ich glaubte an die amtlichen deutschen Dementis gegen alle ausländischen Meldungen über deutsche Greuelthaten. Das ist meine Schuld – nicht mehr, nicht weniger.

Die Ankläger haben die Empörung ihrer Völker zum Ausdruck gebracht über die Greuelthaten, die geschahen. Nun, sie haben von Hitler nichts Gutes erwartet und sind betroffen über das Ausmass dessen, was wirklich geschah. Aber versuchen Sie dann einmal, die Empörung derer zu begreifen, die von Hitler Gutes erwarteten und die nun sehen, wie ihr guter Glaube, ihr guter Wille und ihr Idealismus missbraucht wurden. Ich befinde mich in dieser Lage des Getäuschten zusammen mit vielen, vielen anderen Deutschen, von denen die Anklage sagt, sie hätten das, was geschah, erkennen kön-

nen aus rauchenden Schornsteinen in Konzentrationslagern oder aus dem blossen Anblick von Häftlingen.

Aber es ist Zeit, den ewigen Kreislauf des Hasses zu unterbrechen, der bisher die Welt beherrschte. Es ist höchste Zeit, dem Wechsel von Saat, Ernte, neuer Aussaat und neuer Ernte des Hasses Einhalt zu gebieten. Schliesslich ist der Mord an fünf Millionen eine grausige Warnung, und die Menschheit besitzt heute die technischen Mittel zu ihrer Selbstvernichtung. Es mag schwer sein, das deutsche Verbrechen von dem deutschen Idealismus zu trennen. Unmöglich ist es nicht. Macht man diese Trennung, dann wird man viel Leid vermeiden für Deutschland – und für die Welt.»

Nach diesen hier gekürzt wiedergegebenen Schlussworten der einundzwanzig Angeklagten ist die Beweisaufnahme im Nürnberger Prozess beendet. Alles, was noch zu sagen war, ist ausgesprochen worden: manches nur deklamatorisch, manches in dreistem Gegensatz zu den erwiesenen Tatsachen, manches aber auch aus wahrhaft ehrlichem Herzen und von prophetischer Kraft.

Zum letzten Mal gibt der Vorsitzende des Tribunals, Lordrichter Lawrence, eine Vertagung bekannt: «Der Gerichtshof vertagt sich jetzt bis zum 23. September, um sich über das Urteil zu beraten. An diesem Tag wird das Urteil verkündet werden. Sollte eine Verschiebung notwendig sein, wird dies rechtzeitig mitgeteilt werden.» Tatsächlich wird eine Verschiebung notwendig, weil die Beratung des Gerichts mehr Zeit in Anspruch nimmt, als ursprünglich vorgesehen war.

In völliger Abgeschlossenheit arbeiten die Richter der vier Nationen an dem letzten Dokument, das in diesem Prozess verlesen werden soll: dem Urteil und seiner ausführlichen Begründung. Selbst die Telefonleitungen zu den Beratungsräumen sind für diese Wochen abgeschaltet. Sicherheitsoffiziere überwachen die Zugänge, durchsuchen die Papierkörbe, beseitigen jede Spur, aus der ein Aussenstehender vorzeitig Schlüsse auf den Ausgang der Beratung ziehen könnte.

Während die Briten, Franzosen und Russen selbständig arbeiten, haben sich die amerikanischen Richter nach dem Brauch an den Berufungsgerichten der Vereinigten Staaten qualifizierte Juristen als Berater geholt, darunter Professor Quincy Wright von der Universität Chicago, Generalstaatsanwalt Herbert Wechsler, vormals Professor der Rechte an der Columbia-Universität, und den späteren Chefjustitiar im State Department, Adrian L. Fisher. Die Richter wissen, dass jedes Wort des Urteils in die Geschichte eingehen wird und vor der Geschichte auch Bestand haben soll. Vollkommene Einigkeit wird freilich nicht erzielt. Sowjetrichter Nikitschenko ist in manchen Punkten anderer Ansicht als seine westlichen Kollegen,

und so muss das Gremium am Ende abstimmen und die Mehrheit entscheiden lassen, wie es vom Statut für solche Fälle vorgesehen ist. Dafür macht Nikitschenko von der angelsächsischen Gerichtspraxis Gebrauch und gibt ein «abweichendes Urteil» ab; es wird nicht verlesen, hat auch keine praktische Bedeutung und ist mehr oder weniger nur für die juristische Literatur und die historische Forschung bestimmt.

Am 30. September 1946 ist der Tag des Urteils gekommen.

Bis zur Mittagspause des 1. Oktober wird die Verlesung der Urteilsbegründungen dauern. Einer der Verfasser dieses Berichts, Heydecker, schrieb damals:

Um sieben Uhr morgens ist auch heute im Nürnberger Gerichtsgebäude alles wie immer: Türen und Fenster stehen offen, es zieht in den Korridoren, der Justizpalast gehört den Reinmachefrauen. Aber schon etwas vor acht Uhr kommen die ersten Angestellten, Stenotypistinnen, Techniker, die dem voraussichtlichen Andrang an der Sperre entgehen wollen.

Rund um das Gerichtsgebäude ist das Aufgebot der schweren Polizeiwagen bedeutend verstärkt. Sämtliche Kontrollen wurden verschärft, die Posten sehen genau den Inhalt der Aktentaschen durch, wenden die Ausweise nach allen Seiten, vergleichen die Fotografien mit den Passinhabern. Die alten Einlasskarten für den Gerichtssaal haben ihre Gültigkeit verloren, jedermann wird noch einmal überprüft, bevor er den Spezialausweis für die Urteilsverkündung erhält. Alle werden der gleichen Prozedur unterworfen: Pressevertreter, Büroangestellte, Anwälte, Soldaten, ein General.

Im Gedränge vor dem Eingang zum Gerichtssaal tauchen Gesichter auf, die man nur in den ersten Tagen des Prozesses sah. Aus allen Weltgegenden sind sie herbeigekommen. Und jetzt, beim Warten an dieser letzten Sperre, schwindet jede Aufregung. Die Nähe des bevorstehenden Ereignisses löst fast Gelassenheit aus.

Noch eine hochnotpeinliche Formalität: Leibesvisitation. Erst dann – nachdem man ein letztes Mal den Ausweis dem Posten an der Eingangstür gezeigt hat – betritt man endlich den Saal. Babylonisches Stimmengewirr, vermischt mit dem Summen der Ventilation. Kurz vor halb zehn werden die Verteidiger, von Militärposten begleitet, geschlossen in den Saal geführt, damit ihnen die Einzelheiten der Eingangskontrollen erspart bleiben. Die Stenografen und Dolmetscher haben ihre Plätze eingenommen. Auf der Pressegalerie ist jetzt kein Sitz mehr frei. In den verglasten Rundfunkkabinen drängen sich Sprecher und Techniker hinter den Scheiben. Fotografen und Kameralente sind auf ihren Ständen.

Die Angeklagten erscheinen in Gruppen von je zwei oder drei. Die nächsten, die mit dem Lift aus dem Gefängnis heraufgebracht wer-

den, folgen immer in Abständen von knapp einer halben Minute. Die meisten machen einen aufgeräumten Eindruck, plaudern miteinander und begrüßen ihre Mitangeklagten durch Zuwinken oder Händeschütteln. Nur einige begeben sich schweigend auf ihre Plätze, darunter Funk und Schacht.

Als letzter erscheint Göring, allein. Wie immer trägt er seine umgearbeitete, hellgraue Uniform. Bevor er seinen Platz in der ersten Bankreihe einnimmt, gibt er Keitel und Baldur von Schirach die Hand.

Das Zeremoniell der Urteilsverkündung steht fest: Zuerst werden die Schuldsprüche mit der Begründung verlesen; jeder der Angeklagten wird erfahren, nach welchen Punkten der Anklageschrift er schuldig oder nicht schuldig befunden worden ist. Erst dann – am darauffolgenden Nachmittag – werden die Verurteilten noch einmal, und diesmal jeder für sich allein, in den Saal geführt werden, um die Bekanntgabe des Strafmasses zu hören.

«The Court!» ruft der Gerichtsmarschall.

Alle Anwesenden erheben sich von den Plätzen. Stille tritt ein. Mit undurchdringlichen Mienen betreten die acht Richter den Raum. Es ist zehn Uhr drei.

Dann verrinnt Stunde um Stunde. Sich ablösend verlesen die Mitglieder des Tribunals das Dokument. Quälend monoton dringen die Stimmen der Dolmetscher aus den Kopfhörern. Jeder im Saal lauscht gespannt, am aufmerksamsten die Angeklagten.

Doch erst am nächsten Morgen, am 1. Oktober 1946, ist die Urteilsverkündung so weit fortgeschritten, dass die Namen der Einundzwanzig fallen. Göring hat den Kopf gesenkt, mit Zeige- und Mittelfinger drückt er die Hörmuschel ans rechte Ohr, hört das «Schuldig nach allen vier Anklagepunkten», weiss sicher, dass das am Nachmittag nur ein Todesurteil bedeuten kann, aber kein Muskel in seinem Gesicht verrät Erregung. Seine Augen sind durch die dunkle Sonnenbrille verdeckt, seine Lippen zusammengepresst und zu einem unmerklichen Lächeln erstarrt.

Rudolf Hess, der als nächster angesprochen wird, scheint nicht einmal zu begreifen, dass es sich um ihn handelt. Er ist völlig unbeteiligt, hat auf den Knien ein paar Blätter liegen und schreibt unablässig. Göring beugt sich hinüber und macht ihn darauf aufmerksam, dass nun er an die Reihe komme. Aber Hess wehrt mit einer unwilligen Handbewegung ab und fährt fort, seine geheimnisvollen Notizen zu machen, ohne sich um das zu kümmern, was über ihn gesprochen wird. Nicht einmal die Kopfhörer hat er aufgesetzt, und als ihm Göring anschliessend den Schuldspruch ins Ohr flüstert, quittiert er das lediglich mit einem geistesabwesenden Nicken.

Stichworte nur vom engbeschriebenen Block: Die meisten Ange-

klagen nehmen die Schuldsprüche mit äusserer Unbeweglichkeit entgegen. Auch durch das Fernglas ist keine Regung in ihren Mienen zu beobachten. Keitel sitzt krampfhaft kerzengerade. Kaltenbrunners Kinnladen mahlen. Rosenberg hockt teilnahmslos zusammengekauert. Frick, bisher unbeweglich, richtet sich bei Nennung seines Namens ruckartig auf. Frank schüttelt kaum merklich den Kopf. Julius Streicher hat die Arme gekreuzt, lehnt sich, da das Wort an ihn gerichtet wird, betont bequem an die Rückenleiste der Bank, aber zum erstenmal unterlässt er für die Dauer der Verlesung sein ewiges Gummikauen. Walther Funk rutscht unruhig hin und her, sein Mund zuckt im Kampf mit den Nerven, die ihm schon früher so häufig Tränen in die Augen trieben, sein Kopf steckt förmlich zwischen den Schultern, die er bis zu den Ohren hochgezogen hat. Schacht sitzt, ebenfalls mit verschränkten Armen, in seiner Ecke und nimmt den Freispruch mit ironischem Lächeln wie eine Selbstverständlichkeit entgegen.

Nach der Verkündung des Freispruchs für Fritzsche – er ist der letzte in zwei Reihen – springt sein Anwalt auf und winkt ihm lebhaft zu. Fritzsche und von Papen drängen aus der Anklagebank heraus, schütteln Göring und dann auch Dönitz die Hand. Nur Schacht hält sich zurück.

Um 13 Uhr 45 Minuten ist der erste Teil der Urteilsverkündung zu Ende. Das Gericht hat sich zur Mittagspause zurückgezogen. Nach Tisch werden die Urteilssprüche fallen.

Im Presseraum des Justizpalastes drängen sich inzwischen Journalisten aus der ganzen Welt um die Sensation des Vormittags, um die Freigesprochenen und schon Freigelassenen, Fritzsche, Papen und Schacht. Sie zeigen die beste Laune, lachen und rauchen genüsslich. Schacht trägt einen grauen Pelzmantel. Von allen Seiten prasseln Fragen.

«Wo werden Sie heute wohnen?»

Schacht: «Das möchte ich auch wissen.»

«Werden Sie noch im Gefängnis übernachten?»

Fritzsche: «Nein, lieber in einer Nürnberger Ruine; nur keine grauen Mauern und Gitter mehr!»

«Was sind Ihre nächsten Pläne?»

Papen: «Ich werde zu meiner Tochter in die englische oder zu meiner Frau und meinen Kindern in die französische Zone gehen.»

Schacht: «Ich werde ebenfalls zu meiner Frau und meinen zwei Kindern gehen, die in der britischen Zone leben, und wünsche nie wieder jemand von der Presse zu sehen. Mein Heim in der russischen Zone ist seinerzeit nach Bekanntgabe der Anklage gegen mich von deutschen Kommunisten geplündert worden, nachdem ich vorher von der Besatzungsmacht unbehelligt geblieben war.»

Fritzsche: «Für mich ist das Problem der Freiheit ganz neu, ich kann noch nicht sagen, was ich anfangen werde.»

«Würden Sie wieder ein öffentliches Amt annehmen, wenn Sie von deutschen Behörden dazu aufgefordert würden?»

Papen: «Nein, mein politisches Leben ist definitiv beendet.»

Schacht: «Ich möchte diese Frage erst beantworten, wenn eine solche Aufforderung an mich ergangen ist.»

Fritzsche: «Für mich bestehen wohl kaum Aussichten. Ich habe nur den Wunsch, mich so rasch wie möglich vor einer deutschen Stelle verantworten zu können für das, was ich einmal im Rundfunk gesprochen habe.»

«Wollen Sie sich auch vor einem deutschen Gericht verantworten, Herr Schacht?»

Schacht: «Ich möchte die Anklage abwarten, bevor ich mich dazu äussere.»

Papen: «Ich bin nicht orientiert, was jetzt vorgeht, und ich weiss nicht, ob es notwendig oder möglich ist, sich vor einem deutschen Gericht zu verantworten.»

«Haben Sie Angst, dass gegen Sie von deutscher Seite ein Anschlag verübt werden könnte?»

Schacht: «Ich wünsche es mir, damit ich einmal sehen könnte, wie das ist, was ich selbst so lange geplant habe.»

«Werden Sie Memoiren schreiben?»

Fritzsche: «Wenn es mir erlaubt wird, möchte ich ein Buch über den deutschen Propagandaapparat schreiben und aufzeigen, wo Wahrheit und wo Lüge lagen.»

Ununterbrochen zuckten die Blitzlichter der Fotografen. Während sich Fragen und Antworten ablösen, werden die Freigesprochenen von allen Seiten mit Autogrammbitten bestürmt. Plötzlich hebt Schacht die Hand und bittet um Ruhe. Dann sagt er:

«Meine beiden Kinder im Alter von drei und vier Jahren haben noch nie Schokolade gehabt. Ich möchte deshalb weitere Autogramme nur noch gegen Schokolade geben.»

Allgemeines Gelächter, aber deutlich vernehmbar über allem Trübel die Stimme eines Franzosen: «C'est dégoûtant!»

Es ist ohnehin Zeit, in den Gerichtssaal zurückzukehren.

Um 14 Uhr 50 Minuten betritt das Gericht zu seiner 407. und letzten Sitzung den Raum.

Anders als in all den vergangenen Monaten, anders auch als heute vormittag ist jetzt die Atmosphäre. Kein Scheinwerfer lässt den Saal erstrahlen, nur das fahle, bläuliche Licht der Neonröhren liegt schattenlos auf den Wandtäfelungen, den leeren Anklagebänken, auf den Gesichtern der Richter, Ankläger, Verteidiger, Stenografen, Hilfskräfte und Presseleute.

Eine Verfügung des Gerichtshofes hat alle Fotografen und Filmleute aus dem Saal verbannt. In diesen Sekunden, in denen die Angeklagten die Entscheidung über Leben und Tod zu hören bekommen, soll ihr Gesicht nicht fotografiert oder gefilmt werden. Eine knisternde Spannung liegt über der Szene. Jedes Husten, jedes Rascheln eines Papiers wirkt wie ein unerwarteter Knall. Beinahe reglos sitzen die Menschen. Erwarten sie ein Schauspiel, eine Sensation, einen historischen Augenblick?

Alle Augen in diesem Saal sind auf einen Punkt gerichtet: die fast unsichtbar in die Wandverkleidung eingebaute Tür hinter den Anklagebänken.

Lautlos wippt der silberne Minutenzeiger der Saaluhr einen Punkt weiter. Da zuckt das grosse Tier, dieses Wesen Massenmensch, das weit ausgebreitet und mit vielen hundert Köpfen die Tribünen füllt, wie unter einem Nadelstich zusammen.

Mit leisem, leisem Rollen öffnet sich die Schiebetür. Gespenstisch, von keiner Hand bewegt.

Aus dem Dunkel der Öffnung tritt Hermann Göring in das graue Licht des Raumes, hinter ihm zwei Militärpolizisten, die sich links und rechts von ihm aufstellen. Sein Gesicht ist schlaff und eingefallen. Er nimmt die Kopfhörer, die ihm gereicht werden.

«Angeklagter Hermann Wilhelm Göring! Gemäss den Punkten der Anklageschrift. . .» beginnt die leidenschaftslose Stimme des Dolmetschers die Worte des Gerichtsvorsitzenden zu übersetzen. Aber da winkt Göring mit beiden Händen. Er kann nichts verstehen. Das Übertragungssystem versagt. Ein technischer Offizier eilt herbei und beseitigt die Störung.

«Angeklagter Hermann Wilhelm Göring!» hebt die Stimme wieder an. «Gemäss den Punkten der Anklageschrift, unter welchen Sie schuldig befunden wurden, verurteilt Sie der Internationale Militärgerichtshof zum Tode durch den Strang.»

Unbeweglich, mit gesenktem Kopf, vernimmt Göring den Spruch. Erhebt die Hörer von den Ohren, macht eine rasche, militärisch anmutende Kehrtwendung und verlässt den Saal.

Leise rollend und wie von Geisterhand bewegt, schliesst sich die Tür hinter seinem breiten Rücken.

Sekunden vergehen.

Leise rollend und wie von Geisterhand bewegt, öffnet sich die Tür. Nummer zwei. Rudolf Hess.

Mit einer femininen Handbewegung weist er die Kopfhörer von sich. Er steht da, wippt auf den Zehenspitzen, richtet die dunklen Augenhöhlen dahin und dorthin, schaut zur Decke, und jeder erwartet, dass er gleich anfangen wird, vor sich hin zu pfeifen.

«Angeklagter Rudolf Hess! Gemäss den Punkten der Anklage-

Schrift, unter welchen Sie schuldig befunden wurden, verurteilt Sie der Internationale Militärgerichtshof zu lebenslänglichem Gefängnis.»

Hess hört den Urteilsspruch nicht, und erst als ihm ein Militärpolizist auf die Schulter tippt, dreht er sich tänzelnd um und verschwindet im Ausgang.

Auf und zu, auf und zu rollt die Schiebetür.

Ribbentrops Gesicht ist aschfahl. Er hält die Augen halb geschlossen. Unter dem Arm trägt er ein Bündel Akten: mit dem Schnellhefter im Angesicht des Todes.

« . . . zum Tode durch den Strang.»

Keitel nimmt in aufrechter Haltung und mit verschlossener Miene sein Urteil entgegen.

« . . . zum Tode durch den Strang.»

Kaltenbrunners steinernes Gesicht zeigt zum ersten Mal ein leichtes Lächeln, als er die Worte vernimmt:

« . . . zum Tode durch den Strang.»

Rosenberg muss sich offensichtlich zu Haltung zwingen.

« . . . zum Tode durch den Strang.»

Frank hält beide Hände, die er nach dem Aufsetzen der Kopfhörer gerade sinken lassen will, in halber Höhe zu einer flehend erstarrten Geste. Seine Unterlippe ist kraftlos geöffnet, und er nickt, als er die entscheidenden fünf Worte hört:

« . . . zum Tode durch den Strang.»

Rasch wendet er sich ab, um sein Gesicht zu verbergen.

Auf und zu rollt die Schiebetür, auf und zu.

Julius Streicher steht mit gespreizten Beinen und vorgerecktem Kopf, als erwartete er einen Hammerschlag.

« . . . zum Tode durch den Strang.»

Sauckel hat den Blick finster auf den Richtertisch geheftet, macht dann eine ruckartige Kehrtwendung.

« . . . zum Tode durch den Strang.»

Jodl lauscht mit leicht vorgebeugtem Oberkörper den Worten, reisst sich dann förmlich die Hörer vom Kopf und stösst ein verächtliches Zischen zwischen den Lippen hervor, ehe er sich hochmütig aufrichtet und mit steifen Beinen wieder hinausgeht.

« . . . zum Tode durch den Strang.»

Funk, der zweifellos mit einem Todesurteil gerechnet hat, bricht bei den Worten «lebenslängliches Gefängnis» in Schluchzen aus und macht eine hilflose Verbeugung gegen die Richter.

Achtzehnmal hat sich die Schiebetür geöffnet und wieder geschlossen. Jeder Strafausspruch hat etwa vier Minuten in Anspruch genommen.

Die silbernen Finger auf dem Zifferblatt zeigen 15 Uhr 40.

Schweigend zieht sich das Gericht zurück. Seine Tätigkeit in der Weltgeschichte ist beendet.

Schreiend, tobend rast das grosse Tier aus dem Saal, zersprüht auf dem Korridor in Individuen, die ihren Wettlauf zu den Telefonen und Fernschreibern beginnen. Papiere werden in der Luft geschwenkt, jemand stürzt zu Boden, rafft sich wieder auf, eilt weiter. Denn heute Nachmittag noch muss es in den Extrablättern der ganzen Welt stehen.

Das Internationale Militärtribunal in Nürnberg hat sein Urteil gesprochen. Zwölf Angeklagte sind zum Tode durch den Strang verurteilt worden: Göring, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frick, Frank, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyss-Inquart, und Martin Bormann in Abwesenheit. Hess, Funk und Raeder wurden zu lebenslänglichem Gefängnis, Schirach und Speer zu zwanzig Jahren, Neurath zu fünfzehn und Dönitz zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

So weit der Erlebnisbericht aus dem Jahre 1946. Er zeigt das äussere Bild. An der inneren Seite der Vorgänge, im Gefängnis, stand ein anderer Beobachter, der Gerichtspsychologe Gustave M. Gilbert. Er schreibt in sein Tagebuch:

«Göring kam als erster herunter, das Gesicht bleich und gefroren, mit hervortretenden Augen.»

In seiner Zelle lässt sich Göring auf die Pritsche fallen, greift geistesabwesend nach einem Buch und sagt zu Gilbert:

«Tod!»

«Seine Hand zitterte», bemerkt der Psychologe, «obwohl er sich jetzt bemühte, einen nonchalanten Eindruck zu machen. Seine Augen waren feucht, er keuchte und kämpfte sichtbar mit einem Nervenzusammenbruch.»

Etwas später sagt Göring zu dem Gefängnisfriseur Hermann Wittkamp: «Jetzt wissen wir es also. Sollen sie mich hängen – schiessen können sie ja doch nicht. Ich habe immer auf elf Todesurteile getippt, ohne Bormann – und elf sind es geworden. Nur das mit Jodl kann ich nicht verstehen, dafür hatte ich einen anderen. Ich dachte an Raeder.»

Über die nächsten Verurteilten schreibt Gilbert: «Hess kam herunter, lachte nervös und sagte, er hätte nicht zugehört und wüsste deshalb nicht, wie der Urteilsspruch ausgefallen sei. Ribbentrop machte einen entsetzten Eindruck, nahm sofort einen ruhelosen Rundgang in seiner Zelle auf und flüsterte unaufhörlich vor sich hin: ‚Tod! Tod! Jetzt kann ich meine Erinnerungen nicht mehr schreiben. Ts, Ts! So gehasst bin ich, so gehasst. . .’»

Keitel steht mit dem Rücken zur Tür in seiner Zelle. Als Gilbert eintritt, fährt er herum und ruft mit Schrecken in seinen Augen:

«Tod *durch den Strang!* Ich dachte, *das* würde mir erspart bleiben!»

«Frank lächelte freundlich», schreibt Gilbert weiter, «konnte mich aber nicht ansehen.

‚Tod durch den Strang‘, sagte er sanft und nickte ergeben mit dem Kopf. ‚Ich verdiene es, und ich habe es erwartet, wie ich Ihnen immer gesagt habe. Aber ich freue mich, dass ich die Gelegenheit gehabt habe, mich zu verteidigen und in den letzten Monaten die Dinge noch einmal zu überdenken.‘

Rosenberg spöttelte: ‚Den Strick, den Strick! Das haben Sie sich doch gewünscht, nicht wahr?«

Kaltenbrunners verkrampfte Hände zeigten die Angst, die sein ausdrucksloses Gesicht nicht verriet. Er konnte nur flüstern:

«Tod!»

Funkgingin seiner Zelle umher und fragte: «Lebenslänglich – was soll das heißen? Sie wollen mich doch nicht mein ganzes Leben lang einsperren, oder? Das heißt es doch nicht, nicht wahr?»

Schirachs Gesicht war ernst und angespannt.

«Zwanzig», sagte er.

Ich sagte ihm, seine Frau würde erleichtert sein, dass er nicht die Todesstrafe erhalten habe, wie sie befürchtet hatte. Er antwortete: «Besser ein schneller Tod als ein langsamer.»

Jodl marschierte steif und aufrecht in seine Zelle. Sein Gesicht hatte rötliche Flecke. Als er mich sah, hielt er ein paar Sekunden an sich, als könnte er kein Wort herausbringen. Dann sagte er:

«Tod *durch Hängen*. ‚Das habe ich nicht erwartet. Das Todesurteil, gut, irgendjemand muss die Verantwortung tragen. Aber das . . .‘

Sein Mund zitterte, und seine Stimme schnappte über.»

«Ich kann es nicht fassen», sagt Jodl zu Friseur Wittkamp. «Meine Frau und mein Rechtsanwalt wollen Einspruch erheben. Das einzige, was dabei herauskommen könnte, wäre vielleicht Tod durch Erschiessen.»

Wittkamp bemerkt, dass Jodl jetzt ein neues Bild auf das Tischchen seiner Zelle gestellt hat. Es zeigt seine Mutter und ihn selbst als einjähriges Kind.

«Warum bin ich geboren?» fragt er in Wittkamps Beisein und betrachtet nachdenklich die Fotografie. «Oder vielmehr, warum bin ich damals nicht gestorben? Wieviel wäre mir erspart geblieben! Wofür habe ich gelebt?»

Am schlechtesten kann sich Sauckel mit dem Todesurteil abfinden. Er bestürmt Friseur, Gefängnisarzt und Psychologen mit dem Hinweis, dass alles zweifellos nur einem Übersetzungsfehler zuzu-

schreiben sei. Er ist fest überzeugt, dass man den Irrtum noch entdecken und das Urteil revidieren wird. Die Kunde von seiner Verzweiflung verbreitet sich rasch im Zellenbau, und schliesslich ist es Seyss-Inquart, selbst zum Tode verurteilt, der an Sauckel einen Trostbrief schreibt. Dr. Ludwig Pflücker, der deutsche Gefängnisarzt, bringt die Zeilen dem einstigen Arbeitseinsatzleiter. Da heisst es unter anderem:

«Lieber Pg. Sauckel! Sie üben an dem Urteil herbe Kritik. Sie meinen, das Urteil ist deshalb gegen Sie ausgefallen, weil eines Ihrer Worte falsch übersetzt und ausgelegt wurde. Diesen Eindruck habe ich nicht. Dass ein Führerbefehl vorlag, kann uns, die wir den Mut und die Kraft hatten, in diesem Existenzkampf unseres Volkes in erster Reihe zu stehen, die Verantwortung nicht abnehmen. Sind wir in den Tagen des Triumphes in den ersten Reihen gestanden, so haben wir den Anspruch, im Unglück in vorderster Reihe zu stehen. Mit unserer Haltung helfen wir, die Zukunft unseres Volkes wieder aufzubauen. Ihr Seyss-Inquart.»

2 TOD DURCH DEN STRANG

Zwei endlose Wochen vergehen.

In der Nacht vom 15. zum 16. Oktober 1946 sollen die Hinrichtungen vollstreckt werden. Tag und Stunde sind streng geheim, aber die Verurteilten rechnen ganz allgemein mit dem 14. Oktober.

Inzwischen laufen noch einige offizielle Gnadengesuche beim Alliierten Kontrollrat in Berlin, ebenso eine Reihe privater Bemühungen, Briefe an Feldmarschall Montgomery, an Präsident Truman, an Ministerpräsident Attlee, und selbst die Kurie wird auf dem Weg weitreichender Beziehungen um Intervention gebeten. Doch das alles ist vergeblich: das Urteil bleibt bestehen. Im Nürnberger Gefängnis verrinnen die Tage. Verschärfte Sicherheitsmassnahmen umgeben die Todeskandidaten; nachts bleiben die Zellen hell erleuchtet, die Posten dürfen kein Auge mehr von den Gefangenen lassen. Dr. Pflücker hat in seinen Erinnerungen beschrieben, wie diese quälende Wartezeit vergangen ist:

Jodl liest Wilhelm Raabe. Frank zeigt bei jeder Visite des Arztes eine fröhliche Miene und spricht mit Begeisterung von Franz Werfels Buch *Das Lied von Bernadette*. Ribbentrop hat immer nur die Frage auf den Lippen, wo die Hinrichtung wohl stattfinden werde. Keitel bittet Dr. Pflücker, «dem Organisten, der abends oft ein paar Lieder spielt, doch zu sagen, er möge das Liedchen *Schlafe, mein Kindchen, schlaf ein* nicht spielen, da es bei ihm besonders wehmütige Erinnerungen wachrufe».

Am 7. Oktober wird Dr. Pflücker nachmittags in Görings Zelle

gerufen. Der Gefangene hat einen schweren Herzanfall und sagt zu dem Arzt:

«Ich sah eben meine Frau zum letzten Male, lieber Doktor. Nun bin ich gestorben. Es war eine sehr schwere Stunde, aber meine Frau wünschte es. Sie hat sich wunderbar gezeigt. Sie ist eine ganz grosse Frau. Nur zum Schluss wollte sie durchsinken, aber dann raffte sie sich wieder auf und war beim Abschied ganz gefasst.»

Pflücker gibt ihm Beruhigungstabletten. Göring dankt und sagt dann leise: «Nun können sie mich umbringen, wie sie wollen. Ich freue mich, dass ich diese Stunde noch erleben durfte.»

Wieder vergehen Tage. Der Gefängnisbau ist jetzt erfüllt von unheimlichen Geräuschen. Aus nicht allzu weiter Ferne dringt Sägen und Hämmern bis in die Zellen. Es kommt aus der Turnhalle, und Friseur Wittkamp weiss: «Unsere Elektriker mussten in der Turnhalle besonders grosse elektrische Birnen eindrehen. Die vom Fussballspielen zersplitterten Fensterscheiben wurden neu eingesetzt. Dann durften wir den kleinen Hofraum, wo es zur Turnhalle ging, nicht mehr betreten.»

«Ist unser Galgen bald fertig?» fragt Streicher, in dessen Zelle der Lärm der Handwerker am lautesten zu vernehmen ist. Er blickt von einem Buch auf und sagt zu Wittkamp: «Ich werde mutig die Stufen hochgehen. Meine letzten Worte stehen schon fest: ‚Euch hängen die Bolschewiken‘, und «Heil Hitler!»

Am 15. Oktober, dem letzten Tag in Nürnberg, scheinen die Delinquenten zu wissen, dass ihr schwerer Gang unmittelbar bevorsteht. In allen Zellen wird plötzlich die Bibel verlangt; nur Rosenberg will nichts davon wissen.

«Na, was gibt es denn heute Schönes?» fragt Frick, wie alle Tage, als das Essen ausgegeben wird. Die anderen nehmen schweigend die Schüsseln, als wüssten sie, dass es die Henkersmahlzeit ist: Kartoffelsalat und Wurst, Schwarzbrot und Tee.

Göring hat den üblichen Morgen- und Abendspaziergang abgelehnt. Er liegt fast den ganzen Tag auf seiner Pritsche und liest Fontanes *Effie Briest*. Zwischendurch schreibt er einen Brief und nimmt einen in Empfang. Ribbentrop klagt über Schlaflosigkeit und Kopfschmerzen, blättert zerstreut in einem Roman von Gustav Freytag, liest fünf Briefe und schreibt selbst einen. Rosenberg liest *Die Geige*, eine Novelle von Binding, bekommt im Lauf des Tages drei Briefe, schreibt aber selbst keine Zeile.

Auch Streicher liest noch am letzten Tag: den Jelusich-Roman *Der Soldat*. Ausserdem schreibt er sechs Briefe und bekommt selbst einen. Jodl liest Hamsuns *Wanderer*, schreibt einen Brief und kann sieben in Empfang nehmen. Keitel hat den Wunsch geäussert, «rechtzeitig verständigt zu werden, damit er seine Zelle in Ordnung

bringen kann»; er liest Erzählungen von Paul Alverdes, bekommt drei Briefe und schreibt einen.

Hans Frank erzählt dem deutschen Gefängnispersonal von den Schönheiten des Petersdoms in Rom, liest Thomas Gedicht *Heilige Nachtund* blättert immer wieder in den neun Briefen, die er bekommen hat; selbst schreibt er zwei an diesem Tag. Seyss-Inquart hat sich Eckermanns *Gespräche mit Goethe* zur Lektüre erwählt, Frick liest Jelusichs Roman *Hannibal*, Sauckel einen Sammelband über die Jugend grosser Deutscher.

Frank, Kaltenbrunner und Seyss-Inquart, die drei Katholiken unter den Verurteilten, legen in ihren Zellen die Beichte ab und kommunizieren.

Gegen 22 Uhr besucht Dr. Pflücker noch einmal Göring, um ihm wie jeden Abend ein Schlafmittel zu bringen, und zwar entweder das langsam wirkende und lange anhaltende Amycal in einer blauen Kapsel oder das rasch und nur kurz wirkende Seconal in einer roten Kapsel.

«Um Göring nicht in zu tiefen Schlaf zu versetzen», berichtet Dr. Pflücker, «hatte ich am Nachmittag die blaue Kapsel entleert und mit Natrium bicarbonicum gefüllt.»

Nachdem Göring die Kapsel geschluckt hat, fragt er den Arzt, ob es Zweck habe, sich auszukleiden.

«Eine Nacht kann manchmal sehr kurz sein», gibt Pflücker ausweichend zur Antwort. '

«Es ist sicher etwas in Vorbereitung», sagt Göring. «Man sieht allerhand fremde Menschen im Gang, und es brennen auch mehr Lampen als sonst.»

Schon am Morgen hatte Göring zu Hermann Wittkamp gesagt: «Morgen werden Sie entlassen, der Friseur ist nicht mehr nötig. Meinen Rasierapparat, den Sie die ganze Zeit für uns benutzt haben, und auch den Dachshaarpinsel schenke ich Ihnen, dann weiss ich wenigstens, wer sie hat. Ich brauche das doch nicht mehr. Ich würde Ihnen auch sehr gerne meine Jagdpfeife schenken, aber das kann ich nicht. Wenn ich zum letzten Mal aus dieser Zelle gehe, dann breche ich sie kaputt und werfe sie durchs Fenster.»

Wittkamp philosophiert: «Das merkwürdige Lächeln dabei verstand ich nicht, jedoch musste mit der Pfeife etwas Besonderes verbunden sein. Als ich von seinem Selbstmord hörte, war für mich alles restlos klar: Nur in der Pfeife konnte er die Ampulle Zyankali versteckt gehabt haben.»

Hermann Göring liegt mit offenen Augen auf seiner Pritsche und schaut ins Leere. Er hat die Hände auf der Decke liegen, wie es die Vorschrift verlangt.

Es ist 22 Uhr 45.

Seit über einer halben Stunde liegt Göring so da. Der Posten starrt durch das Guckloch und gähnt. Der Mann in der Zelle gibt dem Guckauge keine Sondervorstellung. Er liegt auf seiner Pritsche, schaut geradeaus und ruht.

Nur seine Hände sind jetzt so nervös. Sie zupfen an der Decke herum, zittern, fahren hin und her, fassen das Tuch, zerren daran.

Der Posten runzelt die Stirn und schaut genauer hin.

Görings Hände haben sich in der Decke verkrampft. Das Zittern und Zucken greift jetzt auch auf die Arme über. Gleich darauf verzerrt sich das Gesicht des Gefangenen zu einer verkrampften Grimasse. Die Beine unter der Decke schlagen um sich, der Oberkörper wirft sich in ein paar Stößen hin und her, bäumt sich auf.

«Hey!»

Der Ruf des Postens knallt in die Stille des Zellenbaues. Eiserne Riegel rasseln. Schritte.

Die Tür wird aufgerissen. Der Posten und der wachhabende Offizier stürzen zu Görings Lager. Gleich darauf kommt auch der protestantische Gefängnisgeistliche, Pfarrer Gerecke, hereingeeilt.

Die Zuckungen Görings lassen nach. Sein schwerer Körper ist gekrümmt, leicht aufgerichtet und auf die Ellbogen gestützt. Der Atem röchelt unregelmässig. Schweissperlen bedecken das Gesicht des Sterbenden.

Göring ist nicht mehr zu retten. Das sehen die Männer auf den ersten Blick. Alles, was sie tun, ist eigentlich sinnlos und geschieht nur, damit überhaupt etwas geschieht.

Sie stützen Görings Kopf, täscheln seine Wangen, als handelte es sich um einen leichten Ohnmachtsanfall, bewegen ein bisschen seine Arme als Andeutung eines Wiederbelebungsversuches. Wasser wird geholt. Da kommt auch schon Dr. Pflücker.

«Haben Sie einen Herzanfall?» ruft er Göring an.

Keine Antwort.

Plötzlich, so berichtet Pflücker in seinen Erinnerungen, wird Görings Gesicht «blau wie vom Licht einer Höhensonnenlampe überflutet. Er sinkt zurück. Noch ein kurzes Röcheln, es ist aus.»

Als Oberst Andrus eintritt, gibt Göring kein Lebenszeichen mehr von sich. Der Amerikaner steckt das Papier, das er in den Händen hält, nervös in die Rocktasche seiner Uniform. Er braucht es jetzt nicht mehr. Vor einigen Minuten erst hat er es in seinem Büro der Kurierpost entnommen und sich damit auf den Weg zu Göring gemacht, um ihm den Inhalt vorzulesen. Es ist die Ablehnung des Gnadengesuchs durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin.

Das kalte Licht der Zellenlampe beleuchtet die Szene.

Der Chef-Sicherheitsoffizier wartet nur noch das Urteil des Arztes ab. Natürlich würde er am liebsten sofort mit der Untersuchung des

Falles beginnen, aber er weiss, dass in knapp drei Stunden die Hinrichtungen stattfinden sollen, und da hat er keine Zeit mehr, jetzt auch noch den Kriminalisten zu spielen. Er braucht jede Minute, um sich zu überlegen, was er seinen Vorgesetzten, dem Gericht und der Presse sagen soll.

Dr. Pflücker macht inzwischen seine Untersuchungen. Er nimmt Görings Handgelenk und ertastet noch einen dünnen, fadenförmigen Puls. Er beugt sich über das Herz, hört aber nichts mehr. Auch die Pupillen bleiben reglos. Der Cornealreflex ist erloschen. Langsam richtet sich der Arzt auf.

«Dieser Mann ist tot», sagt er nur.

«Danke, Doktor», murmelt Oberst Andrus. «Er hat Gift geschluckt, nicht wahr?»

«Ja, vermutlich Zyankali.»

«Hier», sagt der Sergeant und reicht Andrus eine kleine Messingpatrone, die er vom Fussboden der Zelle aufgelesen hat. Es ist die Hülle, in der sich die Phiole mit dem Gift befunden hat. Dr. Pflücker hatte sie zuvor schon unter der linken Hand Görings entdeckt.

Später werden von dem amerikanischen Gefängnisarzt Dr. Martin in der Mundhöhle des Toten die Glassplitter der Ampulle gefunden.

Wie kam Göring in den Besitz des Giftes? Wo hatte er es verborgen? Wie konnte er es unbemerkt zu sich nehmen?

Amerikanische Kriminalpolizei und CIC machen sich tags darauf an die Arbeit. Die letzte der Fragen wird schon nach wenigen Tagen zu den Akten gelegt – sie konnte einfach nicht geklärt werden. Der Wachposten mit seinem Auge am Guckloch hatte nichts gesehen, und dabei blieb es. Irgendwelche anderen Zeugen oder Hinweise konnte es nicht geben.

Wo hatte Göring das Gift verborgen? Auch dieses Geheimnis hat der Tote mit sich genommen. Bei den regelmässigen oder unverhofften Kontrollen war niemals etwas Verdächtiges bemerkt worden. Kleidungsstücke und andere Habseligkeiten des ehemaligen Reichsmarschalls wiesen keine Spuren auf. Auch am oder im Körper des Gefangenen war bei den ärztlichen Untersuchungen nichts zu finden gewesen.

Nach dem Sicherheitssystem, das Andrus aufgebaut hatte, war es einfach undenkbar, dass ein Gefangener im Nürnberger Zellenbau auch nur einen Stecknadelkopf besitzen konnte, der nicht sofort entdeckt worden wäre.

Dachte man!

Nach der Hinrichtung kam das grosse Reinemachen in den Gefängniszellen. Oberst Andrus erstarrte, als ihm die Gegenstände gemeldet wurden, die man nun dort fand – aber er war Manns genug,

die peinliche Angelegenheit nicht zu unterdrücken. Obwohl er seinen eigenen Sicherheitsmethoden damit ein schlechtes Zeugnis ausstellte, gab Andrus, der heute im Staat Washington lebt, der ausländischen Presse eine genaue Schilderung.

1. In der Zelle Constantin von Neuraths wurde eine stählerne Holzschraube gefunden. Mit ihrer Spitze hätte sich der Gefangene ohne Weiteres die Pulsadern öffnen können. Sie war gross genug, um auch beim Verschlucken lebensbedrohend zu wirken.

2. In der Zelle Joachim von Ribbentrops entdeckten die Säuberer eine Glasflasche. Ihre Scherben und Splitter wären für einen Selbstmord ebenfalls glänzend geeignet gewesen.

3. In der Zelle Wilhelm Keitel's fand man eine grosse Sicherheitsnadel, die sorgfältig in einem Hemd versteckt war. Ausserdem hatte dieser Gefangene vier Schraubenmuttern, zwei scharfkantige Metallbolzen und ein messerartiges Stück Stahlband unter der Falte seines Uniformkragens verborgen.

4. In der Zelle des freigesprochenen Hjalmar Schacht fand sich ein Strick von einem Meter Länge, stark genug, um sich daran aufzuhängen. Der einstige Reichsbankpräsident hatte überdies noch zehn Büroklammern gesammelt und sorgfältig versteckt geheilt.

5. In der Zelle Alfred Jodls entdeckte man ein dreissig Zentimeter langes Stück Draht, mehrere spitze Bleistifte und einen auseinandergenommenen Drehstift.

6. In der Zelle von Karl Dönitz wurden fünf aneinandergeknapfte Schuhbänder gefunden.

7. In der Zelle Fritz Sauckels kam beim Säubern ein abgebrochener, scharfkantiger Löffel zutage.

Alles zusammen ein ganzes Arsenal von gut geeigneten Selbstmordwerkzeugen. Nach diesen niederschmetternden Enthüllungen gibt die amerikanische Untersuchungsgruppe auch die Frage Nummer zwei auf: wo Göring das Gift verborgen gehalten haben mochte. Es war nun klar, dass es dafür offenbar Dutzende von Möglichkeiten gegeben hatte; man brauchte nur an die Tabakspfeife zu denken.

Die erste und wichtigste Frage: wie kam Göring in den Besitz des Giftes, blieb allein im Mittelpunkt der Nachforschungen. Wie uns der Ankläger Dr. Robert Kempner berichtet, hat Göring an den Gefängniskommandanten Oberst Andrus unmittelbar vor seinem Tode einen Brief geschrieben. Danach habe er drei Giftkapseln besessen. Eine habe er freiwillig im Lager Mondorf den Wachen ausgehändigt, die beiden anderen habe er ständig in seiner Nürnberger Zelle beziehungsweise in seinem Schaftstiefel gehabt.

Dr. Kempner bezweifelt die Richtigkeit dieser Angaben. Tatsächlich hat die Witwe Emmy Göring später in einem Brief an Andrus

erklärt, sie wüsste genau, woher ihr Mann die Giftkapseln hatte. Sie habe ihn bei ihren Besuchen mit einem Codewort ständig gefragt, ob er sie noch habe. Wer das Gift ihrem Mann gegeben hatte, wollte sie nicht sagen.

Warum Göring Gift nahm, hat er selbst in einem Brief erklärt, dessen Kopie Dr. Kempner besitzt: «Erschiessen hätte ich mich ohne Weiteres lassen. Es ist aber nicht möglich, den deutschen Reichsmarschall durch den Strang zu richten! Das kann ich um Deutschlands willen nicht zulassen.»

Zwei Menschen haben für sich später in Anspruch genommen, Göring das Gift heimlich zugesteckt zu haben: der österreichische Journalist Petermartin Bleibtreu und der einstige SS-General Erich von dem Bach-Zelewski, der 1962 zu lebenslangem Gefängnis verurteilt wurde und am 8. März 1972 gestorben ist.

Bleibtreus abenteuerlicher Bericht, wie er als Reporter in den leeren Gerichtssaal schlich und die Zyankali-Ampulle mit einem Stück Kaugummi an der Brüstung der Anklagebank vor Görings Sitz anheftete, ist bei näherer Untersuchung als Phantasiegebilde zerstoßen.

Ernster zu nehmen ist Bach-Zelewskis Behauptung. Schon während der Untersuchungshaft vor Beginn des Prozesses will der einstige Chef des Bandenbekämpfungswesens Göring bei einer Begegnung im Korridor des Gefängnisses das Gift in einem Stück Seife zugespielt haben. Wie Bach-Zelewski erzählt, hat er Wochen zuvor damit begonnen, bei jeder Begegnung mit Göring auf dem Weg von oder zu einer Vernehmung ihn umständlich zu begrüßen und ihm alle möglichen grotesken Ehrenbezeichnungen zu erweisen, um den Posten ein heiteres Schauspiel zu bieten und ihre Aufmerksamkeit einzuschläfern. In diesem Possenspiel, so berichtete Bach-Zelewski den Verfassern, war es ihm schliesslich möglich, Göring auch einmal die Hand zu schütteln, obwohl das sonst streng verboten war. Bei dieser Gelegenheit habe das Gift schliesslich seinen Besitzer gewechselt.

Gewiss, auch Bach-Zelewskis Bericht klingt abenteuerlich genug. Doch im Jahre 1951 liefert er den Amerikanern eine zweite Giftampulle ab. Das Glas wird untersucht und mit den sorgfältig aufbewahrten Splittern verglichen, die Dr. Martin 1946 aus Görings Mundhöhle geholt hatte.

«Diese Ampulle ist echt», stellen die Kriminalisten fest. «Das Glas ist identisch mit dem Glas, das bei Göring gefunden wurde. Es ist Glas aus derselben Fabrikationsserie.» Und der amerikanische Staatsanwalt in Ansbach, William D. Canfield, bestätigt Bach-Zelewski: «Ich bin jetzt geneigt, zu glauben, dass Ihre Erzählung stimmt.»

Damit ist das Rätsel um Görings Selbstmord gelöst – zumindest mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit.

In Nürnberg, am 15. Oktober 1946, sind alle diese Dinge noch offen. Beinahe jeder gerät in Verdacht, den Angeklagten Nr. 1 vor dem Galgen gerettet zu haben. Andrus selbst fürchtet Rückwirkungen auf seine militärische Laufbahn, und schliesslich wird das sensationelle Ereignis auf der ganzen Welt wie eine Bombe einschlagen und die Nachricht von den eigentlichen Hinrichtungen von der ersten Seite der Zeitungen verdrängen.

Doch Görings Selbstmord, so sehr er auch die Sicherheits- und Gefängnisbehörden in diesen letzten Minuten durcheinanderbringt, ändert doch nichts an dem genau ausgearbeiteten Hinrichtungsplan. Kurz vor ein Uhr morgens, am 16. Oktober 1946, klirren die Riegel an Ribbentrops Zelle.

«Ich vertraue auf das Blut des Lammes, das der Welt Sünden trägt», sagt Ribbentrop mit geschlossenen Augen.

Zwei amerikanische Militärpolizisten mit weissem Koppelzeug und silbernen Stahlhelmen nehmen ihn in die Mitte. Der Weg führt hinüber, zum Hof, zur Turnhalle.

In dem strahlend hell erleuchteten Raum stehen drei schwarz angestrichene Gerüste. Dreizehn hölzerne Stufen führen zu den Plattformen hinauf, über denen die Galgen aufragen. Mit den sachlichen Worten des Arztes Dr. Pflücker gesagt: «Der Delinquent tritt auf eine Falltüre, die nach Anlegung des Stranges geöffnet wird; der Delinquent fällt ein Stockwerk tief. Das untere Stockwerk des Galgens ist mit Tuch verhängt, so dass die Vorgänge verborgen bleiben. Zwei amerikanische Ärzte überwachen hier die Gehängten und stellen den Tod fest.

Dabei muss erwähnt werden», setzt Dr. Pflücker hinzu, «dass der Tod beim Hängen nicht sofort eintritt, wohl aber Bewusstlosigkeit, ein Trost, den ich allen Delinquenten vorher geben konnte.»

Alles soll schnell gehen. Im Dunkeln bleiben die Gesichter der wenigen Zeugen: vier alliierte Generale, Oberst Andrus, acht ausgewählte Pressevertreter, der bayerische Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner, den man als «Zeugen für das deutsche Volk» eilig nach Nürnberg geholt hat. Der Geruch von Whisky, Nescafé und Virginiazigaretten liegt über der Szene.

Alles soll schnell gehen. Master-Sergeant John C. Woods aus San Antonio, Texas, the US-Handman – der amerikanische Scharfrichter – hat zwei Assistenten. Jeder Verurteilte wird hereingeführt, bekommt mit schwarzen Schuhriemen die Hände auf den Rücken gebunden, muss die Stufen des Gerüsts hinaufsteigen, immer links und rechts von einem Militärpolizisten am Arm geführt. Scharfrichter

Woods nahm ein makabres Ende. Er starb 1951, als er einen Kurzschluss in seinem Haus reparieren wollte durch den elektrischen Strom.

Alles soll schnell gehen. Ein paar Sekunden bleiben noch für geistlichen Zuspruch, für letzte Worte. Dann hüllt die schwarze Kappe die Welt für den Delinquenten in Finsternis. Woods zieht die Schlinge über den Kopf. Gleich darauf öffnet sich polternd die Klappe unter den Füßen.

Um 1 Uhr 01 wird Ribbentrop in die Turnhalle geführt.

Alles soll schnell gehen. Die Gehilfen des Henkers binden Ribbentrops Hände. Er wird aufgefordert, laut seinen Namen zu nennen. Dann sagt er:

«Gott schütze Deutschland! Mein letzter Wunsch ist es, dass Deutschlands Einheit erhalten bleibe und dass zwischen Ost und West eine Verständigung hierüber erzielt werde.»

Die schwarze Kapuze.

Die Klappe.

Die Journalisten, die keinen Einlass bekommen haben und nun heimlich hinter den Dachlukendesjustizpalastes kauern, von wo sie wenigstens den Hof und die Eingangstür zur Turnhalle sehen können, hören das dumpfe Poltern der Falltür. Es ist genau 1 Uhr 14.

Das Tor öffnet sich, ein schmaler, greller Lichtstreifen fällt auf den Hof. In der Nacht schimmern die silbernen Helme der Militärpolizisten. Wilhelm Keitel.

Bei den Dachlukten ist nur ein fernes, abgehacktes Rufen zu hören, dann das entsetzliche Geräusch der Bodenklappe.

«Ich bitte den Allmächtigen, dem deutschen Volke gnädig zu sein», sind Keitels letzte Worte. «Alles für Deutschland! Ich danke Ihnen.»

«Alles für Deutschland!» ist auch Kaltenbrunners letzter Ausruf.

Alfred Rosenberg nennt nur seinen Namen. Dem Geistlichen, der ihn fragt, ob er für ihn beten soll, gibt er mürrisch zur Antwort: «Nein, danke.»

Draussen hört man das Poltern der Falltür. Wieder fällt der grelle Lichtschein auf den Hof, wieder zeigt der Schimmer der silbernen Helme den Weg des nächsten Delinquenten. Frick.

Schweigen. Das Geräusch der Falltür.

Der nächste. Hans Frank.

«Ich bin dankbar für das milde Urteil, das ich empfangen habe», sagt Frank. «Ich bitte Gott, mich gnädig aufzunehmen.»

Das Poltern.

Der grelle Lichtschein fällt aus der Tür. Die zwei Soldaten erscheinen. In ihrer Mitte schleppen sie mehr, als sie ihn führen, einen Mann in langen weissen Unterhosen. Streicher hat sich geweigert,

sich anzukleiden, er weigert sich, mit eigenen Füßen diesen letzten Gang zu tun. Ununterbrochen gellt seine Stimme über den Hof:

«Heil Hitler! Heil Hitler! Heil Hitler! Heil. ...»

«Heil Hitler!» ist sein letzter Ausruf, noch in den Dachluken des Justizpalastes zu hören und schon halb verschlungen vom nachfolgenden Rumpeln der Todesfälle.

Fritz Sauckel, der nächste, klammert sich noch unter dem Gerüst an den angeblichen Übersetzungsfehler und ruft:

«Meine Achtung gehört den amerikanischen Offizieren und Soldaten, aber nicht der amerikanischen Justiz!»

Noch zweimal nach Sauckels Hinrichtung poltert die Falltür: Jodl und Seyss-Inquart. Um genau 2 Uhr 45 ist der letzte Akt des Dramas abgeschlossen. Um 2 Uhr 57 erklären die Ärzte, dass der Tod auch bei Seyss-Inquart eingetreten ist.

«Die meisten versuchten Mut zu zeigen», berichtet Kingsbury Smith von der Nachrichtenagentur International News Service, der als Vertreter der amerikanischen Presse den Hinrichtungen beiwohnte. «Keiner brach zusammen.»

Zwölf Minuten nach der Todeserklärung für Seyss-Inquart, um 3 Uhr 09, wird der tote Göring auf einer Trage ebenfalls in die Turnhalle gebracht. Sein Körper wird an den Anfang der Reihe der Hingerichteten zu Füßen der Galgen niedergelegt. Es ist ein symbolischer Akt.

Die letzte Aufgabe bleibt einem Fotografen der amerikanischen Armee. Er muss jeden der Toten zweimal fotografieren, einmal bekleidet, so wie sie vom Galgen genommen wurden, und einmal nackt. Es sind Bilder, die den Stempel *Top Secret*-höchste Geheimhaltungsstufe – bekommen, und sie sollen für die nächsten Jahrzehnte in den Geheimarchiven bleiben, bis sie nur noch für den Historiker von Interesse sind.

Trotzdem konnte eine grosse amerikanische Zeitschrift Bilder der Hingerichteten bald nach der Vollstreckung der Urteile veröffentlichen. Sie haben dadurch eine millionenfache Verbreitung gefunden, sie sind auch in Deutschland von allen möglichen Interessenten tausendmal reproduziert worden und haben natürlich auch auf dem Schreibtisch der Verfasser gelegen.

Sie werden von uns nicht gezeigt.

Einige der Toten weisen blutende Verletzungen auf, die ihnen einen schauerlichen Anblick geben. Eine Erklärung soll hier durch den deutschen Arzt Dr. Pflücker erfolgen, der in seinen Erinnerungen schreibt: «Es hat keiner unnötig gelitten, und niemand hat äussere Verletzungen davongetragen ausser Frick, der immer eine Neigung zu hastigen Bewegungen hatte und beim Öffnen der Falltür wohl eine Bewegung nach hinten machte, so dass er auf den Rand

des Falltürrahmens aufschlug und eine Verletzung am Nacken erlitt.» Pflückers Erklärung trifft nach den Aussagen von Hinrichtungszeugen zu, nur hat er sich in einem Punkt geirrt: nicht nur Frick hat sich beim Fall verletzt, auch einige andere Delinquenten erlitten Aufschürfungen an Nase und Stirn, weil die Öffnung der Falltüren zu klein war. Das erklärt die blutenden Stellen.

Punkt vier Uhr morgens halten zwei amerikanische Armeelastwagen vor der Turnhalle des Nürnberger Justizpalastes. Die Fahrzeuge sind von einem Jeep und einer Limousine mit aufmontierten Maschinengewehren eskortiert. Ein amerikanischer und ein französischer General führen das Kommando.

Elf sargartige Kisten werden aufgeladen..

Mit heulenden Motoren wenden die Wagen im Hof, rollen auf die Strasse hinaus, schlagen die Richtung nach Fürth ein. Eine Schlange Privatautos hängt sich an, vollgepackt mit Presseleuten aus der ganzen Welt. In halsbrecherischer Fahrt geht es bis Erlangen. Dort stoppt die Kolonne.

Der Jeep mit dem Maschinengewehr wird hinter die beiden Lastwagen gesetzt, und ein amerikanischer Offizier erklärt den Journalisten, dass jede weitere Verfolgung von jetzt ab lebensgefährlich sein würde. Dann verschwinden die Wagen im Morgennebel – «wahrscheinlich zum Flugplatz Erlangen zum Weitertransport nach Berlin», vermuten die zurückbleibenden Korrespondenten.

Die Wahrheit ist erst viele Jahre später durchgesickert. Die Leichen wurden auf Umwegen nach München gebracht und noch am gleichen Tag im Krematorium des Ostfriedhofs eingäschert. Die amerikanische Militärregierung hatte selbst die Leitung des Krematoriums übernommen, die zwei deutschen Angestellten, auf die man nicht verzichten konnte, wurden auf Lebenszeit durch Eid zum Schweigen verpflichtet.

Die amtliche Verlautbarung besagt in dünnen Worten, die Asche der Hingerichteten sei «in einen Fluss irgendwo in Deutschland» gestreut worden, an einer Stelle, die für alle Zeiten geheim bleiben werde, «um zu verhindern, dass irgendwann einmal ein Schrein an dieser Stelle errichtet werden könnte».

Heute kennt man den Fluss – die Isar – und kennt man die Stelle. Aber einen Schrein? Drei Jahrzehnte sind vergangen, und die Dinge sind in unbegreiflicher Ferne versunken.

«Asche ist unschuldig», schrieb die *New York Times* in jenen Tagen. «Die Asche der Schuldlosen und die Asche unaussprechlicher Verbrecher besteht aus den gleichen Elementen, verweht von den gleichen Winden, vermengt in den gleichen Wassern. Und inmitten unseres dunklen Tales müssen wir jetzt hoffen und beten für das Gedeihen einer neuen Welt.»

Mitte 1947 geht folgende Notiz durch die Presse: »Die sieben vom Internationalen Militärgericht zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilten Hauptkriegsverbrecher sind am 18. Juli in das Gefängnis in Spandau eingeliefert worden. Das Gefängnis untersteht der Aufsicht aller vier Besatzungsmächte.«

Neun Monate nach dem Urteil hat die Überführung der Gefangenen von Nürnberg nach Berlin stattgefunden. Neun Monate nach dem Urteil begann in dem düsteren Festungsgefängnis von Spandau der streng geregelte Turnus, in dem sich seither Monat für Monat Amerikaner, Briten, Franzosen und Sowjets im Wachdienst ablösen.

Spandau ist ein geschichtliches Kuriosum. Es ist der einzige Ort der Erde, an dem die Alliierten des Zweiten Weltkrieges noch so Zusammenarbeiten, als wäre seit 1945 nichts geschehen. In Spandau wird ein Urteil vollstreckt, dessen Rechtsnormen sich in den Vereinten Nationen nicht durchsetzen konnten. Aber zugleich wird Spandau bei den Mächten stillschweigend und im Hintergrund immer noch als eine Drohung betrachtet, ebenso wie bis heute keine der vier beteiligten Regierungen das Abkommen über den Internationalen Militärgerichtshof gekündigt hat. Daraus ergibt sich das zweite Kuriosum: Rein formell und juristisch betrachtet existiert das Nürnberger Gericht noch immer und könnte morgen zu einer neuen Sitzung zusammentreten. .

Spandau ist ein gespenstisches Überbleibsel jenes neuen Gebäudes der Welt, das geplant, aber nicht ausgeführt wurde und dessen Bausteine da und dort noch herumliegen.

Sechshundert Insassen kann das Gefängnis von Spandau aufnehmen. Gegenwärtig gibt es nur einen Gefangenen dort: Rudolf Hess. Millionen Mark Kosten entstehen jährlich, eine Kompanie Soldaten ist ständig in Spandau stationiert, Köche, Kellner, Küchenmädchen, Hausverwalter und Waschfrauen stehen im Dienst des Gefangenen und seiner Bewacher.

In der Wilhelmstrasse 24 – das ist die Hausnummer des Gefängnis-komplexes – ist jede Minute des Tages nach einem genauen Plan geregelt. Jeder Hauch Persönlichkeit ist ausgelöscht, und selbst die Namen, die im Nürnberger Gefängnis noch galten, sind durch Nummern ersetzt worden.

«Nummer sieben!» lautet die Anrede, wenn Rudolf Hess gemeint ist. «Nummer sieben» hat auch hinter den Mauern von Spandau durch sein eigenartiges Verhalten immer wieder von sich reden gemacht. Erst 1969 erlaubte er seiner Familie – seine Frau besitzt im Allgäu eine Pension –, dass sie ihn in Spandau besucht. Immer stärker wurde in der Öffentlichkeit der Ruf nach Begnadigung von

Rudolf Hess laut. Sein ehemaliger Verteidiger, der CSU-Landtagsabgeordnete Dr. Seidl, forderte die Entlassung des Häftlings genau so wie sein ehemaliger Ankläger Sir William Shawcross. Doch der 81jährige, der praktisch seit seinem Englandflug 1941 nicht mehr in Freiheit war, musste weiter hinter Gittern büssen, die Sowjets wollten es so. Und so galt für Hess bis zuletzt diese Ordnung:

«Die Gefangenen haben täglich, mit Ausnahme sonntags, zu arbeiten», sagen die Gefängnisregeln, und der Stundenplan kennt seit 1947 keine Ausnahmen:

6.00 Uhr	Wecken, Waschen, Ankleiden.
6.45 bis 7.30 Uhr	Frühstück.
7.30 bis 8.00 Uhr	Bettenmachen, Zellenreinigen.
8.00 bis 11.45 Uhr	Korridorreinigen und Gartenarbeiten «gemäss dem Gesundheitszustand der Gefangenen».
12.00 bis 12.30 Uhr	Mittagessen.
12.30 bis 13.00 Uhr	Zellenruhe.
13.00 bis 16.45 Uhr	Arbeitsdienst, Gartenarbeiten oder andere Beschäftigung nach Anordnung des Kommandanten.
17.00 Uhr	Abendessen.
22.00 Uhr	Nachtruhe, Licht aus.

«Montags, mittwochs und freitags», fügen die Gefängnisregeln hinzu, «werden die Gefangenen rasiert und bekommen, wenn notwendig, zwischen 13.00 und 14.00 Uhr die Haare geschnitten.»

Einmal im Monat darf Hess für eine halbe Stunde von seiner Familie besucht werden. Jede Woche darf er ihr einen Brief schreiben, 1300 Wörter lang. Hess war bis zuletzt geistig sehr rege, interessierte sich für die Beatles ebenso wie für die Raumfahrt. Als der Amerikaner Eugene Bird noch Gefängniskommandant von Spandau war, schmuggelte er gelegentlich einen Fernseher oder ein Radio für seinen prominenten Häftling ins Gefängnis. Später musste Hess auch auf diese Anregungen verzichten.

Eine von den vier Mächten festgelegte Vorschrift, deren Einzelheiten geheim sind, befasst sich mit der Frage, was zu geschehen hat, falls einer der Häftlinge im Gefängnis sterben sollte. Der nicht geheime Teil der Verfügung sagt, dass die Leiche zu einer unbekanntenen Zeit an einem unbekanntenen Ort eingäschert werden soll; die Asche selbst muss sodann von einem Flugzeug «irgendwo über dem offenen Meer» verstreut werden.

Mehrmals hat es danach ausgesehen, als müssten diese Vorschriften in Kraft treten. «Nummer drei», Hitlers einstiger Aussenminister und Reichsprotector für Böhmen und Mähren, Constantin von Neu-

rath, machte wegen seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes den Ärzten ernsthafte Sorgen. Das andere Mal war es Rudolf Hess, der mit einem seiner verschiedenen Selbstmordversuche beinahe Erfolg gehabt hätte.

Im Falle Neurath entschlossen sich die Alliierten, den Einundachtzigjährigen am 6. November 1954 zu begnadigen und aus dem Gefängnis zu entlassen, nachdem er acht von den fünfzehn Jahren seiner Strafe abgebüsst hatte. Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Konrad Adenauer schickten Glückwunschtelegramme.

Heuss gebrauchte die Formulierung: «Mit freudiger Genugtuung habe ich heute früh die Mitteilung gelesen, dass das Martyrium dieser Jahre für Sie ein Ende gefunden hat.»

Die Öffentlichkeit reagierte mit gemischten Gefühlen. Dann wuchs Gras über die Sache, und als Constantin von Neurath am 14. August 1956 auf seinem Familiengut in Enzweihingen, Württemberg, starb, gab es kaum noch ein paar Zeilen in den Blättern.

Nach dem Missgriff bei der Entlassung Neuraths wahrte die Bundesregierung Zurückhaltung, als später noch fünf andere Spandauer Gefangene entlassen wurden. Zuerst, am 26. September 1955, der neunundsiebzigjährige Erich Raeder. Er hat neun Jahre seiner lebenslänglichen Strafe verbüsst. Alter und angegriffene Gesundheit waren die Gründe für seine Begnadigung. Raeder lebte zurückgezogen in Kiel und starb am 6. November 1960. Sein Nachfolger als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Karl Dönitz, folgte ihm auch in Spandau. Am 1. Oktober 1956, kurz nach Mitternacht, pünktlich nach Verbüßung seiner zehnjährigen Gefängnisstrafe, wurde der fünfundsechzigjährige Dönitz aus dem Gefängnis entlassen. Seither lebt Dönitz in Aumühle bei Hamburg und hält sich von der Politik fern.

Ein gutes halbes Jahr später, am 16. Mai 1957, öffneten sich die Tore von Spandau für den begnadigten, schwer leidenden, sechsundsechzigjährigen Walther Funk. Er hat elf Jahre seiner lebenslänglichen Strafe verbüsst und stirbt drei Jahre später, am 31. Mai 1960, in Düsseldorf an einem Herzschlag.

Am 30. September 1966, pünktlich nach Verbüßung ihrer Strafe von 20 Jahren Haft, wurden Albert Speer und Baldur von Schirach entlassen. Speer, der heute in Heidelberg lebt, schrieb erfolgreiche Memoiren, in denen er sein Verhältnis zu Hitler selbstkritisch darlegte. Baldur von Schirach lebte bis zu seinem Tode am 8. August 1974 in Kröv an der Mosel.

Auch das Schicksal der drei freigesprochenen Nürnberger Angeklagten soll nicht unerwähnt bleiben.

Hans Fritzsche ist am 27. September 1953 in einem Kölner Kran-

kenhaus an den Folgen einer Krebsoperation gestorben. Nach seinem Freispruch in Nürnberg hatte der damalige Entnazifizierungs-Generalankläger Dr. Thomas Dehler die Öffentlichkeit aufgefordert, neues Material gegen Fritzsche einzusenden. Die Spruchkammerverhandlung begann am 27. Januar 1947 in Nürnberg, und Ankläger Bernhard Müller forderte die Einweisung Fritzsches in ein Arbeitslager für die Dauer von zehn Jahren, wobei er «bedauerte, nicht auf Todesstrafe plädieren zu können». Die Kammer erkannte auf neun Jahre Arbeitslager, aber am 25. September 1950 wurde Fritzsche aus dem Internierungslager Eichstätt entlassen. Er heiratete und arbeitete als Werbeleiter – zuletzt für das Pariser Kosmetikhaus Bandedecroux.

Franz von Papen, bald nach seiner Entlassung aus dem Justizgefängnis auf Anweisung des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Wilhelm Hoegner, unter eine Art Hausarrest gestellt, wurde am 23. Februar 1947 von der Spruchkammer Nürnberg in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht und zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt. Im Januar 1949 bezeichnete ihn ein Spruch der Berufungsinstanz nur noch als belastet, erklärte die acht Jahre für verbüsst und begnügte sich mit der Einziehung von 30'000 Mark seines Vermögens. Eine Zeitlang lebte Papen anschliessend in der Türkei. 1953 kaufte er das Gut Erlenhaus in Obersasbach, Baden, wo er am 2. Mai 1969 im Alter von 89 Jahren starb.

Hjalmar Schacht gab sich nach seinem Freispruch von Nürnberg zu einem Freund auf Schloss Katharinenhof bei Stuttgart, wo er wenige Stunden nach seiner Ankunft von der deutschen Polizei verhaftet und in das Stuttgarter Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert wurde. Vor der Spruchkammer warf ihm die Anklage im April 1947 vor: «Beteiligung an der Errichtung und Erhaltung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an deren Folgen, dem Elend, in das viele Millionen Menschen in Deutschland und in der Welt durch den Nationalsozialismus gestürzt wurden.» Der Spruch reihte ihn in die Gruppe der Hauptschuldigen ein und verurteilte ihn zu acht Jahren Arbeitslager. Im September 1948 kam es im Internierungslager Ludwigsburg zu einer Berufungsverhandlung, aus der Schacht als Entlasteter hervorging. Als Finanzberater betätigte er sich dann eine Zeitlang in Brasilien, Abessinien, Indonesien, im Iran, in Ägypten und Syrien, wurde Mitinhaber des Düsseldorfer Bankhauses Schacht & Co., Vorsitzender im Verwaltungsrat des Hamburger Druck- und Verlagshauses Broschek & Co., Mitglied der Freien Demokratischen Partei und der Deutschen China Gesellschaft. Hjalmar Schacht starb am 3. Juni 1970 mit 93 Jahren in München.

Unser Epilog über den Nürnberger Prozess wäre unvollständig,

würden wir nicht wenigstens in Stichworten über das Schicksal der Mitglieder des Gerichts und der Anklage berichten:

Sir Geoffrey Lawrence, später Lord Oaksey, Vorsitzender des Internationalen Militärgerichtshofes und Mitglied für das Vereinigte Königreich, starb am 28. August 1971 mit 90 Jahren.

Francis A. Biddle, Mitglied des Gerichtshofes für die USA, starb 82jährig am 4. Oktober 1968 als hochgeschätzter Universitätsprofessor in Washington.

Henri Donnedieu de Vabres, Mitglied des Gerichtshofes für Frankreich, starb im Jahre 1973.

Sir Hartley Shawcross, britischer Ankläger, sitzt heute im House of Lords und ist Vorsitzender des Presserats.

Sir Maxwell David Fyfe, Viscount Kilmuir, stellvertretender britischer Ankläger, war von 1954 bis 1962 Lord Hochkanzler von Grossbritannien und starb am 26. Januar 1967.

Houghwout Robert H. Jackson, amerikanischer Ankläger, starb am 9. Oktober 1954 in Washington.

Robert M. W. Kempner, amerikanischer Ankläger, führte als Nebenkläger einige grosse Prozesse für Opfer des NS-Regimes und lebt heute als Anwalt in Frankfurt.

Roman Rudenko, sowjetischer Ankläger, vierfacher Lenin-Ordensträger, machte sich als Generalstaatsanwalt einen Namen wegen seiner unbedingten Parteitreu und gehört seit 1961 dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei an.

Mehr als vierzig Jahre sind seit 1933 vergangen, fast drei Jahrzehnte seit dem Ende des Nürnberger Prozesses. Die Männer, mit denen sich das Gericht zu befassen hatte, sind fast vergessen, ihre Untaten gehören der Geschichte an.

Im Jahre 1953 traf eine frische Truppe junger britischer Soldaten zum Wachdienst im Spandauer Gefängnis ein. Der diensthabende Offizier stellte an sie die Frage: «Wissen Sie, wen Sie hier zu bewachen haben?»

Niemand antwortete.

Der Offizier schrieb die Namen der Gefangenen mit Blockbuchstaben an eine Tafel. Dann deutete er auf den ersten Namen – Rudolf Hess – und fragte:

«Weiss jemand, wer dieser Mann ist?»

Keine Antwort. Schliesslich hebt sich doch eine Hand.

«Ein Schwarzhändler, Sir?»

«Keiner der Soldaten», schreibt Jack Fishman in seinem Buch über Spandau, «Kinder dieses Krieges, in dem sie aufgewachsen waren, hatte jemals etwas von diesen Männern gehört oder wusste die Gründe, weshalb sie in Spandau eingesperrt waren.»

Dergleichen könnte entmutigen, aber auch als gutes Zeichen gewertet werden. Die Spuren, die der Nürnberger Prozess hinterlassen hat, sind jedenfalls leicht zu verfolgen.

Ein Jahr nach dem Ende des Verfahrens, am 21. November 1947, beauftragte die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Kommission für Internationales Recht, das Statut und das Urteil des Nürnberger Gerichtshofes als Grundlage für den Entwurf eines *Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit* zu nehmen. Die Kommission arbeitete vier Jahre lang, und im September 1951 legte sie ihren Bericht vor. Sie hatte sich darauf beschränkt, die Verantwortlichkeit von Einzelpersonen festzustellen, nachdem es im Nürnberger Urteil ausdrücklich hiess, «dass es Menschen und nicht abstrakte Gebilde sind, die Verbrechen begehen».

Artikel x des Entwurfs sagt daher: «Die Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit sind Verbrechen internationalen Rechts, und die Individuen, die dafür verantwortlich sind, können bestraft werden.»

Dann definiert der Entwurf: «Folgende Handlungen sind Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit:

1. Jede Angriffshandlung, darin eingeschlossen der Gebrauch bewaffneter Gewalt durch die Autoritäten eines Staates gegen einen anderen Staat zu anderen Zwecken als der legitimen nationalen oder kollektiven Verteidigung oder aber der Ausführung eines Beschlusses oder der Befolgung einer Empfehlung eines zuständigen Organs der Vereinten Nationen.

2. Jede Drohung durch die Autoritäten eines Staates, eine Aggressionshandlung gegen einen anderen Staat zu unternehmen.

3. Die Vorbereitung des Gebrauchs bewaffneter Gewalt durch Autoritäten eines Staates gegen einen anderen Staat zu anderen Zwecken als der legitimen nationalen oder kollektiven Verteidigung oder der Ausführung eines Beschlusses oder der Befolgung einer Empfehlung eines zuständigen Organs der Vereinten Nationen.

4. Das Eindringen bewaffneter Banden, die politische Zwecke verfolgen, in das Gebiet eines anderen Staates.

5. Das Begehen oder die Ermutigung von Machenschaften durch die Autoritäten eines Staates, die darauf gerichtet sind, den Bürgerkrieg in einem anderen Staat anzustiften.

6. Das Begehen oder die Ermutigung terroristischer Aktionen durch die Autoritäten eines Staates in einem anderen Staat oder die Duldung organisierter Machenschaften durch die Autoritäten eines Staates, die darauf gerichtet sind, terroristische Akte in einem anderen Staat vorzubereiten.

7. Handlungen, die durch die Autoritäten eines Staates in Verlet-



Zellengang im Nürnberger Stadtgefängnis, ganz rechts die Zellen von Göring und Hess.

Das Gefängnis von Spandau: Hier verbüßten die Häftlinge ihre Strafe.





Der letzte der Spandauer Häftlinge, Rudolf Hess, beim täglichen Spaziergang.

Dieses Foto, mit Teleobjektiv geschossen, aus dem Jahre 1956 zeigt die Häftlinge Dönitz, Neurath und Speer (von links) bei der Gartenarbeit in Spandau.



zung der Verpflichtungen unternommen werden, die diesem Staat auf Grund eines Vertrages obliegen, der dazu bestimmt ist, internationalen Frieden und Sicherheit zu gewährleisten, und zwar durch Verminderung oder Begrenzung von Rüstungen, der militärischen Vorbereitung oder von Befestigungen oder andere Beschränkungen gleicher Natur.

8. Handlungen der Autoritäten eines Staates, die auf die Annexion eines Territoriums, das einem anderen Staat gehört, oder eines Territoriums, das einem internationalen Regime unterstellt ist, hinzuliegen.

9. Handlungen, die durch die Autoritäten, eines Staates oder durch Einzelpersonen in der Absicht unternommen werden, eine nationale, völkische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten, darin eingeschlossen: a) die Ermordung der Mitglieder einer Gruppe; b) die schwere Verletzung der physischen oder geistigen Integrität der Mitglieder einer Gruppe; c) die absichtliche Unterwerfung einer Gruppe unter Lebensbedingungen, die deren totale oder teilweise physische Vernichtung nach sich ziehen soll; d) Massnahmen, die darauf gerichtet sind, die Geburten innerhalb einer Gruppe zu hemmen; f) der gewaltsame Transport der Kinder einer Gruppe zu einer anderen Gruppe.

10. Unmenschliche Handlungen, die durch die Autoritäten eines Staates oder durch Einzelpersonen gegen Elemente der Bevölkerung unternommen werden, sowie die Ermordung, Austilgung, Versklavung, Deportation oder Verfolgung aus politischen, rassischen, religiösen oder kulturellen Motiven.

11. Handlungen, die in Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges begangen werden.

12. Handlungen, die ein Komplott, eine Anstiftung, einen Versuch oder die Teilnahme in Bezug auf irgendeines der Verbrechen darstellen, die in den vorstehenden Paragraphen definiert sind.»

Artikel j des Entwurfes sagt: «Der Umstand, dass der Täter in seiner Eigenschaft als Chef des Staates oder der Regierung gehandelt hat, entlastet ihn nicht von der Verantwortlichkeit, eines der im vorliegenden Kodex definierten Verbrechen begangen zu haben.»

Artikel 4: «Der Umstand, dass eine Person, die eines Verbrechens, das im vorliegenden Kodex definiert wird, angeklagt ist, im Auftrage ihrer Regierung oder einer höheren Hierarchie gehandelt hat, befreit sie nach internationalem Recht nicht von ihrer Verantwortlichkeit, wenn sie moralisch die Möglichkeit einer Wahl besass.»

Artikel 5: «Die Strafen für alle im vorliegenden Kodex definierten Verbrechen werden durch den Gerichtshof, der für die Verurteilung des Angeklagten zuständig ist, nach Massgabe der Schwere des Verbrechens festgesetzt werden.»

Obwohl die Gedankengänge dieses Entwurfes heute so aktuell

sind wie je, ist die Konvention niemals zustande gekommen. Bei der Beratung über die Errichtung eines Internationalen Kriminalgerichtshofes spiegelte sich das ganze Dilemma in den Einwänden, die einige Delegierte vorbrachten, an ihrer Spitze der Vertreter Grossbritanniens, Sir Frank Soskice. In einer Presseverlautbarung der Vereinten Nationen heisst es darüber:

«Hierbei wurde auf die grundlegende Verschiedenartigkeit des Strafrechts und der Strafprozessordnung in den einzelnen Ländern hingewiesen, so dass der Angeklagte mitunter Rechtsnormen unterworfen würde, die in seinem Heimatland unbekannt oder gar rechtswidrig sind, sowie auf die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, den Angeklagten gegebenenfalls mit Anwendung von Gewalt und gegen den Willen seines Heimatlandes vor den Gerichtshof zu bringen und das Urteil zu exekutieren.»

Trotzdem wurde noch im Januar 1952 in den Vereinten Nationen versucht, den Grundsätzen von Nürnberg Allgemeingültigkeit zu verleihen, vor allem aber den Begriff der Aggression näher zu definieren. Ein Ausschuss zum Studium dieser Frage kam zu dem Schluss, «dass eine befriedigende und erschöpfende Definition nicht möglich sei». Die Vollversammlung bestand aber am 31. Januar 1952 darauf, eine Definition dennoch zu versuchen, erstaunlicherweise mit den Stimmen der Sowjetunion und des Ostblocks gegen die Stimmen der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens.

Doch 1957 vertagte sich die Kommission endgültig und erklärte in ihrem Schlusskommuniqué, «die gegenwärtige Zeit mit ihren starken und zahlreichen Spannungen sei für die Regelung dieser Frage nicht geeignet». Mit anderen Worten: Man kann kein Gesetz gegen den Diebstahl machen, da es zu viele mutmassliche und praktizierende Diebe gibt.

Unter diesen Gesichtspunkten sind auch alle Beschlüsse unwirksam geblieben und schon von Anfang an nur Papier gewesen, die in den Vereinten Nationen wirklich zustande kamen. Am 3. November 1947 zum Beispiel hatte die Vollversammlung beschlossen, «jede Propaganda zu verurteilen, die dazu provozieren oder ermutigen könnte, den Frieden zu bedrohen und zu brechen oder eine Aggression zu begehen». Im November 1949 haben die Vereinten Nationen in einer Resolution die Regierungen «eingeladen, sich jeder Drohung oder des Gebrauchs von Gewalt zu enthalten und jede Drohung oder Handlung zu unterlassen, die direkt oder indirekt die Freiheit, Unabhängigkeit oder Integrität eines Staates beeinträchtigen könnte». Ferner wurden die Völker «eingeladen, internationale Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen und an einem System mitzuarbeiten, durch welches ein wirksames Verbot der Atomwaffen sichergestellt würde».

Eine der klarsten Auswirkungen des Nürnberger Prozesses stellt der am 9. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen gefasste Beschluss gegen den Gruppenmord dar. Diese internationale Konvention, am 9. Mai 1954 auch von der Sowjetunion ratifiziert, verbietet alle Handlungen, «die darauf abzielen, eine nationale, völkische, rassische, religiöse oder politische Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten».

Allerdings: die Konvention enthält keine Strafbestimmungen, und es ist, wie in anderen Fällen, nicht ersichtlich, wie es möglich sein sollte, «den Angeklagten gegebenenfalls mit Anwendung von Gewalt und gegen den Willen seines Heimatlandes vor den Gerichtshof zu bringen und das Urteil zu exekutieren».

«Eine Parallele mit dem Nürnberger Gerichtshof zu ziehen, ist verfehlt», stellt die internationale Rechtskommission der Vereinten Nationen 1951 fest, «da dieser unter Okkupationsrecht nahezu ebenso funktionieren konnte wie ein nationales Gericht.»

So ist alles Stückwerk und unvollendet geblieben: ein Beschluss der Vollversammlung vom 28. November 1953 – mit vierzig gegen fünf Stimmen des Sowjetblocks –, wonach die «Abschaffung aller Systeme der Zwangsarbeit oder korrektiven Arbeit» geregelt wird, «ob sie nun als Mittel politischen Zwangs oder als Strafe für den Besitz oder den Ausdruck politischer Anschauungen oder aber in einem solchen Masse angewendet wird, dass sie ein bedeutsames Element in der Wirtschaft des betreffenden Landes darstellt». Und sicher ist Stückwerk auch nur, was das Internationale Rote Kreuz in Genf angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel in vier neuen Konventionen zusammenfassen konnte:

Verbesserung des Loses von Verwundeten und Kranken, bessere Behandlung von Kriegsgefangenen, wobei auch Partisanen unter gewissen Voraussetzungen der Schutz der Konvention zuerkannt wird, und die Bestimmung, dass Kriegsgefangene nach Beendigung der Feindseligkeiten ohne Verzug heimgeschafft werden müssen. Die vierte Konvention befasst sich mit dem «Schutz der Zivilbevölkerung im Kriege». Danach ist die Bildung von Schutz- und Neutralitätszonen vorgesehen, die vom Kampfgeschehen isoliert werden sollen.

«Zivilpersonen im Feindesland», heisst es da unter anderem, «haben das Recht, das feindliche Land zu verlassen, wenn nicht Sicherheitsgründe entgegenstehen. Wer das feindliche Land nicht verlässt, soll unter den gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen leben wie die betreffenden Staatsangehörigen. Internierung nur in Ausnahmefällen. Sie darf nicht den Charakter einer Bestrafung haben.» Und weiter: «Zivilpersonen im besetzten Gebiet sollen nach Möglichkeit in ihren normalen Lebensbedingungen bleiben. Deportationen und

Umsiedlungen ohne Rücksicht auf Beweggründe sind verboten. Die Besatzungsmacht ist verantwortlich für die Versorgung der Zivilbevölkerung. Keine Anwerbung von Arbeitern unter 18 Jahren.»

Die Konvention wurde am 24. April 1954 auch von der Sowjetunion ratifiziert.

Die Unzulänglichkeit alles dessen, was erreicht worden ist, kann nichts an der Tatsache ändern, dass der Prozess zumindest ein moralisches Menetekel bleibt, möge geschehen was immer, ein Grundstein, auf dem vielleicht eines Tages wirksamer und dauerhafter weitergebaut werden kann. Die Mitglieder eines amerikanischen Gnadenausschusses, David W. Peck, Frédéric A. Moran und Conrad E. Snow, definierten es am 31. Januar 1951 so:

«Die Verfahren von Nürnberg stellen fest, dass Recht und Gesetz zu jeder Zeit über jedem Menschen stehen – auch über Staatsoberhäuptern und allen, die zu ihrer Gefolgschaft gehören – und dass der Einzelne vor der Gesellschaft über seine Handlungen Rechenschaft ablegen muss.»

**DOKUMENTARISCHER
ANHANG**

ENTSCHLUSS – ANKLAGE – URTEIL

Obwohl die Versuchung gross war, aus der unglaublichen Fülle des Nürnberger Aktenmaterials eine Reihe empörender oder erschütternder Dokumente diesem Buch im Wortlaut anzufügen, haben die Verfasser davon Abstand genommen. Einmal sind die wichtigsten schon im Text selbst behandelt worden, zum anderen aber würde jede Erweiterung rasch den Rahmen des Werkes gesprengt haben.

So beschränkt sich dieser Anhang auf drei Dokumente:

1. Die *Moskauer Erklärung* vom 1. November 1943, mit der die Alliierten ihren Entschluss festlegten, Kriegsverbrecher der Achsenmächte zu bestrafen.

2. Die *Anklageschrift* «gegen Hermann Wilhelm Göring und andere». Sie umfasst in den Protokollbänden des Nürnberger Prozesses 71 Druckseiten mit rund 25'000 Wörtern. Die hier wiedergegebene Fassung folgt dem Wortlaut des Originals unter Auslassung aller Stellen, die für die heutige historische Sicht im vorliegenden Rahmen nicht wesentlich erscheinen. Sinn und Inhalt des Dokuments blieben dadurch selbstverständlich unangetastet.

3. Das *Urteil*. Hier wurde das gleiche Verfahren der Raffung angewendet, um die 223 Druckseiten des Originals mit ihren nahezu 100'000 Wörtern dem Leser vorlegen zu können. Die Zusammenfassung gibt nichtsdestoweniger ein vollständiges und getreues Bild vom Inhalt und Gedankengang der Gerichtsentscheidung.

Bei dieser Gelegenheit erscheint es schliesslich auch angebracht, einige grundsätzliche Bemerkungen darüber zu machen, in welcher Weise die Verfasser Dokumententexte, Gespräche oder Fragen und Antworten aus dem Gerichtssaal zitiert haben.

Man muss sich vor Augen halten, dass die 42 Bände der Verhandlungsniederschrift 27'104 Druckseiten umfassen. Das macht die Schwierigkeit der Auswahl verständlich. Beschränkung auf das Wesentliche, heute noch Bedeutsame, musste daher im Vordergrund stehen.

Es blieb oft kein anderer Weg, als Dokumente und wörtliche Ausführungen zu kürzen. Das ist geschehen durch Weglassen ganzer Absätze, die im Zusammenhang oder heute unwichtig sind, durch Weglassen von Nebensätzen, rhetorischen Floskeln, Abweichungen vom Thema und Weitschweifigkeiten. Schliesslich mussten ganze Komplexe am Rande völlig übergangen werden, so dass nur der Hauptstrom der politisch-historischen Ereignisse verfolgt wurde.

Bei alledem haben die Verfasser streng und nach bestem Gewissen darauf geachtet, durch das Kürzungsverfahren nichts an Sinn und Inhalt der Zitate zu verändern, vor allem aber auch die Gewichte und Akzente zwischen Anklage und Verteidigung nicht zu verschieben. Immer haben sie sich genau an den Wortlaut gehalten.

Trotzdem sind sie sich bewusst, dass ihr Verfahren, wie jedes andere, zumindest für den aufs kleinste Wort bedachten Historiker Mängel hat. Deshalb wurde versucht, durch das angefügte, in Sachgebiete gegliederte Quellenverzeichnis einen Ausgleich zu bieten. So wird es jedem tiefer

Interessierten möglich sein, die Originale aufzusuchen, wobei nicht oft genug auf die Protokollbände selbst verwiesen werden kann, die fast in jeder grossen öffentlichen Bibliothek verfügbar sind. Ihr ausführliches Sach- und Personenregister in Band xxin/xxiv macht sie jedermann leicht erschliessbar.

DIE MOSKAUER ERKLÄRUNG

(Vollständiger Text, deutsch zitiert nach Keesings Archiv der Gegenwart, Essen 1945, Abschnitt 70 G)

Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben von vielen Seiten Beweise für Greuelthaten, Massakers und kaltblütige Massenhinrichtungen erhalten, die von den Hitler-Truppen in den vielen Ländern verbrochen wurden, die sie überrannt haben und aus denen sie jetzt in stetigem Rückzug vertrieben werden.

Die Brutalitäten der Hitler-Herrschaft sind nichts Neues, und alle Völker und Gebiete unter ihrer Faust haben unter den Folgen einer Terrorherrschaft ärgster Form zu leiden gehabt. Neu ist nur, dass viele dieser Gebiete jetzt von den Armeen der Befreiungsmächte auf dem Vormarsch erlöst werden und dass die zurückweichenden Hitler-Hunnen ihre unbarmherzigen Grausamkeiten verdoppeln. Die grässlichen Verbrechen der Hitler-Scharen auf dem Gebiete der Sowjetunion, dessen Befreiung von ihnen jetzt vor sich geht, und auf französischem und italienischem Gebiet stellen gegenwärtig besonders klare Beweise dafür dar.

Die obenerwähnten drei alliierten Mächte, die im Interesse der zweiunddreissig Vereinten Nationen sprechen, erklären demgemäss feierlich und verkünden ihre hier folgende Erklärung mit allem Nachdruck:

Sobald irgendeiner Regierung, die in Deutschland eingesetzt werden sollte, ein Waffenstillstand gewährt werden wird, werden jene deutschen Offiziere und Soldaten und Mitglieder der Nazi-Partei, die für die obenerwähnten Greuelthaten, Massakers und Hinrichtungen verantwortlich sind oder an ihnen willig teilgenommen haben, in die Länder zurückgesendet werden, in denen ihre verabscheuungswürdigen Taten verübt wurden, damit sie nach den Gesetzen dieser befreiten Länder und der dort eingesetzten freien Regierungen vor Gericht gestellt und bestraft werden können.

Listen mit möglichst vielen Einzelheiten aus allen diesen Ländern werden aufgestellt werden; sie werden sich besonders auf die besetzten Gebiete der Sowjetunion, auf Polen und die Tschechoslowakei, auf Jugoslawien und Griechenland einschliesslich Kretas und anderer Inseln, auf Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Italien beziehen. Die Deutschen, die an Massenerschiessungen italienischer Offiziere oder der Hinrichtung französischer, holländischer, belgischer oder norwegischer Geiseln oder kretensischer Bauern teilnahmen oder sich an den Gemetzeln unter der Bevölkerung Polens oder in Gebieten der Sowjetunion, die derzeit vom Feinde gesäubert werden, beteiligt haben, sollen wissen, dass sie an den Schauplatz ihrer Verbrechen zurückgebracht und dass von den von ihnen aufs Schmachlichste behandelten Völkern an Ort und Stelle über sie Recht gesprochen werden wird.

Mögen sich jene, deren Hände bisher noch nicht mit dem Blut Unschuldiger befleckt sind, davor hüten, sich den Reihen der Schuldigen anzuschliessen, denn die drei alliierten Mächte werden sie mit aller Gewissheit bis in die entferntesten Schlupfwinkel der Erde verfolgen und ihren Anklägern ausliefern, damit die Gerechtigkeit ihren Lauf nehme.

Die obige Erklärung präjudiziert in keiner Weise die Fälle der Hauptkriegsverbrecher, deren Rechtsverletzungen keine bestimmte geographische Begrenzung haben; sie werden auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der Regierungen der Alliierten bestraft werden.

Moskau, den 1. November 1943

Roosevelt Churchill Stalin

ANKLAGESCHRIFT

(Nach dem Wortlaut des Originals, gekürzt)

Das Dokument beginnt mit den Worten:

«Die Vereinigten Staaten von Amerika, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich von Grossbritannien und Nordirland, und die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken erheben Anklage gegen Hermann Wilhelm Göring, Rudolf Hess, Joachim von Ribbentrop, Robert Ley, Wilhelm Keitel, Ernst Kaltenbrunner, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Wilhelm Frick, Julius Streicher, Walther Funk, Hjalmar Schacht, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur von Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Martin Bormann, Franz von Papen, Arthur Seyss-Inquart, Albert Speer, Constantin von Neurath und Hans Fritzsche, und zwar als Einzelpersonen sowie als Mitglieder folgender Gruppen und Organisationen, soweit sie ihnen angehörten: Die Reichsregierung; das Korps der Politischen Leiter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei; die Schutzstaffeln der NSDAP (allgemein bekannt als ‚SS‘) einschliesslich des Sicherheitsdienstes (allgemein bekannt als ‚SD‘); die Geheime Staatspolizei (allgemein bekannt als ‚SA‘) und der Generalstab und Oberkommando der Deutschen Wehrmacht, Angeklagte.»

Sodann werden die vier Anklagepunkte aufgeführt und eingehend erläutert. Sie enthalten im Wesentlichen folgende Beschuldigungen:

1. Verschwörung

Teilnahme als Führer, Organisatoren, Anstifter und Mittäter an der Ausarbeitung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer Verschwörung, die darauf abzielte oder mit sich brachte die Begehung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen das Kriegsrecht und gegen die Humanität. Mit allen Mitteln, gesetzlichen wie ungesetzlichen, wobei die Verschwörer auch Drohung, Gewalt und Angriffskriege erwogen, wollten sie erreichen: den Versailler Vertrag und seine Beschränkungen der militärischen Rüstungen zu vernichten sowie sich die 1918 verlorenen Gebiete und noch weitere anzueignen. Als ihre Ziele immer ungeheuerlicher wurden, planten sie ihre Angriffskriege unter Verletzung internationaler Verträge und Vereinbarungen.

Um andere Personen für die Teilnahme zu gewinnen und sich ein Höchstmass an Kontrolle über das deutsche Volk zu sichern, wurden unter anderen folgende Grundsätze aufgestellt und ausgenutzt: die Lehre vom «deutschen Blut» und von der «Herrenrasse», von der sie das Recht ableiteten, andere Rassen und Völker zu unterjochen oder auszurotten; das «Führerprinzip» mit unbegrenzter Macht der Führerschaft und bedingungslosem Gehorsam der anderen; die Lehre, dass Krieg eine edle und notwendige Beschäftigung für die Deutschen sei.

Die Verschwörer zielten darauf ab, durch Terror und mit dem gewalttätigen Heer der SA die deutsche Regierung zu untergraben und zu stürzen. Sie setzten, nachdem Hitler Reichskanzler geworden war, die freiheitlichen Artikel der Weimarer Verfassung ausser Kraft und verboten alle anderen Parteien. Sie festigten ihre Macht durch Gleichschaltung, militärische Erziehung der Jugend, Konzentrationslager, Mord, Zerstörung der Gewerkschaften, Kampf gegen die Kirchen und pazifistischen Vereinigungen, wobei sie Organisationen wie die SS, die Gestapo und andere einsetzten. Zur Verwirklichung ihrer Herrenvolklehre erhoben sie die unbarmherzige Verfolgung und Ausrottung der Juden zum Programm. **Von den 9'600'000 Juden, die in Europa unter ihrer Herrschaft lebten, sind nach vorsichtiger Schätzung 5'700'000 verschwunden.**

2. Verbrechen gegen den Frieden

Die meisten Angeklagten wirkten dabei mit, die deutsche Wirtschaft zur Ausrüstung der Militärmaschine umzustellen. Bis März 1935 betrieben sie eine geheime Aufrüstung. Sie verliessen die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund, verkündeten die Allgemeine Wehrpflicht und besetzten die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes. Sie verleibten sich Österreich und die Tschechoslowakei ein und begannen schliesslich den Angriffskrieg gegen Polen, obwohl sie wussten, dass sie damit auch mit Frankreich und Grossebritannien in Krieg geraten würden. Sodann überfielen sie Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Jugoslawien und Griechenland. Sie marschierten in die Sowjetunion ein und arbeiteten mit Italien und Japan bei dem Angriffskrieg gegen die Vereinigten Staaten zusammen.

Insgesamt wurden von ihnen dabei 36 internationale Verträge und Abmachungen 64mal verletzt oder gebrochen; sie sind in Anhang C der Anklageschrift aufgeführt. Dazu gehören unter anderen die Haager Konventionen zur friedlichen Regelung von internationalen Streitfragen von 1899 und 1907; die Haager Konvention V über die Respektierung der Rechte und Pflichten neutraler Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges von 1907; der Versailler Vertrag von 1919; der Garantievertrag von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Grossebritannien und Italien von 1925; zahlreiche Schieds- und Schlichtungsverträge Deutschlands mit benachbarten Ländern; der Pariser Briand-Kellogg-Pakt zur Verdammung des Krieges als eines Instruments der nationalen Politik von 1928; eine Reihe von Zusicherungen, Erklärungen und Nichtangriffsverträgen Deutschlands; und die Verletzung des Münchener Abkommens von 1938.

3. *Kriegsverbrecher!*

Abschnitt A dieses Anklagepunktes behandelt die Ermordung und Misshandlung der Bevölkerung von besetzten Gebieten, wobei Erschiessen, Erhängen, Vergasen, Aushungern, übermässiges Zusammenpferchen, planmässige Unterernährung, systematische Überarbeitung, unzureichende Hygiene, Prügel, Folter und Experimente hervorgehoben werden. Hinzu kommen Massenmord an Gruppen bestimmter Rasse oder Nationalität, Verhaftung und Freiheitsentzug ohne Gerichtsverfahren sowie unmenschliche Haft in Konzentrationslagern. Die nachfolgenden Einzelheiten sind nur Beispiele aus der Fülle des Materials:

In Frankreich kam es zu Massenverhaftungen, denen Martern folgten wie Eintauchen in eiskaltes Wasser, Erstickung, Ausrenken von Gliedern und Benutzung von Folterwerkzeugen wie des eisernen Helms und elektrischen Stroms. In Nizza wurden im Juli 1944 die Gefolterten zur Schau gestellt. Von 228'000 Franzosen, die in Konzentrationslager gebracht wurden, gab es nur 28'000 Überlebende. In Oradour-sur-Glane wurde die gesamte Ortsbevölkerung erschossen oder lebendig in der Kirche verbrannt. Unzählige Morde und Grausamkeiten wurden in Italien, Griechenland, Jugoslawien und in den nördlichen und östlichen Gebieten begangen. In Polen und in der Sowjetunion gehen die Zahlen in die Millionen. **Etwas 1'500'000 Menschen wurden in Maidanek, ungefähr 4'000'000 in Auschwitz umgebracht.** Im Lager von Ganow, wo 200'000 Menschen ermordet wurden, kam es zu ausgeklügelten Grausamkeiten wie Bauchaufschlitzen und Erfrierenlassen in Wasserfässern. Massenerschiessungen fanden unter Musikbegleitung statt. Im Gebiet von Smolensk wurden mehr als 135'000 Menschen ermordet, im Gebiet von Leningrad 172'000, im Gebiet von Stalingrad 40'000. In Stalingrad selbst wurden nach der Vertreibung der Deutschen über tausend verstümmelte Leichen von Ortsbewohnern gefunden, die Foltermaie aufwiesen, darunter 139 Frauen, denen die Arme in schmerzhafter Weise nach hinten gebogen und mit Draht zusammengeschnürt waren; einigen waren die Brüste abgeschnitten worden, auf den Leichen der Männer war der fünfzackige Judenstern mit einem Eisen eingebrennt oder mit einem Messer ausgeschnitten, einigen war der Bauch aufgeschlitzt. In der Krim wurden 144'000 Menschen auf Lastkähne getrieben, aufs Meer gefahren und ertränkt. In Babi Jar bei Kiew wurden über 100'000 Männer, Frauen, Kinder und Greise ermordet, in Kiew selbst 195'000, im Gebiet von Rowno über 100'000, im Gebiet von Odessa 200'000, in Charkow etwa 195'000 erschossen, zu Tode gefoltert oder vergast. In Dnjepropetrowsk wurden 11'000 Frauen, Greise und Kinder erschossen oder lebendig in eine Schlucht geworfen. Mit den Erwachsenen rotteten die Nazi-Verschwörer unbarmherzig auch die Kinder aus. Sie töteten sie in Kinderheimen und Krankenhäusern, begruben sie bei lebendigem Leibe, warfen sie ins Feuer, erstachen sie mit Bajonetten, vergifteten sie, führten Experimente an ihnen aus, zapften ihnen Blut zum Gebrauch in der deutschen Armee ab und warfen sie in Konzentrationslager, wo sie durch Hunger, Folter und Seuchen ums Leben kamen. Im Lager Janow in Lemberg töteten die Deutschen 8'000 Kinder in zwei Monaten.

Abschnitt B des dritten Anklagepunktes befasst sich mit der Deportation von Millionen Menschen aus den besetzten Gebieten zur Sklavenarbeit und

für andere Zwecke, wobei viele wegen der schrecklichen Verhältnisse schon auf den Transporten starben. Als Beispiele werden unter anderen Belgien angegeben, von wo 190'000 Menschen nach Deutschland verschleppt wurden, die Sowjetunion mit 4'978'000 und die Tschechoslowakei mit 750'000 Deportierten.

Abschnitt C gilt Mord und Misshandlungen an Kriegsgefangenen, wobei ebenfalls wieder viele Beispiele aufgeführt werden, zu denen unmenschliche Märsche, Prügel, Hunger, Vergasungen, Foltern, Fesselungen und Erschiesungen gehören. Unter anderem wird hier auch der umstrittene Massenmord von Katyn mit den Worten erwähnt: «Im September 1941 wurden 11'000 kriegsgefangene polnische Offiziere im Katyn-Walde in der Nähe von Smolensk getötet.»

Abschnitt D stellt fest, dass die Angeklagten im Laufe ihrer Angriffskriege in den von den deutschen Streitkräften besetzten Ländern dazu übergingen, in weitem Masse Geiseln aus der Zivilbevölkerung herauszugreifen und zu töten, besonders in Frankreich, Holland und Belgien. In Krajlevo, Jugoslawien, wurden einmal 5'000 Geiseln erschossen.

Abschnitt E betrifft die Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums. Dazu gehörte es, den Lebensstandard der Bevölkerung in den besetzten Gebieten durch Abtransport von Nahrungsmitteln herabzusetzen und Hungersnöte hervorzurufen, Rohstoffe und Maschinen fortzuschaffen, Geschäftsunternehmungen und industrielle Anlagen zu beschlagnahmen sowie Eigentümer zu zwingen, ihren Besitz «freiwillig» abzutreten. Ferner wurden der Wert der Landeswährungen herabgesetzt, hohe Besatzungssteuern auferlegt, Ländereien für deutsche Siedlungszwecke enteignet, ganze Industriestädte zerstört, Kulturstätten und wissenschaftliche Institute vernichtet, Museen und Galerien geplündert. Frankreich wurden dabei Werte in Höhe von 1'337 Milliarden Francs entzogen. Die Sowjetunion nennt ebenfalls enorme Zerstörungen und Ausbeutungen, darunter 1710 Städte und 70'000 Dörfer, die von den Deutschen zerstört oder schwer beschädigt wurden, was 25 Millionen Menschen obdachlos machte. Ferner hebt die Sowjetunion hervor, dass die Deutschen Gut und Museum Leo Tolstois zerstörten, das Grab des grossen Schriftstellers entweihten und ebenso das Tschaikowskij-Museum in Klin vernichteten. Dann wird bemerkenswerterweise gesagt: «Die Nazi-Verschwörer zerstörten 1670 griechisch-orthodoxe Kirchen, 237 römisch-katholische Kirchen, 67 Kapellen, 532 Synagogen, zertrümmerten und entweihten in sinnloser Zerstörungswut die wertvollsten Denkmäler der christlichen Kirche, wie zum Beispiel Kiewo-Peherskaja, Lawra, Nowy Jerusalem im Istringebiet und die ältesten Mönchsklöster und Kirchen.» Der Gesamtbetrag der der Sowjetunion zugefügten Schäden wird mit 679 Milliarden Rubel angegeben. Die der Tschechoslowakei entzogenen Werte beliefen sich auf 200 Milliarden Kronen.

Abschnitt F behandelt die Eintreibung von finanziellen Kollektivstrafen. Die Gesamtsumme der Bussen zum Beispiel, die allein französischen Gemeinden auferlegt wurden, beläuft sich auf 1'157'179'484 Francs.

Abschnitt G betrifft die frevelhafte Zerstörung von grossen und kleinen Städten und Dörfern sowie Verwüstungen ohne militärisch begründete Notwendigkeit. In Norwegen wurde ein Teil der Lofoten zerstört, ebenso die Stadt Telerag. In Frankreich fielen ausser Oradour-sur-Glane zahlreiche an-

dere Orte willkürlicher Zerstörung zum Opfer, die Stadt Saint-Dié wurde niedergebrannt, der Hafenbezirk von Marseille in die Luft gesprengt, Kurorte wurden in Trümmer gelegt. In Holland wurden Häfen, Schleusen, Deiche und Brücken zerstört und ungeheure Verwüstungen durch Überflutungen ange richtet. Griechenland und Jugoslawien werden mit vielen sinnlos zerstörten Ortschaften erwähnt, so zum Beispiel das Dorf Skela in Jugoslawien, das durch Feuer dem Erdboden gleichgemacht wurde, wobei die Deutschen alle Einwohner töteten. Das gleiche Schicksal erlitten Lidice und seine Bewohner in der Tschechoslowakei.

Abschnitt H ist der zwangsweisen Rekrutierung von Zivilarbeitern gewidmet, wobei viele Parallelen zu Abschnitt B bestehen. Für Frankreich werden 936'813 Personen genannt, die gezwungen wurden, in Deutschland zu arbeiten.

Abschnitt I trägt die Überschrift: «Zwang für Zivilbewohner besetzter Gebiete, einer feindlichen Macht den Treueid zu leisten», womit hauptsächlich die Bewohner von Lothringen und dem Elsass gemeint sind.

Abschnitt J behandelt die Germanisierung besetzter Gebiete. Auch in diesem Abschnitt werden ausschliesslich Beispiele aus Frankreich angeführt, wie zum Beispiel die Ansiedlung von 80'000 Deutschen aus dem Saargebiet und Westfalen in Lothringen, wobei 2'000 französische Bauernhöfe Deutschen übertragen wurden, oder die zwangsweise Germanisierung aller französischen Vor- und Familiennamen im Departement Moselle.

Für alle im Anklagepunkt 3 genannten Taten werden die Bestimmungen, Verträge und Konventionen genannt, die dadurch verletzt wurden.

4. Verbrechen gegen die Humanität

Dieser Anklagepunkt ist eine Erweiterung des Anklagepunktes 3 und umfasst folgende zwei Titel: «Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Deportation und andere unmenschliche Handlungen gegen Zivilbevölkerungen vor oder während des Krieges» sowie «Verfolgung aus politischen, rassischen und religiösen Gründen». Neben Judenausrottungen werden in diesem Punkt auch Verbrechen an einzelnen Persönlichkeiten aufgeführt, wie die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuss, des Sozialdemokraten Breitscheid und des Kommunisten Thälmann.

Anhang A

In diesem Anhang der Anklageschrift wird die Stellung jedes Angeklagten umrissen sowie im Einzelnen gesagt, unter welchen der vorstehenden Anklagepunkte er sich schuldig gemacht hat. Im folgenden – im Gegensatz zum Original alphabetisch geordneten – Auszug werden nur die Stellungen aufgezählt und die Anklagepunkte genannt, Einzelheiten der Anklagepunkte aber fortgelassen, weil sie in der Verhandlung selbst zur Sprache kommen: **BORMANN** war in der Zeit von 1925 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Reichstagsmitglied, Mitglied des Stabes der Obersten Leitung der SA, Gründer und Leiter der *Hilfskasse der NSDAP*, Reichsleiter, Chef der Stabskanzlei des Stellvertreters des Führers, Leiter des Parteigerichts, Sekretär des Führers, Mitglied des Ministerrates für die Reichsverteidigung, Organisator und Leiter

des Volkssturms, General der SS und General der SA. Anklagepunkte: 1, 3, 4.

DÖNITZ war von 1932 bis 1945: Befehlshaber der U-Boot-Flottille Weddigen, Befehlshaber der U-Boot-Waffe, Vizeadmiral, Admiral, Grossadmiral und Oberster Befehlshaber der deutschen Kriegsmarine, Hitlers Ratgeber und Hitlers Nachfolger als Haupt der deutschen Regierung. Anklagepunkte: 1, 2, 3.

FRANK war in der Zeit von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, General der SS, Reichstagsmitglied, Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz, Präsident der Internationalen Rechtskammer und der Akademie für Deutsches Recht, Chef der Zivilverwaltung von Lodz, Oberster Verwaltungschef der Militärbezirke von Westpreussen, Posen, Lodz, und Krakau und Generalgouverneur der besetzten polnischen Gebiete. Anklagepunkte: 1, 3, 4.

FRICK war von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Reichsleiter, General der SS, Reichstagsmitglied, Reichsinnenminister, Preussischer Minister des Inneren, Reichswahlleiter, Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung, Leiter des Zentralbüros für die Wiedervereinigung von Österreich und Deutschland, Leiter des Zentralbüros für die Einverleibung des Sudetenlandes, Memel, Danzig, der einverleibten Ostgebiete, Eupen, Malmedy und Moresnet, Leiter des Zentralbüros für das Protektorat Böhmen und Mähren, Generalgouverneur für Unter-Steiermark, Ober-Kärnten, Norwegen, Elsass-Lothringen und für alle anderen besetzten Gebiete, und Reichsprotektor für Böhmen und Mähren. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

FRITZSCHE war von 1933 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Hauptschriftleiter des offiziellen Deutschen Nachrichtenbüros, Chef des Rundfunksystems und der Presseabteilung des Reichsministeriums für Propaganda, Ministerialdirektor im Reichspropagandaministerium, Chef der Rundfunkabteilung der Propagandaabteilung der Nazi-Partei und Bevollmächtigter für die politische Organisation des Grossdeutschen Rundfunks. Anklagepunkte: 1, 3, 4.

FUNK war in den Jahren von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Hitlers Wirtschaftsberater, Nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, Pressechef der Reichsregierung, Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Reichswirtschaftsminister, Preussischer Wirtschaftsminister, Präsident der Deutschen Reichsbank, Wirtschaftsbevollmächtigter und Mitglied des Ministerrates für die Reichsverteidigung. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

GÖRING war in der Zeit von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Reichsführer der SA, General der SS, Mitglied und Präsident des Reichstags, Preussischer Innenminister, Präsident der Preussischen Polizei und Chef der Preussischen Geheimen Staatspolizei, Präsident des Preussischen Staatsrates, Treuhänder des Vierjahresplanes, Reichsluftfahrtminister, Präsident des Ministerrates für die Reichsverteidigung, Mitglied des Geheimen Kabinettsrates, Oberhaupt des Hermann-Göring-Konzerns und designierter Nachfolger Hitlers. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

HESS war in der Zeit von 1921 bis 1941: Mitglied der NSDAP, Stellvertreter des Führers, Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Mitglied des Reichstags, Mitglied des Ministerrates für die Reichsverteidigung, Mitglied des Geheimen Kabinettsrates, designierter Nachfolger des Führers nach dem Ange-

klagten Göring, General der SS und General der SA. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.
JODL war von 1932 bis 1945: Oberstleutnantin der Operationsabteilung der Wehrmacht, Oberst, Chef der Operationsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalmajor, Chef des Wehrmachtführungsstabes und Generalleutnant. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

KALTENBRUNNER war in den Jahren 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, General der SS, Mitglied des Reichstags, General der Polizei, Staatssekretär für Sicherheit in Österreich und Chef der Polizei, Polizeipräsident von Wien, Nieder- und Oberösterreich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes und Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes. Anklagepunkte: 1, 3, 4.

KEITEL war von 1938 bis 1945: Chef des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht, Mitglied des Geheimen Kabinettsrates, Mitglied des Ministerrates für die Reichsverteidigung und Feldmarschall. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

KRUPP war zwischen 1932 und 1945: Leiter der Friedrich-Krupp-AG, Mitglied des Generalwirtschaftsrates, Präsident der Reichsvereinigung der Deutschen Industrie, Leiter der Gruppe für Kohle, Eisen und Metallproduktion unter dem Reichswirtschaftsministerium. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

LEY war von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Reichsleiter, Organisationsleiter der NSDAP, Reichstagsmitglied, Führer der Deutschen Arbeitsfront, General der SA und Mitorganisator des Zentralaufsichtsamtes für die Wohlfahrt der Fremdarbeiter. Anklagepunkte: 1, 3, 4.

NEURATH war zwischen den Jahren 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, General der SS, Mitglied des Reichstags, Reichsminister, Reichsaussenminister, Präsident des Geheimen Kabinettsrates, Reichsprotektor für Böhmen und Mähren. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

PAPEN war in den Jahren zwischen 1932 und 1945: Mitglied der NSDAP, Mitglied des Reichstags, Reichskanzler, Vizekanzler, Spezial-Bevollmächtigter für die Saar, Unterhändler für das Konkordat mit dem Vatikan, Botschafter in Wien und Botschafter in der Türkei. Anklagepunkte: 1, 2.

RAEDER war von 1928 bis 1945: Oberster Befehlshaber der Deutschen Kriegsmarine, Generaladmiral, Grossadmiral, Admiralinspekteur der deutschen Kriegsmarine und Mitglied des Geheimen Kabinettsrates. Anklagepunkte: 1, 2, 3.

RIBBENTROP war in der Zeit von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Mitglied des nationalsozialistischen Reichstags, Aussenpolitischer Berater des Führers, Vertreter der NSDAP in auswärtigen Angelegenheiten, Besonderer Deutscher Delegierter für Abrüstungsfragen, Ausserordentlicher Botschafter, Botschafter in London, Organisator und Leiter der Dienststelle Ribbentrop, Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten, Mitglied des Geheimen Kabinettsrates, Mitglied des politischen Stabes des Führers im Hauptquartier und General der SS. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

ROSENBERG war in den Jahren 1920 bis 1945: Mitglied der NSDAP, nationalsozialistisches Reichstagsmitglied, Reichsleiter der NSDAP für Weltanschauung und Aussenpolitik, Herausgeber der nationalsozialistischen Zeitung *Völkischer Beobachter* und der *NS-Monatshefte*, Leiter des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP, Sonderbeauftragter für die gesamte geistige und

weltanschauliche Schulung der NSDAP, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Organisator des *Einsatzstabes Rosenberg*, General der SS und der SA. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

SAUCKEL war in den Jahren 1921 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Gauleiter und Reichsstatthalter von Thüringen, Mitglied des Reichstags, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz innerhalb des Vierjahresplanes, zusammen mit dem Angeklagten Ley Leiter der Reichsdienststelle für die Fürsorge für Fremdarbeiter, General der SS und General der SA. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

SCHACHT war in den Jahren von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Mitglied des Reichstags, Reichswirtschaftsminister, Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Präsident der Deutschen Reichsbank. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

SCHIRACH war von 1924 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Mitglied des Reichstags, Reichsjugendführer beim Stab der Obersten SA-Führung, Reichsleiter in der Nazi-Partei für Jugenderziehung, Führer der Jugend des Deutschen Reiches, Leiter der Hitler-Jugend, Reichsverteidigungskommissar, Reichsstatthalter und Gauleiter von Wien. Anklagepunkte: 1, 4.

SEYSS-INQUART war von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, General der SS, Staatsrat in Österreich, Innenminister und Minister für Sicherheit in Österreich, Bundeskanzler von Österreich, Mitglied des Reichstags, Mitglied des Reichskabinetts, Reichsminister ohne Portefeuille, Chef der Zivilverwaltung in Südpolen, Stellvertretender Generalgouverneur der besetzten polnischen Gebiete und Reichskommissar für die besetzten Niederlande. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

SPEER war in den Jahren von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Reichsleiter, Mitglied des Reichstags, Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Leiter der Organisation Todt, Generalbevollmächtigter für Bewaffnung in der Reichsstelle für den Vierjahresplan und Vorsitzender des Rüstungsrates. Anklagepunkte: 1, 2, 3, 4.

STREICHER war von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Mitglied des Reichstags, General in der SA, Gauleiter von Franken, Hauptschriftleiter der jüdenfeindlichen Zeitung *Der Stürmer*. Anklagepunkte: 1, 4.

Anhang B

In diesem Anhang der Anklageschrift werden die angeklagten Organisationen und Gruppen aufgezählt, und zwar: die Reichsregierung; das Korps der Politischen Leiter der NSDAP; die SS; die Gestapo; die SA; Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht. Anklagepunkte für alle: 1, 2, 3, 4.

Die Anklageschrift trägt folgende Unterschriften: Robert H. Jackson für die Vereinigten Staaten, François de Men thon für die Französische Republik, Hartley Shawcross für das Vereinigte Königreich von Grossbritannien und Nordirland, R. A. Rudenko für die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken. Das Datum des Dokuments lautet: Berlin, den 6. Oktober 1945.

(Nach dem Wortlaut des Originals, gekürzt)

Das Urteil des Internationalen Militär-Tribunals, verkündet am 30. September und 1. Oktober 1946, beginnt mit den Worten:

«Am 8. August 1945 haben die Regierung des Vereinigten Königreiches von Grossbritannien und Nordirland, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Provisorische Regierung der Französischen Republik und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ein Abkommen getroffen, wonach dieser Gerichtshof zwecks Aburteilung von solchen Kriegsverbrechern gebildet wurde, für deren Verbrechen ein geographisch bestimmbarer Tatort nicht vorhanden ist. Gemäss Artikel 5 haben die nachfolgend angeführten Regierungen der Vereinten Nationen ihren *Beitritt zu dem Abkommen* erklärt:

Griechenland, Dänemark, Jugoslawien, die Niederlande, die Tschechoslowakei, Polen, Belgier, Abessinien, Australien, Honduras, Norwegen, Panama, Luxemburg, Haiti, Neuseeland, Indien, Venezuela, Uruguay und Paraguay.

Dem Gerichtshof ist die Vollmacht verliehen worden, alle Personen abzuurteilen, die Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach den im Statut festgelegten Begriffsbestimmungen begangen haben.»

Sodann gibt das Gericht einen *Rückblick auf seine Tätigkeit*:

403 öffentliche Sitzungen wurden abgehalten, 33 von der Anklagebehörde benannte Zeugen und 61 Zeugen der Verteidigung gehört. Weitere 142 Zeugen machten ihre Aussagen für die Verteidigung in schriftlicher Form. 38'000 Beweisurkunden wurden für die Politischen Leiter vorgelegt, 136 213 für die SS, 10'000 für die SA, 7'000 für den SD, 3'000 für den Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht, 2'000 für die Gestapo.

Über die *Echtheit der Dokumente* führt das Gericht aus:

«Ein grosser Teil der dem Gerichtshof seitens der Anklagebehörden vorgelegten Beweisstücke bestand in Dokumenten, die von den alliierten Armeen in deutschen Armeehauptquartieren, Regierungsgebäuden und sonstwo aufgefunden worden waren. Einige dieser Dokumente wurden in Salzbergwerken gefunden, andere in der Erde vergraben, hinter blinden Mauern versteckt oder an anderen Orten, die, wie man glaubte, vor Entdeckung geschützt waren. So ruht also die Anklage gegen die Beschuldigten in weitem Masse auf von ihnen selbst stammenden Dokumenten, deren Echtheit ausser in ein oder zwei Fällen nicht angefochten worden ist.»

Die einzelnen Angeklagten sind auf Grund von *Artikel 6 des Statuts* angeklagt; dieser Artikel lautet wie folgt:

«*Der Gerichtshof hat das Recht*, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen haben.

Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:

a Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung, Vorbereitung, Einlei-

tung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;

b *Kriegsverbrechen* nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Misshandlung oder Verschleppung zur Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Misshandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung;

c *Verbrechen gegen die Menschlichkeit*: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, versties oder nicht.

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.»

Um den Hintergrund für die Anklagepunkte *Angriffskrieg* und *Kriegsverbrechen* aufzuzeigen, gibt das Gericht anschliessend einen Überblick über die politischen Geschehnisse in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg.

Zunächst werden *Ursprung und Ziele der Nazi-Partei* aufgeführt und dabei fünf des 25 Punkte umfassenden *Parteiprogramms* der NSDAP zitiert:

«Punkt 1: Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Grossdeutschland.

Punkt 2: Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, die Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain.

Punkt 3: Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

Punkt 4: Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist, Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

Punkt 22: Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.»

Die Hauptziele der Partei, sagt das Gericht – Beseitigung des Friedensvertrages, Zusammenschluss aller Deutschen, und Grund und Boden zur Ernährung der Nation –, konnten nur durch Verhandlungen oder Gewalt erreicht werden. Die Geschichte des Nazi-Regimes zeigt, dass es nur dann zu Verhandlungen bereit war, wenn ihm die Erfüllung seiner Forderungen zugesichert wurde, und dass es anderenfalls zur Gewaltanwendung schreiten würde.

In dem nun folgenden Abschnitt über *die Machtergreifung* stellt das Gericht fest, dass die Angeklagten *Göring, Schacht* und *von Papen* eifrig durch Stimmungsmache an der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mitgewirkt haben.

Nun galt es für die NSDAP, *die Festigung der Macht* zu erreichen. Eine Reihe von neuen Gesetzen bewirkte die Ausdehnung des Parteieinflusses auf das Leben der Deutschen. Im April 1933 wurde in Preussen die Geheime Staatspolizei (*Gestapo*) gegründet und im Juli die NSDAP zur einzigen politischen Partei in Deutschland erklärt. Die *Beamtschaft* wurde nach politischen und rassistischen Gesichtspunkten ausgesiebt. Ebenso erging es den Richtern und Staatsanwälten.

Die *Gewerkschaften* wurden aufgelöst und durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ersetzt. Zwar wurden die *christlichen Kirchen* nicht verboten, doch arbeitete die Partei auf eine Beschränkung ihres Einflusses hin, da sie christliche Religion und nationalsozialistische Weltanschauung für unvereinbar hielt.

Eine besondere Rolle in der nationalsozialistischen Gedankenwelt spielte seit jeher der *Antisemitismus*. Am 1. April 1933 billigte die Reichsregierung den Boykott jüdischer Unternehmungen. In den folgenden Jahren wurde die berufliche Tätigkeit der Juden stark eingeschränkt; mit den Nürnberger Gesetzen wurden sie schliesslich der deutschen Staatsbürgerschaft beraubt.

Der Niederschlagung eines möglichen Widerstandes diente das als *Röhm-Putsch* bekannte Blutbad vom 30. Juni 1934. Doch das Regime vernichtete nicht nur seine etwaigen Gegner, sondern unternahm jede Anstrengung, um seine Macht dem deutschen Volk gegenüber zu steigern. Insbesondere die *Jugend* sollte den nationalsozialistischen Geist in sich aufnehmen. Unzuverlässige Lehrer wurden entfernt und alle Jugendorganisationen entweder aufgelöst oder – mit Ausnahme der Katholischen Jugend – durch die Hitler-Jugend aufgesogen.

Durch umfangreiche *Propaganda* sollte das deutsche Volk für die Politik seiner Regierung gewonnen werden. Zu diesem Zweck wurden insbesondere Rundfunk und Presse wirkungsvoll eingesetzt. Feindselige Kritik, ja, jede Kritik irgendwelcher Art, wurde verboten, und die schwersten Strafen wurden denen auferlegt, die sich dieser Betätigung hingaben. Ein unabhängiges, auf Gedankenfreiheit beruhendes Urteil wurde somit zur völligen Unmöglichkeit.

In den Jahren nach der Machtergreifung wurde auch die *Wiederaufrüstung* in Angriff genommen. Von 1936 an sorgte der Angeklagte *Göring* dafür, dass der Bedarf an Rohstoffen und Devisen in Einklang gebracht wurde. Die deutsche Rüstungsindustrie war ein williges Werkzeug bei der Organisation der *Wirtschaft* für kriegerische Zwecke.

Im Oktober 1933 zog sich Deutschland von der *Abrüstungskonferenz* und dem *Völkerbund* zurück. Im März 1935 begann *Göring* mit dem Aufbau einer *Luftwaffe*, und im gleichen Monat wurde die *Militärdienstpflicht* eingeführt und die Friedensstärke des *Heeres* auf 500'000 Mann festgesetzt. Beim Wiederaufbau der Seestreitkräfte ging die *Marine* besonders energisch vor. Schon wenige Monate nach seinem Inkrafttreten wurde der Versailler Vertrag verletzt. Im Juni 1934 erhielt der Angeklagte *Raeder* von Hitler die Wei-

sung, den gerade in Angriff genommenen Bau von U-Booten und Kriegsschiffen über 10'000 Tonnen geheimzuhalten.

Verschwörung und Verbrechen gegen den Frieden

Nach diesen Ausführungen wendet sich der Gerichtshof der Betrachtung der zwei ersten Anklagepunkte zu. Hier heisst es wörtlich im Urteil als grundsätzliche Vorbemerkung:

«Die Behauptung der Anklageschrift, nämlich, dass die Angeklagten Angriffskriege geplant und geführt hätten, sind Anschuldigungen schwerster Natur. Der Krieg ist seinem Wesen nach ein Übel. Seine Auswirkungen sind nicht allein auf die kriegführenden Staaten beschränkt, sondern treffen die ganze Welt. Die Entfesselung eines Angriffskrieges ist daher nicht nur ein internationales Verbrechen; es ist das grösste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken vereinigt und anhäuft.»

Das Gericht stellt fest, dass die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei *Angriffshandlungen* waren, während der Krieg gegen Polen der erste **Angriffskrieg** war.

Die Angriffspläne der Reichsregierung waren keine Zufälle, sondern ein wohlüberlegter und notwendiger Teil der Aussenpolitik. Das Gericht weist in diesem Zusammenhang auf den aggressiven Charakter von Hitlers *Mein Kampf* hin und zitiert daraus, um den Glauben der Nationalsozialisten an die Notwendigkeit der Gewalt als Mittel zur Lösung internationaler Probleme zu demonstrieren:

«Den Boden, auf dem wir heute leben, erhielten unsere Vorfahren nicht vom Himmel geschenkt. Sie mussten ihn durch Lebens Einsatz erkämpfen. So wird auch uns in Zukunft den Boden und damit das Leben für unser Volk keine völkische Gnade zuweisen, sondern nur die Gewalt eines siegreichen Schwertes.»

Hitler hat vier geheime Konferenzen abgehalten, die ein besonderes Licht auf die Frage der *Angriffsplanung* werfen. Es sind die Besprechungen vom 5. November 1937, vom 23. Mai 1939, vom 22. August 1939 und vom 23. November 1939.

Bei der letzten Besprechung gab Hitler seinen obersten Befehlshabern ein Resümee über das bisher Erreichte und erklärte danach: «Grundsätzlich habe ich die Wehrmacht nicht aufgestellt, um nicht zu schlagen. Der Entschluss zum Schlagen war immer in mir.» Schon bei der ersten Besprechung 1937 gab Hitler seine Absicht kund, von Österreich und der Tschechoslowakei Besitz zu ergreifen.

Die Besitzergreifung Österreichs wird vom Gericht als ein im Voraus geplanter aggressiver Schritt gekennzeichnet, der den Plan fördern sollte, gegen andere Länder Angriffskriege zu führen. Noch 1935 hatte Hitler im Reichstag erklärt, dass Deutschland weder die Absicht habe, Österreich anzugreifen, noch, sich in seine inneren Angelegenheiten zu mischen. Doch zur gleichen Zeit arbeitete Hitler darauf hin, durch die österreichischen Nationalsozialisten die Einverleibung Österreichs zustande zu bringen, was ihm durch Gewaltandrohung auch gelang. Wörtlich erklärt das Gericht:

«Hier vor Gericht wurde behauptet, dass die Annexion Österreichs in dem

weitverbreiteten Wunsch einer Vereinigung Österreichs und Deutschlands ihre Rechtfertigung gefunden habe, dass die beiden Völker vieles gemein hätten, was diese Vereinigung wünschenswert mache, und dass schliesslich dieses Ziel ohne Blutvergiessen erreicht worden sei. Selbst wenn dies alles wahr wäre, wäre es ganz unerheblich, da die Tatsachen klar beweisen, dass die Methoden, deren man sich zur Erlangung jenes Zieles bediente, die eines Angreifers waren. Entscheidend war, dass Deutschlands bewaffnete Macht zum Einsatz für den Fall des Widerstandes bereitstand.»

Es war klar, dass die *Besetzung der Tschechoslowakei* nun ebenfalls zu einem günstigen Zeitpunkt angestrebt werden würde. Der *Fall Grün* war längst beschlossen, als man die tschechoslowakische Regierung durch Erklärungen noch in Sicherheit zu wiegen hoffte. Der Plan für die Annexierung bis in die Einzelheiten hinein ausgearbeitet. Die Westmächte unterzeichneten das *Münchener Abkommen* in der Hoffnung, dass nunmehr alle territorialen Ansprüche Deutschlands befriedigt seien. Doch Hitler ruhte nicht eher, bis er das erreicht hatte, was er die «Erledigung der Rest-Tschechei» nannte.

Durch die Annektierung Österreichs und der Tschechoslowakei hatte sich Hitler eine so günstige Ausgangsposition geschaffen, dass er den *Angriff gegen Polen* ins Auge fassen konnte. Obwohl ein deutsch-polnischer Nichtangriffspakt vom Jahre 1934 bestand und obwohl Hitler mehrmals in seinen Reichstagsreden den deutschen Willen zu freundschaftlichen Beziehungen mit Polen betonte, befahl er 1938 dem Oberkommando der Wehrmacht, Vorbereitungen für einen Angriff auf Danzig zu treffen.

Hitler war sich klar darüber, dass im Falle eines Angriffs auf Polen Grossbritannien und Frankreich den Polen zu Hilfe kommen würden. Er war sich ebenfalls klar darüber, dass eine Auseinandersetzung mit Grossbritannien und Frankreich ein Kampf auf Leben und Tod werden würde. Doch Hitler intensivierte seine Angriffsvorbereitungen. Der Angeklagte *Ribbentrop* wurde nach Moskau gesandt, um mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abzuschliessen.

Über die Verhandlungen Hitlers mit den Westmächten unmittelbar vor Kriegsausbruch führt das Urteil aus: «Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass die Art und Weise, in der diese Verhandlungen von Hitler und *Ribbentrop* geführt wurden, zeigen, dass sie nicht mit guten Absichten oder mit dem Willen, den Frieden zu erhalten, begonnen wurden, sondern lediglich einen Versuch darstellten, Grossbritannien und Frankreich an der Einhaltung ihrer Polen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu hindern.» Der Gerichtshof ist überzeugt davon, dass der von Deutschland am 1. September 1939 begonnene Krieg ein Angriffskrieg war, der die Begehung unzähliger Verbrechen gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges sowie gegen die Menschlichkeit zur Folge hatte.

Mit der *Invasion von Dänemark und Norwegen* wurde der Angriff in zwei weitere Länder getragen. Obwohl zwischen Deutschland und Dänemark ein Nichtangriffspakt bestand, fiel Deutschland am 9. April 1940 in Dänemark ein. Am gleichen Tag wurde Norwegen besetzt, um dort Stützpunkte zu gewinnen. Die Idee stammt anscheinend von den Angeklagten *Raeder* und *Rosenberg*. Die Aktionen liefen unter der Bezeichnung *Weserübung*. Die Weisung Hitlers vom 1. März 1940 spricht davon, dass man englischen Über-

griffen auf Skandinavien und die Ostsee vorbeugen müsse. Das Gericht stellt fest, dass dies lediglich ein Tarnmotiv gewesen ist. Es liegen Dokumente vor, dass tatsächlich ein alliierter Plan für die Besetzung norwegischer Häfen und Flugplätze bestanden hat. Doch stand er in allen Punkten hinter dem deutschen zurück. Nach Ansicht des Gerichtshofes waren die Angriffe auf Dänemark und Norwegen keine Verteidigungsmassnahmen, sondern Angriffshandlungen.

Im Mai 1939 erklärte Hitler seinen militärischen Befehlshabern, dass die holländischen und belgischen Luftstützpunkte militärisch besetzt werden müssten. So war der *Einfall in Belgien, in die Niederlande und in Luxemburg* ein folgerichtiger Schritt dieser Auffassung. Als Deutschland am 10. Mai 1940 diesen Schritt tat, versuchte es ihn mit dem Hinweis zu rechtfertigen, dass die britische und französische Armee einen Angriff durch Belgien und Holland hindurch auf das Ruhrgebiet geplant hätten. Der Gerichtshof kann dies nicht anerkennen. Der Entschluss zum Angriff wurde von Deutschland nur als Forderung seiner aggressiven Politik getroffen.

Der *Angriffskrieg gegen Jugoslawien und Griechenland* war schon lange ins Auge gefasst worden, sicherlich seit August 1939.

Die Aktion *Marita* – Besetzung Griechenlands – verzögerte sich jedoch, obwohl Italien am 28. Oktober 1940 in Griechenland eingefallen war. Am 3. März 1941 landeten britische Truppen in Griechenland, um den Griechen in ihrem Widerstand gegen die Italiener beizustehen. Am 6. April des gleichen Jahres schliesslich fielen deutsche Streitkräfte ohne vorherige Warnung in Griechenland und Jugoslawien ein. Die Invasion ging so schnell vor sich, dass Hitler auf seine sonst üblichen «Zwischenfälle» verzichten musste. Er rechtfertigte sich vor dem deutschen Volk mit dem Hinweis, dass dieser Angriff notwendig sei, weil die britischen Streitkräfte in Griechenland einen Versuch darstellten, den Krieg auf den Balkan auszudehnen. Es ist erwiesen, dass der Angriffsplan schon viel früher bestand.

Trotz des am 23. August 1939 unterzeichneten Nichtangriffspaktes begann Deutschland schon seit dem Spätsommer 1940 Vorbereitungen für einen *Angriffskrieg gegen die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken* zu treffen. Sie liefen unter dem Tarnnamen *Fall Barbarossa*. Die Pläne für die zukünftige politische und wirtschaftliche Organisation der besetzten Gebiete sahen die Zerstörung und Aufteilung der Sowjetunion als unabhängigen Staat vor. Ungarn, Rumänien und Finnland wurden durch Gebietsversprechungen für einen Krieg gegen die Sowjetunion gewonnen. Über den Einwand der Verteidigung, der Angriff sei gerechtfertigt gewesen, weil die Sowjetunion Ähnliches vorgehabt habe, urteilt das Gericht: «Man kann unmöglich glauben, dass diese Ansicht jemals ernstlich gehegt wurde.»

Der *Krieg gegen die Vereinigten Staaten* begann vier Tage nach dem Angriff der Japaner auf die Flotte der Vereinigten Staaten am 7. Dezember 1941. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Hitler alles unternahm, um Japan zu einem Kriegseintritt zu bewegen. Er versprach den Japanern Unterstützung, als sie ihm von ihren Vorbereitungen für den Krieg mit den Vereinigten Staaten berichteten. Er tat dies, obwohl Deutschland und Italien nach dem Dreimächtepakt nur dann zur Hilfeleistung verpflichtet waren, wenn Japan angegriffen worden wäre. Zunächst war Hitler an einem Krieg mit den Vereinigten Staaten nicht interessiert, er revidierte seine Meinung jedoch of-

fensichtlich im Laufe des Jahres 1941. Als Japan einen Angriffskrieg gegen die Vereinigten Staaten begann, wurde Deutschland durch seine Regierung veranlasst, an die Seite Japans zu treten, indem es den Vereinigten Staaten den Krieg erklärte.

Verletzung internationaler Verträge

Durch das Statut des Gerichtshofes ist das Planen und Ausführen von Angriffskriegen als Verbrechen definiert. Die gleiche Einstufung erfahren Kriege unter Verletzung internationaler Verträge. Der Gerichtshof stellt fest, dass gewisse Angeklagte Angriffskriege gegen zwölf Nationen planten und ausführten. Zu den dadurch verletzten internationalen Verträgen gehören unter anderen:

1. Das *Haager Abkommen* von 1899. In diesem Vertrag verpflichteten sich die Partner, nach Möglichkeit vor Kriegsbeginn die Vermittlung anderer Mächte anzurufen und die Feindseligkeiten nicht ohne unzweideutige Benachrichtigung des Gegners beginnen zu lassen.

2. Der *Vertrag von Versailles*. Er wurde verletzt durch 1. die Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes, 2. die Annexion Österreichs, 3. die Einverleibung des Memelgebietes, 4. die Einverleibung des Freistaates Danzig, 5. die Einverleibung der Provinzen Böhmen und Mähren, 6. den Widerruf der Heeres-, Flotten- und Luftbestimmungen des Vertrages.

3. Verschiedene gegenseitige *Garantie-, Schieds- und Nichtangriffsverträge*.

4. Der *Kellogg-Briand-Pakt*. Dieses Abkommen zur Ächtung des Krieges wurde nach Ansicht des Gerichtshofes in allen von der Anklageschrift aufgeführten Fällen eines Angriffskrieges von Deutschland verletzt.

Das Recht des Statuts

Das Gericht setzt sich nun mit dem Einwand auseinander, dass es keine Bestrafung eines Verbrechens ohne vorher bestehendes Gesetz geben könne: *Nullum crimen sine lege, nulla poena sine lege*.

Das Gericht weist darauf hin, dass die Angeklagten Kenntnis der von Deutschland unterschriebenen Verträge hatten, in denen der Krieg als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten für ungesetzlich erklärt wurde. Sie mussten gewusst haben, dass sie dem Völkerrecht zum Trotz handelten. Zur Erhärtung dieser Auffassung gibt das Gericht einen Überblick über den *Stand des Völkerrechtes* im Jahre 1939, soweit es den Angriffskrieg betrifft.

Dabei weist das Gericht vor allem auf den Kellogg-Briand-Pakt hin, in dem der Krieg als Werkzeug zukünftiger Politik bedingungslos geächtet wird. Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass damit der Krieg als völkerrechtswidrig und als ein Verbrechen gebrandmarkt worden ist, auch wenn dies im Pakt nicht wörtlich niedergelegt ist.

Ein weiterer Einwand bezog sich darauf, dass sich das Völkerrecht nur auf souveräne Staaten, nicht aber auf Einzelpersonen anwenden lasse. Dazu sagt das Gericht: «Verbrechen gegen das Völkerrecht werden von Menschen und nicht von abstrakten Wesen begangen.» Der Einwand, dass die Angeklagten auf Befehl Hitlers handelten, ist in Artikel 8 des Statuts berücksichtigt, der

diese Tatsache nicht als Strafausschliessungsgrund, wohl aber als eventuellen *Strafmilderungsgrund* kennzeichnet.

Der gemeinsame Plan oder die *Verschwörung* zur Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Ausführung eines Angriffskrieges erstreckt sich über einen Zeitraum von fünfundzwanzig Jahren. Das Verbrecherische des Planes darf nicht allein aus dem Programm der Nazi-Partei vom Jahre 1920 und aus den Meinungsäusserungen in *Mein Kampf* herausgelesen werden. Es muss untersucht werden, ob ein konkreter Plan zur Kriegführung bestand.

Es liegt klar zutage, dass bereits am 5. November 1937 und wahrscheinlich noch früher *Kriegspläne* geschmiedet wurden. Die Kriegsdrohung bildete einen wesentlichen Bestandteil der Nazi-Politik. Nach Ansicht des Gerichts ist das gemeinsame Planen zur Kriegsvorbereitung und zur Kriegführung in bezug auf bestimmte Angeklagte bewiesen. Es erübrigt sich, zu erwägen, ob eine einzige Verschwörung in dem Ausmasse und während des Zeitraumes, wie sie die Anklageschrift darlegt, bewiesen worden ist. Die wahre Lage, so sagt das Gericht, wurde von Paul Schmidt, dem amtlichen Dolmetscher des Auswärtigen Amtes, wie folgt treffend geschildert:

«Die allgemeinen Ziele der Nazi-Führung waren von Anfang an augenscheinlich, nämlich die Beherrschung des europäischen Festlandes. Dies sollte erreicht werden erstens durch die Einverleibung aller deutsch sprechenden Gruppen ins Reich und zweitens durch territoriale Ausdehnung unter dem Schlagwort *Lebensraum*. Die Durchführung dieser grundlegenden Ziele machte jedoch den Eindruck einer Improvisation. Jeder Schritt erfolgte, wie es den Anschein hatte, jeweils beim Auftauchen einer neuen Sachlage; aber sie waren alle im Einklang mit dem oben erwähnten Endziel.»

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Das diesbezügliche Beweismaterial war in Umfang und Einzelheiten so überwältigend, sagt das Gericht, dass es «unmöglich ist, in diesem Urteil einen angemessenen Überblick darüber zu geben». Es sind Kriegsverbrechen begangen worden wie nie zuvor in der Kriegsgeschichte. Sie rühren zumeist von der Auffassung der Nazis vom *totalen* Krieg her. Die Kriegsverbrechen waren meist das Ergebnis kalter, verbrecherischer Berechnung, teilweise lange vorgeplant, wie etwa im Falle der Sowjetunion. Andere Kriegsverbrechen, wie die Ermordung entwichener und wieder eingefangener Kriegsgefangener, wurden auf dem Befehlsweg begangen.

Ermordung und Misshandlung von Kriegsgefangenen

Im Verlaufe des Krieges sind zahlreiche alliierte Soldaten, die sich den Deutschen ergeben hatten, sofort erschossen worden. Die *Kommando-Truppen*, häufig in Uniform, sollten «bis zum letzten Mann niedergemacht» werden. Sie wurden entweder an Ort und Stelle getötet oder starben in einem Konzentrationslager. Nach der *Kugel-Verordnung* vom März 1944 sollten die entflohenen Offiziers- und Unteroffiziers-Kriegsgefangenen, mit Ausnahme der britischen und amerikanischen, im Konzentrationslager erschossen werden. Im März 1944 wurden fünfzig Offiziere der *Royal Air Force*, die aus dem Gefangenenlager Sagan geflüchtet waren, erschossen.

Besonders unmenschlich war die Behandlung der Sowjetkriegsgefange-

nen. Die Kriegsgefangenen erhielten keine ausreichende Kleidung, die Verwundeten keine ärztliche Behandlung, man liess sie hungern und in vielen Fällen sterben. Das Gericht führt in seinem Urteil sodann Befehle und Zeugenaussagen auf, die ein Bild von der unmenschlichen Behandlung der Sowjetkriegsgefangenen geben. In einigen Fällen wurden die Gefangenen dauerhaft auf der linken Gesässhälfte gekennzeichnet und medizinischen Versuchen grausamster Art unterworfen.

Obwohl die Sowjetunion die *Genfer Konvention* nicht unterschrieben hatte, gelten auch in diesem Fall die Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts. Das Gericht ist der gleichen Auffassung wie Admiral Canaris, der gegen die Behandlung der Sowjetkriegsgefangenen protestiert und geschrieben hatte, dass die Kriegsgefangenschaft weder Rache noch Strafe sei, sondern lediglich Sicherheitshaft. «Dieser Grundsatz», schrieb Canaris, «hat sich im Zusammenhang mit der bei allen Heeren geltenden Anschauung entwickelt, dass es der militärischen Auffassung widerspreche, Wehrlose zu töten oder zu verletzen . . .»

Ermordung und Misshandlung der Zivilbevölkerung

In den von Deutschland verwalteten Gebieten wurden die Kriegsgesetze verletzt, wie sie in Artikel 46 der *Haager Konvention* in Bezug auf die Zivilbevölkerung gefasst sind: «Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden.»

Am 7. Dezember 1941 wurde der *Nacht-und-Nebel-Befehl* erlassen, nach dem Personen, die sich eines Vergehens gegen das Reich oder die deutschen Streitkräfte in den besetzten Gebieten schuldig gemacht hatten, insgeheim nach Deutschland übergeführt und abgeurteilt werden sollten. Durch die Ungewissheit über das Schicksal des Betroffenen sollte eine Abschreckung erzielt werden. Nach einem anderen Befehl wurde die *verschärfte Vernehmung eingeführt*, die auch bei Personen angewendet wurde, die lediglich verdächtigt wurden, sich irgendeiner Richtlinie widersetzt zu haben.

Der Grundsatz der *Sippenhaft* wurde eingeführt, ebenso das Verfahren der *Geiselerhaftung*. Nach einem Befehl des Angeklagten *Keitel* sollten fünfzig bis hundert Menschenleben in der Sowjetunion für den Verlust eines deutschen Menschenlebens «verrechnet» werden. In einigen Fällen wurden ganze Städte zerstört und ihre Bewohner niedergemetzelt, so in *Oradour-sur-Glane* in Frankreich und in *Lidice* in der Tschechoslowakei.

Die Methode der Unschädlichmachung nicht genehmer Personen in *Konzentrationslagern* wurde auch auf die besetzten Gebiete ausgedehnt. Die Häftlinge mussten schwere körperliche Arbeit leisten, waren unzureichend gepflegt, gekleidet und untergebracht und zu allen Zeiten den Härten eines gefühllosen Regimes und den persönlichen Launen der Wachmannschaften ausgesetzt. In einigen Konzentrationslagern wurden zur Massenvernichtung *Gaskammern* mit Öfen zur Verbrennung der Leichen eingerichtet.

Ihren *Höhepunkt* erreichte die Ermordung und Misshandlung der Zivilbevölkerung in der Behandlung der Bürger der Sowjetunion und Polens. Auf Befehl Himmlers waren Sonderabteilungen, *Einsatzgruppen* genannt, gebildet worden, um Partisanen und Widerstandskämpfer zu bekämpfen und

Juden und kommunistische Führer sowie andere Teile der Bevölkerung auszurotten.

Nach einem vom Angeklagten *Keitel* herausgegebenen Befehl sollte jeder Widerstand durch «Verbreitung eines solchen Terrors durch die Wehrmacht» bestraft werden, dass «jede Neigung zum Widerstand unter der Bevölkerung ausgemerzt wird». Im Jahre 1942 schrieb der Reichskommissar für das Ostland an den Angeklagten *Rosenberg*: «Männer, Frauen und Kinder in Scheunen zu sperren und diese anzuzünden, scheint mir selbst dann keine geeignete Methode der Bandenbekämpfung zu sein, wenn man die Bevölkerung ausrotten will. Diese Methode ist der deutschen Sache nicht würdig und tut unserem Ansehen stärksten Abbruch.»

Ein ebenso bezeichnendes Licht auf die damals angewendeten Massnahmen wirft die Zeugenaussage des Deutschen Hermann Gräbe, der als Chefingenieur einer Solinger Firma *Massenmordungen* in der Ukraine miterlebt hat. Das Urteil zitiert, wie Gräbe die Massentötung in Dubno am 5. Oktober 1942 geschildert hat.

Die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Polen und der Sowjetunion waren Teil eines Planes, sie zu beseitigen und ihr Gebiet für deutsche *Siedlungszwecke* frei zu machen. Aussprüche von Hitler und anderen untermauern diese These. Wörtlich heisst es einmal in einer Anweisung an *Frank*: «Die Polen sollen die Sklaven des Grossdeutschen Weltreiches sein.»

Der Erfolg dieser Politik war, dass gegen Ende des Krieges ein Drittel der polnischen Bevölkerung getötet und das ganze Land verwüstet war. Dasselbe ereignete sich in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Die umfangreichen Pläne zur Ausbeutung der Bevölkerung sahen beispielsweise auch die Evakuierung der Bewohner der *Krim* vor und die Besiedlung dieses Gebietes durch Deutsche.

Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums

Nach der Haager Konvention darf das Wirtschaftssystem eines besetzten Landes von den Besatzungsmächten nur zur Tragung der Besatzungskosten herangezogen werden. Die deutsche Besatzungspolitik beutete dagegen die besetzten Gebiete in der unbarmherzigsten Weise aus. Sie ist festgelegt in einer Rede, die der Angeklagte *Göring* am 6. August 1942 vor deutschen Besatzungsbehörden hielt. Er sagte:

«Sie sind weiss Gott nicht hingeschickt, um für das Wohl und Wehe der Ihnen anvertrauten Völker zu arbeiten, sondern um das Äusserste herauszuholen, damit das deutsche Volk leben kann. Es ist mir gleichgültig, ob Sie sagen, dass Ihre Leute wegen Hunger umfallen.»

Die Ausbeutung der Wirtschaftsquellen in den besetzten Gebieten war vielschichtig. Die wichtigen örtlichen Industrien mussten unter deutscher Aufsicht Weiterarbeiten, Rohstoffe und Fertigerzeugnisse wurden beschlagnahmt. Teilweise benützte die Besatzungsmacht sogar den *Schwarzen Markt*, um Erzeugnisse für Deutschland einzukaufen. In vielen Ländern wurde der Anschein aufrechterhalten, als ob für die beschlagnahmten Güter Geld bezahlt wurde. In den meisten besetzten Ländern im Osten liess die Besatzungsmacht jedoch jede Tarnung fallen und betrieb eine *systematische Plünderung*.

Auch Kunstschatze, Möbel, Spinnstoffe und ähnliches wurden in sämtlichen besetzten Ländern beschlagnahmt. Insbesondere mit der *Beschlagnahme von Kunstschatzen* befasste sich der **Einsatzstab Rosenberg**. Der Bericht von Robert Scholz, Chef des *Sonderstabes Schöne Künste*, gibt an, dass in der Zeit vom März 1941 bis Juli 1944 vom Sonderstab 29 grosse Transporte, umfassend 137 Waggons mit 4'174 Kisten mit Kunstwerken, ins Reich verbracht wurden.

In vielen Ländern wurden Privatsammlungen ausgeraubt, Bibliotheken geplündert und Privathäuser bestohlen. In den besetzten Gebieten der Sowjetunion wurden systematisch Museen, Paläste und Bibliotheken ausgeplündert. Der Wert der aus Weissrussland fortgeschafften Kunstgegenstände belief sich auf mehrere Millionen Rubel. Aus Dokumenten geht klar hervor, dass die Kunstgegenstände nicht beschlagnahmt wurden, um sie zu schützen, sondern um Deutschland zu bereichern.

Die Politik der Zwangsarbeit

Aus der Haager Konvention (Artikel 52) geht hervor, dass Naturalleistungen und Dienstleistungen von Bewohnern der besetzten Gebiete nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres gefordert werden dürfen. Hitler selbst erklärte in einer Rede vom 9. November 1941: «Das Gebiet, das heute direkt für uns arbeitet, umfasst mehr als 250 Millionen Menschen.» Mindestens fünf Millionen Menschen wurden zum Einsatz in der Industrie und Landwirtschaft nach Deutschland deportiert.

Zunächst war in den ersten beiden Jahren der deutschen Besetzung Frankreichs, Belgiens, Hollands und Norwegens der Versuch einer Werbung von *freiwilligen Arbeitskräften* gemacht worden. Als dies nichts fruchtete, wurde bei der Anwerbung ein mehr oder weniger *starker Druck* ausgeübt. Die Einziehung der Arbeitskräfte erinnerte an die schwärzesten Zeiten des Sklavenhandels. In einer Weisung des Angeklagten *Sauckel* vom 20. April 1942 heisst es:

«Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, dass sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die grösstmögliche Leistung hervorbringen.»

Die Behandlung der Arbeiter in Deutschland war in vielen Fällen brutal und erniedrigend. Auch alliierte *Kriegsgefangene* wurden zum Arbeitseinsatz herangezogen, der unmittelbar mit militärischen Operationen zusammenhing. So mussten beispielsweise sowjetische Kriegsgefangene Kanonen der deutschen Flakartillerie bedienen.

Zu den Opfern der Massnahmen, nach denen alle «nutzlosen Esser», **Geisteskranke** und unheilbare Menschen, in Anstalten eingeliefert und getötet wurden, gehörten nicht nur deutsche Staatsbürger, sondern auch Fremdarbeiter, die ihre Arbeit nicht mehr verrichten konnten. Mindestens 275'000 Menschen sind auf diese Weise umgekommen, der Anteil der Fremdarbeiter konnte nicht ermittelt werden.

Die Judenverfolgung

«Die Verfolgung der Juden durch die Nazi-Regierung», heisst es im Urteil wörtlich, «ist mit grösster Ausführlichkeit vor dem Gerichtshof bewiesen

worden.» Sie ist ein einziger Bericht von konsequenter und systematischer Unmenschlichkeit grössten Stils. Ohlendorf, Chef des Amtes III im Reichssicherheitshauptamt von 1939 bis 1943, der auch eine der Einsatzgruppen in dem Feldzug gegen die Sowjetunion befahl, berichtete vor Gericht über die bei der Ausrottung von Juden angewandten *Methoden*.

Er erklärte, dass *Erschiessungsstrups* für die Hinrichtung der Opfer eingesetzt wurden, um das persönliche Schuldgefühl des Einzelnen zu verringern; die 90'000 Männer, Frauen und Kinder, die im Laufe eines Jahres durch seine eigene Gruppe ermordet worden sind, waren in der Überzahl Juden. Der Zeuge Bach-Zelewski antwortete auf die Frage, wieso Ohlendorf die Morde von 90'000 Personen zugeben könne:

«Ich bin der Überzeugung, wenn man Jahre und Jahrzehnte lang die Lehre predigt, dass die slawische Rasse eine minderwertige Rasse und Juden nicht einmal Menschen sind, dann ist ein solches Resultat unausbleiblich.»

Der Angeklagte *Frank* jedoch sprach die Schlussworte zu diesem Kapitel der Nazi-Geschichte, als er in diesem Gerichtssaal bezeugte:

«Wir haben gegen das Judentum gekämpft. Wir haben seit Jahren dagegen gekämpft. Und wir haben uns Äusserungen erlaubt – und mein eigenes Tagebuch wurde zum Zeugen gegen mich in dieser Hinsicht –, Äusserungen, die fürchterlich waren . . . Tausend Jahre werden vergehen, und diese Schuld Deutschlands wird immer noch nicht ausgelöscht sein.»

Die *antijüdischen Massnahmen* waren in Punkt 4 des Parteiprogramms formuliert. Andere Punkte des Programmes führten aus, dass Juden als Ausländer zu behandeln seien, dass man ihnen nicht gestatten dürfe, öffentliche Ämter zu bekleiden, und dass sie aus dem Reich auszustossen seien, falls es unmöglich wäre, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, dass man ihnen eine weitere Einwanderung nach Deutschland verweigern und die Veröffentlichung deutscher Zeitungen verbieten solle. Die Nazi-Partei predigte diese Lehren während des ganzen Verlaufes ihrer Geschichte. Es wurde gestattet, dass *Der Stürmer* und andere Veröffentlichungen den Hass gegen die Juden verbreiteten, und in den Reden und öffentlichen Ausführungen der Nazi-Führer wurden die Juden öffentlich der Lächerlichkeit und Schmähung preisgegeben.

Mit der Machtergreifung wurde die *Judenverfolgung* verschärft. Eine Reihe von erlassenen Gesetzen schuf Unterschiede und beschränkte die den Juden zugänglichen Ämter und Berufe; Einschränkungen wurden ihrem Familienleben und ihren Bürgerrechten auferlegt. Schon im Herbst 1938 hatte die Nazi-Politik den Juden gegenüber eine Stufe erreicht, die auf die gänzliche Ausschliessung der Juden aus dem deutschen Leben abzielte.

Pogrome, die die Verbrennung und Zerstörung von Synagogen, die Plünderung von jüdischen Geschäften und die Verhaftung von hervorragenden jüdischen Geschäftsleuten einbegriffen, wurden organisiert. Eine *Kollektivstrafe* von einer Milliarde Mark wurde den Juden auferlegt, und die Beschlagnahme jüdischen Vermögens wurde zu einer Zeit angeordnet, als deutsche Rüstungskosten das deutsche Finanzministerium in Schwierigkeiten versetzt hatten. Diese Schritte wurden überdies mit der Billigung des Angeklagten *Göring* unternommen.

Die Verfolgung der Juden im Vorkriegsdeutschland durch die Nazis, so hart und unterdrückend sie auch war, lässt sich jedoch nicht mit der während

des Krieges in den besetzten Gebieten verfolgten Politik vergleichen. Ursprünglich glich diese Politik der bis dahin innerhalb Deutschlands betriebenen. Die Juden mussten sich registrieren lassen und wurde gezwungen, in *Gettos* zu leben, den *gelben Stern* zu tragen und sich als Sklavenarbeiter verwenden zu lassen.

Im Sommer 1941 wurden jedoch Pläne entworfen für eine *Endlösung* der Judenfrage in ganz Europa. Die Endlösung bedeutete die Ausrottung der Juden, die, wie Hitler bereits Anfang 1939 angedroht hatte, eine der Folgen eines Kriegsausbruchs sein würde. Eine Spezialabteilung der Gestapo unter Adolf Eichmann, Chef der Abteilung B IV der Gestapo, wurde gebildet, um diese Politik durchzuführen.

Der Plan für die *Ausrottung der Juden* wurde kurz nach dem Angriff auf die Sowjetunion ausgearbeitet. Den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die zur Brechung des Widerstandes der Bevölkerung der im Rücken der deutschen Armeen im Osten liegenden Gebiete aufgestellt worden waren, wurde die Aufgabe der Ausrottung der Juden in diesen Gebieten übertragen. Die Wirksamkeit der Tätigkeit der *Einsatzgruppen* wird durch die Tatsache erwiesen, dass im Februar 1942 Heydrich bereits berichten konnte, dass Estland jüdenfrei und dass in Riga die Zahl der Juden von 29'500 auf 2'500 herabgedrückt worden sei. Insgesamt haben die in den besetzten baltischen Gebieten operierenden Einsatzgruppen in drei Monaten über 135'000 Juden getötet.

Diese Sonderverbände operierten auch nicht völlig unabhängig von den *deutschen Streitkräften*. Es liegen unzweideutige Beweise vor, dass Führer der Einsatzgruppen die Mitwirkung von Heeresbefehlshabern erlangten. In einem Falle wurden die Beziehungen zwischen einer Einsatzgruppe und den militärischen Stellen damals als «sehr eng, fast herzlich» bezeichnet; in einem anderen Falle wurde die reibungslose Durchführung der Operation eines Einsatzkommandos dem von den Heeres-Stellen erwiesenen «Verständnis für dieses Vorgehen» zugeschrieben.

Einheiten der Sicherheitspolizei und des SD in den unter ziviler Verwaltung stehenden besetzten Ostgebieten wurde eine ähnliche Aufgabe zugewiesen. Der planmäßige und systematische Charakter der Judenverfolgungen wird am besten durch den Originalbericht des SS-Brigadegenerals Stroop gekennzeichnet, der mit der *Zerstörung des Warschauer Gettos*, die im Jahre 1943 stattfand, beauftragt war. Dem Gerichtshof wurde jener mit Lichtbildern versehene Bericht, der auf dem Titelblatt die Worte trug: «Das Juden-Getto in Warschau existiert nicht mehr», als Beweisstück vorgelegt.

Der Band enthält eine Anzahl Berichte, die von Stroop an den Höheren SS- und Polizeiführer Ost gesandt worden sind. Furchtbare Beweise von Massenmorden an Juden wurden dem Gerichtshof auch durch *kinematographische Filme* vorgeführt, die die von den Alliierten später aufgefundenen Massengräber von Hunderten von Opfern darstellten.

Diese Greuel gehörten alle zu der im Jahre 1941 eingeleiteten Politik, und es ist nicht erstaunlich, dass Beweismaterial vorliegt, demzufolge einige deutsche Beamte *vergeblichen Protest* gegen die brutale Art erhoben, mit der die Tötungen durchgeführt wurden. Aber die zur Anwendung gebrachten Methoden folgten nie einem einheitlichen Schema. Die Massenmorde von Rowno und Dubno, die der deutsche Ingenieur Gräbe erwähnte, waren ein

Beispiel einer Methode; die systematische Ausrottung der Juden in **Konzentrationslagern** stellte eine andere dar. Zur «Endlösung» gehörte die Zusammenfassung von Juden aus allen deutsch-besetzten Teilen Europas in Konzentrationslagern. Ihr Gesundheitszustand war der Prüfstein für Leben oder Tod.

Alle Arbeitsfähigen wurden als Zwangsarbeiter in den Konzentrationslagern verwendet; alle arbeitsunfähigen Personen wurden **in Gaskammern vernichtet** und ihre Leichen verbrannt. Bestimmte Konzentrationslager, wie **Treblinka** und **Auschwitz**, wurden für diesen Hauptzweck bestimmt. Was Auschwitz anbelangt, so hat der Gerichtshof die Aussagen von Höss gehört, der vom 1. Mai 1940 bis 1. Dezember 1943 dort Lagerkommandant war. Er schätzte, dass allein im Lager Auschwitz in jener Zeitspanne 2'500'000 Menschen vernichtet wurden und dass weitere 500'000 an den Folgen von Krankheit und Hunger starben.

Schläge, Aushungern, Folterungen und Tötungen waren an der Tagesordnung. Die Insassen des Lagers *Dachau* wurden im August 1942 grausamen Experimenten unterworfen. Die Opfer wurden in kaltes Wasser getaucht, bis ihre Körpertemperatur auf 28 Grad Celsius herabgesunken war, worauf sie eines sofortigen Todes starben. Andere Experimente umfassten Höhenversuche in Druckkammern, Experimente, durch welche ermittelt wurde, wie lange menschliche Wesen in eisigem Wasser am Leben bleiben können, Experimente mit vergifteten Kugeln, Experimente mit Infektionskrankheiten sowie solche, die sich mit der *Sterilisierung* von Männern und Frauen durch Röntgenstrahlen und andere Methoden befassten.

Es sind Zeugenaussagen beigebracht worden über die Behandlung von KZ-Insassen vor und nach ihrer Vernichtung. Es wurde ausgesagt, dass man weiblichen Opfern vor der Tötung das Haar abschnitt, das nach Deutschland geschickt wurde, um dort bei der Herstellung von Matratzen Verwendung zu finden. Die Kleidungsstücke, das Geld sowie die Wertgegenstände der KZ-Insassen wurden ebenfalls sichergestellt und den zuständigen Stellen zur weiteren Verwendung übersandt. Nach der Vernichtung wurden die Goldkronen und die Füllungen aus den Leichen entfernt und an die *Reichsbank* geschickt.

Nach der Verbrennung wurde die Asche als *Düngemittel* verwendet, und in einigen Fällen wurden Versuche unternommen, das Fett der Leichen in der industriellen Seifenherstellung zu benutzen. Sondergruppen durchreisten Europa, um Juden ausfindig zu machen und sie der «Endlösung» zu unterziehen. Deutsche Kommissare wurden in die Vasallenstaaten wie Ungarn und Bulgarien entsandt, um den *Transport* von Juden in Vernichtungslager durchzuführen, und es ist bekannt, dass bis Ende 1944 400'000 ungarische Juden in Auschwitz ermordet worden waren. Ferner wurde bezeugt, dass aus einem Teil Rumäniens 110'000 Juden zwecks «Liquidierung» evakuiert wurden. Adolf Eichmann, der von Hitler mit der Durchführung dieses Programms beauftragt worden war, hat geschätzt, dass im Zuge dieser Politik 6'000'000 *Juden getötet wurden*, von denen 4'000'000 in den Vernichtungslagern ums Leben gekommen sind.

Die angeklagten Organisationen

Artikel 9 des Statuts bestimmt: «In dem Prozess gegen ein Mitglied einer Gruppe oder Organisation kann der Gerichtshof (im Zusammenhang mit irgendeiner Handlung, derentwegen der Angeklagte verurteilt wird) erklären, dass die Gruppe oder Organisation, deren Mitglied der Angeklagte war, eine verbrecherische Organisation war.»

Aus Artikel 10 des Statuts geht hervor, dass die Entscheidung des Gerichts, eine Organisation sei verbrecherisch, endgültig ist. Die zuständige nationale Behörde jedes Signatars hat das Recht, Mitglieder einer derart gekennzeichneten Organisation vor Gericht zu stellen. Der Gerichtshof knüpft daran jedoch einige Empfehlungen, die verhindern sollen, dass Personen auf Grund der Theorie von der «Gruppenkriminalität» unschuldig verurteilt werden.

Das Korps der Politischen Leiter der Nazi-Partei

Die Anklage hat beim Gericht beantragt, das Korps der Politischen Leiter der Nazi-Partei, die Gestapo, den SD, die SS, die SA, die Reichsregierung, den Generalstab und das Oberkommando der deutschen Wehrmacht als verbrecherisch zu erklären. Der Gerichtshof wendet sich zunächst der ersten Gruppe zu:

Aufbau und Bestandteile: Das Korps der Politischen Leiter bestand aus dem Organisationsapparat der Partei mit Hitler an der Spitze; die Arbeit wurde durch den Chef der Parteikanzlei durchgeführt. Ihm unterstanden die Gauleiter. In der Hierarchie folgten dann die Kreisleiter, die Ortsgruppenleiter, die Zellenleiter und schliesslich die Blockleiter. Die Zugehörigkeit zum Korps der Politischen Leiter war in allen Stufen freiwillig. Der Antrag der Anklage umfasst mindestens 600'000 Menschen.

Ziele und Betätigung: Die Hauptaufgabe des Korps war, den Nationalsozialisten bei der Erringung und Beibehaltung der Macht zu helfen. Seine Mitglieder hatten insbesondere die politische Haltung des Volkes zu überwachen. Bei Volksabstimmungen sorgte das Korps der Politischen Leiter dafür, dass die grösstmögliche Anzahl von Ja-Stimmen sichergestellt wurde. Es arbeitete auch mit Gestapo und SD zusammen.

Verbrecherische Tätigkeit: Die Massnahmen zur Festigung der Kontrolle durch die Nazi-Partei sind nicht verbrecherisch, wohl aber ähnliche Tätigkeiten in jenen Teilen der besetzten Gebiete, die dem Reich einverleibt wurden. Das Korps der Politischen Leiter nahm auch teil an der *Verfolgung der Juden*. So wurden die Pogrome vom 9. und 10. November 1938 in Zusammenarbeit mit den Gau- und Kreisleitern organisiert. Die Mitglieder des Korps waren bis zu einem gewissen Grad über die «Endlösung» informiert, um die deutsche öffentliche Meinung daran zu hindern, sich gegen dieses Programm aufzulehnen.

Das Korps spielte eine wichtige Rolle beim Sklavenarbeiterprogramm. Nach einer Verfügung *Sauckels* war die Behandlung der **Fremdarbeiter** Sache des Korps; zumindest bis zu den Ortsgruppenleitern war es für die harte und teilweise unmenschliche Behandlungsweise verantwortlich. Auch mit der Behandlung der *Kriegsgefangenen* war das Korps unmittelbar befasst. So mussten sich Offiziere, die mit der Kriegsgefangenenaufsicht betraut waren,

mit den Kreisleitern über Fragen der Arbeitsnutzung beraten. Das Korps wurde auch eingeschaltet, um die Öffentlichkeit zur *Lynchjustiz* gegenüber abgeschossenen alliierten Piloten anzuspornen.

Schlussfolgerung: Die Angeklagten *Bormann* und *Sauckel* benützten die Mitglieder des Korps zu den verbrecherischen Zwecken, die vorher aufgeführt wurden. Die Gauleiter, Kreisleiter und Ortsgruppenleiter waren an den verbrecherischen Programmen mehr oder weniger beteiligt. Der Gerichtshof erklärt, dass die Gruppe von Menschen verbrecherisch ist, die Leiter von Büros im Stabe der Reichsleitung, Gauleitung und Kreisleitung waren. Ausserdem die Mitglieder der Organisation, die von der Begehung der verbrecherischen Tätigkeit wussten oder selbst dabei beteiligt waren. Die als verbrecherisch bezeichnete Gruppe kann keine Personen einschliessen, die vor dem 1. September 1939 aufhörten, eine der aufgeführten Stellungen zu bekleiden.

Gestapo und SD

Aufbau und Bestandteile: Der Fall der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD) wird gemeinsam beurteilt, da beide Organisationen vom 26. Juni 1936 an dem Befehl Heydrichs unterstellt waren. Die Zusammenfassung der **Sicherheitspolizei** (Gestapo und **Kriminalpolizei**) und des SD wurde 1939 bestätigt, als die verschiedenen Staats- und Parteistellen zu einer verwaltungsmässigen Einheit im **Reichssicherheitshauptamt** (RSHA) verschmolzen. Das RSHA zerfiel in sieben Ämter: Amt I und II beschäftigten sich mit Verwaltungsangelegenheiten; die Sicherheitspolizei war durch Amt IV (Gestapo) und Amt V (Kriminalpolizei) vertreten; der SD gliederte sich in Amt III (Inland) und Amt VI (Ausland); Amt VII war die Stelle für *weltanschauliche Forschung*. Die Sicherheitspolizei wurde nach Schaffung des RSHA mit der SS gleichgeschaltet. Die Beamten der Gestapo und der Kriminalpolizei erhielten entsprechende Ränge in der SS.

Die Mitglieder der Gestapo, der Kripo und des SD wurden in den besetzten Gebieten zu Einsatzkommandos und **Einsatzgruppen** zusammengefasst, in denen als Hilfskräfte Angehörige der *Ordnungspolizei*, der *Waffen-SS* und sogar der *Wehrmacht* verwandt wurden. Die Sicherheitspolizei und der SD waren freiwillige Organisationen, wenn auch viele Staatsbeamte in die Sicherheitspolizei übergeführt wurden. Sie traten der Organisation unter keinem anderen Druck als dem Wunsch, ihre Stellungen als Beamte zu behalten, bei.

Drei Sondereinheiten, die zur Organisation der Sicherheitspolizei und des SD gehörten, müssen getrennt behandelt werden: 1. Die **Grenzpolizei**, die der Kontrolle der Gestapo unterstellt war und wegen ihrer Tätigkeit im Zusammenhang mit der Verhaftung von Fremdarbeitern und ihrer Einlieferung in Konzentrationslager in die Anklage gegen die Gestapo einbegriffen werden muss. 2. Der **Zollgrenzschutz**, der im Sommer 1944 der Gestapo unterstellt wurde. Wegen des späten Zeitpunktes dieser Befehlsunterstellung ist der Gerichtshof nicht der Ansicht, dass diese Organisation in die Anklage gegen die Gestapo einbezogen werden muss. 3. Die sogenannte *Geheime Feldpolizei*, die 1942 vom Heer in die Sicherheitspolizei übergeführt wurde. Sie war mit Sicherheitsangelegenheiten innerhalb des Heeres in besetzten

Gebieten und mit der Verhütung von Überfällen durch Zivilisten auf militärische Einrichtungen betraut und beging Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in grossem Massstabe. Es ist jedoch nicht erwiesen, dass sie ein Teil der Gestapo war, und sie fällt nicht unter die Anschuldigung, verbrecherischen Charakters gewesen zu sein. Eine Ausnahme bilden solche Mitglieder, die in das Amt IV des RSHA übergeführt worden waren oder Organisationen angehörten, die durch dieses Urteil für verbrecherisch erklärt worden sind.

Verbrecherische Tätigkeit: Die Gestapo hatte die Aufgabe, jegliche politische Opposition gegen das Nazi-Regime zu verhindern. Diese Aufgabe führte sie mit Hilfe des SD durch; ihre Hauptwaffe war dabei das *Konzentrationslager*, für dessen politische Häftlinge sie über das RSHA verantwortlich war. Gestapo und SD waren an der Organisation der *Pogrome* vom 10. November 1938 führend beteiligt. Heydrich, Chef von Sicherheitspolizei und SD, wurde 1939 mit der Evakuierung der Juden aus Deutschland und 1941 mit der Endlösung betraut. Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD operierten hinter den Linien der Ostfront und führten *Massenmorde* an Juden durch. Eine bedeutende Rolle spielten die beiden Organisationen in der Verwaltung der besetzten Gebiete. Sie nahmen weitreichende Verhaftungen unter der Zivilbevölkerung vor, setzten sie unter unmenschlichen Bedingungen gefangen, unterwarfen sie brutalen Methoden *dritten Grades* und schickten viele in Konzentrationslager. Sie waren beteiligt an *Geislerschiesungen*, Verhaftung von Verwandten, Hinrichtung ohne Gerichtsverfahren der des Terrors und der Sabotage beschuldigten Personen und in der Durchführung des *Nacht-und-Nebel-Erlasses*. Ebenso beteiligt waren Sicherheitspolizei und Gestapo am Zwangsarbeiterprogramm und beauftragt mit der Leitung der Arbeitserziehungslager. Sie haben *Kriegsverbrechen* in Gestalt von Misshandlungen und Ermordungen von Kriegsgefangenen begangen und waren beteiligt an der Durchführung des *Kugel-Erlasses*, nach dem bestimmte Gruppen von entflohenen Kriegsgefangenen nach Mauthausen gebracht und dort erschossen wurden.

Schlussfolgerung: die Gestapo und der SD wurden für Zwecke verwandt, die gemäss dem Statut verbrecherisch waren. *Eingeschlossen* in den Kreis der Gestapo sind alle leitenden Verwaltungsbeamten vom Amt IV des RSHA oder solche, die sich mit Gestapo-Angelegenheiten in anderen Abteilungen des RSHA befassten, sowie sämtliche örtlichen Gestapo-Beamten, einschliesslich der Angehörigen der Grenzpolizei. *Nicht eingeschlossen* sind die Mitglieder des Grenz- und Zollschutzes und der Geheimen Feldpolizei mit Ausnahme der oben näher beschriebenen Mitglieder. Ausgeschlossen sind auch die Personen, die von der Gestapo für Büroarbeiten und nichtamtliche Aufgaben beschäftigt wurden.

Eingeschlossen in den Kreis des SD sind die Ämter III, VI und VII des RSHA und alle anderen Mitglieder des SD, gleichgültig, ob sie ehrenamtlich tätig waren oder auf anderer Grundlage, und gleichgültig, ob sie nominell Mitglieder der SS waren oder nicht. Der Gerichtshof erklärt als *verbrecherisch* die Gruppe derjenigen Mitglieder der Gestapo und des SD, welche die vorher aufgeführten Stellen innehatten, die Mitglieder der Organisation wurden oder blieben, obwohl sie von dem verbrecherischen Charakter ihrer Taten wussten und an der Verübung der Verbrechen beteiligt waren. Ausge-

geschlossen ist die Gruppe, die vor dem 1. September 1939 die vorher aufgeführten Stellungen aufgab.

Die SS

Zusammensetzung und Bestandteile: Die Schutzstaffeln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wurden 1925 als Elite-Abteilung der SA unter dem Vorwand gegründet, Parteiredner zu schützen. Nach der Machtergreifung wurde die SS zur Wahrung der Ordnung benutzt und zur Aufrechterhaltung der «inneren Sicherheit». Die SS wurde zur Belohnung für ihre Röhmsäuberungsaktion 1934 eine selbständige Einheit der Partei.

Der ursprüngliche Verband der SS war die Allgemeine SS, die zwei andere Verbände in sich schloss: die *SS-Verfügungstruppe*, bestehend aus SS-Mitgliedern, die sich an Stelle eines zwangsweisen Heeresdienstes freiwillig für einen vierjährigen Militärdienst gemeldet hatten, und den *SS-Totenkopfverbänden*, die mit der Bewachung von Konzentrationslagern beauftragt waren. Die Verfügungstruppe bildete den Kern für die *Waffen-SS*, die bei Kriegsende ungefähr 580'000 Mann umfasste, dem taktischen Befehl des Heeres unterstand, aber der SS-Disziplinargewalt unterlag.

Die SS war in zwölf Hauptämtern organisiert und verfügte über ein eigenes Rechtswesen. Von 1933 an wurden *Polizei und SS* stufenweise zusammengeschlossen und gleichgeschaltet. Bis 1940 war die SS eine völlig freiwillige Organisation; nach der Errichtung der Waffen-SS fanden Zwangsaushebungen statt. Etwa ein Drittel derjenigen, die in die Waffen-SS eintraten, dürften zwangsweise eingezogen worden sein.

Verbrecherische Handlungen: Die SS nahm an den Schritten zur Einleitung von Angriffskriegen teil und beging in noch grösserem Umfang Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Erschiessung von unbewaffneten *Kriegsgefangenen* war in einigen Waffen-SS-Einheiten Brauch. Unter dem Vorwand der *Partisanenbekämpfung* rotteten SS-Einheiten Juden und politisch unerwünschte Leute aus. Viele *Massaker* und Grausamkeiten gehen auf Konto der Waffen-SS, so die Blutbäder in *Oradour* und *Lidice*.

Seit 1934 bewachte und verwaltete die SS die *Konzentrationslager*. Die brutale Behandlungsweise der Insassen folgte der allgemeinen SS-Politik, dass die Häftlinge rassistisch minderwertig seien und nur mit Verachtung behandelt werden müssten. Nach 1942 wurden die Konzentrationslager als Quelle für *Sklavenarbeiter* benützt. Es wurde dafür gesorgt, dass die Quelle nicht versiegte. In den Konzentrationslagern wurden grausame *Experimente* mit Menschen durchgeführt.

Bei der *Judenverfolgung* spielte die SS eine besonders bedeutende Rolle, ihre speziellen Einheiten fingen die Juden in den besetzten Gebieten zusammen und rotteten sie aus. Es ist dem Gericht unmöglich, auch nur einen Teil der SS auszunehmen, der nicht an diesen verbrecherischen Handlungen teilnahm. Obwohl einige Gebiete dieser Tätigkeit geheimgehalten wurden, musste sie im Ganzen gesehen bekannt sein. Insbesondere deshalb, weil sie sich logischerweise aus den Grundsätzen der SS ergab. Die SS war darauf gedrillt, die Nazi-Regierung in der Beherrschung von Europa und der *Ausmerz*ung aller minderwertigen Rassen zu unterstützen. Wie Hess zutreffend

schrrieb, war die Waffen-SS wegen ihrer ideologischen Ausbildung am geeignetsten für die Lösung der besonderen Aufgaben in den besetzten Gebieten.

Schlussfolgerung: Die SS wurde zu Zwecken verwendet, die nach dem Statut verbrecherisch sind. In die SS *ingeschlossen* sind alle Personen, die offiziell als Mitglieder in die SS aufgenommen wurden, einschliesslich der Mitglieder der Allgemeinen SS, der Waffen-SS, der SS-Totenkopfverbände und der verschiedenen Polizeiabteilungen, welche Mitglieder der SS waren. Nicht mit einbegriffen sind die Mitglieder der sogenannten *Reiter-SS*.

Als verbrecherisch wird analog zu früheren Schlussfolgerungen die Gruppe von Personen erklärt, die als Mitglieder in die SS aufgenommen wurden, denen der verbrecherische Charakter der Tätigkeit bekannt war und die persönlich bei der Begehung von Verbrechen beteiligt waren. *Ausgeschlossen* sind diejenigen, die zwangsweise in die SS aufgenommen wurden und selbst keine Verbrechen begingen, sowie die Personen, die vor dem 1. September 1939 den vorher genannten Organisationen nicht mehr angehörten.

Die SA

Aufbau und Bestandteile: Die Sturmabteilungen wurden 1921 für politische Zwecke gegründet und waren militärisch organisiert. Bis 1933 war die Mitgliedschaft in der SA freiwillig; nach der Machtergreifung wurden auf öffentliche Angestellte ein gewisser politischer und wirtschaftlicher Druck ausgeübt. Ausserdem wurden Mitglieder des *Stahlhelms*, des *Kyffhäuserbundes* und der ländlichen Reitervereinigungen ohne ihr Wissen in die SA übergeführt. Da aber nur in Einzelfällen dagegen protestiert wurde, stellt das Gericht fest, dass die Mitgliedschaft in der SA, die Ende 1933 4,5 Millionen Mann umfasste, im allgemeinen freiwillig war.

Tätigkeit: Die Sturmtruppen der SA waren zunächst «der starke Arm in der Partei» und beteiligten sich an der Propagierung der Nazi-Weltanschauung. Nach der Machtergreifung half die SA bei der Errichtung der *Nazi-Schreckensherrschaft* mit und beging Gewalttätigkeiten gegen die Juden, verhaftete politische Widersacher und bewachte *Konzentrationslager*. Nach der Säuberungswelle beim Röhm-Blutbad gingen Einfluss und Macht der SA stark zurück. Vereinzelt SA-Einheiten waren jedoch mit Massnahmen verknüpft, die zum Angriffskrieg und zur Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit führen sollten. Einige SA-Einheiten waren an den *Juden-Pogromen* des 10. und 11. November 1938 sowie an der Misshandlung von Juden in den *Gettos* von Wilna und Kowno beteiligt.

Schlussfolgerung: Zunächst war die SA eine Gruppe von Raufbolden und Draufgängern, deren Tätigkeit jedoch *nicht verbrecherisch* im Sinne des Statuts war. Nach der Säuberung war die SA eine unbedeutende Nazi-Anhängergruppe, deren Mitglieder nicht an verbrecherischen Handlungen im Allgemeinen teilnahmen oder davon wussten. Das Gericht sieht deshalb davon ab, die SA im Sinne des Artikels 9 als verbrecherische Organisation zu erklären.

Die Reichsregierung

Die Reichsregierung bestand aus den Mitgliedern des gewöhnlichen *Kabinetts*, des *Ministerrats für die Reichs Verteidigung* und aus den Mitgliedern des

Geheimen Kabinettsrates. Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass die Reichsregierung aus zwei Gründen nicht als verbrecherisch erklärt werden soll: 1. ist nicht bewiesen, dass sie nach 1937 tatsächlich als Gruppe tätig war, 2. ist die beschuldigte Personengruppe so klein, dass gegen sie ohne Weiteres Einzelverfahren geführt werden können.

ad 1: Die Reichsregierung war von dem uns interessierenden Zeitpunkt an keine Körperschaft mit Regierungsfunktionen mehr, sondern eine Mehrheit von Verwaltungsbeamten, die der Kontrolle Hitlers unterlagen. Die Reichsregierung hielt nach 1937 *keine einzige Sitzung* mehr ab, der Geheime Kabinettsrat *trat nie zusammen*. Die Regierungsmitglieder, die an der *Verschwörung* zur Führung eines Angriffskrieges beteiligt waren, waren es als Einzelpersonen. Die Invasion Polens wurde nicht durch Regierungsbefehl ausgelöst.

ad 2: Eine Anzahl von Regierungsmitgliedern, die Verbrechen begingen, steht vor diesem Gerichtshof. Die Zahl der Mitglieder dieser Gruppe wird auf 48 geschätzt, von denen acht tot sind und 17 jetzt vor Gericht stehen. Es verbleiben also im Höchstfall 23, für die die Erklärung von Bedeutung sein könnte. Die Prozesse gegen sie würden weder beschleunigt noch erleichtert, wenn das Gericht die Organisation für verbrecherisch erklären würde.

Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht

Der Gerichtshof kann sich der Ansicht der Anklage, dass der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht eine verbrecherische Organisation seien, nicht anschließen, weil sie nach seiner Auffassung weder eine «Organisation» noch eine «Gruppe» im Sinne des Statuts sind. Diese angebliche Gruppe besteht aus etwa 130 lebenden oder verstorbenen Offizieren, die in eine der folgenden vier Kategorien gehören: 1. *Oberbefehlshaber* einer der drei Waffengattungen, 2. *Stabschef* einer der drei Waffengattungen, 3. *Oberbefehlshaber*, das sind die *Truppenbefehlshaber*, einer der drei Waffengattungen, 4. ein Offizier des OKW (*Keitel, Jodl und Warlimont*).

Die als Mitglieder Angeklagten waren die militärischen Führer Deutschlands vom höchsten Range. Ihre Tätigkeit war die gleiche wie die bei den Armeen, Flotten und Luftwaffen aller anderen Länder. Sie bildeten *keine Vereinigung*, sondern eine Ansammlung von Militärs in hohen Stellungen. Auch die Frage, ob die Mitgliedschaft in diesen Organisationen freiwillig war oder nicht, ist abwegig. Denn den Mitgliedern dieser angeblichen Organisationen fehlte das Bewusstsein, irgendwo beizutreten. Sie wussten nur, dass sie einen gewissen hohen Rang in einer der drei Waffengattungen erlangt hatten. Deshalb erklärt der Gerichtshof den Generalstab und das Oberkommando *nicht* als verbrecherische Organisation.

Aber das Urteil sagt wörtlich:

«Das Gericht hat viele Zeugenaussagen über die Teilnahme dieser Offiziere an der Planung und Führung des *Angriffskrieges* und an der Begehung von *Kriegsverbrechen* und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehört. Sie sind in grossem Masse verantwortlich gewesen für die Leiden und Nöte, die über Millionen Männer, Frauen und Kinder gekommen sind. Sie sind ein *Schandfleck* für das ehrenhafte Waffenhandwerk geworden. Ohne ihre militärische Führung wären die Angriffsgelüste Hitlers und seiner Nazi-Kum-

pane akademisch und ohne Folgen geblieben. Viele dieser Männer haben mit dem *Soldateneid des Gehorsams* gegenüber militärischen Befehlen ihren Spott getrieben. Wenn es ihrer Verteidigung zweckdienlich ist, so sagen sie, sie hätten *gehorsam müssen*; hält man ihnen Hitlers brutale Verbrechen vor, deren allgemeine Kenntnis ihnen nachgewiesen wurde, so sagen sie, sie hätten den *Gehorsam verweigert*. Die Wahrheit ist, dass sie an all diesen Verbrechen rege teilgenommen haben oder in schweigender Zustimmung verharren, wenn vor ihren Augen grösser angelegte und empörende Verbrechen begangen wurden, als die Welt je zu sehen das Unglück hatte.»

Schuld oder Unschuld der einzelnen Angeklagten

Nach Artikel 26 des Statuts soll der Urteilsspruch des Gerichtshofes die massgebenden Gründe für die Feststellung der Schuld oder Unschuld der Angeklagten angeben. Der Gerichtshof gibt nunmehr die Gründe für die Urteilsprüche der einzelnen Angeklagten bekannt*:

BORMANN, nach Punkt eins, drei und vier angeklagt, war Mitglied des Stabes der Obersten SA-Führung und Reichsleiter von 1933 bis 1945. Nach dem Flug von Hess nach England wurde er Leiter der Parteikanzlei und 1943 Sekretär des Führers. Er war Leiter des Volkssturms und General der SS.

Verbrechen gegen den Frieden: Bormann war zunächst ein unbedeutender Mann und gewann erst in den letzten Jahren des Krieges rasch an Einfluss und Macht. Es liegen keine Beweise vor, dass Bormann von Hitlers Angriffsplänen wusste.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Bormann besass als der Nachfolger von Hess die Kontrollgewalt über alle von Hitler erlassenen Gesetze und Richtlinien. Als die Bormann verantwortlichen Gauleiter zu Reichsverteidigungskommissaren wurden, beherrschte Bormann die rücksichtslose Ausbeutung der unterworfenen Bevölkerung. Er beteiligte sich an der Judenverfolgung, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den eroberten Gebieten. Ebenso trägt er Mitschuld an dem Zwangsarbeiterprogramm, für dessen Behandlungsmethoden er verantwortlich war. Er gab Weisung, dass Fremdarbeiter in Sicherheitsfragen der SS unterstehen, und wies seine Gauleiter an, Fälle von milder Behandlung zu melden. Er überantwortete die Kriegsgefangenen der Rechtsprechung durch die SS. Bormann trägt die Verantwortung für das Lynchen alliierter Flieger. Da keine Beweise für den Tod Bormanns vorliegen, entschloss sich das Gericht, ihn *in absentia* zu verurteilen.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach Punkt drei und vier.

DÖNITZ, nach Punkt eins, zwei und drei angeklagt, wurde 1936 Befehlshaber der Unterseebootwaffe und 1943 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. Am 1. Mai 1945 wurde er Staatsoberhaupt als Nachfolger Hitlers. **Verbrechen gegen den Frieden:** Dönitz führte als Berufsoffizier rein militärische Aufgaben durch und war an der Planung von Angriffskriegen nicht beteiligt, wohl aber an deren Führung. Obwohl er bis 1943 kein «Oberbefehlshaber» war, stand er an der Spitze dieses weitgehend unabhängig geführten wichtigsten Zweiges der Kriegsmarine und besass eine Stellung, die in seinem Titel allein

* Hier, im Gegensatz zum Original, in alphabetischer Reihenfolge wiedergegeben.

nicht zum Ausdruck kommt. Nach 1943 wurde er von Hitler häufig zu Rat gezogen und befürwortete noch im April 1945 die Fortführung des Kampfes.

Kriegsverbrechen: Das Gerichtsurteil befasst sich nunmehr sehr ausführlich mit der Frage, ob der von Dönitz geleitete U-Boot-Krieg eine Verletzung des Flottenabkommens von 1936 und ein Kriegsverbrechen darstellt. Es kommt zu dem Schluss, dass Dönitz für seine Führung des U-Boot-Krieges gegen bewaffnete britische Handelsschiffe nicht schuldig gesprochen werden kann. Eine andere Sache ist jedoch nach Ansicht des Gerichts sein Befehl, neutrale Schiffe ohne Warnung zu versenken, wenn sie im Operationsgebiet führen. Dies war eine klare Verletzung des Flottenprotokolls von 1936, ebenso der Befehl, keine Überlebenden zu retten. Eingedenk der Tatsache, dass der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht nur von Deutschland allein geführt wurde, wird das Gericht die Dönitz zuteil werdende Strafe nicht auf seine Verstöße gegen die Bestimmungen für den U-Boot-Krieg stützen. Dönitz duldete nach seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber Hitlers Kommandobefehl und ist somit verantwortlich. Er wusste auch von den Konzentrationslagern. Im Jahre 1945 gab Dönitz eine sehr zweideutige Erklärung ab, als er von Hitler um Rat gefragt wurde, ob die Genfer Konvention gekündigt werden solle. Der Gerichtshof trägt jedoch der Tatsache Rechnung, dass gefangene britische Seeleute streng nach der Konvention behandelt wurden; dies wird als mildernde Umstand gewertet.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach Punkt zwei und drei.

FRANK, nach den Punkten eins, drei und vier angeklagt, trat der Partei 1927 bei und wurde 1934 Reichsminister ohne Portefeuille. Er hatte den Ehrenrang eines SA-Obergruppenführers und wurde 1942 aus seinen Stellungen als Reichsleiter und Vorsitzender der Akademie für Deutsches Recht entlassen.

Verbrechen gegen den Frieden: Er war nach Ansicht des Gerichts nicht eng genug mit dem Plan, Angriffskriege zu führen, verbunden, um ihn nach Punkt eins schuldig zu erklären.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Frank errichtete als Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete ein unglaubliches Terrorregime, dessen Ziel es war, die Polen zu Sklaven des Grossdeutschen Reiches zu machen und die nicht genehmen Schichten auszurotten. Frank ist verantwortlich für die wirtschaftliche Ausbeutung Polens und die Deportation von Sklavenarbeitern. Frank hat erklärt, dass er eine «schreckliche Schuld» auf sich geladen habe, seine Verteidigung versuchte jedoch den Nachweis zu erbringen, dass er nicht verantwortlich war für die ihm zur Last gelegten Verbrechen. Es stimmt, dass ein grosser Teil der Verbrechen von der Polizei direkt begangen wurde und dass er Kompetenzstreitigkeiten mit Himmler hatte. Dennoch war Frank ein williger und wisender Mitwirkender.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach Punkt drei und vier.

FRICK, nach allen vier Punkten angeklagt, hatte eine Reihe wichtiger Ämter inne und war unter anderem Reichsinnenminister und Reichsprotector von Böhmen und Mähren. Er stand an der Spitze der Zentralämter für die Einverleibung der eroberten Länder.

Verbrechen gegen den Frieden: Als Innenminister gliederte er mit rücksichtsloser Energie die Länderregierungen in die Reichsoberhoheit ein. An den Plänen oder der Verschwörung zur Führung von Angriffskriegen war er wohl nicht beteiligt. Er unterschrieb die Gesetze zur Einverleibung Österreichs, des Sudetenlandes, Danzigs, der Ostgebiete (Westpreussen und Posen), Böhmens und Mährens und führte die Einverleibung der betreffenden Gebiete durch.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Als wilder Antisemit ist Frick mitverantwortlich an Gesetzen, die dazu dienten, die Juden aus Deutschlands Leben und Wirtschaft auszuschalten. Während er Reichsprotector war, wurden Tausende von Juden aus Gettos in ihren Tod im Konzentrationslager geführt. Frick wusste von den dort verübten Grausamkeiten. Obwohl er als Reichsprotector in seinen Pflichten wesentlich eingeschränkter war als sein Vorgänger, ist er voll verantwortlich für die Nazi-Besatzungsmethoden. Die gleiche Schuld trifft ihn bei der Germanisierung der besetzten Gebiete. Frick unterstand während des Krieges die Anstalten, in denen der «Gnadentod» angewendet wurde.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach Punkt zwei, drei und vier.

FRTZSCHE, nach Punkt eins, drei und vier angeklagt, war hauptsächlich als Rundfunkkommentator bekannt. Er wurde 1942 Ministerialdirektor und Leiter der Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums.

Verbrechen gegen den Frieden: Fritzsche beaufsichtigte als Leiter der Abteilung Deutsche Presse 2300 Tageszeitungen. Er unterstand dem Reichspressechef Dietrich und gab die «Tagesparolen» weiter, die der Presse die einzuschlagende Richtung wiesen. Er beeinflusste und bestimmte die Art von Propaganda, die das deutsche Volk am Rundfunk hören sollte, doch war er nicht wichtig genug, um an der Planung von Angriffskriegen teilgenommen zu haben.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Die Anklage hat behauptet, dass Fritzsche zur Begehung von Kriegsverbrechen aufhetzte. Seine Stellung war jedoch nicht danach, dass man annehmen dürfte, er sei an der Planung von Propagandafeldzügen beteiligt gewesen. Fritzsche war ausgesprochener Antisemit und verbreitete manchmal unwahre Nachrichten. Sein Ziel war, die Volksstimmung für Hitler und die deutsche Kriegsanstrengung zu erwecken.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach der Anklage. Fritzsche wird entlassen, sobald sich das Gericht vertagt.

FUNK, nach allen vier Punkten angeklagt, wurde 1938 Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft. Ein Jahr später wurde er als Nachfolger Schachts Reichsbankpräsident. 1943 gehörte er der Zentralen Planung an.

Verbrechen gegen den Frieden: Funk ergriff die Massnahmen, die nötig waren, um die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Angriffskriege zu schaffen. Er schuf die Pläne für die Kriegsfinanzierung. Funk war aber keine Hauptperson bei der Planung des Angriffskrieges.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Funk spielte eine Rolle im frühen Stadium der wirtschaftlichen Entrechtung der Juden. Er traf 1942 ein Abkommen mit Himmler, nach dem die Reichsbank von der SS

Gold, Juwelen und Barmittel erhielt. Die Gegenstände stammten von den Opfern der Konzentrationslager. Er musste dies wissen oder verschloss seine Augen bewusst. Funk war auch mit den deutschen Besatzungsmethoden vertraut und mittelbar verantwortlich für die Verwendung der Arbeitskräfte aus den Konzentrationslagern. Obwohl Funk hohe Posten innehatte, war er nie eine beherrschende Figur in all diesen Programmen; dies ist ein Milderungsgrund.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach Punkt zwei, drei und vier.

GÖRING. Der nächst Hitler bedeutendste Mann des Nazi-Regimes ist nach allen vier Anklagepunkten angeklagt. Göring hatte zumindest bis 1943 ungeheuren Einfluss auf Hitler und war über alle wichtigen politischen und militärischen Probleme informiert.

Verbrechen gegen den Frieden: Göring trug weitgehend dazu bei, den Nationalsozialismus an die Macht zu bringen, er baute die Gestapo auf und schuf die ersten Konzentrationslager. 1936 wurde er Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan und damit wirtschaftlicher Diktator des Reiches. Beim Anschluss Österreichs war er die zentrale Gestalt, bei der Ergreifung des Sudetenlandes plante er eine Luftoffensive, und vor dem Einfall in die Tschechoslowakei drohte er, Prag mit Bomben zu bewerfen. Er befahl die Luftwaffe beim Angriff auf Polen und während aller folgenden Angriffskriege. Wenn er gewisse Angriffsaktionen nicht billigte, so nur aus strategischen Gründen. Es besteht kein Zweifel, dass Göring die treibende Kraft hinter den Angriffskriegen war und darin nur Hitler nachstand.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Göring hat selbst seine Mitverantwortlichkeit für die Verwendung von Sklavenarbeitern zugegeben. Als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan gab Göring die Richtlinien für die Plünderung eroberten Gebiete heraus. Göring verfolgte die Juden, insbesondere aus wirtschaftlichen Motiven. Die Verbrechen wurden von Göring offen zugegeben; seine Schuld ist einmalig in ihrer Ungeheuerlichkeit.

Schlussfolgerung: Der Gerichtshof spricht den Angeklagten Göring nach allen vier Anklagepunkten der Anklageschrift schuldig.

HESS, nach allen vier Punkten angeklagt, war bis zu seinem Flug nach England Hitlers Vertrauter. Am 10. Mai 1941 flog er von Deutschland nach Schottland.

Verbrechen gegen den Frieden: Hess war als Stellvertreter des Führers derführende Mann in der Nazi-Partei und unterstützte aktiv die Vorbereitung für den Krieg. Wenn er auch 1936/37 Reden hielt, in denen er den Willen zum Frieden ausdrückte, musste er besser als jeder andere Angeklagte wissen, wie fest entschlossen Hitler zur Verwirklichung seiner ehrgeizigen Ziele war. Hess war Teilnehmer an den Angriffen aus Österreich, die Tschechoslowakei und Polen. Er muss von den Angriffsplänen schon bei ihrer Entstehung gewusst haben. Zehn Tage nach der Festsetzung des Angriffsdatums auf die Sowjetunion flog Hess nach England. Bei seinen Unterhaltungen rechtfertigte Hess die deutschen Angriffshandlungen.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Es liegen Beweise vor, dass Hess an der Erteilung verbrecherischer Befehle beteiligt war und auch Kenntnis von den im Osten begangenen Verbrechen gehabt haben

mag. Sie reichen jedoch nicht aus, um einen Schuldspruch zu begründen. Es besteht kein Grund zur Annahme, dass Hess geistig nicht völlig gesund war, als die Taten, deren er beschuldigt ist, begangen wurden.

Schlussfolgerung: Schuldig nach Punkt eins und zwei, nicht schuldig nach drei und vier.

JODL, nach allen vier Punkten angeklagt, wurde 1939 Chef des Wehrmachtsführungsstabes im Oberkommando der Wehrmacht. Ihm fiel im militärischen Sinn die eigentliche Planung des Krieges zu. Jodl verteidigt sich, dass er kein Politiker gewesen sei, sondern ein an den Gehorsam gebundener Soldat. Er sagte aber auch aus, dass er häufig versucht habe, bestimmte Massnahmen zu verhindern.

Verbrechen gegen den Frieden: Die Tagebuch-Eintragungen Jodls lassen klar erkennen, dass er bei allen Angriffsplanungen eifrig tätig war. Dies bezieht sich sowohl auf den Anschluss Österreichs als auch auf die Angriffe auf die Tschechoslowakei, auf Norwegen, Dänemark und Holland, auf Griechenland und die Sowjetunion. Jodl hatte in hohem Masse die Leitung und Organisation dieser Aktionen.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Jodl unterschrieb den Kommandobefehl in einer zusätzlichen Erklärung, die sich an befehlshabende Offiziere richtete. Bei der Frage der Kündigung der Genfer Konvention vertrat Jodl die Auffassung, dass dabei die Nachteile grösser als die Vorteile seien. Jodl erklärte, dass man «mit gefühlloser Kraft und Entschlossenheit» in Dänemark, Frankreich und den Niederlanden vorgehen müsse, damit der Atlantikwall ausgeführt werden könne. Jodl befahl 1944 die Evakuierung aller Personen aus Nord-Norwegen und die Niederbrennung ihrer Häuser. Jodl beruft sich auf «Befehle von oben»; er kann sich damit nicht entschuldigen: Die Teilnahme an Verbrechen dieser Art ist noch nie von einem Soldaten verlangt worden.

Schlussfolgerung: Schuldig nach allen vier Punkten.

KALTENBRUNNER, nach den Punkten eins, drei und vier angeklagt, war der Führer der SS in Österreich und als Nachfolger Heydrichs Chef der Sicherheitspolizei, des SD und des Reichssicherheitshauptamtes im Range eines Obergruppenführers.

Verbrechen gegen den Frieden: Kaltenbrunner war an der Intrige gegen die Schuschnigg-Regierung beteiligt. Es besteht jedoch kein Anhaltspunkt, dass Kaltenbrunner an Plänen für einen Angriffskrieg beteiligt war (der Anschluss Österreichs wird nicht als Angriffskrieg gewertet).

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Kaltenbrunner kannte die Zustände in den Konzentrationslagern, er war bei einer Vorführung anwesend, in der die verschiedenen Hinrichtungsmethoden gezeigt wurden. Die ungeheuren Verbrechen, die von den verschiedenen Ämtern des RSHA begangen wurden, geschahen unter seiner Leitung. Unter Kaltenbrunners Leitung wurde von der Gestapo der Befehl zur Tötung von Kommandotrups auf Fallschirmspringer ausgedehnt. Das Amt IV des RSHA überwachte das Programm der «Endlösung», dem sechs Millionen Juden zum Opfer fielen. Über alle diese und früher schon beschriebenen Verbrechen wusste Kaltenbrunner Bescheid. Kaltenbrunner hat behauptet, er habe nicht die Gesamtverantwortung über das RSHA übernommen, sondern sich auf Angelegenheiten des ausländischen Nachrichtendienstes beschränkt. Er hat

zwar tatsächlich ein auffallendes Interesse für letztere Tätigkeit gezeigt, doch hat er andererseits effektiv das RSHA kontrolliert.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach drei und vier.

KEITEL, nach allen vier Punkten angeklagt, war Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, besass jedoch keine unmittelbare Befehlsgewalt über die drei Wehrmachtsteile.

Verbrechen gegen den Frieden: Keitel sorgte mehrmals dafür, den politischen Drohungen Hitlers militärischen Nachdruck zu verleihen. Er unterzeichnete die Befehle für den *Fall Otto* (Österreich), den *Fall Grün* (Tschechoslowakei), den *Fall Weiss* (Polen) und die Besetzung Norwegens, Belgiens und der Niederlande. Obwohl Keitel aus, wie er sagt, militärischen und völkerrechtlichen Motiven heraus den Überfall auf die Sowjetunion ablehnte, paraphierte er den *Fall Barbarossa*.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Keitel erliess einen Befehl, nach dem Fallschirmspringer dem SD überantwortet werden sollten, er bestätigte Hitlers Kommandobefehl, obwohl er nicht an dessen Rechtmässigkeit glaubte. Als Canaris völkerrechtliche Bedenken gegen die harte Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener anmeldete, schrieb Keitel wörtlich: «Die Bedenken entspringen den soldatischen Auffassungen von ritterlichem Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung. Deshalb billige ich die Massnahme und decke sie.» Am 16. September 1941 befahl Keitel, dass für einen überfallenen und getöteten deutschen Soldaten 50 bis 100 Kommunisten umzubringen seien.

Er unterzeichnete auch einen Befehl, nach dem Zivilpersonen, die Vergehen gegenüber der Truppe verdächtig sind, ohne Gerichtsverfahren erschossen werden sollen. Auch der *Nacht-und-Nebel-Erlass* trug Keitels Unterschrift. Keitel leugnete seine Beziehungen zu den Verbrechen nicht, berief sich aber auf den «Befehl von oben», der nach Artikel 8 des Statuts als Verteidigung nicht zugelassen ist. Mildernde Umstände liegen nicht vor.

Schlussfolgerung: Schuldig nach allen vier Punkten.

NEURATH, nach allen vier Punkten angeklagt, ist Berufsdiplomate und wurde 1932 Aussenminister, derer bis zu seinem Rücktritt 1938 blieb. Danach wurde er Präsident des Geheimen Kabinettsrats und Reichsprotektor von Böhmen und Mähren bis 1941. Er hatte den formalen Rang eines SS-Obergruppenführers.

Verbrechen gegen den Frieden: Als Aussenminister hatte v. Neurath einen bedeutenden Anteil an der Entscheidung Hitlers für eine Wiederbesetzung des Rheinlands. Er nahm an der Hossbach-Konferenz teil und trat im Zusammenhang damit zurück. Er hielt aber weiterhin Kontakt mit dem Regime.

Verbrecherische Tätigkeit in der Tschechoslowakei: Als Reichsprotektor führte Neurath eine Verwaltung ein, die der in Deutschland bestehenden ähnelte. Bei Ausbruch des Krieges wurden 8'000 Tschechen verhaftet und viele davon ermordet. Neurath war der führende deutsche Beamte im Protektorat, und er wusste, dass unter seiner Herrschaft Verbrechen begangen wurden. Als mildernder Umstand wird angesehen, dass er sich für die Freilassung Verhafteter einsetzte. Neurath wurde 1941 von Hitler darauf aufmerksam gemacht, dass er nicht streng genug sei und dass Heydrich sich nunmehr mit den Wider-

standsgruppen befassen werde. Darauf bot Neurath seinen Rücktritt an und weigerte sich, weiter als Protektor zu amtieren.

Schlussfolgerung: Schuldig nach allen vier Punkten.

PAPEN, nach Punkt eins und zwei angeklagt, wurde 1932 Reichskanzler. Während des Dritten Reiches war er Gesandter in Wien und Botschafter in der Türkei. Er kehrte 1944 nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei zurück.

Verbrechen gegen den Frieden: Papen nahm teil an der Festigung der Nazi-Kontrolle im Jahre 1933, durch seine *Marburger Rede* geriet er jedoch in Schwierigkeiten mit dem Regime. Dessen ungeachtet nahm er 1934 nach der Ermordung Dollfuss' den Posten des Gesandten in Österreich an. In dieser Stellung tat Papen alles, um die Nazipartei in Österreich zu stärken und den Anschluss herbeizuführen. Er bereitete die Besprechungen zwischen Schuschnigg und Hitler vor. Es gibt keinen Beweis, dass Papen die gewaltsame Besetzung Österreichs befürwortete, jedoch hat er Intrigen und Drohungen benutzt, um das Schuschniggsche Regime zu unterhöhlen und die österreichischen Nazis zu stärken. Solche Verletzungen der politischen Moral sind nach dem Statut nicht verbrecherisch.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach dieser Anklage. Von Papen wird entlassen, sobald das Gericht sich vertagt.

RAEDER, nach Punkt eins, zwei und drei angeklagt, war 1928 Chef der Marineleitung und von 1935 bis 1943, als er auf eigenen Wunsch ersetzt worden ist, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine.

Verbrechen gegen den Frieden: Raeder baute die deutsche Marine unter Verletzung des Versailler Vertrages auf und war bei den wichtigen Besprechungen Hitlers zugegen, welche die verschiedenen Angriffspläne zum Thema hatten. Er empfing die entsprechenden Weisungen und war der Initiator der Invasion Norwegens, die bereits als Angriffskriegshandlung gekennzeichnet wurde. Raeder riet Hitler von einem Angriff auf die Sowjetunion ab, gab jedoch später seinen Widerstand auf und leitete die nötigen Massnahmen ein.

Kriegsverbrechen: Raeder liess den uneingeschränkten U-Boot-Krieg führen, der zur Versenkung unbewaffneter Handelsschiffe und zur Beschiesung von Schiffbrüchigen führte. Das Gericht kommt bei ihm in Bezug auf die Zeitspanne bis 1943 zur gleichen Entscheidung wie im Falle Dönitz. Raeder gibt zu, dass er den Kommandobefehl, der sich ausdrücklich nicht auf den Seekrieg bezog, weiterleitete und keinen Einspruch bei Hitler erhob.

Schlussfolgerung: Schuldig nach Punkt eins, zwei und drei.

RIBBENTROP, nach allen vier Anklagepunkten angeklagt, trat 1932 der Nazi-Partei bei und wurde in rascher Folge Hitlers aussenpolitischer Ratgeber, Delegierter für Abrüstungsfragen, Botschafter zur besonderen Verwendung, Botschafterin England und am 4. Februar 1938 schliesslich Reichsaussenminister.

Verbrechen gegen den Frieden: In einer Denkschrift führte Ribbentrop als Botschafter in England aus, wie man seiner Meinung nach eine Änderung des Status quo im Osten erzielen und England und Frankreich aus einem daraus resultierenden Krieg heraushalten könne. Ribbentrop war anwesend bei der Besprechung Hitler-Schuschnigg und nahm an den Angriffsplänen gegen die Tschechoslowakei teil. Ribbentrop unterzeichnete die Gesetze über

die Einverleibung Österreichs und die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren. Er war unterrichtet über die geplanten Angriffe auf Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien; er ergriff die aussenpolitische Initiative, um andere Länder an der Seite Deutschlands in den Krieg zu ziehen.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Ribbentrop ist verantwortlich für die Methoden, die bei der Besetzung Dänemarks und Vichy-Frankreichs verwirklicht wurden, da der oberste deutsche Beamte in diesen beiden Ländern Vertreter des Auswärtigen Amtes war. Bei der «Endlösung» spielte Ribbentrop eine wichtige Rolle. So wies er etwa auf diplomatischem Wege die Vasallenstaaten an, die Deportation der Juden nach dem Osten zu beschleunigen. Horthy teilte er mit, dass «die Juden entweder vernichtet oder in ein Konzentrationslager gebracht werden müssen». Ribbentrops Verteidigung, Hitler habe alle wichtigen Entscheidungen selbst getroffen, und er, Ribbentrop, habe nie an Hitlers Friedensliebe gezweifelt, hält das Gericht nicht für stichhaltig. Ribbentrop hat Hitler so willig bis zum Schluss gedient, weil Hitlers Politik und Hitlers Pläne sich mit seinen eigenen deckten.

Schlussfolgerung: Schuldig nach allen vier Punkten.

ROSENBERG, nach allen vier Punkten angeklagt, war der anerkannte Parteiphilosoph. Er war Reichsleiter und Chef des Aussenpolitischen Amtes (APA) der NSDAP und wurde 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt.

Verbrechen gegen den Frieden: Als Leiter des APA war Rosenberg mit Raeder zusammen der Urheber für den Plan eines Angriffs auf Norwegen. Auch für Planung und Ausführung der Besatzungspolitik in den Ostgebieten trägt er einen grossen Teil Verantwortung. Er stellte sich Hitler als «politischer Berater» für osteuropäische Fragen zur Verfügung und arbeitete mehrere entsprechende Entwürfe aus. 1941 schliesslich übertrug ihm Hitler die Verantwortung für die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Als Leiter des *Einsatzstabes Rosenberg* er für die Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums in allen überfallenen Ländern verantwortlich. Sein Einsatzstab schaffte bis 1944 21 903 Kunstgegenstände nach Deutschland und plünderte allein im Westen 69 619 jüdische Wohnungen aus. Rosenberg war die oberste Autorität in den besetzten Ostgebieten und wusste Bescheid über den unmenschlichen Terror der Besatzungspolitik. Seine Untergebenen begingen Massenmorde, und er selbst befahl die Massendeportation von Ostarbeitern. Gelegentlich wandte er sich gegen Ausschreitungen und Grausamkeiten, doch blieb er weiter in seinem Amt.

Schlussfolgerung: Schuldig nach allen vier Punkten.

SAUCKEL, nach allen vier Punkten angeklagt, bekleidete eine Reihe hoher Stellen in Thüringen und besass den formalen Rang eines SA- und SS-Obergruppenführers.

Verbrechen gegen den Frieden: Das Beweismaterial reichte nicht aus, um ihn nach Punkt eins oder zwei zu verurteilen.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Als Sauckel 1942 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz wurde, mobilisierte er durch Einführung des Zwangsarbeitsdienstes alle verfügbaren Kräfte unter unmenschlichen und abstossenden Bedingungen. Er befürwortete zwar nicht

die Brutalität als Selbstzweck, doch bleibt die Tatsache, dass unter seiner Leitung fünf Millionen Sklavenarbeiter erfasst wurden, von denen viele schreckliche Grausamkeiten erdulden mussten.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach Punkt drei und vier.

SCHACHT, nach Punkt eins und zwei angeklagt, war vor der Machtergreifung Reichsbankpräsident und bekleidete diese Stellung während des Dritten Reiches zweimal. 1937 wurde er Minister ohne Geschäftsbereich und 1943 aus dieser Funktion entlassen.

Verbrechen gegen den Frieden: Schacht befürwortete die Ernennung Hitlers zum Kanzler und spielte eine wichtige Rolle bei der Aufrüstung. Schachts Einfluss verminderte sich, als er in währungstechnische und politische Auseinandersetzungen mit Göring trat. Als Reichsbankpräsident trat er für eine ausgeglichene Bilanz ein und kam in Konflikt mit Hitler und seinem Rüstungsprogramm. 1944 wurde Schacht bis Kriegsende in ein Konzentrationslager gesperrt. Schacht war zwar die Zentralfigur im frühen Stadium der deutschen Aufrüstung, doch ist diese nach dem Statut nicht verbrecherisch. Wenn es nach ihm gegangen wäre, so wäre Deutschland auf einen europäischen Krieg nicht vorbereitet gewesen. Schacht nahm jedoch in geringerem Masse weiter am Wirtschaftsleben und an einigen anfänglichen Nazi-Angriffen teil, nicht aber an deren Planung. Er gehörte nicht zum inneren Kreis um Hitler. Ob Schacht von den Nazi-Angriffsplänen wusste, wird bezweifelt.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach dieser Anklage. Er wird entlassen, sobald sich das Gericht vertagt.

SCHIRACH, nach Punkt eins und vier angeklagt, war Führer des Nationalsozialistischen Studentenbundes und wurde 1933 Jugendführer des Deutschen Reiches; von dieser Stellung trat er 1940 zurück, blieb aber Reichsleiter und behielt die Kontrolle über die Jugenderziehung. 1940 wurde er Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien.

Verbrechen gegen den Frieden: Schirach benutzte die Hitler-Jugend, in die bis 1940 97 Prozent aller Jugendlichen eingegliedert worden waren, um die Jugend «im nationalsozialistischen Geiste» zu erziehen. Seine Organisation lieferte den Nachschub für Parteiformationen und besorgte eine vormilitärische Ausbildung in enger Zusammenarbeit mit der Wehrmacht. Schirach scheint jedoch nicht in die Planung eines Angriffskrieges verwickelt zu sein.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Als Gauleiter von Wien war Schirach Sauckels Bevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. Er war beteiligt an der Deportation von Tausenden von Wiener Juden ins Generalgouvernement, eine Tat, die er selbst als «Beitrag zur europäischen Kultur» bezeichnete. Schirach war genau informiert über die Tätigkeit der Einsatzgruppen und befürwortete einen Bombenangriff auf ein englisches Kulturzentrum als Vergeltung für die Ermordung Heydrichs.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach vier.

SEYSS-INQUART, nach allen vier Punkten angeklagt, hatte als österreichischer Rechtsanwalt seit 1931 Fühlung mit der österreichischen Nazi-Partei und wurde nach Schwierigkeiten mit ihr 1938 Mitglied. Einen Monat zuvor war er unter Einwirkung Hitlers österreichischer Sicherheits- und Innenminister geworden.

Tätigkeit in Österreich: Seyss-Inquart nahm teil an den letzten Intrigen um den Anschluss und wurde am 15. März 1938 Reichsstatthalter für Österreich, ein Jahr später Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Er hatte den Rang eines SS-Generals. Seyss-Inquart beschlagnahmte jüdisches Eigentum, unter seinem Regime wurden die Juden in Konzentrationslager gebracht und viele Gegner des Regimes getötet.

Verbrecherische Tätigkeit in Polen und den Niederlanden: Seyss-Inquart wurde 1939 und 1940 zum Chef der Zivilverwaltung in Südpolen und zum Reichskommissar für die besetzten Niederlande ernannt. In diesen Positionen nahm er teil an der Ausplünderung des Landes und dem Terror gegen die Bevölkerung. 1942 führte er in den Niederlanden den Zwangsarbeitsdienst ein. Er ist schuldig an dem Erlass von Gesetzen, welche die wirtschaftliche Schlechterstellung der Juden erzwingen. Unter seiner Verwaltung wurden 120-140'000 Juden aus Holland nach Auschwitz gebracht. Es ist wahr, dass Seyss-Inquart einigemal gegen gewisse Massnahmen protestierte, bestehen blieb jedoch die Tatsache, dass er ein wissender und williger Teilnehmer an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit war.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach zwei, drei und vier.

SPEER, nach allen vier Punkten angeklagt, war zunächst der Architekt Hitlers und wurde Abteilungsleiter in der Deutschen Arbeitsfront. Im Jahre 1942 wurde er Chef der Organisation Todt, Reichsminister für Bewaffnung und Munition und Generalbevollmächtigter für Bewaffnung. Er war Mitglied des Reichstags von 1941 bis Kriegsende.

Verbrechen gegen den Frieden: Seine Tätigkeit zielte nicht darauf hin, Angriffskriege zu planen und sich zu diesem Zwecke zu verschwören. Chef der Rüstungsindustrie wurde er erst lange nach Ausbruch der verschiedenen Angriffskriege.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Das gegen ihn vorgebrachte Beweismaterial nach Punkt drei und vier bezieht sich ausschliesslich auf seine Teilnahme am Zwangsarbeiterprogramm. In der Praxis sah sie so aus, dass Speer die Gesamtzahl seines Bedarfs an Arbeitern an Sauckel gab und dieser sie herbeischaffte und den verschiedenen Industrien nach Weisung Speers übergab. Speer wusste, dass diese Arbeiter unter Zwang beschafft wurden. Er hat vor Gericht angeführt, dass er eine Reorganisation des Programms befürwortet habe. Tatsächlich führte er die sogenannten *Sperrbetriebe* ein, deren Arbeiter vor Deportation geschützt waren. Auch als Chef der Organisation Todt war Speer am Zwangsarbeiterprogramm beteiligt. Speer hatte mit den Grausamkeiten des Programms nicht unmittelbar zu tun, doch wusste er davon. Als mildernder Umstand wird anerkannt, dass seine Sperrbetriebe viele Arbeiter zu Hause hielten und dass er einer der wenigen war, die Hitler gegenüber Mut hatten und seine Politik der verbrannten Erde unter persönlicher Gefahr sabotierten.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins und zwei, schuldig nach drei und vier.

STREICHER, nach Punkt eins und vier angeklagt, Gauleiter von Franken bis 1940 und Herausgeber der antisemitischen Wochenschrift *Der Stürmer*, war bekannt für seine Judenverfolgung.

Verbrechen gegen den Frieden: Er war unerschütterlicher Anhänger Hit-

lers, doch liegen keine Beweise vor, dass er von Hitlers politischen Plänen, die diesen Anklagepunkt betreffen, wusste.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit: 25 Jahre lang verseuchte Streicher, der «Judenhetzer Nummer eins», die Gedankengänge der Deutschen mit dem Gift des Antisemitismus. Er forderte in seinen oft pornographischen Artikeln, die Juden «mit Stumpf und Stiel» auszurotten. Im Februar 1944 schrieb er: «Wer aber tut, was ein Jude tut, ist ein Lump, ein Verbrecher. Und der, der als Nachsager es ihm gleichtun will, verdient das gleiche Ende, die Vernichtung, den Tod.» Streicher wurde laufend über die Erfolge der «Endlösung» informiert. Seine Aufreizung zum Mord und zur Ausrottung stellt klar ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Schlussfolgerung: Nicht schuldig nach Punkt eins, schuldig nach Punkt vier.

Das Urteil ist vom 1. Oktober 1946 datiert und trägt die Unterschriften von Geoffrey Lawrence, Francis Biddle, Henri Donnedieu de Vabres, Iola Nikitschenko, Norman Birkett, John J. Parker, Robert Falco und Alexander Wolchkow.

Abweichende Meinungen des sowjetischen Richters

Von der im angelsächsischen Recht gegebenen Möglichkeit, gegenüber dem von der Mehrheit beschlossenen Urteil einen abweichenden Standpunkt niederzulegen, hat der sowjetische Richter Nikitschenko Gebrauch gemacht.

Sein Minderheitsurteil ist sehr ausführlich und bezieht sich zuerst auf den «unbegründeten Freispruch des Angeklagten *Schacht*», da dessen «ausschlaggebende Rolle in der Vorbereitung und Durchführung des verbrecherischen Gesamtplanes bewiesen» worden sei. Dann wendet er sich gegen den «unbegründeten Freispruch des Angeklagten *Papen*», da auf diesen «ein sehr grosser Teil der Verantwortlichkeit für die Verbrechen des Hitlerregimes fällt». Ferner wird der «unbegründete Freispruch des Angeklagten *Fritzsche*» behandelt, denn dessen «Tätigkeit bei der Vorbereitung und Durchführung der Angriffskriege und bei anderen Verbrechen des Hitlerregimes war von grundlegender Bedeutung». Zum Strafmass für *Hess* heisst es abschliessend: «Es unterliegt also keinem Zweifel, dass Hess neben den anderen Hauptkriegsverbrechern für die Begehung von Verbrechen gegen die Humanität schuldig ist. Mit Rücksicht darauf, dass Hess der drittichtigste politische Führer im Hitler-Deutschland war, dass er eine entscheidende Rolle bei den Verbrechen des Naziregimes spielte, halte ich als einzig richtiges Strafmass für ihn die Todesstrafe.» Zuletzt bemängelt Wolchkow die «unrichtige Entscheidung über das *Reichskabinett*», nachdem seiner Meinung nach «alle Gründe vorlagen, die Hitlerregierung für eine verbrecherische Organisation zu erklären». Das abweichende Urteil schliesst mit einer Betrachtung über die «unrichtige Entscheidung über den *Generalstab und das OKW*», wobei gesagt wird: «In der Beweisaufnahme ist in vollem Ausmass festgestellt, dass Generalstab und Oberkommando der Hitlerschen Wehrmacht eine sehr gefährliche verbrecherische Organisation darstellen.»

Strafmass

In der Nachmittagssitzung des 1. Oktober 1946 wurden die Strafen verkündet, gemäss Artikel 27 des Gerichtsstatuts. Sie sind hier in alphabetischer Reihenfolge angegeben:

Martin Bormann	Tod durch den Strang
Karl Dönitz	Zehn Jahre Gefängnis
Hans Frank	Tod durch den Strang
Wilhelm Frick	Tod durch den Strang
Hans Fritzsche	Freispruch
Walther Funk	Lebenslängliches Gefängnis
Hermann Göring	Tod durch den Strang
Rudolf Hess	Lebenslängliches Gefängnis
Alfred Jodl	Tod durch den Strang
Ernst Kaltenbrunner	Tod durch den Strang
Wilhelm Keitel	Tod durch den Strang
Constantin von Neurath	Fünfzehn Jahre Gefängnis
Franz von Papen	Freispruch
Erich Raeder	Lebenslängliches Gefängnis
Joachim von Ribbentrop	Tod durch den Strang
Alfred Rosenberg	Tod durch den Strang
Fritz Sauckel	Tod durch den Strang
Hjalmar Schacht	Freispruch
Baldur von Schirach	Zwanzig Jahre Gefängnis
Arthur Seyss-Inquart	Tod durch den Strang
Albert Speer	Zwanzig Jahre Gefängnis
Julius Streicher	Tod durch den Strang

Baldur von Schirach wird nach Verbüßung der Strafe von 20 Jahren Gefängnis am 30. Oktober 1966 entlassen und von seinen Söhnen Richard und Klaus abgeholt.



Vorzeitig entlassen wurde wegen seines schlechten Gesundheitszustandes der ‚Lebenslängliche‘ Erich Raeder im Jahre 1953.





Albert Speer, hier bei einem Fernseh-Interview, verbüßte in Spandau bis 1966 seine Gesamtstrafe.

Martin Bormann, in Nürnberg in Abwesenheit zum Tode verurteilt, wurde 1973 offiziell für tot erklärt, nachdem in Berlin Skelett-Teile von ihm gefunden worden waren. Hier zeigt ein Staatsanwalt ein Foto des nachmodellierten Schädels von Bormann.



ZEITTADEL

Die Daten in Klammern verweisen auf das nächste Ereignis im gleichen Zusammenhang

- 1933** 30.1. Hitler Reichskanzler, Papen Vizekanzler (2.8.34)
27.2. Reichstagsbrand
24.3. Ermächtigungsgesetz
1.4. Judenboykott-Tag (15.9.35)
14.10. Deutschland verlässt die Abrüstungskonferenz (7.2.34)
19.10. Deutschland tritt aus dem Völkerbund aus
- 1934** 7. 2. Reichsverteidigungsrat lässt «wirtschaftliche Kriegsvorbereitung» anlaufen (16.3.35)
Röhm-Putsch
30. 6. SS-Putsch in Wien; Dollfuss ermordet (21.5.35)
25. 7. Hindenburgs Tod; Hitler jetzt auch Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber
2. 8.
30. 10. Italien beginnt Krieg gegen Abessinien (5.5.36)
- 1935** 16. 3. Hitler führt allgemeine Wehrpflicht ein (5.11.37)
2. 5. Hitler plant Rheinlandbesetzung (7.3.36)
21. 5. Hitler versichert, Österreich nicht anschliessen zu wollen (11.3.38)
Nürnberger Rassengesetze verkündet (28.10.38)
15. 9.
- 1936** 7. 3. Hitler besetzt das Rheinland (11.3.38)
5. 5. Abessinien besiegt; wird italienische Kolonie (6.8.40)
18. 7. Beginn des spanischen Bürgerkriegs; deutsche Truppen greifen ab 27.7. zugunsten Francos ein (26.4.37)
25. 10. «Achse Rom-Berlin» gegründet (10.6.40)
25. 11. Antikominternpakt Deutschland-Japan (7.7.37)
- 1937** 26. 4. Görings Luftwaffe führt ersten Bombenangriff der Geschichte gegen Zivilbevölkerung (des spanischen Ortes Guernica)
7. 7. Japan beginnt Krieg gegen China (22.9.40)
5. 11. Hossbach-Konferenz; Hitler enthüllt seine Kriegsabsichten (21.4.38)
- 1938** 11. 3. Deutscher Einmarsch in Österreich: «Anschluss» (21.4.)
21. 4. Hitler bespricht mit Keitel «Zerschlagung der Tschechoslowakei» (26.9.)
8. 7. Göring fordert «Bomber, die New York angreifen können» (29.10.40)
Hitler verlangt das Sudetenland: «Das ist unsere letzte territoriale Forderung in Europa – wir wollen gar keine Tschechen!» (21.10)
26. 9. Münchener Abkommen: Die Sudetengebiete werden Deutschland zugesprochen (1.10.)
29. 9.

- 1. 10. Deutscher Einmarsch ins Sudetenland
 - 21. 10. Hitler befiehlt «Erledigung der Rest-Tschechei» (15.3.39)
 - 28. 10. Erste Vertreibung von 17'000 Juden aus Deutschland über die polnische Grenze (9.11.)
 - 9. 11. «Reichskristallnacht» (12.11.)
 - 12.11. Göring-Konferenz beschliesst Ausschaltung der Juden, erwägt ihre Kennzeichnung und Gettos (18.5.39)
- 1939**
- 3. 3. Deutscher Einmarsch in die «Rest-Tschechei» (23.5.)
 - 23. 3. Deutscher Einmarsch ins Memelgebiet
 - 28. 3. Ende des spanischen Bürgerkriegs (23.10.40)
 - 7. 4. Italien überfällt und besetzt Albanien (28.10.40)
 - 18. 5. Streichers Stürmer fordert Hinrichtung aller Juden Russlands (12.10)
 - 23. 5. Hitler beschliesst, Polen anzugreifen (1.9.)
 - 11. 8. Einstein fordert Bau einer Atombombe (6.8.45)
 - 23. 8. Ribbentrop zu Ciano: «Wir wollen den Krieg»
 - 25. 8. Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt und Geheimes Zusatzprotokoll über Teilung Polens (17.9.)
 - 31. 8. Britisch-französisches Beistandsversprechen für Polen (3.9.)
 - 1. 9. Fingierter Überfall auf den Sender Gleiwitz
Deutscher Einmarsch in Polen; Beginn des Zweiten Weltkrieges (13.8.45)
Hitler befiehlt Euthanasie; Beginn der Massentötungen (11.8.40)
 - 3. 9. Grossbritannien und Frankreich erklären Deutschland den Krieg (23.11.)
 - 17. 9. Rote Armee marschiert ebenfalls in Polen ein
 - 27. 9. Warschau kapituliert; Ende des Polenfeldzuges
 - 3. 10. Raeder erwägt Besetzung Norwegens (14.12.)
 - 12. 10. Erste Judendeportation aus Wien und Böhmen nach Polen (28.10.)
 - 28. 10. Juden erstmals gezwungen (von den deutschen Besatzungsbehörden in Wloclawek, Polen), einen Judenstern zu tragen (23.11.)
 - 23. 11. Hitler beschliesst, Grossbritannien und Frankreich anzugreifen (10.5.40)
Judenstern im ganzen deutschbesetzten Polen (Generalgouvernement) eingeführt (30.4.40)
 - 30. 11. Luftangriff auf Helsinki eröffnet Krieg der Sowjetunion gegen Finnland (12.3.40)
 - 14. 12. Hitler befiehlt Vorbereitung der Besetzung Norwegens (9.4.40)
- 1940**
- 12. 3. Ende des sowjetisch-finnischen Krieges (25.6.41)
 - 13. 3. Hess befiehlt, notgelandete Feindflieger unschädlich zu machen (4.8.42)
 - 9. 4. Hitler überfällt Dänemark und Norwegen (30.4.)
Norwegen kapituliert

- Erstes umfriedetes Getto (in Lodz) errichtet (15.11)
- 10.5. Hitler überfällt Holland, Belgien, Luxemburg; Beginn des Feldzuges gegen Frankreich (22.6.)
- 15.5. Holland kapituliert
- 28.5. Belgien kapituliert
- 10.6. Italien tritt in den Krieg ein (6.8.)
- 22.6. Frankreich kapituliert (11.11.42)
- 16.7. Hitler befiehlt Vorbereitung der Landung in England (15.8.)
- 31.7. Hitler zu seinen Oberbefehlshabern: «Russland wird in fünf Monaten erledigt» (18.12.)
- 6.8. Italien beginnt von Abessinien aus Eroberung Britisch-Somalilands (12.9.40 und 5.4.41)
- 11.8. Katholische Bischöfe Deutschlands protestieren (vergeblich) gegen Euthanasie; es fallen ihr 275'000 Menschen zum Opfer
- 15.8. Görings *Blitz* eröffnet Luftschlacht um England (4.9. und 12.10.)
- 4.9. Hitler im Sportpalast: «England wird niederbrechen – wir werden ihre Städte ausradieren!» (6.9.)
- 6.9. Deutsche Luftangriffe auf London beginnen (28.3.42)
- 12.9. Italienische Truppen nähern sich Ägypten (9.12.)
- 22.9. Japaner rücken in Französisch-Indochina ein (7.12.41)
- 27.9. Dreierpakt Deutschland-Italien-Japan (7.12.41)
- 12. 10. Invasion Englands auf unbestimmte Zeit verschoben
- 23.10. Hitler trifft Franco, versucht vergebens, Spanien zum Kriegseintritt zu bewegen
- 28.10. Italien greift von Albanien aus Griechenland an (6.4.41)
- 29.10. Hitler plant Krieg gegen Amerika (11.12.41)
- 12.11. Hitler befiehlt Vorbereitung des Angriffs auf Griechenland (6.4.41)
- 15.11. Warschauer Getto wird hermetisch abgeriegelt (22.2.41)
- 9.12. Vernichtender britischer Gegenstoss in Afrika; italienischer Hilferuf nach Berlin (6.2.41 und 5.4.41)
- 18.12. Hitler befiehlt Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion (22.6.41)

- 1941**
 - 6. 1. Roosevelt verkündet die Vier Freiheiten (14.8.)
 - 13. 1. Londoner Konferenz beschliesst Bestrafung der Kriegsverbrecher (6.1.42)
 - 6. 2. Aufstellung des deutschen Afrika-Korps beginnt (24.3.)
 - 22. 2. Deportation jüdischer Geiseln aus Amsterdam (31.7.)
 - 24. 3. Beginn des deutschen Angriffs in Afrika (18. 11.)
 - 27. 3. Hitler befiehlt «Zerschlagung Jugoslawiens» (6.4.)
 - 31. 3. Kommissar-Befehl (22.6.)
 - 5.4. Britische Truppen befreien Abessinien
 - 6.4. Luftangriff auf Belgrad eröffnet deutschen Einmarsch in Jugoslawien (17.4.); Beginn des deutschen Angriffs auf Griechenland (20.4.)
 - 13.4. Sowjetisch-japanisches Nichtangriffsabkommen

- 17. 4. Hess schlägt Prügelstrafe für Polen und Juden vor (10.5.)
Jugoslawien kapituliert
- 20.4. Griechenland kapituliert
- 25. Görings Staatssekretär: «In Russland werden -zig Millionen Menschen verhungern» (22.6.)
- 9.5. Hess fliegt nach Schottland; erklärt, Deutschland werde Forderungen gegenüber Russland mit Krieg erzwingen (22.6.)
- 20. 5. Deutsche Fallschirmtruppen landen auf Kreta
- 22.6. Deutscher Angriff auf die Sowjetunion (12.10.)
- 25.6. Finnland erklärt der Sowjetunion den Krieg (4.9.44)
- 31.7. Göring beauftragt Heydrich mit der Ausrottung der Juden; die «Endlösung» beginnt. Es fallen ihr mehr als viereinhalb Millionen Menschen zum Opfer (15.9.)
- 14.8. Verkündung der Atlantik-Charta (1.1.42)
- 15.9. Im Reichsgebiet wird der Judenstern eingeführt (23.9.)
- 16.9. Keitel befiehlt, für jeden Deutschen 50 bis 100 Kommunisten zu töten (7.12.)
- 22.9. Erste Versuchsvergasungen in Auschwitz (28.9.)
- 28.9. 34'000 Juden in Kiew ermordet; Beginn der Massenerschiessungen durch Einsatzgruppen im Osten. Dieser Aktion fallen etwa eine Million Menschen zum Opfer (6.1.42)
- 12. 10. Deutsche Truppen vor Moskau (28.11)
- 18.11. Briten treiben Afrika-Korps bis El Agheila zurück (21.1.42)
- 28. 11. Gegenoffensive der Roten Armee (1.7.42)
- 6.12. Nacht-und-Nebel-Erlass (15.1.42)
Japan überfällt Pearl Harbor (11.12.)
- 7.12. Japaner beginnen Eroberung der Philippinen, besetzen 15.12. Hongkong, 23.1.42 Celebes und Borneo, 15.2. Singapur, 28.2. Java, 7.3. Rangoon, 8.3. Neuguinea, 10.3. die Salomonen (7.6.42)
- 9.12. Deutschland und Italien erklären den Vereinigten Staaten den Krieg (26.1.42)

1942

- 1. 1. Pakt von Washington vereinigt 26 Nationen gegen die Achsenmächte; Keimzelle der Vereinten Nationen (21.8.44)
- 6. 1. Erste Sowjet-Note über deutsche Kriegsverbrechen (15.1.)
- 15. 1. Alliierte geben bekannt: «Die Kriegsverbrecher werden bestraft werden» (7.10.)
- 21.1. Heydrichs Wannsee-Besprechung klärt Fragen der Judenausrottung (28.3.)
- 26.1. Deutsch-italienische Offensive in Afrika beginnt (1.7.)
- 27.3. Erste US-Truppen kommen nach Grossbritannien (28.3.)
- 28.3. Sauckel Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
Erste slowakische Juden treffen in Auschwitz zur Vergasung ein; erster Transport Pariser Juden geht nach Auschwitz ab (1.6.)
Schwerer Angriff auf Lübeck eröffnet die britisch-amerikanische Luftoffensive (19.8.)
- 27. 5. Attentat auf Heydrich in Prag; stirbt 5.6. (10.6.)

- 1.6. Judenstern in Frankreich und Holland eingeführt (16.7.)
- 6.6. Seeschlacht bei den Midway-Inseln bricht japanische Expansionskraft; Wende des Asienkrieges (7.8.)
- 10.6. Das Massaker von Lidice (10.6.44)
- 1.7. Deutsche Truppen besetzen die Krim, stehen am Don (19.11.), in Afrika auf ägyptischem Boden (23.10.)
- 15.7. Erste Judendeportation aus Holland nach Auschwitz (4.8.)
- 4.8. Erste Judendeportation aus Belgien nach Auschwitz (25.11.) Keitel befiehlt, alliierte Fallschirmspringer dem SD zu übergeben (18.10.)
- 7.8. US-Truppen landen auf Guadalcanal (19. 10. 44)
- 18.8. Britisch-amerikanische Versuchslandung bei Dieppe (6.6.44)
- 15.9. Dönitz verbietet Rettung Schiffbrüchiger (30.1.43)
- 7.10. Kommission für Kriegsverbrechen (UNWCC) gegründet (17.12.)
- 15.10. Kommando-Befehl (30.5.44)
- 22.10. Briten werfen Afrika-Korps aus der Cyrenaika (7.11.)
- 7. 11. Amerikanisch-britische Landung in Nordafrika (7.5.43)
- 10.11. Deutsche Truppen besetzen Vichy-Frankreich (25.8.44)
- 16.11. Beginn der Sowjet-Offensive (31.1.43)
- 25.11. Erste Judendeportation aus Norwegen nach Auschwitz (17.12.)
- 14.12. Alliierte verkünden feierlich: «Die Judenausrottungen werden gesühnt werden» (20. 1. 43)

- 1943**
- 14. 1. «Bedingungslose Kapitulation» von Roosevelt und Churchill in
 - 20. 1. Casablanca beschlossen (28.11.)
Erste Judendeportation aus Theresienstadt nach Auschwitz (13.3)
 - 30.1. Dönitz Nachfolger Raeders (30.4.45)
 - 31.1. Stalingrad kapituliert; Wende des Krieges in Europa (22.8.)
 - 18. 2. Goebbels im Sportpalast: «Wollt ihr den totalen Krieg?»
 - 13. 3. Neue Krematorien in Auschwitz eröffnet (11.6.)
 - 13. 4. Goebbels gibt Auffindung der Massengräber von Katyn bekannt
 - 18. 4. Beginn des Warschauer Getto-Aufstandes (11.6.)
 - 7. 5. Niederlage der deutsch-italienischen Truppen beendet
 - 11. 6. Kämpfe in Afrika (10.7.)
 - 10. 7. Himmler befiehlt Liquidierung aller Gettos (18.10.)
 - 25. 7. Alliierte landen auf Sizilien (3.9.)
 - 17. 8. Mussolini abgesetzt und verhaftet (12.9.)
 - 22. 8. Luftangriff zerstört V-Waffen-Fabrik Peenemünde (15.6.44)
 - 3. 9. Rote Armee erobert Charkow (15.12.43 und 8.4.44)
 - 8. 9. Briten landen in Kalabrien (9.9.)
 - 9. 9. Italien schliesst Waffenstillstand mit den Alliierten (13.10.);
 - 10.9. Deutschland entwaffnet die italienischen Streitkräfte (10.9.)
Amerikaner landen bei Salerno (22.1.44)
Deutsche Truppen besetzen Italien bis Rom (4.6.44)

- 12.9. Mussolini von deutschen Luftstreitkräften befreit (28.4.45)
- 13.10. Italien (Badoglio) erklärt Deutschland den Krieg (21.4.45)
- 18.10. Erste Judendeportation aus Rom nach Auschwitz (1.11. und 12.4.44)
- 1.11. Moskauer Erklärung über Bestrafung der Kriegsverbrecher; Grundlage der späteren Prozesse (15. 12.)
- 28.11. Teheran-Konferenz zwischen Churchill, Stalin und Roosevelt beginnt (4.2.45)
- 15.12. Erster Prozess (in Charkow) gegen deutsche Kriegsverbrecher (2.5.45)
- 22.1. Alliierte landen bei Anzio und Nettuno (18.5.)
- 1944** 4. 3. Kugel-Erlass (30. 5.)
- 18.3. Deutsche Truppen besetzen Ungarn (14.2.45)
- 8.4. Deutsche Truppen räumen die Krim (22.6.)
- 14.4. Erster Judentransport von Athen nach Auschwitz (26.11.)
- 18.5. Alliierte brechen bei Cassino durch (4.6.)
- 30.5. Bormann verbietet Einschreiten gegen Lynchjustiz an alliierten Fliegern (6.10.45)
- 4.6. Alliierte besetzen Rom (21.4.45)
- 6.6. Invasionsbeginn (15.8.)
- 10.6. Die Greuel von Oradour (6.10.45)
- 15.6. Erste V 1 abgeschossen (27.3.45)
- 22.6. Sowjetoffensive bis Minsk und Kowno (20.8.)
- 19.7. Attentat auf Hitler
- 15.8. Alliierte landen in Südfrankreich (25.8.)
- 20.8. Rote Armee erreicht Rumänien (26.8.)
- 21.8. Konferenz von Dumbarton Oaks beschliesst Gründung der Vereinten Nationen (26.6.45)
- 25.8. Alliierte in Paris (11.9.)
- 26.8. Deutscher Rückzug aus Griechenland beginnt (4.9.)
- 4.9. Finnland schliesst Frieden mit der Sowjetunion (19.9.)
- 11.9. Britische Truppen erreichen Holland (14.9.)
- 14.9. US-Truppen erreichen die deutsche Reichsgrenze (21.10.)
- 19.9. Rote Armee in Sofia (20. 10.)
- 18.10. Hitler befiehlt Aufstellung des Volkssturms (16.12.)
- 19.10. US-Truppen beginnen Rückeroberung der Philippinen (19.2. 45)
- 20.10. Rote Armee in Belgrad (11.1.45)
- 21.10. US-Truppen in Aachen (7.3.45)
- 26.11. Himmler befiehlt Zerstörung der Auschwitzer Krematorien (26.1.45)
- 16.12. Beginn der letzten deutschen (Ardennen-) Offensive
- 11.1. Rote Armee in Warschau (22.1.)
- 22.1. Rote Armee an der Oder (14.2.)
- 1945** 26.1. Rote Armee in Auschwitz
- 4.2. Beginn der Jalta-Konferenz zwischen Churchill, Stalin und Roosevelt (12. 4.)

- 14.2. Rote Armee in Budapest (13.4.)
- 19.2. Himmler verhandelt mit Bernadotte (23.5.)
- US-Truppen landen auf Iwojima (1.4.)
- 7.3. US-Truppen überschreiten den Rhein bei Remagen (20.4.)
- 19.3. Hitler befiehlt Zerstörung ganz Deutschlands
- 27.3. Letzter Abschuss einer V 2
- 1.4. US-Truppen landen auf Okinawa (6.8.)
- 10. 4. Papen verhaftet
- 12.4. Roosevelts Tod; Nachfolger: Truman
- 13.4. Rote Armee in Wien (25.4.)
- 15.4. Briten befreien KZ Bergen-Belsen
- 20.4. US-Truppen in Nürnberg (25.4.)
- 21.4. Zusammenbruch der deutschen Front in Italien
- 23.4. KZ Mauthausen vom Roten Kreuz übernommen
- 25.4. Amerikanische und sowjetische Truppen treffen an der Elbe bei Torgau zusammen (2.5.)
- 28.4. US-Truppen befreien KZ Dachau; Mussolini von Partisanen erschossen
- 30.4. Hitlers Selbstmord; Nachfolger: Dönitz (23.5.)
- 2.5. Truman ernennt Jackson (7.7.)
Berlin kapituliert (7.5.)
- 4.5. Schacht und Frick in alliierter Hand
- 6.5. Frank und Neurath gefangengenommen
- 7.5. Seyss-Inquart verhaftet
Jodl unterschreibt in Reims die bedingungslose Kapitulation;
Ende des Krieges in Europa (15.8.)
- 9.5. Göring in alliierter Hand
- 10.5. KZ Theresienstadt von Alliierten befreit
- 11.5. Funk verhaftet
- 13.5. Keitel verhaftet
- 15.5. Kaltenbrunner verhaftet
- 16.5. Ley verhaftet (25.10.)
- 19. 5. Rosenberg verhaftet
- 21.5. Krupp arretiert (15.11.)
- 23.5. Auflösung der Flensburger Regierung; Dönitz, Jodl und Speer in alliierter Hand Himmler begeht Selbstmord; Streicher verhaftet
- 5.6. Schirach in alliierter Hand
- 14.6. Ribbentrop verhaftet
- 23.6. Raeder verhaftet
- 26.6. Gründungsurkunde der Vereinten Nationen unterzeichnet
- 7.7. Jackson wählt Nürnberg als Ort des Gerichts (8. 8.)
- 6.8. Erste Atombombe fällt auf Hiroshima (15. 8.)
- 8.8. Londoner Abkommen konstituiert den Internationalen Militärgerichtshof (6. 10.)
- 12.8. Überführung der Hauptkriegsverbrecher von Bad Mondorf ins Nürnberger Gefängnis (20. 11.)
- 15.8. Japan kapituliert, Waffenruhe in Asien: Ende des zweiten Weltkriegs. Verlustbilanz: 10 Millionen Gefallene, 30 Millio-

nen Schwerkriegsbeschädigte, in Europa 21 Millionen Obdachlose, 19 Millionen Flüchtlinge, Verschleppte und Heimatvertriebene, insgesamt 12,6 Billionen Mark Kosten und Schäden

- 6.10. Nürnberger Anklageschrift fertiggestellt (20.11.)
- 25.10. Ley begeht Selbstmord
- 15.11. Verfahren gegen Krupp ausgesetzt
- 20.11. Beginn des Nürnberger Prozesses

QUELLENVERZEICHNIS

- Abshagen, Karl-Heinz: *Canaris, Patriot und Weltbürger*; Union-Verlag, Stuttgart 1957
- Amtliches Material zum Massenmord von Katyn*; Deutsche Informationsstelle, Eher-Verlag, Berlin 1943
- Anders, Karl: *Im Nürnberger Irrgarten*; Nest-Verlag, Nürnberg 1948
- Anders, W.: *Katyn*; Éditions France Empire, Paris 1948
- Bardèche, Maurice: *Die Politik der Zerstörung*; Presse-Verlag, Göttingen 1950
- Belgion, Montgomery: *Epitaph on Nuremberg*; The Falcon Press, London 1946
- Belgion, Montgomery: *Victors Justice*; The humanist Library, Hinsdale, Illinois, 1949
- Benedikt, Heinrich: *Geschichte der Republik Österreich*; Verlag R. Oldenbourg, München 1954
- Bernadotte, Folke: *Das Ende*; Europa-Verlag, Zürich 1945
- Berndt, Alfred: Zur Entstehung des Reichstagsbrandes, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Stuttgart 1975
- Bernstein, Victor H.: *Final Judgment*; Boni & Gaer, New York 1947
- Beumelburg, Werner: *Kampf um Spanien*; Gerhard Stalling, Oldenburg 1939
- Bird, Eugene K.: *Stehen Sie auf, Nummer 7*; Desch-Verlag, München 1974
- Bleibtreu, Petermartin: *Göring: «Ich werde nichts verschweigen . . .»*; Institut für Politik und Neue Geschichte, Wien 1950
- Bley, Wulf: *Das Buch der Spanienflieger*; Verlag v. Hase & Koehler, Leipzig 1940
- Boldt, Gerhardt: *Die letzten Tage der Reichskanzlei*; Rowohlt-Verlag, Hamburg 1947
- Bonnet, Georges: *Défense de la Paix*; Cheval Ailé, Genf 1946
- Bor-Komorowski, Tadeusz: *Historie d'une armée secrète*; Les Iles d'Or, Paris 1952
- Bross, Werner: *Gespräche mit Hermann Göring während des Nürnberger Prozesses*; Verlag Christian Wolff, Flensburg 1950
- Bullock, Alan: *Hitler*; Droste Verlag, Düsseldorf 1954
- Calvocoressi, Peter: *Nuremberg*; Chatto and Windus, London 1947
- Ce qui se passe en Allemagne*; Maison de la Bonne Presse, Paris 1935
- Christlicher Widerstand gegen den Faschismus*; Union-Verlag, Berlin 1955
- Churchill, Winston S.: *Der Zweite Weltkrieg*; Alfred Scherz Verlag, Bern 1952
- Ciano, Galeazzo: *Tagebücher 1939-1943*; Wolfgang Krüger Verlag, Hamburg 1949
- Conrad, Walter: *Der Kampf um die Kanzeln*; Verlag Töpelmann, Berlin 1959
- Coper, Robert W.: *Der Nürnberger Prozess*; Scherpe Verlag, Krefeld 1947
- Coulondre, Robert: *Von Moskau nach Berlin*; Athenäum Verlag, Bonn 1950
- Czapski, Joseph: *Terre inhumaine*; Les Iles d'Or, Paris 1949
- Dahlerus, Birger: *Der letzte Versuch*; Nymphenburger Verlagshandlung, München 1948
- Daniel, Clifton: *Speer Admits Defeat*; in: *New York Times*, 4.5.1945

- Daniell, Raymond: *Hess' Doctor Cives Inside Nazi Story*; in: *New York Times*, 21.5.1945
- Das deutsche Volk klagt an*; Edition Carrefour, Paris 1936
- Das Rotbuch über Spanien*; Nibelungen-Verlag, Berlin 1937
- Davidson, Eugen: *The trial of the Germans*; Macmillan, New York 1966
- Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*; 42 Bände, veröffentlicht auf Weisung des Internationalen Militärgerichtshofes unter der Autorität des Obersten Kontrollrats für Deutschland, Nürnberg 1947
- Deutsche kämpfen in Spanien*; Wilhelm-Limpert-Verlag, Berlin 1939
- Die Friedensbedingungen der Alliierten und Assoziierten Regierungen*; Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1919
- Diels, Rudolf: *Lucifer ante portas*; Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1950
- Die offiziellen Jalta-Dokumente des U. S. State Departments*, Wilhelm-Frick-Verlag, Wien 1955
- Dietrich, Otto: *12 Jahre mit Hitler*; Isar-Verlag, München 1955
- Diewerge, Wolfgang: *Anschlag gegen den Frieden*; Eher-Verlag, München 1939
- Dönitz, Karl: *Zehn Jahre und zwanzig Tage*; Athenäum-Verlag, Bonn 1958
- Dönitz, Karl: *Mein wechselvolles «Leben»*; Musterschmidt, Göttingen 1968
- Dollfuss, Engelbert: *So sprach der Kanzler*; Ferdinand Baumgartner, Wien 1933
- Douglas-Hamilton, James: *Geheimflug nach England*; Droste-Verlag, Düsseldorf 1973
- Dumoulin, Pierre: *L'Affaire Grynspan, un attentat contre la France*; Editions Jean-Renard, Paris 1942
- Eder, Julius: *Zwei Jahre Dollfuss*, Verlag Manz, Wien 1934
- Eisenhower, Dwight D.: *Kreuzzug in Europa*; Berman-Fischer, Amsterdam 1948
- Facts on File*; Person's Index, Facts on File, Inc., New York 1945, 1947
- Fest, Joachim C.: *Das Gesicht des Dritten Reiches*; Piper-Verlag, München 1964
- Fest, Joachim C.: *Hitler*; Propyläen, Frankfurt 1973
- Fishman, Jack: *The Seven Men of Spandau*; W. H. Allen, London 1954
- Foerster, Wolfgang: *Generaloberst Ludwig Beck*; Isar-Verlag, München 1953
- Fraenkel, Heinrich: *Zu viel und zu wenig. Kritische Bemerkungen zu der Reichstagsbrandtheorie von Fritz Tobias*, in: *Der Monat*, 1961
- Fraenkel/Manwell: *Rudolf Hess*; 1971
- François, Jean: *L'affaire Röehm-Hitler*; Edition Gallimard, Paris 1946
- François-Poncet, André: *Von Versailles bis Potsdam*; Florian Kupferberg Verlag, Mainz 1949
- Frank, Hans: *Im Angesicht des Galgens*; Friedrich Alfred Beck Verlag, München 1953
- Frede, Günther und Karl Mielcke: *Deutsche Innenpolitik 1933-45*; Limbach-Verlag, Braunschweig 1950
- Freund, Michael: *Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten*; Verlage Herder und Karl Alber, Freiburg 1953
- Frischauer, Willi: *Himmler, The evilgenius of the third Reich*; Odham Press, London 1953
- Fritzsche, Hans: *Hier spricht Hans Fritzsche*; Inter Verlag, Zürich 1948

- Fritzsche, Hans, und Hildegard Springer: *Das Schwert auf der Waage*; Kurt Vowinckel Verlag, Heidelberg 1953
- Funder, Friedrich: *Engelbert Dollfuß*; in: *Rheinischer Merkur*, Koblenz, 23.7.1954
- Gerstein, Kurt: *Augenzeugenbericht zu den Massenvergasungen*; in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Stuttgart 1953
- Gilbert, Gustave Mark: *Nuremberg Diary*; Farrar, Straus & Co., New York 1947
- Gisevius, Hans Bernd: *Bis zum bitteren Ende*; Fretz & Wasmuth Verlag, Zürich 1946
- Gisevius, Hans Bernd: *Adolf Hitler, Versuch einer Deutung*; Rütten & Loening, München 1963
- Glueck, Sheldon: *War Criminals*; Alfred A. Knopf, New York 1944
- Glueck, Sheldon: *The Nuremberg trail and aggressive war*; Alfred A. Knopf, New York 1946
- Goebbels, Josef: *Tagebücher aus den Jahren 1942-1943*; Atlantis-Verlag, Zürich 1948
- Goering's Unpublished Interviews: *U. S. News & World Report*, Washington, 14.5.1954
- Görlitz, Walter: *Hindenburg*; Athenäum-Verlag, Bonn 1953
- Görlitz, Walter: *Generalfeldmarschall Keitel, Verbrecher oder Offizier*, Musterschmidt, Göttingen 1961
- Görlitz, Walter: *Karl Dönitz, der Grossadmiral*; Musterschmidt, Göttingen 1973
- Goldstein, Bernard: *Die Sterne sind Zeugen*; Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1950
- Graml, Hermann: *Derg. November 1938, Reichskristallnacht*; Sonderdruck in: *Das Parlament*, Bonn 11. 11. 1953
- Grewe, Wilhelm, und Otto Küster: *Nürnberg als Rechtsfrage*; Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1947
- Grigg jr., Joseph W.: *Keitel Is Défiant at Berlin Ritual*; in: *New York Times*, 10.5.1945
- Grimm, Friedrich: *4c Jahre Dienst am Recht*; Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn 1954
- Gritzbach, Erich: *Hermann Göring*; Eher-Verlag, München 1937
- Guderian, Heinz: *Erinnerungen eines Soldaten*; Kurt Vowinckel, Heidelberg 1950
- Haensel, Carl: *Das Gericht vertagt sich*; Claassen Verlag, Hamburg 1950
- Hagen, Walter: *Die geheime Front*; Nibelungen-Verlag, Linz 1950
- Harris, Whitney R.: *Tyranny on Trial*; Southern Methodist University Press, Dallas 1954
- Heinze, Kurt: *Die Rechtsprechung der Nürnberger Militärtribunale*; Verlag Girardet, Bonn 1952
- Henderson, Neville: *Fehlschlag einer Mission*; Drei-Stern-Verlag, Zürich 1940
- Hess, Ilse: *Gefangener des Friedens*; Druffel-Verlag, Leoni 1956
- Hess, Ilse: *England-Nürnberg-Spandau*; Druffel-Verlag, Leoni 1957
- Hess, Ilse: *Antwort aus Zelle Sieben*; Druffel-Verlag, Leoni 1967
- Hess, Ilse: *Ein Schicksal in Briefen*; Druffel-Verlag, Leoni 1974

- Himmler, Heinrich: *Rede vor den Gauleitern am j. August 1944*; in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Stuttgart 1953
- Hirsch, Richard: *Der Überfall auf die Staatskanzlei*; in: *Welt am Sonntag*; Hamburg, 9. 4. 1950
- Hitler, Adolf: *Mein Kampf*; Eher-Verlag, München 1925
- Hörhager, Raymund: *Nazi ermorden Österreichs Kanzler Dollfuss*; in: *Süddeutsche Zeitung*, München, 24. 7. 1954
- Hoffmann, Heinrich: *Heinrich Hoffmanns Erzählungen*; in: *Münchner Illustrierte*, München, 23. 10. 1954-15. 1. 1955
- Hossbach, Friedrich: *Zwischen Wehrmacht und Hitler*; Wolfenbüttelei Verlagsanstalt, Wolfenbüttel 1949
- Hutton, Bernard I.: *Hess, the man and his mission*, 1971
- Ibarruri, Dolores: *Die italienisch-deutsche militärische Intervention in Spanien*; Rütten & Loening, Berlin 1954
- Jackson, Robert H.: *Nürnberg in Retrospect*; in: *American Bar Association Journal*, Washington 1949
- Jackson, Robert H.: *Report of Robert H. Jackson, United States Representative to the International Conference on Military Trials, London 1945*; Department of State, Publication 3080, Washington 1949
- Jackson, Robert H.: *Trial of the Trials*; Common Cause, Chicago 1950
- Kanner, Heinrich: *Ist Wilhelm II. strafbar?*; Verlag Friede durch Recht, Ludwigsburg 1923
- Keding, Karl: *Feldgeistlicher bei der Legion Condor*; Ostwerk-Verlag, Berlin 1939
- Keenan, Joseph Berry, und Brendan Francis Brown: *Crimes Against International Law*; Public Affairs Press, Washington 1950
- Keesing's Archiv der Gegenwart*: Rheinisch-Westfälisches Verlags-Kontor, Essen 1945, 1951
- Kelley, Douglas M.: *22 Celis in Nuremberg*; W. H. Allen, London 1947
- Kempner, Robert M. W.: *Der Kampf gegen die Kirche. Aus unveröffentlichten Tagebüchern Alfred Rosenbergs*; in: *Der Monat*, Heft 10, Berlin 1949
- Kersten, Felix: *Totenkopf und Treue, Heinrich Himmler ohne Uniform*; Moelich-Verlag, Hamburg 1952
- Kielmannsegg, Johann Adolf: *Der Fritsch-Prozess 1938*; Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1949
- Klein, Friedrich: *Neues Deutsches Verfassungsrecht*; Hirschgraben-Verlag, Frankfurt a. M. 1949
- Knieriem, August v.: *Nürnberg*; Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1953
- Kogon, Eugen: *Der SS-Staat*; Verlag Karl Alber, München 1946
- Kohl, Hermann: *Deutsche Flieger über Spanien*; Ensslin & Laiblin, Reutlingen 1940
- Koller, Karl: *Der letzte Monat*; Norbert Wohlgemuth Verlag, Mannheim 1949
- Kordt, Erich: *Wahn und Wirklichkeit*; Union Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1947
- Kranzbühler, Otto: *Rückblick auf Nürnberg*; Zeit-Verlag E. Schmidt & Co., Hamburg 1949
- Krosigk, Lutz Graf Schwerin von: *Es geschah in Deutschland*; Rainer Wunderlich, Tübingen 1951

- Kuby, Erich: *Brandstiftung im Reichstagsgebäude*; in: *Süddeutsche Zeitung*, München, 28.2.1953
- Kuby, Erich: *Das Ende des Schreckens*; Süddeutscher Verlag, München 1957
- Kühner, Otto-Heinrich: *Wahn und Untergang*; Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1956
- Kusniez, Bronislaw: *Stalin and the Poles, an indictment of the Soviet leaders*; Hollis & Carter, London 1949
- Lapradelle, Albert de, und Fernand Larnaude: *Examen de la responsabilité pénale de l'Empereur Guillaume II*; Imprimerie Nationale, Paris 1918
- Law Reports of Trials of War Criminals*; 15 Bände, United Nations War Crimes Commission, London 1947
- Lémonon, Ernest, und Alexandre Mérignhac: *Le Droit des Gens et la Guerre de 1914-1918*; Edition Tenin, Paris 1921
- Lent, Alfred: *Wir kämpften für Spanien*; Gerhard Stalling, Berlin 1939
- Lintner, Earl W.: *The Hadamar Trial*; Hodge, London 1949
- Lippe, Viktor Freiherr von der: *Nürnberger Tagebuchnotizen*; Verlag F. Knapp, Frankfurt a. M. 1951
- Ludendorff, Erich: *Der totale Krieg*; Ludendorffs Verlag, München 1935
- Lüdde-Neurath, Walter: *Regierung Dönitz*; Musterschmidt, Wissenschaftlicher Verlag, Göttingen 1950
- MacDonald, James: *Arch Criminal Dies*; in: *New York Times*, 25.5.1945
- MacDonald, James: *Hunted Nazi Found in Bed*; in: *New York Times*, 16.6.1945
- Mackiewicz, Josef: *Katyn, ungesühntes Verbrechen*; Thomas-Verlag, Zürich 1949
- MacLean, David: *Hess Crashed Near my Home*; in: *London Illustrated*, London, 13.2.1954
- Maser, Werner: *Adolf Hitler – Legende, Mythos, Wirklichkeit*; Bechtle-Verlag, München 1971
- Maurach, Reinhart: *Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Gefangene in der Sowjetunion*; Arbeitsgemeinschaft vom Roten Kreuz in Deutschland, Hamburg 1950
- McLaughlin, Kathleen: *Allies Open Trial of 20 Top Germans for Crimes of War*; in: *New York Times*, 21. 11. 1945
- McLaughlin, Kathleen: *12 Nazi War leaders Sentenced to be Hanged*; in: *New York Times*, 2. 10. 1946
- Meissner, Hans Otto, und Harry Wilde: *Die Machtergreifung*; J. G. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart 1958
- Middleton, Drew: *Germans Played for Time in Reims*; in: *New York Times*, 9.5.1945
- Middleton, Drew: *German Government Ended*; in: *New York Times*, 24.5.1945
- Middleton, Drew: *Ley Kills Himself in Prison*; in: *New York Times*, 26.10.1945
- Mommsen, Hans: *Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen*; in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Stuttgart 1964
- Mullins, Claud: *The Leipzig Trials*; H. F. & F. Witherby, London 1921
- Musmanno, Michael A.: *In zehn Tagen kommt der Tod*; Droemersch Verlag, München 1950

- Nazi *Conspiracy and Aggression*; n Bände, Department of State, Washington 1946
- Neuhäusler, Johann: *Kreuz und Hakenkreuz*; Verlag Katholische Kirche Bayerns, München 1946
- Neusüss-Hunkel, Ermenhild: *Die SS*; Norddeutsche Verlagsanstalt, Hannover-Frankfurt o. J.
- Niemöller, Wilhelm: *Die evangelische Kirche im Dritten Reich*; Bechauf-Verlag, Bielefeld 1956
- Paetel, Karl Otto: *Die SS, ein Beitrag zur Soziologie des Nationalsozialismus*; in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Stuttgart 1954
- Papen, Franz von: *Der Wahrheitsgasse*; Paul List Verlag, München 1952
- Papen, Franz von: *Vom Scheitern einer Demokratie*; 1968
- Pechel, Rudolf: *Deutscher Widerstand*; Rentsch-Verlag, Zürich 1947
- Pechel, Rudolf: *Um den deutschen Widerstand*; in: *Deutsche Rundschau*, Baden-Baden 1955
- Perszlényi, Paul: *Zwanzig Jahre nach dem Dollfuss-Mord*; in: *Stuttgarter Zeitung*, 14. 7. 1954
- Pflücker, Ludwig: *Als Gefängnisarzt in Nürnberg*; in: *Waldeckische Landeszeitung*, Korbach, 4.-29. 10. 1952
- Picker, Henry: *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*; Athenäum-Verlag, Bonn 1951
- Ploetz, Karl: *Auszug aus der Geschichte*; A. G. Ploetz-Verlag, Würzburg 1956
- Poliakov, Léon, und Josef Wulf: *Das Dritte Reich und die Juden*; Arani Verlag, Berlin 1955
- Poliakov, Léon, und Josef Wulf: *Das Dritte Reich und seine Diener*; Arani Verlag, Berlin 1956
- Procopé, Hjalmar: *Sowjetjustiz über Finnland*; Thomas Verlag, Zürich 1953
- Raeder, Erich: *Mein Leben*; 2ssde. Schlichtermayer, Tübingen 1956
- Rambaud, Louis: *Le grand petit Chancellier Dollfuss*; Emanuel Vitte, Paris 1948
- Rauschning, Hermann: *Gespräche mit Hitler*; Europa Verlag, Zürich 1940
- Rees, J. R.: *The Case of Rudolf Hess*; Heinemann, London 1947
- Reitlinger, Gerald: *Die Endlösung*; Colloquium Verlag, Berlin 1956
- Reitlinger, Gerald: *Die SS*; Verlag Kurt Desch, München 1956
- Ribbentrop, Joachim von: *Zwischen London und Moskau*; Druffel-Verlag, Leoni 1953
- Rieckhoff, H. J.: *Triumph oder Bluff*; Inter Avia, Genf 1945
- Ripka, Hubert: *Munich, Before and After*; Gollancz, London 1939
- Ritter, Gerhard: *Wunschträume Heinrich Himmlers am 21. Juli 1941*; Ernst Klett-Verlag, Stuttgart 1954
- Röhm, Ernst: *Die Memoiren des Stabschefs Röhm*; Uranus-Verlag, Saarbrücken 1934
- Roosevelt, Elliott: *Wie er es sah*; Falken-Verlag, Zürich 1947
- Rosenberg, Alfred: *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*; Hoheneichen-Verlag, München 1930
- Rosenberg, Alfred: *Letzte Aufzeichnungen*; Plesse Verlag, Göttingen 1955
- Rosenberger, Heinrich: *Zur Entlassung des Generalobersten Freiherr von Fritsch*; in: *Deutsche Rundschau*, Baden-Baden 1954
- Schacht, Hjalmar: *Abrechnung mit Hitler*; Rowohlt Verlag, Hamburg 1948

- Schacht, Hjalmar: *76 Jahre meines Lebens*; Kindler und Schiermeyer Verlag, Bad Wörishofen 1953
- Schirach, Baldur von: *Ich glaubte an Hitler*; Mosaik-Verlag, Hamburg 1968
- Schirach, Henriette von: *Der Preis der Herrlichkeit*; Limes Verlag, Wiesbaden 1956
- Schlabrendorff, Fabian von: *Offiziere gegen Hitler*; Europa-Verlag, Zürich 1951
- Schmidt, Dana Adams: *War Crimes Code Due for Reshaping*; in: *New York Times*, 6. 5. 1945
- Schmidt, Dana Adams: *Guilty Punished*; in: *New York Times*, 16. 10. 1946
- Schmidt, Dana Adams: *11 Nazis Cremated, Ashes Dispersed*; in: *New York Times*, 16. 10. 1956
- Schmidt, Paul: *Statist auf diplomatischer Bühne*; Athenäum-Verlag, Bonn 1949
- Schmied, Heinrich: *Apokalyptisches Wetterleuchten*; Verlag der Evangelisch-Lutherischen Kirche, München 1947
- Schnabel, Reimund: *Macht ohne Moral*; Röderbergverlag, Frankfurt a. M. 1957
- Schultz, Joachim: *Die letzten dreissig Tage*; Steingrueben-Verlag, Stuttgart 1951
- Schuschnigg, Kurt von: *Dreimal Österreich*; Hegner-Verlag, Wien 1938
- Schuschnigg, Kurt von: *Ein Requiem in Rot-Weiss-Rot*; Verlag Amstutz, Herdeg & Co., Zürich 1946
- Schwarzwäller, Wulf C.: *Der Stellvertreter des Führers Rudolf Hess – der Mann in Spandau*; Molden-Verlag, 1974
- Seidl, Alfred: *Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939-1941*; H. Laupp'sche Buchhandlung, Tübingen 1949
- Shirer, William L.: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*; Kiepenheuer & Witsch, Köln 1961
- Silkin, S. C., and Colin Sleeman: *Trial of Sumida Haruzo and twenty others*; W. Hodge, London 1951
- Speer, Albert: *Erinnerungen*; Propyläen, Frankfurt 1969
- Spielhagen, Franz: *Spione und Verschwörer in Spanien*; Éditions du Carrefour, Paris 1936
- SS im Einsatz, eine Dokumentation über die Verbrechen der SS*; Kongress-Verlag, Berlin 1957
- Stackeiberg, Karl-Georg v.: *Legion Condor*; Verlag die Heimbücherei, Berlin 1939
- Stadtmüller, Georg: *Zur Geschichte der deutschen Militäropposition 1938-1945*; in *Saeculum*, Band 4, Verlag Karl Alber, Freiburg i. Br. 1953
- Steinert, Marlis G.: *Die 23 Tage der Regierung Dönitz*; Econ-Verlag, Düsseldorf 1967
- Steiniger, P. A.: *Der Nürnberger Prozess*; 2 Bände, Rütten & Loening, Berlin 1957
- Stettinius, Edward Reilly: *Roosevelt and the Russians*; Doubleday & Co., New York 1949
- Taylor, Telford: *Die Nürnberger Prozesse*; Europa Verlag, Zürich 1950
- The Brown Book of the Hitler Terror and the Burning of the Reichstag*; Victor Gollancz Ltd., London 1933

- The Reichstag Fire Trial*; John Lane, London 1934
- Thieme, Hans: *Katyn, ein Geheimnis?* in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Stuttgart 1955
- Thyssen, Fritz: *I Paid Hitler*; Hodder and Stroughton, London 1941
- Timmermanns, Rudolf: *Die Helden des Alkazar*; Verlag Otto Walter, Freiburg 1937
- Tobias, Fritz: *Der Reichstagsbrand – Legende und Wirklichkeit*; Grote-Verlag, Rastatt 1962
- Trevor-Roper, Hugh Redwald: *Hitlers letzte Tage*; Amstutz Verlag, Zürich 1948
- Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals*; Government Printing Office, Washington 1951
- Veale, Frederick J. P.: *Der Barbarei entgegen*; H. H. Nölke Verlag, Hamburg 1954
- Wagner, Friedelind: *The Royal Family of Bayreuth*; Eyre and Spottiswoode, London 1948
- Watts, Stephen: *The Aging Parachutist*; in: *The New Yorker*, New York, 16.2.1957
- Weissberg, Alex: *Die Geschichte von Joel Brand*; Kiepenheuer & Witsch, Köln 1956
- Weissbuch über die Erschiessungen des 30. Juni*; Éditions du Carrefour, Paris 1935
- Weiss-Rüthel, Arnold: *Nacht und Nebel*; Verlag Herbert Kluger, München 1946
- Weizsäcker, Ernst von: *Erinnerungen*; Paul List Verlag, München 1950
- Weizsäcker, Viktor von: *Euthanasie und Menschenversuche*; Lambert Schneider, Heidelberg 1947
- Wheeler-Bennett, John W.: *Die Nemesis der Macht*; Droste Verlag, Düsseldorf 1954
- Winkler, Franz: *Die Diktatur in Österreich*; Orell Füssli, Zürich 1935
- Wolff, Richard: *Der Reichstagsbrand 1933*; in: *Das Parlament*, Bonn, 18.1.1956
- Wulf, Josef: *Martin Bormann – Hitlers Schatten*; Mohn, Gütersloh 1962
- Zeller, Eberhard: *Geist der Freiheit*; Verlag Hermann Rinn, München 1956
- Zernatto, Guido: *Die Wahrheit über Österreich*; Longmans Green & Co., New York 1938

Informationen wurden ferner aus nicht namentlich gezeichneten Beiträgen in folgenden Blättern gewonnen: *Aufbau*, New York; *Die Neue Zeitung*, München; *Echo der Woche*, München; *Frankfurter Neue Presse*, Frankfurt a. M.; *Hamburger Allgemeine Zeitung*, Hamburg; *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich; *New York Times*, New York; *Nürnberger Nachrichten*, Nürnberg; *Stars and Stripes*, Darmstadt; *Süddeutsche Zeitung*, München; *Sunday Dispatch*, London; *The Times*, London; *Völkischer Beobachter*, München. Im Manuskript wurden eingesehene Aufzeichnungen von Burton C. Andrus, Robert M. W. Kempner, Anton Kohnle, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Arnold Rechberg und Hermann Wittkamp.

Für die freundliche Unterstützung sind die Autoren dem *Institut für Zeitgeschichte in München* zu besonderem Dank verpflichtet.

PERSONENVERZEICHNIS

- Adenauer, Konrad, Bundeskanzler 492
Alderman, Sidney S» beigeordneter Ankläger für d. Vereinigten Staaten 143f., 154, 157, 160, 173, 179, 184f., 188, 190, 197f., 205., 207, 230, 244, 289 f., 299
Alfons XIII. von Spanien 223
Amann, Max, Reichsleiter 308
Amen, John Harlan, beigeordneter Ankläger für die Vereinigten Staaten 257ff., 262ff., 265 f., 354f., 393ff., 398f., 426, 446h
Anders, Wladislaw, polnischer General 379
Andrus, Burton C., US-Oberst 75f., 96, 483 f., 487
Attlee, Clement, brit. Ministerpräsident 480
Attolico, Bernardo, italienischer Botschafter in Berlin 204, 234, 238
Axmann, Arthur, Reichsjugendführer und HJ-Obergebietsführer 63, 105
Babel, Ludwig, Rechtsanwalt, Verteidiger für SS und SD 394
Bach-Zelewski, Erich von dem, SS-Obergruppenführer und Chef der Banden-Kampferverbände 39 ff., 397, 486, 524
Backe, Herbert, Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung 439
Baldwin, William H., Ankläger für die Vereinigten Staaten 408
Barrington, J. Harcourt, Major, Ankläger für das Vereinigte Königreich 129
Bayern, Prinz Heinrich von 48
Beck, Josef, polnischer Ausssenminister (1932 bis 1939) 232
Beck, Ludwig, Generaloberst und Generalstabschef (1933-1939) 156, 165, 170
Benesch, Eduard, tschechoslowakischer Staatspräsident 200ff., 206
Bergold, Friedrich, Rechtsanwalt, Verteidiger von Bormann 105 f., 337
Bernadotte, Folke Graf, Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes 47
Berndt, Alfred Ingemar, Ministerialrat im Propagandaministerium 117
Biddle, Francis A., Mitglied des Gerichtshofs für die USA 106, 110, 543
Birkett, Sir Norman, Stellvertr. Richter für das Vereinigte Königreich 110, 543
Bismarck, Otto Fürst von, Berufsdiplomate 223
Bleibtreu, Petermartin, Journalist 486
Blomberg, Werner Eduard Fritz, Generalfeldmarschall, Reichskriegsminister, Oberbefehlshaber der Wehrmacht 159, 164, 168f., 350, 372
Blum, Léon, französischer Ministerpräsident 41
Bodenschatz, Karl, General der Luftwaffe 191, 247, 262, 277
Bolz, Eugen Anton, württembergischer Staatspräsident 126
Bonde, Baron Knut von 267 f.
Bonnet, Georges, französischer Ausssenminister 203
Bormann, Martin, Reichsleiter, Chef der Parteikanzlei der NSDAP, Sekretär Hitlers
Allgemeines 28, 73f., 104ff., 342, 509, 528
Charakteristik 24, 336
Euthanasie
Nürnberger Prozess 478, 533, 544
Kirchenkampf 311 f., 315
Kriegsverbrechen 336
Bornewasser, Franz Rudolf, Bischof von Trier 320
Bouhler, Philipp, Reichsleiter 316E
Bräutigam, Otto, Ministerialdirigent im Ostministerium 411
Brandt, Professor Dr., Arzt 317
Brauchitsch, Walter von, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber des Heeres (1938-1941), 171, 232, 274, 277, 293
Bross, Werner, Rechtsanwalt, assistierender Verteidiger von Göring 20, 76, 127, 267, 371, 375
Budson, Walter W., Ankläger für die USA 303, 311
Brückner, Wilhelm, Adjutant Hitlers 142
Buch, Walter, Reichsleiter und Oberster Parteirichter 214
Bühler, Josef, Staatssekretär im Generalgouvernement 419
Burckhardt, Carl J., Professor, Völkerbundkommissar von Danzig bis 1939 237
Bünger, Wilhelm, Senatspräsident 120
Burgdorf, Wilhelm, General und Chefadjutant Hitlers 16f.
Butz, Professor Dr. 383f.
Canaris, Wilhelm, Admiral, Abwehrchef 181, 257, 262 ff., 350, 352, 354, 398
Chamberlain, Sir Neville, britischer Premierminister 199 f., 204, 208, 274
Churchill, Sir Winston Spencer, britischer Premierminister 62, 69 f., 81 ff., 84 ff., 206, 274, 281, 283, 308, 328, 368 f., 380, 505
Chvalkovsky, Dr. Frantisek Karel, tschechoslowakischer Ausssenminister 207
Ciano, Galeazzo Graf, italienischer Ausssenminister 204, 234ff.
Clauberg, Hans, Professor Dr., Arzt, SS-Brigadeführer 433
Clay, Lucius D., US-Militärgouverneur 92
Conti, Leonardo, Reichsgesundheitsführer 50, 316, 381 f., 388
Coulondre, Robert, französischer Botschafter in Berlin 252
Crisis, Max de, Professor und Chef der Psychiatrischen Abteilung der Charité 50
Czemiakow, Adam, Vorsitzender des Judenrats 444
Dahlquist, John E., US-Generalmajor 19
Dahlerus, Birger, schwedischer Industrieller 244, 246ff., 25 ff.
Daladier, Edouard, französischer Ministerpräsident 41, 200, 204f., 252
Dalugee, Kurt, SS-Obergruppenführer, General der Polizei, Ministerialdirektor im Innenministerium 219
Dehler, Dr. Thomas 494
Diels, Rudolf, Chef der Gestapo in Preussen, Ministerialdirektor 113, 130 ff.
Dietrich, Otto, Reichspressechef, Staatssekretär 308

- Dietrich, Sepp, SS-Generaloberst 141
- Dimitroff, Georgi, bulgarischer Ministerpräsident 119 ff.
- Dirks, Walter, Schriftsteller 435
- Dirlwanger, Oskar, SS-Oberführer 392
- Dix, Dr. Rudolf, Rechtsanwalt, Verteidiger von Schacht 166 ff.
- Dodd, Thomas J., Ankläger für die Vereinigten Staaten 156, 174, 178f., 302, 307, 344, 358, 387, 400
- Dodd, William E., US-Botschafter in Berlin 142
- Dönitz, Karl, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Grossadmiral, Nachfolger Hitlers
- Allgemeines 53ff., 269, 371, 431, 510
- Anklage und Vernehmung 362
- Gefangennahme 33 f.
- Prozess 466, 474, 478, 485, 492, 533, 544
- Regierungsübernahme 25 f.
- Dollfuß, Dr. Engelbert, österreichischer Bundeskanzler
- Allgemeines 183f., 509
- Biographisches 143 f.
- Ermordung 142
- Donnedieu de Vabres, Henri, Professor, französisches Mitglied des Gerichtshofes 110, 543
- Dubost, Charles, stellvertr. Französischer Hauptankläger 101, 105 f., 402
- Eden, Sir Anthony, britischer Aussenminister 13, 62, 69, 82, 85, 87
- Eichmann, Adolf, SS-Obersturmbannführer, Chef der Abt. B IV des RSHA 418, 424, 525 f.
- Eisenhower, Dwight D., US-General, Präsident der USA 21 f., 31f., 49, 51 f.
- Ernst, Karl, SA-Führer 121f., 139
- Exner, Franz, Professor, Rechtsanwalt, Verteidiger von Jodl 159, 297
- Falco, Robert, stellvertr. französischer Richter 89, 110, 543
- Falkenhausen, Alexander Freiherr von, General 41
- Faulhaber, Michael von, Kardinal, Erzbischof von München-Freising 320
- Fischer, Adrian L, Chefjustitiar im State Department 471
- Forbes-Ogilvie, Georges Sir, britischer Botschaftsrat in Berlin 255
- Ford, Henry, amerikanischer Industrieller 97
- Franco, Bahamonde, Francisco, Generalissimus, spanischer Staatschef 163f., 222 ff.
- François-Poncet, André, französischer Botschafter in Berlin 199, 206
- Frank, Anne 406
- Frank, Hans, Generalgouverneur von Polen, Reichsminister ohne Geschäftsbereich
- Anklageschrift 95, 505
- Biographisches 396f., 405, 408, 410, 417, 432, 437f., 510, 522, 524
- Prozess 463 f., 474, 477, 488, 534, 544 i. S. Röhm 140
- Verhaftung 39 t.
- Freisler, Roland, Präsident des Volksgerichtshofs, Staatssekretär im Reichsjustizministerium 93, 418
- Frick, Dr. Wilhelm, Reichsminister, Reichsprotector von Böhmen und Mähren
- Allgemeines 110, 118, 138, 216
- Euthanasie 319, 322
- Gefangennahme 14
- Judenverfolgung 135
- Prozess 346, 436, 474, 478, 481, 488, 505, 535, 544
- Friedeburg, Hans Georg von, Generaladmiral 30
- Fritsch, Werner Freiherr von, Generaloberst, Oberbefehlshaber des Heeres 160, 164, 170, 371
- Fritz, Dr. Hans, Rechtsanwalt, Verteidiger von Fritzsche 308
- Fritzsche, Hans, Rundfunkkommentator u. Ministerialdirektor im Propagandaministerium
- Allgemeines 95, 505, 510
- Biographisches 16, 301, 308 f., 431
- Kapitulation 14
- Prozess 309ff., 470f., 474, 493, 335, 544
- Funder, Dr. Friedrich, österreichischer Journalist 151
- Funk, Walther, Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident
- Biographisches 295, 431, 473
- Kristallnacht 215, 220f.
- Prozess 343E, 465, 477, 492, 305, 510, 536, 544
- Galen, Clemens August von, Bischof von Münster 319
- Gamelin, Maurice Gustave, französischer Generalstabschef 41, 281
- Gempp, Walter, Oberbranddirektor von Berlin 115f., 125
- Georg IV., König von England 6f., 71
- Gerstein, Kurt, Bergassessor a. D., SS-Obersturmführer 428
- Gilbert, Gustave M., Gefängnis-Psychologe 94f., 158f., 178, 205, 354, 371, 431f., 447, 478f.
- Giraud, Henri, französischer General 354
- Gisevius, Hans Bernd, Beamter der Gestapo in Preussen
- Frick 346 f.
- Fritsch 166
- Reichstagsbrand 117, 125 f.
- Röhm-Putsch 138
- Glaise-Hostenaus, Dr. h.c. Edmund, österreichischer Bundesminister 183
- Globocnik, Odilo, SS-Brigadeführer und Generalleutnant der Polizei 185, 345, 418, 428, 441, 443, 446
- Goebbels, Dr. Josef, Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung
- Allgemeines 134, 164, 281, 455
- Biographisches 214, 223, 308
- Judenverfolgung 211
- Machtergreifung 113
- Polenkrieg 232
- Reichstagsbrand 117
- Selbstmord 14 ff., 28
- Spanischer Bürgerkrieg 228
- Tschechoslowakei 199
- Göring, Hermann Wilhelm, Reichsmarschall, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalbevollmächtigter f. d. Vierjahresplan
- Allgemeines 71 ff., 110ff., 156, 164, 168f., 261, 324, 398, 460, 503
- Anschluss Österreichs 185 f.
- Biographisches 214, 222ff., 324, 342, 346, 350, 356, 370, 515
- Charakteristik 94f., 256, 372ff.
- Dollfuß 143
- Fremdarbeiter 409f.
- Hossbach-Konferenz 160

- Judenverfolgung 209f., 373f., 416f., 437, 524
Kapitulation und erste Vernehmung 19 f., 23f., 76 f., 95 f.
Konzentrationslager 128 ff., 416
Prozess 457,473,476,478,480, 505,510, 536, 544
Reichstagsbrand 114, 120 ff.
Rheinlandbesetzung 370ff.
Röhm-Putsch 136ff.
Spanischer Bürgerkrieg 222E, 226, 239f.
Selbstmord 482, 489
Tschechoslowakei 205, 207
Zweiter Weltkrieg 230f., 245h, 267ff., 275, 277f., 288, 293, 299f., 522
Görlitz, Walter, Schriftsteller 154
Goldstein, Bernard 444
Grabe, Hermann Friedrich, Ingenieur 420f.,
Griffith-Jones, J. M. G., britischer Ankläger 304ff., 317, 329
Grigg, jr. Joseph W., amerikanischer Kriegskorrespondent 32
Gröber, Dr. Konrad, Erzbischof v. Freiburg 319
Grynszpan, Herszel 210f.
Gürtner, Dr. Franz, Reichsjustizminister 171
Habicht, Theodor, Landesleiter der NS-Partei in Österreich 144
Hacha, Dr. Emil, Präsident der tschechoslowakischen Republik 207f., 253, 272, 372
Hahn, Dr., SS-Obersturmbannführer, Kommandant der Sicherheitspolizei in Warschau 446
Halder, Franz, Generaloberst, Chef des Generalstabes des Heeres (1939-1942) 41, 123, 277, 284, 293, 298
Halifax, Lord Edward, britischer Außenminister (1938-1940) 194, 200, 206, 248, 267
Hamel, Curt, Leiter des Ministeramtes im Propagandaministerium 16
Hanussen, Erik van, Hellseher 125
Hamilton, Herzog von 68 f., 329
Harris, Samuel, US-Ankläger 397
Haushofer, Dr. Albrecht 68
Haushofer, Dr. Karl, Professor für Geopolitik 68, 70, 73 f.
Heines, Edmund, SA-Obergruppenführer 121
Henderson, Sir Neville, britischer Botschafter in Berlin (1937-1939) 200, 206, 248, 254
Henlein, Konrad, Führer der Sudetendeutschen Partei 197f.
Hess, Rudolf, Stellvertreter Hitlers, Reichsminister ohne Geschäftsbereich
Allgemeines 86, in 241, 347, 330
Aussage in Nürnberg 95, 326, 332
Biographisches 312, 328f.
Charakteristik 21, 64ff., 69h, 71ff., 323
Flug nach England 66 ff., 328 f.
Prozess 457f., 473, 476f., 478, 491, 495, 505, 536f., 543f.
Hess, Ilse, Gattin von Rudolf Hess 73, 328
Hessen, Prinz Philipp von, Botschafter in Rom 4f. 191
Helldorf, Wolf Heinrich Graf, SA-Obergruppenführer, Polizeipräsident von Berlin 121, 168
Heusinger, Adolf, Generalinspekteur der Bundeswehr 391
Heuss, Professor Theodor, Bundespräsident 492
Hilfrich, Dr. Antonius, Bischof von Limburg 318
Hilgard, Eduard, Reichsgruppenleiter 216, 219
Heydrich, Reinhard, SS-Gruppenführer, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, stellvert. Reichsprotector von Böhmen und Mähren
Biographisches 170, 216, 221, 347f., 355, 373, 375, 402, 407, 416, 418 f.
Judenverfolgung 212, 437
Himmeler, Heinrich, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei
Allgemeines 168, 342, 344, 455
Abwehr 258
Biographisches 28, 48ff., 53ff., 139, 347, 372ff.
Charakteristik 48 ff.
Euthanasie 319
Friedensbemühungen 47f.
Judenverfolgung 212, 416f., 424, 428, 437, 443, 462, 464
Menschenversuche 433 ff.
Entvölkerung des Ostens 379, 392, 399, 402, 407, 412, 522
Verhaftung und Selbstmord 56f., 59
Hindenburg, Paul von, Generalfeldmarschall, Reichspräsident 112, 118, 140, 154
Hitler, Adolf (1933-1945)
Allgemeines 82, 90, 154, 159ff., 192, 198f., 206ff., 262, 308, 407, 455, 457, 463, 466, 469f., 406, 515, 533
Aufrüstung 134
Biographisches 69f., 215, 224, 229, 236, 249, 325f., 336,339,340, 343, 359, 368, 372,463,465, 516ff.
Charakteristik 21 f., 80ff., 104, 244, 251, 256, 458 f., 463, 469
Entvölkerung 132ff., 301, 391, 395, 400
Euthanasie 317
Judenverfolgung 77, 134ff., 210, 212, 304, 376, 414, 428f., 437, 462, 464f., 525f.
Kirchenkampf 31f., 315
Machtergreifung 112
Münchener Konferenz 205
Reichstagsbrand 113ff., 123f.
Röhm-Putsch 13 5 ff.
Schuschnigg 173 h
Spanien 222E, 227, 229f.
Sportpalastrede 202
Tod 26f.
Zwangsarbeiter 409f., 412E, 523
Zweiter Weltkrieg 230f., 239f., 244, 249, 257, 261f., 266, 270, 273f., 281f., 283, 287, 295, 363 ff., 366, 517f.
Hoegner, Dr. Wilhelm, ehem. bayer. Ministerpräsident 487, 494
Höss, Rudolf Franz Ferdinand, Lagerkommandant von Auschwitz 425 ff.
Horthy, Nikolaus von Nagybanya, ungarischer Reichsverweser 41
Hossbach, Friedrich, Generalmajor, militärischer Adjutant Hitlers 160, 228
Hull, Cordell, US-Außenminister 82
Innitzer, Theodor, Kardinal, Erzbischof von Wien 339
Jackson, Houghwout Robert H., Hauptankläger für die USA 80, 88f., 101, 103, 114, 121ff., 129ff., 137f., 166f., 216, 221f., 285, 326, 341 f., 347f., 370, 376, 390, 454f., 468, 512
Jodl, Alfred, Generaloberst und Chef des Wehrmachtsführungsstabes
Allgemeines 159, 173, 191, 273, 283, 286f., 447

- Kapitulation 25 f., 31 ff.
 Prozess 359f., 365, 467f., 477, 480, 485, 489, 505, 511, 537f.
 544
 Weltkrieg 199, 261, 270, 287, 293, 296f., 356
 Jones, F. Elwyn, britischer Ankläger 269f., 273, 268 f.
 Kaltenbrunner, Ernst, SS-Obergruppenführer und Chef des Reichssicherheitshauptamtes
 Allgemeines 41, 95f., 359f., 425, 505
 Besetzte Gebiete 407, 409
 Judenverfolgung 425, 446
 Prozess 462 f., 474, 477f., 488, 536, 544
 Kauffmann, Dr. Kurt, Verteidiger von Kaltenbrunner 425 f.
 Keitel, Wilhelm, Generalfeldmarschall, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (1938-1945)
 Allgemeines in, 168, 173, 178f., 365, 399,
 401 f., 412, 432, 473
 Prozess 349h, 461, 474, 477, 480f., 485, 488, 505, 511, 522,
 538, 544
 Regierung Dönitz 25
 Tschechoslowakei 198 f., 206
 Zweiter Weltkrieg 230, 263 ff., 270, 274 h, 277, 283, 286,
 293
 Kelley, Douglas M., US-Gerichtspsychiater 65 f., 436
 Kempka, Erich, Fahrer Hitlers 105 f.
 Kempner, Dr. Robert M. W., Ankläger für die USA 124f., 319,
 322, 346f., 351, 390
 Keppler, Wilhelm, Staatssekretär im Auswärtigen Amt 186,
 190f.
 Kerrl, Hans, Reichskirchenminister 311, 315
 Kesselring, Albert, Generalfeldmarschall 262 f., 279f., 285
 Kirkpatrick, Ivone, Vertreter des Londoner
 Ausenministeriums und späterer Hoher Kommissar 320f.
 Klausener, Erich, Ministerialdirektor und Leiter der Katholi-
 schen Aktion im Bistum Berlin 138
 Klefisch, Dr. Theodor, Rechtsanwalt, Verteidiger von Krupp
 von Bohlen und Halbach 100f.
 Kleist, Ewald von, Generalfeldmarschall 282f.
 Koch, Erich, Reichskommissar der Ukraine 400
 Körner, Paul, Staatssekretär im preussischen Staatsministe-
 rium 133h, 256, 372
 Kot, Jan, polnischer Botschafter in Moskau 377f.
 Kranzbühler, Otto, Flottenrichter, Verteidiger von Dönitz
 365 ff., 383ff.
 Krasnuschkin, Eugen, Professor der Psychiatrie in Moskau
 101
 Krupp, Alfred von Bohlen und Halbach, Industrieller 103
 Krupp, Gustav von Bohlen und Halbach, Industrieller 42, 99
 ff., 101 ff., 511
 Lahousen-Vivremont, Erwin von, Generalmajor und Chef
 der Abt. II in der Abwehr 257h,
 262f., 264h, 354f., 398f.
 Lambert, Thomas F. Ankläger für die USA 3, 6ff.
 Lammers, Hans-Heinrich, Reichsminister u.
 Chef der Reichskanzlei 15a, 3 16ff., 334, 412
 Latenser, Dr. Hans, Verteidiger des Generalstabs und des
 OKW 297 ff.
 Lawrence, Sir Geoffrey, Lordrichter und Vorsitzender des In-
 ternationalen Militärgerichtshofes, Mitglied für das Verei-
 nigte Königreich
 103f., 130, 242, 265, 275, 291 ff., 298f., 302, 309f., 319, 326 f.,
 371, 471, 543
 Leopold III., König der Belgier 275, 278
 Ley, Dr. Robert, Führer der Deutschen Arbeitsfront und
 Reichsorganisationsleiter der NSDAP 42 ff., 97ff., 505 f.
 Lie, Trygve Halvdan, Generalsekretär der Vereinten Natio-
 nen, Oberbefehlshaber der norwegischen Streitkräfte 274
 Lipski, Josef, polnischer Botschafter in Berlin 255
 Litwinow, Maxim, ehem. sowjetischer Außenminister 444
 Lloyd, George 459
 Lohse, Hinrich, Gauleiter 475 f.
 Lorenz, Hauptschriftleiter, Vertreter des Reichspressechefs
 Dietrich 308
 Lubbe, Marinus van der 114f.
 Lüdde-Neurath, Walter, Adjutant von Dönitz 54
 Lüdingshauser), Dr. Otto Freiherr von, Verteidiger von Neu-
 rath 160, 165
 Manstein, Erich von (Lewinski), Generalfeldmarschall 281,
 393
 Marx, Dr. Hanns, Verteidiger von Streicher 134, 213, 303f.
 Mastny, Vojtech, tschechoslowakischer Gesandter in Berlin
 206
 Masur, Dr. Norbert, Vertreter des jüdischen Weltkongresses
 49
 Matsouka, Josuke, japanischer Außenminister 288
 Maxwell, Sir David Fyfe, Viscount Kilmuir, stellvertr. briti-
 scher Hauptankläger 89f., 180, 207f., 234f., 241, 250, 255,
 278f., 339, 352f., 368f., 373, 401f., 416ff.
 Messerschmitt, Willy, Flugzeugkonstrukteur 66, 72 f.
 Middleton, Drew, amerikanischer Kriegskorrespondent 51
 Miklas, Wilhelm, österreichischer Bundespräsident 148f.,
 181, 183f.
 Milch, Erhard, Generalfeldmarschall, Generalinspekt. d.
 Luftwaffe 277h, 412, 458
 Molotow, Wjatscheslaw Michajlowitsch, sowjetischer Aus-
 enminister 81f., 239, 241, 288, 290
 Moltke, Graf Hans Adolf von, deutscher Botschafter in War-
 schau 232f.
 Montgomery, Bernhard Law, britischer Feldmarschall 57f.,
 62, 480
 Morell, Dr. Theodor, Leibarzt Hitlers 207
 Morgen, Georg Konrad, SS-Richter 321 ff.
 Müller, Bernhard, Ankläger der Spruchkammer 494
 Müller, Heinrich, SS-Obergruppenführer, Amtschef IV im
 RSHA 260, 418, 424, 462
 Mussolini, Benito 144, 147, 164, 183, 192, 204, 224, 234f., 238,
 244, 286f.
 Musy, Jean-Marie, Schweizer Bundespräsident 49
 Naumann, Werner, Staatssekretär im Propagandaministe-
 rium 16
 Nelte, Dr. Otto, Verteidiger von Keitel 264, 293 f., 316f.
 Neuhäusler, Johann, Weihbischof von München 329
 Neurath, Constantine Freiherr von, Reichs-
 ausenminister und Reichsprotektor von Böhmen und
 Mähren

Allgemeines 41, 141, 160
Hossbach-Konferenz 165
Judenverfolgung 135, 406f.
Prozess 469, 478, 485, 492, 505, 511, 538, 544
Neustädter-Stürmer, Odo, österreichischer Sozialminister 152f.
Niemöller, Martin, Pastor 41
Nikitschenko, Iola T., Generalmajor und sowj. Mitglied des Gerichtshofes 89f., 107, 110, 232, 298, 348, 471 f., 543
Oberfohren, Ernst, Vorsitzender der deutschnationalen Reichstagsfraktion 125
Ohlendorf, Otto, SS-Gruppenführer, Chef der Einsatzgruppe D 55, 393, 420, 423, 524
Oshima, Hiroshi, japanischer Botschafter in Berlin 363
Papen, Franz von, Reichskanzler, Gesandter in Wien und Botschafter in Ankara 95, 113, 155f., 172f. 339f., 468, 474f., 494, 505, 511, 538, 544
Pannenbecker, Dr. Otto, Verteidiger von Frick 138, 347
Parker, John H., stellvert. US-Richter 110, 543
Paulus, Friedrich, Generalfeldmarschall 290f.
Perth, Lord, britischer Botschafter in Rom 203 ff.
Pétain, Henri Philippe, Marschall v. Frankreich 281
Pflücker, Dr. Ludwig, Gefängnisarzt 75, 96, 99, 110, 323f., 480, 482, 287
Philimore, H. J., britischer Ankläger 286, 363
Picker, Henry, Sekretär Bormanns 71, 73
Piekenbrock, Hans, Generalmajor, Chef der Abt. I in der Abwehr 258
Pius XII. 313
Pohl, Oswald, SS-Obergruppenführer 345, 444 f.
Pokrowski, J. W., sowjetischer Ankläger 369, 377f., 381, 391 f.
Preussen, Prinz Friedrich Leopold von 41
Puhl, Emil, Vizepräsident der Reichsbank 344
Quatre, Constant, französischer Ankläger 359
Quinn, William W. US-Brigadegeneral 21 ff.
Quisling, Vidkun, norwegischer Ministerpräsident 268 ff., 274
Raeder, Dr. Erich, Grossadmiral, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine bis 1943, Admiralinspekteur der Marine
Allgemeines 64, 308, 362, 409
Hossbach-Konferenz 160, 171
Prozess 367ff., 371, 478, 492, 505, 511, 544
Zweiter Weltkrieg 230, 269, 273f., 284f., 517
Rainer, Dr. Friedrich, Gauleiter von Salzburg und Kärnten 174, 184
Rath, Ernst vom, Legationsrat in Paris 210ff.
Rauschnigg, Hermann, Senatspräsident von Danzig 123, 157, 301
Rechberg, Arnold, Industrieller 43
Rees, J. R., britischer Arzt 70 f.
Reichenau, Walter von, Generalfeldmarschall 173
Reitinger, Gerald, engl. Historiker 374, 426, 435
Reynaud, Paul, französischer Ministerpräsident 41, 281
Ribbentrop, Joachim von, Reichsaussenminister und Botschafter in London
Anschluss Österreichs 177, 180f., 192f.
Biographisches 357f.

Charakteristik 22, 235, 256
Judenverfolgung 418
Prozess 460, 477f., 480, 485, 505, 511, 539, 544
Spanien 226
Tschechoslowakei 204, 207ff.
Zweiter Weltkrieg 90, 234f., 236, 238, 243, 251f., 261, 263f., 285, 288, 357, 517
Rieth, Dr. Kurt, Gesandter in Wien 146, 153
Rintelen, Dr. Anton, österreichischer Politiker 150f.
Roberts, G. D. » britischer Ankläger 274 f., 276, 360f.
Röhm, Ernst, Stabschef der SA, Hauptmann a. D. 125, 135ff., 138f.
Rohrscheid, Dr. Günther von, Verteidiger von Hess 323, 326ff.
Roosevelt, Franklin Delano, Präsident der USA 81f., 380, 505
Roosevelt, Elliot 83 f.
Rosenman, Samuel, US-Richter 88
Rosenberg, Alfred, Reichsleiter der NSDAP, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Chef des Ausserpolitischen Amts der NSDAP
Judenverfolgung 302, 417, 437
Kirchenkampf 311, 315
Kriegsgefangene 399
Prozess 302f., 462, 476f., 481, 488, 505, 511, 540,

Zweiter Weltkrieg 269 f., 273, 289, 299, 517
Rudenko, Roman, sowjetischer Hauptankläger, Generalleutnant, Staatsrat 2. Klasse 233, 242, 291, 301, 308ff., 352, 369, 393, 512
Runciman, Lord Walter of Doxford, britischer Handelsminister, Sonderbeauftragter Chamberlains 201 f.
Rundstedt, Karl Rudolf Gerd von, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe 171, 282
Saukel, Fritz, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz 42.94, 351, 409 f., 467, 477, 485, 489, 505, 512, 523, 527f., 540, 544
Sauerbruch, Ferdinand, Chirurg 154
Sauter, Dr. Fritz, Verteidiger von Ribbentrop, Funk und v. Schirach 264, 295
Seidl, Dr. Alfred, Rechtsanwalt, Verteidiger von Hess und Frank 241, 328, 337
Seyss-Inquart, Arthur, Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für die besetzten Niederlande 28.41.177, 182h, 405, 468, 478, 489, 505, 512, 541f., 544
Shawcross, Sir Hartley, britischer Hauptankläger 103, 142, 268, 271, 274f., 283, 287, 348, 419, 454, 468, 512
Siemers, Dr. Walter, Verteidiger von Raeder 371
Sikirski, Wladyslaw, polnischer General 379f.
Smirnow, L. N., sowjetischer Ankläger 384f., 396f.
Smith, Brookhart, US-Ankläger 424f.
Smith, Bedell, US-Generalstabschef 31
Smith, Howard, britischer Botschafter in Kopenhagen 272
Smuts, General 332
Spaak, Paul Henri, belgischer Aussenminister und Ministerpräsident 276
Speer, Albert, Reichsminister für Bewaffnung und Munition 25, 36, 95 f., 365, 371, 409, 412, 469f., 478, 491, 503, 512, 542, 544

- Sperle, Hugo, Generalfeldmarschall 173, 217f.
- Sproll, Johann, Bischof von Rottenburg 312
- Sündermann, Helmut, Vertreter von Reichspressechef Dietrich 308
- Schacht, Hjalmar, Reichsbankpräsident, Reichsminister ohne Geschäftsbereich
 Allgemeines 94h, 156, 167, 169, 347, 415, 473
 Biographisches 40h, 515
 Charakteristik 77, 91, 342
 Prozess 329, 342, 373, 474, 485, 494, 505, 512, 54b 543 f.
 Widerstand 171
- Schaub, Julius, Adjutant Hitlers 142
- Schellenberg, Walter, SS-Gruppenführer, Leiter des Amtes VI im RSHA 49
- Schirach, Baldur von, Reichsjugendführer, Reichsstatthalter, Gauleiter und Verteidigungskommissar von Wien 63 f., 295, 301, 306f., 310, 417, 432, 467, 473, 478, 491, 505, 512, 541, 544
- Schirach, Henriette von, gesch. Frau Baldur von Schirachs 63 f.
- Schlegelberger, Franz, Staatssekretär im Reichsjustizministerium 334f.
- Schleicher, Kurt von, Reichskanzler und Reichskriegsminister 136f., 139
- Schmidt, Dr. Guido, österreichischer Aussenminister 173, 178 f.
- Schmidt, Dr. Paul, Chef-Dolmetscher im Auswärtigen Amt 201, 207, 234ff., 254, 261 f., 520
- Schmundt, Rudolf, Chefadjutant Hitlers, Oberstleutnant 197f., 230f.
- Scholz, Robert, Chef des Sonderstabes der Schönen Künste 523
- Schörner, Ferdinand, Generalfeldmarschall 308
- Schulenberg, Werner Graf von der, deutscher Botschafter in Moskau 239, 290
- Schukow, Georgi, Marschall der Roten Armee 16f., 32
- Schuschnigg, Dr. Kurt von, österreichischer Bundeskanzler 4t, 150k, 172k
- Schwarz, Franz Xaver, Reichsschatzmeister der NSDAP 44
- Schwerin von Krosigk, Lutz Graf von, Reichsfinanzminister 28, 55, 59, 215
- Stahmer, Otto, Verteidiger von Göring 76, 128 f., 136, 166f., 231, 246, 255, 262, 279
- Stalin, Josef Wissarionowitsch (Dschugaschwili) 82f., 227, 232, 238, 240, 262
- Steengracht van Moyland, Gustav Adolph Freiherr von, Staatssekretär im Auswärtigen Amt 265 f.
- Storch, Dr. Hillel, Vertreter des jüdischen Weltkongresses in Stockholm 49
- Stroey, Robert G., US-Ankläger 31k, 317
- Strasser, Gregor, Organisationsleiter der NSDAP 48, 136
- Streicher, Julius, Gauleiter von Franken, Herausgeber des Stürmer 46, 94, 134, 212, 301, 303, 308, 310, 464, 474, 477, 488, 542, 544
- Stroop, Jürgen, SS-Brigadeführer und General der Polizei 441, 446, 523
- Student, Kurt, Generaloberst 262
- Stülpnagel, Otto von, General 404
- Taylor, Telford, Brigadegeneral, US-Ankläger 88 f., 266, 391
- Tedder, Sir Arthur, britischer Luftmarschall 32
- Terboven, Josef, Reichskommissar für Norwegen 350
- Thälmann, Ernst, Vorsitzender der KPD 129, 509
- Thoma, Dr. Alfred, Verteidiger von Rosenberg 303, 397
- Thyssen, Fritz, Grossindustrieller 41
- Todd, Fritz, Rüstungsminister 380
- Többsen, Walter, Industrieller 440, 443 f.
- Truman, Harry S., Präsident der USA 53, 87, 89, 480
- Torgler, Ernst, Vorsitzender der kommunistischen Reichstagsfraktion 119
- Udet, Ernst, General 299
- Veesenmayer, Dr. Edmund, deutscher Gesandter in Ungarn 187
- Wagner, Friedelind, Enkelin Richard Wagners 142
- Wagner, Gerhard, Konteradmiral 30
- Wallenberg, Jacob, schwedischer Bankier 50
- Wallis, Frank B., US-Ankläger 118, 128
- Walsh, William F., US-Ankläger 212, 437, 447, 453
- Wechsler, Herbert, Assistent des amerikanischen Justizministers 88, 471
- Weidling, Helmut, General der Artillerie, Kampfkommandant von Berlin 17f.
- Weizsäcker, Ernst, Freiherr von, Staatssekretär im Auswärtigen Amt 418
- Welczek, Graf Johannes von, Botschafter in Paris 210
- Weygand, Maxime, französischer General 281,
- Wilhelm II., deutscher Kaiser 88
- Wisliceny, Dieter, SS-Hauptsturmführer 424
- Wolchokow, Alexander F., stellvertr. Sowjet. Richter 110, 253, 543
- Woods, John G., Master-Sergeant, US-Scharfrichter 487
- Woolton, Lord, britischer Wiederaufbaumminister 21
- Woroschilow, Kliment, Sowjet. Marschall 238f.
- Wurm, Theophil, evang. Landesbischof von Württemberg 348
- Wyschinski, Andrej Zaunare witsche, sowj. Aussenminister 32, 377f.
- Zorya, N. P., Sowjet. Ankläger, Generalmajor und Staatsjustizrat 2. Klasse 242

SACHREGISTER

Abwehr 257, 269, 355

Angriffskrieg

Allgemeines 94, 230, 245 f., 255f., 264, 297, 329, 333, 350, 359, 457, 470, 505, 515f., 530, 532
Dreier-Pakt 288, 506
England 506
Frankreich 281f., 506
Griechenland 286, 506, 518
Gibraltar, Portugal 288
Hossbach-Protokoll 159f., 228, 367, 372
Holland, Belgien, Luxemburg 275, 506, 517
Invasionspläne, Bombardierung Englands 271, 274, 282
Jugoslawien 286f., 506, 517
Militärpakt Japan-Russland 288
Nichtangriffspakt 239, 243, 288, 297, 506, 520
Norwegen, Dänemark 268, 271, 506, 517
Polen 208, 244, 506, 516
Russland 266, 275, 286ff., 506, 518
Seekrieg 362 f.
Spanien 222, 227f.
Tschechoslowakei 197, 206, 506, 516
Aufrüstung 135, 156, 249, 284, 297, 299, 306f., 333, 342, 363, 409, 413-440, 506, 516
Aufteilung Deutschlands 29 f.
Belgien 275, 277, 314, 349, 504
Bolschewismus 240
Briand-Kellogg-Pakt 506, 519
Dänemark 272, 422, 504
Danzig Freistaat 232
Deutsche Arbeitsfront 515
Dönitz-Regierung 25
England 276, 282, 288, 292, 329, 459, 504
Entvölkerungspolitik (s. auch Kriegsverbrechen) 392, 393, 400, 403, 406
Erster Weltkrieg 88, 92, 205, 227, 332, 454
Euthanasie 315, 322, 348, 423 f., 523f.
Experimente an Häftlingen (s. Menschenversuche)
Fall Barbarossa 286
Frankreich 203, 275 f., 281, 283, 314, 402, 422
Fremdarbeiter 322, 349, 352, 372, 405, 409, 462, 508, 523
Friedensbemühungen 200f.
Geheimes Zusatzprotokoll (s. Moskauer Abkommen)
Geheime Staatspolizei – Gestapo
Anfänge 117, 128, 171, 189, 205
Judenverfolgung 212
Kirchenverfolgung 312f., 314, 348, 400, 418, 441, 462, 466, 505, 512, 515, 528
Genfer Konvention 521, 534
Gleiwitz (s. Polen)
Gnadentod (s. Euthanasie)
«GPU» – Sowjetische Geheime Staatspolizei 379, 387
Griechenland 287, 349, 359, 367, 402, 504
Guernica (s. Spanien)

Haager Konventionen 501, 519, 521

Heer (s. auch Wehrmacht) 206, 231, 515

Hispano-Marokkanische Transport AG.

«Hisma» 224

Hitler-Jugend – HJ 307, 371, 515

Holland 274, 314, 349, 352, 404, 422, 504

Hossbach-Konferenz (s. Angriffskrieg)

Internationale Brigade 225

Italien 114, 147, 163ff., 204f., 224, 227, 234f.,

237f., 244, 385, 314, 504

Japan 288f., 300, 390, 518f.

Judenverfolgung

Antisemitismus 208f., 303, 420, 462, 506, 514f., 523ff., 532
Ausrottung 82, 246f., 303f., 315 f., 373, 375, 392, 414f., 424f., 437f., 462, 465, 506, 509, 523f., 529
Deportation 210, 306f., 349, 404, 434f., 455
Endlösung 374f., 416, 424f.
Gettos, Getto von Warschau 221, 305, 416f., 425f., 435, 441f.,
Kollektivstrafen 524
Kristallnacht 210f., 437
Nürnberger Rassegesetze 209, 348
Vergasung 321, 423, 425f., 445, 455
Verfolgungen «Boykott» 134f., 209, 216f., 222
Vernichtungslager 422, 526
Zeugenaussagen 96 ff., 134, 303, 343, 348, 372, 405

Jugoslawien 286f., 292, 349, 359, 401 f., 504

Kapitulation 141f., 16, 25 ff., 31 ff., 47, 296

Katyn (s. Kriegsverbrechen)

Kellogg-Briand-Pakt 519

Kirchenverfolgung 310, 314, 462, 506

Konferenzen

Jalta 85 f.

München 205f.

Teheran 83 f.

Konzentrationslager

Allgemeines 314, 321, 335, 344, 347, 366, 372, 407, 416, 458, 465, 471
Auflösung 436ff.
Auschwitz 423, 436, 455, 507, 526
Bergen-Belsen 58, 406, 423, 427, 436
Buchenwald 182, 455
Dachau 182, 314, 316, 455, 526
Entstehung 117, 128
Gneisenau 402
Kemna-Prozess 133
Majdanek 423, 455, 507
Mauthausen 400, 455
Österreich 144
Oranienburg 455
Ravensbrück 402
Treblinka 423f., 455, 526
Vernichtungslager 422f.
Korps d. politischen Leiter 527f.
Kraft durch Freude 157
Kriegsgefangene 295 f., 322, 351 f., 357, 361, 365, 377, 386, 398, 410, 459, 508, 521

Kriegsverbrechen

Allgemeines 13f., 81 f., 85, 93 f., 300, 334, 367, 372, 503, 506, 514, 521, 529, 532
Enteignungen 405, 465, 508, 522 f.
Entvölkerung 407f.
Geiselmorde 404, 508, 521
Germanisierung 509f.
Katyn 508
Kollektivstrafen 508
Kommission für Kriegsverbrechen 13, 47, 81
Lidice 401, 530
Oradour 402 f., 507, 530
Massenhinrichtungen 394, 465, 504, 507, 520
Zerstörung 509
Zwangsarbeiter 409f., 462, 508, 530
Kriegsverbrecherprozesse
Charkow 86
Hadamar 322 f.
Japan 109
Leipzig 88 f.
Kriegsverbrecherprozess Nürnberg
Anklage 110f.
Einführung 10f.
Entwicklung 81 f., 87f., 89, 92
Protokoll 108
Prozessbeginn 108 ff.
Rechtsfragen 241
Schlussworte 454
Urteilsverkündung 88f., 471 f., 513
Urteilsvollstreckung 480, 487, 490ff.
Kristallnacht (s. Judenverfolgung)
Kommission für intern. Recht 496
Kyffhäuser-Bund 531
Legion Condor (s. Spanien)
Leipziger Kriegsverbrecherprozesse (s. Kriegsverbrecherprozesse)
Locarno-Garantievertrag 506
Londoner Abkommen 460
Luftangriffe
Allgemeines 90, 92f., 206, 271 f., 275, 282, 363, 372, 468
Bombardement von Belgrad 286
Bombardement von England 283
Bombardement von Rotterdam 287f.
Bombardement von Warschau 262 f.
Einsatz Dinkirchen 282
Einsatz Kreta 287
Luftwaffe
Allgemeines 300, 333, 366, 372, 515
Charakterisierung durch Göring 23
Einsätze: Fallschirmjäger 287
Holland, Belgien 275, 278, 282
Jugoslawien, Griechenland 286f.
Norwegen 271f.
Spanien 227
Tschechoslowakei 199, 206
Luxemburg 275, 314, 349, 504
Machtergreifung
Allgemeines 301, 332, 346, 414, 515
Reichstagsbrand 113f., 119f., 125
Marine
Allgemeines 269, 271, 273, 300, 363, 515
Einsätze in England 284
Holland, Belgien 275
Norwegen 273
Spanien 224

Tschechoslowakei 199, 231
U-Boot-Krieg 249, 366, 515
Medizinische Versuche an Häftlingen (s. Menschenversuche)
Mein Kampf 266, 415, 515
Memelland 207
Menschenversuche 433, 458, 530
Mondorf-Bad, Prozessvorbereitung 75 ff.
Moskauer Abkommen 238, 242
Geheimes Zusatzprotokoll 240
Moskauer Erklärung (s. Kriegsverbrechen) 82, 503f.
Münchner Abkommen (s. Tschechoslowakei) 506
Mythus des 20. Jahrhunderts, Der 43
Nacht und Nebel 350, 400, 433, 521, 529
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei «NSDAP»
Allgemeines 113, 118, 126, 144, 208, 214, 268, 283, 301, 303, 307f., 313, 428, 454, 463, 504, 512, 527,
Auflösung 33
Parteiprogramm 514, 523
Nichteinmischungsausschuss (s. Spanien)
„NKWD“ = Sowjetischer Geheimdienst 378 f., 38f.
Norwegen 90, 268f., 271 f., 309f., 350, 359, 367, 402, 422, 504
Organisation Todt 380
Österreich
Anschlussversuch 142h, 172ff. 194, 333, 506, 516
Dollfuß-Mord und -Prozess 142, 334
Geschichtliches 299
Hitlers Pläne 163
österreichische Legion 145, 154
Volksabstimmung 182!
Partisanen 391, 420, 468
Polen
Allgemeines 334, 349, 372, 377, 401 f., 404, 408, 424, 460, 504
Angriff 208, 230, 259f.
Exilregierung 377, 379
Gleiwitzer Sender 257f.
Moskauer Abkommen 239, 243
Polizei 348, 392, 394, 401, 404, 406, 409, 411, 418, 449
Propaganda 368, 379, 396, 475, 515
Reichskommissariate 289 ff.
Reichsparteitag 199
Reichskristallnacht (s. Judenverfolgung)
Reichsregierung 531, 543
Reichssicherheitshauptamt „RSHA“ 407, 440, 529f.
Reichstags-Brand und -Prozess 113 f., 119f.
Reichswehr 154f.
Rheinlandbesetzung 159, 370, 506
Röhm-Putsch 135 f., 169, 372, 515, 530
Rotes Kreuz 380, 499
Rotterdam, Bombardement 279ff.
Rumänien 303
SA (s. Sturmabteilungen)
„SD“ Sicherheitsdienst und Polizei 210, 258f., 314f., 333, 350, 355, 357, 368, 372, 393f., 398f., 407, 413, 418, 436, 505, 512, 528ff.

Sowjetrussland 275f., 286ff., 330, 359, 390, 397, 401, 411, 417, 461, 498, 504
Sozialdemokratie, SPD 113
in Österreich 144
Spanien
Geschichte 222, 230
Guernica 229
Legion Condor 226 ff.
Nichteinmischungsausschuss 226
Spandau 491 ff.
SS (s. Schutzstaffeln)
Schutzstaffeln 49, 92, 132, 141, 150, 185, 190, 258, 298, 321, 333 f., 344, 347, 402, 405, 409, 418, 430, 441, 449, 462, 505, 512, 5, off.
Stahlhelm 531
Stalingrad 83, 290, 297ff., 435, 507
Sturmabteilungen, SA 92, 125f., 132ff., 136, 150, 185, 191, 213f., 503, 512, 531
'Tass' Sowjetische Nachrichtenagentur 38f.
Tschechoslowakei
Allgemeines 193, 230, 310, 346, 349f., 359, 401, 406 f., 504, 506
Angriff 197f., 206 f.
Gebietsabtretung 201
Hitlers Pläne 163 f.
Konferenzen 200, 205
(Münchener Abkommen) 506
Sudetenkrise 196
Unternehmen Himmler (s. Polen Gleiwitzer Sender)
Unternehmen Seelöwe 283 ff.
UNWCC Kommission für Kriegsverbrechen (s. Kriegsverbrechen) 299h, 363, 417
USA 461, 504
Verbrechen gegen den Frieden 94, 367, 372, 467ff., 513ff., 533

Verbrechen gegen die Menschlichkeit 94, 263, 300, 172, 457, 467, 470, 509, 514, 510, 533
Versailler Vertrag 506, 519
Versuche an Häftlingen (s. Menschenversuche)
Verschwörung 94, 156, 286, 372, 505, 592
Völkerbund, Austritt Deutschlands 135, 158, 232, 505, 515
Völkischer Beobachter 458
Vierjahresplan 215, 341, 372, 416
Volksfrontregierung (s. Spanien)
Wehrmacht 199, 207, 223, 230f., 244f., 257f., 261, 268, 270, 272, 286, 290, 297, 350, 392, 404, 409, 449, 505, 512, 515f., 532, 543
Werwolf 33
Widerstand
Allgemeines 355ff., 405ff., 448
deutscher 171
Zwanzigster Juli 362
Wirtschaft 292f., 397, 409, 416, 428, 506, 515, 522
Zweiter Weltkrieg
Allgemeines 228f., 233, 239, 256, 454, 457, 461, 464, 466
Afrika 286, 300
England 282f.
Frankreich 281f.
Geheimkonferenz 230ff.
Holland, Belgien 274 f.
Jugoslawien, Griechenland 286f.
Kapitulation Reims 30
Kriegserklärung USA 299 ff.
Moskauer Abkommen 239f.
Norwegen, Dänemark 268f.
Ostfeldzug 266, 287f., 290
Polen 208f., 245h, 460 f.
Seekrieg 362, 466, 533 f.
Vermittlungsversuche 252, 267
Vernehmung Görings 376 f.
Vorgeschichte 208, 227f., 230, 244
Zwanzigster Juli (s. Widerstand)

FOTONACHWEIS

Associated Press, Frankfurt – Copress, München – dpa, Frankfurt – Heydecker, Stuttgart – Hilscher, Wien-Hoffmann, Berlin – Keystone, München – Strobel, München – Süddeutscher Verlag, München – Ullstein, Berlin.

INHALT

VORWORT	5
DIE GROSSE JAGD	13
1 Darf Adolf Hitler erschossen werden?.....	13
2 Innenminister Wilhelm Frick wird «aufgepickt» – Rundfunkkommentator Hans Fritzsche bietet die Kapitulation Berlins an – Nicht auf der Anklagebank: Dr. Josef Goebbels.....	14
3 Reichsmarschall Hermann Göring, Angeklagter Nr. 1, entrinnt dem Tode und begibt sich in alliierte Gefangenschaft	19
4 Grossadmiral Karl Dönitz übernimmt die Regierung	25
5 Bedingungslose Kapitulation.....	30
6 Das Ende der Herrlichkeit – Mit Dönitz gehen in die Gefangenschaft: OKW-Chef Wilhelm Keitel, der Chef des Wehrmachtführungsstabes Alfred Jodl und der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Albert Speer.....	33
7 Vizekanzler Franz von Papen fühlt sich zu alt – Generalgouverneur Hans Frank will Selbstmord begehen	37
8 In alliiertes Hand: Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, Reichsprotector Constantin von Neurath, Reichswirtschaftsminister Walther Funk, Reichssicherheitshauptamtsleiter Ernst Kaltenbrunner, Reichskommissar Arthur Seyss-Inquart, Rüstungsindustrieller Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Arbeitsdiktator Fritz Sauckel.	40
9 Arbeitsfrontführer Robert Ley will Distelmeyer heissen – Parteiphilosoph Alfred Rosenberg liegt im Krankenhaus – Ein harmloser Künstler: Frankenführer Julius Streicher.....	42
10 Das Ende des Reichsführers SS Heinrich Himmler	47
11 Im Bett verhaftet: Reichsaussenminister Joachim von Ribbentrop – Reichsjugendführer Baldur von Schirach stellt sich selbst – Auf einer Moskwa-Insel wartet Grossadmiral Erich Raeder	59
12 Geheimnis und Sensation: Rudolf Hess, Stellvertreter des Führers, fliegt nach Schottland.....	64
DER WEG NACH NÜRNBERG	75
1 Irgendwo in Europa – Fragen, Fragen, Fragen.....	75
2 Bis in die entferntesten Schlupfwinkel der Erde.....	80
3 Josef Stalins Trinkspruch – Winston Churchill erhebt Einspruch	83
4 Napoleon und Robert H. Jackson.....	87
5 In den Zellen von Nürnberg	94
6 Dem Gericht entronnen: Robert Ley, Gustav Krupp, Martin Bormann	97

MACHT UND WAHN	108
1 Der Prozess beginnt.....	108
2 Hitler an der Macht.....	112
3 Die blutige Saat.....	128
4 Wien, 25. Juli 1934.....	141
5 Hitler enthüllt seine Pläne.....	154
6 Wer nicht mitmacht, muss verschwinden.....	166
7 Der Anschluss.....	172
8 Friede in unserer Zeit.....	196
9 Die Kristallnacht.....	208
10 Generalprobe Spanien.....	222
KRIEG	230
1 Stalin und die Kannibalen.....	230
2 Die letzten Hoffnungen.....	244
3 Vier Uhr fünfundvierzig.....	256
4 Die Ausgeburt der Hölle.....	268
5 Seelöwe, Anfang vom Ende.....	281
6 Unternehmen Barbarossa.....	289
HINTER DER FRONT	301
1 Das Programm des Satans.....	301
2 Hitlers Manager.....	323
3 Die Ehre des Soldaten.....	349
4 Der Massenmord von Katyn.....	377
5 Die Technik der Entvölkerung.....	391
6 Die Ausrottung der Juden.....	414
7 Das Ende des Warschauer Gettos.....	437
DAS LETZTE KAPITEL	454
1 Schlussworte und Urteil.....	454
2 Tod durch den Strang.....	480
3 Spandau und danach.....	491
DOKUMENTARISCHER ANHANG	
ENTSCHLUSS – ANKLAGE – URTEIL.....	503
Die Moskauer Erklärung.....	504
Anklageschrift.....	505
Urteil.....	513
ZEITTADEL.....	545
QUELLENVERZEICHNIS.....	553
PERSONENVERZEICHNIS.....	561
SACHREGISTER.....	567

HEYNE
BÜCHER

HEYNE
NON FICTION

Sachbuch-Bestseller als Heyne-Taschenbücher

De Camp
**New York lag einst
am Bosphorus**
7001 / DM 6,80

Hans Hass
**In unberührte
Tiefen**
7002 / DM 7,80

Pauwels/Bergier
**Der Planet der
unmöglichen
Möglichkeiten**
7003 / DM 4,80

François Truffaut
**Mr. Hitchcock,
wie haben Sie das
gemacht?**
7004 / DM 7,80

Eugène N. Marais
**Die Seele der
weißen Ameise**
7005 / DM 3,80

Heinz Sielmann
**Mein Weg zu den
Tieren**
7006 / DM 8,80

Reinhard Raffalt
**Wohin steuert der
Vatikan?**
7007 / DM 5,80

L. Sprague de Camp
**Versunkene
Kontinente**
7010 / DM 5,80





Heyne-Lexika

*die aktuellen und umfassenden
Nachschlagewerke*

Lexikon der Abkürzungen
(4421/DM 3,80)

Das große Heyne Opern Lexikon
(4422/DM 7,80)

Das große Lexikon der Antike
(4423/DM 8,80)

Begriffe der modernen Kunst
(4431/DM 4,80)

Lexikon der aktuellen Fremdwörter
(4437/DM 3,80)

Das große Lexikon der Synonyme
(4451/DM 7,80)

Das Lexikon der Politik
(4453/DM 4,80)

Das Lexikon der Wirtschaft
(4461/DM 4,80)

Preisänderungen vorbehalten



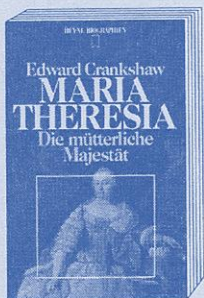
HEYNE BIOGRAPHIEN



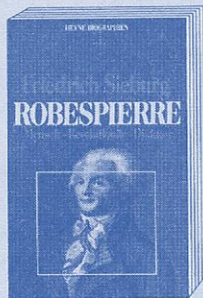
Eine systematische Sammlung großer
Biographien in einer preiswerten Taschenbuch-Reihe.
Jeder Band ergänzt durch Chronologie und Register.



9/DM 8,80



10/DM 7,80



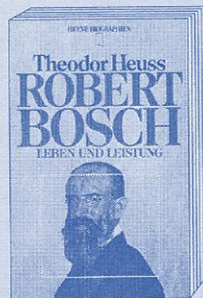
11/DM 7,80



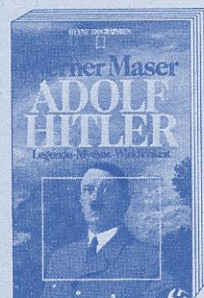
12/DM 7,80



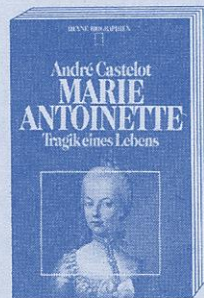
13/DM 7,80



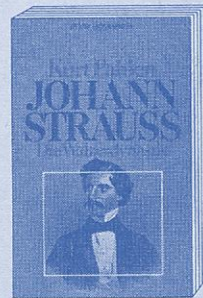
14/DM 9,80



15/DM 9,80



16/DM 8,80



17/DM 7,80



Jeden Monat mehr als dreißig neue Heyne-Taschenbücher

... ein vielseitiges und wohldurchdachtes Programm, gegliedert in sorgfältig aufgebaute Reihen aller Literaturgebiete: Große Romane internationaler Spitzenautoren, leichte, heitere und anspruchsvolle Unterhaltung auch aus vergangenen Literatur-epochen. Aktuelle Sachbuch-Bestseller, lebendige Geschichtsschreibung in den

anspruchsvollen „Heyne Biographien“, Lehr- und Trainingsbücher für modernes Allgemein- und Fachwissen, die beliebten Heyne-Kochbücher und praxisnahen Ratgeber. Spannende Kriminalromane, Romantic Thriller, Kommissar-Maigret-Romane und Psychos von Simenon, die bedeutendste deutschsprachige Science-Fiction-Edition und Western-Romane der bekanntesten klassischen und modernen Autoren.

Senden Sie mir bitte kostenlos das neue Gesamtverzeichnis

Name _____
PLZ/Ort _____
Straße _____

**Ausführlich informiert
Sie das Gesamtver-
zeichnis der Heyne-
Taschenbücher.**

**Bitte mit neben-
stehendem
Coupon an-
fordern!**

An den
Wilhelm Heyne Verlag
8000 München 2
Postfach 201 204

